ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. Januar 2024 | 74. Jahrgang | Nummer 1/2



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

„Deutschland braucht Neuwahlen“

In Kloster Seeon kam die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu ihrer traditionellen Jahresauftaktklausur zusammen. Unter dem Motto „Deutschland braucht Neuwahlen: Für Wohlstand, Wachstum, Wiederbelebung“ diskutierten hochkarätige Gäste über die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. „Wir brauchen ein Jahr der Hoffnung statt der Sorge“, betonte Ministerpräsident und Parteivorsitzender Dr. Markus Söder. Auch der Vorsitzende der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt unterstrich: „Die Ampel hat schlichtweg fertig. Deutschland braucht Chancen statt Scholz.“

„Was wir zurzeit erleben an Polarisierung in der Gesellschaft, an wirtschaftlichem Abschwung, an Migrationskrise, an ungelösten Energiefragen, an Unordnung, ist engstens mit der Respektlos-Politik der Ampel verbunden“, stellte Dobrindt fest. Deutschland sei ein starkes Land, das jedoch schlecht regiert werde. Nach zwei Jahren Ampel stehe Deutschland vor einem politischen Scherbenhaufen. Die selbsternannte Fortschrittskoalition habe sich als Rückschrittsbündnis herausgestellt. Deutschland weise das geringste Wachstum in der OECD auf, die höchsten Energiepreise in der Welt und die höchsten Zahlen an illegaler Migration in Europa. Unternehmen träfen vermehrt Entscheidungen zur Produktionsverlagerung ins Ausland, die Basis des Wohlstands drohe zu erodieren.

„Ampel-Ideologieprojekte“

„Die Ampel macht Deutschland ärmer. Wohlstandsverlust ist das Programm der Ampel. Deswegen werden wir ideologische Ampelprojekte rückabwickeln“, machte Dobrindt deutlich. Laut einem Beschlusspapier sollen „Ampel-Ideologieprojekte“ wie Habecks Heizungsverbotsgesetz, das Bürgergeld, geplante Kürzungen im Agrarbereich, die Abschaltung der Kernkraftwerke, 5.000 neue Verwaltungsstellen für die Kindergrundsicherung, die Ampel-Expresseinbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft, Pull-Effekte bei der illegalen Migration, das Selbstbestimmungsgesetz, die Cannabis-Legalisierung, sowie das Ampel-Wahlrecht wieder abgeschafft werden.

Im Falle einer Regierungsübernahme sei geplant, folgende bürgerliche „Wohlstands-Projekte“ wieder umzusetzen:

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mit zahlreichen Terminen begann das neue Jahr für Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Zwischen den üblichen Verpflichtungen in der Staatskanzlei und diversen Neujahresempfängen tagten die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in Kloster Seeon und die CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz (Bericht folgt in der nächsten Ausgabe). Im vollbesetzten Saal des Internationalen Presseclubs München beantwortete der CSU-Parteivorsitzende alle Fragen der Journalisten zu den aktuellen Themen. Unser Bild zeigt Dr. Söder im Kreis des Clubvorstands. V.l.: Max von Rossek und Nelli Hennig, beide stellvertretende Vorsitzende sowie Dr. Uwe Brückner, Vorsitzender des Internationalen Presseclubs München. Bild: Michael Lucan (Bayern Pixel)

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Weiteres Dringen auf Soforthilfen

Vor einer „bedrohlichen Insolvenzwelle“, wenn die Bundesregierung nicht kurzfristig zusätzliche Milliardensummen für die Kliniken bereitstelle, hat die Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Tamara Bischof, bei der Mitgliederversammlung ihres Verbandes in München gewarnt. Allein in Bayern würden sich die Defizite dieses Jahr auf rund 1,4 Milliarden summieren, erläuterte die Kitzinger Landrätin.

„Schon seit Jahren weisen wir auf die finanziellen Lücken in der stationären Versorgung hin und haben uns fast daran gewöhnt. Wir haben uns auch daran gewöhnt, dass öffentliche Krankenhausträger regelmäßig Defizite in den Betriebskosten ausgleichen müssen. Doch wir sind an einem Wendepunkt angekommen“, machte Bischof deutlich: „Wenn acht von zehn Krankenhäusern 2023 einen Defizitausgleich von ihrem Träger erhalten müssen, die Finanzierung nach dem Auslaufen des Inflations-Hilfsfonds im April 2024 ohne Folgeregelung noch dramatischer wird und eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten über den Landesbasisfallwert durch ein Bundesgesetz unmöglich gemacht wird, stehen wir vor einer grundsätzlichen Existenzfrage.“

Kommunen vor Zerreißproben

„Weil Gelder für andere wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge fehlen, für die wir auch verantwortlich sind“, führe dies in den Kommunen zu Zerreißproben, unterstrich die BKG-Vorsitzende. Wenn kein starker internationaler Konzern dahintersteht, stelle sich bei gemeinnützigen und privaten Trägern zunehmend die Frage, ob der Krankenhausbetrieb überhaupt noch möglich ist. In der Bundesrepublik Deutschland habe es noch nie so viele Insolvenzen und Standortschließungen von Krankenhäusern in einem Jahr wie in 2023 gegeben. Auch in Bayern seien Kliniken betroffen.

Krankenhausmilliarde

Bischof zufolge hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahren im Ländervergleich mit etwa 10.000 Euro pro Bett im Jahr überdurchschnittlich an den Investitionskosten beteiligt. Aber auch die bayerische Investitionsquote sei bisher mit etwa 4 Prozent hinter den nötigen Mitteln zurückgeblieben. „Wir sind daher froh, dass im Koalitionsvertrag der neuen Staatsregierung nun das Ziel der Krankenhausmilliarde im Koalitions-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Vereint gegen weitere Ampel-Zwangsmaßnahmen

Große Solidarität erfahren Deutschlands Landwirte, ebenso wie Traktor- und LKW-Fahrer bei ihren derzeitigen Demonstrationen. Viele Menschen unterstützen die Aktionen aktiv weil das Berliner Regierungshandeln in vielen Themenfeldern massiv missbilligt wird. Unser Bild entstand auf der Münchner Theresienwiese bei der Kundgebung des LBT (Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen) gegen die Politik der Ampel-Koalition. An der Veranstaltung nahmen unter anderem als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie teil. Unterstützt wurde die Aktion von folgenden Organisationen: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Wirtschaftsbeirat Bayern, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., Bayerischer Bauindustrieverband e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. Mehr als 2.000 Trucker waren mit ihren Fahrzeugen zur Wies‘n gekommen, unterstützt von tausenden Sympathisanten. ❒

Kommunalverbände zum FAG 2024:

Gedämpfte Erwartungen trotz Spitzenergebnis

„Trotz angespannter Haushaltslage erreicht der kommunale Finanzausgleich 2024 mit 11,4 Milliarden Euro wieder einen neuen Spitzenstand“, verkündete Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München. „Es bedeutet ein Plus von 212,8 Millionen Euro für Bayerns Kommunen im Vergleich zu 2023.“ Diese Einigung unterstreiche eindrucksvoll die Solidarität und Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen, betonte Füracker. „Die Kommunen sind der entscheidende Partner, um Politik vor Ort umzusetzen und zu gestalten. Dabei unterstützen wir sie mit voller Kraft.“

„Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und seinen Kommunen funktioniert verlässlich auch in schwierigen Zeiten“, stellte Kommunalminister Joachim Herrmann fest. „Dennoch gilt: Die ausbleibende Unterstützung durch den Bund, beispielsweise bei einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung oder im Asyl- und Ausländerwesen, kann nicht allein vom Freistaat aufgefangen werden. Ich appelliere hier ausdrücklich an den Bund, endlich seiner Verantwortung nachzukommen, Länder und Kommunen hier angemessen finanziell zu unterstützen.“

Schlüsselzuweisungen 4,44 Milliarden Euro

Laut Füracker betragen die Schlüsselzuweisungen als größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich 2024 rund 4,44 Mrd. Euro und erreichen damit einen neuen Höchststand (2023: 4,3 Mrd. Euro). Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen heuer auf insgesamt 885 Mio. Euro – eine Steigerung um 4,1 Prozent. Die kreisfreien Städte bekommen für die von ihnen im übertragenen Wirkungskreis übernommenen staatlichen Aufgaben erstmals eine ergänzende Finanzzuweisung in Höhe von 7,9 Mio. Euro, die Landkreise 2024 und 2025 jeweils zusätzlich 71 neue Stellen. „Auch in den darauffolgenden Jahren wird auf eine ausreichende personelle Ausstattung der Landkreise geachtet werden, mit dem Ziel, bis 2028 insgesamt 532,5 neue Stellen zu schaffen.“

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs insbesondere bei Schulen, Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern wurde ein Schwerpunkt bei den Investitionen gesetzt. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wächst nächstes Jahr um 70 Mio. Euro und damit auf einen neuen

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Anliegen der Bauern, Handwerker und Spediteure seien klar nachvollziehbar, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. „Symbolisch“, so der Rathauskater Pino, „stehen die derzeitigen Protestbewegungen auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satt haben, ständig von ersteren belehrt zu werden.“ Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite

DStGB: Deutschland zukunftssicher aufstellen 2
BdSt: Die Bauern nicht im Regen stehen lassen 2
DLT: Klarer Kompass bei Staatsausgaben! 3

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne 3

dbb: Starker Staat – wehrhafte Demokratie 4

Kommunale Energiethemen . . . . . 7 - 10
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 11 - 13
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . 14 - 15
GaLaBau • Bestattungswesen • Kommunaltechnik . . . . 16 - 17

Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 18 - 20

DStGB-Jahrespressekonferenz:

Deutschland zukunftssicher aufstellen

Städte und Gemeinden verweilen im Krisenmodus. Die Infrastruktur bröckelt, die Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage, als einzige große Volkswirtschaft befindet sich Deutschland in der Rezession. Der immense Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene wird sich in den nächsten Jahren auf knapp eine Billion Euro belaufen. „Diesen Bedarf werden die Kommunen, erst recht in Zeiten knapper Kassen, nicht einmal im Ansatz bewältigen können", betonten DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und der neue Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger in Berlin und stellten klar: „Ohne ein beherztes Eingreifen der Politik kann es keine Kehrtwende geben."

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet von Bund und Ländern, die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Kommunalverbands plädierten Brandl und Berghegger dafür, umzusteuern und mehr Geld in die Investitionen zu lenken. Dazu sei ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, etwa ein Moratorium bei neuen Leistungsversprechen und eine Neuausrichtung der Förderprogramme des Bundes. Neben dem Erhalt der bestehenden Infrastrukturen würden auch für Klimaschutz, Klimaanpassung und den Umbau der Energieversorgung hohe Milliardensummen benötigt. Dabei handle es sich um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen aller föderaler Ebenen, die vor Ort umgesetzt, aber nicht allein vor Ort finanziert werden könnten.

Verdoppelte Sozialausgaben

Mittlerweile geben die Städte und Gemeinden mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für soziale Leistungen aus. Damit haben sich diese Ausgaben seit dem Jahr 2005 verdoppelt und es ist zu erwarten, dass sie weiter steigen. „In Zeiten knapper Kassen müssen diese steigenden Kosten mit dem Verzicht auf Investitionen teuer erkauft werden. Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen. Es muss gelingen, den dringend notwendigen Investitionen Vorrang einzuräumen", forderten die DStGB-Repräsentanten.

Dazu sei es notwendig, über alle staatlichen Ebenen hinweg die Ausgaben zu konsolidieren, Sparpotenziale auszuschöpfen und keine neuen Leistungsversprechen abzugeben. „Wir müssen den Menschen klar signalisieren, dass nicht alles, was wünschenswert ist, kurzfristig oder auch nur mittelfristig finanzierbar sein wird. Der Staat kann nur das verteilen, was er vorher an Steuern eingenommen hat", erklärten Brandl und Berghegger.

Die Kommunen fordern daher, das Konnexitätsprinzip nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt" im Grundgesetz zu verankern. „Das wäre ein klares Stoppschild für neue und höhere soziale Leistungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Zurzeit haben wir vielfach die Situation, dass der Bund Leistungen beschließt, die durch die Kommunen dann zu finanzieren sind. Das schnürt den Kommunen die Luft ab und es sind für Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung keine Mittel mehr verfügbar. Das muss ein Ende haben", forderten die Verbandsvertreter.

Förderprogramme neu ausrichten

Gleichzeitig sei es notwendig, die bestehenden Förderprogramme des Bundes neu auszurichten und für Städte und Gemeinden besser und unbürokratischer nutzbar zu gestalten. Derzeit existieren mehr als 100 kommunalrelevante Förderprogramme des Bundes, die zum Teil sehr komplex in ihrer Anwendung sind. Erheblicher Aufwand bei der Beantragung parallel zu immer weiter anwachsendem Fachkräftemangel auch vor Ort in den Verwaltungen führen dazu, dass jene Kommunen, die Unterstützung besonders dringend benötigen, am wenigstens von den Fördertöpfen profitieren können. „Der Förderdschungel muss gelichtet werden. Wir erwarten daher, dass die bestehenden Förderprogramme neu ausgerichtet und leichter zugänglich gemacht, aufeinander abgestimmt und besser verzahnt werden. Ideal wäre eine integrierte Förderung im Sinne eines Pauschalprogrammes. Dann können die Gelder schneller fließen und auch kleinere Kommunen werden nicht von zu viel Bürokratie überfordert", unterstrichen Brandl und Berghegger. Erst kürzlich habe die Bundesregierung wichtige Akzente zum Bürokratieabbau beim Fördermittelverfahren gesetzt, etwa bei der Festbetragsförderung sowie in Richtung vereinfachte Nachweis- und Prüfverfahren. Hier gelte es, flächendeckend und zeitnah mehr Vertrauen in die Kommunen zu wagen und überbordende Bürokratie durch zusätzliche Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden zu ersetzen.

Zusätzliche Finanzmittel

Neben den notwendigen Erhaltungsinvestitionen würden dringend zusätzliche Finanzmittel für Klimaschutz, Klimaanpassung, den Umbau der Energieversorgung, die Mobilitätswende und die digitale Transformation gebraucht. Ein Großteil der dafür notwendigen Maßnahmen muss nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vor Ort in den Kommunen auf den Weg gebracht werden. Um diese Aufgaben dauerhaft und nachhaltig zu finanzieren, schlägt der Verband eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Unser Grundgesetz kennt dieses Instrument bereits, etwa zur Finanzierung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Wir sollten diesen Katalog erweitern, denn bei Klimaschutz und Klimaanpassung handelt es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von Bund und Ländern gemeinsam zu finanzieren sind."

Migrationspolitik ordnen

Städte und Gemeinden sind auch bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden ebenso in den kommenden Jahren enorm gefordert sein. Laut Brandl und Berghegger haben die wachsenden Herausforderungen rund um die konstant hohe Zahl zu versorgender und zu integrierender Personen in den vergangenen Jahren sehr deutlich gezeigt, dass Deutschland Menschen nicht unbegrenzt aufnehmen kann. Deshalb sei sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ein Umsteuern in der Migrationspolitik dringend geboten. Notwendig sei zudem eine neue Finanzierungsgrundlage, um die Kommunen dauerhaft von den Flüchtlingskosten zu entlasten.

Deutschland habe in den vergangenen zwei Jahren eine sehr hohe Zahl von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen zu verzeichnen. Im Jahr 2022 sind mehr als eine Million Menschen vor dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflohen. Mit über 300.000 nach Deutschland gekommenen Menschen war im Jahr 2023 zudem der höchste Wert von Asylsuchenden seit dem Jahr 2016 zu verzeichnen. „In sehr vielen Kommunen stehen keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung, die Situation in vielen Kitas und Schulen ist höchst angespannt und die Integrationskurse sind überlastet", stellten die DStGB-Repräsentanten fest. Von besonderer Bedeutung sei daher, dass sich Bund und Länder im November 2023 auf Entlastungen für Städte und Gemeinden verständigt haben. „Es ist anzuerkennen, dass Bund und Länder erste Anstrengungen unternommen haben, um Migrationspolitik zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen. Das allein wird allerdings nicht reichen."

Gemeinschaftsaufgabe Migration

Neben einer Steuerung und Reduzierung des Zuzugs nach Deutschland sei vor allem die finanzielle Entlastung der Kommunen der Schlüssel für ein funktionierende Integration überall in Deutschland. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt zu diesem Zweck die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Migration in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Wir müssen neue, langfristig tragfähige Wege gehen. Dazu gehört, die Migrationspolitik im Grundgesetz als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu etablieren. Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen müssen auch gesamtgesellschaftlich getragen und finanziert werden", stellten Brandl und Berghegger klar und forderten „ein Ende des ‚Zuständigkeitsbingos' zwischen Bund und Ländern, wenn es um diese wichtigen Fragen und deren Finanzierung geht. Dafür haben weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Kommunen Verständnis."

Unterstützung der Bürger

Eine Neuausrichtung der Migrationspolitik sei auf europäischer und auf nationaler Ebene unverzichtbar, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gefährdet werden soll. Damit Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen gelingen, sei die Unterstützung der Bürger unumgänglich. Seit vielen Jahren sei zwar ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement für die nach Deutschland geflüchteten Menschen zu beobachten, jedoch müsse man feststellen, dass die Unzufriedenheit wächst. Vor diesem Hintergrund müsse es gelingen, die zahlreichen Anstrengungen auf die Menschen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, zu konzentrieren und Asylsuchende ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsländer zurückzuführen oder die freiwillige Rückkehr zu gestalten.

Kommunale Ebene als Konjunkturmotor nutzen

Fazit: Es gilt, die kommunale Ebene als Konjunkturmotor zu nutzen und sie entsprechend auszustatten. „Die Menschen erleben ihren Staat vor Ort in den Städten und Gemeinden. Nur wenn es gelingt, dort handlungsfähig zu sein und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, werden wir Vertrauen zurückgewinnen und die Demokratie dauerhaft stärken. Gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs steht fest: Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen, bemerkten Brandl und Berghegger abschließend. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pensel
95473 Creußen
am 28.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Martin Schertl
92246 Vilseck
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Storath
96250 Ebensfeld
am 21.1.

Bürgermeister Michael Klampfl
94532 Außernzell
am 22.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Dobmeier
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg
am 19.1.

Bürgermeister
Andreas Bruckmeier
86735 Forheim
am 29.1.

Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
97070 Würzburg
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Löwl
85221 Dachau
am 18.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Steuerzahlerpräsident Hohenhau:

„Wir dürfen unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen"

Einen dringenden Appell richtete der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf Baron von Hohenhau, an Politik und Bevölkerung, die bayerischen Bauern in der jetzigen Situation nicht im Regen stehen zu lassen.

Die aktuellen Proteste der Landwirte seien – so Präsident von Hohenhau – die logische Konsequenz aus einer jahrzehntelangen Politik zu Lasten der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe. Allein in Bayern mussten seit 2005 dreißigtausend landwirtschaftliche Betriebe geschlossen werden. Nähme man einen längeren Zeitraum, so haben sich die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern halbiert.

Die wahllose, offensichtlich ideologisch motivierte Bevorzugung und Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten durch die Ampel sät Unfrieden und spaltet Deutschland.

Fazit des Steuerzahlerpräsidenten: „Statt die Bauern jetzt mehr zu belasten und weitere Existenzen zu gefährden, sollte sich die Politik in Berlin Gedanken darüber machen, wie die Wirtschaftlichkeit der ländlichen Bertriebe so gesichert werden kann, dass auch in Zukunft junge Landwirte bereit und in der Lage sind, die Betriebe ihrer Eltern zu übernehmen." ❐

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention
6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. ❐

Arbeitszeiterfassung und -flexibilisierung:

Scharf fordert Verbesserungen

Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf fordert in der Neufassung des Arbeitszeitgesetzes neben der Arbeitszeiterfassung auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Ministerin erklärt: „Es herrscht absoluter Stillstand! … Diese Untätigkeit können wir uns in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche und grassierendem Fachkräftemangel nicht leisten! Es muss gehandelt werden." Die Menschen sollen flexibler und entsprechend ihrer Lebensrealität arbeiten können. Der Gesundheitsschutz steht für Scharf dabei nicht zur Disposition. Im neuen Gesetz müsse die Erfassung und Flexibilisierung der Arbeitszeit ganzheitlich gedacht werden. Die Dokumentation soll unbürokratisch mit möglichst viel Freiraum erfolgen. „Wir brauchen hier keinen neuen Bürokratie-Teufel. Noch mehr Belastungen für unsere Betriebe müssen zwingend vermieden werden." Vollkommen aus der Zeit gefallen seien Pläne des Bundesarbeitsministers mit einer ‚Vertrauensarbeitszeit'. „Das Bundesarbeitsgericht habe großen Spielraum bei der Neugestaltung der Arbeitszeiterfassung gegeben. Dieser muss genutzt und darf nicht ignoriert werden." ❐

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern

Jetzt bis zum 13. März 2024 bewerben

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, gibt für 2024 den Startschuss für die Förderung von Ehrenamtsprojekten: „Bayern ist Ehrenamtsland! Unsere ehrenamtlich Aktiven setzen sich fürs Miteinander ein, halten die Gesellschaft zusammen und engagieren sich in ihrer Freizeit für Andere – im ländlichen Raum genauso wie in der Stadt."

Sie seien wichtige Impulsgeberinnen und Impulsgeber und wollen Bayern mit ihren Ideen voranbringen. „Wir unterstützen innovative Ideen und Ehrenamtsprojekte dieses wertvollen Engagements. Bayern ist gemeinsam stark, da es so viele Ehrenamtliche gibt, die mit Herz helfen", so die Ministerin.

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt neue Initiativen, Projekte und Ideen im Bereich Ehrenamt. Seit dem 15. Januar 2024 sind neue Bewerbungen möglich. Die Projekte können eine Fördersumme von bis zu 10.000 Euro erhalten. Das Motto im Jahr 2024 lautet: „(Re)-Vitalisierung der Dörfer und Stadtviertel: Ehrenamt belebt Stadt- und Dorfgemeinschaften". Bis zum 13. März 2024 können Anträge bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern eingereicht werden.

Informationen:

www.ehrenamtsstiftung.bayern.de/foerderung/projektausschreibung/index.php ❐

Demografieproblem verschärft sich:

Babyboomer werden 60

Brossardt: „Fachkräftesicherung priorisieren und Finanzierbarkeit der Rente erhalten"

Der Geburtsjahrgang 1964 ist mit 1,35 Millionen Personen der geburtenstärkste Jahrgang der Bundesrepublik. Im Jahr 2024 werden diese „Babyboomer" 60 Jahre alt. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. verweist anlässlich dieser Marke auf die großen Herausforderungen, die die demografische Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringt.

„Die breiteste Stelle der Geburtenpyramide verschiebt sich unaufhörlich nach oben. Bis zum Jahr 2030 werden neun Millionen Menschen in Rente gehen, aber nur sechs Millionen Personen als Ersatz für die Babyboomer in den Arbeitsmarkt eintreten. Auch die durchschnittliche Rentenbezugsdauer ist in den letzten zwei Jahrzehnten von ca. 16 auf über 20 Jahre gestiegen. Das ist gesellschaftspolitisch zu begrüßen. Die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente ist aber eine Herausforderung, denn wir müssen die Verfügbarkeit von Fachkräften erhalten. Daher müssen wir das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren konsequent umsetzen. Wir müssen alles dafür tun, dass Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben. Die Idee einer Flexibilisierung durch einen Renteneintrittskorridor, der an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst wird, begrüßen wir und fordern eine zeitnahe Umsetzung", so vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Die vbw fordert, das Rentenmodell „Rente mit 63" auslaufen zu lassen und Frühverrentungsanreize deutlich zu reduzieren. „Zuletzt bezogen etwa 30 Prozent der Neurentner die Rente mit 63. Das bedeutet einen Verlust von über 200.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Hält dieser Trend an, entstehen für die Rentenversicherung bis 2035 Zusatzkosten von fast 140 Milliarden Euro. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung würde auf 22,7 Prozent im Jahr 2045 steigen.

Die vbw wirbt für die Hebung von Arbeitspotenzialen der Babyboomer: „Wir müssen dafür werben, ältere Beschäftigte länger im Beruf zu halten. Unsere Unternehmen sind angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels auf qualifiziertes, erfahrenes Personal angewiesen. Daher hat die vbw gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Projekt „Talente in Rente" ins Leben gerufen", so Brossardt.

Link zur Plattform „Talente in Rente": https://www.talente-in-rente.bayern ❐

Deutscher Landkreistag:

Klarer Kompass bei Staatsausgaben!

Die Themen Staatsausgaben, Bürokratie und Krankenhäuser standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Diepholz. Laut DLT-Präsident Reinhard Sager hat das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts dem Bund vor Augen geführt, dass er mehr darauf achten muss, wofür Steuermittel ausgegeben werden. „Vor diesem Hintergrund sollte er einem klaren Kompass folgen, anstatt kostenintensive Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen, die man nach heutigem Kenntnisstand nicht mehr oder anders angehen würde."

„Die beschworene Zeitenwende muss auch beinhalten, die Staatsaufgaben und öffentlichen Ausgaben neu zu sortieren", unterstrich Sager. Als Beispiel nannte er die Schaffung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, die einer kritischen Prüfung unterzogen werden müsse. „Würde man dieses Projekt mit den aktuellen Erkenntnissen zu Umsetzbarkeit, Kosten und Fallstricken noch einmal von Anfang an diskutieren, müsste man es auch ohne Nachhilfe aus Karlsruhe schnell verwerfen: kein Mehrwert für bedürftige Familien, zu teuer durch den Aufbau neuer Bürokratie und die Schaffung paralleler Behördenstrukturen. Am Ende werden viele Familien die Kindergrundsicherung sogar als Belastung empfinden, weil eine ohnehin bisweilen umständliche Verwaltung noch undurchsichtiger wird."

Nichts ist zu Ende gedacht

Auch das Deutschlandticket sei nicht zu Ende gedacht, obwohl die Landkreise und die anderen kommunalen Aufgabenträger von Anfang an die dauerhaft nicht belastbare Finanzierung kritisiert hätten. „Auch hier hat der Bund von verschiedener Seite vorgebrachte Vorbehalte in den Wind geschlagen. Nun droht Heulen und Zähneklappern, weil – wenig überraschend – 49 Euro im Monat nicht ausreichen, um einen bedarfsgerechten Nahverkehr zu bezahlen, und Bund und Länder das Ticket offenbar nicht ausfinanzieren wollen oder können."

Eigentlich müsse der ÖPNV modernisiert und ausgebaut werden, allerdings streiche der Bund parallel auch noch die Regionalisierungsmittel für die Länder um 350 Mio. Euro, obwohl diese bereits zugesagt gewesen seien. „Diese Sprunghaftigkeit der Bundespolitik", so der Verbandspräsident, „ist ein Graus für die Verkehrsträger vor Ort und den Menschen ebenso wenig vermittelbar. In gewisser Weise ist das auch eine Verkehrswende, allerdings in die falsche Richtung mit Investitionsstau und Rückbau von Angeboten und Netzen."

Sager zufolge bedarf es einer ehrlichen Bestandsaufnahme, was sich der Staat leisten könne und was nicht. „Dabei sollte vom Status quo ausgegangen werden, also von den Dingen, die derzeit verpflichtend finanziert werden müssen. Dazu gehört es, Bund, Ländern und Kommunen diejenigen Steueranteile zuzuteilen, die sie für die Erledigung ihrer jeweiligen Aufgaben benötigen. Erst dann können weitere Vorhaben angegangen werden. Das ist eine Binsenweisheit – und doch erscheint es notwendig, dies in Erinnerung zu rufen. Schuldenberge treffen schließlich vor allem unsere Kinder und Enkel. Dabei verfügt der Staat über sprudelnde Steuereinnahmen."

Aus Sicht der Landkreise bedeute das, kommunale Strukturen mit dem Nötigen auszustatten. „Die Finanzsituation vor Ort wird immer schwieriger. Wir haben auf absehbare Zeit keinen Spielraum für neue Aufgaben und haben immer mehr Probleme, die vielen bestehenden Aufgaben zu finanzieren und zu administrieren. Uns geht es deshalb seit vielen Jahren um eine aufgabenangemessene Finanzausstattung, aus der auch Investitionen eigenfinanziert werden können. Wir wollen wegkommen von den leidigen Anschubfinanzierungen über Förderprogramme, die die Kommunen dann nach ein paar Jahren mit einer begonnenen Aufgabe finanziell allein lassen."

Schieflage korrigieren

Die Kommunen trügen mehr als 25 Prozent der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts, bekämen aber nur 14 Prozent des Steueraufkommens, erläuterte Sager. „Diese Schieflage muss deutlich korrigiert werden. Gerade in der aktuellen Situation zeigt sich erneut die fehlende Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte. Die Kommunen sind schon in Normalzeiten unterfinanziert und können sich nicht gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben wie z. B. die Kulturförderung, die Tourismusentwicklung oder die Wirtschaftsförderung immer weniger leisten. Wir fordern deshalb eine Aufstockung des kommunalen Umsatzsteueranteils. Dieses zusätzliche Geld sollte nach Einwohnern verteilt werden, um die kommunale Steuerbasis gerade auch in der Fläche zu stärken."

Überall bestünden erhebliche Investitionsbedarfe, zum Beispiel bei den Schulen, den Straßen und im Nahverkehr, die durch die Energiewende noch verstärkt würden. Außerdem beteilige sich der Bund nach wie vor nicht hinreichend an der Flüchtlingsfinanzierung. Das seien die Aufgaben, die oben auf die Prioritätenliste gehörten. „Stattdessen leben wir einerseits immer mehr von der Substanz, tun aber andererseits so, als ob für jedwedes politische Projekt Geld da wäre. Man muss dem Bundesverfassungsgericht danken, dass es verbindlich geltendes Recht richtig ausgelegt und damit dafür gesorgt hat, dass sich der Bund endlich ernsthaft mit grundlegenden Finanzierungsfragen auseinandersetzen muss", hob Sager hervor.

Schwierige Planungsprozesse

Mit Blick auf die Schwerfälligkeit von Planungsprozessen und den damit verbundenen bürokratischen Vorgaben machte der DLT-Chef deutlich: „Wir müssen beim Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Aufgabenstandards wesentliche Schritte vorankommen. Wir können es uns schon allein wegen des Personalmangels nicht erlauben, immer aufwändigere Anforderungen festzulegen. Jede Gesetzesnovelle macht die behördlichen Abläufe komplizierter, die Digitalisierung kommt zu langsam voran, immer mehr Stellen in der Verwaltung bleiben unbesetzt." Das betreffe nicht nur den weit ausgebauten und komplexen Sozialstaat, sondern vor allem Planungsprozesse im Baubereich.

Das politische Mantra des Bürokratieabbaus müsse endlich so konkret werden, dass vor Ort eine Entlastung spürbar werde. „Die Landkreise fordern eine Verschlankung und Vereinfachung von Abläufen. So sollten zum Beispiel baurechtliche Verfahren substanziell vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt werden. Vor diesem Hintergrund sind einfachere Genehmigungen, zum Beispiel über den Gebäudetyp E oder in serieller Bauweise zu begrüßen. Damit kann von kostenintensiven Standards abgewichen werden." Die zahllosen Vorgaben in Form von DIN- oder sonstigen Normen müssten auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Dies betreffe beispielsweise Vorschriften bei Stellplätzen, bei der Barrierefreiheit oder bei Aufzugsanlagen.

Wohnraum schaffen

Das sei auch der richtige Weg in der Wohnungsfrage, die neben dem Neubau vor allem die Ertüchtigung von leerstehenden Gebäuden im Blick haben müsse. „Gerade in der Fläche verfügen wir über viel ungenutztes Potenzial. Diesem Gedanken folgend geht es um die Umwidmung und Aufstockung von Bauten, die Nachverdichtung und den Umbau funktionslos gewordener Gebäude", erklärte Sager.

Auch die Digitalisierung würde erhebliche Mehrwerte bieten. „Ziel muss es sein, dass digitale Anträge eingereicht, digital von allen Beteiligten bearbeitet und in den Baubehörden durchgängig digital beschieden werden." Dafür wäre der gesetzliche Rahmen anzupassen, denn Ursachen für lange Verwaltungsverfahren seien die hohen rechtlichen Voraussetzungen und oft schlechte oder unvollständige Antragsunterlagen. „Bauherrn haben es zusehends schwer, prüfungsreife Anträge einzureichen. Das liegt an den komplizierten rechtlichen Vorschriften."

Prozesse beschleunigen

Vor diesem Hintergrund sei es richtig, dass sich Bund und Länder Regelungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen verständigt haben, so Sager. So soll ein Bau-Turbo-Pakt dafür sorgen, dass für eine befristete Zeit in Orten mit hohem Bedarf schneller Bauvorhaben geplant und umgesetzt werden können.

Ein weiterer Bereich sei die Planung und Umsetzung von Klimamaßnahmen. „Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen November den Entwurf für ein Bundes-Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Damit werden auch die Kommunen zur Erarbeitung von integrierten Klimaanpassungskonzepten verpflichtet." Allerdings denke der Bund hierbei zu wenig an die finanziellen und personellen Notwendigkeiten: „Allein für die Konzeptionen werden Kosten von bis zu 2 Milliarden Euro prognostiziert. Und darin sind noch keineswegs die Ausgaben für die Anpassungsmaßnahmen selbst enthalten."

Zumindest brauche es ein gemeinsames Verständnis von Bund, Ländern und Kommunen darüber, wie sich diese Lasten stemmen lassen, und zwar ohne Förderprogramme. „Wir wollen eine Finanzierungszusage der Länder, in deren Verantwortlichkeit die Umsetzung fällt und die deshalb gegenüber den Landkreisen und Städten in der Finanzierungspflicht stehen." Die Landkreise würden stets die kommunale Schlüsselfunktion bei der Klimaanpassung unterstreichen, allerdings müssten sie auch personell und finanziell in der Lage sein, die mit der Klimafolgenanpassung verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, bemerkte der Präsident.

Vor einem wirtschaftlichen Flächenbrand warnt der Deutsche Landkreistag beim Thema Krankenhäuser. „Die finanzielle Lage der Krankenhäuser ist prekär. Bund und Länder müssen daher dringend Lösungen finden, um zu verhindern, dass sich die Situation im Jahr 2024 weiter zuspitzt. Jedes weitere Zögern der Politik bei der Unterstützung der Kliniken verschlimmert die Situation angesichts der Kostenentwicklung im Jahr 2024 noch weiter. Die Schließung von Standorten aufgrund von drohenden Insolvenzen darf nicht hingenommen werden." Im Übrigen würden die Landkreise die Forderungen privater und freigemeinnütziger Krankenhäuser ablehnen, kommunale Mittel zur Stützung von deren aufgelaufenen Defiziten bereit zu stellen. „Das ist keine kommunale Aufgabe und würde nicht weniger als eine Gewinngarantie aus Steuergeld bedeuten."

Trägerverantwortung

Die Trägerverantwortung schließe auch die Verantwortung mit ein, auflaufende Defizite zu tragen, fuhr der DLT-Präsident fort. „Damit die schwierige Situation beendet werden kann, muss ein Inflationsausgleich durch Anpassung der Landesbasisfallwerte geschaffen werden. Es muss zusätzliches Geld ins System, anders geht es nicht."

Aber auch strukturell müsse es darum gehen, die Kliniken zu stabilisieren: „Die Krankenhausreform sollte zügig zum Abschluss gebracht werden, wobei die Versorgungsinteressen des ländlichen Raumes maßgeblich Berücksichtigung finden müssen. In der derzeitigen Form lehnen wir die geplante Krankenhausstrukturreform jedenfalls ab." Auch wenn die Krankenhauslandschaft um eine Reform nicht herumkomme, sei zuallererst bei der Überversorgung in den Ballungsräumen anzusetzen.

Darüber hinaus hätten sich Bund und Länder beim Krankenhaustransparenzgesetz verhakt, kritisierte Sager: „Der Bund möchte hier ebenfalls in die Planungshoheit der Länder eingreifen, wogegen sich diese zu Recht verwahren. Daher gibt es ein Vermittlungsverfahren, das nun zügig beginnen muss. Denn eines haben die Krankenhäuser nicht: Zeit. Vielen Standorten steht das Wasser bis zum Hals." **DK**

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat bereits begonnen. Werfen wir noch einen kurzen Blick zurück auf das vergangene Jahr. 2023 war geprägt von alten und neuen Konfliktherden in der Welt, vielfältigen und komplexen Herausforderungen für unsere Gesellschaft und deren direkten und indirekten Auswirkungen auf unsere bayerischen Kommunen. Steigende Migrationszahlen, massiver Fachkräftemangel, fortlaufende Kostenexplosionen und viele weitere Brennpunktthemen haben in 2023 unsere bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke vor große Aufgaben gestellt.

Das letzte Jahr war aber auch geprägt vom unermüdlichen Einsatz unserer ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker für die Bürger vor Ort sowie von bemerkenswerten Leistungen unserer bayerischen Kommunen und das unter schwierigeren Rahmenbedingungen als in den Vorjahren. So darf ich ihnen meinen tiefen Dank für ihren beherzten und engagierten Einsatz in 2023 aussprechen. Die bayerischen Kommunen haben wieder mal bewiesen, dass sie wahre Krisenmanager sind und sich um die Themen der Menschen vor Ort bestens kümmern. Wir konnten auch trotz all der Krisen und Herausforderungen zahlreiche Erfolge verzeichnen und können mit neuem Mut und frischer Zuversicht in das Jahr 2024 gehen, auch wenn uns zahlreiche Themen aus 2023 auch in 2024 begleiten werden.

KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne

Wichtige Punkte für die kommunalpolitische Arbeit der KPV in 2024 sind die dauerhafte finanzielle Stabilität der bayerischen Kommunen, der zukunftsfähige Erhalt der flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung in ganz Bayern, die kontinuierliche Entbürokratisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen, neue Mobilitätskonzepte für Stadt und Land sowie die Stärkung der Kinderbetreuung im Freistaat.

Die KPV als Vertreter aller kommunalpolitischen Ebenen in Bayern ist überzeugt, dass wir die Herausforderungen, die das Jahr 2024 mit sich bringen wird, nur gemeinsam meistern können. Dafür braucht es weiterhin entschlossene und handlungsfähige Kommunalpolitiker vor Ort, die gemeinsam mit den anderen politischen Ebenen die bayerischen Kommunen zukunftsfähig und krisenfest machen. Lassen sie uns also gemeinsam anpacken und das neue Jahr aktiv kommunalpolitisch gestalten und den Menschen vor Ort Lösungen und Zuversicht für das neue Jahr anbieten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerischer Integrationspreis 2024 – Jetzt bewerben:

„Integration – Frauen im Fokus"

Der Bayerische Landtag, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vergeben auch 2024 wieder gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Integration – Frauen im Fokus". Bis zum 19. Februar 2024 können sich Vereine und Institutionen sowie auch Einzelpersonen beteiligen, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben.

Frauen haben im Integrationsprozess eine wichtige Schlüsselfunktion. Besonders Mütter sind Vorbilder und Wegbereiterinnen für ihre Kinder. Zugewanderte Frauen, die ausreichend Deutsch sprechen und mit unseren Werten vertraut sind, können sich im Alltag gesellschaftlich einbringen und selbst für ihre Belange und die Interessen ihrer Familie eintreten. Besonders wichtig für die Integration ist auch die Teilnahme am Berufsleben, denn Ausbildung und Erwerbstätigkeit sichern eigenes Einkommen, sorgen für Begegnung und Austausch und steigern die eigene Handlungsfähigkeit. Frauenspezifische Integration berührt noch viele weitere Themen, unter anderem das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen, das zum kulturellen Verständnis beiträgt, aber auch das Spannungsverhältnis zwischen einem traditionellen Rollenverständnis in vielen Herkunftsländern und der gleichberechtigten Gesellschaftsform hierzulande.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Das Motto der diesjährigen Ausschreibung zum Bayerischen Integrationspreis liegt mir sehr am Herzen. Denn Integration von Familien kann nur mit und über die Frauen gelingen. Gerade Mütter üben großen Einfluss auf ihre Kinder aus und geben ihre Erfahrungen und Werte an diese weiter. Dabei haben es zugewanderte Frauen in vieler Hinsicht schwerer: Oft übernehmen sie einen Großteil der Haushalts- und Kinderbetreuungspflichten und haben weniger Möglichkeiten, sich über die Arbeit zu integrieren – gleichzeitig müssen sie in einem Umfeld mit meist fremder Sprache, anderer Kultur und einem neuen Bildungs- und Erziehungssystem zurechtkommen."

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann sagt: „Solidarisches Engagement ist einer der Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Viele Menschen in Bayern, die sich für die gelungene Integration von Zugewanderten einsetzten, leben das in beispielhafter Art und Weise vor. In unserer Zeit ist das entschiedene Eintreten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger denn je. Denn genau dieser Zusammenhalt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft stark und widerstandsfähig gegen Extremismus und Spaltung macht. Dabei sollten wir auch immer die Bedürfnisse von Frauen im Blick behalten."

Gleichberechtigtes Leben

Der neue Integrationsbeauftragte Karl Straub ist schon jetzt auf die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger gespannt: „Frauen, ihre Kraft und ihre Leistungen, werden häufig unterschätzt und nicht ausreichend gewürdigt. Mich freut es, dass gleich bei meiner ersten Bayerischen Integrationspreisverleihung Projekte ausgezeichnet werden, die zugewanderte Frauen darin unterstützen, ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu führen."

Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Preisträger trifft eine unabhängige Jury des Bayerischen Integrationsrates.

Bewerbungsformulare und Informationen: https://integrationsbeauftragter.bayern.de/integrationspreis-2024/ . ❐

Der kommunale Finanzausgleich 2024:

Belastungsgrenze erreicht

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Jedes Jahr aufs Neue ringen Staatsregierung und die Spitzen von Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag und Bezirkstag um den kommunalen Finanzausgleich. Kurz vor dem Jahreswechsel gelang die Einigung für das Jahr 2024: Heuer bekommen Gemeinden, Landkreise und Bezirke vom Freistaat 11,4 Milliarden Euro. Die Steigerung um 212,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr verschafft den Kommunen Luft, zumindest etwas. Beim kommunalen Hochbau ebenso wie bei der Krankenhausfinanzierung oder bei Abwasser- und Wasserversorgung sowie beim Straßenbau und im Sozialbereich.

Erneut hat der kommunale Finanzausgleich 2024 summenmäßig ein Spitzenniveau erreicht, einen Rekordwert. Für verbale Schönfärberei bleibt dennoch kein Platz. Realistisch betrachtet ist das Verhandlungsergebnis maximal das, als was es der Bayerische Landkreistag bezeichnet: „Ein schmerzhafter Kompromiss in herausfordernder Zeit." Aber selbst, um zu diesem Befund zu gelangen, ist einiges an politischem Wohlwollen notwendig. Das wird spätestens dann klar, wenn man sich das fiskalische Ziel des kommunalen Finanzausgleichs in Erinnerung ruft. Danach „soll die Aufstockung der Finanzen durch die Leistungen des Staates die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen" – so das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in einer aktuellen Veröffentlichung.

Im Bewusstsein dessen ist das Minenspiel aller Beteiligten bei der Pressekonferenz zu den Verhandlungsergebnissen bezeichnend. So richtig wohl scheint sich offenbar mit dem Resultat keiner zu fühlen. Mit Recht. Den Kommunen hat die politische Großwetterlage erhebliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlingen und Energie sowie Klimaschutz beschert. Da ist der Zuwachs im Finanzausgleich um 1,9 Prozent zwar immer noch mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber den (aufgehalsten) Ausgabensteigerungen der Kommunen wird er dennoch nicht gerecht. Ihre Belastungsgrenze ist erreicht, mitunter überschritten. In ersten Kommunen drohen Haushaltschieflagen. Den Finanzminister selbst zwickt das Korsett des Staatshaushaltes. Angesichts einer stagnierenden Wirtschaft sinken seine Steuereinnahmen. Gekürzte Bundesmittel, steigende Energie- und Personalkosten sowie Inflation verringern seinen finanziellen Gestaltungsspielraum erheblich. Jede zusätzliche Ausgabe tut ihm weh. Gemeinsam wissen alle Verhandlungspartner, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Die finanziellen Mittel des Freistaats sind begrenzt und die Leistungskraft der Kommunen erschöpft.

Der Präsident des Landkreistages und Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin liegt richtig, wenn er fordert, dass der Freistaat die Kommunen – und in der Konsequenz die Bürgerinnen und Bürger – in Berlin besser schützen muss, wenn es um Aufgaben- und Mittelverteilung im föderalen System geht. Eine Forderung, die im Übrigen für alle Länder gilt und Mahnung an den Bund ist. Wer bestellt, der bezahlt. Das ist ein bewährter Grundsatz. Der Bund hat in den letzten Jahren bei den Kommunen viel bestellt. Über manches lässt sich streiten, manches ist bei den Kommunen richtig aufgehoben, wie z.B. die Wärmeplanung. Aber auch da gilt: Mit der Finanzierung des Jahrhundertprojektes bleiben die Kommunen weitgehend alleine – mit der Gefahr, dass die Kosten am Ende bei den Bürgerinnen und Bürgern landen. Verdruss ist vorprogrammiert – wenn denn nichts geschieht.

Dass Handlungsbedarf besteht, haben die Verhandlungspartner des kommunalen Finanzausgleichs erkannt. Wie ernst sie es letztendlich damit meinen, wenn sie dringend eine Strukturdebatte über Ausgaben, Förderwesen, Bürokratie und zu hohe Standards einfordern, werden die nächste Monate zeigen. Hoffentlich. Denn ansonsten wird es zur realen Gefahr, dass Gemeinden, Landkreise und Bezirke zwischen den Selbstverwaltungsangelegenheiten einerseits und den Auftragsangelegenheiten von Bund und Land andererseits zermalmt werden. Das kann freilich keiner wollen – und darf auch nicht passieren. Schließlich sind die Kommunen die Herzkammer der Demokratie. Hier wird Demokratie unmittelbar erlebbar und erlernbar. Starke Kommunen sind Staatsräson. Nicht von ungefähr würdigt die bayerische Verfassung deren Demokratierelevanz in Artikel 11 Absatz 4 in besonderer Weise: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben." Vielleicht ein guter Leitsatz für die notwendige Strukturdebatte.



Dr. Jürgen Gros. Bild: B. Obermaier

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

Gedämpfte Erwartungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Rekordwert von 1,1 Mrd. Euro.

Auch die Finanzierung von Krankenhäusern steht heuer im Fokus. Die Mittel für Krankenhausinvestitionen erhöhen sich um rund 24,3 Prozent und erreichen ebenfalls ein neues Spitzenniveau von 800 Mio. Euro. Die Krankenhausinvestitionsmittel werden über die Krankenhausumlage zur Hälfte von den Kommunen getragen. Die Investitionspauschale (446 Mio. Euro) wird auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. Um Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung noch stärker zu unterstützen, wird der Demografiezuschlag bei der Investitionspauschale verbessert.

Härtefallförderung

Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen legen erneut um 15 Mio. Euro auf nun 165 Mio. Euro zu. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum. Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2024 insgesamt 115 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können über den regulären Etat (85 Mio. Euro) hinaus weitere 30 Mio. Euro an die Gemeinden verteilt werden.

Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen und konsolidierungswilligen Gemeinden stehen 2024 100 Mio. Euro für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Verfügung. Die Zuweisungen an die Bezirke werden im nächsten Jahr um 10 Mio. Euro auf 716,5 Mio. Euro erhöht.

Die Grundsteuerreform wird sich ab dem Jahr 2027 auch auf den kommunalen Finanzausgleich auswirken. Der sich hieraus ergebende konkrete Änderungsbedarf wird Füracker zufolge im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. „In diesem Zusammenhang wird auch überprüft werden, ob darüber hinaus weitere Änderungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich sind."

Nüchtern fiel die Bewertung von Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags und diesjähriger Verhandlungsführer der kommunalen Spitzenverbände, aus: „Die Kommunen sind mit erheblichen Ausgabensteigerungen in nahezu allen Aufgabenbereichen konfrontiert, insbesondere in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlinge und Energie. Der Anstieg der Finanzausgleichsleistungen auf 11,4 Milliarden Euro kann diese finanziellen Mehrbelastungen nicht ausgleichen. Wir müssen daher dringend die Aufgaben und Standards hinterfragen, die den Kommunen auferlegt werden."

Rekorddefizite bei Krankenhäusern

Die Anhebung der Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser werde zu 50 Prozent von den Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. „Für uns ist dies angesichts von Rekorddefiziten in den Häusern ein erheblicher Kraftakt", stellte Karmasin klar. „Die Mittelaufstockung ist daher ein klares Signal an den Bund, dass wir unsere Hausaufgaben machen und nun der Bund dringend dazu aufgefordert ist, seiner Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bürger nachzukommen und eine ausreichende Betriebskostenfinanzierung sicherzustellen."

„Trotz geringer Spielräume konnten noch punktuelle Verbesserungen in einer Summe von etwa 100 Mio. Euro erreicht werden. Dies erkennen wir an. Dennoch bleibt das Ergebnis der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2024 deutlich hinter den Erwartungen zurück und es überwiegt beim Bayerischen Städtetag die Enttäuschung", merkte Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, an. Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung kommunaler Haushalte verschärften sich für das nächste Haushaltsjahr dramatisch. Kommunale Haushalte rutschten vereinzelt bereits in bedrohliche Schieflagen. Für die vielfältigen Problemlagen der bayerischen Kommunen bringe der kommunale Finanzausgleich leider zu wenig Unterstützung. Die weiter steigenden Ausgaben könnten nicht aufgefangen werden. „Dies schlägt mit zunehmender Wucht auf die kommunale Ebene durch, was bald auch Bürgerinnen und Bürger und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen."

Beschränkte Handlungsspielräume

Vielfältige Krisen wirkten sich auf die Kommunen aus, so Pannermayr weiter. „Die Handlungsspielräume sind sehr beschränkt, hier hätten vor allem noch höhere Schlüsselzuweisungen geholfen. In einer unsicheren Zeit mit vielen Herausforderungen versäumt es der Freistaat leider, mit einer Erhöhung des kommunalen Verbundanteils den Kommunen mehr Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Dies hat die Folge, dass Städte und Gemeinden eigentlich dringende Investitionen strecken, schieben oder streichen müssen. Notwendig ist zudem eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik. Hier ist neben dem Bund auch der Freistaat gefordert. Deshalb begrüßen wir die getroffene Vereinbarung, dass die Bayerische Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden in eine Strukturdebatte einsteigt."

Laut Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, „ist dieser Finanzausgleich das Ergebnis einer problematischen Entwicklung des Standortes Deutschland. Er ist gemessen an den von den Kommunen zu bewältigenden Aufgaben von einem anerkennenswerten Bemühen gekennzeichnet, aber nicht zufriedenstellend. Die aktuelle Lage birgt andererseits die Chance zur Neujustierung, Deregulierung und Priorisierung. Für die dafür notwendigen und überfälligen systemischen Korrekturen zeichnen alle Staatsebenen, auch die Kommunen, mit verantwortlich. Es steht zu hoffen, dass der Freistaat Bayern ohne ideologische Scheuklappen in Land und Bund die dafür erforderlichen Maßnahmen schnell auf den Weg bringt."

„Die generelle Prüfung, was sinnstiftend ist, eine schonungslose Aufgaben- und Ausgabenkritik, ein sofortiger Stopp von Anreizförderungen im freiwilligen Leistungsbereich ist auf allen Staatsebenen ebenso geschuldet wie die strikte Beachtung der Konnexität", fuhr Brandl fort. Die Bürger müssten darauf eingestellt werden, dass nicht alles Wünschenswerte machbar ist. Vielmehr sei eine Konzentration auf den Pflichtbereich für volkswirtschaftlich wichtige Investitionen, wie Bau und Infrastruktur, zwingend. Nur so könne Wohlstand gesichert werden.

Steigende Sozialausgaben

Nach den Worten von Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, nehmen die bayerischen Bezirke das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 2024 durchaus mit Sorge zur Kenntnis. Starke und leistungsfähige Kommunen benötigten eine solide finanzielle Basis. Die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sei zwar ein erster Schritt zur Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte, ebenso die Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke. Jedoch werde trotz aller Bemühungen des Freistaats, insbesondere des Finanzministers, der diesjährige Finanzausgleich den Anforderungen an einen auskömmlichen Finanzausgleich nicht gerecht, da die verpflichtenden Sozialausgaben deutlich stärker ansteigen als es die Steuer- bzw. Umlagekraft abbildet.

Mit Blick auf die kommenden Jahre mahnte Löffler: „Eine grundlegende Strukturdebatte ist jetzt unumgänglich. Gerade in schwieriger werdenden Zeiten wie jetzt dürfen wir Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen nicht allein lassen. Damit die bayerischen Kommunen die soziale Daseinsvorsorge trotz Fachkräftemangel und Kostensteigerungen weiter gewährleisten können, brauchen wir realistische und erfüllbare Qualitätsvorgaben und zudem eine ausreichende Finanzierung." **DK**

Deutschland braucht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Entlastungen für den Mittelstand, „weil Deutschland 20 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, wenn wir ein Wirtschaftswachstum im Eurozonen-Durchschnitt hätten".
2. Eine Haushaltspolitik, die bei ideologischen Ampel-Projekten spart und nicht Steuern erhöht.
3. Steueranreize für mehr Leistung, indem Überstunden steuerfrei gestellt werden.
4. Eine Arbeitsmarkpolitik, die fördert und fordert und die Leistungsstreichungen so lange vornimmt, wie ein Bürgergeldempfänger sich weigert, zumutbare Arbeit anzunehmen.
5. Eine Energiepolitik, die keine Energieform ideologisch ausschließt und die Deutschland an der Spitze hält bei Forschung, Entwicklung und Einsatz von Kernenergie und Kernfusion.
6. Eine Steuerpolitik, die den Klimaschutz fördert, indem die energetische Sanierung von Immobilien in voller Höhe von der Erbschaftsteuer abziehbar gemacht wird.
7. Ein Zukunftskonto, mit dem das Engagement junger Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und anderer Freiwilligendienste gestärkt wird und mit 5.000 Euro einen Anreiz bietet.
8. Ein Drittstaatenmodell, bei dem Asylverfahren und anschließender Schutz außerhalb Deutschlands stattfinden.
9. Eine Innenpolitik, die sicherstellt, dass aggressive Antisemiten entweder ausgebürgert, abgeschoben oder eingesperrt werden.
10. Eine Ausstattung der Bundeswehr, die Russland glaubwürdig von weiteren Aggressionen abschrecken kann.

Begrenzung der Migration

Prominent wurde mit der Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen das Thema Migration beraten. Sie bekannte sich zu einer Begrenzung der Migration. „Wir müssen uns zusammentun, um Schlepper und Schleuser zu bekämpfen", forderte von der Leyen. Die bulgarische Außenministerin Mariya Gabriel und der dänische Minister für Einwanderung und Integration Kaare Dybvad Bek zeigten auf, wie sie in ihren Ländern illegale Migration erfolgreich begrenzen und Integration fördern. Als Maßnahmen stellten sie heraus: konsequenter Grenzschutz, Reduktion von Pullfaktoren und strikte Integrationsanforderungen.

Weitere Gäste der dreitägigen Klausurtagung waren Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, der EVP-Vorsitzende Manfred Weber, der Vorsitzende der Munich Re, Dr. Joachim Wenning, Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, sowie die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats Prof. Dr. Alena Buyx. **DK**

Medizinische Versorgungszentren:

MVZ vor Einfluss fachfremder Finanzinvestoren schützen

Treffen von Gesundheitsministerin Judith Gerlach mit Bundesärztekammer-Präsident Dr. Reinhardt in Berlin

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat in Berlin mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Klaus Reinhardt, über wichtige aktuelle Themen gesprochen. Dabei ging es auch um investorengetragene medizinische Versorgungszentren (iMVZ). Gerlach betonte: „Wir sehen hier übereinstimmend ein klares Risiko von regionalen Monopolstellungen einzelner Träger von medizinischen Versorgungszentren. Es besteht die Gefahr, dass sich die ambulante ärztliche Versorgung in den Ballungsräumen konzentriert und im ländlichen Raum schlechter wird."

Gerlach erklärte: „Das muss im Sinne der Patientinnen und Patienten verhindert werden. Bayern hat deshalb im Mai vergangenen Jahres die Bundesregierung mit einer Bundesratsinitiative aufgefordert, medizinische Versorgungszentren stärker zu regulieren. Passiert ist leider bislang nichts."

BÄK-Präsident Reinhardt sagte: „MVZ sind eine wichtige und sinnvolle Ergänzung der ambulanten Versorgung, sie müssen vor Fehlentwicklungen durch den Einfluss fachfremder Finanzinvestoren geschützt werden. Die Bundesratsinitiative unter Federführung Bayerns sieht hierfür sachgerechte Regelungen vor. Der Antrag greift viele der Punkte auf, die die Bundesärztekammer in einem Positionspapier Anfang dieses Jahres unterbreitet hat. Jetzt ist das Bundesgesundheitsministerium am Zug, die angekündigte bundesgesetzliche Regelung endlich umzusetzen."

Bayern verlangt Nachbesserungen

Gerlach unterstrich: „Die Ärzteschaft und der Freistaat Bayern haben viele gemeinsame Interessen und Ziele. Ich bedanke mich für die Signale der Unterstützung, die BÄK-Präsident Reinhardt in unserem Gespräch gesendet hat. Wir haben unter anderem unsere Standpunkte zum aktuell wichtigen Thema der Krankenhausreform abgeglichen. Bayern dringt hierbei entschieden auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfs, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegt hat."

Reinhardt fügte hinzu: „Die Ärztinnen und Ärzte warten seit Langem auf eine nachhaltige Neuausrichtung der Krankenhausstrukturen. Diese Reform kann aber nur im Miteinander von Bund, Ländern und mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen gelingen. Die Ärzteschaft steht bereit, die Reform mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen." ❐

Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion:

Starker Staat – wehrhafte Demokratie

Geopolitische Spannungen, schwindendes Vertrauen in die Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Staates: Mit diesen Herausforderungen befasste sich die dbb Jahrestagung in Köln mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft. dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach forderte umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Dienst. Ein schwacher Staat gefährde die Demokratie.

Laut Umfragen gehen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Silberbach machte deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten!“

Alle Ausgaben müssen auf den Tisch

Zur Finanzierung müssten alle Staatsausgaben auf den Tisch. „Ob darüber hinaus die Schuldenbremse neu justiert oder neue Sondervermögen auf den Weg gebracht werden müssen, sei dahingestellt. Klar ist für mich: Es muss investiert werden.“ Beispielhaft nannte Silberbach mehr Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur. Seit der Gründung der Bundesrepublik habe es noch nie einen so großen Investitionsstau gegeben.

Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des dbb habe gezeigt, dass die Bürgerferne der Politik für 64 Prozent der Bevölkerung eine der größten Gefahren für die Demokratie ist. Um das Vertrauen sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch gerade der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Staat wiederherzustellen, sei daher auch ein Wandel in der politischen Kultur notwendig. Silberbach: „Zur Wahrheit über den Vertrauensverlust gehört für mich nämlich auch, dass es oft gar nicht die konkreten Entscheidungen in Sachfragen sind, die die Menschen erschüttern, sondern das Gefühl, dass es viele Verantwortliche nicht allzu genau nehmen mit der Achtung vor dem Rechtsstaat. Verfassungswidrige Besoldung, verfassungswidrige Haushalte, immer mehr von Karlsruhe kassierte Gesetze… jede Nachwuchskraft im öffentlichen Dienst fragt sich doch, ob sie in der Ausbildung etwas verpasst hat, was da lautet ‚kreativer Umgang mit dem Recht‘.“

Mangelhafte Digitalisierung

Auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung ist für den dbb Chef eine Ursache für den verbreiteten Frust in der Bevölkerung: „Menschen, die mit digitalen Verwaltungsangeboten zufrieden sind, bewerten auch die Leistungsfähigkeit des Staates höher – da sind wir wieder beim Punkt ‚Vertrauen‘. Allerdings halten Deutschland aktuell nur drei Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung für gut aufgestellt.“ Hier erwartet der dbb-Chef endlich Fortschritte, denn die Probleme seien alle längst bekannt. „An den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird es jedenfalls nicht scheitern“, stellte Silberbach klar. „Ganz im Gegenteil: Die Kolleginnen und Kollegen sehen in erster Linie die Chancen für ihre Arbeit. Digitalisierung ist natürlich nicht per se besser, wenn sie schlecht umgesetzt wird. Sie ist aber ein Gewinn, wenn sie für die Beschäftigten wirklich zu einer Arbeitserleichterung führt und damit Personalressourcen für andere Aufgaben frei werden.“

Enorm viele neue Stellen

Bernd Krösser, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, würdigte die Leistung des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Auch wies er darauf hin, dass im Bereich des Bundes zuletzt enorm viele Stellen geschaffen worden seien, gerade im Bereich der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Arbeit für den Staat sei auch weiterhin für Nachwuchs- und Fachkräfte attraktiv, zeigte sich Krösser überzeugt. Trotzdem wolle der Bund bei Aus- und Fortbildung sowie Digitalisierung noch mehr tun und besser werden. Eine Absage erteilte der Staatssekretär dagegen der Forderung nach der generellen Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes, weil diese die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschränken würde.

Permanente Aufgabenkritik

Die Frage „Braucht Deutschland eine Staatsreform zur Stärkung der Kommunen?“ stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion. Nach Auffassung von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger ist permanente Aufgabenkritik ein Bestandteil gelingender kommunaler Planung. Dezentralisierung und Föderalismus müssten mit Leben gefüllt werden. Dazu bedürfe es keiner perfektionistischen Überregulierung, sondern praktischer Lösungen vor Ort sowie einer leistungsfähigen Verwaltung mit ausreichender Personal- und Finanzausstattung.

Fairer Finanzausgleich

Hinterfragt werden müsse in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Beispiel Kinderbetreuung: Trotz Mehreinstellungen fehle es vielen Kommunen an allen Ecken und Enden an Personal für diesen Bereich, weil auch dort immer neue Aufgaben geschultert werden müssten. „Für eine faire Verteilung im Finanzausgleich müssen die Kommunen wieder stärker einbezogen werden, denn ein Großteil politischer Entscheidungen wird dort umgesetzt.“

Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der komba gewerkschaft, verwies darauf, dass kommunale Aufgaben angesichts des Personalmangels nicht gestemmt werden könnten. Beispiel Gelsenkirchen: „Da gab es in den letzten Jahren aufgrund von Flucht und Migration 3.000 zusätzliche Kinder in der frühkindlichen Bildung, dabei war das Personal eh schon knapp. Das führt bei Bürgerinnen und Bürgern zu Frust.“ Abschließend stellte er die Frage der Verhältnismäßigkeit: „Die Kommunen tätigen 25 Prozent der staatlichen Ausgaben, bekommen aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen.“ Dies sei nicht hinnehmbar.

Vollzugsdefizite

Bundesverfassungsrichter a.D. Peter Müller zeigte sich überzeugt, dass es in den meisten Politikbereichen in Deutschland kein Regelungs-, sondern ein Vollzugsdefizit gibt. „Wir brauchen keine neuen Regelungen – im Gegenteil, teilweise haben wir eher zu viele“, erklärte Müller. Wichtig sei aber, dass die Regelungen auch für alle gelten würden. „Das Gewaltmonopol des Staats etwa ist nur glaubwürdig, wenn Recht auch durchgesetzt wird.“

Gegen das derzeitige Vollzugsdefizit helfe nur eine angemessene Personalausstattung sowie ordentliche Bezahlung im öffentlichen Dienst. „Das Bundesverfassungsgericht hat unter seinem ehemaligen Präsidenten Andreas Voßkuhle klare Regeln für die amtsangemessene Alimentation aufgestellt. Trotzdem liegen in Karlsruhe 40 Vorlagen zum Thema“, betonte Müller und forderte, dass sich Politik hier und etwa auch in Haushaltsfragen an das geltende Recht hält. „Auch der Gesetzgeber muss sich an die Verfassung halten“, mahnte er. Mit Blick auf die zuletzt zahlreichen Demonstrationen ergänzte Müller: „Die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht müssen der Demokratie heilig sein. Aber auch hier muss Recht und Gesetz konsequent Anwendung finden, das gilt natürlich ebenso für die ‚Letzte Generation‘ wie für die Bauern.“

Allgemeine Dienstpflicht

Um die Identifikation gerade junger Menschen mit dem Staat zu stärken, kann sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter eine allgemeine Dienstpflicht vorstellen: „Ich halte das für durchaus attraktiv, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So könne Heranwachsenden auch vermittelt werden, dass das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Bemühen um ihren Erhalt erfordert.

Rahmenbedingungen für KI

Künstliche Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst revolutionieren. Welche Rahmenbedingungen notwendig sind, diskutierten renommierte Fachleute wie Carsten Köppl, Geschäftsführer der Beratungsagentur Next:Public. Er skizzierte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Sektor nach umfassender Modernisierung verlangten und bereit seien, den digitalen Wandel voranzutreiben. „Der Digitalisierungsdruck kommt nicht mehr nur von außen – er kommt zunehmend von innen. Wie attraktiv die Beschäftigten den öffentlichen Dienst dabei als Arbeitgeber einschätzen, welche Erwartungshaltung sie gegenüber der Verwaltungsdigitalisierung hegen und inwiefern sie sich im Bereich IT-Sicherheit auskennen, hat die im Dezember 2023 veröffentlichte Studie ´Barometer Digitale Verwaltung´ der Next:Public gezeigt. Demnach sind Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen keine Bremser digitaler Prozesse und Innovationen, sie sind vielmehr Treiber.“ Im Umkehrschluss müsse sich die Verwaltung als moderner, digitaler Arbeitgeber präsentieren, um die erforderlichen Fachkräfte zu binden, hob Köppl hervor.

Fehlende Entwicklungsmöglichkeiten

Paradoxerweise sei die grundsätzliche Bindung der Beschäftigten zum öffentlichen Dienst hoch, während gleichzeitig die Strahlkraft des öffentlichen Dienstes abnehme. So würden nur noch 15 Prozent der Befragten ihren aktuellen Arbeitgeber weiterempfehlen. Obwohl der Staat in besonderem Maße auf qualifiziertes Personal angewiesen sei, nehme die Zufriedenheit der Beschäftigten mit den vorhandenen Rahmenbedingungen ab. Vor allem fehlende individuelle Entwicklungsmöglichkeiten würden kritisiert.

Wie weit der öffentliche Sektor in Sachen IT-Implementierung zurückliege, zeige sich am Fehlen einer öffentlichen Verwaltungs-Cloud. „Bis heute darf die Verwaltung keine Cloudlösung rechtssicher einsetzen. Sie soll jetzt nach 14-jähriger Diskussion entwickelt werden. Das darf uns bei der KI auf keinen Fall passieren!“, kritisierte Köppl. **DK**

Förderrichtlinie Landesentwicklung III

Das Bayerische Wirtschaftsministerium setzt sich auch künftig für die innovative Regionalentwicklung in Bayern ein. Mit der neuen Förderrichtlinie Landesentwicklung werden innovative Projekte in den Regionen unterstützt und so wird ein wichtiger Beitrag zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern geleistet. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken und diese zukunftsfähig aufstellen. Deshalb schreiben wir die von den Landkreisen stark nachgefragte Regionalmanagementförderung fort – und das mit verbesserten Bedingungen.“

Die Förderung umfasst derzeit rund 200 Einzelprojekte zu den Themen Wettbewerbsfähigkeit, Siedlungsentwicklung, Klimawandel, demographischer Wandel und regionale Identität, die von rund 65 regionalen Initiativen vorwiegend auf Landkreisebene mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 11 Millionen Euro pro Jahr umgesetzt werden. Die Projektideen stammen stets aus der Region und greifen die Herausforderungen vor Ort auf. Die maximale jährliche Fördersumme liegt bei 175.000 Euro pro Jahr für regionale Initiativen und bis zu 300.000 Euro pro Jahr für Metropolregionen.

Die neue Förderrichtlinie Landesentwicklung III trat am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Konditionen wurden optimiert durch Einführung eines zusätzlichen Förderbetrags für größere regionale Initiativen, die neue Sonderförderung „Zielbildungsprozess“ zur Erarbeitung einer regionalen Entwicklungsstrategie sowie die Möglichkeit zur Verlängerung der Sonderförderung Transformationsprozesse. https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/instrumente/regionalmanagement/ ❐

Auf dem Weg zum Immateriellen Kulturerbe:

Die Kunst der Fahnenstickerei

In einer schnelllebigen Welt, geprägt von Technologie und Fortschritt, sind traditionelle Handwerkskünste oft bedroht, in Vergessenheit zu geraten. Ein solches Handwerk, die Fahnenstickerei, verkörpert nicht nur Geschichte, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur kulturellen Vielfalt.

Die Fahnen Kössinger GmbH aus Schierling hat gemeinsam mit der Textilgestalterinnung die Bewerbung für die Eintragung des Handwerks in das immaterielle Kulturerbe Bayerns gestellt, um diesem Handwerk die verdiente öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.



In wertvollster Handarbeit entstehen kostbare Kulturgüter. Bild: Fahnen Kössinger

Die Geschichte der Fahnenstickerei

Die Geschichte der Fahnenstickerei reicht Jahrhunderte zurück und symbolisiert Gemeinschaft, Identität und Zusammenhalt. Schon in der Antike dienten Fahnen als Symbole der Zugehörigkeit. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Fahnenstickerei zu einer Kunstform mit praktischem Geschick und tiefgreifender kultureller Bedeutung. Firmen wie die Fahnen Kössinger GmbH, ein mittelständisches Unternehmen mit langer Tradition, haben sich der Fahnenstickerei verschrieben. Präzise Handarbeit verwandelt sich in Fahnen höchster Qualität, die nicht nur ästhetisch ansprechend sind, sondern auch die Tradition eines Vereins oder einer Gemeinde repräsentieren und gewissermaßen auch deren Selbstverständnis widerspiegeln.

Die Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl

Vereine spielen eine bedeutende Rolle im sozialen Gefüge. Sie sind nicht nur Treffpunkte für Begegnungen und Austausch, sondern tragen maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei. Die Fahnenstickerei knüpft enge Verbindungen zum Vereinsleben, da Fahnen als Identifikationssymbole dienen und die Werte sowie Ziele eines Vereins repräsentieren. Dabei sind sie weit mehr als nur Stoff und Farben; sie dienen vielmehr als Ausdruck einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Zwecks.

Die Symbolkraft der Fahnen

Ob Sportvereine, Kulturvereine oder gemeinnützige Organisationen, Vereine gestalten das soziale Gefüge und fördern das Gemeinschaftsgefühl. Die Fahnen Kössinger GmbH erkennt die zentrale Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl und setzt sich dafür ein, dass das Engagement der Bürger in diesen Vereinen die verdiente Anerkennung erfährt.

Fahnen repräsentieren nicht nur die lokale Geschichte, sondern auch die Vielfalt jeder Gemeinschaft. Ob bei Festumzügen, Sportveranstaltungen oder offiziellen Anlässen – Fahnen sind unverzichtbare Begleiter, die eine visuelle Verbindung zwischen Menschen und Werten schaffen. Die Fahnenstickerei spielt dabei eine entscheidende Rolle, indem sie nicht nur alte Fahnen restauriert, sondern auch neue Fahnen herstellt, handwerkliche Präzision und künstlerisches Geschick vereint.

Die Bewerbung

Die Bewerbung um die Anerkennung als immaterielles Kulturerbe würdigt nicht nur die handwerkliche Meisterschaft der Fahnenstickerinnen, sondern betont auch die Fahnenstickerei als bedeutenden kulturellen Beitrag. Diese Anerkennung würde eine Verpflichtung bedeuten, die Kunst und das Wissen um die Fahnenstickerei zu bewahren und an kommende Generationen weiterzugeben.

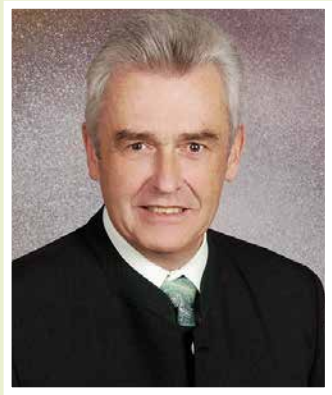
Unterstützung durch Kommunen

Die Unterstützung durch Kommunen ist entscheidend, um Traditionen zu bewahren und Identitäten zu stärken. Gemeinden sollten Vereinen beratend und unterstützend zur Seite stehen, insbesondere bei Veranstaltungen wie Fahnenweihen oder Jubiläumsfesten. So tragen Vereine dazu bei, das kulturelle Erbe zu bewahren und das Gemeinschaftsgefühl vor Ort zu stärken. ❐



Allergrößte Sorge um medizinische Versorgung!

„Ich wünsche uns allen alles Gute im neuen Jahr und der Bundesregierung die Einsicht, dass die 10 Mrd. € der fehlenden Krankenkassenbeiträge der Bürgergeldempfänger jährlich an die Krankenhäuser bezahlt werden, da andernfalls mangels Krankenhäusern eine Krankenhausreform nicht mehr nötig ist“, schrieb Josef Lamperstorfer an die Bayerische GemeindeZeitung. Der langjährige Erste Bürgermeister von Wegscheid macht sich als Mitglied des Verwaltungsrates der Gesundheitseinrichtungen im Landkreis Passau allergrößte Sorgen um die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung.



Die Ampelregierung hat zum 1.1.2023 und zum 1.1.2024 das Bürgergeld um insgesamt 25,3 % (449 € auf 563 €) erhöht. Zusätzlich erhalten die Bürgergeldempfänger u.a. die gesamten Miet- und Heizungskosten erstattet. Kein Arbeitnehmer oder Rentner erhält eine solche Erhöhung in diesem Zeitraum.

Ebenso zahlen die Bürgergeldempfänger keine Krankenversicherungsbeiträge, da diese vom Bund übernommen werden. Allerdings zahlt der Bund je Bürgergeldempfänger wesentlich weniger, als tatsächlich bei den Krankenkassen an Kosten anfallen, wie aus dem IGES-Gutachten ersichtlich ist. https://www.iges.com/sites/igesgroup/iges.de/myzms/content/e6/e1621/e10211/e15829/e22149/e22151/e22153/attr_objs23127/IGES_GKV-Beitraege_Dez2017_ger.pdf

Laut Mail-Antwort des GKV-Spitzenverbandes wird dieses Defizit der Krankenkassen durch die Bürgergeldempfänger vom Bund bis heute nicht ausgeglichen. Allerdings dürften die Zahlen (nicht gedeckte Kosten der Krankenkassen je Bürgergeldempfänger 147 € je Monat) laut damaligem IGES-Gutachten inzwischen bei Weitem höher sein.

Aber selbst mit dem damals festgestellten Wert von 147 € je Hartz-IV-Empfänger ergibt sich folgende Berechnung:

Aktuelle Zahlen der Bürgergeldempfänger laut Internet:

- Nicht arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 1,56 Mio.
- Arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 3,9 Mio.

=> insgesamt 5,46 Mio. x 147 € x 12 = 9,6 Mrd. €

Damit finanzieren die Krankenkassenbeitragszahler rund 10 Mrd. € jährlich für die nicht gedeckten Kosten der Bürgergeldempfänger. Was wiederum zur Finanznot der Krankenkassen führt.

Somit stehen auch den Krankenkassen keine Mittel zur Verfügung, dass die Landesbasisfallwerte entsprechend der Inflationsrate und den Steigerungen der Personalkosten erhöht werden können:

Erhöhung der Fallpauschalenerlöse der Krankenhäuser

- 2022 um 2,3 % – Inflation 8 %
- 2023 um 4,4 % – Inflation 7 %

wobei in den Krankenhäusern rund 90 - 95 % der Erlöse allein für Personal- und Materialkosten aufgewendet werden müssen.

Gesundheitsminister Lauterbach hat groß 6 Mrd. € an Inflationsausgleich angekündigt; nur ein Teil ist bisher tatsächlich geflossen, da Förderrichtlinien so eng gefasst wurden. Weitere Zahlungen sollen erst Ende 2023 und 2024 fließen.

Im Haushaltsentwurf wurde der Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums von 25,4 Mrd. im Jahr 2023 auf 16,2 Mrd. € in 2024 gekürzt = 33,6 %!, obwohl zusätzliche Mittel für die Krankenhausreform erforderlich sind.

Werden bewusst Insolvenzen und Schließungen von Krankenhäusern in Kauf genommen?! Offensichtlich ja!

Laut einem Interview mit Gerald Gaß dem Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 19.07.2023: Karl Lauterbach hat selbst gesagt: „Wir stehen am Vorabend eines Kliniksterbens. Dabei werden auch Krankenhäuser wegfallen, die wir zukünftig brauchen.“ Das sind seine Worte

Auch wenn Herr Lauterbach zwischenzeitlich in der Tagesschau am 13.11.2023 das Gegenteil behauptet, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krankenhausreform-laender-lauterbach-100.html

- Bericht in der Passauer Neuen Presse vom 20.12.2023: 22 Klinikschließungen im Jahr 2023
- Unmengen von Berichten, in welchen dargestellt wird, dass die meisten kommunalen Krankenhäuser 2023 und 2024 nur noch mit Millionenunterstützung durch die Kommunen vor der Insolvenz gerettet werden können.

Wie lange können die Kommunen dies noch leisten?

Nachdem die Bundesregierung trotz der hohen Zahl der Bürgergeldempfänger bewusst keinen Ausgleich für den nicht gedeckten Betrag der Krankenhausleistungen an die Krankenkassen leistet, nimmt sie bewusst in Kauf, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verschlechtert wird. Wobei die Gesundheit unser wichtigstes Gut ist! Wenn jemand gesund ist, hat er viele Wünsche, wenn er krank ist, nur einen! ❐



V.l.: Dr. Josef Rampl, Bayerischer Müllerbund; Rudolf Sagberger, Bayerischer Müllerbund; Lars Bubnick, Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Staatssekretär Tobias Gotthardt MdL, Svenia Fries; Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Daniela Sauer, Konditoren-Innung Bayern, Josef Schwalber, Konditoren-Innung Bayern; Stefan Stand, Private Brauereien Bayern. Bild: StMWi / A. Gottardi

„Handwerk ist eine verlässliche Stütze der Wirtschaft!“

Bayerische Lebensmittelhandwerke treffen Staatssekretär Tobias Gotthardt

Die Landesverbände der bayerischen Fleischer, Müller, Konditoren und Brauer trafen im Rahmen eines Antrittsbesuchs den neuen Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Tobias Gotthardt, MdL.

Gotthardt, der sich die Sorgen aufmerksam anhörte, machte gleich zu Beginn deutlich: „Das Handwerk ist eine verlässliche Stützte der Wirtschaft, und Bayern steht zu euch, zu den Ernährungshandwerken.“

Im Zentrum des Gesprächs standen die gefassten Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung in Berlin. „Diese treffen unsere Ernährungshandwerke gefühlt in allen Bereichen.“, so Rudolf Sagberger, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Müllerbundes.

Ampel-Beschlüsse bedeuten massive Belastungen

Die Geschäftsführer der Verbände erläuterten detailliert, welche Belastungen konkret auf die Betriebe zukommen. Die Mauterhöhungen werden Auswirkungen auf Lieferantenkosten in allen Branchen haben. Der Wegfall der Energiepreisbremsen sowie die zusätzliche Streichung der Netzentgelte-Zuschüsse bedeuten massive Mehrbelastungen bei den Energiekosten in allen Gewerken. Und dies, obwohl noch bis vor wenigen Wochen eine Verlängerung der Preisbremsen von der Bundesregierung fest zugesagt wurde. „Diese Streichungen sind ein Wortbruch der Ampel, genauso wie der Wegfall des verminderten Mehrwertsteuersatzes für Gastronomieleistungen, dessen Entfristung vom Bundeskanzler persönlich versprochen wurde. Wir hoffen, dass nun wenigstens die Senkung der Stromsteuer bleibt und diese nicht auch noch den Sparmaßnahmen zum Opfer fällt“, so Josef Schwalber, Obermeister der Konditoren-Innung Bayern.

Bürgerfeindliche Politik

Staatssekretär Gotthardt fasste unterstützend zusammen: „Die Ampel in Berlin betreibt eine wirtschaftsfeindliche und damit auch bürgerfeindliche Politik. Dagegen wird man weiter angehen und die Forderungen der Gewerke entsprechend unterstützen.“ ❐

Weiteres Dringen auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)

vertrag festgeschrieben wurde. Bayern würde damit als erstes Land nach den jährlichen Kalkulationsberechnungen seine Investitionsverpflichtungen vollständig erfüllen können. Wir hoffen im Schulterschluss mit den Kommunen auf eine rasche Umsetzung!“

Erhöhung der Pauschalmittel

„Im ersten Schritt wäre für 2024 eine deutliche Erhöhung der Pauschalmittel aus unserer Sicht erforderlich, um den Kliniken schnell zu helfen“, erklärte Bischof. Zudem habe die Bayerische Staatsregierung im Koalitionsvertrag angekündigt, die Kliniken im ländlichen Raum mit 100 Mio. Euro für die Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen. „Diese Mittel werden notwendig sein, denn auch uns Klinik-Verantwortlichen ist klar: Die Dynamik der Konzentrationen wird weiter zunehmen.“

In vielen Regionen Bayerns habe man sich bereits auf den Weg gemacht, diesen Reformprozess mitzugestalten. Bischof nannte etwa die jüngst öffentlich gewordene strategische Partnerschaft des Klinikums Würzburg Mitte mit der Theresienklinik Würzburg, die angekündigte Fusion des LAKUMED Klinikums mit dem Klinikum Landshut sowie das Schweinfurter Modell. Auch die Fusionen der Barmherzigen Brüder mit dem Dritten Orden, der ökumenische Zusammenschluss der beiden christlichen Krankenhäuser in Nürnberg, dem katholischen St. Theresien- und des evangelischen Martha-Maria-Krankenhauses sowie der Zusammenschluss des Deutschen Herzzentrums München mit dem Uniklinikum Rechts der Isar zeigten, wie dynamisch die Veränderungen bereits sind.

Durch das Krankenhauszukunftsgesetz, die Erweiterung des Katalogs für das ambulante Operieren und die Einführung der Hybrid-DRGs hat die Bundespolitik laut Bischof bereits Impulse gesetzt, die in Bayern künftig konstruktiv umgesetzt werden. Die BKG werde dies direkt und auch über die Beratungstochtergesellschaft BIK aktiv begleiten. Gleichwohl ließen die im Entwurf des Krankenhaustransparenzgesetzes und im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen noch viele Fragen offen. Nun drohe ein „Survival of the fittest“, d.h.: „Nur jene Kliniken, die sich am besten an die neuen bürokratischen Regelungen des Gesetzgebers – seien sie nun sinnvoll oder nicht – anpassen können, sollen offenbar überleben dürfen.“

Klare, realistische und verlässliche Spielregeln

Wie die BKG-Vorsitzende betonte, würden sich Bayerns Kliniken einer großen Reform, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, nicht verweigern. Voraussetzung dafür seien aber „klare, realistische und verlässliche Spielregeln“. Bislang seien aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft die Auswirkungen der Reformpläne aber „völlig unklar und riskant“.

Drohende Pleitewelle

Bischof begrüßte es, dass die Bundesregierung einen Transformationsfonds angekündigt hat, um Geld für Kosten durch die geplante Krankenhausreform bereitzustellen. Doch es sei zu spät, wenn der Fonds, wie derzeit geplant, erst im Jahr 2025 eingerichtet werde, kritisierte die BKG-Vorsitzende.

Auch Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach forderte die Bundesregierung auf, sich nicht länger einem Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser zu verweigern. „Wenn die Bundesregierung nicht rasch hilft, droht eine Pleitewelle durch die Kliniklandschaft zu rollen, noch bevor die Krankenhausreform Wirkung entfalten kann. Das kann niemand wollen, der ernsthaft das Wohl der Patientinnen und Patienten im Sinn hat.“

Bayern hatte am 24. November zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative eingebracht, mit der ein Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser von fünf Milliarden Euro gefordert wird. Gerlach zufolge „geht es dabei vor allem um die durch Tarifabschlüsse gestiegenen Lohnkosten und um die Folgen der hohen Inflation – also um die Betriebskosten. Dafür ist der Bund zuständig und muss endlich handeln. Es darf keinen kalten Strukturwandel geben!“ Ende 2023 verzeichneten die bundesdeutschen Kliniken ein Defizit von rund 10 Milliarden Euro.

Nachbesserungen bei der Krankenhausreform

Die Ministerin forderte zugleich erneut Nachbesserungen bei der geplanten Krankenhausreform. Sie unterstrich: „Wir sind weiterhin bereit, unseren Beitrag zum Gelingen der Reform zu leisten, aber nicht um jeden Preis. So darf es keinen Eingriff in die Planungshoheit der Länder geben. Wir brauchen die nötige Beinfreiheit, um eine flächendeckende Versorgung sichern zu können. Es muss durch hinreichende Ausnahmemöglichkeiten sichergestellt sein, dass die Länder Versorgungsprobleme verhindern und bei der Prüfung von Strukturvoraussetzungen für Leistungsgruppen beispielsweise auch Kooperationen zulassen können. Zudem brauchen wir praktikable Lösungen für Fachkrankenhäuser, um diese hochspezialisierten Einrichtungen weiter für die Patientinnen und Patienten am Netz zu halten.“

Kein Mehrwert beim Transparenzverzeichnis

Zudem bereite das sogenannte Krankenhaustransparenzgesetz den meisten Ländern erhebliche Bauchschmerzen, fügte Gerlach hinzu. Aus ihrer Sicht sollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die im Bundesrat gegen das Gesetz vorgetragenen Bedenken nicht einfach vom Tisch wischen. Das Vorhaben gaukle Transparenz nur vor, denn das vorgesehene Transparenzverzeichnis zur Krankenhauslandschaft in Deutschland biete in der geplanten Form keinen echten Mehrwert für die Menschen im Land. Es drohe viel mehr Unklarheit als Nutzen zu stiften.

Laut Gerlach war es ein wichtiger Schritt, dass die Länder im Bundesrat einen Schulterschluss erzielen konnten, den Vermittlungsausschuss anzurufen. „Damit haben wir doch noch die Chance auf Verbesserungen – im Interesse der Länder, der Krankenhäuser und vor allem der Patientinnen und Patienten.“ **DK**

Gerlach zu Ärzten mit ausländischer Ausbildung:

Anerkennungsverfahren beschleunigen

Pilotprojekt zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz gestartet

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Anerkennungsverfahren von Ärztinnen und Ärzten mit ausländischer Ausbildung beschleunigen. Deshalb wurde am 1. Januar ein entsprechendes Pilotprojekt gestartet. Gerlach betonte: „Bei unserem Pilotprojekt sollen die Möglichkeiten eines Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in den Anerkennungsverfahren ermittelt und erste technische Lösungen erarbeitet werden. Wir setzen wegen des Fachkräftemangels darauf, dass auf diese Weise die Anerkennungsverfahren beschleunigt werden und Ärztinnen und Ärzte mit ausländischer Ausbildung schneller bei uns arbeiten können.“

Gerlach erläuterte: „Die Anerkennungsverfahren sind notwendig, damit Ärztinnen und Ärzte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, in Deutschland die staatliche Berufszulassung erhalten können. Das ist wiederum Voraussetzung für die ärztliche Berufsausübung in Deutschland.“

„Im Gesundheitsbereich haben wir mit einem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Leider fehlen auch immer mehr Ärztinnen und Ärzte – vor allem in ländlichen Regionen. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen wir inländische Potenziale steigern, daneben aber auch vermehrt Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland gewinnen. Dafür brauchen wir auch eine zügige Durchführung der Anerkennungsverfahren durch die zuständigen Bezirksregierungen“, sagte die Ministerin.

„Im Jahr 2023 wurde bereits ein Verfahren zur Online-Antragstellung in Bayern eingerichtet. Nun sollen Möglichkeiten eines KI-Einsatzes ermittelt werden, die an den Online-Antrag anknüpfen können.“

Einen besonderen Nutzen des KI-Einsatzes erhofft man sich bei der Prüfung von eingereichten Unterlagen. KI könnte künftig beispielsweise prüfen, ob ein im Feld ‚Diplom‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Diplom und ein im Feld ‚Identitätsnachweis‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Nachweis über die Identität des Antragstellenden ist.

Landarztquote und Landarztprämie

Die Ministerin ergänzte: „Klar ist: Um eine hochwertige medizinische Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir natürlich auch mehr inländische junge Medizinerinnen und Mediziner – und zwar dort, wo sie besonders gebraucht werden. Dafür setzt sich Bayern seit Jahren ein. Dabei sind das bayerische Stipendienprogramm, die Landarztquote und auch die Landarztprämie wichtige Instrumente.“

Informationen:

https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/ ❐

Rückgang der gesicherten Stromerzeugungsleistung:

Bayern muss im Winter viel Strom importieren

Kernkraft wurde nicht adäquat ersetzt

In der Jahresbetrachtung konnte sich Bayern jahrzehntelang selbst durch eigene Kraftwerke mit Strom versorgen. Dieser aus Sicht der Versorgungssicherheit komfortable Zustand ist aber bereits seit einigen Jahren Geschichte. Durch den nunmehr vollständig vollzogenen Ausstieg aus der Kernkraft zum 15.04.2023 ist die gesicherte Leistung, also die Stromerzeugungsleistung, die rund um die Uhr verlässlich zur Verfügung steht, signifikant zurückgegangen. Gerade in den Wintermonaten, wenn Strom überall ein begehrtes Gut ist, muss Bayern erhebliche Strommengen importieren.

„Neben dem zweifelsfrei erforderlichen weiteren Zubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, geht es in den nächsten Jahren daher vor allem darum, die Netzeinbindung Bayerns weiter zu verbessern und den in unserem Bundesland erzeugten Wind- und Photovoltaikstrom insbesondere über Wasserstoff (H2) langfristig zu speichern und bei Bedarf wieder zu verstromen. Hierfür braucht es auch neue H2-ready-Gaskraftwerke“, fasst Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW, die anstehenden Aufgaben in der Stromversorgung zusammen.

Installierte Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung

Vor allem aufgrund des sehr erfolgreichen Photovoltaikanlagenausbaus steigt die installierte Leistung bayerischer Stromerzeugungsanlagen seit Jahren deutlich auf zuletzt 35,8 GW Nennleistung an. Doch der überwiegende Teil dieser Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung, sondern ist wetter- und jahreszeitlich bedingten Schwankungen unterworfen oder fällt im Falle der Photovoltaik in der Nacht komplett aus. Einschließlich Sicherheitsabschlag können nur 90 Prozent der Nennleistung aus thermischen Kraftwerken und 40 Prozent aus den Laufwasserkraftwerken zu jeder Zeit eingeplant werden. Windkraft- und PV-Anlagen leisten bei Dunkelflaute gar keinen Beitrag, also 0 Prozent. Pumpspeicherkraftwerke und Batterien stehen nur für kurze Zeit zur Deckung der Spitzenlast zur Verfügung.

Keine Verbesserung in Sicht

Im Saldo ist für Bayern in den nächsten Jahren mit keiner entscheidenden Verbesserung bei der gesicherten Leistung zu rechnen. Das Kohlekraftwerk bei Zolling mit 472 MW wird voraussichtlich 2025 stillgelegt. Die in 2023 fertiggestellten „besonderen netztechnischen Betriebsmittel“ (Gaskraftwerke) in Leipheim und in Vohburg stehen lediglich in absoluten Notfällen zur Verfügung. Es erhöht sich damit auch die Abhängigkeit vom Energieträger Erdgas bei der Stromerzeugung gerade zu Spitzenlastzeiten weiter.

Mit der Außerbetriebnahme des letzten bayerischen Kernkraftwerks Isar 2 am 15. April 2023 hat sich die Situation nochmal weiter verschärft, da die gesicherte Leistung in Bayern dann auf nur noch 9,9 GW (mit Reservekraftwerken aller Art und besonderen netztechnischen Betriebsmitteln) zurückgegangen ist. Bei maximaler Leistungsinanspruchnahme durch die Stromverbraucher in Höhe von ca. 13,5 GW erfordert die Differenz im zunehmenden Maße Stromimporte.

Der Bedarf an gesicherter elektrischer Leistung im bayerischen Stromversorgungssystem wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Wollen von den derzeit vorhandenen über 8 Millionen Pkw etwa 500.000 Elektro-Pkw gleichzeitig mit den üblichen 11 kW Leistung laden, muss eine zusätzliche Stromerzeugungsleistung von 5,5 GW aus dem Netz bereitgestellt werden. Hinzu kommt noch der Bedarf für die immer häufiger zum Einsatz kommenden elektrischen Wärmepumpen. 500.000 neue Wärmepumpen, die mit angenommen 2 kW gleichzeitig betrieben werden, erfordern weitere 1 GW an gesicherter Leistung.

Ungutes Gefühl

„Es macht kein gutes Gefühl, dass unser Bundesland gerade im Winter, wenn es überall knapp wird, in erheblichem Umfang auf Stromimporte angewiesen ist. Und wir sollten uns auch nicht allzeit darauf verlassen, dass in den Nachbarländern freie Kapazitäten zum Export vorhanden sind. Das ist aber noch nicht in allen Köpfen drin,“ resümiert Detlef Fischer. ❒

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien:

Auf historischem Höchststand

Im Berichtsjahr 2022 werden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 68 524 GWh Strom erzeugt. Das sind 14,5 Prozent weniger als im Jahr 2021. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern liegt in Bayern im Berichtsjahr 2022 bei 28.315 GWh und sinkt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 32,1 Prozent. Hingegen steigt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 4,7 Prozent auf 40 209 GWh.

Der Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien resultiert hauptsächlich aus einer höheren Stromerzeugung aus Windenergie (+12,3 Prozent auf 4 574 GWh) und besonders aus Photovoltaik (+17,9 Prozent auf 15 520 GWh). Die Wasserkraft verzeichnet in Bayern im Jahr 2022 hingegen witterungsbedingt einen Rückgang auf 10 420 GWh (-8,8 Prozent). Die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern und Biomasse zeigen sich mit 519 GWh (-1,4 Prozent) und 9 177 GWh (-0,5 Prozent) nahezu unverändert.

Insgesamt werden 2022 1 798 GWh Strom mehr aus erneuerbaren Energien produziert als im Vorjahr. Deren Anteil am bayerischen Stromerzeugungsmix erhöht sich 2022 somit auf 58,7 Prozent. Wie in den Vorjahren ist der erzeugungsstärkste erneuerbare Energieträger die Photovoltaik, die im Jahr 2022 auch die Kernenergie als bisher erzeugungsstärksten Energieträger bei der Stromerzeugung in Bayern ablöst.

Deutlicher Rückgang bei der Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern im Berichtsjahr 2022 insgesamt um 13 386 GWh ab. Ausschlaggebend ist hier die Abschaltung des letzten Blocks des Kernkraftwerks Gundremmingen am 31.12.2021. Die Stromerzeugung aus Kernenergie sinkt dadurch um 11.223 GWh auf 12.274 GWh im Jahr 2022. Die Zuspitzung der geopolitischen Lage mit dem Ukrainekrieg und die steigenden Energiepreise, besonders beim Erdgas, spiegeln sich auch in der Stromerzeugung wieder. So nimmt die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern im Vergleich zum Vorjahr um 2 638 GWh ab und beträgt 11 599 GWh im Jahr 2022 (-18,5 Prozent).

Die rückläufige Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas wird im Jahr 2022 nur zu einem geringen Teil durch andere konventionelle Energieträger kompensiert. Zwar steigt die Stromerzeugung aus Steinkohle (+10,4 Prozent), sonstigen konventionellen Energieträgern (+12,6 Prozent) und Heizöl (+27,4 Prozent) relativ betrachtet deutlich, insgesamt aber erhöht sich die Bruttostromerzeugung aus diesen Energieträgern nur um 476 GWh im Vergleich zum Vorjahr.

Bayerischer Strommix 2022

58,7 Prozent aus erneuerbaren, 41,3 Prozent aus konventionellen Energieträgern 41,3 Prozent der bayerischen Stromerzeugung basieren im Jahr 2022 auf konventionellen Energieträgern. Die Kernenergie hat einen Anteil von 17,9 Prozent am bayerischen Strommix. Im Jahr 2021 waren es noch 29,3 Prozent. Darauf folgt die Stromerzeugung aus Erdgas mit einem Anteil von 16,9 Prozent. Rund 6,5 Prozent sind Heizöl und sonstige, nicht erneuerbare Energieträger.

Rückgang der CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung zu erwarten

Nach Einschätzung der Experten für die Treibhausgasbilanzierung im Bayerischen Landesamt für Statistik dürften im Jahr 2022 die CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung tendenziell sinken, da die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern rückläufig ist. Die statistischen Daten und Auswertungen hierzu werden voraussichtlich im Frühjahr 2024 zur Verfügung stehen. Die steigende Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern wie Steinkohle, die CO2-intensiver sind, wird an diesem Trend nichts ändern. ❒

Sparkassenakademie Bayern platziert 1.400 qm Photovoltaik auf ihren Gebäuden

Die Sparkassenakademie Bayern in Landshut hat eine Großanlage zur Eigenstromversorgung in Betrieb genommen. Die monokristallinen Photovoltaik-Module erstrecken sich über die großen Flächen der nach Osten, Westen und Süden ausgerichteten Satteldächer. In Summe wird die Solarstromanlage den CO2-Abdruck der Akademie und des integrierten Tagungszentrums ta.la künftig deutlich reduzieren.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßte den Bau der Großanlage: „Die Sparkassenakademie übernimmt damit eine Vorreiterrolle in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern. Sie zeigt eindrucksvoll, dass sie der Theorie auch die Praxis folgen lässt. So wie die Pädagogik der Akademie schon vor einigen Jahren Nachhaltigkeit als Kernthema in ihr Lehrangebot aufgenommen hat, so wichtig ist es allen Beteiligten auch, das Thema aktiv vorzuleben.“

Insgesamt sind derzeit 748 Photovoltaik-Module mit einer Modulleistung von insgesamt 291 kWp auf einer Fläche von 1.370 qm montiert. Sie decken ein Fünftel des internen Strombedarfs der Akademie und des Tagungszentrums ta.la.

Dr. Franz Inderst, Leiter der Sparkassenakademie, hob hervor, wie der ökologische Fortschritt auch ökonomischen Nutzen mit sich bringt: „Grüne Investitionen machen sich bezahlt - durch den besonders hohen Nutzungsgrad der Eigenstromversorgungsanlage wird sie sich innerhalb der kommenden 8 Jahre amortisieren. Mit ihrer Größe und einem Nutzungsgrad von fast 90 Prozent gehört die Anlage sicherlich zu den nachhaltigen Schmuckstücken im Landshuter Raum.“ ❒

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2023“

Seit mittlerweile 25 Jahren verleiht der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse jährlich einen Umweltpreis. Im Rahmen einer Feierstunde in Aichach erhielten Projekte der GP JOULE Wärme GmbH & Co. KG, Buttenwiesen und der Technischen Hochschule Augsburg die begehrte Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt“.

Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe

In der Gemeinde Mertingen im Landkreis Donau-Ries/Bayerisch Schwaben wird aktuell ein deutschlandweit einzigartiges Projekt in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von GP JOULE und der Gemeinde umgesetzt. Dabei wird das bereits bestehende Nahwärmenetz vor Ort um Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe erweitert, die mit lokal produziertem und erneuerbarem Strom aus den benachbarten PV-Anlagen betrieben wird. Dadurch kann der Strom als thermische Energie gespeichert werden und ohne größere Verluste ins örtliche Wärmenetz eingespeist werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Mertingen können somit von einer günstigen und 100 Prozent erneuerbaren Wärmeversorgung profitieren. Die Wertschöpfung bleibt im Ort, frei nach dem Motto: Aus der Region, für die Region.

Abwasserdruckleitungen sind ein essenzieller Bestandteil der Abwasserinfrastruktur. Sie werden eingesetzt, wenn drucklose Freispiegelkanäle beispielsweise aufgrund von Steigungen nicht möglich sind. Zum Schutz von Boden und Grundwasser müssen Abwasserdruckleitungen – genau wie Freispiegelkanäle – dicht betrieben werden. So fordert es auch die Eigenüberwachungsverordnung. Bisher gab es jedoch nur Prüfverfahren für neue Druckleitungen, die mit hohen Drücken geprüft werden.

Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen

Um die Lücke zu schließen, entwickelte die TH Augsburg im Rahmen eines Forschungsvorhabens ein angepasstes Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen im Bestand. Dieses sog. HSA-Normalverfahren ist mittlerweile im Freistaat als Prüfverfahren zu verwenden. Gefördert wurde das Projekt durch das Bayerische Landesamt für Umwelt und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

„Die diesjährig ausgezeichneten Leitprojekte zeigen einmal mehr, dass wichtige Fortschritte in der Energiewende und im Gewässerschutz auf langjähriger Expertise, Know-how und dem Mut der Preisträger zur Veränderung aufbauen. Das trifft insbesondere auf GP JOULE zu, die sich vom Startup im Umwelt-Technologischen Gründerzentrum zum weltweit anerkannten Vorreiter der Energiewende entwickelt haben“, unterstrich KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky. **DK**





Baubeginn SuedOstLink mit u.a. TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens (3.v.l.), Ministerpräsident Dr. Markus Söder (4.v.l.) und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Bild: TenneT

Am Konverterstandort ISAR bei Landshut:

Baustart von SuedOstLink

Nach umfangreicher Planungs- und Genehmigungsphase startet TenneT mit dem Bau der 780 Kilometer langen Gleichstromleitung SuedOstLink. Dank der Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns durch die Bundesnetzagentur kann der SuedOstLink bereits vor Planfeststellungsbeschluss in Bau gehen.

Mit einer feierlichen Veranstaltung am Konverterstandort in ISAR bei Landshut läuteten TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger sowie der Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus Dieter Janecek den Bau ein. In Anwesenheit von über 100 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft führten sie die ersten beiden Erdkabelsegmente des SuedOstLink in einer Muffe zusammen und signierten diese anschließend.

Meilenstein

„SuedOstLink ist ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zu einer sicheren, unabhängigen und kosteneffizienten Stromversorgung in Bayern," sagt TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens anlässlich des Baustarts am Konverterstandort ISAR. „Damit wir ab 2027 in Betrieb gehen können, arbeiten wir auch im Bau mit Hochdruck weiter – aber immer mit dem Fokus auf die Sicherheit aller Beteiligten."

Kraftwerkskapazitäten vonnöten

Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit im Freistaat ergänzt Meyerjürgens: „SuedOstLink wird künftig Millionen bayerische Haushalte sowie Industrie und Gewerbe mit grünem Strom aus Nord- und Ostdeutschland versorgen. Für die Klimaneutralität Bayerns bis 2040 wird das aber nicht ausreichen. Ergänzend benötigen wir dringend Kraftwerkskapazitäten im Süden sowie weiteren Ausbau auf Übertragungs- und Verteilnetzebene."

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich die energiepolitische Lage in Deutschland und Europa grundlegend geändert. Erdgas ist nicht länger die sicher verfügbare Brückentechnologie. Die Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung und ohne Atomkraft braucht deshalb eine leistungsfähige Infrastruktur für den Transport erneuerbarer Energien. Grüner Wasserstoff spielt dabei eine Hauptrolle. Auch dafür brauchen wir im Süden möglichst durchgehend genügend Strom. Ebenso nimmt der PV-Ausbau im Freistaat rasant zu. Über die neue Trasse kann Bayern diesen grünen Strom für andere Regionen in Deutschland bereitstellen und auch zusätzliche Leistung beziehen. Für die Energiewende brauchen wir auch dringend mehr Gaskraftwerke im Süden die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden können. Dazu ist ein schneller Anschluss Bayerns an das nationale und europäische Wasserstoffnetz notwendig."

Dieter Janecek, Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus: „Nun beginnt auch in Bayern der Bau des so wichtigen SuedOstLinks. Ich bedanke mich für das Engagement und das erfolgreiche Zusammenwirken des Vorhabenträgers TenneT, der Bundesnetzagentur und der Entscheidungsträger und Betroffenen vor Ort. Wir kommen schrittweise voran in der Klimaneutralität des Stromsektors! In den nächsten zwei Jahrzehnten brauchen wir Tausende weitere Netzkilometer. Sie müssen zügig geplant, genehmigt und gebaut werden. Um die ambitionierten Zeitpläne einzuhalten, ist es ist wichtig, dass alle am Netzausbau Beteiligten an einem Strang ziehen."

Podiumsgespräch

Im Nachgang zum feierlichen Baustart erörterten Politik-, Behörden- und Wirtschaftsvertreter auf einem Podiumsgespräch was es über den SuedOstLink hinaus braucht, um eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung für den Industriestandort Bayern sicherzustellen. Neben Tim Meyerjürgens saßen Matthias Otte, Abteilungsleiter Netzausbau der BNetzA, Christine Völzow, Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Tim Holt, Mitglied des Vorstands Siemens Energy, sowie Stefan Kapferer CEO von 50Hertz auf dem Podium. Alle waren sich einig, dass der Netzausbau beschleunigt und mit einem parallelen Ausbau des Wasserstoffnetzes einhergehen muss.

SuedOstLink wird insgesamt 4 Gigawatt (GW) Strom aus dem Norden Deutschlands über mehr als 750 Kilometer Länge in den Süden zum Netzknotenpunkt Isar bei Landshut transportieren. Der Konverter am Standort ISAR, der von Siemens Energy schlüsselfertig an TenneT übergeben wird, wandelt den transportierten Gleichstrom in Wechselstrom um. Von dort aus wird der Strom weiter an die Haushalte und Industrie verteilt. Die innovativen 525-Kilovolt-Erdkabel stellt der Weltmarktführer Prysmian her. Bereits 2024 werden die Planfeststellungsbeschlüsse für die bayerischen Planungsabschnitte erwartet, so dass im kommenden Jahr der regelhafte Bau entlang des gesamten Leitungsverlaufs beginnen wird. Ab 2027 wird das Vorhaben 5 des SuedOstLink die ersten 2 GW Windstom aus Nord- und Ostdeutschland nach Bayern transportieren. 2030 geht das zweite SuedOstLink Vorhaben 5a mit weiteren 2 GW in Betrieb. ❒

Kapital für die Energiewende

Strategiepapier von VKU, BDEW, Deutscher Kreditwirtschaft und Deloitte

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt und der Investitionsbedarf immens: Um die ambitionierten Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2030 zu erreichen, sind Investitionen im Energiesektor von geschätzt 600 Milliarden Euro erforderlich. Bis 2045 wird der Bedarf sogar auf mindestens eine Billion Euro anwachsen. Der Großteil dieser Summe wird von der Energiewirtschaft aufgebracht – eine enorme Herausforderung, die die Finanzierungsmöglichkeiten der Branche nach eigenem Bekunden an ihre Grenzen bringt. Nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds rücke die Finanzierungsfrage zunehmend in den Mittelpunkt.

Vor diesem Hintergrund haben der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und Deloitte mit Unterstützung der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) das Positionspapier „Kapital für die Energiewende" erarbeitet. Es skizziert konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung und Optimierung der Finanzierung der Energiewende sowie zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Dabei richtet es sich an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft und will einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Attraktive Energiewende-Projekte ermöglichen

Laut Strategiepapier muss künftig insbesondere auch privates Kapital für die Energiewende mobilisiert und die Finanzierung noch stärker auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Energiepolitik sei es daher, einen effizienten Investitionsrahmen zu schaffen, der wirtschaftlich attraktive Energiewendeprojekte ermöglicht. Entscheidend seien die richtige Balance und ein Mix aus verschiedenen Instrumenten, die zusammenwirken und sich verstärken.

Zu den konkreten Handlungsfeldern zählten etwa gezielte Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Unternehmen, die Energiewendeprojekte stemmen und umsetzen. Dazu klare und signifikante steuerliche Investitionsanreize zur Stärkung der „Innenfinanzierungskraft". Konkrete Möglichkeiten hierzu seien bereits benannt (beispielsweise „Superabschreibungen" oder steuerbegünstigte Kapitalerträge aus Anleihen zur Finanzierung der Energiewende).

Lösungsansätze

Hinzu komme die Anpassung des regulatorischen Rahmens mit dem Ziel, die Finanzierung deutlich zu erleichtern. Für alle Energiewende-Investitionen sollten die Eigenkapitalvorgaben für Infrastrukturprojekte erleichtert werden. „Ein weiterer pragmatischer Lösungsansatz wäre hier etwa, bereits etablierte (Taxonomie-)Kennziffern auch auf noch nicht erfasste Unternehmen auszuweiten und anzuwenden", heißt es.

„Mit Nachdruck Energiewende-Fonds auflegen, um staatliche Beteiligungsinvestitionen kombiniert mit Geldern aus der Privatwirtschaft oder von privaten Investoren zu ermöglichen und zu fördern", lautet ein weiterer Vorschlag. Auch wird zu einer gezielten Förderung von Bürgerbeteiligung an Energiewendeprojekten geraten.

Neben einem konsequenten Bürokratieabbau etwa durch Übernahme standardisierter Nachhaltigkeits-Definitionen und –Kriterien (ESG) sollen zudem ein einfacherer Zugang zu Fördergeldern und ein stärkeres Engagement der Förderbanken ermöglicht werden. Auch gelte es, kreditfinanzierte Energiewende-Investitionen durch Garantien von Bund und Ländern bestmöglich absichern. Gleichzeitig werde für ein gutes Investitionsklima die breite Unterstützung und Beteiligung von Politik und Gesellschaft benötigt, um die Akzeptanz zu stärken und das Tempo der Energiewende weiter zu beschleunigen.

Beitrag der Stadtwerke

Nach Auffassung von VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing „wollen Deutschlands Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Dazu müssen sie ihr jährliches Investitionsvolumen um das Vier- bis Fünffache steigern. Neben verlässlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen und attraktiven Renditen für Investoren braucht es daneben flankierende Maßnahmen wie Energiewende-Fonds und weniger Papierkram. Energiewendeprojekte wie der Fernwärmeausbau sind Infrastrukturprojekte: Bevor überhaupt der erste Bagger bestellt ist und gebaggert wird, muss die Finanzierung stehen."

Laut Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, „brauchen wir einen Investitions-Turbo, der die Erneuerbaren, den Netzausbau und die Wasserstoffwirtschaft anschiebt und für mehr Wertschöpfung in Deutschland sorgt. Der plötzliche Wegfall von 60 Milliarden Euro aus dem Kima- und Transformationsfonds durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht den Handlungsbedarf noch dringlicher: Wir können uns bei der Finanzierung der Energiewende nicht auf öffentliche Mittel verlassen. Mehr denn je gilt es, privates Kapital für die Energiewendeprojekte zu gewinnen."

Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen

Wie Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und diesjährige Federführerin der Deutschen Kreditwirtschaft erläuterte, „geht es bei der Frage, ob wir die gesetzten Ziele bei der Energiewende erreichen können, auch maßgeblich darum, inwieweit Banken und Sparkassen noch stärker Kredite vergeben können. Dies hängt ganz wesentlich von den gesetzlichen Vorgaben ab, die Kreditinstitute zwingend anzuwenden haben. Deshalb sollte der Gesetzgeber dringend prüfen, inwieweit er Erleichterungen ermöglichen kann, anstatt die Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen durch zusätzliche Kapitalpuffer weiter einzuengen." **DK**

Initiative Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar":

Neuer Schwung

Viele Gemeinden wollen die Energiewende mitgestalten und sind bereits auf der Suche nach geeigneten Flächen für die Windkraft. 432 bayerische Bürgermeister haben dies mit einem Bürgermeisterappell an die Staatsregierung zum Ausdruck gebracht (siehe GZ-Bericht 17/2023). Laut Mitinitiator Helmut Krämer, Alt-Bürgermeister Markt Heiligenstadt i. Ofr., hat die Initiative im vergangenen Jahr bereits viel erreicht: „Wir haben den Schulterschluss mit dem Gemeindetag und Städtetag geschafft. Auch Verbände und sonstige Institutionen sehen unsere Aktion sehr positiv. So hat auch der Bayerische Bauernverband unseren Aufruf genutzt, um an seine Mitglieder zu appellieren."

Im Anschluss an die Unterschriftenübergabe im August an Ministerpräsident Dr. Markus Söder fand Mitte September ein Fachgespräch in der Bayerischen Staatskanzlei in München statt. An diesem Termin nahmen neben den Initiatoren des Appells alle Regierungspräsidenten, die Amtschefin der Staatskanzlei mit ihrem Leitungsstab sowie Repräsentanten der Bayerischen Staatsforsten, des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags teil. Gegenstand des Treffens war die Beratung über konkrete Verbesserungen für die kommunale Energiewende und den schnellen Ausbau erneuerbarer Heimatenergien. Zudem schrieb das Bündnis während der Koalitionsverhandlungen Vertreter der Regierungsparteien an, um auf sein Anliegen hinzuweisen. Außerdem fand ein Fachtreffen bei den Bayerischen Staatsforsten in Regensburg statt. „Um uns künftig noch effektiver abstimmen zu können, konnten wir gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag die Arbeitsgruppe Energie ins Leben rufen", erklärt Krämer.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen und Handlungsanweisungen habe die Energiewende neuen Schwung bekommen, betont der Altbürgermeister, verweist aber auch darauf, dass für deren Gelingen der massive Ausbau der Windkraft entscheidend sei. 2024 werde die Ausweisung von Windvorranggebieten durch die Regionalen Planungsverbände Fahrt aufnehmen, um die festgelegten Flächenziele zu erreichen. Bei der Ausweisung der Windgebiete sei die Unterstützung aller Beteiligten, besonders der Landräte, Landtags- und Bundestagesabgeordneten vonnöten, „denn wir müssen feststellen, dass bis Ende November 2023 in Nordrhein-Westfalen 267 und in Bayern nur 14 Windenergieanlagen genehmigt wurden". „Wenn wir die Energiewende wollen, muss sich da noch einiges ändern", unterstreicht Krämer.

Konkret wurde der Appell, den Kommunen und Bürgergesellschaften Vorrang einzuräumen, im neuen Koalitionsvertrag von CSU und FW aufgegriffen und soll an den Bund adressiert werden, berichtet Krämer. „Wir behalten den Fortgang intensiv im Blick und fordern die im Koalitionsvertrag angekündigte landesgesetzliche Regelung ein."

Gespräche mit BaySF und Kommunalvertretern

Die Gespräche mit den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) dauerten an. Eingebunden seien auch Bayerischer Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag. Dabei gebe es unterschiedliche rechtliche Auffassungen zwischen den Kommunalvertretern und den BaySF über die Vergabepraxis. Die neue, abgeänderte Vergabematrix berücksichtige die kommunalen Belange weiterhin nur unzureichend. Beispielsweise würden Regionalwerke und Bürgergesellschaften systematisch von einer Vergabe ausgeschlossen, sofern sie keine bereits realisierten Referenzprojekte vorweisen können.

Auf die Forderung nach einer Windenergiedividende für die umliegenden Kommunen aus den Pachterlösen der Bayerischen Staatsforsten hätten diese auf den Landesgesetzgeber verwiesen.

Was den Ruf der Initiative nach klaren Anweisungen für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren anbelangt, habe man die 100-prozentige Zustimmung der Bayerischen Staatskanzlei erhalten, informiert der Altbürgermeister. Die neuen Spielräume sollen demnach in Bayern genutzt werden. Das Personal bei den Bezirksregierungen sei von der Staatsregierung um rund 100 Personen aufgestockt worden, um die Verfahren schneller und rechtssicher zu bearbeiten. Das Problem der militärischen Anlagen sei der Staatskanzlei bekannt und an den Bund adressiert worden.

Beim Thema „Mehr Personal und Know-how für die bürgernahe Energiewende" soll der Wissenstransfer über die neu geschaffenen Stellen bei den Bezirksregierungen in die Landratsämter „hineinlaufen". Die Fortführung der Windkümmerer sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Auch beim Ruf nach schnelleren Transportgenehmigungen für Windenergieanlagen habe die Bayerische Staatskanzlei volle Zustimmung signalisiert. Das Problem sei an den Bund adressiert und werde dort aktuell bearbeitet.

Mit Blick auf den gewünschten „Masterplan Heimatenergien" laufen Krämer zufolge derzeit Abstimmungen zwischen den Regionalen Planungsverbänden, den Bezirksregierungen und den Netzbetreibern. CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek habe einen Bayerischen Energieplan 2040 angekündigt. Bei den Regierungen würden aktuell 40 neue Planstellen für Genehmigungen von Stromleitungen geschaffen.

Planmäßig verlaufe auch die Fortschreibung der Regionalpläne zur Windenergie. Diese werde nach Auskunft der Regierungspräsidenten durch die Personalaufstockung bei den Bezirksregierungen beschleunigt. Durch die neuen EU-Vorgaben (RED III) könnte auch die Ausweisung bestimmter Windkraft-Vorranggebiete forciert werden. **DK**

Mehr Biogas ins Netz!

schwaben netz und Hof Burgösch arbeiten für Klimaschutz zusammen
Biogas-Einspeiseanlage und Verbindungsleitung zum Gasnetz Bad Wörishofen fertiggestellt

René Schoof, Geschäftsführer schwaben netz, betont: „Unsere Energiezukunft ist klimaneutral. Biogas hat das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen und damit zur Energiewende zu leisten." schwaben netz ist die 100-prozentige Unternehmenstochter von energie schwaben.

schwaben netz arbeitet eng mit Hermann Specht und seinem Landwirtschaftsbetrieb Hof Burgösch für klimaschonende Energieversorgung zusammen. Nach der 5,6 Kilometer langen Verbindungsleitung vom Hof zum Gasverteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen ist jetzt auch die Biogas-Einspeiseanlage auf Burgösch fertig geworden.

Hochwertiges Biogas aus Mist und Gülle

„In unserem Betrieb erzeugen wir aus dem Mist und der Gülle von unseren Tieren hochwertiges Biogas, das ohne speziellen Anbau von nachwachsenden Rohstoffen wie zum Beispiel Mais erzeugt wird", erklärt Specht.

Der Hof Burgösch von Hermann Specht verfügt über eine Biogasanlage und bald auch über eine neue Einspeiseanlage. Mit dem in der Rinderhaltung anfallenden Biogas wird zurzeit bereits Strom für den eigenen Betrieb erzeugt. Demnächst wird das Biogas direkt auf dem Hof aufbereitet und ins Netz eingespeist – im April 2024 soll auch die Aufbereitungsanlage fertig sein.

Maßgeschneiderte Lösungen für die klimaneutrale Energiezukunft

Als klimaschonendes Biomethan aus erneuerbaren Quellen speist schwaben netz das Gas anschließend direkt in das bestehende Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen ein. „Die Energiewende braucht klimaneutrale Gase. In unserer Region, die traditionell landwirtschaftlich geprägt ist, kann das vor allem auch Biogas sein. Mit schwaben netz arbeiten wir an maßgeschneiderten Lösungen für die Zukunft", bestätigt Peter Humboldt, Werkleiter Stadtwerke Bad Wörishofen.

Biogas entsteht durch die Vergärung von Biomasse – auf Burgösch ist das Mist und Gülle. Das hierbei gewonnene Biogas ist nahezu klimaneutral und kann ins bestehende Gasnetz eingespeist werden.

Bau von Anlage und Netz

schwaben netz hat eine 5,6 Kilometer lange Verbindungsleitung zwischen der Einspeiseanlage bis hin zum Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen. Aufgrund der freien Fläche konnte hierbei auf ein umweltschonendes Verlegeverfahren mit Pflug zurückgegriffen werden.

Ab Frühjahr 2024 soll das Biogas nach insgesamt zwei Jahren Bauzeit von Leitungen, Einspeise- und Aufbereitungsanlage ins Verteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen eingespeist werden. Mehr als 9.000 Tonnen CO2 werden dadurch eingespart. Rund drei Millionen Euro investiert Hermann Specht für die Aufbereitungsanlage, weitere drei Millionen investiert schwaben netz für Einspeisung und Anbindung ans Gasnetz. ❐



V.l.: Hermann und Susanne Specht, Hof Burgösch, Robert Böck, Kaufmännischer Leiter Stadtwerke Bad Wörishofen, Monika Forstner, Netzplanung schwaben netz, René Schoof, Technischer Geschäftsführer schwaben netz, und Iris Spielmann, 2. Bürgermeisterin Baisweil. Bild: schwaben netz

Biogasbranche verspricht günstigere Leistung als Wasserstoff und LNG

Die nationale und internationale Biogasbranche traf sich in Nürnberg auf der BIOGAS Convention & Trade Fair zur größten reinen Biogas-Veranstaltung der Welt. Rund 250 Aussteller präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen.

„Wir können mit unseren Anlagen einen wesentlichen Teil der von der Bundesregierung in der Kraftwerksstrategie vorgesehenen gesicherten Leistung liefern - und zwar schneller und zu günstigeren Preisen als die mit LNG oder Wasserstoff betriebenen Großkraftwerke", versicherte Horst Seide, Präsident des Fachverband Biogas e.V., im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair. Diese Leistung müsse nur bestellt werden. „Wenn keine Bestellung eingeht, werde das Gegenteil geschehen und viele Betreiber, die demnächst nach 20 Jahren aus dem EEG fallen, werden ihre gut funktionierenden Anlagen stilllegen und keine neuen dazukommen", warnt Seide.

Wie konkret diese Gefahr ist, haben die Ergebnisse der neuesten Biomasseausschreibung gezeigt: Nur 270 der 892 Gebote haben einen Zuschlag bekommen. Das heißt im Umkehrschluss, dass über 600 Betreiber keine Anschlussregelung für Ihre Anlagen haben. Und dass, obwohl die Nachfrage nach klimafreundlicher, heimischer und preiswerter Energie aus Biogas steigt – sowohl im Stromsektor als auch bei der Wärme und der Mobilität. „Statt Perspektiven zu schaffen, werden uns immer neue Steine in den Weg gelegt", beklagt Seide – auch mit Blick auf fehlende politische Unterstützung für seine Branche.

Besonders unverständlich ist für den Verbandspräsidenten dabei die Diskrepanz zwischen dem europäischen und dem deutschen Weg. Während die Europäische Union mit ihrem RePowerEU-Plan eine Verdoppelung der Biogasproduktion bis 2030 anstrebt – von heute 18 auf 35 Mrd. Kubikmeter – stagniert hierzulande der Ausbau. Ausgerechnet im Mutterland der Biogasnutzung.

Biogas „Made in Germany" weltweit gefragt

Aktuell ist Deutschland mit knapp 50 Prozent der größte Biogas-Produzent innerhalb der EU. Doch der Anteil sinkt kontinuierlich, da in vielen anderen EU-Ländern ein reger Anlagenzubau stattfindet. Dabei ist Biogas „Made in Germany" weltweit gefragt. Erst letzten Monat kam es auf Anfrage des indischen Minister of Petroleum & Natural Gas zu einem Round Table Gespräch zwischen der Minister-Delegation, dem Fachverband Biogas und Vertretern deutscher Biogasfirmen – inklusive Einladung zu einer Delegiertenreise nach Indien.

„Flexibilitätsoption"

Die Bedeutung von Biogas für den Strommarkt betonte auch Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), im Rahmen der Pressekonferenz: „Das speicherbare Biogas ist für die sichere Energieversorgung auf Basis heimischer Erneuerbarer Energien als Flexibilitätsoption unerlässlich." Das habe der BEE schon vor zwei Jahren in seiner Strommarktdesign-Studie gezeigt und damit eine neue moderne Rolle für die Bioenergie gefordert. Statt teure Wasserstoff-ready-Großgaskraftwerke mit ungewisser Zukunft und Wirtschaftlichkeit zu errichten, könnten Biogasanlagen schon heute systemdienliche Leistung oder Wärme bereitstellen, je nachdem, was benötigt werde. „Großkraftwerke sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kaum noch leistbar, steuerbares Biogas schon. Deshalb ist die Kraftwerksstrategie jetzt in eine Flexibilitätsstrategie umzuwandeln", stellte Peter fest

Bundesweiter Gipfel gefordert

Theoretisch ist dieses Biogas-Potenzial vielen Politikern bekannt. Das haben nicht zuletzt die vom Fachverband initiierten Biogas-Gipfel auf Länderebene in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gezeigt. „Leider fehlen den guten Worten oft konkrete Taten", bemängelte der Vize-Präsident des Fachverbandes Biogas, Christoph Spurk. Er forderte einen bundesweiten Biogas-Gipfel auf Initiative des Wirtschaftsministeriums.

Im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair erläuterte Horst Seide nochmal das große Potenzial von Biogas: „Wenn heute Bedarf an flexiblem Strom besteht, dann erzeugen wir diesen. Wenn Wärme gebraucht wird, können wir sie liefern. Wenn der Fokus auf klimafreundlichem Verkehr liegt, steht Biogas als Biomethan bereit. Wir sind flexibel – wir brauchen nur das klare Signal, das wir weiter machen sollen und dürfen."

Kurz vor Weihnachten formulierte der Verbandspräsident abschließend seine drei größten Wünsche: ein klares Bekenntnis für Biogas aus Berlin, eine kluge und nachhaltige Planung der anstehenden Biomasse-Strategie und den Abbau der Bürokratie in der Biogasbranche. ❐

Dringlichkeitsantrag der Landtags-Grünen zum Geothermie-Ausbau:

CSU-Fraktion sieht Bund in der Pflicht

In einem Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben – Sofortprogramm Geothermie umsetzen" haben die Grünen im Bayerischen Landtag die Staatsregierung aufgefordert, den zum Erliegen gekommenen Geothermieausbau in Bayern wieder aus seinem Tiefschlaf zu wecken.

Dazu sollen neben einem Kreditprogramm für Kommunen eine Ausfallbürgschaft bei Tiefenbohrungen, eine landesweite Seismik-Kampagne und die Beseitigung genehmigungstechnischer Hürden beitragen. Würden alle geothermischen Potenziale sowohl in geringer als auch größerer Tiefe genutzt, könnten diese laut Berechnung der Grünen bis zu 75 Prozent des Wärmebedarfs im Freistaat decken. „Genutzt werden aktuell aber nur jämmerliche 0,5 Prozent dieses Potenzials", kritisiert Martin Stümpfig, Grünen-Sprecher für Energie.

Die CSU-Fraktion, vertreten von deren energiepolitischen Sprecherin Kerstin Schreyer, weist den Dringlichkeitsantrag mit Blick nach Berlin ab. Um die Geothermie in Bayern schnell weiter ausbauen zu können, müsse die Ampel im Bund die sogenannte Fündigkeitsrisikoversicherung schnell umsetzen und die Bundesförderung effizienter Wärmenetze (BEW) unverzüglich wieder aufnehmen. Nach Ansicht der Fraktion kann der Freistaat ohne diese Maßnahmen des Bundes keine zielgerichtete eigene Geothermieförderung aufsetzen und voranbringen.

Kerstin Schreyer zufolge „blockiert die Ampel im Bund den Ausbau der wichtigen Geothermie und macht ihre Hausaufgaben nicht. Dass die Grünen im Landtag jetzt ein bayerisches Sofortprogramm zur Geothermie fordern, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ein bayerisches Programm baut auf den Bundesprogrammen auf. Daher muss die Ampel jetzt liefern."

Laut Parteikollege Martin Mittag, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, „ist Bayern führend beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei Geothermie sogar mit weitem Abstand vor den anderen Bundesländern. Hier brauchen wir sicher keine Belehrungen der Grünen." Die Grünen sollten für bezahlbare und sichere Energie sorgen. „Aktuell machen sie hier genau das Gegenteil, wie das Energiepreis-Chaos und das ideologische Abschalten der Atomkraftwerke zeigen." **DK**

Windenergie im Wald

Neue C.A.R.M.E.N.-Seite zu Tipps aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung

Windenergieanlagen können wertvolle Beiträge für den Klimaschutz und die heimische Energieversorgung leisten. Neben dem Offenland gibt es auch im Wald zahlreiche geeignete Standorte. Denn Windenergieanlagen können hier fernab von Siedlungsräumen errichtet und gut in die Landschaft integriert werden. Zusätzlich besitzen insbesondere Hügel oder Höhenzüge aufgrund höherer Windgeschwindigkeiten vielfach ein sehr gutes Standortpotenzial. Mit Windrädern kann somit auf sehr kleiner Fläche sehr viel Strom erzeugt werden.

Aber wie kann die Windenergie im Wald möglichst schonend und verträglich für Wald, Mensch und Natur umgesetzt werden? C.A.R.M.E.N. e.V. hat in Zusammenarbeit mit Planungsbüros und Waldbesitzenden Tipps und Anregungen aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung solcher Projekte gesammelt. Mitinitiator war das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Auf Basis der Experteninterviews wurde eine Reihe von Ansatzpunkten zusammengestellt, wie Windräder im Wald mit möglichst geringen Zielkonflikten und wenn möglich sogar mit Synergieeffekten umgesetzt werden können – von der geschickten Standortwahl über innovative Technik bis zur Gestaltung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Vieles davon kann je nach Einzelfall insbesondere in der Frühphase zur Verbesserung der Planung und Förderung der Akzeptanz beitragen.

https://www.carmen-ev.de/service/forschungsprojekte/wind-im-wald-best-practice-beispiele/ ❐



Sieben Spulen für ein stabileres Stromnetz

Ende November hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) die letzte von insgesamt sieben Spulen zur Stabilisierung des Stromnetzes in Betrieb genommen. Sie ist im Umspannwerk Etzenricht verbaut. Das Spezialgerät kompensiert Blindleistung im Hochspannungsnetz und sorgt so für eine sichere Stromversorgung. Mit der Inbetriebnahme der siebten Spule schließt das Bayernwerk ein Ausbau-Programm ab, in dem es Spulen in den Umspannwerken Etzenricht, Pleinting, Janahof, Schweinfurt, Redwitz, Oberbachern und Neufinsing errichtet hat. Die Kosten für ein Gerät liegen bei rund vier Millionen Euro.

Mit einem Gewicht von rund 180 Tonnen ist die Spule etwa so schwer wie 30 Elefanten und groß wie ein Eisenbahnwagon. Im Umspannwerk in Etzenricht ist der Technik-Riese nun mit dem Stromnetz verbunden worden und leistet fortan seinen Dienst. Die Spule reduziert Blindleistung, die bei der Übertragung von elektrischem Strom automatisch im Netz entsteht. Im Gegensatz zur Wirkleistung, die beim Verbraucher ankommt, kann Blindleistung aber nicht für die Stromversorgung genutzt werden. Vielmehr ist sie für den Spannungsaufbau des Stromnetzes wichtig.

Blindleistung: Das richtige Maß ist entscheidend

Damit Strom durch das Netz fließen kann, müssen die Leitungen unter Spannung stehen. Die Energie, die für den Aufbau dieser Spannung zuständig ist, wird Blindleistung genannt. Jan Böhringer, der zuständige Projektleiter der Bayernwerk Netz GmbH, erklärt, dass für ein stabiles Stromnetz das richtige Maß an Blindleistung entscheidend ist: „Wir brauchen Blindleistung, damit die Spannung im Netz stabil bleibt. Aber wenn zu viel davon entsteht, behindert sie die Übertragung des Stroms, den wir als Wirkleistung an die Verbraucher verteilen wollen. Hier hilft uns die Kompensations-Spule, indem sie die Menge der Blindleistung im Netz reguliert."

Anforderungen der Energiewende

Mit dem Umbau des Verteilnetzes im Zuge der Energiewende und wachsender dezentraler Stromerzeugung nimmt die Blindleistung immer weiter zu. Einer der Gründe ist auch ein steigender Anteil von Erdkabeln im Verteilnetz, die immer häufiger genutzt werden, um in die Jahre gekommene Freileitungen zu ersetzen. Bei Erdkabeln entsteht physikalisch bedingt jedoch mehr Blindleistung als bei Freileitungen. Für die zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energie baut das Bayernwerk das Stromnetz aus und ersetzt immer mehr Freileitungen im Mittelspannungsnetz durch leistungsfähigere Erdkabel. Der Verteilnetzbetreiber hat 2019 begonnen, Spulen zur Blindleistungskompensation im gesamten Netzgebiet verteilt aufzustellen. „Für die Einspeisung erneuerbarer Energie in allen Regionen Bayerns bauen wir nicht nur unser Netz aus, wir reagieren mit den neuen Spulen auch auf die veränderten Anforderungen, die die Energiewende an unser Netz stellt", sagt Joachim Kabs, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH. Immer mehr Strom wird heute dezentral erzeugt, in vielen kleinen Anlagen, anstatt in großen Kraftwerken. Bisher wurde der Ausgleich von Blindleistung erzeugungsnah im Übertragungsnetz erledigt, das an große Kraftwerke anschließt. Mit der Energiewende verlagert sich nicht nur die Stromerzeugung zunehmend in viele kleine Anlagen, sondern auch die Aufgabe der Blindleistungs-Kompensation zu den Verteilnetzbetreibern.

Sieben Spulen für die Versorgungssicherheit

In den vergangenen Jahren hat die Bayernwerk Netz mehrere Blindleistungs-Kompensationsspulen an den Umspannwerkstandorten Pleinting im Landkreis Passau, Janahof im Landkreis Cham, Schweinfurt, Redwitz im Landkreis Lichtenfels, Oberbachern im Landkreis Dachau und Neufinsing im Landkreis Erding errichtet. „Wir investieren mit den neuen Geräten in die Versorgungssicherheit und stellen sicher, dass sich die Menschen in unserem Netzgebiet weiterhin darauf verlassen können, dass jederzeit zuverlässig Strom aus der Steckdose kommt", betont Joachim Kabs. Insgesamt hat das Bayernwerk für die sieben Spulen eine Summe von rund 28 Millionen Euro aufgewendet.

Gebündelte Lösung für regionale Netzbetreiber

Das Bayernwerk betreibt die Spulen nicht allein für sich. Viele angeschlossene Kunden und Weiterverteiler beteiligen sich an den Spulen und nutzen diese nun gemeinsam mit dem Bayernwerk. So kompensiert die Spule in Etzenricht die Blindleistung im Netz des Bayernwerks und in den Netzen von vier angeschlossenen Kunden, die die Region mit Strom versorgen. In ihrem Auftrag kümmert sich das Bayernwerk als Dienstleister um den Betrieb, Service und um die Instandhaltung der Geräte. „Dadurch vermeiden wir, dass jeder lokale Netzbetreiber selbst in seinem Gebiet eigene Lösungen entwickeln muss. Wir bündeln den Kompensationsbedarf und gehen diese Herausforderung miteinander viel effizienter an", erläutert Joachim Kabs. Über die zentrale Leitstelle ermöglicht das Bayernwerk eine schnelle, effektive und sichere Steuerung. ❐



Projektleiter Jan Böhringer freut sich, dass die Spule im Umspannwerk Etzenricht ans Netz gegangen ist. Im Container verbirgt sich Technik, die für die Versorgungssicherheit entscheidend ist.

Bild: Johanna Härtl, Bayernwerk Netz GmbH



Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler (l.) , hat sich mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, zur Wärmewende ausgetauscht.

Bild: Markus Erdt

Wasserstoff-Innovationsprojekt abgeschlossen:

DVGW und Avacon ziehen positive Bilanz

Die im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes von Avacon und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) initiierte Beimischung von Wasserstoff in ein existierendes Gasverteilnetz in Sachsen-Anhalt ist erfolgreich abgeschlossen worden. Über einen Zeitraum von zwei Heizperioden wurden dem Erdgas stufenweise bis zu 20 Prozent Wasserstoff zugefügt. An den etwa 350 angeschlossenen Haushaltsgeräten wurde die Geräteeinstellung nicht verändert.

„Wir können mit Stolz sagen, dass wir das Projekt sehr erfolgreich abgeschlossen haben", sagte Frank Schwermer, Geschäftsführer der Avacon Netz GmbH. „Mit unserem Gemeinschaftsprojekt haben wir den Nachweis erbracht, dass ohne Veränderungen an den Kundengeräten 20 Prozent Wasserstoff in bestehende Gasnetze eingespeist werden können", erläutert er. Der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke erklärt: „Unser Gemeinschaftsprojekt hat eindrücklich bewiesen, dass der raschen Aufnahme erheblicher Wasserstoffmengen über die bestehende Gasinfrastruktur ebenso wie dem Betrieb von angeschlossenen Geräten Tür und Tor offenstehen. Die Einspeisung von Wasserstoff lässt sich somit im großen Maßstab skalieren, und Geräte im Bestand können en bloc auf Wasserstoff umgestellt werden." Er betont: „Dieses Ergebnis markiert einen Meilenstein in Richtung einer zügigen, technisch sicheren Wasserstoff-Transformation."

Rechtssicherheit für Netzbetreiber

Das Projekt hat zudem grundlegende physikalische Erkenntnisse zur Ähnlichkeit von Erdgas und Wasserstoff erbracht. Sie fließen in das DVGW-Regelwerk ein und erhöhen die Rechtssicherheit für Netzbetreiber.

Eine Regelwerksanpassung betrifft die Gasqualität, eine weitere den Prüfumfang: Bei entsprechender sicherheitstechnischer Begleitung durch den DVGW kann auf die Prüfung aller einzelner Gasgeräte bei einer Wasserstoffeinspeisung verzichtet werden. Zukünftig sind stichprobenhafte Prüfungen von Gasgeräten ausreichend, deren Art und Umfang der DVGW spezifizieren wird.

„Wir schätzen sehr, dass uns das Gemeinschaftsprojekt den Weg für derart praxisnahe Regelwerksanpassungen ebnet. Dies ermöglicht uns eine schrittweise Erhöhung des Wasserstoffanteils, ohne auf den gewohnt hohen Sicherheitsstandard zu verzichten", freut sich Gerald Linke. Der DVGW plant, Angaben zur Wasserstoffverträglichkeit von allen namhaften Geräteherstellern abzufragen und in einer Revision der DVGW-Anpassungsdatenbank im Laufe des Jahres 2024 zu implementieren. „Dieser Nachweis hilft bei Entscheidungen in der kommunalen Wärmeplanung, und die zügige Aufnahme von Wasserstoff über die bereits existierende Infrastruktur stellt einen wichtigen Beitrag zur Sektorenkopplung und Stromnetzentlastung dar", so Linke.

Mitteldruck-Verteilnetz

Für das Projekt wurde ein Netzabschnitt im Gasverteilnetz von Avacon im Jerichower Land in Sachsen-Anhalt ausgewählt. Dieser eignete sich vor allem deshalb, weil die dort verbaute Netzinfrastruktur repräsentativ für das gesamte Avacon-Gasverteilnetz ist und die Ergebnisse somit übertragbar sind. Bei dem Netzabschnitt handelt es sich um ein Mitteldruck-Verteilnetz aus den neunziger Jahren mit rund 35 Kilometern Leitungslänge, von dem etwa 350 Netzkunden mit Erdgas versorgt werden. Mit der entsprechenden Menge an Gasgeräten, die vor allem zur Wärmeversorgung dienen, deckt das ausgewählte Netzgebiet eine breite Gerätetechnik ab: Im Projektgebiet waren 352 Geräte von 30 Herstellern verbaut. Lediglich fünf Geräte wurden vor dem Start der Beimischung auf Wunsch der Hersteller getauscht. Bei der Laboruntersuchung der ausgebauten Geräte wurden jedoch keine sicherheitsrelevanten Mängel festgestellt, so dass auch diese im Netz hätten verbleiben können.

Deutliche Einsparungen

Zwischen allen Beimischphasen erfolgten Stichproben, die durchweg positiv waren. Zudem wiesen alle Geräte während der Beimischphasen weniger Kohlendioxid-Emissionen und auch weniger Kohlenstoff und Stickstoffoxide auf. So werden bei einem Gasgemisch von 20 Prozent Wasserstoff sieben Prozent CO2 eingespart. Durch die Modernisierung eines Heizgerätes mit Brennwerttechnik ist eine Reduktion von etwa 17 Prozent CO2 möglich. Berücksichtigt man beide Faktoren, sind mit 23 Prozent fast ein Viertel an CO2-Einsparungen möglich.

„Besonders stolz macht uns die Tatsache, dass alle betroffenen Haushalte im Untersuchungsgebiet am Projekt teilgenommen haben und wir bei einer abschließenden Kundenumfrage sehr gute Umfrageergebnisse erhielten", freut sich Frank Schwermer. So befürworten nach Abschluss des Projektes mehr als 90 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Einsatz von Wasserstoff im Gasnetz oder haben ihre Vorbehalte abgebaut. ❐

Zwei Solarparks in Altdorf-Rieden fertiggestellt

Gemeinsam für die regionale Energiewende: In Altdorf bei Nürnberg, Stadtteil Rieden, sind zwei neue Solarparks mit einer Gesamtleistung von rund 21 Megawatt peak (MWp) entstanden. Bürgermeister Martin Tabor und Maik Render, Vorstandssprecher der N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg, haben das Projekt nahe der Autobahn A6 vorgestellt.

„Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, dass weitere erneuerbare Erzeugungsanlagen auch in das Stromnetz einspeisen können, so wie es bei diesen Solarparks der Fall ist", betont Vorstand Maik Render. „Die N-ERGIE ist als kommunales Unternehmen ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden und damit der Menschen vor Ort."

Sonnenstrom für rund 6.600 Haushalte

Nördlich des Altdorfer Stadtteils Rieden werden auf zwei Flächen mit insgesamt rund 21 Hektar voraussichtlich pro Jahr rund 23 Millionen Kilowattstunden Ökostrom erzeugt. Dies entspricht dem Strombedarf von rund 6.600 Haushalten. Die N-ERGIE legt auch bei diesem Projekt einen besonderen Fokus auf Ökologie und Artenschutz. Der Solarpark ist naturbelassen angelegt, mit Blühstreifen und Strauchreihen entlang der Fläche. Darüber hinaus können Käfer, Insekten, Vögel und Kleintiere in Stein- und Totholzhaufen ein Zuhause finden.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich an den Anlagen beteiligen. Das Angebot N-ERGIE Bürgersolar richtet sich vorrangig an die Bewohner von Altdorf inklusive aller Stadtteile. ❐

Bürgerbeauftragter MdL Wolfgang Fackler fordert:

Kühler Kopf bei der Wärmewende – mit dem Bürger und mit Augenmaß

Kaum eine politische Richtungsentscheidung hat in den vergangenen Jahren zu einer derartigen Verunsicherung der Bürger geführt wie die von der Bundesregierung eingeleitete Wärmewende. Denn die Bürger wollen wissen, kommt ein Wärmenetz oder wird das Gasnetz dekarbonisiert oder müssen sie sich selbst um die Umrüstung kümmern?

„Wir sollten kühlen Kopf bewahren, denn das generelle Verbot von Öl- und Gasheizungen sowie die direkte Verpflichtung zur Wärmepumpe wurden aufgegeben", erklärt der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler. Er hatte sich dazu mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, ausgetauscht, der ihm die Wasserstoffstrategie des Unternehmens unter dem Motto „sicher, klimaschonend und bezahlbar" vorstellte.

Den Bürger motivieren und begleiten

Einigkeit besteht bei Experten und Politik darüber, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zur CO2-Reduktion ein wichtiger Beitrag ist, um den Klimawandel einzudämmen. „Es gibt aber nicht den einen Weg und mit Verboten und Vorschriften wird es nicht gelingen. Der Bürger darf nicht alleingelassen werden, sondern muss motiviert und begleitet werden. Deshalb braucht es die kommunale Wärmeplanung", so MdL Fackler.

Ähnlich sieht es Energieexperte Kaumeier. Er steht derzeit im regen Austausch mit vielen Kommunen, die ihre Wärmeplanung vorantreiben wollen. „Die unterschiedlichen Ausgangslagen erfordern jeweils eigenständige Lösungen", so Kaumeier. Es sollte auch nichts überstürzt werden, weil beispielsweise für bestehende Gasheizungen bis zum Jahr 2044 kein gesetzlicher Handlungsbedarf besteht.

Wenn eine bestehende Anlage ausgetauscht werden muss, dann rät Kaumeier sogar zum Einbau einer Gas-Brennwertheizung, die später auf 100 Prozent reinen Wasserstoffbetrieb umgestellt werden kann. Diese Anlagen kommen 2024 auf den Markt. „Wir wollen bis 2040 alle Gaskunden mit Wasserstoff oder Biomethan beliefern", verspricht Kaumeier. Das bestehende Gasnetz könne nämlich dafür genutzt werden. In Gemeinden ohne bestehendes Gasnetz könnte sich ein kommunales Wärmenetz eignen. Falls nicht, müsse eine individuelle Lösung gefunden werden, beispielsweise mit Wärmepumpen, Holz, Pellets oder 100 Prozent Bio-Öl.

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung wird im Freistaat neben den Kommunen auch dem federführenden Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zukommen. „Hier fordere ich, dass man bei der Umsetzung der Vorgaben aus Berlin nicht über das Ziel hinausschießt, damit Wort und Tat im Sinne von Pragmatismus übereinstimmen", so Bürgerbeauftragter Wolfgang Fackler. „Denn die Kommunen brauchen Planungssicherheit, wie das vereinfachte Verfahren bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern ausgestaltet ist, welche Energienutzungspläne als Vorarbeit anerkannt werden und wie auf notwendige Daten zurückgegriffen werden kann", fordert Fackler.

Die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es in Bayern seit 2018. Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Fackler hat das Amt im November 2023 übernommen. Der Bürgerbeauftragte ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger; sein Einsatz ist immer kostenfrei. Er setzt sich als Lotse und Vermittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden ein und legt dabei großen Wert auf verständliche Kommunikation und ein respektvolles Miteinander. Der Bürgerbeauftragte fungiert als Berater der Bayerischen Staatsregierung. ❐

Umweltminister Glauber:

Keine neue Bürokratie für Kommunen!

Bayern lehnt das vom Bund verabschiedete Klimaanpassungsgesetz ab. Darin werden die Länder beauftragt, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen und umzusetzen. „Ein Gesetz, das neue Bürokratie schafft, brauchen wir nicht", teilte Umweltminister Thorsten Glauber in München mit. Der Bund sollte gute Förderprogramme auflegen, statt Druck auf die Kommunen auszuüben. Einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos zufolge kommen auf Deutschland je nach Ausmaß der Erderwärmung bis zum Jahr 2050 Folgekosten des Klimawandels von bis zu 900 Milliarden Euro zu.

Aus Glaubers Sicht überfrachtet der Bund Länder und Kommunen nicht nur mit Pflichten, er lässt sie finanziell auch im Regen stehen. Dem Gesetz fehle es an Plänen, wie die notwendigen Maßnahmen vor Ort finanziert werden sollen. Statt in die Umsetzung von Maßnahmen soll das knappe Geld nach dem Willen des Bundes in teure Konzepte fließen, die der Bund ebenfalls nicht finanzieren kann. Mit dem verfassungswidrigen Bundeshaushalt der Ampel werde sich die Lage noch verschärfen.

Bayerische Klimaanpassungsstrategie

Um Bayern an die Folgen des Klimawandels anzupassen und die Kommunen auf diesem Weg zu unterstützen, hat der Freistaat Glauber zufolge eine eigene Klimaanpassungsstrategie erstellt. Diese Strategie wird jetzt durch ein neues Monitoring-Werkzeug ergänzt: Ein System mit 27 Indikatoren, das konkrete Daten liefert, wie die Umwelt auf den Klimawandel reagiert und welche Anpassungsmaßnahmen tatsächlich greifen.

Die Indikatoren reichen von den Handlungsfeldern Wasserwirtschaft über Landwirtschaft bis hin zu Stadt- und Raumplanung und zeigen zum einen, welche Aktivitäten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereits ergriffen werden – etwa, dass die Aufwendungen für Hochwasserschutzmaßnahmen im Zeitraum von 1999 bis 2020 von etwa 100 auf über 160 Millionen Euro jährlich gesteigert wurden. Zum anderen wird aufgezeigt, wie die Umwelt bereits auf die Änderungen des Klimas reagiert. Die Indikatoren sind zusammengefasst in einem aktuellen Monitoringbericht. Dieser ist im Internet verfügbar unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_klima_020.htm.

Wiederherstellung von Mooren

Zudem wies der Minister darauf hin, dass Projekte zur Wiederherstellung von Mooren im Freistaat künftig mit bis zu 100 Prozent gefördert werden können. Durch die neue Förderung werde das Tempo bei der Umsetzung nochmals deutlich gesteigert. Als Kohlenstoff-Tresore seien Moore für den Klimaschutz unverzichtbar. Sie hielten das Wasser in der Landschaft zurück und seien ein großartiger Hotspot der Artenvielfalt. Im entwässerten Zustand setzten Moore jedoch schädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre frei.

Mit der jetzt in Kraft getretenen Änderung der Fördermöglichkeiten in den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien wirke das Umweltministerium dieser Entwicklung entgegen. Ziel sei, bis zum Jahr 2040 insgesamt 55.000 Hektar Moorböden in Bayern zu sanieren und wieder zu vernässen. In den vergangenen Jahren konnten bayernweit bereits rund 5.000 Hektar Moorböden wiedervernässt werden. Insgesamt über 4.000 Hektar sind aktuell in der Umsetzung oder geplant.

Daneben werden in der geänderten Richtlinie ab 2024 auch Landschaftspflegeverbände und Naturparke als wesentliche Partner des Naturschutzes noch besser gefördert. So unterstützt das Umweltministerium die knapp 60 Naturpark-Ranger mit künftig 70.000 statt bisher 65.000 Euro pro Jahr und Ranger. Die Zuwendungen können bei den unteren Naturschutzbehörden beantragt werden. Dort können sich auch Kommunen beraten lassen.

Bayerischer Naturschutzfonds

Wie das Umweltministerium weiter mitteilte, wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern.

Insbesondere seien folgende Förderprojekte bewilligt worden:

- Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern: Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt zum Beispiel Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.
- Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der Glücksspirale 2024: Der Fokus liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.
- Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart": Das sehr erfolgreiche Projekt kann weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Das Augenmerk liegt auf der Wiederherstellung und dem Erhalt von naturschutzfachlich bedeutsamen Magerstandorten. Seit Projektbeginn konnten 23,5 Hektar naturschutzfachlich wertvolle Flächen in und außerhalb von Schutzgebieten erworben und über 64 Hektar Trittsteine geschaffen und optimiert werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Main-Spessart. Der Zuschuss wird um knapp 80.000 Euro aufgestockt.
- Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen": Das Projekt wird bis Ende 2024 verlängert. Im Zentrum stehen u.a. die den Obstanbau betreffenden Beschreibungen von Nachzuchtsorten und Pflanzennachlieferungen in der Nachzucht. Maßnahmenträger sind die Trägergemeinschaft der Landkreise Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Traunstein, Rosenheim (federführend), der Trägerverein Biosphärenregion Berchtesgadener Land e.V. und der Bezirksverband Oberbayern für Gartenkultur und Landespflege e.V. Der Zuschuss beträgt über 46.000 Euro.
- Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten": Ziel ist die Verbesserung der Lebensräume von sehr seltenen Arten im Landkreis Unterallgäu. Im Mittelpunkt steht die Aufwertung der Lebensraumqualität der Auenzonen. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband Unterallgäu e.V. (LPV) in Kooperation mit dem Bund Naturschutz, Kreisgruppe Memmingen-Unterallgäu, und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Unterallgäu/Memmingen. Der Zuschuss wird um 106.000 Euro aufgestockt.
- BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth": Hier wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.
- Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur" durch das Bundesamt für Naturschutz; Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal", Projekt II: Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung ihrer Lebensräume im mittelfränkischen Altmühltal. Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der Zuschuss beträgt gut 748.000 Euro. **DK**



19. Müller-BBM Fachgespräche am 20./21. März 2024 in München:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionsschutz und Luftreinhaltung etabliert. Auch 2024 berichten hochkarätige Referentinnen und Referenten aus der Verwaltung, der Industrie und der Beratung im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München von ihrem Arbeitsalltag und über aktuelle Praxisbeispiele. Das Grußwort spricht Andrea Wellhöfer, leitende Baudirektorin und Abteilungsleiterin Luft, Lärm, Anlagensicherheit am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg.

Der Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Branchen, der Austausch mit Vollzugsbehörden und die Nähe zu Expertinnen und Experten ist wesentlicher Bestandteil dieser Fachtagungsreihe. Bedienstete von Behörden erhalten einen Rabatt von 50 Prozent.

Informationen und Anmeldung unter www.MuellerBBM.de ❐

Jahrestagung in Bad Griesbach:

VBS feierte 50-jähriges Jubiläum

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. in Bad Griesbach feierte der VBS sein 50-jähriges Bestehen. Zudem diskutieren Experten die zentralen Forderungen des Verbandes zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft.

Die konstituierende Sitzung des „Verband der Bayerischen Städtereinigungsbetriebe e.V. – VBS" fand am 16. Juni 1973 im Münchner Pschorr-Keller statt. Dieser offizielle Name wurde bis zur Umbenennung in den 1990er Jahren beibehalten. Erster Präsident des neuen Verbandes war Rudolf Ernst. Wegen des Eintrags ins Münchner Vereinsregister gilt der 1. Juli 1973 als eigentlicher Gründungstermin des VBS.

Partnerschaft mit den Kommunen

Wie der aktuelle Präsident Stefan Böhme bei der Jahrestagung erläuterte, stehe der VBS heute mit seinen über 250 Mitgliedern für Innovation, Qualitätsstandards, fairen Wettbewerb, Partnerschaft mit den Kommunen und der Wirtschaft sowie für eine mittelständisch und bayerisch geprägte DNA. „Wir kämpfen dafür, dass die Politik Kreislaufwirtschaft als einen entscheidenden Hebel versteht, damit Deutschland ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort bleiben und trotzdem ambitionierte Klimaziele erreichen kann."

In Bad Griesbach zeigte sich erneut, wie sehr das Thema Brandgefahr durch falsch entsorgte Lithium-Akkus die Entsorgungsbranche beschäftigt. Die Sachschäden, die falsch entsorgte Batterien und Akkus verursachen, sind schon jetzt gravierend und für die Mitarbeiter der Entsorgungswirtschaft potenziell lebensgefährlich.

Böhme zufolge können Altbatterien giftige Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium und Blei enthalten, in der Mülltonne stellen sie eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Besondere Probleme bereiteten den Entsorgern Lithium-Ionen-Akkus, die falsch in Abfalltonnen entsorgt werden: Sie sorgten für eine hohe Brandgefahr in Sammelbehältern, LKW und Sortieranlagen.

Deutschlandweit werden jeden Tag etwa 30 Brände in Recycling- und Sortieranlagen, auf Betriebshöfen oder in Müllfahrzeugen registriert. „Die Brände sind zur regelrechten Plage der Entsorgungswirtschaft in Deutschland geworden", heißt es dazu auf der Seite des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft.

Nach Auffassung des VBS muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Sammelquote deutlich erhöht wird. Dem Verbraucher müsse die richtige Entsorgung über entsprechende Batterierücknahme-Systeme beim Handel oder den Wertstoffhöfen der Kommunen erleichtert und besser bekannt gemacht werden. **DK**

Ökodesign-Verordnung:

BDE begrüßt Ausweitung um weitere Kriterien und Produkte

EU-Parlament und Rat legen strengere Nachhaltigkeitsvorschriften vor

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft sieht in der vorläufigen Einigung zur Ökodesign-Verordnung einen wichtigen Baustein für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Der vorliegende Kompromiss ist laut BDE ein Fortschritt für die Wirtschaft in ganz Europa. Die neue Verordnung betreffe jetzt nicht mehr nur die Energieeffizienz von Elektrogeräten, sondern erstreckt sich auf nahezu alle Produktgruppen und deren nachhaltiger Produktion, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes.

Europäisches Parlament und EU-Rat hatten sich bei ihren interinstitutionellen Trilogverhandlungen auf die Vorlage verständigt. Die Revision bestimmt nun unter anderem, dass zukünftig alle Waren langlebiger, reparierbar, sowie recyclebar sein müssen. Lediglich Lebens- und Futtermittel, Medizinprodukte, Kraftfahrzeuge sowie Produkte, die der nationalen Sicherheit oder der Verteidigung dienen, sind ausgenommen.

Zur Ausgestaltung der Ökodesignanforderungen wird die Kommission in den kommenden Monaten nach und nach delegierte Rechtsakte für die individuellen Produktgruppen initiieren, in denen die genauen Designkriterien aufgeschlüsselt werden sollen. In ihren Verhandlungen hatten sich Parlament und Rat auf eine Liste von Produkten geeinigt, für die die Kommission prioritär Ökodesignanforderungen festlegen soll. Dazu zählen Eisen, Stahl, Aluminium, Textilien (insbesondere Bekleidung und Schuhe), Möbel, Reifen, Waschmittel, Farben, Schmiermittel und Chemikalien.

Digitaler Produktpass

Zudem trifft die Verordnung auch Festlegungen zur Einführung eines digitalen Produktpasses. Dafür ist eine Sammlung relevanter Produktinformationen vorgesehen, die Auskünfte zur Nachhaltigkeit, aber auch Reparier- und Recycelbarkeit von Produkten enthalten sollen. Der Produktpass soll künftig für alle sichtbar an den Produkten oder ihren Verpackungen angebracht sein. Rat und Parlament haben sich außerdem darauf geeinigt, zusätzlich öffentliches Webportal einzurichten, das es den Verbrauchern ermöglicht, die in den Pässen enthaltenen Informationen zu suchen und zu vergleichen.

Kritik an geplantem Warenvernichtungsverbot

Kritik übt der BDE an der mit der Revision der Verordnung geplanten Einführung eines Warenvernichtungsverbots. So ist ein konkretes Vernichtungsverbot von unverkauften Textilien und Schuhen vorgesehen, das zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung gelten soll. Zudem kann die Kommission nach eigenem Ermessen das Verbot auf andere Produktgruppen durch delegierte Rechtsakte erweitern. Allerdings nimmt der Kompromiss Kleinstunternehmen generell, sowie kleine und mittlere Unternehmen für die ersten sechs Jahre vom Warenvernichtungsverbot aus. Der BDE sieht hier die Gefahr einer Verantwortungsverschiebung vom Produzenten zum Entsorger, indem diesem die entsprechenden Waren zur weiteren „Verwendung" überlassen werden. ❐

Klimaschutzprojekte gesucht

Die Vorschlagsrunde für den vierten Bayerischen Klimaschutzpreis ist gestartet. Projekte können bis einschließlich 28. Februar 2024 eingereicht werden.

Der Bayerische Klimaschutzpreis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Der Betrag kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Neben dem Preisgeld wird ein Imagefilm über die ausgezeichnete Initiative gedreht, den die Preisträger für sich nutzen können.

Vorgeschlagen werden können sowohl Privatpersonen und private Initiativen als auch Vereine, Verbände, Kommunen und Unternehmen mit Bezug zu Bayern. Entweder haben die Vorgeschlagenen ihren dauerhaften Hauptwohnsitz oder Firmensitz im Freistaat oder sie engagieren sich in Bayern für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung. Die Initiative sollte bereits laufen und sichtbare Ergebnisse zeigen oder – wenn sie bereits abgeschlossen ist – in die Gegenwart wirken.

Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger des Wettbewerbs, der von der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) organisiert wird. ❐

Zukunft des Wertstoffmanagements

Fachkonferenz Verpackungsrecycling von bvse, AGVU und BDE in Berlin

Die Grenzen und Potenziale von Ökobilanzierungen sowie Faktoren für erfolgreiche Erfassung und Sortierung standen unter anderem im Mittelpunkt einer Fachkonferenz von bvse, AGVU und BDE in Berlin unter dem Motto „Kreislauffähigkeit, Sekundärrohstoffeinsatz und die Zukunft des Wertstoffmanagements". Dabei wurde deutlich, dass zur Qualitätssteigerung ökonomische Anreize entlang der gesamten Wertschöpfungskette gesetzt werden müssen.

Aufgrund der Explosion von Energie- und Lohnkosten, Fachkräftemangel und massiven Absatzproblemen im mechanischen Kunststoffrecycling ist die Branche in Bedrängnis. „Ich kann mich nicht erinnern, dass die Lage jemals so prekär war, wie in den letzten Wochen und Monaten", betonte bvse-Vizepräsident Dr. Herbert Snell.

Skeptische Branche

In einer Umfrage unter den im bvse organisierten Kunststoffrecyclingunternehmen gaben 30 Prozent an, dass sie ihre wirtschaftliche Situation als mangelhaft oder ungenügend einschätzen. Auch das Jahr 2024 lässt Snell zufolge nichts Gutes erwarten, gingen doch 25 Prozent der Unternehmen von keiner Verbesserung ihrer Situation aus. Diese Entwicklung komme nicht von ungefähr, so Snell. Die hohen Energiekosten sowie die Rezession und die damit verbundene Konsumzurückhaltung in Deutschland träfen die Recyclingbranche in starkem Maße.

Mit dem Rücken zur Wand

Snell zufolge „kämpfen wir auf der Absatzseite mit dem Problem, dass die Absatzpreise für Rezyklate massiv eingebrochen sind". Auf die Frage, wann die Kunststoffrecycler damit rechnen, dass sich der Rezyklat-Absatz wieder bessert, hätten 37 Prozent geantwortet, dass sie 2024 keine Besserung erwarten.

„Das zeigt: Die Branche steht mit dem Rücken zur Wand. Der dauerhafte wirtschaftliche Betrieb der Recyclinganlagen ist kaum noch möglich. Wir sehen eine bedrohliche Situation, die das gesamte Recycling gefährdet", warnte der bvse-Vizepräsident.

Strukturelles Problem

Entscheidend für die prekäre Situation ist laut Herbert Snell jedoch ein strukturelles Problem, das angepackt werden muss. Die Jahre 2021 und 2022 hätten gezeigt, dass es nicht an der Qualität oder Verfügbarkeit von Rezyklaten liegen kann, denn in diesen Jahren konnten die Kunststoffverarbeiter alles gebrauchen und einsetzen. Die jahrelangen Beschwerden über die Qualität verstummten. Offensichtlich liege das strukturelle Problem darin, dass Rezyklate nicht eingesetzt werden, wenn Neuware preisgünstiger ist.

Allein im zweiten Quartal dieses Jahres sei die Menge der in die EU eingeführten PETs gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen, weil PET-Neuware aus dem Ausland billiger ist. Dies habe damit zu tun, dass der klimaschädliche CO2-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bei der Preisbildung völlig außen vor bleibt – erst recht bei der importierten Neuware, machte Herbert Snell deutlich.

Im Verhältnis zur Neuware sei der CO2-Rucksack von Rezyklaten um 1,5 bis 3,2 Tonnen leichter pro Tonne Kunststoff, d.h. für die Herstellung von Rezyklaten werde nur die Hälfte an Energie genutzt wie für Neuware. Würde diese positive Klimabilanz eingerechnet werden, könnte eine Parität zwischen Rezyklaten und aus fossilen Rohstoffen gewonnenen Kunststoffen hergestellt werden. „Wir sind uns deshalb mit vielen Akteuren einig, dass eine angemessene CO2-Bepreisung als wirksames marktwirtschaftliches Instrument das dringend benötigte Level-Playing Field schaffen kann", machte der Vizepräsident deutlich und ergänzte: „Wenn mehr Rezyklate und weniger Kunststoffneuware eingesetzt werden, reduzieren sich die CO2-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden."

Anreize setzen

Letztlich sei der Gesetzgeber aufgefordert, das Ziel einer echten Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe beizubehalten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Märkte zu gefährden. Es sei erforderlich, die notwendigen Anreize zu setzen, die auf die gesamte Wertschöpfungskette abzielen, um Investitionen in Recyclingkapazitäten und technologische Entwicklungen voranzutreiben. Zu diesem Zweck müssten die Stärkung der Recycling- und Rezyklateinsatzziele, die Förderung von Design-for-Recycling und die Bewältigung verbleibender Herausforderungen in der Abfallwirtschaft, z. B. die Qualität der dem Recycling zur Verfügung gestellten Rohstoffe, wie etwa aus den dualen Systemen, ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Großes Engagement

Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen zeigt die Recyclingbranche laut vbs-Präsident Stefan Böhme viel Engagement, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Um hochwertiges mechanisches Recycling betreiben zu können, bedürfe es einer qualitativ hochwertigen Erfassung, zu der auch die Vermeidung von Fehlbefüllungen zählt. Dies gelinge nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen Entsorgern, Kommunen und dualen Systemen, aber auch Hausverwaltungen. Böhme forderte deshalb die Priorisierung einer qualitativ hochwertigen Erfassung vor den Quantitäten in den Ausschreibungsführerverträgen der dualen Systeme. **DK**

Aktuelle Recyclingbilanz:

Erfolge, Verfehlungen und Herausforderungen

Pressekonferenz von Umweltbundesamt und Zentrale Stelle Verpackungsregister

Immer mehr Verpackungen sind hochgradig recyclingfähig, die gesetzlichen Recyclingziele werden von den dualen Systemen überwiegend erreicht. Im Jahr 2022 kam es aber auch zu gravierenden Verfehlungen der gesetzlichen Quotenvorgaben. Was es noch braucht, welche Herausforderungen bestehen und wie diese zu meistern sind, haben die Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR) und das Umweltbundesamt (UBA) nach fünf Jahren Verpackungsgesetz auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin erläutert.

Im Jahr 2022 haben die dualen Systeme im Durchschnitt die sehr anspruchsvollen gesetzlichen Ziele für das Recycling von Verpackungen aus Papier/Pappe/Kartonagen, Weißblech, Aluminium und Kunststoff erreicht und teilweise sogar deutlich überschritten. Damit werden weiterhin erhebliche Mengen dieser Materialien einem Recycling zugeführt. So lag bei Kunststoffverpackungen die tatsächlich erreichte Zuführungsquote zur werkstofflichen Verwertung bei 67,5 Prozent und damit 4,5 Prozentpunkte über dem gesetzlich vorgegebenen Mindestanteil – vier Jahre zuvor waren es noch weit unter 50 Prozent.

Mülltrennung lohnt sich

Im Durchschnitt aller dualer Systeme wurden die gesetzlichen Recyclingvorgaben für Glasverpackungen, Getränkekartons und sonstige Verbundverpackungen teilweise deutlich verfehlt. Dennoch werden weiterhin über 50 Prozent der in der gelben Tonne gesammelten Abfälle einem Recycling zugeführt. Dazu sagt Bettina Rechenberg, Fachbereichsleiterin beim UBA: „Es stimmt weiterhin: Mülltrennung lohnt sich! Wir sind erfreut über die guten Recyclingerfolge der dualen Systeme insbesondere bei Metall- und Kunststoffverpackungen. Große Sorgen bereiten uns aktuell vor allem die sonstigen Verbundverpackungen und die unzureichenden Sammelmengen bei Glasverpackungen. Verbraucherinnen und Verbraucher bringen leider noch zu wenig Altglas in die dafür vorgesehenen Sammelcontainer."

Laut einer Studie des UBA sind Glasverpackungen in aller Regel hochgradig recyclingfähig, sofern es sich nicht um seltene Sondergestaltungen z. B. mit lichtundurchlässigen Lackierungen handelt. Sie können in der Regel eingeschmolzen und für neue Glasverpackungen verwendet werden – und das immer wieder. Allerdings hilft die beste Verpackungsgestaltung nichts, wenn die leeren Glasverpackungen nach dem Gebrauch im Restmüll entsorgt werden. Nur im Glascontainer können sie – nach Farben sortiert – wieder recycelt werden. Allerdings sinken die Sammelmengen, unter anderem, weil zu wenig auf die Wichtigkeit der Mülltrennung hingewiesen wird und es immer weniger Stellplätze für Glascontainer gibt. In der Folge werden in den Recyclinganlagen geringere Mengen verwertet, das wertvolle Altglas geht verloren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die erreichte Recyclingzuführungsquote bei Glas um 3,4 Prozentpunkte gesunken, obwohl das Verpackungsgesetz eine deutliche Steigerung erfordert.

Sorgenkind Verbundverpackungen?

Sonstige Verbundverpackungen sind oft nicht gut zu recyceln, wie eine Studie des UBA zeigt. Fast jede zweite Verpackung, deren Recyclingfähigkeit unter 90 Prozent liegt, ist eine Verbundverpackung. Es gibt zugleich Defizite bei der Recyclinginfrastruktur: Bei Getränkekartonverpackungen und sonstigen Verbundverpackungen ist ein größerer Teil der Verwertungskapazitäten im Jahr 2022 wegen der hohen Energiepreise weggefallen. Dies entbindet die Hersteller jedoch nicht von der Produktverantwortung und die dualen Systeme nicht davon, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Gegebenenfalls müssen den vorhandenen Anlagen auskömmliche Preise gezahlt werden oder es müssen Recyclingkapazitäten neu geschaffen werden. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Es gibt aber auch eine positive Entwicklung bei der Recyclingtechnik für die Getränkekartonverpackungen: Neuerdings können nicht nur die Papierfasern, sondern auch die Kunststoff- und Aluminiumschichten aus Getränkekartons einem Recycling zugeführt werden. Getränkekartons können durch diese neuen Technologien eine Recyclingfähigkeit von über 90 Prozent erreichen. Jetzt müssen noch die Kapazitäten erhöht und auch tatsächlich genutzt werden.

Recyclinggerechtes Design: Lösung für die meisten Verpackungen vorhanden

Eine gute Recyclingfähigkeit einer Verpackung ist Voraussetzung für ein hochwertiges Recycling. Die ZSVR veröffentlicht im Einvernehmen mit dem UBA jährlich einen aktualisierten Mindeststandard zur Bemessung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen, die typischerweise bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen. Dieser trägt Verpackungstrends und neuen Anlagentechnologien Rechnung.

ZSVR-Vorstand Gunda Rachut zeigt sich zufrieden: „Wir haben bereits erhebliche Meilensteine auf dem Weg zum hochwertigen Recycling erreicht. Kreislauffähige Lösungen existieren für den Großteil der Verpackungen auf dem Markt. In einigen Bereichen setzen sich die Beteiligten auch entschieden für die Entwicklung von Anlagentechnologien und -kapazitäten ein. Um Ressourcen zu schonen, sind effiziente Kreisläufe unerlässlich."

Ganz oder gar nicht recyclingfähig – Diskrepanz trotz eindeutiger Vorgaben

Immer noch am Markt zu sehen sind Verpackungen, deren Material oder Gestaltung ein Recycling nicht ermöglichen. ZSVR-Vorstand Gunda Rachut erklärt: „Auffällig ist die große Lücke zwischen den hochgradig recyclingfähigen Verpackungen und weiteren Verpackungen – diese sind entweder geringgradig oder gar nicht recyclingfähig. Seit 2018 ist transparent erkennbar, welche Verpackungslösungen nicht hochwertig recycelt werden können. Für diese Verpackungen gibt es ausreichend Alternativen. Warum diese nicht genutzt werden, ist unklar."

Besonders problematisch

Die Gruppe der von den Systemen gesammelten Verpackungen, für die es keine Quotenvorgabe gibt, zum Beispiel Verpackungen aus Bambus, Holz, Jute, Keramik oder Kork, werden in der Praxis nicht recycelt. Sie sind somit besonders problematisch. ❐

Für Klima und Geldbörse

Bayreuther Seniorenheime zeigen, wie die Verschwendung von Lebensmitteln erfolgreich vermieden werden kann

Zwei Bayreuther Seniorenheime haben im Rahmen eines Modellprojektes der Stadt Bayreuth gegen Lebensmittelverschwendung ein professionelles Abfallcoaching bekommen – und das mit großem Erfolg. Durch die Minimierung der Lebensmittelabfälle konnten nicht nur Ressourcen wie Energie, Wasser und Lebensmittel eingespart werden. Vielmehr hat es auch wirtschaftliche Vorteile, Essensreste so gering wie möglich zu halten.

Welche Chancen bietet die Minimierung von Lebensmittelabfällen für soziale Einrichtungen? Wie können sie sich nicht nur nachhaltig ausrichten, sondern dabei auch noch Geld sparen? Diesen Fragen widmete sich jetzt ein Kooperationsprojekt der Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis Bayreuth. Zwei Bayreuther Seniorenheime nutzten dabei die Chance, sich als Einrichtungen mit Vorbildfunktion zu engagieren und Speiseabfälle einzusparen.

Globale Herausforderung

Lebensmittelverschwendung ist eine globale Herausforderung. Jährlich landen Tonnen von Lebensmitteln auf dem Müll, während gleichzeitig Millionen von Menschen weltweit Hunger leiden. „Diese Diskrepanz ist sowohl ethisch als auch ökologisch bedenklich. Denn die Produktion und Entsorgung von Lebensmitteln verursacht auch einen erheblichen Ausstoß von Treibhausgasen und belastet damit Umwelt und Klima", erklärte Bayreuths 2. Bürgermeister Dr. Andreas Zippel, der den Projektabschluss begleitete.

Dieses Problembewusstsein zu vermitteln und damit verbunden Abfälle und Kosten einsparen – das haben sich zwei Bayreuther Seniorenheime auf die Fahnen geschrieben. Mit dabei im Projekt ist das Caritas-Alten- und Pflegeheim St. Martin sowie das Mühlhofer Stift, die beide ein professionelles Abfall-Coaching durch den Lebensmittelgroßhändler Transgourmet Deutschland GmbH & Co. OHG erhielten.

Im Rahmen des Projekts wurden gezielt Maßnahmen zur Reduzierung von Speiseresteabfällen entwickelt, die eine Vielzahl von Aspekten umfassen: sei es die Anpassung der Portionsgrößen an den Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Optimierung von Abläufen in der Küche. Nach Analyse des Status quo wurden so Strategien ermittelt und umgesetzt, die das Ziel verfolgen, aufkommende Lebensmittelabfälle zu minimieren.

Die Ergebnisse zeigen: Die kritische Betrachtung von Lebensmittelabfällen birgt ein enormes Potential, um sich nicht nur nachhaltig aufzustellen, sondern auch die Qualität und Quantität der Lebensmittel zu verbessern und gleichzeitig Kosten einzusparen. ❐



Verena Schusser begleitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Forschung, Entwicklung und Transfer das Projekt ROcycleTH. Bild: Adrian Krey

Technische Hochschule Rosenheim:

Projektstart für Kreislauf-Wirtschaft von Kunststoffen

Plastikmüll reduzieren, Treibhausgas einsparen und Nachhaltigkeit fördern: Mit dem auf drei Jahre vom Bund geförderten Projekt „ROcycleTH" baut die TH Rosenheim eine interne Kreislaufwirtschaft mit einem Recyclingcenter für Kunststoffe auf. Die Hochschule möchte damit beispielhaft vorangehen und die gewonnenen Erkenntnisse an andere Bildungseinrichtungen sowie an Unternehmen weitergeben.

Im Rahmen des Studiengangs Kunststofftechnik führen die Studierenden zahlreiche Praktika durch, in denen sie die verschiedenen Verfahren der Kunststoffverarbeitung kennenlernen und selbst ausprobieren dürfen. Dabei und bei Forschungsarbeiten fallen jährlich rund zehn Tonnen Kunststoffabfälle an der Hochschule an. Gerade bei einer Bildungseinrichtung, die auch auf dem Gebiet des Recyclings lehrt und forscht, ist die praktische Umsetzung des Recyclings vor Ort von großer Bedeutung.

Bei ROcycleTH werden die im Studiengang Kunststofftechnik verwendeten Kunststoffe in mehreren Lebenszyklen wiederverwendet und schließlich final zu Transportboxen beim Projektpartner Auer GmbH in Amerang verarbeitet. Bei der Entwicklung des Projekts werden alle Fachbereiche der Kunststofftechnik an der TH Rosenheim und Unternehmen aus der Region Rosenheim eingebunden. So soll eine ganzheitliche Lösung auch für die industrielle Anwendung erreicht werden. Ein Projektmonitoring stellt sicher, dass die gewonnenen Erkenntnisse auch außerhalb der Hochschule anwendbar sind.

„Während der Projektlaufzeit sollen an der TH Rosenheim etwa 90 Tonnen CO2 eingespart werden. Durch die Weitergabe unserer Erkenntnisse könnten nach zehn Jahren bei Firmen in Südostoberbayern sowie an Hochschulen und Universitäten deutschlandweit mehr als 90.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid-Einsparung erreicht werden", sagt Projektleiterin Professorin Nicole Strübbe von der Fakultät für Ingenieurwissenschaften. Projektträger ist die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH, Fördermittel kommen aus der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. ❐

Studie zur Kreislaufwirtschaft in München

München verbraucht viermal mehr Ressourcen, als nachhaltig zur Verfügung stehen

Die Bewohnerinnen und Bewohner von München verbrauchen im Durchschnitt 32 Tonnen Rohstoffe pro Person und Jahr. Das sind elf Tonnen mehr als der deutsche Durchschnitt und das Vierfache des geschätzten „nachhaltigen" Niveaus von acht Tonnen pro Jahr.* Dies sind einige der wichtigsten Ergebnisse des Circularity Gap Report Munich, der ersten Studie zur Messung der Kreislaufwirtschaft in einer Stadt, die u.a. den Materialverbrauch, den Materialkreislauf und den verbrauchsbasierten Treibhausgas-Fußabdruck Münchens untersucht. Dabei ließe sich etwa der Materialverbrauch durch Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft um 43 Prozent senken. Der Report wurde von CIRCULAR REPUBLIC, einer Initiative des Innovations- und Gründungszentrums UnternehmerTUM, initiiert.

Die Studie zeigt, dass München fast vollständig auf Importe angewiesen ist, um ihren Bedarf nach Rohstoffen zu decken. Wie viele andere Großstädte auch, bezieht die Stadt 48 Prozent ihrer Materialien aus Deutschland, 16 Prozent aus Europa und 36 Prozent von außerhalb Europas. Die Umweltbelastungen, die aus Gewinnung, Verarbeitung und dem Transport der lokal in München verbrauchten Ressourcen resultieren, sind entsprechend auch andernorts auf der Welt spürbar.

Hohe Treibhausgas-Bilanz für reiche Städte charakteristisch

Münchnerinnen und Münchner sind durchschnittlich für 23 Tonnen verbrauchsbedingte Treibhausgas-Emissionen pro Jahr verantwortlich. Das sind fast zwei Drittel mehr als der deutsche Durchschnitt und fast das 2,5-fache des Fußabdrucks eines durchschnittlichen EU-Bürgers. Ein so hoher Treibhausgas-Fußabdruck hängt mit dem übermäßigen Verbrauch von Rohstoffen zusammen, der für wohlhabende Städte wie München charakteristisch ist. Die Stadt ist beispielsweise für ihre robuste Fertigungsindustrie und einen boomenden Dienstleistungssektor bekannt. Beide Branchen tragen zu einem hohen Materialverbrauch und folglich zu Treibhausgas-Emissionen bei. Eine Dienstleistungswirtschaft ermöglicht zwar eine Entkopplung der Wertschöpfung von der Verwendung von Rohstoffen, treibt aber dennoch den Materialverbrauch an, indem sie die notwendige Infrastruktur durch den Bau, die Nutzung und die Beheizung von Gebäuden aufbaut - Aktivitäten, die große Mengen an Material und Energie erfordern.

Nur 2,4 Prozent des verbrauchten Materials sind nachhaltig

Der Bericht schätzt, dass von allen Materialien, die von der lokalen Wirtschaft jährlich verbraucht werden, 2,4 Prozent recycelte Materialien sind, was im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt (7,2 Prozent) niedrig ist. Um diese und andere Schlüsselindikatoren für die Kreislaufwirtschaft zu verbessern, wird München empfohlen, Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft in Bereichen wie Bauwesen, Produktion, Verkehr, Lebensmittel und individuellem Lebensstil zu fördern. Eine effektive Kreislaufwirtschaft kann dazu beitragen, die hohe Lebensqualität Münchens zu erhalten und gleichzeitig Klimawandel, Abholzung und Verlust der biologischen Vielfalt deutlich zu reduzieren.

Wirkungsvolle Maßnahmen

In wachsenden Städten wie München trägt der Bausektor mit einem Anteil von 21 Prozent am jährlichen Materialverbrauch am stärksten zum Gesamtverbrauch und zum Treibhausgas-Fußabdruck bei. Daher sind Maßnahmen, die diesen Sektor in den Fokus rücken, äußerst wirkungsvoll. Eine Möglichkeit wäre, die Zersiedelung der Landschaft zu begrenzen und stattdessen den Erhalt und die Wiederverwendung bestehender Gebäude zu fördern. Speziell die Förderung der Kreislaufwirtschaft in der Produktion könnte ebenfalls erhebliche Vorteile bringen.

Gleichzeitig hängt viel von den Münchnern ab: Indem sie ihren individuellen Lebensstil anpassen und weniger neue Gegenstände erwerben, diese dafür aber länger behalten, könnte der Materialverbrauch in der Stadt um etwa 10 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig könnten lokale Hersteller die Kreislaufwirtschaft vorantreiben, indem sie Produkte entwickeln, die leicht repariert und recycelt werden können. Die Umsetzung aller im Bericht genannten Empfehlungen könnte den Materialverbrauch in München um 43 Prozent senken und den Treibhausgas-Fußabdruck um 22 Prozent reduzieren.

Dr. Susanne Kadner, Co-Founder und Head of Ecosystem von CIRCULAR REPUBLIC sagt: "Die alarmierenden Ergebnisse des Reports zeigen uns die Dringlichkeit auf, die Themen Materialverbrauch und Treibhausgas-Emissionen gemeinsam zu adressieren - auch auf Stadtebene. Wir freuen uns darauf, nun mit den Erkenntnissen mit den relevanten Akteuren in den Austausch zu gehen und darüber nachzudenken, wie die Kreislaufwirtschaft in München gestärkt werden kann."

Der Circularity Gap Report Munich wurde von CIRCULAR REPUBLIC initiiert, mit Circle Economy erarbeitet und im Rahmen des CIRCULAR REPUBLIC FESTIVALS in München veröffentlicht. Der Report verwendet einen konsumbasierten Ansatz zur Berechnung von Emissionen, unabhängig von deren Entstehungsort. In Deutschland wird üblicherweise die gebietsbezogene Methodik des BISKO-Standards verwendet, um Treibhausgasbilanzen auf kommunaler Ebene zu erstellen. Daher sollte die Treibhausgasbilanz der Stadt München nach dem BISKO-Standard nicht direkt mit den Ergebnissen dieser Studie verglichen werden.

* Ein Schwellenwert, der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem International Resource Panel festgelegt wurde, um einen sicheren Lebensraum auf der Erde zu erhalten. Der vollständige Circularity Gap Report Munich ist hier zu finden: https://www.circularity-gap.world/munich

Die Circular Economy ist Basis für ein prosperierendes, resilientes und nachhaltiges Wirtschaften. Als Teil von UnternehmerTUM, Europas größtem Zentrum für Innovation und Gründung, befähigt CIRCULAR REPUBLIC Unternehmen und Start-ups dazu, Innovationen der Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Als Plattform vernetzt die Initiative relevante Akteurinnen und Akteure und will so systemverändernde Impulse entlang der gesamten Wertschöpfungskette setzen. ❐



V.l.: BioIN GmbH Geschäftsführer Peter Meißner, KEI-Vorstand Arthur Kraus sowie die beiden KEI-Verwaltungsräte Andreas Herrschmann und Reinhard Heinrich. Bild: KEI

Hepberg im Landkreis Pfaffenhofen:

KEI-Verwaltungsrat besichtigt Biomüllvergärungsanlage

Zur weiteren Nutzbarmachung der gesammelten Biomüllmengen aus dem Landkreis Pfaffenhofen hat der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Energie und Infrastruktur (KEI) die BioIN GmbH in Hepberg besucht.

Die BioIN GmbH betreibt am Standort Hepberg eine Biomüllvergärungsanlage des Herstellers Kompogas. „Die Besonderheit der Anlage besteht darin, dass sie auch in der Lage ist, Speisereste und industrielle Bioabfallstoffe zu vergären", so KEI-Vorstand Arthur Kraus. Im weiteren Produktionsprozess fallen neben dem über Vergärung gewonnen Biogas auch flüssige und feste Gärreste an, die überwiegend als natürliche Dünger über die landwirtschaftliche Ausbringung wieder dem natürlichen Stoffkreislauf zugeführt werden. Das Biogas wird verstromt und über die Netzeinspeisung dem Markt angeboten. Die Anlage versorgt sich energetisch weitestgehend selbst. Es werden auch CO2 Gutschriften erwirtschaftet.

Der Geschäftsführer der BioIN GmbH Peter Meißner erläuterte auf seiner Führung alle Phasen des Produktionsprozesses und stellte heraus, dass sich die Anlage rentabel betreiben lässt.

„Ziel des Besuchs in Hepberg war es, dass sich die Mitglieder des Verwaltungsrats einen ersten Eindruck vor Ort über eine solche Anlage verschaffen. Wir müssen jetzt dann gemeinsam weiter überlegen, ob für den Landkreis Pfaffenhofen ein derartiges Konzept für die Verwertung des Biomülls in Frage kommt", so Landrat Albert Gürtner, der bei dem Termin kurzfristig nicht dabei sein konnte. ❐

LENK:

Zweites Netzwerktreffen in Regensburg

Nach dem erfolgreichen Auftakt im vergangenen Jahr, lud die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im November 2023 erneut alle bayerischen Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager zu einem großen Netzwerktreffen ins Marinaforum in Regensburg ein. Unter dem Motto „Von der KOMMUNity für die KOMMUNity" erwartete die rund 170 Teilnehmenden ein Tag mit spannenden Vorträgen aus den eigenen Reihen, Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten.

Die LENK KOMMUNity ist ein Veranstaltungsangebot der Landesagentur, das sich aus regelmäßigen Online-Fachvorträgen und jährlich stattfindenden Netzwerktreffen für unterschiedliche Zielgruppen zusammensetzt. Nachdem der Fokus im vergangenen Jahr auf dem Netzwerkaufbau und dem Austausch mit weiteren Akteuren aus dem Bereich Energiewende und Klimaschutz lag, konzentrierte sich das Programm dieses Jahr auf die Interaktion und den Wissensaustausch innerhalb der Gruppe. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten konnten die Klimaschutzmanagerinnen und -manager ihre alltagsrelevanten Themen in verschiedenen Formaten behandeln.

Impulsvorträge und Workshops

„Wir wollen ein Bewusstsein für das bestehende Wissen und die Erfahrung innerhalb der KOMMUNity schaffen und die Möglichkeit bieten, voneinander zu lernen", so Diana Gäntzle, stellvertretende Leiterin der LENK. Die passenden Erfahrungsberichte steuerten Impulsvorträge von drei Klimaschutzmanagern zu Beginn der Veranstaltung bei.

Workshops zu Themen wie „Klimakommunikation" oder „Stakeholdermanagement" boten zudem die Möglichkeit, gemeinsam mit Expertinnen und Experten anhand realer Szenarien einzelner Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager für den Beruf wichtige soziale Kompetenzen zu erarbeiten.

Thomas Leineweber, Leiter des Klimateams an der LENK und früher selbst Klimaschutzmanager, stellt heraus, wie wichtig es ist, zu verstehen, dass man kein Einzelkämpfer ist. Die LENK KOMMUNity biete dafür die passende Plattform. „Hier können sich die Teilnehmenden als Gemeinschaft verstehen und die eigenen Erfolge und Lösungsansätze aber auch Misserfolge und Schwierigkeiten mit den Kolleginnen und Kollegen teilen, um im Gegenzug von deren Wissen zu profitieren.", so Leineweber.

Zusammen fanden die Klimaschutzmanager zahlreiche Lösungsansätze und Tipps, die ihren Arbeitsalltag künftig erleichtern. ❐

Fachtagung beim UBA:

Gesunde Böden sichern Lebensgrundlagen

Unter dem Motto „Bodengesundheit – Wo stehen wir, reicht der Therapieansatz aus?" fand in Berlin eine Tagung der Kommission Bodenschutz (KBU) beim Umweltbundesamt (UBA) statt. Die über 150 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Forschung schauten in den Boden unter ihren Füßen und warfen einen Blick in seine Patientenakte. Ihre Diagnose zeigt einen Weg zur Bodengesundheit auf.

Gesunde Böden erreichen wir durch einen effektiven und integrierten Bodenschutz. Dazu betonte Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Bisher ging es beim Bodenschutz insbesondere um die Gefahrenabwehr und die Sanierung kontaminierter Böden. Aber ähnlich wie bei der Gesundheit von Menschen ist es absolut überfällig, auch bei Böden den Vorsorgegedanken zu stärken. Schädigungen des Bodens sollten möglichst gar nicht erst passieren."

Boden als ökologisches Netzwerk

„Wir müssen den Boden als ökologisches Netzwerk begreifen", ergänzt Dirk Messner, Präsident des UBA. „Ein gesunder Boden speichert und filtert unser Wasser für die Trinkwasserversorgung, schützt uns vor Hochwasser, stellt Nährstoffe bereit und lässt Nahrungsmittel wachsen. Er ist auch ein nachhaltiger CO2-Speicher, was im Kampf gegen den Klimawandel mehr Aufmerksamkeit verdient."

Bessere Anpassung an den Klimawandel

Bewusst werden die wichtigen Funktionen eines gesunden Bodens besonders dann, wenn der Boden kränkelt. Bodenverdichtung, Erosion und der Verlust an organischer Substanz sind die „Infekte" des Bodens. Gesunde Böden ermöglichen eine bessere Anpassung an den Klimawandel, schützen die Biodiversität, und sichern eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion. Der Verlust der Bodengesundheit ist gleichbedeutend mit dem Verlust einer unserer Lebensgrundlagen und ist damit für jeden Menschen relevant.

Nächste Schritte

Die Teilnehmer diskutierten nächste Schritte zu gesunden Böden in Deutschland und in der EU – mit besonderem Augenmerk auf den Entwurf einer EU-Richtlinie zur Bodenüberwachung mit Instrumenten für eine stärkere Bodenresilienz.

Mit den seit mehr als 15 Jahren durchgeführten Veranstaltungen zum Weltbodentag will die KBU die Öffentlichkeit auf die große Bedeutung der begrenzten Ressource Boden für unser Leben aufmerksam machen und die Politik mit Lösungsansätzen und wichtigen Botschaften unterstützen. ❐

Nachhaltige Bauindustrie:

BDE begrüßt EU-Bauprodukteverordnung

Neue Regelungen fördern umweltfreundliche Beschaffung

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft hat die neue EU-Bauprodukte-Verordnung im Grundsatz als wichtigen Schritt für die Kreislaufwirtschaft begrüßt. Zugleich fordert der Verband, geplante Ausnahmeregelungen möglichst streng zu begrenzen.

„Das jetzt vorliegende Regelwerk ist eine wichtige Überholung der bestehenden Vorgaben. Es fördert die Nachhaltigkeit im Bausektor und stärkt so das Vorhaben, möglichst viele recycelte Materialien in Bauprodukten zu nutzen und so nachhaltiger und klimaschonender zu bauen. Insbesondere begrüßen wir das jetzt beschlossene Green-Public-Procurement, d.h. die Anforderungen an eine nachhaltige öffentliche Beschaffung im Bausektor. Nicht nur für diesen Bereich gehört das schon seit Jahren zu den zentralen Forderungen des Verbandes", erklärt der Verband in einer Stellungnahme.

Neues Regelwerk im Visier

Vor kurzem hatten das Europaparlament und die Mitgliedstaaten ihre politische Einigung bei der Bauprodukteverordnung verkündet. Damit endete das seit Juli 2023 laufende Trilogverfahren.

Die jetzt überholte Verordnung legt den allgemeinen Rechtsrahmen fest, Details für die verschiedenen Produktgruppen werden nachfolgend in einzelnen Rechtsakten bestimmt. Die Neuerung verlangt, dass Bauprodukte zukünftig wiederverwendbar und recycelbar produziert werden müssen und die Verwendung von Recyclingmaterialien gefördert werden muss.

Zu diesem Zweck soll es beispielsweise ein neues Regelwerk für die öffentliche Auftragsvergabe in der EU geben. Hierbei wird die Europäische Kommission bevollmächtigt, durch delegierte Rechtsakte verbindliche Mindestanforderungen an die ökologische Nachhaltigkeit bei öffentlichen Ausschreibungen festzulegen. Grundsätzliches Ziel ist dabei, die Nachfrage für recycelte Bauprodukte anzuregen. Allerdings sieht die politische Einigung auch Ausnahmen vor. So sollen Mitgliedstaaten von den Vorgaben abweichen dürfen, wenn es keine geeigneten Angebote gibt oder die Kosten unverhältnismäßig hoch werden würden. Hierzu müsse mindestens eine zehnprozentige Kostensteigerung vorliegen.

Große Hoffnungen

Aus Sicht des BDE hat der Vorschlag, neue, verbindliche Nachhaltigkeitskriterien einzuführen, große Hoffnungen geweckt, dass nun auch die öffentliche Hand Umweltaspekte bei der Vergabe von Bauaufträgen beachten muss. Leider zeige die politische Einigung jedoch auch, dass Mitgliedstaaten sich weiterhin Schlupflöcher offenhalten.

Die vorläufige Einigung muss nun noch förmlich vom Europaparlament und dem Rat angenommen werden. Wegen der im Juni anstehenden Europawahlen und den Vorlaufzeiten in den Institutionen ist damit zu rechnen, dass die Verordnung erst gegen Ende 2024 in Kraft treten wird. ❐

Aktuelle Daten zeigen:

Pendeln fester Bestandteil des Alltags vieler Menschen

Neueste Ergebnisse der Pendlerrechnung sind ab sofort in Pendleratlas und Regionaldatenbank online verfügbar; sie zeigen das Pendelaufkommen 2021 und 2022 bis auf Gemeindeebene

Es zeigt sich: München ist 2022 wie bereits im Vorjahr Spitzenreiter in Deutschland hinsichtlich der Anzahl an Einpendlern. So legte München bei den Einpendlern im Jahr 2022 um 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu und blieb damit Pendlerhauptstadt Deutschlands. Die Pendelachse Nürnberg – Fürth lag deutschlandweit weiterhin an zweiter Stelle nach Berlin – Potsdam. Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Jahr 2021 eine Zunahme von 6,6 Prozent Einpendlern aus dem Nachbarland Tschechien.

Fürth. Die Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder erweitern das bisherige Datenangebot der amtlichen Statistik. „Die amtlichen statistischen Daten zeigen die Entwicklung bei den Pendlerströmen und unterstützen die Kommunen bei ihren Verkehrs- und Regionalplanungen," sagt Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Pendlerrechnung und Pendleratlas stehen allen Interessierten online und kostenlos zur Verfügung unter: https://pendleratlas.statistikportal.de

Letztes Jahr veröffentlichten die Statistischen Ämter der Länder die deutschlandweiten Daten zu Pendlerströmen und -verflechtungen bis auf Gemeindeebene zum ersten Mal. Damit reagierten sie auf den steigenden Bedarf an belastbaren Daten zu Pendlerströmen in tiefer regionaler Gliederung. Mithilfe der neuen Daten des Berichtsjahres 2022 werden nun auch Veränderungen der Pendlerströme im zeitlichen Verlauf sichtbar.

Neben klassischen Kennzahlen wie den Ein- und Auspendlern, Pendelquoten oder dem Pendelsaldo sind vor allem Pendelverflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden online abrufbar. Ausführlichere Tabellen sind in der Regionaldatenbank zu finden unter: https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/statistic/19321

Pendlermagnet München

Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik weiter mitteilt, blieb München auch im Jahr 2022 mit über einer halben Millionen Einpendlern (514.601) die Stadt in Deutschland, die die meisten Einpendler anzog. Damit lag sie noch vor Frankfurt am Main mit 455.045 und Berlin mit 454.353 Einpendlern. Allerdings legte Berlin im Vergleich zum Vorjahr mit 6,9 Prozent deutlich stärker zu als München und Frankfurt mit jeweils 2,2 Prozent Zuwachs an Einpendlern.

Viele Einzelströme nach München

Die meisten Menschen, die im Jahr 2022 nach München einpendelten, wohnten in Augsburg (12.132 Personen). Die zehn am stärksten besetzten Einpendelströme in die bayerische Landeshauptstadt machten prozentual nur 16 Prozent (82.528 Personen) aus. Alle Einpendler Münchens zusammen kamen aus 6.049 unterschiedlichen Gemeinden. Aus fast jeder der 2.056 Gemeinden Bayerns pendelte mindestens eine Person nach München.

Die mittelfränkische Metropole Nürnberg weist insgesamt 195.367 Einpendler auf. Über ein Drittel (35,2 Prozent) dieser Einpendler stammten aus den zehn am stärksten besetzten Einpendelströmen.

Zunehmend Fernpendler zwischen München und Berlin

Im Jahr 2022 pendelten 11.735 Personen von Berlin nach München, in die umgekehrte Richtung waren es 7.209 Personen. Damit machte Berlin die zweitgrößte Gruppe der nach München Einpendelnden und die drittgrößte Gruppe der aus München Auspendelnden aus. Zwischen den beiden Städten, die etwa 500 km Luftlinie voneinander entfernt sind, pendelten im Jahr 2022 insgesamt 18.944 Personen, das sind gut 3.000 Pendler oder 18,9 Prozent mehr als im Jahr 2021.

Zu beachten ist dabei, dass in der Pendlerrechnung nicht täglich zurückgelegte Wege erfasst werden, sondern der registrierte Erstwohnsitz und der Arbeitsort. Gerade bei Fernpendlern ist davon auszugehen, dass die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz), verteilten Unternehmenssitzen (Hauptsitz, Zweigstellen) oder auch Arbeitsmodellen wie mobilem Arbeiten oder Homeoffice nicht täglich zurückgelegt wird.

Zweitstärkste Pendelachse Nürnberg und Fürth

Pendelachsen stellen die Summe der Pendler zwischen zwei Städten unabhängig von der Richtung, in die sie pendeln, dar. Sie dienen dazu das Pendelvolumen zwischen zwei Städten zu bestimmen. Die zahlenstärksten Pendelachsen finden sich zwischennah beieinandergelegenen großen Städten. Nach Berlin und Potsdam sind zwischen den bayerischen Städten Nürnberg und Fürth deutschlandweit die meisten Pendler zu verzeichnen. Dort pendelten 41.831 Personen im Jahr 2022 und damit noch einmal 548 mehr als im Jahr 2021.

Mehr Einpendler aus Tschechien

Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 1.601 Personen aus Tschechien, während die Zahl der Einpendler aus Österreich um 491 Personen zurückging und die Zahl der Einpendler aus der Schweiz gleichblieb.

Große Veränderungen bei kleinen Gemeinden

Gerade in kleineren Gemeinden wirken sich Veränderungen im regionalen Angebot von Arbeitsplätzen von einem Jahr auf das andere deutlich aus. Den stärksten prozentualen Zuwachs an Einpendlern im Vergleich zum Jahr 2021 gab es in der Gemeinde Gattendorf im Landkreis Hof. Dort führte die Eröffnung eines Logistikcenters zu einer Zunahme der Einpendler von 281 um das Sechsfache auf insgesamt 1.754 Personen.

Auch die Passionsfestspiele des Jahres 2022 in Oberammergau schlagen sich deutlich in den Pendlerzahlen nieder. Als erwachsene Darsteller der alle zehn Jahre von Mai bis Oktober stattfindenden Aufführungen der Passionsgeschichte treten nur Personen auf, die seit Geburt oder mindestens 20 Jahren in Oberammergau wohnen. Daher kam es im Jahr 2022 zu einem Anstieg der innerörtlichen Pendler mit Wohn- und Arbeitsort Oberammergau um 802 Personen von 1.326 auf 2.128. Dazu kamen noch zusätzliche 122 Einpendler, während die Zahl der Auspendler um 136 abnahm.

Zur Methode

Die vorliegenden Daten ergeben sich aus der im Jahr 2022 zum ersten Mal veröffentlichten und nun um das Jahr 2022 erweiterten Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder, die tief regionalisierte Ergebnisse zu potenziellen Pendlern für alle Gemeinden Deutschlands bereitstellt. Die Ein-, Aus- und Innerörtlichen-Pendler werden anhand ihres Arbeits- und Wohnorts bestimmt. Die Wege zwischen registriertem Arbeits- und Wohnort werden unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz) oder auch aufgrund verschiedener Arbeitsmodelle, wie mobilem Arbeiten beziehungsweise Homeoffice, nicht von allen Personen tatsächlich beziehungsweise täglich zurückgelegt. Es handelt sich daher genauer gesagt um potenzielle Pendlerinnen und Pendler.

Neu an der Pendlerrechnung und dem Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder ist, dass sie nicht nur wie bisher die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sondern auch Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte umfassen. Die Pendlerrechnung erweitert somit die bisherige Datengrundlage zu Pendlern und liefert wichtige Informationen für die Kommunal-, Regional- und Landesplanung. ❐

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV):

Erfolgreiches Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE läuft aus

Nachfolgesystem für alle MVV-Fahrgäste bereits in Vorbereitung

Vor über drei Jahren startete das Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE unter der Federführung der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) zusammen mit den Partnern Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), S-Bahn München, Bayerische Regiobahn GmbH (BRB), dem Freistaat Bayern, der Landeshauptstadt München und den MVV-Verbundlandkreisen. Im Dezember 2022 wurde das Projekt um die Modellregion Donau-Isar erweitert, dadurch wurden auch Fahrten in und nach Regensburg sowie im ganzen Regensburger Verkehrsverbund (RVV) mit SWIPE+RIDE möglich. Beide Projekte wurden durch den Freistaat Bayern gefördert.

Im Projektzeitraum konnten die Pilotkundinnen und -kunden mithilfe eines Smartphone-basierten Check-in/Check-out-Verfahrens einen neuen, elektronischen Tarif sowie eine neue Vertriebsmöglichkeit im MVV nutzen. Nach Ausstieg und Check-out wurde der Fahrpreis automatisch durch das Smartphone berechnet. Dieser setzte sich jeweils aus einem Grundpreis und einem Entfernungspreis nach der effektiv zurückgelegten Strecke zusammen. Als Kostenairbag diente dabei der „Tagesdeckel", ein Höchstpreis pro Tag. So konnten vor allem Gelegenheitsfahrer sowie Neukunden den ÖPNV ganz einfach nutzen, mit bequemer Bezahlung über Kreditkarte oder Kontoabbuchung.

Positive Rückmeldung

Insgesamt haben sich über 12.000 Testpersonen an SWIPE+RIDE beteiligt und dabei mehr als 730.000 Fahrten zurückgelegt. Die Auswertungen der begleitenden Marktforschung ergaben, dass das Pilotprojekt von den Kundinnen und Kunden äußerst positiv angenommen wurde. Demnach lag die Zufriedenheitsrate bei ca. 96 Prozent, die Weiterempfehlungswerte bei über 90 Prozent.

„Das Pilotprojekt SWIPE+RIDE zeigt, dass Kundinnen und Kunden großen Wert auf eine flexible und einfache, aber auch eine digitale Fahrmöglichkeit im ÖPNV legen – ohne tiefgreifende Kenntnisse über den Tarif haben zu müssen", sagt MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „So können wir in Zukunft noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistern, wir wollen die Einstiegshürden zur Nutzung von Bus und Bahn damit deutlich senken."

Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise: „Das von den MVV-Landkreisen initiierte Pilotprojekt SWIPE+RIDE ist in jeder Hinsicht ein voller Erfolg, der Zuspruch der Nutzerinnen und Nutzer überwältigend. Rund 90 Prozent nennen die einfache Benutzung als wesentlichen Vorteil und würden SWIPE+RIDE weiterempfehlen – damit war zu Beginn der Pilotplanungen vor sechs Jahren nicht zu rechnen. Mit dem Start des Regelbetriebs im Laufe des Jahres 2024 gehen wir im MVV konsequent den nächsten wichtigen Schritt in Richtung modernster Tarif Europas – digital und einfach in der Nutzung, besser geht's gerade auch für Gelegenheitskunden nicht."

Da das Pilotprojekt so erfolgreich war, laufen bereits die Vorbereitungen für ein Nachfolgesystem von SWIPE+RIDE. Es soll im Laufe des Jahres 2024 allen MVV-Fahrgästen zur Verfügung gestellt werden.

Auch für Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter war das Pilotprojekt ein voller Erfolg: „Die positiven Rückmeldungen der Pilotkundinnen und -kunden bestärken uns darin, den Weg in Richtung eines bayernweiten digitalen Ticketings im ÖPNV weiterzugehen. Die Einführung im MVV im kommenden Jahr ist da ein weiterer wichtiger Schritt." Der Freistaat hat das Pilotprojekt SWIPE+RIDE im MVV und in der Modellregion Donau-Isar mit 2,9 Mio. Euro gefördert. ❐

Radwege und Parkraummanagement:

Schneller von der Planung in die Umsetzung

Neue vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für Agora Verkehrswende durchgeführte Studie zeigt, wie Kommunen den Ausbau von Radwegen sowie das Parkraummanagement beschleunigen können.

Berlin. Der Ausbau von Radwegen benötigt von der Planung bis zur Umsetzung bisher sehr viel Zeit. Dasselbe gilt für das Parkraummanagement in den Kommunen. Aus diesem Grund beauftragte Agora Verkehrswende das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Analyse typischer Verwaltungsabläufe, die für den Ausbau von Radwegen und die Einführung von Parkraumbewirtschaftungszonen praktiziert werden. Ziel war es zu ermitteln, welche Umsetzungshindernisse bestehen und warum einige Kommunen bereits zügig vorankommen.

Manche sind doppelt so schnell

Die nun veröffentlichte Difu-Analyse zeigt, dass die für vergleichbare Aufgaben benötigte Zeit von Kommune zu Kommune stark variiert. So gelingt es manchen Kommunen, mehr als doppelt so schnell in der Umsetzung zu sein, wie vergleichbare andere Städte. Als zentrale „Stellschrauben", die das Tempo beeinflussen können, wurden folgende Aspekte identifiziert: kommunalpolitische Grundsatzbeschlüsse, engagierte Führungskräfte, spezialisiertes Projektmanagement, effizienter Personaleinsatz und Digitalisierung.

Darüber hinaus zeigte die Difu-Studie, dass alle Städte mit demselben Hindernis zu kämpfen haben: Sie kämen deutlich schneller voran, wenn nicht der bundesrechtliche Rahmen aus Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrsordnung (StVO) den Kommunen bei diesen Aufgaben aufwändige Begründungspflichten vorschreiben würden. Die aktuelle Reform des Straßenverkehrsrechts könnte die Handlungsspielräume also deutlich verbessern.

Wichtiges Instrument: Grundsatzbeschlüsse

Ein wichtiges Instrument hat die Kommunalpolitik jedoch selbst in der Hand: Sie kann beispielsweise Grundsatzbeschlüsse zur Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in definierten Stadtgebieten oder durchgängigen Radverkehrsnetzen fällen. Diese geben der Verwaltung einen klaren Auftrag, Rückendeckung und ersparen wiederkehrende Diskussionen und Beschlüsse für jede neue Maßnahme.

Auch die Verwaltung kann durch die Bündelung von Aufgaben und Entscheidungskompetenzen deutlich schneller werden. So hat die Stadt Bielefeld ihre Behörden für Verkehrsplanung und verkehrsrechtliche Anordnung unter dem Dach eines Mobilitätsamts zusammengefasst und das Arbeiten in Projektteams eingeführt, um die verwaltungstypischen Hierarchien aufzulösen und schnelle Entscheidungen herbeizuführen. In Hamburg übernimmt der Landesbetrieb Verkehr fast alle Aufgaben für die Einführung und den Betrieb neuer Parkzonen. Dieses Verfahren benötigt nur halb so viel Zeit wie in anderen Städten.

Zusätzliches Personal

Die durch den Fachkräftemangel unbesetzten Stellen verursachen einen weiteren Bearbeitungsstau. Die Difu-Analyse offenbarte hier, dass Personal mit Ingenieurs- oder Verkehrsplanungsausbildung bisher auch Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung oder Koordinierung zwischen verschiedenen Abteilungen und Ämtern übernehmen muss. Aus diesem Grund steht ihnen oft nur ein Drittel ihrer Arbeitszeit für die tatsächliche Radverkehrsplanung zur Verfügung. Hier könnte zusätzliches Personal für die Kommunikation und Administration die Planerinnen und Planer entlasten und für eine effektivere Nutzung dieses Know-hows sorgen.

Viele Aufgaben der Kommunen sind ohne den Einsatz digitaler Tools kaum noch zu bewältigen. Die Kommunen sollten diese Tools intensiv einsetzen und die Vorteile der Digitalisierung nutzen. Cloud-basiertes Datenmanagement und Geoinformationssysteme verbessern das interne Wissensmanagement und die Transparenz nach außen. Sie entlasten die Ämter bei der großen Zahl von parlamentarischen Anfragen, sie können eingesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürger effizient zu informieren und auch zu beteiligen. Bei der Parkraumbewirtschaftung können die digitale Ausstellung von Bewohnerparkausweisen sowie digital unterstützte Kontrollen mithilfe sogenannter Scan-Cars – die derzeit in Deutschland rechtlich noch nicht erlaubt sind – Arbeitszeit und Personal sparen.

Die Studie „Vom Plan auf die Straße. Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur und Parkraummanagement beschleunigen können" steht kostenfrei zum Download bereit: https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/vom-plan-auf-die-strasse/ ❐

Blinken auch beim Fahrradfahren

DVR begrüßt Aufhebung des Verbots

Die Bundesregierung will Blinker für alle Fahrräder erlauben. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage, die der Rheinischen Post vorliegt, vor. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) begrüßt dieses Vorhaben. Dazu Manfred Wirsch, Präsident des DVR:

„Es ist Zeit, dass in der StVZO die Möglichkeit geschaffen wird, die Sichtbarkeit von Fahrradfahrenden mit Blinkern – oder Fahrtrichtungsanzeigern – zu verbessern. Denn Blinker können einen Beitrag für mehr Verkehrssicherheit und weniger Verletzte im Straßenverkehr leisten.

Mit beiden Händen am Lenker

Abbiegevorgänge werden sicherer, weil beide Hände am Lenker bleiben, und insbesondere nachts ist die Abbiegeintention für andere Verkehrsteilnehmende besser sichtbar. Zusammenstöße mit linksabbiegenden Fahrradfahrenden ziehen oft schwerwiegende Verletzungen nach sich und könnten so reduziert werden. Ein Blick zurück zeigt, dass Blinker sich an motorisierten Zweirädern und auch an Elektrokleinstfahrzeugen bewährt haben und u.a. für mehrspurige Fahrräder und Fahrradanhänger bereits zugelassen sind."

Der DVR hatte im Rahmen der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf „Neufassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und zur Änderung weiterer Vorschriften" im Sommer 2023 den Vorschlag eingebracht, das Verbot von Fahrtrichtungsanzeigern für die meisten Fahrräder aufzuheben. ❐

Bayerische Flughäfen:

Zurück zu alter Stärke

2023 hat dem Albrecht Dürer Airport Nürnberg und dem Flughafen Memmingen Rekordzahlen beschert. Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten den Flughafen Nürnberg für ihre Reisen. Das waren knapp 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Und auf Deutschlands höchst gelegenem Verkehrsflughafen flogen noch nie so viele Passagiere ab und nach Memmingen wie vergangenes Jahr.

Der Airport Nürnberg liegt bei den Passagierzahlen nur noch geringfügig unter dem Niveau von 2019 und entwickelte sich deutlich besser als die deutschen Flughäfen im Durchschnitt. Das Passagieraufkommen erreichte rund 96 Prozent im Vergleich zu 2019, während die deutschen Flughäfen im Schnitt erst bei rund 80 Prozent liegen.

Kein innerdeutscher Verkehr

Während der Touristikverkehr nahezu konstant blieb, legte der Low Cost-Bereich um rund 35 Prozent zu. Der innerdeutsche Verkehr ist dabei (mit Ausnahme der Drehkreuzanbindung Frankfurt) nicht mehr existent. In diesem Segment wurden vor der Pandemie im Jahr 2019 noch rund 454.000 Passagiere (Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München) gezählt.

Die Auslastung über alle Verkehrssegmente lag 2023 bei rund 82 Prozent. Zum Vergleich: 2022 waren es noch rund 79 Prozent und 2019 rund 75 Prozent. Damit waren die Flugzeuge, die Nürnberg im Jahr 2023 starteten und landeten, so gut gebucht wie nie zuvor in der Geschichte des Airports.

Der Trend geht dabei auch zu immer längeren Flugstrecken. So lag etwa die durchschnittliche Streckenlänge im vergangenen Jahr bei rund 1.300 Kilometern, 2019 waren es noch rund 940 Kilometer und 2009 sogar nur rund 660 Kilometer. Gleichzeitig wurden weniger Starts und Landungen durchgeführt und größere Flugzeuge eingesetzt: Mit rund 33.200 gewerblichen Flugbewegungen im Jahr 2023 wurde knapp 11 Prozent weniger geflogen als im Jahr 2019 mit rund 37.200 Starts und Landungen – und das bei annähernd gleichem Passagieraufkommen.

Erfolgsmodell

Der Flughafen Memmingen verzeichnete im abgelaufenen Jahr über 2,8 Millionen Passagiere, was einem Zuwachs von knapp 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Wachstumstreiber sind insbesondere die beiden großen Airline-Partner, die Fluggesellschaften Ryanair und Wizz Air, die ihr Angebot aufgrund der starken Nachfrage kontinuierlich erweitern. Mittlerweile hat Ryanair drei Maschinen in Memmingen stationiert. Zuletzt ergänzten die Airlines während der Weihnachtsferien ihr Programm um 60 zusätzliche Flüge. „Das Erfolgsmodell Flughafen Memmingen hat sich zu einem Dauerbrenner entwickelt“, kommentierte Geschäftsführer Ralf Schmid das positive Ergebnis. Für 2024 rechnet er mit rund drei Millionen Passagieren.

Das rasante Wachstum verpflichtet jedoch auch dazu, weiter in die Infrastruktur des Airports zu investieren. „Um unseren Passagieren weiterhin ein angenehmes Airport-Erlebnis zu garantieren, werden wir unsere Infrastruktur den veränderten Anforderungen anpassen“, erläuterte Schmid. So werde das Terminal weiter ausgebaut. Das betreffe insbesondere den Bereich der Sicherheitskontrolle sowie die Abflug-Gates. „Während der Bauarbeiten wird es leider vereinzelt Engpässe im Terminal geben, die zu längeren Wartezeiten führen können.“

Erweitert werden zudem die Vorfeldflächen. Das Mietwagen- und Airport Service Center wurde überdacht, so dass ein geschützter Wartebereich für Passagiere, Abholer und Bringer entstanden ist. Das Gastronomie-Angebot im öffentlichen Bereich vor dem Terminal wurde ebenfalls ausgebaut.



Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten im Jahr 2023 den Albrecht Dürer Airport Nürnberg für ihre Reisen. Bild: Airport Nürnberg

Green Airport

Laufend werde darüber hinaus in das ehrgeizige Projekt Green Airport investiert, das bis zum Jahr 2030 den Betrieb eines klimaneutralen Airports ermöglichen soll. Der nächste Schritt ist der Ausbau der Photovoltaik.

Der Münchner Airport wickelte im vergangenen Jahr mehr Passagiere und Flugbewegungen als 2022 ab. Laut Flughafengesellschaft stiegen die Passagierzahlen um fünf Millionen auf insgesamt 37 Millionen Fluggäste. Mit dem aktuellen Fluggastaufkommen erreicht der Flughafen München rund 80 Prozent des Rekordaufkommens aus dem Vorkrisenjahr 2019. Die Anzahl der Flugbewegungen stieg gegenüber 2022 um sechs Prozent auf mehr als 300.000 Starts und Landungen. Die Sitzplatzauslastung erreichte einen Rekordwert und lag mit 81,3 Prozent erstmals seit Eröffnung des Flughafens über 80 Prozent.

Im Jahr 2023 lag der Schwerpunkt der Passagierentwicklung im Originärverkehr. Dieser stieg im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent. Die für den Drehkreuzverkehr wichtige Anzahl der Umsteiger wuchs ebenso zweistellig um 11 Prozent. Das Frachtaufkommen verzeichnete im Jahr 2023 einen Anstieg um sieben Prozent auf ca. 277.000 Tonnen. Nach Angaben von Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, erhole sich die Luftfahrtbranche am Standort München zunehmend. Diese positive Entwicklung sei ein Zeichen für den hohen Bedarf von Bevölkerung und Wirtschaft nach Flugreisen. **DK**

Schienengüterverkehr und E-Busse:

Irritationen beim VDV

Wie der Branchenverband VDV mitteilt, drohe dem Schienengüterverkehr in Deutschland in Folge der Einsparungen im Bundeshaushalt 2024 ein Horrorszenario: Gleich mehrere Förderprogramme des Bundesverkehrsministeriums für den Schienengüterverkehr stehen demnach vor erheblichen Kürzungen. Vor allem die für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zentrale Trassenpreisförderung soll um nahezu die Hälfte gekürzt werden.

Laut VDV- Vizepräsident Joachim Berends darf der Schienengüterverkehr nicht zum Opfer der Haushaltsplanungen des Bundes werden. Jegliche Absenkung von Mitteln wie etwa bei der Trassenpreisförderung würde bei der hohen Preissensibilität im Transportmarkt sofort zu erheblichen Verlagerungen von der Schiene zur Straße führen. Die bislang erfolgreichen Bemühungen der Branche, nachhaltig mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern, würden ausgebremst.

Unglaubwürdig mit Blick auf die Verkehrswende

„Wir brauchen Planungssicherheit und müssen uns auf finanzielle Zusagen verlassen können, denn diese planen wir bei unserer Angebotsgestaltung fest mit ein“, machte Berends deutlich. Für das laufende Jahr habe man die meisten Verhandlungen bereits geführt und die Verträge mit den Kunden längst abgeschlossen. „Nachträgliche Preissteigerungen, weil Fördermittel wegbrechen, können wir deshalb nicht weiterreichen, sondern bleiben darauf sitzen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, den Schienengüterverkehr auch weiterhin in vollem Umfang und wie geplant zu unterstützen. Nur so lassen sich die verkehrspolitischen Verlagerungsziele erreichen, alles andere wäre vollkommen unglaubwürdig mit Blick auf eine Verkehrswende.“

Mit Blick auf das Thema E-Bus-Förderung erklärte VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Wenn der Bund auf EU-Ebene mitbeschließt, bereits für 2030 nur noch klimaneutrale Stadtbusse zuzulassen sowie für die sonstigen Busflotten die CO2-Emissionen um 45 Prozent zu senken, dann sind das klimaschutzpolitische Entscheidungen, die wir mittragen. Gleichzeitig stehen diese Forderungen in einem ausgeprägten Widerspruch zur finanziellen Förderung des Bundes, die erkennbar eingestellt wurde.“

Gerade kleinere und mittlere Busunternehmen in Deutschland hätten so keine Chance, Flotten und Werkstätten umzurüsten, erläuterte Overkamp. Sie könnten auch keine Fahrpreise erhöhen oder alternative unternehmerische Entscheidungen treffen. Dies führe dazu, dass eigentlich ausgediente Dieselbusse in der Not der Verkehrsunternehmen viel länger fahren müssen und vor Ort der technische Anschluss verpasst werde. Deshalb sei der Einstieg in eine verlässliche Bundesförderung für E-Busse und ihre Infrastruktur unverzichtbar.

Nach Angaben des VDV sind die Kosten für die Umrüstung der Flotten, der notwendigen Infrastruktur wie Werkstätten, Lade- und Sicherheitsmanagement sowie für das notwendige, für die Hochvolttechnik geschulte Personal nicht auf kommunaler Ebene zu schultern. Setze sich das Europäische Parlament gemeinsam mit der EU-Kommission in den aktuell laufenden Trilogverhandlungen gegenüber den Mitgliedstaaten durch, dürfen ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Stadtbusse neu zugelassen werden. Diese Regelung sei Teil einer EU-Initiative mit dem Ziel, den Verkehrssektor nachhaltiger zu gestalten und die CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge zu reduzieren. Das EU-Parlament hatte sich dazu im Oktober 2023 positioniert und es werde erwartet, dass die Verordnung noch vor den Europawahlen verbindlich beschlossen wird.

Klimaneutralität fraglich

Für Überlandbusse soll im Rahmen der EU-Regelung ab 2030 gelten, dass die CO2-Emissionen im Vergleich zu 2019 um 45 Prozent reduziert werden müssen – als eine Maßnahme für das Erreichen der EU-Klimaneutralität bis 2050. Nach Overkamps Worten „bringen die von der EU geforderte Umstellung auf emissionsfreie Stadtbusse bis 2030 und die ambitionierten CO2-Reduktionsziele für Überlandbusse für unsere Verkehrsunternehmen nicht nur die Notwendigkeit neuer Fahrzeuge, sondern auch erhebliche infrastrukturelle Herausforderungen mit sich: Die Investitionen in E-Busse, verbunden mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Anpassung von Betriebshöfen, Werkstätten und Netzanschlüssen, überschreiten bei Weitem die finanziellen Kapazitäten der Verkehrsunternehmen und Kommunen. Ohne signifikante finanzielle Unterstützung durch den Bund – konkret die Wiederaufnahme der Förderung, sowie die Finanzierung für die Umstellung auf E-Mobilität – sind diese wichtigen Schritte für das Erreichen der Klimaneutralität nicht umsetzbar.“ **DK**

Magnetschwebebahn:

Leuchtendes Beispiel für regionale Innovationskraft

Rats- und Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion Nürnberg unterstützen die Idee einer Magnetschwebebahn in Nürnberg

Eine schwebende Innovation aus dem Hause Max Bögl stößt auf großes Interesse: Von dem lautlos gleitenden und flächensparenden Transport System Bögl (TSB), einer Magnetschwebebahn, ließen sich die politischen Vertreter bei der Ratssitzung vor Ort überzeugen. Die Vertreter der Wirtschaft der Metropolregion machten sich bereits im Sommer ein Bild. Nun wurde die Bahn vom Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder vorgeschlagen als Verbindung zwischen Südklinikum, Messe und der neuen Technischen Universität Nürnberg, die zwischen U- und Straßenbahntrassen liegt. Das Transportsystem der Firmengruppe Max Bögl läuft derzeit im Testbetrieb auf dem Firmengelände im oberpfälzischen Sengenthal und auf einer 3,5 Kilometer langen Teststrecke in Chengdu in China. Das TSB ist bereit, in einem Pilotprojekt im öffentlichen Raum erprobt zu werden.

Das TSB ist ideal für dichtbebaute Flächen wie in Nürnberg und eine Chance für den Nahverkehr – leiser als eine Straßenbahn, günstiger als eine U-Bahn und sparsam im Energieverbrauch. In größerer Dimension wäre ein Einsatz bei Stadt-Umland-Bahnen – wie etwa von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach – denkbar. Mit der autonomen Fahrweise knüpft die Magnetschwebebahn an Innovationen in der Metropolregion an: den führerlosen U-Bahnen in Nürnberg und den autonomen Shuttles in Hof und Kronach.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg Peter Reiß ist überzeugt: „Gerade für die innerstädtischen Bereiche, in denen Flächenmangel und Lärmbelästigung für die Bürger:innen zur Last werden können, kann ein System wie die Schwebebahn für spürbare Entlastung sorgen. Damit ist für die Lebensqualität in der Metropolregion auch in Zukunft gesorgt.“

Der Entwickler des Systems, die Firmengruppe Max Bögl aus Sengenthal ist ein für die Metropolregion Nürnberg typisches Unternehmen: in dritter Generation familiengeführt und mit Erfindergeist und Herzblut in die Zukunft blickend. Mittlerweile hat Max Bögl 6.500 Mitarbeiter an mehr als 40 Standorten weltweit, davon 3.000 in Sengenthal. Neben der Magnetschwebebahn, beweist das Unternehmen mit dem Bau der weltweit höchsten und leistungsfähigsten Windkraftanlagen und seinem modularen Wohnungsbausystem (maxmodul) seine Innovationsfreude. Der Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzende Johann Bögl freut sich über eine mögliche Realisierung des Projekts in der Metropolregion. Bögl engagiert sich auch im Wirtschaftsvorstand der Metropolregion, denn ein Ziel des Unternehmens ist es, aktiv die Heimat zu gestalten.

Auch der Wirtschaftsvorsitzende Prof. Klaus L. Wübbenhorst freut sich über das Beispiel für die Stärke der Region mit 150 Weltmarktführern und Hidden Champions und einer Wirtschaftsleistung von 157 Milliarden Euro: „Wieder einmal zeigt sich die Innovationskraft in der Metropolregion Nürnberg. Wir sind stolz auf unsere starken und anpackenden Unternehmen, die Ihre Vision mit Tatkraft umsetzen.“ ❐



Die politischen Vertreter der Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg vor Ort. Bild: Rudi Ott

Landkreis München:

Rezertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Landratsamt München erhält erneut ADFC-Siegel in Silber für seine Bemühungen um die Fahrradmobilität

Das Landratsamt München darf sich erneut über das Silbersiegel des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) als Fahrradfreundlicher Arbeitgeber freuen. 2020 hat die Behörde das Siegel für den Standort Mariahilfplatz erstmalig erhalten, jetzt wurde es für weitere drei Jahre vergeben.

Das Landratsamt München legt großen Wert auf das Thema Fahrradmobilität, fördert damit auch die Mitarbeitergesundheit und leistet einen Beitrag zum Umweltschutz. Es gibt zahlreiche Angebote, die dafür sorgen, dass das Fahrradfahren für die Mitarbeitenden attraktiver wird.

Zahlreiche Maßnahmen

Auf Grundlage des Förderprogramms für Betriebliches Mobilitätsmanagement „mobil gewinnt“ (2018) hat das Landratsamt in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur betrieblichen Fahrradförderung ausgebaut sowie konkrete Empfehlungen von der Zertifizierung im Jahr 2020 Schritt für Schritt umgesetzt.

So wurde beispielsweise ein Doppelstock-Fahrradparksystem errichtet. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern (AGFK) führt zu guten Kontakten und stetigem Informationsfluss für die Mitarbeitenden zum Thema Fahrrad. Besonders die jährlich stattfindenden Radl-Check-Termine werden gut angenommen.

Mitarbeitende zum Umstieg motivieren

Um immer mehr Mitarbeitende zum Fahrradfahren zu motivieren, unternimmt das Landratsamt große Anstrengungen. Geplant ist beispielsweise die Einführung eines Dienstradleasings für Beschäftigte. Zudem bietet das Landratsamt Fahrradausflüge an, welche ab 2024 von einer Radkoordinatorin übernommen werden. Damit auch für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesorgt ist, gibt es in regelmäßigen Abständen Radl-Check-Termine und Reparaturstationen. Die als Dienstfahrzeuge genutzten Lastenpedelecs und Stadtrad-Pedelecs sind auch in der Freizeit verfügbar. ❐

Projektvollzug in Rekordzeit:

Feuerbestattung Traunstein wird jetzt klimaneutral betrieben

In Traunstein kann man nun auch seinen letzten Lebensweg ganz im Einklang mit der Natur gestalten. Als erste Feuerbestattungsanlage in Deutschland hat sich die von der EHG Dienstleistung GmbH (EHG) betriebene Feuerbestattung Traunstein (FB TS) daran gemacht klimaneutral zu werden. Und das in einem mehr als ehrgeizigen Projekt: Binnen weniger als zwei Jahren sollte die Umstellung auf Klimaneutralität gelingen – mit Maßnahmen, die eine tatsächliche Emissionsreduktion erreichen. „Es wäre ein leichtes gewesen, allein mit dem Kauf von Ausgleichs-Zertifikaten sich das Prädikat ‚klimaneutral' zu geben. Wir wollen in unserem Betrieb aber echte Nachhaltigkeit leben", erklärt Paul Engmann, Geschäftsführer der EHG. 22 Monate nach Projektbeginn hat er nun Vollzug gemeldet und will künftig auch andere Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität unterstützen.

Nicht nur im Leben, auch nach seinem Tod erzeugt ein Mensch Emissionen. In den vergangenen 20 Jahren hat die Humankremation deutschlandweit stark an Bedeutung gewonnen. Rund 75 Prozent aller Verstorbenen werden in der Bundesrepublik mittlerweile durch eine Feuerbestattung beigesetzt. Dass die Kremation nachhaltig erfolgt, ist bisher nur selten Teil der Bestattungsphilosophie. Diesen Umstand wollte die EHG mit ihrem „Projekt 2023 – Klimaneutraler Betrieb der Feuerbestattung Traunstein" ändern. Mit Erfolg: Heute nimmt das Unternehmen mit der von ihr betriebenen Feuerbestattungsanlage in Traunstein bundesweit eine Vorbildrolle ein. „Der Betrieb in der Feuerbestattung Traunstein ermöglicht es nun, dass ein nachhaltig geführtes Leben auch einen würdigen Abschluss erhält", sagt Paul Engmann. Damit das gelingt, gab es in den vergangenen 22 Monaten im Unternehmen keine Denkverbote. „Wir haben alles auf den Prüfstand gestellt, von der Energieversorgung über den Fuhrpark bis hin zu den Arbeitsprozessen. Am Ende konnten wir unser Ziel durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreichen, die ideal ineinandergreifen und so maximal wirken können", sagt Engmann. Unterstützt und wissenschaftlich begleitet wurde die EHG von dem renommierten Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV) um den Rosenheimer Wissenschaftler Prof. Dr. Dominicus Bücker.

Die Maßnahmen

Mit ihrem Projekt konnte die EHG an einen hohen Standard anknüpfen: Bereits seit vielen Jahren war der energieverbrauchsarme Betrieb der Anlage Alltag in der FB TS. Und auch die Abwärme wurde schon seit vielen Jahren zur Beheizung der eigenen Gebäude, des Wasserkreislaufes und der Friedhofsgebäude genutzt. Ca. 40.000 kWh Wärmeenergie werden jährlich an die Friedhofsgärtnerei, Bürogebäude und Aussegnungshalle ausgekoppelt. Dieses schon fortschrittliche Energiekonzept wurde weiter optimiert: Die Ofenlinien werden nunmehr ausschließlich mit Bio-Methan, einem nicht fossilen „Bio-Erdgas", betrieben. Ebenfalls soll aus der restlichen Abwärme noch Strom über eine ORC-Anlage gewonnen werden. Diese soll in 2024 errichtet werden.

Auf dem Dach erzeugt eine neue Photovoltaikanlage jährlich rund 35.000 kWh Strom für den Eigenbedarf. Was die FB TS zusätzlich an Strom benötigt, bezieht sie von den Stadtwerken Traunstein in Form von grünem Strom, der zu 100 Prozent in Wasserkraftanlagen im Alpenraum erzeugt wird. Auch der Fuhrpark wird elektrifiziert, zwei vollelektrische Fahrzeuge wurden bereits angeschafft, ein strombetriebener Multilader folgt noch.

Mit diesen Maßnahmen konnten die Emissionen der FB TS deutlich reduziert werden. In Scope 1 (primäre Energieträger) konnten die Emissionen von knapp 85 Tonnen CO2 auf nur noch 22 Tonnen reduziert werden, in Scope 2 (sekundäre Energieträger) konnten 34 Tonnen CO2 komplett eingespart werden. Scope 3 (vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette) wurde vor Projektbeginn noch nicht erfasst. Hier hat die Feuerbestattungsanlage im Jahr 2023 rund 122 Tonnen CO2 emittiert. „Diese Werte zu erreichen ist ein sehr großer Erfolg. In Summe konnten wir die Emissionen um fast 96 Tonnen CO2 reduzieren und emittieren jetzt je Einäscherung nur noch 2,94 kg statt 14,79 kg (Stand 2020). Bei den verbliebenen knapp 145 Tonnen sind wir an die Grenzen des derzeit Machbaren gelangt", erklärt Paul Engmann. So war es etwa bisher nicht möglich, einen elektrisch betriebenen Mehrsarg-Transporter anzuschaffen: „Trotz intensivster Bemühungen konnten wir noch kein Fahrzeug finden, dass unsere Anforderungen an Kapazität und vor allem Reichweite entspricht", erklärt der Geschäftsführer. Zudem hat das Unternehmen auf die Emissionen in Scope 3, wie etwa Anlieferungsfahrten von Bestattern, nur bedingt Einfluss.

So kam man nicht umhin, die letzten verbliebenen Emissionen zu kompensieren. Für den Ausgleich der verbliebenen Emissionen setzt die EHG regional auf den Chiemgauer Klimabonus-Fonds, mit dem die Installation von Balkonkraftwerken und umweltfreundliches Carsharing in der Region Chiemgau gefördert werden. Auf internationaler Ebene arbeitet die EHG mit Projekten des Gold-Standards zusammen und kompensiert hierbei nicht nur den Ausstoß von CO2, sondern fördert gleichzeitig Maßnahmen gegen soziale Ungleichheiten. Sie investiert etwa in Sambia in das Projekt „Verbesserte Kochtöpfe für Menschen im ländlichen Sambia" oder in Kambodscha in das Projekt „Wasserfilter für Menschen in Kambodscha".

„Alle unsere Maßnahmen sind längst in unserem alltäglichen Betrieb angekommen – die Kremation läuft bereits klimaneutral", freut sich Paul Engmann. Aktuell läuft noch das Zertifizierungsverfahren gemäß PAS 2060. „Die international anerkannte Spezifikation PAS 2060, als einziger Standard zur Erreichung der Klimaneutralität, gilt gegenwärtig als anspruchsvollste Methode, um die Neutralität des Treibhausgas-Ausstoßes glaubwürdig nachzuweisen, da hier unter anderem strenge Anforderungen an Transparenz, die Reduktion der Emissionen durch Maßnahmen und an die Ausgleichprojekte gestellt werden. Wir rechnen damit, dass dieser Zertifizierungsprozess noch einige Wochen Zeit beanspruchen wird", erklärt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann.

Nachahmer gesucht

Parallel zu diesem letzten administrativen Prozess startet die EHG bereits das nächste Projekt: Künftig möchten sie mit den innerhalb des Projektes gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen auch anderen Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität helfen. „Wir haben unter unseren Kunden eine große Offenheit für das Thema Nachhaltigkeit erlebt. Nachhaltigkeit ist und bleibt ein zentrales wirtschaftliches Thema, das auch vor unserer Branche nicht Halt macht", sagt Engmann. ❐

Landkreis München:

Förderung von Artenvielfalt in Stadt und Land

Wildbienenexperte spricht zum Auftakt des Biodiversitätsprojekts „NaturVielfalt Leben im Landkreis München"

In den kommenden sechs Jahren wird sich der Landkreis München intensiv der Förderung der Artenvielfalt widmen. Das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt „NaturVielfalt Leben im Landkreis München" will dafür sensibilisieren, wie wichtig der Erhalt unserer Ökosysteme ist, und aufzeigen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Artenvielfalt geschützt und gefördert werden kann. Ende November fand eine erste große Veranstaltung für die Rathausspitzen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und die kommunalen Umweltämter statt. Den Impulsvortrag hielt der LMU-Privatdozent für Biologie und Wildbienenexperte Andreas Fleischmann von der Botanischen Staatssammlung München.

Landrat Christoph Göbel freute sich zur Eröffnung der Veranstaltung über das große Interesse der Kommunen, die tagtäglich mit dem hohen Siedlungsdruck in der Region konfrontiert sind. Zwar sei schon heute bei allen Bauprojekten die untere Naturschutzbehörde einbezogen und auch viele Kommunen nehmen sich dem Thema Biodiversität verstärkt an. „Mit dem groß angelegten Förderprojekt soll jetzt ein Rahmen geschaffen und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Kommunen, die Landwirtschaft, Bildungsträger und die breite Öffentlichkeit in ihren Bemühungen, die Artenvielfalt zu fördern, zu unterstützen", so der Landrat. Es liege in unserem gemeinsamen Interesse, unsere Ökosysteme für künftige Generationen zu stabilisieren und lebendig zu halten. Der Biologe Fleischmann bekräftigte das Ansinnen des Landrats in seinem Vortrag und gab spannende wie auch besorgniserregende Einblicke in die Situation der Artenvielfalt.

So sind in Bayern etwa ein Drittel der 545 Wildbienenarten auf der roten Liste und bereits 400 Schmetterlingsarten seit dem Jahr 2000 verschwunden. „Wir stellen aber nicht nur einen Artenverlust, sondern viel schlimmer, einen Verlust in der Insekten-Biomasse aller flugfähigen Insekten fest, nämlich einen Rückgang von 75 Prozent der Biomasse innerhalb von 27 Jahren", so der Experte. „Insekten sind aber die Nahrungsgrundlage für unzählige andere Tiergruppen wie z. B. Reptilien und Vögel. Das ist so, als wäre unser Kühlschrank nur noch zu einem Viertel gefüllt. Damit fällt es schwer, eine ganze Familie durchzubringen."

Gründe für Insektensterben

Genannt wurden vor allem der direkte Lebensraumverlust und Verluste durch unsachgemäße bzw. zu intensive Pflege von Grünflächen. Zu den Ursachen zählt unter anderem zu häufiges Mähen, da sich so hauptsächlich schnellwüchsige Gräser durchsetzen und blühende Pflanzen verdrängt werden. Genau diese Blühpflanzen stellen aber die Nahrungsgrundlage für die heimische Insektenwelt dar. Stirbt auf einer Fläche eine Pflanzenart aus, dann sterben auch daran angepasste Insektenarten dort aus, z. B. eine Schmetterlingsart, die speziell nur diese Pflanze als Futter für ihre Raupen benötigt. Das beeinträchtigt wiederum die Bestäubung weiterer Pflanzenarten, die dann ebenfalls seltener vorkommen. Das Aussterben vieler Arten ist dabei die Folge. „Es handelt sich um den Zusammenbruch eines riesigen Netzwerks", verdeutlichte der Experte.

Auch Flächenversiegelungen und Neubaugebiete gefährden die Artenvielfalt immens. „Jahrzehntealte Wiesen sind die Urwälder Europas. Hier finden sich oft über 60 Pflanzen- und über 1.000 Insektenarten und Spinnentiere pro Quadratmeter. Eine artenreiche Wiese ist wie ein alter Wald, auch wenn man es ihr nicht ansieht: Es braucht viele Jahre, um solche artenreichen und stabilen Blüten-Bestände zu entwickeln. Alteingewachsene Blumenwiesen sind oft 50 Jahre oder älter", so Fleischmann. Es sei daher der falsche Ansatz, artenreiche Wiesen zu überbauen und dafür zehn Kilometer weiter eine neue Wiese als Ausgleichsfläche anzulegen.



Andreas Fleischmann gab im Ottobrunner Wolf-Ferrari-Haus Einblicke in die Situation der Artenvielfalt. Bild: LRA München

Einfache Maßnahmen

Der Wildbienenexperte beließ es aber nicht beim Aufzeigen der Fakten, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Artensterben führen. Er verdeutlichte auch, dass es sogar relativ einfache Mittel und Wege gibt, die biologische Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Beispielsweise ist eine maximal zweimalige Mahd pro Jahr und das Stehenlassen von Teilbereichen einer Wiese für das Überleben und Überwintern von vielen Pflanzen- und Insektenarten auf der Fläche bereits eine große Hilfe.

Dieser Ansatz gilt mit gewissen Abstrichen auch für das Straßenbegleitgrün. Nicht asphaltierte Feldwege bezeichnete Fleischmann dazu als unheimlich wertvoll für die überwiegend bodenbrütenden Wildbienenarten, da sie hier viele offene Bodenstellen vorfinden. Etwa 75 Prozent der Wildbienen brüten in offenen Bodenstellen. Neu geschaffene Parkplatzflächen sollten wo immer möglich ebenfalls nicht versiegelt werden, da sie so Lebensraum für Wildbienen bieten können und damit gleichzeitig die Versickerung von Niederschlagswasser ermöglichen.

Auch das Potenzial von Gärten ist für den Erhalt der biologischen Vielfalt von immenser Bedeutung, da die gesamte Fläche der Kleingärten größer als alle Naturschutzgebiete zusammen ist. Das Fazit des Wildbienenexperten: „Keiner kann alles tun, aber: Niemand kann nichts tun!" Bezogen auf Bayern stellte Fleischmann fest: „Ein Drittel der Landesfläche müsste naturbelassen oder zumindest naturnah bewirtschaftet werden, damit genügend Raum für eine überlebensfähige biologische Vielfalt bleiben kann."

Die Erkenntnis des Artensterbens allein ist jedoch nicht genug. Konkretes Handeln ist gefragt, um die biologische Vielfalt (Biodiversität) auch für künftige Generationen zu erhalten. Der Landkreis München will dazu einen Beitrag leisten und hat das Projekt „NaturVielfalt Leben im Landkreis München" initiiert, das seit Anfang 2023 bis Ende 2028 läuft. Gefördert wird es im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Im Rahmen des Projekts sollen möglichst viele Akteursgruppen einbezogen werden, um auf möglichst viel Fläche des Landkreises die biologische Vielfalt zu erhalten und zu fördern.

Die Kommunen als die Kenner der Situation vor Ort sind dabei unverzichtbare Projektpartner. Alle Städte und Gemeinden im Landkreis erhalten daher die Möglichkeit, einen speziell auf ihre Kommune zugeschnittenen Workshop mit dem Projekt-Team durchzuführen, um die Situation vor Ort in den Blick zu nehmen. Bereits vorhandene gute Flächen mit wertvoller Artenausstattung sollen weiter vernetzt werden, ungenutztes Potenzial erkannt, neue Mitgestaltende für weitere Fläche gefunden und lokale Akteurinnen und Akteure eingebunden werden. ❐

Dokumentation des LfL:

Agrarumwelt-Maßnahmen im Grünland

Gut ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns ist Grünland. Es dient in erster Linie der Produktion von Futter und damit der Erzeugung von Milch und Fleisch. Daneben trägt es zum Schutz von Boden und Grundwasser bei, speichert in erheblichem Umfang organischen Kohlenstoff, ist ein wichtiger Lebensraum für Pflanzen und Tiere und prägt wesentlich das Landschaftsbild. Wie hat sich die Zusammensetzung der Pflanzenbestände im Grünland entwickelt, waren die Agrarumwelt-Maßnahmen zugunsten von Biodiversität und anderen natürlichen Ressourcen erfolgreich?

Das Grünlandmonitoring der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) hat Antworten. Es stützt sich auf drei Erhebungszeiträume. Auf die Ersterhebung im Zeitraum von 2002 bis 2008 auf über 6.000 Flächen folgte eine zweite Erhebung von 2009 bis 2012, nun ist die dritte Erhebung von 2018 bis 2020 ausgewertet. Diesmal legte man besonderes Augenmerk auf den direkten Vergleich von Grünland mit und ohne Agrarumweltmaßnahmen. Deshalb kamen neue Flächen hinzu und nicht alle in Periode 1 und 2 untersuchten Parzellen konnten ein drittes Mal unter die Lupe genommen werden. Insgesamt sind es aber immer noch 1.621 Aufnahmeflächen mit präzisen Vegetationsdaten, die in jedem der drei Erhebungszeiträume erfasst wurden.

Damit liegen einmalig umfangreiche und räumlich hochauflösende Daten zur Artenvielfalt und Zusammensetzung der Grünlandvegetation Bayerns vor, dies unter verschiedensten Standortbedingungen und bei unterschiedlichen Nutzungsintensitäten. Um zusätzlich zu den Vegetationsdaten Informationen zu Details der Flächenbewirtschaftung zu erhalten, wurden mit 500 der am Grünlandmonitoring beteiligten Landwirte Interviews geführt.

Positiver Effekt

Insgesamt wurden auf den 2.752 Flächen der jüngsten Untersuchungsperiode 687 Pflanzenarten gefunden. Während im ersten und zweiten Durchgang der Wiesen-Fuchsschwanz (Alopecurus pratensis) den höchsten (mittleren) Ertragsanteil hatte, landete dieser im dritten Durchgang auf dem dritten Platz hinter Deutschem Weidelgras (Lolium perenne) und Bastard-Weidelgras (Lolium x hybridum).

Die durchschnittliche Artenzahl stieg im dritten Durchgang im Vergleich zum ersten und zweiten auf 21,6 Arten / 25 m² an (bezogen auf diejenigen Aufnahmeflächen, die in jedem Durchgang beprobt wurden). Auch der Anteil der artenreichen Flächen mit mindestens 25 Arten nahm von 25 Prozent im ersten Durchgang auf 30 Prozent der Flächen im dritten Durchgang zu.

Die Auswertung der Artenzusammensetzung der Grünlandbestände ergab im Mittel eine leichte Zunahme von licht- und wärmeliebenden Pflanzen und eine leichte Abnahme von Arten, die mit Nässe oder Kälte gut zurechtkommen.

Almen/Alpen besonders artenreich

Bei allen Agrarumweltmaßnahmen zeigte sich – wie schon beim ersten und zweiten Durchgang – ein positiver Effekt auf die Artenzahl. Besonders artenreich waren Flächen, die als Almen/Alpen gefördert wurden, Flächen mit einzelflächenbezogenen Maßnahmen und Flächen des Vertragsnaturschutzes.

Die Ursachen für die Erhöhung der Artenzahl im dritten Durchgang des Grünlandmonitoring dürften vor allem im Witterungsverlauf der Aufnahmejahre 2018 bis 2020 mit starker Hitze und ausgeprägten Trockenperioden liegen, aber auch in einer Verminderung der Bewirtschaftungsintensität. Darauf deutet der Rückgang der Tierbesatzdichten (GV/ha Hauptfutterfläche) hin. Die Zunahme in der Artenzahl war vor allem bei Beständen zu beobachten, die im ersten Aufnahmedurchgang eher artenarm waren, während damals schon artenreiche Bestände geringere Zunahmen zeigten, gleichblieben oder gar rückläufig waren.

Weitere Informationen

Der neue Band der LfL-Schriftenreihe „Grünlandmonitoring Bayern – Entwicklung der Vegetation im Wirtschaftsgrünland 2002 – 2020: Pflanzenartenvielfalt, Bewirtschaftung und Agrarumweltmaßnahmen" dokumentiert und erläutert die Ergebnisse umfassend: https://www.lfl.bayern.de/publikationen/schriftenreihe/339501/index.php ❐

60 Jahre Impulsgeber im bayerischen Garten- und Landschaftsbau

Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. wurde am 14. Dezember 1963 gegründet und begeht damit sein 60-jähriges Jubiläum. Aus einer kleinen Gruppe mit damals gerade 28 Unternehmern sind inzwischen 665 Mitglieder geworden, die das Gesicht der Metropolen, Städte und Gemeinden im Freistaat wesentlich mitprägen.

Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner kümmern sich um die professionelle Gestaltung und Pflege von Freianlagen jeglicher Art. Dazu gehören Flächen rund um Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie öffentliche Gebäude, Parks, Außenanlagen für den Wohnungs- und Siedlungsbau aber auch für Industrie- und Gewerbeunternehmen. Des Weiteren sind sie bei der Dach- und Fassadenbegrünung aktiv, legen Straßenbegleitgrün an und bauen Freizeitanlagen jeglicher Art, beispielsweise Sport- und Spielplätze. Zusammengefasst leistet der Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) einen wichtigen Beitrag für den Erhalt und den Ausbau der grün-blauen Infrastruktur in Städten und Kommunen.

Gestaltung von Lebensräumen

Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband repräsentiert der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) die Branche im Freistaat. Und das seit 60 Jahren. „Mein Dank geht an alle unsere Mitglieder. Ebenso an die ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmer im VGL Bayern, in Prüfungsausschüssen sowie zahlreichen anderen Gremien. Sie und viele weitere Beteiligte haben in den vergangenen Jahrzehnten durch ihr Engagement dem Verband zu dem verholfen, was er heute ist: Bedeutender Impulsgeber in einem der relevantesten Wirtschaftszweige in Bayern. Auch in Zukunft werden wir unsere gemeinsamen Anliegen zur Gestaltung von Lebensräumen für Mensch, Tier und Pflanze nach vorne bringen“, unterstreicht Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern. Die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Jubiläum finden im Rahmen der Mitgliederversammlung im Juni 2024 statt.

Historie

Vor der Gründung des VGL Bayern war der GaLaBau als „Fachgruppe Landschaft“ im Bayerischen Gärtnerei-Verband vertreten. In den Nachkriegsjahren konzentrierte man sich vor allem auf den Wiederaufbau. Was zählte, war die Versorgung der Bevölkerung. Wer einen Garten hatte, zog darin Obst und Gemüse und war weit davon entfernt, an Natursteinterrassen, blühende Staudenbeete und Teichlandschaften zu denken. Dann kamen die Wirtschaftswunderjahre und die Branche gewann stetig an Bedeutung.

Nachdem sich in einer Befragung unter den Landschaftsgärtnern die Mehrheit für eine eigenständige Interessensvertretung ausgesprochen hatte, wurde am 14. Dezember 1963 in Ingolstadt der Fachverband Bayerischer Landschaftsgärtner gegründet. Es war der erste selbstständige Verband der gewerblichen Landschaftsbaufirmen in Westdeutschland der Nachkriegszeit. 1969 erfolgte die Umbenennung in Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern, 1978 in Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern. Die Geschäftsstelle, ursprünglich im Münchner Zentrum, anschließend im Stadtteil Pasing, befindet sich seit 1990 in Gräfelfing, am südwestlichen Stadtrand von München.

Branche wächst und gedeiht

Die Dienstleistungen des GaLaBaus werden seit Jahrzehnten von unterschiedlichen Auftraggebern verstärkt wahrgenommen. So lag der Umsatz in Bayern 2002 noch bei 524 Mio. Euro und kletterte auf knapp 1,4 Mrd. Euro in 2022. Dabei erwirtschaften die im Verband organisierten Mitglieder kontinuierlich den Löwenanteil und repräsentieren damit die leistungsfähigsten Fachfirmen im Freistaat.

Lag der Anteil des Privatgarten-Segments am Gesamtumsatz 2002 noch bei 40 Prozent, ist dieser inzwischen auf rund 60 Prozent angewachsen – gefolgt von der öffentlichen Hand, dem Wohnungsbau, Gewerbetreibenden und der Industrie sowie Generalunternehmern und Sonstigen.

Ausbildung auf hohem Niveau

Wie in vielen anderen Sektoren hat auch die grüne Branche mit einem Mangel an Fachkräften zu kämpfen. Erfreulicherweise beginnen seit geraumer Zeit bayernweit immer mehr junge Menschen eine Ausbildung zum Beruf „Gärtner/in“, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau. 2022 waren es beispielsweise 546 Frauen und Männer. Insgesamt befanden sich damals 1.556 Nachwuchskräfte in einem laufenden Ausbildungsverhältnis. Zwanzig Jahre zuvor waren es noch 992 Auszubildende.

Mit ihrem Berufsabschluss eröffnen sich für die Absolventinnen und Absolventen viele Karrierewege und Perspektiven. Darüber hinaus ist die Ausbildungsbereitschaft der rund 800 bayerischen GaLaBau- Ausbildungsbetriebe ungebrochen. Damit einher gehen attraktive Lerninhalte, die die Unternehmen, Berufsschulen und die überbetriebliche Ausbildung offerieren, sowie hervorragende Jobaussichten mit sinnstiftenden Aufgaben nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss.

Weiterbildung als Garant für Qualität

Die Förderung der Aus- und Fortbildung hat für den VGL Bayern einen besonderen Stellenwert. 1991 erwarb der Verband als Hauptgesellschafter die DEULA Bayern GmbH (Deutsche Lehranstalt für Agrartechnik) am Standort Freising. Hauptauftrag des Berufsbildungszentrums ist die überbetriebliche Ausbildung in den Berufen „Gärtner/in“ und „Landwirt/in“. Abgerundet wird das Leistungsspektrum durch eine Fahrschule und viele Weiterbildungsangebote im Bereich der Golf- und Sportplatzpflege. Die Akademie Landschaftsbau Weihenstephan GmbH, eine Tochtergesellschaft der DEULA Bayern, bietet darüber hinaus seit 1995 zahlreiche Lehrgänge und Fachseminare mit Schwerpunkt GaLaBau. Ergänzt wird das Angebot durch die Landschaftsbau Service Bayern GmbH, ebenfalls eine Tochtergesellschaft des Verbandes und ansässig im „Haus der Landschaft“ in Gräfelfing, mit Schulungen, Kursen, Gruppen- und Studienreisen sowie Fachliteratur.

Zudem unterhält der VGL Bayern intensive Beziehungen zu Berufsschulen, der Hochschule Weihenstepahn-Triesdorf in Freising, der Staatlichen Meister- und Technikerschule für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim bei Würzburg und zur Fachschule für Gartenbau am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn. Die Kooperationen haben auch hier die bestmögliche Qualifikation der Fachkräfte zum Ziel. Außerdem werden durch gemeinsame Vortragsveranstaltungen und Fachkongresse regelmäßig aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft sowie der neueste Stand der Technik vermittelt.

Mitgliederzahlen steigen

Parallel zum Branchenumsatz wuchs auch die Mitgliederzahl des VGL Bayern. Waren es bei der Gründung noch 28 Unternehmer, haben sich inzwischen 665 Mitglieder dem Verband angeschlossen. Dabei ist eine Mitgliedschaft auf gewerbliche Unternehmen beschränkt, erfolgt auf freiwilliger Basis und erfordert einen Fachkundenachweis sowie die Erbringung von Qualitätsnachweisen. Als professioneller Dienstleister geben sie sich mit dem geschützten Signum und dem Zusatz „Ihr Experte für Garten & Landschaft“ zu erkennen. Das Markenlogo bietet Kunden eine Orientierungshilfe bei der Auswahl von fachkundigen und leistungsfähigen Betrieben für die Erstellung und Pflege von landschaftsgärtnerischen Anlagen. 2022 waren bayernweit insgesamt 2.722 Firmen mit rund 18.000 Beschäftigten im GaLaBau tätig. Die überwiegend kleinen bis mittelständischen Unternehmen beschäftigen in der Regel jeweils zwischen drei und 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ❐



Der neue U535 mit Bauhofkollegen. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Noch mehr Leistung für den Mähzug

Auslieferung des Unimog U 535 an den Kreisbauhof Landsberg am Lech

Der Bauhof ist verantwortlich für alle Kreisstraßen und Straßengrundstücke im Landkreis und hat sich jetzt Verstärkung ins Team geholt. Der neue Unimog U535 ersetzt einen in die Jahre gekommenen U500. Ebenfalls zum Mähen und für den Winterdienst nutzt die Kommune zusätzlich einen U 530.

Der neue Unimog verfügt, dank dem OM 936 Motor über eine höhere Motorleistung mit 354 PS (260 kW). Das Getriebe ist leistungsstark und EasyDrive ermöglicht zwischen kraftstoffsparendem Fahren mit Schaltgetriebe und dem hydrostatischen Fahrantrieb zu wechseln. Die Fahrzeugsteuerung ist durch die Komfortlenkung noch ergonomischer, da die benötigte Lenkkraft reduziert wird.

Da der Unimog zum Mähen mit Mulag Geräten eingesetzt wird, ist er bereits ab Werk speziell für diesen Einsatz ausgestattet. Zum Beispiel verfügt er über eine Mähtür und einen Mähsitz für die perfekte Sicht. ❐



Anzinger Bauhofmitarbeiter bei der Übergabe. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Gemeinde Anzing rüstet auf

Kompakter Allrounder für den Ganzjahreseinsatz

Pünktlich zum Start in den Winter liefert die Henne Nutzfahrzeuge GmbH eine neue Flexigo von Aebi Schmidt an die Gemeinde Anzing. Die Kommune hat bereits einen Unimog von Henne und der kompakte Allrounder ist die perfekte Ergänzung. Im ganzjährigen Einsatz soll das komplette Potenzial der multifunktionalen Flexigo 150 ausgeschöpft werden.

Der Geräteträger wird zukünftig zur Grünflächenpflege eingesetzt und soll unter anderem den örtlichen Sportplatz mähen. Dafür hat die ausgelieferte Maschine extra Bereifung welche den Druck variieren kann. Der zusätzliche Hochdruckreiniger kann eingesetzt werden, um beispielsweise Ortschilder zu reinigen. Außerdem wird die Flexigo, mit entsprechenden Anbaugeräten ausgestattet, zum Kehren sowie zur Wildkrautbeseitigung genutzt.

Winterdienst ist dringlichste Aufgabe

Natürlich ist die dringlichste Aufgabe aktuell der Winterdienst. Henne hat daher direkt zur Auslieferung den Streuer von Bucher Municipal und einen Keil-Vario Pflug von Aebi Schmidt auf den Geräteträger aufgebaut. Durch den verstellbaren Pflug kann entsprechend der örtlichen Gegebenheiten flexibel Schnee geräumt werden.

Reduzierte Kosten und Rüstzeiten

Die Flexibilität der Maschine entsteht besonders durch die geringen Umrüstzeiten. Außerdem kann der Saugbehälter der Flexigo bei verschiedenen Arbeiten eingesetzt werden. Damit wird Grünschnitt und Kehrgut aufgesaugt, ohne umzubauen. Das spart Zeit und Geld. Trotz ihrer Größe hat die Flexigo 150 eine beeindruckende Nutzlast von einer Tonne. Die wendige Maschine mit Knick-Gelenk kann aufgrund des geringen Gewichts mit einem Führerschein Klasse B gefahren werden. ❐



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten,Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Sebastian Hartl

Erster Bürgermeister des Marktes Luhe-Wildenau

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete den Markt Luhe-Wildenau. Der Markt besteht aus vierzehn Ortsteilen, hat rund 3.500 Einwohner und liegt im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab in der Oberpfalz.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 2020 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister von Luhe-Wildenau.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war Angestellter bei einer Regionalbank und dort im Bereich Marketing/Online-Management tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es war mir schon immer wichtig, mich für die Interessen meiner Mitmenschen einzusetzen und unsere Heimatgemeinde mitzugestalten bzw. weiterzuentwickeln.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war von 2014 bis 2020 Marktgemeinderatsmitglied und konnte so erste Erfahrungen sammeln. Vor dem Amtsantritt habe ich mich zusätzlich vorbereitet und u.a. mehrere Seminare beim Bayerischen Selbstverwaltungskolleg und der Hanns-Seidel-Stiftung besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wie bei all' meinen Kolleginnen und Kollegen ging es von einer Krise in die nächste. Egal ob Pandemie oder Ukraine-Krieg – hier galt es auf kommunaler Ebene viel zu organisieren und pragmatische Lösungen zu finden. Zudem haben sich in den vergangenen Jahren viele Investitionen angestaut, die dringend angegangen werden müssen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Erweiterung Kinderhäuser, Umbau zur offenen Ganztagsschule, Neubau Feuerwehrgerätehaus, Breitbandausbau, Erweiterung Gewerbegebiet, Schaffung von Wohnraum, Ausbau erneuerbarer Energien, Städtebauförderung, energetische Sanierung kommunaler Gebäude ... Die Liste der Themen ist lang und vielseitig. Zudem arbeiten wir gerade an dem Projekt „Rent a Bauhof", mit dem wir beim Wettbewerb Kommunal?Digital! punkten konnten.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Viele der oben genannten Themen werden uns auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen. Als nächstes steht die Sanierung unserer Kläranlage sowie der Neubau eines Hochbehälters an, was die bereits angespannte Haushaltslage zusätzlich belastet. Es heißt also, trotz Sparkurs den Markt Luhe-Wildenau weiterzuentwickeln.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

*Mit 41 Jahren bezeichne ich mich gern noch selbst als jung und bin tatsächlich noch Mitglied im Netzwerk junger Bürgermeister*innen. Darauf zielt auch mein Ratschlag ab: Vernetzt Euch miteinander, fragt nach und wagt einen Blick über die Gemeindegrenze. Wir alle, egal wie groß die Kommune ist, haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Und für jedes Problem gibt es viele gute Lösungen.*

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Information, Transparenz und Bürgernähe sind mir sehr wichtig. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen wir unter anderem auf Versammlungen, Begehungen, Bürgersprechstunden aber auch auf ein regelmäßig erscheinendes Marktblatt und eine Bürger-App.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sehr viel, denn die Digitalisierung macht auch vor der Kommunalpolitik nicht halt. Neben der Website des Marktes und der Bürger-App nutze ich persönlich Facebook & Instagram um über meine Arbeit als Bürgermeister zu informieren. Zudem erstelle ich regelmäßig Videos um über aktuelle Projekte und die Inhalte der Marktratssitzungen umfassend informieren zu können. Auch wenn wir bereits einige Instrumente im Einsatz haben, wird sich hier in den nächsten Jahren noch viel tun.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

#gemeinsambesser – Mein Motto damals im Wahlkampf und nun in meiner täglichen Arbeit. Es verbindet; im wahrsten Sinne des Wortes. Nur so kann unsere Gemeinde (zusammen-)wachsen. In allen Bereichen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als bürgernaher Bürgermeister, der den Markt Luhe-Wildenau auch in schwierigen Zeiten erfolgreich weiterentwickelt hat und der das Miteinander in der Gemeinde gestärkt hat. ❐

Regiopolregion Mainfranken macht es vor:

Ressourcenschonendes Wirtschaften ist schon heute möglich

Verantwortungsvolle Lieferketten: Chancen und Herausforderungen für Unternehmen lautete das Thema des 9. Nachhaltigkeitssymposiums der Regiopolregion Mainfranken. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirft seine Schatten voraus und Unternehmen nicht nur in Mainfranken werden davon betroffen sein. Regionale Vorreiter berichteten über ihre nachhaltigen Geschäftsmodelle.

Beim 9. Nachhaltigkeitssymposium, das von der Region Mainfranken GmbH im Steigerwaldzentrum veranstaltet wurde, präsentierten regionale Vorzeigeunternehmen ihre Wege des nachhaltigen Lieferkettenmanagements.

Traditionell tauschen sich im Steigerwaldzentrum im Landkreis Schweinfurt Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft einmal jährlich zu Nachhaltigkeitsthemen aus. In diesem Jahr stand das Thema der verantwortungsvollen Lieferketten im Fokus. Hochkarätige Referenten aus der Regiopolregion sowie eines internationalen Sportartikelherstellers waren geladen und gaben Einblicke in ihre Geschäftsmodelle.

Kommunikation ist das A und O

Bettina Roth, Leiterin Qualitätsmanagement & CSR Lieferkette beim Outdoor-Spezialisten VAUDE, erläuterte ausführlich die Firmenphilosophie des mittelständischen Familienunternehmens. Die Unternehmensstrategie orientiert sich stark an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und sorgt dafür, dass die global aufgestellte Zuliefererkette bereits seit 15 Jahren im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz handelt. Durch die frühzeitige Konzentration auf Nachhaltigkeit – unter anderem durch ein eigen geschaffenes Label – ist es VAUDE gelungen, einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

TWINDOW – ein innovatives Fenster aus dem Steigerwald

Mario und Frank Döpfner, Geschäftsführer der Firma Döpfner aus Gerolzhofen stellten ihre Innovation des TWINDOW vor. Damit gelingt es, Holzfenster noch langlebiger zu machen. Indem die Außenseiten des Rahmens gewechselt werden können, übertrifft dieses System ein konventionelles Kunststofffenster aus PVC unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten um ein Vielfaches.

Neben der Produktinnovation gaben Mario und Frank Döpfner Einblicke in ihre Lieferkette: sie setzen schon seit langer Zeit auf „Holz von hier", konkret verzichten sie auf Tropenhölzer und Holz aus sibirischen Wäldern. Stattdessen beziehen sie ihre Rohstoffe aus dem bayerischen Wald, mit dem Vorteil, dass sie auch in Krisenzeiten resilient gegenüber Importen sind.

Die Lösung für IT-Hardware stammt aus Würzburg

Eine spannende Präsentation bot der Start-up-Gründer Fabian Kunzman mit seinem Vortrag, „Wie man Unternehmen dazu bringt zirkulär zu handeln – automatisierte Kreislaufwirtschaft für Elektrogeräte". Circable verspricht den volldigitalisierten Prozess, um ausgedienter IT-Hardware ein zweites Leben einzuhauchen. Mittels der entwickelten Plattform gelingt es, Laptops, Smartphones und PC´s wieder in den Kreislauf zu bringen und damit einen erheblichen Teil an Elektroschrott einzusparen. Darüber hinaus lässt sich die Lieferkette – zumindest für den zweiten Lebenszyklus – komplett nachvollziehen. Dank der Automatisierung ist dieses System auch für kleine und mittlere Unternehmen attraktiv.

CSR im Gespräch: 5 Jahre erfolgreiche Partnerschaft

Die abschließende Diskussion mit Dr. Sascha Genders, Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt, und Ludwig Paul, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Unterfranken, zeigte auf, dass man im Verbund – hier ist insbesondere das mainfränkische CSR-Netzwerk zu nennen – einen Teil zum regionalen nachhaltigen Wirtschaften leisten kann. Beide unterstrichen in ihrer Argumentation die Notwendigkeit und Relevanz von CSR in der heutigen Geschäftswelt und regten dazu an, über die bloße Einhaltung von Standards hinauszugehen, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft und die Umwelt auszuüben.

Kompetenzfeld Energie & Umwelt

Die Regiopolregion Mainfranken bietet mit dem Kompetenzfeld Energie & Umwelt, das sich aus zahlreichen Weltmarktführern, Hidden Champions und Forschungsinstituten zusammensetzt, enormes Potenzial, wenn es darum geht, ressourcenschonend zu handeln. Mit etwa 10.000 Beschäftigten in diesem Zukunftsfeld verfügt das Kompetenzfeld über exzellentes Know-How.

Weitere Informationen zur Region Mainfranken GmbH

Als Trägerplattform der Regiopolregion Mainfranken und Regionalentwicklungsgesellschaft der mainfränkischen Landkreise, der kreisfreien Städte Würzburg und Schweinfurt sowie der Wirtschaftskammern bündelt die Region Mainfranken GmbH die regionalen Kräfte in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zur Positionierung Mainfrankens im nationalen und internationalen Standortwettbewerb. Durch zielorientiertes Standortmarketing wird Mainfranken für potenzielle Fachkräfte, Investoren und Interessenten sichtbar.

Die Gesellschafter der Region Mainfranken GmbH sind neben den beiden kreisfreien Städten Würzburg und Schweinfurt die sieben mainfränkischen Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg sowie die IHK Würzburg-Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken. ❐

Regionaler Planungsverband München (RPV):

22 Vorranggebiete Windenergie vorgesehen

RPV unterbreitet Vorschläge für konkrete Vorrangflächen in der Region München

Der Regionale Planungsverband München (RPV) beschließt den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept zur Windenergienutzung in der Region München.

Die Sitzung fand in Oberhaching statt. Der RPV schlägt in diesem ersten Schritt 22 Vorranggebiete vor. Diese liegen über alle Landkreise verteilt und haben in Summe eine Fläche von knapp 127 Quadratkilometern, was 2,3 Prozent der Regionsfläche entspricht. Ziel ist es, ein ausgewogenes Gesamtkonzept für die Region zu erstellen. Mit dem Beschluss startet ein Vorabbeteiligungsverfahren mit den RPV-Mitgliedern und Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Steuerungskonzepts Windenergie.

RPV- Geschäftsführer Marc Wißmann und der Regionsbeauftragte der Regierung von Oberbayern Thomas Bläser stellten den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept Windenergie auf der Sitzung vor. Hauptbestandteil sind 22 Vorranggebiete Windenergie in der Region München. Auswahl und Zuschnitt der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erfolgen anhand verschiedener Abwägungskriterien, die öffentliche und private Belange berücksichtigen. Planungen und Wünsche der Verbandsmitglieder sind eingeflossen.

„Wir wollen ein regional schlüssiges und ausgewogenes Gesamtkonzept zur Windenergie erarbeiten. Es ist geprägt von der Leitidee, Windenergieanlagen auf zusammenhängenden Flächen zu konzentrieren, die sich mit Landschaften abwechseln, die keine Infrastrukturen für Windenergie aufweisen. Mit Blick auf das Landschaftsbild, die vorhandene Siedlungsdichte und die unterschiedliche Verteilung von potenziellen Suchflächen in unserer Region ist das eine sehr große Herausforderung", erklärt Wißmann. „Dennoch ist es uns mit unserem Vorschlag gelungen, Vorranggebiete zu definieren, die über alle Landkreise verteilt sind – allerdings mit sehr unterschiedlichen Flächenpotenzialen", führt Wißmann weiter aus.

Räumliches Konzept

Basis für den Vorabentwurf ist die Suchraumkulisse der Region München mit für Windenergie grundsätzlich geeigneten Flächen, die der RPV im September präsentierte. Diese Flächen sind ungleich über die Region verteilt: im Norden sind es viele kleine, mit teils großen Lücken, insbesondere bedingt durch Flughafen, militärische Belange und kleinteilige Siedlungsstrukturen; im Süden sind es überwiegend große Waldgebiete. Daher teilt der RPV die Flächen in einen nördlichen und einen südlichen Bereich.

Wichtig ist die Blickbeziehung in die Alpen

Im Süden werden Großstrukturen mit einem Abstand untereinander von mindestens 15 Kilometern ausgewiesen. Hier sind teilweise bereits Windenergieanlagen vorhanden. Von Westen nach Osten gibt es fünf große Ausweisungen mit insgesamt sechs Vorranggebieten: Denklinger Forst, Riederau (westlich vom Ammersee), Forstenrieder Park und Berg (bilden ein Cluster), Hofoldinger Forst und Ebersberger Forst. „Wichtig ist die Blickbeziehung aus dem Stadtgebiet München und den angrenzenden Gemeinden in die Alpen. Wir möchten auf diesen fünf großen Flächen nicht klotzen, sondern die Windenergienutzung für Mensch und Natur verträglich gestalten. Daher sind auch dort nicht die gesamten Potenziale ausgewiesen," betont Wißmann. „Im Norden gestaltet sich die Umsetzung kleinteiliger, da die Suchräume stark zersplittert sind. Dörfer und Weiler prägen den Raum, und es gibt keine großen Waldgebiete", so Wißmann weiter. Die Kleinstrukturen im Norden werden zu Clustern mit Abständen untereinander von möglichst mindestens fünf Kilometern gebündelt, bestehende Windparks inklusive. Durch die Cluster entstehen 16 Vorranggebiete.

Abwägungskriterien

Um Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Windenergie zu definieren, berücksichtigt der RPV in einem Abwägungsprozess verschiedene Kriterien, wie etwa das Landschaftsbild, die Ästhetik und die Wohnsituation der Menschen. Ziel ist, das Landschaftsbild behutsam weiterzuentwickeln und eine Zersiedelung der Landschaft und Umzingelung der Dörfer durch Windenergieanlagen zu vermeiden. Daher gilt es, Windenergie auf ausgewählte Flächen zu konzentrieren, Abstände und größere Freiräume zu wahren und Blickbeziehungen auf die Alpen und die Landschaft zu beachten.

Zudem fließen Aspekte der Energiegewinnung, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Schutz von Natur, Arten und Trinkwasser mit ein. Lokale Interessen, kommunale Planungen der Mitgliedskommunen und regionale Entwicklungsziele gehören ebenfalls dazu.

Ablauf und Zeitplan

Nach dem Beschluss des Vorabentwurfs zum Steuerungskonzept Windenergienutzung startet der RPV die informelle Vorabbeteiligung mit den RPV-Mitgliedern, den an die Region München angrenzenden Regionalen Planungsverbänden und wichtigen Trägern öffentlicher Belange im ersten Quartal 2024. Innerhalb von acht Wochen können diese dann zu den im Vorabentwurf aufgezeigten Vorschlägen Stellung nehmen. RPV-Geschäftsführer und Regionsbeauftragter werten die Rückläufe aus und erarbeiten einen neuen Entwurf. Mit dem Beschluss des Steuerungskonzepts, vorgesehen für das zweite Quartal 2024, beginnt das formale Beteiligungsverfahren mit bis zu zwei Anhörungen bis Ende 2025. Für Anfang 2026 hat der RPV den Beschluss zur Änderung des Regionalplans geplant; mit dessen verbindlicher Klärung erreicht er sein erstes Teilflächenziel von mindestens 1,1 Prozent der Regionsfläche.

Gesetzliche Regelung

Bis spätestens Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Windenergiegebiet gemäß Windenergiebedarfsflächengesetz (WindBG) festgelegt haben. Das sind knapp 61 Quadratkilometer. Bis spätestens Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen. Die Ausweisung regionaler Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie regelt der Freistaat Bayern im Landesentwicklungsprogramm (LEP). Dessen Novellierung trat am 1. Juni 2023 in Kraft und bildet für den RPV die rechtliche Grundlage, den Regionalplan für Windenergie fortzuschreiben.

Der Regionale Planungsverband München (RPV) ist der gesetzlich vorgesehene Zusammenschluss der Kommunen in der Planungsregion München: der 185 Gemeinden, acht Landkreise und der Landeshauptstadt München. Er ist Träger der Regionalplanung, beschließt über den Regionalplan sowie dessen Änderung und stimmt dabei die Interessen der Verbandsmitglieder ab. Die wichtigsten Themen sind: Siedlung und Freiraum, Verkehr sowie Wirtschaft. Die regionalen Interessen macht er bei raumwirksamen Projekten und Fachplanungen geltend. Auch bei Fortschreibungen des Landesentwicklungsprogramms wird er beteiligt. Weitere Informationen zum RPV sind zu finden unter www.region-muenchen.com. ❐



Gruppenfoto aller Urkundenträger. v.l.: Marco Stickel, Dieter Gornich, Regierungspräsident Florian Luderschmid, Karin Retsch, André Vogel, Werner Knoth, Azad Shekho, Angelika Geyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub Bild: Stephanie Bleuse, Regierung von Oberfranken

Oberfränkischer Integrationspreis 2023:

Miteinander leben, voneinander lernen

Die Projekte „BRK-Deutsch-Lernhilfegruppe Redwitz an der Rodach“, „Begegnungscafé Dialog“, „Flüchtlingshilfe Thurnau“ und „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ sind in Bayreuth vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub und von Regierungspräsident Florian Luderschmid mit dem oberfränkischen Integrationspreis 2023 ausgezeichnet worden. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 7.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung.

Die BRK- Deutsch- Lernhilfegruppe Redwitz an der Rodach wurde 2015 gegründet, als im Zuge der Flüchtlingswelle mehr als 60 Asylbewerber aus den Herkunftsländern Afghanistan, Irak, Pakistan und Syrien nach Redwitz kamen. Schnell sei den Verantwortlichen vor Ort klar gewesen, dass die Neubürger nachhaltig unterstützt werden mussten, damit ihre Integration in die Gesellschaft gelingt, betonte Regierungspräsident Luderschmid in seiner Laudatio. Unabdingbare Voraussetzung hierfür sei das Erlernen der deutschen Sprache. Der Preisträger habe dafür die Grundlagen geschaffen und mit Erfolg dreimal wöchentlich einen 90-minütigen Deutschkurs mit angeboten.

Weitere Herausforderungen durch Ukraine-Krieg

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine seien weitere Herausforderungen auf die Verantwortlichen zugekommen. Innerhalb kürzester Zeit seien mehr als 40 ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Gemeinde Redwitz untergebracht worden. Auch um diesen Personenkreis habe sich die Deutsch- Lernhilfegruppe Redwitz intensiv gekümmert. Insgesamt seien rund 600 Stunden ehrenamtliche Hilfe geleistet worden. Aktuell werde seit Anfang Juli zweimal wöchentlich für ca. 30 Asylsuchende aus Syrien, Russland und Belarus Deutschunterricht erteilt.

Kostenloser Fahrdienst

Ende 2018 wurde das „Begegnungscafé Dialog“ der Evangelisch- Lutherischen Kirchengemeinde Burgkunstadt eröffnet. Verantwortlich für den Betrieb des Cafés sind zwölf Personen, die je zur Hälfte aus Einheimischen und Migranten bestehen. Das Café ist derzeit einmal wöchentlich geöffnet. Es kommen regelmäßig 40 Besucher, davon ca. 25 bis 30 Prozent aus der einheimischen Bevölkerung. Für nicht mobile Besucher wurde ein kostenloser Fahrdienst mit dem Gemeindebus eingerichtet.

Zu den zahlreichen Aktivitäten, die dort entfaltet werden, zählen u. a. Spielangebote, die Vermittlung wichtiger Informationen zur deutschen Kultur, und die Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Probleme. Ehrenamtliche Übersetzer und Flüchtlinge unterstützen bei der Abfassung von Bewerbungsschreiben. Bei Arztterminen und Behördengängen erfolgt auf Wunsch auch eine Begleitung durch Laiendolmetscher. Darüber hinaus werden Deutschkurse bzw. Einzelunterricht für Analphabeten ebenso angeboten wie ein Nachhilfeunterricht für Kinder.

Engagement für die Kommune

Besondere Erwähnung bedarf Luderschmid zufolge auch die Tatsache, dass die Flüchtlinge ebenfalls ihren Beitrag zu einer gelingenden Integration geleistet haben. So wurden in einer gemeinsamen Aktion mit Einheimischen während der Corona-Pandemie in einer Schneiderwerkstatt insgesamt 10.000 Masken genäht und kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Die Flüchtlinge engagieren sich auch für die Kommune, in dem Spielgeräte für den Kindergarten gefertigt und Bierbänke wiederaufbereitet werden.

Der Mietführerschein

Gemeinsam mit dem Landratsamt Lichtenfels haben zudem insgesamt 80 Flüchtlinge den sog. Mietführerschein erworben, was mit der Aushändigung eines entsprechenden Zertifikats bestätigt wurde.

Hierbei wurden u. a. Grundlagen zur Mülltrennung sowie zum Energiesparen vermittelt und auch praktische Hinweise für die Bewerbung um eine Wohnung erteilt. Sofern eine eigene Wohnung gefunden ist, werden die künftigen Mieter bei den Umzügen unterstützt und aus dem vorhandenen Sammellager mit Möbeln für die Erstausstattung beliefert. Einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet auch die Fahrradwerkstatt, in der ein ukrainischer Kriegsflüchtling die Drahtesel wieder auf Vordermann bringt.

Unterstützung in allen Lebenslagen

Die Flüchtlingshilfe Thurnau hat sich im Jahre 2016 in Folge des starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen gegründet. Seitdem werden die Asylsuchenden in allen Lebenslagen unterstützt. Zu nennen ist hier die Beratung bei Behördenschreiben, die Begleitung zu den Anhörungen beim BAMF und zu Gerichtsverhandlungen.

Wohnungssuche und Einschulung im Vordergrund

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine kamen auf die Flüchtlingshilfe Thurnau neue Herausforderungen zu. In Abstimmung mit der Kommune fanden im Gemeindezentrum regelmäßige Treffen statt, an denen bis zu 30 ukrainische Kriegsflüchtlinge teilgenommen haben.

Hier wurden wichtige Hilfestellungen gegeben, um das Leben in einem neuen Land meistern zu können.

Im Vordergrund standen auch hier die Wohnungssuche und die Einschulung für die Kinder. Dank des Einsatzes des Helferkreises ist es gelungen, für alle ukrainischen Kriegsflüchtlinge privaten Wohnraum zu finden.

Einheimische und Migranten gemeinsam

Das Projekt „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ der VHS Hofer Land ermöglicht den Mitgliedern der Theatergruppe und ihrem Publikum eigene kulturelle Erfahrungen zu teilen, Vielfalt zu erleben und damit einen intensiven interkulturellen Austausch in Gang zu bringen. In dem Stück „Die Quelle“, das eigens von Marco Stickel vom Theater Hof geschrieben wurde, finden zwei junge Menschen aus grundverschiedenen Welten gegen den Widerstand ihrer Familien zueinander, überwinden Vorurteile und die Angst vor Fremden.

Über einen Zeitraum von 15 Monaten trafen sich jeweils einmal wöchentlich Einheimische sowie Migrantinnen und Migranten, um das Stück einzuüben. Nach der erfolgreichen Premiere an der VHS Hofer Land fanden vier weitere Aufführungen, u.a. auf der Seebühne in Lichtenberg statt. Insgesamt verzeichnete man 350 Zuschauer. **DK**

GZ PINOS WELT



Wenn zwei das Gleiche tun, ist es oftmals nicht dasselbe. Ein schöner Kalenderspruch, dessen Richtigkeit sich dieser Tage zeigt, wenn man das Echo auf die Bauernproteste in einigen Medien und der Bundesregierung hört und dies mit den Reaktionen auf die ‚Klimaaktionen‘ derer, die sich als ‚Letzte Generation‘ bezeichnen, vergleicht.

Die Klimakleber und Kulturstättenbesudler der Letzten Generation gelten ja vielen Intellektuellen, Kunstschaffenden und Medienleuten als aufrechte Aktivist:innen, die in einem verzweifelten Kampf gegen die Erderwärmung zivilen Ungehorsam leisten, indem sie sich an Straßen kleben oder Kulturgüter mit oranger Farbe verunzieren. Die Bauern, die jetzt etwas mehr als eine Woche gegen die von der Bundesregierung gewohnt überfallartig verfügte Einkommenskürzung durch Streichung von fest eingeplanten Zuschüssen protestieren, werden da-

Die Koalition der Frühaufsteher

gegen von vielen in eine rechte Schmuddelecke gedrängt, da durch sie etwas in diesem Land „ins Rutschen“ käme. Gegnerschaft zur Regierungspolitik als Tatbestand der Majestätsbeleidigung, der mit Stigmatisierung bestraft wird.

Interessant ist, dass das von den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande wohl etwas anders gesehen wird. Als die Traktoren und Schlepper bei uns in der Stadt ihre Kreise zogen (angekündigt und hoch diszipliniert), da standen die Leute am Straßenrand und winkten, obwohl der Lärm der Signalhörner schon extrem unangenehm war und der Verkehr natürlich behindert wurde. Doch es fuhren noch andere mit: Transportunternehmer etwa, die kalt durch die höheren CO2-Abgaben und neue Formen der LKW-Maut erwischt wurden. Handwerker, deren Tage mittlerweile immer öfter so ausschauen, dass nach acht Stunden Arbeit beim Kunden oder in der Werkstatt noch vier Stunden im Büro für irgendeinen Bürokratieklimbim abzusitzen sind.

Der Bürgermeister, der so freundlich ist, mich als Dank für meine bloße Anwesenheit auf Erden durchzufüttern, nennt das die „Koalition der Frühaufsteher“, nämlich derer, die sich für ihren Lebensunterhalt noch immer krummlegen und damit auch für unser aller Wohlstand und Wohlergehen sorgen. Ja, unser Wohlergehen liegt in der Hand dieser typischen, aber nicht überall geschätzten Mittelschicht. Denn auch der Hafer, der in der milchartigen Flüssigkeit verarbeitet ist, mit dem Hipster ihren Kaffee zu pantschen pflegen, musste einmal von einem Bauern ausgesät, gepflegt und geerntet werden.

Kein Wunder, dass sich andere, die sich auch in der Kunst der Eigenverantwortung üben, mit dieser Koalition der Frühaufsteher identifizieren können. In Befragungen geben bis zu 80 Prozent an, Verständnis für den Bauernprotest zu haben. Sog. Klimaproteste akzeptiert dagegen nur eine Minderheit. Das mag einerseits daran liegen, weil die Bauern zwar Straßen blockieren, aber z.B. bei Notfalleinsätzen für Rettungswagen oder die Feuerwehr diese wieder räumen, während allein in Berlin je nach Zählweise zwei oder drei Unfallopfer verstarben, weil Rettungskräfte wegen Klimablockaden ausweglos im Stau standen.

Zudem sind die Ziele der Bauern, Handwerker und Spediteure klar nachvollziehbar: Weniger Belastung der eigenen Leistung, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. OK, der Klimawandel ist real, aber er wird nicht dadurch verhindert, dass die Deutschen sich in Erdlöcher zurückziehen, nur mehr zu Fuß gehen und allesamt Veganer werden, solange Indien, China und Südafrika wie blöde Kohle verbrennen, Brasilien den Amazonas abholzt und Russland einen alles andere als CO2-neutralen Angriffskrieg führt (um nur mal die antiwestlichen BRICS-Staaten zu beleuchten).

Im Ergebnis stehen die derzeitigen Protestbewegungen symbolisch auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satthaben, ständig von ersteren belehrt zu werden, wie man sich zu ernähren, zu kleiden, zu benehmen, wie man zu sprechen und welche Ansichten man zu vertreten habe.

Ist die Spaltung neu? Nein, Kanzler Schröder hat schon vor gut 15 Jahren in Vilshofen gesagt: „Ihr (Bauern) habt zu 85 Prozent CSU gewählt. Ändert das. Dann wird’s besser für euch.“

Ihr Pino

Landkreis München:

Migration gestalten, Teilhabe fördern, Zusammenhalt sichern

Austausch zwischen Ehrenamtskoordination und Helferkreisen

Anfang Dezember hat die Ehrenamtskoordination des Landratsamts München Vertreter der ehrenamtlichen Helferkreise im Landkreis München zu einer Fachtagung in die Evangelische Akademie in Tutzing eingeladen.

Das zentrale Thema war Migration, einschließlich ihrer Chancen und Herausforderungen. Die 86 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten durch Impulsvorträge, Podiumsgespräche und Workshops neue Ansätze und Ideen für ihre tägliche Arbeit. Die Tagung bot nicht nur ein informatives Tagesprogramm, sondern auch die Gelegenheit zur Besinnung, zum Kräftesammeln und zum besseren Kennenlernen untereinander.

Mit Starnberger Unterstützung

Fast alle Helferkreise der Gemeinden im Landkreis München waren vertreten. Um Synergieeffekte zu fördern, waren auch ehrenamtliche Helfer aus dem Landkreis Starnberg eingeladen.

Die vielfältigen Themen wurden von verschiedenen Referenten aus Politik, Gesellschaft und Religion präsentiert, wobei der Fokus stets auf der Zuwanderung im Allgemeinen lag. Die Diskussionen gaben nicht nur konkrete Einblicke, sondern boten auch einen Ausblick auf kommende Entwicklungen in der Migrationspolitik.

Austausch und Begegnungen

Austausch und Begegnungen erwiesen sich als besonders wertvoll für die Ehrenamtlichen, die zwar durch ihre gemeinsame Aufgabe verbunden sind, aber je nach Gemeinde und Helferkreis unterschiedlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Die Fachtagung förderte den Austausch von Ideen, Impulsen und Anregungen für ihr Engagement.

Thomas Zimmermann, Ehrenamtskoordinator des Landkreises München und Veranstalter der Fachtagung, zog eine positive Bilanz: „Die Resonanz war durchweg fantastisch! Ich bin überzeugt, dass die zwei Tage in der Akademie für alle Beteiligten einen großen Gewinn darstellen und dazu beitragen, etwas Klarheit in den momentan lauten medialen Kontext rund um die Themen Asyl, Migration und Integration zu bringen.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Nachwuchs für die Feuerwehr:

Stadt München geht neue Wege

München plant neue Ausbildungsgänge für den feuerwehrtechnischen Dienst. Das hat der Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats gemeinsam mit dem Bildungsausschuss beschlossen. In enger Kooperation mit der Münchner Berufsfeuerwehr soll das Referat für Bildung und Sport dafür zwei städtische Berufsfachschulen gründen. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu den derzeit in Erarbeitung befindlichen Satzungen. An der Berufsfachschule für das Feuerwehrhandwerk sollen sich zukünftig handwerklich-technische Einsatzkräfte qualifizieren können, an der Berufsfachschule für Leitstellenwesen sogenannte Leitstellen-Disponenten.

Die neu zu gründenden Berufsfachschulen stellen eine Ergänzung zu den bestehenden Ausbildungsangeboten der Münchner Berufsfeuerwehr dar. Wesentlicher Unterschied ist, dass der Zugang zu den Berufsfachschulen ohne vorherige Berufsausbildung möglich sein wird. Dadurch können Schüler unmittelbar nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung bei der Feuerwehr beginnen. Die Stadt München will damit das Feld potenzieller Nachwuchskräfte für den Feuerwehrdienst signifikant erweitern.

Bürgermeister Dominik Krause: „Die Münchner*innen können sich auf ihre Feuerwehr verlassen, denn sie ist immer zur Stelle, wenn Hilfe benötigt wird. Allerdings greift der Fachkräftemangel in allen Bereichen um sich. Durch vorausschauendes Handeln sorgen wir dafür, dass unsere Berufsfeuerwehr personell weiterhin gut aufgestellt bleibt. Wir machen unsere Feuerwehr damit fit für die Zukunft. Die beiden neuen Berufsfachschulen sind eine wichtige Investition in die Sicherheit Münchens.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Der Dienst in der Feuerwehr ist ein Job für Macher*innen. Durch unsere neuen Ausbildungsangebote werden sich jetzt noch mehr junge Menschen dafür qualifizieren können. Gemeinsam mit der Branddirektion gehen wir neue Wege für ein sicheres München, darüber freue ich mich sehr.“

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3/2024, die am 1. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunaler Bau, Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze, Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalschutz**
- **Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar**
- **Freizeitanlagen, Tourismus**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser/Abwasser**

Fit für die Zukunft

Die für die Feuerwehr zuständige Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl: „Eine Stadt, die sicher ist, braucht eine gut ausgebildete Feuerwehr. Mit diesen spezialisierten Ausbildungsgängen öffnen wir nun die Tore der Feuerwachen für eine neue Generation von Fachkräften, die mit fundiertem Wissen und praktischen Fähigkeiten direkt in den Feuerwehrdienst einsteigen können. Das wird langfristig zur Sicherheit und zum Wohlergehen unserer Stadt beitragen.“

Münchner Feuerwehr hat hohen Personalbedarf

Die Münchner Feuerwehr ist deutschlandweit die größte kommunale Berufsfeuerwehr. Sie beschäftigt derzeit mehr als 1.700 feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamten. Auch die Integrierte Leitstelle (ILS) München gehört zu den bundesweit größten. Qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, ist in beiden Kernbereichen eine Herausforderung.

Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion: „Die tägliche Arbeit der Feuerwehr ist schon seit jeher vom Zupacken geprägt. Bisher mussten daher die Feuerwehrleute einen technischen Ausbildungsberuf mitbringen. Mit einer spezialisierten Berufsausbildung können wir erstmals Schulabgänger*innen eine eigenständige Ausbildung zur Feuerwehr-Fachkraft anbieten. Gleichzeitig sind durch die fortschreitende Digitalisierung die Koordination und Steuerung unserer über 350.000 Einsätze pro Jahr nur noch durch Spezialist*innen zu leisten. Auch hier freue ich mich, eine Berufsausbildung zur Disponent*in in unserer Integrierten Leitstelle anbieten zu können.“

Berufsfachschulen für den Feuerwehrdienst

Geplant ist, die Auszubildenden der neuen Ausbildungsgänge als Dienstanfänger bei der Branddirektion zu beschäftigen. Für die Vermittlung der schulischen Inhalte werden die neu gegründeten Berufsfachschulen verantwortlich sein, für die praktischen Inhalte die Branddirektion. Die neuen Berufsfachschulen werden dafür mehrheitlich mit Fachlehrern von anderen städtischen beruflichen Schulen zusammenarbeiten. Nach erfolgreichem Abschluss können sich die Schüler für die Beamtenlaufbahn bei der Stadt München bewerben, in den Vorbereitungsdient berufen lassen oder eine angestellte Tätigkeit im öffentlichen Dienst wählen. Die neuen Ausbildungen sollen erstmals im Ausbildungsjahr 2025/26 starten. ❐



„Einen guten Rutsch ins Neue Jahr!“

Kaminkehrer und Landrat wünschen den Menschen im Landkreis Regen viel Gesundheit und Glück für 2024

Kaminkehrer gelten seit dem Mittelalter als Glücksboten zu Silvester und Neujahr. Am Landratsamt kam gleich ein ganzes Dutzend vorbei, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises viel Glück für 2024 zu bringen.

„Dieser jährliche Besuch der Kaminkehrer am Landratsamt ist nicht nur seit vielen Jahren Tradition, sondern einfach ein gutes Zeichen, mit dem das kommende Jahr unter einen guten Stern gestellt wird“, so Landrat Dr. Ronny Raith zu den Schornsteinfegern, die ihm noch zur Wahl gratulierten und mit einem kleinen Kaminkehrer aus Glas Glück und Erfolg im neuen Jahr wünschten. „Vergelt’s Gott und schön, dass ihr da seid. Ihr seid uns als Glücksboten stets herzlich willkommen“, freute sich der Landrat.
Zwölf Glücksboten besuchen das Landratsamt Regen: V.l.: Michael Wisnet, Max Pinzl, Andreas Plötz, Werner Rankl jun., Werner Rankl sen., Wendelin Wisnet, Landrat Dr. Ronny Raith, Michael Bauer, Josef Pinzl, Thomas Schäfer, Manuel Ertl, Matthias Ebner und Alois Pinzl. Foto: Iris Gehard / Landratsamt Regen

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. Februar 2024 | 74. Jahrgang | Nummer 3

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

„Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Unter dem Motto „Freiheit, Werte, Zukunft – für ein starkes Bayern im Herzen Europas“ erörterte die CSU-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer traditionellen Winterklausurtagung in Kloster Banz wichtige Zukunftsfragen mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wie Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek konstatierte, „haben wir eine lebendige und geschlossene Fraktion erlebt. Es ist ein neuer Teamgeist, ein frischer Wind spürbar und die Agenda heißt: Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Mit Gernot Döllner, Vorsitzender des Vorstands der AUDI AG, tauschte sich die Fraktion darüber aus, wie der Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft gemacht werden kann. In der Resolution „Für eine starke und stabile Wirtschaft: Wir machen den Unterschied“ skizzierten die Abgeordneten die Weichen dafür, dass in Bayern auch weiterhin die besten Standortbedingungen vorherrschen und kündigten Investitionen in Innovationen, Fachkräfte und die künftige Energieversorgung an.

wehr, erläuterte dem Fraktionsvorstand die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und die Bundeswehr. Mit dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama sprachen die Abgeordneten u.a. über Lösungen für die Migrationskrise und wie wichtig durchgreifendes Handeln ist. Darüber hinaus empfingen sie über 300 Landwirte aus der Region sowie den Vorsitzenden des Bayerischen Bauernverbandes, Günther Felßner, und den Vorstand

(Fortsetzung auf Seite 4)

15-Punkte-Plan zu künftigen Krankenhausstandorten

Wie der Krankenhausstandort der Zukunft aussehen soll, darüber diskutierte die Fraktion mit Thomas Lemke, Vorsitzender des Vorstands der Sana Kliniken AG und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern und Christina Leinhos, stellvertretende Geschäftsführerin der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.

Mit der Resolution „Patientenorientiert, bedarfsgerecht und wohnortnah: Souveräne Krankenhausplanung und solide Krankenhausfinanzierung für Bayern! Kalten Strukturwandel stoppen!“ setzte die Fraktion ein deutliches Zeichen: Stationäre Versorgung darf auch künftig kein Privileg der Metropolen sein. Dafür wurde in der Resolution ein 15-Punkte-Plan zur Krankenhausversorgung im ländlichen Raum vorgelegt.

General Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundes-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Glauber: Postfilialen in der Fläche erhalten

Kommunen brauchen Mitspracherecht bei automatisierten Poststationen

Das Bayerische Verbraucherschutzministerium setzt sich für den Erhalt von Postfilialen mit Personal in der Fläche ein. Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Digitalisierung ist gut und wichtig. Allerdings darf die Digitalisierung nicht zu Lasten von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gehen.“

Digitalisierung sollte ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie einen echten Mehrwert bedeutet. Postdienstleistungen gehören zur Daseinsvorsorge. Es gibt Menschen, die auf eine persönliche Beratung und Unterstützung beim Versand von Paketen und Briefen angewiesen sind. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Gerade im ländlichen Raum sind die Wege zur nächsten Postfiliale oftmals weiter entfernt. Deshalb muss sichergestellt sein, dass Postfilialen in der Fläche bei Bedarf weiterhin mit Personal betrieben werden. Die Kommunen kennen die Situation vor Ort am besten. Deshalb brauchen sie ein echtes Mitspracherecht vor der Einführung von automatisierten Poststationen“, so der Minister weiter.

Die Bundesregierung sieht in ihrem Entwurf zur Modernisierung des Postrechts vor, dass personalbetriebene Postfilialen unter bestimmten Voraussetzungen durch automatisierte Poststationen ersetzt werden können. Das Gesetz bedarf der Zustimmung durch den Bundesrat. Das Bayerische Verbraucherschutzministerium hat bereits einen entsprechenden Änderungsantrag im Bundesratsverfahren dazu eingebracht. ❐

Sitzung des bayerischen Kabinetts:

Masterplan für eine Asylwende

Bayern will mit mehreren Bundesratsinitiativen eine schon seit langem geforderte Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik erreichen. „Deutschland braucht eine Asylwende“, erklärte Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Man sage Ja zur Menschlichkeit, aber entschlossen Nein zu einer unkontrollierten Zuwanderung. Es brauche eine Integrationsgrenze, ergänzte Söder. Innenminister Joachim Herrmann zufolge muss sich diese Grenze am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientieren, etwa was Schulen und Kitas angeht. „Die Asylbewerberzahlen müssen wieder deutlich sinken.“

Damit der Migrationsdruck spürbar abnimmt, seien nun rasch zentrale Weichenstellungen durch den Bund und eine grundlegende Wende in der Asylpolitik erforderlich. Die Staatsregierung ruft die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Länder und Kommunen nachhaltig zu entlasten:

Maßnahmenkatalog

1. Änderung des Asylrechts: Deutschland kann seiner humanitären Verantwortung nur dann weiterhin gerecht werden, wenn seine begrenzten Ressourcen zielgerichtet für die Menschen eingesetzt werden, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Deshalb fordert die Staatsregierung entsprechende Rechtsänderungen, damit der nationale Gesetzgeber mehr Spielraum erhält. Statt in Deutschland bei internationalen Krisen individuell und unbegrenzt Schutz zu gewähren, könnte man künftig mit festen Aufnahmezusagen der EU arbeiten. Zudem wird die Bundesregierung aufgerufen, die Spielräume zu nutzen, um mehr Straftäter von einem Schutzstatus auszuschließen.

2. Konsequenter Grenzschutz: Nach Zahlen des Bundes kommen rund zwei Drittel der Asylbewerber nach Deutschland, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein. Mit dem Entschließungsantrag fordert die Staatsregierung die Bundesregierung auf, die Grenzkontrollen lageabhängig fortzusetzen und Zurückweisungen an der Binnengrenze auch dann nicht auszuschließen, wenn an der Grenze ein Asylgesuch geäußert wird.

3. Bessere Unterstützung bei der Rückführung abgelehnter Asylsuchender: Die Bundesregierung soll zentrale Bundesausreisezentren an den großen deutschen Flughäfen errichten. Ein Untertauchen der Bewohner könnte so erschwert werden und durch die viel frühere

Fortsetzung auf Seite 4)

„Mehr Geld ins System“

Kommunales Spitzengespräch mit Bundesminister Lauterbach zur Finanzsituation der Krankenhäuser

Die Krankenhausstrukturen in Deutschland müssen dringend reformiert werden. Sie leiden zu häufig unter Defiziten, Personalmangel und fehlender Bettenauslastung. Darin stimmten die Kommunalen Spitzenverbände und die Verwaltungsspitzen mehrerer Städte und Kommunen bei einem Treffen mit Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach in Berlin überein. Allerdings zeigte sich einmal mehr, dass die Reformpläne der Bundesregierung für die kommunale Ebene unzureichend und zu zögerlich sind.

Wie Lauterbach ausführte, müsse das Transparenzgesetz am 2. Februar im Bundesrat beschlossen werden, andernfalls drohe mehr als hundert Krankenhäusern die Insolvenz. Mit dem Gesetz könnten sie bundesweit eine Liquiditätsspritze von 6 Mrd. Euro erhalten. Auch wäre die zusätzliche bessere Finanzierung von Personalkosten möglich. Zudem bekämen Patienten einen Überblick, welche Klinik welche Leistungen mit welcher Qualität anbietet. Das Transparenzgesetz schaffe Zeit und Voraussetzung dafür, den Entwurf für die eigentliche Krankenhausreform, die derzeit mit den Ländern erarbeitet werde, noch im Februar als Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Bund ist in der Pflicht

DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl wies darauf hin, dass der Bund in der Pflicht sei, die fehlende Liquidität bei den Krankenhäusern auszugleichen. Andernfalls würde man jetzt in einen kalten Strukturwandel hineinlaufen, der am Ende sehr viel teurer werde. Die Finanzsituation der Krankenhäuser dürfe kein poli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Keine Einsparungen bei Jobcentern

Die Städte warnen davor, bei den Jobcentern und Arbeitsagenturen Milliarden für Qualifikation und Weiterbildung einzusparen. Zudem unterstützt der Deutsche Städtetag eine schnellere Arbeitsaufnahme von allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive und fordert eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Trier betonte, werde die Arbeit der Jobcenter und Arbeitsagenturen immer wichtiger, um Menschen in Arbeit zu vermitteln, weiterzubilden und die Lücken in den Firmen passend mit Fachkräften und Auszubildenden zu besetzen. Die Städte hielten es außerdem für richtig, auch die zugewanderten Menschen schneller in Arbeit zu bringen, als es bisher gelingt. „Wenn die Jobcenter und Arbeitsagenturen aber immer mehr und immer differenzierte Beratung und Vermittlungsleistungen anbieten sollen, dann brauchen sie auch die dafür notwendigen Ressourcen“, unterstrich Lewe. Dies betreffe sowohl das Personal als auch die finanzielle Ausstattung. Hier den Rotstift in Form von Sparauflagen in Milliardenhöhe anzusetzen, sei das völlig falsche Signal. So gehe dem Job-Turbo der Bundesregierung, den die Städte unterstützen, schon gleich am Anfang die Puste aus.

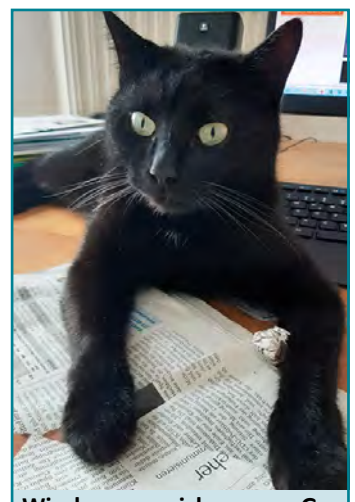
Potenziale für neue Arbeitskräfte mobilisieren

Wenn die Babyboomer in Rente gehen, gehen dem deutschen Arbeitsmarkt jedes Jahr hunderttausende Arbeitskräfte verloren. In den Rathäusern und öffentlichen Verwaltungen sind schon jetzt viele Stellen frei, die nur schwer besetzt werden können – und das bei wachsenden Aufgaben für die Kommunen. Deshalb müssen alle gesellschaftlichen Akteure daran arbeiten, die Potenziale für neue Arbeitskräfte zu mobilisieren. Notwendig hierfür wäre aus Sicht des Deutschen Städtetags die Arbeitsaufnahme von Migranten zu beschleunigen, indem Hürden wie Beschäftigungsverbote und Anerkennungsverfahren von Qualifikationen grundlegend überprüft werden, sowie eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive, die bessere Perspektiven gerade für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss schafft.

Augenmerk auf Geflüchteten mit Bleibeperspektive

Lewe zufolge sollte das Augenmerk allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive gelten und nicht nur den Menschen aus der Ukraine und bereits anerkannten Asylbewerbern, die Bürgergeld beziehen. Geflüchtete, die den Städten zugewiesen wurden und absehbar länger in Deutschland bleiben, sollten möglichst schnell in Arbeit kommen. „Jahrelange Perspektivlosigkeit können wir uns nicht länger leisten. Deshalb muss auch die Anerkennung von Berufsab-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Wie kann es sich unsere Gesellschaft weiterhin erlauben, Institutionen unnützen Denkens zu alimentieren? Das fragt sich unser Rathauskater angesichts des sprachlichen Furors, mit dem jahrhundertealte Redensarten durch Veganersprech ersetzt werden. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Winterklausur der FW-Landtagsfraktion	2
Versorgung mit Hebammen langfristig sichern	2
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Frauen in die Politik!	3
Messen München und Nürnberg: Rückenwind im Jubiläumsjahr	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Wasser • Abwasser	10 - 11
Kommunale Bauthemen	12 - 13
Tourismus in Bayern	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Winterklausur der FW-Landtagsfraktion:

Lindauer Bilanz

Bei der Winterklausur der Freien Wähler-Fraktion in Lindau standen unter anderem die Transformation der bayerischen Automobilindustrie, die Energiewende, die Migrationspolitik und die Bauernproteste infolge der Sparpläne der Bundesregierung auf der Agenda. „Gemeinsam haben wir klare Vorstellungen davon, wie Bayern zukunftsfest aufgestellt werden kann", bilanzierte Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. Hierzu sprachen die Abgeordneten auch mit kommunalen Mandatsträgern, um die finanzielle Situation in den Kommunen zu beleuchten.

Wie Parteichef Hubert Aiwanger darlegte, werde das Jahr 2024 die Politik sehr stark fordern. Die Bauernproteste zeigten, „dass der Schuh drückt und mittlerweile selbst der Mittelstand unserer Gesellschaft auf die Straße geht". Die Gründe hierfür seien in der Politik der Bundesregierung zu suchen: „Die Rahmenbedingungen passen nicht mehr, weil die Ampel Politik gegen die Menschen im Land macht." Durch zu hohe Abgaben, zu viel Bürokratie und eine Politik, die sich aus ideologischen Überzeugungen speise, sei die Wettbewerbsfähigkeit in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben. „Zu viele gut ausgebildete Menschen wandern ab. Dabei müssten wir diese Menschen mit ihren Kompetenzen dringend im Land behalten. Die Ampel hat das Fingerspitzengefühl nicht mehr, mit den Leistungsträgern richtig umzugehen." Deshalb unterstütze seine Fraktion die Proteste der Landwirte, „sofern sie gesetzeskonform sind", betonte Aiwanger.

Stärkung des Automobilstandorts Bayern

Die FW-Fraktion setzt sich auch für eine Stärkung des Automobilstandorts Bayern ein. Laut dem wirtschaftspolitischen Sprecher Werner Schießl sind Innovation und Technologieoffenheit zentrale Bausteine, um die Zukunft der Automobilindustrie im Freistaat zu sichern. Als wichtige Schlüsselindustrie beschäftige sie rund 200.000 Menschen in Bayern. „Nur mit zuverlässigen Förderbedingungen für innovative und umweltfreundliche Antriebe sowie einer EU-weit einheitlichen und sektorenübergreifenden CO2-Abgabe bleibt der Automobilstandort Bayern weiterhin stark", resümierte Schießl. Das beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2035 innerhalb der EU sei hingegen nicht der richtige Weg.

Klimaneutralität bis 2040

Mit Blick auf die Zukunft der Energiewende forderte der energiepolitische Sprecher Josef Lausch: „Wenn Bayern bis 2040 klimaneutral sein soll, muss bis dahin die Wasserstofftechnologie als Schlüssel zur Klimaneutralität massiv gefördert und ausgebaut werden. Bereits jetzt ist Bayern dabei bundesweit Nummer eins." Wasserstoff müsse vor Ort, in der Fläche des Freistaats, verfügbar sein. Bayern habe bisher als einziges Land ein Förderprogramm für Elektrolyse-Anlagen aufgelegt. Außerdem müsse in Zukunft ein Pipeline-Netz das Angebot mit Lieferungen aus dem Ausland ergänzen.

Überlastung bayerischer Kommunen

Angesichts der Überlastung bayerischer Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen wies der Landtagsvizepräsident und asylpolitische Fraktionssprecher Alexander Hold darauf hin, dass Bund und EU „eindeutig zu wenig tun, wenn es um Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung geht. Dabei befinden sich dort die entscheidenden Stellschrauben, um die Migrationskrise zu lösen. Wir fordern nicht weniger als eine vollständige Kehrwende in der Migrationspolitik." Es dürfe nicht länger bei Lippenbekenntnissen bleiben. „Wir brauchen weniger Zuwanderung, wir brauchen weniger Asylsuchende." Entscheidend sei, so Hold, dass weniger Menschen ohne Aufenthaltsrecht nach Deutschland und Bayern kämen. „Doch dazu muss der Bund weg von einzelnen Zugeständnissen hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept in der Migrationspolitik."

Die Beschleunigung der Asylverfahren sei dabei der Königsweg. „Es braucht aber nicht nur schnellere und transparentere Gerichtsverfahren, sondern auch eine rechtssichere Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten an den deutschen Grenzen. Zudem plädieren wir dafür, vermehrt Asylverfahren an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Anders können wir die Kommunen in der Flüchtlingsfrage nicht entlasten." Nur ein schnelles Asylverfahren sei ein gutes Asylverfahren. „Sonst werden die bis dahin erfolgten Integrationsleistungen ad absurdum geführt", bemerkte der Landtagsvize.

Keine Ungleichbehandlung Geflüchteter

Kritisch sieht er auch die finanzielle Ungleichbehandlung Geflüchteter: „Bei aller Solidarität für die Ukraine ist es nicht gerecht, dass ukrainische Geflüchtete gleich nach ihrer Ankunft in Deutschland Bürgergeld erhalten, während Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan Asylbewerberleistungen beziehen." Das könne in der Gesellschaft leicht zu Verwerfungen führen, woraus populistische und rechtsextreme Strömungen Profit schlügen. „Deshalb müssen wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft in der Migrationsfrage verhindern", unterstrich Hold. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Nikolaus Thurnhuber
83627 Warngau
am 7.2.

Oberbürgermeister
Andreas Haas
82110 Germering
am 14.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Ehgartner
84419 Obertaufkirchen
am 2.2.

Bürgermeister Frank Zeitler
92507 Nabburg
am 14.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Fischer
91096 Möhrendorf
am 11.2.

Bürgermeister Markus Dauch
92445 Neukirchen-Balbini
am 11.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Kopp
93486 Runding
am 5.2.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Echtler
86984 Prem
am 9.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention
6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. ❐

Für den Ernstfall gerüstet

Katastrophenschutztage bei Beutlhauser in Schweinfurt

Schweinfurt. Hochwasser, Schneekatastrophe oder ein Blackout: Bei Krisenlagen muss umgehend gehandelt werden. Es gilt, auf fertige Konzepte zurückgreifen zu können und zu wissen, wo es konkrete Hilfe gibt. Im Rahmen der Katastrophenschutztage am 21. und 22. Februar 2024 stellt Beutlhauser in Schweinfurt die Vorsorge zur Gefahrenabwehr in den Fokus.

„Die Großschadensereignisse der vergangenen Jahre haben uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, im Ernstfall gut gerüstet zu sein", sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter für den Geschäftsbereich Baugeräte, und erinnert an die verheerende Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal. Damals konnte Beutlhauser die Region tatkräftig durch die schnelle Bereitstellung von Stromerzeugern, Lichtmasten, Pumpen und Schläuchen, Radladern und Baggern, Trocknungs- und Heizgeräten sowie Containeranlagen für Notunterkünfte und Schulen unterstützen.

Fachvorträge und Ausstellung

„Die Katastrophenschutztage sind nun ein neues Format. Wir bündeln an einem Ort Technik und Know-how zu diesem Thema", so Westermann weiter. Die Veranstaltung richtet sich explizit an Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Das Fachpublikum erwartet ein facettenreiches Programm, das Theorie und Praxis vereint. Zentraler Bestandteil der Veranstaltung ist die Ausstellung. Hier werden Gerätschaften, die im Katastrophenschutz eine tragende Rolle spielen, gezeigt. Der Fokus liegt auf Notstromversorgung, Hochwasserschutz, Notunterkünften und Frischwasserversorgung.

Die Katastrophenschutztage finden am 21. und 22. Februar 2024 von 9 bis 16 Uhr auf dem Betriebsgelände von Beutlhauser in Schweinfurt (Stockholmstraße 1) statt.
Infos und Anmeldung: visit.beutlhauser.de/katastrophenschutz

Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern langfristig sichern

Bayerns Gesundheitsministerin startete mit Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Fachkräftemonitoring und ruft zur Mitwirkung auf

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten im Freistaat langfristig sichern. Gerlach betonte: „Die herausragende Arbeit der Hebammen und Heilmittelerbringer ist unverzichtbar für die Gesundheit der Menschen in Bayern."

Die Ministerin erklärte: „Um die aktuelle Versorgungssituation in Bayern repräsentativ und realitätsnah darzustellen, hat die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auf unsere Initiative ein Fachkräftemonitoring für diese Berufsgruppen gestartet. Ziel der sogenannten HELPER-Studie ist es etwa, Bereiche mit Unterversorgung und regionale Engpässe rechtzeitig aufzudecken, die durchschnittliche Arbeitsbelastung zu erfassen oder Unterschiede bei den ausgeübten Tätigkeiten aufzuzeigen. Das bayerische Gesundheitsministerium stellt rund 400.000 Euro für das Fachkräftemonitoring zur Verfügung."

Strategien für die Zukunft

Gerlach fügte hinzu: „Seit dem Start der Online-Befragung vergangenen November haben bereits rund 400 Hebammen den Fragebogen beantwortet. Die Befragung für die weiteren Berufsgruppen wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten beginnt Ende Januar 2024."

Die Ministerin unterstrich: „Wir möchten möglichst viele Hebammen, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen sowie Heilmittelerbringer erreichen. Um die aktuelle Versorgungssituation und Arbeitsbedingungen repräsentativ abbilden und daraus Strategien für die Zukunft entwickeln zu können, brauchen wir deren Unterstützung, Expertise und Berufserfahrung."

Gerlach erläuterte: „Unser Fachkräftemonitoring soll dazu beitragen, valide Aussagen treffen zu können unter anderem zur Anzahl der in Bayern tätigen Hebammen und Heilmittelerbringer, den Ausbildungsangeboten bzw. -kapazitäten, dem aktuellen und zukünftigen Bedarf an Personal in den Berufsgruppen sowie Trends und Entwicklungen zu unterschiedlichen aktuellen Themengebieten."

HELPER-Studie

Die Ministerin ergänzte: „Ich rufe die Hebammen und Heilmittelerbringer deshalb zur Teilnahme an dieser Online-Befragung unter https://helper.med.fau.de/study auf – damit können sie aktiv an der Gestaltung des bayerischen Gesundheitssystems mitwirken und eine Grundlage für Veränderungen schaffen. Anhand der gewonnenen Ergebnisse werden wir konkrete Handlungsbedarfe identifizieren und notwendige Maßnahmen entwickeln, um die Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern in Bayern auch langfristig zu sichern."

Prof. Dr. Matthias W. Beckmann, Direktor der Frauenklinik des Universitätsklinikums Erlangen und Leiter des HELPER-Projekts forderte die betroffenen Berufsgruppen ebenfalls zur regen Beteiligung an der Online-Befragung auf: „Mit Ihrer Teilnahme tragen Sie maßgeblich dazu bei, die Herausforderungen und Chancen in Ihrer Profession aufzuzeigen und künftige Veränderungen anzustoßen."

Die HELPER-Studie, die zum 31. Juli 2024 abgeschlossen sein soll, wird von der Frauenklinik des Universitätsklinikums Erlangen in Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention und mit Unterstützung des Bayerischen Hebammenlandesverbandes durchgeführt. Das Akronym „HELPER" nimmt Bezug auf HEbammen, Logopädie, Physiotherapie, ERgotherapie und ERnährungstherapie. Das ER steht außerdem für die FAU Erlangen als durchführende Institution.

Gerlach betonte: „Der Freistaat setzt sich seit Jahren wirkungsvoll für den Hebammenberuf ein. Unsere Förderprogramme wie der Hebammenbonus und die Niederlassungsprämie laufen seit über fünf Jahren sehr erfolgreich: Der Hebammenbonus wurde seit seiner Einführung im September 2018 5.765 Mal beantragt, davon wurden bislang 5.088 Anträge bewilligt. Für die Hebammenniederlassungsprämie gab es schon 764 Anträge, wovon 685 bewilligt wurden. Mit beiden Programmen zusammen haben wir die Hebammen in Bayern bereits mit sieben Millionen Euro gefördert. Wir stärken so die Hebammenversorgung in Bayern und sorgen auch für die dringend benötigten Nachwuchskräfte." ❐

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin:

Gerlach startet digitalen Pflegefinder

Bayernweit bereits knapp 900 Pflegeeinrichtungen und mehr als 200 Beratungsangebote auffindbar

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach vereinfacht die Suche nach pflegerischen Angeboten und hat dafür einen digitalen „Pflegefinder" (www.pflegefinder.bayern) gestartet. Gerlach betonte: „Die Suche nach Pflegeplätzen, Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Beratungsangeboten ist zeitaufwendig und häufig auch nervenaufreibend. Das wollen wir für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verbessern. Bei unserem digitalen ‚Pflegefinder – die Pflegebörse für Bayern' finden Betroffene seit Januar gebündelt Pflegeangebote daheim im direkten Lebensumfeld sowie wichtige Unterstützungsmöglichkeiten und freie Pflegeheimplätze – und das mit nur wenigen Klicks."

Die Ministerin ergänzte: „Nur zwei Wochen nach dem Start sind im Pflegefinder bayernweit bereits knapp 900 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen und weitere Versorgungsanbieter sowie über 200 Beratungsangebote auffindbar. Damit können schon jetzt freie Pflegeheim-Plätze in Bayern recherchiert werden. Zwar gibt es regionale Unterschiede, denn noch stellen nicht alle Anbieter ihre freien Plätze auf der Plattform ein. Aber der erste wichtige Schritt für ein umfassendes Angebot in ganz Bayern ist getan."

Gerlach erläuterte: „Wer beispielsweise einen Pflegedienst oder einen Pflegeplatz sucht, sieht im Pflegefinder direkt, ob in der jeweiligen Einrichtung ein Platz verfügbar ist. Orientiert am Ampelsystem zeigt ein grüner Balken ‚verfügbar', ein gelber Balken ‚Verfügbarkeit auf Anfrage' und ein roter Balken ‚nicht verfügbar' an. Auch die Kontaktaufnahme zu den Einrichtungen und Dienstleistern kann direkt über den Pflegefinder erfolgen."

Öffentlich keine Angabe personenbezogener Daten

Die Ministerin erläuterte: „Wer einfach nur unverbindlich suchen will, muss sich nicht anmelden. Wer eine konkrete Anfrage stellen will, muss sich beim Pflegefinder registrieren. Das ist in wenigen Schritten erledigt und vor allem kostenlos." Die Einrichtungen erhalten die Anfragen in ihrem Nutzerportal und zusätzlich per E-Mail ohne die Angabe von personenbezogenen Daten. Nimmt die Einrichtung die Anfrage an, erhält der Anfragende die Rückmeldung, dass die Anfrage angenommen wurde und persönlicher Kontakt aufgenommen werden kann.

Anbieter sollen sich registrieren

Gerlach appellierte an alle Anbieter in der häuslichen und stationären Pflege: „Registrieren Sie sich im Pflegefinder! Nur wenn sich möglichst viele Einrichtungen und Anbieter beteiligen, kann es uns gelingen, ein breit genutztes digitales Tool zu schaffen, das zeit- und nervenaufreibende Telefonanrufe bei der Pflegesuche ersetzen kann. Ich hoffe, dass sich noch viele weitere Einrichtungen an den Pflegefinder anschließen und aktiv daran beteiligen."

Leichte Handhabbarkeit für alle Beteiligten

Die Ministerin betonte: „Entscheidend dafür, dass digitale Plattformen auch wirklich genutzt werden, ist eine leichte Handhabbarkeit – für alle Beteiligten. Nicht nur Suchende, sondern auch die Anbieter pflegerischer Leistungen müssen einen unmittelbaren Gewinn von der Teilnahme an der Plattform haben. Wir werden daher in den kommenden Wochen und Monaten für den Erfolg des Pflegefinders neben der breiteren Bekanntmachung daran arbeiten, das Angebot weiter zu verbessern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Pflegefinder auch mit anderen, vergleichbaren digitalen Angeboten technisch interoperabel ist." ❐

Bilanz Messe München und NürnbergMesse:

Mit Rückenwind ins Jubiläumsjahr

Wieder auf Wachstumskurs befinden sich Messe München und NürnbergMesse. Nach den Corona-Jahren seien die Kunden deutlich schneller auf die Veranstaltungen zurückgekehrt als erwartet, berichteten die Münchner CEO-Doppelspitze Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel sowie NürnbergMesse-Geschäftsführer Peter Ottmann. Voller Zuversicht gehe man in das Jubiläumsjahr 2024.

Nach den Erfahrungen der Corona-Jahre waren die Planer der Messe München vorsichtig geworden und hatten die Finanzen für das Jahr 2023 behutsam kalkuliert. Dann kam das Messe- und Kongressgeschäft in München unverhofft mit Kraft zurück. Laut Hochrechnungen wurde der Umsatz um 45 Mio. auf 349,6 Mio. Euro gesteigert, das EBITDA vor Steuern, Zinsen und Abgaben um 46 Mio. auf 62,6 Mio. Euro und das Jahresergebnis kam um 47 Mio. Euro aus den roten Zahlen heraus und beträgt ein Plus von 5,6 Mio. Euro. „Und das trotz schwieriger Rahmenbedingungen in einem turnusgemäß normalen Jahr“, erläuterten die beiden Geschäftsführer im Rahmen der Jahrespressekonferenz.

Konzentration aufs Kerngeschäft

Als Gründe für die Erfolgszahlen nannten sie unter anderem geringere Kosten durch die Energiepreisbremse, deutlich höhere Einnahmen bei Messen wie f.re.e, transport logistic, BAU oder EXPO REAL, sowie den Verkauf der Anteile an der Messebau-Tochterfirma meplan. „Unsere Entscheidung ist richtig, dass wir uns auf unser Kerngeschäft konzentrieren“, betonten Pfeiffer und Rummel.

Die richtigen Messen zur richtigen Zeit

Nach Angaben der CEOs profitierte die Messe München davon, dass sie 2023 die richtigen Messen zur richtigen Zeit im Angebot hatte, bei denen sich Aussteller und Besucher über derzeit drängende Themen austauschen konnten. Die aktuellen Probleme der Unternehmen hätten sich in den Foren und Konferenzen widergespiegelt: Ob bei der BAU oder der Immobilienmesse EXPO REAL (über Inflation, Energiepreise, Baustopps oder hohe Zinsen) oder bei den Elektronikmessen wie productronica oder automatica, die erstmals gemeinsam mit der LASER World of PHOTONICS stattfand. Dort habe die Quantentechnologie eine Plattform bekommen, zudem seien die Themen künstliche Intelligenz, Lieferkettenprobleme oder Fachkräftemangel beleuchtet worden.

Ein normales Messejahr

Insgesamt sei 2023 für die Messe München ein normales Messejahr ohne viele Großveranstaltungen gewesen. So wurden 112 Veranstaltungen in den Münchner Messehallen, im ICM – International Congress Center Messe München und im MOC - Event Center München, durchgeführt: 13 eigene Messen und 99 Gastveranstaltungen, zu denen zwei Mio. Besucher und 32.100 Aussteller kamen. Auffällig ist der wachsende Anteil ausländischer Aussteller im Vergleich zu den Jahren vor Corona. Dieser stieg in der Landeshauptstadt gegenüber den Vorveranstaltungen um drei Prozent auf 54 Prozent (rund 8.800). „Der Zuwachs gleicht aus, dass in dieser wirtschaftlich angespannten Situation deutsche Firmen etwas zögerlicher zurückkommen; das ist ein bundesweiter Trend“, stellten die CEOs fest.

Gute Finanzlage

Die gute Finanzlage macht es der Messe München leichter, zu investieren. Ein Schwerpunkt ist dabei die Nachhaltigkeit. Dafür hat sich die Messe München ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie will bis 2030 CO2-neutral werden. Ein Schritt auf dem Weg dahin ist der Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern: Hatte sie bei der Eröffnung des Messegeländes in Riem 1998 schon die weltweit größte Solardachanlage, übernimmt sie als nächstes die bisher von Investoren betriebene Photovoltaik-Anlage auf dem Parkhaus West und erneuert sie. Dort können dann statt heute 600.000 bis zu 2,6 Mio. Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugt werden. Damit erhöht sich die Stromerzeugung auf den Messedächern von heute 2,6 Mio. Kilowattstunden auf insgesamt 4,5 Mio. Die Kosten belaufen sich auf 9 Mio. Euro.

Ein großes Stromsparprojekt ist die Umrüstung aller 18 Hallen mit 200.000 qm Fläche bis 2026 auf energiesparende LED-Beleuchtung. Kosten: 8,5 Mio. Euro. Durch beide Projekte können pro Jahr Stromkosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro eingespart werden.

„Voller Zuversicht“ geht die Messe München laut Pfeiffer und Rummel in das Jubiläumsjahr 2024 und damit in ihr 60-jähriges Bestehen. Erstmals findet heuer die Seamless Europe, eine der weltweit führenden Technologie-Messen für FinTech und E-Commerce statt. Für den Finanz- und Handelsplatz München ist dies aus Sicht der CEO’s ein „Paukenschlag“. Gleichzeitig bereite sich die Messe München auf das „Megajahr 2025“ vor, in dem fast alle Großveranstaltungen wie BAU, bauma, transport logistic, productronica, automatica, EXPO REAL oder drinktec stattfinden werden. „Das gibt es nur alle zwölf Jahre und freut München und die ganze Region. Denn in solchen Jahren lösen die Messen eine Umwegrentabilität von mehr als vier Mrd. Euro aus“, erklärten Pfeiffer und Rummel und ergänzten: „Wir sind mit unseren Messen ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die gesamte Region. Laut einer aktuellen Beherbergungsstatistik bringen die Münchner Messen und Gastveranstaltungen den Hotels das meiste Geld.“

Mit viel Rückenwind macht sich auch die NürnbergMesse fit für die Zukunft. Wie NürnbergMesse Group CEO Peter Ottmann deutlich machte, „sind wir dankbar, dass unsere Kunden nach den Corona-Jahren deutlich schneller auf unsere Veranstaltungen zurückgekehrt sind als erwartet. In unserem Jubiläumsjahr 2024 peilen wir einen neuen Umsatzrekord an und machen die Messe durch konsequente und nachhaltige Investitionen gleichzeitig fit für die Zukunft. Und wir freuen uns im 50. Jubiläumsjahr auf unseren fünfzigmillionsten Besucher im Messezentrum.“

Zurück auf Wachstumskurs

Nach dem Einbruch während der Corona-Jahre sei die NürnbergMesse 2023 wieder zurück auf ihren Wachstumskurs gekommen: Unter der Leitung des im August 2023 neu formierten Executive Boards erzielte sie mit voraussichtlich 250 Mio. Euro den zweithöchsten Umsatz in einem ungeraden Geschäftsjahr, in dem sie turnusgemäß weniger Veranstaltungen ausrichtet. Gegenüber dem vorherigen ungeraden Jahr 2021 konnte die Messegesellschaft nicht nur bei der Zahl der Besucher deutlich zulegen (2021: 315.000 / 2023: 1,3 Mio.), sondern auch die Ausstellerzahl (2021: 5.500 / 2023: 28.000) und Ausstellungsfläche (2021: 176.000 qm / 2023: 894.000 qm) erheblich steigern.

Insbesondere Fachmessen wie die IT-Sicherheitsmesse it-sa und Gastveranstaltungen wie die Consumenta zeigten 2023 überproportionale Wachstumsraten. Das Messezentrum Nürnberg zählte durchschnittlich 1,5 Veranstaltungen pro Woche. Insgesamt waren es 80 Events mit fast 860.000 Besucherinnen und Besuchern sowie über 20.000 Aussteller auf über 644.000 qm.

„Für 2024 peilt die NürnbergMesse aufgrund des starken Gruppen-Wachstums einen neuen Umsatzrekord von rund 340 Mio. Euro sowie einen Konzerngewinn im hohen einstelligen Millionenbereich an“, hob Ottmann hervor. Das bestehende Produktportfolio aus Messen und Kongressen werde nicht nur gestärkt, sondern weiter ausgebaut: 77 Veranstaltungen, davon 27 Messen, seien derzeit im Messezentrum Nürnberg geplant. Nach den Worten von Petra Wolf, Senior Vice President Product Management, „erfreuen sich unsere Veranstaltungen nach einem erfolgreichen Messejahr 2023 auch im Messejahr 2024 einer starken Nachfrage. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen in den jeweiligen Branchen blicken wir daher mit großer Zuversicht in die Zukunft.“

Als weiteren Schwerpunkt investiert die NürnbergMesse 2024 in die Digitalisierung ihrer Produkte und Services. Das Augenmerk liegt dabei auf der Optimierung und dem Ausbau von E-Commerce. Neben der Weiterentwicklung hin zu kundenzentrierten IT-Systemen stehe der Ausbau der digitalen Produktangebote im Fokus, um damit Relevanz und Reichweite der Veranstaltungsmarken zu stärken. Wie Dr. Martin Kassubek, Senior Vice President Business Development, feststellte, „wollen wir es unseren Kunden künftig noch einfacher machen, unsere Produkte und Services zu nutzen. Deshalb entwickeln wir unsere digitalen Produktangebote konsequent entlang der Kundenbedürfnisse – online und onsite“.

Fit für die Zukunft

Um auch das teils seit dem Gründungsjahr 1974 bestehende Messegelände fit für die Zukunft zu machen, sieht die NürnbergMesse 2024 Investitionen in ihre Infrastruktur von über 50 Mio. Euro vor. Im Mittelpunkt stehen dabei Kundenservice und Nachhaltigkeit. Einen wichtigen Beitrag liefern hierbei die Planungen für eine CO2-neutrale Energieversorgung bis 2028. Bis September dieses Jahres soll die erste Phase der hybriden Energieversorgung abgeschlossen werden. Dann werden insgesamt 21.000 Photovoltaikmodule auf sieben Hallen und einem Parkhaus die Messe mit grünem Solarstrom versorgen.

Investiert wird auch in ein neues Mitarbeitergebäude am Eingang NCC Mitte: Das bisherige Gebäude wird saniert und damit 2024 der Grundstein für moderne und nachhaltige Arbeits- und Bürowelten unter dem Namen „NXT74“ gelegt – in Anlehnung an die Gründung der NürnbergMesse vor 50 Jahren und gleichzeitig als Ansporn für weitere Erfolgskapitel. **DK**

GZ KOLUMNE Carmen Pepiuk



Frauen in die Politik!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hälfte der Gesellschaft ist weiblich und doch werden Rahmenbedingen, Regelungen, Verordnungen und letztendlich auch Gesetze überwiegend von Männern festgelegt. Der bayerische Landtag hat mit einem Frauenanteil von 25,1 Prozent nach der Wahl im Oktober nur noch 51 weibliche Abgeordnete. 2008 lag der Anteil noch bei rund 30 Prozent. In lediglich 10 Prozent der bayerischen Kommunen gibt es Rathauschefinnen. Angeblich gibt es deutschlandweit mehr Bürgermeister mit dem Vornamen Thomas als Frauen im Bürgermeisteramt.

Vielleicht liegt es an dem momentan sehr aggressiven Umgangston in unserer Gesellschaft, dass immer weniger Frauen sich entscheiden, sich aufstellen zu lassen. Aber das betrifft die Männer gleichermaßen und ich denke nicht, dass Männer persönliche verbale Attacken leichter wegstecken als Frauen.

Was offensichtlich ist: Immer mehr Kommunen haben Schwierigkeiten überhaupt noch Menschen zu finden, die sich dafür begeistern lassen, sich für ein kommunalpolitisches Mandat aufzustellen. Und hier sind ganz klar wir, die kommunal Aktiven, gefordert. Wir müssen die guten Seiten benennen und klar aufzeigen, es gibt keinen schöneren Job als den des Bürgermeisters. An keiner Stelle in der Gemeinschaft ist man/frau in der Lage, unmittelbar für die Verbesserung der Lebensqualität der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sorgen. Wenn ich sehe, wie sich Projekte entwickeln, an deren Umsetzung ich aktiv beteiligt bin, dann macht mich das glücklich und stolz.

Was können wir also tun, dass sich wieder mehr Leute für diese Arbeit interessieren? Ich bin der Meinung es hilft immer, auf geeignete Personen zuzugehen und zu fragen. Es muss ständige Nachwuchsförderung betrieben werden, damit die Entscheidungsebene nicht mangels Personals den Betrieb einstellt.

Die KPV hat daher – auf Initiative von Altbürgermeisterin Christine Borst aus Krailling – im vergangenen Jahr mit großem Erfolg am Weltfrauentag einen Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen abgehalten. An diese erste Veranstaltung knüpfen wir heuer an, merken Sie sich also bitte den 8. März 2024 im Kalender vor und kommen Sie zu uns nach München, egal ob männlich oder weiblich. Denn klar ist: Für eine wirkliche Förderung von guten Politikerinnen und Politikern brauchen wir genauso die Männer wie die Frauen!

Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen haben wir das Thema „Frauen mit/in/für Europa“ gewählt. Es erwarten Sie interessante Gäste und spannende Diskussionen rund um die Themen Frauen und Europa. Ich freue mich sehr, wenn wir uns dann persönlich sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Carmen Pepiuk
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz

Deutsche Liebeshauptstadt 2022

Im deutschen Süden halten die Ehen am besten

Wenn in Würzburg die Hochzeitsglocken läuten, hält die Ehe für die Ewigkeit – zumindest bei 85 Prozent der Pärchen. Wo die Liebe ebenfalls am längsten währt, hat das Informationsportal Betrugstest.com in 100 deutschen Städten analysiert.

Dabei wurden die Ehelösungen in das Verhältnis zu den Eheschließungen gesetzt. Dabei kam heraus, dass in Baden-Württemberg die Scheidungsrate mit 0,33 durchschnittlich am geringsten war. Knapp aber glücklich folgt Bayern mit einem Trennungsanteil von 0,34.

Die wohl glücklichsten Ehepaare wohnen in Würzburg. In der Franken-Metropole beträgt die Scheidungsquote gerade einmal 0,15. In Freiburg, Bamberg und Heidelberg leben die Menschen ebenfalls recht glücklich. Die Quote beträgt hier 0,17 bzw. jeweils 0,18. Trier und Schweinfurt gelten als sehr romantisch; kein Wunder also, dass die Scheidungsquote hier gerade einmal bei 0,2 liegt. Ulm folgt mit einer Scheidungsquote von 0,22. Regensburg, Darmstadt und Rosenheim finden sich auf Platz acht bis neun ein, mit 0,23, 0,24 und 0,26 Trennungen pro geschlossenen Ehebund.

https://www.betrugstest.com/magazin/deutsche-liebeshauptstadt-2022-hier-gilt-happily-ever-after.html ❐

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

Am 23.4.2024 veranstalten **Bayerische GemeindeZeitung und Bayerischer Gemeindetag** das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine **Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider,** die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit **Energie- und Klimaschutzthemen** betraut sind.

Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, dürfen sich gerne unter **veranstaltungen@gemeindezeitung.de** melden. **Besucher** können sich unter **www.bayerisches-energieforum.de** registrieren.

15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

23.4.2024 10 - 16 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
www.bayerisches-energieforum.de
BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS
BAYERISCHER GEMEINDETAG
KOMMUNAL WERKSTATT



Wir ampeln nicht ...

(Fortsetzung von Seite 1)
von „Landwirtschaft verbindet Bayern“ zu einem Meinungsaustausch.

Mit Prof. Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Europäischen Volkspartei, stimmten sich die Abgeordneten auf die Europawahlen im Juni ein und hielten ihre Vision von Europa in der Resolution „Ein handlungsfähiges, bürgernahes Europa – für Bayerns Zukunft“ fest.

„Die CSU ist die Schutzmacht der Mittelschicht und der Normalverdiener. Wir geben neue Sicherheit und neue Ordnung“, versprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede. Zudem bekräftigte Söder ein Genderverbot im staatlichen Bereich. Zugleich müssten Initiativen ergriffen werden, um die Deindustrialisierung zu stoppen. Dazu gehöre eine zukunftsfähige Energieproduktion auch im Inland und nicht nur der teure Zukauf aus dem Ausland. „Wir sollten neben dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Geothermie, Wind und Biomasse auch auf neue Formen der Kernenergie und Kernfusion setzen.“ Überdies will sich der Freistaat an Leitungen für Gas und Wasserstoff beteiligen.

Darüber hinaus ist eine Verschlankung der Verwaltung angedacht. „Grundsätzlich gilt: Stellenaufbau wo nötig, Stellenabbau wo möglich“, erklärte der Ministerpräsident. So sollen bis 2035 bis zu 5.000 Stellen durch den Abbau von Bürokratie und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz eingespart werden. Nur durch einen schlanken Staat könne die Schuldenbremse auf Dauer eingehalten und der Haushalt solide finanziert werden. Zur Entbürokratisierung sollen zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften abgebaut, Statistikpflichten reduziert und künftige Gesetze zunächst mit einem Haltbarkeitsdatum von fünf Jahren versehen werden. Für jedes neue Gesetz sollen zwei alte abgeschafft werden. Zudem kündigte Söder ein „Entrümpelungsgesetz“ an. In einer ganzen Reihe von Gesetzen sollen Fristen verkürzt, Statistikauflagen reduziert, Genehmigungspflichten gestrichen oder Entscheidungen wie etwa über Stellplätze bei Bauprojekten den Kommunen übertragen werden.

Migration ist Söder zufolge ein Schlüsselthema. Es brauche zwar Migration in den Arbeitsmarkt, aber nicht in die Sozialsysteme, weshalb eine echte Wende in der Migrationspolitik mit einer klaren Integrationsgrenze, einem geänderten Asylrecht und einem wirksamen Grenzschutz vonnöten sei.

Bürgergeld der falsche Ansatz

In der Sozialpolitik sei Bürgergeld der falsche Ansatz. „Das Bürgergeld ist Sozialhilfe. Und so muss es auch genannt werden.“ Wer länger einbezahlt habe und bereit sei zu arbeiten, müsse mehr bekommen als diejenigen, die noch nie die Chance zur Einzahlung gehabt hätten. Außerdem müssten die Regeln für die doppelte Staatsbürgerschaft geändert werden. „Wer unsere Verfassung missachtet und auf den Straßen ein Kalifat fordert, muss die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abgeben.“

Der Ministerpräsident gab auch ein Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen und dem weiteren Zuwachs der Lehrerstellen ab. So sind bei Schule/Bildung und im Bereich Polizei rund 6.000 neue Stellen geplant. Gerade in der Grundschule sollen die Kernkompetenzen gestärkt werden. So wird es pro Woche eine zusätzliche Stunde Deutsch-Unterricht geben, ohne aber die Gesamtzahl der Stunden zu erhöhen, kündigte Söder an. Vor der Einschulung werden verpflichtende Sprachtests eingeführt. Bei Defiziten sollen sich noch ein zusätzliches Kindergartenjahr oder Sprachkurse anschließen. Zudem sollen bei Lehrkräften Anreize für weniger Teilzeit- und mehr Vollzeitarbeit geschaffen werden, um eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Bayern wies Söder darauf hin, dass Bayern ein eigenes Bundeswehrgesetz auf den Weg bringen werde. Es soll die Bundeswehr und die Wehrindustrie bei Bildung und Forschung und im Bereich der Landesplanung mit Kooperationsgeboten und bei der Berufsberatung stärken.

In einer angespannten Haushaltslage muss Söder zufolge nicht nur der Staat sparen, sondern auch der Öffentliche Rundfunk: „Wir sagen ja zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, aber nein zu einer Gebührenerhöhung. Damit der Rundfunk Zukunft hat, sind strukturelle Veränderungen und Reformen dringend notwendig.“ Die Kernprogramme wolle man erhalten, aber rund 20 TV- und Radioprogramme streichen. Weiter sollen die Gehälter der Führungskräfte an den öffentlichen Dienst angepasst und der Fokus wieder mehr auf den Bildungsauftrag und nicht die Unterhaltung gelegt werden. Mit der CSU werde es keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags geben, stellte Söder abschließend klar. **DK**

Keine Einsparungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schlüssen und beruflicher Qualifikationen aus den Heimatländern schneller und unbürokratischer werden.“

Breites Hilfenetz

Trotz vieler offener Stellen und Fachkräftemangel sinkt die Zahl arbeitsloser Menschen kaum. Ein sehr großer Anteil dieser Menschen hat keinen Berufsabschluss. Jedes Jahr verlassen zudem fast 50.000 Jugendliche die Schulen ohne Schulabschluss. Vielfach sind es Jugendliche mit einem schwierigen Lebensumfeld, die trotz vieler offener Stellen keinen Ausbildungsplatz finden. „Um diese Menschen individuell zu fördern, gibt es in den Städten gemeinsam mit den Jobcentern ein breites Hilfenetz. Wir klingeln an den Türen und kümmern uns darum, dass sie Schul- und Berufsabschlüsse nachholen, sich orientieren oder ausbildungsfähig werden“, unterstrich Lewe. Für diese Menschen werde eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive benötigt, die Lebensperspektiven schafft. „Das wäre auch ein Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel.“

Die Städte wissen um den Spardruck der Bundesregierung nach dem Haushaltsurteil. Dies trifft auch die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsagenturen werden in den nächsten vier Jahren über fünf Milliarden Euro einsparen müssen, die Jobcenter werden in ähnlicher Größenordnung weniger Mittel zur Verfügung haben. „Die Sparmaßnahmen schränken deutlich die Möglichkeiten ein, Menschen zu qualifizieren, weiterzubilden und die Integrationen zu finanzieren. Das kann nicht das letzte Wort sein“, so der Städtetagspräsident. „Die Jobcenter und Agenturen leisten bei der anstehenden Transformation in der Wirtschaft, bei der Integration und Zuwanderung einen unverzichtbaren Job. Der Bundesregierung muss klar sein: Wer an Weiterbildung und Qualifizierung spart, erschwert die Suche nach Arbeits- und Fachkräften erheblich.“

Bewussterer Umgang mit Wasser

Nach den heißen Sommern in 2022 und 2023 setzen sich die Städte darüber hinaus für einen bewussteren Umgang mit Wasser ein. Viele Jahrzehnte galt Wasser in Deutschland als praktisch unbegrenzte Ressource, erklärte Verbandsvizepräsidentin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin aus Bonn. Spätestens die letzten Hitzesommer hätten allerdings eindringlich gezeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit mehr ist: „Regional und saisonal kann es auch bei uns zu Wasserknappheit kommen. Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit unserem Grundwasser sowie mit Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen. Dürren und sinkende Grundwasserspiegel haben erhebliche Auswirkungen auf Menschen, Umwelt und Klima, aber auch auf Industrie und Landwirtschaft.“

Laut Dörner ist die Wasserversorgung in Deutschland sicher. „Aber wir müssen jetzt aktiv werden, damit das auch in Zukunft so bleibt. Bund und Länder müssen dafür den rechtlichen Rahmen schaffen.“ Um die Ressource Wasser besser zu schützen, brauche es mehr Daten zum Wasserverbrauch: Oft fehlten den Kommunen Informationen darüber, wer wie viel Grundwasser oder Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen entnimmt, betonte Dörner. Denn bisher müsse nicht jede Entnahme etwa für Bewässerung in der Landwirtschaft genehmigt werden. Dies sei nicht mehr zeitgemäß. Dörner forderte daher klarere Regeln im Wasserhaushaltsgesetz. Nur wenn eine Gesamtübersicht vorliege, könnten frühzeitig Maßnahmen gegen Wasserknappheit ergriffen werden.

Regional sei es in den vergangenen beiden Sommern zu Wasserknappheit gekommen: Jeweils rund 80 Kommunen hätten Allgemeinverfügungen erlassen, die die Nutzung von Trink- und Grundwasser für bestimmte Zwecke beschränkten oder die Entnahme von Wasser aus Flüssen und Seen zeitweise untersagten. Bisher habe sich jede Kommune die Verfügung selbst stricken müssen. Deshalb wünschten sich die Städte hierzu klarere Leitlinien von Bund und Ländern. Zudem seien bundesweit einheitliche Entnahmeentgelte aus Grundwasser und Oberflächengewässern sinnvoll. Dabei gehe es nicht um Gebühren für Privathaushalte, sondern vor allem für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft. Derzeit gebe es in 13 von 16 Bundesländern Entnahmeentgelte, deren Höhe unterschiedlich sei.

„Unser sauberes Leitungswasser mit seiner außergewöhnlichen Qualität für die Bewässerung von Bäumen oder Feldern zu nutzen, ist in vielen Fällen vollkommen widersinnig“, stellte die Vizepräsidentin fest. Deshalb sprächen sich die Städte dafür aus, die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser dort zu vereinfachen, wo kein Wasser in Trinkwasserqualität benötigt wird. Dies sei auch der Ansatz des 2023 verabschiedeten „Water Reuse Act“ der EU, dessen Umsetzung Bund und Länder vorantreiben müssten. Dann könnte recyceltes Abwasser in bestimmten Fällen etwa zur Bewässerung in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Außerdem sollte der Anwendungsbereich der EU-Verordnung so erweitert werden, „dass auch wir Städte recyceltes Wasser zur Bewässerung unseres Stadtgrüns einsetzen können“.

Trierer Erklärung

In einer abschließenden „Trierer Erklärung“ unterstreicht der Deutsche Städtetag, es nicht hinzunehmen, „dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren“. Hintergrund ist das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland.

„Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben“, heißt es in der Erklärung. „Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.“

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssten immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebe von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Dies hätten Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in zahlreichen Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, sendeten ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften. **DK**

Manifest erarbeitet:

Jugend gemeinsam für Europa

Dass Jugendarbeit über Grenzen hinweg funktioniert, zeigt das Projekt „Jugend gemeinsam für Europa“. Mehr als 15.000 junge Menschen aus Bayern und der Tschechischen Republik haben teilgenommen und ihre Ideen und Impulse eingebracht. Das Ergebnis: ein Manifest und zwei Projekte, die nun realisiert werden.

Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf zieht eine positive Bilanz: „Das Projekt ist ein gelungenes Beispiel für grenzüberschreitende Jugendarbeit. Mit ihrem Manifest haben die jungen Menschen ihre Visionen und Wünsche für Europa aufgezeigt.“

Kernfrage des Gesamtprojekts war: Was macht ein stärkeres und nachhaltigeres Europa aus? Zunächst brachten 15.000 junge Menschen bei einer Online-Konsultation knapp 600 Vorschläge, Projekte und Ideen ein. Im Anschluss konnten sich Teilnehmer bei den Jugenddialogtagen in Furth am Wald persönlich austauschen und die Ideen diskutieren.

https://www.stmas.bayern.de/aktionsplan-jugend/ . ❐

Masterplan für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Einbindung der Bundespolizei in den Rückführungsprozess seien Synergieeffekte zu erzielen. Vom Bund betriebene Ausreisezentren würden den Rückführungsprozess in der Praxis vereinfachen und beschleunigen. Die Unterbringung in Bundesausreisezentren dürfte zudem auch die Bereitschaft zu freiwilligen Ausreisen steigern.

4. Realistische Integrationsgrenze: Bund, Länder und Kommunen sind durch die aktuelle Zugangssituation bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten in allen Bereichen an ihrer Belastungsgrenze. Es droht eine völlige Überforderung der Kommunen, die politische Stabilität des Landes ist gefährdet. Deshalb muss laut Staatsregierung eine Integrationsgrenze für Deutschland festgelegt werden, die sich am Leistungs- und Integrationsvermögen der Länder und Kommunen orientiert.

5. Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren: Bayern fordert den Bund erneut auf, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Länder Algerien, Armenien, Indien, Marokko und Tunesien zu erweitern. Diese Länder haben allesamt eine regelmäßige Schutzquote von unter fünf Prozent. Zudem wurde beschlossen, einen Gesetzentwurf zur weiteren Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren im Bundesrat einzubringen. Das europäische Recht bietet die Möglichkeit, sichere Herkunftsländer einfacher zu bestimmen. Der Freistaat will erreichen, dass der Bund davon künftig Gebrauch macht und das Bundesinnenministerium allein – ohne die Zustimmung des Bundesrats – sichere Herkunftsländer festlegen kann.

6. Asylbewerberleistungsgesetz: Neu ankommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sollen künftig wieder nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und nicht in den Bürgergeld-Bezug fallen. Dadurch soll der Anreiz erhöht werden, zeitnah eine Arbeit aufzunehmen.

Anstieg um mehr als 50 %

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben 2023 insgesamt 351.915 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt (329.120 Erst- und 22.795 Folgeanträge). Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (217.774 Erstanträge) bedeutet dies einen Anstieg um 51,1 Prozent. Wie die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz, feststellte, „müsste die Bundesregierung einen besonderen Fokus auf die irreguläre Migration aus der Türkei legen. Mit über 60.000 Asylerstanträgen, aber nur 13 Prozent Schutzberechtigten belastet diese Gruppe unser Asylsystem immer stärker. Hier müssen jetzt endlich auch Frau Baerbock und der Bundeskanzler handeln. Es braucht einen neuen Deal mit der Türkei. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium reicht längst nicht mehr aus.“ **DK**

Mehr Geld ins ...

(Fortsetzung von Seite 1)
tischer Spielball zwischen Bund und Ländern sein, sondern müsse im Sinne der Patientinnen und Patienten gelöst werden.

Laut DStGB braucht es einen umfassenden Umbau im Gesundheitssystem, das vor der größten Reform seiner jüngeren Geschichte steht. Daher müssten auch die Länder diesen Umbau auskömmlich finanzieren und mittragen, wenn es etwa um Investitionen in Klinikstandorte geht. Der angekündigte Transformationsfonds sollte daher auskömmlich und auf breiten Schultern finanziert sein. Bei der Krankenhausplanung müsse künftig klar sein, dass das Ziel eine bestmögliche Versorgung der Patienten sein muss. Dies könne auch bedeuten, dass Häuser und Standorte schließen müssen. Diese Diskussionen gelte es in den nächsten Monaten und Jahren zu führen.

Warnung vor Engpässen

Der Deutsche Landkreistag warnt vor Engpässen bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Es dürfe nicht sein, „dass sich die gesundheitliche Versorgung außerhalb der großen Städte verschlechtert. Das wäre eine Politik vorbei am Großteil der Bevölkerung“, unterstrich Präsident Reinhard Sager. Er forderte „die Sicherheit, dass die geplante Krankenhausreform nicht zu übermäßigen Einschränkungen in der Fläche führt“. Konkret forderte Sager kurzfristige finanzielle Hilfen, um die inflationsbedingten Mehrkosten der Krankenhäuser auszugleichen.

Die Reform sieht im Kern vor, das Vergütungssystem der Kliniken mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um sie von finanziellem Druck zu immer mehr Fällen zu befreien. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen.

„Ein neues System der Krankenhausfinanzierung ist längst überfällig. Wir unterstützen die Grundidee der geplanten Krankenhausreform, Fallpauschalen durch Vorhaltepauschalen zu ersetzen. Krankenhäuser könnten so ihren Versorgungsauftrag gegenüber den Patientinnen und Patienten viel besser umsetzen und müssten nicht mehr darauf schielen, welche Behandlung oder OP die höchsten Fallpauschalen bringt“, erklärte Pit Clausen, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld.

Angst vor unkoordinierten Krankenhausschließungen

Klar sei aber auch: „Es muss unverzüglich mehr Geld ins System. Wenn die Krankenhäuser in einem Zwischenschritt nicht schnell frisches Geld bekommen, werden etliche die Reform nicht mehr erleben. Dann wird es unkoordinierte Krankenhausschließungen geben, genau das soll mit der Reform aber eigentlich vermieden werden. Bund und Länder müssen jetzt aufhören, sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben. Dafür ist die Situation zu ernst. Die Krankenhäuser haben keine Zeit mehr für taktische Spiele.“

An das Krankenhaustransparenzgesetz, das sich gerade im Vermittlungsausschuss befindet, sind Clausen zufolge wichtige Liquiditätshilfen für die Krankenhäuser gekoppelt. „Wenn keine schnelle Einigung im Vermittlungsausschuss gelingt, muss das Bundesgesundheitsministerium die Liquiditätshilfen wieder vom Transparenzgesetz abkoppeln. Zusätzlich muss endlich ein Gesetzentwurf für die Krankenhausreform vorgelegt werden und möglichst schnell in den Bundestag. Aber auch die Länder müssen jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden“, machte der Vizepräsident deutlich. Dass eine Krankenhausreform erforderlich sei, stehe außer Frage. „Dafür braucht es jetzt mehr Kompromiss und weniger Blockade. Die Länder müssen außerdem endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, die Investitionskosten der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren. Der Investitionsstau an den Krankenhäusern wird immer größer.“ **DK**

Bitcoin ist ein Rohstoff:

„Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz“

Als erste Regionalbank deutschlandweit unterstützt die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte mit Hauptsitz in Ingolstadt ihre Mitglieder und Kunden bei der Verwahrung von Bitcoin mit Know-how. Wie das funktioniert, warum sich die Bank mit Bitcoin auseinandersetzt und ob Kommunen für das Thema sensibilisiert werden müssen, erklärt Vorstandsmitglied Andreas Streb im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Herr Streb, seit wann und warum beschäftigen Sie sich persönlich mit dem Thema Bitcoin?
Andreas Streb: *Mein Nachbar wollte im März 2020 von mir wissen, ob wir als Bank uns mit dem Thema „Bitcoin“ auseinandersetzen. Ich persönlich war bis zu diesem Zeitpunkt der Meinung, dass Bitcoin nichts mit Geld zu tun hätte und Blockchain war für mich ein Fremdwort. Aber mein Interesse war geweckt und ich habe in einem Selbstversuch über die Börse Stuttgart Bitcoin gekauft. Das war nicht so einfach und mir wurde dadurch bewusst, dass für unsere Kunden Beratungsbedarf besteht, den wir als regionaler Ansprechpartner für unsere Kunden decken müssen.*


Andreas Streb. Bild: VR Bank Bayern Mitte

Sicherheit im System

GZ: „Bitcoin ist Energieverschwendung und erleichtert Kriminalität“: Wie oft hören Sie das und was entgegnen Sie?
Streb: *Solche Fragen zeigen, dass die Person viel Meinung und wenig Ahnung hat. Das soll nicht herablassend klingen; es ist mein voller Ernst. Um Bitcoin zu verstehen, braucht es Zeit, die man bereit sein muss zu investieren. Verkürzt lässt sich sagen: Das System Bitcoin hat nichts mit Betrügereien zu tun, wie sie beispielsweise rund um den Crash der Krypto-Börse FTX passiert sind. Sonst müsste jede Bankenpleite auch stellvertretend eine Pleite unseres Finanzsystems sein. Bitcoin ist auch kein Schneeball- oder Pyramidensystem. Und zum Energiethema: Nur weil etwas Energie verbraucht, heißt das nicht, dass es schlecht ist: E-Mobilität verbraucht Energie, Streaming verbraucht unendlich viel Energie, reguläre Finanzdienstleistungen verbrauchen Energie. Bei Bitcoin, hinter dem ein dezentrales, Computer-Netzwerk mit offener Programmierung steht, resultiert der hohe Energieverbrauch aus der Verwendung des „Proof-of-Work“-Algorithmus, der der Bitcoin-Blockchain zugrunde liegt und der für Sicherheit im System sorgt. In diesem System wird jeder neue Bitcoin durch Energie erzeugt und die Erzeugung wird immer schwieriger, was Bitcoin so wertvoll macht. Zudem ist die Erzeugung sehr streng limitiert. Noch strenger als zum Beispiel der Goldabbau. Anders ausgedrückt: Der Wert von Bitcoin spiegelt sich im hohen Energieeinsatz, denn dieser ist die sichere Verbindung aus der digitalen in die reale Welt.*

Lebenslange Kundenbeziehungen

GZ: Wie ist es Ihnen gelungen, Ihren Vorstand zu überzeugen, dass ein eigenes Angebot sinnvoll ist?
Streb: *Unsere Bank gibt es seit 125 Jahren und unsere Kunden betreuen wir selbst vor Ort und vermitteln sie nicht an jemand anderen für spezielle Angebote wie beispielsweise Bitcoin. Unsere Kundenbeziehungen halten ein Leben lang. Mit dieser Prämisse, verbunden mit unserem Anspruch, als Dienstleister Unterstützung in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten zu liefern, war sich der Vorstand über die Sinnhaftigkeit einer Auseinandersetzung mit der Thematik sehr schnell einig. Schließlich hat sich so auch ein völlig neues Produkt für die Bank entwickelt.*
GZ: Gab es unerwartete Hürden? Wer hat Ihnen in der Umsetzung geholfen? Werden Sie von anderen (Regional-)Banken nach Ihrer Expertise gefragt?
Streb: *Lassen Sie mich hier etwas ausholen: Seit 2020 steht im Kreditwesengesetz (KWG), der Bibel aller Banker, dass Anbieter von Kryptowährungen eine Banklizenz brauchen. D.h. die deutsche Bankenwelt hätte spätestens dann wissen müssen, dass Kryptoverwahrung Bankgeschäft ist. Aber wie schon bei Paypal und Co. wurde auch hier die Entwicklung verschlafen und mit der Firma Coinbase war es wieder ein amerikanisches Unternehmen, das die erste Kryptoverwahrlizenz in Deutschland beantragt und auch bereits im Juni 2021 bekommen hat. Wir sind tatsächlich die erste heimische Bank, die ihren Kunden ein Bitcoin-Angebot machen kann. Und nur allein deswegen konnten wir über 100 Neukunden gewinnen, die nur deshalb auf uns gekommen sind. Die wären sonst zu einem anderen, vielleicht weniger seriösen Anbieter gegangen. Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz.*

Für uns war die Entwicklung dieses komplett neuen Produktes außergewöhnlich und absolutes Neuland. Wir haben uns die Expertise von Joe Martin, Bitcoin-Berater und Buchautor, ins Haus geholt und alle 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aus dem Vertrieb über die Innenrevision bis hin zur Compliance-Abteilung, sowie die Führungsriege intensiv geschult. Ich war in allen diesen Sitzungen dabei. Mit der rechtlichen Unterstützung des Genossenschaftsverbands Bayern und auch durch die Bundesbank war es uns möglich, 2022 an den Start zu gehen. Jetzt gibt es bundesweit Nachfragen und mit der Volksbank Mittlerer Schwarzwald hat das erste Institut unsere Idee übernommen.
GZ: Was ist Ihr konkretes Angebot?
Streb: *Durch unsere gemeinsame intensive Beschäftigung mit Bitcoin haben wir den Mehrwert ermittelt, den wir unseren Kunden bieten können. Daraus haben wir ein Dienstleistungsangebot entwickelt, das die drei folgenden Hauptthemen abdeckt:*
- *Kundeninformation: Schritt 1 ist ein einstündiges Informationsgespräch, das Basiswissen vermittelt: Was ist die Blockchain, was ist eine Wallet, welche unterschiedlichen Wallets gibt es, was ist der Private-Key, usw.*
- *Im nächsten Schritt leisten wir Unterstützung bei der Verwahrung, denn Bitcoin ist im Grunde digitales Gold für dessen sichere Lagerung der Besitzer selbst sorgen muss. Nützliche Werkzeuge und ein gemeinsam mit Joe Martin entwickeltes Handbuch bieten wir in einem Online-Shop über unsere Website (https://www.vr-bayernmitte.de/privatkunden/sparen-geldanlage/bitcoin.html) an.*
- *Und schließlich können unsere Kunden über das Girokonto sehr einfach Bitcoin erwerben. Wichtig ist, dass die Bank nicht die Bitcoin der Kunden verwaltet. Der Kunde ist immer selbst verantwortlich, wird aber von uns kompetent unterstützt.*

GZ: Warum nur Bitcoin?
Streb: *Bitcoin ist die einzige echte dezentrale Blockchain-Anwendung, die weltweit sicher funktioniert. Sie ist für jeden nachvollziehbar und gegen Manipulationen gesichert. Bitcoin ist unabhängig, hat keine Zentrale, keinen Emittenten und keine Marketingabteilung. Gary Gensler, Vorsitzender der US-Börsenaufsicht SEC, verwendet folgendes Bild: Bitcoin ist Rohstoff, alle anderen Kryptowährungen sind Wertpapiere, hinter denen wieder ein erfolgsabhängiges Geschäftsmodell steht. Wenn wir noch das Beispiel Ethereum bemühen wollen, neben Bitcoin eine andere Kryptowährung. Hier konnte 2022 der Mechanismus von „Proof of Work“ zu „Proof of Stake“ mit dem Ziel geändert werden, den Energieverbrauch zu reduzieren. Aber allein die Tatsache, dass eine so drastische Änderung möglich war, zeigt ja, dass möglicherweise auch andere Änderungen an der Kryptowährung vorgenommen werden könnten. Daher ist Ethereum für uns keine Option, weil wir unseren Kunden keine solchen Risiken zumuten wollen.*
GZ: In El Salvador ist Bitcoin offizielles Zahlungsmittel. Der Schweizer Kanton Zug, die Gemeinde Zermatt und jetzt auch die Stadt Lugano erlauben die Bezahlung von kommunalen Dienstleistungen und Steuern in Bitcoin. Könnte das auch für unsere Kommunen denkbar sein?
Streb: *Dass Bitcoin offizielles Zahlungsmittel wird, das braucht noch Zeit. Dass er dafür taugt, habe ich bei einer Bitcoin-Konferenz in Lugano selbst erlebt. Dort kann inzwischen in 300 Geschäften mit Bitcoin gezahlt werden. Insbesondere in Ländern ohne funktionierendes*

(Fortsetzung auf Seite 6)



Explosive Lage:

Warum ein Gesetz Geldautomaten nicht schützt

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Geldautomatensprenger treiben in Deutschland weiter ihr Unwesen. 462 mal versuchten sie im letzten Jahr, Geldmaschinen mit Explosivstoffen zu knacken. Im Freistaat schlugen die Sprengstoffgangster 21 mal zu. Zwar liegt bundesweit die Zahl der versuchten und vollendeten Anschläge knapp unter der des bislang schlimmsten Schreckensjahres 2022 mit 496 Attacken. Und auch in Bayern ist sie rückläufig. Dennoch verharrt die Zahl der Angriffe auf Geldausgabeautomaten in Deutschland seit 2020 auf hohem Niveau.

Die Gesamtzahl der Automatensprengungen im laufenden Jahrzehnt addiert sich mittlerweile auf knapp 1.800, davon 99 in Bayern. Die Räuber kommen freilich nicht bei jedem Versuch an die Geldkassette, verursachen aber in der Regel beträchtlichen Sachschaden. Sie gefährden mit ihren kriminellen und zumeist nächtlichen Taten zudem in erheblichem Maße Menschen im Wohnumfeld der Geldautomaten.

Die Lage ist explosiv. Dass es entsprechend immer wieder Forderungen gibt, den Geldautomatenbetreibern – zumeist Banken – gesetzlich und damit verbindliche Sicherheitsmaßnahmen aufzuerlegen, liegt auf der Hand. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert das. Ähnliches war im Vorfeld der letzten Innenministerkonferenz der Länder im Dezember vereinzelt und zum wiederholten Male aus dem Kreis der Minister zu hören.

Der Reflex zur gesetzlichen Maßnahme liegt zwar nahe. Aber trägt er zur Lösung bei? Allenfalls vordergründig. Die nähere Betrachtung zeigt, dass die Banken längst handeln. Sie haben in den letzten Jahren deutschlandweit bereits 300 Millionen Euro in zusätzliche Automatensicherheit investiert. Und sie werden in den nächsten Jahren weiter investieren. Kein Bankvorstand hat ein Interesse daran, dass Geldautomaten in die Luft gejagt, Gebäude in Trümmer gelegt, Leib und Leben von Menschen gefährdet werden. Die Institute werden deshalb weiter standortbezogene Risikoanalysen vornehmen und – wo nötig – zusätzliche bauliche Maßnahmen an den Standorten der Geldautomaten genauso ergreifen wie spezielle Präventionsmaßnahmen an den Geräten selbst. Schließzeiten werden ebenso geändert wie Schließsysteme, die die Zugänge zu den Automaten regeln. Das haben die Banken glaubwürdig angekündigt und zwischenzeitlich schon in vielen Fällen umgesetzt. Alle diese Maßnahmen werden womöglich mittelfristig die Zahl der Automatensprengungen verringern.

Was die Banken aber bei allen Anstrengungen nicht beseitigen können, ist das Thema hinter dem Thema. Es darf als erwiesen gelten, dass es nicht Kleinkriminelle sind, die auf eigene Rechnung mit Explosivstoffen hantieren und in den Nachtstunden durch Automatensprengungen für Schrecken sorgen. Vielmehr sind es die Handlanger der organisierten Kriminalität. Sie agieren strikt nach Anweisung. Ihre Raubzüge in deutschen Gemeinden und Städten dienen kriminellen Schattenmännern in den Niederlanden zur Geldbeschaffung.

Anschläge auf Geldautomaten sind auch kein neues Phänomen. In der Polizeistatistik wird es seit 2005 erhoben. Das Bundeskriminalamt ordnet die Geldautomatenattacken längst der organisierten Kriminalität zu. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts dynamisiert sich die Entwicklung. Insofern gehört zu einer ursachenadäquaten Lösung auch die Debatte um einschlägige politische Maßnahmen, die die Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und ihre Finanzierungsstrukturen stärken – national wie europäisch.

Die Lösung für das Thema Geldautomatensprengungen allein bei den Banken zu verorten, wird der Dimension des Ganzen nicht gerecht. An verschiedenen Stellen sind Hausaufgaben zu erledigen. Die Banken haben unzweifelhaft die ihren. Die Bundesinnenministerin vertraut weiter darauf, dass die Geldautomatenbetreiber im eigenen Interesse die Schutzmaßnahmen erhöhen und die dazu vereinbarten Ziele bis 2025 erreichen. Sie handelt also richtig, wenn sie nicht auf eine gesetzliche Regelung setzt. Richtig ist es zudem, auf politischer Seite mit Hochdruck Strukturen weiterzuentwickeln und Finanzmittel bereitzustellen, um die Schlagkraft der Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität massiv zu erhöhen. Hier besteht Nachholbedarf. Die über Jahre unerledigten Hausaufgaben der Politik erscheinen als die ungleich größeren.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❒

Weniger Geldautomatensprengungen

In Bayern kam es nach Angaben des Landeskriminalamtes im Jahr 2023 zu 21 Sprengstoffattacken auf Geldautomaten. 17 mal erlangten die Täter Geldbeute. In knapp der Hälfte der Fälle schlugen die Bankräuber in unter- und mittelfränkischen Kommunen zu. Oberbayern blieb von den Raubzügen verschont. Die Zahl der Geldautomatensprengungen ist im Vergleich zum Vorjahr (37 Fälle) deutlich zurückgegangen, liegt jedoch noch immer über der Fallzahl des Jahres 2021 mit 17 Attacken. Insgesamt wurden im Bundesgebiet 2023 462 Geldmaschinen gesprengt, 34 weniger als im Jahr 2022. **(jmg)**

Volks- und Raiffeisenbanken:

Solidarisch an der Seite der Landwirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe sicherstellen

Die bayerische und deutsche Landwirtschaft spielt in einer Zeit geopolitischer Unsicherheit eine herausragende Rolle für die verlässliche, regionale Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Es ist von großer Bedeutung, die hiesige Landwirtschaft zu stärken und zu fördern. Die aktuellen politischen Entwicklungen gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung, indem die Bundesregierung mit ihren jüngsten Beschlüssen zusätzliche Belastungen für Landwirte schafft. Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Gregor Scheller, äußerte sich besorgt: „Die Einschnitte sind enorm und treffen die Landwirtschaft inmitten tiefgreifender struktureller Veränderungen", betonte er in München.

Insbesondere die Entscheidungen in Berlin zur Streichung der Rückerstattung der Energiesteuer beim Agrardiesel und der Befreiung land- und forstwirtschaftlicher Maschinen von der Kfz-Steuer werden als schwerwiegender Einschnitt empfunden. Deren Rücknahme beziehungsweise Relativierung sind ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Die bayerische Genossenschaftsorganisation unterstützt die heimische Landwirtschaft und teilt die Besorgnis über die bestehenden Herausforderungen.

Entlastungen und Verlässlichkeit

In Solidarität mit den laufenden Protesten der Landwirte setzen sich die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftlichen Waren- und Dienstleistungsunternehmen für eine nachhaltige Stärkung der einheimischen Landwirtschaft ein. „In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen benötigt die Landwirtschaft dringend Entlastungen und Verlässlichkeit", sagte der GVB-Präsident. Es ist unser gemeinsames Ziel, eine Politik zu fördern, die die Belange der Bäuerinnen und Bauern angemessen berücksichtigt und die deutsche Landwirtschaft unterstützt. Die Volks- und Raiffeisenbanken setzen sich dafür ein, dass die Interessen der Landwirte in den politischen Entscheidungsprozessen angemessen gewichtet werden, eine nachhaltige Zukunft für die heimische Landwirtschaft gewährleistet ist und damit die Versorgung der Menschen in unserem Land." ❒

Mit Beteiligung zum Erfolg:

Wie Volksbanken die Energiewende vor Ort treiben

Die Windkraft lohnt sich immer mehr für Kommunen und Bürger. Denn: Viele Bundesländer wollen zukünftig Unternehmen verpflichten, die Standort-Kommunen und Anwohnenden an den Gewinnen der Windkraft zu beteiligen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht letztes Jahr die Pflicht zur Beteiligung als rechtmäßig eingestuft hat, herrscht endlich Rechtssicherheit. Da der Bund bislang kein deutschlandweites Konzept für Beteiligung vorgelegt hat, schaffen einige Bundesländer nun Tatsachen.

Neben Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wurde nun auch kürzlich in NRW ein Beteiligungsgesetz verabschiedet. Außerdem liegen zurzeit Entwürfe für Beteiligungsverpflichtungen in Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt vor. Auch in Rheinland-Pfalz und Bremen seien erste Schritte getan, so eine aktuelle Auswertung der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Der Hintergrund: Zum Teil sind die großen Windenergie-Anlagen vor Ort umstritten. Mit der finanziellen Beteiligung wollen nun viele Bundesländer die Akzeptanz des Ausbaus erhöhen. Wenn man mitverdient, ändert sich für viele ein Blick auf das Windrad.

Energiegenossenschaften erleben eine Boom-Zeit

Eine unkomplizierte Art der Beteiligung von Bürgern und Kommunen stellt die eingetragene Genossenschaft (eG) dar. Die Idee ist so simpel wie erfolgreich: Einer Genossenschaft kann man einfach beitreten und jedes Mitglied hat eine Stimme – unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Anteile. So können Genossenschaften nicht von Konkurrenten übernommen werden. Seit Jahren steigt die Gründungszahl von Genossenschaften im Energiesektor bundesweit. Lag die Zahl der Neugründungen im Jahr 2020 noch bei 4, wurden letztes Jahr 42 neue Energiegenossenschaften gegründet. Und allein im ersten Halbjahr 2023 liegt die Zahl bei 30, so eine aktuelle Auswertung der DZ Bank.

Da reine Bürgerprojekte oft mit Gründung, Planung und Finanzierung allein überfordert sind, beteiligen sich häufig lokale Volks- und Raiffeisenbanken. So entstehen regionale Synergien. Denn: Die in der Region verwurzelten Kreditinstitute sind nicht nur vertrauensvolle Finanzierungspartner, sondern verfügen auch über genossenschaftliches Know-how. Das gilt nicht nur für Windkraftprojekte, sondern auch z. B. im Bereich Solarstrom. Christoph Gottwald vom Genossenschaftsverband unterstreicht den beiderseitigen Mehrwert: „Die breite Kooperation sorgt für eine echte Win-win-Situation: Durch die enge Zusammenarbeit kann die Bank ihren CO2-Fußabdruck reduzieren und die Energiegenossenschaft profitiert vom gewachsenen Netzwerk in der Region." Viele Volks- und Raiffeisenbanken beteiligen sich bereits an Energiegenossenschaften. Experte Gottwald schätzt den Anteil der Energiegenossenschaften mit Volksbank-Beteiligung auf ca. 20-30 Prozent.

Die Eifel zeigt, wie es gehen kann

„Volks- und Raiffeisenbanken legen in Ihrer Unternehmensphilosophie einen Hauptfokus auf die Wertschöpfung in der Region, um die Wirtschaftskraft vor Ort zu stärken", sagt Mario Brüders, Vorstand der Südeifel Strom eG. „Durch die Präsenz in der Fläche hebt sich dieses Geschäftsmodell nachhaltig von anderen Banken ab", so Brüders weiter. Er verkörpert die Zusammenarbeit von Bank und Energiegenossenschaft in seiner Person: Er ist gleichzeitig Führungskraft bei der Volksbank Eifel eG. „Der Gedanke einer dezentralen und unabhängigen Energieversorgung passt wunderbar zu den Grundstrukturen und Werten einer Kreditgenossenschaft," betont der Bank-Experte.

Am Beispiel der Südeifel Strom eG aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm wird deutlich: Unabhängige, regenerative Stromversorgung in der Region auszubauen kommt in der Bevölkerung an. Im Jahr 2009 wurde mit der ersten Photovoltaik-Dachanlage gestartet. Heute zählt sie zu den größten Energiegenossenschaften im Land. Sie hat aktuell über 900 Mitglieder. Mit-Initiatorin vor 15 Jahren war die Vorläuferbank der heutigen Volksbank Eifel eG. Unter dem Dach der Genossenschaft stellen die Verantwortlichen eine breite Beteiligung der Bevölkerung am Ausbau der erneuerbaren Energien sicher. Mario Brüders ist sich sicher: So wird das Gemeinschaftsprojekt Energiewende zum Erfolg. ❒

IT-Probleme bei der Postbank:

Gesetzlich pauschalierter Schadensersatz erforderlich

Sascha Straub, Referatsleiter Finanzdienstleistungen bei der Verbraucherzentrale Bayern, äußert sich zu den Problemen der Deutschen Bank bei der IT-Umstellung ihrer Tochtergesellschaft Postbank.

„Die Deutsche Bank kann entgegen eigener Ankündigung ihren Zeitplan für die Problembehebung durch die IT-Umstellung bei der Postbank nun doch nicht einhalten. Obwohl Kundinnen und Kunden der Postbank seit über einem Jahr mit erheblichen Leistungseinschränkungen zu kämpfen haben, hat die Deutsche Bank bislang nur warme Worte für die Betroffenen übrig.

Nach geltendem Recht hat die Bank finanzielle Konsequenzen nur dann zu fürchten, wenn einzelne Kunden ihre Schadensersatzansprüche geltend machen. Ein überschaubares Risiko für die Bank.

Wenn sich Banken erlauben können, ihre Leistungsverpflichtungen über Monate hinweg zu vernachlässigen, dann muss der Preis dafür spürbar erhöht werden. Um dies zu erreichen und gleichzeitig Geschädigten künftig einfacher zu ihrem Recht zu verhelfen, brauchen wir einen gesetzlich pauschalierten Schadensersatz bei Störungen von Bankdienstleistungen. Jedes Kreditinstitut sollte zudem verpflichtet werden, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Kunden diese Ansprüche jederzeit, einfach und digital anmelden können."

Hintergrund

Gesperrte Konten, nicht ausgeführte Überweisungen und unbearbeitete Betrugsfälle: Tausende Kundinnen und Kunden berichten seit Monaten von teils katastrophalen Problemen bei Postbank und DSL Bank. Auslöser war die IT-Migration zum Mutterkonzern Deutsche Bank. Betroffene können auf Schadensersatz hoffen, müssen dafür aber aktiv werden. Eine pauschale Erstattung lehnt die Deutsche Bank ab, obwohl die Probleme ausschließlich von ihr verursacht worden sind. Jeder Fall soll einzeln geprüft werden.

Interaktiver Musterbrief

Die Verbraucherzentrale Bayern bietet Betroffenen daher einen interaktiven Musterbrief unter www.verbraucherzentrale-bayern.de/postbank-tool an. Mit dem kostenlosen Tool können Verbraucher bequem individuelle Forderungsschreiben erstellen, um ihre Ansprüche gegenüber der Deutschen Bank geltend zu machen. ❒

Im Grunde ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Finanzwesen übernimmt Bitcoin bereits Funktionen z.B. als Wertspeicher. In El Salvador waren unter anderem die horrenden Gebühren auf internationale Transaktionen in US-Dollar der Grund, Bitcoin einzuführen und die Vielzahl der Menschen ohne Bankverbindung.

Lösung für Unternehmen

Dass bayerische Kommunen sich eine Wallet zulegen, das glaube ich vorerst nicht. Auch wir als Bank kaufen kein Bitcoin. Kommunen verwalten kein eigenes Geld und als Entscheider hat man dann schnell ein Rechtfertigungsproblem. Aber wer weiß, Aktien wurden bis vor 25 Jahren auch noch als Spekulationsobjekte abgelehnt. Bei Bitcoin besteht die Herausforderung, wie verhindert werden kann, dass eine Person, die die Bitcoin für die Gemeinde oder Behörde verwaltet, mit der Wallet verschwindet. Denken Sie an die Analogie zu Gold, nur das Bitcoin sehr viel leichter zu transportieren ist! Aber auch hier arbeiten wir an einer Lösung, einer sogenannten Multisignatur-Wallet, die z.B. für Unternehmen interessant werden könnte. Mit einer Multisig-Wallet können nur dann Transaktionen vorgenommen werden, wenn zwei von drei Verantwortlichen zustimmen. Einer dieser drei könnte aus Sicherheitsgründen die Bank sein.

Was aber durchaus für Kommunen und deren Stadtwerke interessant werden könnte ist, dass Bitcoin tatsächlich zur Stromnetzstabilität beitragen kann. In Texas wird das schon gemacht, denn Mining-Maschinen können, anders als Rechenzentren, ohne Datenverluste schnell zu- und abgeschaltet werden, was sie zu einem interessanten Stromnetzstabilisator macht.

Auch in Bayern gibt es innovative Unternehmen, wie die in der Kunststoffverarbeitung tätige Kläger Group aus Neusäß bei Augsburg. Deren Tochter Terahash sieht Bitcoin-Mining als innovativen Lösungsansatz, wenn es um Wärmegewinnung geht. Für die eigene wärmeintensive Produktion sind auch schon Mining-Maschinen im Einsatz. Wir arbeiten mit dem Unternehmen zusammen und stehen natürlich für weitere Informationen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Kontroverse Digitaler Euro

GZ: Der Digitale Euro wird vorbereitet. Ihrer Meinung nach: Brauchen wir einen Digitalen Euro?

Streb: *Niemand braucht den Digitalen Euro, er ist völlig unnötig. Ich denke auf der europäischen Ebene sieht man Bitcoin als Problem auf sich zukommen und meint daher ein digitales Angebot schaffen zu müssen. Aber wir haben bereits digitales Geld auf unseren Girokonten.*

Außerdem soll der Digitale Euro weder als Blockchain-Anwendung noch als Token konzipiert sein. Und damit ist er nichts weiter als ein Computerprogramm irgendwo in einer Cloud, das natürlich auch weiterhin programmierbar sein wird, da mache ich mir nichts vor. Wir gehen zwar immer davon aus, dass unsere Regierungen es gut mit uns meinen. Was aber, wenn wir mit dem Digitalen Euro etwas erschaffen, aus dem wir so einfach nicht mehr rauskommen? Daher müssen wir als Gesellschaft frühzeitig intervenieren.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe zum demografischen Wandel:

Ruf nach Paradigmenwechsel

Der demografische Wandel stellt Staat und Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Nach Auffassung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe ist ein konstruktiver Umgang mit der Entwicklung notwendig. Dafür seien verschiedene Paradigmenwechsel erforderlich.

„Die Weltbank prognostiziert für die nächsten Jahre einen unverminderten Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten, also der über 65-Jährigen, bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter. Damit verschiebt sich tendenziell die Zielrichtung der Staatsausgaben", stellen die Chefvolkswirte fest. Aufgrund einer höheren Lebenserwartung nehme die Rentenbezugsdauer potenziell zu, was die Thematik weiter verschärfe.

Zwischen 2022 und 2027 gehe die Finanzplanung von einem Anstieg der Rentenversicherungsleistungen des Bundes um rund ein Viertel auf 134,6 Mrd. Euro aus. Gemessen an seinen Einnahmen (ohne Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme) liege der Anteil aufgrund der geplanten steigenden Einnahmen auch 2027 noch bei knapp 30 Prozent (2022: 29,6 Prozent).

Problematische Verschiebung der Altersstruktur

Die Probleme, die die Verschiebung der Altersstruktur in Deutschland und anderen Industrieländern mit sich bringt, zeigten sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Durch Renteneintritt seien in den vergangenen Jahren jeweils 800.000 bis 900.000 Personen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, die nur zum Teil durch nachfolgende Generationen ersetzt werden. Beim Thema Fachkräftemangel schlügen die Unternehmen daher Alarm. Die größten Engpässe gebe es demnach aktuell in sozialen und pflegenden bzw. betreuenden Berufen, aber auch im Handwerk und in der IT. Für die Zukunft zeichne sich eine weitere Verschärfung der Knappheit ab: Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts werde die Altersgruppe der 65-Jährigen, die absehbar aus dem Erwerbsleben ausscheidet, im Vergleich zu den 20-Jährigen, die an der Schwelle zum Berufsleben stehen, immer größer.

„Bei zunehmender Alterung stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten kann – insbesondere bei hoher Regulierungsdichte", heißt es weiter. Mangelnde Anpassung an neue Herausforderungen steigere das Risiko, international abgehängt zu werden und belaste das Wirtschaftswachstum. „Nimmt die aktive Bevölkerung zahlenmäßig ab, könnte eine höhere Produktivität das ausgleichen. Die Entwicklung der letzten Jahre ist hier nicht ermutigend. Allerdings sorgt künstliche Intelligenz (KI) derzeit für intensive Diskussionen und dürfte an Bedeutung gewinnen."

Mögliche Bremswirkung auf Investitionen

Eine im Alter abnehmende Spartätigkeit könne darüber hinaus eine Bremswirkung auf Investitionen entfalten: Um den Lebensstandard trotz Einkommenseinbußen beim Übergang vom Gehalt auf Rentenbezüge zu halten, werde häufig Vermögen verzehrt, das als Kapital für Investitionen dann nicht zur Verfügung steht. Da die einkommensstarken Länder jedoch insgesamt mit einer alternden Gesellschaft konfrontiert sind, werde die Lösung kaum in einer Entlastung durch Kapitalimporte liegen, vermuten die Finanzexperten.

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland sei im EU-Vergleich moderat (66 Prozent zu 84 Prozent des BIP). Krisenbekämpfung und Wachstumseinbußen hätten jedoch ihre Spuren hinterlassen und der jüngste Anstieg der Kapitalmarktzinsen verteuere den Schuldendienst. Der Sparkurs sollte eine Priorität bleiben, um Spielraum für zukunftsorientierte Ausgaben zu schaffen, heißt es.

Neuland „Aktienrente"

Neuland betrete die Bundesregierung mit der „Aktienrente", in die 2023 zunächst 10 Mrd. Euro aus Krediten fließen sollen. Basis hierfür sei die „Stiftung Generationenkapital". Erstmals soll so eine kapitalmarktbasierte Komponente das Umlagesystem ergänzen und ab ca. 2037 den Staat entlasten. Mit Blick auf skandinavische Länder, wo die Altersvorsorge seit Jahren Fondskomponenten enthält, ist die Einbeziehung des Kapitalmarkts als weitere Säule im deutschen Rentensystem aus Sicht der Chefvolkswirte „eine sinnvolle Ergänzung, wenn sie ausreichend mit Kapital ausgestattet wird. Zudem muss geklärt werden, inwieweit ein solcher Fonds zusammen mit der Kreditwirtschaft gemanagt werden kann. Ob der vom Finanzminister für die kommenden Jahre anvisierte dreistellige Milliardenbetrag ausreicht, um eine nennenswerte Entlastung zu bringen, ist fraglich."

Längeres Arbeiten attraktiv machen

Am Arbeitsmarkt stelle sich die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient genutzt werden. Dabei biete die Aktivierung Älterer ein großes Arbeitskräftereservoir. „Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über die aktuell laufenden Maßnahmen hinaus könnte sich allerdings als kontraproduktiv erweisen und zu Ausweichreaktionen führen, zumal das Rentenalter im europäischen Vergleich bereits hoch ist", geben die Finanzexperten zu bedenken. „Erfolgreicher dürften Anreizsysteme, Flexibilität und individuelle Lösungen sein, die längeres Arbeiten zu einer eigenen Entscheidung und damit attraktiv machen."

Chancen lägen auch in der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Dies sei allerdings keine Einbahnstraße, denn der Fachkräftemangel stelle mittlerweile ein internationales Problem dar und bewirke auch eine Abwanderung von Fachkräften (Brain Drain). Die erfolgreiche Anwerbung sei daher in Kombination mit der Standortattraktivität insgesamt zu sehen.

Insgesamt gilt es nach Einschätzung der Chefvolkswirte, stärker die Chancen zu nutzen und nicht nur die Bedrohungen zu sehen. „Beispiele wie der wachsende Einsatz von Quereinsteigern in Mangelberufen, die Wiedereinstellung pensionierter Fachkräfte und der Entfall von Zuverdienstgrenzen bei Altersrenten seit 1. Januar 2023 schaffen Flexibilität und zeigen, dass die Anforderungen des demografischen Wandels Bewegung in feste Strukturen bringen. Wenig Bewegung ist allerdings bei der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber einer staatlich verordneten längeren Wochen- oder Lebensarbeitszeit zu erwarten. Wer (wieder-)gewählt werden will, dürfte bei diesem Thema Zurückhaltung üben."

Für eine gelingende Anpassung an den demografischen Wandel werde noch der ein oder andere Paradigmenwechsel notwendig sein. Dazu zähle ein Kulturwandel hin zu einem generell positiven Verständnis von Arbeit. „Ist das auf der eigenen Stelle nicht möglich, dürfte rascher als in früheren Zeiten gewechselt werden. Dies erfordert auch bei den Unternehmen mehr Flexibilität." Die frühzeitige Suche nach kreativen Lösungen helfe, unausgereifte Notlösungen zu vermeiden. **DK**

Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee:

Geplante Fusion

Die Träger der beiden selbstständigen Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee sehen in einer Fusion sehr gute Möglichkeiten, neue Impulse zu setzen zum Wohle der gemeinsamen Region, auch in Zeiten besonderer Herausforderungen. „Wenn zwei kerngesunde und leistungsstarke Partner ihre Kräfte und Kompetenzen bündeln, entstehen Vorteile für die gesamte Region, für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kunden und für die Mitarbeitenden", darin sind sich die Verwaltungsratsvorsitzenden der beiden Sparkassen einig. Der Augsburger Landrat Martin Sailer und Krumbachs Erster Bürgermeister Hubert Fischer erhielten von den beiden Zweckverbänden als Träger der Sparkassen grünes Licht für den Abschluss der Fusionsverhandlungen.

Das Fusionsziel ist eine kunden- und aufgabenorientierte Sparkasse mit regionaler Verwurzelung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der heimischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der freien Berufe, der Landwirtschaft, der Kommunen und der Industrie zu bilden, so die beiden Vorstandsvorsitzenden, Thomas Munding und Daniel Gastl. Im Ranking der bayerischen Sparkassen wäre die Fusionssparkasse auf Platz 4 von 59 bayerischen Sparkassen.

„In Summe werden die Mitarbeitenden, die Kundinnen und Kunden sowie der gesamte Vertrieb profitieren. Die neue Sparkasse wird die Attraktivität für gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen in der Region weiter erhöhen," ist sich der künftige Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Schwaben-Bodensee, Thomas Munding, sicher.

Mit der Fusion entsteht ein schlagkräftiges Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von rund 12 Mrd. Euro, über 1.400 aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie rund 100 Geschäftsstellen und SB-Geschäftsstellen in der Region. Die Sparkasse hat ihren Sitz in den Städten Memmingen, Augsburg, Günzburg und Lindau. Der Hauptsitz befindet sich in der Stadt Memmingen. Darüber hinaus sind Kompetenzzentren in den Städten Krumbach, Mindelheim und Schwabmünchen vorhanden. Ziel ist, dass die Sparkasse auf Basis dieser sieben Säulen dezentral organisiert wird.

Die Fusion bringt Kostenvorteile und Stabilität in einer anspruchsvollen Zeit, so die Verwaltungsratsvorsitzenden. Arbeitsplatzabbau, betriebsbedingte Kündigungen und Standortverlagerungen, sind keine Themen im Rahmen des Fusionsvorhabens.

Die Verwaltungsräte und Verbandsversammlungen werden über den Zusammenschluss in den nächsten Wochen entscheiden. Anschließend wird dann in den jeweiligen kommunalen Gremien darüber informiert und abgestimmt.

Wenn die Entscheidungsträger vom Mehrwert einer Fusion überzeugt sind, gibt es auf Grundlage des Fusionsvertrages ab 1. Juli 2024, rückwirkend zum 1. Januar 2024, eine noch größere und leistungsfähigere Sparkasse Schwaben-Bodensee. ❐

Zum 200. Geburtstag:

Stadtsparkasse München schnürt Gemeinwohl-Paket

Die Stadtsparkasse München wird anlässlich ihres 200-jährigen Bestehens insgesamt 13,5 Millionen Euro für das Gemeinwohl in München ausgeben. Das Institut gründet eine Nachhaltigkeitsstiftung mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro. Rund 3,5 Millionen Euro sind für Förderprojekte vorgesehen. „Das Jubiläumsjahr widmen wir München und dem Gemeinwohl", erklärt Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer. Die Stadtsparkasse begleite von jeher gemeinnützige Vereine, Organisationen und Projekte.

Auch zum 200. Geburtstag steht dieses Engagement im Vordergrund. Geplant sei, neben der Gründung der neuen Nachhaltigkeitsstiftung, viele kleine Initiativen zu unterstützen. Die Beschäftigten der 45 Filialen haben zum Beispiel je ein Projekt ausgewählt, für das die Stadtsparkasse jeweils 2.000 Euro spendet. Vorstandsvorsitzender Fleischer betont: „Die Kolleginnen und Kollegen leisten einen Beitrag in ihrem Stadtteil. Das unterstützt der Vorstand sehr gern."

Gemeinwohl soll Stadtgesellschaft abbilden

Im Jubiläumsjahr werden die Stadtsparkasse München und die von ihr gegründeten Stiftungen das Gemeinwohl mit rund 3,5 Millionen Euro fördern. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem regulär geplanten jährlichen Betrag von 3 Millionen Euro sowie einem Betrag von insgesamt rund 500.000 Euro für Förderprojekte im Jubiläumsjahr. „Unser Engagement ist so vielseitig wie es unser Alltag und unser Geschäft ist", betont Ralf Fleischer. „München ist unsere Kundschaft, München wollen wir erreichen." Die rund 500.000 Euro werden folgenden Projekten und gemeinnützigen Institutionen zugutekommen:

- 45 individuelle Spenden der Filialen von jeweils 2.000 Euro.
- Jubiläumsaktionen für die Spendenplattform wirwunder.de/muenchen.
- Projekt „Meine Sparkasse ist eine sichere Bank": 20 Parkbänke, die im Stadtgebiet aufgestellt werden.
- XPRENEURS ist ein High Tech-Start-up-Inkubator der gemeinnützigen UnternehmerTUM. Das Programm begleitet Gründungsteams auf dem Weg zum Markteintritt.
- Drittes Schutzhaus für wohnungslose Frauen und ihre Kinder, HORIZONT e. V.
- „Münchner Initiative Nachhaltigkeit" (MIN). MIN ist ein Bündnis von rund 50 Organisationen, die sich für die lokale Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einsetzen.
- Spende in Höhe von 100.000 Euro für die neue Stiftung „Für Nachhaltigkeit – Stiftung der Stadtsparkasse München".

Im Dreiklang von Stiftungen, Spenden und Sponsoring

Das Engagement der Stadtsparkasse München für das Gemeinwohl beruht auf Spenden, Sponsoring und auf den von ihr gegründeten Stiftungen. Im Jahr 2023 hat das Finanzinstitut insgesamt 210 Projekte gemeinnütziger Organisationen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt (2022 waren es 188 Projekte und 3,4 Mio. Euro). Bei der Vergabe der Fördermittel werden seit Herbst 2023 die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen berücksichtigt.

Nachhaltigkeit in der Strategie verankert

Die SSKM hat das Thema Nachhaltigkeit in ihrer Geschäftsstrategie verankert, um es kontinuierlich in allen Geschäftsbereichen zu integrieren. Dabei orientiert sich das Finanzinstitut an den Kriterien Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (ESG: Environ-mental, Social, Governance). ❐



Landrat Thomas Karmasin:

Haushaltsrede im Kreistag Fürstenfeldbruck

Neben Ausführungen zum Haushalt standen folgende Gedanken zur gesamtpolitischen Lage im Zentrum der Haushaltsrede von Landrat Thomas Karmasin im Kreistag Fürstenfeldbruck. Wir zitieren wörtlich aus der Rede des Landkreistagspräsidenten:

„Die moderne Medizin hält eine Vielzahl hochwirksamer Schmerzmittel bereit, die überall preiswert und ohne Schwierigkeiten verfügbar sind. Der Vorteil ist, dass man sich lästige Leiden schnell und einfach vom Hals schaffen kann. Der Nachteil ist, dass man leicht vergisst oder erst gar nicht hinterfragt, warum man eigentlich Schmerzen hatte. Das kann auf Dauer gefährlich sein.

In der Politik passiert derzeit etwas Ähnliches: wir sind – zurecht – in hohem Maße besorgt über Umfrageergebnisse, die eine hohe Zustimmung der Menschen zu radikalen Parteien vorhersagen. Wir überlegen, wie wir diese radikalen Parteien bekämpfen können, durch Protest, womöglich gar durch Verbote. Das kann alles erforderlich sein oder werden, darüber will ich hier nicht sprechen.

Woher kommt die massive Unzufriedenheit und Empörung der Bürger?

Aber sollten wir nicht auch überlegen, woher eigentlich dieser Schmerz kommt? Woher diese plötzliche, breite, massive Unzufriedenheit und Empörung kommt? Wenn Sie jetzt annehmen, ich werde gleich sagen, das habe alles die Ampel-Regierung verursacht, dann muss ich Sie enttäuschen. Das wäre in der Tat viel zu einfach und viel zu kurz gesprungen, auch wenn diese Regierung ein besonderes Talent hat, möglichst viele gegen sich aufzubringen.

Ich will mir nicht anmaßen, überhaupt irgendwo in der politischen Landschaft Schuldige für diesen Zustand auszumachen, zumal eine klassische Grenzziehung auf der Landkarte der Parteien auch gar nicht mehr möglich ist. Wäre es anders, wären diese Grenzen politiktheoretisch dort zu ziehen, wo sie im 19. Jahrhundert entstanden sind, dann wäre eine Partei des Liberalismus und eine Partei eines gemäßigten Sozialismus wohl kaum in einer Regierung zu vereinen. Unterscheidungen sind, wenn auch nicht sehr trennscharf, in der Schwerpunktsetzung zu machen. Während die einen die Notwendigkeit von Verteilung und Versorgung in den Vordergrund rücken, betonen die anderen die Notwendigkeit von Erwerb als Grundlage und Voraussetzung für eben diese Leistungen des Staates. Die Erkenntnis, dass verteilt nur werden kann, was erwirtschaftet wurde, wird seit langer Zeit vernachlässigt, nicht nur von der derzeitigen Bundesregierung, ja überhaupt nicht nur von der Politik.

Kostspielige Anspruchshaltung

Die gesamte Gesellschaft hat sich angewöhnt, für jedes Problem und jeden Wunsch nach dem Staat zu klingeln, wie ein englischer Lord nach dem Butler. Besonders deutlich wurde dies in der Corona Pandemie. Aber auch jetzt ist die Vorstellung, irgendjemand müsse ein beliebiges Problem selbstständig lösen, völlig aus der Welt. Es ist geradezu ein geflügeltes Wort in den Medien geworden, jemand werde mit diesem oder jenem Problem „allein gelassen“. So, als sei der Bürger oder die Bürgerin ein kleines Kind, bei dem der Staat aus dem Zimmer geht und das jetzt hilflos ist.

Diese Anspruchshaltung führt zu einer ganzen Reihe von Folgen: Zum einen kostet der ständige Aufbau von Versorgungsleistungen jedweder Art natürlich Geld. Geld, das bei wichtiger Infrastruktur fehlt. Deshalb sind wir im europäischen Vergleich nahezu überall hintendran: Mobilfunknetz, Breitband, Digitalisierung generell, Bahn!

Ich bin sicher kein Nationalist, schon gar nicht im Urlaub, aber dass man auf der Fahrt nach Rom die Strecke mit dem alten, abgenutzten und unzuverlässigen deutschen Zug kurzhalten muss, dass man spätestens in Bozen in den neuen, sauberen und absolut pünktlichen italienischen Zug umsteigen muss, das schmerzt schon ein bisschen...

Zum anderen muss das Rundumwohlfühlpaket des Staates natürlich administriert werden. Das führt dazu, dass immer mehr Verwaltung aufgebaut wird, die, wie ich bestätigen kann, sehr tüchtig arbeitet, aber natürlich nichts produziert.

Schließlich sinkt die Schwelle des Einzelnen, selbst tätig zu werden, immer weiter. Ein Löwe im Zoo, den der Wärter täglich füttert, verlernt das Jagen. Und er muss rundum geschützt werden, weil er das selbst nicht mehr kann.

Wo immer ein Haus brennen könnte, ein verdorbenes Ei verkauft werden könnte oder auch nur leichtfertig eine persönliche Information bekannt gegeben werden könnte: Überall springt der Staat in Form einer Schar von Bediensteten herbei, die eine Fülle von Regeln vollzieht. Natürlich alles immer zum Schutz des Bürgers, den wir in diesem Zusammenhang gern „Verbraucher oder Verbraucherin“ nennen.

Das ist alles ja gut gemeint und manches ist sogar sinnvoll. Interessanterweise macht es aber die Menschen nicht zufrieden. Aus einem einfachen Grund: Wer in den Genuss sinnvoller oder zumindest für ihn günstiger Leistungen kommt, hält diese längst für selbstverständlich. Wehe nur, wenn sie wieder abgeschafft oder gekürzt werden.

Gigantischer Aufwand der öffentlichen Hand macht niemanden glücklich

Wer nicht in den Genuss kommt oder wer gar von zweifelhaften Regelungen betroffen ist, ärgert sich über viel zu viel Bürokratie und darüber, dass die Verfahren viel zu lange dauern, viel zu aufwändig sind und zu viel kosten. Conclusio: Der gigantische, teure Aufwand, den die öffentliche Hand betreibt und den sie immer weiter aufbläht, macht in Wahrheit niemanden richtig glücklich, sondern im Gegenteil früher oder später alle unzufrieden.

Nun könnte man ja meinen, es wäre geradezu ein Segen, dass in den Kassen der öffentlichen Hand weniger Geld ist. Es werde den Staat ganz automatisch verschlanken, wie so eine Art Fitnesskur oder Zwangsdiät. Soweit sind wir aber noch nicht. Im Moment lässt die Rechtslage es noch zu, dass Bestellungen zulasten fremder Kassen getätigt werden.

Kein Politiker einer höheren Ebene muss auf Wohltaten verzichten, weil es genügend Möglichkeiten gibt, sie durch eine niedrigere Ebene finanzieren zu lassen. In Bayern gibt es dafür inzwischen gewisse Grenzen, weil durch das Konnexitätsprinzip der Staat bezahlen muss, wenn er etwas bestellt. Im Bund ist das anders. Obwohl oder gerade weil es Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen nicht gibt, werden dort fröhlich Leistungen erfunden oder ausgeweitet, die die Kommunen zahlen müssen. Der Bund sagt: ich kenne euch nicht, wendet euch an die Länder, und das Land sagt: tut mir leid, das ist kein Fall der Konnexität, wir konnten leider nicht verhindern, dass der Bund solchen Unsinn beschließt.

Und damit richte ich den Blick auf die kommunalen Kassen: Ich durfte den Finanzausgleich heuer ja federführend mit dem Finanzminister verhandeln. Wir haben nach zähen Verhandlungen am Schluß 130 Millionen mehr für die Kommunen herausholen können als allgemein erwartet wurde.

Immerhin 1,5 Millionen davon spüren wir direkt bei unserer Kreisumlage. Ein ordentliches Ergebnis. Klingt gut! Aber im gleichen Moment wurde bekannt, dass alleine der Bezirk Oberbayern 170 Millionen mehr Geld für Sozialausgaben benötigt. Das Missverhältnis zwischen Ansprüchen, die befriedigt werden sollen, und der Finanzausstattung geht immer weiter auseinander. Hinzu kommen ständig weitere, neue Wohltaten, die finanziert und administriert werden müssen.

Auf der untersten Ebene sagen die Gemeinden gern, sie seien die letzten in der Nahrungskette. Sie könnten sich nicht wehren, seien einfach der Umlage des Landkreises ausgeliefert. Das stimmt praktisch weitgehend. Theoretisch nicht ganz, denn sie könnten, wenn auch unter Schmerzen und nicht immer sinnvoll, an der Steuerschraube drehen. Der Landkreis kann nicht einmal das. Er ist der Bezirksumlage ausgesetzt und hat keine Steuerschraube. Er hat nur die Kreisumlage. Trotzdem kann er natürlich seinen Gemeinden nicht jede finanzielle Luft abdrücken. Was haben wir also getan?

Kommunale Spielräume

Wir haben eine Konsolidierungskommission eingesetzt, die ausgelotet hat, welche Spielräume überhaupt bestehen. Allzu üppig sind sie nicht, denn zu den meisten Zahlungen verpflichten uns, wie dargestellt, andere Ebenen. Die Möglichkeiten, die wir durch Steuerung im Rahmen der Pflichtaufgaben haben, haben wir schon freiwillig genutzt. Zum Beispiel ist es erstmals gelungen, den ständigen Anstieg der Jugendhilfe durch Organisationsmaßnahmen zu stoppen. Damit gehören wir zu den Vorreitern!

Bei den Ausgaben, die wir überhaupt nennenswert gestalten können, haben wir uns entschieden, Schwerpunkte zu setzen. Ein klassischer Schwerpunkt ist unser ÖPNV, wo wir Deutschlands Beste bleiben wollen.

Auch unsere Schulen wollen wir künftig gut ausstatten. Schlimm genug, dass uns bei zwei Projekten auch aufgrund einzelner schlechter Bauleistungen Zeitplan und/oder Kosten durcheinanderkommen. Andere Bereiche müssen wir verschlanken und straffen, auch wenn das da und dort als falsches Signal missverstanden werden kann. Dem Diktat einer erträglichen Kreisumlage folgend habe ich schließlich auch einer kräftigen Beschneidung der Personalkosten zugestimmt.

Nur eines muss klar sein: Es gibt gute Gründe zu sagen, im Moment können wir uns die Sterneküche nicht leisten, lass uns mal eine Zeit lang Leberkäse essen. Aber seitens des Gesetzgebers ein Sternerestaurant zu verordnen und zu erwarten, aber seitens des Kreistags die Köche nicht einzustellen, wird Probleme geben.

Solidarisch mit den Gemeinden

Im Ergebnis schlagen wir eine Kreisumlage von 50,61 Punkten vor. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen müssen mehr erhöhen. Wir zeigen Solidarität mit unseren Gemeinden, die schwierigen Zeiten entgegengehen.

Mittel- bis langfristig helfen aber nur zwei Dinge, die ich am Anfang beleuchtet habe: Wir müssen politisch erreichen, dass andere ihre Hände aus unseren Kassen nehmen und wir müssen dafür sorgen, dass Erwerb stattfindet. In unserem Landkreis besteht dazu eine riesige Chance auf unserem Fliegerhorst. Auch deshalb unterstützen wir mit so großem Nachdruck die Entwicklung des geplanten Biodroms, das als gigantischer Inkubator für unsere Region wirken wird. Ich freue mich, dass ich da an den richtigen Stellen in Bayern mit anschieben darf.“ ❐

Finanzminister Füracker:

Bargeldobergrenze der EU beschneidet Freiheitsrechte!

„Die auf EU-Ebene beschlossene Bargeldobergrenze im Geschäftsverkehr lehnt Bayern strikt ab. Eine generelle Begrenzung der Bargeldnutzung beschneidet die Menschen empfindlich und unverhältnismäßig in ihren Freiheitsrechten! Bürgerinnen und Bürger müssen auch in Zukunft frei und selbst entscheiden können, wie sie bezahlen möchten“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Trilogverhandlungen.

Bargeld ist geprägte Freiheit: Es ist schnell, braucht keine technische Infrastruktur und schützt die Privatsphäre – kein anderes Zahlungsmittel kann mit all diesen Vorteilen aufwarten. Die Ampelregierung hat es versäumt, sich auf EU-Ebene ausreichend für die Wahlfreiheit beim Bezahlen einzusetzen. Das öffentliche Auftreten des Bundesfinanzministers gegen die Einführung von Bargeld-Obergrenzen war letztlich ein reines Lippenbekenntnis!“, stellte Füracker fest.

„Auch in Bayern setzen wir uns klar und entschlossen für eine Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung ein. Mit einer generellen Bargeld-Obergrenze im Geschäftsverkehr schießt die EU aber weit über dieses Ziel hinaus“, fuhr der Minister fort.

Die EU-weite Obergrenze für Barzahlungen im Geschäftsverkehr von 10.000 Euro, auf deren Einführung sich Rat, EU-Parlament und EU-Kommission in sogenannten Trilogverhandlungen Mitte Januar dieses Jahres geeinigt haben, ist Teil einer von der Kommission im Juli 2021 initiierten EU-Verordnung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Vor ihrem Inkrafttreten muss die Verordnung noch vom Rat und dem EU-Parlament formal gebilligt werden. Nach einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Deutschen Bundesbank wollen 93 Prozent der Befragten auch in Zukunft selbst entscheiden können, ob sie bar oder unbar bezahlen. ❐

Rund 4,4 Mrd. Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Der Freistaat Bayern bleibt auch in herausfordernden Zeiten gekürzter Bundesmittel, massiver Inflation, deutlich steigender Kosten und sinkender Steuereinnahmen starker Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich erreicht 2024 einen neuen Spitzenstand von rund 11,4 Mrd. Euro. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen von insgesamt rund 4,44 Mrd. Euro und damit rund 175 Mio. Euro mehr als im Vorjahr“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit.

Neben den Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise werden auch die Zuweisungen an die Bezirke um 10 Mio. Euro auf über 716 Mio. Euro erhöht. Wichtige Schwerpunkte setzt der kommunale Finanzausgleich neben der Stärkung der Verwaltungshaushalte auch im Investitionsbereich. So stehen zum Beispiel für die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, rund 1,07 Mrd. Euro zur Verfügung.

867 Mio. für Oberbayern

Wie Füracker erläuterte, erhalten die Kommunen in Oberbayern im kommenden Jahr über 867 Mio. Euro. Die Stadt Ingolstadt bekommt mit 45,7 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern, gefolgt von den Landkreisen Rosenheim mit über 44 Mio. Euro und Fürstenfeldbruck mit gut 41 Mio. Euro. Unter den oberbayerischen Gemeinden hat die Stadt Rosenheim mit 25,4 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. An die Stadt Dachau gehen 10,9 Mio. Euro und damit 10,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund ihrer hohen Steuerkraft auch 2024 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich auf über 367 Mio. Euro, die Landkreise erhalten Schlüsselzuweisungen von über 429 Mio. Euro.

488 Mio. für Niederbayern

Über 488 Mio. Euro werden für die niederbayerischen Gemeinden und Landkreise bereitgestellt. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 42,2 Mio. Euro an den Landkreis Passau. Insgesamt erhalten die Landkreise in Niederbayern über 187 Mio. Euro. Unter den Gemeinden in Niederbayern werden der Stadt Landshut mit 34,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen zuteil - ein Plus von 9,5 Prozent. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen gehen an die Stadt Passau mit 23,9 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern betragen 2024 über 224 Mio. Euro.

421 Mio. für die Oberpfalz

Die Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich über Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 421 Mio. Euro freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält der Landkreis Regensburg mit 40,7 Mio. Euro, gefolgt vom Landkreis Schwandorf mit 28 Mio. Euro. Insgesamt bekommen die Landkreise in der Oberpfalz 2024 rund 160 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Weiden mit 24,5 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 17,1 Prozent im Vergleich zu 2023. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen erhält die Stadt Amberg mit 14,4 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Schwandorf mit 9,6 Mio. Euro. Auf die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz entfallen rund 218 Mio. Euro. Mit 244 Euro je Einwohner werden ihnen um 28 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt überwiesen.

765 Mio. für Mittelfranken

Mittelfranken kann 2024 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 765 Mio. Euro kalkulieren. Mit 271,2 Mio. Euro darf sich die Stadt Nürnberg über die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern freuen. Dies bedeutet einen Anstieg um 18 Prozent gegenüber 2023. Die Stadt Fürth bekommt mit 76,2 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in Mittelfranken, gefolgt von den Landkreisen Ansbach mit 34,4 Mio. Euro und Nürnberger Land (32,8 Mio. Euro). Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken belaufen sich 2024 auf über 202 Mio. Euro, für die Landkreise auf mehr als 176 Mio. Euro.

512 Mio. für Oberfranken

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberfranken werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 512 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Bamberg mit 35,4 Mio. Euro, ein Plus von 3 Prozent im Vergleich zu 2023. Danach folgt die Stadt Hof mit 32,1 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen insgesamt über 243 Mio. Euro. Mit 293 Euro je Einwohner erhalten sie um 54 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in Oberfranken stehen rund 176 Mio. Euro bereit. Mit 212 Euro je Einwohner haben sie damit um 25 Prozent mehr zur Verfügung als der bayerische Durchschnitt.

612 Mio. für Unterfranken

Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 612 Mio. Euro gehen an die unterfränkischen Kommunen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen 2024 erhält die Stadt Würzburg mit 50,9 Mio. Euro. Dahinter folgen die Landkreise Aschaffenburg mit 35,6 Mio. Euro und Würzburg (33,6 Mio. Euro). Über einen kräftigen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um über 19 Prozent auf 30,3 Mio. Euro kann sich die Stadt Aschaffenburg freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen über 294 Mio. Euro. Mit 273 Euro je Einwohner erhalten sie um 43 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Die Landkreise in Unterfranken können mit über 217 Mio. Euro kalkulieren.

773 Mio. für Schwaben

Den schwäbischen Kommunen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 773 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen und damit die zweithöchste Summe im Freistaat erhält die Stadt Augsburg mit 204,4 Mio. Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen die Landkreise Augsburg mit 49,7 Mio. Euro, und Neu-Ulm mit 31,4 Mio. Euro sowie die Stadt Kaufbeuren mit 29,8 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben erhalten 2024 rund 247 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt über 254 Mio. Euro. **DK**

Europäischer Rechnungshof:

Weniger Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Europa

In den vergangenen zehn Jahren ist der Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch nationale, regionale und lokale Behörden in der gesamten EU deutlich zurückgegangen. Zu diesem Schluss gelangt der Europäische Rechnungshof in einem aktuellen Bericht.

Zwischen 2011 und 2021 hätten immer weniger Unternehmen an Vergabeverfahren teilgenommen, um öffentlichen Stellen ihre Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen anzubieten. Stattdessen hätten sich die Behörden häufig direkt an bestimmte Unternehmen gewandt. Mit der Reform von 2014 sei es nicht gelungen, die öffentlichen Vergabeverfahren attraktiver zu machen, was den Wettbewerb hätte verstärken und den Mitgliedstaaten dabei helfen können, beim Einsatz von Steuergeldern das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Tatsächlich habe sich die Dauer der Verfahren sogar verlängert, und es gebe weiterhin Probleme mit mangelnder Transparenz.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist für den EU-Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung, da sie das Wirtschaftswachstum ankurbelt, Arbeitsplätze schafft und Behörden die Möglichkeit bietet, durch offene und wettbewerbliche Verfahren die bestmöglichen Angebote einzuholen. Im Jahr 2014 reformierte die EU ihre Vergaberichtlinien mit dem Ziel, die Verfahren einfacher, transparenter und innovativer zu gestalten und den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu erleichtern.

„In den letzten 10 Jahren ist es der EU und ihren Mitgliedstaaten nicht gelungen, den Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verstärken, sodass wir nun leider von einem verlorenen Jahrzehnt sprechen müssen“, so Helga Berger, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Rechnungshofs. „Die EU-Kommission sollte einen Aktionsplan vorlegen, um die wichtigsten Wettbewerbshindernisse auszuräumen und öffentliche Aufträge für Unternehmen attraktiver zu machen.“

Die Entwicklung bei den drei wichtigsten Indikatoren für Wettbewerb – „Verfahren mit nur einem Bieter“, „Direktvergaben“ und „Anzahl der Bieter“ – sei in den meisten Mitgliedstaaten unbefriedigend verlaufen, und beim Wettbewerb sei insgesamt keine Verbesserung festzustellen. Im Jahr 2021 habe der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter einen Höchststand erreicht: So seien 42 Prozent aller Aufträge in Ausschreibungen vergeben worden, an denen nur ein Unternehmen teilgenommen habe. Seit 2011 habe sich der Anteil solcher Vergabeverfahren in der gesamten EU nahezu verdoppelt. Gleichzeitig sei die Zahl der Unternehmen, die Angebote eingereicht hätten, von knapp sechs auf drei pro Verfahren und damit um fast die Hälfte zurückgegangen.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge hätten sich die Behörden zudem häufig direkt an ein oder mehrere Unternehmen gewandt, um sie zur Einreichung eines Angebots aufzufordern, ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Solche Direktvergaben seien zwar unter ganz bestimmten Umständen zulässig, schränkten jedoch den Wettbewerb ein und sollten die Ausnahme bleiben. Direktvergaben hätten jedoch in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen und machten rund 16 Prozent aller im Jahr 2021 gemeldeten Vergabeverfahren aus.

Die Kommission habe 2017 zwar eine neue Strategie auf den Weg gebracht, jedoch habe sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu wenig unternommen, um die Ursachen für den nachlassenden Wettbewerb zu ermitteln und diese zu bekämpfen. Dazu zählen nach Ansicht der Prüfer der Verwaltungsaufwand, übermäßig restriktive Kriterien und maßgeschneiderte (d. h. auf bestimmte Unternehmen zugeschnittene) Vorgaben sowie die Marktkonzentration. Auch hätten sich die Kommission und die Mitgliedstaaten stärker auf die Einhaltung der Vorschriften als auf die bestmögliche Leistung konzentriert. Es fehle das Bewusstsein dafür, dass Wettbewerb eine wichtige Voraussetzung sei, um bei der Auftragsvergabe ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen.

Verpuffte Reform

Die Reform von 2014 sei in Sachen Bürokratieabbau praktisch verpufft. Ganz im Gegenteil habe sich die Dauer der Verfahren im Laufe des Jahrzehnts sogar um 50 Prozent erhöht, und sowohl die Bieter als auch die Behörden hielten die Verfahren – im Vergleich zu der flexibleren Auftragsvergabe im Privatsektor – für schwerfällig. Auch der Anteil der an KMU vergebenen Aufträge sei nicht gestiegen. Die meisten Aufträge würden nach wie vor an die Bieter vergeben, die das günstigste Angebot einreichten. Dies zeige, dass eher strategische Aspekte (z. B. Umwelt, Soziales oder Innovationen) selten berücksichtigt würden. Den Prüfern bereitet nicht nur der Mangel an Transparenz bei den Verfahren Sorge – zumal Transparenz einen wichtigen Schutz vor Betrug und Korruption bietet –, sondern auch das geringe Volumen der grenzüberschreitenden Auftragsvergabe. Sie fordern die Kommission insbesondere auf, die Ziele bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klar festzulegen und Maßnahmen zur Beseitigung der wichtigsten Wettbewerbshindernisse vorzuschlagen.

Hintergrund

Jedes Jahr werden in den EU-Ländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge rund 2 Billionen Euro ausgegeben, was etwa 14 Prozent des BIP der EU entspricht. Bei den Vergabemodalitäten sind Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen: Im Jahr 2021 war der größte Anteil an Direktvergaben in Zypern (42 Prozent) und der geringste in Griechenland (3 Prozent) zu verzeichnen; der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter war in Slowenien mit 73 Prozent am höchsten, und in Polen blieb er mit rund 50 Prozent über den gesamten Zehnjahreszeitraum auf einem hohen Niveau.

Auch zwischen den einzelnen Sektoren gab es Unterschiede: Ab 2011 war bei den Finanzdienstleistungen ein Rückgang der Direktvergaben zu beobachten, während der Energiesektor im Jahr 2021 den höchsten Anteil an Direktvergaben verzeichnete. ❐



Sparkasse Allgäu unterstützt „Leben statt schweben“

Bereits seit 20 Jahren führt der Stadtjugendring Kempten zusammen mit dem Amt für Jugendarbeit der Stadt Kempten (Allgäu) die Präventionsmaßnahme „Leben statt Schweben“ durch. Jedes Jahr steht die Maßnahme unter einem anderen Motto. Im Herbst 2023 konnten interessierte Jugendliche, deren Eltern sowie Lehrkräfte die Ausstellung „ECHT KRASS – Wo hört der Spaß auf?“ besuchen und sich über einen interaktiven Präventionsparcours dem Thema „Jugendliche und sexuelle Grenzverletzungen“ nähern. Die Sparkasse Allgäu unterstützt den Stadtjugendring Kempten seit vielen Jahren bei der Durchführung von „Leben statt Schweben“, im abgelaufenen Jahr mit 4.000 Euro. Unser Bild zeigt von links: Oliver Huber (Stadt Kempten), Thomas Wilhelm (Stadtjugendring Kempten) und Angelo Picierro (Sparkasse Allgäu) bei der Übergabe des Spendenschecks. Bild: Martin Reichert

Neue Kooperation zwischen Finanztip und Zukunftstag bringt Finanzen in den Unterricht

Die Mehrheit der Deutschen fordert mehr Finanzbildung an Schulen – und rund zwei Drittel trauen der Politik nicht zu, Lösungen zu finden. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der Finanztip Stiftung und der Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung (IWJB). Die beiden gemeinnützigen Organisationen gehen das Problem mit einer neuen Partnerschaft ab sofort gemeinsam an. Mit Projekttagen bringen sie Finanzthemen direkt in die Klassenräume und unterstützen Lehrkräfte mit einer Online-Plattform für Lehrmaterialien.

Der Start in ein selbstbestimmtes Leben nach der Schule scheitert nicht selten an fehlender ökonomischer Bildung. Um das zu ändern, bündeln die Finanztip Stiftung und der Zukunftstag ihr Engagement bei der Vermittlung von grundlegendem Finanzwissen. Finanztip-Gründungsstifter Marcus Wolsdorf: „Finanztip fördert den Zukunftstag, weil er wichtige wirtschaftliche Themen jedes Jahr in hunderte Schulen bringt und genau wie wir gemeinnützig arbeitet. Im Gegensatz zu vielen anderen geht es uns nicht um wirtschaftliche, sondern um gemeinnützige Gewinne, um Bildung für Jugendliche.“

Neue Bildungswebsite

Das Team habe bewiesen, dass außerschulische Projekte den Unterricht bereichern können: „Durch die Zusammenarbeit mit dem Zukunftstag verstärken wir unsere Bemühungen für mehr Finanzbildung und setzen da an, wo der Lehrplan aufhört.“ Ziel sei, Finanzbildung nachhaltig an Schulen zu etablieren, wofür die beiden Organisationen die neue Bildungswebsite www.zukunftstag-finanztip.de bereitstellen. Dort finden Lehrkräfte kostenfrei vertiefende Lehrmaterialien zu den vier Themenbereichen “Finanzen”, “Steuern”, “Erste eigene Wohnung” und “Krankenkasse”, mithilfe derer sie die Inhalte der Projekttage nachbereiten und vertiefen können.

Kooperation ist kein Ersatz für Finanzbildungsstrategie

Gegründet wurde der Zukunftstag vor fünf Jahren von Juri Galkin und Lorenzo Wienecke, die damals selbst gerade erst aus der Schule heraus waren. „In den vergangenen Jahren ist es uns mit den Projekttagen gelungen, die Finanzbildung deutschlandweit an Schulen und auf die politische Bühne zu bringen. Wir haben ein Interesse und Bewusstsein bei zehntausenden jungen Menschen geweckt, doch uns war immer klar, dass ein Projekttag lediglich ein erster Schritt ist, um die Finanzbildung in Deutschland nachhaltig zu verbessern“, so Lorenzo Wienecke. Ziel der Kooperation mit Finanztip sei es, ein Best-Practice-Beispiel dafür zu schaffen, durch zivilgesellschaftliches Engagement Wissen, das auf den Lehrplänen fehle, unbürokratisch und direkt in die Klassenräume zu bringen. So kämen sie bereits ins Handeln, während im politischen Berlin noch darüber diskutiert werde, wie eine nationale Finanzbildungsstrategie aussehen könnte. In 2024 sind 600 dieser Zukunftstage geplant.

Start der Kooperation war der erste gemeinsame Zukunftstag im Gymnasium Fürstenried in München, an dem unter anderem Finanztip-Chefredakteur Saidi Sulilatu sowie weitere Finanztip-Experten Workshops für 85 Schüler abhielten. Zeitgleich wurde die neue Bildungswebsite erstmalig für Lehrende vorgestellt. ❐

VKB ergänzt Naturkatastrophen-Rückversicherung erstmals über Cat-Bond-Markt

Der Konzern Versicherungskammer hat erstmals eine Katastrophenanleihe (Cat Bond) über die in Irland ansässige und nach dem Konzerngründer König Maximilian I. benannte Zweckgesellschaft „King Max Re DAC“ emittiert. Die Anleihe hat ein Gesamtvolumen von 175 Millionen Euro und schützt die Kompositversicherer des Konzerns über einen Rückversicherungsvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren. Abgedeckt werden damit die vier wesentlichen Naturgefahren Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben, auf eine für den Bestand des Erstversicherers individuell festgelegte Schadenhöhe im Falle eines Kumulereignisses.

„Schadenereignisse, wie die Flutkatastrophe im Ahrtal oder der Hagelsturm Denis, und Modellierungsergebnisse für Naturgefahren zeigen einen höheren Absicherungsbedarf. Als größter öffentlicher Versicherer und einer der führenden Gebäudeversicherer sehen wir uns in der Verantwortung das Risiko für unsere Kunden und Stakeholder zu reduzieren“, so Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer.

„Durch diese Form des direkten Risikotransfers in die Kapitalmärkte schaffen wir eine ergänzende und diversifizierende Alternative zu unseren traditionellen Rückversicherungslösungen“, erklärt Ulrich Müller, Hauptabteilungsleiter Rückversicherungen im Konzern Versicherungskammer.

Der Cat Bond wurde in Zusammenarbeit mit Aon aufgelegt. Jan-Oliver Thofern, Chairman und CEO von Aon Deutschland ergänzt: „Cat Bonds wurden bislang nur von international tätigen deutschen Versicherern aufgelegt. Mit dieser Emission zeigt der Konzern Versicherungskammer als erster öffentlicher Versicherer, dass Cat Bonds auch für mehrheitlich in Deutschland tätige Unternehmen umsetzbar und werthaltig sind.“ ❐



Kommunales und industrielles Wassermanagement:

Nachhaltige digitale Lösungen

Cluster Sensorik und Umweltcluster Bayern unterstützen mit Zusammenarbeit Digitalisierungstrend im Wasserbereich

Wassermanagement spielt eine entscheidende Rolle in der heutigen industriellen Landschaft, insbesondere in Branchen, die einen bedeutenden Einfluss auf die globale Wirtschaft und Umwelt haben. Die Nachhaltigkeit und die Effizienz des Wasserverbrauchs sind von zentraler Bedeutung für die Chemieindustrie, Lebensmittel- und Getränkeproduktion, Energieerzeugung, Bergbau und die Textilindustrie.

Diese Schlüsselindustrien stehen vor der Herausforderung, ihre Produktionsprozesse zu optimieren, um den Ressourcenverbrauch zu minimieren und die Umweltauswirkungen zu reduzieren. Ein verantwortungsbewusstes industrielles Wassermanagement ist nicht nur entscheidend für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, sondern auch für Kosteneinsparungen, nachhaltiges Wachstum und die Sicherstellung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Hierbei können Lösungen aus dem Bereich der Sensorik unterstützen - beispielsweise zur Überwachung der Wasserqualität oder beim schonenden und effizienten Umgang mit der Ressource Wasser.

Intelligentes Wassermanagement gewinnt aber nicht nur in wassernutzenden Industrieunternehmen, sondern auch in bayerischen Kommunen zunehmend an Bedeutung. Letzteres haben die beiden Cluster „Strategische Partnerschaft Sensorik" und „Umwelttechnologie-Cluster Bayern" im vergangenen Jahr untersucht. Nun liegen sichtbare Ergebnisse der Kooperation vor. Diese zeigen, wie schnell sich erste Erfolge im kommunalen Bereich erzielen lassen. Ein erster greifbar Use Case am Ammersee demonstriert, welche Vorteile der Einsatz moderner Technologien u.a. für die Überwachung der Temperatur im Trinkwassernetz bietet.

Wie lässt sich am besten von den konkreten, aktuellen Nöten erfahren? Durch Umfragen und persönlichen Austausch; genau diese Kombination war bei der Kooperation der Cluster zielführend. Im Rahmen von Projekt NUTSEN – das Akronym steht für Nachhaltige Umwelttechnologien durch Sensorik – haben das Cluster Sensorik und der Umweltcluster Bayern im vergangenen Jahr Kommunen und deren Wasserwerke, Kläranlagen und Zweckverbände nach ihren größten Herausforderungen befragt. Parallel dazu erkundigten sie sich bei Technologieanbietern nach ihren Lösungen und Services, die sich auch im Bereich Wassermanagement einsetzen lassen. „Wir haben Bedarf und Angebote bzw. auch aktuelle Lösungen aus dem industriellen Kontext gegengespiegelt und daraus Schlussfolgerungen auf technologische Entwicklungspfade ziehen können," berichtet Matthias Streller, Geschäftsführer des Cluster Sensorik.

Mit ihrer Arbeit leisten die Cluster auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, sowie zur nachhaltigen Wasserversorgung von Mensch und Umwelt. Damit von diesen Ergebnissen möglichst viele Kommunen profitieren, sind diese auch sichtbar. Die Cluster waren nicht nur auf zahlreichen Messen unterwegs, sondern haben – um den Technologietransfer für sensorbasierte Lösungen zu fördern - diese auch mit dem neuen Guide "24/7" online verfügbar gemacht. Kommunen, deren Ziel es ist ihre Wasserressourcen effizienter zu nutzen, frühzeitig vor Katastrophen zu warnen oder widerstandsfähigere Infrastrukturen zu entwickeln, finden in dem Marktüberblick geeignete Technologien für die Umsetzung ihrer Vorhaben. Auf der Plattform ist die Vielfalt von Technologien nun jederzeit einsehbar. Hier leisten die Cluster auch ein Stückweit Wirtschaftsförderung: Dieser Guide bietet den Technologieanbietern eine Plattform, um sich und ihre Lösungsangebote zu präsentieren.

Pilotprojekt am Ammersee: Temperaturüberwachung dank Funkwasserzählern

Ein Pilotprojekt am Ammersee soll weitere Kommunen motivieren, innovative Projekte zu realisieren. Die AWA-Ammersee, ein gemeinsames Kommunalunternehmen der sieben Gemeinden Andechs, Herrsching, Inning, Pähl, Seefeld, Wielenbach und Wörthsee, ersetzt in ihrem Einzugsgebiet fortlaufend analoge Wasserzähler durch Funkwasserzähler mit integrierter Temperaturmesseinheit. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde der Zählerwechsel im Pilotgebiet vorangebracht und das Monitoring der erfassten Daten geklärt. Insbesondere ging es um die Übertragung und Auswertung der von den Zählern erfassten Daten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Temperaturverteilung im Trinkwassernetz. Die Wassertemperatur ist ein zentraler Parameter für physikalische, chemische und biologische Prozesse in der Wasserversorgung. Mit der klimawandelbedingten Zunahme heißer Tage während der Sommermonate, steigt auch die Temperatur im öffentlichen Leitungsnetz. Zu hohe Temperaturen können, neben Kundenbeschwerden, auch zu einer Verschlechterung der mikrobiologischen Trinkwasserqualität beitragen, erklärt Maximilian Bleimaier, geschäftsführender Vorstand der AWA-Ammersee. Überwacht werden müsse insbesondere die Temperaturentwicklung in den Endsträngen, da sie nirgendwo sonst höher sei. Risiken bestehen insbesondere dort, wo das Netz zu groß dimensioniert oder der Verbrauch zu gering ist. Dank der neuen elektronischen Wasserzähler ist nun eine stündliche Überwachung der Temperaturentwicklung möglich.

Die Cluster haben aktiv Wissen und Ergebnisse verbreitet, u.a. auf Fachausstellungen, Konferenzen und Fachtagungen. Im letzten Juli organisierten sie ein Technologieforum in Nürnberg mit Impulsvorträgen zur Digitalisierung im Wassermanagement und einem interaktiven Workshop zur Wissenssicherung in der Wasserwirtschaft. Teilnehmer nutzten die Gelegenheit nicht nur für Fachgespräche, sondern auch für Vernetzung mit verschiedenen Akteuren.

Anschlussprojekt NUTSEN 2.0 – Wassermanagement in Industrieunternehmen

NUTSEN endete zwar 2023 (mit Abschlussbericht Anfang 2024), aber die beiden Cluster führen ihre Arbeit mit den gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen fort. Sie erweitern ihren Aktionsradius und greifen mit dem Folgeprojekt NUTSEN 2.0 das Thema industrielles Wassermanagement auf. Ziel ist, durch den Einsatz geeigneter Technologien mehr Effizienz und Nachhaltigkeit im industriellen Wassermanagement zu erreichen.

Einige der von der nationalen Wasserstrategie vorgesehenen Maßnahmen (Wassernutzungshierarchie, Anreize zum Wassersparen, Umsetzung einer erweiterten Herstellerverantwortung, Verringerung von Schadstoffeinträgen durch Industrieabwässer und Organisation der Abwasseraufbereitung nach dem Verursacherprinzip) konfrontieren wassernutzende Unternehmen mit großen Anforderungen. Genau an dieser Stelle wollen die Cluster Sensorik und Umwelttechnologie ansetzen. Sie verstünden ihre Aufgabe als Brückenbauer zwischen Politik und Industrie und wollten wassernutzende Industrieunternehmen bei der Umsetzung eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Wassermanagements begleiten und unterstützen, so Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern. In diesem Sinne sollen Vernetzungsaktivitäten in NUTSEN 2.0 Entwickler und Anbieter von Lösungen für das industrielle Wassermanagement mit der wassernutzenden Industrie zusammenbringen.

Beide Projekte werden über die Förderinitiative „Cross-Cluster Bayern" durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gefördert. ❐

Sicherung der Wasserversorgung:

Freistaat fördert interkommunales Projekt

Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit mit Bescheid der Regierung von Oberbayern vom 8. September 2023 das interkommunale Kooperationsprojekt „Gemeinsame Betriebsführung bei der Wasserversorgung" des Zweckverbands zur Wasserversorgung der Pöringer Gruppe mit einem Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro.

Der Zweckverband beschäftigt seit Anfang des Jahres 2023 zwei Fachkräfte der Wasserversorgung zur Betreuung der Verbandsanlagen. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Fachkräfte, die Mitarbeiter der Bauhöfe der Mitgliedsgemeinden fachlich und technisch bei der Betreuung der Ortsnetze zu unterstützen. Die Anschaffung der benötigten Gegenstände für Reparaturen am Ortsnetz bzw. von größeren Geräten sollen ebenfalls zentral über den Zweckverband beschafft und koordiniert werden.

Mit dem Projekt erfüllt der Zweckverband und auch die Mitgliedsgemeinden die erforderlichen Anforderungen. Positive Effekte bei der Betreuung der Ortsnetze und der Verbandsanlagen, aber auch im finanziellen Bereich zeigten sich innerhalb kürzester Zeit sowohl bei den Mitgliedsgemeinden als auch beim Zweckverband.

Nach der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit werden nicht nur Projekte im Bereich der Wasserversorgung gefördert, sondern in nahezu allen kommunalen Bereichen wie z.B. Standesamt, Datenschutz, EDV-Fachkraft, Archive etc. Die Förderung deckt einen Teil der Kosten ab, die bei der Vorbereitung und Durchführung interkommunaler Kooperationen entstehen.

Informationen erteilen die Ansprechpartner für interkommunale Zusammenarbeit bei den Regierungen, die auf der Homepage des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veröffentlicht sind: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/08-2023_ansprechpartner_ikz.pdf ❐

Teichunglück:

Ehemaliger Bürgermeister freigesprochen

Weil er den Dorfteich nicht hat absichern lassen, wurde vor knapp vier Jahren erstmals in Deutschland ein Bürgermeister wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Mehr als sieben Jahre nach dem Tod von drei Kindern im nordhessischen Neukirchen – sie hatten im Sommer 2016 ohne ihre Eltern am Wasser gespielt und ertranken – hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main den früheren Rathauschef nun freigesprochen. Das Urteil ist nicht anfechtbar.

Der Bürgermeister a.D. war in erster und zweiter Instanz zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Der Angeklagte legte Revision ein – und so wurde das damalige Urteil aufgehoben. „Es konnte nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden, dass der Angeklagte für das Unglück strafrechtlich verantwortlich ist", begründeten die Richter den Freispruch.

Die bauliche Veränderung am Westufer, die einen Ausstieg erheblich erschwerte, habe zwar dazu geführt, dass Sicherungsmaßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Es könne aber nicht mit der erforderlichen Sicherheit festgestellt werden, dass die erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen den Tod der Kinder verhindert hätten.

Die damalige Verurteilung des Rathauschefs hatte für erhebliche Verunsicherung in den Kommunen gesorgt. Viele Bürgermeister sperrten die Badestellen vorsorglich und zogen sich damit den Unmut der Bürger zu. Seit Jahren herrscht Rechtsunsicherheit. Der Freispruch des Stadtoberhaupts und das neue Urteil bringen nun mehr Klarheit.

Der Verband der kommunalen Wahlbeamten in Hessen, dem rund 400 aktuelle und ehemalige Bürgermeister angehören, begrüßte die Entscheidung des Oberlandesgerichts. „Das ist eine kluge und realitätsbezogene Entscheidung", erklärte Geschäftsführer Karl-Christian Schelzke. Das jetzige Urteil dürfte vor allem für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht nur eine Entlastung sein. Das Urteil bedeute auch, dass viele traditionell offene Gewässer nicht zwangsweise einzuzäunen sind, unterstrich Schelzke. **DK**

Moorbodenschutz:

Grünes Licht für Projekt im Donaumoos

Es geht vorwärts beim Moorbodenschutz in Bayern: Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilte, hat sie das Projekt „Stabi-Land" für eine grundwasserstabilisierenden Landwirtschaft im Donaumoos genehmigt. Damit sollen offene Fragen zu einer ackerbaulichen Bewirtschaftung mit erhöhten Wasserständen beantwortet werden.

„Moorbodenschutz geht nur mit den Landwirten. Umso erfreulicher ist es, dass die Idee für das Projekt von den Landwirten aus dem bayerischen Donaumoos selbst gekommen ist. Es fördert die Innovationskraft des Berufsstands vor Ort", sagte die Ministerin. Auf bis zu 100 Hektar Fläche sammelt das Projekt Erkenntnisse aus der Praxis bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen mit erhöhten Wasserständen. Das Landwirtschaftsministerium fördert die Maßnahme mit 665.000 Euro, die Landesanstalt für Landwirtschaft begleitet wissenschaftlich. Das Projekt beginnt noch heuer und endet Ende 2028.

Die Initiative dazu ging von Landwirten der Interessensgemeinschaft (IG) „Unser Donaumoos" aus. In intensiv ackerbaulich genutzten Bereichen des bayerischen Donaumooses sollen dabei auf landwirtschaftlichen Pilotflächen Erfahrungen im Ackerbau bei angehobenen Graben- und Grundwasserständen gesammelt, mögliche Nutzungseinschränkungen und -änderungen evaluiert sowie Entwicklungsoptionen aufgezeigt werden.

In das Projekt sind Flächen im gesamten bayerischen Donaumoos, bei denen eine Anhebung des Wasserstands möglich ist, einbezogen. ❐

Advertorial

Zertifiziert nachhaltig

Fernco GmbH erhält EcoZert Nachhaltigkeitsauszeichnung

Fernco, der marktführende Anbieter von Abwasserrohrverbindungen, erhielt die Auszeichnung EcoZert für sein nachhaltiges Handeln. Mit dem Zertifikat des unabhängigen Prüfinstituts Creditreform stellte das Unternehmen seine ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsinitiativen erfolgreich auf den Prüfstand. Die Verleihung fand am 7. Dezember 2023 in Eschwege statt.

In Wirtschaft und Gesellschaft nimmt das Thema Nachhaltigkeit einen immer größeren Stellenwert ein. Strenge Auflagen von Gesetzgebern, Kunden und Investoren stellen hohe Anforderungen an Unternehmen. Mit der EcoZert Auszeichnung macht Fernco das eigene Nachhaltigkeitsmanagement transparent nachweisbar und international vergleichbar. „Als ganzheitlich agierendes Unternehmen, sind wir uns unserer Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Umwelt und unseren Mitarbeitenden bewusst. Wir achten sowohl auf ressourcenschonende Prozesse entlang der Supply Chain als auch auf ein gutes Betriebsklima und einen wertschätzenden Umgang mit Mitarbeitern, Partnern und Kunden", erläutert Michael Penalver Giar, Geschäftsführer der Fernco GmbH, die Grundpfeiler der eigenen Unternehmenskultur.

Ressourcen schonen – Zukunft gestalten

Das Nachhaltigkeitsmanagement von Fernco rückt ökonomische, ökologische und soziale Ziele in den Fokus. Die EcoZert Auszeichnung macht dieses Engagement nun nach außen sichtbar, und dank Bewertungsindex vergleichbar. Das Zertifikat der Creditreform Rating AG steht für hohe Prüfqualität und unabhängige Ratings. Es dokumentiert die Umsetzung und Wirksamkeit der ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) und schafft Vertrauen bei Partnern, Kunden und Mitarbeitenden. Penalver Giar sieht das positive Ergebnis insbesondere als Ansporn: „Die ausgezeichnete Bewertung ermutigt uns dazu, unsere Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich zu intensivieren." Auch hoffe man, durch das eigene Engagement, andere Unternehmen zu mehr Nachhaltigkeit zu animieren.

EcoZert 2023 Gültig bis: 11/2024 AUSGEZEICHNETE NACHHALTIGKEIT ESG Fernco GmbH Eschwege

Fernco – Eine sichere Verbindung

Die US-amerikanische Fernco Gruppe blickt auf fast 60 Jahre Erfahrung in der Entwicklung und Herstellung von Rohrdichtungen zurück. Mehr als 350 Mitarbeiter tragen weltweit zum Erfolg ihrer Kunden bei und bringen jedes Jahr Innovationen auf den Markt. Dafür nutzen sie fortschrittliche Fertigungstechnologien, setzen auf globalen Betrieb und ein weltweit dichtes Liefernetz. Die Fernco Gruppe ist heute weltweit und in fast allen europäischen Ländern vertreten. Der Konzern beliefert unter anderem die Sektoren Tief – und Wohnungsbau, Sanitär, Transport und Straßenbau, Industrie, Versorgungsunternehmen und Infrastruktur sowie Reparatur und Instandhaltung. ❐

Weitere Informationen:

- https://www.creditreform.de/kassel/loesungen/esg/ecozert
- https://fernco.de/homepage/nachhaltigkeit



Am 07.12.2023 erhielt die Fernco GmbH das EcoZert für besonders nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Im Bild (v.l.): Michael Penalver Giar, Nadine Grimm, Roland Mertens, Marco Schneider (Creditreform). Bild: Fernco

Nachhaltige Innovation in der Trinkwasserversorgung

Wasserversorger Achengruppe baute im Rupertiwinkel Deutschlands größten Röhren-Hochbehälter

In nur zehn Tagen entstand vergangenen November in Tengling, einem Ortsteil der oberbayerischen Gemeinde Taching am See im Landkreis Traunstein, ein neuer Hügel. Er verbirgt und sichert den mit einer Million Liter Fassungsvermögen aktuell größten Röhren-Hochbehälter Deutschlands. Durch die Erdüberdeckung fügt sich der Röhrenspeicher defacto unsichtbar in die umgebende Landschaft ein. Das symbolische Richtfest findet am 3. Februar 2024 statt.

Werkleiter Wolfgang Grösch und Josef Stadler, Wassermeister des Zweckverbands zur Wasserversorgung Achengruppe in Kirchanschöring, setzten auf die in Deutschland noch selten eingesetzte, innovative Technik eines Röhren-Hochbehälters aus vollständig wiederverwertbarem, trinkwassergeeignetem Polyethylen(PE)-Kunststoff zur nachhaltigen Bevorratung von Trinkwasser. Insgesamt betreibt die Achengruppe acht Sammel- und Hochbehälter mit höchsten technischen Anforderungen und einem Fassungsvermögen von insgesamt über 4,2 Millionen Litern Trinkwasser. Mehr als 400 Kilometer angeschlossene Trinkwasserleitungen stellen eine Rund-um-die-Uhr Versorgung mit Trinkwasser und auch Löschwasser in den Mitgliedsgemeinden Fridolfing, Kirchanschöring, Petting, Taching, Tittmoning und Waging.

Auf einem rund 2.400 Quadratmeter Grundstück neben dem bisherigen Beton-Hochbehälter wurde im November 2023 der Oberboden bis 60 Zentimeter Tiefe und mit einem leichten Gefälle von 0,5 Prozent weggeschoben und so präpariert, dass dort die drei Kunststoffröhren und die Schieberkammer aufgebaut werden konnten. Die 14 Meter lange Schieberkammer, an der die Speicherröhren angedockt worden sind, wurde mit Drucktür, Armaturen, Filteranlagen, Kompressoren und Steuerungskomponenten im etwa 20 Kilometer entfernten Freilassinger Stammsitz der Traditionsfirma Hawle komplett vormontiert und in einem Stück per nächtlichem Sondertransport nach Tengling überführt.

In weiteren nächtlichen Spezialtransporten erfolgte auch die Anlieferung der neun jeweils knapp 14 Meter langen Röhrensegmente im Rupertiwinkel. Diese wurden zu drei jeweils 40 Meter langen Speicherröhren mit einem Durchmesser von je 3,5 Meter verschweißt. Die gesamte Wandungsdicke der Röhren mit einem PE-Außen und Innenmantel sowie dazwischen mit einem verschweißten „Wickelrohr“ liegt bei insgesamt 12 Zentimeter. Nach vier Tagen lagen Röhren und Schieberkammer vollständig in ihrem vorbereiteten „Bett“ und nach zehn Tagen war die Montage samt erfolgreicher Druckprüfung beendet.

Röhrenspeicher ersetzt Trinkwasserspeicher aus Beton

Der Tenglinger Röhrenspeicher ersetzt 1:1 den in die Jahre gekommenen „klassischen“ Trinkwasserspeicher aus Beton, der 1960 an selber Stelle errichtet und in den 1970er Jahren erweitert worden war. Dessen Sanierung hätte etwa ein Drittel mehr gekostet und ein traditioneller Neubau aus Beton wäre bei höheren Langzeitkosten gut doppelt so teuer geworden. Das Neubaukonzept mit einem Röhrenspeicher aus drei Röhren mit einem Speichervolumen von jeweils 335.000 Litern zur Trinkwasserversorgung war daher nicht nur in der Bauumsetzung wesentlich wirtschaftlicher, sondern ist langfristig, das heißt gerechnet auf die weitgehend wartungsfreie Mindestlebensdauer von rund 100 Jahren, in Sachen Unterhalt, Pflege und Instandhaltung deutlich nachhaltiger und kostengünstiger.

Regionaler Partner

In der Freilassinger Traditionsfirma Hawle fand die Achengruppe zudem einen regionalen Partner, der das Projekt für rund eine Million Euro realisierte. Bis in den Sommer 2024 muss noch die rund 120 Meter lange Verbindungsleitung zwischen der bisherigen Trinkwasserzufuhr zum alten Hochbehälter und dem neuen Röhrenhochbehälter gebaut werden.

Sinnvolle Weiternutzung des alten Hochbehälters

Auch der alte Hochbehälter soll abgekoppelt von der Trinkwasserversorgung sinnvoll weiter genutzt werden. Die Ideen reichen von der Speicherung von Oberflächenwasser als Regenrückhaltespeicher und dessen Nutzung für Bewässerungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und im Gartenbau bis hin zur Erzeugung von regenerativer Energie: Der Hochbehälter dient als Oberbecken für ein kleines Pumpspeicherkraftwerk.

Die offizielle Inbetriebnahme dieses richtungweisenden Nachhaltigkeitsprojekts ist für Sommer 2024 geplant. **JK**



Zufriedener Montage-Trupp der Freilassinger Firma Hawle nach dem erfolgreichen Abschluss der Schweißarbeiten am Tenglinger Röhrenspeicher am 10. November 2023. Bild: Michael Obermeier/Achengruppe, 2023

Roadmap 2030

Handlungsagenda von DVGW und DWA für die Zukunft der Wasserwirtschaft

Sechs Handlungsfelder, über 50 konkrete Maßnahmen: Mit der Roadmap 2030 liefern der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) sowie die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) eine konkrete Handlungsagenda für die Zukunft der Wasserwirtschaft. „Wir stellen damit die Weichen für eine klimafeste und zukunftssichere Infrastruktur“, führte Dr. Wolf Merkel, DVGW-Vorstand Wasser, anlässlich der Vorstellung der Agenda aus.

Der vollständige Wasserkreislauf hat im Fokus zu stehen – von der Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre bis zum Überflutungsschutz durch Starkregen. Dieses Denken spiegelt die Roadmap 2030 als strategische Handlungsagenda mit ihren sechs Handlungsfeldern wider.

Sechs Handlungsfelder

Zur Sicherung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Wasserressourcen werden im Handlungsfeld 1 folgende Aktionsbereiche definiert: Prognose- und Handlungsfähigkeit für ein flexibles und vorausschauendes Management der natürlichen Wasserressourcen verbessern; Konventionen zum Umgang mit den natürlichen Wasserressourcen auch in Knappheitssituationen entwickeln sowie natürliche Wasserressourcen für zukünftige Nutzungen sichern.

Im Handlungsfeld 2 werden zum Erhalt und der Erreichung einer naturnahen Qualität der Gewässer folgende Aktionsbereiche für wichtig erachtet: Bundesweite Datenplattform „Stoffe“; Anpassung vorhandener rechtlicher Regelungen und Schließung von Regelungslücken; Reduzierung von Schadstoffen an der Quelle; Minimierung der Einleitungen von stofflichen Belastungen aus Mischwasser und Regenwasser in die Gewässer sowie Verbesserung der morphologischen Strukturen der Gewässer.

Für eine wasserbewusste Siedlungsentwicklung leitet man im Handlungsfeld 3 folgende Aktionsbereiche ab: Politikberatung; Abbau rechtlicher Hürden und administrativer Hemmnisse; Gesamträumliche Planungen für eine wasserbewusste Transformation sowie Sensibilisierung, Beratung und Kommunikation.

Zur Herstellung resilienter Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen – baulich wie digital – legen DVGW und DWA im Handlungsfeld 4 die Aktionsbereiche Grundsätze wasserwirtschaftlicher Planung anpassen und neu entwickeln; Infrastrukturplanung und -realisierung deutschlandweit anschieben sowie rechtliche, personelle und finanzielle Voraussetzungen für eine zukunftssichere Infrastruktur schaffen, fest.

Für das Handlungsfeld 5 werden für eine ressourceneffiziente und klimaneutrale Wasserwirtschaft folgende Aktionsbereiche genannt: Ressourcen- und energieeffiziente (Um-) Gestaltung der wasserwirtschaftlichen Systeme; Verringerung der Treibhausgasemissionen der wasserwirtschaftlichen Anlagen zur Erreichung der Klimaneutralität sowie Umsetzung und Ausweitung der Ressourcenrückgewinnung aus Abwasser.

Um die Entwicklung einer wasserbewussten Gesellschaft zu fördern, werden im 6. Handlungsfeld die Aktionsbereiche Konzentrierte Öffentlichkeitsarbeit bringt Wasser und Gewässer stärker ins Bewusstsein der Menschen; wirtschaftliche Anreize zum bewussten Umgang mit Wasser schaffen sowie Überflutungsschäden durch Hochwasser und Starkregen vorbeugen für wichtig erachtet.

Ruf nach Wasserbeauftragten in Bund und Land

DVGW, DWA, Wasser- und Abwasserbetriebe, Politik, staatliche Institutionen sowie Wassernutzer in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sind jetzt gefordert, die Roadmap 2030 gezielt umzusetzen. Laut DWA-Geschäftsführerin Dr. Lisa Broß „muss ein Umdenken zum Umgang mit Wasser stattfinden – eine Wasserwende. Angesichts des Klimawandels muss sich die Gesellschaft wesentlich stärker und bewusster den Wasserthemen zuwenden, den Vorsorgegedanken leben und den Wert des Wassers für die Wasserversorgung, die Umwelt und für ein nachhaltiges Wirtschaften erkennen.“ Die Politik, so Broß, müsse hier voran gehen. „Sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen müssen Wasserbeauftragte ernannt werden, die bei allen Gesetzesvorhaben die Interessen des Wassers vertreten.“ **DK**

Startschuss für Hochwasserschutzprojekt an der Ammer

Mit einem Spatenstich haben offiziell die Baumaßnahmen für das Hochwasserschutzprojekt „Weilheim Süd“ begonnen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim Startschuss der Hochwasserschutzmaßnahmen an der Ammer in Weilheim: „Hochwasserschutz ist für die Menschen vor Ort von entscheidender Bedeutung. Das Pfingsthochwasser 1999 und die Überflutungen im August 2005 haben in Weilheims Süden große Schäden angerichtet. Der Freistaat und die Stadt setzen alles daran, den Hochwasserschutz in Weilheim weiter zu verbessern. Dabei haben wir auch die Zukunft im Blick und sorgen mit einem Klimaänderungszuschlag heute schon für morgen vor.“

Der Spatenstich ist Glauber zufolge der nächste Meilenstein für ein hochwasserfestes Weilheim. „Klar ist: Hochwasserschutz lebt vom Solidargedanken. Nur gemeinsam bringen wir den Hochwasserschutz weiter voran. Ich danke der Gemeinde Polling, der Stadt Weilheim und allen Projektbeteiligten für die gute Zusammenarbeit.“

Mit den Maßnahmen an der Ammer wird der Schutz vor einem hundertjährlichen Hochwasser auf den südlichen Teil von Weilheim und das Gewerbegebiet Trifthof ausgeweitet.

Umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen

Im Rahmen des Projekts werden unter anderem technische Hochwasserschutzanlagen entlang der Bahnstrecke München-Garmisch und ein Durchlass unter der Staatsstraße 2058 gebaut. Darüber hinaus soll das Oderdinger Wehr rückgebaut und stattdessen drei Sohlgleiten errichtet werden. Hierdurch wird sowohl der Wasserspiegel in der Ammer gesenkt als auch die Durchgängigkeit für Fische vom Ammersee bis Peißenberg hergestellt. Dabei finden auch umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen durch die Anbindung der Altarme Roßlach und Oderding statt. Das Gesamtvolumen des Hochwasserschutzprojekts liegt bei rund 9 Millionen Euro, getragen von der Stadt Weilheim, dem Freistaat Bayern sowie der EU. ❐

DWA-Expertenpapier zu aktuellen Hochwasserereignissen

Die aktuellen Hochwasserereignisse in Deutschland führen die Bedeutung der erfolgten Anstrengungen zum Schutz der Menschen und der Vermögenswerte vor Hochwasser vor Augen, zeigen aber auch deutlich die Defizite und den Handlungsbedarf auf. Ein aktuelles Expertenpapier der DWA ordnet das Winterhochwasser 2023/2024 ein und wartet mit Empfehlungen aus den Hauptausschüssen „Wasserbau und Wasserkraft“ und „Hydrologie und Wasserwirtschaft“ auf.

„Nicht für alles, was wir aktuell sehen, muss der Klimawandel als Erklärung herangezogen werden. Was wir jedoch sicher wissen, ist, dass Hochwasserereignisse gleicher Dauer und Höhe zukünftig häufiger auftreten werden bzw. extremer ausfallen können“, heißt es eingangs. Inwiefern diese Fakten an diesem Hochwasser schon erkennbar sind, ist aus Sicht der DWA im Nachgang zu untersuchen. Eine Ereignisanalyse müsse umfassend sein und u. a. auch die Kommunikationswege und Arbeit im operativen Hochwasserschutz betrachten.

Katastrophenschutz im Visier

„Mehr Investitionen in den Katastrophenschutz/operativen Hochwasserschutz scheinen sinnvoll und zweckmäßig, um mit vergleichbaren oder noch schlimmeren Lagen besser umgehen zu können“, so die Experten. Dies erstrecke sich über die Ausstattung der Kommunen, der Feuerwehren bis zum THW. Deichfachberater und technische Berater Hochwasserschutz und Naturgefahren seien weiterhin auf hohem fachlichem Niveau auszubilden. „Denn egal, ob es um die Stützung maroder Deiche, die ihrer Bemessungslast nicht mehr standhalten oder um die Ereignisbewältigung wie bei den Extremereignissen an der Ahr, in der Eifel oder an der Elbe geht: Der operative Hochwasserschutz wird immer gebraucht.“

Talsperren, Polder und Hochwasserrückhaltebecken

Obwohl mit dem Nationalen Hochwasserschutzprogramm vom Bund ca. 100 Mio. Euro jährlich seit 2016 für Maßnahmen zum Rückhalt des Wassers in der Fläche und/oder Deichrückverlegungen den Ländern zur Verfügung gestellt wird, gingen die Maßnahmen nur sehr schleppend voran. Dabei zeigten Positivbeispiele wie etwa an der Lippe in NRW oder in Sachsen und Sachsen-Anhalt, dass gerade damit ein wichtiger Effekt zur Abschwächung von Hochwasserwellen erreicht werden kann. Am effektivsten wirkten hier immer noch die Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken sowie ein gesteuerter Polder, der gezielt den Scheitel einer Hochwasserwelle kappen kann.

Nach Auffassung der DWA-Fachexperten bedarf es nicht nur des Baus neuer, auf Bemessungsereignisse ausgerichteter Deiche; vielmehr müsse die Deichunterhaltung ebenfalls konsequent und planmäßig durchgeführt werden, damit die Deiche ihren guten Zustand beibehalten. Auch hierfür müssten Personal und Geld zur Verfügung stehen. **DK**



BBIV-Kampagne:

Bürokratieabbau ernst gemeint

Praxistaugliche Regulierungen für Großraum- und Schwertransporte

Vom „Bürokratieabbau" ist zwar oft die Rede, er findet viel Zuspruch – aber konkret passiert ist bisher wenig. „Im Gegenteil – sieht man genauer hin, so schwillt die Bürokratie und damit der Zeit- und Kostenaufwand, den auch die Mitgliedsunternehmen der Bayerischen Bauindustrie deswegen übernehmen müssen, insgesamt nahezu ungebremst an", mahnt der Bayerische Bauindustrieverband an. Viele Vorschriften und Regulierungen seien zu aufwändig, zu umständlich oder gar überflüssig. Die schlimmsten Exemplare aus dieser Gruppe macht der bbiv nun zum Inhalt seiner Kampagne „Gnua is! - Bürokratieabbau ernst gemeint".

Als ersten Vorschlag zum Abbau überflüssiger Bürokratie wählte der Verband die in den vergangenen Jahren erfolgten Ausweitungen der Vorschriften für Großraum- und Schwertransporte aus, da diese einen deutlich erhöhten Aufwand und zusätzliche Kosten für die betroffenen Unternehmen bewirkten. Beispielhaft werden folgende besonders unsinnig erscheinende Regelungen hervorgehoben:

• Das Ladegut von Schwertransporten muss nunmehr exakt bezeichnet werden. Bei Baumaschinen muss der genaue Typ, Hersteller und Modell angegeben werden. Dies ist bei schnell umzuschlagenden Baustellen oft problematisch, da oft erst in letzter Minute feststeht, welche Baumaschine aus dem Maschinenpark zur Verfügung steht. Bei Betonfertigteilen müssen Länge und Breite exakt angegeben werden. Bei Abweichungen und Fehlern hinsichtlich Art und Bezeichnung der Ladung sowie Angaben zu Abmessungen und Gewicht droht das Erlöschen der Genehmigung.

• Es ist nun nicht mehr zulässig, mehrere Schwertransporte in einem Konvoi zusammenzufassen. Jeder Schwertransport muss einzeln angemeldet, durchgeführt und mit einem extra Begleitfahrzeug versehen werden. Dies bedeutet in Verwaltung und Abwicklung von Schwertransporten einen erheblichen Mehraufwand.

• Bisher konnten die Unternehmen die in der Genehmigung angegebenen Abmessungen der Ladung oder das Gewicht unterschreiten, ohne dass dies zu Konsequenzen geführt hätte. Nach den nunmehr geltenden Regelungen muss außerhalb des anhörungsfreien Bereichs zwingend eine neue Genehmigung eingeholt werden, wenn das Gesamtgewicht um mehr als 5 Prozent bzw. und/oder die Abmessungen des Transportgutes um mehr als 15 cm unterschritten werden.

Belastung durch ausufernde Bürokratie

Laut bbiv muss das gesamte, die Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten betreffende Regelungswerk „umgehend verschlankt, vereinfacht und den Bedürfnissen der Praxis angepasst werden". Damit am Bau endlich der dringend erforderliche Bürokratieabbau in Gang kommt, unterbreitet der Bayerische Bauindustrieverband ab sofort regelmäßig konkrete Vorschläge, wie ein besonders drängendes Bürokratieproblem, das die Mitgliedsunternehmen akut belastet, gelöst werden kann. „Die ausufernde Bürokratie belastet alle Branchen. Sinnvollere und einfachere Vorschriften würden der gesamten Wirtschaft nutzen", macht der bbiv deutlich.

Um ein sichtbares Zeichen gegen die Mehrbelastungen der bayerischen Transport- und Logistikunternehmen zu setzen, organisierte der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) vor kurzem eine LKW-Sternfahrt zur Münchner Theresienwiese. An dieser Protestaktion beteiligten sich neben den Staatsministern Christian Bernreiter und Hubert Aiwanger unter anderem die bayerische Bauindustrie, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. sowie die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw).

Keine Ausnahme für biogene oder synthetische Kraftstoffe

Der LBT wendet sich insbesondere gegen die Mauterhöhung durch die Bundesregierung. Wie Hauptgeschäftsführer Stephan Doppelhammer betonte, existierten seit 1. Dezember 2023 neue Mautsätze durch die Einführung eines neuen CO2-Mautteilsatzes. Dies führe zu einer Erhöhung der Lkw-Maut für fast alle Euro VI-Lkw um 83 Prozent. Ausnahmen oder Mautbefreiungen für biogene oder synthetische Kraftstoffe gebe es nicht. Dies sei nicht hinnehmbar.

Doppelhammer zufolge werden Wirtschaft und Gesellschaft um zusätzliche 7,6 Mrd. Euro pro Jahr belastet. Zudem habe das Gesetz keine klimawirksame Lenkungswirkung, „denn Fahrzeuge mit mautbefreiten Antrieben sind am Markt nur sehr begrenzt und wenn dann zu den zwei- bis dreifachen Kosten verfügbar, es steht keine entsprechende Ladeinfrastruktur für einen flächendeckenden Einsatz zur Verfügung und eine nennenswerte Verlagerung auf die Schiene ist mangels Kapazitäten bei der Bahn nicht möglich. Zudem muss die Maut für Fahrten ohne Ladung, für so genannte Leerkilometer, zusätzlich einkalkuliert werden."

Die Ampel ist laut LBT zur Belastung für ganz Deutschland geworden. „Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, die eine Doppelbelastung aus einer CO2-Maut und einer Abgabe über das Brennstoffemissionshandelsgesetz ausschließt, werden nicht eingehalten. Milliarden Mehreinnahmen werden nicht zielführend in die Straßen- und Ladeinfrastruktur reinvestiert, sondern zur Haushaltssanierung verwendet... Eindrucksvoller kann man den drittgrößten Wirtschaftsbereich, die Logistikbranche, nicht an die Wand fahren", machte Doppelhammer deutlich.

„Die Belastungen, die die Betriebe aus dem Transportwesen treffen - und damit unsere gesamte Wirtschaft - sind nicht mehr hinnehmbar", stellte vbw Präsident Wolfram Hatz fest. Es sei fatal, dass den Betrieben durch die LKW-Mauterhöhung das Geld für die erforderlichen Investitionen fehlt. Deshalb müsse die Mauterhöhung ausgesetzt werden.

Die Standortbedingungen in Deutschland hätten sich in den vergangenen Monaten bereits verschlechtert, erklärte Hatz. Die Ampel verschlimmere die Lage zusätzlich - nicht nur mit der Mauterhöhung für LKW. „Wir haben mit viel zu hohen Steuern und Abgaben zu kämpfen. Zudem haben Bürokratie und Regulierung ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Ampel muss jetzt endlich handeln und eine Standortpolitik auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient." **DK**

Sonder-Bauministerkonferenz zum Sozialen Wohnungsbau

Bauminister der Länder und Bund einigen sich über Finanzierung für 2024

Bund erhöht Mittel für sozialen Wohnungsbau und Junges Wohnen auf 3,15 Milliarden Euro

Einigung über Ko-Finanzierung für 2024

Erhöhung des Länderanteils von 30 auf 40 Prozent für erhöhte Finanzmittel

Die Bauministerinnen und -minister der Länder haben auf einer Sonder-Bauministerkonferenz mit Bundesbauministerin Klara Geywitz über die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus gesprochen. 2023 haben die Länder eigene Mittel mit einem Barwert von insgesamt 2,9 Milliarden Euro investiert, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Länder begrüßen, dass der Bund seine Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau und das Programm Junges Wohnen von bisher 2,5 Milliarden auf 3,15 Milliarden Euro in 2024 erhöht. Die Bauministerkonferenz kam mit dem Bund überein, dass im Jahr 2024 für die Höhe der bisherigen Bundesmittel der Ko-Finanzierungsanteil der Länder von 30 Prozent beibehalten wird. Für die darüberhinausgehenden, erhöhten Finanzmittel wird eine Erhöhung des Ko-Finanzierungsanteils von 40 Prozent in 2024 einmalig vorgesehen. Über die Fördermodalitäten für 2025 und 2026 soll noch in der 1. Jahreshälfte 2024 entschieden werden.

Der Bund wollte im Zuge der Erhöhung seiner Finanzhilfen kurzfristig auch den Ko-Finanzierungsanteil der Länder von mindestens 30 auf 40 Prozent erhöhen. Da in einigen Ländern die Haushaltsplanungen für 2024 bereits abgeschlossen sind, hätten bereitgestellte Bundesmittel aber gegebenenfalls nicht in Anspruch genommen und so weniger Wohnungsbauprojekte umgesetzt werden können.

Möglichst viel bezahlbaren Wohnraum schaffen

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, der zum 1. Januar den Vorsitz der Bauministerkonferenz übernommen hat, freut sich, dass nun ein Kompromiss gefunden werden konnte: „Es muss unser gemeinsames Ziel sein, möglichst viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb ist es ein gutes Signal für die Wohnungs- und Bauwirtschaft, dass sich Bund und Länder einigen konnten. Es wäre praktisch unmöglich gewesen, den Ko-Finanzierungsanteil der Länder für 2024 derart kurzfristig von 30 auf 40 Prozent raufzusetzen. Dass die Erhöhung jetzt nur für die zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 615 Millionen Euro gilt, ist ein guter Kompromiss."

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sagte: „Wichtig für mehr bezahlbaren Wohnraum ist die soziale Wohnraumförderung. Mit über 18 Milliarden Euro investieren wir so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das ist auch dringend nötig, denn der Sozialwohnungsbestand ist landesweit auf gut eine Millionen Wohnungen gesunken. Der Bedarf ist aber deutlich höher. Die Dringlichkeit haben beide – Bund und Länder – erkannt. Die Mehrheit der Länder hat bereits in der Vergangenheit für den sozialen Wohnungsbau deutlich mehr als die geforderte Mindestfinanzierung von 30 Prozent der Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt. Gerade wenn alle wissen, dass es noch mehr Anstrengungen braucht, muss auf allen Ebenen auch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Die heutige Einigung auf die Finanzierung 2024 ist auch ein wichtiges Signal an die Bauwirtschaft. Die Gelder können jetzt fließen."

Karen Pein, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg, erklärte als Sprecherin für die „A-Länder": „Bund und Länder geben mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau: Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt, denn mehr Förderung sorgt für mehr bezahlbare Wohnungen. Die Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau ist somit auch ein klares Signal in Richtung Bauwirtschaft: Der Staat sorgt für Verlässlichkeit, die Mittel sind vorhanden und können abgerufen werden. Die Länder stehen zu ihrer sozialen Verantwortung in der Wohnraumversorgung und tragen ihren Anteil, damit den Wohnungsbau auf hohem Niveau fortzuführen."

Wohnraumförderung stabilisieren

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretend für die „B-Länder": „Die öffentliche Wohnraumförderung ist der Fels in der Brandung bei dem derzeit stark im Sturm stehenden Immobilienmarkt. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, die öffentliche Wohnraumförderung zu stabilisieren und auszubauen. Heute ist ein breiter Schulterschluss zwischen Ländern und dem Bund im Sinne der Sache gefunden worden. Alle Seiten haben sich bewegt. Damit bleibt auch im Jahr 2024 die öffentliche Wohnraumförderung der Fels in der Brandung für die gebeutelte Immobilien- und Bauwirtschaft."

Mit der sozialen Wohnraumförderung unterstützen Bund und Länder die Wohnraumversorgung durch Mietwohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum von Haushalten, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft angemessen mit Wohnraum versorgen können. Die Ausgestaltung der Finanzierungsbeteiligungen wird für die einzelnen Programmjahre in Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. ❐

barriere-frei

Beratungsstelle Barrierefreiheit

Bayerische Architektenkammer

Wir beraten Sie zu allen Fragen für ein barrierefreies Leben

Ein kostenfreies Angebot für alle Interessierten

www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de
info@beratungsstelle-barrierefreiheit.de

Bündnis fordert:

50 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau

Zuschüsse fürs Wohnen 5-mal höher als Förderung von Sozialwohnungen

Der Staat betreibt ein Missmanagement bei der Unterstützung fürs Wohnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Wohnungsmarkt-Studie vom Pestel-Institut (Hannover). Das Bündnis „Soziales Wohnen" stellte diese in Berlin vor. In dem Sozial-Bündnis haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB), die IG BAU sowie die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) gemeinsam mit zwei Verbänden der Bauwirtschaft zusammengeschlossen.

Die Untersuchung wirft Bund und Ländern vor, die Förderung von Sozialwohnungen massiv vernachlässigt zu haben. Dadurch sei ein „dramatischer Mangel an sozialem Wohnraum in Deutschland" entstanden: So fehlen nach Berechnungen der Wissenschaftler bundesweit aktuell mehr als 910.000 Sozialwohnungen.

Wohngeld und Kosten der Unterkunft explodieren

„Um bedürftigen Haushalten das Wohnen überhaupt noch zu ermöglichen, ist der Staat mittlerweile gezwungen, stetig steigende Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt zu akzeptieren. Dabei zahlt er sogar Mieten, die oft deutlich über der Durchschnittsmiete liegen. Dadurch sind die notwendigen staatlichen Ausgaben für das Wohngeld und für die Kosten der Unterkunft geradezu explodiert. Am Ende profitieren davon allerdings vor allem die Vermieter", sagt Studienleiter Matthias Günther vom Pestel-Institut.

Er nennt dazu konkrete Zahlen: Spitzenreiter bei den „Turbo-Mieten" sei die bayerische Landeshauptstadt München. Hier lag die von den Job-Centern gezahlte Miete bei den Kosten der Unterkunft mit 19,40 Euro pro Quadratmeter rund 6,60 Euro – und damit über 50 Prozent – über der Münchner Durchschnittsmiete. Unterm Strich bezahlt der Staat nach Berechnungen des Pestel-Instituts dadurch allein in München schon eine Millionensumme an „Mehr-Miete" – und das Monat für Monat. Bundesweit ermittelt die Studie nur bei den Kosten der Unterkunft im Vergleich zur Durchschnittsmiete rund 700 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr.

Die Studie zeigt, dass der Staat in besonders angespannten Wohnungsmärkten, in denen es an bezahlbaren Alternativen mangelt, überhöhte und damit deutlich über dem Durchschnitt liegende Mieten bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft zahlt. „Es liegt damit nahe, dass dort, wo sich Mieterhöhungsspielräume auftun, ein Teil der Vermieter diese auch nutzt", so das Bündnis „Soziales Wohnen". Diese Spielräume müssten durch effektives Mietrecht dringend begrenzt werden.

Insgesamt hat der Staat nach Angaben der Wissenschaftler im vergangenen Jahr erstmals mehr als 20 Milliarden Euro an Sozialausgaben für die Unterstützung bedürftiger Menschen beim Wohnen ausgegeben: gut 15 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft, die überwiegend von den Job-Centern gezahlt werden. Und zusätzlich über 5 Milliarden Euro für das Wohngeld. Dagegen lagen die Ausgaben von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren lediglich bei gut 4 Milliarden Euro pro Jahr, so die Studie.

„Die Sozialausgaben fürs Wohnen sind damit 5-mal so hoch wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. Das ist ein deutliches Missverhältnis. Vor allem der Bund hat hier seit Jahrzenten ein Missmanagement betrieben: Er hat den Sozialwohnungsbau – also die Objektförderung – bis vor kurzem auf ein Minimum heruntergefahren und damit drastisch steigende Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und für das Wohngeld – also für die Subjektförderung – provoziert", so Pestel-Institutsleiter Günther.

Gegensteuern könne der Staat nur, wenn er jetzt anfange, „massiv in die Schaffung von deutlich mehr Sozialwohnungen" zu investieren. „Denn jede einmalige Förderung, durch die eine neue Sozialwohnung entsteht, erspart dem Staat erhebliche Summen, die er sonst auf Dauer für Mietzahlungen ausgeben müsste. Das ist eine einfache Rechnung, die vor allem der Bund spätestens dann beherrschen muss, wenn die Sozialausgaben durch die Decke gehen: nämlich jetzt", so Matthias Günther.

Die Botschaft, die das Bündnis „Soziales Wohnen" platziert, ist klar: „Die beste Kostenbremse bei der Subjektförderung ist eine rasche und entschlossene Objektförderung." Die konkrete Forderung dazu: Bund und Länder sollen umgehend 50 Milliarden Euro für die Förderung von sozialem Wohnraum bereitstellen. Nur so könne es gelingen, dem Ampel-Ziel, 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen, wenigstens ein Stück näher zu kommen – und damit „ein Regierungsversprechen nicht komplett zu brechen".

Sozialwohnungsbau sei eine Aufgabe, die dauerhaft grundgesetzlich abgesichert werden müsse und von der Schuldenbremse ausgenommen werden solle, fordert das Bündnis. Weitere Forderungen umfassen:

• Steuerreduzierung: Für den Neubau von Sozialwohnungen sollen künftig 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden.

• Sonderbudget „Sozialer Wohnungsbau": Einsatz dort, wo der Mangel an Sozialwohnungen besonders hoch ist.

• Feste „Sozial-Quote" bei der Vergabe von Sozialwohnungen: Bundesweit soll es künftig in allen Kommunen „Wohn-Härtefallkommissionen" geben, die über ein 10-Prozent-Kontingent der zu vergebenen Sozialwohnungen entscheiden. Damit werde vor Ort die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Wohnungsvergaben garantiert. Benachteiligte Menschen – insbesondere Menschen mit Behinderung – hätten dadurch „endlich wieder eine Chance, auf dem Wohnungsmarkt Fuß zu fassen", so das Bündnis. ❐

Bayerischer Gemeindetag in Gunzenhausen:

Tagung der Bauamtsleiter und Stadtbaumeister

Bereits zum 6. Mal fand die traditionelle Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Über 200 Teilnehmer wohnten der in die praxisrelevanten Themenblöcke „Digitalisierung, Privates Baurecht, Vergaberecht", „Planungsrecht, Energierecht, Naturschutzrecht", „Aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung" sowie „Innenentwicklung, Wohnen, öffentlicher Bau, ISEK-Praxis" gegliederten Veranstaltung bei.

Unter der Moderation von Gemeindetagsdirektor Matthias Simon referierte Andreas Wernthaler vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) eingangs zum Thema „Störungen im Betriebsablauf – Nachträge, Bauzeit, Vergütung, Fristen, Kündigung, Mängel". Die vergangenen Jahre in der Baubranche waren unter anderem geprägt von Lieferschwierigkeiten, dadurch bedingte Bauzeitverzögerungen und Kostensteigerungen. Wernthaler zeigte zum einen praxistaugliche Strategien zur Vermeidung von Problemen und zum anderen mögliche Lösungswege auf.

Digitaler Bauantrag

Ministerialrat Stefan Kraus und Bauoberrat Marcel Kühner vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr informierten über die Digitalisierung der Bauleitplanung und den digitalen Bauantrag. Dieser wurde 2021 in Bayern erstmals mit ausgewählten Unteren Bauaufsichtsbehörden als Pilotprojekt eingeführt. Bis Ende 2024 sollen alle Unteren Bauaufsichtsbehörden mit dem digitalen Bauantrag arbeiten können. Geplant sei, diese Art der Einreichung dann auch zum Regelverfahren zu machen.

Ein weiterer Baustein im Bereich der Digitalisierung ist der neu einzuführende Standard XPlanung für Bauleitplanverfahren. Marcel Kühner hob die Vorteile des Standards hervor und appellierte an alle Kommunen, sich bereits jetzt mit XPlanung vertraut zu machen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen örtlichen Schulungsangebote des Ministeriums, die in den kommenden Jahren ihre Fortsetzung finden werden.

Stefan Kraus war es auch, der im zweiten Themenblock auf eine Bundesratsinitiative der Bayerischen Staatsregierung hinwies, in der ein Ersatz für den entfallenen § 13b BauGB gefordert wird. Ziel der Initiative sei es, den Kommunen ein Werkzeug für die Ausweisung von Wohnbaugebieten an die Hand zu geben, das auf langwierige Verfahren wie doppelte Behörden- und Bürgerbeteiligung verzichtet.

Über die aktuellen Gesetzgebungsverfahren in punkto Kommunale Wärmeplanung und deren mögliche Auswirkungen auf die Gemeinden berichtete schließlich Stefan Graf, zuständiger Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, ehe der Münchner Fachanwalt Dr. Gerhard Spieß den Weg zum rechtssicher ausgeübten gemeindlichen Vorkaufsrecht skizzierte.

In welche Richtung sich das Baurecht aus Sicht der Berliner Ampelkoalition entwickeln soll, zeigte Bernd Düsterdiek, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, auf. Aus seiner Sicht müssen viele Herausforderungen (auch) über das Baurecht und in den Kommunen gelöst werden. Über die „große" BauGB Novelle 2023/2024" informierte Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter und stellvertretender Direktor beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Laut Bunzel, der am fachlichen Input zur Gesetzgebung selbst mitwirkt, ergibt sich die Notwendigkeit für die Novelle aus dem Koalitionsvertrag und seinen Zielen, weshalb die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung aber auch Innentwicklung in der Baugesetzgebung voraussichtlich berücksichtigt werden müssen. Gleichwohl wurde angemerkt, dass der Gesetzgeber seinen Rhythmus verloren habe. Konnte man früher die Zeit nach den BauGB-Änderungen stellen, habe sich der Takt der gesetzgeberischen Änderungen zusehends verkürzt.

Kommunale Beispiele

Der Münchner Architekt Manfred Brennecke präsentierte in seinem Vortrag zum „bedarfsgerechten und flächeneffizienten Wohnen" ein abgeschlossenes Projekt in Münsing, das durch eine Baugemeinschaft der Bürger vor Ort umgesetzt wurde sowie ein laufendes Projekt in Fridolfing. Bei beiden Projekten werden sowohl die Politik als auch die Bürger vor Ort aktiv mit eingebunden.

Als Architektin und amtierende Bürgermeisterin von Ebermannstadt stellte Christiane Mayer in ihrem Vortrag „Strategisch-integrierte (Innen)Entwicklung und Sanierung in Ebermannstadt" die Bedürfnisse einer nachhaltigen gemeindlichen Entwicklung aus mehreren Blickwinkeln dar. Sie schilderte diverse praktische Herausforderungen und machte deutlich, wie es gelingt, eine langfristig angelegte, strategische Vision zu verfolgen, um diese in eine nachhaltige Umsetzung zu bringen.

Zustimmung aus dem Publikum erfuhr sie für ihre Aussage, dass all dies nur mit mehr und entsprechend geschultem Personal sowie externen Dienstleistern gelingen kann. „Wenn Sie denken, dass es die Leute nicht mehr hören können, so ist es bei manchen erst im Kopf angekommen", machte Mayer abschließend deutlich. **DK**

Ministerin Michaela Kaniber lobt neuen Tourismuspreis aus

Bewerbung bis 11. Februar möglich

Um herausragenden Leistungen im Tourismus mehr Sichtbarkeit zu geben, verdiente Persönlichkeiten aus dem bayerischen Tourismus auszuzeichnen und damit den Stellenwert der Branche für den Freistaat zu unterstreichen, hat die neue Tourismusministerin Michaela Kaniber den Preis der bayerischen Tourismusbranche, kurz „TouBy", ins Leben gerufen. „Es ist mir ein Herzensanliegen, das vielfältige Engagement unserer Akteure im bayerischen Tourismus zu würdigen. Mit dem neuen Preis rücken wir Personen in den Mittelpunkt, die sich mit viel Leidenschaft um den Tourismus in Bayern verdient gemacht haben. Wir wollen positive Beispiele herausstellen und anderen Mut machen", sagte die Ministerin zum Start der Bewerbungsfrist in München. Bis zum 11. Februar können nun die Unterlagen dafür beim Ministerium eingereicht werden.

Der Preis wird in den Kategorien „Lebenswerk", „Touristikerin oder Touristiker des Jahres" und „Nachwuchspreis" verliehen. Pro Kategorie wird eine Person ausgezeichnet. Der Preis für das „Lebenswerk" richtet sich an Persönlichkeiten, die sich langjährig und in herausragender Weise um den Tourismus in Bayern hervorgetan haben. Für die Kategorie „Touristiker oder Touristikerin des Jahres" können Personen vorgeschlagen werden, die durch ein besonders ehrenamtliches, freiwilliges, soziales oder wirtschaftliches Engagement schwerpunktmäßig im Jahr 2023 aufgefallen sind. Der „Nachwuchspreis" richtet sich an die Generation der unter 35-Jährigen, die sich bereits in jungen Jahren durch besonders kreative Ideen oder außergewöhnliches Engagement im Tourismus einen Namen gemacht haben. „Dieser generationenübergreifende Ansatz macht unseren neuen Preis so besonders. Ich freue mich auf zahlreiche spannende Bewerbungen aus der ganzen Breite des Bayerntourismus", so die Ministerin.

Weitere Informationen

Die Bewerbungsunterlagen und alle weiteren Informationen gibt es auf der Homepage des Ministeriums unter https://s.bayern.de/tourismuspreis. Die Preisträger werden nach Berlin eingeladen und bekommen die ideelle Auszeichnung von der Ministerin persönlich im Rahmen des bayerischen Staatsempfangs zur Internationalen Tourismusbörse (ITB) in der Bayerischen Vertretung in Berlin am 5. März 2024 überreicht. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern: Motor für Wirtschaft und Lebensqualität

Der Tourismus in Bayern boomt. Seit Jahren schreibt der Freistaat touristische Erfolgsgeschichte und behauptet auch im Jahr 2023 mit über 20 Prozent Marktanteil seinen Platz als Reiseland Nr. 1 in Deutschland. Mit rund 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro pro Jahr. Als Querschnittsbranche schafft der Tourismus damit rund 550.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren, die maßgeblich zur regionalen Entwicklung beitragen – von der Gastronomie über den Einzelhandel bis hin zur Landwirtschaft sowie der Kultur- und Freizeitbranche. Darüber hinaus erhöht er als Lebensader die Unternehmens- und Einkommensvielfalt sowie die Steuereinnahmen in den bayerischen Gemeinden. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Tourismus in vielen Regionen mitverantwortlich dafür, dass auch Klein- und Kleinstbetriebe eine Zukunftsperspektive haben.

Garant für Lebensqualität

Der Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern, sondern auch ein Garant für die konstant hohe Lebensqualität im Freistaat. Gemeinden und Destination, die bewusst auf Tourismus setzen, verfügen nachweislich über eine bessere lokale Infrastruktur und ein breiteres Freizeitangebot, über mehr Rad- und Wanderwege, ein abwechslungsreicheres gastronomisches Angebot, eine bessere öffentliche Nahverkehrsanbindung, ein attraktiveres Ortsbild sowie ein umfangreicheres Brauchtums- und Kulturangebot. Investitionen in den Tourismus sind daher nicht nur Investitionen in die Urlaubs- und Erlebnisqualität der Gäste, sondern stets auch Investitionen in die Bevölkerung vor Ort – denn sie ist es, die maßgeblich von dem vorhandenen Angebot profitiert. Eine höhere Zufriedenheit, Wertschätzung und Identifikation mit ihrer Heimat sind die Folge. Ebenso tragen Investitionen in den Tourismus dazu bei, diese hohe Lebensqualität und damit einen attraktiven Lebensraum zu bewahren sowie die Anziehungskraft für Unternehmensansiedlungen und potenzielle Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen.

Um die Wirtschaftskraft und Lebensqualität Bayerns auch langfristig zu sichern und weiter auszubauen, braucht es einen starken Tourismus, der allen guttut: mit einer guten regionalen Wertschöpfung, stabilen gesellschaftlichen Strukturen und einem ressourcenschonenden Umgang mit der Natur. ❐

Bayerns Neuzugänge in der Denkmalliste:

Historische Wahrzeichen

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat die diesjährigen Neuzugänge in der Denkmalliste bekanntgegeben. Sie zeigen laut Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Leiter des BLfD, wie vielgestaltig das kulturelle Erbe des Freistaats ist. Insgesamt sind in der Denkmalliste mehr als 109.000 Bau- und Kunstdenkmäler verzeichnet.

Zu den sieben „Neuankömmlingen" zählt das „Edwin-Scharff-Haus" in Neu-Ulm. Mit seinen gerade mal 46 Jahren ist das Gebäude eines der jüngsten Einzeldenkmäler in Bayern. Gebaut wurde das Kultur- und Tageszentrum in den Jahren zwischen 1974 und 1977 und wird nach einer Sanierung im vergangenen Jahr jetzt wieder als Veranstaltungsort genutzt.

Die sogenannte Ostermayr-Passage in Nürnberg befindet sich innerhalb eines in der Nachkriegszeit errichteten Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäudes. Die gut 35 Meter lange Ladenpassage wurde seit den 1950er Jahren nur wenig verändert. Sämtliche Schaufenster, Geländer, aber auch die Glasdächer sind noch erhalten. Damit ist sie das bayernweit höchst selten gewordene Paradebeispiel einer Großstadtpassage aus der Zeit des Wirtschaftswunders.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Bahnhof des Staatsbades Bad Brückenau eröffnet. Seinerzeit führte eine Nebenstrecke der Bahnlinie über Jossa und Bad Brückenau bis nach Wildflecken. Der Personenverkehr auf dieser Strecke wurde 1988 eingestellt. Danach diente das zweigeschossige Gebäude als Verkaufsstelle einer Getränkefirma. Es weist auf den frühen Kurbetrieb in der Region hin und verdeutlicht, wie der Freistaat einst dafür seine Infrastruktur ausbaute.

Viele Jahrhunderte war der sogenannte Fürsten- oder Firmiansteig oberhalb von Steinbüchl/Untergriesbach ein Handelsweg in Richtung Böhmen. Der erhaltene Teil – sichtbar am Granitplattenbelag und den Randsteinen – ist im Kern mittelalterlich und wurde im 18. Jahrhundert unter Fürstbischof Leopold Ernst von Firmian ausgebaut. Eine bürgerschaftliche Initiative bemühte sich um den Erhalt der historischen Straße, trug Humus ab und legte so 153 Meter des Steiges wieder frei. Dass der Weg heuer in die Denkmalliste aufgenommen wurde, ist auch ein Verdienst dieser Bürger.

Der dreigeschossige Walmdachbau in der Bahnhofstraße in Amberg ist ein gutes Beispiel für die baukünstlerisch aufwändige Architektur im historischen Stadtkern. Aufgrund ihrer Geschichte rund um den Abbau von Eisenerz gewann die Stadt mit der Industrialisierung immer mehr an wirtschaftlichem Einfluss. Deshalb war ein Kreditinstitut notwendig, in dem die Amberger ihre Geldgeschäfte abwickeln konnten. 1860 erhielt die Königliche Bank von König Max Joseph die Erlaubnis, eine Filiale in der Stadt zu errichten.

In München ist das sechsgeschossige Scheibenhochhaus (heute Werk 1) Teil des stillgelegten Pfanni-Fabrikgeländes am Ostbahnhof. Das Verwaltungsgebäude sowie das ebenfalls denkmalgeschützte Kesselhaus wurde zwischen 1956 und 1958 entworfen. Es ist ein typisches Beispiel für den Bürobau der 1950er-Jahre und damit Zeugnis der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte Bayerns.

1910 wurde der Mangfallsteg bei Weyarn, eine Brücke für Fußgänger und Fahrradfahrer, erbaut und zählt damit zu den frühen aus Stahlbeton errichteten Brücken in Deutschland.

Das Bauwerk besteht aus einer dreigeteilten Eisenbetonkonstruktion mit einem Hauptbogen sowie zwei Vorbögen. Am Mangfallsteg zeigt sich einerseits die damals noch vergleichsweise neue Stahlbetonbauweise, die eine filigrane Konstruktion ermöglichte. Gleichzeitig sind an der Brücke noch Elemente traditioneller Eisenfachwerkbrücken erkennbar. **DK**

Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister:

Fußgängerzonen erhalten!

Vor gut 70 Jahren wurden die ersten bundesweiten Fußgängerstraßen in Kassel, Kiel und Stuttgart ihrer Bestimmung übergeben. Sie waren die Antwort der autogerechten Stadt auf das Handelstreiben im Zentrum. Heute gehören Fußgängerzonen zur Grundausstattung der Innenstädte. Dies allerdings mit unterschiedlichem Erfolg: Gerade abends sind sie häufig verlassen und beinah menschenleer.

Wie können Innenstädte attraktiv bleiben? Die erneute Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof lenkt den Blick erneut auf die Zukunftsfähigkeit dieses Begegnungsorts. Den Kampf um den Erhalt der Fußgängerzonen aufgenommen hat nun die Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister mit Hofs Rathauschefin Eva Döhla an der Spitze.

Funktion: Begegnungsort

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur verwies Döhla darauf, dass man eine Innenstadt nicht mehr dem Marktgeschehen überlassen könne, sondern von der öffentlichen Seite sehr stark planerisch und gestalterisch herangehen müsse, um funktionierende Zentren zu erhalten. Das Augenmerk dürfe sich nicht nur auf das Ladenangebot beschränken.

Aus Döhlas Sicht geht es darum, „die Innenstadt für die Zukunft anzupassen, wenn das Konzept nicht allein durch stationären Handel getragen wird". Um die Funktion eines Begegnungsorts aufrechtzuerhalten, seien auch andere Faktoren, wie etwa Veranstaltungen in der Innenstadt, vonnöten. Dabei geht es der Rathauschefin auch um den wichtigen Aspekt des Klimawandels und die Frage, wie man Aufenthaltsqualität auch an heißen Tagen gewährleistet.

Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger warb bei der heimischen Bevölkerung darum, verstärkt wieder lokal zu shoppen: Schließlich sei es besser, im Fachhandel vor Ort einzukaufen als „vom Sofa aus" bei Versandhändlern. Mit Blick auf die neuerliche Insolvenz der Warenhauskette Galerie Karstadt Kaufhof erklärte Ebersberger, dass „der Karstadt" in der Fußgängerzone bislang von den Schließungswellen verschont geblieben sei. Die Entscheidung, wie es nun weitergeht, liege freilich nicht bei der Kommune, unterstrich Bayreuths Stadtoberhaupt: „Wir werden aber schauen, dass die Rahmenbedingungen stimmen für ein Kaufhaus am Markt." Das Warenhaus sei nach wie vor ein Magnet und deshalb als „Ankerhändler" wichtig für die Innenstadt.

Attraktive Zentren durch Tourismus

Einen Schlüssel für attraktive Zentren sieht Ebersberger im Tourismus: Viele Tages- und Wochenendgäste seien Kunden der Innenstadt. Bayreuth verzeichne Zuwächse im Tourismus, außerdem sei zu erwarten, dass weitere Hotels zahlungskräftige Kunden in die Stadt bringen. Auch mit kulturellen Angeboten versuche die Kommune, die Innenstadt mit Leben zu füllen, so der Rathauschef abschließend. **DK**

nachhaltig und klimaangepasst #byak-ben

Schon klimaneutral? Wir beraten Sie kostenfrei!

Zu allen Themen rund um kommunale Nachhaltigkeit sowie das nachhaltige und energieeffiziente Bauen & Sanieren, zu Förderung, Materialökologie, zur Klimaanpassung am und ums Gebäude.

Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Bayerische Architektenkammer

Kontakt & Info:

+49 89 139880-88
ben@byak.de
www.byak-ben.de

GZ ZU GAST BEI ...



Florian Mair

Erster Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster im Landkreis Augsburg. In unserer Gemeinde leben derzeit rd. 4.600 Menschen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Das Bürgermeisteramt habe ich am 01.05.2020 angetreten. Ich bin hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt war ich als Vorstand einer gesetzlichen Krankenkasse tätig. Diese Beschäftigung übe ich nicht mehr aus.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich war bereits von 2014 – 2020 Mitglied unseres Gemeinderates und konnte auf diese Weise erste Einblicke in die Kommunalpolitik gewinnen. Der direkte und persönliche Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort war für mich ein sehr wesentlicher Faktor meiner Entscheidung, mich für das Bürgermeisteramt zu bewerben. Daneben haben mich die Vielfältigkeit der Aufgaben sowie die wirklich greifbaren Gestaltungsmöglichkeiten angesprochen. Das Bürgermeisteramt eröffnet die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Gemeinderat die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort nachhaltig positiv zu gestalten. Oftmals können bereits durch sehr einfache Maßnahmen viele gute Dinge bewirkt werden, wovon die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Zu guter Letzt war und bin ich meiner Gemeinde schon immer sehr verbunden. Ich bin hier aufgewachsen und lebe hier. Deshalb kam es für mich auch nur in Frage, das Bürgermeisteramt hier in meiner Heimat ausüben zu wollen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die vorherige Tätigkeit als Gemeinderat war für mich die beste Vorbereitung. Es war tatsächlich ein unschätzbarer Vorteil, hierdurch bereits Kenntnisse und Erfahrungen zu laufenden Projekten gesammelt zu haben. Daneben hatte und habe ich ein sehr gutes Verhältnis zu meinem Amtsvorgänger. So war es mir möglich, die Aufgaben nahtlos und gut zu übernehmen. Außerdem konnte ich mich beim Amtsantritt auch auf mein Team im Rathaus sowie in den anderen kommunalen Einrichtungen verlassen. Ich wurde überall gut aufgenommen und niemand behielt wichtige Informationen für sich.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich hatte eine sprichwörtliche Baustelle zu übernehmen. In einem unserer Ortsteile lief zu meinem Amtsbeginn eine bereits seit vielen Jahren andauernde Dorferneuerung. Hier ging beim Kanalbau viel schief. Statt einer Straße gab es nur Staub oder Schlamm. Viele Einwohner hatten Schäden an ihren Gebäuden. Wohlgemerkt alles Dinge, für welche die Gemeinde nicht die Verantwortung trug. Dennoch waren die Erwartungen in der Bevölkerung natürlich hoch, dass „der Neue“ hier nun sehr rasch für eine Lösung sorgen würde. Die größte Herausforderung war es für mich als jemand, dessen berufliche Vergangenheit nicht unbedingt in der Baubranche lag, sich binnen kurzer Zeit in ein solch umfangreiches Bauvorhaben einzuarbeiten. Doch es ist gelungen und so viel kann ich verraten: die Dorferneuerung konnte zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen werden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wie wohl viele Kolleginnen und Kollegen befasse ich mich derzeit sehr ausgiebig mit dem Thema der Energiegewinnung bzw. Energieversorgung. Gemeinsam mit einigen Nachbarkommunen arbeiten wir an guten und tragfähigen Konzepten, wie wir als Kommunen mittel- und langfristig die Energiesouveränität erlangen können. Das sind in der Tat spannende und sehr komplexe Fragestellungen, welche uns hier beschäftigen. Ich bin jedoch überzeugt, dass es sich für unsere Bürgerinnen und Bürger lohnen wird, wenn wir Gemeinden hier unsere Kräfte bündeln und gemeinsam gute Lösungen erzielen. Ein weiteres Dauerthema unserer Gemeinde ist die Kinderbetreuung. Altenmünster ist eine stark wachsende Gemeinde. Viele unserer jungen Menschen bleiben hier oder ziehen zu und gründen hier eine Familie. Das ist aus meiner Sicht eine absolut erfreuliche Entwicklung. Allerdings muss die Infrastruktur wie Kindergarten, Kinderkrippe oder Schule natürlich mit dieser Entwicklung mithalten können. Dies ist eine große, aber gewissermaßen auch schöne Herausforderung. So baue ich viel lieber ein neues Kindergartengebäude, als dass ich darüber nachdenken muss, wie wir mit leerstehenden Räumlichkeiten umgehen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Frage, mit was ich mich noch auseinandersetzen muss, liegt ja weitestgehend nicht in meinen Händen. Ich komme jedoch nicht umhin festzustellen, dass ich mich zunehmend mit unausgegorenen und schlecht gemachten Gesetzen befassen muss, mit welchen uns die Bundes- oder Landespolitik überhäuft. Die Bürokratisierung unseres Landes schreitet trotz aller Versprechungen, dieser entgegenzuwirken, in einem ungeheuren Maße voran. Insbesondere der Bund überträgt den Kommunen immer neue und immer noch mehr Aufgaben, ohne für deren vollumfängliche Finanzierung zu sorgen. Mit all dem muss ich mich befassen, obwohl ich dies ausdrücklich nicht will. Stattdessen würde ich mich gerne damit befassen wollen, wie wir zügig und möglichst einfach die an uns gestellten Herausforderungen mit praktikablen Lösungen meistern können. Ich will, dass wir hierzulande endlich wieder ziel- sowie ergebnisorientiert arbeiten und nicht die Bedenkenträger stets das Zepter führen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Wichtige Ratschläge sind nicht so sehr meine Sache. Wenn ich eine Empfehlung geben darf, dann die, sich selbst treu zu bleiben, sich nicht zu verbiegen und niemals zu versuchen, es allen recht zu machen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Das Miteinander mit den verschiedenen Akteuren ist ein immens wichtiger Bestandteil meiner Arbeit als Bürgermeister. Ich habe in meiner Entscheidungsfindung bislang immer davon profitiert, mich zum jeweiligen Thema mit Kolleginnen und Kollegen sowie Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Dies erweitert den Horizont und bereichert die oftmals subjektive Wahrnehmung um neue Aspekte. Letztlich ist dies eine ganz einfache Möglichkeit, zu einer vielleicht noch besseren Entscheidung zu gelangen. Warum sollte man sich diese Chance also entgehen lassen?

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss der Digitalisierung auf die Kommunalpolitik ist nach meiner Wahrnehmung bereits heute sehr ausgeprägt. Ich persönlich schätze es sehr, über meine Arbeit, die Vorhaben und Pläne unserer Gemeinde aber auch einfach über das gesellschaftliche Leben in den sozialen Medien zu berichten. Einerseits ist es eine tolle Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger auf verständliche Art und Weise an dem teilhaben zu lassen, was seitens ihrer Gemeinde entwickelt und umgesetzt wird. Anderseits bietet sich eine einfache Möglichkeit, mit mir als Bürgermeister direkt und vor allem schnell in Kontakt zu treten. Diese Einfachheit in der Kommunikation ist meines Erachtens jedoch ein Stück weit auch kritisch zu sehen. Kommunalpolitische Abläufe oder Entscheidungen sind oftmals inhaltlich eben nicht einfach. Gerade hier wird nach meiner Überzeugung nichts das persönliche Gespräch ersetzen können.

Trotz diverser Vorteile hat die Digitalisierung im Bereich der Kommunalpolitik aber auch ihre Schattenseiten. Gerade in der digitalen Welt verbreiten sich Hass und Hetze sehr leicht. Vieles, was in der Anonymität geschrieben wird, würden die allermeisten Menschen von Angesicht zu Angesicht nicht aussprechen. Viel zu oft werden mittlerweile auch wir Kommunalpolitiker zum Ziel derartiger Aggressionen im Netz. Dies schwächt die Kommunalpolitik, weil es natürlich dazu führt, dass immer weniger Menschen gerne ein Amt in der Kommunalpolitik übernehmen möchten. Zugleich schädigt es unsere Demokratie, die doch letztlich vom Mitmachen lebt. Dies dürfen wir nicht zulassen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer positiv denken und sich selbst nicht zu ernst nehmen. Dann klappt der Rest fast von allein.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ganz bescheiden als hoffentlich netter Mensch. ❐

Jahrelange gute Zusammenarbeit

Im ländlich geprägten Landkreis Donau-Ries spielt die Landwirtschaft selbstredend eine wichtige Rolle

Um verschiedenen Problemstellungen der Landwirtschaft zu begegnen, wurden von Landrat Stefan Rößle in den vergangenen Jahren zahlreiche verschiedene Projekte neu eingeführt: „Uns ist ein regelmäßiger Austausch mit den Landwirtinnen und Landwirten in unserem Landkreis seit jeher ein wichtiges Anliegen“, erklärt der Landrat: „Sie prägen unsere Landschaft, versorgen uns regional mit Lebensmitteln und nehmen eine Schlüsselrolle bei unseren Zukunftsthemen Nachhaltigkeit und Energie ein.“

Insbesondere wird gemeinsam versucht, das Image der Landwirtschaft im Landkreis Donau-Ries weiter zu verbessern und mögliche Problemstellungen in gemeinsamen Gesprächsrunden frühestmöglich auf Augenhöhe zu klären. Bei anstehenden größeren und komplexeren Bauvorhaben beruft der Landrat frühzeitig einen Runden Tisch ein, an dem neben Bauherrn und Planern möglichst alle betroffenen Fachbereiche und Behörden beteiligt sind.

Der Landrat sowie die Fachbereiche Immissionsschutz und Bauwesen am Landratsamt Donau-Ries sind beispielsweise Jahr für Jahr am Fachgespräch des “Biogasstammtisches“ beteiligt, um aktuelle Themen gemeinsam zu diskutieren. Dort wird nach erfolgten oder anstehenden Gesetzesänderungen gemeinsam besprochen, wie gegebenenfalls erforderlich werdende Genehmigungsverfahren möglichst effektiv durchgeführt werden können.

Gemeinsame Entscheidungen auf Augenhöhe

Auch das Regionalmanagement des Landkreises koordiniert regelmäßig Zusammenkünfte, wie den „Runden Tisch der Landwirtschaft“. Es beteiligt sich gemeinsam mit weiteren forst- und landwirtschaftlichen Zusammenschlüssen am „Regionaltisch“ des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) und steht in engem Kontakt mit dem Bayerischen Bauernverband. Diese Netzwerkveranstaltungen haben das Ziel, gemeinsam mit den Betroffenen auf Augenhöhe gute Lösungen für die Anliegen der Landwirtschaft zu finden.

So hat sich das Regionalmanagement des Landkreises Donau-Ries seit 2019 vielen berechtigten Anliegen der Landwirtschaft angenommen. Dabei wurden Projekte und Kampagnen gestartet, die die Bauern und Bäuerinnen im Landkreis unterstützen sollen. Bei der Bundes-, Landes- und der EU-Gesetzgebung hat aber auch der Landkreis Donau-Ries nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten.

„Gemeinsam. Gutes. Für unsere Heimat“

Die Regionalmanagerin Jennifer Hofmann leitete die Imagekampagne „Gemeinsam. Gutes. Für unsere Heimat.“, bei der in vier Imagefilmen gezeigt wird mit welcher Leidenschaft unsere Landwirte im Landkreis Donau-Ries regionale Produkte herstellen.

Diese Imagefilme wurden zusammen mit vielen weiteren nachhaltigen und regionalen Angeboten für Schulen bei einer Lehrerfortbildung im November 2023 den Lehrkräften im Landkreis vorgestellt. Im Rahmen dieser Fortbildung stellten unter anderem das AELF und die Landfrauen ihre Projekte vor.

Landschaftspflegeverband Donau-Ries

Im Landschaftspflegeverband arbeiten Landwirte, Naturschützer und Vertreter der Kommunen freiwillig und gleichberechtigt zusammen. Ziel ist es, die vielfältige Kulturlandschaft des Landkreises Donau-Ries durch angepasste Nutzungsformen zur erhalten. Dabei sollen seltene Tier- und Pflanzenarten in der Landschaft geschützt werden, und gleichzeitig landwirtschaftliche Betriebe von der Landschaft leben können. In den letzten Jahren wurden hier bspw. die Beweidung wertvoller Flächen durch Schafe und Rinder zum Erhalt wertvoller Flächen initiiert.

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm

Auch die Untere Naturschutzbehörde arbeitet im Rahmen des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP) eng mit der Landwirtschaft zusammen. Mit dem Förderprogramm VNP Offenland werden ökologisch wertvolle Lebensräume, die auf eine naturschonende Bewirtschaftung angewiesen sind, erhalten und verbessert. Landwirte, die auf freiwilliger Basis ihre Flächen nach den Zielen des Naturschutzes bewirtschaften, erhalten dabei für den zusätzlichen Aufwand und den entgangenen Ertrag eine Entschädigung.

Im Jahr 2023 wurden im Landkreis Donau-Ries auf mehr als 600 Hektar landwirtschaftlichen Flächen derartige Maßnahmen umgesetzt, welche mit mehr als 310.000 Euro gefördert wurden.

Regionale Produkte

Regionale Produkte an den Endverbraucher zu bringen ist nicht immer einfach. Deswegen bewirbt der Landkreis die regional von den Landwirten erzeugten Produkte im Dorfladennetzwerk und in der App regionaler Einkaufsführer, die ein Verzeichnis der Direktvermarkter im Landkreis enthält. Zudem soll eine Wanderausstellung zu regionalen Produkten, wie Honig, Bier, Eier, Fleisch, Kartoffeln, Milch und Mühlenprodukte die Wertschätzung von Lebensmitteln, die in der Region produziert wurden, steigern.

Derzeit laufen Gespräche verschiedener landwirtschaftlicher Initiativen mit Beteiligung des Landrats und seinen Stellvertretenden, wie es gelingen kann, den Anteil an Bioprodukten und regionalen Erzeugnissen im Landkreis Donau-Ries zu steigern.

Rößle hofft als Fazit der landwirtschaftlichen Protestaktionen, dass sich die Gesetzgeber auf Landes-, Bundes und Europaebene der wichtigen Rolle der Landwirtschaft gerade auch in unserer landwirtschaftlich geprägten Region bewusst sind und dass dies in ihren politischen Entscheidungen auch zum Ausdruck kommt. Unabhängig davon möchte er die gelebte Partnerschaft zwischen Landkreis und der Land- und Forstwirtschaft fortsetzen und weiter ausbauen, um auf Landkreisebene die Wertschätzung und das Bewusstsein für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig zu steigern. ❐

Seeger Bürgermeister zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Wegen Betrugs im Zusammenhang mit Corona-Geldern hat das Landgericht Nürnberg-Fürth den Bürgermeister der Gemeinde Seeg im Ostallgäu, Markus Berktold (CSU), zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Ebenfalls schuldig gesprochen wurde der frühere Leiter einer ortsansässigen Pflegeeinrichtung, der nun wegen Betrugs und versuchten Betrugs für drei Jahre und elf Monate ins Gefängnis muss. Zudem ordnete das Gericht gegen beide die Einziehung von Vermögen in sechs- bzw. siebenstelliger Höhe an.

Gemeinsam mit dem Pflegedienstleiter habe Berktold in den Jahren 2020 bis 2022 rund 2 Millionen Euro aus dem sogenannten Pflege-Rettungsschirm unrechtmäßig abgerechnet, urteilte das Gericht. Dazu soll der Bürgermeister zum Teil Scheinrechnungen erstellt haben. Außerdem habe Berktold als Liquidator eines Vereins insgesamt 825.000 Euro auf sein Privatkonto überwiesen. Auch sei er im Besitz einer Schusswaffe samt Munition gewesen.

Beide Verurteilten legten inzwischen Revision gegen das Urteil ein. Wann der Bundesgerichtshof entscheidet, ist nach Angaben des Landgerichts ebenso völlig offen wie die Frage, ob die in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten vorher auf freien Fuß gesetzt werden. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bezirk Oberbayern:

Erinnerungskultur als theatrales Ereignis

Das Musical Villa Haar spielt sowohl im Jahr 2018 als auch in der Zeit der NS-Diktatur: Als die 88-jährige Emma von Blumberg 2018 Dr. Sarah Wülfing trifft, ahnen die beiden Frauen noch nicht, dass sie schicksalhaft seit 1943 miteinander verbunden sind. Dr. Wülfing ist zum Zeitpunkt des Treffens 51 Jahre alt. Sie kennt das Sterben in den ehemaligen Hungerhäusern der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Haar nur schemenhaft aus Erzählungen. Während der NS-Zeit war der Psychiater Dr. Hermann Pfanngiesser ärztlicher Direktor der Anstalt. Pfanngiesser hatte wiederum eine Beziehung zu Maria Gwandl – verantwortliche Krankenschwester und Wülfings Großmutter.

Emma von Blumberg hingegen erinnert sich traumatisch an ihre Zeit als Patientin in der Heil- und Pflegeanstalt: an den Tod ihrer kleinen Freundinnen und Freunde, die bizarren, grotesken Taten jener „vier Wahnsinnigen" – vier Pfleger, die sich unter Anleitung der verantwortlichen Krankenschwester Gwandl dem Regime anbiederten. In Emmas Erinnerung verankert ist aber auch der Beginn ihrer großen Liebe zu ihrem späteren Ehemann Falk von Blumberg und ihr gemeinsames Überleben.

Erinnerungskultur und Unterhaltung

„Uns geht es darum, den Opfern der mörderischen NS-Diktatur ein Denkmal zu setzen. Wir geben ihnen ein Gesicht", erzählt der Intendant des Kleinen Theaters Haar, Matthias Riedel-Rüppel, der das Stück auch produziert hat. Villa Haar schaffe den Spagat zwischen Erinnerungskultur und Unterhaltung. Es gelinge erstmals über das Genre Musical als populäres theatrales Ereignis hinaus eine generationenübergreifende Aufmerksamkeit für die Historie des Nationalsozialismus und dessen beispiellosen Zivilisationsbruch zu erzeugen.

Für das schwierige Thema stehen im Kleinen Theater Haar herausragende Akteurinnen und Akteure aus Deutschland und Österreich auf der Bühne. „Wir haben die Aufgabe zu erinnern, Geschichte für die Nachwelt zu erhalten und so zu erzählen, dass hingehört und nichts vergessen wird," ist sich Intendant Riedel-Rüppel sicher. „Dieses wird uns mit der Villa Haar gelingen."

Infos und Tickets

Tickets gibt es an allen bekannten Vorverkaufsstellen und unter www.reservix.de. Weitere Informationen: www.villa-haar-musical.de. ❐



Ursula (Larissa-Mariell Hoffmann) und Falk von Blumberg (Jens Emmert). Bild: Bezirk Oberbayern

Landkreis Amberg-Sulzbach:

Instrumentenlehrpfad für Hirschau

Nachhaltigkeitsrat will dieses Projekt und zwei weitere finanziell unterstützen

Welche Instrumente spielen in einem Blasorchester? Der Musikzug Hirschau will das Erklären und einen Instrumentenlehrpfad erstellen. Positiver Nebeneffekt, die Verantwortlichen wollen damit auch das Interesse an der Musik wecken. Rund 1.250 Euro soll die Gestaltung des Lehrpfads kosten. Finanzielle Unterstützung kommt dabei vom Landkreis Amberg-Sulzbach. Der Nachhaltigkeitsrat stimmte einer Förderung des Projekts zu. Auch für zwei weitere Projekte, einer Boulebahn und einem Anti-Mobbing-Projekt an einer Mittelschule, sollen Fördergelder des Landkreises fließen.

Die Leiterin der Geschäftsstelle „Leitbild des Landkreises Amberg-Sulzbach", Katharina Schenk, stellte dem Nachhaltigkeitsrat die eingereichten Projekte im Detail vor. Im Zuge der Nachwuchswerbung will der Musikzug Hirschau einen Instrumentenlehrpfad kreieren: Hierzu werden Informationstafeln an den Laternen der Hirschauer Innenstadt angebracht. Auf diesen Tafeln sollen in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren unterschiedliche Instrumente eines Blasorchesters vorgestellt und mittels QR-Code auch hörbar gemacht werden. Diese Idee gefiel den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsrates, die einer Förderung des Projekts in Höhe von 1.000 Euro zustimmten – mit der Vorgabe, das Projekt idealerweise nach Ablauf des Zeitraums in der Grundschule und Kindergärten zu verstetigen.

Zustimmung erfuhr auch das Projekt der Stadt Sulzbach-Rosenberg, am Stadtgraben unterhalb des Stadtturms eine Boulebahn zu errichten. Die Herzogstadt will damit einen generationen- und kulturübergreifenden Treffpunkt schaffen und die Innenstadt nachhaltig beleben. Darüber hinaus will die Stadt auch einen Beitrag zur deutsch-französischen Partnerschaft leisten, deren Ursprung im Altlandkreis Sulzbach-Rosenberg liegt. Nach dem Stadtrat stimmte nun auch der Nachhaltigkeitsrat des Landkreises einstimmig für dieses Projekt.



Hier im Sulzbach-Rosenberger Stadtgraben soll die Boulebahn entstehen. Der Landkreis Amberg-Sulzbach unterstützt dieses Projekt mit 2.000 Euro Förderung. Bild: Joachim Gebhardt

Zur Umsetzung unterstützt der Landkreis Amberg-Sulzbach das Vorhaben mit 2.000 Euro Förderung.

Last but not least will sich der Nachhaltigkeitsrat für die Förderung eines Anti-Mobbing-Projekts an der Mittelschule Auerbach samt Autorenlesung, Lehrerfortbildung und Lesenacht starkmachen.

Leitbild-Homepage

Um dem Nachhaltigkeitsrat im Anschluss an die Projektentscheidungen einen Blick auf bereits abgeschlossene Projekte zu ermöglichen, stellte Schenk einen aktuellen Stand der Leitbild-Homepage vor. Im Mittelpunkt standen dabei folgende Projekte, von welchen sich der Nachhaltigkeitsrat beeindruckt zeigte: „Naturlehrpfad in Elbart" (Antragsteller: RV Eintracht Elbart), „Der Natur auf der Spur" (Antragsteller: Bücherei der evangelischen Kirchengemeinde Auerbach) oder die „Inklusive Stadtführung" – initiiert durch Regens Wagner.

Zum Abschluss erinnerte Schenk an die neue Förderperiode. Bis 31. März können Kommunen, Vereine und Institutionen neue Anträge stellen. Für die Vergabe von Fördergeldern ist entscheidend, dass die Maßnahme einen innovativen Charakter habe. „Es muss sich also um eine neue Idee handeln, die im Landkreis Amberg-Sulzbach so noch nicht durchgeführt wurde und auch noch nicht besteht. Zudem müssen die vorgeschlagenen Projekte zur Umsetzung der im Leitbild verankerten Ziele beitragen", so Schenk.

Informationen zur Förderrichtlinie und das Bewerbungsformular finden Interessierte auf der Leitbild-Homepage www.deinezukunft-as.de. ❐

GZ PINOS WELT



Diese Republik, diese Welt (jedenfalls unsere westliche, satte, nicht mit Krieg, Armut und Unterentwicklung überzogene) hat anscheinend keine drängenden Probleme zu bewältigen.

Zu dem Schluss kommt man jedenfalls, wenn man die neuesten, in vielen Medien verbreiteten Sprachhinweise der Tierschutz-Aktivistengruppe PETA (People for the Ethical Treatment of Animals) liest. Tiere sollen aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verdrängt werden: Statt mit jemandem „ein Hühnchen" zu rupfen, wenn man mal Tacheles reden will, soll man lieber zum Ausdruck „Weinblätter rollen" greifen. Man soll als Multitasker keine „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen", sondern „Erbsen auf eine Gabel laden". Auch die Krönung der Tierwelt, die Katze, wird nicht verschont. Statt die „Katze aus dem Sack" zu lassen, wenn man ein gut gehütetes Geheimnis enthüllt, soll man die „vegane Calzone aufschneiden". Puuh!

„A Hund is er scho" ist ein Prädikatslob.

Nicht überliefert in der gegenwärtigen Berichterstattung wurde, welches Schicksal der Katze zugedacht ist, die im Sack gekauft wird. Ob sie auch durch wabbelige Tofupampe und Erbsenpüree à la vegane Calzone ersetzt werden soll? Diese Anschläge auf traditionelle Redensarten und Ausdrücke stehen im Zeichen des Kampfes gegen den Speziesismus, also der Diskriminierung von Lebewesen aufgrund ihrer Art. Sie konnten bisher gut ohne das Bewusstsein leben, dass sich Tiere durch sprachliche Ausdrücke gekränkt fühlen könnten? Oder dass Tierrechtsaktivisten statt ihrer (da die Tiere ja selber keine bad feelings artikulieren können) gegen Schimpfwörter wie blöde Gans, dumme Kuh oder Rabeneltern zu Felde ziehen, auch wenn damit weder Gänse, noch Kühe oder Raben beleidigt werden sollen, sondern Vertreter der Spezies homo sapiens sapiens?

Gut, der schlaue Fuchs, die weise Eule oder das flinke Fischlein, beliebt in Fabeln und Liedern, dürften den sprachlichen Furor vielleicht überleben. Spannend wird es mit dem bayerischen „Hund" oder gar Hundling. Wird es gelingen, dem norddeutsch geprägten Achtsamkeits-publikum zu vermitteln, dass „A Hund is er scho" ein Prädikatslob ist?

Jetzt haben wir uns also bereits mit Feminismus, Wokeness, gendersensibler und diskriminierungsfreier Sprache, einem antikolonialen Diskurs und ethnosensiblen Ausdrucksweisen herumzuschlagen, die mit den Wörtern, Ausdrücken und Begriffen unserer Kindheit gnadenlos ins Gericht gehen. Wir lesen unseren Enkeln mittlerweile Bücher vor, die schon wir einst geliebt haben, in denen es aber keine N-könige mehr gibt und in denen die Figuren kontextualisiert werden, wenn es sich um Indianer oder Eskimos handelt. Bevor wir Loriot- oder Otto-Sketche in der Mediathek anschauen, gibt es Warnhinweise zu sehen und James Bond frägt in seinen neuen Filmen höflich an, bevor er das Bond-Girl (alter Schwede, welch Stereotype) von seinen körperlichen Vorzügen zu überzeugen versucht. Und jetzt sollen wir auch nicht mehr mit unseren Gegnern Katz und Maus spielen dürfen (was stattdessen? Tom und Jerry?).

Was mich angesichts der Weltlage, der Wirtschaftskrise und dem Fachkräftemangel auch nachdenklich zurücklässt ist, dass es sich unsere (westlichen) Gesellschaften erlauben können, solche Institutionen unnützen Denkens wie PETA weiterhin zu alimentieren. Denn Forschung zugunsten des Tierschutzes feiere ich, Innovationen zur artgerechten Haltung, Investitionen in Produkte, die tierisches Leiden mindern oder vermeiden – her damit. Aber sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie jahrhundertealte Redensarten durch Veganersprech ersetzt werden können, da steige ich intellektuell aus.

Es mag ja gut sein, dass Sprache Bewusstsein schafft und sicher ist es auch gut, wenn man ab und zu zweimal überlegt, was und wie man was sagt. Aber die Probleme der Welt auf Begriffe und Gefühle zu reduzieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Da braucht sich dann auch niemand wundern, wenn sich die arbeitende Mitte der westlichen Länder mit Kopfschütteln von solchen elitären Spielchen abwendet.

Vielleicht sollten wir auf Samuel Butler hören: „Alle Tiere mit Ausnahme des Menschen wissen, dass der Hauptzweck des Lebens darin besteht, es zu genießen."

Ihr Pino

„Europa braucht Stabilität in der politischen Mitte"

Manfred Weber beim Neujahrsempfang der Fürther CSU

Fürth. Für Manfred Weber geht es bei der Europawahl im Juni auch um eine strikte Abgrenzung zu Radikalen von rechts und links: „Wir werden uns von Nationalisten unser Europa, das wahrlich nicht perfekt ist, aber unser Europa, das das Beste ist, das wir jemals in der Geschichte des Kontinents hatten, wir werden es nicht kaputt machen lassen."

Im Fürther Autohaus der Feser-Graf Gruppe hatte eingangs Wilhelm Graf der Politik und vor allem der Bundesregierung den Spiegel vorgehalten und an Beispielen dargelegt, in welchen Bereichen Unternehmen und dem Mittelstand das Leben schwer gemacht werde. Das traditionsreiche Familienunternehmen gehört zu den größten Ausbildungsbetrieben in der Region. In der gefüllten Ausstellungshalle hatten sich etwa 400 Gäste eingefunden, darunter viele Ehrenamtliche und Repräsentanten des Öffentlichen Lebens.

Mit Dr. Ingo Friedrich war auch ein CSU-Europapolitiker aus den Anfangszeiten des Parlaments gekommen, begleitet von Marlene Mortler, MdeP und dem aktuellen Spitzenkandidaten der Region, Dr. Konrad Körner. Mit dabei auch die örtlichen Mandatsträger der CSU, wie Tobias Winkler, MdB sowie Petra Guttenberger, MdL und Werner Stieglitz, MdL. Der kürzlich als Nachfolger von Matthias Dießl gewählte Landrat des Landkreises Fürth, Bernd Obst, hatte sein Debüt beim Fürther Neujahrsempfang.

CSU-Kreisvorsitzender Thomas Winning nannte Manfred Weber bei seiner Begrüßung den „politischen Kopf der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in Europa". In einer Zeit fundamentaler Veränderungen seien Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie „ein großer Schatz in Europa", so Winkler im Rahmen eines Impulses. Weber, kürzlich erneut von der CSU zum landesweiten Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert, ergänzte. „Wir brauchen in Europa den Zusammenhalt der demokratischen Mitte, um die Mehrheit nicht den Anti-Europäern und Radikalpopulisten zu überlassen". Eben deshalb sollten alle Demokraten am 9. Juni zur Wahl gehen.

„Wir brauchen einen europäischen Schutzschirm"

Angesichts der Weltlage müsse auch in Europa eine eigenständige Fähigkeit zur Verteidigung hergestellt werden. „Was hilft ein deutscher, polnischer oder litauischer Raketenschutzschirm. Was wir brauchen ist ein europäischer Schutzschirm". Weber plädierte zudem für mehr Handelsverträge mit demokratischen Staaten und weniger mit Autokraten, und er würde gerne das geltende Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, um handlungsfähiger zu werden. „Wir brauchen eine Führung aus der Mitte heraus und gegen Rechts- und Linksaußen".

Mit Blick auf die „auch die Kommunen überfordernde" Migration meinte Weber, auch stellvertretender Parteivorsitzender der CSU: „Ich will, dass an den europäischen Außengrenzen die EU entscheidet, wer reinkommt und wer nicht. Das dürfen wir nicht den Schlepperbanden überlassen". Sehr nachdenklich sprach er von seinen Sorgen um die Demokratie. Europa müsse auch in diesem Zusammenhang die Kraft dazu finden, der digitalen Welt einen Rahmen zu setzen, damit aufgrund häufig gezielter Falschmeldungen die öffentliche Wahrnehmung nicht die Gesellschaft weiter spaltet.



Manfred Weber. Bild: EVPFraktion

Für Weber, Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), der größten und ältesten Fraktion im Europäischen Parlament, gelte bei der Europawahl: Mehr Sicherheit, dauerhafter Wohlstand und begrenzte Migration. „Stabilität in der politischen Mitte gibt es nur mit den europäischen Christdemokraten. Und klar ist auch: Wer Bayern will, muss CSU wählen, da nur die CSU eine rein bayerische Liste hat". **pmw**

Initiative Familien e.V.:

Kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas

In Schweden ist es schon seit den 1970er Jahren selbstverständlich, dass alle Kinder zwischen sieben und 16 Jahren ein kostenloses und nährstoffreiches Mittagessen in den Schulen bekommen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das gibt das schwedische Schulgesetz vor. Finanziert wird das Essen aus Steuergeldern.

Im Gegensatz dazu wird das Schulessen und das Essen in den Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland mit derselben Mehrwertsteuer belastet wie das kommerzielle Essen in Restaurants. Mit dem Ende der gesenkten Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie droht daher eine weitere Verschärfung der Notsituation vieler Kinder.

Initiative Familien fordert deshalb die Regierung auf, die Schul- und Kitaverpflegung kostenlos zu stellen. „Auch in Deutschland ist es möglich, dass jedes Kind kostenlos ein gesundes Mittagessen bekommt, wenn die Prioritäten entsprechend gesetzt werden“, sagt Katrin Lena Greiner, Vorstand der Initiative Familien e.V. „Vor dem Hintergrund des anstehenden Wegfalls der Mehrwertsteuersenkung fordern wir die Politik nun auf, einen ersten Schritt in diese Richtung zu unternehmen und die Verpflegung in Schulen und Kitas zumindest von der Mehrwertsteuer ganz zu befreien statt sie wieder auf 19 Prozent anzuheben“, so Greiner weiter.

Alarmierende Zeichen

„Dass in diesem Bereich gar nichts passiert, ist schlicht nicht nachvollziehbar“, meint auch Bernhard Alberts, ebenfalls Vorstand der Initiative. „Immer häufiger wird beobachtet, dass sich Geschwisterkinder in der Schulkantine ein Essen teilen. Die Zahl der Kinder, die sich ganz vom Essen abmelden, steigt.“ Initiative Familien ist irritiert darüber, dass diese alarmierenden Zeichen ignoriert werden.

„Es gibt keine bessere Investition in unsere Zukunft und auch nicht in unsere Wirtschaft als die Investition in unsere Kinder“, meint Alberts, „daher sollte es überhaupt keine Frage sein und zum gesellschaftlichen Konsens gehören, in die Bildung unserer Kinder zu investieren. Dazu gehört selbstverständlich auch eine gesunde Ernährung.“

Befreiung aufwändig

Für ein warmes Mittagessen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schule und Kita sind mittlerweile 5,00 Euro nicht ungewöhnlich. Für viele Familien ein enormer Kostenpunkt. Zwar gibt es über das Bildungs- und Teilhabepaket (gem. §28 Abs. 6 SGB II) die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu beantragen. Die Wege zur Förderung regelt in der Praxis jedoch jede Kommune anders, häufig bürokratisch aufwändig. Die Kosten werden oft erst nach langer Bearbeitungszeit erstattet. Finanziell belastete Familien müssten in Vorkasse gehen – das ist häufig schlichtweg realitätsfern.

Vorbild Schweden

„Kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen ist möglich, das sehen wir in Schweden“, so Greiner. Damit wird es Kindern und Familien erspart, für dieses Grundbedürfnis aufwändige Anträge zu stellen und es ist nicht von den finanziellen Voraussetzungen der Familie abhängig, ob ein Kind ein warmes Mittagessen am Tag zu sich nehmen kann.“ Kinder dürfen auf keinen Fall die Leidtragenden von Sparmaßnahmen werden, so die Initiative. ❐

Web-Seminarreihen für Kita- und Schulträger:

Beschaffung von Verpflegung

Mit einem erweiterten Seminar-Angebot zum Beschaffungsmanagement von Kita- und Schulverpflegung startet das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) ins neue Jahr. Angesprochen ist die gesamte bundesweite Trägerlandschaft: öffentliche Schulträger, freie Träger der Ganztagsbetreuung sowie öffentliche und freie Kitaträger. Eingeladen sind zudem alle, die mit dem Vertragsmanagement im Anschluss an den Vergabeprozess betraut sind. Das erste Web-Seminar startet am 26. Februar 2024.

Die beiden Web-Seminarreihen „Beschaffung von Kitaverpflegung“ und „Beschaffung von Schulverpflegung“ rücken die Herausforderungen in den Mittelpunkt, vor denen Träger bei der Beschaffung von Verpflegungsleistungen stehen: Öffentliche Auftraggeber, wie Gemeinden und Kommunen, sind an vergaberechtliche Vorschriften gebunden und setzen den Rahmen für Qualität und Akzeptanz des Speisenangebotes. Zusätzlich müssen Anforderungen wie beispielsweise steigende Kosten oder Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Wie sich dieser Prozess optimal gestalten lässt, ist Inhalt der Web-Seminarreihen.

Infos und Anmeldung

Alle Termine und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter https://www.nqz.de/service/e-learning-angebot ❐

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4/2024, die am 15. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

Bayerische Wahlergebnisse

Die Bürger von Sinzing bei Regensburg haben einen neuen Bürgermeister gewählt. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von fünf Stimmen setzte sich der CSU-Kandidat Martin Brix gegen Thomas Schwindl von den Freien Wählern durch. Brix kam auf 50,1 Prozent, Schwindl auf 49,9 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Patrick Grossmann war nach 15 Jahren im Amt für die CSU in den Landtag eingezogen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,3 Prozent.

Max Singer von den Überparteilichen Wählern ist neuer Rathauschef in Bad Feilnbach. Er erhielt 56,6 Prozent der Stimmen, während der amtierende Bürgermeister Anton Wallner von der CSU 43,4 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 58,3 Prozent.

Neues Stadtoberhaupt in Sulzbach-Rosenberg ist Stefan Frank (CSU). Er siegte mit 51,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der amtierende Bürgermeister Michael Göth von der SPD vereinte 48,8 Prozent auf sich. Mit seiner Abwahl geht eine Ära in der oberpfälzischen Stadt zu Ende, denn seit Jahrzehnten hatte die SPD den Chefsessel im Rathaus inne. Die Wahlbeteiligung betrug 46,1 Prozent.

Markus Krebs (FW) ist neuer Rathauschef in Sulzbach am Main. Für den 36-jährigen stimmten 78,8 Prozent der Wähler. Der CSU-Mitbewerber Meik Schulz erreichte 21,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent.

Mit 95,7 Prozent der Stimmen ist Max Boneberger als einziger Kandidat zum Bürgermeister der Marktgemeinde Altusried im Allgäu gewählt worden. CSU und Freie Wähler hatten den parteilosen 41-jährigen Rohrdorfer gemeinsam aufgestellt. Er folgt Amtsinhaber Joachim Konrad (CSU), der in den Landtag gewählt wurde. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Bei der Stichwahl in der Gemeinde Kochel am See holte Jens Müller (Unabhängige Wählergemeinschaft Kochel/UWK) einen ungefährdeten Sieg. Der Gemeinderat landete mit 60,2 Prozent der Stimmen deutlich vor seiner Mitbewerberin Rosemarie Marksteiner (Mitte), die auf 39,8 Prozent kam. Wahlbeteiligung: 53,8 Prozent.

Im zweiten Wahlgang hat es Eva Treu geschafft: Bei den Landratswahlen in Neu-Ulm entschied die 31-Jährige CSU-Kandidatin die Stichwahl mit 67,1 Prozent der Stimmen deutlich für sich. Ihr Kontrahent Joachim Eisenkolb von den Freien Wählern erreichte 32,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug magere 28,2 Prozent. **DK**



Eva Treu. Bild: LRA Neu-Ulm

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 15. Februar 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 4

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Vl.: Oliver Schulte, Carmen Pepiuk, Sebastian Franz, Stefan Rößle, Christian Haase, Eva Weber, Hannelore Langwieser und Kathrin Albsteiger. Bild: GZ

MdB Haase beim KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Mutig neue Wege gehen

Eine Bestandsaufnahme der politischen Lage in Deutschland stand im Zentrum der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung des Vorsitzenden der KPV Bayern, Stefan Rößle. Hierzu stand KPV-Bundesvorsitzender Christian Haase, MdB, Rede und Antwort. Seine Einschätzung: „Kommunen und ländliche Räume sind der blinde Fleck der Ampelregierung. Die Ignoranz vor den Herausforderungen der Kommunen spiegelt auch der Haushalt 2024 wider."

„Noch nie war die Stimmung im Land so schlecht wie jetzt", machte Haase deutlich. Für die vollzogene Spaltung in Deutschland sei die amtierende Ampelregierung verantwortlich, die „komplett an den Menschen vorbei regiert". Ihr fehle ein Gesamtkonzept zur Lösung der aktuellen Probleme. Haase registriert eine zunehmende Vertrauenskrise im Land. Dafür hätten die demokratischen Parteien Sorge zu tragen. Ihre vordringliche Aufgabe sei es, jene Themen zu besetzen, die die Bürger bewegen und nicht eigene Vorlieben in den Vordergrund zu stellen. Zudem müssten politische Abläufe und Entscheidungen nachvollziehbar erklärt werden.

Zukunftsinvestitionen gehen verloren

In Gesprächen mit Unternehmen nimmt Christian Haase wahr, „dass Zukunftsinvestitionen verloren gehen und damit ein schleichender wirtschaftlicher Abstieg verbunden ist". Frustration mache sich breit, die derzeit deutschlandweit in Protestaktionen von Landwirten und solidarischen Handwerkern und Spediteuren gipfelt. In recht willkürlicher und überstürzter Weise habe die Ampelregierung händeringend nach Geld gesucht, damit in die Ertragssituation der landwirtschaftlichen Betriebe eingegriffen und somit nicht nur gegen volkswirtschaftliche Prinzipien der Stetigkeit und Planbarkeit verstoßen.

Angriff auf die ländlichen Räume

„Letztlich ist dies ein Angriff auf die ländlichen Räume", unterstrich der KPV-Bundesvorsitzende und bemerkte: „Das Leben in den ländlichen Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Schließlich leben wir nicht nur in einer Natur-, sondern in einer Kulturlandschaft. Es geht daher in der Diskussion nicht nur um den Berufsstand, sondern auch um die Landschaft und die Region insgesamt."

Die Ideen des Herrn Habeck

Liebevoll und ideenreich kümmere sich Wirtschaftsminister Habeck zwar um das Klima, „jedoch fällt ihm nichts ein, wie er die Wirtschaft in Gang bekommen soll", fuhr der MdB fort. Und ringe er sich zu Maßnahmen durch, gingen diese „in Richtung Industriepolitik nach französischem Vorbild". Dabei gehe es darum, große Industriekonzerne mit Subventionen gleichsam an den Staat zu binden und des-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerischer Landkreistag zu Gesundheitsminister Lauterbach:

Protest gegen „Egotrip"

Erneut haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte vehement gegen die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und dessen Umgang mit seinen eigentlichen Partnern in den Kommunen und im Land protestiert. Der Anlass: Kurz vor der Präsidiumssitzung des Kommunalverbandes war bekannt geworden, dass der Minister das Gesetz zur Krankenhausreform als für im Bundesrat nicht mehr zustimmungspflichtig erachtet und den Krankenhaus-Atlas für verabschiedet erklärt hat.

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, betonte, „widerspricht der Bundesgesundheitsminister den zur Krankenhausreform vereinbarten Eckpunkten vom vergangenen Sommer und kündigt die für echte Zukunftslösungen so wichtige Zusammenarbeit mit Land und Kommunen auf. Weiterhin tot stellt er sich zudem bei der für die Versorgung unserer Bürger entscheidenden Frage nach einer kurzfristigen Schließung vorhandener Liquiditätsengpässe."

Immer neue Kapriolen

Die letzte Kapriole des Bundesgesundheitsministers liegt Karmasin zufolge erst wenige Wochen zurück. Nachdem er es nicht geschafft hat, die Länder mit vermeintlichen Liquiditätshilfen für die Krankenhäuser unter Druck zu setzen, dem Krankenhaustransparenzgesetz zuzustimmen, setze er jetzt auf einen „Egotrip". Eine Antwort, wie er die drohende Insolvenzwelle der Kliniken – vor allem in der Fläche – verhindern will, bleibe er weiterhin schuldig.

„Über Jahre haben sich viele Krankenhäuser in einem System, das insbesondere die Klei-



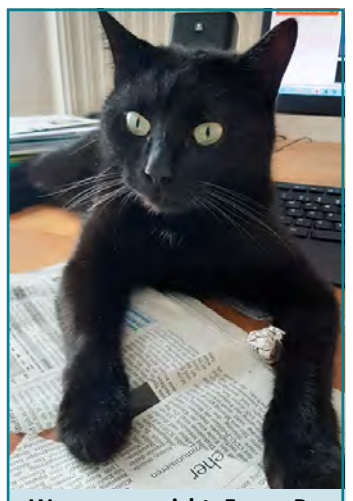
Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

nen in der Fläche benachteiligt hat, durch kommunales Geld über Wasser gehalten, um unsere Bürger zu versorgen. Die derzeit vorhandenen Liquiditätsengpässe sowie die Reaktionen aus Berlin darauf, schwächen unseren ländlichen Raum. Unsere Bevölkerung darf auch weiterhin keinen Versorgungsnachteil haben. Die Bundesregierung bleibt uns bis heute eine Antwort darauf schuldig, wie künftig bürgernah, bezahlbar und bedarfsgerecht medizinische Leistungen möglich sein sollen", unterstrich der Landkreistagspräsident.

Neben weiteren Vorhaben zur Digitalisierung, Erweiterung der Kompetenzen von Pflegekräften, Reform des Rettungsdienstes und Erhöhung der Anzahl von Medizinstudenten will Lauterbach noch bis zum Sommer auch Gesetze zur Stärkung der Hausärzte, der Notfallmedizin und der klinischen Forschung zum Abschluss bringen. Apropos Pflegekräfte: Nach neuen Berechnungen könnte der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften allein durch die zunehmende Alterung bis zum Jahr 2049 auf bis zu 690.000 steigen. Das wäre ein Plus von rund einem Drittel im Vergleich zum Jahr 2019, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Zur Jahrhundertmitte würden dann rund 2,15 Millionen Menschen in der Pflege benötigt. Für das Vor-Corona-Jahr 2019 gab das Bundesamt einen Bedarf von 1,62 Millionen Pflegekräften an.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz mahnte nach Bekanntgabe der Prognose Bund und Länder, sie dürften sich keine weiteren Flops bei der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte leisten. Laut Vorstand Eugen Brysch konnten in zehn Jahren nur 7.700 Neubeschäftigte gezählt werden. Anstatt weiter Millionen von Euros zu verbrennen, hätten die Anerkennung und Förderung von Berufsabschlüssen schneller zu erfolgen.

Nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste, Bernd Meurer, „sieht Minister Lauterbach tatenlos zu, wie sich die Situation immer weiter verschlimmert: Immer mehr Pflegekräfte gehen in den nächsten Jahren in Rente und die Zahl der Auszubildenden bricht ein." In den Ländern bahne sich eine Katastrophe an. **DK**



„Wer wenn nicht Franz Beckenbauer, der ‚Bub aus Giesing', der im Fußball Überragendes geleistet hat, der als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist, hätte einen Platz in der Walhalla verdient", meint Pino gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Sabathil. **Seite 13**

Forderungen des Bayerischen Gemeindetags:

Migration und Lehren aus „Betriebsunfall"

Der mit deutlicher Mehrheit von den Mehringer Bürgern abgelehnte geplante Windpark im bayerischen Chemiedreieck schlägt hohe Wellen. Im Staatsforst zwischen Altötting und Burghausen sollen nach dem Willen der Staatsregierung und der Staatsforsten 40 Windräder entstehen, davon zehn auf Mehringer Gebiet. „Grundsätzlich ist die Akzeptanz für die erneuerbaren Energien auch auf dem Land groß. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen und dazu gehören Mitbestimmung und finanzielle Teilhabe. Hieran hat es beim Windpark in Altötting bislang gefehlt", kritisiert Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

So bemängelt der Verband seit langem, dass das Vergabeverfahren der Staatsforsten Bürgerbeteiligungsmodellen und kommunalen Betreibern wenig Zuschlagschancen gibt, „weil die Höhe der Pachteinnahmen im Vordergrund steht und man sich hinter einem juristischen Gutachten verschanzt", erläutert Brandl. Dabei konnte der Gemeindetag in den seit Monaten laufenden Gesprächen mit den Staatsforsten auf ein Gutachten verweisen, das den Staatsforsten deutlich mehr Spielraum gebe, vorrangig örtliche Initiativen zum Zuge kommen zu lassen. „Bislang sind wir jedoch kein Jota weitergekommen," betont der Gemeindetagschef.

Auch ein anderer Vorschlag seines Verbandes sei bislang nicht aufgegriffen worden, so Brandl: Wenn man schon als Staatsforst die Pachteinnahmen in den Vordergrund stellt, dann könne man zumindest die betroffenen Gemeinden an diesen beteiligen. Davon profitierten alle vor Ort, da damit die klammen Gemeinden wieder Gestaltungsmöglichkeiten bekämen. Hessen praktiziere dies unter dem Stichwort „Windenergiedividende" seit 2016 bereits erfolgreich. Die Bayerischen Staatsforsten sähen aber ihre Hände gebunden, da dies der Landtag entscheiden müsse.

Aber auch die Staatsregierung kann Brandl zufolge ihren Teil beitragen. Zwar verspreche der Koalitionsvertrag, dass die Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Bürger und Kommunen vor Ort verbessert werden sollen, aber passiert sei bis-



Dr. Uwe Brandl. Bild: Fotografi/

lang nichts. Und das obwohl zwischenzeitlich rechtlich feststehe, dass der Bund keine einheitlichen Regelungen schaffen kann – dies wollte der Freistaat abwarten. „Nun haben uns andere Länder überholt. Zum Beispiel Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Doppelhaushalt 2024/2025 — Eckpunkte der Staatsregierung	2
Zukunftspaket der CSU-Landtagsfraktion	2
Trauer um Armin Grein	3
Einladung zum Benefiz-Schafkopfrennen	3
Tourismus in Bayern boomt	3
Bayern setzt sich für Fortschritte in der Pflege ein	3
Bundestrend bedrückt Bayerns Wirtschaft	3
Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema	4
Digitalisierung • IT • Breitband • Kommunikation	5 - 9
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen	9 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 14

Doppelhaushalt 2024/2025:

Staatsregierung beschließt Eckpunkte

Die Bayerische Staatsregierung hat auf einer Klausurtagung am Tegernsee den Doppelhaushalt für 2024 und 2025 aufgestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2024 wird mit der Tilgung der zur Bewältigung der Corona-Krise in den Jahren 2020 bis 2022 im Sonderfonds Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden begonnen. Ministerpräsident Markus Söder sprach von einem „Premiumhaushalt" und hob hervor, dass die sogenannten Rücklagen des Freistaats für die Finanzierung der Ausgaben nicht in voller Höhe genutzt werden müssten. Klar sei aber, dass die schwierige wirtschaftliche Lage auch in Bayern spürbar sei, weshalb er es als wichtig erachte, ein Signal der Hoffnung und der Zukunft zu setzen.

„Wir investieren wieder gegen die Krisen", erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es sei ihm persönlich wichtig gewesen, wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen; Grundlage aller Planungen sei wie immer die Steuerschätzung gewesen. Der Doppelhaushalt soll voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 im Bayerischen Landtag beschlossen werden.

Gesamtausgaben 149 Mrd. Euro

Die Gesamtausgaben 2024/2025 betragen insgesamt knapp 149 Mrd. Euro. Die Ausgaben steigen im Jahresdurchschnitt 2024/2025 um rund 3,1 Prozent. Die Bildungsausgaben nehmen weiter deutlich zu und bilden mit rund 52 Mrd. Euro den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt.

Für den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder im Grundschulalter werden im Kultus- und Arbeitsministerium insgesamt über 1,2 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen (insbesondere Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG, Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung und Bayerische Krippengeld) steigen deutlich auf zusammen rund 6,9 Mrd. Euro.

Steigender Bedarf bei High Tech und Wissenschaft

Die Mittel für den Hochschulbereich im Haushaltsplan des Wissenschaftsministeriums sollen im Doppelhaushalt auf insgesamt gut 14 Mrd. Euro anwachsen. Die zusätzlichen Mittel sind unter anderem für neue Technologietransferzentren sowie für den weiteren Aufbau der TU Nürnberg vorgesehen. Bei den Universitätsklinika sollen das Bayerische Krebsforschungszentrum, der Medizincampus Niederbayern, der Medizincampus Oberfranken sowie die Universitätsklinik Augsburg weiter aufgebaut werden. Für die einzigartige Technologieoffensive „Hightech Agenda Bayern" werden insgesamt 1,1 Mrd. Euro eingeplant.

Prioritäten bei Innerer Sicherheit

Für den Bereich der Inneren Sicherheit und des Rechtsschutzes plant die Staatsregierung Ausgaben in Höhe von rund 17 Mrd. Euro. Die Einsatz- und Betriebsmittel sowie Sachinvestitionen der bayerischen Polizei (sog. Polizei-Budget) wachsen im Jahr 2024 auf ein erneutes Rekordniveau von rund 592 Mio. Euro an. Darin enthalten sind zusätzliche Mittel für den Kauf der größeren und leistungsstärkeren Polizeihubschrauber der 4-Tonnenklasse. Für das „Polizei-Budget" werden im Haushaltsentwurf 2024/2025 rund 1,12 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für den Feuerwehrbereich steigen auf rund 226 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt vollständig aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer. Für die Bereiche Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind insgesamt rund 192 Mio. Euro vorgesehen.

Die Ausgaben für Gesundheit betragen rund 3,6 Mrd. Euro. Für ein Förderprogramm zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser sollen 25 Mio. Euro veranschlagt werden.

Neuer Spitzenstand beim kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich 2024 erreicht mit rund 11,4 Mrd. Euro einen neuen Spitzenstand. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 213 Millionen Euro. Die Investitionsausgaben werden deutlich erhöht und betragen nunmehr insgesamt gut 22 Mrd. Euro. Die Investitionsquote steigt im Jahresdurchschnitt 2024/2025 auf 15,0 Prozent.

Die staatliche Wohnraumförderung erreicht mit einem Bewilligungsrahmen von rund 885 Mio. Euro im Jahr 2024 und 940 Mio. Euro im Jahr 2025 jeweils ein neues Rekordniveau. Sie umfasst darüber hinaus das kommunale Wohnraumförderungsprogramm (150 Mio. Euro pro Jahr), die Bayerischen Holzbauförderung (35 Mio. Euro pro Jahr) und die Studentenwohnraumförderung (38 Mio. Euro pro Jahr).

Zur weiteren Umsetzung des Energie- und Klimapakets werden auf dem Gebiet der Energieförderung rund 51 Mio. Euro insbesondere für die Förderung von Elektrolyseuren zur Wasserstoffproduktion eingeplant. Im Bereich der Bioenergie sind insgesamt 22 Mio. Euro Ausgabemittel vorgesehen. Durch die Aufstockung der Mittel für den „Energiekredit Regenerativ" um 5 Mio. Euro auf insgesamt 15 Mio. Euro kann die LfA Förderbank ihr Kreditangebot auf die Finanzierung von Wärmenetzen ausweiten.

Für den Einstieg in die Umsetzung des „Zukunftsvertrags Landwirtschaft" sind insgesamt 40 Mio. Euro veranschlagt. Rund 149 Mio. Euro pro Jahr sind für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) vorgesehen. Anders als der Bund steht der Freistaat damit zu seiner Verantwortung für den ländlichen Raum.

Die Ausgabemittel für den Schienenpersonennahverkehr aus Regionalisierungsmitteln erhöhen sich auf rund 4,3 Mrd. Euro. Zur Fortführung des „Deutschlandticket" in den Jahren 2024 und 2025 sind knapp 1,3 Mrd. Euro vorgesehen - je zur Hälfte aus Bundesmitteln und Landesmitteln finanziert. Ein belastbares Bekenntnis des Bundes zur Weiterfinanzierung steht bis heute noch aus. Die Ausgaben für die Staatsstraßen werden mit zusammen rund 1,1 Mrd. Euro auf Rekordniveau angehoben.

Coronabedingte Kredite

Für die Tilgung der coronabedingten Kreditaufnahme sieht die Staatsregierung zunächst 100 Mio. Euro vor. Für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind gut 6.000 zusätzliche Stellen geplant. Darin enthalten sind insbesondere 4.100 zusätzliche Stellen für weitere Verbesserungen des bayerischen Schulsystems und zur Sicherung der Unterrichtsversorgung (2.900 Lehrerstellen und 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte an Schulen) und knapp 1.000 zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz. **DK**

artouro 2024 ausgelobt

Architekten und Bauherren können sich für Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis bewerben!

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und die Bayerische Architektenkammer in Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH loben zum vierten Mal den Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis „artouro'" aus. Der Preis würdigt architektonischen Mut und Nachhaltigkeit im Tourismus. Der in Deutschland einmalige Preis stellt die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung einer qualitätvollen Tourismusarchitektur heraus. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer wird zudem der Sonderpreis artouro Barrierefreiheit vergeben.

Gerade im Tourismus, einer für Bayern wichtigen Leitökonomie, zeigt sich, dass hochwertige Architektur den Erlebniswert steigert und Gäste anzieht. Dieser Mehrwert wird bei Hotel- und Gastronomiebetrieben und allen weiteren Destinationen touristischer Freizeitgestaltung deutlich – von Wellness- und Gesundheitseinrichtungen bis hin zu Unterhaltungs- und Kulturbauten.

Der artouro fördert die Kooperationen zwischen Architektur und Tourismus und stärkt die Wachstumsbranche Tourismus in Städten, Kommunen und Gemeinden.

Der Preis richtet sich an Architekten und Bauherren von Bauten in Bayern, bei denen ein touristischer Nutzen vorliegt erläuterten die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber sowie die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack.

Bewerbungen können bis zum 30. April 2024 über artouro.byak.de eingereicht werden. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kern
94548 Innernzell
am 16.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Werner
97493 Bergrheinfeld
am 15.2.

Bürgermeister Franz X. Rolla
87752 Holzgünz
am 19.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Beyer
91180 Heideck
am 28.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kai Hohmann
63820 Elsenfeld
am 20.2.

Bezirkstagspräsident und
Bürgermeister Olaf Heinrich
94078 Freyung
am 23.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Beer
93176 Beratzhausen
am 20.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johannes Hümpfner
97618 Strahlungen
am 17.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

CSU-Fraktion schnürt Zukunftspaket:

„Gummistiefel und Gigabit"

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek will Chancengleichheit für Stadt und Land herstellen. Hierzu legte er in München im Beisein von Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern e.V., Prof. Klaus Lutz, Präsident der IHK für München und Oberbayern, sowie Dieter Vierlbeck, Geschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages, ein Strategiepapier für den ländlichen Raum vor.

„Der ländliche Raum hat für uns obersten Stellenwert", heißt es in der Resolution „In Bayern leben, heißt besser leben – in den Städten und auf dem Land". Dafür werde unter anderem der Ausbau des schnellen Internets weiter vorangetrieben, „mit dem Ziel in allen Regionen Gigabitbandbreiten zu erreichen".

Schwerpunkte

Neben der Fortführung des Sonderprogramms zur Förderung kommunaler Schwimmbäder und der Förderung des Tourismus bekennt sich die CSU-Fraktion dazu, die Investitionen in die Staatsstraßen auf hohem Niveau zu verstetigen. Gleichzeitig soll der Bau neuer Radwege und Radschnellwege forciert werden, indem bis 2030 1.500 Kilometer Radwege realisiert und durch gezielte Lückenschlüsse landesweit durchgehende Radwegverbindungen geschaffen werden. Auch ist geplant, die Schieneninfrastruktur im ganzen Land weiter auszubauen, um mehr Güter und Personen auf die Schiene zu bringen.

Erschwinglicher Führerschein

In begründeten Ausnahmefällen soll es zudem möglich sein, Minderjährigen für Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte eine Fahrerlaubnis der Klasse B zu erteilen. „Insgesamt muss der Führerschein gerade für junge Menschen wieder leichter erschwinglich sein", heißt es in der Resolution. „Für eine optimale Verkehrsanbindung im ländlichen Raum setzen wir zusätzlich auf innovative Mobilitätskonzepte wie beispielsweise Ruftaxis, On-demand-Busse und Carsharing. Außerdem wollen wir die Potenziale des autonomen Fahrens erschließen."

Der mit dem Bayerischen Bauernverband geschlossene Zukunftsvertrag sieht ein einzigartiges Investitions- und Fördervolumen in Höhen von bis zu 120 Millionen Euro pro Jahr vor. Damit verbindet die CSU-Fraktion wichtige Weichenstellungen wie etwa beim Schutz des Eigentums, in der Jugendarbeit im ländlichen Raum, beim Erhalt der bäuerlichen Tierhaltung, bei der Ernährungssicherung, bei der Weiterentwicklung von Pflanzenbau und Flächenmanagement, beim aktiven Wassermanagement und beim Wasserschutz, bei der Digitalisierung und Entbürokratisierung der Landwirtschaft und beim Ausbau der regionalen Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Die Ampel-Koalition wird aufgefordert, die zunächst stufenweise Reduzierung der Agrardieselrückvergütung und ihre gänzliche Streichung zum Jahresbeginn 2026 fallen zu lassen und endlich verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen.

Zukunft fürs Handwerk

„Um das Handwerk in eine erfolgreiche Zukunft zu führen, werden wir die 2022 gestartete Technologie- und Investitionsoffensive in den kommenden Jahren weiter ausbauen", formuliert das CSU-Papier. „Zudem geben wir mit der kostenlosen Meisterausbildung und dem Tag des Handwerks an allen weiterführenden Schulen ein starkes Bekenntnis für unser Handwerk. Gründerzentren sollen in ganz Bayern wirken: Wir wollen gezielt Anreize für Unternehmensgründungen in ländlichen Gebieten Bayerns setzen."

Weil so viele Menschen nach Bayern ziehen, wird ein besonderes Augenmerk auf den Bau von Wohnraum gelegt. Der Erfolgs-Dreiklang: Hilfen für privaten Eigentumserwerb durch eine deutliche Ausweitung der Zinsverbilligungsprogramme, staatlicher Wohnungsbau mit einem eigenen Landesbauprogramm und soziale Wohnraumförderung mit einer verstetigten Wohnbaumilliarde.

Baukonjunkturprogramm

Mit einem bayerischen Baukonjunkturprogramm sollen die heimischen Unternehmen zusätzlich unterstützt werden. Nach dem Grundsatz „Innen vor Außen" will die CSU beim Bauen den Außenbereich möglichst schonen und den Flächenverbrauch reduzieren.

Auch bekennt sich die Landtagsfraktion zur Grundschulbildung vor Ort und der damit verbundenen Bestandsgarantie für kleine Grundschulen. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege" soll auch weiterhin ein Grundpfeiler bayerischer Bildungspolitik sein. Kleinere Schulstandorte sollen daher erhalten werden. „Wir unterstützen die Kommunen auch weiterhin bei ihren Investitionen in moderne Schulen und wollen für eine bedarfsgerechte Mittelausstattung sorgen", heißt es.

Krankenhausmilliarde

Geplant ist zudem, die bisherige Rekordförderung für Krankenhäuser in den nächsten fünf Jahren schnellstmöglich und bedarfsgerecht gemeinsam mit den Kommunen auf eine Milliarde Euro („Krankenhausmilliarde") zu erhöhen. Ein erster spürbarer Schritt soll 2024 mit einer Anhebung des Etats auf 800 Mio. Euro gemacht werden. Wie bisher werde ein Großteil der Investitionsmittel in Krankenhäuser im ländlichen Raum fließen. „Mit dem Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum sichern wir flächendeckend eine wohnortnahe stationäre Versorgung."

Darüber hinaus will man den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Der Schlüssel zur bestmöglichen Energieversorgung aus Heimatenergien sei ein Energiemix aus Photovoltaik, Windkraft- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Wasserstoff. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien soll bis 2030 verdoppelt werden. Beim Heizen müsse auch Holz vor allem aus Durchforstungs- und notwendigen Waldumbaumaßnahmen ein nachhaltiger Energieträger bleiben.

Überdies sollen in Hochschulaußenstellen bis 2025 weitere 930 Studienplätze und bis 2023 weitere rund 400 Studienplätze geschaffen werden.

Behördenverlagerungen

„Mit der Behördenverlagerung bringen wir bis 2025 Arbeitsplätze für mehr als 2.500 Beschäftigte sowie weitere Arbeitsplätze für rund 2.670 Beschäftigte (2. Stufe) insbesondere in den ländlichen Raum", heißt es weiter. Ergänzt werden die Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie durch weitere punktuelle Regionalisierungsmaßnahmen mit Arbeitsplätzen für mehr als 760 Beschäftigte in allen Regierungsbezirken.

Räumliche Gerechtigkeit

„Gummistiefel und Gigabit ist das Credo unseres Zukunftspaktes für den ländlichen Raum", betonte Fraktionschef Holetschek. „Wir wollen die räumliche Gerechtigkeit vorantreiben und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Es ist das ganz klare Bekenntnis zur Landwirtschaft, zum Handwerk, zum Handel und zur Gastronomie."

Gleichzeitig setze der Zukunftspakt ein starkes Signal in Richtung Schulterschluss zwischen den Verbänden. „Wir müssen einen Gegenpol zu den politischen Plänen der Berliner Ampel setzen, wo zunehmend städtische Fragestellungen zu Ungunsten des ländlichen Raums priorisiert werden. In Bayern muss es sich auf dem Land genauso gut leben lassen wie in einer Metropole. Denn: Der ländliche Raum mit seinen einzigartigen Kulturlandschaften, Märkten und Dörfern ist Wohn- und Lebensort von mehr als jeder zweiten Bayerin und jedem zweiten Bayern", unterstrich der Fraktionschef. **DK**

Trauer um Altlandrat Armin Grein

84-jährig verstarb am vergangenen Wochenende einer der Gründerväter der Freien Wähler Bayern, Altlandrat Armin Grein, aus dem Landkreis Main-Spessart.

Vor seiner 24-jährigen Landratstätigkeit war der Verstorbene Bürgermeister von Marktheidenfeld. Die Gebietsreform hatte ihn zum kommunalpolitischen Engagement motiviert. 1978 wurde Grein Gründungsvorsitzender der Freien Wähler. Dieses Amt hatte er bis zum Jahr 2006 inne. Von 1994 bis 2010 war er auch deren Bundesvorsitzender.

Für Grein hatte die Kommunalpolitik hohe Priorität. Damals verstand man sich explizit als Nicht-Partei ohne parteipolitisch festgelegtes Programm. Wer für ein kommunales Mandat kandidiert, so Grein damals, trete kraft eigener Persönlichkeit und Reputation an. Man verstand sich als liberal-konservative Alternative zur CSU. Nachfolger von Grein als FW-Landesvorsitzender wurde Bayerns stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Die FW sind längst zur Partei mutiert. ❐



Tourismusministerin Michaela Kaniber im Rahmen der Jahrespressekonferenz Tourismus 2023 gemeinsam mit Dr. Johann Niggl (Abteilungsleiter Tourismus, l.) sowie Franz Stangl (Pressesprecher StMELF). Bild: Steffi Büchl / StMELF

Michaela Kaniber zieht positive Bilanz für 2023:

Tourismus in Bayern boomt

Das vergangene Jahr war für den Tourismus in Bayern äußerst erfolgreich. Tourismusministerin Michaela Kaniber zieht eine nach ihren ersten 100 Tagen im Amt eine positive Bilanz: „2023 war ein Erfolgsjahr für den Bayern-Tourismus. Wir haben das Niveau von 2022 übertroffen und liegen nur ganz knapp unter den Werten des Rekordjahres 2019. Zum zweiten Mal überhaupt haben wir im vergangenen Jahr die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Dieses großartige Ergebnis der Branche verdient besondere Anerkennung, insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Betrieben viel abverlangt hat. Dass die Bilanz dennoch so positiv ausfällt, unterstreicht die enorme Widerstandskraft der Branche und den Elan der Menschen, die dort arbeiten“, so Kaniber.

Die Zahl der Gästeankünfte ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 13,6 Prozent gestiegen. Insgesamt reisten im vergangenen Jahr rund 38,86 Millionen Personen nach Bayern (2022: 34,21 Millionen). Die Zahl der Übernachtungen hat ebenfalls um 8,7 Prozent zugelegt. 2023 wurden insgesamt rund 100,26 Millionen Übernachtungen gezählt, gegenüber 92,27 Millionen im Jahr 2022.

Rekordergebnis beim Binnentourismus

Laut Ministerin Kaniber sticht besonders die hervorragende Bilanz im Binnentourismus hervor. Dieser hat ein Rekordergebnis eingefahren und erstmals die Schallmauer von 30 Millionen Gästeankünften durchbrochen. Noch nie zuvor haben so viele Gäste aus Deutschland in Bayern Urlaub gemacht, wie im Jahr 2023. Damit hat der Freistaat erneut seine Position als Tourismusland Nummer 1 in Deutschland untermauert. Aber auch der Incoming-Tourismus habe gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, insbesondere aus den europäischen Nachbarländern. Laut der Ministerin verzeichneten alle wichtigen europäischen Quellmärkte bei den Übernachtungszahlen deutliche Zuwächse. Viele davon haben das Vor-Corona-Niveau übertroffen. „Österreich, die Niederlande oder Polen – hier liegt Bayern über den bisherigen Rekordwerten von 2019. Aber auch der wichtige US-Markt hat zurück zu alter Stärke gefunden und ist mit rund 2,2 Millionen Gästeübernachtungen wieder wichtigster bayerischer Incoming-Markt. Nur die Besucherzahlen der Gäste aus dem asiatischen Raum sind mit – 46 Prozent gegenüber 2019 noch deutlich niedriger als vor Corona: „Aber das trifft ganz Europa“, so die Ministerin. Für das laufende Jahr wird eine Stabilisierung der Entwicklung auf hohem Niveau erwartet.

Deutliche Kritik äußert die Ministerin an der Tourismuspolitik der Bundesregierung. „Das Auslaufenlassen des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie war ein Kardinalfehler. Was das so wichtige Thema der Arbeitszeitflexibilisierung betrifft, sehe ich bei der Ampel-Koalition keinerlei Gestaltungswillen. Auch beim Bürokratieabbau kommt nichts Konkretes aus Berlin. Die Probleme der Branche werden ignoriert. Es wird an den Bedürfnissen der Betriebe vorbeiregiert.“ Die Ministerin ergänzt, dass neben der Inflation auch Maut und CO2-Steuer, die bei den Logistikern zu höheren Kosten führen, sich auf den Anstieg der Preise auswirken werden.

Tragende Säule

Umso wichtiger sei es, dass man in der Landespolitik der Branche zur Seite stehe. „In Bayern wissen wir: Die Tourismusbranche ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Sie steht für Wertschöpfung und Beschäftigung im ganzen Land. Wir unterstützen sie nach Kräften, etwa mit einer für diesen Sommer geplanten neuen Initiative für die Kongresswirtschaft. Unser Ziel ist es, Wissenschafts- und Wirtschaftskongresse nach Bayern zu holen. Davon werden alle bayerischen Kongressstandorte profitieren – die großen Städte genauso wie die kleineren Destinationen im ländlichen Raum. Wir zünden den Kongressturbo für ganz Bayern. Dadurch steigern wir nicht nur die touristische Wertschöpfung vor Ort, insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, sondern fördern auch die Wirtschaftspolitik nachhaltig. Kongresse und Tagungen bringen Fachleute, Unternehmer und Forscher zusammen. Dabei werden frische Ideen etabliert und die Grundlagen für neues Wirtschaftswachstum gelegt. Es ist wichtig, dass wir in der Staatsregierung mit guter Wirtschaftspolitik Akzente setzen.“

Weitere Themen, die die Ministerin sich vorgenommen hat, sind der Gesundheitstourismus und die Digitalisierung. Laut ihren Worten sind Kurorte und Heilbäder ein Zukunftsthema, da der Bedarf ansteige. Hier ist eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium angestrebt, insbesondere wenn es um „Prävention“ gehe. Digitalisierung spiele im Tourismus eine herausragende Rolle, große Hoffnung wird in das Projekt „BayernCloud Tourismus“ gelegt. Hier werden gerade 300.000 Euro in die Hand genommen, um den Mehrwert noch bekannter zu machen. Mit der Bayerncloud lassen sich passgenaue Reiseerlebnisse, auch für Einheimische, leichter finden. Mittels KI wird außerdem an der Besucherlenkung gearbeitet. Eine entsprechende erste Anwendung wurde kürzlich am Schliersee demonstriert. ❐

Fünf Jahre Landesamt für Pflege in Amberg:

Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte in der Pflege ein

Ministerpräsident Dr. Söder und Gesundheitsministerin Gerlach bei der Jubiläumsfeier

Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte im Pflegebereich ein. Darauf haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Pflegeministerin Judith Gerlach anlässlich der Jubiläumsfeier zum fünfjährigen Bestehen des Landesamts für Pflege (LfP) in Amberg hingewiesen. Sie forderten zugleich von der Bundesregierung mehr Einsatz für eine umfassende Pflegereform.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte wörtlich: „Fünf Jahre Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg: Ein Amt, das für Herz und Würde zuständig ist. Unser Landespflegegeld, bei dem bislang 2,3 Milliarden Euro an 420.000 Menschen gingen oder unser wichtiger Hebammenbonus – alles Projekte, die ohne die erfolgreiche Abwicklung durch unser Landesamt nicht möglich wären. Unsere Pflegekräfte brauchen mehr Anerkennung, Respekt und auch eine bessere Bezahlung. Dafür stehen wir und dafür steht auch diese Herzensbehörde. Die Ansiedlung hier in der Oberpfalz war auch ein zentraler Baustein unserer Heimatstrategie für den ländlichen Raum. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr großartiges Engagement. Ganz Bayern ist stolz auf Sie!“

Einziges LfP in Deutschland

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach verwies darauf, dass der Freistaat mit dem Landesamt für Pflege eine schlagkräftige Behörde geschaffen habe. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag sowohl für pflegebedürftige Menschen als auch für Pflegekräfte.“ Aber auch die Bundesregierung müsse mit Blick auf die zahlreichen Herausforderungen in der Pflege endlich handeln und insbesondere etwas gegen den weiteren Anstieg der Pflegekosten unternehmen. Die Ministerin kritisierte, dass die bisherigen Reformschritte der Ampel viel zu kurz griffen. Bayern werde sich daher auch weiterhin auf Bundesebene für eine umfassende Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung einsetzen.

Ergänzend fügte Gerlach hinzu dass die Pflege eines der großen Zukunftsthemen sei, das die Staatsregierung in Bayern tatkräftig angehe. „Unser Ziel ist es, die Lage für pflegebedürftige Menschen und für pflegende Angehörige in Bayern weiter zu verbessern. Dabei spielt das LfP als einziges Landesamt in Deutschland, das sich ausschließlich um die Belange der Pflege kümmert, eine bedeutende Rolle.“

Anerkennung für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen

Seit 1. Juli 2023 werden die Anerkennungsverfahren für Pflegefachkräfte mit ausländischen Abschlüssen zentral beim LfP bearbeitet. Gerlach betonte: „Mit der sogenannten ‚Fast Lane‘ erreichen wir, dass in Bayern rasch mehr Pflegekräfte arbeiten können. Dies gelingt mit der Beschleunigung der aufenthaltsrechtlichen Anerkennungs-Verfahren.“Die ‚Fast Lane‘ bezeichnete die Ministerin als vollen Erfolg. Die Bearbeitungszeiten seien nach der Übernahme der Aufgabe durch das LfP trotz steigendem Antragsaufkommen gesunken. „Ich setze darauf, dass sich das Tempo durch den geplanten Einsatz künstlicher Intelligenz weiter beschleunigen wird“, versicherte sie.

Kompetenter Ansprechpartner

Das Landesamt für Pflege habe sich sehr schnell von einer reinen Vollzugsbehörde zu einem kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Pflege entwickelt. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen leisten, sei großartig.

220 Mitarbeiter

Das Landesamt für Pflege war am 20. September 2018 offiziell eröffnet worden. Derzeit sind 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Amberg beschäftigt.

LfP-Leiter Achim Uhl erläuterte stolz, dass in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich am Aufwuchs des Amtes gearbeitet worden ist. So sei es gelungen, einen breitgefächerten Beschäftigtenstab aufzubauen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus ganz unterschiedlichen Berufsbereichen: Neben Gesundheits- und Pflegewissenschaftlern arbeiten beim LfP unter anderem Architekten, Psychologen, Betriebswirte, Informatiker und Sozialpädagogen. „Diese Multiprofessionalität ist in vielen Bereichen wichtig, um all unsere Aufgaben, aus allen wichtigen Perspektiven vollumfassend bearbeiten zu können“, erläuterte Uhl. Sein Dank galt deshalb allen Beschäftigten, „die mit viel Engagement dazu beigetragen haben, dass der Aufwuchs gut gelingen konnte. Nach fünf Jahren haben wir gemeinsam schon viel geschafft, aber die Pflege hält noch viele weitere wichtige Herausforderungen bereit, die es in der Zukunft zu meistern gilt.“

Ministerin Gerlach erzählte, dass die erste zentrale Aufgabe des LfP die Organisation des Landespflegegeldes gewesen sei. Sie wertet diese jährliche bayerische Einmalzahlung als Erfolgsgeschichte, denn mit dem Geld können sich Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 oder höher etwas gönnen, was sie sich in ihrem normalen Alltag nicht leisten können. Sie können auch pflegenden Angehörigen und anderen Menschen, die sie bei der Bewältigung ihres schwierigen Alltags unterstützen, eine finanzielle Anerkennung zukommen lassen. „Auch mehr als fünf Jahre nach Einführung des bayerischen Landespflegegeldes ist das Interesse an dieser Unterstützung für Pflegebedürftige groß. Mittlerweile haben wir die Marke von zwei Millionen Anträgen überschritten und seit der Einführung im Oktober 2018 wurden rund 2,33 Milliarden Euro ausgezahlt“, berichtete Gerlach.

Koordination verschiedener Arbeitsgruppen

Neben dem Landespflegegeld und Förderverfahren wie dem bayerischen Hebammenbonus oder der Niederlassungsprämie für Hebammen werden am Landesamt auch Fachthemen der Pflege bearbeitet. Zum Beispiel hat die Geschäftsstelle des Expertenkreises Hospiz- und Palliativversorgung ihren Sitz am Landesamt. Sie koordiniert die Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen des Expertenkreises und wirkt mit an der Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern. Darüber hinaus wird das wichtige Thema Demenz mit dem „Bayerischen Demenzfonds“ aufgegriffen. Die Geschäftsstelle und die Bewilligungsbehörde für eingehende Anträge sind am Landesamt angesiedelt. ❐

Stimmung in der bayerischen Wirtschaft:

Niedriges Niveau

Aiwanger: „Zu hohe Abgabenlast und fehlende Arbeitsanreize bremsen die Wirtschaft ein“

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) hat die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage veröffentlicht. Demnach liegt der Konjunkturindex erstmals seit dem Corona-Winter 2020/2021 wieder unterhalb des langjährigen Durchschnitts.

Dazu Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Bayerns Wirtschaft kann sich nur teilweise vom Bundestrend abkoppeln. Diese Ergebnisse waren deshalb leider zu erwarten. Seit Jahren trommle ich für bessere bundespolitische Rahmenbedingungen. Die Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft ist viel zu hoch und es fehlen Arbeitsanreize. Kein Wunder also, dass die Nachfrage zurückgeht und Unternehmen vergeblich sogar minderqualifizierte Arbeitskräfte suchen, während zu viele Arbeitsfähige im Bürgergeld sind. Unsere Wirtschaft braucht Entlastung und Flexibilität, beispielsweise bei den Arbeitszeiten anstelle neuer Regularien wie dem Lieferkettengesetz.“

Die bayerische Staatsregierung stemmt sich mit massiven Investitionsprogrammen wie der Hightech Agenda in Milliardenhöhe gegen den Bundestrend und sorgt für ein innovationsfreundliches Klima. Aiwanger: „Man muss die Wirtschaft machen lassen, nicht gängeln. Bayerns Wirtschaft steht immer noch besser da als der Bundesdurchschnitt. Während Deutschlands Wirtschaftsleistung 2023 insgesamt gesunken ist, können wir für Bayern nach Auswertung aller Daten ein Plus erwarten.“ ❐

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger

Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopfrennen

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen kommunalpolitische Mandatsträger und Mandatsträgerinnen

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de

Schirmherren:





23.3.2024
Anmeldung ab 16:30 Uhr
Beginn 17:15 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopfrennen

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

Mutig neue Wege ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sen Ziele zu verfolgen. Das aber habe hierzulande wenig Tradition. Aus Haases Sicht „müssen wir die Geschäftsmodelle überdenken und anpassen."

Schwere Fehler der Ampel

Beim Thema Energie verwies der KPV-Bundeschef auf den schweren politischen Fehler der Ampel, vergangenes Jahr die drei letzten deutschen Atomkraftwerke stillgelegt zu haben. Freiwillig habe man sich eines günstigen Energieerzeugers entledigt. Ein Akt beispielloser Ignoranz.

Eine wichtige Komponente in der Berechnung des Strompreises ist die EEG-Umlage, die jedoch nach wie vor nicht refinanziert sei. Mit ca. 10 Mrd. Euro liege man hier im Minus.

Hinzu komme das Fehlen nötiger Leitungen, durch die Strom von A nach B transportiert werden könnte. Im Falle der benötigten Stromtrassen werde es noch Jahre dauern, bis sie funktionieren, informierte Haase. Überdies kosteten sie eine Menge Geld, das der Bürger über die Netze wieder bezahlen müsse.

Bürokratielasten

Dass vor allem Energiegesetze zu kompliziert aufgesetzt wurden, zeigt ein Bericht des Normenkontrollrats (NKR) über die durch neue Gesetze verursachten Bürokratielasten. Diese haben im zurückliegenden Jahr ein Rekordniveau erreicht. Politischen Initiativen zum Bürokratieabbau erteilte der KPV-Bundesvorsitzende eine klare Absage. „Statt mutig neue Wege zu gehen, verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Unser Land braucht eine ‚Einfach-mal-machen-Mentalität'. Wir wollen deshalb Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen – auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt", erläuterte Haase.

„Wenn wir das Thema Bürokratie in Deutschland nicht lösen, werden wir die Unternehmen, den Mittelstand, aus Deutschland vertreiben", prognostizierte der Abgeordnete. Es sei dringend notwendig, überflüssige Bürokratie auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung abzubauen. Kommunen benötigten mehr Freiräume sowohl durch pauschal zugewiesene Finanzmittel als auch die genannten Experimentierräume.

Lethargie im Land

Als störend empfindet Haase die Lethargie im Land. Eine Absenkung der Arbeitszeit von jetzt 38 auf 35 Stunden pro Woche für Schichtarbeiter bei vollem Lohnausgleich, wie etwa von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gefordert, werde den Wohlstand auch vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischer Entwicklung nicht halten können. Leistungsbereitschaft sei unverzichtbar, wolle man den Anschluss an Europa und die Welt wieder herstellen. Hierfür müsse die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und ein Signal des Aufbruchs senden. Dies sei aktuell „mit einem Kanzler, der nicht spricht und seinem Umfeld, das nicht kommuniziert", freilich äußerst schwierig, urteilte der MdB.

Als desaströs muss die Haushaltslage vieler Kommunen bezeichnet werden. Die Kommunalfinanzen befinden sich in der Schieflage, egal in welchem Bundesland. Laut Statistischem Bundesamt lag das kommunale Finanzierungsdefizit in den Flächenländern im ersten Halbjahr 2023 bereits bei 7,3 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Haase erfreut, dass in der sog. Heidelberger Erklärung der CDU Deutschlands sowie in ihrem neuen Grundsatzprogramm das Thema Kommunalfinanzen in aller Deutlichkeit angesprochen sei. „Ohne vernünftige Kommunalfinanzen funktioniert keine Demokratie. Es geht darum, Grundlagen wiederherzustellen. Das müssen die Verantwortlichen in Berlin bei allem Verteilungskampf auch verstehen", hob Haase hervor und ergänzte: „Wir glauben, dass wir als Bund auch ohne Förderprogramme, sondern beispielsweise über die Umsatzsteuer mehr Geld auf die kommunale Ebene bringen können, wenn wir die Aufgaben richtig priorisieren. Bedauerlicherweise macht das die Bundesregierung aber nicht."

Haushalt muss verfassungskonform sein

Äußere und innere Sicherheit sowie die Wirtschaft müssten im Vordergrund stehen. Die Ampelkoalition aber lege ihr Augenmerk auf den Aufbau des Sozialstaats und das Bürgergeld. Haase: „Wir verfügen über Steuereinnahmen in Höhe von 1 Billion und trotzdem wird der Ruf nach Aussetzen der Schuldenbremse laut. Ich bin dagegen. Wir müssen zurückkehren zu einem verfassungskonformen Haushalt, der die richtigen Prioritäten setzt, denn Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Im Sinne nachfolgender Generationen muss auf nachhaltige Finanzen geachtet werden."

Zuerst müsse man sich über die zu erledigenden Kernaufgaben im Klaren sein, ehe man über deren Finanzierung spricht, erläuterte der KPV-Bundeschef. Die Ampel aber öffne den Finanztopf, um ihre Wunschprojekte voranzutreiben. Beispiel neue Kindergrundsicherung: Für diese Transferleistung sollen Haase zufolge über 5.000 neue Vollzeitstellen bei der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden. Hinzu kommt, dass Versprechungen nicht eingehalten werden und Eltern auch weiterhin Anträge stellen müssen. Auch würden die Verfahren mitnichten schlanker, „sondern wir haben es mit einem massiven Bürokratieaufwuchs zu tun."

Leistungen weiterhin aus einer Hand

War bisher das Jobcenter für Eltern im Bürgergeldbezug allein zuständig, sind nun die Familienkassen Ansprechpartner für die Kindergrundsicherung. Für weitere Leistungen aus dem Bildungspaket sollen die Kommunen zuständig sein. Und sind die Eltern unter 25 Jahre alt, sollen sie sich künftig nicht mehr ans Jobcenter wenden, sondern an die Arbeitsagentur. Anders als die Familienkassen sind die Jobcenter aber flächendeckend im ganzen Land vertreten. „Im parlamentarischen Verfahren muss hier dringend korrigiert werden: Gerade die ärmsten Familien, die am meisten auf unsere Unterstützung angewiesen sind, müssen sich auf bewährte und einfache Strukturen verlassen können. Sie sollten deshalb aus meiner Sicht weiterhin alle Leistungen – Bürgergeld und Kinderzuschlag – aus einer Hand beziehen", unterstrich Haase. Die Reform sollte bewährte Strukturen nicht zerschlagen, sondern vielmehr im bestehenden System nachbessern.

Bereits 2026 soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Kraft treten. „Hier sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Rechtsanspruch mindestens ein Moratorium haben muss, weil er sonst schlichtweg nicht umsetzbar ist", erklärte der KPV-Bundesvorsitzende. Auch in diesem Fall müsse die Politik den Menschen reinen Wein einschenken, da sie andernfalls nur enttäuscht würden. „Mit den Leuten zu reden, bringt am Ende mehr Erfolg, als viele Wolkenkuckucksheime zu bauen."

Herausforderndes Jahr 2024

Bilanzierend sprach Haase von einem „für die Unionsfamilie herausfordernden Jahr". Die Europawahl im Juni dürfe nicht zur „Abstrafwahl" werden. Der CSU-Europapolitiker Manfred Weber sei hier sicher der richtige Kommunikator für die EVP-Fraktion. „Wir brauchen eine starke EVP, die die Kernkompetenzen der EU stärkt und die überbordende Regelungswut und unnötige Eingriffe in die Kommunale Selbstverwaltung zurücknimmt. Nur so gewinnen wir wieder mehr Menschen für das europäische Projekt. Ein starkes Europa funktioniert nur mit starken Kommunen", betonte Haase.

Mit Blick auf diverse Kommunalwahlen und eine zunehmend nach rechts abdriftende AfD ist nach seiner Meinung die Auseinandersetzung mit deren politischen Inhalten das richtige Mittel der Wahl. „Wir müssen Probleme in der demokratischen Mitte lösen, andernfalls machen wir die Ränder stärker. Letztlich sind auch die Demonstrationen, die sich gegen Rechtsextremismus richten, ein Protest gegen die eigene Regierung", bekräftigte Haase abschließend. **DK**

Migration und Lehren ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bereits solche Regelungen", unterstreicht der Präsident. Nicht selten komme es vor, dass die Anlagenbetreiber sogar freiwillig über die Höchstgrenze der bundesrechtlichen Beteiligungsregelung Zuwendungen an die Gemeinden leisten wollen. „Aber die dürfen das nicht annehmen", ärgert sich Brandl.

Migrationspolitik und steigende Zuzugszahlen werden auch in den nächsten Jahren im Zentrum der deutschen Politik stehen. Vor diesem Hintergrund hat das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags in einem Schreiben an Innenminister Joachim Herrmann den Freistaat aufgerufen, beim Thema Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Gemeinden, Märkte und Städte nicht im Regen stehen zu lassen. „Sie werden ihren Beitrag nur dann leisten können, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern", heißt es.

Kommunen einbinden

Man wolle in einer gemeinsamen Anstrengung des Staates und aller kommunaler Akteure den Herausforderungen durch Flucht und Migration begegnen. Bund und Freistaat Bayern werden deshalb aufgerufen, die Städte, Märkte und Gemeinden künftig zwingend und rechtzeitig vor allen wichtigen Entscheidungen, die die Kommunen direkt oder indirekt betreffen, einzubinden. Da es sich bei der Unterbringung der Geflüchteten um eine Aufgabe des Freistaats Bayern handle, wird dieser aufgefordert, „anzuerkennen, dass die notwendige Folgeunterbringung durch den Staat gewährleistet werden muss und keine Zuständigkeit der Gemeinde aufgrund von Obdachlosigkeit gegeben ist".

Zuständigkeit für die Unterbringung anerkennen

Zudem müsse Bayern seine Zuständigkeit für die Unterbringung von Personen aus dem Familiennachzug anerkennen und eine Unterbringung in staatlichen Unterkünften gewährleisten. Auch hier handle es sich nicht um einen Fall von Obdachlosigkeit. Auch habe sich der Freistaat auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Familiennachzug ohne Nachweis ausreichenden Wohnraums zu keiner Zeit möglich ist. Auf eine Änderung des § 29 Abs. 2 Nr.1 Aufenthaltsgesetz sei hinzuwirken. Ein Familiennachzug „in die Grundsicherung" sollte verhindert werden.

„Der Freistaat Bayern muss die Finanzierung der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen vollständig übernehmen. Dies betrifft nicht nur die Kosten für Unterbringung, sondern auch für Kita, Schule und sonstige Integrationsleistungen. Bundesmittel zur Bewältigung der Folgen von Flucht und Migration sind vom Freistaat Bayern ungekürzt an die kommunale Ebene weiterzugeben", heißt es weiter. Der Freistaat wird dazu aufgefordert, weitere Anstrengungen für den angemessenen Umgang mit und die erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen zu unternehmen, insbesondere mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz. Dabei sollen insbesondere Beschäftigungs- bzw. Arbeitsmöglichkeiten sowie die Bildung und Betreuung von Kindern in den Blick genommen werden. Darüber hinaus müsse Bayern darauf hinwirken, dass die Landratsämter als Kreisverwaltungsbehörden regelmäßig aktuelle Informationen über die Zahl der geflüchteten, anerkannten und geduldeten Personen in den jeweiligen Gemeinden offengelegt werden.

Aufruf an die Gemeinden

Alle Gemeinden werden aufgerufen, ihren Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu leisten. „Sollte in einzelnen Landkreisen keine einvernehmliche solidarische Lösung zur Verteilung der geflüchteten Menschen auf Gemeindeebene gefunden werden, ist in der Regel der Königsteiner Schlüssel heranzuziehen. Dabei sind alle bisher aufgenommenen Geflüchteten unabhängig von ihrem jeweiligen Verfahrensstand zu berücksichtigen", betont das Gemeindetagspräsidium.

Zusagen des Bundes müssen eingehalten werden

Auch müsse der Freistaat darauf hinwirken, dass die Zusagen des Bundes eingehalten werden und weitere Maßnahmen zur Entlastung getroffen werden. Dies betreffe die Bereitstellung von Liegenschaften des Bundes für Ankerzentren, das Einführen einer Bezahlkarte, die europaweit gleichmäßige Verteilung von geflüchteten Menschen, die Harmonisierung der Integration -und Sozialleistungen innerhalb der EU, die Beschleunigung der Asylverfahren, die konsequente Rückführung von Personen ohne Bleibeperspektive sowie die Ausweitung der Zeitspanne, bis Asylbewerber Bürgergeld beziehen von 18 auf 36 Monate.

Laut Innenminister Herrmann fanden 2023 in bayerischer Zuständigkeit insgesamt 14.087 Aufenthaltsbeendigungen statt, davon 2.364 Abschiebungen und 11.723 freiwillige Ausreisen. „Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnten wir die Zahl der Abschiebungen um fast 16 Prozent und die Zahl der freiwilligen Ausreisen sogar um rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern." Die meisten Abschiebungen fanden in die Herkunftsländer Georgien, Moldau und Nigeria statt. Herrmann kündigte an: „Unser Ziel ist es, die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen weiter zu erhöhen und Ausreisepflichtige rasch außer Landes zu bringen." Die bisherigen Maßnahmen und Planungen der Bundesregierung bezeichnete Herrmann als bei weitem nicht ausreichend und teilweise wenig hilfreich oder sogar hinderlich. „Der Bund muss seinen Schlingerkurs aufgeben und statt markiger Worte mit tatsächlich wirksamen Maßnahmen die Länder unterstützen", forderte der Staatsminister. **DK**



V.l.: Ulrich Grunwald (Münsing), Maria Wolf (Wackersberg), Carine Schmitter (Lenggries), Markus Ertl (Sprecher des Arbeitskreises für Menschen mit Behinderung), Claudia Petzl (Greilling), Uschi Disl (Dietramszell), Franz Späth (Bad Tölz), Maria Kristin Kistler (LRA), Roland Grünwald (Eurasburg) und vorne Ralph Seifert (Landkreisbeauftragter und Benediktbeuern).

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Christiane Bäumler

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema

Jährliches Treffen der ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragen

Einmal im Jahr treffen sich die ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zu einem direkten Austausch. Anders als bei den Landratsämtern ist es bei den Kommunen nicht zwingend vorgeschrieben, einen Behinderten- oder Inklusionsbeauftragen zu haben. Von den 17 Landkreiskommunen kamen lediglich sieben Vertreterinnen und Vertreter, die sich zum Arbeitskreis „Menschen mit Behinderungen" zusammengeschlossen haben. Ralph Seifert, selbst ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter für Benediktbeuern und für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, berichtete der Bayerischen GemeindeZeitung über seine aktuelle Arbeit.

„Leider ist es so", sagt Seifert, „dass man sich erst durch eine eigene Betroffenheit mit ‚Barrierefreiheit' auseinandersetzt. Dabei wird das Thema mit dem demographischen Wandel immer wichtiger!" Schließlich wolle jeder und jede auch im Alter selbstbestimmt bestenfalls weiterhin zuhause gut leben können. Und der Handlungsdruck wächst. Die Babyboomer gehen in Rente, Pflegeheimplätze fehlen. Menschen altern oder werden durch einen Unfall eingeschränkt und die Wohnsituation ist nicht mehr bedarfsgerecht. „Es sollten 400.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, aber nicht mal 1/3 davon wird realisiert. Und die sind dann meist auch nicht barrierefrei", so Seifert. Sein Wunsch wäre, dass wenigstens bei kommunalen Bauvorhaben auch ein Behindertenbeauftragter mit in die Planungen eingebunden werde, um rechtzeitig alters- und behindertengerechte Wohnungen zu schaffen.

Know-how aufbauen

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die der Bund auch unterschrieben habe, sei der Handlungsbedarf auch ganz klar gegeben. Aber: „Der Bund und auch der Freistaat drücken das Thema nach unten weg und dann landet es bei den Landratsämtern, die dann Aufgaben übernehmen, die eigentlich staatlich zu regeln wären." Seifert ist sich sicher, dass bald von der EU verpflichtende Verordnungen kommen, und dann ist man schlecht, bzw. nicht vorbereitet: „Der Wissensstand sollte aufgebaut werden und Handwerker müssen entsprechend geschult werden."

Barrierefreies Rathaus

Der Schwerpunkt, dem sich der Arbeitskreis für 2024 widmet, ist „Das barrierefreie Rathaus". Neben baulichen Voraussetzungen, die stimmen müssen, damit Mobilitätseingeschränkte überhaupt aufs Amt kommen können (Aufzug, Blindenleitsystem, Barrierefreiheit, …) fehle oft das Wissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. „Das ist nicht böse gemeint, aber ich muss eben darüber informiert sein, dass ich bei Hörbehinderten nicht sitzenbleibe, sondern aufstehe, um mit ihnen zu sprechen." Erst wenn eine Einrichtung inklusiv ist, können die Menschen auch kommen. Genauso beim ÖPNV: Erst wenn die Bushaltestellen barrierefrei sind – was sie seit 2019 bereits sein sollten, aber da fehle es noch weit – können sie auch entsprechend genutzt werden. „Und viele Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen, z.B. um zum Arzt zu kommen. Wenn dann beim Bezirk eine teure Mobilitätshilfe beauftragt wird, holt sich der Bezirk das Geld dafür ja auch wieder vom Landkreis zurück."

Trotz allem ist sich Seifert auch bewusst, dass die Verhältnisse in Bayern immer noch besser sind als in Restdeutschland: „Aber das ist kein Grund sich auszuruhen!" Genau wie in der Jugendhilfe fangen hier viele Ehrenamtliche Aufgaben ab, für die sie weder ausgebildet noch entsprechend vorbereitet wurden. „Es braucht mehr als nur Eckpunkte! Wir brauchen echte Unterstützung vonseiten des Staates!" Seifert plädiert sehr die Schaffung eines Landesbehindertenrates, bzw. eine neue Fachstelle Barrierefreiheit. Die Gespräche hierfür laufen bereits. **CH**

Mobilfunk-Zwerg für die ganz große Mobilfunkversorgung

Ultramobiler Sendemast sorgt bei Implenia und flaschenpost für 5G-Konnektiviät

Die zunehmende Digitalisierung und der steigende Bedarf an mobiler Kommunikation erfordern eine jederzeit zuverlässige Mobilfunkversorgung. Das gilt auch bei kurzfristigen Anforderungen durch Festivals oder Großbaustellen. Die Deutsche Telekom setzt dabei jetzt auf ultramobile Sendemasten.

Erst vor wenigen Monaten hatte die Telekom mit dem „Mobilfunkmast-to-go" einen Prototyp entwickelt, der sich innerhalb kurzer Zeit bereits zum Kundenliebling entwickelt hat. Rund ein Dutzend Firmen testen den flexiblen Kraftprotz bisher. „Wir haben mit unserem Aufruf zum Test unseres ultramobilen Mobilfunkmastes großes Interesse bei Unternehmen unterschiedlichster Branchen geweckt. Diese hohe Nachfrage zeigt: Der Bedarf nach einer flexiblen Mobilfunklösung ist da – auch bei Geschäftskunden. Das hat uns darin bekräftigt, diese Innovation ‚made by Telekom' zukünftig auch kommerziell anzubieten", sagt Klaus Werner, Geschäftsführer Geschäftskunden bei der Telekom Deutschland.

Implenia: Verbindungsaufbau im Funkloch

Zu den ersten Testern gehört der führende Schweizer Bau- und Immobiliendienstleister Implenia. Das Unternehmen wird seine Brückenbaustelle in Bad Lobenstein (Thüringen) während der zweijährigen Bauphase mit 5G und 4G/LTE versorgen. Die im Tal gelegene Baustelle konnte von den herkömmlichen Mobilfunkmasten der Umgebung nicht erreicht werden. Aufgrund des hohen Digitalisierungsgrads der Baustelle ist jedoch eine schnelle und zuverlässige Mobilfunkanbindung unabdingbar.

Der Mobilfunkmast-to-go von der Telekom versorgt die Baustelle mit leistungsfähigen Kommunikationsdiensten. Smartphones und Computer nutzen dann schnelle Mobilfunkverbindungen über Frequenzen im Bereich 2,6 und 3,6 Gigahertz. Diese Mobilfunkgrundversorgung ist für Implenia zudem eine ideale Basis für IoT Anwendungen. Mit ihnen optimiert das Unternehmen Abläufe sowie Materialflüsse auf der Baustelle. Der einfach anzuschließende Mobilfunkmast wird auf der Brückenbaustelle per Glasfaser mit dem Netz verbunden. Aber auch die Verbindung über Satelliten wird in einem nächsten Schritt getestet. Das sorgt für zusätzliche Flexibilität und eine noch schnellere Anbindung ans Netz.

flaschenpost: Geschwindigkeit ist das A und O in der Logistik

Auch beim Lieferdienst flaschenpost SE kommt der Micro-Container groß raus. Der Lieferdienst für Getränke und Lebensmittel aus Münster nutzt die zusätzliche 5G-Versorgung innerhalb einer Logistikhalle. Damit beschleunigt er seine betrieblichen Prozesse. Das Geschäft der Logistikprofis der flaschenpost ist schnelllebig. Im Rahmen der Expansion kommen deutschlandweit immer wieder neue Standorte hinzu, oder bestehende Lager beziehen eine andere Immobilie. Eine feste Verkabelung der Standorte ist aufwändig und teuer. Die Versorgung innerhalb von Logistikhallen ist zudem wegen ihrer Bauweise meist schwierig. Beton und Metall behindern die Funkwellen stark. Die flaschenpost braucht dafür eine flexible und schnelle Lösung ohne lange Auf- und Abbauzeiten.

Der Mobilfunkmast-to-go bietet genau das: Neben der klassischen Telefonie fürs Team sind auch Intralogistik-Anwendungen über die 5G-Versorgung schnell einsatzbereit. Smartphone-Apps zur Wareneinlagerung oder Kommissionierung über Handscanner lassen sich per plug-and-play flexibel einsetzen. So werden alle Bestellungen in kürzester Zeit auf den Weg gebracht.

Kompakte Hilfskraft

Das Besondere am ultramobilen Sendemast: Er ist deutlich kleiner, leichter und flexibler als bisherige Lösungen. Die gesamte Mobilfunk-Sendetechnik passt in einen kompakten Micro-Container (Länge: 1,6 Meter, Breite: 2 Meter, Höhe: 2,6 Meter). So ist der mobile Mast platzsparend und lässt sich leicht transportieren. Er ist innerhalb von weniger als einer Stunde von einer Person aufgebaut und sofort einsatzbereit. Der Micro-Container kann an eine lokale Stromversorgung angeschlossen oder über jede andere mobile Energiequelle betrieben werden. Die Anbindung ans Datennetz ist sowohl über Glasfaser als auch mit Richtfunk möglich.

Diese Vorteile machen den Mobilfunk-Zwerg nicht nur zur ersten Wahl für die schnelle oder temporäre Versorgung bei Geschäftskunden. Der Einsatz mobiler Masten bringt auch in Katastrophengebieten durch die enorme Flexibilität schnelle Hilfe.

Die Telekom wird im Frühjahr dieses Jahres mit einem kommerziellen Angebot für den Einsatz der ultramobilen Sendemasten starten. Weitere Informationen können interessierte Geschäftskunden anfordern unter: https://iot.telekom.com/de/kontakt

Vorteile im Überblick

- Flexibilität und Mobilität: Mobile Masten können schnell und einfach an verschiedenen Standorten aufgebaut werden. Dadurch sind sie geeignet für temporäre Veranstaltungen wie Konzerte oder Sportveranstaltungen. Sie können auch auf Messen oder wechselnden Baustellen eingesetzt werden. So gewährleisten sie eine kontinuierliche Mobilfunkversorgung.
- Schnelle Bereitstellung: Der Aufbau mobiler Masten geht deutlich schneller als der Bau fester Sendemasten. Dadurch kann die Mobilfunkversorgung in kurzer Zeit bereitgestellt werden. Ohne lange Wartezeiten für Genehmigungen und Bauprozesse.
- Erweiterung der Kapazität: Durch den Einsatz mobiler Masten wird die Kapazität des Mobilfunknetzes erhöht. Das sorgt für eine bessere Verbindung und eine stabilere Übertragung. In stark frequentierten Gebieten ist das hilfreich. Bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl ist eine ausreichende Netzkapazität unerlässlich. Nur so wird die Kommunikation der Gäste gewährleistet.
- Verbesserung der Abdeckung: Mobile Masten tragen zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung an abgelegenen Orten oder in Bereichen mit eingeschränkter Netzinfrastruktur bei. Dadurch wird eine lückenlose Kommunikation gewährleistet und Funklöcher können geschlossen werden.
- Anpassungsfähigkeit: Die Höhe und Ausrichtung des mobilen Masts kann flexibel angepasst werden. Dies ermöglicht eine optimale Signalstärke und eine effiziente Nutzung des Mobilfunknetzes. Das schafft beste Empfangsqualität. ❐

„Bayern soll wichtigstes KI-Zentrum in Europa werden"

Digitalminister Dr. Fabian Mehring will Bayern zum wichtigsten KI-Zentrum in Europa ausbauen. Bei der DLD-Konferenz in München erklärte Mehring: „KI wird künftig von einer beliebten Zeitungsüberschrift zu einer unverzichtbaren Notwendigkeit für jedes Unternehmen werden, das in der Zukunft eine Rolle spielen will. 2024 wird dabei das Jahr sein, in dem die Gewinner und Verlierer der KI-Revolution ermittelt werden, was über den Wohlstand und die Wettbewerbschancen unserer Heimat in den nächsten Jahrzehnten mitentscheiden wird. In dieser Überzeugung werde ich alles daransetzen, unser KI-Ökosystem in Bayern erheblich auszubauen und unseren Freistaat und seine Wirtschaft fit für digitale Zukunft zu machen."

Hierzu will Mehring einen sogenannten Innovationsbeschleuniger auf den Weg bringen, „der als Leuchtturmprojekt weit über Bayerns Grenzen hinaus inspirieren wird und uns schon heute die Spitzenplätze auf den Märkten von morgen sichern soll".

Der Minister kündigte an, diese neue Test- und Entwicklungsumgebung für tausende in Bayern ansässige Unternehmen auf den Weg zu bringen. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Startups sollen ihre KI-Systeme in einem geschützten Raum erproben und an die rechtlichen Anforderungen anpassen können. Damit entwickelt das Bayerische Digitalministerium Möglichkeiten und Verfahren, um die Nachteile bestmöglich abzufedern, die die europäische KI-Verordnung für bayerische Unternehmen mit sich bringen wird.

Zudem betonte Mehring, dass Bayern einen breiten Ansatz beim Ausbau von Zukunftstechnologien verfolge. Er sei der festen Überzeugung, „dass die Zukunft und der Wohlstand Bayerns darin liegen, sich genau diesen technologischen Wandel zu eigen zu machen, den wir alle gerade erleben und der auf einer leistungsstarken und untrennbaren Kombination von drei Schlüsseltechnologien beruht: KI, Daten und Cloud". Es gehe darum, dieses Ökosystem für den Erfolg weiterzuentwickeln. Bayern müsse den Fahrersitz und selbst das Steuer übernehmen: „Wir sind High-Tech-Land und müssen der German Angst den Bavarian Mut entgegenstellen." ❐



Lösungsansätze für die IT-Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung:

(Ausfall-)Sichere Kommunikation in Kommunen

*Von Tobias Stepan, Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH**

Die notwendige Verwaltungsmodernisierung setzt Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen unter Druck. Während die Anforderungen steigen – Verwaltungsleistungen gemäß OZG digital anbieten, Projekte wie „Digitale Identitäten" und Registermodernisierung umsetzen – bleibt die Frage der Realisierung und Finanzierung meist offen. Hinzu kommt, dass es auch innerhalb der Kommunalverwaltungen Digitalisierungsanforderungen gibt. Hier laufen noch viele Prozesse analog und manuell ab. Allen voran ist die digitale – und vor allem ausfallsichere – Mitarbeiterkommunikation und -kollaboration eine Aufgabe, derer sich die Kommunen annehmen müssen, um zu jeder Zeit effektiv agieren zu können und nicht etwa Opfer von Ransomware oder anderen Cyberattacken zu werden. Dies ist jedoch mit einer Reihe von Herausforderungen verbunden, welche es zu lösen gilt.

Die IT-Abteilung in Kommunalverwaltungen bekommt immer mehr zu tun: Der fortschreitende Abschied von papierbasierten Memos, Pendelmappen und selbst E-Mails macht neue Technologien und moderne Systeme erforderlich, die Prozesse digitalisieren, verschlanken, beschleunigen und dabei möglichst alle Abteilungen gleichermaßen miteinbeziehen. Wenn diese digitalen Wege für Zusammenarbeit und Informationsaustausch fehlen, greifen Mitarbeitende in den Kommunalverwaltungen häufig auf private Kommunikationsmittel und Tools wie WhatsApp und Co. zurück – und eine gefährliche Schatten-IT entsteht. Denn diese Apps erfolgen nicht nur außerhalb der Administration durch die Kommune, sondern genügen auch nicht im Entferntesten den rechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen einer Behörde. Das öffnet Cyberkriminellen die Tür.

Fünf Herausforderungen und deren Lösung

Bei der Digitalisierung der Mitarbeiterkommunikation in Kommunen gilt es, auf Aspekte wie Datenschutz, Ausfall- und IT-Sicherheit, Kontrolle und Benutzerkomfort zu achten. Dabei sehen sich Kommunalverwaltungen mit fünf maßgeblichen Herausforderungen konfrontiert. Welche das sind und wie sie sich bewältigen lassen, wird im Folgenden dargelegt.

1. Cyberkriminalität macht auch vor kleinen Kommunen nicht halt.

Für Kommunalverwaltungen ist die IT-Sicherheit ein schwieriges Unterfangen, das viel Know-how und Ressourcen erfordert. Laut aktuellem Lagebericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist „die Bedrohung im Cyberraum 2023 so hoch wie nie zuvor". Immer häufiger sind auch kleinere und mittlere Kommunen von Cyberangriffen – insbesondere von sogenannten Ransomware-Angriffen – betroffen: Jeden Monat registrierte das BSI durchschnittlich zwei Angriffe auf Kommunalverwaltungen. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen. Ein Ende ist nicht in Sicht. So legten Hacker erst im Oktober 2023 wieder zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen lahm. Mehr als 2.000 Schwachstellen hat das BSI in Softwareprodukten der Kommunen festgestellt, 15 Prozent davon kritisch.

***Lösung:** Bei der Wahl und Verwaltung ihrer IT-Systeme müssen Kommunalverwaltungen äußerst sorgfältig vorgehen – insbesondere, wenn es um mobile Kommunikationslösungen geht. Hier gilt es, gezielt die Risiken der Endgeräte-Nutzung zu minimieren und die Ausfallsicherheit in den Fokus zu rücken. Ein umfassendes Zugriffsmanagement für Fernlöschung und -sperrung, Zero-Trust-Methoden, verschlüsselte App-Container, sichere Verbindung zum Kommunalnetzwerk, automatisierte Sicherheits-Updates und konfigurierbare Fristen für die Datenvorhaltung sind nur einige der wesentlichen Sicherheitskomponenten, die zu beachten sind. Zudem sind alle Mitarbeitenden hinsichtlich der Bedrohungslage durch Cyberkriminelle zu sensibilisieren.*



Tobias Stepan. Bild: Teamwire

2. Kommunalverwaltungen müssen auch in Krisen- und Notfallsituationen handlungsfähig bleiben.

Sollte es doch zu einem Angriff auf zentrale Systeme der Kommune kommen oder sollten andere Notfallsituationen eintreten, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Kommunikation über alle Mitarbeitenden der Verwaltung sichergestellt ist. Sie müssen in der Lage sein, wichtige Informationen zeitnah zu erhalten und sich untereinander auszutauschen. Ob es sich um Naturereignisse wie Hochwasser, Sturmlagen oder eben auch den Ausfall wichtiger Versorgungslinien wie Strom oder Kommunikation handelt, der Austausch innerhalb der Kommunalverwaltung muss gewährleistet sein, damit diese letztlich auch die Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfüllen kann.

***Lösung:** Um die Kommunikation jederzeit sicherstellen zu können, verfügen Kommunalverwaltungen im Idealfall über einen sekundären Kommunikationskanal, der autark von der übrigen IT-Infrastruktur funktionstüchtig ist und alle Mitarbeitenden erreicht. Eine mobile Kommunikationslösung, die separat und ausfallsicher gehostet wird, kann krisenbedingte Lücken im Betriebsablauf schließen. Die erforderliche Hochverfügbarkeit der Kommunikationslösung lässt sich vor allem durch redundante Server-Architekturen erreichen. Das heißt, der Betrieb erfolgt auf mehreren Servern, welche die Daten an verschiedenen Standorten spiegeln. Mit Funktionalitäten für eine Ad-hoc-Kommunikation wie Broadcasting, um alle zeitgleich zu informieren, Gruppen-Chats für den Krisenstab oder akustische Alarmierungen gewährleisten Kommunen zudem die Stabilität ihrer Handlungsfähigkeit und obendrein die Sicherheit aller Angestellten. Richard Lippmann, IT-Leiter bei der Stadt Zirndorf, erklärt den Vorteil solcher entkoppelter Zweitlösungen: „So können wir die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung weiterhin mobil erreichen, wenn andere Kommunikationswege abgeschnitten sind."*

3. Datenschutz ist und bleibt eine zentrale Anforderung für Kommunen.

Seit Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) 2018 ist das Thema Datenschutz allgegenwärtig für Kommunalverwaltungen, auch was die interne Mitarbeiterkommunikation betrifft. Richard Lippmann erinnert sich: „Die mobile Kommunikation via WhatsApp entsprach leider nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Eine DSGVO-konforme, sichere und für die Nutzer attraktive Lösung musste her." Dabei geht es nicht allein darum, eine WhatsApp-Alternative für die Teamkommunikation zu finden, sondern eine wirklich DSGVO-konforme Lösung, durch die alle Anforderungen der Verordnung sowie hiesiger Datenschutzgesetze erfüllt sind.

***Lösung:** Eindeutige DSGVO-Konformität umfasst neben der entsprechenden datenschutzfreundlichen Entwicklung der Software („Privacy by Design") beispielsweise auch, dass keine Daten außerhalb der EU gespeichert und weder Nutzerverhalten noch Metadaten analysiert werden. Viele Kommunikationslösungen bieten zwar starke Datenschutzvorgaben, doch bei US-Anbietern ist und bleibt die Konformität unsicher, weil sie von Angemessenheitsbeschlüssen abhängig ist. Auch wenn die erste Klage gegen das aktuell geltende „Data Privacy Framework" zwischen der EU und den USA im Oktober 2023 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) abgewiesen wurde, so ist die Beständigkeit des Angemessenheitsbeschlusses nicht dauerhaft sicher. Kommunalverwaltungen sind besser beraten, sich einen Anbieter mit Sitz und Rechenzentren innerhalb der EU zu suchen und darauf zu achten, dass ihnen die volle Datenhoheit garantiert wird.*

4. Compliance ist auch in Kommunalverwaltungen ein Schmerzpunkt.

Öffentliche Verwaltungen sind verfassungsgemäß an Recht und Gesetz gebunden. Dies erfordert eine ständige Recht- und Regeltreue in allen Aspekten ihrer Tätigkeit, einschließlich der Beachtung der Rechtsprechung, von Verordnungen und internen Vorschriften. Ein weiterer Aspekt ist die ständige kritische Beobachtung durch die Öffentlichkeit und die Medien. Damit einher geht auch eine erforderliche Transparenz- und Nachweispflicht seitens der Kommunen. Um die Revisionssicherheit und Compliance sicherzustellen, bedarf es für Kommunalverwaltungen einer Protokollierung und zentralen Archivierung diverser Dokumente und auch interner Nachrichten.

***Lösung:** Für Kommunalverwaltungen ist es entscheidend, dass eine Kommunikationslösung für die Mitarbeitenden ein Archivierungssystem bietet, welches alle Nachrichten revisionssicher speichert. Zusätzlich sollten umfassende Prüfprotokolle (Audit-Logs) zur Verfügung stehen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der administrativen Tätigkeiten zu gewährleisten. Die Applikation muss zudem in der Lage sein, alle notwendigen Maßnahmen und Richtlinien zu implementieren, sodass eine umfassende Compliance und Sicherung der Daten auf kommunaler Ebene garantiert sind.*

5. Kommunikation erfolgt über hybride Teams innerhalb der Kommunalverwaltung.

Einige Kreisverwaltungen, Städte und Gemeinden haben bereits erste Schritte hin zu einer digitalisierten Teamkommunikation unternommen. Unterschiedliche Unified Collaboration & Communication (UC&C) Tools wie Microsoft Teams oder ähnliches sind in manchen Fällen im Einsatz. Doch diese adressieren meist nur die Büroangestellten der Kommune, die im Rathaus oder an anderen stationären Arbeitsplätzen tätig sind. Nicht berücksichtigt sind Abteilungen und angrenzende Institutionen mit vorrangig mobilen Arbeitskräften, wie Bauhof, Schul-, Kinder- oder Freizeiteinrichtungen einer Kommune.

***Lösung:** Hier bedarf es einer Kommunikationslösung für hybride Teams, die sowohl auf Desktop-PCs als auch auf Mobilgeräten funktioniert und ein Wechseln zwischen den Geräten jederzeit gestattet. Nur so ist gewährleistet, dass alle Mitarbeitenden ortsunabhängig und vor allem auch mobil alle wichtigen Informationen erhalten und unkompliziert im Team zusammenarbeiten können. Der Austausch von Text-, Bild- und Sprachnachrichten muss genauso intuitiv und reibungslos erfolgen, wie bei WhatsApp oder ähnlichen Messengern.*

Auch die Möglichkeit, Verteilerlisten, Gruppen-Chats und Umfragen zu erstellen sowie Voice-over-IP-Calls und Videokonferenzen durchzuführen, sorgt dafür, das Außendienstmitarbeitende den Bürobediensteten gleichgestellt sind. Obendrein ist es sinnvoll, gezielt auf Kommunikationsszenarien mobiler Arbeitskräfte einzugehen und etwa die Einsatzkoordination und Zusammenarbeit bei Bauhöfen durch Funktionen wie Video-Anrufe oder das Teilen des Live-Standorts zu unterstützen, sodass sie Vorfälle zeitnah der Zentrale melden und schnell Unterstützung am Ort des Geschehens erhalten können.

Fazit: Resilienz von Kommunen stärken.

Die wachsenden Anforderungen an die Arbeit von Kommunalverwaltungen und die fortschreitende Verwaltungsmodernisierung machen benutzerfreundliche und ausfallsichere Kommunikations- und Kollaborationswege erforderlich. Das gilt nicht nur für Bürobedienstete, sondern auch für alle im Außendienst. Dass dies nicht ohne Herausforderungen ist, liegt auf der Hand. Instant Messaging als sekundärer Kommunikationskanal kann dazu beitragen, die vielen Problemstellungen der Kommunen im Hinblick auf eine ausfallsichere Mitarbeiterkommunikation zu lösen, solange die strengen Anforderungen an Sicherheit, Compliance und Nutzerfreundlichkeit erfüllt sind. Der Bonus: In Zeiten akuten Fachkräftemangels – auch in mobilen Tätigkeitsfeldern von Kommunalverwaltungen – steigert ein solches Tool die Attraktivität der Verwaltungsorganisation gegenüber bestehenden und potenziellen Mitarbeitenden. So hat beispielsweise auch die Stadt Nürnberg eine Messaging-Lösung eingeführt, um sich als Arbeitgeber weiterzuentwickeln und den Angestellten Arbeitserleichterung zu verschaffen. Genau dies ist der Weg, um als Kommune zukunftsfähig zu bleiben.

Unser Autor ist Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH (teamwire.eu), die sich auf die sichere Kommunikation und mobile Zusammenarbeit von Unternehmen, Behörden und im Gesundheitswesen spezialisiert hat. Zuvor setzte er als Berater Wachstums- und Sanierungsprojekte bei Hightech-Unternehmen um und baute das Europa-Geschäft des amerikanischen IT-Start-ups Servo bis zum Exit an die japanische Kii Corporation auf. Tobias Stepan engagiert sich für die mobile Digitalisierung, innere Sicherheit und ein starkes, europäisches IT-Ökosystem. ❐

Warum Kommunen kein WhatsApp einsetzen sollten

- Das jeweilige Adressbuch der Mitarbeitenden sowie Metadaten zur Kommunikation stehen dem US-amerikanischen Meta-Konzern – ohne gesonderte Einwilligung der dort gespeicherten Kontakte – zur Verfügung.
- Das „Recht auf Information" und das „Recht auf Vergessenwerden" lässt sich gegenüber Meta nicht durchsetzen.
- Die Datenübermittlung in die USA ist nur mit einem Angemessenheitsbeschluss (Data Privacy Framework) möglich, welcher aber derzeit auf wackligen Füßen steht.
- Die DSGVO-Grundsätze „Privacy by Design" (datenschutzkonformes Software-Entwickeln und -Betreiben) und „Privacy by Default" (datenschutzfreundliche Grundeinstellungen) sind nicht erfüllt.
- Als milliardenschwerer Konzern ist Meta ein attraktives Ziel von Cyberkriminalität.
- Private und geschäftliche Kommunikation werden vermischt, was unter Umständen gegen Betriebsvereinbarungen verstößt (z. B. Recht auf Nichterreichbarkeit).
- WhatsApp ermöglicht keinen angemessenen Schutz von Behörden- und Verwaltungsdaten.
- Zentrale Administration und Datenhoheit durch die Kommunalverwaltung sind überhaupt nicht möglich.
- Der Fokus auf private Anwendungsfälle lässt viele kommunale Kommunikationsszenarien außen vor. ❐

Digitalpolitik der Bundesregierung:

Ernüchternde Fakten

Wie steht es um die Digitalvorhaben der Bundesregierung? Die neueste Auswertung des „Monitor Digitalpolitik" des Branchenverbands Bitkom verheißt nichts Gutes: Zum 1. Januar 2024 sind erst 60 der insgesamt 334 digitalpolitischen Vorhaben dieser Legislatur umgesetzt – das entspricht einem Anteil von 18 Prozent. Im zweiten Halbjahr 2023 konnte die Bundesregierung lediglich 22 Digitalvorhaben abschließen. Für den „Monitor Digitalpolitik" überprüft Bitkom regelmäßig den Umsetzungsstand von 144 Projekten aus der Digitalstrategie, von 188 digitalpolitischen Projekten aus dem Koalitionsvertrag sowie zweier weiterer digitalpolitischer Vorhaben, die die Bundesregierung nachträglich aufgesetzt hat.

Gegenwärtig befinden sich 226 digitalpolitische Vorhaben in Umsetzung (68 Prozent), 48 wurden hingegen noch nicht begonnen (14 Prozent). „Auch wenn die Bundesregierung in den vergangenen Monaten etwas Boden gutgemacht hat: Viele zentrale Vorhaben sind von Abschluss oder Umsetzung weit entfernt, dazu gehören insbesondere der Digitalpakt 2.0 für Deutschlands Schulen, die Digitalisierung der Verwaltung und auch Projekte wie der digitale Führerschein", erklärt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst.

Tempo deutlich verdoppeln

Um vor den nächsten Bundestagswahlen alle 334 Vorhaben abzuschließen, müssten noch 274 Vorhaben in 7 Quartalen umgesetzt werden. Macht die Ampel-Koalition in dem aktuellen Tempo von 17 abgeschlossenen Digitalvorhaben pro Quartal weiter, würde sie allerdings lediglich 119 schaffen. Einschließlich der bereits abgeschlossenen 60 Vorhaben brächte sie mit insgesamt 179 nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Digitalvorhaben (54 Prozent) ins Ziel. Der Rest bliebe auf der Strecke. Wintergerst zufolge muss die Bundesregierung das Tempo in der Digitalpolitik mehr als verdoppeln, wenn sie ihre Ziele noch erreichen will. Jetzt werde sich entscheiden, ob die Ampel-Parteien zur nächsten Bundestagswahl eine digitalpolitische Erfolgsbilanz präsentieren können. „Dafür muss sie 2024 zum Digital-Jahr machen."

„Vernichtendes Zeugnis"

„Diese Bitkom-Studie ist nicht nur ein vernichtendes Zeugnis für die Digitalpolitik der Bundesregierung, sondern muss die Alarmglocken im Hinblick auf Deutschlands Zukunft zum Läuten bringen", unterstrich Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring. Digitalisierung sei das Masterthema unserer Zeit. In Berlin betreibe man die digitale Transformation vom Schlafwagen aus und verspiele damit den Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. „Was wir jetzt dringend brauchen, um das Ruder beherzt herumzureißen, ist eine nationale digitalpolitische Offensive", einhergehend mit einem „echten Mentalitätswechsel" - weg von Überregulierung und Bürokratie, hin zu High-Tech und Innovation", forderte Mehring.

Bayern legt vor

Bayern habe mit massiven Investitionen in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Robotik und XR sowie umfangreichen Programmen für die Digitalisierung in der Fläche vorgelegt, unterstrich der Minister. Bei der Verwaltungsdigitalisierung stehe der Freistaat bundesweit an der Spitze. 2024 werde der schnellstmögliche Ausbau von Zukunftstechnologien ein Schwerpunkt der Bayernkoalition sein.

Mehrings Appell

„Zum Start ins neue Jahr appelliere ich besorgt an den Bund, diese Dringlichkeit endlich zu erkennen und seinerseits gewaltig nachzulegen", betonte Mehring. „Die Bundesregierung muss dazu trotz selbstverschuldeter Staatsfinanzkrise voll auf Zukunft setzen und gezielt in Schlüsseltechnologien investieren. Andernfalls verspielt die Ampel Deutschlands Wohlstand und wir drohen international dramatisch zurückzufallen." **DK**

Bayerisches Kabinett forciert KI

In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen wird die Künstliche Intelligenz für revolutionäre Veränderungen sorgen. Wie Wissenschaftsminister Markus Blume nach einer Ministerratssitzung erläuterte, gestalte der Freistaat diese Entwicklung aktiv mit. Mit insgesamt über 130 neuen KI-Professuren und weiteren Maßnahmen aus der Hightech Agenda Bayern seien beste Voraussetzungen für ein erfolgreiches bayerisches KI-Ökosystem geschaffen worden. Ein starkes Paket von eng miteinander verzahnten Projekten verleihe diesem jetzt zusätzlichen Auftrieb.

Da Bayerns KI-Experten an den Hochschulen für ihre Forschungsprojekte Zugang zu ausreichender Rechenkapazität benötigen, wird eine Bayerische KI-Rechnerinfrastruktur für die Forschenden an den bayerischen Hochschulen aufgebaut. Blume zufolge werden ab 2024 am Leibniz-Rechenzentrum in Garching (LRZ) und dem Regionalen Rechenzentrum Erlangen (RRZE) starke KI-Cluster mit Prozessoren neuester Bauart errichtet. Hierfür stellt der Freistaat im Doppelhaushalt 2024/25 im Rahmen der Hightech Agenda bis zu 55 Mio. Euro bereit.

TU Nürnberg als Vorreiter

Zudem wird die im Aufbau befindliche TU Nürnberg (UTN) die erste, auf KI spezialisierte Universität. Dies bedeutet, dass KI künftig in allen Bereichen der TU Nürnberg eine Rolle spielen wird. Forschung und Entwicklung an der bayerischen KI-Universität sollen zahlreiche hochrelevante Anwendungen z.B. für den Energie- oder den Gesundheitssektor hervorbringen. Der interdisziplinäre Ansatz der TU Nürnberg sei dafür ideale Voraussetzung, betonte Blume, „denn die zentralen Zukunftsfragen werden sich auch unter Einbeziehung von KI nur gemeinsam von den Technik-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften beantworten lassen“. Die UTN sei dafür prädestiniert, den KI-Fokus mit einem neuen „KI-Masterplan“ umfassend in Studium, Lehre und Verwaltung umzusetzen. Damit habe sie die Chance, ein echtes Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln.

KI-Modelle, sprich selbstlernende Modelle auf der Basis von künstlichen neuronalen Netzwerken, haben in den vergangenen Jahren bahnbrechende Entwicklungen ermöglicht. Bislang ist Europa hierbei weitgehend abhängig von den Angeboten großer, in der Regel ausländischer Konzerne. Mit der Entwicklung eines bayerischen KI Basismodells soll eine echte, zuverlässige Alternative für Forscher, Unternehmen und Start-ups im Freistaat geschaffen werden. Unter der Federführung der TU Nürnberg sind die bayerischen Universitäten aufgerufen, ihre jeweiligen Kompetenzen einzubringen und ein Modell zu entwickeln, das als Open Source zugänglich gemacht werden soll. Ziel dieses Modells ist es unter anderem, die Durchführung von KI-Projekten einfacher und kostengünstiger zu machen und auch die Wettbewerbsbedingungen der bayerischen Wirtschaft spürbar zu verbessern.

Verknüpfte Initiativen

Um dem bayerischen Mittelstand und dem Handwerk den Weg in eine KI-geprägte Zukunft zu ebnen, werden zwei erfolgreiche Initiativen noch enger miteinander verknüpft: Die vom Wissenschaftsministerium konzipierten Technologietransferzentren (TTZ) der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als bedeutende Innovationstreiber für die regionale Wirtschaft und das 2021 vom Digitalministerium initiierte Programm KI-Transfer Plus zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Integration von KI in die eigenen Prozesse.

Nunmehr werden die TTZ der Hochschulen in Nürnberg, Neu-Ulm, Kempten, Ingolstadt und Würzburg-Schweinfurt in das Netz der sogenannten KI-Regionalzentren aufgenommen, die Unternehmen bei der Implementierung eigener KI-Use Cases begleiten und die KI-Kompetenz der Mitarbeiter stärken. Die TTZ erhalten vom Digitalministerium hierfür eine jährliche finanzielle Unterstützung von jeweils 100.000 Euro. „Auf diese Weise entsteht gemeinsam mit den bestehenden KI-Regionalzentren an den Standorten München, Regensburg und Aschaffenburg ein flächendeckendes Netz“, berichtete der Staatsminister.

Programm KI-Transfer Plus für Mittelständler

Obwohl die Chancen der KI in aller Munde sind – laut einer gemeinsamen Untersuchung von Google und IW Consult könnte der Einsatz von KI in Zukunft allein in Bayern rund 61 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung beitragen – setzt bislang nur ein sehr kleiner Teil der bayerischen Unternehmen in ihrer täglichen Geschäftspraxis auf KI. Die Staatsregierung nimmt deshalb den Aufbau von KI-Wissen in der Bayerischen Wirtschaft mit seinem Programm KI-Transfer Plus in den Blick. Mit dem bundesweit einmaligen Programm werden Mittelständlern in ganz Bayern Unterstützungsmöglichkeiten zur Einführung von KI im eigenen Unternehmen geboten.

Aufgrund der durchweg positiven Ergebnisse des ersten Programmdurchlaufs und der aktuellen Entwicklungen rund um generative KI wie ChatGPT wird das Programm räumlich und inhaltlich massiv erweitert. In der neuen Förderperiode werden bis zu 100 Unternehmen an acht KI-Regionalzentren in ganz Bayern fit für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz gemacht. Insgesamt investiert die Staatsregierung 9,1 Millionen Euro in das KI-Transferprogramm. **DK**

Füracker zur Breitbandförderung:

Bund sollte beschleunigen anstatt zu bremsen

„Bayerns Kommunen engagieren sich trotz fehlender Zuständigkeit kräftig im Breitbandausbau: Allein in 2023 haben unsere Städte, Gemeinden und Landkreise Mittel von über 1,65 Milliarden Euro aus dem aktuellen Gigabit-Förderprogramm des Bundes für den Ausbau vor Ort beantragt. In Folge der unterdimensionierten Deckelung des Bundesprogramms auf 450 Millionen Euro gingen jedoch über zwei Drittel der bayerischen Kommunen leer aus. Bremsen statt Beschleunigen ist beim Breitbandausbau der falsche Weg – der Bund sollte hier seiner Verantwortung beim Glasfaserausbau endlich gerecht werden und die Förderrunde 2024 zügig starten“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich seines jüngsten Schreibens an den Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing.

Viele bayerische Kommunen stünden bereits in den Startlöchern und warteten, so Füracker. „Verzögert der Bund hier weiter, müssen Verfahrensschritte unnötig wiederholt werden. Das kostet Zeit und Geld – beides darf nicht verschwendet werden.“

Für verlässliche Finanzierung

„Die gute Ausbaudynamik in Bayern darf nicht durch unnötige Bürokratie oder mangelnde Finanzierung verlangsamt werden. Unsere Kommunen sind auf Transparenz und Planungssicherheit angewiesen. Meine Forderung an den Bund: Eine verlässliche Finanzierung seines Förderprogrammes über einen mehrjährigen Zeithorizont sicherzustellen. Das Bundesprogramm muss zudem künftig die Anzahl förderfähiger Adressen je Bundesland stärker gewichten, um dem örtlichen Förderbedarf angemessen Rechnung zu tragen“, so Füracker.

Für den Breitbandausbau und dessen Förderung ist der Bund zuständig. Dieser hatte im Oktober 2022 einen sofortigen Förderstopp für sein Gigabitförderprogramm wegen fehlender Haushaltsmittel verkündet. Seit April 2023 fördert die Bundesregierung deutschlandweit den Ausbau gigabitfähiger Breitbandnetze wieder. Jedem Land ist dabei grundsätzlich ein festes Budget zugeteilt.

Für bayerische Kommunen waren im Jahr 2023 insgesamt 450 Millionen Euro Bundesmittel vorgesehen. Zuletzt hat sich Bayern auf Bundesebene mit einer Vielzahl an zielgerichteten Anpassungsvorschlägen an der Weiterentwicklung des neuen Gigabitförderprogramm des Bundes beteiligt. Mit einem aktuellen Schreiben an den Bundesminister für Digitales und Verkehr macht sich der Freistaat jetzt zusätzlich für mehr Tempo im Breitbandausbau stark. ❒

BREKO zum Mobilfunkmarkt-Gutachten der Bundesnetzagentur:

An der Realität vorbei

Im Auftrag der Bundesnetzagentur haben die Beratungsunternehmen WIK-Consult GmbH und Ernst & Young GmbH ein Gutachten zu den Wettbewerbsverhältnissen im Mobilfunkmarkt erstellt. Dabei handelt es sich um einen Beitrag im Verfahren zur Bereitstellung der Mobilfunkfrequenzen aus den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2.600 MHz. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass derzeit sowohl auf dem Endkunden- als auch auf dem Vorleistungsmarkt im Bereich des öffentlichen Mobilfunks wirksamer Wettbewerb herrsche.

Die Auswertung der Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren zeige, dass die aktuelle Situation auf den Endkunden- und Vorleistungsmärkten sowohl im Interesse der Verbraucher ist als auch Anreize für die Mobilfunknetzbetreiber zu weiteren Netzinvestitionen bietet. Mit dem Markteintritt von 1&1 als Mobilfunknetzbetreiber erwarten die Gutachter zudem, dass der Infrastrukturwettbewerb weiter verstärkt wird und sich hierdurch ein noch besseres Preis-Leistungs-Verhältnis über alle Kundensegmente hinweg einstellen kann.

Nach den Worten von Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, „ist die Förderung des Wettbewerbs ein wichtiges Ziel der Frequenzregulierung. Wir werden die Ergebnisse des Gutachtens bei der anstehenden Entscheidung im Frequenzverfahren berücksichtigen.“

Rosarote Mobilfunkwelt

Nach Ansicht von Dr. Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO), „geht die Einschätzung der Gutachter an der Realität vorbei. Das Gutachten malt eine rosarote Mobilfunkwelt. Auch wenn eine Vielzahl von Submarken der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, wie Aldi Talk oder Congstar, den Anschein erwecken: Es gibt auf dem deutschen Mobilfunkmarkt insbesondere im Vorleistungsbereich zurzeit keinen wirksamen Wettbewerb.“

Mangelnde Angebotsvielfalt

Nach wie vor verzögerten Telekom, Vodafone und Telefónica systematisch das Angebot von 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz. Unter dem Mangel an Angebotsvielfalt litten am Ende die Endkunden, die oft nur 4G-Technologie nutzen können. Diese Strategie hat Albers zufolge Methode: „Wie im Gutachten beschrieben, haben die etablierten Anbieter in der Vergangenheit auf Basis des geltenden Verhandlungsgebotes erst mit einer Verzögerung von fünf, sieben beziehungsweise acht Jahren 4G-Angebote bereitgestellt.“ Deshalb sei die Einführung einer Diensteanbieterverpflichtung alternativlos. Nur die Verpflichtung der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, unabhängigen Wettbewerbern diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu ermöglichen, werde den Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt nachhaltig stärken und werde von den Wettbewerbern ausdrücklich gewünscht.

BREKO-Auswertung

Dies zeigt laut Albers auch eine aktuelle Auswertung des BREKO von Stellungnahmen zum Vorschlag der Bundesnetzagentur zu den Rahmenbedingungen der Frequenzvergabe: „Alle 17 teilnehmenden Telekommunikationsunternehmen mit Ausnahme der etablierten Mobilfunknetzbetreiber fordern eine wirksame und unbürokratische Diensteanbieterverpflichtung, ebenso der Verbraucherzentrale Bundesverband, das Bundeskartellamt und die Monopolkommission.“

Wettbewerb fördern

Die Bundesnetzagentur habe angekündigt, das Gutachten bei der anstehenden Frequenzvergabe zu berücksichtigen. Dies würde den Wettbewerb aber nicht stärken, sondern höchstens den Status Quo erhalten, machte der Geschäftsführer deutlich. „Neben der geplanten Verlängerung der Mobilfrequenzen wäre dies das zweite Geschenk für die drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber. Das wiederum widerspricht dem Ziel des Gesetzgebers, den Wettbewerb im Mobilfunkmarkt zu fördern.“ **DK**



Hybrides Bürgeramt:

Die Alternative zu zeitfressenden Behördengängen

Eine aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Management Services (S-MS), Expertin für Formularmanagement, rät Kommunen zu einem hybriden Ansatz für den Bürgerservice, der online und offline vereint. Ein hybrides Bürgeramt verbindet online verfügbare Services mit effizientem Terminmanagement und der aktiven Steuerung der Besucherströme auch vor Ort. So ließen sich Behördengänge deutlich schneller und komfortabler abschließen – für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Verwaltung.

Behördengänge als echte Zeitfresser

Die Empfehlung der S-MS steht im Kontext der aktuellen Bitkom-Studie zur Terminvergabe und Dauer von Behördengängen. Laut den Studienergebnissen dauert der Besuch einer Behörde in Deutschland im Durchschnitt zwei Stunden und 21 Minuten. Dabei entfallen 57 Minuten auf die An- und Abreise, 48 Minuten auf die Wartezeit vor Ort sowie 36 Minuten auf die Bearbeitung des eigentlichen Anliegens. In ländlichen Gebieten mit weniger als 5.000 Einwohnenden verlängert sich diese Zeit durch einen höheren Aufwand für An- und Abreise sogar noch weiter. Demnach sind Behördengänge auch im Jahr 2024 nach wie vor echte Zeitfresser. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 1.007 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland im Auftrag des Digitalverbands Bitkom.

Die Studie macht darüber hinaus deutlich, dass es für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger sogar schwierig ist, überhaupt – womöglich zeitnah – einen Termin auf dem Amt zu bekommen. Laut Bitkom gab rund die Hälfte der Befragten an, hierbei Schwierigkeiten gehabt zu haben; 35 Prozent von ihnen empfanden es sogar als sehr schwierig.

„Dieser Zustand ist für die Mitarbeitenden in der Verwaltung genauso unbefriedigend wie für die Bürgerinnen und Bürger, zudem ist er unnötig und leicht abzustellen. Unsere Lösung mit FrontDesk zum Termin- und Besucherstrom-Management und zu unseren Online-Formularanwendungen sorgt sofort für Entlastung und ist schnell einzuführen“, sagt Peter Höcherl, Leiter Ressort Forms Technologies bei der S-MS.

Im Sinne eines hybriden Bürgeramts gehen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf die Webseite ihrer Kommune. Dort führt sie FrontDesk zu dem für ihr Anliegen zutreffenden Verwaltungsvorgang. Hier erfahren sie bereits, welche Voraussetzungen und Unterlagen für die Antragstellung notwendig sind oder ob es sonstige Besonderheiten gibt. Die Nutzenden können den entsprechenden Antrag nun online ausfüllen und einreichen, abhängig davon, wie komplex der Verwaltungsvorgang oder die Anforderungen sind. Die S-Management Services stellt dafür hunderte Verwaltungsleistungen als fertige Online-Formularanwendungen zur Verfügung. Eine notwendige Legitimation kann dabei über ein bestehendes Bürgerkonto oder via eID erfolgen. Anfallende Gebühren lassen sich per E-Payment sofort begleichen. Auf diese Weise ist eine medienbruchfreie Antragstellung möglich, ohne überhaupt den Weg zum Amt antreten zu müssen. Die große Masse der Anliegen kann damit bereits abgedeckt werden.

Ist das Verfahren nicht online verfügbar, weil es beispielsweise zu komplex für eine Online-Durchführung ist, oder entscheidet man sich für einen persönlichen Besuch, um etwa noch Fragen vor Ort zu klären, kann über FrontDesk auch ein Termin bei der zuständigen Stelle vereinbart werden. Hilfreich als zusätzlicher Service ist auch der Versand einer E-Mail oder SMS mit einer Liste mitzubringender Unterlagen zur Erinnerung an den bevorstehenden Termin.

Optional sind zudem gemischte Formen, bei denen ein Antragsverfahren online gestartet und der Antrag bei einem persönlichen Termin im Amt vervollständigt wird. So können Antragsstellende sich bereits online informieren, komplexe Angaben vorab erfassen und notwendige Unterlagen bereitstellen. Vom Online-Verfahren kann dann zum nächsten Bearbeitungsschritt (z. B. Termin im Amt) übergeleitet werden.

Kommunen, die FrontDesk schon eingeführt haben, berichten, dass die Termine im Amt nun nahezu reibungslos und damit schneller verlaufen. Das Aufkommen an Anrufen zu Terminvereinbarungen hat sich deutlich reduziert. Dadurch können die Mitarbeitenden ungestörter arbeiten und ihre Zeit effizienter nutzen. Über den FrontDesk Hub erhalten sie zudem einen besseren Überblick über ihren Arbeitstag. Sie finden hier beispielsweise eine Liste der gebuchten Termine des Tages, sehen, wie viele Mitarbeitende verfügbar sind, und können ihre Backoffice-Aufgaben zeitlich einplanen. Ein weiterer Vorteil für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter: Beim Aufrufen von Personen mit Termin wird bereits das jeweilige Anliegen in der Anwendung angezeigt. Die Zeitersparnis und gut vorbereitete Bürgerinnen und Bürger spiegeln sich dann auch direkt in der durchschnittlichen Wartezeit wider: Mithilfe von FrontDesk können nun viele Bürgerinnen und Bürger noch vor dem eigentlichen Zeitpunkt ihres Termins aufgerufen werden. Die Zeiten zeitfressender Behördengänge dürften damit schon bald der Vergangenheit angehören.

Fazit: Die aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung mit einem hohen Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Das hybride Bürgeramt mit einer modernen Lösung zum Terminmanagement schafft Abhilfe. ❐

Kommunales GIS-Forum in Ulm:

Intelligentes Management kommunaler Geodaten

Das Kommunale GIS-Forum des Runden Tisch GIS e. V im Ulmer Stadthaus zeigte erneut auf, welch wichtige Rolle Geoinformationen im täglichen Leben und bei kommunalen Verwaltungsaufgaben spielen. Die Geo-IT ist für Verwaltungen unverzichtbar, wollen sie eine bessere Qualität in ihren Digitalisierungsbestrebungen erzielen.

Wie Daniel Holweg, 2. Vorstand des Runden Tisch GIS, vor rund 120 Teilnehmern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft eingangs hervorhob, gehe es bei Veranstaltungen wie dem Kommunalen GIS-Forum vor allem darum, den Wissenstransfer zu unterstützten und zu fördern.

Vielfältige Einsatzbereiche

Wie wichtig dieser Wissenstransfer für Städte ist, zeigte sich in der Keynote von Martin Bendel, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm. „Unsere Verwaltungen befinden sich in einem Transformationsprozess“, unterstrich der Rathauschef. Für die Ulmer Verwaltung bedeute dies, dass zahlreiche Stellen täglich Verantwortung für das städtische Datenmanagement trügen. Die Einsatzbereiche der Geodaten seien vielfältig und erstreckten sich von der Mobilität über das Smart-City-Umfeld bis zur Bauleitplanung. Als wichtige Aufgabe und klares Ziel definierte der Ulmer Finanzbürgermeister die zentrale Frage: „Wie bekommen wir all die Daten, die wir nutzen, in ein Managementsystem?“

Die Ausführungen von Daniela Schleder vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (StMFH), führten von der Projektidee „Wie bekomme ich eine Kartenskizze in einen Online-Antrag?“ zur Projektumsetzung bis zur eigentlichen Geodigitalisierungskomponente. Als zukunftsfähige Lösung gedacht, suchte das Staatsministerium unter der Nutzung offener Standards und einer freien Software eine cloudbasierte und skalierbare Lösung. Nicht zu vergessen die IT-Sicherheit und Architektur sowie die Möglichkeit der agilen Entwicklung und (individuellen) Weiterentwicklung der Lösung. Schleder zufolge standen von Beginn an die Menschen und das Prinzip einer bedingungslosen Einfachheit in der Anwendung im Mittelpunkt. Dank des schlanken Ansatzes sind die Services der Geodigitalisierungskomponente seit Anfang 2023 als efA-Komponente (Einer-für-alle) für OZG-Prozesse verfügbar.

Einsatz von Kleinsatelliten

Zum Thema „Bayerische Satellitendaten im Kontext kommunaler Anwendungen“ referierte Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im StMFH. Im Zentrum stand dabei für das Ministerium die Frage, ob sich Kleinsatelliten, sog. CubeSats, für die wachsenden Aufgaben im Fernerkundungsbereich eignen. Hintergrund ist nach Bauers Worten, dass die zweijährliche Bayernbefliegung zwar genaue Luftbilder liefert, aber hinsichtlich der Aktualität für viele Anwendungen nicht mehr ausreiche. Dies erkläre sich unter anderem durch häufige Extremwetterereignisse und die geopolitische Lage.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfte das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) den Einsatz von Kleinsatelliten für verschiedene Anwendungsszenarien. In Kooperation mit dem Zentrum für Telematik in Würzburg und der Technischen Universität München ging es dabei um die Bereiche Geodäsie/Kartografie, Land- und Forstwirtschaft sowie die Erkennung von Naturgefahren. Da das Ergebnis positiv gewesen sei, wurden die Ergebnisse der ersten Studie präzisiert und ein Missionsdesign zu einer bayerischen Fernerkundungsmission mit CubeSats erarbeitet.

Dass die Entwicklung im Straßen- und Siedlungsbau auch an anderer Stelle von entscheidender Bedeutung ist, zeigt sich bei zahlreichen Smart-City-Ideen und Digitalisierungsprojekten von Städten und Gemeinden. Ein wesentlicher Kern dieser intelligenten Vorhaben sind die Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort im Austausch mit der Verwaltung. In Neu-Ulm sollte mit den beiden Online-Portalen „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“ und „Digitales Entwicklungskonzept (IDEK)“ die Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Wie Florian Rüggenmann, Abteilung Geoinformation und Vermessung, erläuterte, hätten die Verantwortlichen mit ihren Maßnahmen jedoch nicht alle Bürger erreicht, da Menschen mit Sehbehinderung die Beteiligungsportale nicht nutzen konnten.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit habe viel mit einfachen Schritten zu tun, so Rüggenmann. Exemplarisch nannte er die Einbindung eines Mängelmelders in digitale Karten der Stadt Neu-Ulm. Benötigt würden einfache und große Schriftgrößen sowie Symbole und markierte Formularfelder, die als solche klar gekennzeichnet sind. Weitere Themen zur Barrierefreiheit und deren Integration in das digitale Kartenwerk seien öffentliche Toiletten, Ampeln mit Blindensignalen oder sichere Fußgängerüberwege.

Dass auch in der ländlichen Entwicklung Bayerns Bürgerbeteiligung und Barrierefreiheit mit digitalen Karten auf der Aufgabenliste weit oben stehen, machte Anja Seifert, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, anhand der Kernfrage „Wie können unsere zu veröffentlichenden Karten barrierefreie PDF-Dokumente werden?“ deutlich.

Fragen der Sicherheit

Den Abschluss des Kommunalen GIS-Forums bildete unter anderem ein Vortrag von Ingo Michels, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Seinen Ausführungen zufolge geht es beim vfdb um die Stärkung von Brand- und Umweltschutz, dem Katastrophenschutz und Rettungsdienst. „Zudem setzen wir uns mit aktuellen und zukünftigen Sicherheitsfragen auseinander.“ Mit der „Nationalen Plattform für Geo Daten“, kurz NPGEO, verfolge die Vereinigung das Ziel, die einheitliche und einfache Nutzung raumbezogener Informationen zu fördern. Hierzu zähle unter anderem die Web-Applikation „Waldbrandatlas“.

„Es geht um Kollaboration bei übergreifenden Einsätzen“, formulierte Michels ein wesentliches Augenmerk der Verbandsarbeit. Das heißt, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Lagebild zu erzeugen, inklusive von Bildern vor und nach einer Katastrophe. Am Ende stehe vor allem die „Ad-hoc-Nutzung“ der Geo-IT-Lösung im Vordergrund – inklusive möglicher Lagekarten und Zugangswege. **DK**



Schnelle Hilfe bei WLAN-Problemen durch Techniker vor Ort:

M-net stellt neuen Service zur WLAN-Optimierung vor

Streaming, Gaming oder Arbeiten mit Hochgeschwindigkeit aus dem Home-Office: Neben einem leistungsstarken Internet-Anschluss ist dafür auch eine schnelle WLAN-Verbindung im Heimnetz erforderlich. Damit diese nicht zum Nadelöhr für das Interneterlebnis wird, bietet Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net nun Unterstützung mit einem neuen Service zur WLAN-Optimierung für Privatkunden: Im Rahmen des „WLAN-Service" messen Technikerinnen oder Techniker vor Ort die WLAN-Abdeckung, identifizieren Störquellen oder optimieren den Standort des Routers. Der WLAN-Service richtet sich an M-net Kundinnen und Kunden, deren WLAN-Probleme sich nicht aus der Ferne beheben lassen.

Eine zuverlässige Funkverbindung über WLAN hängt von vielen individuellen Faktoren ab und kann durch bauliche Gegebenheiten oder in dicht besiedelten Gebieten auch von anderen Funknetzen beeinträchtigt werden. Nicht selten wird die heimische WLAN-Verbindung so zum Flaschenhals für den Internetzugang: Allein im Zeitraum zwischen Mai 2021 und Juni 2023 meldeten M-net Kundinnen und Kunden fast 10.000 Fälle mit Verbindungsproblemen, deren Ursache nicht beim eigentlichen Internetanschluss zu finden war, sondern in der WLAN-Infrastruktur vor Ort.

Probleme direkt vor Ort identifizieren und beheben

„Die Anforderungen an die eigene Internetverbindung sind heute größer denn je", weiß Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Bereichs Privatkunden bei M-net, und erklärt: „Eine Videokonferenz oder die Lieblingsserie muss ohne Unterbrechung laufen, damit die produktive Zusammenarbeit aus dem Home-Office gewährleistet ist und dem Entertainment-Genuss zu Hause nichts im Wege steht. Häufig hängen Verbindungprobleme allerdings nicht mit dem eigentlichen Internetanschluss zusammen, sondern sind durch eine schlechte WLAN-Verbindung begründet. Da die Ursachen vielfältig sind und die Ursachenforschung technisch anspruchsvoll sein kann, ist eine Optimierung aus der Ferne nicht immer möglich. Aus diesem Grund war es uns wichtig, auf den Bedarf unserer Kundinnen und Kunden einzugehen und einen Service zu entwickeln, mit dem WLAN-Probleme direkt vor Ort identifiziert und behoben werden können."

Leistungsumfang des neuen M-net WLAN-Service

Das neue Serviceprodukt M-net WLAN-Service hat zum Ziel, die drahtlosen Verbindungen innerhalb des privaten WLAN-Netzwerks des Kunden zu optimieren und damit auch die allgemeine Kundenzufriedenheit zu steigern. Zum vertraglichen Leistungsumfang gehören unter anderem die An- und Abfahrt des Technikers, die Prüfung der WLAN-Abdeckung in der Wohnung und die Identifikation möglicher Störquellen.

Der M-net Techniker hilft dabei, den optimalen Router-Standort ausfindig zu machen und die individuelle Konfiguration des Geräts zu optimieren, beispielsweise durch die gezielte Auswahl bestimmter Frequenzbänder, Funkkanäle oder der Sendeleistung.

Im WLAN-Service inklusive ist auch die Verbindungseinrichtung für bis zu zwei kundeneigene Endgeräte wie Smartphones, Notebooks oder Smart-Home Geräte. Bei Bedarf installiert der Techniker darüber hinaus maximal zwei M-net WLAN-Repeater, die den Abdeckungsbereich des privaten Funknetzwerks vergrößern und dadurch auch in Teilen des Hauses oder der Wohnung, die zu weit vom Router entfernt liegen, für einen optimalen Empfang sorgen. Die Repeater selbst werden dabei gesondert berechnet.

Verfügbarkeit und Preis

Der M-net WLAN-Service ist ab sofort für alle bestehenden M-net Kundinnen und Kunden für nur 89,90 Euro (zzgl. WLAN-Repeater nach Bedarf) über den M-net Kundenservice unter der kostenfreien Rufnummer 0800 2906090 buchbar. ❐

Klimaschutz und Landwirtschaft vereinbaren:

Moorbodenschutz in der Praxis

Die Zukunft der Landwirtschaft steht im Zeichen des Klimaschutzes, und die Versuchsstation Karolinenfeld der Bayerischen Staatsgüter ist Schauplatz für die Entwicklung hin zu einer moorverträglichen Bewirtschaftung. Unter der Versuchsleitung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) befindet sich das wegweisende Projekt „MoorBewi" nun in seiner finalen Phase.

Moore spielen eine entscheidende Rolle als natürliche Kohlendioxidspeicher und sind somit unverzichtbar für den Kampf gegen den Klimawandel. Obwohl sie nur 3 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, speichern Moore mehr Kohlendioxid als alle Wälder zusammen. MoorBewi hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wege zu finden, um Moore effektiv zu schützen und gleichzeitig eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

Die Versuchsstation Karolinenfeld, betreut von den Bayerischen Staatsgütern (BaySG), ist ein Musterbeispiel für den notwendigen Wandel im Umgang mit Moorböden. Hier führen die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und das Peatland Science Centre (PSC) der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf innovative Feldversuche durch, um das Wassermanagement zu optimieren und Nassgrünland sowie Paludikulturen zu etablieren und zu bewirtschaften.

Die vorläufigen Ergebnisse sind vielversprechend: Durch das innovative Schachtsystem konnten die Wasserstände auf den Versuchsflächen nicht nur deutlich angehoben, sondern auch präzise reguliert werden. Nach Anhebung des Grundwasserstandes konnten auf dem Nassgrünland ertragreiche Aufwüchse für die Verfütterung geerntet werden. Paludikulturen wie die Sumpf-Segge entwickelten sich rasch zu geschlossenen Beständen, so dass sie einer stofflichen Verwertung zugeführt werden können – ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft.

Um die wiedervernässten Moorflächen zu bewirtschaften, wurden spezielle Landmaschinen mit geringem Gewicht und breiter Bereifung beschafft. Diese Maßnahmen fließen nicht nur in die Beratung zum geplanten Moorbauernprogramm des Bayerischen Staatsministeriums ein, sondern machen die Versuchsstation Karolinenfeld zum Musterbetrieb für klimaverträgliche Bewirtschaftungsmöglichkeiten auf Moorböden.

Eine zukünftige Anhebung der Wasserstände auf der gesamten Fläche der Versuchsstation ist geplant, um den Klimaschutz weiter zu stärken. Eine Machbarkeitsstudie wird derzeit erstellt, um die Grundlage für diese entscheidenden Maßnahmen zu schaffen.

Die Forschung wird vom PSC mit Messungen der Treibhausgasemissionen begleitet, um die Auswirkungen der verschiedenen Ansätze genau zu quantifizieren. Bereits seit 2020 konnten auf den vernässten Flächen erhebliche Reduzierungen der Treibhausgasemissionen verzeichnet werden. ❐

Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizienztage

„Die Zukunft heißt Kreislaufwirtschaft!" Mit diesen Worten eröffnete der Bayerische Staatsminister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber die Bayerischen Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizienztage (KReTa 2024) in der IHK für München und Oberbayern. Über 300 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und von Behörden tauschten sich zwei Tage in Präsenz und digital darüber aus, was die Branche bewegt: Klimaschutz, KI und Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft der Zukunft, Recycling von Kunststoffen und Recyclingbaustoffe.

Zwei Themen bringen die aktuellen Herausforderungen in der Kreislaufwirtschaft auf den Punkt: Kunststoffe und Baustoffe. Bei den Kunststoffen steigt weltweit das Volumen bei der Herstellung weiterhin stark an und parallel wächst auch bei uns die Menge an Kunststoffabfällen. In Deutschland fielen 2021 circa 5,7 Millionen Tonnen davon an, das entspricht über 220.000 voll beladenen LKWs. Noch deutlicher ins Gewicht fallen Bau- und Abbruchabfälle. Sie stellen den größten Abfallstrom dar: Laut Statistischem Bundesamt mit rund 228 Millionen Tonnen im Jahr 2018 für ganz Deutschland. Das entspricht rund 55 Prozent des Gesamtabfallaufkommens. Allein in Bayern waren es im selben Jahr 53 Millionen Tonnen.

Ideen, Produkte und Dienstleistungen

Prognosen der Circular Economy Initiative Deutschland zufolge könnten durch Maßnahmen wie eine Verlängerung der Nutzungsdauer, eine Nutzungsintensivierung sowie besseres Recycling von Produkten bis 2050 circa 70 Prozent der Ressourcen eingespart werden. Bei den KReTa 2024 präsentierten Unternehmen, die in Bereichen der Ressourceneffizienz bereits erfolgreich sind, ihre Ideen, Produkte und Dienstleistungen in Vorträgen und im Ausstellerbereich, darunter auch die vier Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienzpreises 2023. Die zweitägige Veranstaltung bot außerdem eine Plattform zum Netzwerken sowie zum allgemeinen Austausch und Wissenstransfer rund um die Material- und Rohstoffeffizienz, Klimaschutz und Digitalisierung.

Mission RC20/25

Um das Bewusstsein für eine nachhaltige Baubranche zu stärken und die Potenziale von Recycling-Baustoffen auszuschöpfen, hat die Bayerische Staatsregierung am 29.03.2022 ein Maßnahmenpaket für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen beschlossen: „Mission RC20/25 – Bayern baut auf Umweltschutz!". Ziel ist es, bis 2025 den Anteil des Bauschutts, der in Recyclinganlagen aufbereitet wird, um 20 Prozent zu steigern. Als eine der beschlossenen Maßnahmen hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr den Bayerischen Ideenwettbewerb für den nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien im Bausektor ausgelobt. Ideen hierfür können beim Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern (REZ) eingereicht werden: www.rez.bayern.de/ideenwettbewerb.

Sie interessieren sich dafür, Themen der Material- und Rohstoffeffizienz in Ihrem Unternehmen umzusetzen? Das REZ ist dafür die zentrale Anlaufstelle in Bayern und freut sich darauf, Sie bei Ihren Vorhaben zu unterstützen. Weitere Informationen unter: www.rez.bayern.de ❐

Bundesprogramm Biologische Vielfalt:

Förderung für Münchner Modellquartiere

Überall dort, wo Lebensräume geschützt und Arten gefördert werden, wo sich Menschen für die biologische Vielfalt einsetzen, hat dies auch positive Effekte auf den Klimaschutz. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesumweltministerium (BMUV) fördern deshalb im Bundesprogramm Biologische Vielfalt weitere Projekte, die Maßnahmen für ökologische Stadtnatur umsetzen, mit insgesamt 3,65 Millionen Euro. Mit dabei sind auch Modellquartiere in München.

Mitten in der Millionenstadt entstehen mit Beteiligung der Menschen vor Ort Modellquartiere nach dem Prinzip des Mehr-Zonen-Gartens. Basis dafür sind Gemeinschaftsgärten, in denen biodiversitätsfördernde gärtnerische Maßnahmen erforscht, bewertet, weiterentwickelt und implementiert werden. Diese Maßnahmen trägt das Projekt in die Quartiere und macht sich dafür stark, dass auch außerhalb der Gärten Maßnahmen umgesetzt werden.

Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Transformation

Die Projektverantwortlichen binden viele Stadtakteure in die Aktivitäten ein mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft an der sozial-ökologischen Transformation der Stadt München zu beteiligen. Um die Menschen im Quartier bei der Begrünung ihres großstädtischen Wohn-, Arbeits- und Lernumfelds anzuleiten, werden in vier Modellquartieren sogenannte BioDivHubs eingerichtet. Dort entstehen in interdisziplinärer Zusammenarbeit Lernorte und Netzwerke. Ein großes Angebot an Bildungsmaßnahmen sowie zwei Symposien und ein Kongress sollen den Transfer der praktischen Erfahrungen gewährleisten.

Förderung bis Mitte 2028

Das gemeinsame Projekt von BürgerStiftung München, Green City e.V., Münchner Umwelt-Zentrum e.V., Museum für Naturkunde Berlin und Technischer Universität München wird bis Mai 2028 mit rund 1,25 Millionen Euro gefördert.

Naturnahe Lebensräume sind unverzichtbar

Nach den Worten von Bundesumweltministerin Steffi Lemke „sind besonders in Städten naturnahe Lebensräume, Bäume und Grünflächen unverzichtbar. Sie kühlen unsere Städte, speichern Wasser und machen sie für uns lebenswert. Sie bieten vielen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum. Überall dort, wo wir uns für mehr biologische Vielfalt einsetzen, leisten wir zugleich einen großen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz." **DK**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden! UNSER NEWSLETTER www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER MAGAZIN www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS bvkzusatzversorgung



V.l.: Für die betroffenen Landwirte: Anton Peis; BBV-Obmann Bernhard Haimmerer; BGM Kathrin Alte; Rechtsbeistand Benno Ziegler, Maxi Peis, Markus Bauer, Martin Festl, Andreas Porotznik und Rechtsanwalt Maximilian Schmid. Bild: Gemeinde Anzing

Petition erfolgreich!

Wasserschutzgebietsverordnung nichtig / Umweltausschuss des Bayerischen Landtags unterstützt Landwirte und Gemeinde Anzing im Wasserstreit

Anzing. In der Sitzung Ende Januar des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag stand die im Juni 2023 von Bürgermeisterin Kathrin Alte eingereichte Petition „Sicheres Trinkwasser für den Markt Markt Schwaben nicht gegen, sondern mit der Gemeinde Anzing“ auf der Tageordnung. Nach eingehender Diskussion fasste der Ausschuss einstimmig einen Berücksichtigungsbeschluss. Es ist das stärkste Mittel des Landtages um die Staatsregierung im Sinne der Petenten zum Handeln aufzufordern. Dies bedeutet: Der Ausschuss hält das Anliegen „in vollem Umfang für berechtigt und durchführbar.“

Es wird erwartet, dass die Bayerische Staatsregierung die Petition baldmöglichst umsetzt. Ebenso wurde beschlossen, dass die beteiligten Behörden – Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt Rosenheim und die betroffenen Kommunen – innerhalb von vier Monaten eine gemeinsame Lösung finden und dem Ausschuss darüber Bericht erstatten müssen. „Seit 1999 gab es keinen ernsthaften Versuch der übergeordneten Behörden, dieses für unsere Landwirte existenzgefährdende Wasserschutzgebiet auszuweisen“, so Bürgermeisterin Kathrin Alte. Es sei „ein großer Erfolg“, dass der Ausschuss der Argumentation der Gemeinde Anzing gefolgt ist und damit die Anzinger Landwirte wieder eine echte Perspektive haben.

Alternative für Brunnen II

„Wir sind nach dem Beschluss des Ausschusses unserem Ziel, dass der Brunnen II nicht in Betrieb geht, ein gutes Stück nähergekommen. Jetzt sind wir alle – Markt Schwaben, Anzing, aber vor allem das Landratsamt und das Wasserwirtschaftsamt gefordert, eine echte Alternative für Brunnen II zu finden und nicht weitere Jahre oder Jahrzehnte das Thema auf die lange Bank zu schieben.“ Im Namen der Landwirte dankten Bürgermeisterin Alte und der Bevollmächtigte der Petenten, Rechtsanwalt Benno Ziegler, dem Ausschuss für den Beschluss und die Unterstützung.

Das Thema beschäftigt seit über drei Jahrzehnten die betroffenen Landwirte, die Gemeinde Anzing und den Markt Markt Schwaben.

Zweites Standbein

Hintergrund ist die Wasserversorgung in Markt Schwaben und die seit 1999 mögliche Inbetriebnahme des Brunnen II, der als „Zweites Standbein“ der Wasserversorgung Markt Schwaben dienen sollte.

In Anzing wären – sollte dies erfolgen – in den Ortsteilen Boden, Lindach, Staudach und Auhofen acht landwirtschaftliche Betriebe von der möglichen Ausweisung eines Wasserschutzgebietes betroffen.

Intervention von Bürgermeisterin Alte

Dagegen haben sich die Bauern seit vielen Jahren gewehrt und es fanden zahllose Gespräche mit den betroffenen Behörden statt. Um dieses schwebende Verfahren zu einer Lösung zu führen, hat Bürgermeisterin Kathrin Alte im Juni 2023 eine Petition eingereicht. Nun hat der Umweltausschuss des Landtags festgestellt, dass die Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamts aus 1988 nichtig ist. Damit kann nun endlich eine Lösung im Sinne der Betroffenen gefunden werden. ❐

Europäische Verpackungsverordnung:

Holzindustrie warnt vor desaströsen Folgen

Wirtschaft, Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft betroffen

Zum Start des Trilogverfahrens zur europäischen Verpackungsverordnung greift die Wertschöpfungskette für Holzverpackungen zu drastischen Worten, um Korrekturen anzumahnen. Denn es drohen europäische Vorgaben, die den Klimaschützer Holz und das etablierte Holzrecycling im Verpackungsbereich gefährden. Damit würde die Holzverpackungsindustrie in ihrer Existenz gefährdet und mit ihr die Zuliefererindustrien (Säge- und Holzwerkstoffindustrie) in eine weitere Krise gezogen.

Die europäische Verpackungsverordnung PPWR (Packaging & Packaging Waste Regulation) könnte das Aus für etablierte Ladungsträger aus Holz, etwa Paletten, bedeuten. Denn die Vorgaben zu Leerräumen, dem Mindesteinsatz von Recyclingmaterial und zum sog. Closed Loop Recycling sind bei Holzverpackungen, insbesondere im Industriebereich, technisch nicht umsetzbar. Die neuen Regelungen, die im Bereich der Kunststoffverpackungen sinnvoll sein mögen, hätten im Bereich der Holzverpackungen absurde Konsequenzen: Ausgerechnet Holz, der kohlenstoffspeichernde, nachwachsende Klimaschützer und Recyclingvorbild der Kreislaufwirtschaft, würde im Verpackungsbereich faktisch ausgeschlossen.

Herausnahme aus dem PPWR-Geltungsbereich

Die Holzpackmittelindustrie mit ihren Zulieferern aus Säge- und Holzwerkstoffindustrie fordern zur Abwendung dieser Risiken daher die Herausnahme von Holzverpackungen aus dem Geltungsbereich der PPWR, um sinnwidrige Folgen für die etablierten Holzverpackungen wie etwa Paletten und die auf sie angewiesenen Lieferketten zu vermeiden.

„Neue medizinische Geräte für das Krankenhaus, Maschinen und Ersatzteile für die Industrieproduktion – sie alle werden gut geschützt in stabilen Kisten oder auf Paletten aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz zu ihrem Ziel gebracht – ebenso wie Lebensmittel zum Supermarkt, Paletten und Co. halten also die Versorgung von uns allen am Laufen. Damit ist zum 1. Januar 2030 Schluss, sofern nicht wesentliche Korrekturen am Gesetzestext vorgenommen werden“, warnt Marcus Kirschner vom Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung e.V. (HPE).

Grundidee gut – aber nicht alles in einen Topf werfen

Der „Green Deal” der Europäischen Kommission, der auch Treiber der EU-Verpackungsverordnung ist, soll eine Stärkung von Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und nachhaltigem Wirtschaften bringen. Es ist das erklärte Ziel der PPWR, die Verpackungsabfälle bis 2040 schrittweise – aber deutlich – zu reduzieren. Daher fokussiert der Verordnungsentwurf der EU-Kommission auf Kunststoffe und den privaten Endverbrauchermarkt (B2C), betont aber zugleich die Gültigkeit für alle Verpackungen.

„Die prinzipiellen Ziele der PPWR sind unstreitig und gut. Allerdings kann man nicht alle Verpackungen in einen Topf werfen“, differenziert Julia Möbus vom Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) und kritisiert den „one-size-fits-all“-Ansatz des Gesetzesvorhabens. Dieser „Einheitsansatz“ werde den einzigartigen Eigenschaften und Beiträgen von Holzverpackungen und -paletten zur Kreislaufwirtschaft nicht gerecht.

Eine Palette oder ein anderes Holzverpackungsmaterial kann durch Recycling nicht wieder zu einer Palette werden, wohl aber zu anderen wertvollen Erzeugnissen. Bekanntestes Beispiel für das zweite Leben der Paletten sind Spanplatten. Sie tragen zur Dekarbonisierung des Bausektors bei, werden zur Möbelproduktion oder zur Herstellung von Holzpackmitteln eingesetzt. Das kann mehrfach geschehen und bindet CO2 über Jahrzehnte. Dieses Recyclingkonzept entspricht der derzeitigen Europäischen Abfallrahmenrichtlinie und hat auch seine Praktikabilität bewiesen.

Neues stoffliches Leben

„Holzpackmittel sind bereits heute Produkte der Kreislaufwirtschaft: Sie enthalten in vielen Teilprodukten bereits Recyclingholz und sind ihrerseits recyclingfähig, finden also ein neues stoffliches Leben insbesondere in Spanplatten. Daran ist nichts falsch, daran ist im Gegenteil alles gut“, fasst Anemon Strohmeyer vom Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e.V. (VHI) zusammen. Doch das wird im aktuellen PWPR-Entwurf mit seinen Mindestrecyclingvorgaben und der noch nicht ganz vom Tisch gefegten Idee eines Closed Loop (mit dem eine Palette wieder zu einer Pallete recycelt werden müsste, was technisch unmöglich ist) nicht berücksichtigt.

Es geht um Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit

„Vor lauter Kaffeepads, Take-Away-Verpackungen, Miniaturshampooflaschen in Hotels – also dem, was Vielreisende in der Regel direkt mitbekommen, wurde ein Grundbaustein der Wirtschaft offensichtlich völlig vergessen: Paletten und Kisten aus Holz, auf und in denen alle Güter transportiert werden“, postuliert Kirschner. Denn hier zeige sich aus seiner Sicht ein weiteres gravierendes Manko der geplanten Verordnung. Riesenverpackungen für kleine Parfumflacons oder zig Mal größere Schachteln für USB-Sticks – da könne eine Begrenzung des Leerraums in einer Verpackung auf maximal 40 Prozent durchaus Sinn machen. „Aber im B2B-Bereich, zum Beispiel bei der Verpackung von Maschinen mit Flanschen, unterschiedlichen Geometrien und Winkeln, nicht zentrischen Schwerpunkten, vor allem aber hohen Gewichten bis zu 400 t, zählen vor allem Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit.

Die Säge- und Holzindustrie als Hersteller von Holzbauprodukten und die Holzwerkstoffindustrie mit ihren Produkten Spanplatten / Faserplatten / Sperrholz / OSB-Platten schaffen die Grundlage für die Deutsche Bauindustrie, Möbelindustrie und auch die Holzverpackungsindustrie. Die Unternehmen sehen sich einem starken Konjunktureinbruch ausgesetzt, wodurch die Branchen erheblich belastet werden. Nun droht im Bereich Verpackungen zur schwächelnden Konjunktur und dem EU-Lieferkettengesetz das Damoklesschwert der europäischen Verpackungsverordnung hinzu zu kommen. Dieses dürfte im jetzigen Zuschnitt dazu führen, dass ein wesentlicher Absatzmarkt für die recyclingfähigen Produkte entfällt. ❐

EU: Reparieren statt Verschrotten:

Recht auf Reparatur kommt

MdEP Markus Ferber begrüßt neues Regelwerk

„Zu viele Produkte, die man mit einer kleinen Überholung wieder in einen gebrauchsfähigen Zustand versetzen könnte, landen heute im Müll. Das ist nicht nur ein Ärgernis für den Verbraucher, sondern auch ein Umweltproblem. Zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften gehört, dass die Reparatur zum Standardfall wird“, so der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Markus Ferber, anlässlich der Einigung von Unterhändlern des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten auf eine Richtlinie, die erstmals ein Recht auf Reparatur festschreibt.

Ferber befindet: „In der Ära der Wegwerfgesellschaft ist es an der Zeit, ‚Reparieren statt Wegwerfen‘ zum Leitmotiv zu machen.“

Umweltschutz

Die Einigung umfasst unter anderem eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist, verpflichtende Reparaturen durch Verkäufer sowie Unterstützung unabhängiger Werkstätten und finanzielle Anreize für Reparaturen. „Es geht bei den geplanten Regelungen nicht nur um Umwelt- und Ressourcenschutz, sondern auch darum, den Verbrauchern erhebliche Einsparungen zu ermöglichen“, betont Ferber.

Mehr Auswahl, mehr Transparenz im Sinne der Verbraucher

Ferber zufolge verfolge man mit dem Recht auf Reparatur grundsätzlich den richtigen Ansatz: „Die EU schlägt sich mit dieser neuen Richtlinie klar auf die Seite der Verbraucher. Damit das Recht auf Reparatur auch in der Praxis gelebt werden kann, braucht es aber die richtige Infrastruktur“. Die Richtlinie sieht deshalb vor, den Markt für Reparaturen deutlich zu stärken und den Zugang zu Ersatzteilen und Informationen sicherzustellen. Verbraucher sollen über die Online-Plattformen Reparaturdienste und Anbieter überholter Waren finden können, unabhängige Werkstätten sollen gestärkt werden. Für Markus Ferber ist die Botschaft klar: „Wir müssen Hemmschwellen für den Gang zur Reparaturwerkstatt abbauen.“ ❐

Natürlicher Klimaschutz in Kommunen:

Neues Zuschussprogramm

Das Bundesumweltministerium und die KfW haben jetzt den Startschuss für eine weitere Unterstützung für Städte und Gemeinden bei der Finanzierung von Maßnahmen zum Natürlichen Klimaschutz gegeben. Kommunen erhalten Zuschüsse von bis zu 90 Prozent der Finanzierungskosten.

Mit der Förderung sollen Bäume gepflanzt, kleine, naturnahe Parkanlagen in Wohnvierteln (sogenannte Pikoparks) angelegt und aufgewertet, Naturerfahrungsräume und urbane Wälder geschaffen sowie die Umstellung auf ein naturnahes Grünflächenmanagement unterstützt und innerörtliche Kleingewässer renaturiert werden.

Ziel des Förderangebots ist es, über Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und auf diese Weise Städte und Gemeinden zukunftsfähiger und lebenswerter zu machen. Die Zuschüsse werden im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) zur Verfügung gestellt.

Die Antragsstellung für dieses Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ ist seit 1. Februar 2024 bei der KfW möglich. Zusagen können erteilt werden, sobald der Bundeshaushalt 2024 in Kraft getreten und die KfW vom Bund ermächtigt worden ist.

Link: https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/Kommunen/Quartiersversorgung/Klimaschutz-und-Klimaanpassung/ **DK**



Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank mit den Preisträgern. Foto: Kommunalreferat

Müllsparer*innen ausgezeichnet

Trotz sperrigen Titels und Gendersternchen wurden in München durchschnittlich über elf Liter Restmüll pro Woche und teilnehmendem Haushalt während der NOwasteVEMBER-Challenge im November nach eigenen Angaben eingespart – ein Drittel des wöchentlichen Müllaufkommens von 32,3 Liter pro Haushalt.

Unter allen fleißigen Müllsparer*innen wurde nun bei einem Empfang im Alten Rathaus von Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank das Preisgeld von zehn Mal 250 Euro verlost. Dabei wurden die besten Tipps ausgetauscht: Großpackungen kaufen, Stofftaschentücher und Stoffpads benutzen oder auch die „Eat-me-first-box“ im Kühlschrank.

Ausgelobt wurden die Preise von der ZWFS im Kommunalreferat. Die referatsübergreifend besetzte Stelle koordiniert die stadtweite Umsetzung der ambitionierten Zero Waste-Maßnahmen. Diese sollen dazu führen, dass München bis 2035 ganze 35 Prozent weniger Restmüll produziert. Bürgermeisterin Verena Dietl: „Einen Bewusstseinswandel anzustoßen – das ist uns mit dem Wettbewerb gelungen. 75 Prozent der Teilnehmenden haben angegeben, dass sie bei sich eine nachhaltige Verhaltensänderung festgestellt haben. Jeder kann seinen kleinen Beitrag leisten, und ich verspreche, dass auch wir als Stadt München alles tun werden, um unsere Müllmengen zu reduzieren. Nur gemeinsam können wir unsere Zero Waste-Ziele erreichen.“

Kommunalreferentin Kristina Frank: „Herzlichen Glückwunsch an alle Müllsparerinnen und Müllsparer. Denn sie haben erlebt, dass es mit ein paar Kniffen, ein bisschen Organisation und etwas Disziplin gar nicht so schwerfallen muss, Abfall einzusparen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel. Etliche wertvolle Impulse wurden an uns als Stadt zurückgespielt, wie wir unterstützen können. Deswegen freue ich mich, ankündigen zu dürfen, dass es auch dieses Jahr eine Challenge geben wird.“ ❐

Neuer Statusbericht:

Kreislaufwirtschaft 2024

Kreislaufwirtschaft ist weitaus mehr als das Sammeln, Transportieren, Recyceln oder Beseitigen von Abfällen. Zu diesem Ergebnis gelangt der aktuelle Statusbericht der Kreislaufwirtschaft von VKU und bvse sowie 13 weiteren Branchenverbänden und der IFAT. Bereits 2018 und 2020 wurde ein Report vorgelegt.

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 410 Mio. Tonnen Abfälle aus dem Inland (2017: 409 Mio. Tonnen) in rund 14.300 Abfallbehandlungsanlagen entsorgt. Den größten Anteil (53 Prozent) an den aus dem Inland entsorgten Abfällen haben mit 220 Mio. Tonnen die Bau- und Abbruchabfälle. Bezogen auf die Gesamtmenge ergibt dies rund 5 Tonnen Abfall je Einwohner und Jahr in Deutschland.

Mehr Abfälle aus privaten Haushalten

Der Anteil der in privaten Haushalten erzeugten Abfälle lag 2021 bei rund 40 Mio. Tonnen (2017: 38 Mio. Tonnen). Das entspricht einem einwohnerspezifischen Aufkommen von rund 484 Kilogramm je Einwohner. Die Abfälle aus privaten Haushalten setzen sich aus den nachfolgenden Hauptfraktionen zusammen: 13,3 Mio. Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (159 Kilogramm je Einwohner); 3,1 Mio. Tonnen Sperrmüll (37 Kilogramm je Einwohner); 11,2 Mio. Tonnen getrennt erfasste Bio- und Grünabfälle (134 Kilogramm je Einwohner) sowie 12,5 Mio. Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe wie Papier, Pappe und Kartonagen, Glas, Leichtverpackungen, Metalle, Altholz, Textilien und sonstige Wertstoffe (150 Kilogramm je Einwohner).

Der Anstieg des Gesamtaufkommens an Abfällen aus Haushalten um 22 Kilogramm je Einwohner gegenüber dem Jahr 2017 ist im Wesentlichen auf das Sperrmüllaufkommen (zum Teil durch Corona und Extremwetterereignisse hervorgerufen) und die Intensivierung der Getrennterfassung von Bio- und Grünabfällen zurückzuführen.

Wachstumsbranche

Wie der Statusbericht darlegt, ist die Kreislaufwirtschaft nach wie vor eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende Anforderungen an die stoffliche und energetische Verwertung, steigende Standards für die Erzeugung von Sekundärrohstoffen und die damit einhergehenden technischen Innovationen führen zu einer positiven Entwicklung der wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren: 2021 erzielte die Kreislaufwirtschaft einen Umsatz von rund 105 Mrd. Euro (+ 47 Prozent zu 2010) und beschäftigte im gleichen Jahr rund 310.000 Erwerbstätige (+11 Prozent zu 2010). In der Kreislaufwirtschaft sind heute bundesweit fast genauso viele Personen beschäftigt wie in der Energiewirtschaft und fast viermal so viele Personen wie in der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 32,7 Mrd. Euro im Jahr 2021 (+ 41 Prozent zu 2010) ist die Branche ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

Die Analysen zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung auch die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen der Technik und des Handels für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft haben. Von den rund 10.000 Unternehmen entfallen rund 5.800 Betriebe auf die klassischen Marktsegmente „Abfallsammlung, -transport und Straßenreinigung“ sowie „Abfallbehandlung und -verwertung“. Knapp 1.200 Unternehmen zählt das Marktsegment „Technik für die Abfallwirtschaft“. Weitere 3.000 Unternehmen sorgen im Bereich „Großhandel mit Altmaterialien“ für den Kreislauf der Sekundärrohstoffe aus der Abfallwirtschaft.

Nach der nationalen Treibhausgasinventur sind die Emissionen im Sektor Abfallwirtschaft seit 1990 von 38 Mio. Tonnen CO2 um 75 Prozent auf nur noch 4,3 Mio. Tonnen CO2 im Jahr 2022 gesunken. Wesentliche Ursache dafür war die Schließung von Deponien für die Ablagerung unvorbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005. Darüber hinaus tragen viele weitere abfallwirtschaftliche Maßnahmen zum Klimaschutz bei: Weitere 60 Mio. Tonnen CO2 werden jährlich allein durch das Recycling und den nachfolgenden Einsatz von Sekundärrohstoffen vermieden.

Beiträge zur Energiewende

In Bezug auf den Klimaschutz ist jeder Sekundärrohstoff grundsätzlich einem Primärrohstoff überlegen, da er mit weniger Energieaufwand hergestellt wird. Durch die Steigerung der Energieeffizienz, die Substitution von Primärenergieträgern sowie die Nutzung von Sonne und Wind auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen werden neben der Auskopplung von Strom-, Fern- und Prozesswärme in den energetischen Abfallbehandlungsanlagen von der Kreislaufwirtschaft nicht nur wichtige Beiträge zur Energiewende geleistet, sondern auch zur weiteren Verringerung von Treibhausgasemissionen. Viele Investitionen in die technische und organisatorische Optimierung der Kreislaufwirtschaft führen gleichzeitig auch zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen.

Der Leistungsumfang der Kreislaufwirtschaft ist durch die hohen Standards für die Behandlung der Abfälle und die Kreislaufführung der Rohstoffe sehr umfangreich. In Anbetracht des hohen Aufwandes liegen die durchschnittlichen Kosten der privaten Haushalte für die Abfallentsorgung mit etwa 70 bis 120 Euro je Einwohner und Jahr wohl deutlich unter dem, was die Bürger vermuten würden: Nach Umfragen des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management werden die kommunalen Abfallgebühren von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu fünfmal so hoch eingeschätzt, wie sie in den jeweiligen Kommunen tatsächlich anfallen.

Circular Economy

Laut Report erlangt die Kreislaufwirtschaft auch in anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen eine immer größere Bedeutung. Die Diskussionen um die Circular Economy als neues Wirtschaftsmodell zur Reduzierung des Ressourcenverbrauches führt nicht nur zu dem Ergebnis, dass die Kreislaufwirtschaft künftig die zentrale Rolle bei der Zurverfügungstellung von Rohstoffen für den Wirtschaftskreislauf zukommen wird. Veränderte Produkte und Produktionsweisen werden in Verbindung mit einem veränderten Konsumverhalten auch maßgeblich zur CO2-Reduzierung und zur Verringerung des Rohstoffeinsatzes führen. Die Kreislaufwirtschaft wird somit in den kommenden Jahren zwangsläufig zu einem zunehmend wichtigen Akteur des wirtschaftlichen Wandels werden.

Aus Sicht von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp sind es die Entsorgungsunternehmen, die nicht nur zuverlässig für saubere Straßen und geleerte Abfallbehälter sorgen, sondern auch die Grundlage für effektives Recycling verwertbarer Abfallströme sicherstellen. Die Abfall- und Kreislaufwirtschaft sei für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft also der wichtige Treiber und forciere damit entscheidend auch den Klimaschutz. Zudem sensibilisierten Entsorgungsunternehmen mit ihren Leistungen in der Abfallberatung und Kampagnen zur Abfallvermeidung die Öffentlichkeit vor Ort flächendeckend. Damit sorge die Entsorgungswirtschaft letztlich auch auf europäischer Ebene für die Erfüllung des European Green Deal.

„Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen die Transformation von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Voraussetzung dafür ist ein konsequentes Design for Recycling. Damit Produkte, die nicht mehr benötigt werden, tatsächlich auch recycelt werden können. Wir benötigen aber vor allem höhere Recycling-Kapazitäten. Ohne einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren für Recycling- und Entsorgungsanlagen wird das nicht gehen. Auch in diesem Bereich muss Deutschland schneller werden, damit Ressourcenschonung, Umwelt- und Klimaschutz, aber auch die sichere Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet werden kann. Eine nachhaltige Zukunft ohne Kreislaufwirtschaft wird nicht funktionieren“, zeigen sich bvse-Präsident Henry Forster und bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock überzeugt.

Fokus auf ökologisches Produktdesign

Klimaschutz und Recycling müssten gleichermaßen gestärkt werden. Dies gehe aber nur mit einer wirksamen Kreislaufwirtschaftsstrategie, die einen verbindlichen Rechtsrahmen schafft, Abfall wirksam vermeidet und ökologisches Produktdesign an die erste Stelle stellt. Nach Auffassung von Forster und Rehbock „muss deutlich werden, dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, Verpackungen und Produkte in den Markt zu bringen, die recycelt werden können. Und zwar nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch: In unserer Gegenwart, in unserer Wirtschaftswelt und nicht nur im Labormaßstab. Wenn mehr Rezyklate eingesetzt werden, reduzieren sich die CO2-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden.“ **DK**

Umweltminister Glauber:

Beiträge zum Schutz von Natur und Artenvielfalt

Nach einer Mitteilung des Bayerischen Umweltministeriums wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern. Laut Umweltminister und Naturschutzfonds-Stiftungsratsvorsitzenden Thorsten Glauber wurde die Förderung der Gebietsbetreuung nun erstmals von drei auf fünf Jahre erweitert. Allein dafür stelle der Naturschutzfonds insgesamt rund 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Bewilligt wurden die Förderprojekte Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern, Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der GlücksSpirale 2024, Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart“, Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen“, Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten“, das BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth“, sowie die Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur“ durch das Bundesamt für Naturschutz, und die Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“, Projekt II.

Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal

Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung ihrer Lebensräume im mittelfränkischen Altmühltal. Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der Zuschuss beträgt gut 748.000 Euro.

Betreuung sensibler Gebiete

Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung Bayern werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Die Aufgaben der Gebietsbetreuer reichen von Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für Naturschutz und Steigerung der Akzeptanz für Schutzmaßnahmen über Besucherlenkung, Beratung und Vermittlung, bis hin zur Planung und Umsetzung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Naturschutz. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt beispielsweise Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.

Die Kleinmaßnahmen haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument der Naturschutzarbeit in Bayern entwickelt. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.

Im Rahmen des BNN-Projekts „Lebensraumnetz Landkreis Roth“ wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.

70. Landschaftspflegeverband in Bayern

Wie das Umweltministerium weiterhin verlautete, sei im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge der 70. Landschaftspflegeverband in Bayern gegründet worden. Bei einem Festakt in Wunsiedel betonte Staatsminister Glauber: „Wir wollen überall in Bayern partnerschaftliche Zusammenarbeit für mehr Natur- und Artenschutz. Dieses Ziel haben wir jetzt fast flächendeckend erreicht.“

Bereits seit 1990 setzte der Naturpark Fichtelgebirge zahlreiche Landschaftspflegemaßnahmen vor Ort um. Dieses Engagement hat nun zur Gründung eines eigenständigen Landschaftspflegeverbands geführt. Über die Hälfte der Fläche des Landkreises Wunsiedel zählt zum Landschaftsschutzgebiet Fichtelgebirge. Im Fichtelgebirge und der Selb-Wunsiedler Hochfläche prägen Naturschutzgebiete wie das Egertal bei Neuhaus, Moore und einzigartige Gesteinsformationen wie das Luisenburg-Felsenlabyrinth den Landkreis.

Im Jahr 1985 nahmen die ersten bayerischen Landschaftspflegeverbände ihre Arbeit auf. Rund 1.800 Gemeinden, 63 Landkreise und 18 kreisfreie Städte sind aktive Mitglieder in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden. Der überwiegende Teil aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen im Freistaat wird durch sie umgesetzt. Das Umweltministerium finanzierte über das Landschaftspflege- und Naturparkprogramm im Jahr 2022 mehr als 4.700 Naturschutzmaßnahmen für über 42 Millionen Euro. **DK**

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

Am 23.4.2024 veranstalten **Bayerische GemeindeZeitung und Bayerischer Gemeindetag** das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine **Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider,** die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit **Energie- und Klimaschutzthemen** betraut sind.

Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, dürfen sich gerne unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de melden. **Besucher** können sich unter www.bayerisches-energieforum.de registrieren.



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Stadt Bad Brückenau mit rd. 6.500 Einwohnern. Vorher war ich der 1. Bürgermeister der Gemeinde Motten mit etwa 1.700 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

In Bad Brückenau bin ich seit 1. Mai 2020 tätig, in der Gemeinde Motten war ich vom 1.5.2002 bis 30.04.2020 als Erster Bürgermeister tätig. In Motten war die erste Periode ehrenamtlich, seit 2008 ist das Amt dort auch hauptamtlich.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Jochen Vogel

Erster Bürgermeister a.D. der Stadt Bad Brückenau

Ich habe in der Verwaltung meiner Heimatgemeinde Motten gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein Vorgänger im Amt hat mich gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Ich solle aber erstmal meine Meisterprüfung (Verwaltungsfachwirt) ablegen und danach könnten wir uns nochmal unterhalten. Das war im Sommer 2000. Auf dem Abschlusslehrgang habe ich mich mit einem hauptamtlichen Lehrer der Bayerischen Verwaltungsschule (Hans Stimpfl aus Kiefersfelden) darüber unterhalten. „Des mochst, do konnst gestoltn", hat er in seinem Dialekt gesagt.

Ein Jahr später hatte ich dazu nochmal das Gespräch mit meinem Vorgänger Karl Will. Er hat mir meine Zweifel genommen, dass die Bürger einen doch recht jungen Menschen (da war ich noch 28, zwei Ohrringe, blonde Strähnen) tatsächlich zum Bürgermeister wählen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe ein Seminar bei der Hans-Seidel-Stiftung zum Thema „Diskutieren und argumentieren" besucht. Ansonsten bin ich eher nach dem Motto ran: Einfach mal machen, es könnte ja gut werden!

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

In Motten ging es erstmal darum, die Gräben zwischen den Ortsteilen zuzuschütten und trotz hoher Verschuldung Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

In Bad Brückenau stand ein Generationenwechsel in der Verwaltung an. 250 Jahre Verwaltungserfahrung sind innerhalb kurzer Zeit in Rente bzw. in Pension gegangen. Alle Positionen konnten tatsächlich gut nachbesetzt werden. Daneben ging es darum, die finanziell angeschlagene Stadt als Empfänger der Stabilitätshilfe so auf Kurs zu bringen, dass neben dem angestrebten Groß-Projekt (Schwimmbad) auch andere notwendige Dinge wie Rathaus, Altes Rathaus, Brücken, ehemaliges Bahnhofsgelände sowie eben die tagtäglichen Dinge einer Kommune geplant und umgesetzt werden. Dieser Prozess läuft noch. Nicht ganz unübliche Überraschungen in diesem Geschäft erfordern ein ständiges Reagieren.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Vor allem bei unserem Schwimmbad „Sinnflut" werden Stadt und Stadtwerke voll gefordert. Aktuell fehlen uns leider noch die Zusagen für alle Förderprogramme. Zwei sind sicher, die andern eben noch nicht. Bei einem Invest von mindestens 30 Mio. Euro wird es ein Kraftakt, der eben nur mit allen Förderprogrammen zu stemmen ist. Die „Sinnflut" ist DER Magnet bei uns und fürs Schulschwimmen, für Familien, Saunagänger und therapeutische Angebote im Heilwasser der Siebener Quelle enorm wichtig für die Stadt, die ganze Region und darüber hinaus!

Die o. g. Punkte sind teils sehr wichtig für die Entwicklung der Innenstadt.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Für mich persönlich wird es in nächster Zeit erstmal darum gehen, mich um meine Gesundheit zu kümmern. Die Nachwirkungen einer Corona-Infektion im März 2022 beschäftigen mich leider bis heute. Und die Kombi Bürgermeisteramt und Post Covid funktioniert nicht wirklich. Daher habe ich beim Stadtrat den Antrag gestellt, mich wegen dauerhafter Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen.

Ich kann ihnen sagen, dass es alles andere als leicht war, mich für mich und gegen meinen Lieblingsjob zu entscheiden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ratschläge sind auch Schläge… 😉

Mir haben ein paar Dinge enorm geholfen:

Ging's um Projekte oder Entscheidungen des Vorgängers, so habe ich versucht, mich in den Zeitpunkt des Beschlusses zu versetzen. Gabs einen zeitlichen Druck? Was könnten die Beweggründe gewesen sein? Oft konnte gar nicht anders entschieden werden. Und erschien diese Entscheidung Jahre später als wenig optimal, so konnte ich gegensteuern, reagieren oder korrigieren. Denn: eine schlechte Entscheidung ist immer besser als gar keine!

Sprich: permanentes Hinausschieben fällt einem nämlich oft deutlich härter auf die Füße als eine vorangegangene und weniger gute Entscheidung zu beheben.

Und wenn's mal richtig knifflig war, hab' ich mich oft gefragt, wie ich's machen würde, wenn's mein eigenes wäre, also mein eigener Betrieb. Ich konnte mich da gut auf mein Bauchgefühl verlassen.

Und mit den Menschen reden ist immer besser als über sie zu reden.

Wenn mir gesagt wurde, dass es mit dem ein oder andern eher schwierig sei und ich besser die Finger davon lassen sollte, war es für mich Ansporn, das Gespräch zu suchen.

Bei besonders heftiger Kritik hab' ich mich gefragt, ob ich das Thema nicht gut genug dargestellt habe. Bei dieser – aus meiner Sicht notwendigen – Selbstkritik kam ich allerdings auch immer mal zum Ergebnis, dass wir offenbar auf dem richtigen Weg sein müssen. Es kommt ja auch auf die Art und Weise an, wie einem der Wind ins Gesicht bläst.

Natürlich ist es schöner ohne. Aber Kritik gehört auch zum Geschäft eines Bürgermeisters.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

In meiner Heimatgemeinde habe ich mit allen Beschäftigten (Bauhof und Verwaltung) regelmäßig gemeinsam über die Themen gesprochen.

In Bad Brückenau gab es Besprechungen mit den Fachbereichsleitern sowie einmal wöchentlich in größerer Runde. Dort kamen alle Themen auf den Tisch und wurden besprochen.

In beiden Kommunen habe ich meine Stellvertreter entsprechend eng bei den Themen und den geplanten Entscheidungen vorinformiert und zu ihrer Meinung befragt.

Für die Bürger gibt's in beiden Kommunen ein Gemeinde- bzw. Stadtblatt zur regelmäßigen Info aus allen Bereichen. Social Media gehört heute freilich auch dazu.

Unter den Bürgermeisterkollegen gibts einen regelmäßigen Austausch über die kommunalen Allianzen, den Bayerischen Gemeindetag sowie bei Bürgermeisterdienstbesprechungen. Zu bestimmten Themen hab ich mich dann jeweils direkt mit einem Kollegen in Verbindung gesetzt und gefragt, wie er oder sie das gemacht hat. Über die fast 22 Jahre hat sich da ein tolles Netzwerk deutlich über Bayern hinaus entwickelt.

Denn auch hier gilt: Das Rad braucht keiner neu erfinden und durch den Austausch lässt sich mancher bürokratische Weg doch etwas abkürzen.

Das kann ich wirklich jedem nur empfehlen: Nutzt dieses Netzwerk!.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Digitalisierung ist ein recht breit gefächerter Begriff. Sie ist notwendig, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Den Verwaltungen fehlt neben der finanziellen Ausstattung häufig das Personal, um die Digitalisierung auch umzusetzen. Die 2.056 Kommunen in Bayern haben hier einen recht unterschiedlichen Stand und es können auch nicht alle gleichzeitig von externen Dienstleistern unterstützt werden.

Aber bei aller Notwendigkeit: Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen!

Das konnten wir ja grad in der fast kontaktlosen Zeit unter Corona sehr deutlich feststellen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nimm nicht alles so ernst und dich selbst nicht so wichtig!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Selbstbild – Fremdbild…

Man sieht sich, so denke ich, immer anders als die Menschen um einen herum.

Ich bin sicher hartnäckig und zielstrebig. Ich denke aber auch, dass ich ein guter und emphatischer Zuhörer bin.

Am liebsten würde ich aber als der in Erinnerung bleiben, vor dem jeder Mensch gleich viel zählt. Egal welcher Berufsstand, Position, Partei, Religion, jung oder alt usw.!

Jeder Mensch hat Aufmerksamkeit und Respekt verdient – Punkt. ❐

Kommunale Haushalte am Schmerzpunkt

Oberpfälzische und niederbayerische Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags

Den Kommunen stehen schwere Zeiten bevor. Sie können die zahlreichen Aufgaben, die ihnen aufgebürdet werden, bald nicht mehr stemmen. Wie Markus Pannermayr, Straubings Oberbürgermeister und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, auf den oberpfälzischen und niederbayerischen Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags in Mitterteich bzw. Geiselhöring formulierte, „ist in vielen Städten und Gemeinden inzwischen ein Schmerzpunkt erreicht".

„In einzelnen Städten müssen schon Haushaltssperren verhängt werden," stellte Pannermayr fest. Auf den ersten Blick suggerierten die reinen Zahlen von Steueraufkommen und Finanzausgleichsvolumen eine stabile Finanzlage, doch auf den zweiten genaueren Blick zeige sich, dass die Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben der Städte und Gemeinden weiter steil ansteigen. Künftig sei aufgrund der angespannten Wirtschaftslage ein rückläufiges Steueraufkommen zu erwarten. Wegen der staatlichen Entlastungsmaßnahmen, etwa aufgrund des Inflationsausgleichsgesetzes (Abmilderung der kalten Progression), könnten die Steuereinnahmen zurückgehen. Zudem werde das Wachstumschancengesetz mit großer Wahrscheinlichkeit zu geringeren Gewerbesteuereinnahmen führen.

Massiver Ausgabenanstieg

„Was wir alle persönlich im Geldbeutel empfindlich spüren, trifft auch die Kämmereien: Wegen der Inflation bekommt man für den Euro weniger Waren und Leistungen als vor einem Jahr", betonte der Städtetagschef. Die Inflation schränke Spielräume bei kommunalen Investitionen deutlich ein. Aktuell verzeichnen Bayerns Städte und Gemeinden einen massiven Anstieg bei den Ausgaben um mehr als 10 Prozent. Im Jahr 2024 verschärft sich die Situation wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst und weiter steigenden Sozialausgaben.

Steigende Personalausgaben (+ 7 Prozent), enorme Kostensteigerungen nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise, bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 11 Prozent) und im Baubereich (+ 14 Prozent) belasten die Kommunalhaushalte ebenso wie wachsende Sozialausgaben (+ 9 Prozent). Mehrbelastungen entstehen aufgrund der Kosten der Unterkunft für Geflüchtete und Leistungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Bei den Sozialausgaben legten vor allem die Leistungen der Sozialhilfe (+ 19 Prozent) zu, hier sind besonders die 25 kreisfreien Städte in Bayern betroffen (+ 41 Prozent).

Darüber hinaus werden den Kommunen in den nächsten Jahren zusätzliche Aufgaben und Ausgaben zugewiesen, wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder sowie Investitionen in Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmeplanung. Aus Pannermayrs Sicht muss die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen auf die Tagesordnung, damit die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur im Land gewährleistet bleibt – in ländlichen Räumen ebenso wie in Städten und Ballungszentren. Nötig wäre vor allem eine deutliche Erhöhung der kommunalen Steueranteile, um den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Leider sei der kommunale Finanzausgleich 2024 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Finanzprobleme der Kommunen würden bald die Bürgerschaft und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen, denn: „Fehlende Mittel bedeuten, dass Städte und Gemeinden dringende Investitionen in die Infrastruktur mit Straßen und Wegen, in Kitas und Schulen strecken, schieben oder streichen müssen."

Als massive Belastung erwiesen sich zudem die Defizite der Krankenhäuser, die die Städte derzeit mit steigenden Beträgen ausgleichen müssen. Pannermayr zufolge „ist es eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten am Leben erhalten werden muss. Kommunen dürfen nicht zu Ausfallbürgen werden, die Defizite übernehmen müssen. Bund und Länder müssen schnell handeln, um die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft zu beheben."

Grundsätzlich dürften den Kommunen nicht mehr laufend neue Aufgaben und Rechtsansprüche aufgebürdet werden, ohne dass die vollständige Übernahme der Sach- und Personalkosten gesichert ist, machte der Verbandsvorsitzende deutlich. Außerdem sei der Abbau bürokratischer Hürden dringend erforderlich. „Und schließlich werden die Entscheidungsträger gezwungen sein, sich künftig verstärkt auf das Wesentliche zu fokussieren. Das ist sicherlich kein leichter Weg, den wir aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als Gesellschaft gemeinsam werden gehen müssen."

Wie die oberpfälzischen Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Wiesaus Bürgermeister Toni Dutz und Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, auf der Versammlung in Mitterteich betonten, landeten immer mehr Aufgaben und damit auch mehr Bürokratie bei den Kommunen. Um dies abzuarbeiten, werde mehr Personal benötigt. „Wir sind das letzte Glied in der Kette, wir können nichts mehr weiterdelegieren", unterstrich Dutz.

Damit die Hospitäler nicht reihum in die Insolvenz schlittern, müssten die Kommunen 1,4 Milliarden Euro an Ausfallbürgschaften übernehmen. Auch mache der Migrationsdruck zu schaffen. In Wiesau sei man bei der Unterbringung von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Das Limit ist erreicht", stellte Rathauschef Dutz klar. „Es geht nicht darum, dass wir nicht mehr Menschen aufnehmen wollen, wir können es einfach nicht."

Auf der Bezirksversammlung in Geiselhöring stand unter anderem das Thema Wärmeplanung auf der Agenda. Um diese auf den Weg bringen zu können, hofft man laut dem Vorsitzenden des niederbayerischen Städtetags, Deggendorfs Oberbürgermeister Dr. Christian Moser (Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden) auf klare Richtlinien bis Mitte des Jahres.

Geiselhörings Bürgermeister Herbert Lichtinger erklärte, dass die Bezirkstreffen des Bayerischen Städtetags parteiübergreifend seien. Man wolle nun den spaltenden Tendenzen in der Gesellschaft entgegentreten und in Zeiten der Verunsicherung als stabile Kommunen agieren.

„Niederbayern ist spitze bei der Wirtschaftsförderung in Bayern!": Mit dieser erfreulichen Nachricht wartete Regierungspräsident Rainer Haselbeck auf. Laut dem Bayerischen Wirtschaftsministerium ist das Innovations- und Wachstumsstreben in Niederbayern trotz widriger Umstände ungebrochen. Mit 106 Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 212 Millionen Euro und 34,5 Millionen Euro Zuwendungen sei Niederbayern „Tabellenführer" – und das zum wiederholten Mal. Dadurch seien dort 308 neue Arbeitsplätze entstanden, gut 1.700 wurden gesichert.

Dass die Wirtschaftsförderung der Regierung von Niederbayern so positive Ergebnisse erzielt, machte Haselbeck sichtlich stolz: „Niederbayern ist Heimat leistungsstarker, erfolgreicher Unternehmen. Im Handwerk, in der Industrie, im Handel, Tourismus und in der Gastronomie wird hoch engagiert und qualifiziert gearbeitet. Die positiven Investitionszahlen verdeutlichen nicht nur den unternehmerischen Mut, sondern auch die Resilienz und Stärke unserer niederbayerischen Wirtschaft. Unsere Unternehmen trotzen den Herausforderungen. Dank ihrer Leistungsstärke leben wir in Niederbayern auf hohem Niveau. Sie erwirtschaften unseren Wohlstand, schaffen und sichern Arbeitsplätze und legen damit die Basis für unsere gute Lebensqualität. Die Regierung von Niederbayern steht unserer Wirtschaft als verlässlicher Partner zur Seite und wird sie bei ihren Vorhaben auch weiterhin nach Kräften unterstützen." **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landrat Elmar Stegmann zeichnet Gina Jäckel und ihre Linde mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis geht an Rosa Asmussen und ihren Walnussbaum. Theophil Pflaum und seine Araucaria werden mit dem dritten Preis geehrt. Der Landrat zeigt ein Foto des drittplatzierten Baumes – Theophil Pflaum konnte nicht zur Preisverleihung kommen. Gemeinsam mit dem Landrat und den Preisträgerinnen freuen sich Bernd Brunner, Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege sowie Dr. Julia Lorenzen und Hildegard Nagler vom Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau. V.l.: Hildegard Nagler, Gina Jäckel, Landrat Elmar Stegmann, Rosa Asmussen, Bernd Brunner und Dr. Julia Lorenzen. Bild: Landkreis Lindau/Nadja Krassik

Landkreis Lindau:

Baumwettbewerb abgeschlossen

Lindau (Bodensee) – In einer kleinen Feierstunde hat Landrat Elmar Stegmann die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten" ausgezeichnet. „Das ist auch ein Tag zu Ehren des Baumes", betonte der Landrat im gemeinsamen Gespräch mit den Geehrten.

In Zusammenarbeit mit dem Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau (Bodensee) und der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege hatte Landrat Elmar Stegmann im August 2023 den Wettbewerb „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten" ausgeschrieben. Die Palette der eingereichten Geschichten war breit. Besonders beeindruckt war die Jury von drei Beiträgen.

Über das Werden ihrer „Manitu-Linde" hatte Gina Jäckel aus Bad Schachen geschrieben. „Unsere Baumgeschichte lässt sich nicht mit Stichworten beschreiben, weil sie so ungewöhnlich ist: Sie geht auf den Indianer-Speer eines zehnjährigen Buben in Hochbuch zurück." 1979, kurz vor dem Umzug nach Bad Schachen, machte sie eine Nachbarin auf eine kleine, junge Linde aufmerksam, die aus der Ligusterhecke herauswuchs. „Während wir noch am Gartenzaun über die Herkunft dieses Bäumchens an dieser ungewöhnlichen Stelle rätselten, kam unser Sohn dazu und klärte uns auf", schrieb Gina Jäckel. Als kleiner Junge hatte er nach dem Spielen als großer Häuptling der Apachen ein Versteck für seinen außergewöhnlichen Stammes-Speer in der Ligusterhecke gesucht. Der Speer des großen Manitu geriet dabei offenbar in Vergessenheit. „Mit viel Magie, Glück und Ausdauer vollzog sich seine außergewöhnliche Verwandlung in ein wunderschönes Lindenbäumchen", erinnert sie sich. Schnell war beschlossen: Dieser Baum würde mit umziehen. „Beim Umpflanzen wurde uns klar: Hier ist viel Zauberei im Spiel – die Wurzel war zweigeteilt.

Dieses Bäumchen stand mit beiden Wurzelbeinen in der Welt, um möglichst viel Nahrung aus dem Boden zu bekommen – genauso wie sein ursprünglicher Schöpfer, der große Manitu", schrieb Gina Jäckel. Lindaus oberster Stadtgärtner half bei der Bewältigung der Eingewöhnungsschwierigkeiten des ungewöhnlichen Baumes mit. „Zwischenzeitlich steht die ‚Manitu-Linde' groß und mächtig da. Sie beeindruckt mit ihren Ausmaßen immer wieder aufs Neue diejenigen, die ihr (wirklich) begegnen", schloss Gina Jäckel ihre Erzählung.

Rosa Asmussen aus Mellatz hatte die Geschichte eines Baumriesen eingereicht. „Zur Erstkommunion meines Vaters im Jahr 1928 hatte sich auch sein Patenonkel aus Österreich angekündigt, was zu dieser Zeit eine kleine Weltreise war. Im Gepäck hatte er nicht etwa Süßigkeiten, Spielzeug oder Geld – nein, sein Geschenk für den Buben war der Sämling eines Walnussbaumes. Dieser wurde auch hoffnungsvoll eingepflanzt, und er enttäuscht bis heute nicht", schilderte sie. Mittlerweile misst der Baum, der fast jedes Jahr reichlich Nüsse trägt, in der Höhe 20 Meter, in seiner Breite gut 15 Meter und in seinem Stammumfang knappe drei Meter. „Mein Vater hat bei allen Erweiterungs- und Umbauprojekten rund um den Hof stets darauf geachtet, die Wurzeln sowie die Krone nicht zu beschädigen", schrieb Rosa Asmussen. „Aus meiner Kindheit erinnere ich mich an so manche unheimliche Gewitternacht, in der mir der Gedanke an den starken Walnussbaum nahe beim Haus Trost, Schutz und Erdung gab." Für Wanderer lohne sich nach dem Besuch der neu errichteten Sebastianskapelle in Litzis auch ein staunender Blick auf die beeindruckende Schönheit des nahen Baumes. „Mein großer Wunsch ist es, dass alle künftigen Bewohner meines Elternhauses den inzwischen 98-jährigen Riesen erhalten, lieben und schätzen lernen", schloss Rosa Asmussen ihre Erzählung.

Theophil Pflaum machte die Jury auf die Geschichte seiner rund 14 Meter hohen Araucaria aufmerksam. Diese hatte sein Onkel Paul Renz, ein Botaniker aus Leidenschaft, von einem Ausflug in südliche Gefilde mitgebracht. „Ich war immer dabei, wenn mein Onkel Paul sie im Herbst für den harten Winter in einen dicken Mantel einpackte", erinnert sich Theophil Pflaum. „Das ging etliche Jahre ohne Winterschäden gut. Doch mit zunehmender Baumgröße bedurfte es immer umfangreicherer Verpackungstechnik. Schließlich aber – es war an einem schönen Herbsttag, an den ich mich bis heute erinnere – entschloss sich mein Onkel angesichts des mannsgroßen Stammes, ihn ungeschützt den folgenden Wintermonaten anzuvertrauen. Er postierte sich vor dem Araucaria-Jüngling und sprach: ‚Entweder du schaffst's, dann isch's guat, oder ebe et.'" Die Pflanze, so Theophil Pflaum, scheine dies verstanden zu haben. „Sie gab sich einen Wachstumsruck und hielt durch." Bis heute blühe die imposante Araucaria jährlich und schmücke sich mit ihren mächtigen Zapfen.

Landrat Elmar Stegmann zeichnete Gina Jäckel und ihre „Manitu-Linde" mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis ging an Rosa Asmussen und ihren Walnussbaum. Mit dem dritten Preis wurde Theophil Pflaum und seine Araucaria ausgezeichnet. Er konnte bei der Feierstunde nicht persönlich anwesend sein.

Bäume sind „unverzichtbarer Teil unserer Heimat"

„Bäume gestalten nicht nur unseren Lebensraum, prägen unser Landschaftsbild und sind wichtig für unsere Gesundheit. Sie schützen zudem unser Klima, bieten einen vielfältigen Lebensraum und sind unverzichtbarer Teil unserer Heimat. Ich hoffe, dass die Geschichten der ausgezeichneten Bäume ein Bewusstsein für die Bedeutung von den Bäumen in unserem Landkreis schaffen und die Menschen verleiten, auch mal wieder einen Blick in die Natur zu werfen", betonte Landrat Elmar Stegmann abschließend. Die Geschichten und Fotos der ausgezeichneten Bäume mit Hintergrundinformationen sind in einer Ausstellung im Heimatkundlichen Dokumentationszentrum in Weiler zu sehen.❐

GZ PINOS WELT



Unsere Zeit ist doch seltsam orientierungslos. Jede gesellschaftliche Gruppe schart sich um eine für andere wenig anschlussfähige Idee, Leitfiguren oder Vorbilder erreichen einen immer enger werdenden Kreis von Anhängern oder Followern, die dann aber umso fanatischer ihr Idol anhimmeln. Sogar bei den Feindbildern hat sich etwas bemerkenswert verschoben. Früher war für die Mehrheit der Kommunismus oder „der Russe" das Feindbild und für die extreme Linke Amerika. Heute wetteifern die extremen Linken mit dem extremen Rechten, wer Putin mehr Gas abkaufen will, um seinen Angriffskrieg auf die Ukraine zu finanzieren.

Doch plötzlich, vor ein paar Wochen, kam eine Nachricht auf die Timeline, die irgendwie die ganze Republik zusammengebracht hat: Franz Beckenbauer ist tot.

Franz Beckenbauer gehört in die Walhalla

Dann kamen sie, die Nachrufe auf den letzten Kaiser von Deutschland, auf die Lichtgestalt, den Fußballgott. Es hat niemanden unberührt gelassen. Die Boomer sind mit ihm aufgewachsen und haben sich – soweit männlich – alle von ihrer Mutter die legendäre „5" auf das Fußballtrikot nähen lassen. Die ihn nicht mehr aktiv als Spieler erlebt haben, kannten ihn als unermüdlichen Lobbyisten für Deutschland, der das Sommermärchen 2006 in unser Land gebracht hat. Wer sich noch erinnert: Das erste Mal seit Jahrzehnten waren die Deutschen so kindlich unbeschwert stolz auf ihr Land, wie sonst nur Franzosen, Italiener oder Amerikaner. Den deutschen Dreifarb (Trikolore) gab es als Autostandarte zum Einklemmen im Fenster und als Überzug für die Seitenspiegel. Und die Jüngeren? Keiner, der sich für Fußball interessiert (und das sind ja Millionen männliche wie weibliche Fans) kommt bei Zusammenfassungen früherer Turniere am Namen Franz Beckenbauer vorbei.

Somit hat der kürzlich bekannt gewordene Vorschlag des früheren EU-Diplomaten Prof. Dr. Gerhard Sabathil wirklich Charme, Franz Beckenbauer in die ehrwürdige Reihe großer Teutscher in die Walhalla bei Regenstauf aufzunehmen und in Form einer Büste zu ehren.

Das mag zunächst etwas befremdlich wirken, haben die Menschen der Gegenwart doch keinen rechten Bezug mehr zu Ehrungen. Die Walhalla ist sicher immer noch ein Top-1-Ziel für Familienausflüge, aber doch mehr wegen der spektakulären Aussicht, der einmaligen Lage hoch über der Donau und der realistischen Aussicht auf ein leckeres Weltenburger Bier im Biergarten. Welcher Vater geht mit seinem Sohn noch die Reihen ab und erläutert die Leistungen, die hinter den Büsten stehen? Welche Mutter sucht mit ihrer Tochter die kleine Zahl von Frauen auf, die in die Walhalla gelassen wurden? Solcherart Bildungstourismus ist out.

Aber dies ist das erste Argument, warum Franz Beckenbauer in die Walhalla gehört. Mit ihm als populärem Sportler könnte mal wieder der Sinn und Zweck des Denkmals sichtbar werden, nämlich Leistungen, die der Erinnerung der Nachwelt würdig sind, durch die Ehrung der Menschen, die sie vollbracht haben, im kollektiven Gedächtnis zu halten.

Das zweite Argument lautet, dass auch ein Ruhmestempel wie die Walhalla mit der Zeit gehen muss. Wer wäre also für die Ehrung geeigneter, als der Bub aus Giesing, der als begnadeter Ballkünstler in der in Deutschland populärsten Disziplin Überragendes geleistet hat, als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist und damit die Walhalla von der Aura des Elitären befreien und popularisieren könnte?

Aber natürlich, Franz Beckenbauer war Lichtgestalt, doch wie sagt Goethe in seinem Götz so treffend: „Wo viel Licht, da ist auch starker Schatten". Er war ein Mensch in seinem Widerspruch, fehlbar wie jeder und wie jeder leicht mit der moralischen Keule zu erschlagen, die heutzutage so gern in den sozialen Medien geschwungen wird. Aber welche der Teutschen in der Walhalla waren nur rein, gut, edel und der Versuchung widerständig? Georg von Frundsberg etwa, der in der Walhalla und der Ruhmeshalle in München geehrt wird, war einfach ein Söldnerführer und Schlagetot. Vorbild? Echt jetzt?

Lassen wir zum Schluss einen anderen Fußballer und Trainer, Aimé Jacquet, zu Wort kommen: „Sport heißt, über sich selbst hinauszuwachsen".

Ihr Pino

50 Jahre Frauen-Union im Landkreis Neustadt a.d. Aisch:

Frauen in der Politik

Jubiläum mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner

Ipsheim. Die Gründung der Frauen-Union (FU) der CSU im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim vor 50 Jahren sollte eine Plattform für die Anliegen von Frauen sein „und steht heute auch für den Einfluss, den Frauen in der Politik ausüben können", so Landtagspräsidentin Ilse Aigner beim Festakt zum Gründungsjubiläum in der Weinbaugemeinde Ipsheim. Sie appellierte an Frauen, ihre Talente einzubringen und sich auch politisch auf allen Ebenen und in demokratischen Parteien zu engagieren.

Wenn die erfahrene Bundes- und Landespolitikerin über Frauen in der Politik spricht, so weiß sie, wovon sie redet, ist sie doch die einzige CSU-Bezirksvorsitzende in Bayern. Schon bei der Begrüßung der anwesenden Mandatsträger und Ehrengäste sei ihr aufgefallen, dass „der Frauenanteil auch hier im Landkreis noch ausbaufähig ist".

FU-Kreisvorsitzende Gabi Schöttle war sich mit Aigner darin einig, dass Frauen und die FU bereits wegweisende Erfolge erzielt hätten. So gebe es inzwischen nicht nur etliche Bürgermeisterinnen – einige waren ohne Ansehen der Parteimitgliedschaft auch anwesend –, aber Frauen in politischen Führungsfunktionen seien eben noch nicht selbstverständlich. Wichtig sei aber auch, dass sich Frauen etwas zutrauen und mit Selbstbewusstsein auftreten. Aigner: „Wir brauchen Frauen als Vorbilder" und dabei spiele die FU eine Schlüsselrolle.

„Europawahl ernst nehmen"

Mit Blick auf die Europawahl am 9. Juni appellierte sie an die Bürgerinnen und Bürger, bei ihrer Wahlentscheidung zumindest im Spektrum der demokratischen Parteien zu bleiben. Die Europawahl dürfe nicht als nebensächlich abgetan werden, denn in Brüssel und Straßburg würden wichtige Weichen gestellt, die alle politischen Ebenen betreffen, bis hin zur Kommunalpolitik. Und da nur die CSU bayerische Kandidatinnen und Kandidaten auf ihrer Liste habe, könne man „auch für das Land etwas tun und bayrisch wählen". Der anwesende Spitzenkandidat der CSU in Mittelfranken, Dr. Konrad Körner, sei ein ausgezeichneter Kenner der Materie und wenn die CSU gut 40 Prozent der Stimmen erhielte, wäre er auch ein engagierter Nachfolger von Marlene Mortler.

Auch Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler kenne sich als früherer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München in der Außenpolitik bestens aus. In seinem Grußwort sprach Winkler von „ernsten Zeiten weltweit und in Deutschland". CSU-Kreisvorsitzender Dr. Christian von Dobschütz, Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz und sein Vorgänger Hans Herold lobten das bürgerschaftliche Engagement vieler Frauen. FU-Bezirksvorsitzende und Bezirksrätin Cornelia Griesbeck erinnerte an die noch vor 50 Jahren eingeschränkten Rechte für Frauen. Mit dabei waren zudem die Weinprinzessin aus dem Oberen Ehegrund, Anne Gümpelein, der Erste Bürgermeister der gastgebenden Marktgemeinde Ipsheim, Stefan Schmidt, und Bezirksrat Thomas Zehmeister aus Roßtal in Vertretung des Bezirkstagspräsidenten.

Landrat Helmut Weiß sprach von „höchstem Respekt" vor der Arbeit der Frauen, mit Kompetenz und Durchsetzungskraft und der Herausforderung, Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Weiß erinnerte an den Antrag der Frauen-Union aus dem Jahr 1989, wo die Einrichtung eines Frauen-Notrufs im Landkreis gefordert worden war. Dieser hab sich bewährt, seither viel und oft geholfen und auch die FU-Frauen würden sich nach wie vor in diesem Bereich einbringen.

Viel Applaus gab es für die Ernennung der ehemaligen FU-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier zur Ehren-Kreisvorsitzenden. Die Kreisbäuerin, Ernährungsfachfrau und Meisterin der Hauswirtschaft war von 2013 bis 2023 Vorsitzende und habe in dieser Zeit zahlreiche auch erfolgreiche Initiativen ergriffen, wie beispielsweise das Projekt „Alltagskompetenz" als Schulfach, so die aktuelle Vorsitzende Schöttle. Ixmeier blickte auf „harte Kämpfe" zurück, zeigte sich aber zuversichtlich, denn „viele kleine Schritte ergeben einen großen Schritt". Dazu passend und durchaus spaßig gemeint zitierte Aigner die ehemalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher: „Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, fragen Sie einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, fragen Sie eine Frau." **pmw**



Landtagspräsidentin Ilse Aigner (m.) mit FU-Vorstandsmitgliedern und umrahmt von der Ehren-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier (l.) und FU-Kreisvorsitzenden Gabi Schöttle (r.). Ganz links: FU-Bezirksvorsitzende Cornelia Griesbeck. Bild: Claudia Wust

Landkreis Donau-Ries:

1.200 Möglichkeiten online mit den Behörden in Kontakt zu treten

Für einen neuen Führerschein oder die Anmeldung eines Hundes muss man schon heute nicht mehr zum Bürgeramt vor Ort. Zukünftig sollen Bürger und Unternehmen noch mehr behördliche Leistungen einfach und sicher digital beantragen können.

Durch das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, kurz Onlinezugangsgesetz (OZG) soll die Interaktion zwischen Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung in Zukunft noch deutlich schneller, effizienter und nutzerfreundlicher werden. Um diesen Prozess zu unterstützen wurde die BayKommun gegründet. Als Schnittstelle will sie zwischen den Kommunen, den Bundes- und Staatsministerien und den großen Dienstleistern im Bereich digitale Verwaltung vermitteln.

Nahbarer Multiplikator

Mitte Januar stellte sich die BayKommun bei einem Netzwerktreffen der Kommunen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vor. Stellvertretender Geschäftsführer Felix Appel erklärte den anwesenden Bürgermeistern und ITlern aus den Kommunen, was ihm für die Zusammenarbeit besonders wichtig ist: „Wir wollen nahbarer Multiplikator für die komplexe Herausforderung der digitalen Verwaltung sein. Wir wollen die von Bundes- und Staatsministerien geforderten Maßnahmen schnell und einfach erfassen und bei der Umsetzung helfen.“ Die Wünsche und Meinungen der Kommunen sollen bayernweit gesammelt werden, um dann gemeinsam im großen Verbund auftreten zu können. So wolle die BayKommun den kleinen Kommunen mehr Möglichkeit zur Mitsprache bei den großen Dienstleistern wie AKDB und Co. geben.

Wichtiger Kontakt

Das OZG-Netzwerk im Landkreis Donau-Ries ist eines der ersten Netzwerke, bei dem die BayKommun zu Gast war. Laura Brummer, Digitalisierungskoordinatorin des Landkreises, die das Treffen organisiert hat, freut sich über den wichtigen Kontakt zur BayKommun. „Mit der Unterstützung der BayKommun können wir noch schneller und zielführender unser Online-Angebot für Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ausbauen.“ Auch Landrat Stefan Rößle ist stolz: „1.200 Online-Leistungen können wir für den gesamten Landkreis schon anbieten. Im Vergleich mit anderen Regionen sind wir hier schon ganz weit vorne. Das haben wir vor allem auch unseren Kommunen zu verdanken. Durch die Vernetzung im OZG-Netzwerk können Erfahrungen und Meinungen einfach ausgetauscht werden. Ich freue mich auf die Zukunft dieses Netzwerks!“ Im Anschluss hatten die Teilnehmenden noch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Digitalisierungs- und Mobilfunkkoordination

Die Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit ist zuständig für die Umsetzung des Digitalisierungskonzepts des Landkreises Donau-Ries. Die Digitalisierungskoordination setzt das Konzept mit seinen fünf Handlungsfelder „Digitale Verwaltung“, „Digitale Teilhabe im Alter“, „Digitale Bildung“, „Digitale Mobilität“ und „Digitale Kultur/Touristik“ um. Sie bilden die Grundlage für die aktuelle Digitalisierungsarbeit im Landkreis. ❐

Mehr Informationen

https://www.donau-ries.de/region-tourismus/digitalisierung

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5/2024, die am 29. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Handwerkliche Dienstleistungen Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

Bezirk Mittelfranken fördert Umweltbildung

LBV erhält Zuschuss zum Betrieb der Umweltstation am Altmühlsee

Ansbach – Seit über 35 Jahren betreibt der Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) aktive Umweltbildung am Altmühlsee und erreicht mit seinem breiten Programmangebot viele Menschen. Unter dem Motto „Natur erleben am Altmühlsee“ stehen in diesem Jahr spannende und kurzweilige Naturerlebnisse. Dabei will der LBV Neugierde, Faszination und Verständnis für die Umwelt wecken. Ob Führungen auf der Vogelinsel, Adler-Exkursionen, Fledermausabende, ein Besuch bei der Kräuterhexe oder Führungen im neuen Natur-Erlebnis-Garten – für jede Zielgruppe und für jedes Alter findet sich eine passende Veranstaltung.

Seit 1984 unterstützt der Bezirk Mittelfranken derartige Angebote für Besucherinnen und Besucher des Altmühlsees. An den Gesamtkosten der zwei Jahre zuvor eröffneten Umweltstation beteiligt sich der Bezirk seit 2005, zunächst mit jährlich 29.300 Euro, 2024 steigt die Fördersumme auf 34.000 Euro. Einen entsprechenden Beschluss hat der mittelfränkische Bezirkstag in seiner jüngsten Sitzung gefasst. „Der Umwelt- und Naturschutz muss bei allem unserem Handeln Berücksichtigung finden.

Mehr Informationen

Möglich wird das nur über den Weg des Erlebens realer Naturerfahrung“, schreibt Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster in seinem Vorwort im aktuellen Programmheft. Dieses können Interessierte kostenlos auf der Internetseite www.altmuehlsee.lbv.de herunterladen. ❐

Bayerische Landesstiftung investiert in Marktschorgast

Die bayerische Landesstiftung beteiligt sich an mehreren Projekten im Kreis Kulmbach-Wunsiedel. „Es ist ein großes Zeichen der Wertschätzung für unsere Region, dass auch dieses Mal mehrere Projekte aus meinem Stimmkreis finanziell unterstützt werden“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

U.a. wird die Remise in Marktschorgast ein Leuchtturmprojekt für die Region. Die Bayerische Landesstiftung hat 71.000 Euro als Zuschuss bewilligt. Insgesamt werden die Kosten auf 2,5 Mio. Euro geschätzt. Neben Zuschüssen der Landesstiftung und der Oberfrankenstiftung fließen auch 1,6 Mio Euro Städtebaufördermittel in das Projekt. „Ich habe mir die Remise vor Ort vor einiger Zeit mit Bürgermeister Marc Benker angesehen und (…) bin gespannt auf den Baufortschritt“, so Schöffel.

Benker zeigte sich sehr erfreut, dass es bei der Remise endlich an die Umsetzung gehe: „Wir haben seit den 1980er Jahren immer wieder daran geplant. Nachdem es wegen des Alters des Gebäudes doch ein sehr herausforderndes Projekt ist, war bislang nie genug Geld da. Dank der Förderoffensive Nordostbayern und weiterer Fördergeber wie der Bayerischen Landesstiftung ist es nun gelungen. Da sind wir sehr dankbar. Wir werden das Gebäude nun in neuem Glanz erstrahlen lassen und können es bald der öffentlichen Nutzung zuführen unter anderem als Begegnungsstätte für Jung und Alt.“ ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de SEW®

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 29. Februar 2024 | 75. Jahrgang | Nummer5

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Fünf-Punkte-Plan der CSU-Landtagsfraktion:

Für wirtschaftliche Zeitenwende

Um die Wirtschaft anzukurbeln, hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Die darin enthaltenen Forderungen richten sich vor allem an die Ampelkoalition in Berlin. Laut Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek, der die Resolution auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, sowie Josef Geiger, Unternehmer und Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbands präsentierte, „verlangt die Wirtschaftspolitik unsere volle Aufmerksamkeit. Wir als CSU sind überzeugt: Unser Land kann mehr. Die Zeit bleibt nicht stehen. Wir müssen unser Handeln deshalb auf die neuen Herausforderungen ausrichten."

Konkret wird der Bund aufgefordert, eine zukunftsgerichtete und am internationalen Wettbewerb ausgerichtete Standortpolitik aufzulegen. „Das von der Ampel-Regierung vorgelegte Wachstumschancengesetz greift viel zu kurz. Wir brauchen sehr viel weitreichendere Entlastungen für unsere Unternehmen und insbesondere den Mittelstand.

Senkung der Steuerbelastung

Die Senkung der Unternehmenssteuerbelastung für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent, um insbesondere die Investitionsbereitschaft im Mittelstand wieder anzukurbeln, die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, verbesserte Abschreibungsbedingungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind überfällige Maßnahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit", heißt es in der Resolution. Auch im Interesse der familiengeführten Unternehmen müssten wesentliche Aspekte der Erbschaftsteuer Ländersache werden. Es brauche eine Erhöhung der Freibeträge sowie niedrigere Steuersätze und damit die Regionalisierung dieser Steuer.

Zur Finanzierung sei eine Priorisierung der Ausgaben unerlässlich, nicht zuletzt mit Blick auf Bürgergeld, Heizungsgesetz, Kindergrundsicherung und milliardenschwere Einzelsubventionen. Der fortlaufende Anstieg der Sozialausgaben müsse gebremst und die Lohnnebenkosten müssten wieder auf unter 40 Prozent gesenkt und dauerhaft dort gehalten werden. Dazu seien beitragsdämpfende Maßnahmen in den Sozialversicherungen notwendig. Vor allem versicherungsfremde Leistungen müssten konsequent steuerfinanziert werden.

Der öffentliche Bereich muss sich einschränken

Deutschland brauche Investitionen, weshalb konsumtive Ausgaben und Ausgaben für

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Trauer um Alois Glück

Die Menschen in Bayern betrauern den Tod des ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück. Der Verstorbene war von 1970 bis 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags und von 2003 bis 2008 Präsident des Hohen Hauses. Am 26. Februar starb er im Alter von 84 Jahren in einer Münchner Klinik.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich bestürzt über die Nachricht: „Er war ein außergewöhnlicher Politiker, der sich jahrzehntelang vor allem in der Umwelt- und Sozialpolitik als Vordenker und Pionier einen Namen gemacht hat. Eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume und zugleich der Schutz der Natur – dafür trat Alois Glück immer ein und setzte gleichzeitig auf Innovation. Durch seine geradlinige und ausgleichende Art war Glück stets ein gefragter Vermittler, wenn es darum ging, unterschiedliche Meinungen und Ansichten zu einem guten Kompromiss zusammenzuführen. Er war ein Versöhner, dem es nie um die eigene Person ging, sondern der immer mit klugen Argumenten und Weitsicht überzeugen konnte."

Ministerpräsident Dr. Markus Söder äußerte sich ebenfalls: „Alois Glück war einer der größten und bedeutendsten Politiker unseres Landes. Er war stets eine starke Stimme und moralische Instanz, die sehr fehlen wird. Als Sozialpolitiker, Umweltstaatssekretär, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und Landtagspräsident hat er die Entwicklung des Freistaats in hohen Ämtern entscheidend mitgestaltet und mitgeprägt. Die Suche nach Gemeinsamkeiten und das Vermitteln zwischen unterschiedlichen Positionen waren ihm dabei immer besonders wichtig. Als Moderator des Runden Tisches zum Volksbegehren Artenvielfalt hat sich Alois Glück auch nach seiner aktiven politischen Laufbahn in den Dienst der Sache gestellt und zur Versöhnung der Gesellschaft beigetragen."

Alois Glück gehörte dem Bayerischen Landtag 38 Jahre lang an. Zwölf Jahre lang – von 1974 bis 1986 – leitete er den Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, ehe er als Staatssekretär im selben Ressort in die Staatsregierung wechselte. Als Fraktionsvorsitzender stand er ab 1988 insgesamt 15 Jahre lang an der Spitze der Landtags-CSU. Der gelernte Landwirt und leidenschaftliche Bergwanderer engagierte sich bis zuletzt in zahlreichen Ehrenämtern. Ob als Ehrenvorsitzender der Bergwacht Bayern oder im Netzwerk Hospiz Südostbayern – für Glück war der Einsatz für die Menschen ein festes Fundament in seinem Wirken. Ab 1983 war Alois Glück zudem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) aktiv, von 2009 bis 2015 war er dessen Präsident. ❐

Transparenzgesetz für Kliniken:

Verpasste Chance

Nach monatelangem Streit um mehr Transparenz bei Klinik-Behandlungen hat sich eine Mehrheit im Vermittlungsausschuss aus Bundesregierung und SPD-Ländern über das dazu geplante Gesetz geeinigt. Der Bundesrat hatte das vom Bundestag beschlossene Transparenzgesetz im November zunächst gestoppt.

Mit Blick auf eine geplante große Krankenhausreform sollen die Kliniken einen „Transformationsfonds" bekommen, kündigte Gesundheitsminister Lauterbach an. Für den Fonds seien von 2025 an für zehn Jahre 50 Milliarden Euro geplant. Die Summe sollten sich Bund und Länder je zur Hälfte teilen.

Online-Atlas

Zudem soll ein Online-Atlas geschaffen werden, der Patienten Auskunft über bundesweit 1.700 Klinikstandorte gibt. In dem „Transparenzverzeichnis soll erkennbar sein, welches Krankenhaus welche Leistungen anbietet. Abrufbar sein sollen auch Daten zur Behandlungserfahrung, zum Personalschlüssel bei Ärzten und Pflegekräften sowie zu Komplikationsraten ausgewählter Eingriffe. Der Start des Portals ist Lauterbach zufolge weiterhin für den 1. Mai geplant.

Im Gesetz vorgesehen sind auch Regelungen zu zusätzlicher Liquidität in Milliardenhöhe für die Klinken. Es soll eine große Reform mit Neuregelungen zur Vergütung der Krankenhäuser begleiten, über die Bund und Länder seit Monaten verhandeln.

Keine Einigung im Vermittlungsausschuss

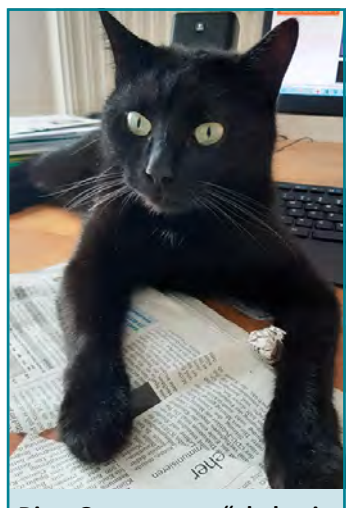
Das Krankenhaus-Transparenzgesetz ist eines von mehreren Gesetzen, mit denen Lauterbach das Krankenhaussystem grundlegend reformieren will. Kernstück der geplanten großen Reform ist ein neues Vergütungssystem, das die Kliniken von dem ökonomischen Druck befreien soll, immer mehr Patienten zu behandeln.

Unterdessen hält Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach weiterhin an ihrer Kritik am Krankenhaustransparenzgesetz der Bundesregierung fest. Nach ihren Angaben „gab es entgegen der Darstellung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach keine Einigung im Vermittlungsausschuss. Vielmehr wurde das Krankenhaustransparenzgesetz in unveränderter Fassung von der Ampel-Mehrheit gegen das Votum der Unions-Seite durchgedrückt."

Persönliche Ansichten vs. Kompromissbereitschaft

Gerlach bezeichnete es als „eine vertane Chance für Lauterbach, wichtige Weichen für die Krankenhäuser in Deutschland gemeinsam mit allen Ländern zu stellen. Um sein persönliches Anliegen ‚Transparenzverzeichnis' nach seinen Vorstellungen durchzudrücken, war der Bundesgesundheitsminister zu keinem inhaltlichen Kompromiss bereit. Ich frage mich ernsthaft, ob er überhaupt Interesse an einem Konsens mit allen Ländern im Ringen um die Zukunft der Kliniken in Deutschland hat."

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die „German vote" habe in Brüssel Unsinn nicht verhindert, aber wenigstens breite Diskussionen angestoßen, meint Pino, unser Rathauskater und klagt, wir ließen lieber Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als aufgrund unserer besserwisserischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika abzuschließen. **S. 15**

Jahresbilanz der Bayerischen Grenzpolizei:

Mehr Schleuserdelikte und illegale Migration

Die Bayerische Grenzpolizei war im vergangenen Jahr stark gefordert. Wie Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorlage der Jahresbilanz 2023 im Rahmen eines Besuchs an einem Grenzposten in Neuhaus am Inn (Landkreis Passau) betonte, sei die bayerische Grenzpolizei wichtiger denn je, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Herrmann zufolge verzeichnete die Bayerische Grenzpolizei vergangenes Jahr einen Anstieg der Schleuserdelikte und der illegalen Migration. Die Zahl der festgestellten unerlaubten Einreisen und Schleuserdelikte war so hoch wie nie seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei.

Die Grenzfahnder führten Schleierfahndungskontrollen und stationäre Grenzkontrollen durch und stellten insgesamt 4.667 unerlaubte Einreisen und Wiedereinreisen fest. Vor allem an den Landgrenzen, insbesondere an der Südgrenze zu Österreich, waren die Aufgriffszahlen auffallend hoch (2023: 3.211 Fälle, 2022: 1.592 Fälle).

Bei den Schleusungsdelikten gab es einen Anstieg von 191 Schleuserfällen in 2022 auf 413 Fälle in 2023. Besonders bei den sogenannten Großschleusungen verschärfte sich die Lage. Das habe nicht zuletzt der schreckliche Unfall mit einem Schleuserfahrzeug im Oktober 2023 mit sieben toten Migranten gezeigt, so der Innenminister. Auffällig sei die massiv gestiegene Risikobereitschaft der Schleuser, die oft mit hoher Geschwindigkeit vor Kontrollen zu flüchten versuchten und dabei das Leben der geschleusten Personen, der Beamten und unbeteiligter Verkehrsteilnehmer gefährdeten.



Innenminister Joachim Herrmann lässt derzeit die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte testen, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Bild: Matthias Balk, Bayerisches Innenministerium

Kontrollen wurden intensiviert

„Menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden", machte Herrmann deutlich. Deshalb hat die Bayerische Grenzpolizei ihre Kontrollen mit tatkräftiger Unterstützung durch die Bayerische Bereitschaftspolizei im vergangenen Jahr nochmals intensiviert. 2023 nahm die Bayerische Grenzpolizei insgesamt 360 Schleuser fest, deutlich mehr als in den Vorjahren (2022: 230, 2021: 233).

Ein Rückgang bei illegaler Migration zeichne sich nicht ab, erklärte Herrmann: „Wir brauchen auch weiterhin verstärkte Grenzkontrollen, weil zu erwarten ist, dass die Migrationsströme im Frühjahr wieder anwachsen." Neben dem mangelhaften EU-Außengrenzschutz bezeich-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Kommunalforum Alpenraum 2
HSS: Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume . . .2
Steuerzahlerpreis für Österreichs Finanzminister Brunner . . .2
GZ-Kolumne Franz Löffler:
Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis 3
Bezirkshaushalte: Stabilität und Kontinuität im Blick 3
Kriegsauswirkungen auf Bayern 4
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 9
Kommunale Verkehrsthemen . . . . . 10 - 11
Kommunaltechnik • GaLaBau • Grüne Kommune . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Landkreismanager sollen Ländlichen Raum aufwerten:

Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. präsentiert Ergebnisse einer Studie

Günzburg./München. Bei der Vorstellung der Studie zur Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung hat Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller die Potenziale des Ländlichen Raumes und daraus resultierende Handlungsempfehlungen abgeleitet. Als zentrales Ergebnis soll ein Landkreismanager den Transformationsprozess vor Ort koordinieren und die Interessengruppen Politik, Unternehmen und private Haushalte zusammenführen, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die Infrastruktur auf dem Land ist schwächer ausgeprägt als in den Städten. Dies und weitere Faktoren führen zu einem Attraktivitätsverlust, der z. B. zur Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen führt. Dabei verfügt der ländliche Raum über besondere Ressourcen und Wettbewerbsvorteile wie die Verfügbarkeit von Fläche oder bessere Lebens- und Wohnqualität. Diese Standortvorteile müssen mehr in den Fokus gerückt werden, mit dem Ziel einer Transformation hin zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume. Hiervon würde sowohl der Mittelstand enorm profitieren als auch die Mehrheit von 57 Prozent der deutschen Bevölkerung, die im Ländlichen Raum sesshaft ist. Im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, wo die Studie in Günzburg vorgestellt wurde, trifft dies sogar auf 62,7 Prozent zu.

Landrat Dr. Hans Reichhart: „Unser Landkreis ist stark ländlich geprägt, das birgt auch große Chancen für die Bevölkerung. Durch die Studie der Hanns-Seidel-Stiftung können wir Entwicklungspotenziale klarer identifizieren und entwickeln. Das wird unseren Landkreis und damit auch die Menschen, die hier leben, spürbar voranbringen."

Schlüsselrolle für den Mittelstand

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, der Europaabgeordnete Markus Ferber erklärt: „Der Mittelstand kann zum Wachstum einer ganzen Region seinen Beitrag leisten. Ihm kommt eine Schlüsselrolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu und wird so zum Wachstumsmotor. Der Erhalt und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten vom Landwirt über Bäcker und Metzger zum Handwerk im gewerblichen Bereich und weiter bis zum Mittelständler mit mehreren hundert Arbeitsplätzen stellt enormes Wachstumspotenzial dar und bietet auch den Menschen vor Ort einen Mehrwert im Lebensraum. Daran müssen wir arbeiten, um den ländlichen Raum weiter zu beleben!"

Bezugsgruppenorientiertes Managementkonzept

Strategisch angelegt zeigt die Studie mit Hilfe eines bezugsgruppenorientierten Managementkonzepts Ansätze und Handlungsempfehlungen für Landkreise auf, welche zur Wertsteigerung und zur wirtschaftlichen Transformation des Ländlichen Raums führen können. „Politik, Unternehmen und Bürger müssen sich ihrer vorhandenen Standortfaktoren bewusst werden und diese durch koordiniertes Zusammenwirken besser sichtbar machen", so Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller von der Managementberatung und -Training in Dillingen an der Donau, der die Umsetzung „in vermehrten Landkreis-Kooperationen, dem Ausbau der Digitalisierung zur Schaffung von modernen Arbeitsplätzen, mehr Nahverkehr, aber auch durch Coworking Spaces oder durch den Abbau regulatorischer Hemmnisse durch Vorschriften" sieht. „Bei einem Landkreismanager wäre die Bündelung dieser Aufgaben gut angesiedelt", stellt Prof. Mattmüller in seiner Studie fest. Vor der Einleitung von Transformationsmaßnahmen müssten die betroffenen Gebiete typologisch richtig eingeordnet werden, wofür die nun veröffentlichte Studie den Rahmen bietet.

www.hss.de

Die gesamte Studie „Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume unter Berücksichtigung von standort- und bezugsgruppenorientierten Faktoren" kann über das Webangebot der Hanns-Seidel-Stiftung unter www.hss.de heruntergeladen werden. ❐

Kommunalforum Alpenraum 2024

Wie die Gemeinden die Künstliche Intelligenz nützen können

Künstliche Intelligenz ist in aller Munde und Experten sind sich einig: KI wird auch die Arbeit der Gemeinden maßgeblich beeinflussen. Doch während zwei Drittel der Gemeinden in Deutschland eine große Chance im täglichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz sehen, wird diese tatsächlich erst in acht Prozent aller Kommunen auch eingesetzt. Wohin geht die Reise der KI im kommunalen Bereich? Was brauchen Gemeinden, um KI-fit zu werden? Diese brandaktuelle Zukunftsfrage steht im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum 2024 am 13. März 2024. Schauplatz ist das Lindner-Innovationszentrum in Kundl/Tirol, Beginn ist um 17:00 Uhr.

In seinem Impulsvortrag wird Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, einen Überblick über aktuelle KI-Anwendungen geben und Chancen für die Kommunen aufzeigen. David Lindner und Josef Astner vom Traktorenwerk Lindner vermitteln in ihrem Kurzvortrag, wie Prognosetools die Einsatzplanung im Winterdienst optimieren können.

Die Spitzen der Gemeindeverbände diskutieren in der abschließenden Talkrunde, ob und wie Künstliche Intelligenz die Tätigkeiten der Kommunen revolutionieren wird, aber auch wo die Grenzen liegen – vom Verkehrsbereich über die Bildung bis zur Gesundheit. Den Bayerischen Gemeindetag vertritt Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Ziel ist es, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land und die Standortagentur Tirol. Die Bayerische GemeindeZeitung ist Medienpartner des Kommunalforums. Anmeldung unter www.kommunalforum-alpenraum.eu. ❐

Ostbayerisches Handwerk in rasanter Abwärtsspirale

Konjunktur-Pressekonferenz der HWK: „Politik fährt Wirtschaft gegen die Wand"
Hilfsprogramm für den Bausektor gefordert

Im ostbayerischen Handwerk brodelt es: Die konjunkturelle Lage ist so schlecht wie lange nicht mehr – und auch die Stimmung bei den Betriebsinhabern rauscht in den Keller. „Wenn die Politik so weitermacht, fährt sie die Wirtschaft gegen die Wand", prognostizierte HWK-Präsident Dr. Georg Haber auf der Konjunktur-Pressekonferenz der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz in Regensburg. Der Unmut unter den Handwerkern sei groß: „Bei Steuern, Abgaben und Bürokratie sind wir Weltmeister, davon können wir uns aber nichts kaufen."

HWK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Kilger stellte die Zahlen vor und nannte den Ausblick auf das kommende Jahr „besorgniserregend". Der Geschäftsklima-Index sinkt laut Konjunkturbericht der HWK zum vierten Quartal 2023 auf einen Wert von minus zehn (Vor- und Vorjahresquartal: minus eins) und erreicht damit einen Tiefstand seit der Finanzkrise 2008/2009. Vor allem im Bausektor sei die Lage teilweise dramatisch. Wegen fehlender Neuaufträge werde es dort für die Betriebe immer schwieriger, ihre Fachkräfte zu halten. „Ein Beschäftigungsabbau droht – damit sind auch die Ziele der Politik in Sachen Wohnungsbau und klimagerechter Umbau in Gefahr", sagte Kilger. „Für viele Betriebe wird ihre Arbeit zunehmend unwirtschaftlich. Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist in Gefahr."

Der äußerst pessimistische Ausblick spiegele sich in den konkreten Prognosen der Handwerksunternehmer wider. Fast jeder zweite Betrieb plane mit sinkenden Auftragseingängen (43 %) sowie mit sinkenden Umsätzen (45 %). Im Bauhauptgewerbe seien die Zahlen noch schlechter: „Dort rechnen 56 % der Betriebe mit einem Abschwung bei den Auftragseingängen und 59 % mit weiteren Rückgängen beim Umsatz". Die Eintrübung der Geschäftslage schreite in den Betrieben rasant voran: „Bewertete im Jahr 2019 nur jeder 20. Betrieb seine Geschäftslage als schlecht, ist es aktuell jeder vierte."

Auftragslage verschlechtert sich spürbar

Die gedrückte Stimmungslage gehe mit schlechten Konjunkturdaten einher. Inzwischen verbuche jeder zweite Betrieb (47 %) abnehmende Auftragseingänge. Jeder dritte Betrieb (31 %) kämpfe mit einem unterdurchschnittlichen Auftragsbestand. Dabei sei die unterdurchschnittliche Nachfrage besonders im Bauhauptgewerbe (47 % der Betriebe) spürbar. Auch hinsichtlich der Umsätze konnte Kilger wenig Positives vermelden: „Die Umsatzdynamik war bereits im Vorquartal schwach und hat sich nun nochmals verschlechtert." Jeder dritte Betrieb (33 %) melde rückläufige Umsatzzahlen, lediglich 16 % der Betriebsinhaber berichteten von Zuwächsen. Eine schwächere Umsatzdynamik zeige sich erneut vor allem im Bauhauptgewerbe. Jeder zweite Betrieb (genau 50 %) melde dort weniger Umsatz als noch im dritten Quartal. Auch in den Handwerken für den privaten Bedarf wachse die Zahl der Betriebe, die Umsatzrückgänge verzeichnen (38 %).

Die meisten Betriebe (68 %) erhöhten ihre Preise nicht. „Und das trotz steigendem Preisniveau auch für unsere Handwerksbetriebe", merkte Kilger an. Die Folge: „Die aktuelle Verunsicherung führt dazu, dass Handwerksunternehmer Zukunftsinvestitionen zurückstellen, die eigentlich gerade jetzt so dringend nötig wären." Ein Punkt, der auch HWK-Präsident Dr. Georg Haber umtreibt: „Wir Handwerker leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes, müssen im Gegenzug jedoch enorme Lasten stemmen." Haber führte unter anderem die überbordende Bürokratie sowie die hohen Energiepreise und Steuerbelastungen als Konjunkturbremsen ins Feld. Mit der Ampelkoalition im Bund ging er hart ins Gericht: „Streit ist zum Markenzeichen dieser Bundesregierung geworden – jeder kämpft gegen jeden", so Haber. „Dabei sollte sie endlich ins Machen kommen und unternehmerisches Engagement fördern, statt es ständig zu torpedieren."

Bau-Konjunkturprogramm

Konkret forderte der HWK-Präsident ein schnelles Konjunkturprogramm für den Bau: „Die Bauwirtschaft hat in der Vergangenheit, auch während Corona, das Land und die Wirtschaft immer mit am Laufen gehalten, gerade auch in Ostbayern. Jetzt besteht die Gefahr, dass ein ganzer Wirtschaftszweig abstürzt." Haber nahm auch die bayerische Landesregierung in die Pflicht: „Vor der Wahl hat Ministerpräsident Markus Söder ein Baukonjunkturprogramm von ‚500 Millionen plus X' angekündigt – bis heute wissen wir nicht, was genau es damit auf sich hat." Grundsätzlich, so Haber, seien die Zukunftsaussichten für die ostbayerischen Handwerkerinnen und Handwerker angesichts der vielen Transformationsaufgaben – von Mobilitätswende über Wärmewende bis hin zum Wohnungsbau – „mehr als gut": „Deshalb muss die Politik jetzt schnell spürbare Wachstumsimpulse setzen, damit wir dieses Konjunktur-Tal bald durchschritten haben." ❐



V.l.: Bayerns Europaminister Eric Beißwenger, MdL, Österreichs Finanzminister Dr. Magnus Brunner, Rolf Baron von Hohenhau, BdSt-Präsident und TAE-Ehrenpräsident sowie Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund (TAE). Bild: BdSt

Echtes Vorbild für andere Länder

Dr. Magnus Brunner, Finanzminister von Österreich, erhielt den Steuerzahlerpreis der Taxpayers Association of Europe (TAE). Die Ehrung wurde bereits zum 18. Mal vergeben.

Damit würdigte TAE-Präsident Michael Jäger Brunners unermüdliches Engagement im Interesse der Steuerzahler seines Landes. Die Steuerreform in Österreich entlaste sowohl Private als auch Unternehmen und sei ein echtes Vorbild für andere Länder in Europa.

Durch geschickte Reformen und Entlastungen würden in Österreich Anreize für Investitionen sowie für mehr Leistung geschaffen, so Jäger. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, lohne es sich in Österreich, Leistung zu bringen. Österreich setze auf Entlastungen statt höherer Steuern und schaffe dadurch bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen. So bleibe Menschen und Unternehmen mehr Geld in ihren Taschen.

In seiner Laudatio würdigte Bayerns Europaminister MdL Eric Beißwenger das Herzstück von Brunners Entlastungspolitik, die Abschaffung der ‚Kalten Progression'. In Österreich war vorher über Jahrzehnte darüber diskutiert worden. Diese ‚schleichende Steuererhöhung' wurde mit 1. Januar 2023 unter Brunner gänzlich abgeschafft. Bis 2026 sparen sich die Österreicherinnen und Österreicher dadurch in Summe geschätzt mehr als 20 Milliarden Euro, wusste der Finanzminister unseres Nachbarlandes zu berichten.

Gleichzeitig wurden auch Maßnahmen gesetzt, die den Wirtschaftsstandort stärken, wie die Senkung der Körperschaftssteuer oder die Einführung der Forschungsprämie. Diese im Jahr 2022 von der österreichischen Bundesregierung eingeführte Prämie führt bereits zu ersten Erfolgen: Im vergangenen Jahr haben 2.625 Unternehmen für 9.328 Projekte den Erhalt der Forschungsprämie beantragt. Insgesamt beträgt im Jahr 2023 das beantragte Fördervolumen 1,2 Milliarden Euro, davon rund 80 Prozent von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese Förderung schafft somit insbesondere für KMU die Möglichkeit, mehr in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren. „Damit zeigt Österreich den Weg auf, wie man in der EU den Standort nachhaltig sichern kann, ohne nur einzelne wenige Unternehmen zu begünstigen. Österreich tätigt staatliche Ausgaben für Investitionen statt zu konsumtiven Zwecken. Staatsausgaben, die sich letztendlich durch den Erfolg der Unternehmen wieder zu großen Teilen selbst finanzieren werden", so Rolf Baron von Hohenhau, TAE-Ehrenpräsident und Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Duscher
86480 Gemeinde Aletshausen
am 11.03.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Daniel Horndasch
90584 Markt Allersberg
am 05.03.

Bürgermeister Harald Wich
95515 Gemeinde Plankenfels
am 09.03.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Debatte um Gerichtsstandort

Gemeindetagspräsident Brandl fordert Einlösung eines Versprechens zu Gunsten des ländlichen Raums

Ein Verwaltungsgericht im ländlichen Raum. Das war die richtige Idee der Bayerischen Staatsregierung, im Rahmen ihrer Behördenverlagerungsoffensive. Freyung, Grafenau und Deggendorf schienen in der letzten Runde der Standortauswahl gesetzt. Allesamt kreisangehörige Städte. Nun die Kehrtwende: Offen debattieren die Parteien der Bayerischen Staatsregierung nun über die kreisfreie Stadt Passau als möglichen Standort für das neue Verwaltungsgericht Niederbayern. Zum Nachteil des ländlichen Raums.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum damit erneut eine Chance für den ländlichen Raum vergeben wird", so der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl. „Ständige Lippenbekenntnisse für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land bringen den ländlichen Raum nicht weiter. Es ist an der Zeit, ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass der Verfassungsgrundsatz auch mit Leben erfüllt wird. Gerade auch in Niederbayern gibt es infrastrukturell gut angebundene kreisangehörige Städte, Märkte und Gemeinden, die geeignet wären, Sitz des Verwaltungsgerichts Niederbayern zu werden."

„Der Bayerische Gemeindetag fordert die Staatsregierung auf, ihren eigenen Grundsätzen Rechnung zu tragen und geeignete kreisangehörige Gemeinden als Standort für das Verwaltungsgericht Niederbayern in Betracht zu ziehen. Dies wäre ein klares Signal, dass der Verfassungsgrundsatz für gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse in Stadt und Land ernst genommen wird. Und es wäre ein positives Zeichen für ganz Niederbayern", so Dr. Uwe Brandl in einer Presseerklärung. ❐

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Stabilität und Kontinuität im Blick

Die Haushaltslage in vielen bayerischen Bezirken ist angespannt. „Wir sehen deutlich, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bei allen kommunalen Ebenen immer weiter aufgeht. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung so gebremst weitergeht, wird sich die Lage in den kommenden Jahren angesichts der stetig steigenden Kosten im Sozialbereich noch weiter verschärfen", prognostizierte der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler.

„Da über 90 Prozent unserer Ausgaben auf gesetzliche Pflichtaufgaben zurückgehen, gibt es nur wenig Einsparpotenzial. Ohne einen grundlegenden Umschwung werden sich unsere Umlagezahler in den kommenden Jahren auf steigende Umlagesätze einstellen müssen", unterstrich Löffler. Dies treffe aber am Ende alle Haushalte der kommunalen Ebenen, da das Geld an anderer Stelle fehle.

Zu Beginn des Jahres setzten die Bezirke in ihren Haushaltsbeschlüssen einmal mehr den Finanzbedarf fest, der aus der Bezirksumlage gedeckt werden muss. Im vergangenen Jahr waren dies nach Angaben des Bezirketags rund 4,7 Mrd. Euro, was 75 Prozent der bezirklichen Gesamteinnahmen entsprach.

Stabilität in Oberfranken

In Oberfranken steigt laut Mitteilung die Bezirksumlage auf 19 Hebesatzpunkte. Der Bezirkstag weist für dieses Jahr ein Volumen von insgesamt 538 Mio. Euro auf und liegt damit erstmals über einer halben Milliarde Euro. 94 Prozent des Verwaltungshaushalts entfallen auf den Sozialetat und damit überwiegend auf Hilfen für pflegebedürftige und behinderte Menschen.

„Der Haushalt des Bezirks war in den vergangenen Jahren geprägt von Stabilität und Kontinuität – diesen Pfad verlassen wir auch 2024 nicht", versicherte Bezirkstagspräsident Henry Schramm in seiner Haushaltsrede. Das Zahlenwerk erlaube es dem Bezirk Oberfranken, seinen Aufgaben sachgerecht und vollumfänglich nachzukommen, die Umlagezahler aber nicht über Gebühr zu belasten. In den vergangenen acht Jahren hatte der Bezirk Oberfranken konstant einen Hebesatz von 17,5 Punkten und damit den niedrigsten Wert in ganz Bayern. „Wir haben bewusst auf das Ansparen einer großen Rücklage verzichtet, um möglichst viel Geld bei den Umlagezahlern zu belassen", führte Schramm aus.

Nun sei eine Erhöhung der Einnahmen durch einen höheren Hebesatz unumgänglich. Grund für die Ausgabensteigerungen beim Bezirk sind die gestiegenen Kosten im sozialen Bereich. Mit einem Anstieg der zu erbringenden Leistungen ist der Bezirk bereits seit Längerem konfrontiert. Bereits im Jahr 2023 stiegen die Ausgaben im Einzelplan 4 um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das Haushaltsjahr 2023 schloss der Bezirk mit einem Fehlbetrag von 8,9 Mio. Euro ab, der allerdings noch vollständig aus den Mitteln der Rücklage gedeckt werden kann. Für das aktuelle Haushaltsjahr verschärft sich dieser Trend nun: „Für das laufende Jahr 2024 rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben um 46,7 Mio. Euro", erklärte Schramm.

Rekordhaushalte in der Oberpfalz ...

2024 ist das Jahr des Rekordhaushalts für den Bezirk Oberpfalz. Der Gesamtetat, einschließlich des Anteils der medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (medbo), beträgt 837,6 Mio. Euro. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 569 Mio. Euro – im vergangenen Jahr standen noch 537 Mio. Euro in den Büchern. Von den 569 Mio. Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt 556,1 Mio. Euro. Der größte Posten auf Ausgabenseite bleibt der Sozialetat mit 527 Mio. Euro für 2024, im Vergleich zu 493 Mio. Euro im Vorjahr. Davon entfallen 337 Mio. Euro auf die Eingliederungshilfe. Dies bedeutet eine Steigerung um 10,6 Prozent. Der Vermögenshaushalt schlägt mit 13,4 Mio. Euro zu Buche.

Für Bezirkstagspräsident Franz Löffler steht fest: „Der Bezirk nimmt seine Aufgaben für eine sozial gerechte Gesellschaft ernst und übernimmt auch wirtschaftliche Verantwortung." Das bedeutet konkret: Die Mehrausgaben von 35 Mio. Euro können nicht komplett über die Umlage finanziert werden. Daher wird der Bezirk zum ersten Mal seit über 20 Jahren wieder einen Kredit in Höhe von 3 Mio. Euro aufnehmen sowie 9,7 Mio. Euro aus den Rücklagen dem Haushalt zuführen. Die Erhöhung der Umlage um 0,5 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent bedeutet dabei aber immer noch den zweitniedrigsten Hebesatz innerhalb der sieben bayerischen Bezirke.

... und in Oberbayern

Mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Mrd. Euro hat auch der Haushalt des Bezirks Oberbayern für 2024 eine neue Rekordmarke erreicht. Die Summe umfasst den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Rund 95 Prozent fließen in die sozialen Leistungen des Bezirks. Die Bezirksumlage bleibt das dritte Jahr in Folge stabil bei 22 Prozentpunkten.

Laut Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger ist dies nur mit „gewaltigen Kraftanstrengungen" gelungen. Für die Stabilität zahle der Bezirk einen hohen Preis. „Wir entnehmen 84,5 Mio. Euro aus unserer Rücklage. Damit entlasten wir die kommunale Familie und zeigen, dass wir verlässliche Partner sind."

Dem Hebesatz liegt ein ungedeckter Bedarf von 2,2 Mrd. Euro zugrunde (plus 71 Mio. Euro). 375 Mio. Euro fließen dem Verwaltungshaushalt durch Einnahmen sowie durch die Entnahme aus der Rücklage zu. Daraus ergibt sich ein Volumen von 2,5 Mrd. Euro im Verwaltungshaushalt. Basis für den Hebesatz 2024 ist die Umlagekraft von 2022. Diese war trotz schwieriger Rahmenbedingungen wegen der Coronapandemie leicht um 3,4 Prozent gestiegen.

Für 2024 rechnet die Kämmerei im Sozialhaushalt wegen der hohen allgemeinen Preissteigerungen mit Nettoausgaben in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro – ein Plus von 171 Mio. Euro; bei den Nettoausgaben sind die Einnahmen gegengerechnet. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 336,5 Mio. Euro – mit 33,6 Mio. Euro ebenfalls ein deutlicher Anstieg gegenüber 2023. Seit 2022 sind die Kosten für die Hilfe zur Pflege damit in Oberbayern um rund 75 Mio. Euro angewachsen. Allein für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gibt der Bezirk 2024 rund 1,4 Mrd. Euro aus (plus 109 Mio. Euro).

Mittelfranken bleibt stabil

Mit 23,5 Prozent bleibt auch in Mittelfranken der Hebesatz für die Umlage stabil – und das bereits im sechsten Jahr. Das Gesamtvolumen des Haushalts liegt bei knapp über 1,1 Mrd. Euro. Der größte Anteil der geplanten Ausgaben ist für die Soziale Sicherung veranschlagt. „Wir sind verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Der Bezirk Mittelfranken ist als Träger der überörtlichen Sozialhilfe für diese Menschen ein zuverlässiger Partner", kommentierte Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster die Verabschiedung des Milliardenetats.

Mit über 80 Prozent oder rund 951 Mio. Euro dominieren die Ausgaben im sozialen Bereich den Verwaltungshaushalt. Diese Summe fließt zum größten Teil in die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (617 Mio. Euro) und in die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege (134 Mio. Euro). Um den Ausbau von ambulanten Versorgungs- und Beratungsangeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu unterstützen, sind knapp 30 Mio. Euro veranschlagt. Gerade wegen der massiven Zunahme von psychischen Störungen und Suchterkrankungen sieht sich der mittelfränkische Bezirkstag in der sozialen Verantwortung, diese psychosozialen ambulanten Hilfsangebote auszubauen. Um Menschen mit eingeschränkten Kommunikationsfähigkeiten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist geplant, ein Kompetenzzentrum „Unterstützte Kommunikation" einzurichten. Als Anschubfinanzierung sind dafür 125.000 Euro vorgesehen.

Keine Veränderungen in Niederbayern

Keine Veränderungen beim Umlage-Hebesatz gibt es auch im Bezirk Niederbayern. Nach den Worten von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bleibt der Hebesatz für die Umlagezahler stabil bei 20 Prozent. „Unsere Umlagezahler können trotz aller Herausforderungen auch künftig darauf vertrauen, dass wir eine solide Finanzpolitik verfolgen, Entscheidungen mit Augenmaß treffen, sparsamen wirtschaften und klug priorisieren", betonte Heinrich und ergänzte: „Gerade auch den uns anvertrauten sozial Schwachen, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung, aber auch Leistungserbringern und Diensten sei gesagt: Wir stehen zu unserer Verantwortung."

Für das Jahr 2024 beträgt das Volumen des Verwaltungshaushalts 579,4 Mio. Euro und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um etwa 27,4 Mio. Euro (5,0 Prozent). Der Umlagebedarf erhöht sich somit von 361,1 Mio. Euro um 29,8 Mio. Euro auf insgesamt 391 Mio. Euro. In besonderem Maße steigen die Ausgaben im Bereich „Soziale Sicherung". Hier erwartet der Bezirk aufgrund gestiegener Personalkosten und immer umfassenderer Aufgaben eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um rund 39,3 Mio. Euro.

Der Vermögenshaushalt sieht Ausgaben von insgesamt 17,5 Mio. Euro vor, von denen rund 5,8 Mio. Euro auf Baumaßnahmen und 4,2 Mio. Euro auf Investitionszuweisungen entfallen. Rund 1,6 Mio. Euro müssen für den Erwerb von beweglichen Sachen und immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgebracht werden. Für die Kredittilgung sind rund 1,1 Mio. Euro veranschlagt. An den Verwaltungshaushalt ist eine Zuführung von etwa 4,8 Mio. Euro vorgesehen. Zur Finanzierung der Ausgaben ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 17 Mio. Euro geplant. Insgesamt hat der Gesamthaushalt für den Bezirk Niederbayern ein Volumen von 870,1 Mio. Euro.

Mit einem Gesamtvolumen von gut einer Milliarde Euro erreicht das Zahlenwerk im Bezirk Unterfranken in diesem Jahr eine neue Rekordmarke.

Unterfranken senkt Hebesatz

Trotz des großen Haushalts-Volumens hat der Bezirkstag einstimmig beschlossen, den Hebesatz um 1,7 Prozent auf 18,3 Prozent zu senken. Damit habe man den niedrigsten Hebesatz in ganz Bayern, stellte Bezirkstagspräsident Stefan Funk fest. Sorgen bereitet den Bezirksräten vor allem die Finanzsituation der Krankenhäuser und Heime, die in den Erfolgsplänen einen Jahresfehlbetrag von insgesamt rund 5,9 Mio. Euro erwarten.

Mit Blick auf die Senkung des Hebesatzes sagte Funk, dass diese den Umlagezahlern direkt zugutekäme, aber auch notwendig war, weil das vergangene Jahr mit einem besseren Ergebnis als geplant abschloss. „Wir werden die Rücklage auf die gesetzliche Mindestrücklage absenken, dadurch ist uns die einmalige Senkung des Hebesatzes möglich", erläuterte der Präsident.

Als Meilenstein bezeichnete Funk den Umzug eines Teils der Verwaltung in das neue Verwaltungsgebäude am Hubland. Überhaupt sei im kommenden Jahr eine der großen Herausforderungen die Personalgewinnung. Man wolle deshalb unter anderem eine Mini-Kita im Bezirksverwaltungsgebäude einrichten, um für Arbeitnehmer noch familienfreundlicher zu werden.

Der Kameralhaushalt wird für

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ KOLUMNE Franz Löffler

Liebe Leserinnen und Leser,



Laientheater in der Oberpfalz ist künstlerisches und soziales Ereignis von Menschen für Menschen. So habe ich das über viele Jahrzehnte in meiner Heimatstadt Waldmünchen selbst erlebt und erfahren. Dort zieht jedes Jahr im Juli und August auf der Freilichtbühne das historische Festspiel um den Pandurenoberst Franz Freiherr von der Trenck die Zuschauer in Bann. Wird er mit seinen Panduren auch die Stadt Waldmünchen plündern und niederbrennen, wie vorher schon in Cham geschehen? Oder wird die von ihm als Kriegsbeute entführte Kathi Schwab ihn durch ihre Liebe davon abhalten können? Das dramatische Schauspiel um Macht, Gewissen und starke Gefühle in der Zeit des österreichischen Erbfolgekriegs 1742

Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis

wird von über 400 ehrenamtlich Aktiven zum Leben erweckt: Als Darsteller auf der Bühne, als Schwarze Panduren, beim Fanfarenzug, im Pandurenlager, aber auch im Kartenvorverkauf, bei der technischen Betreuung der Bühne oder das Jahr über in der Versorgung der Pferde. Die Ausstrahlung des Festspiels reicht weit über Waldmünchen hinaus, rund 1/3 der Online-Tickets werden außerhalb des Landkreises Cham verkauft.

Festspiele sind sozialer Kitt für eine starke Gemeinschaft

Es gibt Menschen, die eigens ihren Urlaub so planen, dass sie bei „ihrem" Trenck mitmachen können. Als Gründungsmitglied der Schwarzen Panduren, ehemaliger Vorstand und seit 2010 als Präsident freue ich mich stets aufs Neue auf unser „Trenck-Kranzel" zum Abschluss der Festspielsaison. Hier zeigen sich die persönliche Bindung und der soziale Zusammenhalt, wenn Mitstreiter für ihren Einsatz über Jahrzehnte ausgezeichnet werden. Auch in Zeiten von Social Media lassen sich junge Menschen für Trenck begeistern, so dass unser Vereinsvorstand Martin Frank sich um den Nachwuchs keine Sorgen zu machen braucht. Das Festspiel ist auch Standortfaktor: So hat ein mittelständischer Firmenchef aus dem Raum Regensburg und früherer Schirmherr seine Investitionsentscheidung für die Stadt Waldmünchen getroffen.

Festspiel- und Laientheaterförderung als Heimatpflege und zur Persönlichkeitsbildung

Die Stärkung des Heimatbewusstseins sowie die Bildung und Unterstützung in der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sind Schwerpunkthemen der Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Oberpfalz. Deshalb fördert der Bezirk Oberpfalz seit über fünf Jahrzehnten Oberpfälzer Festspiele, aktuell mit insgesamt ca. 40.000 Euro pro Jahr. Finanziell unterstützt werden neben dem „Trenck" auch der Pfingstritt in Bad Kötzting oder die Drachenstich-Festspiele in Furth im Wald. Zum Zug kommen aber auch die kleineren Festspiele wie die Burgspiele Parsberg oder der Festspielverein Wenzenbach für das Festspiel „Der letzte Ritter".

Neben den Zuschüssen zu rund 50 Festspielen unterstützt der Bezirk Oberpfalz seit den 1980er Jahren die Laientheaterszene in der Oberpfalz zugleich fachlich. Seit fünf Jahren bietet Laienspielberaterin Evi Eiberger mit Unterstützung von Fachreferenten Seminare an zu Regie, Sprechtechnik, Bühnengestaltung und vielem mehr. Schon als Kind hat sie bei den Waldfestspielen in Bad Kötzting Theaterluft eingesaugt, ihre Arbeit als Assistentin und Regisseurin am Stadttheater Regensburg hat sie zur leidenschaftlich engagierten Theaterschaffenden gemacht. Das von ihr seit zwei Jahren angebotene Programm „Laimiaus" hat zum Ziel, aus dem, was da ist, das Bestmögliche zu machen. Eibergers Blick von außen und das gemeinsame Spiel schaffen Raum für neue Herangehensweisen. Ihre Arbeit kommt an: „Wir haben durch dich gelernt über unseren Tellerrand hinauszusehen und auch mal mutig zu inszenieren", sagt etwa Karin Michl, Regisseurin des Festspiels „Der Hussenkrieg" in Neunburg vorm Wald.

Ich bin davon überzeugt: Die Darstellung einer anderen Person kann das Einfühlungsvermögen für andere Menschen und das Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft stärken. Diese sozialen Kompetenzen sind ein gutes Rüstzeug für ein gelingendes Leben.

Ihr Franz Löffler

Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und Landrat des Landkreises Cham

Erfurter Gleichstellungsbeauftragte fristlos entlassen:

Novum in Deutschland

Weil sie mutmaßliche sexuelle Übergriffe am Theater Erfurt öffentlich machte, wurde Erfurts Gleichstellungsbeauftragte Mary-Ellen Witzmann Ende des vergangenen Jahres fristlos von der Stadt entlassen. Dagegen klagt Witzmann nun vor dem Verwaltungsgericht. Die Übergriffe werden weiter überprüft. Ein einmaliger Fall in der Geschichte kommunaler Gleichstellungsbeauftragter.

In mehreren Fällen hatte Witzmann Beschäftigte des städtischen Theaters begleitet, die Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geworden waren. Nun geht es darum, zu klären, ob das Handeln der Gleichstellungsbeauftragten gemäß des Thüringer Gleichstellungsgesetzes rechtmäßig war. Die Klage ist von großer Bedeutung für die Arbeit aller Gleichstellungsbeauftragten, da sie sich auf den Umgang mit sexueller Belästigung in städtischen Institutionen bezieht.

Witzmanns Anwalt beteuert, seine Mandantin habe nur den Opfern helfen und ihren Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragter nachkommen wollen. Zu denen gehöre auch Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt als Beklagte spricht von eigenmächtigem Verhalten, „grober Pflichtverletzung" und einem irreparablen „Vertrauensverlust".

Im Erfurter Stadtrat hatte das Vorgehen von Oberbürgermeister Andreas Bausewein rund um die Entlassung für Entrüstung gesorgt. Vier Fraktionen warfen ihm vor, ein „verheerendes Signal" an Betroffene von sexualisierter Gewalt zu senden und die Aufklärung von Vorwürfen zu erschweren. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) äußerte ihr Befremden über den Vorgang. Sie sieht in dem Vorgehen der Stadt Erfurt gegen die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte ein fatales Zeichen für Betroffene von sexueller Belästigung. Außerdem sei es ein höchst beunruhigender Präzedenzfall im Umgang mit einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, ist sie doch eine zentrale Stimme für die Vertretung der Interessen von Betroffenen von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Über die Rechtmäßigkeit der Kündigung muss nun das Arbeitsgericht entscheiden. Witzmann hatte das Amt der Gleichstellungsbeauftragten erst im Sommer 2023 angetreten. **DK**

Für wirtschaftliche ...

(Fortsetzung von Seite 1)
stetig wachsendes Personal im öffentlichen Bereich dafür reduziert werden müssten. Eine moderne Infrastruktur von der Schiene über das Stromnetz bis zum schnellen Internet sei die Basis einer erfolgreichen Wirtschaft. Auch müsse die Ampel aufhören, „unsere Leitindustrien wie die Automobilindustrie zu bekämpfen. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die von der Ampel initiierte Regulierung der Chemieindustrie muss gestoppt werden. Der Irrweg des Staatsdirigismus - wie im Heizungsgesetz - muss beendet werden“, so die CSU-Fraktion.

Agenda für die Fleißigen

„Eine Agenda für die Fleißigen aufsetzen, unsere Arbeitskräfte bestmöglich ausbilden, unterstützen und als Garanten für unseren Wohlstand entlasten“, lautet Forderung Nummer 2. Beim Bürgergeld müsse das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder Leitprinzip werden. „Im Moment subventionieren wir mit dem Bürgergeld die Arbeitslosigkeit. Das darf so nicht bleiben. Wir brauchen eine Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung. Wir verlangen vom Bund endlich eine bessere Ausstattung der Jobcenter mit ausreichenden Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets, um diese nachhaltig in die Lage zu versetzen, die Betreuungsintensität zu erhöhen und die Leistungsberechtigten tatsächlich stärker zu fördern und zu fordern.“ Auch müsse sich Mehrarbeit lohnen. Dafür würden attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr Erwerbsanreize und insgesamt höhere Arbeitsvolumen benötigt. Die Pendlerpauschale sei zu erhöhen und zu dynamisieren. Überdies müsse die tägliche Höchstarbeitszeit im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden.

Wirksames Maßnahmenpaket

Eine Politik für bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung steht ebenso auf der CSU-Agenda. Gefordert wird ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten umsetzt und die energieintensiven Branchen nachhaltig entlastet. Energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bräuchten dringend einen effizienten Brückenstrompreis. Vonnöten sei überdies eine belastbare Kraftwerkstrategie. Bloße Ankündigungen schafften noch keinen Investitionsrahmen. Die Bundesländer müssten bei der Planung der Standorte frühzeitig einbezogen und die Energiebedarfe belastbar ermittelt werden. Auch müsse die Ampel endlich alle erneuerbaren Energien gleichermaßen in den Blick nehmen und die Benachteiligung von Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie beenden.

Entrümpelungsgesetz gegen unnötige Gesetze

Stichwort Bürokratieabbau: Nach bayerischem Vorbild muss die Ampel laut CSU-Fraktion mit einem echten Entrümpelungsgesetz unnötige Gesetze, Vorgaben, Statistik- und Dokumentationspflichten abschaffen. Das Bürokratieentlastunggesetz IV greife hier viel zu kurz. Der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung sei schnell und vollständig umzusetzen. Insbesondere die aktuelle Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes müsse genutzt werden, um schnell wichtige erste Schritte einzuleiten.

Neben dem Fachkräftemangel sei die Unternehmensnachfolge eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung. Die Übergabe von mittelständischen Unternehmen müsse erleichtert werden. „Insbesondere steuerliche Belastungen und regulatorische Vorgaben rund um die Finanzierung der Unternehmensnachfolge erschweren häufig eine Übergabe. Das wollen wir praxisgerecht so gestalten, dass eine Übergabe an die nächste Generation auch außerhalb der eigenen Familie einfacher wird. Wir werden deshalb einen Praxischeck durchführen, der auch die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Unternehmensgründungen in den Blick nimmt, um hier ein abgestimmtes Gesamtsystem sicherzustellen“, heißt es weiter.

Stopp der Zusatzbürokratie

Geplante Ampel-Maßnahmen wie ein Tariftreuegesetz, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz und ein Anspruch der Beschäftigten auf Homeoffice müssen nach Auffassung der CSU-Fraktion gestoppt werden. Auf EU-Ebene müsse die Ampel einen sofortigen Stopp der Zusatzbürokratie durchsetzen. Neue Belastungen wie durch die Taxonomie-Verordnung, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie seien völlig aus der Zeit gefallen. Bestehende Regelungen, die mit hohem bürokratischem Aufwand für Unternehmen einhergehen, müssten auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert und anschließend konsequent überarbeitet bzw. abgebaut werden.

„Die Bundesregierung muss endlich den Wohnbau ankurbeln“, lautet die letzte Forderung. „In Deutschland werden tausende Wohnungen gebraucht, die Wohnbautätigkeit geht jedoch zurück. Hier braucht es nun endlich Planungssicherheit und Verlässlichkeit statt ständig neuer Vorgaben und plötzlicher Förderstopps“, betont die CSU-Fraktion. Um den Wohnungsbau wieder in Schwung zu bringen, würden berechenbare, bedarfsorientierte Förderungen, modernere, einfachere Bauvorschriften, Anreize bei der Grunderwerbssteuer und bessere Abschreibungsmöglichkeiten benötigt. Ziel sei es, in Bayern gemeinsam mit den Kommunen die Erteilung von Baugenehmigungen zu beschleunigen.

Vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt sprach von einer „schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland“ und „tristen Konjunkturaussichten“. Von diesem Trend könne sich auch der Freistaat nicht abkoppeln. Immer deutlicher zeige sich, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, den Wirtschaftsstandort Deutschland flottzumachen. Der Fünf-Punkte-Plan der CSU setze dagegen die richtigen Schwerpunkte für die Wirtschaft.

Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie

„Das Wichtigste für unsere Betriebe sind verlässliche, klare und einfache Rahmenbedingungen sowie ein spürbarer Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie. Es muss den Unternehmen ermöglicht werden, den Weg aus der Krise aus eigener Kraft zu schaffen. Dafür muss endlich die Axt an den wuchernden Bürokratiedschungel gelegt werden“, unterstrich Handwerkstagspräsident Franz Xaver Peteranderl. Es sei nicht mehr damit getan, „dass hier und da ein paar Paragrafen wegfallen“. Vorschriften, die unnütz sind und sich nicht umsetzen lassen, müssten ganz abgeschafft werden. Um den Wohnungsbau anzukurbeln, habe die Bundesregierung im Herbst 2023 einige richtige Maßnahmen vereinbart, wie etwa die Einführung eines vorschriftenreduzierten Baustandards mit dem Gebäudetyp E sowie eine degressive AfA für Wohngebäude. Doch diese Maßnahmen müssten auch endlich umgesetzt werden.

Laut BBIV-Präsident Josef Geiger „haben die Abgeordneten der CSU-Fraktion die Anregungen der bayerischen Wirtschaft mit großem Interesse und Sachverstand aufgenommen und den Ernst der Lage erkannt. Der erarbeitete Fünf-Punkte-Plan verdeutlicht den ernsthaften Willen, die dringend notwendige wirtschaftliche Zeitenwende entschlossen anzugehen und umzusetzen, um Bayern und Deutschland wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.“ **DK**

Verpasste Chance ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Auch der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Roland Engehausen, zeigte sich über das Ergebnis enttäuscht: „Mit den angekündigten Regelungen wird die aktuelle Finanznot und Insolvenzgefahr in den Krankenhäusern überhaupt nicht beseitigt. Die angekündigten Liquiditätshilfen sind nur vorgezogene Zahlungen bereits bestehender Vergütungsansprüche, wodurch die Kliniken in diesem Jahr keinen Euro zusätzlich erhalten.“

Kalter Strukturwandel

Engehausen zufolge ist ein künftiger Transformationsfonds notwendig für den Strukturwandel, aber keine Lösung für die derzeitige Situation. In diesem Jahr drohe weiterhin ein kalter Strukturwandel durch Insolvenzen und Standortschließungen aus wirtschaftlicher Not, wenn es auch künftig keine verbindliche Anpassung der regulären Erlöse über die sogenannten Basisfallwerte zum Ausgleich der Inflationslücke seit 2022 gibt.

Laut Gerlach „bleibt nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses das Transparenzgesetz unverändert, nur einige unrealistische Fristen müssen noch im Zuge eines anderen Gesetzes korrigiert werden. Enttäuschend ist vor allem auch, dass vom Bund nach wie vor nichts zu den von Länderseite seit geraumer Zeit geforderten finanziellen Verbesserungen bei den Krankenhausbetriebskosten kommt. Einige Krankenhäuser werden die Reform gar nicht mehr erleben, wenn Lauterbach sie weiter im Regen stehen lässt.“

Zudem kritisierte die Ministerin, dass nach der dualen Krankenhausfinanzierung allein der Bund für die auskömmliche Finanzierung von Betriebskosten verantwortlich sei. Zu den Betriebskostendefiziten habe der Bundesgesundheitsminister nichts Substanzielles von sich hören lassen. Dies sei angesichts der bekannt schwierigen Finanzsituation der Krankenhäuser in höchstem Maße alarmierend. Stattdessen kündige Lauterbach einseitig einen Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro an, der nach seinen Vorstellungen zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern gespeist werden soll.

Heftige Kritik an Lauterbach

Aus Gerlachs Sicht will Lauterbach einfach Festlegungen über 25 Milliarden Euro in den Länderhaushalten erzwingen. Diese Vorgehensweise bestätige den Eindruck, dass Lauterbach an einer echten Zusammenarbeit mit den Ländern auf Augenhöhe kein Interesse hat. Bedauerlich sei auch, dass das Transparenzgesetz in dieser Form nicht die gewünschte Transparenz für die Patienten schaffen wird. „Ich bin überzeugt, dass wir zuerst die Krankenhausreform vorantreiben und bei den wichtigen Themen wie den Leistungsgruppen und Öffnungsklauseln Klarheit schaffen sollten, bevor ein solches Transparenzverzeichnis eingerichtet wird. Ich hoffe, dass Herr Lauterbach nun seine Blockadehaltung bei der eigentlichen Krankenhausreform beendet und endlich in eine konstruktive Abstimmung mit den Ländern geht.“

Mit Blick auf die an das Gesetz gekoppelten Liquiditätshilfen für Krankenhäuser führte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, aus: „Die jetzt zugesagten Liquiditätshilfen helfen den Krankenhäusern zwar kurzfristig, aber es ist Geld, das den Häusern sowieso zusteht. Das reicht nicht aus, um die erheblichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser besonders für das Personal und durch die Inflation zu stemmen. Wir haben die große Sorge, dass vielen Krankenhäusern in den nächsten Monaten die Puste ausgeht, wenn der Bund nicht schnell Geld nachschiebt.“

Immerhin habe der Vermittlungsausschuss, so Dedy, eine Perspektive für die nötige Krankenhausreform eröffnet. Dies müsse dringend kommen, damit die strukturelle Unterfinanzierung der Häuser beseitigt wird. „Wir hoffen, dass sich Bund und Länder jetzt aufeinander zu bewegen und die Krankenhausreform zügig in ein Gesetz mündet“, erklärte der Hauptgeschäftsführer. Der angekündigte Transformationsfonds sei notwendig, damit der Umbau der Krankenhäuser und deren Finanzierung gelingen kann. „Das muss noch vor dem Sommer konkret werden, damit ein unstrukturiertes Krankenhaussterben vermieden wird.“ **DK**

Mehr Schleuserdelikte ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nete er es als großes Problem, dass viele Asylbewerber nach Deutschland kommen, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein: „Es ist ein Unding, dass Schengen-Länder Flüchtlinge unkontrolliert ein- und durchreisen lassen und damit eklatant ihre Pflichten aus dem Schengen-Abkommen und der Eurodac-Verordnung verletzen. Selbst im Erstaufnahmeland registrierte Flüchtlinge, die nach Deutschland weitergereist sind, werden oft nicht mehr zurückgenommen, auch wenn es das Dublin-Abkommen vorschreibt.“ Herrmanns Forderung: „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an seiner Grenze zurückzuweisen!“

20.000 Fahndungstreffer

In der Gesamtschau war das Vorgangsaufkommen der Bayerischen Grenzpolizei 2023 leicht rückläufig: Mit 54.857 Vorgängen fielen 1.210 Vorgänge weniger zur Sachbearbeitung an als 2022. „Das ist aber trotzdem der zweithöchste Wert seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei vor fünfeinhalb Jahren“, stellte der Minister fest. Insgesamt erzielte die Grenzpolizei 19.650 Fahndungstreffer, rund 2.000 weniger als im Vorjahr. Darunter waren 1.352 Menschen, gegen die ein Haftbefehl vorlag, sowie fast 3.600 Fälle von Drogenkriminalität.

Wie Herrmann weiter ausführte, werde die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. Bereits seit ihrer Gründung im Juli 2018 wurde die Zahl der Grenzpolizisten bereits um mehr als 370 auf aktuell über 850 erhöht, und weitere 50 Personalzuteilungen sind für März 2024 geplant. Mit dann rund 900 Grenzpolizisten erreicht die Bayerische Grenzpolizei einen neuen Personalhöchststand.

Zudem kündigte der Innenminister an, weiter in eine hochmoderne Ausstattung der Grenzfahnder zu investieren. Derzeit testet die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Zudem sei die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bei der Abstimmung der Kontrollen „hervorragend“. **DK**

Stabilität und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
2024 mehr als 609 Mio. Euro betragen, für die Krankenhäuser und Heime sind knapp 393 Mio. Euro veranschlagt. Größter Ausgabeposten des Bezirks sind mit gut 523 Mio. Euro die Sozialleistungen. Das macht knapp 86 Prozent der Ausgaben aus.

Auch Schwaben reduziert

Auch der Bezirkstag Schwaben wird den Hebesatz senken: um 1,5 auf 21,2 Prozentpunkte. Um bereits den Haushaltsentwurf 2024 auszugleichen, hat Bezirkstagspräsident Martin Sailer den Gremien in einem ersten Schritt empfohlen, 40 Mio. Euro aus den Rücklagen zu entnehmen. Von 2022 auf 2022 haben sich diese um rund 50 Mio. Euro auf mehr als 90 Mio. Euro erhöht. „Wir stehen jetzt in der Verantwortung, unsere Rücklagen für unsere Umlagezahler und für die Menschen in Schwaben abzubauen“, betonte Sailer.

Die kreisfreien Städte und Landkreise stünden vor gewaltigen Herausforderungen wie der Unterbringung von Geflüchteten, der Digitalisierung der Verwaltung und fehlendem Personal. Gerade in diesen Zeiten sei es das Ziel des Bezirks, ein verlässlicher Partner für all jene zu bleiben, die Unterstützung brauchen, so der Präsident. Bereits von 2021 bis 2023 konnte der Bezirk seinen Vorsatz einhalten, den neuen Hebesatz stabil zu halten. 2023 war sogar bereits eine leichte Senkung um 0,2 Prozentpunkte möglich. Der Gesamthaushalt des Bezirks überschreitet im Jahr 2024 erstmals die Milliardengrenze und umfasst knapp 1,1 Mrd. Euro. Der Verwaltungshaushalt steigt auf fast 1 Mrd. Euro an. **DK**

Asyl und Migration aus der Mitte heraus denken:

Populismus löst keine Probleme

Straub zieht erste Bilanz nach 100 Tagen im Amt als neuer Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Karl Straub, MdL, hat die ersten 100 Tage seiner Amtszeit genutzt, um sich einen guten Eindruck über die Situation im Bereich Integration und Asyl zu verschaffen.

Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter hat Straub in seiner neuen Funktion bereits fast 50 Termine absolviert, dazu unzählige Telefonate. Der neue Beauftragte tauschte sich bspw. intensiv mit dem Bayerischen Integrationsrat aus, verschaffte sich ein Bild über die Situation der Geflüchteten in mehreren bayerischen Ankereinrichtungen, diskutierte mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat über den Chancenaufenthalt, verlieh Integrationspreise und hat sich auf Bund-Länderkonferenzen für die Interessen der bayerischen Migrationspolitik stark gemacht. Der Integrationsbeauftragte möchte genau in diesem Tempo weitermachen: „Das war nur der Anfang. Wir haben einige konkrete Ideen, die wir zeitnah umsetzen wollen.“

Schwarz-Weiß-Denken fern der Lebensrealität

Straub, der bereits viele Jahre im Rechtsausschuss für Fragen der Asylpolitik und im Petitionsausschuss für die Klärung von Einzelfällen zuständig war, zieht ein vorsichtig positives Fazit nach den ersten drei Monaten: „Die vielen Begegnungen, konstruktiv-kritischen Diskussionen und Gespräche mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen bestätigen mich darin, dass wir Asyl und Migration aus der Mitte heraus begreifen müssen. Das Schwarz-Weiß-Denken trägt nicht zur Lösung von Problemen bei und entspricht auch nicht der Lebensrealität. Wir müssen Geflüchtete human und respektvoll behandeln, sie aber auch auf Grenzen des Machbaren sowie rechtliche Rahmenbedingungen hinweisen.“

Straub wird diese ersten Eindrücke und Erfahrungen zeitnah in einem Bericht an die Staatsregierung in Worte fassen. „Nach wie vor bin ich der festen Überzeugung, dass wir das Thema Asyl und Migration nur im Dialog mit der Bevölkerung, den Geflüchteten und allen am Prozess beteiligten Behörden und politischen Akteuren klären können. Daher stehe ich für eine Migrationspolitik mit Herz und Verstand“, so der Beauftragte abschließend. ❐

Kriegsauswirkungen auf Bayern

Die Aktualisierung des Dossiers zu den Auswirkungen des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Bayern greift die aktuelle Datenlage nach fast zwei Jahren des anhaltenden Konflikts auf. Relevante Statistiken aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Verbraucherpreise, Landwirtschaft, Energie und Bildung zeigen die Effekte auf.

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele Teile der Wirtschaft, Politik und der Gesellschaft.

Als Informationsdienstleister des Freistaats hat das Bayerische Landesamt für Statistik daher seit September 2022 eine Auswahl der statistischen Veröffentlichungen in Form eines Dossiers zusammengestellt. Es zeigt exemplarisch auf, wie vielfältig der Krieg Einfluss auf unser Land nimmt.

Das Dossier ist online kostenfrei verfügbar unter: www.statistik.bayern.de/produkte ❐

Lösungen nach Maß für die klimaneutrale Energiezukunft

GZ-Interview mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh

Sichere Versorgung, erneuerbare Energien und ein breites Portfolio an Dienstleistungen für Privathaushalte, Kommunen und Gewerbe – das bietet die energie schwaben Gruppe. Mehr als 210 Städte und Gemeinden versorgt die energie schwaben-Tochter schwaben netz über ein 7.100 Kilometer langes Leitungsnetz. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Leitungen, werden in Zukunft zunehmend klimaneutrale Gase wie Biogas und Wasserstoff transportiert werden. Wie sich das Unternehmen für die Herausforderungen der Zukunft wappnet und welchen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz der traditionelle Gasnetzbetreiber schon jetzt leistet, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh.

GZ: Herr Schoof, seit Sommer 2023 sind Sie Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Wo waren Sie vorher beruflich tätig und warum sind Sie nach Augsburg gewechselt?
René Schoof: Bei E.ON und zuletzt Uniper war ich zehn Jahre für das Thema Wasserstoff zuständig und habe große technische Projekte begleitet, die uns die grüne Transformation ermöglichen werden. Tatsächlich hat mich bei schwaben netz neben dem attraktiven Standort Augsburg die Aufgabe gereizt, meinen gesammelten Erfahrungsschatz in die Praxis umzusetzen, denn der Umbau unserer Energieversorgung ist eine Herausforderung, die regional bewältigt wird und bei der die bestehende Infrastruktur Teil des künftigen nachhaltigen Energiesystems sein muss.



René Schoof. Bild: Christina Bleier

Ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben

GZ: Das heißt, das bestehende Gasnetz muss auf eine Weise ertüchtigt werden, dass es nicht überflüssig wird, sondern weiterhin an der Wertschöpfung teilhaben kann?
Schoof: Exakt. Das ist unser Hauptaugenmerk. Das Gasnetz in Deutschland verfügt über 550.000 Kilometer Rohrleitungen im Untergrund sowie 25 Milliarden Kubikmeter Speicherkapazität. Der DVGW hat diese Infrastruktur mit rund 260 Milliarden Euro Volksvermögen bewertet. Das ist gesellschaftlich akzeptiert. Fakt ist: Wir müssen den Energieträger Gas defossilisieren, zum Beispiel mit Hilfe von Biomethan. Ich sage bewusst nicht dekarbonisieren, denn ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben. Klar ist schon jetzt, es wird nicht nur die eine Lösung geben, sondern viele, damit wir die Anforderungen an eine klimaneutrale Energieversorgung erfüllen können.
GZ: Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat schwaben netz und was bietet das Unternehmen seinen Kunden an?
Schoof: Aktuell sind wir etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Bereichen Technik, Planung, Bau und Betrieb sowie kaufmännisch tätig sind. Bislang war die Verteilung von Gas und der Anschluss an das Verteilnetz unser Hauptangebot. 120.000 private Haushalte und 850 Industriekunden sind an unser Netz angeschlossen. Mit Blick auf die Energiewende ist unsere Leistungspalette allerdings vielfältiger geworden: Neben dem klassischen Geschäft unterstützen wir die Industriekunden etwa bei der Umstellung auf grüne Energien (Stichwort H2-Readiness). Aktuell führen die Ferngasnetzbetreiber in Zusammenarbeit mit uns eine Abfrage nach dem Wasserstoffbedarf in den einzelnen Regionen durch. Das Ergebnis fließt in einen Szenariorahmen, den die Bundesnetzagentur prüfen wird. Daraus werden sich Bedarfe ergeben, die in den Netzausbau und -neubau für die Jahre 2025 bis 2028 einfließen werden.
GZ: Vor zwei Jahren noch konnte niemand die energiepolitische Entwicklung absehen. Bereits zehn Jahre beschäftigen Sie sich mit dem Thema Wasserstoff. War es damals schon das Ziel, langfristig die fossilen Brennstoffe zu ersetzen?
Schoof: In den vergangenen zehn bis 15 Jahren hat sich in puncto Wasserstoff sowohl in Deutschland als auch in Europa viel getan. Als ich mit dem Thema Power-to-Gas in Berührung kam, ging es darum, langfristige Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien zu finden. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass es mit dem Zubau von Erneuerbaren – Windkraft im Norden und Photovoltaik im Süden Deutschlands – Situationen geben wird, in denen die Netze nicht in der Lage sind, den Strom aufzunehmen oder aber Kapazitäten fehlen, wenn Wind und Sonne nicht verfügbar sind. 2013 war ich E.ON-Projektleiter für eine der ersten Power-to-Gas-Anlagen im brandenburgischen Falkenhagen. Sie erzeugte mit Hilfe von Elektrolyse rund 360 Kubikmeter Wasserstoff pro Stunde. Dieser wurde vor Ort in das regionale Ferngasnetz eingespeist und stand damit als Beimischung im Gas für die Erzeugung von Wärme und Strom zur Verfügung. Das war die damalige Grundidee.
GZ: Und wie gestaltete sich der weitere Prozess?
Schoof: Letztlich setzte sich in der Branche die Erkenntnis durch, dass Wasserstoff nicht nur auf die Energiespeicherung und den Transport beschränkt ist, sondern auch stofflich genutzt werden kann. Seit dem russischen Angriffskrieg wurden deutschlandweit zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Es besteht aber die Gefahr, dass Deutschland aufgrund ungünstiger politischer Rahmenbedingungen hier den Anschluss verliert. Dies gilt es zu verhindern.

Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

GZ: Aber auch in der Energiebranche sind verlässliche Strukturen doch unverzichtbar?
Schoof: Investitionsentscheidungen, die wir heute treffen, haben zum Teil Amortisationszeiten von mehreren Jahrzehnten. Die Halbwertszeit bestimmter Gesetzgebungsverfahren ist aber mittlerweile sehr kurz. schwaben netz hat mit 210 Kommunen Gasnetzkonzessionen vereinbart. Vor allem als 2023 eine Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen wurde, war die Verunsicherung im Netzgebiet groß. Wir haben Ruhe bewahrt und Aufklärungsarbeit geleistet. Sowohl technisch als auch regulatorisch versuchen wir als Partner der Kommunen, unsere Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen. Wir betonen aber schon: Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

‚Transformation in ein Erneuerbare-Gase-System'

GZ: Trotz der unsicheren Rahmenbedingungen: Halten Sie daran fest, bis 2040 klimaneutral sein zu können?
Schoof: Ab 2045 hat sich Deutschland gesetzlich verpflichtet, klimaneutral zu wirtschaften, für Bayern gilt dies schon ab 2040. Das ist der Rahmen, unter dem wir uns aufstellen. Deshalb verfolgen wir auch genau jetzt das Thema ‚Transformation des Erdgassystems in ein Erneuerbare-Gase-System'. Wenn der Rahmen passt, ist das Vorhaben umsetzbar.
GZ: Wir sprechen hier vom schrittweisen Abschied von fossilem Erdgas. Wie wollen Sie dieses ersetzen bzw. den Bedarf sicherstellen?
Schoof: Es gibt zwei Varianten. Ein wichtiger Baustein für die Energiewende ist Biomethan. Deutschland verfügt über etwa 8.000 Biogasanlagen, die allerdings überwiegend Strom aus Gas erzeugen. Die 20 Jahre währende EEG-Förderung wird in den nächsten Jahren auslaufen, so dass sich die Betreiber überlegen, wie sich eine solche Anlage in Zukunft rechnet. Speziell bei uns im Netzgebiet besteht großes Interesse, Biogas einzuspeisen. Momentan baut schwaben netz mehrere Einspeiseanlagen, zuletzt auf dem Hof Burgösch bei Baisweil im Ostallgäu. Damit werden wir zwar nicht das komplette Gassystem umstellen können. Wir gehen davon aus, dass wir in Bayerisch-Schwaben perspektivisch 20 bis 25 Prozent an Erdgas ersetzen können.
GZ: Und was geschieht mit dem Rest des zu verteilenden Erdgases?
Schoof: Hier kommt der grüne Wasserstoff ins Spiel. Mit dem Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) wird der Transformationsbedarf auf lokaler Ebene ermittelt, um die regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen konkret auszugestalten. Dies geschieht in Abstimmung mit den Kommunen und den Industrie- und Gewerbekunden vor Ort. Als Teil der energie schwaben Gruppe war schwaben netz von Anfang an Mitbegründer der Initiative H2vorOrt, deren Mitglieder den GTP erarbeiten. Mehr als 95 Prozent des regionalen Verteilnetzes von schwaben netz ist bereits H2-ready. Die vor uns liegende Aufgabe ist, bis 2045 zu 100 Prozent klimaneutrale Gase im Netz zu haben.

Laut der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB), die an der finalen Modellierung des Wasserstoff-Kernnetzes und dessen Optimierung gearbeitet haben, werden wir voraussichtlich 2032 nördlich von Augsburg ein neues Wasserstoff-Kernnetz mit einer Leitungslänge von ca. 9.700 Kilometern bekommen. Es wird zu etwa 60 Prozent auf bestehenden Gasleitungen basieren, die umgestellt werden.
GZ: Zu wieviel Prozent werden wir in Deutschland unseren Wasserstoffbedarf decken können?
Schoof: Deutschland verbraucht jährlich etwa 2.500 Terawattstunden an Primärenergie, davon werden 70 Prozent aus dem Ausland importiert. Diese Größenordnung wird sich in Zukunft kaum verändern, Deutschland wird sich auch in Zukunft nicht vollständig selbst versorgen können. Die Frage ist: Was haben wir aus der Vergangenheit gelernt? Begeben wir uns wieder in direkte Abhängigkeiten? Und hier bietet der Wasserstoff vielleicht den Vorteil, nicht auf einen einzigen Lieferanten angewiesen zu sein.
GZ: Als regional starker Netzbetreiber ist schwaben netz Ansprechpartner der Kunden vor Ort. Ob Gebäudeenergiegesetz oder Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung – es kommt einiges auf uns zu. Wie ist aktuell die Stimmung bei Ihren Kunden, spüren Sie Unsicherheit? Wie können Sie Unterstützung bieten?
Schoof: Momentan sind Ruhe und Sachlichkeit in die Diskussion eingekehrt. GEG und WPG geben die Leitplanken vor, in denen sich die Kommunen bewegen müssen. Viele unserer Konzessionskommunen sind klein und haben nicht die Ressourcen, alle Neuerungen hauptamtlich in vollem Umfang umzusetzen. Als energie schwaben-Gruppe bieten wir an, mit ihnen gemeinsam eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen.

Und wie ich schon sagte: Es gibt nicht die eine Lösung. Das geplante Einbauverbot von Gasheizungen der Bundesregierung war ein Fehler. Wir sagen hier ganz deutlich: Im Neubau wird Gas in Zukunft keine große Rolle spielen. Da ist die Wärmepumpe sicherlich das Mittel der Wahl. Im Bestand aber muss es andere Optionen geben. Mit dem WPG ist das jetzt gut gelungen, da es jeder Kommune die Pflicht, aber auch das Recht gibt, für sich selbst zu entscheiden, was die beste Lösung ist.



GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Bild: Christina Bleier

Mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus

GZ: Wenn Sie sich etwas wünschen dürften, das Ihnen die Arbeit erleichtert: Was wäre das?
Schoof: Ich kann hier für die gesamte Energiebranche sprechen: mehr Verlässlichkeit vonseiten der Politik! Wir wünschen uns, dass sachlich gearbeitet wird, dass man Expertinnen und Experten zu Wort kommen lässt, ihnen zuhört und sie richtig interpretiert. Im Moment scheint mir die Politik getrieben von sich selbst. Ich wünsche mir mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus. Deutschland wurde einmal als das Land der Dichter und Denker bezeichnet. Diese Tradition sollten wir wieder aufleben lassen. Dann finden wir auch die richtigen Lösungen. **DK**



Reaktionen zur Kraftwerksstrategie der Bundesregierung:

Wichtiger Sinneswandel

Nach langem Ringen hat sich die Bundesregierung auf eine Strategie zum Bau wasserstofffähiger Gaskraftwerke in Deutschland geeinigt. Sie soll den Rahmen schaffen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke, die in der Lage sind, zukünftig mit Wasserstoff betrieben zu werden, hieß es in einer Mitteilung.

Kurzfristig sollen neue Gaskraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt ausgeschrieben werden. Ab einem 2032 festzulegenden Umstiegsdatum sollen sie „zwischen 2035 und 2040" vollständig auf Wasserstoff umstellen. Geplant ist, die Förderungen aus dem Klima- und Transformationsfonds, einem Sondertopf des Bundes, zu finanzieren.

Neben dem „konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze erfordert die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit unseres Stromsystems moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke", erklärte die Bundesregierung. Insbesondere sollen die Kraftwerke die Versorgung mit klimafreundlichem Strom auch in Zeiten mit wenig Sonne und Wind gewährleisten.

Wie es aus Koalitionskreisen hieß, liegen die Kosten bei ca. 16 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Laut Mitteilung wurde vereinbart, dass Konzepte für einen sogenannten Kapazitätsmechanismus erarbeitet werden sollen. Eine politische Einigung darüber solle innerhalb der Bundesregierung bis spätestens Sommer 2024 erzielt werden. Über einen solchen Mechanismus könnten Betreiber in einigen Jahren dafür honoriert werden, dass sie Kraftwerkskapazitäten vorhalten.

VKU fordert zügige und praxistaugliche Strategie

„Der VKU begrüßt, dass es jetzt in der Bundesregierung eine politische Verständigung über Eckpunkte einer künftigen Kraftwerksstrategie gibt. Die grundsätzliche Verständigung auf einen Kapazitätsmechanismus für gesicherte Stromleistungen ist richtig, das hatte der VKU bereits seit langem gefordert", betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einer ersten Einschätzung. Der Erfolg der Pläne werde jedoch maßgeblich von der konkreten Umsetzung abhängen. Den Eckpunkten müsse nun zügig eine praxistaugliche Strategie folgen.

„Richtig ist, dass die Einigung eine Verzahnung von kurzfristig ausgeschriebenen Kraftwerken mit dem langfristigen Marktdesign vorsieht. Entscheidend ist allerdings, dass möglichst schnell Klarheit herrscht: Sowohl über die konkrete Ausgestaltung der im Rahmen der Kraftwerksstrategie kurzfristig vorgesehenen Ausschreibungen als auch über die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Kapazitätsmarkts. Hier wird es auf die Details ankommen", machte Liebing deutlich. „Damit es unter diesen Umständen überhaupt genügend Bieter gibt, muss bei den Ausschreibungen daher ein besonderes Augenmerk auf die Akteursvielfalt gelegt werden: Die Bildung von neuen Oligopolen im Bereich der Versorgungssicherheit muss unbedingt verhindert werden."

Zu einer Kraftwerksstrategie aus einem Guss zählen aus Sicht des VKU-Hauptgeschäftsführers KWK-Anlagen. Sie unterstützten die Systemdienlichkeit der neuen Kraftwerke. Deswegen müsse die nun vorgelegte Einigung mit einer Verlängerung des Kraftwärmekopplungsgesetzes (KWKG) über 2026 hinaus flankiert werden.

BDEW: Notwendige Bausteine für Investitionssicherheit

Wie Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, darlegte, „ist der Zubau neuer Gaskraftwerke Grundlage für den Kohleausstieg. Gleichzeitig sind die wasserstofffähigen Gaskraftwerke wichtige Abnehmer und damit relevanter Baustein für Planungssicherheit im Rahmen des Wasserstoffkernnetzes. Der politischen Einigung muss nun zeitnah ein konkreter Gesetzesvorschlag folgen, damit in diesem Jahr noch die erste Ausschreibung erfolgen kann."

Nach Andreaes Auffassung ist es richtig, im Rahmen der Kraftwerksstrategie aus Kostengründen zunächst mit der Ausschreibung von neuen wasserstofffähigen Kraftwerken zu starten. Dies habe die Energiebranche als Beitrag zur Kosteneffizienz vorgeschlagen. Richtigerweise würden teurere Hybrid- und Sprinter-Kraftwerke in der Strategie zurückgestellt. Auch die von der Energiebranche geforderte Verzahnung mit einem Kapazitätsmechanismus sei ein notwendiger Baustein für Investitionssicherheit.

Aus BDEW-Sicht muss auch die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung im Rahmen der Kraftwerksplanung bedacht werden. Die KWK leiste ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit sowie zur Absicherung der Wärmewende. Zusätzlich müsse das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz hinsichtlich einer verstärkten Dekarbonisierungswirkung mit Wasserstoff novelliert werden. Dass Doppelbelastungen von Abgaben und Gebühren auf Strom zur Speicherung und Elektrolyse beseitigt werden sollen, sei erfreulich und greife eine weitere Forderung der Branche auf.

„Nun muss dringend Klarheit für die Investoren geschaffen werden", forderte Andreae. Die Finanzierungsfrage müsse ebenso schnell geklärt werden wie die beihilferechtliche Sicherheit sowie die Standortfrage. Zudem seien die konkreten Ausschreibungszeiträume für die Kraftwerke heute noch unklar. 2028 solle laut Einigung ein Kapazitätsmechanismus startklar sein. Auch vom Zusammenspiel zwischen den Ausschreibungen im Rahmen der Kraftwerksstrategie und des geplanten und notwendigen Kapazitätsmechanismus werde abhängen, wann ein Ausstieg aus der Kohleverstromung möglich sein wird.

„Die einzelnen geplanten Regelungen der Kraftwerksstrategie werden wir uns sehr genau ansehen und im Detail bewerten. Wichtig ist, dass die Energiebranche für den notwendigen Praxis-Check ausreichend Zeit erhält", machte Andreae klar.

Fachverband Biogas: Deutschland muss auf heimische Energie setzen

Nach Auffassung des Fachverbands Biogas ist in der Einigung der Bundesregierung ein wichtiger Sinneswandel weg vom Aufbau großer Kraftwerkskapazitäten, die durch Hybrid- und Sprinterkraft ergänzt werden sollten, hin zur Anreizung zuverlässiger und flexibler Kapazitäten erkennbar. „Genau das ist es, was das Stromsystem der Zukunft braucht und Biogas liefern kann", stellte Verbandspräsident Horst Seide fest.

Mit Unverständnis reagierte er jedoch auf die Tatsache, „dass in der Einigung zwar von Technologieneutralität gesprochen wird, aber mit keinem Wort der Biogasanlagenpark erwähnt wird. Allein bis 2030 könnten mit den richtigen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz bis zu 12 Gigawatt flexibler Leistung aus Biogas zur Verfügung stehen - langfristig sogar doppelt so viel", hob Seide hervor. Mit dem aktuellen Ausschreibungsdesign hingegen riskiere die Bundesregierung Anlagenstilllegungen und eine noch größere Stromlücke, die wiederum später teuer geschlossen werden muss.

„Deutschland muss jetzt auf heimische Energie setzen, sonst wird bei knappen Kassen bestehende Infrastruktur zerstört. Wenn die aktuelle Regierung nicht schnell aufwacht, ist insbesondere das Wirtschaftsministerium dafür verantwortlich, dass ein zuverlässiger Biogasanlagenbestand zum Aufhören gezwungen wird. Ein Schaden, den kommende Regierungen nicht wieder gut machen können. Auch darf nicht vergessen werden, dass der heutige Biogasanlagenbestand ein wesentlicher Bestandteil der Wärmewende darstellt", schloss Seide seine Ausführungen. **DK**



Windpark Oberngrub. Bild: Helmut Krämer

Planungsverband Oberfranken-West:

Weg frei für die Windkraft

„Wir haben den Weg frei gemacht für sechs neue Vorranggebiete für Windenergieanlagen in Ebermannstadt und Eggolsheim im Landkreis Forchheim sowie am Rennsteig im Landkreis Kronach." Der Bamberger Landrat Johann Kalb freute sich als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West über einstimmige Beschlüsse des Gremiums.

Diesen waren seit Mitte 2023 umfassende Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie Anhörungen von Trägern öffentlicher Belange vorausgegangen. Für die drei Vorranggebiete „Lange Meile" bei Ebermannstadt und Eggolsheim waren rund 2.000 Stellungnahmen mit gut 100 unterschiedlichen Einwendungen eingegangen. Für die der Gebiete in den Gemeinden Ludwigsstadt, Tettau und Steinbach am Wald mit rund 700 ha im Landkreis Kronach gab es 37 Eingaben. In beiden Fällen wurden die Stellungnahmen gegen das überragende öffentliche Interesse der Energieerzeugung abgewogen.

Wind-an-Land-Gesetz

Der Anteil der Vorranggebiete an der Fläche des Regionalen Planungsverbandes wächst mit diesen neuen Gebieten von 0,6 im Jahr 2022 auf nun gut 1,0 Prozent der gesamten Fläche. Der Bund hat im sogenannten Wind-an-Land-Gesetz für den Freistaat Bayern verpflichtende Flächenziele für mögliche Windenergieanlagen festgelegt: 1,1 Prozent bis Ende 2027 und 1,8 Prozent bis Ende 2032.

Die einstimmige Entscheidung und die korrekte Abwägung hat auch den Mitinitiator des Bürgermeisterappells, Altbürgermeister Helmut Krämer (CSU) gefreut, der diese Entscheidung als ein klares Signal für ganz Bayern sieht. „Die Oberfranken haben gezeigt, wie Energiewende geht - ein guter Tag für eine nachhaltige Energieproduktion und für unser Klima", so Krämer. Mit dem Bürgermeisterappell, den 432 Rathauschefs unterzeichnet haben, wollen die Kommunen, dass die Energiewende schneller und einfacher umgesetzt wird.

Sehr erfreut über die einstimmige Entscheidung war auch Bürgermeisterin Christiane Meyer, Ebermannstadt, gleichzeitig Kreisvorsitzende des Gemeindetages im Landkreis Forchheim. Dort steht nämlich erst ein einziges Windrad in Kasberg. Eggolsheims Bürgermeister Claus Schwarzmann will möglichst schnell die Genehmigungsplanung auf den Weg bringen. Seine Kommune hat bereits einen Großteil der Flächen im Vorranggebiet vertraglich gesichert, um Bürgerwindkraftanlagen umsetzen zu können.

Potenzialflächen im Blick

Der Planungsverband Oberfranken-West hat es sich zum Ziel gesetzt, das 1,8-Prozent-Ziel bereits deutlich früher zu erreichen. Hierfür werden derzeit Potenzialflächen für Windkraft geprüft. Im Sommer 2024 wird das Verfahren für die Gesamtfortschreibung des Teilkapitels „Windenergie" des Regionalplans gestartet. Ziel ist es dabei, aus den Potenzialflächen weitere Vorranggebiete zu entwickeln. „Wir kommen unserer Verpflichtung konsequent nach", so der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West, Landrat Johann Kalb. ❐

Advertorial

So werden Wind und Sonne zu klimafreundlicher Wärme

Windkraft ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Aus ihr lässt sich nicht nur Strom gewinnen, sondern dieser auch direkt für die Wärmeerzeugung nutzen. Im Interview erklärt Annette Gärtner, stellvertretende Leiterin GP JOULE PROJECTS, wieso die Windkraft ein so großes Potenzial hat.

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

Wärme aus Wind – wie funktioniert das?

Annette Gärtner: Die Wärme, die für das Heizen oder industrielle Prozesse benötigt wird, macht rund die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs aus. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Wärme auf erneuerbaren Wegen produziert werden. Und hier kommt die Windkraft ins Spiel. Windräder und Solarparks können Strom klimaneutral erzeugen, der dann direkt zum Betrieb von Großwärmepumpen genutzt werden kann.

Welche Rolle spielt die dezentrale Energieversorgung bei der Energiewende?

Gärtner: Wir müssen in Zukunft die Energie dort produzieren, wo sie verbraucht wird. Und wir müssen für die Bürgerinnen und Bürger einen erlebbaren Nutzen schaffen. Das heißt, sie müssen profitieren von den Solar- und Windparks in ihrer Nachbarschaft. Und das tun sie direkt, indem sie ihre Häuser und Wohnungen mit der regional erzeugten Wärme heizen.



Annette Gärtner, Stellv. Leiterin GP JOULE Projects

Wie passen Photovoltaik- und Windkraft zusammen?

Gärtner: Die beiden Erzeugungsarten ergänzen sich perfekt. An sonnigen Tagen mit wenig Windaufkommen produzieren insbesondere die Solarparks, an wolkenverhangenen Tagen, sowie in der Nacht weht vermehrt der Wind und die Windenergieanlagen übernehmen die Erzeugung des Stroms. Es wäre also falsch nur auf eine Technologie zu setzen, vielmehr ein Zusammenspiel aller erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende.

Kann der Strom auch gespeichert werden?

Gärtner: Hier kommt wieder die Wärme ins Spiel. Sie ist das einfachste und kostengünstigste Mittel, um Energie in Form von warmem Wasser zu speichern. Wenn wir die Sektoren miteinander verbinden, also Sonne, Wind und Wärme zusammenarbeiten lassen, haben wir einen enormen Hebel, um unsere Städte und Gemeinden zukunftsfit zu machen – 100% Erneuerbar! ❐



Referenzprojekt Windrad Kühlenthal. Bilder: GP JOULE

Informationen und Kontakt:

Melden Sie sich gerne!
Johanna Pfaller
+49 175 5308 693
j.pfaller@gp-joule.de
https://www.gp-joule.com/de/flaechenakquise

Landesamt für Statistik:

Energiepreise seit 2010 mit Fokus auf Krisenjahre 2022 und 2023

Die Entwicklungen am Energiemarkt sind spätestens seit dem Start des Angriffskrieges der Russischen Föderation am 12. Februar 2022 gegen die Ukraine in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Das Bayerische Landesamt für Statistik zeigt mit einem Fachbeitrag in der Januar-Ausgabe seines Statistik-Magazins, wie sich die Energiepreise in Bayern seit 2010 und vor allem in den vergangenen beiden Jahren unter dem Einfluss von Coronapandemie und Ukrainekrieg entwickelt haben.

Eine besonders beeindruckende Zahl aus dem Beitrag zeigt, dass die Verbraucherpreise für Erdgas im November 2022 um 137,5 Prozent im Vergleich zum November 2021 gestiegen sind. Basis der Berechnungen ist die Verbraucherpreisstatistik mit entsprechenden Energie-Preisindizes. Betrachtet werden hierfür ausgewählte Güter aus dem Bereich Haushaltsenergie (Strom, Erdgas und Heizöl) sowie Kraftstoffe.

Unter anderem beschreibt der Beitrag die Auswirkungen der indexrelevanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Abmilderung des Energiepreisschocks – zum Beispiel Preisbremsen für Strom und Erdgas, Reduktionen der Umsatzsteuer, Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket. Außerdem wird auf einige Grundlagen der dazugehörigen Energiemärkte und deren Relevanz für die entsprechenden Verbraucherpreise eingegangen. ❐

Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar:

Gründung der GeoEnergieMünchenOst

Startschuss für ein „Jahrhundertprojekt“: Die Gemeinden Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar haben gemeinsam die GeoEnergieMünchenOst (kurz GEMO) gegründet. Diese interkommunale Fördergesellschaft für Geothermiewärme wird das Projekt als eigenständiges Unternehmen umsetzen.

Die Bürgermeister Klaus Korneder (Grasbrunn), Dr. Andreas Bukowski (Haar), Leonhard Spitzauer (Vaterstetten) und Piet Mayr (Zorneding) unterzeichneten den Gesellschaftsvertrag und legten damit den Grundstein für dieses Vorhaben. Ziel ist es, regenerative Energie aus der Erde zu gewinnen und in die Wärmenetze der Gemeinden zu leiten. Die Bohrarbeiten sollen Anfang 2025 beginnen, so dass bereits 2026 die Bürger ihre Heizungen auf diese nachhaltige Energieform umstellen können.

Bei einem Pressegespräch hoben die Rathauschefs die Wichtigkeit des Projekts hervor, das allen Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaziele deutlich näherbringen werde. Laut Vaterstettens Erstem Bürgermeister Leonhard Spitzauer wird die Wirtschaftlichkeit des Projekts durch den Zusammenschluss der Gemeinden deutlich verbessert: „Wir hatten im Gemeinderat zwar schon bekundet, den Weg notfalls auch allein zu gehen, aber am Ende standen aufgrund des Potenzials der anderen Kommunen und der damit verbundenen Teilung von Risiken und Kapitalaufwand viele Argumente, das Projekt auf mehrere Säulen zu gründen“, so Spitzauer.

Vaterstetten hat zur Umsetzung des Projekts bereits ein rund 15.000 qm großes Grundstück erworben, das der Bohrgesellschaft mit einem Erbpachtvertrag zur Verfügung gestellt wird. Nach der Zusage der Förderung und der Erteilung der erforderlichen Genehmigungen können Förder- und Reinjektionsbohrung niedergebracht werden. Für die Bohrphase werden sechs bis acht Monate gerechnet. Danach (wahrscheinlich Ende 2025) könnten erste Pumpversuche warmes Wasser aus dem Boden fördern und dann die geothermische Heizzentrale gebaut werden.

Logische Schritte

In Grasbrunn und Haar gibt es bereits Infrastrukturen unterschiedlicher Betreiber, die schon bald auf die Vaterstettener Wärme umgestellt werden könnten. Für den Transport der Wärme nach Grasbrunn und Zorneding wird das Vaterstettener Gemeindewerk Verbindungsleitungen bauen. Haar könnte seine Wärme voraussichtlich mit einer eigenen Leitung am Bohrplatz abholen und dazu eine Verbindung unter der A 99 hindurch bauen.

Wie Dr. Andreas Bukowski, Erster Bürgermeister der Gemeinde Haar, erläuterte, sei die Beteiligung für seine Kommune „ein logischer Schritt, den wir gerne gemeinsam mit unseren Nachbarn gehen. Logisch deshalb, da bei uns zum einen bereits größere Fernwärmenetze bestehen und zum anderen durch das vorhandene Blockheizkraftwerk ein notwendiges Redundanzheizwerk vorgehalten werden kann. Deshalb haben wir uns trotz der schwierigen Haushaltslage für diese Investition in die Zukunft entschieden.“

Zorneding ist mitten in den Planungen für ein gemeindliches Wärmenetz und wird deshalb erst mittelfristig Wärme abnehmen. Rathauschef Piet Mayr sieht „durch die Geothermie die einmalige Chance, für die nächsten Generationen im ganzen Ort eine von fossilen Brennstoffen freie Wärmeversorgung aufzubauen“.

Einig sind sich die vier Bürgermeister über den Stellenwert dieses interkommunalen Projekts. Grasbrunns Bürgermeister Klaus Korneder zeigte sich erfreut, „dass unser gemeinsames Projekt nun nach gut zehn Jahren im zweiten Anlauf umgesetzt werden kann. Gerade bei so wichtigen Themen ist eine interkommunale Zusammenarbeit immens wichtig.“ **DK**

Neues Förderprogramm BioMeth Bayern

Im Rahmen des C.A.R.M.E.N.-Fachgesprächs „Zukunftsoptionen Biomethan und Bündelung von Biogasanlagen“ in Straubing tauschte sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit Experten und Praktikern über die Zukunft der Biogasbranche aus. Dabei kritisierte der Minister auch das Pingpong-Spiel der Bundesregierung, das es den Biogaserzeugern zunehmend erschwere, ihre Anlagen wirtschaftlich zu betreiben.

Insbesondere bemängelte Aiwanger die ideologiegetriebene Diskussion über die Nutzung von Biomasse: „Der Bund muss dringend umsteuern und das Potenzial der Bioenergie erkennen. Mit Biomassse haben wir einen heimischen, umweltfreundlichen und speicherbaren Rohstoff - ein flexibler Energieträger für die Energiewende vor Ort.“

Als konkrete Maßnahme forderte der Minister, das Ausschreibungsvolumen für Biogas auf Bundesebene zu erhöhen: „Viele Biogasanlagen kommen jetzt ans Ende ihrer 20-jährigen EEG-Förderung und würden dicht gemacht, wenn sie nicht zeitnah eine Anschlussförderung bekommen. Das trifft vielfach auch Anlagen, die mit ihrer Abwärme Nahwärmenetze von Siedlungen betreiben. Wenn die ihren Strom nicht mehr vernünftig einspeisen können und aufhören, bekommen die Hausbesitzer keine Wärmeversorgung mehr. Deshalb muss der Bund jedem Biogaserzeuger eine Perspektive geben.“

Aiwanger: „Bayern steht zur heimischen Bioenergie. Mit BioMeth Bayern fördern wir die Errichtung von Anlagen zur Aufbereitung von Biogas zu Biomethan. Das aufbereitete Biomethan kann direkt in bereits bestehende Gasleitungen geleitet und weiter transportiert werden. Das ist nicht nur kosteneffizient, sondern besonders ressourcenschonend. Mit BioMeth Bayern erschließen wir neue Märkte für Betreiber von Biogasanlagen und schaffen eine bessere Zukunftsperspektive für die gesamte Biogasbranche.“ Das Programm umfasst auch die Förderung von Biogasleitungen mit Übergabestationen. Die Förderquoten richten sich nach der Größe der Anlagen. Kleine Betriebe erhalten eine 40-prozentige Förderung. Für mittlere und große Betriebe sind Förderungen von 35 und 30 Prozent vorgesehen.

Aiwanger: „Mit 2.751 Anlagen sind wir bundesweit Spitzenreiter bei Biogas. Mit BioMeth Bayern bauen wir unsere Position weiter aus. In einem ersten Schritt nehmen wir dafür zehn Millionen Euro in die Hand.“ Das Potenzial für Biomethan sieht der Minister nicht nur als Biokraftstoff im Straßen- und Schiffsverkehr. Auch im Bereich Heizen und Prozesswärme ist Biomethan eine nachhaltige Alternative zur Wärmepumpe bei Bestandsgebäuden.

Aiwanger kündigte zudem an, mittels Bundesratsinitiativen das Potenzial von Biogas zu unterstützen anstatt am Ende dringend benötigte Biogasanlagen aufgrund schlechter bundespolitischer teils ideologischer Rahmenbedingungen stillzulegen. ❐

Vergabepraxis des Freistaats für Windräder:

Weiter Streit zwischen Landtags-Grünen und Bayerischen Staatsforsten

Die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen haben ein Rechtsgutachten zur Vergabepraxis der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bei Windkraftprojekten vorgestellt. Danach muss die Vergabe von Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen durch die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) nicht ausgeschrieben werden, da diese keine marktbeherrschende Stellung im Sinne des Wettbewerbsgesetzes innehätten. Vielmehr können die staatlichen BaySF solche Standorte direkt an die Nachbargemeinden übertragen.

Ein solches Vorgehen würde die Akzeptanz der Bevölkerung stark erhöhen, argumentierte der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag, Martin Stümpfig. Nach Auffassung der BaySF würde eine solche „Direktübertragung“ von Flächen gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen.

„Die Bayerischen Staatsforsten begrüßen, dass jetzt auch die Grünen anerkennen, dass es ein öffentliches Auswahlverfahren zur Vergabe von Windenergiestandorten geben muss. Bisher hatten sie gefordert, Standorte für neue Windenergieanlagen freihändig zu vergeben“, urteilte ein Sprecher der Staatsforsten. Es sei ein Fortschritt, wenn die Grünen jetzt anerkennen, dass die Vergabe öffentlicher Investitionen grundsätzlich ausgeschrieben werden muss. Jede Gemeinde kenne aus eigener Erfahrung, dass Ausschreibungen im öffentlichen Bereich notwendig und ganz normal sind.

„Direktvergabe“ an Standortgemeinden nicht umsetzbar

„Das von der BaySF durchgeführte Auswahlverfahren stelle sicher, dass neue Windenergieanlagen im Staatswald rechtssicher, zügig und professionell errichtet werden können“, betonte der Sprecher. Die von den Grünen neu vorgeschlagene „Direktvergabe“ an Standortgemeinden, die dann ihrerseits Ausschreibungen vornehmen, sei „rechtlich und praktisch nicht umsetzbar“.

Der Vorwurf der Grünen-Fraktion, dass es bei dem Auswahlverfahren der BaySF keine Bürgerbeteiligung gebe, sei „nachweislich unzutreffend“. Für die Bayerischen Staatsforsten stehe Bürger- und Kommunalfreundlichkeit „an erster Stelle“. So könnten die Gemeinden Bürgerbeteiligungsmodelle einfordern – und zwar bis zu 100 Prozent. Je höher Bürgerbeteiligung angeboten werde, desto mehr Punkte gibt es im Auswahlverfahren. Auch sei das Einfordern einer Beteiligung am Stromertrag nach EEG möglich. Zudem könnten Gemeinden und regionale Bürgerenergiegesellschaften am Auswahlverfahren der BaySF teilnehmen. Die Staatsforsten hatten selbst ein Rechtsgutachten vorgelegt, das zu dem Schluss kommt, dass sie zur Ausschreibung verpflichtet seien.

„Ich teile die Position der BaySF. Die von den Grünen vorgeschlagene Direktvergabe von Waldflächen an die Gemeinden wäre rechtlich unklar“, kommentierte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Im Gegensatz dazu habe sich die aktuelle Praxis der BaySF zur Bereitstellung von Waldflächen für die Windenergieproduktion bewährt.

Trendwende ist eingeleitet

„Vielmehr freue ich mich über das ausdrückliche Lob der Grünen für die von mir eingesetzten und vom Wirtschaftsministerium finanzierten Windkümmerern“, fuhr Aiwanger fort. Sie betreuten derzeit bayernweit mehr als 240 Windkraftprojekte. „Die Trendwende bei der Windkraft haben wir bereits eingeleitet. 2023 wurden 64 Genehmigungsanträge für neue Windräder eingereicht. Während die Grünen politische Nebelkerzen zünden, arbeiten wir mit den BaySF und allen anderen beteiligten Kommunen, Behörden und Institutionen konkret am Ausbau der Windenergie.“

Die Forderung nach einer eigenen Kommunikationskampagne „Pro Windkraft“ durch die Landesagentur für Energie- und Klimaschutz (LENK) sei obsolet, machte der Minister deutlich: „Eine solche Kampagne wird mit ‚Bayern macht Wind‘ bereits seit Juni 2023 umgesetzt. Das könnte Herr Stümpfig eigentlich wissen.“ **DK**

NordOstLink:

TenneT und 50Hertz stellen ersten Trassenvorschlag vor

Die beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT und 50Hertz haben heute den ersten möglichen Trassenvorschlag für das gemeinsame Netzausbauprojekt NordOstLink veröffentlicht. Das Vorhaben soll als Erdkabel-Gleichstromverbindung zwischen dem Suchraum Heide (Schleswig-Holstein) und dem Suchraum Klein Rogahn (bei Schwerin) realisiert werden.

Grundlage für die Planungen ist der im November 2023 durch die Bundesnetzagentur veröffentlichte, fünf bis zehn Kilometer breite sog. Präferenzraum für den Nord OstLink. Innerhalb dieses Raumes ermittelten TenneT und 50Hertz den jetzt veröffentlichten Vorschlag zum Leitungsverlauf. Dieser erste Trassenentwurf ist jetzt auf den unten genannten Projekt-Webseiten einsehbar.

Ab März bieten TenneT und 50Hertz entlang des Trassenverlaufs Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie Bürgerinnen und Bürger an. Ziel ist es, durch eine frühe Information der Öffentlichkeit, eine möglichst umfassende Sicht auf die Planung zu bieten. Auf den Veranstaltungen erläutern TenneT und 50Hertz das methodische Vorgehen bei der Planung, stellen den daraus resultierenden Trassenvorschlag vor und informieren über die anstehenden Verfahrensschritte und Beteiligungsmöglichkeiten im Planfeststellungsverfahren, das im Sommer 2024 beginnt.

Die öffentlichen Informationsveranstaltungen entlang des geplanten Trassenvorschlags finden zwischen dem 4. und 15. März statt und werden über Zeitungsinserate und Aushänge bekannt gegeben. Unter folgenden Links sind sie zudem online veröffentlicht: https://www.tennet.eu/de/projekte/nordostlink bzw. https://www.50hertz.com/de/News/Details/14191/nordostlink-zeigt-planungen-auf-infomaerkten ❐



Energiewende vor Ort voranbringen

Netzwerktag für Bürgermeister und Kommunalvertreter am 26. April 2024 in Beilngries

Die Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort. Nach dem Erfolg der ersten Veranstaltung im Dezember 2023 bieten der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und die Akademie Bayerischer Genossenschaften (ABG) am Freitag, 26. April 2024, ein weiteres Netzwerktreffen für Bürgermeister und Kommunalvertreter an.

Im Zentrum steht die Frage, wie die Kommunen gemeinsam mit den Bürgern die Energiewende vor Ort vorantreiben können. Außerdem dient das Treffen dem Austausch mit Vertretern bayerischer Energie- und Kreditgenossenschaften. Die Veranstaltung findet im ABG-Tagungszentrum in Beilngries statt, Leising 16. Dauer: 9.30 Uhr bis ca. 15 Uhr. Die Tagung kostet 170 Euro pro Person inklusive Verpflegung. Das genaue Programm gibt es auf der Webseite der ABG unter www.abg-bayern.de (Veranstaltungs-Code NWB 24001 in das Suchfeld eingeben).

Anmeldung per E-Mail an: anke.gabler@abg-bayern.de ❐

Ministerrat:

Bayern setzt Masterplan Kernfusion um

Der Freistaat will Pionier bei der Energieversorgung der Zukunft sein. Hierzu gab Wissenschaftsminister Markus Blume in einer Sitzung des Bayerischen Ministerrats den Startschuss für die Umsetzung ihres Masterplans zur Förderung der Kernfusion. „Bayern ist das Update für die Republik! Andere reden vom Deutschland-Tempo, wir machen längst Bayern-Tempo und nehmen unsere Zukunft in die eigene Hand", betonte Blume.

Der Freistaat intensiviert die Fusionsforschung mit dem Ziel, eine neue, CO2-neutrale, vom Zugang zu Rohstoffen weitgehend unabhängige und allzeit verfügbare Energiequelle zu schaffen. Hochradioaktive Abfälle fallen dabei nicht an. Bereits heute verfügt Bayern laut Blume über herausragendes Know-how in diesem Bereich. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching ist eines der führenden Zentren für Magnet-Fusionsforschung der Welt in Bayern beheimatet. Mit dem CALA-Laser an der LMU stehen zudem hervorragende Forschungsbedingungen in der Laserphysik zur Verfügung.

Exzellente Ausgangsposition

Darüber hinaus sind bayerische Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen maßgeblich am Bau des europäischen Fusionsversuchsreaktors ITER in Frankreich beteiligt. Zahlreiche in Bayern ansässige Start-ups sind außerdem im Feld der Magnet- und Laserfusion tätig. „Diese hervorragende Ausgangsposition soll in einen technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden", unterstrich der Minister.

Thinktank der Kernfusionsforschung

Ziel sei es, mit technologieoffenem Ansatz und unter Beteiligung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen Start-ups und der Industrie ein einzigartiges Fusionsökosystem zu etablieren. Aus Bayern heraus sollen entscheidende Impulse zur internationalen Fusionsforschung kommen. Hierzu gründe Bayern einen Thinktank der Kernfusionsforschung und richte noch im ersten Quartal 2024 eine Kommission Kernfusion mit rund einem Dutzend der führenden Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ein.

Die Kommission entwickle Empfehlungen zum Aufbau und zur Stärkung fusionsrelevanter Kompetenzen an bayerischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterstütze die Staatsregierung beim Ausbau der Lehre und Forschung in neuartigen Kerntechnologien.

Zudem starte der Freistaat eine Ausbildungsoffensive an Hochschulen, berichtete Blume. Um Forschung und Lehre in den neuartigen Kerntechnologien zu stärken, sollen bis zu sechs neue Lehrstühle und bis zu 20 Forschungsgruppen an bayerischen Hochschulen installiert werden, gefolgt von der Einrichtung einschlägiger Studiengänge. Ziel sei es, Kernfusion und neuartige Kerntechnologien in neuen Studiengängen direkt studierbar zu machen.

Da für einen durchschlagenden Erfolg des Vorhabens und das Erreichen von Produktionsreife nationale und internationale Kooperationen notwendig sind, setzt sich Bayern u.a. im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern für die Etablierung einer nationalen Gesamtstrategie zur Kernfusion ein, die anschlussfähig für mögliche europäische und internationale Initiativen ist.

Bavarian Fusion Cluster

In einem weiteren Schritt soll als Kern und organisatorisches Fundament für das Fusionsökosystem der Bavarian Fusion Cluster eingerichtet werden. Er setzt nach seiner Etablierung das bayerische Forschungs- und Infrastrukturprogramm um und soll den Freistaat endgültig zum Hotspot innovativer Kernfusionsforschung und -technologie machen. Dabei wird von Anfang an auf Transferperspektiven gesetzt und die künftige Kommerzialisierung der Kernfusion in den Blick genommen. Das Ziel: Der Bau eines Demonstrationskraftwerks in Bayern.

Innovative Wirtschaftskooperationen im Blick

Überdies setzt der Freistaat nach Blumes Ausführungen auf innovative Wirtschaftskooperationen. Neben dem Ausbau der Forschung entwickelt er auch die Infrastruktur und die Kooperation mit Unternehmen und Start-ups weiter. Ein eigenes Forschungs- und Infrastrukturprogramm wird Transferleistungen zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups fördern und den Fokus auf die Finanzierung von öffentlich-privaten Partnerschaften legen. **DK**

Neue Energie-Ära im gläsernen Herz Deutschlands

Wiegand-Glas und Bayernwerk schließen Netzanschluss-Vertrag

Die Wiegand-Glas Holding GmbH und die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) haben mit Staatsminister Hubert Aiwanger die Pläne für die künftige Stromversorgung des Wiegand-Glaswerks in Steinbach am Wald vorgestellt. Der Behälterglashersteller will zukünftig in seinen Schmelzwannen mehr Strom einsetzen und im Gegenzug die Verwendung von Erdgas reduzieren. Ab 2028 sollen neue, zunächst hybrid- und später elektrisch betriebene Glas-Schmelzwannen eingesetzt werden. Wiegand-Glas benötigt für die Umstellung deutlich mehr Strom als bisher und braucht dafür einen direkten Anschluss an das Hochspannungsnetz. Daher hat das Steinbacher Familienunternehmen einen Netzanschluss-Vertrag mit dem Bayernwerk geschlossen.

Der Anschluss des Wiegand-Glaswerks an das Hochspannungsnetz ermöglicht dem Behälterglashersteller den Einsatz neuer, zunächst hybrider und anschließend elektrisch beheizter Schmelzwannen und ist für das Traditionsunternehmen damit ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität. Die direkte Anbindung an das Hochspannungsnetz des Bayernwerks sorgt dafür, dass der Standort ab 2028 Strom mit einer Leistung von bis zu 70 Megawatt beziehen kann. Diese Menge ist vergleichbar mit dem Stromverbrauch von rund 200.000 Zwei-Personen-Haushalten. Gegenüber dem aktuellen Netzanschluss des Standorts entspricht dies einer Verfünffachung. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betont: „Glas und Bayern gehören zusammen. Die Zukunft der Glas- und anderer Traditionsindustrien zu sichern, ist ein Schwerpunkt meiner Wirtschaftspolitik. Glas ist geschmolzene Energie. Dazu braucht es bezahlbaren und jederzeit ausreichend verfügbaren Strom. Dekarbonisierung ja – Deindustrialisierung nein!"



Neue Wege in der Glasindustrie: Oliver und Nikolaus Wiegand stellen Dr. Egon Leo Westphal (l.) und Hubert Aiwanger (r.) die Produktion vor. Bild: Uwe Moosburger/Bayernwerk Netz GmbH

Investition in eine klimaneutrale Zukunft

Für das familiengeführte Unternehmen im nördlichen Landkreis Kronach sind die neuen Schmelzwannen und der Netzanschluss eine wichtige Investition in die Zukunft: Aktuell werden am Standort Steinbach am Wald jährlich circa 110.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid ausgestoßen. Durch die Inbetriebnahme der Hybridschmelzwanne im Jahr 2028 werden diese Emissionen zunächst um knapp 20.000 Tonnen jährlich reduziert. Durch die weitere Elektrifizierung des Schmelzprozesses sollen sie künftig Schritt für Schritt weiter verringert werden. „In Summe sind sowohl die technischen als auch die betriebswirtschaftlichen Risiken immens. Die Investition ist jedoch notwendig, um die Produktion zu dekarbonisieren und den Produktionsstandort langfristig zu erhalten", so Nikolaus Wiegand, geschäftsführender Gesellschafter von Wiegand-Glas. Neben dem Netzanschluss, für den der Behälterglashersteller 19 Millionen Euro aufwendet, sind für das Unternehmen im Rahmen der Hybridschmelzwanne Investitionen von über 100 Millionen Euro notwendig. Das Unternehmen rechnet damit, dass auch in naher Zukunft Erdgas der günstigere Energieträger als Strom sein wird. Bei der Schmelztechnik wird Wiegand-Glas Pionierarbeit leisten, denn aktuell befindet sich noch keine Hybridschmelzwanne mit der geplanten Kapazität in Betrieb.

Netzausbau für eine nachhaltige Wirtschaft

„Der Ausbau des Verteilnetzes ist der Schlüssel für die Dekarbonisierung der Glasindustrie. Mit dem Netzanschlussvertrag, den wir mit Wiegand-Glas geschlossen haben, steht der Fahrplan jetzt fest und wir beginnen mit der konkreten Planung für Leitungen und die Erweiterung des Umspannwerks Windheim", erklärt Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Damit die neuen Wannen mit Strom versorgt werden, baut das Bayernwerk in den kommenden Jahren das Hochspannungsnetz in der Region aus: Bis 2028 will der Verteilnetzbetreiber das Umspannwerk in Windheim erneuern und zwei neue Hochspannungsleitungen als Erdkabel vom Umspannwerk zum Wiegand-Werk bauen. Dieser Netzausbau ist Gegenstand des Vertrags, den Bayernwerk und Wiegand-Glas geschlossen haben.

Netzausbau stärkt die ganze Region

Darüber hinaus will das Bayernwerk auch die Leitungen, die das Umspannwerk Windheim mit anderen umliegenden Umspannwerken verbinden, in den kommenden Jahren modernisieren. So kann dann mehr lokal erzeugter Strom aus erneuerbaren Quellen in das Netz eingespeist und die Stromversorgung für die gesamte Region wird langfristig gesichert werden. Die genauen Planungen für die Neubau- und Umbaumaßnahmen beginnen nun beim Bayernwerk. Der Verteilnetzbetreiber wendet in den nächsten Jahren für den Ausbau des Hochspannungsnetzes im nördlichen Landkreis Kronach eine Summe von rund elf Millionen Euro auf – zusätzlich zu den rund 19 Millionen Euro, die Wiegand-Glas für den Netzanschluss investiert.

Modellregion am Rennsteig: Glasindustrie dekarbonisieren

Im Sommer 2023 haben die Wirtschaftsminister von Bayern und Thüringen zusammen mit den Vertretern der regionalen Glasindustrie, Landkreisen, Kammern und Tarifvertragsparteien den Startschuss für die Modellregion zur Dekarbonisierung der Glasindustrie am Rennsteig gegeben. „Mit der Modellregion bekräftigen wir unseren Willen, das gläserne Herz Deutschlands weiterschlagen zu lassen. Mehr Resilienz – weniger Bürokratie wäre mein Wunsch. Seit' an Seit' mit den Thüringern und unseren grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollte es gelingen", erklärt Hubert Aiwanger.

Der Netzausbau ist eines von sieben Handlungsfeldern, die im Impulspapier zum Auftakt der Modellregion als zentrale Erfolgsfaktoren vorgestellt wurden. Die länderübergreifende Modellregion soll den Industriestandort Deutschland stärken, indem die Glasindustrie in Südthüringen und Nordbayern bei der Umstellung ihrer Energieversorgung und Produktionsprozesse auf klimaneutrale Energieträger wie Strom und Wasserstoff unterstützt wird. ❐

Bezirk Niederbayern:

Steigerung der Energie-Effizienz im Visier

Höhere Energie-Effizienz, nachhaltigere Wärmeversorgung, diverse Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen: Mit den Baumaßnahmen des vergangenen Jahres legte der Bezirk Niederbayern sein Hauptaugenmerk darauf, seine Einrichtungen und Gebäude, ob Schulen, Krankenhäuser oder Verwaltungssitze, gut für die Zukunft aufzustellen. Über den Erfolg und die Planmäßigkeit der Bautätigkeiten 2023, über Kosten, Fortgang und über künftige Projekte berichtete Bezirksbaumeister Matthias Kopf dem Bezirksausschuss von Niederbayern in Landshut.

„Energetische Sanierungen und die Erzeugung regenerativer Energie sind zentrale Zukunftsthemen, die in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Wir wollen uns bestmöglich darauf vorbereiten", so Kopf.

Neuland betrat der Bezirk etwa mit der Errichtung der Agri-PV-Anlage im Lehr- und Beispielbetrieb für Obstbau in Deutenkofen. Sie soll künftig dabei helfen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits soll die PV-Anlage ihrer vorgesehenen Bestimmung nachkommen und sauberen, regenerativen Strom erzeugen. Andererseits soll sie den Obstbäumen darunter Schatten spenden, sie vor den immer heißeren Sommern, der zunehmenden UV-Strahlung und vor Hagel schützen. Dafür wird der Bezirk insgesamt rund 250.000 Euro investieren. Die Ergebnisse der Anlage sollen laut Bezirksbaumeister Kopf in den kommenden Jahren genau beobachtet und ausgewertet werden, um der Aufgabe des Lehr- und Beispielbetriebs gerecht zu werden.

Zahlreiche Baumaßnahmen

Am Institut für Hören und Sprache in Straubing stand vor allem eine Maßnahme im Zentrum der Bautätigkeit: sommerlicher Wärmeschutz und Fassadensanierung. Über eine Million Euro investiert der Bezirk Niederbayern in dieses Projekt. Für 2024 stehen laut dem Bezirksbaumeister zudem die Errichtung einer neuen PV-Anlage und die Modernisierung der Wärmeerzeugung auf dem Plan. Im Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn wurde im vergangenen Jahr ein Fernwärmeanschluss installiert, ebenso eine PV-Anlage an der Fachschule für Gartenbau und die Generalsanierung der Schulturnhalle wurde fortgesetzt. Neben dem Bau der Agri-PV-Anlage erneuerte der Bezirk im Lehr- und Beispielbetrieb in Deutenkofen zudem die Heizungsanlage, stellte von Öl auf Pellets um. Im Fischereilichen Lehr- und Beispielbetrieb in Lindbergmühle arbeitet der Bezirk an bilanzieller Stromautarkie.

Die Energiekrise der vergangenen Jahre, so Bezirksbaumeister Kopf, habe maßgeblichen Einfluss auf viele Bauvorhaben. So setzen auch die Zweckverbände, an denen der Bezirk Niederbayern mehrheitlich beteiligt ist, auf eine Steigerung der Energie-Effizienz. In mehreren Thermalbädern sollen Maßnahmen umgesetzt werden, um Wärme aus dem abgebadeten Thermalwasser zurückzugewinnen und dem Gebäude zuzuführen. Außerdem wird an drei Standorten geprüft, inwiefern Grundwasser zur Wärmegewinnung eingesetzt werden kann, um den Verbrauch fossiler Energieträger zu reduzieren. In den Freilichtmuseen Massing und Finsterau sollen Nahwärmenetze errichtet werden, um die Gebäude mit regenerativer Energie zu versorgen.

Neben der Steigerung der Energie-Effizienz schafften es allerdings auch andere Maßnahmen auf den Plan des Bezirksbaumeisters: In den Bezirkskrankenhäusern (BKH) führte der Bezirk Niederbayern einige große Bauprojekte erfolgreich weiter, etwa die seit 2017 laufende Neustrukturierung am Bezirksklinikum Mainkofen, im Rahmen derer aktuell der dritte Bauabschnitt realisiert wird, oder die Erweiterung des BKH Passau. Außerdem begann das BKH Landshut mit der Planung für eine neue Telefonanlage und am BKH Straubing soll in diesem Jahr mit der Planung für ein neues Entlasshaus begonnen werden.

Und auch am Sitz der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern am Lurzenhof 15 in Landshut tut sich etwas: Da die Hauptverwaltung ihre von der Regierung von Niederbayern zur Verfügung gestellten Räume in naher Zukunft verlassen wird, laufen die Planung für die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes am Lurzenhof auf Hochtouren. Ende vergangenen Jahres ermächtige der Bezirksausschuss das Baureferat zur Durchführung der Planungsarbeiten.

Chancen mitgestalten

Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Bezirksausschusses, Dr. Olaf Heinrich, zeigte sich zufrieden mit den Bautätigkeiten des vergangenen Jahres und sprach Bezirksbaumeister Matthias Kopf seinen Dank dafür aus: „Es ist wichtig, dass wir uns schon jetzt um unsere Zukunft kümmern – und neuen Entwicklungen nicht hinterherhinken, sondern die Herausforderungen und Chancen der kommenden Jahre selbst mitgestalten. Nur so kann es gelingen, dass Niederbayern auch in Zukunft ein lebenswerter, innovativer und wirtschaftlich starker Raum bleibt." ❐

100 Jahre Walchenseekraftwerk:

Herzstück und Meilenstein

Am 26. Januar feierte das Walchenseekraftwerk sein 100-jähriges Bestehen. 1924 lieferte es erstmals Strom in das öffentliche Netz. In Ingenieurkreisen gilt es nach wie vor als technische Pionierleistung. Dieses besondere Jubiläum nimmt der Betreiber Uniper zum Anlass, ein Jubiläumsmagazin aufzulegen, eine Vortragsreihe zu initiieren und an verschiedenen Standorten in Südbayern mit der Öffentlichkeit zu feiern.

„Wir sind stolz darauf, so eine bedeutsame Anlage in unserem Portfolio zu haben", betonte Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, bei der Vorstellung des Jubiläumsprogramms. Das Walchenseekraftwerk sei „ein Herzstück unseres Portfolios". Für Kochels zweitem Bürgermeister Thomas Eberl stellt das Kraftwerk einen weiteren Meilenstein für die Gemeinde und ein Besuchermagnet dar.

Ab Ostern wird das Infozentrum, das jährlich rund 100.000 Besucher verzeichnet, wieder seine Pforten öffnen. Zeitgleich ist eine Sonderausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Walchenseekraftwerks im Bahnhof in Kochel geplant. Im Juni wird das Kraftwerk Aufkirchen bei Erding anlässlich seines 100. Geburtstags einen Tag der offenen Tür veranstalten. Gleiches gilt für das Kraftwerk Mühltal bei Straßlach: Dort wird im September gefeiert.

Eine Meisterleistung

Geplant wurde das am Kochelsee gelegene Walchenseekraftwerk von Oskar von Miller, um das Land Bayern und die bayerische Bahn mit Elektrizität zu versorgen. Der Bau des Walchenseekraftwerks, 1918 vom Bayerischen Landtag beschlossen, war für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine Meisterleistung. Über 2.000 Arbeiter und Ingenieure fanden Brot und Arbeit.

In dem sehr dünn besiedelten Gebiet gab es zunächst so gut wie keine Straßen oder Wohnungen für die Beschäftigten. Unter unvorstellbaren Mühen mussten die Arbeiter schwerste Bauteile wie Rohre, Turbinen und Generatoren herbeischaffen. Im Winter war das Baumaterial teilweise nur mit Schlitten zu befördern. Schwere Teile für die acht Maschinensätze kamen per Bahn nach Kochel. Über ein eigens verlegtes Gleis wurden sie zu einer Hafenanlage am Ufer gebracht. Von dort aus ging es dann per Schiff weiter zur Baustelle. Insgesamt wurden 40.0000 Kubikmeter Fels und lockeres Material zum Teil mit Pickel und Schaufel bewegt.

Entlastung der Umwelt um rund 24 Mio. Tonnen CO2

Mit einer Leistung von 124 Megawatt (MW) und einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von 300 Millionen Kilowattstunden (kWh) – das entspricht ungefähr dem Jahresverbrauch von 100.000 Haushalten – ist es noch heute eines der größten Speicherkraftwerke Deutschlands und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Deckung des Strombedarfs. Insgesamt hat das Walchenseekraftwerk in den vergangenen hundert Jahren mindestens 30 Milliarden kWh Strom erzeugt und dadurch die Umwelt - bezogen auf die historischen Emissionen des deutschen Kraftwerksparks – um rund 24 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet.

Francis-Turbinen und Pelton-Freistrahl-Turbinen als Stromlieferanten

Am eindrucksvollsten sind die sechs parallelen Druckrohre, die von einem Ausgleichsbecken im Hang, dem sogenannten Wasserschloss, zu der rund 200 Meter tiefer gelegenen Maschinenhalle führen. Dort treibt das Wasser insgesamt acht Maschinen an: vier Francis-Turbinen mit je 18 MW Leistung. Diese liefern Strom für das öffentliche Netz.

Weiter hinten in der imposanten Halle befinden sich vier Pelton-Freistrahl-Turbinen mit je 13 MW. Diese erzeugen ausschließlich Strom für die Deutsche Bahn. Diesem Strom aus Wasserkraft kommt auch vor dem Hintergrund der CO2-freien Mobilität mit der Bahn eine immer größer werdende Bedeutung zu. Da der Strombedarf während des Tages erheblich schwankt, kommt die Anlage vor allem zum Ausgleich des schwankenden Strombedarfs in beiden Netzsystemen zum Einsatz. Wird mehr Strom nachgefragt, bringen die Maschinen sofort Höchstleistung. Auch wenn etwa die Stromeinspeisung aus Sonne und Wind schwankt, gleicht das Walchenseekraftwerk aus und ermöglicht so erst die bedarfsgerechte Integration der modernen Erneuerbaren Energien in die Versorgungssysteme.

Kern der Uniper-Identität

„Gerade am Walchenseekraftwerk zeigt sich: Wasserkraft ist Uniper, Uniper ist Wasserkraft. Das ist Kern unseres Portfolios und unserer Strategie, mehr noch: unserer Identität", hob Uniper-Vorstandsmitglied Holger Kreetz hervor. „Wir betreiben allein in Deutschland Wasserkraftwerke mit einer Leistung von rund 2.000 Megawatt und loten kontinuierlich Möglichkeiten aus, weiter in das Geschäftsfeld zu investieren – beispielsweise in das bayerische Pumpspeicherkraftwerk Happurg."

Grüner Strom für die Deutsche Bahn

Wie Torsten Schein, Vorsitzender der Geschäftsführung DB Energie, erläuterte, „liefert das Wasserkraftwerk am Walchensee seit 100 Jahren zuverlässig grünen Strom für die Deutsche Bahn, lange bevor es das Wort Ökostrom überhaupt gab. Und auch heute noch ist die Wasserkraft neben der Solarenergie und Windkraft ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zur Klimaneutralität der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn ist absolute Vorreiterin beim Klimaschutz: Bis 2038 stellen wir unseren Bahnstrom komplett auf Ökostrom um – Erneuerbare Energien ersetzen Schritt für Schritt und konsequent fossile Energieträger." **DK**



V.l.: Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, Pressesprecher Theodoros Reumschüssel, Zweiter Bürgermeister Thomas Eberl (Kochel). Bild: TH

Landkreise Ebersberg und München:

Neue Daten verbessern das Solarpotenzialkataster

Noch genauer dank neuer Daten: Mithilfe des Solarpotenzialkatasters für die Landkreise Ebersberg und München können Hausbesitzer direkt vom heimischen Computer oder Smartphone aus herausfinden, ob sich das Hausdach für eine Solaranlage eignet. Einfach die eigene Adresse eingeben – und das Online-Tool zeigt mit Ampelfarben sofort das solare Potenzial des Gebäudes: von grün für „gut geeignet" bis rot für „nicht geeignet". Mit einem Klick direkt aufs Gebäude gibt es detailliertere Informationen.

Das Solarpotenzialkataster ermöglicht neben der Klärung der grundsätzlichen Eignung auch bereits eine erste, grobe Konfiguration der Solaranlage, die die Bedürfnisse der Hausbewohner berücksichtigt. So kann der individuelle jährliche Strombedarf in die Berechnung eingegeben werden, um herauszufinden, ob eine Photovoltaik-Anlage voll einspeisen oder vor allem für den Haushaltsstrom genutzt werden sollte.

Das Solarpotenzialkataster mündet in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, bei der etwa auch ein Batteriespeicher berücksichtigt werden kann. So lässt sich innerhalb weniger Minuten herausfinden, mit welcher Anlagengröße und welchen Komponenten sich welcher Effekt für das eigene Haus erzielen lässt. Und wer es danach noch genauer wissen will, kann sich durch das Expertenteam der Energieagentur gezielt in punkto Solaranlage für das eigene Haus beraten lassen.

Grundlage für die Analyse des Solarpotenzials bilden die Daten aus Laserscans, die beim Überfliegen der Region gesammelt wurden. Das Berechnungsmodell schließt auch die Verschattung durch Bäume und Gebäude mit ein.

Näheres unter: www.solare-stadt.de/kreis-ebersberg ❐

Gesetzlicher Vorrang für Erneuerbare Energien

10. Treffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland

Das Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen im Oberland befindet sich im Endspurt. Bis Ende 2024 sollen 1.727 Tonnen CO2 eingespart werden. Beim 10. Netzwerktreffen im Januar in Fischbachau motivierte Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, weiter Projekte zu beschließen und in Umsetzung zu bringen.

Er verwies auf die günstige Konstellation innerhalb des Netzwerks sowie darauf, dass in diesem Rahmen das „Adaptieren" von erfolgreich umgesetzten Maßnahmen ausdrücklich erwünscht ist und die teilnehmenden Kommunen voneinander lernen können.

Der Fachvortrag des Netzwerktreffens beschäftigte sich mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Auswirkungen für Gemeinden. Mit dem im Juli 2022 in Kraft getretenen §2 EEG soll erneuerbaren Energien bei Genehmigungsverfahren ein Vorrang eingeräumt werden. Saskia Militz von der Stiftung Umweltenergierecht erklärte, dass erneuerbare Energien durch die gesetzgeberische Festschreibung ein besonders hohes Gewicht bei Abwägungen bekommen, da diese im überragenden öffentlichen Interesse liegen.

Kleinwasserkraft mit viel Potenzial

Eine Form der Erneuerbaren Energien, die Kleinwasserkraft, hat im Oberland noch viel Potenzial, um genutzt zu werden. Auch in einigen teilnehmenden Kommunen ist noch Potenzial vorhanden. Dies zeigte Anian Pauli von der IHK München und Oberbayern bei seinem Vortrag auf. Bei der Kleinwasserkraft wird die im Höhenunterschied liegende potenzielle Energie in Fließgewässern zu elektrischer Energie umgewandelt. Kleinwasserkraft kann dadurch eine Möglichkeit darstellen, um die Grundlast bei Kommunen abzudecken.

Besichtigung im Gemeindegebiet Achau

Zum Abschluss des Netzwerktreffens lud Bürgermeister Stefan Deingruber die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, eine Kleinwasserkraftanlage zu besichtigen. Ludwig Leitner, Eigentümer und Betreiber der Wasserkraftanlage im Gemeindegebiet Achau erklärte die Funktionsweise und teilte seine Leidenschaft für diese Art der CO2-freien Stromerzeugung mit den Netzwerk-Beauftragten. ❐

Renexpo Interhydro:

Fachmesse für Wasserkraft

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich am 21. und 22. März wieder Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt innerhalb der Wasserkraftwirtschaft als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Aussteller und Besucher erwarten hochwertige Kontakte rund um alle Belange der Wasserkraft.



Advertorial

Praxis- und dialogorientiert

Innovations- und Zukunftspotential des nachhaltigen Energieträgers stehen ebenso im Mittelpunkt, wie aktuelle Herausforderungen. Auf der Agenda finden sich topaktuelle Branchenthemen rund um Wirtschaftlichkeit, ökologische Aspekte und neueste Produktentwicklungen. Wirtschaft und Politik geben sich hier die Hand, um die nächsten wichtigen Weichen zu stellen. Die Fachmesse verfolgt einen praxisnahen Ansatz, ergänzt durch ausgewählte Fachvorträge einschlägiger Experten aus der Branche.



Bilder: Home of Content

Messeprogramm, das sich gewaschen hat

Beide Messetage gestalten sich umfassend und informativ für alle Akteure und ihre Interessen. Fallstudien, Präsentationen und Diskussionen finden ihren Platz im Salzburger Hydroversum. Gestartet wird zu Beginn mit einem Energietalk zum Thema „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung". Erwähnt sei auch die Brücke, die zum Katastrophenschutz geschlagen wird: „Die Rolle der Kleinwasserkraft für den Katastrophenschutz". Auch die wichtige Aufgabe als Backup im Falle eines Blackouts wird behandelt werden. Ihre bedeutende Rolle im zukunftsträchtigen grünen Energiemix wird vom bekannten Eneuerbare-Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, in „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung" untermauert.

Expert Event „Rivermanagement and Ecology"

Zeitgleich zur Fachmesse findet ein Expert Event in Kooperation mit dem vgbe energy e.V. und dem VÖU statt. vgbe ist der internationale Fachverband für die Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme; ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen von Kraftwerksbetreibern und -herstellern. Der Verein für Ökologie und Umweltforschung versteht sich als Dialogplattform für Energie- und Umweltthemen und hat es sich zum Ziel gesetzt, einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Anforderungen zu fördern. Bei der Konferenz treffen führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Eine separate Anmeldung für die Konferenz ist erforderlich.

Informationen & Anmeldung

Die Renexpo Interhydro bietet Europas Wasserkraft die notwendige Bühne, um durch gemeinsames Engagement Wachstums-, Förder- und Revitalisierungsmaßnahmen weiter voranzutreiben. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserkraftwirtschaft.

Tickets sowie Informationen zu Ausstellern und Programm finden Sie unter www.renexpo-interhydro.eu. ❐



VDV-Positionen zu ÖPNV-Bilanz und Schienennetz

Rund 9,5 Milliarden Fahrgäste waren nach Berechnungen des Branchenverbands VDV 2023 deutschlandweit mit Bussen und Bahnen unterwegs – das sind rund 8 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit habe sich die Nachfrage im deutschen ÖPNV nach jahrelangen pandemiebedingten Einbrüchen weiter erholt, bilanzierte der Verband.

Gleichzeitig blieben im vergangenen Jahr die Kosten für Personal, Strom und Diesel weiter auf hohem Niveau. 2023 zahlte die Branche im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 Prozent mehr für ihren Strom und 54 Prozent mehr für Dieselkraftstoff. Hingegen sind die Ticketpreise – vor allem durch das 9-Euro-Ticket und das Deutschland-Ticket – im selben Zeitraum branchenweit um durchschnittlich gut 23 Prozent gesunken. Die hohen Kosten bei sinkenden Einnahmen stellen die Branche daher vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Ruf nach ehrlicher Debatte

Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann erläuterte, „wird die Lücke zwischen Ticketeinnahmen und Kostenentwicklung immer größer, so dass der wirtschaftliche Druck auf die Branche extrem zunimmt. Wir brauchen eine ehrliche und umfassende Debatte darüber, was der ÖPNV in Deutschland künftig leisten soll und unter welchen finanziellen Bedingungen er im Stande ist, dies zu tun. Ticketpreise zu minimieren und gleichzeitig das Bus- und Bahn-Angebot maximieren zu wollen, um Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, wird als Gesamtrechnung nicht aufgehen. Oder zumindest nur mit erheblichen zusätzlichen Investitionen durch Bund und Länder."

Die Branche wertet den durch das Deutschland-Ticket erreichten Fahrgastzuwachs als Erfolg und sieht noch weiteres Wachstumspotenzial. Bei den inzwischen rund elf Millionen Abonnenten kommt das Angebot sehr gut an: 95 Prozent der Menschen, die ein Deutschland-Ticket besitzen, sind damit insgesamt zufrieden. „Daran sieht man, dass die Einführung des Deutschland-Tickets der richtige politische Impuls war. Und man sieht, dass die Branche dies mit entsprechender Energie und Professionalität in kurzer Zeit sehr gut umgesetzt hat. Diesen Erfolgsweg müssen wir nun gemeinsam mit Bund und Ländern weitergehen", unterstrich Wortmann.

Preisstabilität des Deutschland-Tickets

Die Entscheidung der Verkehrsministerkonferenz zur Preisstabilität des Deutschland-Tickets in diesem Jahr sei für die weitere Nachfragesteigerung richtig und wichtig, so der VDV-Präsident. „Für uns als Branche bleibt jedoch die Frage der vollständigen Finanzierung des Tickets weiterhin offen. Das ist nicht gut, denn die Verkehrsunternehmen brauchen längerfristige Planungssicherheit. Aktuell wissen wir nicht, wie lange die zugesagten Finanzmittel des Bundes und der Länder ausreichen, um die Verluste auszugleichen. Und wir wissen nicht, was danach kommt. Wir müssen deshalb schnell miteinander über eine dauerhaft tragfähige Finanzierung des Deutschland-Tickets sprechen."

Aus Sicht der Branche können in den kommenden Jahren weitere Wachstumspotenziale beim Deutschland-Ticket gehoben werden, so dass unter entsprechenden Rahmenbedingungen rund 15 Millionen Tickets ein realistisches Wachstumsziel sein können. Dafür würden die Voraussetzungen und politische Beschlüsse, etwa der Preisentwicklung, bei der Verlässlichkeit des Angebots, bei der Verstetigung von rabattierten Job- und Studierendentickets sowie bei der zielgruppenspezifischen Weiterentwicklung und bei der konsequenten Vermarktung des Tickets benötigt.

Verdreifachung der angemeldeten Projekte im GVFG

Das vergangene Jahr hat nicht nur einen deutlichen Zuwachs bei den Fahrgastzahlen gebracht, sondern auch in einem ganz anderen Bereich: Im sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) haben die Verkehrsunternehmen mehr Infrastrukturprojekte zur Förderung angemeldet als je zuvor. Das Gesetz wurde im Jahr 2020 novelliert und in diesem Zuge finanziell aufgestockt. Dadurch ist inzwischen eine Verdreifachung der angemeldeten Projekte zu verzeichnen. Aktuell sind im GVFG insgesamt 407 Projekte aus den Bereichen „Grunderneuerung", „Reaktivierung", „Elektrifizierung" und „Bahnhöfe, Stationen, Haltestellen" angemeldet. Ein klares Zeichen für den dringenden Bedarf an Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen sowie dafür, dass die Branche sich längst konsequent auf den Weg gemacht hat, durch Baumaßnahmen und Qualitätsverbesserungen mehr Kapazitäten im ÖPNV zu erreichen.

Ruf nach höheren Fördermitteln

Aus Sicht des VDV wäre es angesichts dieser Rekordzahlen und vieler weiterer förderfähiger Bauprojekte in der Branche, die bereits in Vorbereitung sind, angebracht, die Mittel im GVFG ab 2025 von zwei auf drei Milliarden Euro zu erhöhen. Eine Milliarde zusätzlich sei gemessen am Gesamthaushalt des Bundesverkehrsministers ein relativ geringer Betrag, der daher auch in haushalterisch schwierigen Zeiten umsetzbar wäre. „Die Erhöhung der Fördermittel im GVFG auf drei Milliarden jährlich ab 2025 hätte eine extreme Hebelwirkung, um unsere Infrastrukturen noch schneller und konsequenter mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor um- und ausbauen zu können", betonte Wortmann.

Themenwechsel. Der Bund wird sich künftig an den Kosten der Unterhaltung und Instandhaltung des Schienennetzes beteiligen können. Der Bundestag billigte hierzu nunmehr einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Der VDV begrüßt dieses Vorgehen. „Damit wird neben Aus- und Neubau nun auch die wichtige Sanierung der vorhandenen Infrastrukturen finanziert. Auf dem Weg zur angekündigten Gemeinwohlorientierung der Bundesschienenwege ist das ein entscheidender Schritt", unterstrich VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff. DK

Feierliche Auszeichnung:

„Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern"

Bei einem Festakt in München erhielten acht Kommunen die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern", zwei Städte wurden rezertifiziert und zwölf Kommunen konnten feierlich als neue Mitgliedskommunen in die AGFK Bayern aufgenommen werden.

Zu der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) und des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in der Scholastika, im Herzen Münchens, konnte Moderator Roman Roell rund 80 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden begrüßen.

Zentraler Bestandteil der Mobilitätspolitik

Der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter übermittelte in einer Videobotschaft seine Grußworte: „Die Gemeinschaft der Kommunen, die sich für den Radverkehr einsetzen, wird immer stärker. Die acht neu zertifizierten Kommunen haben sich das Prädikat „Fahrradfreundlich" redlich verdient! Durch ihr aktives Engagement machen sie das Radfahren vor Ort besonders attraktiv. Als Verkehrsminister liegt mir das Thema am Herzen, denn wir wollen, dass immer mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen. Die Förderung des Radverkehrs ist deshalb ein zentraler Bestandteil der bayerischen Mobilitäts- und Verkehrspolitik." Vertreten wurde Bernreiter von Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Arbeitsgemeinschaft wächst stetig

Die Festveranstaltung ist einer der Höhepunkte im Vereinsjahr der AGFK Bayern, zeigt sie doch das stetige Wachstum der Arbeitsgemeinschaft: Zum Jahresbeginn stieg die Zahl der Mitgliedskommunen von 119 auf 130. Damit ist die AGFK Bayern bundesweit einer der größten kommunalen Zusammenschlüsse für Radverkehrsförderung. „Der jährliche Zuwachs neuer Mitgliedskommunen zeigt den Bedarf, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Die Kommunen können auf ein großes Netzwerk zurückgreifen und von den Erfahrungswerten anderer Städte, Gemeinden und Landkreise profitieren. Die Angebote der AGFK Bayern unterstützen dabei, das Ziel „fahrradfreundliche Kommune" schneller zu erreichen", so Robert Niedergesäß, Vorsitzender der AGFK Bayern und Landrat des Landkreises Ebersberg in seiner Begrüßungsansprache.

Dauerhafter Mitgliedschaft geht Prüfung voraus

Voraussetzung für eine dauerhafte Mitgliedschaft in der AGFK Bayern ist die Auszeichnung als „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern", die vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr verliehen wird. Im Prüfverfahren für die Auszeichnung werden die Kommunen nach einem einheitlichen Kriterienkatalog auf ihre Fahrradfreundlichkeit geprüft. Acht AGFK-Mitgliedskommunen haben sich dem anspruchsvollen Verfahren mit Erfolg unterzogen und dürfen von 2024 bis 2030 offiziell den Titel tragen: Die Städte Friedberg und Mindelheim, die Gemeinden Gmund a. Tegernsee und Neuendettelsau, die Märkte Bruckmühl und Holzkirchen sowie die Landkreise Dingolfing-Landau und Erlangen-Höchstadt. Dr. Thomas Gruber und Robert Niedergesäß überreichten ihnen feierlich die Auszeichnungen. Insgesamt tragen den Titel „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern" inzwischen 70 Kommunen. Die Auszeichnung ist ein Anreiz, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen.

Erfolgreicher Rezertifizierungsprozess

Auch bereits ausgezeichnete Mitgliedskommunen unterliegen einer Fortschrittsverpflichtung. Die Anerkennung für geleistete Radverkehrsaktivitäten erfordert nach sieben Jahren eine Rezertifizierung. Im Jahr 2023 durchliefen die Städte Landshut und Ingolstadt sowie der Landkreis Fürth den Rezertifizierungsprozess erfolgreich. Auch sie erhielten erneut das Siegel, der Landkreis Fürth wurde bereits im Herbst im Rahmen des Fachgesprächs Radverkehr der AGFK Bayern ausgezeichnet.

Neue Mitgliedskommunen

Zwölf neue Mitgliedskommunen konnte die AGFK Bayern im vergangenen Jahr ebenfalls aufnehmen, die nun ihre Urkunde erhielten: Die Städte Bogen, Buchloe, Deggendorf und Neuburg an der Donau, die Gemeinden Pullach im Isartal und Seeshaupt, den Markt Wendelstein sowie die Landkreise Cham, Dachau, Günzburg, Miltenberg und Regensburg. Sie werden sich in den nächsten Jahren auf das Prüfverfahren zur „Fahrradfreundlichen Kommune in Bayern" vorbereiten.

Den Auftakt der Feierlichkeiten machten Lukas Maier von „Bühnenpolka" am Flügel und Christl Sittenauer von der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft", Gesang, mit einem bekannten Fahrradlied. Vor den feierlichen Neuaufnahmen begeisterte das Improvisationstheater „Bühnenpolka" die Gäste. Souverän und humorvoll setzte das Ensemble aus dem Publikum zugerufene Begriffe aus der Radverkehrsförderung um. ❐



V.l.: Niklas Garrn (Projektleiter Parkdepot), Felix M. Schaumberg (GF Kommondo), Martina Höck (Zweite Bürgermeisterin Bad Kohlgrub), Christian Hollrieder (Geschäftsführer Bad Kohlgrub).

Bild: Kommondo

Eine einzigartige Lösung für modernes Parkmanagement

Erfolgreicher Start der volldigitalen Parkanlage in Bad Kohlgrub

Christian Hollrieder, Geschäftsleiter der Gemeinde Bad Kohlgrub, ist begeistert über den erfolgreichen Start der volldigitalen Parkanlage in der Gemeinde. Gemeinsam mit den Projektpartnern Kommondo und der Technologiefirma Parkdepot wurde eine wegweisende Lösung entwickelt, die den Bedürfnissen der Kunden optimal gerecht wird.

Die Projektzusammenarbeit erwies sich als äußerst effizient und lösungsorientiert, wobei das Zusammenspiel der Akteure, Techniklieferanten und Systemintegratoren unter der Branchenkenntnis von Kommondo Geschäftsführer Felix M. Schaumberg und Projektleiter Niklas Garrn von Parkdepot (Division Paid Parking) einen reibungslosen Ablauf gewährleistete.

Kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten

Die Parkanlage, insbesondere die Parkplätze an der Schwebebahn, wurden durch ein innovatives digitales Parksystem ersetzt. Früher verwendete Parkscheinautomaten, die physisch kontrolliert werden mussten und oft ignoriert wurden, gehören der Vergangenheit an. Stattdessen erfolgt nun eine 100-prozentige kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten mittels digitaler Kennzeichenerfassung, was Ausfälle verhindert und die Effizienz steigert.

Kunden profitieren von einem verbesserten Zahlungssystem am Kassenautomaten, das ihnen die Auswahl der zuletzt eingefahrenen Kennzeichen ermöglicht und somit zu einer deutlichen Reduzierung von Fehlern führt. Die Bezahlung kann bequem per Bargeld, ApplePay, Kreditkarte oder auch online innerhalb von 24 Stunden nach erfolgter Parkzeit erfolgen.

Als zusätzlicher Anreiz wird die Parkgebühr beim Kauf eines Bergbahn-Tickets angerechnet. Kurzzeitparkern, wie beispielsweise Familien, die den Waldkindergarten besuchen, wird eine kostenlose Parkzeit von 30 Minuten gewährt.

Das Konzept der volldigitalen Parkanlage erfreut sich sowohl bei den Besuchern als auch beim Betreiber großer Beliebtheit und läuft seit der Einführung reibungslos. Um dem wachsenden Bedarf an Elektromobilität gerecht zu werden, wird bereits über den Ausbau der Parkflächen um E-Ladesäulen diskutiert.

Eine der Herausforderungen für eine der modernsten Parkanlagen sind die kommunalen Anforderungen und die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung. Die Gemeinde Bad Kohlgrub hat diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert und eine herausragende Parklösung für Einheimische und Besucher installiert. ❐

Schweinfurter ÖPNV-Strategie 2024:

Gemeinsam für eine zukunftssichere Mobilität

Unter dem Leitmotiv „Innovation und Modernisierung" entwickelt die Stadtwerke Schweinfurt GmbH eine umfassende Strategie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ziel ist es, eine umweltfreundliche, effiziente und benutzerfreundlichere Mobilität zu schaffen, die die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Aktivität fördert.

Zu den Maßnahmen, die im Rahmen dieser Strategie umgesetzt werden, zählt die Fahrplanauskunft via Google Maps: Die Stadtwerke Schweinfurt machen ihre Fahrplandaten in Google Maps verfügbar, um den Zugang zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel so einfach wie möglich zu gestalten. Routen können bequem und linienübergreifend geplant werden, inklusive Fußwegen und Umsteigepunkten. In Zukunft werden auch die Live-Positionsdaten der Busse in das System eingebunden.

Seit November 2023 können Fahrgäste in Schweinfurt zudem ihr Ticket direkt mit dem Smartphone über die App „FAIRTIQ" erwerben. Bei diesem Kooperationsprojekt zwischen der Stadtwerke Schweinfurt GmbH, der Nahverkehr Mainfranken GmbH und dem Landkreis Schweinfurt erfolgt die Tarifberechnung automatisch GPS-basiert anhand der Luftlinie zwischen Start- und Endhaltestelle.

Die Stadtwerke Schweinfurt setzen auf einen rein bargeldlosen Ticketkauf mittels Kartenzahlung und Mobile Payment. Es gibt keine Notwendigkeit, sich mit Tarifstrukturen zu beschäftigen, da eine tagesgenaue Bestpreisgarantie sicherstellt, dass alle Fahrgäste den für sie individuell besten Fahrpreis entrichten. Mit der Umstellung auf ein vollständig kontaktloses Fahrscheinsystem sieht sich die unterfränkische Stadt als Vorreiter in Deutschland.

Bei der eigenen ÖPNV-Flotte liegt das Augenmerk der Stadtwerke auf einem batterieelektrischen Antrieb als nachhaltige Mobilitätslösung für umweltfreundlichen Verkehr. Zwei moderne E-Busse befinden sich bereits seit Herbst 2023 im regulären Betrieb, vier weitere werden im Laufe dieses Jahres hinzukommen. Mit zusätzlichen 17 Fahrzeugen, die im Jahr 2025 ihren Betrieb aufnehmen, werden über 50 Prozent des Fuhrparks komplett elektrisch unterwegs sein.

Im Zuge der Umstellung von Fahrscheinsystem und Fahrzeugen wird auch das bestehende Liniennetz unter Zuhilfenahme moderner, cloudbasierter Planungssoftware geprüft und angepasst. Ziel der Stadtwerke ist es, die Mobilitätsbedürfnisse ihrer Fahrgäste jetzt und in Zukunft vollständig zu erfüllen. Dabei werden die Empfehlungen des Nahverkehrsplans (NVP) für Schweinfurt aufgenommen, so dass u. a. verbesserte Umsteigebeziehungen und mehr Direktverbindungen einen reibungslosen und zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr garantieren. **DK**

Gleisanschluss-Charta 2024 an den Bund übergeben

Auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr in Berlin fordern 56 Organisationen mehr Gleisanschlüsse und moderne, kundennahe Zugangsstellen

Auf Initiative des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) setzen sich 56 Verbände und Organisationen aus Industrie, Handel, Logistik, Bau-, Land- und Holzwirtschaft, Recycling und Kommunen gemeinsam für die Stärkung und Förderung von Gleisanschlüssen im deutschen Schienennetz ein.

Die nach 2019 erstmals aktualisierte Gleisanschluss-Charta wurde auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr (SGV) an Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr (BMDV) und Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr, von VDV-Vizepräsident Joachim Berends überreicht.

Zahlreiche Vorschläge

„Seit der Erstauflage 2019 wurden bereits viele Vorschläge der Charta umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Doch wir sind noch längst nicht am Ziel und es sind weitere Themenfelder hinzugekommen. 56 Unterzeichnerorganisationen unterbreiten Maßnahmenvorschläge, damit wir mit mehr und modernen Gleisanschlüssen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken – und das Klima schützen.“ Das BME-/VDV-Forum verzeichnet mit 280 Teilnehmenden eine Rekordbeteiligung.

Kundennahe Zugangsstellen

Fehlende Gleisanschlüsse vor Ort wirken sich negativ auf Schienengüterverkehrsangebote aus: Wagenladungsverkehre beispielsweise bauen auf kundennahe Zugangsstellen auf. Damit auch diese Systeme einen Beitrag zum Verkehrswachstum auf der Schiene leisten können, bedarf es einer deutlichen Stärkung ihrer Zugangsstellen. Dafür setzt sich das Bündnis ein. „Nur mit möglichst vielen Zugangspunkten für den Schienengüterverkehr werden wir unser Ziel erreichen, Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und den Anteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf 25 Prozent zu erhöhen. Daher fördert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr private Investitionen in Neubau, Ausbau, Reaktivierung und Ersatz von Gleisanschlüssen, um Güterverkehre auf umwelt- und klimafreundliche Schiene zu verlagern und bestehende Güterverkehre auf Schiene zu halten“, so BMDV-Staatssekretär Michael Theurer bei der Übergabe der Gleisanschluss-Charta 2024.

97 Maßnahmen

Die Gleisanschluss-Charta zielt darauf ab, den Schienengüterverkehr durch bessere Rahmenbedingungen für Gleisanschlüsse und kundennahe Zugangsstellen zu stärken. Sie soll die verkehrspolitische Diskussion auch auf die Anbindung von Zugangsstellen an das öffentliche Eisenbahnnetz lenken und konkrete Maßnahmenvorschläge für eine bedarfsgerechte Schieneninfrastruktur liefern. Die Charta verfolgt fünf Hauptziele und schlägt 97 konkrete Maßnahmen vor, um den Schienengüterverkehr zukunftsfähig zu machen und den Marktanteil der Schiene zu erhöhen.

Stärkung der Knotenpunkte

Sie befasst sich auch mit der Stärkung tri- beziehungsweise multimodaler Knotenpunkte und Umschlagterminals, um effiziente Transportsysteme zu ermöglichen. Dr. Helena Melnikov, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) erklärt dazu: „Wir unterstützen die zentralen Forderungen der Charta nach Kräften. Es geht jetzt vor allem darum, Bürokratie abzubauen und Regularien zu vereinfachen. Gleichzeitig müssen die Gleisanschlussförderung verbessert, mehr Gewerbeflächen an die Schiene angebunden und neue Transportkonzepte unter Einbindung von Gleisanschlüssen geschaffen werden.“

Informationen: https://www.vdv.de/gleisanschluss-charta-startseite.aspx . ❐

Verkehrsdosierampel an der Achenseestraße:

Grenzüberschreitendes Pilotprojekt

Der (Maut-)Ausweichverkehr über die B 181 Achenseestraße sorgt an Hauptreisetagen immer wieder für massive Verkehrsprobleme in der Achenseeregion. Bis zu 16.500 Fahrzeuge täglich passieren die Straße an verkehrsintensiven Wochenenden. Es gilt, die Belastung der Bevölkerung entlang dieser Route auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, die Versorgungssicherheit in den umliegenden Gemeinden zu gewährleisten und Staus sowie lange Wartezeiten nach Möglichkeiten zu reduzieren.

Deshalb hat die Bezirkshauptmannschaft Schwaz in enger Zusammenarbeit mit den Euregio SBM-Partnern, den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach, auf Basis der Euregio SBM Strategie für Verkehr und Mobilität ein Verkehrskonzept erstellt. Neben den bereits etablierten Abfahrverboten wurde als Pilotprojekt an den beiden verkehrsintensiven Samstagen, 10. und 17. Februar, eine Verkehrsdosierampel im Gemeindegebiet von Achenkirch eingesetzt. Die daraus gewonnenen Daten und Erfahrungen werden evaluiert, bevor die Verkehrsdosierampel für zwei weitere Samstage, 23. und 30. März 2024, eingesetzt wird.

„Mit dem System möchten wir den Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße regulieren und damit die Verkehrsflüssigkeit verbessern. Dies kommt nicht nur der lokalen Bevölkerung, sondern auch den Durchfahrenden zugute“, erklärt der Bezirkshauptmann von Schwaz, Michael Brandl. „Nach Beendigung des Pilotprojektes werden die gesammelten Daten ausgewertet und dienen als faktische Grundlage für künftige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region.“

Die Herausforderungen entlang der B 181 sind grenzüberschreitend – auch Gemeinden in Bayern sind von dem massiven Verkehrsaufkommen betroffen. „Gemeinsam appellieren wir daher auch an die Autofahrerinnen und Autofahrer, die aus Deutschland Richtung Tirol fahren: Der massive Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße belastet die Bevölkerung und den Verkehrsfluss. Anstatt dieser vermeintlichen Ausweichroute, entlang der es oft zu stundenlagen Verzögerungen durch Staubildungen kommt, bitten wir, die meist staufreie und damit schnellere Strecke über die Inntalautobahn A 12 via Kufstein zu nutzen. Eine Tagesvignette ist für PKW mit wenigen Klicks online um 8,60 Euro erhältlich“, sind sich BH Brandl und seine bayerischen Amtskollegen, Olaf von Löwis of Menar, Landrat im Landkreis Miesbach und Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz Wolfratshausen, einig. Diesen Appell finden Verkehrsteilnehmende auch auf einer Hinweistafel an der Autobahnabfahrt in Holzkirchen in Bayern. ❐

Bus, Bahn, Fahrradwege:

Verkehr in Grenzregion Pilsen-Oberpfalz im Fokus

Grenzüberschreitende Arbeitsgruppe tagt an der Regierung der Oberpfalz

Regensburg. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Lösungen: Egal ob Bahn, Bus oder Fahrradwege – das Thema Verkehr macht an Ländergrenzen nicht Halt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Region Pilsen und der Oberpfalz tagte an der Regierung der Oberpfalz, um die verschiedenen Aspekte, Herausforderungen und Handlungsfelder im grenzüberschreitenden Verkehr zu beleuchten und die Zusammenarbeit zu forcieren.

„Der Austausch auf Arbeitsebene ist eng und besteht seit über zwei Jahrzehnten unserer Regionalkooperation“, betont Josef Kreitinger, Leiter des Sachgebiets Straßenbau an der Regierung der Oberpfalz und Organisator des Treffens. Aktuell läuft eine neue Förderperiode des INTERREG-Programms zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe Verkehr der aktuellen Förderperiode fand im vergangenen Herbst in Pilsen statt, nun folgte in Regensburg ein zweites Arbeitstreffen – und damit die Gelegenheit, die seitdem erfolgte Weiterentwicklung der Projekte zu diskutieren.

Fahrradwege dies- und jenseits

Auf der Agenda: Fahrradwege dies- und jenseits der Ländergrenze. Projekte auf tschechischer Seite entlang der Grenze erläuterte Vladimír Kroc, regionaler Koordinator für Fahrradverkehr Kraj Pilsen. Tobias Bäumler, Leiter des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach, und Berthold Schneider, Bereichsleiter Straßenbau am Staatlichen Bauamt Regensburg, stellten aktuelle Entwicklungen auf Oberpfälzer Seite vor.

Ausbau des Linienverkehrs

Auch ein möglicher Ausbau des öffentlichen Linienverkehrs wurde besprochen. Einen Einblick in die Thematik und zu Verbundraumstudien gaben Martin Fencl von POVED, dem Organisator des öffentlichen Verkehrs in Pilsen, und Thomas Ederer, Sachgebietsleiter ÖPNV/Mobilität am Landratsamt Cham.

Johannes Schneider, der stellvertretende Leiter der Abteilung Planung bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH und Hilmar Jarzambek zeigten den aktuellen Stand der Regionalzugverbindungen im Bereich Oberpfalz/Niederbayern in die Region Pilsen und mögliche Entwicklungen.

Regionalkooperation: Ein grenzüberschreitendes Erfolgsprojekt

Die intensive grenzübergreifende Zusammenarbeit des Bezirks Pilsen und des Regierungsbezirks Oberpfalz ist seit vielen Jahren ein entscheidender Motor für das Zusammenwachsen des Grenzraumes und das Aufblühen beider Regionen. Im November 2001 mit der „Pilsener Erklärung“ ins Leben gerufen, hat sich die Regionalkooperation mittlerweile zu einem Vorzeigemodell und Vorbild für grenzübergreifende Zusammenarbeit entwickelt. Sie versteht Kooperation nicht nur als tägliche Aufgabe auf Verwaltungsebene, sondern auch als festes Ziel, gemeinsam den Wettbewerb mit anderen Regionen Europas aufzunehmen und sich als gleichwertiger Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum zu behaupten.

EU-Fördermittel

Finanziell gestützt wird die Regionalkooperation mit dem aktuellen Projekt „Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Chancen“ durch Mittel der Europäischen Union (INTERREG Bayern – Tschechien 2021-2027).

Mit Leben gefüllt und inhaltlich getragen wird die Regionalkooperation von verschiedenen fachlichen Arbeitsgruppen der beiden Institutionen, die sich länderübergreifend zu Themen wie Bildung, Gesundheit, Regionalentwicklung, Verkehr und Umwelt austauschen.

Die regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen bieten den idealen Raum, um Leitthemen mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltungen und Organisationen zu erörtern und zu vertiefen. Um das Zusammenwachsen der Regionen auch vor Ort in den Landkreisen zu unterstützen, werden Jahr für Jahr neue grenzüberschreitende Projekte gefördert. ❐

„Wichtiges Zeichen für die Region“

Landrat Raith dankt Verkehrsminister Bernreiter für seine Zusage zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach

Regen. Landrat Dr. Ronny Raith ist über die Signale aus München zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach hoch erfreut: „Die Zusage von Minister Bernreiter, einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung in den Bayerischen Landtag einzubringen und somit den Dauerbetrieb zu realisieren, sehe ich äußerst positiv. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Region“, erklärte Raith. Er dankte Verkehrsminister Bernreiter ganz offiziell für diese wichtige Entscheidung und seinen Einsatz für einen zukunftsfähigen Schienenverkehr im Landkreis und darüber hinaus.

Infrastruktur und im Besonderen der ÖPNV seien für das Arberland ganz zentrale Themen, auch und gerade im Hinblick auf den Landkreis als Wirtschafts- und Tourismusregion. Entsprechend wolle sich der Landkreis beim ÖPNV weiterhin tatkräftig einbringen, setze aber auch auf die Unterstützung der Aufwandsträger Freistaat Bayern und Bund. Gotteszell-Viechtach sei hier ein wichtiger Schritt.

„Hinsichtlich der Strecke Gotteszell-Viechtach möchte ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank für ihr Engagement für unsere Heimat aussprechen, besonders dem Verein Go-Vit und Dr. Wolfgang Schlüter, deren Einsatz dazu beigetragen hat, dass diese Entscheidung so gefallen ist“, so der Landrat. ❐





Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

Bucher Municipal Wernberg GmbH:

Zuverlässiger Partner für Winterdienstgeräte

Bayerischer Anbieter mit starkem Händlernetzwerk

Die Bucher Municipal Wernberg GmbH festigt ihre Position als führender Anbieter von Winterdienstgeräten in Bayern und stärkt ihr Händlernetzwerk mit renommierten Partnern in der Region.

Mit einer breiten Palette von Schneepflügen, Salz- und Solestreuautomaten, sowie Hydrauliksanlagen, bietet Bucher Municipal Wernberg GmbH hochwertige Lösungen für den effizienten Winterdienst. Die Produkte zeichnen sich durch ihre Zuverlässigkeit, Langlebigkeit und Benutzerfreundlichkeit aus, wodurch sie zu einer unverzichtbaren Wahl für Kommunen, Unternehmen und Dienstleister im Winterdienst werden.

Entscheidend für eine flächendeckende Verfügbarkeit und den erstklassigen Kundenservice ist sicherlich ein starkes Händlernetzwerk. Die langjährigen Partner Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten, Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG in Neu-Ulm, Carl Beutelhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH in Hagelstadt, Carl Beutelhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG in Kulmbach, KLMV GmbH in Oberkotzau und Kurt Herold GmbH & Co. KG in Würzburg gewährleisten einen Rundum-Service.

Diese Händler sind bekannt für ihre Fachkompetenz, ihren exzellenten Kundenservice und ihre langjährige Erfahrung in der Branche. Durch die Partnerschaft mit diesen etablierten Unternehmen wird die Verfügbarkeit von Bucher Municipal Winterdienstgeräten weiter optimiert und ein flächendeckender Support sichergestellt.

Ziel: Effizient und kostengünstig

„Wir sind stolz darauf, mit diesen herausragenden Händlern zusammenzuarbeiten, um unseren Kunden in Bayern einen noch besseren Service bieten zu können“, sagt Victoria Rasoulkhani, Geschäftsführerin von Bucher Municipal Wernberg GmbH. „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Winterdienstaktivitäten unserer Kunden effizienter und kostengünstiger zu gestalten.“ ❒

Umbau vom Fichtenforst zum Zukunftswald

Kirchenlamitz. Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) entsteht im Kirchenlamitzer Ortsteil Raumetengrün auf einer Fläche von 4,6 Hektar ein klimastabiler Zukunftswald. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) lässt der Energienetzbetreiber einen kargen Fichtenreinbestand zu einem artenreichen Buchenmischwald umbauen.

Ähnlich einem Elefantenrüssel holt der 15 Meter lange Greifarm des Harvesters ausgewählte Baumstämme aus dem Fichtendickicht. Das Aggregat an seiner Spitze greift, sägt und entfernt Äste in einem Zug. Der Forstarbeiter steuert jede Bewegung von seiner Kabine aus. Dabei muss er sehr viel Feingefühl beweisen, denn die zuvor markierten Zukunftsbäume sollen unversehrt bleiben. Sie bilden den Schirm für den zukünftigen Wald-Typ, der hier wieder entstehen soll: ein artenreicher Buchenmischwald. Dieser stellt den ursprünglichen Wald-Typ an diesem Standort dar. Aus dem kargen Fichtenforst bei Raumetengrün soll ein stabiler Zukunftswald werden, der Trockenperioden und Stürmen Stand hält und zahlreichen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum bietet. Dazu sind bis zum Jahr 2037 mehrere Pflanz- und Durchforstungsaktionen notwendig.

Artenvielfalt fördern – Ökopunkte generieren

Auftraggeber des über zwei Jahrzehnte angelegten Ökologieprojekts ist die Bayernwerk Netz GmbH. Für eine erfolgreiche Energiewende legt das Energieunternehmen sogenannte Ökokonten an und generiert Punkte zum Ausgleich künftiger Eingriffe in die Natur und Landschaft etwa beim Bau von Umspannwerken oder Stromleitungen. „Wir wollen Ökopunkte nicht einfach kaufen, sondern als Vorhabenträger bei der Konzeptionierung, der Genehmigung, der Umsetzung sowie der langfristigen Pflege der Ökoflächen beteiligt sein. Das ist uns wichtig, damit wir eine verantwortungsvolle Kompensation sicherstellen können“, erklärt Bettina Bodenstein, Biologin bei der Bayernwerk Netz. Vor diesem Hintergrund lässt das Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) und ortsansässigen Land- und Forstwirten zahlreiche Flächen in ganz Bayern ökologisch aufwerten. Im Fokus stehen die Etablierung von extensivem Grünland, Streuobstwiesen, des extensiven Ackerbaus und des naturnahen Waldumbaus. Alle Projekte werden 25 Jahre lang von BKLS-Experten betreut.



Ökologischer Ausgleich: Langfristig lassen Bayernwerk Netz und Bayerische KulturLandStiftung in Raumetengrün einen klimastabilen Zukunftswald entstehen. Bild: Adriane Lochner, Bayernwerk AG

„Wir haben den Auftrag, die heimische Kulturlandschaft zu bewahren und gemeinsam mit Kommunen, Land- und Forstwirten sowie Unternehmen Ausgleichsmaßnahmen zu planen, durchzuführen und langfristig zu betreuen“, erklärt BLKS-Geschäftsführer Dominik Himmler. Die Maßnahme bei Raumetengrün sei etwas Besonderes, weil hier „ein vorbildliches Konzept für einen langfristigen und tragfähigen Waldumbau“ erarbeitet wurde, gemeinsam mit der örtlichen Forstbehörde und der Waldbesitzervereinigung. 20 Prozent der Fichten, insgesamt fast 400 Festmeter Holz, mussten aus dem Wald entfernt werden, damit die Zukunftsbäume anschließend gesunde Kronen ausbilden können und mehr Licht auf den Waldboden fällt. „Zur Erschließung der 4,6 Hektar großen Fläche ist der Harvester optimal geeignet. Eine manuelle Fällung wäre in dem dichten Bestand aus Gründen der Arbeitssicherheit und des Naturschutzes nicht möglich gewesen“, erklärt Dominik Himmler. Um den Waldboden zu schonen, bewegen sich Maschinen wie Harvester und Rückezug nur auf bereits vorhandenen Rückegassen. Bereits im Frühjahr werden im Zukunftswald in Raumetengrün die ersten Bäumchen gepflanzt, neben Buchen auch Tannen und Eichen. ❒

Umweltfreundlicher
Winterdienst

BUCHER municipal

Mit elektrifizierten Streuautomaten von **Bucher Municipal**
Verfügbar für alle gängigen Fahrzeugtypen



Driven by better

Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis

Auslobung: 22. Januar 2024, Einreichungsfrist: 08. April 2024
Neu: Der Publikumspreis

Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen (bdla) Landesverband Bayern lobt bereits zum dritten Mal den Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis aus. Kooperationspartner sind die Bayerische Architektenkammer und der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern.

Der Bayerische Landschaftsarchitektur-Preis ist ein Ehrenpreis, der seit 2020 im zweijährigen Rhythmus vergeben wird. Neben dem Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis 2024 (Hauptpreis) werden Auszeichnungen in sechs Kategorien vergeben. Der Preis würdigt Projekte und Planungen in Bayern, die sich durch innovative, nachhaltige und klimagerechte Außen- und Landschaftsräume hoher Qualität sowohl in der Neuanlage als auch im Bestand auszeichnen. Der bdla Bayern möchte zudem ausdrücklich die junge Generation von Planerinnen und Planern zu einer Wettbewerbsteilnahme einladen, um ihre beruflichen Ideale und Visionen zu fördern.

Alle Informationen zum Wettbewerb können unter www.bdla.de/bayerischer-landschaftsarchitektur-preis/2024 abgerufen werden. Dort können auch die detaillierten Auslobungsunterlagen eingesehen werden.

Ziel des Preises ist es,

- das Arbeitsfeld von Landschaftsarchitektinnen und -architekten als richtungsweisende Partner in Fachkreisen und der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen,
- die besondere Verantwortung von Landschaftsarchitekten für die soziale, ökologische und klimasensible Weiterentwicklung und Gestaltung der Außenräume und ihrer städtebaulichen Einbindung herauszustellen,
- die Förderung der Baukultur und Gestaltqualität durch Landschaftsarchitekten in Zusammenarbeit mit Architekten und Fachingenieuren aus verschiedenen Disziplinen zu würdigen,
- die Unterstützung innovativer Ansätze und Lösungen im Freiraum durch Bauherrinnen und Bauherren zu würdigen – und damit auch am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten anzusetzen,
- Ansätze der Integration verschiedener Gruppen und Kooperation aller Beteiligten aufzuzeigen,
- beispielhafte und innovative Lösungen, die in der Praxis breite Anwendung finden könnten, auszuzeichnen,
- den Mut zum Experiment und die Bereitschaft zur Praktizierung neuer Formen der Zusammenarbeit vor Ort zu fördern.

Wettbewerbskategorien

Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung
Gute Flächenplanungen und -konzepte, ob im ruralen oder urbanen Gebiet, sind die Basis für gute Landschaftsarchitektur und sollen in dieser Kategorie gekürt werden.

Pflanzenverwendung und Biodiversität
Der attraktive, angemessene sowie standortgerechte Einsatz von Pflanzen – zu ebener Erde, an Fassaden und auf Dächern – ist nicht nur aus klimatologischer Sicht wertvoll. Projekte, die Fauna und Flora gezielt und nachhaltig fördern, werden in dieser Kategorie ausgezeichnet.

Bauen im Bestand und Kreislaufwirtschaft
Der Schutz grauer Energie steht im Vordergrund dieser Kategorie, ausdrücklich mit inbegriffen ist die Bewahrung und behutsame Weiterentwicklung von Denkmälern und deren Kontext.

Grüne und Blaue Infrastruktur
Projekte mit einem Fokus auf Ökosystemdienstleistungen bei gleichzeitiger Inwertsetzung von Freiräumen sind aus ökologischer und klimatologischer Sicht unverzichtbar und sollen in dieser Kategorie gewürdigt werden.

Freiräume für Menschen
Gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung gilt es, hochwertige Aufenthaltsräume zu schaffen, die für ein real stattfindendes Miteinander geeignet sind – Orte mit hoher Aufenthaltsqualität und einer besonderen Atmosphäre, die auf menschliche Bedürfnisse eingehen. In dieser Kategorie sollen daher entsprechende Freiräume ausgezeichnet werden, seien es Plätze, Parks, Flächen im Wohnumfeld oder Freizeit- und Bildungslandschaften.

Experimentelle Landschaftsarchitektur und Bauen im Detail
In dieser Kategorie sollen innovative und/oder besonders ansprechende Lösungen oder Teilaspekte von Projekten mit Preisen bedacht werden. Es kann sich dabei um besondere Materialverwendungen und Bautechniken, aber auch um außergewöhnliche Prozesse und innovative Inhalte handeln.

Die Jury bewertet alle eingereichten Arbeiten insbesondere nach den Kriterien Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Flächenspären, Biodiversität und Pflanzenverwendung, Materialität sowie Innovation.

Schirmherr des Wettbewerbs ist Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr.

Teilnahmeberechtigung und Einreichung

Zur Teilnahme zugelassen sind Projekte, die durch Landschaftsarchitekten aus dem In- und Ausland sowie Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung vorstehend Genannter verfasst wurden. Zugelassen sind Projekte, die in den letzten fünf Jahren (01.01.2019 – 31.12.2023) in Bayern fertiggestellt wurden. Die Teilnahme am bzw. die Einreichung von Projekten zum Wettbewerb Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis 2024 erfolgt online. Die Wettbewerbssprache ist deutsch. Bearbeitungsschluss ist am 08. April 2024. ❒

Michaela Kaniber:

„Wir haben geliefert!“

Fünf Jahre nach dem Bienen-Volksbegehren sind die Aufgaben des Agrarressorts abgearbeitet

Agrarministerin Michaela Kaniber hat eine positive Bilanz für ihr Ressort gezogen und die Kritik des Trägerkreises zurückgewiesen:

„Die alljährliche vorgetragene Kritik des Trägerkreises geht ins Leere. Auch wenn man diese mantraartig wiederholt, wird sie nicht wahrer. Aber selbst dort kommt langsam an, was alles geleistet wurde, was mich freut. Für den Bereich des Landwirtschafts- und Forstministeriums kann ich festhalten: Wir haben geliefert! Alle Maßnahmen, die aus dem Volksbegehren Artenvielfalt für unser Ressort entstanden sind, sind erfolgreich umgesetzt. Bestes Beispiel ist das 83.000 Hektar große grüne Netzwerk im Staatswald. Zudem tragen die Maßnahmen des Vertragsnaturschutz-Programms, des Kulturlandschafts-Programms oder der waldbaulichen Förderung zu mehr Biodiversität in der aktiven Land- und Forstwirtschaft bei. Derzeit stehen nur noch Aufgaben an, die ein späteres Erfüllungsziel haben oder als Daueraufgabe erledigt werden müssen: Beispielsweise die Umstellung von staatlichen und öffentlichen Kantinen auf mehr biologisch oder regional produzierte Lebensmittel bis 2025 bzw. 2030, die Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2028 oder der Ausbau des Öko-Landbaus bis zur Zielmarke von 30 Prozent bis 2030. Aber auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg: So ist im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 20 Prozent in den bedeutenden Ackerkulturen und in den Sonderkulturen Apfel und Wein sogar um 26 Prozent gesunken. Und in Bayern legt der Ökolandbau nach wie vor zu, wir sind weiterhin das größte Ökoland. … Auch die Förderung von Forschung und Bildung sowie die Flächensicherung sind langfristige Aufgabenbereiche, die wir schon vor dem Volksbegehren angegangen sind und auf den Weg gebracht haben.“ ❒

Landeshauptstadt München:

Forschung unterstützt Städte bei der Klimaanpassung

Gebäude begrünen, Bäume und Freiflächen schützen

Um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, haben Städte eine wirksame natürliche Ressource: das Stadtgrün. Doch wie werden Bestandsquartiere grüner und wie lassen sich klimaangepasste Neubauprojekte realisieren? Oft mangelt es nicht an gutem Willen, wenn Dach- oder Fassadenbegrünungen geplant werden sollen, sondern an Beispielen und konkreten Lösungsvorschlägen. Darum unterstützt das Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft" Kommunen und Stadtplaner mit Umsetzungshilfen für die klimaresiliente Planung. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt arbeiteten Forschung und Praxis eng zusammen, um Steckbriefe, Checklisten und Leitfäden für grüne, klimaangepasste Städte zu entwickeln.

„Viele Kommunen haben sich mehr Klimaanpassung bereits zum Ziel gesetzt. Durch das geplante Klimaanpassungsgesetz des Bundes könnten sie dazu sogar bald verpflichtet werden. Mit unserer Website bieten wir der Stadtplanung einen Werkzeugkasten, um Stadtgrün gezielt für die Klimaresilienz auszubauen", erklärt Professorin Simone Linke, die das Projekt an der Technischen Universität München koordinierte. Zum Projektteam gehörten auch das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und die Referate für Klima- und Umweltschutz sowie Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München.

Beispiel München: mehr Grün und mehr Wohnraum?

„Die Auswirkungen des Klimawandels, die knappen Flächenressourcen und die gleichzeitige Wohnraumbeschaffung stellen große Herausforderungen für wachsende Städte wie München dar", betont Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz in München. Um diese Zielkonflikte möglichst gut zu lösen, erprobte München mit den Forschenden, wie Klimaanpassung von Anfang an in der Stadtplanung mitgedacht werden kann. So gibt es etwa in Bebauungsplänen verschiedene Möglichkeiten, Stadtgrün zu fördern oder Kaltluftleitbahnen vor Bebauung zu schützen.

Die Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk lobt die gemeinsame Forschung: „In dem Projekt entstanden wichtige Erkenntnisse für die Umsetzung von Klimaresilienz. Nicht nur in Neubauquartieren, sondern auch für Bestandsquartiere wurden zahlreiche praxisnahe Handlungsoptionen aufgezeigt, die Eingang in unsere Arbeit finden werden." Das Team begleitete verschiedene Verfahren, befragte Anwohner und Anwohnerinnen und nahm mikroklimatische Simulationen vor.

Gebäudebegrünung spart Kühl- und Heizenergie

Dach- und Fassadenbegrünung bieten sich sowohl für Bestands- als auch für Neubauquartiere an. Sie kühlen das Gebäude im Sommer und schützen es im Winter vor Kälte: Die Dämmwirkung steigt durch begrünte Dächer um circa zehn Prozent. Außerdem speichern Dachbegrünungen Wasser, kühlen so im Sommer die Umgebung und entlasten bei Starkregen die Kanalisation.

„Fassadenbegrünung kühlt nicht nur die Gebäude, sondern steigert auch die Aufenthaltsqualität im Quartier, besonders in sonst unbegrünten Straßen. Dachgärten können – neben begrünten Innenhöfen – gerade in dichten Quartieren wichtige Erholungsorte für die Bevölkerung sein", sagt die Soziologin Amelie Bauer von der LMU. Das Projekt zeigt in Steckbriefen, worauf es bei der Gebäudebegrünung ankommt.

Gegen die Sommerhitze: Bäume und Freiflächen

Bei starker Hitze sind Stadtparks und Freiflächen wichtig für die nächtliche Abkühlung. Als Erholungsorte sollten sie fußläufig erreichbar sein und schattige Sitzplätze bieten. Gleichzeitig lohnt es sich, in Straßen und Innenhöfen die Versiegelung zu verringern und große Bäume zu erhalten. Bislang müssen immer wieder Bäume etwa für den Bau von Tiefgaragen gefällt werden. Das Problem ließe sich beispielsweise durch innovative Mobilitätskonzepte mit mehrstöckigen, oberirdischen Quartiersgaragen eindämmen. So entsteht mehr Platz für wohnungsnahes, qualitativ hochwertiges Grün.

„Städte könnten die Bevölkerung, die Immobilienwirtschaft und Unternehmen stärker in die Entwicklung grüner, lebenswerter Quartiere einbinden", betont Johannes Rupp vom IÖW. Das Projekt stellt dafür viele Formate vor, etwa Gemeinschaftsbeete, Gießpatenschaften, Beratungsangebote oder einen Preis für den schönsten Firmengarten.

Um Fachkräfte in Stadtverwaltung und Planungsbüros zu unterstützen, fasst die Website www.gruene-stadt-der-zukunft.de die Forschungsergebnisse in Steckbriefen, Checklisten und Leitfäden zusammen. Das Projekt wurde 2018 bis 2024 vom BMBF in der Leitinitiative „Zukunftsstadt" gefördert.

Weiterführende Info

Kurzfilm aus der ersten Projektphase: https://www.youtube.com/watch?v=EI49qRHGVPI ❐



Zentrale, verkehrsberuhigte Straße mit einer auf ÖPNV und Sharing-Angeboten ausgerichteten Mobilität. Freiwerdende Flächen werden gemeinschaftlich begrünt. Zukunftsbild: iÖW / V.Haese 2021

Mercedes-Benz Special Trucks:

Entwicklung eines Unimog Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor

Mercedes-Benz Special Trucks hat einen Unimog Geräteträger Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor im Realbetrieb getestet. Der Unimog ist ein Versuchsfahrzeug, mit dem erforscht wird, unter welchen Bedingungen die Wasserstoffverbrennung als sinnvolle Ergänzung zu batterieelektrischen und brennstoffzellenbasierten Antrieben umsetzbar ist. Auf einem stillgelegten Autobahnabschnitt zwischen Bayreuth und Bamberg haben die Ingenieure beim Mähen des Grünstreifens, bei Beschleunigungsfahrten und beim Tanken an einer öffentlichen Zapfsäule Messdaten erhoben, die für die weitere Fahrzeugentwicklung genutzt werden. Mitarbeiter der Autobahn GmbH begleiteten die Tests. Die praktische Erprobung bei niedrigen Temperaturen und abwechslungsreicher Topografie ist ein wichtiger Schritt im laufenden Entwicklungsprojekt „WaVe", bei dem 18 Partner gemeinsam am Antriebskonzept des Wasserstoff-Verbrennungsmotors arbeiten.

Franziska Cusumano, Head of Mercedes-Benz Special Trucks und Custom Tailored Trucks: „Wir sind sehr zufrieden mit dem aktuellen Entwicklungsstand des Versuchsfahrzeugs. Nach gut zwei Jahren Projektlaufzeit sind wir bereits mit einem ersten einsatzfähigen Unimog Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor in der Praxiserprobung."

Das Mercedes-Benz Unimog Versuchsfahrzeug basiert auf dem Unimog Geräteträger U 430. Für den alternativen Antrieb durch Wasserstofftechnologie ist ein speziell umgerüsteter Gasmotor mit Tank-, Sicherheits- und Überwachungssystemen und Messtechnik eingebaut. Bei der Wasserstoffverbrennung im Motorraum entsteht Wasser, das als heißer Wasserdampf über den Auspuff entlassen wird. Der Radstand und die Pritschenlänge sind so bemessen, dass die Wasserstofftankbehälter hinter der Fahrerkabine montiert werden konnten. Die vier TÜV-geprüften 700-Bar-Hochdrucktanks fassen insgesamt etwa 14 Kilogramm gasförmigen Wasserstoff. Sie sind zu zwei Doppeltanks zusammengefasst, die mit jeweils einem Tanksteuergerät unabhängig voneinander betrieben werden. In einer nächsten Entwicklungsstufe soll das Volumen erhöht werden, um einen regulären Arbeitstag abdecken zu können. Der Motor leistet etwa 290 PS / 1000 Nm und ist dabei wahrnehmbar leiser als das Dieselpendant. Der Prototyp wurde mit einem Frontmähgerät mit zwei Mähköpfen ausgestattet, um im Arbeitsbetrieb weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

Schulterschluss von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

Die Entwicklung des Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor findet im Rahmen des öffentlich geförderten Projekts „WaVe" statt.

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Vorhaben wird von 18 Partnern aus Industrie und Wissenschaft gemeinschaftlich umgesetzt und begann im Juli 2021. ❐



Neuer U 319 für das Wasserkraftwerk:

Unimog für die Stromerzeugung

Der internationale Chemieproduzent Wacker Chemie AG benötigt viel Energie. Am Standort in Burghausen erzeugt seit 1918 die Alzwerke GmbH, eine Tochterfirma der Wacker Chemie, elektrischen Strom durch Wasserkraft. Dieses Wasserkraftwerk war die Voraussetzung für die Ansiedlung der chemischen Industrie in Burghausen und damit verantwortlich für den wirtschaftlichen Aufschwung einer ganzen Region.

Das nördlich von Burghausen gelegene Wasserkraftwerk verfügt über fünf Turbinen und produziert im Schnitt jährlich 270.000.000 kWh. Das Werk liegt an der Alz, einem Ablauf des Chiemsees. 20 Mitarbeiter kümmern sich neben dem Kraftwerksbetrieb und der Wartung auch um die Pflege des Kanals. Für diese Arbeiten wurde jetzt ein neuer Unimog U 319 angeschafft.

„Der Unimog ist für uns aufgrund seiner kompakten Bauweise, seiner Kraft und vor allem auch wegen des hydrostatischen Antriebs unverzichtbar", erläutert Matthias Unterstaller, stellv. Kraftwerksmeister, die Entscheidung für den Alleskönner.



Der Unimog bei der Arbeit im Wasserkraftwerk. Bild: Henne

Ideale Ausstattung

Der neue U 319 für das Wasserkraftwerk erstrahlt in reflexsilber-metallic und ist der zweite Mercedes-Benz Geräteträger am Standort. Ein rüstiger U 406 von 1985 mit 90 PS ist auch Teil des Fuhrparks. Mit einem Palfinger Ladekran PK 10002 SH inklusive Kranwinde und Arbeitskorb sowie einer Pritsche von Werner ist der Unimog U 319 hervorragend für die Aufgaben im Wasserkraftwerk ausgerüstet. Bei der Instandhaltung des Damms, beim Entfernen von Treibgut sowie bei Reparaturen glänzt der Unimog mit seiner einzigartigen Flexibilität, der kompakten Bauweise und dem hydrostatischen Fahrantrieb. ❐

Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Den Markt Neuhof im wunderschönen Zenntal mit 2.300 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit Mai 2020 bin ich hauptamtliche Erste Bürgermeisterin und Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich durfte bis dahin als Religionspädagogin im sonderpädagogischen Bereich im Dekanat Ansbach und als Notfallseelsorgerin tätig sein.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Claudia Wust

Erste Bürgermeisterin
Markt Neuhof an der Zenn

In der Heimat etwas bewegen, etwas für die Menschen erreichen zu können.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe Seminare v.a. der Hanns-Seidel-Stiftung besucht und hatte schon zuvor viele Jahre Kontakt zu unseren Kommunalpolitikern im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Als alleinerziehende Mutter von drei schulpflichtigen Kindern war zu Beginn gleich der Corona-Lockdown mit Homeschooling und Umsetzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell sind es eher die „unsexy" Pflichtaufgaben wie Sanierung von Kläranlagen, Erneuerung von Straßen und Ganztagesbetreuung an Schulen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Aufgaben werden immer vielfältiger, von der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge bis hin zur Wärmeplanung der Kommunen; alles mit viel Bürokratie und Aufwand verbunden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Interesse zeigen, sich informieren, angesichts der komplexer werdenden Aufgaben frühzeitig fortbilden und natürlich im vorpolitischen Raum aktiv sein.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wir sind im ständigen Gedankenaustausch, „einsame" Entscheidungen sind mir fremd. Und in der Gemeinde bin ich viel unterwegs, auch bei Vereinen und Verbänden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Einen sehr großen, aber wir müssen auch den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die digital nicht so gut unterwegs sind.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mit Mut die Aufgaben anpacken und dabei auch Fehler in Kauf nehmen statt gar nichts zu tun.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als jemand, der die Gemeinde vorangebracht und auch die überregionale kommunale Zusammenarbeit ausgebaut hat und für die Menschen da war. ❐

Landkreis Regen:

Elf Berufsfelder an einem Nachmittag

Bustour zur Berufsorientierung mit dem Schwerpunkt soziale Berufe quer durch das Arberland

Nachdem bereits Anfang des Jahres die erste Bustour zur Berufsorientierung Medizin durch den Landkreis Regen startete, fand nun eine zweite Veranstaltung der Gesundheitsregionplus Arberland statt, diesmal mit dem Fokus auf soziale Berufsfelder abseits des Arztberufes. Mit zwei verschiedenen Routen und insgesamt sieben verschiedenen Busstops konnten sich 37 interessierte Schülerinnen und Schüler von der achten bis zur zwölften Jahrgangsstufe über elf verschiedene Berufsfelder informieren.

Die ausgebuchte Route Zwiesel-Regen startete von der Arberlandklinik Zwiesel, wo 20 Schülerinnen und Schüler einen Überblick über den Berufsalltag in der Notaufnahme erhielten. Neben der Vorstellung der klassischen Pflegeberufe informierten die Akteure vor Ort auch über den Ausbildungsberuf des Anästhesietechnischen Assistenten sowie Medizinischen Fachangestellten. Zu den Highlights zählten dabei das Gipsen des ein oder anderen freiwilligen Arms sowie die praktischen Einblicke im Schockraum. Anschließend führte die Tour zur Wohnanlage und dem Kinderwohnhaus der Lebenshilfe Regen e.V. in Zwiesel. Nach einem Rundgang durch die beiden Einrichtungen erfolgte bei Kuchen und Getränken ein Austausch über die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten primär für den Bereich Heilerziehungspflege sowie Erziehung. Im Anschluss verlief die Tour über das Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ), wo die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem von Landrat Dr. Ronny Raith erwartet wurden. „Danke für euer Interesse und Engagement", wandte sich der Landrat an die Jugendlichen, die er auf ihrem Rundgang durch das BBZ auch begleitete.

Einblick in diverse Tätigkeitsfelder

An diesem Stopp gastierte zudem das Kreisjugendamt Regen, so dass die Schülerinnen und Schüler auch einen Einblick in diese Tätigkeitsfelder erhielten. Im Rahmen von Spielen erfolgte in kleinen Gruppen die Vorstellung der einzelnen Aufgabenfelder in den einzelnen Berufen (zum Beispiel Sozialbetreuer oder Sozialarbeiter) sowie eine Präsentation zum Ablauf der Ausbildung zum Erzieher, welche ab September auch im neu eingeführten „PIA-Modell" angeboten wird. Anschließend führte die Tour nach Regen zum Caritas Wohn- und Pflegezentrum St. Elisabeth, wo sich neben der stationären Pflege auch die Sozialstation sowie der ambulante Pflegedienst vorstellten. Die Schülerinnen und Schüler erhielten die Möglichkeit, sich in die Rolle von demenzerkrankten Personen zu versetzen, und durften zudem beim Packen der Versorgungstasche für den Außendienst des ambulanten Pflegedienstes unterstützen.

Ausgangspunkt für die Viechtacher Route war das BRK Seniorenwohn- und Pflegezentrum mit insgesamt 17 Schülerinnen und Schülern. Hierbei konnten zahlreiche Einblicke in die stationäre Langzeitpflege gesammelt werden, mit Informationen über die Berufe Pflegefachfrau beziehungsweise -mann sowie Pflegefachhelfer. Zudem konnten die Teilnehmer sowohl die Hebehilfe ausprobieren als auch an der Pflegepuppe aktiv werden. Danach führte die Tour in die Arberlandklinik Viechtach. Dabei wurde unter anderem ein EKG geschrieben und der Weg des Patienten begangen, sobald er mit dem Hubschrauber gelandet ist. Nach einem Abstecher in den Bereich Röntgen mit Vorführungen im Herzkatheterlabor erfolgte zudem noch die Besichtigung einer Bettenstation mit der Möglichkeit zum Austausch mit dem diensthabenden Personal. Für den dritten Stopp der Bustour ging es nach Kollnburg in die Dr.-Loew-Einrichtung Schreinermühle. Die Teilnehmer konnten Einblicke in das Leben der Wohngruppe erhalten, unter anderem im persönlichen Austausch mit den Bewohnern, und sich bei einem Match am Tischkicker näher kennenlernen.

Am Abend ging es für beide Gruppen zu einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung in das Heilpädagogische Zentrum Schweinhütt der Lebenshilfe Regen e.V. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten anschließend die Möglichkeit, sich in lockerer Atmosphäre mit Leitungskräften der verschiedenen Einrichtungen auszutauschen, welche alle nochmals mit einem Informationsstand vertreten waren. Den Abschluss des Abends bildete ein Wettbewerb beim Selbstwahrnehmungsparcour sowie am World Café rund um das Thema Berufsorientierung.

Nachwuchsgewinnung

Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Gesundheitsregionplus in Kooperation und mit Unterstützung der Arbeitsgruppe soziale Berufe. „Das Engagement und die tolle Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe war auch dieses Mal wieder bemerkenswert. Es zeigt auch, wie viel den Einrichtungen an der Nachwuchsgewinnung liegt. Auch das große Interesse der Schülerinnen und Schüler, die ihre Freizeit der Tour gewidmet haben, ist wirklich lobenswert", so Melanie Feldmann, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregionplus, die mit der Veranstaltung äußerst zufrieden war. Aufgrund der guten Resonanz strebt Feldmann die Planung einer erneuten Tour Anfang nächsten Jahres an.

Hintergrund Arbeitsgruppe soziale Berufe

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus insgesamt acht Einrichtungen und Institutionen zusammen: den Arberlandkliniken, der Lebenshilfe Regen e.V, Dr. Loew, BRK Regen, Caritas St. Elisabeth Regen, Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe, dem Kreisjugendamt Regen sowie der Gesundheitsregionplus Arberland. Im Rahmen der Berufsorientierungstour ermöglichten die Mitglieder der Arbeitsgruppe den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in ihre Einrichtungen. Es wurde jeweils ein sehr abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, um den Jugendlichen praxisorientierte Eindrücke in die Berufe vor Ort zu ermöglichen. ❐



Im Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ) informiert Landrat Dr. Ronny Raith die Jugendlichen persönlich.

Bild: Melanie Feldmann / Landratsamt Regen

Fraueninsel:

Schlummernde Kultstätte entdeckt

Bei Radarmessungen stießen Geophysiker auf den bisher völlig unbekannten Grundriss eines romanischen Zentralbaus. Handelt es sich dabei um das Grab der Seligen Irmengard?

Vielleicht muss die Geschichte der Abtei Frauenwörth auf der Fraueninsel im Chiemsee nun umgeschrieben werden. Die Bauentwicklung des wohl durch Herzog Tassilo III. um 782 gegründeten Klosters gilt als gut erforscht, doch über den Rest der Insel ist relativ wenig bekannt. Bis jetzt.

Große Überraschung

Nun stieß ein Team des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLfD) bei Bodenradarmessungen unerwartet auf die Grundmauern eines Zentralbaus, der bisher nicht überliefert war, weder in Schriften, noch auf historischen Karten. „Im Bereich des Fundes gab es die zum Kloster gehörende, erstmals für das Jahr 1393 überlieferte Kirche St. Martin. Sie befand sich auf dem höchsten Punkt der Insel und wurde 1803 im Zuge der Säkularisation abgerissen. Doch dass es einen älteren Vorgängerbau gab, das ist auch für uns eine große Überraschung", sagt Armin Krämmer, Bürgermeister der Gemeinde Chiemsee.

Um den genauen Standort der abgerissenen Saalkirche zu lokalisieren, fanden im Sommer 2023 im Rahmen von Untersuchungen für ein Kommunales Denkmalkonzept (KDK) Messungen auf dem Dorfanger nördlich der bekannten Tassilolinde statt. In einer Tiefe von 50 bis 70 Zentimetern stießen die Denkmalpfleger auf Fundamente, deren Grundriss mit der Ansicht der Kirche auf dem 1701 veröffentlichten Stich von Michael Wening korrespondiert. Die Radardaten zeigten aber auch, dass es an dieser Stelle noch einen älteren Bau gegeben hat: In einer Tiefe von 80 bis 100 Zentimetern zeichneten sich völlig überraschend, aber sehr deutlich weitere Grundmauern ab und ließen einen oktogonalen Zentralbau mit einem durch acht Stützen gebildeten Umgang und vier kreuzförmig angeordneten Anbauten erkennen. Insgesamt hat das Bauwerk einen Durchmesser von stattlichen 19 Metern.

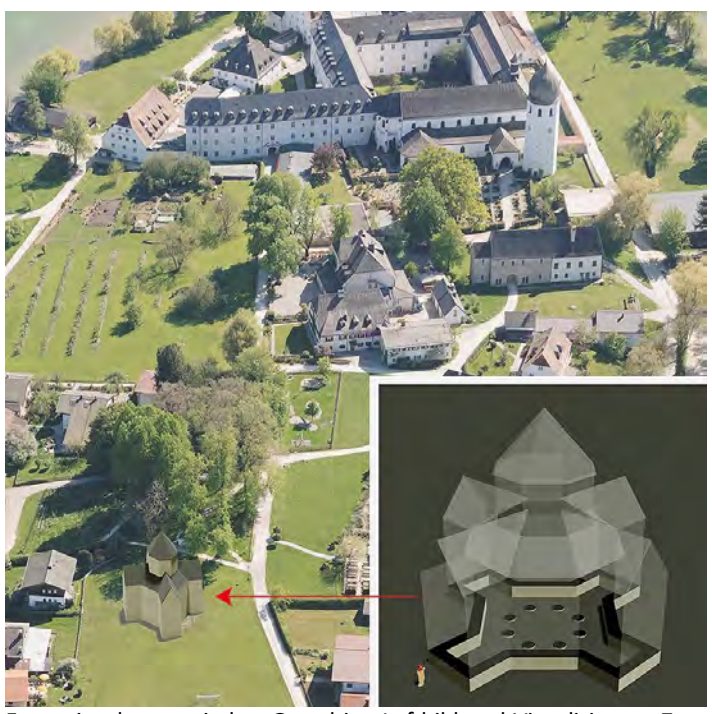
Achteckiger Zentralbau absolute Seltenheit

„Zentralbauten sind in der vorromanischen und romanischen Sakralarchitektur nördlich der Alpen selten und damit eine sehr individuell gestaltete Bauform, die oftmals in der Nachfolge der Pfalzkapelle zu Aachen oder als Imitation der Grabeskirche in Jerusalem gedeutet wird. In Bayern sind achteckige Zentralbauten mit innerem Säulenumgang bislang lediglich mit St. Andreas in Bamberg, um 1050, und St. Gallus in Würzburg, um 1130, archäologisch nachgewiesen. Wir sprechen hier also von einer absoluten Seltenheit", so Mathias Pfeil, Generalkonservator, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege.

Doch wie lässt sich dieser Fund historisch einordnen? Möglicherweise kann ein Zusammenhang mit der Verehrung der Seligen Irmengard, Tochter König Ludwigs des Deutschen und Urenkelin Karls des Großen, hergestellt werden. Sie war Äbtissin des zum Reichskloster aufgestiegenen Konvents Frauenwörth und wurde 866 in der Abteikirche bestattet. Zwischen 1001 und 1020 fand zur Förderung ihrer Verehrung eine Öffnung ihres Grabes zur Reliquienentnahme statt. Zeitgleich wurde ein grundlegender Klosterneubau errichtet, von dem heute noch die Torhalle, die frühromanische Abteikirche und der Glockenturm erhalten sind. Vielleicht entstand in diesem Kontext der zusätzliche Memorialbau, der in Anlehnung an die Jerusalemer Grabeskirche als Ziel für Pilger dienen sollte. Nun liegt es an der Wissenschaft, die jüngsten Daten auszuwerten und sorgfältig zu analysieren, um Antworten auf die vielen, noch offenen Fragen zu geben. Derzeit wird darüber nachgedacht, den Grundriss im kommenden Sommer in Form einer Bepflanzung zu visualisieren und damit erlebbar zu machen.

Sensationsfund im Chiemgau

„Bayerns reiches kulturelles Erbe ist immer für eine Überraschung gut – das beweist der Sensationsfund im Chiemgau einmal mehr! Die bei Radarmessungen entdeckten Grundmauern auf der Fraueninsel zeigen, den fachkundigen Blicken unserer Denkmalpfleger entgeht wirklich nichts. Ein derartiger Grundriss eines romanischen Zentralbaus hat nördlich der Alpen absoluten Seltenheitswert. Es bleibt also spannend, wie die Wissenschaft diesen Fund historisch einordnet", betont Kunstminister Markus Blume. ❐



Fraueninsel, romanischer Grundriss, Luftbild und Visualisierung Zentralbau.

Bild: BLfD

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Auftaktveranstaltung zum digitalen Energienutzungsplan mit Landrat Thomas Karmasin (11. v.l.). Bild: LRA FFB

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Startschuss für den Digitalen Energienutzungsplan

Ende Januar fand im Landratsamt Fürstenfeldbruck die Auftaktveranstaltung zur Erstellung des digitalen Energienutzungsplans für den Landkreis Fürstenfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen statt. Landrat Thomas Karmasin begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft und erläuterte die Bedeutung des Projektes für die zukünftige Energieversorgung im Landkreis.

„Wir freuen uns mit dem digitalen Energienutzungsplan auf ein strategisches Werkzeug, nicht nur für unsere Kommunen, sondern auch für private Hauseigentümer und Wirtschaftsbetriebe im Landkreis, um diese bei ihren energetischen Vorhaben zu unterstützen“, sagte Karmasin. In diesem Zusammenhang wurde die Projektleiterin und Klimaschutzmanagerin des Landkreises, Dr. Malgorzata Kroban, vorgestellt, die das Projekt eingeleitet und im Vorfeld das Vergabeverfahren und die Förderbeantragung durchgeführt hat. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie hat dem Landkreis Fürstenfeldbruck für die Erstellung des Energienutzungsplans eine Zuwendung in Höhe von 70 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bewilligt.

In 14 Monaten abgeschlossen

Die Projektlaufzeit umfasst 14 Monate und soll spätestens im Frühsommer 2025 abgeschlossen sein. Das Projektziel ist die Erarbeitung eines Instruments zur Umsetzung einer nachhaltigen Energieerzeugungs- und Energieversorgungsstruktur mit Fokus auf erneuerbare Energie für den Landkreis Fürstenfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen.

Für die Erstellung des digitalen Energienutzungsplans wurde das Dienstleistungsunternehmen ENIANO GmbH aus München beauftragt, welches bereits digitale Energienutzungspläne für die Landeshauptstadt München, die Landkreise München sowie Ebersberg und Berchtesgadener Land erstellt hat. Mit der zu erarbeitenden großflächigen Datenanalyse sollen Objekte und Energieinfrastruktur im Landkreis Fürstenfeldbruck mithilfe des digitalen 3D-Zwillings visuell abgebildet werden.

Digitale Basis Energienutzungsplan

Demzufolge stellt der Energienutzungsplan eine digitale Basis für die Umsetzung der Energiewende im Landkreis Fürstenfeldbruck dar. Ein Energienutzungsplan ist ein erprobtes und erfolgreiches Instrument zur kurz- und mittelfristigen Initiierung und Umsetzung von Energieprojekten. Dieser stellt ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der Energie- und Wärmewende innerhalb des Landkreises dar. Die gebäudescharfen Planungsgrundlagen des digitalen Energienutzungsplans werden in Kommunen mit den relevanten Akteuren in Fachgesprächen diskutiert. So können auf dieser Grundlage verschiedene Versorgungsvarianten evaluiert und umgesetzt werden. Durch die Veröffentlichung des Energienutzungsplans auf der Website des Landratsamtes werden die Ergebnisse einem breiten Spektrum an Akteuren der lokalen Energie- und Wärmewende zugänglich gemacht. Dadurch sollen wesentliche Impulse zur kontinuierlichen Entwicklung nachhaltiger und zukunftsorientierter Lösungen in der Energieplanung im Landkreis gesetzt werden.

Der Landkreis übernimmt die Gesamtkosten für die Erstellung des Energienutzungsplans, sodass auf Seite der Städte und Gemeinden keine finanzielle Projektbeteiligung erforderlich ist. Die Analysen des Ist-Zustands im Bereich Energieinfrastruktur, Strom, Wärme, Verkehr und THG-Bilanz (Kommunale Treibhausgasbilanzierung) sowie der energetischen erneuerbaren Potenzialanalyse inkl. Maßnahmenkatalog und Entwicklungsszenarien, werden für die Kommunen im Rahmen des Energienutzungsplans erarbeitet und können als Grundlage für die kommunale Wärmeplanung herangezogen sowie für die künftigen Projekte übernommen werden. Mit seinen detaillierten Ausführungen durch das gebäudescharfe Energiemodell und der Umsetzungsnähe für Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger, soll der Energienutzungsplan entscheidende Maßstäbe für die Implementierung der Energiewende im Landkreis Fürstenfeldbruck liefern.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung informierten die Ersteller des Energienutzungsplans, ENIANO GmbH, vertreten durch Geschäftsführer Tobias Eder und Lea Steiner, über den geplanten Ablauf, die Methodik, die Inhalte des Projektes sowie über Best Practice Beispiele aus Energienutzungsplänen. Im weiteren Verlauf des Abends stellte Hans Gröbmayr, ehem. Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg-München, die Entwicklung der Gemeinde Glonn (Landkreis Ebersberg) hin zur regenerativen Wärmeversorgung vor. Im Anschluss zu den Vorträgen bot sich die Möglichkeit, Fragen zum Thema zu stellen.

Ablauf des digitalen Energienutzungsplans

Als Erstes wird ein Status-quo für den Bereich Energie im Landkreis ermittelt, d.h. es wird eine Ist-Analyse (inkl. Treibhausgasbilanz) für Energieerzeuger/Kraftwerke, Netzinfrastruktur, Energieeffizienz sowie Wärmenachfrage durchgeführt. Weiter wird im Rahmen der Ist-Analyse ein Wärmekataster erstellt, das auf einem bestehendem 3D-Wärmekataster aufgesetzt ist, welches durch ENIANO bayernweit erstellt und kontinuierlich aktualisiert wird. Dieses 3D-Wärmekataster soll für jedes Bestandsgebäude die Wärmenachfrage und die erforderliche Heizleistung getrennt nach Raumwärme und Warmwasser ausweisen sowie alle Gebäude der Digitalen Flurkarte, die eine Adresse besitzen und als Hauptgebäude ausgewiesen sind, umfassen.

Zur quantitativen, gebäudescharfen Erfassung und Ausweisung des Energieeinsparpotenzials durch energetische Sanierungsmaßnahmen im Landkreis Fürstenfeldbruck wird eine detaillierte Analyse des Gebäudebestands und einer lokalen Sanierungstypologie durchgeführt. Die Sanierungstypologie weist dabei für die wesentlichen Gebäudetypen innerhalb des Landkreises mögliche Sanierungsvarianten aus. Die Detailtiefe des Sanierungskatasters orientiert sich primär an dessen Anwendungszwecken; zum einen dient es als digitale Bearbeitungsgrundlage für weitergehende Potenzialanalysen des digitalen Energienutzungsplans und zum anderen als fortschreibbare Basis für eine langfristig angelegte Wärmeplanung in den Kommunen des Landkreises.

Im zweiten Schritt werden Potenzialanalysen durchgeführt – z.B. für Energieeinsparung sowie Energieerzeugung sowie für Wärmenetze und Wärmeverbunde (inkl. Fernwärme). Für die Szenarienentwicklung wird für den Landkreis Fürstenfeldbruck ein Tool entwickelt, welches die Energie- und Treibhausgas-Bilanz im Ist-Zustand und eine Prognose für definierte Zieljahre (2030 und 2040) abbildet. Darauf aufbauend werden die Potenziale zur erneuerbaren Deckung der Wärme- und Stromnachfrage aus den Analysen des digitalen Energienutzungsplans integriert. Im Anschluss werden Maßnahmenkataloge für die Städte und Gemeinden erarbeitet, welche konkret die Umsetzung hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung ermöglichen. Zudem soll ein Leuchtturmprojekt für den Landkreis ausgewählt und detailliert ausgearbeitet werden.

Für alle Fragen zum digitalen Energienutzungsplan steht das Klimaschutzmanagement unter klimaschutz@lra-ffb.de zur Verfügung. ❒

GZ PINOS WELT



Einer der faszinierenden Vorteile meines Lebens als Kater ist, dass ich durch aufmerksames Beobachten und meine angeborene Neugier praktisch jeden Tag etwas Neues lerne. So habe ich vor Kurzem einen neuen Begriff gelernt: German vote.

Übersetzt man das jetzt wörtlich, müsste man von „deutscher Abstimmung“ sprechen. Besser wohl vom deutschen Votum. Gemeint ist, dass auf EU-Ebene in Verhandlungen zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Parlament eine Regelung erdacht wird, die von einem deutschen Regierungsvertreter mal eben so abgenickt wurde. Anschließend, bei der Abstimmung in der Bundesregierung, wie Deutschland sich zu dieser Regelung verhalten soll, erzwingt die FDP eine Enthaltung in Brüssel, obwohl Rotgrün die Regelung gar zu gerne freudig begrüßt hätte. Das sorgt dann wahlweise für Frust in der Bundesregierung und der linken Presse sowie für Freude in der Wirtschaft.

Ja zur „German vote“!

Denn diese spezielle Art von german vote hat in der Vergangenheit großen Unsinn, wenn nicht verhindert, so doch eine breite Diskussion über immer neue Regelungen angestoßen, die die europäische Wirtschaft belasten. Denn vieles wurde uns ja unkritisch als unvermeidlich oder gar sinnvoll verkauft, obwohl es elementaren Interessen der Europäer zuwiderläuft. Beispiel: Das Verbrenneraus. Bis zu einem nicht allzu fernen Datum sollen in der Europäischen Union nur noch Elektroautos neu zugelassen werden dürfen. Solche mit Verbrennungsmotor wären verbannt, auch wenn sie mit emissionsfreien E-Fuels betrieben werden können. Wie jetzt auch Pioniere der Elektromobilität zugeben, widerspricht das eindeutig den Kundenwünschen. Zudem ist es eine Sache, den Autofahrern einen bestimmten Antrieb einfach vorzuschreiben, eine andere aber, die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Stichwort: Ladesäulen. Statt also den europäischen Kunden zu entmündigen, wäre eine Regelung besser, die es der Kreativität der Ingenieure überlässt, wie man das Null-Emissionen-Ziel im Verkehr erreicht.

Beispiel europäisches Lieferkettengesetz. Unternehmen sollen in Zukunft garantieren, dass in ihrer ganzen Lieferkette keine Produkte verwendet wurden, die aus Kinderarbeit stammen oder mittels umweltschädlicher Produktionsweisen hergestellt wurden. Im Ergebnis wird ein solcher Nachweis kaum möglich sein, insbesondere, wenn viele Vorprodukte verbaut werden müssen. Also wird man sich in einen Rausch von Dokumentationen flüchten, um belegen zu können, dass man bis an den Rand des Zumutbaren nachgeforscht hat, wird Rückstellungen für Strafzahlungen bilden und mit der Faust in der Tasche zusehen, wie Anbieter aus China Güter aus Zwangsarbeit billig verticken. Diesen Irrsinn zu stoppen, ist ein german vote wert.

Statt über die zu schimpfen, die solche Überregulierungen aufhalten oder zumindest abmildern, sollte man lieber über die Rolle sprechen, die die Europäische Kommission derzeit als Wachstums- und Wohlstandsverhinderer spielt. Während überall in der Welt die Chancen der KI ausgelotet werden, hatte die Kommission nichts Eiligeres zu tun, als eine Regulierung anzustoßen. Wir haben eine europäische Datenschutzgrundverordnung, die den einzelnen nicht nur vor dem Missbrauch seiner Daten schützt, sondern auch den sinnvollen Gebrauch in vielen Fällen verhindert. Obwohl Wachstum heutzutage nur noch mit Daten möglich ist. Aber warum sitzen alle innovativen Wachstumsfirmen der freien Welt in den USA und nicht in Europa?

Europa will die ganze Welt belehren. Wegen unserer besserwisserischen und missionarischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, bekommen wir keine Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika hin. Lieber lassen wir Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als anzuerkennen, dass Länder in anderen Weltgegenden sich noch nicht den Luxus eines porentief reinen und makellosen Wirtschaftens leisten können, sondern erst noch Wohlstand erringen wollen.

Wir sind satt und mutlos. Deshalb verstehen wir nicht, dass Mut den Fortschritt treibt und nicht Ängstlichkeit und Saturiertheit. Wir müssen deregulieren, statt der Wirtschaft immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Deshalb Ja zum german vote! Hören wir auf den amerikanischen Ex-Präsidenten Bill Clinton: „It's the economy, stupid!“

Ihr Pino

Holzdrahtproduktion im Bayerwald:

Freilichtmuseum Finsterau eröffnet Sonderausstellung

Bezirkstagspräsident spricht von „kleiner Sensation für die Region“

Einst überzog ein dichtes Netz an Holzdraht-Werkstätten den Bayerischen Wald. Viele Menschen lebten von der Herstellung der bis zu sechs Meter langen Stäbe aus Fichten- oder Tannenholz, exportierten sie teils bis nach Übersee. Doch im Laufe des 20. Jahrhunderts und fortschreitender Industrialisierung geriet das Handwerk fast in Vergessenheit. Heute wissen nur noch wenige um das Geheimnis der händischen Herstellung von Holzdraht. Ein Geheimnis, dem Franziska Oslmeier, wissenschaftliche Volontärin im Freilichtmuseum Finsterau, seit zwei Jahren nachgeht – mit großem Erfolg. Sie stieß auf so viele Objekte und Überlieferungen, dass sich das Freilichtmuseum im Frühjahr 2023 prompt entschloss, die Sonderausstellung „Hölzl Steckerl Staberl“ ins Leben zu rufen. Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Zweckverbands Niederbayerische Freilichtmuseen, Dr. Olaf Heinrich, eröffnete die besondere Ausstellung über die traditionsreiche Holzdrahtproduktion im Bayerischen Wald.

Die Highlights der Ausstellung: Ein originaler Webstuhl, den Oslmeier und ihre Kollegen mithilfe der Handweberei Moser aufstellten, motorisierte Hobelbänke und diverse Zündholzschachteln aus der Zeit vor und um 1900, die das Muzeum Šumavy Sušice als Leihgaben beisteuerte. Ursprünglich entstand die Holzdrahtproduktion als eine Errungenschaft der frühen Zündholzindustrie. Sie verbreitete sich von Wien bis in den Bayerischen Wald, wo das Handwerk noch lange die Wirtschaft prägte und viele Männer und Frauen in die sogenannte „Stess“ zog – so hießen die Rundstabwerkstätten in den hohen Lagen des Mittelgebirges beiderseits der Grenze zwischen Bayern und Tschechien. Gerade in den arbeitsärmeren Wintermonaten besserten viele Landwirte ihr karges Einkommen mit der Herstellung von Holzdraht auf.

In den vergangenen Jahren gelang es dem Freilichtmuseum Finsterau, seine Sammlung um diese Facette der Holznutzung im Bayerischen Wald zu erweitern. Neue Bildquellen und interessante Objekte zeigen die notwendige Kraft und das handwerkliche Geschick, das das Holzdrahthobeln verlangt und zeichnen das Bild eines eigentümlichen Kapitels der Wirtschaftsgeschichte der Region.

Oslmeier, die bei der Ausstellung zudem als Kuratorin fungiert, sagte bei ihrer Eröffnungsrede: „Die kleinen Dinge des Alltags in ein größeres Geschehen einordnen – so würde ich das Ausstellen im Museum im Kern beschreiben. Die kleinen Dinge lassen aber nicht immer erkennen, dass hinter ihnen Großes steckt. Das war auch hier der Fall, denn aus einem einzigen Hobel ist innerhalb von knapp zwei Jahren diese Ausstellung entstanden.“

Holzdraht reihe sich in ein umfangreiches Repertoire der Holzverarbeitung im Bayerischen Wald ein. Er bot eine breite Palette an Waren – von Zündhölzern bis hin zu Markisen und Rollvorhängen. „Der Holzdrahthobel revolutionierte in den 1820er Jahren die Arbeit in Zündholzfabriken. Ein einzelner Arbeiter konnte auf einen Zug hunderte Hölzer anfertigen, anstatt sie mühsam von Hand zu spalten. Es dauerte allerdings keine 30 Jahre, bis die sich stets wandelnden chemischen Rezepturen und die immer effizienteren Maschinen den Absatz der handgehobelten Hölzer zurückgehen ließen. Gut, dass man mit diesen Stöcken nicht nur Feuer machen konnte! Holzdraht ließ sich auch verweben. Halbtextile, rollbare Matten wurden in alle Welt verkauft – zum Schutz vor der Sonne Südfrankreichs oder gar Kaliforniens,“ so Oslmeier

Zum Glück, so Oslmeier, gebe es noch immer Menschen, die Holzdrahtproduktion selbst gelernt beziehungsweise beobachtet haben. „Aus ihren Werkstätten konnten wir viele interessante Objekte bergen, die alle einen Platz in der Ausstellung gefunden haben. Aber noch viel wichtiger: Wir haben die Chance, nach Zusammenhängen zu fragen und Prozesse zu erproben, um das Handwerk besser zu verstehen und für unsere Besucher aufzubereiten.“

Eine Sensation für die Region

„Was sich hinter dem Titel ‚Hölzl Steckerl Staberl‘ verbirgt, ist eine kleine Sensation für die Region,“ so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Sie zeige, wie wichtig Museumsarbeit gerade auch im ländlichen Raum ist. **kh**

Hexenjagd gegen den Vater der „Kleinen Hexe“

Einen „differenzierten und qualifizierten Umgang“ mit dem herausragenden literarischen und pädagogischen Erbe des 1923 im nordböhmischen Reichenberg geborenen und 2013 in Prien am Chiemsee verstorbenen, weltberühmten Schriftsteller Otfried Preußler hat der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, angemahnt. Derzeit finde, ausgehend von einigen Lehrern, die das Pullacher Gymnasium, das nach Preußler heißt, umbenennen wollen, eine „richtiggehende Hexenjagd gegen den Vater der ‚Kleinen Hexe‘ und zahlreicher anderer Kinderbücher mit einer internationalen Millionenauflage statt.“

Preußler habe niemals geleugnet, als Teenager 1940 den Roman „Erntelager Geyer“ verfasst zu haben, der seine Erlebnisse mit dem so genannten „Jungvolk“ entsprechend dem nationalsozialistischen Zeitgeist wiedergibt: „An diesem Erstling Preußlers gibt es nichts zu beschönigen. Man darf aber nicht vergessen, dass der Autor nach drei Jahren Ostfront, fünf Jahren in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und der Vertreibung aus der Heimat mit dem braunen Gedankengut restlos gebrochen und ein auf Toleranz und Völkerverständigung hinorientiertes Lebenswerk aufgebaut hat.“ Insbesondere das an eine sorbischen Legende anknüpfende Meisterwerk „Krabat“ sei eine warnende Auseinandersetzung mit dem Missbrauch junger Menschen durch dunkle Mächte. Von Preußler lasse sich lernen, wie verheerend der Nationalismus und die nationalsozialistische Ideologie waren, denen er in den dreißiger Jahren selbst erlag.

Kritische Auseinandersetzung ermöglichen

Mit Blick auf die Gefahr, dass derartiges Gedankengut in unserer Zeit wiederkehrt, ist das literarische Erbe Preußlers umso bedeutsamer. Die „Flucht nach Ägypten, königlich böhmischer Teil“ sei ein Roman für Erwachsene und als solcher das eindrucksvollste literarische Denkmal der Welt der Sudetendeutschen und der Tschechen vor der Vertreibung. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut über die hohe Anerkennung, die Preußler in der Tschechischen Republik genießt.

In den 54 Jahren seit der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft habe der Schriftsteller nicht nur auf eindrucksvolle Weise sowohl als Lehrer als auch als Familienvater sein Schicksal gemeistert, sondern vielen Generationen von Jugendlichen, von China über Afrika bis Südamerika, eine Weltsicht vermittelt, die in ihrer friedenstiftenden Weise heute nötiger ist denn je. Mit Umbenennungen von Einrichtungen, die Preußlers Namen tragen, werde pädagogisch das Gegenteil von dem erreicht, was man vorgebe zu wollen: „Lieber sollte man diesen großen Erzähler für das würdigen, was er künftigen Generationen zu bieten hat – was niemanden daran hindern soll, sich auch kritisch mit seiner Lebensgeschichte auseinanderzusetzen.“ ❐

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6/2024, die am 14. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
  Krankenhäuser · Pflegeheime · Schulen · Kindergärten
- **Kommunal-Marketing · Stadtmarketing**
- **Sicherheit und Arbeitsschutz,**
  Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage zur Wasserkraftmesse RENEXPO INTERHYDRO vom 21. bis 22. März 2024 in Salzburg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Energiemanagement der landkreiseigenen Liegenschaften

Die Implementierung des Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen und die Umsetzung durch die Klimaschutzmanagerin Eva-Maria Raab kann beginnen. Die notwendigen Förderbescheide hat Landrat Manuel Westphal nun entgegennehmen können.

Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung haben jeweils in ihren Klimaschutzgesetzen das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 bzw. 2045 fest verankert. Damit die gesteckten Ziele auch erreicht werden können, müssen die Emissionen von Treibhausgasen reduziert werden.

Vorbildfunktion

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist sich seiner Vorbildfunktion und Verantwortung bewusst und hat sich daher entschlossen ein kommunales Energiemanagement für die Liegenschaften des Landkreises einzuführen. Hierfür erhält der Landkreis Zuwendungen aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Die Bundesregierung sowie auch der Freistaat Bayern fördern die Einführung von einem Energiemanagement bei Kommunen für drei Jahre, welche ergänzend beantragt werden können. Durch die Inanspruchnahme der beiden Förderungen konnte ein Fördersatz von 90 Prozent der förderfähigen Kosten erreicht werden. Westphal konnte nun Ende Dezember alle Zuwendungsbescheide entgegennehmen. „Ich freue mich, dass wir nun mit dem Energiemanagement für unsere Liegenschaften starten und einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität leisten können“, betonte der Landrat.

Funktion eines Energiemanagements

Ein Energiemanagement ist ein wichtiges Instrument, um die Energieeffizienz von Liegenschaften und deren Anlagentechnik fortlaufend zu erhöhen sowie den Energieverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen zu mindern. Im Zuge des kommunalen Energiemanagements können bereits mit einfachen und geringinvestiven Maßnahmen Erfolge erzielt werden, um einen dauerhaft sparsamen und effizienten Betrieb der Anlagentechnik und Gebäude zu ermöglichen.

Die Landkreisverwaltung wird zusammen mit dem externen Dienstleister Institut für Energietechnik (IfE GmbH) an der Ostbayerischen Hochschule Amberg-Weiden das Energiemanagement einführen und gemeinsamen während der dreijährigen Förderperiode umsetzen. Im Rahmen des Energiemanagements werden jährlich Energieberichte erstellt, die die Verbrauchsentwicklungen der Liegenschaften und somit die erzielten Einsparerfolge dokumentieren sollen. Das Institut für Energietechnik (IfE) GmbH wird die Landkreisverwaltung darüber hinaus bei investiven Maßnahmen beraten und bei der Implementierung einer Energiemanagementsoftware unterstützen. Durch Schulungen des Landkreispersonals auf deren Anlagentechnik sowie der Software wird eine Weiterführung auch nach der dreijährigen Förderung gesichert. ❐



Landrat Manuel Westphal. Bild: LK WUG / Felix Öder

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



RENEXPO INTERHYDRO

21. - 22. März 2024

Messezentrum Salzburg

Fachmesse für Wasserkraft



www.renexpo-interhydro.eu

MESSE ZENTRUM SALZBURG

zu den Tickets

RENEXPO INTERHYDRO

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserwirtschaft. Aussteller und Besucher erwartet eine hochwertige Kontaktqualität rund um alle Belange der Wasserkraft.



Programm

- Energietalk
- Fachvorträge
- Podiumsdiskussion
- Expert Event „Rivermanagement & Ecology“

Personen

Unter anderem mit

- Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger
- Florian Streibl
- Hans-Josef Fell
- Barbara Becker
- Barbara Fischer-Auppele

Fachmesse für Wasserkraft

21. – 22. März 2024

Ausstellungsbereiche

- Planung und Baudurchführung
- Wasserfassung
- Gewässerschutz
- Kraftwasserleitungen
- Stromerzeugung
- Mess-, Regel- und Steuertechnik
- Krafthaus
- Sicherheitseinrichtungen
- Kraftwerkstypen
- Dienstleistungen

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 14. März 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 6

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Forderungen des Deutschen Städtetags zur Europawahl:

Europas Zukunft Richtung geben

Der Deutsche Städtetag hat für die Europawahl 2024 eine Reihe von Forderungen formuliert, um Europas Zukunft in die richtige Richtung zu lenken.

1. Europa an Werten und Rechtsstaatlichkeit ausrichten: Angesichts geopolitisch unruhiger Zeiten und einem Rechtsruck in einigen EU-Mitgliedsstaaten ist ein starkes Bekenntnis zu europäischen Werten wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit erforderlich. Die konsequente Anwendung des Rechtsstaatsprinzips sollte gewährleistet sein, ohne dass Haushaltszahlungen an Mitgliedsstaaten aufgrund von Verstößen den europafreundlichen Städten schaden.

2. Sozialen Zusammenhalt und Integration gemeinsam meistern: Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Reform eines gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zügig vorangetrieben und ein gerechtes europäisches Verteilsystem umgesetzt wird. Die Massenzustrom-Richtlinie muss verlängert werden. Die EU soll sich stärker den Problematiken der Binnenmigration annehmen und durch langlaufende Förderprogramme die Städte in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Systeme der sozialen Sicherheit müssen koordiniert werden, um die Freizügigkeit zu wahren und Missbrauch zu verhindern.

3. Digitale Transformation ohne Hürden ermöglichen: Ein klarer regulativer Rahmen für die Nutzung von Daten durch Städte sollte geschaffen werden, um das Potenzial Künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln zu nutzen. Offene Standards sind zu verwenden, um digitale Abhängigkeiten von Dritten zu vermeiden.

4. Städte als zentrale Akteure für ein klimaneutrales Europa und in der Umsetzung des Green Deals unterstützen: Die europäischen Rahmenbedingungen müssen Städte befähigen, den Ausbau der erneuerbaren Energien schnell umzusetzen. Für Maßnahmen hinsichtlich der Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden, braucht es sowohl den Blick auf das Quartier als auch mit nationalem Recht im Einklang stehende Sanierungsvorgaben. Die Energieeinsparvorgaben für den öffentlichen Sektor sind ambitioniert. Neben dem öffentlichen Bereich müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Auch muss die EU einen Rahmen schaffen, um die Erzeugung, die Nutzung und den Transport von grünem Wasserstoff innerhalb der EU zu fördern. Diese hat zudem für einen funktionierenden Gas- und Strombinnenmarkt Sorge zu tragen und muss den Aufbau einer grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur zügig vorantreiben.

5. Gesunde und umweltfreundliche Städte fördern: Saubere, gesunde und umweltbewusste Städte sind ein elementa-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayern fordert:

„Agenda 2030" für die Wirtschaft

Der Bayerische Ministerrat hat eine Bundesratsinitiative für eine steuer- und wirtschaftspolitische Agenda 2030 für Deutschland beschlossen - mit der Forderung nach kräftigen Steuersenkungen für Unternehmen als zentralem Punkt. Zur Stärkung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit seien „eine substanzielle Weiterentwicklung des Steuerrechts sowie eine zukunftsorientierte Energiepolitik dringend erforderlich", heißt es in der Initiative.

Um die Attraktivität des Standorts Deutschland effektiv zu steigern, fordert Bayern unter anderem eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf ein Niveau von 25 Prozent und eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle. Neben steuerlichen Anreizen für die Leistung von Überstunden und Mehrarbeit soll die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter dauerhaft wiedereingeführt werden. Ebenso steht die Einführung einer dauerhaften degressiven Gebäudeabschreibung zur Stabilisierung der privaten Investitionen im Wohnungsbau auf der Agenda.

Auch setzt sich die Staatsregierung dafür ein, den bereits beschlossenen Abbau von Steuerentlastungen beim Agrardiesel für Landwirte zurückzunehmen und eine Steuerbefreiung für Biokraftstoffe, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden, einzuführen. Darüber hinaus will das Kabinett eine Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit Landwirte selbst steuerliche Rücklagen für schlechte Jahre bilden können.

In der Gastronomie soll wieder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten und zwar künftig auch für Getränke. Die Stromsteuer soll auf das europäische Mindestmaß abgesenkt und der Ausstieg aus der Kernenergie erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem wendet sich das Kabinett gegen zusätzliche Bürokratie im Steuerrecht „durch die rein ideologisch motivierte Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V".

Einst sei Deutschland die Lokomotive der EU gewesen, heute sei man die rote Laterne, erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es brauche eine Kurswende: „Bayern liefert, was Deutschland benötigt: effektive und wirkungsvolle Maßnahmen statt dem kosmetischen Klein-Klein der Ampel im Wachstumschancengesetz." **DK**

Fachkonferenz der Bundes-SGK:

Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation

Unter dem Thema „Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation" setzte sich die Bundes-SGK in Potsdam mit den vielfältigen Anforderungen der Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft aus kommunaler Perspektive auseinander. In diesem Umfeld stehen Herausforderungen wie fehlende öffentliche Finanzmittel für dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen, steigende Kosten für Energie und Bauinvestitionen, Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels und die Bedrohungen einer von Krieg und Krisen geschüttelten Welt. Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, in der die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt ist und ein starker Staat notwendige Investitionen fördert sowie durch soziale Dienstleistungen Sicherheit im Wandel schafft.

Die Fachkonferenz behandelte eine Reihe von Themen, darunter die kommunale Energie- und Wärmewende, Fachkräftemangel und Digitalisierung in der Verwaltung, bezahlbares Wohnen in wachsenden Städten, Transformationsprozesse in ländlichen Räumen, Fortschritte in der Mobilitätswende, Beteiligung in der Transformation (kommunale Entwicklungsbeiräte), Klimaanpassung und Katastrophenschutz sowie Kommunen und Europa in der Transformation.

Massive Lücke auf dem Arbeitsmarkt

Zudem bot die Tagung eine Plattform für Diskussionen und den Austausch mit wichtigen Persönlichkeiten aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Unter den Teilnehmern war Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der aufgrund der demografischen Entwicklung vor einer massiven Lücke auf dem Arbeitsmarkt warnte. Im kommenden Jahrzehnt gingen zahlreiche geburtenstarke Jahrgänge in Rente. Bis 2035 müssten sieben Millionen Arbeits- und Fachkräfte ersetzt werden. Um diese Lücke zu füllen, müsse der Staat alle Register ziehen.

Faktor Qualifizierung

Als wichtigen Faktor nannte Heil die Qualifizierung: Zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung. In diesem Zusammenhang hob er die wichtige Rolle der Jugendberufsagenturen hervor. Sie leisteten einen entscheidenden Beitrag, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler eine Chance auf berufliche Ausbildung haben. Nachholbedarf sieht der Minister zudem bei der Frauenerwerbsarbeit sowie der Inklusion am Arbeitsmarkt. Dagegen ist für Heil eine Anhebung des Renteneintrittsalters keine Option.

Geflüchtete in Arbeit bringen

Um den Fachkräftemangel auszugleichen, wolle die Bundesregierung gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen Geflüchtete verstärkt in Arbeit bringen, führte der Bundesarbeitsminister weiter aus. Dafür soll der sogenannte Job-Turbo sorgen. Ziel ist es, das Potenzial der geflüchteten Menschen schnellstmöglich im Arbeitsalltag einzusetzen und ihre fachlichen Kompetenzen zu nutzen. Sie sollen enger betreut und gezielter vermittelt werden. Konkret heißt das: Wer einen Integrationskurs absolviert hat, soll selbst bei nicht perfekten Deutschkenntnissen so schnell wie möglich Arbeitserfahrung sammeln und sinnvoll weiter qualifiziert werden. Von den 1,1 Millionen Menschen, die Deutschland aus der Ukraine aufgenommen haben, hätten bereits 160.000 Menschen aus der Ukraine seit Kriegsausbruch in Deutschland eine Anstellung gefunden, erklärte Heil. Doch reiche dies bei weitem nicht aus.

Die Nachrichten über das im November 2023 durch das Recherchenetzwerk Correctiv auf-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ministerpräsidentenkonferenz zur Asylpolitik:

Für mehr Klarheit und Geschwindigkeit

Geht es nach dem Willen der Bundesländer, soll sich die Bundesregierung deutlich gegenüber einer möglichen Verlagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU positionieren. Bis zur nächsten Bund-Länder-Runde am 20. Juni sei die sogenannte Drittstaatenlösung zu prüfen, wurde nach Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz beschlossen.

Zudem soll bald feststehen, wann die im November 2023 vereinbarte Bezahlkarte für Asylbewerber kommt. Sie soll teilweise Bargeld-Auszahlungen ersetzen und damit verhindern, dass die Flüchtlinge Geld in ihre Heimatländer überweisen. In dem gemeinsamen Beschluss fordern die Regierungschefs der Länder den Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Bundestag einen entsprechenden Entwurf dazu rasch verabschiedet.

Söder: Nichts Neues

Unzufrieden mit den Beratungsergebnissen zeigte sich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Das reicht nicht: Die Ministerpräsidentenkonferenz war wieder nur eine Bestandsaufnahme und hat nichts Neues gebracht. Es braucht endlich eine grundlegende Wende der Migrationspolitik in Deutschland. Länder und Kommunen sind überfordert und die Ampel unternimmt zu wenig dagegen. Die politische Stabilität des Landes darf nicht aus ideologischen Gründen in Gefahr geraten. Es müssen umgehend Maßnahmen gegen die illegale Migration getroffen werden", machte Bayerns Regierungschef deutlich.

Bayern und Sachsen: Statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen

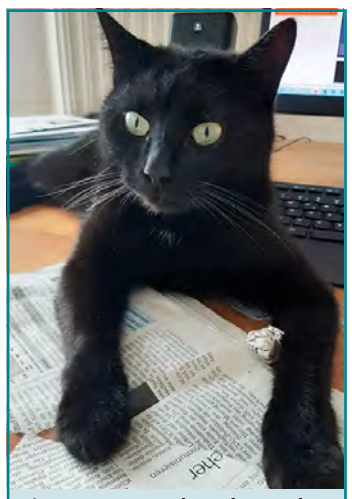
Bayern und Sachsen forderten in einer gemeinsamen Protokollnotiz, dass neu ankommende ukrainische Flüchtlinge künftig statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen für Asylbewerber erhalten. Asylbewerber sollten erst nach frühestens fünf statt drei Jahren volle Sozialleistungen erhalten. Bayern und Sachsen verlangen zudem, alle notwendigen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit antisemitische Straftäter und Feinde unserer Verfassung ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und konsequent abgeschoben werden können.

Enttäuschung auch beim Deutschen Landkreistag: Der Verband verlangt mehr Abschiebungen und dringt auf mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte Präsident Reinhard Sager: „Das Treffen hat erneut keinen wirklichen Fortschritt in der Migrationspolitik gebracht. Das ist schwer nachvollziehbar, auch wenn manche Maßnahmen umgesetzt worden sind."

Kaum Rückführungen

Das gelte etwa für die Bezahlkarte, die zwar auf den Weg gebracht worden sei, aber kaum vor Ende des Jahres umgesetzt sein würde. „Eine spürbare Intensivierung der Anstrengungen bei der lange angekündigten Rückführungsoffensive sehen wir nicht – kaum Abkommen mit möglichen Aufnahmestaaten, kaum Rückführungen in die Tür-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Pino, unser Rathauskater, bezweifelt, dass der heutigen Gesellschaft das Wohlergehen der jüngeren Generation am Herzen liegt. Anders seien für ihn weder BAföG-Reform noch Generationenkapital erklärbar. **Seite 13**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayerischer Aktionsplan „Queer für alle Menschen"? 2
Eisenreich: Neuer Höchststand bei Hass und Hetze 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik! 3
Tag der Archive in Bayern: Essen und Trinken 3
Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungsvorschläge .3
Wasser • Abwasser . . . . . .5 - 6
Kommunale Bauthemen . . . . . .7 - 8
Kommunale Finanzthemen . . . . . .9 - 10
Sicherheit • Katastrophenschutz 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 - 14

Bayerischer Aktionsplan:

QUEER für alle Menschen?

Der Bayerische Aktionsplan QUEER ist ein integraler Bestandteil der im Koalitionsvertrag von CSU und Freie Wähler fest verankerten Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Er dient als deutliches Signal an LSBTIQ-Personen sowie an die Gesamtheit der Gesellschaft. Unabhängig von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung strebt der Aktionsplan danach, allen Menschen in Bayern ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes, diskriminierungs- und gewaltfreies Leben zu ermöglichen. Die Maßnahmen des Bayerischen Aktionsplans QUEER zielen darauf ab, Bewusstsein zu schaffen, Sensibilität zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, so verkündete das zuständige Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

Der Auftakt dieses Prozesses wurde durch einen Runden Tisch im Juli 2023 eingeleitet. Für das Jahr 2024 ist ein umfassender Beteiligungs- und Erarbeitungsprozess geplant, bevor der Aktionsplan Ende 2025 präsentiert werden soll und ab 2026 in die Umsetzung geht.

Bündnis queerer Akteure

Im Herbst 2023 hat ein breites Bündnis von nicht staatlichen Akteuren, bestehend aus queeren zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt (https://www.lsvd.de/media/doc/10564/zivilgesellschaftlicher-massnahmenkatalog_aktionsplan-queer_lsvd-bayern-komprimiert.pdf) der vom LSVD (Lesben und Schwulenverband) an die zuständige Sozialministerin Ulrike Scharf übergeben wurde. Der Maßnahmenkatalog beinhalte, laut Pressemitteilung des Verbands, „Über 120 Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit in Bayern“ und, so der Wunsch des Bündnisses, soll als inhaltlich-fachliche Grundlage für den weiteren Erarbeitungsprozess eines bayerischen „Aktionsplan QUEER“ dienen: „Die beteiligten Community-Organisationen wollen sich beim geplanten Erarbeitungsprozess des Sozialministeriums bis Ende 2025 fachlich einbringen, den Prozess aber auch kritisch begleiten.“

Aus dem Bayerischen Sozialministerium heißt es, dass der Aktionsplan QUEER ohne inhaltliche Vorfestlegung und ergebnisoffen erarbeitet wird: „Diskussionsgrundlage für das Beteiligungsverfahren ist neben dem Input aus Kommunen, Verbänden, Organisationen und von Einzelpersonen vor allem der Input aus den bayerischen LSBTIQ-Communities. Der Zivilgesellschaftliche Maßnahmenkatalog wird ebenso im Beteiligungsverfahren als Diskussionsgrundlage herangezogen.“ Auf die Frage der Bayerischen GemeindeZeitung, ob Frauen- und Kinderschutzverbände, Schul- und Lehrerverbände an der Erarbeitung beteiligt waren und ob jede der genannten Maßnahmen Queerfeindlichkeit beträfe, verwies das Ministerium in einem Antwortschreiben auf den LSVD und die aufgelisteten Mitwirkenden im Maßnahmenkatalog selbst: „Das Beteiligungsverfahren steht selbstverständlich auch für alle genannten Verbände offen.“

Das gesamte Beteiligungsverfahren soll transparent durchgeführt und dokumentiert werden, sagt man im Sozialministerium. Aktuelle Informationen zum Beteiligungsverfahren sind unter folgendem Link zu finden: www.aktionsplan-queer.bayern.

Erbitterte Ablehnung

Es ist zu erwähnen, dass nach einer massiven Welle der Empörung und einer Fülle von kritischen Einträgen die interaktive Ideenpinnwand „vorübergehend offline“ genommen wurde, jedoch „baldmöglichst“ wieder zur Verfügung stehen soll. Vorschläge können wieder eingereicht werden, sollen aber nur noch moderiert veröffentlicht werden.

Einige der vorgestellten Maßnahmen aus dem Katalog stießen auf deutliche Ablehnung, bspw. die Forderung „Der Freistaat Bayern soll darauf hinwirken, dass an allen bayerischen Bildungsinstitutionen geschlechtsneutrale Sanitäranlagen und Umkleiden zur Verfügung stehen. Der Einsatz von Einzelanlagen sollte dabei geprüft werden“. Auf die Frage, ob die individuellen Bedürfnisse derjenigen Mitglieder der Gesellschaft, die sich nicht als Teil der queeren Community sehen, Rücksicht genommen wird, z.B. wenn Schülerinnen keine geschlechtsneutralen Sanitäranlagen und Umkleiden wünschen, antwortete das Ministerium: „Das Beteiligungsverfahren für einen Bayerischen Aktionsplan QUEER richtet sich ausdrücklich an die gesamte bayerische Gesellschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen.“

Kommunen sind (noch) nicht in die Beratung involviert

Im Maßnahmenkatalog stehen eine Reihe von Forderungen, die die bayerischen Kommunen betreffen. Noch sind Kommunalverbände, nach Aussage des Ministeriums, nicht in die Beratung involviert: „Im Rahmen des Beteiligungsprozesses wurde eine eigene Arbeitsgruppe „Kommunale Aktionspläne“ eingerichtet. Ein durch die Staatsregierung verfasster Bayerischer Aktionsplan QUEER wird selbstverständlich das übliche Beteiligungsverfahren durchlaufen.“ An den „Kommunalen Aktionsplänen“ können Interessenten mitwirken: (https://aktionsplan-queer.bayern/queer/de/process/59085/singleContent/11).

Partner des Bayerischen Sozialministeriums in der Erarbeitung sind der Bayerische Jugendring (BJR) und das JFF – Institut für Medienpädagogik. **CH**

Bayerischer Landtag lobt Bürgerpreis 2024 aus

Leitthema „Nie wieder ist jetzt!

Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“

Bis zum 30. April 2024 können sich ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte bewerben, die sich mit großem Engagement der Erinnerungskultur verschreiben und sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Wir wollen aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft. Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und für unsere Demokratie auszeichnen.“

Die bayerische Volksvertretung würdigt mit der Auszeichnung wieder herausragendes ehrenamtliches Engagement im Freistaat. Das Leitthema lautet diesmal „Nie wieder ist jetzt! Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“. Unter dem Motto „Aus der Vergangenheit lernen – in Generationen denken“ richtet sich die Auslobung an ehrenamtliche Initiativen, die sich für Vielfalt und Offenheit einsetzen und dafür, dass demokratische Werte und die Menschenwürde die Grundprinzipien des staatlichen und gesellschaftlichen Handelns bleiben.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Hass und Hetze, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft haben zugenommen. Die Demokratie wird bedroht Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement für die Erinnerungskultur und unsere Demokratie auszeichnen.“

Nur eine Gesellschaft, die ihre Geschichte kennt und ihre Lehren daraus zieht, die Zeitzeugen zuhört und einen Austausch zwischen den Generationen fördert, eine Gesellschaft, die historische Orte würdigt und Biografien erlebbar macht und für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie einsteht, kann dieser Entwicklung entgegentreten und eine starke und zuversichtliche Gesellschaft sein.

Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 richtet sich deshalb insbesondere an ehrenamtliche Initiativen im Bereich Erinnerungskultur, die sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Zudem steht besonders ehrenamtliches Engagement im Fokus, bei dem sich Menschen den besorgniserregenden Entwicklungen mit aller Kraft entgegenstellen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einem Beirat unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausgewählt. Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert. Eine Teilausschüttung des Preisgeldes bleibt vorbehalten. Zudem kann das jeweilige Preisgeld auch in Teilsummen auf mehrere Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Projekts oder dessen Fortentwicklung einzusetzen.

Die Preisverleihung ist für den 17. Oktober 2024 im Bayerischen Landtag geplant.
Informationen: www.buergerpreis-bayern.de ❐

Justizminister Eisenreich:

Neuer Höchststand bei Hass und Hetze

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Behörden 3.115 neue Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet eingeleitet. Nach Angaben von Justizminister Georg Eisenreich ist dies ein Plus von 28 Prozent gegenüber 2022. Damit sei ein neuer Höchststand erreicht worden. Die Angriffe seien besonders häufig fremdenfeindlich oder antisemitisch motiviert.

Der Großteil der Ermittlungsverfahren (2.657) richtete sich bayernweit gegen bekannte Täter (+ 40 Prozent); 458 Verfahren (- 14 Prozent) wurden gegen Unbekannt geführt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft München waren es 1.664 Verfahren gegen bekannte Täter und 319 gegen Unbekannt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg wurden 613 Verfahren gegen bekannte, 85 gegen unbekannte Täter sowie bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg 380 gegen bekannte und 54 gegen unbekannte Täter verzeichnet.

Justiz schützt die Opfer

Wie Minister Eisenreich erläuterte, hätten der Terror-Angriff auf die Hamas im vergangenen Oktober und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine Hass und Hetze noch einmal neuen Nährboden gegeben. Er wünsche sich, dass möglichst viele in der Gesellschaft Hass offen widersprechen – sei es am Stammtisch, in der Arbeit, am Gartenzaun oder im Internet. Eisenreich: „Ich will alle Opfer von Hasskriminalität ermutigen: Die Justiz lässt Sie nicht allein. Zeigen Sie die Täter an!“

Hate-Speech-Beauftragter

Um Hass und Hetze im Netz effektiv und schlagkräftig zu bekämpfen, hatte der Minister mit Klaus-Dieter Hartleb bereits zum 1. Januar 2020 Deutschlands ersten Hate-Speech-Beauftragten zentral für die bayerische Justiz bestellt. Nach Staatsanwältin Teresa Ott wurde nunmehr Staatsanwalt David Beck als neuer Beauftragter eingeführt. Schon bei der Staatsanwaltschaft Kempten habe er sich mit großer Tatkraft dem Kampf gegen Hass und Hetze gewidmet und so wertvolle Erfahrungen sammeln können, betonte Eisenreich. **DK**

Massive Zunahme bei öffentlicher Klage

In insgesamt 728 Verfahren wurde öffentlich Klage erhoben, im Vorjahr waren es 488 Verfahren. In 567 Verfahren erging 2023 eine Verurteilung oder ein Strafbefehl. Davon sind 411 Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen (151 mehr als im Vorjahr).

Von den Verfahren waren 568 fremdenfeindlich (2022: 401 Verfahren; +42 Prozent), 481 antisemitisch (2022: 387 Verfahren; +24 Prozent). In 112 Verfahren wurden die Opfer wegen ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität angegriffen, im Vorjahr 38 (+ 195 Prozent). 78 Verfahren waren islamfeindlich (2022: 41 Verfahren; +90 Prozent), 64 behindertenfeindlich (2022: 64 Verfahren) und 10 christenfeindlich (2022: 3; + 233 Prozent) motiviert.

In 376 Verfahren waren die Geschädigten im Jahr 2023 weiblich, im Jahr davor waren es 214 (+ 76 Prozent). 61 Verfahren wurden wegen frauenfeindlicher Hate Speech geführt (2022: 44; + 61 Prozent). Beim bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Frauenfeindlichkeit im Internet am 7. März durchsuchten Ermittler bayernweit Wohnungen. Sie ermitteln gegen acht Männer und zwei Frauen, im Alter von 24 bis 68 Jahren. Bei einem Großteil der Taten handelte es sich um Beleidigungen und Volksverhetzungen gegen Politikerinnen.

Bayerischer Ministerrat:

Startschuss für PISA-Offensive

Mit Details zur PISA-Offensive Bayern wartete Kultusministerin Anna Stolz nach einer Sitzung des bayerischen Ministerrats in München auf. Vor Pressevertretern verwies sie darauf, dass es sich hier um das Ergebnis eines umfassenden und breiten Dialogs mit zahlreichen Verbänden, der gesamten Grundschulfamilie und der Wissenschaft handle. Im Mittelpunkt stehe die Stärkung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschule, für die künftig insgesamt sechs Stunden mehr Zeit zur Verfügung stehen werden.

So wird ab dem kommenden Schuljahr in allen vier Jahrgangsstufen die Anzahl der Deutschstunden jeweils um eine Stunde erhöht. Zudem wird es in der ersten und dritten Jahrgangsstufe je eine zusätzliche Mathematikstunde geben. Um dieses Mehr an Zeit für Deutsch und Mathematik im Stundenplan zu ermöglichen, können die Schulen mithilfe eines flexiblen Rahmens individuelle Schwerpunkte setzen. Wichtig dabei: „Es bleiben alle Fächer erhalten, kein Fach wird gestrichen“, betonte die Ministerin.

Spracherwerb, Integration, Wertebildung

Neu zugewanderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine erfolgreiche schulische Integration zu ermöglichen, bleibe eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen. Kernpunkt seien dabei Spracherwerb, Integration sowie Werte- und Demokratiebildung. Die Staatsregierung führe deshalb die bestehenden Fördermaßnahmen für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die altersmäßig den Jahrgangsstufen 5 und 6 zuzuordnen sind, zu einem neuen Instrument der schulischen Erstintegration zusammen.

Laut Ministerpräsident Markus Söder ist Sprache der erste Schritt zu einer gelungenen Integration. „Deswegen legen wir den Fokus verstärkt auf das Deutschlernen. Künftig gibt es vor der Einschulung verpflichtende Sprachtests für alle. Nur mit ausreichend Deutschkenntnissen ist der Besuch des regulären Unterrichts sinnvoll. Wir wollen Integration ab dem ersten Schultag. Das gelingt nur, wenn eine gemeinsame, gute Verständigung möglich ist.“

Entschlossen setzt die Staatsregierung auch den digitalen Wandel an den bayerischen Schulen um: Ab dem Schuljahr 2024/25 wird, beginnend mit den staatlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, ermöglicht, die 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten schrittweise zu realisieren. Stolz zufolge setzt der Freistaat damit Maßstäbe und geht – nach digitalen Klassenzimmern, Leihgeräten und Fortbildungen – den nächsten und entscheidenden Schritt auf dem Weg zur „Digitalen Schule der Zukunft“. **DK**

Stadtmarketing-Preis Bayern 2024

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger läutet den Bewerbungsstart zum Stadtmarketingpreis Bayern 2024 ein. Der Wettbewerb des bayerischen Wirtschaftsministeriums um die besten Ideen zur Innenstadtbelebung geht in die zwölfte Runde.

„Auch dieses Jahr suchen wir wieder kreative City- und Stadtmarketingkonzepte. Der Blick auf erfolgreiche Initiativen und Erfolgsgeschichten der vergangenen Jahre zeigt: Stadtmarketing wirkt! Überall dort, wo aktives Stadtmarketing betrieben wird, entwickeln sich Innenstädte, Handel und Gewerbe besser als anderswo. Die Kreativität unserer Städte und Stadtmarketingorganisationen revitalisiert unsere Innenstädte und steigert deren Attraktivität“, so der Minister.

Bis zum 5. Juni 2024 können sich Städte, Gemeinden und Stadtmarketingorganisationen mit ihren Projekten bewerben. Prämiert werden die besten fünf Ideen. Jeder Gewinner erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, das von folgenden Partnern des Wettbewerbs gestellt wird: Handelsverband Bayern HBE, Sparkassenverband Bayern, Aktionskreis City- und Stadtmarketing Bayern AKCS, Zentralverband der Immobilienwirtschaft ZIA und Günther Rid Stiftung für den bayerischen Einzelhandel. Weitere Partner sind der Bayerische Städte- und Gemeindetag sowie die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland BCSD. Die Auszeichnung der Gewinner erfolgt im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung am 21. Oktober 2024 im bayerischen Wirtschaftsministerium.
Informationen: www.stadtmarketingpreis-bayern.de . ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Albert
Gemeinde Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
Gemeinde Großbardorf
am 18.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Mahl
Stadt Hilpoltstein
am 17.3.

Bürgermeister
Hans-Walter Hofmann
Markt Schnabelwaid
am 24.3.

Bürgermeister Josef Dollinger
Stadt Moosburg
am 25.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Rößle
Landkreis Donau-Ries
am 16.3.

Bürgermeister Willi Reiter
Gemeinde Ustersbach
am 22.03.

Bürgermeister Johannes Ruf
Markt Tussenhausen
am 22.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Lampe
Stadt Uffenheim
am 17.3.

Bürgermeister
Hermann Etzel
Gemeinde Egglham
am 21.3.

Bürgermeister
Stefan Jocher
Gemeinde Schlehdorf
am 27.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Iris Harms
Gemeinde Kühlenthal
am 26.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Eckl
Gemeinde Prackenbach
am 23.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Tag der Archive“ 2024 in Bayern:

Essen und Trinken

Alle zwei Jahre ruft der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) zum „Tag der Archive“ auf, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen der Archive zu lenken. Der bundesweite Aktionstag fand in diesem Jahr an den ersten drei Märztagen statt und stand unter dem Motto „Essen und Trinken“.

„Kann Bier politisch sein? Dieser und weiterer Fragen rund um den besonders feinen bayerischen Geschmack konnte am „Tag der Archive“ nachgespürt werden. Spannende Geschichten aus der Vergangenheit warteten darauf, entdeckt zu werden.

Die Staatlichen Archive Bayerns beteiligten sich an den Aktionstagen mit einem vielfältigen Programmangebot. Allein in München gaben 26 Archive am 1. und 2. März spannende Einblicke in ihre Bestände. In Würzburg organisierten Staatsarchiv, Stadtarchiv, Universitätsarchiv, Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg sowie das Historische Archiv der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH am 1. März gemeinsam „Geschmackvolle Geschichte(n)“ in der Würzburger Residenz. Gezeigt wurden zudem historische Küchenausstattungen und -geräte. Vertreten war dort auch der Lehrstuhl für Europäische Ethnologie, der Lesezirkel zum kulinarischen Erbe anbot.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive Amberg, Landshut und München öffneten am 2. März ihre Türen für Besucherinnen und Besucher. Flankierend zu den analogen Angeboten stellten sich die Archive im digitalen Raum vor und präsentierten Dokumente und spannende Geschichten rund um das Thema „Essen und Trinken“. Wie schon beim #TagDerArchive2022 veranstalteten die Staatlichen Archive Bayerns vom 29. Februar bis zum 9. März einen BlogSlam.

Erstmals beteiligte sich auch das Nabburger Stadtarchiv – seit 2022 in neuen, barrierefreien Räumlichkeiten – am Tag der Archive und widmete sich dem Thema „Bier-Geschichte in Nabburg“. Forschung in historischen Dokumenten muss nicht immer „trocken“ sein: Im Nabburger Archiv wurden u.a. Quellen zum Schwarzenfelder Bierkrieg und zum Streit um die warme oder kalte Gärung präsentiert.

Passend zum Motto „Essen und Trinken“ zeigte das Stadtarchiv Neumarkt i.d.OPf. Archivalien aus seinem Bestand, gewährte Einblicke in die Arbeitswelt eines Archivs, vermittelte Informationen zur Geschichte und bot literarische und kulinarische Genüsse.

Barrierefreie Einblicke

Das Stadtarchiv Nördlingen gilt wegen seiner einzigartigen Überlieferung aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit als das vielleicht bedeutendste Stadtarchiv im deutschen Kulturraum. Bei einer Führung durch das Archiv wurden die umfangreichen Bestände und herausragenden Quellen zur Stadtgeschichte sowie zum Motto „Essen und Trinken“ präsentiert.

In seiner Ausstellung „Ansichtssache. Fabriken im Bild“ stellte das Bayerische Wirtschaftsarchiv eine Auswahl seiner schönsten und eindrucksvollsten Firmenansichten vor. Zu sehen waren u.a. Darstellungen der Löwenbrauerei an der Nymphenburger Straße (1913), des ersten Fabrikbaus des Optikherstellers Rodenstock an der Isartalstraße (um 1898) und der Lokomotivfabrik von Georg Krauss auf dem Marsfeld (1882). Neben diesen Münchner Traditionsunternehmen waren u.a. auch die Lederer-Brauerei in Nürnberg (um 1900), die Wolfshöher Tonwerke im mittelfränkischen Neunkirchen am Sand (1906) oder die Augsburger Kammgarnspinnerei (1888) vertreten.

Mit einer Sonderausstellung zum Thema „#130JahreGVB – Tradition – Transformation – Teilhabe“ präsentierte sich der Historische Verein bayerischer Genossenschaften im Bayerischen Wirtschaftsarchiv. Nicht zuletzt zeigte die Ausstellung, dass immer wieder die Teilhabe der Mitglieder der entscheidende Motor für die Entwicklungen und Entscheidungen des Verbandes waren und sind.

Im Deutschen Museum wurden ausgewählte Stücke zur „Technik- und Wissenschaftsgeschichte in Farbe“ gezeigt. Das Bayerische Landesluftbildarchiv, untergebracht im Bayerischen Landesluftbildzentrum, präsentierte Luftbilder von den Anbaugebieten zahlreicher Ausgangsprodukte für die tägliche Nahrung. Besucher konnten beispielsweise die Schönheit und Vielfalt von Hopfenfeldern, Weinbergen, Getreidefeldern oder auch Karpfenweihern aus der Vogelperspektive entdecken. Außerdem wurden den Luftbildern historische Karten gegenübergestellt, die aufzeigten, wie früher die Anbauflächen dargestellt wurden.

Im Rahmen der Veranstaltung „Dinosaurier im Archiv – 180 Mio. Jahre alte Fossilien erzählen Geschichte“ öffnete die Hanns-Seidel-Stiftung die Tore zu einer faszinierenden Zeitreise durch die Vergangenheit der CSU. Ebenso gewährt wurde ein Einblick in die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Räume von Archiv und Bibliothek des Bayerischen Landtags. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

in den bayerischen Wahllokalen geben genauso viele Frauen wie Männer ihre Stimmen ab, doch in kommunalpolitischen Gremien und Spitzenpositionen sind Frauen noch deutlich unterrepräsentiert. Um den Frauenanteil in kommunalen Gremien und Spitzenfunktionen erheblich zu verbessern, sind nicht nur mehr Frauen aufgerufen, sich aktiv in der Kommunalpolitik zu engagieren, sondern auch die Parteien sind aufgefordert, sich verstärkt für Kandidatinnen und mehr Frauenförderung in der Politik einzusetzen.

KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik!

Als KPV haben wir hierzu unseren Beitrag geleistet und vor zwei Jahren die KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen“ ins Leben gerufen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen innerhalb der bayerischen Kommunalpolitik zu unterstützen und eine wesentliche Erhöhung des Frauenanteils im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen 2026 zu erreichen.

So fand dieses Jahr im Rahmen des Weltfrauentages am 08. März 2024 zum zweiten Mal ein großer KPV-Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen statt. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und dem lockeren Austausch unter den Kommunalpolitikerinnen gab es Impulsvorträge und gemeinsame Diskussionen, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können.

Für die KPV ist klar: Es braucht mehr starke Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik. Mit unserer KPV-Initiative werden wir daher weiterhin die Strukturen und Netzwerke für Frauen in der bayerischen Politik stärken.

Es ist an der Zeit, dass Frauen vermehrt politische Verantwortung übernehmen und ihre Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dies ist ein wichtiger Baustein dafür, Bayerns Politik repräsentativer und zukunftsorientierter zu gestalten.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Überwältigende Teilnahme an Online-Umfrage:

Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungs-Vorschläge

Die Belastung der Landwirte durch die Bürokratie hat inzwischen auch den politischen Alltag in Brüssel und Berlin erreicht. Zahlreiche Initiativen wurden hierfür in den letzten Tagen angekündigt. In Bayern wird längst nicht mehr nur darüber gesprochen, sondern schon konkret mit Hochdruck an Maßnahmen zur Entbürokratisierung gearbeitet.

Bereits im Dezember 2023 hatte die Bayerische Agrarministerin Michaela Kaniber die Initiative „Gemeinsam für schlankere Bürokratie“ gestartet. Ein erster Schritt endete nun. Von den 100.000 angeschriebenen landwirtschaftlichen Betrieben beteiligten sich rund 20.000 an der Online-Umfrage. Sie unterbreiteten zahlreiche Vorschläge, die in den kommenden Wochen systematisch ausgewertet werden. In einer ersten Blitzauswertung zeigte sich, dass 63,3 Prozent der Landwirte den wöchentlichen Aufwand für bürokratische Aufgaben als „zu hoch“ oder „eher zu hoch“ bewerten. „Dies deckt sich mit anderen Umfragen unter Betrieben, die Bürokratie als eines der belastenden Probleme nennen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schnellstmöglich anpassen, wenn wir die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten und Branchen erhalten wollen“, stellte Kaniber fest.

Als nächsten Schritt werden sich daher der eingesetzte Praktikerrat und ein Verwaltungsbeirat mit den Vorschlägen beschäftigen. Im Sommer ist dann auch eine Beteiligung der Verbände vorgesehen. „Jeder kennt den alten Spruch von Lenin: ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser‘. Wo es nur geht, müssen wir das umdrehen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“, so die Ministerin weiter.

Bayern hatte das Thema Entbürokratisierung bereits durch einen eigenen Antrag bei der Agrarministerkonferenz im letzten Herbst auf Bundesebene auf die Tagesordnung gebracht und wird sich auch bei den Debatten im Bund und in Europa mit eigenen Vorschlägen einbringen. Erste Ansatzpunkte für eine schlankere Bürokratie wurden bereits diese Woche, zusammen mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, in den Agrarausschuss des Bundesrates eingebracht. Darunter etwa die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung, eine Vereinheitlichung der Abstandsregelungen zu Gewässern und von Terminen und Fristen. „Ich hoffe, dass auch das nächste Bundesratsplenum ein entsprechend starkes Signal in dieser Hinsicht setzt“, so die Ministerin abschließend. ❒

Bayerns Innenminister Herrmann und Österreichs Innenminister Karner:

Engere Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich

Intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus und von Schlepperbanden
Österreich plant Bezahlkarte für Asylbewerber nach bayerischem Vorbild

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in Wien mit dem österreichischen Bundesinnenminister Gerhard Karner eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vereinbart. „Zwischen bayerischen und österreichischen Rechtsextremen bestehen zahlreiche Kontakte und ein reger Austausch, unter anderem bei der Identitären Bewegung“, erklärte Herrmann. Verbindende Elemente seien der Hass gegen Flüchtlinge und die Ablehnung der Europäischen Union. „Wir müssen deshalb den Rechtsextremismus auf allen Ebenen und auch grenzüberschreitend noch konsequenter bekämpfen“, betonte Herrmann.

Dabei geht es insbesondere um den Informationsaustausch. Herrmann: „Wir müssen unsere Erkenntnisse über die internationalen Kontakte von Rechtsextremisten unsererseits noch besser vernetzen.“ Das Erstarken rechtsextremistischer Kräfte in ganz Europa sei ein besorgniserregendes Alarmsignal. „Daher wird das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Zusammenarbeit mit seinen österreichischen Kollegen intensivieren“, kündigte Herrmann an. Die Kooperation mit dem primär für Deutschland zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz bleibe davon unberührt.

Aktuelle Migrationslage

Ein weiterer Schwerpunkt des Ministertreffens war die aktuelle Migrationslage. In Bayern wie in Österreich seien bereits viele Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Während die deutsche Bundesregierung bei der Eindämmung der illegalen Migration die völlig falschen Schwerpunkte setzt, bin ich der österreichischen Bundesregierung für die klare und stringente Migrationspolitik sehr dankbar“, bilanzierte Herrmann. Einig sei man sich insbesondere, dass Grenzkontrollen innerhalb der Schengenstaaten solange notwendig sind, wie der EU-Außengrenzschutz noch nicht ausreichend funktioniere. „Vor allem menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden“, forderte Herrmann. „Daher werden wir die Kooperation zwischen der Bayerischen Grenzpolizei und der österreichischen Polizei weiter intensivieren, insbesondere beim Austausch über aktuelle Lageentwicklungen und Vorgehensweisen von Schleusernetzwerken.“ Insgesamt haben 2022 die Bayerische Grenzpolizei, die Bundespolizei und die österreichische Polizei in Bayern und Österreich insgesamt rund 2.500 Schleuser festgenommen.

Keine Gelder ins Ausland

Der Bekämpfung krimineller Schleuserbanden dient laut Herrmann auch die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber: „Damit können wir verhindern, dass Gelder ins Ausland überwiesen und dort in weitere Schleusungen investiert werden.“ Es sei die richtige Entscheidung, dass die österreichische Bundesregierung ebenfalls eine solche Bezahlkarte nach bayerischem Vorbild einführen möchte.

Zuzugsanreize senken

„Je mehr europäische Länder die Zuzugsanreize senken, desto weniger attraktiv wird es, sich außerhalb der legalen Migration auf den Weg nach Europa zu machen“, ist sich Herrmann sicher. Mit den Vorbereitungen zur Einführung einer bayerischen Bezahlkarte sei Bayern bereits sehr weit. Derzeit laufe das Vergabeverfahren. Ziel sei es, den Zuschlag in der zweiten Hälfte des Februars zu erteilen. Ende März könne die bayerische Karte in vier Pilotkommunen im Einsatz sein. Im Laufe des zweiten Quartals solle die Bezahlkarte bayernweit ausgerollt werden. ❒

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

Sozial ist, was Vertrauen schafft!

„Bundesregierung zerstört Vertrauen in die Demokratie“

Bayerns Sozialministerin und weitere stellvertretende Ministerpräsidentin Ulrike Scharf betonte in ihrer Rede zur Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag: „Sozialleistungen dienen der sozialen Sicherung und nicht dem Kauf von Vertrauen oder Extremismusprävention. Soziale Geschenke sind sozialer Sprengstoff und können nicht verdecken, dass die Bundesregierung knallhart an der Lebensrealität gescheitert ist und täglich mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt.“

Dieser Sturzflug dürfe so nicht weitergehen. „Es ist mein Ziel, Talente zu fördern, statt Politikverdrossenheit zu schaffen. Wir müssen aktivieren, statt alimentieren. Keine Politik von gestern, die wir uns nicht mehr leisten können – Politik für morgen, für Chance und Teilhabe“ sei die Devise. Die Bayerische Staatsregierung stehe für Miteinander und Vertrauen in die Politik. „Dieser Grundkonsens hält unseren Freistaat zusammen.“

Sozial sei, was gerecht ist, was Chancen bietet, was Vertrauen schafft. „Wir brauchen sozialen Ausgleich statt sozialer Spannungen. Wir müssen die Sozialausgaben auf solide Beine stellen und in Richtung Aktivierung steuern. Hilfe zur Selbsthilfe ist nachhaltig und sozial! Arbeit und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille. Die Menschen müssen an sich selbst spüren, dass sich Leistung lohnt. Wir brauchen einen akzeptierten Sozialstaat, der mit seinem sozialen Netz diejenigen auffängt, die Hilfe benötigen. Die Solidarität darf durch ideologisch getriebene Projekte der Bundesregierung, wie der Kindergrundsicherung oder dem Bürgergeld, nicht gefährdet werden“, so Scharf. ❒

LandFrauen-Präsidentin:

Aufruf zur Wahl von Frauen

Der März markiert traditionell einen wichtigen Zeitpunkt für frauenpolitische Anliegen. Gleichberechtigung bedeutet auch, dass Frauen auf allen Ebenen und in allen Entscheidungsprozessen vertreten sind – insbesondere in der Politik. Doch aktuellen Berechnungen des Weltwirtschaftsforums (WEF) zufolge wird es ganze 162 Jahre dauern, bis der Gender Gap im Bereich politischer Beteiligung geschlossen ist. Es ist an der Zeit, aktiver zu werden.

Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen

Petra Bentkämper, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), betont: „2024 ist ein entscheidendes Wahljahr für die Bundesrepublik. Am 9. Juni haben wir alle die Möglichkeit, demokratisch für Frauenrechte auf EU-Ebene zu stimmen. Zudem finden in neun Bundesländern Kommunalwahlen statt. Ich appelliere an alle Wahlberechtigten: Nutzt euer Wahlrecht und setzt euch für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ein!“

Es ist immens wichtig, dass Frauen auf entscheidenden politischen Positionen vertreten sind, unterstreicht auch Bentkämper: „Wer, wenn nicht die Frauen selbst, weiß um die besonderen Herausforderungen gerade auch in ländlichen Regionen.“ Dabei zeigt sich: Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen. Durch das „Aktionsprogramm Kommune“ legt der dlv gemeinsam mit der EAF Berlin den Grundstein dafür, Frauen den Zugang zur Kommunalpolitik zu erleichtern. Gerade dort, wo die Möglichkeit zum Engagement besonders naheliegt, in der eigenen Kommune, ist der Frauenanteil alarmierend niedrig. Dies führt dazu, dass die Anliegen von Frauen in der Politik weiterhin unterrepräsentiert bleiben.

https://www.frauen-in-die-politik.com/
https://www.landfrauen.info/fileadmin/Redaktion/PDF/Aktuelles/Pressemitteilungen/2024_03_06_dlv_PM_Internationaler_Frauentag.pdf ❒

Europas Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rer Baustein des Green Deals. Die EU ist gefordert, den Rahmen dafür zu setzen, und kommunales Handeln zu befördern. Es ist dringend erforderlich, zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten einen ganzheitlichen Ansatz zur Emissionsreduktion umzusetzen. Weiterhin muss die Kommission zirkuläres Wirtschaften befördern. Zum Schutz der Gewässer muss die Wasserrahmenrichtlinie verlängert und das Prinzip der Herstellerverantwortung ausgeweitet werden. Weiterhin ist der Erhalt und die Förderung der Biodiversität ein zentrales Zukunftsthema für lebenswerte Städte.

6. Nachhaltige Mobilität schaffen: Zur Umsetzung der Verordnung über Transeuropäische Netze für Verkehr fordert der Deutsche Städtetag städtische Maßnahmen durch die neue Connecting Europe Facility (CEF) auskömmlich zu finanzieren. Digitalisierung und Wettbewerb müssen in Zusammenhang mit einer starken städtischen Steuerungsfunktion konsequent genutzt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen mit weiteren Angeboten zu verknüpfen und autonome Fahrfunktionen zu integrieren. Die Umrüstung von Bussen und Nutzfahrzeugen sollte mit Fördermitteln bis 2030 beschleunigt werden.

7. Lebenswerte Städte im gemeinsamen Wandel entlasten: Die europäische Kohäsionspolitik ist das zentrale Element, um Transformationsprozesse anschieben zu können. Die Urbane Agenda und die Neue Leipzig Charta müssen weiter umgesetzt und gestärkt werden. Kommunalrelevante EU-Programme sind besser aufeinander abzustimmen. Die Bauleitplanung muss als Verfahren für eine gerechte Abwägung der widerstreitenden Belange anerkannt werden. Starre inhaltliche Vorgaben sowie redundante Verfahrensanforderungen sind auf ein Maß zu reduzieren, das zur Wahrung der Umweltbelange erforderlich ist.

8. Städte bei der nachhaltigen Finanzierung kommunaler Investitionen unterstützen: Der Deutsche Städtetag fordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange und Investitionen bei der Weiterentwicklung der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel bei der Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, wonach sich die Fördersumme künftig an der Wirksamkeit anstelle der Projektkosten ausrichtet. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Verwaltungsanforderungen auf die Städte stärker berücksichtigt werden und die Kommunen an der Ausarbeitung beteiligt werden. Das betrifft etwa neue Standards zur öffentlichen Rechnungslegung. Zur Förderung von Personalentwicklungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene braucht es eine Umsatzsteuerbefreiung für Personalüberlassungen.

9. Entlastung durch Entbürokratisierung schaffen: Viele EU-Regelungen und Vorgaben sind teilweise nicht mehr zeitgemäß. So sollte etwa das Vergaberecht vereinfacht und Verfahren beschleunigt werden. Die EU-Kommission muss bei der Erstellung neuer Gesetzesvorschläge potenziell Betroffene stärker einbeziehen sowie eine Folgenabschätzung einführen, mit der unter Einbindung der Kommunen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die lokale Ebene vorab geprüft werden.

10. Kommunale Beteiligung sicherstellen und intensivieren: Städte müssen auch in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse strukturiert und kontinuierlich einbezogen werden. Dazu braucht es verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte der Städte und ihrer Verbände sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der durch die kommunale Ebene besetzten Mandate in den nationalen Delegationen auf mindestens ein Drittel. Gesetzgebungsverfahren müssen auf Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung mittels Folgenabschätzung überprüft werden. Der Deutsche Städtetag fordert zudem einen jährlichen europäischen Städtegipfel sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für städtische Angelegenheiten. Damit kann dem horizontalen und fachbereichsübergreifenden Charakter städtischer Angelegenheiten Rechnung getragen werden.

11. Rolle der Städtediplomatie in der internationalen Zusammenarbeit anerkennen: Der Ansatz der Städtediplomatie (Urban Diplomacy) muss in den internationalen Strategien der EU anerkannt werden. Dem sollte der europäische Rechts- und Förderrahmen noch stärker Rechnung tragen, in dem er Projekte und Austauschmöglichkeiten auf der Kooperationsebene intensiviert. Städte müssen stärker bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrem Nachfolgeprozess auf Entscheidungsebene einbezogen werden. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sollte im neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 wieder budgetiert werden. **DK**

Kommunen im Wandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gedeckte Treffen rechtsextremer Kräfte unter Beteiligung von Funktionären der AfD und Mitgliedern der Identitären Bewegung hat in weiten Teilen der Gesellschaft für Empörung gesorgt. Der Vorstand der Bundes-SGK hat deshalb eine „Potsdamer Erklärung" verabschiedet und sich klar für Demokratie und Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus positioniert.

Laut Dr. Thorsten Kornblum, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) und Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, „leben in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen Menschen unterschiedlicher Herkunft, religiöser Überzeugung und mit vielfältigen Lebensentwürfen. Dies macht unsere pluralistische und weltoffene Gesellschaft aus – macht sie stark und lebenswert. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise gehören allen Menschen, die hier leben und gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, dass die Geschichte sich nicht wiederholt. Deswegen ist es auch so wichtig, dass sich möglichst Viele politisch engagieren. Die bevorstehenden Kommunalwahlen in neun Bundesländern bieten dafür eine von vielen Möglichkeiten."

Kein Platz für Hass und Hetze

Dietmar Woidke, Vorsitzender der SPD Brandenburg und Ministerpräsident des Landes Brandenburg, wies darauf hin, dass in vielen deutschen Städten, auch in Brandenburg, hunderttausende, wohl Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen gegangen seien und für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftskraft des Landes demonstriert hätten. „Dafür bin ich sehr dankbar. Für die weitere gute Entwicklung unserer Städte und Dörfer brauchen wir Weltoffenheit, Sicherheit und Stabilität. Die gibt es nur, wenn wir unsere Demokratie gemeinsam schützen."

„Treffen dieser Art, auf denen Pläne für Massendeportationen und ethnische Säuberungen geschmiedet werden, gab es ganz in der Nähe schon einmal. Weder in Potsdam noch sonst wo Platz ist für solche Ideen", stellte Mike Schubert, stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, fest. „Als sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen stehen wir für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Ressentiments und Hass keinen Platz haben." **DK**

Wirtschaftsminister Aiwanger fordert:

Ende der Prüfungen von Corona-Wirtschaftshilfen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert die Bundesregierung auf, die Prüfung der Corona-Wirtschaftshilfen noch in diesem Jahr abzuschließen. „Es muss aufhören, dass der Bund immer intensivere und tiefergehende Nachprüfungen fordert. Bayern muss wie die anderen Bundesländer zunehmend viel Geld in die Hand nehmen, um jeden einzelnen Förderbescheid noch genauer überprüfen zu lassen."

Der Effekt sei, „wir nerven die Unternehmen mit diesem Misstrauen, binden Kräfte und entziehen der Wirtschaft Geld... Wir sollten Zukunftsinvestitionen ermöglichen, statt weiter zu prüfen, ob Wirtshaustische nach den damaligen Richtlinien korrekt eingebaut sind. Verrückterweise werden die Förderkriterien auch ständig geändert und verschärft, so dass auch die Steuerberater oftmals nicht mehr genau wissen, was richtig ist. Es drohen nun zunehmend Gerichtsverfahren über die Rechtmäßigkeit der Anträge und es gibt mittlerweile Fälle, wo Unternehmen den eigenen Steuerberater verklagen. Somit ist zu befürchten, dass wir uns bis in die Jahre 2027/28 hinein immer noch mit Anträgen zu Corona-Hilfen beschäftigen müssen. Also: der Bund muss diese unendliche Geschichte jetzt beenden."

In Bayern wurden mehr als 11 Milliarden Euro Corona-Wirtschaftshilfen an über 400.000 Antragsteller ausgezahlt. Die Bundesregierung hat die Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Länder übernehmen die Abwicklung und tragen die Kosten.

Aiwanger: „Nach jetzigem Stand wird diese Prüferitis noch bis Ende 2025 andauern. Am Ende kosten diese Nachforschungen mehr, als an Ergebnis rauskommt. Wir haben heute andere wirtschaftliche Probleme am Hals. Wir müssen froh sein über jeden, der die Corona-Schwierigkeiten überlebt hat, statt die Firmen mit ständigen Nachfragen in ein schiefes Licht zu rücken. Natürlich akzeptieren wir keinen Betrug, aber es muss jetzt ein Deckel drauf und nach vorne geschaut werden." ❐

Für mehr Klarheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kei, obwohl wir hier geringe Anerkennungsquoten haben, keine weiteren sicheren Herkunftsstaaten. Wir brauchen viel mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Wir müssen auch die europäischen Einigungen der letzten Monate dringend umsetzen und mit Leben erfüllen. Die Landkreise erwarten deutliche Signale, dass die Flüchtlingszahlen absehbar sinken."

Politische Debatte gefordert

Auch die Diskussion darüber, wie viele Geflüchtete Deutschland im Jahr gut verkraften und integrieren kann und wie die Akzeptanz der Menschen für eine gute Aufnahme vor Ort erhalten werden kann, sei wichtig und richtig. „Wir brauchen eine politische Debatte genau darüber, wobei klar ist, dass wir eine Größenordnung von derzeit deutlich über 300.000 Menschen im Jahr nicht bewältigen können. An eine ordentliche Unterbringung und Versorgung, vor allem an eine erfolgreiche Integration ist bei solchen Zahlen nicht ernsthaft zu denken. Das muss man nicht Obergrenze nennen, aber die Beschreibung einer Dimension des Leistbaren ist erforderlich", betonte Sager. In finanzieller Hinsicht sei der Deutsche Landkreistag nach wie vor sehr unzufrieden, so der Verbandschef. „Unsere Kernforderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist noch immer unerfüllt. Dabei geht es 2022 und 2023 zusammen um 5 Mrd. Euro. Nur so sind die betroffenen Landkreise und Städte, die die Unterbringung leisten, unmittelbar von den damit verbundenen Kosten zu entlasten."

November-Beschlüsse konsequent umsetzen

Auch der DStGB hätte sich mit Blick auf das Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler weitere klare Schritte zur nachhaltigen Entlastung der Kommunen gewünscht. Zwar liege Scholz nicht falsch, wenn er Deutschland auf dem richtigen Weg sieht, wichtig sei jetzt aber, dass die Beschlüsse aus dem November nun konsequent und zügig umgesetzt werden, unterstrich der Kommunalverband. Nicht nachzuvollziehen sei allerdings, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht darauf verständigen konnten, dem Beispiel Hessens und weiterer Bundesländer zu folgen und verbindlich festzulegen, Asylbewerber nur bei Vorliegen einer klaren Bleibeperspektive auf die Kommunen zu verteilen. Dies hätte den Städten und Gemeinden zumindest kurzfristig eine dringend notwendige Atempause verschafft.

Zudem reiche es nicht, sich auf die Umsetzung der Beschlüsse aus dem November zu konzentrieren. Mit Blick auf die weiterhin sehr starke Belastung der Kommunen bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung erwartet der DStGB von Bund und Ländern weitere Schritte, die schnell wirksam sind. Ein Beschluss zum Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen hätte aus Verbandssicht ebenso dazugehört wie das Bekenntnis zu einer weiteren Flexibilisierung bei den Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt. Hier sollte es möglich sein, das Sprach- und Integrationskurse parallel zur Arbeitsaufnahme erfolgen. „Wir müssen in der Migrationspolitik schnell wirksame Schritte zur Entlastung der Kommunen gehen. Dies bedeutet steuern, ordnen und begrenzen", hieß es in einer Mitteilung. **DK**

Gerlach zum Bayerischen Demenzfonds:

Teilhabe von Menschen mit Demenz weiter verbessern

Das Expertengremium für den Bayerischen Demenzfonds hat weitere Projekte für eine Förderung mit einer Gesamtsumme von über 100.000 Euro ausgewählt. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach hingewiesen.

Die Ministerin betonte: „Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz mittendrin sind – eine Gesellschaft, die Verständnis für die Betroffenen und ihre Angehörigen hat und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Mit dem Demenzfonds fördern wir daher verschiedene Ansätze und Programme, die genau das tun: Sie unterstützen Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen dabei, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Im Vordergrund stehen dabei kulturelle, musische, sportliche und soziale Angebote, die insbesondere zu Hause lebende Menschen mit Demenz sowie ihre An- und Zugehörigen unterstützen. Es freut mich sehr, dass auch die zusätzliche Fördermöglichkeit für Kommunen genutzt wird, um vor Ort demenzsensible Programme zu etablieren."

Demenz kann jeden treffen

Gerlach unterstrich: „Demenz ist eine Herausforderung, der viele von uns gegenüberstehen, sei es persönlich oder durch Erfahrungen mit geliebten Menschen. Demenz kann jede und jeden von uns treffen. Alleine heute gibt es in Bayern 270.000 Betroffene und die Zahl wird in den kommenden Jahren weiter steigen."

Die Ministerin fügte hinzu: „In der zweiten Förderrunde für das Jahr 2023 haben sich zwölf Projektträger auf eine Förderung durch den Demenzfonds beim Bayerischen Landesamt für Pflege (LfP) beworben. Sieben Projekte aus fünf Regierungsbezirken konnten das Expertengremium direkt überzeugen. Zwei weitere Antragstellerinnen bzw. Antragsteller bekommen zudem die Gelegenheit, ihre Konzepte zu konkretisieren."

Folgende Projekte konnten überzeugen:

Fördersäule 1: Teilhabeangebote

- Seniorenchor „Vergissmeinnicht": Generationen verbinden; Evang.-Luth. Kirchengemeinde Neunkirchen am Brand (Oberfranken)
- Zeig mir meine Stadt – Veranstaltungs- und Aktionsreihe für Menschen mit und ohne Demenz; Curatorium Altern gestalten (Mittelfranken)
- AQUA REVITAL – Bewegungstraining und Schwimmkurse für Senioren ab 75 plus mit und ohne Demenz; Curatorium Altern gestalten (Mittelfranken)
- 1 Bild, 1 Lied, 1 Gedicht – Kultur-Begegnungen für Menschen mit und ohne Demenz; Büro Kultur und Alter, Petra Kellermann (Oberbayern)

Fördersäule 2: Demenzsensible Kommunen

- Wildpoldsried – ein Leben lang lebenswert, durch Teilhabe; Gemeinde Wildpoldsried (Schwaben)
- Demenzkampagne im Landkreis Landsberg am Lech; Landkreis Landsberg am Lech (Oberbayern)
- Straubing – demenzsensible Kommune; Stadt Straubing (Niederbayern)

Die Ministerin fügte hinzu: „Die Entscheidung, welche Vorhaben gefördert werden können, treffen die sechs Mitglieder des interdisziplinären Expertengremiums. Sie bewerten die eingesendeten Ideen aus unterschiedlichen Perspektiven: aus kommunaler, wissenschaftlicher und fachpraktischer Sicht."

Antragsfrist bis 30. Juni

Gerlach betonte: „Haben auch Sie eine kreative Idee, die die Lebensbedingungen von Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen verbessern kann? Dann bewerben Sie sich jetzt! Die erste Förderrunde für dieses Jahr läuft bereits." Die Antragsfrist endet am 30. Juni 2024. Förderanträge können jeweils zum 30. Juni und zum 31. Dezember an das LfP gerichtet werden – per E-Mail an demenzfonds@lfp.bayern.de Eine Förderung ist einmalig mit bis zu 15.000 Euro für Fördersäule 1 „Teilhabeangebote" und mit bis zu 20.000 Euro für Fördersäule 2 „Demenzsensible Kommunen" möglich.

Wissenschaftliche Arbeiten

Zudem können bis jeweils zum 31. Dezember wissenschaftliche Arbeiten eingereicht werden, die sich mit praxisbezogenen Fragestellungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihren An- und Zugehörigen im häuslichen Umfeld befassen. Die Arbeit sollte einen Bezug zum Freistaat Bayern haben und zum Zeitpunkt der Bewerbung bereits abgeschlossen sein. Der Wissenschaftspreis ist mit 1.000 Euro dotiert.

Informationen: www.demenzfonds.bayern.de. ❐

CSU-Landtagsfraktion:

Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

Landräte sollen rechtlichen Rahmen ausschöpfen

Nach der gesetzlichen Klarstellung und dem einstimmig positiven Votum aus der CSU-Fraktionssitzung, dass Asylsuchenden sowohl Aufgaben innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern verpflichtend zugewiesen werden können, äußert sich der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek wie folgt:

„Ja zum Schutz für politisch Verfolgte, aber wir erwarten dafür auch, dass sie sich in unsere Gesellschaft aktiv einbringen. Beim Thema gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber heißt das: Potenziale nutzen und wir fordern die Landräte auf, von ihren rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen! In bayerischen Ankerzentren ist die Nachfrage von Seiten der Asylbewerber teilweise sogar höher als die möglichen Arbeitsgelegenheiten. Für uns steht nach wie vor fest: Wir brauchen endlich den Kurswechsel in der Migrationspolitik und müssen die illegale Zuwanderung stoppen. Wir müssen Migranten auch an den deutschen Grenzen rechtssicher zurückweisen können. Die Ampel muss endlich wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen, statt sich Lösungen zu versperren und die Realität zu verweigern." ❐

Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie:

Überfälliger Paradigmenwechsel

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die EU-Institutionen Ende Januar 2024 auf die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie geeinigt. Haben Rat und Parlament die vorläufige Einigung formell angenommen, wird die novellierte Richtlinie voraussichtlich bis Ende April dieses Jahres veröffentlicht und in Kraft treten. Bereits 2026 müssen dann die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission nationale Umsetzungsprogramme übermitteln.

Die neuen Anforderungen zielen darauf ab, die Qualität der Abwasserbehandlung zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Die Kommission möchte die vierte Reinigungsstufe bis 31.12.2035 verpflichtend für alle Kläranlagen größer oder gleich 100.000 EW einführen. Gleichzeitig soll bis zum 31.12.2040 die vierte Reinigungsstufe ebenfalls für Siedlungsgebiete zwischen 10.000 und 100.000 EW überall dort eingeführt werden, wo höhere Mikroschadstoffkonzentrationen ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen.

Zudem sollen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, die erweiterte Herstellerverantwortung auf nationaler Ebene für Arzneimittel für den menschlichen Gebrauch sowie für Kosmetikprodukte anzuwenden. Die individuellen Beiträge der Hersteller ergeben sich aus der Quantität und der Toxizität der in den Umlauf gebrachten Stoffe.

Darüber hinaus legt die Richtlinie Vorgaben fest, um den Abwassersektor energieneutral zu gestalten. Vorgesehen sind vierjährige Energie-Audits für Kläranlagen ab 100.000 EW bis Ende 2025 sowie für Kläranlagen ab 10.000 EW bis Ende 2030. Überdies soll die gesamte jährlich produzierte Energiemenge aus Erneuerbaren Energien, die auf Kläranlagen (≥ 10.000 EW) erzeugt wird, bis Ende 2030 50 Prozent des Energiebedarfs dieser Kläranlagen decken. Bis Ende 2040 soll sich dieser Anteil auf 100 Prozent erhöhen.

Auch sieht die überarbeitete Richtlinie vor, die EU-Länder dazu zu verpflichten, im kommunalen Abwasser Gesundheitsparameter in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus und seine Varianten, aber auch in Bezug auf das Poliovirus und Grippeviren neue Krankheitserreger, zunehmend besorgniserregende Schadstoffe und andere Parameter der öffentlichen Gesundheit zu überwachen, die von den zuständigen nationalen Behörden als relevant erachtet werden.

Zufriedene Verbände

Überwiegend zufrieden mit der Einigung zur Kommunalabwasserrichtlinie zeigten sich der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Laut VKU-Vizepräsident Karsten Specht „wird mit der Überarbeitung der Kommunalabwasserrichtlinie ein längst überfälliger Paradigmenwechsel Wirklichkeit: Künftig müssen sich Kosmetik- und Pharmaindustrie, deren Produkte Gewässer belasten, an den dadurch verursachten Kosten der Abwasserbehandlung beteiligen. Abwasserentsorger und Bürger zahlen nicht mehr allein dafür, Gewässerbelastungen zu vermindern. Dafür sorgt die EU mit der Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung, durch die auch die Umsetzung neuer Vorgaben und Anforderungen an Kläranlagen finanziert werden soll. Richtig umgesetzt wird diese Herstellerverantwortung den Geldbeutel der Abwasserkundinnen und -kunden entlasten und dafür sorgen, dass Hersteller vermehrt auf Produkte setzen, die weniger gewässerbelastend sind."

Ambitionierte Überarbeitung der Richtlinie

Zwar bleibe die Trilog-Verständigung zur Finanzierung hinter den Erwartungen des VKU zurück – „wir hätten uns einen 100-Prozent-Ansatz gewünscht und keine 80/20-Regelung, bei der die Länder 20 Prozent der Kosten selbst tragen müssen" –, aber dennoch sei das Erreichte ein Meilenstein, betonte Specht.

Die Überarbeitung der Richtlinie sei aber auch für die kommunalen Abwasserentsorger selbst ambitioniert, fuhr der Vizepräsident fort. Das Hausaufgabenheft werde voller. Beispielsweise bedeute der geforderte Ausbau der Kläranlagen mehr Technik und dadurch einen höheren Energieeinsatz. Den, so sagt die Richtlinie, müsse die Abwasserwirtschaft selbst erneuerbar erzeugen oder von Dritten erwerben. Weil es bei vielen Betrieben aufgrund der begrenzten Flächen und Anlagentechnik schlichtweg nicht möglich sei, auf - wie es ursprünglich angedacht war - 100 Prozent eigene Energieerzeugung zu setzen, sei die nun vorliegende Entscheidung praktikabler. Betriebe könnten ihre Energieneutralität auch durch einen bis zu 35-prozentigen Zukauf aus nichtfossilen Quellen erreichen.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Aus Sicht von Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung „ist die Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie ein wichtiger Schritt für einen nachhaltigen Gewässerschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen". Die Ziele und Vorgaben seien zum Teil äußerst ambitioniert, insbesondere im Bereich Nährstoffe und der geforderten Energieneutralität des Sektors. „Absolut zu begrüßen" sei die jetzt feststehende Verankerung der erweiterten Herstellerverantwortung. Das bereits 1987 in die Umweltpolitik der EU eingeführte Verursacherprinzip finde damit endlich auch in der Wasserwirtschaft Anwendung, unterstrich Broß.

Auch nach Auffassung des BDEW werden mit dem neuen Rechtsakt wichtige Vorgaben und Maßnahmen für die Abwasserreinigung der kommenden Jahre getroffen. „Mit der erzielten Trilog-Einigung finalisieren die EU-Institutionen die Überarbeitung der über 30 Jahre alten kommunalen Abwasserrichtlinie und passen diese an aktuelle Herausforderungen sowie den technologischen Fortschritt an", erklärte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. Insbesondere die verbindliche Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung stelle einen umweltökonomischen Meilenstein dar. Dadurch, dass zukünftig die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetikprodukten dazu verpflichtet werden, die Kosten der Einführung und des Betriebs der Vierten Reinigungsstufe aufzukommen, werde das Verursacherprinzip nun auch in der Abwasserwirtschaft rechtskräftig umgesetzt, hob Weyand hervor. **DK**

Kaiser-Therme vor großer Herausforderung

Als Kernthema der jüngsten Sitzung des Bau- und Werkausschusses des Zweckverbands Kurmittelhaus Bad Abbach stand die Modernisierung der technischen Gebäudeausstattung in der Kaiser-Therme in Bad Abbach auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang erfolgten die Erläuterung des Status quo und die Vorstellung der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung.

„Mit den erwarteten Kosten von rund 17 Millionen Euro und einer möglichen Schließzeit zwischen eineinhalb und zwei Jahren stehen wir vor großen Herausforderungen", resümierte Verbandsrat Alfred Holzner, Vorsitzender des Bau- und Werkausschusses, im Anschluss an die Präsentation des beauftragten Ingenieurbüros AquaForum GmbH und des Bezirksbaumeisters Matthias Kopf.

Da sich die Kaiser-Therme in öffentlicher Trägerschaft befindet (Gewährsträger sind der Bezirk Niederbayern, der Landkreis Kelheim und der Markt Bad Abbach) sieht Bad Abbachs Bürgermeister Dr. Benedikt Grünewald eine weitere dringliche Aufgabe zunächst in der Finanzierungsfrage: „Bei dieser Größenordnung können wir nicht ohne Weiteres in die Umsetzung der Sanierung einsteigen. Die Finanzlage ist in den öffentlichen Haushalten mehr denn je angespannt. Vielmehr muss zuvor und bis zur kommenden Versammlung des Zweckverbands geklärt werden, wie eine Finanzierung ermöglicht werden kann." In der Diskussion zum weiteren Vorgehen entstand auch der Gedanke, sich zumindest in den Planungen weiteren Ideen zu öffnen. „Wir müssen den Weitblick und Mut haben, Szenarien zuzulassen, welche die Nutzungsmöglichkeiten der Kaiser-Therme verändern", forderte Verbandsrat Markus Scheuermann.

Bei einem zügigen Einstieg in die notwendigen Vorbereitungen kann von einem Sanierungsbeginn in gut zweieinhalb Jahren ausgegangen werden. Auch die Mitarbeitenden der Kaiser-Therme Bad Abbach wurden bereits über die anstehenden Planungen informiert. „Wir werden mit einem zukunftssichernden Personalkonzept und im Austausch mit jedem Einzelnen eine individuelle und passende Lösung finden", ist sich der strategische Geschäftsführer der Niederbayerischen Thermengemeinschaft Franz Altmannsperger sicher. ❐

MESSE MÜNCHEN

Kluges Wassermanagement ist eine Herausforderung. Aber machbar.

Willkommen auf der IFAT Munich – Weltleitmesse für Umwelttechnologien

Unser Fokus: Alles, was Kommunen weiterbringt. Von der Trinkwasserversorgung bis zur Abwasserentsorgung – als wichtigster Impulsgeber der globalen Umweltwirtschaft bietet die IFAT Munich innovative Lösungen für modernes Wassermanagement. Für mehr Kosteneffizienz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit.

13.–17. Mai 2024 | Messe München
Jetzt Ticket sichern: ifat.de/tickets

ifat.de

IFAT Munich

Forderung der bayerischen Wasserversorger:

Trinkwasser muss in Bayern hohe Qualität haben

VBEW-Fachtagung Wasser in Bamberg

„Die Sicherung der Trinkwasser- und Gewässerqualität in Bayern hat für uns oberste Priorität. Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn vor dem Hintergrund der Energiewende kommt hinsichtlich des Grundwasserschutzes auf die Unternehmen der bayerischen Wasserwirtschaft einiges zu," sagte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW im Vorfeld des diesjährigen Expertentreffens der bayerischen Wasserwirtschaft. „Und auch die auf europäischer Ebene diskutierten Neuregelungen der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie können für unsere Unternehmen noch reichlich Handlungsbedarf verursachen."

Für die Wasserversorger wird es nicht einfacher. Der mit der eingeleiteten Energiewende einhergehende Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien ist insbesondere hinsichtlich des Grundwasserschutzes bedeutsam. „In Bayern wird mit einem Anteil von ca. 90 Prozent weitgehend das gesamte Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Grundwasser hat ein langes Gedächtnis. Das heißt, dass wir „heute" die möglichen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen für „morgen", die sich etwa beim Bau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen und beim vermehrten Anbau von Energiepflanzen für den Schutz des Trinkwassers ergeben können, unbedingt berücksichtigen müssen," sagte Moser.

Grundwasserschutz bei der Energiewende beachten

Sowohl innerhalb als auch außerhalb von Wasserschutzgebieten können in unterschiedlicher Intensität Gefährdungen durch Photovoltaik-, Biogas-, Windkraft- und Geothermieanlagen für das Grundwasser ausgehen. Auch ein verstärkter Energiepflanzenanbau und Monokulturen können durch die Düngungsintensivierung die Auswaschungsgefahr von Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückständen in das Grundwasser erhöhen. „Den Anbau alternativer und grundwasserschonender Energiepflanzen testen wir bereits in Feldversuchen in enger Kooperation mit der Agrarwirtschaft," erläuterte Moser. Die bayerische Wasserwirtschaft werde ihr hohes Engagement für den vorsorgenden Gewässerschutz fortsetzen. „Auch wir wollen die Energiewende, Ziel ist es aber, den Kunden auch in Zukunft Trinkwasser überwiegend aus naturbelassenem Grundwasser in Bayern zur Verfügung zu stellen", so Moser.

Bewährte Struktur der ortsnahen Wasserversorgung

„Eine sichere und zuverlässige Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen und deshalb eine kommunale Pflichtaufgabe. Der Ordnungsrahmen einer ortsnahen und öffentlich-rechtlichen Unternehmensstruktur hat sich dafür seit Jahrzehnten bestens bewährt", sagte Moser. Die Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände, zu denen sich mehrere Gemeinden oder auch Landkreise zusammengeschlossen haben, gewährleisten in Bayern eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit. Die meisten Wasserver- und Abwasserentsorger sind in Bayern in öffentlicher Rechtsform organisiert. Bei kleineren Betrieben überwiegen die Rechtsformen Regie- bzw. Eigenbetrieb, mittlere Unternehmen sind meist als Zweckverband, Kommunalunternehmen oder Eigenbetrieb und größere Unternehmen auch in privatrechtlicher Rechtsform als GmbH oder Aktiengesellschaft ggf. auch mit Beteiligung eines dritten Unternehmens organisiert.

Dienstleistungskonzessionsvergaberichtlinie

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion auf EU-Ebene zur Konzessionsvergaberichtlinie, die die Vergabe von Konzessionen EU-weit regeln soll, könnten Unternehmen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung in Deutschland und in Bayern betroffen sein, sofern sie nicht zu 100 Prozent kommunal organisiert sind. „Die Unternehmen müssen nun prüfen, wenn die Richtlinie tatsächlich so in Kraft tritt, wie vom EU-Binnenmarktausschuss verabschiedet, wie sie darauf reagieren", so Moser. „Jedes Unternehmen muss allerdings die Entscheidungs- und Gestaltungshoheit haben, in welcher Rechtsform es organisiert sein will."

Die Wasserversorgung ist in Bayern regional gut aufgestellt und hat langfristige Entwicklungen wie etwa die Auswirkungen des Klimawandels oder die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur fest im Blick. „Zweifelsohne haben wir in Bayern insbesondere in den Regionen, die vom Bevölkerungsrückgang stark betroffen sind, auch in der Wasserwirtschaft erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf. Die dafür notwendigen Maßnahmen abzuleiten schaffen wir aber alleine. Dazu brauchen wir die EU-Richtlinie nicht", ergänzte der VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer.

VBEW-Fachtagung Wasser – wichtiges Branchentreffen

„Die Fachtagung Wasser ist für uns jedes Jahr ein wichtiges Branchentreffen. Auf der Agenda stehen zentrale bayerische Wasserthemen, aber auch übergeordnete Aspekte, die unsere Branche betreffen und über die unsere Unternehmen informiert sein müssen," so Gerhard Moser. An der Tagung nahmen rund 150 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen teil. Als Tagungsort hat der VBEW Bamberg gewählt, da hier die Trinkwasserversorgung in ihrer Qualität, Struktur und Organisation exemplarisch für Bayern stehen kann.

Trinkwasser in Bamberg

Mit einer Wasserabgabe von jährlich rund sechs Millionen Kubikmetern zählen die Stadtwerke Bamberg zu den bedeutendsten Wasserversorgern im fränkischen Raum. Rund zwei Drittel der Menge werden in Gebieten entlang der Regnitz gewonnen und über ein 280 Kilometer langes Rohrnetz an die Kunden im 80.000 Einwohner umfassenden Versorgungsgebiet geliefert. „Die Stadt Bamberg macht mit der kommunalen Wasserversorgung sehr positive Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr sensibilisiert, wenn die Europäische Union die Vergabe von Trinkwasser-Konzessionen neu regeln will", so Bambergs Oberbürgermeister und Vorstandsmitglied des bayerischen Städtetags, Andreas Starke, anlässlich der Tagung in der Welterbestadt. Erst im Januar hatte sich der Bamberger Stadtrat mit einer Resolution einstimmig für eine Anpassung der EU-Konzessionsrichtlinie ausgesprochen. „Als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge muss die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden", unterstrich Starke vor den bayerischen Wasserexperten.

Die Stadtwerke Bamberg realisieren derzeit ein Jahrhundertprojekt, um die sichere Wasserversorgung auch für die kommenden Jahrzehnte garantieren zu können. Neben der erfolgreichen Ausweisung eines Wasserschutzgebiets zählen der derzeitige Neubau des Bamberger Wasserwerks sowie die Planung eines zentralen Hochbehälters am Fuße der Bamberger Altenburg zu dem Projekt. „Diese Investitionen sind Basis dafür, dass wir auch zukünftig qualitativ hochwertiges Wasser an die Kunden abgeben können," sagte Klaus Rubach, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH. ❐

Vortrieb des Sammlers Untenitter in Solingen

Sicherheit und Qualität für den Gewässerschutz

In Solingen setzen die Technischen Betriebe Solingen (TBS) in Zusammenarbeit mit dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband (BRW) bis Mitte 2024 ein ganzheitliches Gewässerschutz Konzept im Ittertal um. Zu den Maßnahmen zählt neben der Erstellung des Staukanals Ittertal (BRW und TBS) und des Sammlers Bavert (TBS) auch der Bau des Sammlers Untenitter (TBS) mit einer Länge von rund 1.080 Metern und einem Nennweitendurchmesser DN 1800. Die Sonntag Baugesellschaft mbH & Co. KG, Dörth, errichtete diesen grabenlos im Rohrvortrieb.

So wird die Itter zukünftig sowohl vor der unzulässig hohen stofflichen Belastung der angeschlossenen Gebiete als auch vor der hydraulischen Überlastung aufgrund von Starkregenereignissen geschützt.

Damit der neue Sammler seine Aufgabe langfristig erfüllen kann, wird bei der Umsetzung Wert auf den Dreiklang aus Qualität, Qualifikation und Arbeitsschutz gelegt. Mit dem Gütezeichen VMD der Gütegemeinschaft Kanalbau verfügt Sonntag über den Nachweis der spezifischen fachtechnischen Qualifikation, um die Arbeiten durchzuführen. Als Bauherr, Bauoberleitung und als Bauüberwachung betreuen die TBS unter anderem auch die zusätzliche Qualitätsüberwachung der Rohrherstellung im Werk. Die Beauftragung von Fischer Teamplan, Niederlassung Düsseldorf zur Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (SiGeKo), sorgt für einen sicheren und reibungslosen Bauablauf.

Das große Ganze im Blick

Auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes NRW entstanden bereits vor 15 Jahren die ersten Planungen für das Großprojekt mit den Baumaßnahmen entlang der Itter. 2019 begannen die Arbeiten mit dem Bau des Staukanals. Mitte 2022 starteten die vorbereitenden Arbeiten für den Vortrieb des neuen Mischwassersammlers Untenitter. Dieser verläuft von dem gleichnamigen Regenüberlaufbecken (RÜB) entlang der im Tal gelegenen Straße und endet in einem Übergabebauwerk zum Staukanal Ittertal. Über eine integrierte Schwallspülklappe innerhalb dieses Bauwerkes lässt sich der neue Sammler darüber hinaus zur Spülung des Staukanals einstauen.

Speziell abgestimmt auf den Baugrund

Insgesamt wurden 283 Stahlbetonrohre DN 1800 einzeln auf die Baustelle geliefert und von einer gut 15 Meter tiefen Startbaugrube zum Zielschacht vorgetrieben. Wegen der bergigen Lage des Ittertals verändert sich die Erdüberdeckung auf der Leitungstrasse und beträgt in Teilbereichen bis zu 25 Meter. Die große Tiefenlage hat den Vorteil, dass die gesamte Vortriebstrecke unterhalb des Kampfmittelhorizontes verläuft. So konnte die Kampfmittelsondierung auf den Bereich der Baugruben beschränkt werden. Gleichzeitig erfolgt der Vortrieb jedoch komplett im Grundwasser mit variierendem Grundwasserdruck zwischen 0,7 und 2,4 bar.

Für den Vortrieb wurde eine Vollschnittmaschine mit Druckluftstützung eingesetzt. Das Schneidrad der Maschine stimmte Sonntag speziell auf die Gegebenheiten ab, um den Verschleiß während des Vortriebes möglichst gering zu halten. „Die vorliegende Geologie in Solingen ist hochkomplex. Wir mussten fast ausschließlich durch Schiefergebirge aus Ton- und Sandstein fahren, in dem neben hochfesten quarzitischen Bereichen auch weichere bindige Bodenlinsen eingeschlossen waren", erläutert Sonntag-Oberbauleiter Dipl.-Ing. (FH) Jonathan Trosdorff. Insgesamt viermal wurde der Vortrieb für einen Werkzeugwechsel gestoppt, um verschlissene Disken und Schälmesser auszutauschen.

Für ein dichtes Bauwerk

Damit der neue Sammler die Erdlasten zuverlässig aufnehmen und ableiten kann, haben sich die TBS für dickwandige Stahlbetonrohre mit einem Außendurchmesser DN 2400 in drei und vier Metern Länge entschieden. Die kürzeren Rohre sind in dem Rohrstrang so angeordnet, dass sie später in den engen Kurvenbereichen des Sammlers mit einem Radius von 500 m liegen. So wird die Abwinkelung und Klaffung zwischen zwei Rohren in den Rohrfugen reduziert, um auch in engeren Kurvenbereichen eine hohe zuverlässige Pressenkraft zu erreichen. Darüber hinaus wird der Gefahr einer Undichtigkeit durch übermäßige Abwinklungen entgegengewirkt.

Zudem wurde bei der Bauausführung und bei der Produktion der Stahlbetonrohre viel Wert auf Qualität gelegt. So besuchte der zuständige TBS-Projektleiter, B.Sc. Marius Langerhans Muhlack mehrmals die Betonwerke, in denen die Rohre gefertigt wurden: „Dabei habe ich mir von der Herstellung der Bewehrungskörbe über die Schalung bis hin zum fertigen Rohr alles genau angesehen. Jedes Rohr betrachten wir als ein einzelnes Bauwerk." Zusätzlich wurden die Rohre mit einer Edelstahlplakette versehen, auf der eine eindeutig zuordenbare Rohrnummer eingefräst ist. Auf dem dazugehörigen Rohrbegleitschein werden neben dieser Nummer alle anderen wichtigen Daten des Rohres erfasst, die zukünftig für eine BIM-gerechte Datennutzung bereitgestellt werden sollen.



Im Rahmen einer unangekündigten Baustellenprüfung kontrolliert Güteschutz-Prüfingenieur Marc Mielke (l.) zusammen mit Sonntag-Oberbauleiter Jonathan Trosdorff die Dokumentation der Eigenüberwachung. Bild: Güteschutz Kanalbau

Fachliche Qualifikation

Qualitativ hochwertig hergestellte Rohre sind jedoch nur ein Baustein für ein langlebiges, dichtes Bauwerk. Ein weiterer ist die Verlegung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik. Einen möglichen Nachweis für die fachliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des ausführenden Unternehmens stellt das RAL-Gütezeichen 961 dar. „Die Firma Sonntag verfügt über das Gütezeichen VMD für den grabenlosen Einbau von Kanälen mit geschlossenen, steuerbaren Schilden und Stützung der Ortsbrust durch Flüssigkeit, mit Druckluft oder Erddruck und ist damit fachlich qualifiziert, das Projekt Untenitter umzusetzen", führt Dipl.-Ing. Marc Mielke, vom Güteschutz beauftragter Prüfingenieur, aus. „Bei den unangekündigten Baustellenprüfungen legen wir Prüfingenieure Augenmerk auf die Arbeitsweise vor Ort, kontrollieren die Eigenüberwachung sowie deren Dokumentation und prüfen und bewerten die Unterlagen auf Vollständigkeit." Dabei gehe es auch um den Gesamteindruck, den eine Baustelle bietet, und der sei in Solingen sehr gut gewesen. Der Bericht über die Baustellenprüfung enthielt keinerlei Beanstandungen.

Gemeinsam zum Ziel

Basis für den guten Gesamteindruck bilden auch die wöchentlich stattfindenden Baubesprechungen mit den Verantwortlichen. Trosdorff betont: „Wir hatten eine sehr gute und zielführende Zusammenarbeit. Themen, Probleme und auftauchende Fragestellungen wurden im Team auf einer vernünftigen technischen Basis fachgerecht und kompetent behandelt."

„Bei Kanalbauarbeiten ist es bei den TBS üblich, die Ausschreibung von Projekten selbst zu machen, das Ausschreibeverfahren zu begleiten und die Bauleitung, Bauoberleitung und Bauherrenfunktion zu übernehmen. Dabei greifen wir bei Bedarf auf die Unterstützung eines Bodengutachters zurück und beauftragen ein Ingenieurbüro, gemäß Baustellenverordnung einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator – kurz SiGeKo – für die Baumaßnahme zu stellen", erläutert Langerhans-Muhlack. So koordiniert Leon Psula von Fischer Teamplan den Sicherheits- und Gesundheitsschutz: „Zu Beginn wird die Gefährdungsbeurteilung erstellt. In dieser werden die möglichen Gefahren aufgezeigt und Schutzmaßnahmen beschrieben. Darauf aufbauend wird der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt, der den Gewerken auf der Baustelle Gefahren und Schutzmaßnahmen zuordnet." Nach erfolgter Einweisung der Baubeteiligten in die einzuhaltenden Arbeitsschutzbestimmungen wird deren Einhaltung regelmäßig während unangekündigter Baustellentermine überprüft. Psula: „Bis jetzt gab es im Rahmen des Bauvorhabens an der Untenitter nur wenige Beanstandungen. Darin zeigt sich, dass ein erfahrenes Unternehmen mit der Umsetzung beauftragt wurde."

Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind und der Sammler voraussichtlich Mitte 2024 in Betrieb geht, wird der aktuelle Sammler im Ittertal stillgelegt und die beiden Bauwerke RÜB Untenitter und der Regenüberlauf (RÜ) Sonnenschein/ Mittelitter außer Betrieb genommen und zurückgebaut. ❐

Klarheit bei „roten Gebieten"

Kaniber zu Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Aufgrund neuer Bundesvorgaben mussten bis Ende November 2022 die mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete in Bayern mit der Änderung der Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDüV) neu ausgewiesen werden. Mittlerweile sind über 60 Normenkontrollanträge gegen die Ausweisung beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig, geklagt haben circa 1.000 landwirtschaftliche Betriebe. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat vier Musterverfahren abgetrennt und nun die ersten Urteile in den Musterverfahren verkündet.

„Unsere Ausweisungsverordnung ist grundsätzlich rechtmäßig. In einem Fall wurde eine Messstelle als nicht geeignet angesehen. Da werden wir die Urteilsbegründung abwarten müssen. Der gesamten Bayerischen Staatsregierung ist aber auch bewusst, dass wir sowohl im Interesse der Landwirte wie auch der gesamten Gesellschaft das Ausweisungsmessnetz bis Ende des Jahres 2024 auf 1.500 Ausweisungsmessstellen ausbauen müssen. Das bleibt eine große Herausforderung für die Wasserwirtschaftsverwaltung und das Umweltministerium. … Der Bund muss endlich die versprochene verursachergerechte Regelung beim Düngerecht angehen. Das hat Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vor zwei Jahren in einer Protokollerklärung im Bundesrat verbindlich zugesagt. Darauf warten die Landwirte immer noch", so Agrarministerin Michaela Kaniber zu den Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. ❐

Wohnungsbau:

KfW-Fördergelder wieder verfügbar

Ende des vergangenen Jahres wurden einige Bau-Förderprogramme der Bundesregierung gestoppt. Der Grund: Bereits nach zehn Monaten war der Fördertopf leer. Damit ist jetzt Schluss. Seit kurzem können für die Programme Klimafreundlicher Neubau (KFN), Genossenschaftliches Wohnen und Altersgerecht Umbauen wieder Anträge bei der KfW gestellt werden.

Laut Bundesbauministerin Klara Geywitz sind alle drei Bau-Förderprogramme wichtig für die stark schwächelnde Baukonjunktur: „Jeder Förder-Euro löst Aufträge in den Büchern der Handwerker aus und kurbelt die Binnennachfrage an. Das sind genau die Impulse, die wir jetzt brauchen." Für die Programme stehen insgesamt 927 Millionen Euro bereit.

Beim Programm Klimafreundlicher Neubau (KFN) liegt der Endkundenzinssatz für Wohngebäude bei 2,1 Prozent und damit deutlich unter den aktuell marktüblichen Zinsen für Baufinanzierungen. Für KFN stehen heuer insgesamt 762 Millionen Euro für die Zinsverbilligung von Förderkrediten zur Verfügung. Möglich sind Kreditsummen bis zu 100.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude) bzw. bis zu 150.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude mit Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude QNG).

Gefördert werden der Neubau sowie der Ersterwerb neu errichteter klimafreundlicher und energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude, die spezifischen Grenzwerte für die Treibhausgas-Emissionen im Lebenszyklus unterschreiten und den energetischen Standard eines Effizienzhauses 40/Effizienzgebäudes 40 für Neubauten vorweisen. Eine größere Unterstützung gibt es für Gebäude, die zusätzlich das Qualitätssiegel QNG erreichen.

Die Förderung erfolgt über zinsverbilligte Kredite zur Errichtung von klimafreundlichen Wohn- und Nichtwohngebäuden. Investoren, Genossenschaften, Unternehmen und Privatpersonen können Anträge über ihre Förderbanken stellen. Darüber hinaus erhalten Kommunen und Landkreise Investitionszuschüsse, z.B. für den Bau von Wohnungen, Kindertagesstätten oder Schulen. Der Zuschuss beträgt dabei bis zu 12,5 Prozent ihrer Kosten für Wohngebäude, Wohneinheiten und Nichtwohngebäude bei Neubau und Erstkauf.

„Genossenschaftliches Wohnen"

Für das Programm „Genossenschaftliches Wohnen" stehen in diesem Jahr insgesamt 15 Millionen Euro (2023: neun Millionen Euro) zur Verfügung. Damit werden Menschen unterstützt, die eine eigene Genossenschaft gründen, um anschließend zu bauen, oder die Genossenschaftsanteile erwerben möchten, mit zinsgünstigen Krediten und einem Tilgungszuschuss. Zum Start liegt der Zinssatz bei 2 bis 2,5 Prozent, je nach Laufzeit. Es können Kredite bis zu 100.000 Euro aufgenommen werden. Der Tilgungszuschuss liegt bei 7,5 Prozent.

Die Förderung erfolgt sowohl bei Neugründung als auch bei der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsgenossenschaft. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die erworbenen Genossenschaftsanteile für die Selbstnutzung der Genossenschaftswohnung verwendet werden. Antragsberechtigt sind Privatpersonen.

„Altersgerecht umbauen"

Damit Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Zuhause wohnen bleiben können, wird mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen" der barrierefreie Umbau von Wohnungen unterstützt. In diesem Jahr stehen hierfür 150 Millionen Euro bereit, eine Verdoppelung der Summe aus dem vergangenen Jahr. Einzelne Maßnahmen werden mit bis zu 2.500 Euro bezuschusst. Wer sein Haus zum Standard „Altersgerechtes Haus" umbaut, bekommt 12,5 Prozent der förderfähigen Kosten (maximal 6.250 Euro) von der KfW erstattet.

Geplant ist nach Geywitz' Angaben noch ein weiteres Programm zur Förderung des Wohnungsneubaus: „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment" (KNN). Hier werden noch die Förderrichtlinien ausgearbeitet. Zudem solle künftig die Förderung „Jung kauft Alt" junge Familien beim Kauf alter Immobilien unterstützen und mit dem Programm „Gewerbe zu Wohnen" der Umbau von Gewerbe- zu Wohnimmobilien bezuschusst werden.

Bundesregierung in der Pflicht

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, verwies darauf, dass mit den Förderprogrammen zwar die zweimonatige Förderlücke im Wohnungsbau geschlossen werde, die Bundesregierung jedoch nach wie vor eine konsistente und auf Verlässlichkeit ausgerichtete Wohnungsbaupolitik schuldig bleibe. Dies zeige sich unter anderem daran, dass auf Bundes- und Länderebene eine umfassende Prioritätensetzung zur Beseitigung der Wohnungsnot fehlt.

Branche braucht Klarheit und Sicherheit

Die Branche brauche Klarheit und Sicherheit für unternehmerisches Handeln, und das über mehrere Jahre. „Unsere Unternehmen beweisen täglich auf Deutschlands Baustellen, welche Zukunftspotentiale sie und ihre rund eine Million Fachkräfte heben. Diese Einstellung fordern wir auch von der Politik", unterstrich Müller. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern:
Starkes Dach für den bayerischen Tourismus

Bayern ist und bleibt Deutschlands Reiseland Nr. 1. Mit 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste jährlich einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro. Der Tourismus ist damit eine wichtige Leitökonomie für Bayern. Die Organisation, die in Bayern auf Landesebene für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuständig ist, ist die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM). Als Landestourismusorganisation verantwortet sie im Auftrag des Freistaats und ihrer 28 Gesellschafter aus den verschiedensten Bereichen des Tourismus das nationale und internationale Marketing für das Urlaubs- und Reiseland Bayern. Sie unterstützt ihre Partner in den Orten und Regionen des Freistaats bei der Tourismusentwicklung als starker Wirtschaftsfaktor und wichtiger Arbeitgeber. Damit hilft die BayTM, regionale Wertschöpfungsketten, gute (Freizeit-)Infrastrukturangebote und natürliche Ressourcen zu bewahren – für eine lebenswerte Heimat für Einheimische und Gäste.

Eine Kernaufgabe der BayTM ist die Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Endkunden-Marketings. Destinationen und Kommunen, die ihre Produkte und Angebote über die BayTM vermarkten, profitieren von der Bekanntheit und Stärke der Marke Bayern sowie von zielgerichteten Bühnen, die ihnen die Landtourismusorganisation bietet, um gemeinsam für Bayern zu werben. Mit mehr als 180.000 Websitebesuchen pro Monat, über 66 Mio. Impressionen auf Social Media und 520.000 Magazin-Exemplaren pro Jahr erreicht die BayTM eine Vielzahl potenzieller Gäste. Durch ihr gewachsenes Netzwerk an erfahrenen Autoren und Fotografen ist die BayTM in der Lage, hochwertigen Content zu den Urlaubsthemen ihrer Partner zu konzipieren und zu produzieren. So erreichen auch sie ihre Ziele und Zielgruppen ohne große Streuverluste.

Gemeinsam mehr erreichen

Damit der Tourismus in Bayern auch in Zukunft weiter so erfolgreich ist, unterstützt die BayTM die touristischen Akteure im Freistaat auch bei der Destinationsentwicklung. Dafür teilt sie ihr Wissen für Märkte, Trends und Entwicklungen und stellt ihnen strategische Werkzeuge in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Verfügung. Zusätzlich schafft die BayTM Plattformen für den Austausch und die Vernetzung der unterschiedlichen Tourismusakteure, um gemeinsam mehr erreichen zu können. Ein dicht geknüpftes, solides und verlässliches Netzwerk ist die wichtigste Voraussetzung für eine dynamische Weiterentwicklung der Destination Bayern.

Mehr Informationen zur BayTM und ihren Services gibt es unter tourismus.bayern. ❐

Neubauatlas aktualisiert

Interaktive Karte ermöglicht bundesweite Vergleiche zu Gebäuden und Wohnungen

Der Neubauatlas ist eine interaktive Karte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und liefert bundesweite Daten der Baufertigstellungsstatistik für die Jahre 2018 bis 2022.

Mit dem Neubauatlas kann bspw. die Entwicklung neu fertiggestellten Wohnraums bis auf Gemeindeebene als Karte visualisiert und über die Zeit hinweg beobachtet werden. Die regionalen Unterschiede in der Entstehung von neu gebauten Wohngebäuden sowie Wohnungen sind damit einfach sichtbar. Neben der Gesamtzahl neu fertiggestellter Wohnungen in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands kann auch die Fertigstellung je 1 000 Einwohner mit wenigen Klicks angezeigt und somit bundesweit verglichen werden.

München verfügt über die meisten fertiggestellten neuen Wohnungen

Für Bayern zeigt sich beispielsweise, dass im Jahr 2022 mit einer Anzahl von 6 467 die meisten neuen Wohnungen in der Stadt München fertiggestellt wurden. Bezieht man die Anzahl der neu fertiggestellten Wohnungen auf den Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 2022 errechnet sich eine Bauintensität für die Landeshauptstadt von 4,28 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Für die Städte Fürth, Nürnberg und Schweinfurt bspw. lauten die entsprechenden Vergleichswerte 827 bzw. 6,29, 1 644 bzw. 3,14 sowie 68 bzw. 1,24.

Vergleicht man die Kaufwerte für baureifes Land, kostet baureifes Land im Jahr 2022 in München durchschnittlich 5 434 Euro, in Fürth 660 Euro, in Nürnberg 1 206 Euro und in Schweinfurt 380 Euro je Quadratmeter. Im Jahr 2018 liegen die Werte erwartungsgemäß deutlich niedriger bei 2 638 Euro, 637 Euro, 699 Euro bzw. 213 Euro.

Der Neubauatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist im Statistikportal unter dem Link https://neubauatlas.statistikportal.de erreichbar. ❐

Verleihung des Gütesiegels „Flächenbewusste Kommune"

Mit dem staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune" wurden jüngst Ebermannstadt, Bubenreuth und Unterwössen ausgezeichnet. Wie Umweltminister Thorsten Glauber, Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt und der Amtschef des Bayerischen Bauministeriums, Dr. Thomas Gruber betonten, zeichneten sich die neuen Preisträger insbesondere dadurch aus, dass sie ein aktives Flächenmanagement betreiben und innovative Konzepte und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs anwenden.

Zu den Zielen des Mittelzentrums Ebermannstadt im Landkreis Forchheim zählen eine nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung, die Deckung des Bedarfs an Wohnbauflächen sowie eine sozial gerechte Bodennutzung mit besonderem Augenmerk auf den Erhalt einer lebendigen Innenstadt. Ebermannstadt hat dazu in den Jahren 2014/2015 im Zusammenwirken von Stadtrat, Verwaltung, Bürgerschaft und Nachbarkommunen eine Strategie nach dem Grundsatz „Innen vor Außen" erarbeitet. Am Anfang stand der Aufbau eines städtischen Immobilienmanagements. Es folgte ein Grundsatzbeschluss zu einem Baulandmodell und die Installation eines Zentrenmanagements. Mit Bebauungsplänen der Innenentwicklung wurden brachliegende innerstädtische Flächen für den Wohn- und Gewerbebau aktiviert.

Innenentwicklung in Ebermannstadt

Im Ergebnis konnten Potenziale der Innenentwicklung durch Nachnutzung, Umbau und Sanierung von Leerständen, auch von städtischen Liegenschaften, gehoben werden. Ein neues Baugebiet wird aktuell nach dem Baulandmodell erschlossen. Brachliegende Areale werden einer Nutzung zugeführt, unter anderem durch die Schaffung von Baurecht für ein „Generationenquartier" mit stationärer Pflege, ambulant unterstütztem Wohnen für Menschen mit Behinderung, Kinderkrippe und Kindergarten.

Die Gemeinde Bubenreuth (Landkreis Erlangen-Höchstadt) startete 2015 den Ortsentwicklungsprozess „Bubenreuth 4.0 mit integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept". Damit soll die hohe Lebensqualität zumindest erhalten und gleichzeitig die historisch gewachsene Ortsstruktur gesichert werden.

Bubenreuth 4.0

Die weitere Ortsentwicklung wird etwa durch Bürgerforen regelmäßig thematisiert. 2021 erfasste die Gemeinde Baulücken und Leerstände. Zudem wurden kommunale Förderprogramme zur gestalterischen Aufwertung von Anwesen, für Flächenentsiegelung, Nachbegrünung und Biodiversität sowie zur CO2-Einsparung in den Bereichen Mobilität, Wärme und Strom aufgelegt. Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen konnte eine im Innenbereich gelegene Brachfläche für Wohnbebauung wieder nutzbar gemacht werden.

Für ein 5,6 Hektar großes Areal in der Ortsmitte wurde Baurecht für Geschosswohnungsbau geschaffen. Darüber hinaus wurden neue Wohnungen errichtet, und es soll ein verkehrsberuhigtes Quartier mit Wohnungen, Wohnraum für „Leben und Wohnen im Alter", Nahversorger, Bäcker/Café, Laden- und Praxisräumen entstehen. Mit finanzieller Unterstützung durch die Städtebauförderung wird eine ehemalige, teils denkmalgeschützte Hofstelle zum Kulturhof umgebaut. Nahe der S-Bahn-Haltestelle sind ein Parkhaus und eine Bike & Ride-Anlage entstanden.

Gemeinde Unterwössen

Ziel der Gemeinde Unterwössen (Landkreis Traunstein) ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Grund und Boden als begrenzter Ressource, das Entgegenwirken einer Zersiedelung in den Randbereichen von Ober- und Unterwössen, die Stärkung des Tourismus als wichtigem Wirtschaftszweig und eine nachhaltige Daseinsvorsorge für ortsansässige Familien.

Ab 2016 entstand ein Konzept zur Flächen- und Ortsentwicklung, das schließlich in einem Grundsatzbeschluss der Gemeinde festgehalten wurde. Die Ortsentwicklung wird so gesteuert, dass der Ortskern gestärkt, Flächeninanspruchnahme minimiert und Baulücken, Brachflächen und Leerstände aktiviert werden.

So entstand auf einer zentralen Gewerbebrache in räumlicher Nähe zum Rathaus ein Wohn- und Beschäftigungsprojekt mit bezahlbaren und geförderten Wohnungen für Menschen mit und ohne Behinderungen, mit Gemeinschaftsräumen, einer Praxis für Allgemeinmedizin und einem integrativen öffentlichen Café. Ein ehemaliges Hallenbad wandelte sich zum Bürgerhaus. Durch dessen umfassende Sanierung wurde ein gesellschaftlicher, kultureller und sozialer Mittelpunkt für Vereine und den Ort sowie das Achental geschaffen. **DK**



GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit
Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e. V.
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe
Recycling-Beton

Nachfrage nach Beton mit recycelten Gesteinskörnungen nimmt deutlich zu

Der europäische Green Deal beinhaltet die Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Circular Economy), also die verstärkte Rückführung von Abfällen in den Wirtschaftsprozess. Die Baubranche mit einem jährlichen Abfallaufkommen von rund 53 Mio. Tonnen pro Jahr [1] allein in Bayern trägt dabei eine besondere Verantwortung.

Beton besteht zum überwiegenden Teil aus Gesteinskörnungen, also Kies, Sand und/oder Splitt. Hier liegt das Potenzial, nämlich primär gewonnene Gesteinskörnungen durch Recycling-Material zu ersetzen. Doch so einfach wie es klingt, ist die Sache nicht!

Technische Qualitäten müssen stimmen

Beton ist ein genormter Baustoff, der vorgegebenen Anforderungen an Standfestigkeit, Dauerhaftigkeit und Gebrauchstauglichkeit entsprechen muss. Daraus ergeben sich auch Anforderungen an die Ausgangsstoffe, insbesondere die eingesetzten Zemente (Bindemittel) und die Gesteinskörnungen. Diese sind hohen Qualitätsstandards unterworfen. Aufbereiteter Bauschutt ist in der Regel ein Gemisch unterschiedlicher Ausgangsmaterialien (Beton-, Ziegel-, Gips- und Mörtelgemische), die diese Qualitätsmaßstäbe nicht in jedem Fall erfüllen. Deshalb begrenzt die Betonnorm den Einsatz nach Menge und Zusammensetzung der Recycling-Gesteinskörnungen und legt auch besondere Qualitätssicherungsmaßnahmen bei deren Einsatz fest. Das macht die Bereitstellung von Recycling-Beton für den Hersteller aufwendiger und teurer.

Verfügbare Mengen an Recycling-Material sind begrenzt

Der überwiegende Anteil des anfallenden mineralischen Abfalls sind Erdaushübe, die nur in Ausnahmefällen ohne großen Aufwand zu Ausgangsmaterial für Beton verwendbar sind. Bauschutt fällt in einer Größenordnung von 10 Mio. Tonnen pro Jahr an, davon werden aktuell rund 7 Mio. Tonnen zu Recycling-Baustoffen in speziellen Anlagen aufbereitet. Der Rest lässt sich unter den gegenwärtigen technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zum Recycling-Baustoff aufbereiten, weil er zu viele Fremdstoffe oder belastetes Material enthält. Um den tatsächlich wiederverwertbaren Anteil konkurrieren unterschiedliche Anwendungen im Bauwesen: Tiefbau, Straßen- und Wegebau und eben auch Betonhersteller. Der Einsatz im Beton stellt vom Sortieraufwand und der Aufbereitungstechnik die höchsten Anforderungen an den Aufbereiter. Das führt dazu, dass Recycling-Material in der Regel dort seine Wiederverwertung findet, wo dies mit dem geringsten Aufwand und damit geringeren Kosten möglich ist.

Normung und Fördermaßnahmen ermöglichen breitere Anwendung

Die Überarbeitung der Betonnorm erleichtert zukünftig den Einsatz von normgerechtem Recycling-Beton. Die Verwendung von Recycling-Gesteinskörnungen wurde erweitert, der Mehraufwand bei der Gütesicherung reduziert. Sowohl öffentliche wie auch private Ausschreibungen setzen verstärkt auf den Einsatz von Recycling-Beton. Das hat auch wirtschaftliche Hintergründe für die Bauherren, weil für förderungswürdige Zertifizierungen der Bauwerke immer häufiger der Einsatz von rezyklierten Baustoffen nachgewiesen werden muss. Insofern stellt sich die Betonindustrie auf eine zunehmende Nachfrage ein, deren Bedienung alle Beteiligten vor Herausforderungen stellt. ❐

Begriffserläuterungen:
Beton: Baustoff aus Zement, Gesteinskörnungen, Wasser und ggfs. geringen Mengen an Zusatzstoffen und Zusatzmitteln
Recycling-Beton: Beton, bei dem ein Teil der Gesteinskörnungen durch die Verwendung von aufbereitetem Bauschutt ersetzt wird, ansonsten gleiche Zusammensetzungen

[1] Mengenangaben zu mineralischen Abfällen, anfallendem und aufbereitetem Bauschutt sind Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (BayLfStD) entnommen.





Die Beispielbilder stammen aus dem Albrecht-Ernst-Gymnasium in Oettingen. Attraktive Lernlandschaften werden im Landkreis Donau-Ries sehr gut angenommen, denn sie bringen echte pädagogische Verbesserungen
Bilder: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries

Gymnasium Donauwörth:

Bauausschuss stimmt für weitere Lernlandschaften

Als Sachaufwandsträger für die weiterführenden Schulen baut und saniert der Landkreis Donau-Ries seit vielen Jahren fortlaufend seine Schulgebäude. Am Gymnasium Donauwörth, der größten Schule des Landkreises, wird seit mehreren Jahren in verschiedenen Bauabschnitten an einer vollständigen Modernisierung des Schulgebäudes gearbeitet.

Neben baulichen Ertüchtigungen und einer besseren Ausstattung mit modernen Geräten steht dabei auch die Umsetzung eines von einer schulischen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten pädagogischen Konzepts im Vordergrund.

Abwechslung im Unterricht

Dabei sind unter anderem insgesamt fünf „freie Klassenzimmer" bzw. Lernlandschaften für die Klassen der Unterstufe vorgesehen.

Lernlandschaften bzw. „freie Klassenzimmer" sind deutlich größer als übliche Klassenräume und offener gestaltet. So wird die pädagogische Zusammenarbeit mehrerer Klassen in einem Raum und damit eine Abwechslung im Unterricht als neuer pädagogischer Anreiz ermöglicht.

Lernlandschaften bereits in mehreren Landkreisschulen

In seiner letzten Sitzung sprach sich der Bauausschuss des Landkreises Donau-Ries mit großer Mehrheit für die Schaffung zweier weiterer Lernlandschaften am Gymnasium Donauwörth aus und entsprach so dem Wunsch der Schulleitung und der schulischen Arbeitsgruppe. Im vorangegangenen Bauabschnitt konnten schon drei Lernlandschaften realisiert werden. Landrat Stefan Rößle begrüßt die Entscheidung: „Lernlandschaften wurden bereits in mehreren unserer Landkreisschulen umgesetzt und werden sehr gut angenommen. Dass wir nun auch dem Wunsch der Schulleitung am Gymnasium Donauwörth entsprechen konnten, freut mich sehr. Auch der Bauabschnitt IV an unserer größten Landkreisschule wird eine echte pädagogische Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler und um eine Attraktion reicher." ❐

BVI-Präsident Thomas Meier fordert:

Umfassendes Förderprogramm für Eigentumswohnanlagen

„Selbst die Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten"

Geht es nach der Bundesregierung, sollen Deutschlands Bestandsgebäude in Zukunft deutlich effizienter werden. Das betrifft auch einen Großteil der rund 10 Millionen Eigentumswohnungen. Doch genau hier fehle es an geeigneten Fördermöglichkeiten, kritisiert der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V., dessen Mitglieder rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen betreuen. Auf den Münchner Verwaltertagen im Februar forderte der Verband ein gesondertes Förderprogramm, das die komplexe Beschlussfassung und die Kostenlast in Wohnungseigentümergemeinschaften (WEGs) berücksichtigt.

„Die Fördermaßnahmen für energetische Sanierungen im Bestand greifen zu kurz. „Selbst die breite Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten", sagte BVI-Präsident Thomas Meier auf dem Branchentreff in München. Damit es auch in Deutschlands Eigentumswohnungen mit der Wärmewende klappe, brauche es zielgenaue Unterstützung durch den Bund, die angesichts der gewaltigen Herausforderungen finanziell deutlich umfassender ausgestattet werden müsse als die bisherigen Hilfen. Erforderlich sei ein spezifisches Programm: „Die aktuellen Fördermittel mögen für Ein- und kleinere Mehrfamilienhäuser funktionieren, doch auf die Kostenlast und die Komplexität der Entscheidungsprozesse in größeren Eigentumswohnungsanlagen sind sie einfach nicht zugeschnitten", machte Meier deutlich.

Komplexe Beschlussfassung

Während Hausbesitzer oft unabhängig über den zeitlichen und finanziellen Rahmen von Sanierungsmaßnahmen entscheiden können, sind Wohnungsbesitzer an die Entscheidungen ihrer Eigentümerversammlung und deren Fristvorgaben gebunden. Dass der Gesetzgeber diesen Umstand nicht hinreichend berücksichtigt hat, zeigt eine große Zahl an Rückmeldungen, die den Verband erreicht. Demnach können etliche WEGs die Fördermittel des Staates nicht ohne Weiteres einsetzen, weil sie die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zur Beschlussfassung einhalten müssen. Erschwerend hinzu komme die Vielzahl der Akteure, die bei der energetischen Sanierung einer Wohnanlage im Boot sitzen. Eine Abstimmung und Koordination sei unter anderem mit Schornsteinfegern, Energieberatern, Behörden und Handwerkern nötig.

Hohe Kostenlast in Eigentumswohnanlagen

Was die aktuellen Förderprogramme laut Verband noch vermissen lassen: Sie federn die hohe Kostenlast nicht genügend ab, die mit der Modernisierung eines großen Mehrparteienhauses meist einhergehen. „Bei der Formulierung des GEG hat das politische Berlin offensichtlich nicht ausreichend bedacht, welche enormen Kosten auf Eigentümer in Wohnungseigentümergemeinschaften zukommen", sagte Meier in München.

600 bis 1.000 Euro / qm

Laut Studien kämen je nach angestrebtem Effizienzstandard im Bestand zwischen 600 und mehr als 1.000 Euro pro Quadratmeter auf die Wohnungsbesitzer zu. Die Erfahrung der rund 800 Verbandsmitglieder zeige, dass viele mit der Finanzierung umfassender Sanierungsmaßnahmen überfordert seien. Zudem bereiteten hohe Zinsen sowie steigende Baukosten eben nicht nur bei Neubauten erhebliche Probleme, sondern auch im Bestand.

„Wenn es die Bundesregierung mit der Energiewende ernst meint, muss sie entschlossen handeln. Sie muss Eigentümern und Verwaltern das nötige Rüstzeug an die Hand geben – und vor allem Planungssicherheit schaffen", betonte der BVI-Präsident. So würden die zuletzt schnell geleerten Fördertöpfe bei Wohnungseigentümern und Immobilienverwaltern fast zwangsläufig die Frage aufwerfen: Werden auch in Zukunft genügend Mittel vorhanden sein, um die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen umzusetzen?

Langfristige Förderstrategie notwendig

Nach Ansicht des BVI könnten mit gesonderten Förderprogrammen die größten Hürden für WEGs aus dem Weg geräumt werden – sofern die Finanzmittel schnell, unbürokratisch und zielgerichtet abrufbar seien. Nach den Worten von Meier brächten Deutschlands Immobilienverwalter die Energiewende im Bestand gerne kompetent voran. Aber dafür brauche es dringend eine klare und langfristige Förderstrategie vom Bund.

Über den BVI

Der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V. vertritt seit 1983 professionelle Unternehmen aus der Immobilienverwaltung. Insgesamt gehören dem Verband rund 800 Hausverwaltungen an, die über 1,4 Millionen Einheiten betreuen und damit rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen in Deutschland. Die von den Verbandsmitgliedern verwalteten Vermögenswerte in der Immobilienwirtschaft betragen über 140 Milliarden Euro. Thomas Meier ist seit mehr als 20 Jahren Präsident des BVI. ❐

Alternatives Beschaffungskonzept:

Sach- und fachgerechte Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen

Die Unsicherheiten bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen nach Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV haben ein Ende: Kammern und Verbände der planenden Berufe haben ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Martin Burgi, dem Leiter der Forschungsstelle für Vergaberecht und Verwaltungskooperationen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, vorgelegt, das eine EU-rechtskonforme Lösung aufzeigt.

Die Frage, wie der geschätzte Auftragswert bei der Vergabe von Planungsleistungen rechtssicher berechnet werden kann, hat seit der Änderung der VgV im letzten Jahr zu erheblichen Unsicherheiten bei den öffentlichen Auftraggebern geführt. Um diese – auch im Interesse der Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer – zu beseitigen, hat Prof. Burgi im Auftrag von Kammern und Verbänden der planenden Berufe die Zulässigkeit eines alternativen Beschaffungskonzepts geprüft.

Entlastung für Vergabestellen und Auftragnehmer

Dieses Konzept erlaubt einen sach- und fachgerechten Umgang mit Vergaben bei Planungs- und Bauaufträgen und entlastet Vergabestellen ebenso wie Auftragnehmer deutlich von Bürokratie. Möglich wird dies durch das europarechtlich verankerte Wahlrecht des Auftraggebers, Planungs- und Bauleistungen entweder getrennt oder gemeinsam, auch kombiniert mit einer Fachlosbildung, zu vergeben. Dabei geht das europäische Vergaberecht davon aus, dass es sich insgesamt um einen Bauauftrag handelt, für den der für die Vergaben von Bauleistungen geltende Schwellenwert von 5.538.000 Euro zur Anwendung kommt.

Mittelstandsfreundliche Vergabe

Denn: Die Streichung von § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV lässt den Grundsatz der mittelstandsfreundlichen Vergabe unberührt. Deshalb sind die zu vergebenden Planungs- und Bauleistungen auch bei diesem Beschaffungskonzept in Fach- und Teillose aufzuteilen, was wiederum eine Vergabe nach Haushaltsvorgaben oder der Unterschwellenvergabeverordnung eröffnet. Mit anderen Worten: Architektenleistungen können im Wege eines eigenen Fachloses vergeben werden.

Die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack, begrüßt dieses Ergebnis: „Das Gutachten zeigt nicht nur einen Weg auf, den bürokratischen Aufwand bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen in Grenzen zu halten, sondern ermöglicht vor allem auch regionalen und jungen Architekturbüros, sich erfolgreich um Planungsaufträge, die im Wege von Fachlosen vergeben werden, zu bewerben. Das stärkt gerade angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage die regionale Planungs- und Bauwirtschaft."

Das Rechtsgutachten „Gemeinsame Vergabe von Aufträgen für Planungs- und Bauleistungen, kombiniert mit Fachlosbildung: Funktionsweise und Rechtskonformität eines alternativen Beschaffungskonzepts (v. a. bei kommunalen Investitionsvorhaben für Klimaschutz, sozialer Infrastruktur, Sanierung, etc.) nach Streichung des § 3 Abs. 7 S. 2 VgV finden Sie unter: https://bak.de/wp-content/uploads/2024/02/Burgi-Gutachten.pdf . ❐

Wissen bringt Rendite

Wie die Deutschen Geld vernichten und was dagegen hilft

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Dass die Deutschen wissen, wie man spart, ist nichts Neues. Traditionell liegt ihre Sparquote weltweit im Spitzenfeld. 2023 haben sie nach vorläufigen Zahlen voraussichtlich 11,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante gelegt. Besser sind da nur noch die Nachbarn in der Schweiz und in den Niederlanden. Allein 2023 ist das Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik um rund sechs Prozent auf 7,9 Billionen Euro gewachsen – gestiegene Zinsen und Börsenentwicklung haben den Vermögensaufbau zusätzlich befördert.

Angesichts eines unsicheren wirtschaftlichen und globalen Umfeldes geben die Bundesbürger weniger aus und halten ihr Geld zusammen. Das stellen sie freilich nur begrenzt clever an. Jedenfalls dann, wenn man sich die Ergebnisse der repräsentativen Studie „So investiert Deutschland" zu eigen macht, die die Commerzbank beim Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos beauftragt und Ende Februar vorgelegt hat.

64 Milliarden Euro Kaufkraftverlust

Etwas mehr als 2,1 Billionen Euro horten die Deutschen auf ihren Sparbüchern, Tages- oder Festgeldkonten. Und damit fängt die Malaise an. Der Privatkundenvorstand der Commerzbank, Thomas Schaufler, hat es bei der Präsentation der erwähnten Studie vorgerechnet. Denn, so sein Gedankengang, bei einer durchschnittlichen Inflation von sechs Prozent und einem Einlagenzins von drei Prozent belaufe sich der Kaufkraftverlust auf drei Prozent und damit 64 Milliarden Euro. Ein Verlust, der daraus resultiert, dass die Sparer in Deutschland Anlagealternativen mit besseren Renditen nur wenig nutzen. Zum Vergleich: Rund 3,2 Billionen Euro ihres Geldvermögens halten sie als Einlagen und Bargeld, weitere 2,3 Billionen haben sie in Versicherungsprodukten angelegt. Bei Aktien und Investmentfonds halten sie sich dagegen zurück. Sie investieren hier mit 1,8 Billionen Euro lediglich etwas mehr als 23 Prozent ihres Geldvermögens – und verschenken damit Rendite.

Das alles mag in einem Land, in dem das Sicherheitsdenken in allen Lebensbereichen sehr ausgeprägt ist, nicht verwundern. Doch ist damit die tendenziell einseitige Anlagepolitik der Deutschen nicht vollständig erklärt. Die Commerzbank-Studie weist auf einen Punkt hin, der nachdenklich stimmt. Nämlich die erheblichen Defizite der Bundesbürger, wenn es um ihr Finanzwissen geht – und weil sie sich nicht so gut in Finanzdingen auskennen, legen sie eben ihr Geld in beschriebener Form an, verzichten nolens volens auf Rendite.

Die der Produkt- und Unternehmenswerbung unverdächtige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat zuletzt in einer eigenen Studie zur Finanzbildung Erschreckendes veröffentlicht: Lediglich 21 Prozent der Erwachsenen sind in Finanzfragen stattelfest und: Die Deutschen haben selbst bei der Lösung einfacher Zinsrechnungen Probleme.

Mangelndes Finanzwissen in der Bevölkerung ist in Deutschland ein Thema. Allerdings auch eines, das seit vielen Jahren bekannt ist. Viele politische Anläufe gab es in der Vergangenheit, um Abhilfe zu schaffen. Den letzten hat die Bundesregierung 2023 mit der „Finanzbildungsstrategie für Deutschland" gestartet. Großes wird zusammen mit der OECD angestrebt – Finanzbildungsplattform und Stärkung der Forschung zur finanziellen Bildung lauten die PR-Schlagworte. Eine fürsorglich gemeinte bildungspolitische Reparaturmaßnahme, mehr aber auch nicht.

Finanzbildung in die Lehrpläne

Wer das Thema Finanzbildung angehen will, muss konsequent anders ansetzen und Durchhaltevermögen an den Tag legen. Die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie diktieren dazu die politischen Hausaufgaben: Wer die Finanzbildung in der Breite und für die Zukunft stärken will, muss Finanzbildung in die Lehrpläne in allen Altersstufen und Schulformen einpassen. Er muss den Anteil leistungsschwacher Schüler in Mathematik von aktuell 30 Prozent deutlich verringern. Er muss jungen Menschen den Alltagsnutzen von Mathematik vermitteln (Zinsrechnung!) und Jugendliche befähigen, den Sinn von Texten zu erfassen, denn da hapert es ebenfalls gewaltig. Wie all das geht? Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat im Januar fundiert Positionen zu den „Lehren aus der Pisa-Misere" formuliert. Wer sie beherzigt, führt auch die deutschen Sparer à la longue zur besseren Anlagerendite.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

LfA-Förderbilanz 2023:

Bayerischer Mittelstand investiert weiter in Modernisierung

2,3 Milliarden Euro für die Zukunft von Bayerns Unternehmen und Kommunen
Trotz Investitionszurückhaltung gestiegene Nachfrage nach Innovationskrediten

Die LfA Förderbank Bayern verzeichnete 2023 ein solides Förderjahr. Erreicht wurde ein Kreditvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro für die bayerischen Unternehmen und Kommunen. Davon wurden etwas mehr als 1,6 Milliarden Euro im Rahmen programmgebundener Förderkredite vergeben. Insgesamt nutzten mehr als 3.500 Unternehmen und Kommunen die Angebote der LfA.

In den wichtigen Förderbereichen Gründung (über 465 Millionen Euro) und Wachstum (über 765 Millionen Euro) sagte die LfA Kredite von mehr als 1,2 Milliarden Euro zu. Mehr als die Hälfte der Gründungsförderung wurde für Unternehmensnachfolgen eingesetzt. Die LfA unterstützt Unternehmensübergaben ebenso wie Neugründungen. Einen deutlichen Zuwachs von 33 Prozent gab es beim Innovationskredit 4.0, mit dem im vergangenen Jahr über 350 Unternehmen mit rund 185 Millionen Euro insbesondere Innovations- und Digitalisierungsvorhaben finanziert haben.

Wirtschaftliche Unsicherheiten sowie der Wegfall von Sondereffekten führten dazu, dass die Nachfrage nach den LfA-Förderkrediten 2023 im Vergleich zum überaus starken Vorjahr insgesamt geringer ausgefallen ist. So gab es im ersten Halbjahr 2022 eine ungewöhnlich hohe Fördernachfrage aufgrund von Vorwegnahme-Effekten wegen der sich damals bereits abzeichnenden Zinsentwicklung. Zudem standen dem bayerischen Mittelstand im ersten Halbjahr 2022 noch die LfA-Coronaprodukte zur Verfügung.

Schädliche Zurückhaltung bei Investitionen

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Innovation, Gründung und Wachstum waren die Treiber des Förderjahres 2023. Das sind klare Zukunftsthemen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die bayerische Wirtschaft am Puls der Zeit bleiben kann. Für eine neue Aufbruchstimmung müssen deshalb die Rahmenbedingungen stimmen. Die Zurückhaltung bei Investitionen ist schädlich."

„Auch 2023 hat die LfA den bayerischen Mittelstand mit zielgerichteten Förderangeboten unterstützt. Um den Kreditzugang für die Betriebe und Hausbanken weiter zu erleichtern, haben wir zu Beginn dieses Jahres die bisher getrennten Produkte Start- und Investivkredit zu einem einfachen und schlanken Produkt ‚Gründungs- und Wachstumskredit' zusammengefasst. Mit diesem neuen und vielseitig einsetzbaren Kreditprodukt erleichtern wir Unternehmen die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen", erläutert Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern. ❐

Bayerische Finanzpolitik:

Spitzenrating und FinanzIT BAYERN-Turbo

Erfreuliche Nachrichten aus dem Bayerischen Finanzministerium: Der Freistaat Bayern erhält für seine Finanzpolitik auch 2024 die Top-Note von Standard & Poor's. Die renommierte Ratingagentur bewertet Bayerns Haushaltspolitik damit bereits seit 2012 durchgehend mit dem Spitzenrating ‚AAA/A-1+' mit stabilem Ausblick. „Das zeigt: Bayern ist und bleibt der Garant für finanzpolitische Stabilität – trotz vieler Herausforderungen durch die zu bewältigenden Krisen der letzten Jahre. Bayern hat damit nach wie vor von drei Ratingagenturen das jeweils bestmögliche Rating erhalten", erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Wir werden auch weiter an diesem Kurs festhalten", stellte der Minister klar: „Mit dem Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 setzen wir unsere solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik in Bayern fort. Unter anderem 52 Milliarden Euro für Bildung und Forschung, 22,4 Milliarden Euro an Investitionsausgaben – das alles schafft der Freistaat Bayern trotz schwieriger Rahmenbedingungen ohne neue Schulden im Staatshaushalt."

In der Höchstbewertung der Ratingagentur kommen vor allem das starke Finanzmanagement und eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Verschuldung zum Tragen. Dazu gesellen sich die soliden institutionellen Rahmenbedingungen und die sehr widerstandsfähige breit aufgestellte Wirtschaft und Unternehmenslandschaft in Bayern.

Abgeschlossen ist unterdessen die Gründung der ‚FinanzIT BAYERN': Dank der neuen Organisationsstruktur werden die umfassenden IT-Kompetenzen des Landesamts für Finanzen ab sofort zentral in Regensburg gebündelt.

Füracker zufolge ist Bayern Vorreiter bei der Digitalen Transformation der Steuer- und Finanzverwaltung. „Mit der ‚FinanzIT BAYERN' kommen wir unserem Ziel der Volldigitalisierung der Personalwirtschaft einen enormen Schritt näher. Zudem profitiert die Oberpfälzer Region: Wir bieten heimatnahe, zukunftssichere und familienfreundliche Arbeitsplätze in einem dynamischen Umfeld mit innovativen und spannenden Aufgaben." Die „FinanzIT BAYERN" ist als moderner IT-Dienstleister mit über 400 Beschäftigten, davon allein rund 300 in der Oberpfalz, einer der größten IT-Arbeitgeber in der Region. Perspektivisch entstehen dort zusätzlich 110 weitere IT-Arbeitsplätze.

Die schnelle, effiziente und digitale Kommunikation kommt, so der Minister, sowohl den Beschäftigten als auch den Steuerzahlern zugute. Das erfolgreiche digitale Antrags- und Auskunftsportal „Mitarbeiterservice Bayern" ermögliche volldigitale Personalprozesse, unter anderem die Bereitstellung digitaler Mitteilungen, Personaldaten, Versorgungsauskünfte und Angebote wie das JobBike Bayern sowie ein Dienstreisemanagement.

Auch im Bereich der digitalen Zahlungsabwicklung des Freistaats stelle die „FinanzIT BAYERN" moderne ePayment-Verfahren zur Verfügung. Die „FinanzIT BAYERN" führe kontinuierlich innovative digitale Verfahren ein – so wurde nach erfolgreicher Testphase die Digitale Personalakte Bayern mittlerweile in allen Besoldungsreferaten implementiert. **DK**

BayernLabo emittiert erfolgreich dritten Social Bond im Benchmarkformat

Die BayernLabo hat erneut mit großem Erfolg auf Basis ihres Social Bond Frameworks einen Social Bond am Kapitalmarkt platziert. Die Emission mit einem Volumen von 500 Mio. Euro wird von der Ratingagentur Moody's mit Aaa bewertet. Mit dem Emissionserlös refinanziert die BayernLabo Darlehen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen.

Die erfolgreiche Platzierung wurde von einem Konsortium aus BayernLB, Erste Group, NordLB, Société Générale und UniCredit begleitet. Die Anleihe mit einer Laufzeit von sieben Jahren weist einen Zinskupon von 2,875 Prozent aus. In einem herausfordernden Marktumfeld stieß der deutlich überzeichnete Social Bond bei den Investoren auf großes Interesse. Die Nachfrage wurde dominiert von Banken-Treasuries und Asset Managern. Mehr als 40 Prozent dabei aus dem Ausland.

Die Bewertungen von anerkannten Nachhaltigkeits-Ratingagenturen bescheinigen der BayernLabo eine herausragende Nachhaltigkeitsleistung. Damit gehört sie auch global zu einem der am besten bewerteten Unternehmen der Branche. ❐



DSGV-Präsident Prof. Reuter zur Konjunkturprognose 2024:

Leistung muss belohnt werden

„Nur mit klimagerechtem Wirtschaftswachstum kann Deutschlands Wohlstand erhalten bleiben. Die Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller arbeitsfähigen Menschen in diesem Land und mehr Leistungsbereitschaft", machte DSGV-Präsident Prof. Ulrich Reuter auf einer Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Konjunkturprognose deutlich.

Nach Einschätzung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe könnte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr ein Plus von 0,3 Prozent verzeichnen. Der Chefvolkswirt der DekaBank, Dr. Ulrich Kater, verwies darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gleichzeitig unter strukturellem und konjunkturellem Druck stehe. Eine Verbesserung sei in Sicht: „Der private Konsum erholt sich, weil sich die Inflation weiter beruhigt. Gleichzeitig tritt eine Gewöhnung an wieder dauerhaft höhere Zinsen ein, was Investitionen begünstigt. Nicht zuletzt wird der Export wieder anziehen, was für die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders wichtig ist."

Wie Präsident Reuter ausführte, gebe es spezifische Gründe, weshalb Deutschland derzeit schwächer wächst als andere Industrieländer: „Zum einen haben wir – zum Glück und anders als in vielen anderen Ländern – eine ausgeprägte Industrie in diesem Land, häufig energieintensiv. Die muss unbedingt hier gehalten werden. Zum anderen ist Deutschland ein starkes Exportland. Die schwächelnde Weltkonjunktur trifft uns deshalb besonders. Mir ist deshalb wichtig, dass sich unser Land, vor allem die Politik, auf die Rahmenbedingungen konzentriert, die die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und verbessern."

Für die Zukunft entscheidend ist aus Reuters Sicht eine sichere und kostengünstige Energieversorgung – „vor allem für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie". Aus guten ökologischen Gründen habe sich Deutschland entschieden, dass regenerative Energien künftig die Basis sein sollen. Diese seien heute im Preis durchaus wettbewerbsfähig. Sie benötigten allerdings für den Ausgleich von Belastungsspitzen Reservekapazitäten – für eine gewissen Zeit noch Kohle, möglichst schnell Gas und langfristig Wasserstoff. Die dazu laut Bundesnetzagentur notwendigen 25 Gigawatt – das sind rund 50 Gaskraftwerke – müssten so finanziert werden, dass sie nicht zu einer dauerhaften Belastung der Energiepreise und damit der Wettbewerbsfähigkeit werden.

Als weiteren entscheidenden Erfolgsfaktor betrachtet der DSGV-Chef die internationale Ausrichtung der deutschen Wirtschaft. „Sie ist dadurch allerdings nicht nur konjunkturell für globale Störungen anfällig, sondern auch in den Lieferketten. Wir haben das gesehen im Rahmen der Corona-Phase, zu Beginn des Kriegs gegen die Ukraine, beim querliegenden Frachter im Suez-Kanal und jetzt bei den Schiffs-Angriffen der Huthis im Roten Meer. Es ist deshalb gut, dass sich die deutsche Wirtschaft bei den Zulieferern breiter – auch regional breiter – aufstellt", unterstrich Reuter und ergänzte: „Ich denke, dass die Politik diesen Prozess gut unterstützen sollte und könnte – durch mehr Partnerschaften mit weiteren Schwellenländern und durch gezielte Auslandsinvestitionen."

Die deutsche Wirtschaft brauche schlichtweg mehr Partner in der Welt. Dies müsse politisch flankiert werden. Dank des Europäischen Binnenmarktes sei die EU neben China und den Vereinigten Staaten einer der drei größten globalen Akteure im internationalen Handel. Der Europäische Binnenmarkt helfe den EU-Mitgliedsstaaten, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und stärke den Einfluss der EU in der Welt. Eine Abwendung von der EU wäre deshalb nach Reuters Auffassung ökonomischer Unsinn.

Für die Zukunft entscheidend sei auch der Einsatz neuer Technologien und vor allem von KI. „Dabei müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der eigenen Souveränität gleichermaßen im Auge behalten. Konkret: Im B-to-C-Geschäft liegen heute die meisten Daten bei globalen Big-Techs, die deren Nutzungsmöglichkeiten nicht fair teilen. Das ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil europäischer Anbieter – eine unfaire Wettbewerbsbeschränkung. Das darf im B-to-B-Geschäft nicht auch noch passieren. Denn hier hat Deutschland derzeit noch große, selbst erarbeitete Wettbewerbsvorteile, die wir nicht unfreiwillig und fahrlässig Dritten überlassen dürfen. Deshalb ist es wichtig, dass die Forschung und Anwendung künstlicher Intelligenz für Unternehmen und für die Politik ein zentraler Faktor ist bzw. wird. Das betrifft etwa die Verfügbarkeit von Großrecheneinheiten."

Benötigt werde zudem eine neue Leistungskultur. Reuter zufolge sollte die Politik den Menschen in diesem Land klarer als bisher sagen, dass der Weg hin zu neuer Wettbewerbsfähigkeit nur mit neuen und auch größeren Anstrengungen erfolgreich zu bewältigen ist. Ich verstehe deshalb, wenn Arbeitnehmende einen fairen Anteil am Wertzuwachs haben und auch durchsetzen wollen. Wir alle müssen aber auch verstehen: Es ist jetzt nicht die Zeit, für kürzere Arbeitszeiten einzutreten. Im Gegenteil: Wir alle müssen die Ärmel hochkrempeln, um uns aus den aktuellen Schwierigkeiten herauszuarbeiten."

Leistung und zusätzliche Arbeit sollten deshalb gefördert und belohnt werden. „Ich könnte mir zum Beispiel politisch vorstellen, zusätzliche Arbeitsstunden über ein definiertes Mindestmaß hinaus steuerlich zu entlasten oder eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit steuerrechtlich oder sozialversicherungsrechtlich stärker zu belohnen. Umgekehrt muss jetzt wirklich und ernsthaft die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Unternehmen und Arbeitnehmenden durch den Abbau überzogener Bürokratie- und Berichtspflichten entfesselt werden. Angekündigt wurde das schon oft, bisher ist für die Unternehmen kein Vollzug sichtbar geworden", stellte der Sparkassenpräsident fest.

„Wir als Sparkassen-Finanzgruppe sind bereit und in der Lage, den Weg hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen und zu finanzieren. Wir sind überall in Deutschland der wichtigste Ansprechpartner, wenn es um Unternehmensfinanzierungen geht. 42 Prozent aller Unternehmenskredite kommen aus unserer Gruppe, rund drei Viertel aller Unternehmen sind unsere Kunden", betonte Reuter und fuhr fort: „Wir stehen für stabile Finanzierungen. Wir begleiten unsere Kundschaft dabei, ihre Geschäftsmodelle von ‚braun' zu ‚grün' zu entwickeln. Damit unterstützen wir wesentlich den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft." Die Sparkassen seien für diese Aufgabe ausreichend kapitalisiert. „Und wir werden unsere ökonomische Substanz auch weiter stärken. Gleichzeitig wollen wir – im Firmenkundengeschäft und im Privatkundengeschäft gleichermaßen – unsere schon starke Marktstellung schrittweise weiter ausbauen", hob Reuter abschließend hervor. **DK**

Für eine lebenswerte Welt

Stiftung der Sparkasse Donauwörth vergab erstmals Nachhaltigkeitspreis

Premiere bei der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth": Erstmals vergab sie den mit 10.000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis. Diese Auszeichnung wurde an 13 Vereine und Organisationen verliehen, die sich in Bereichen wie Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Umweltschutz engagieren.

Zu den Preisträgern zählt das Reparatur-Café, Landratsamt Donau-Ries mit Partnern. Unter dem Motto „Reparieren statt Wegwerfen" bringen ehrenamtliche Helfer (Näher, Fachkräfte, Meister und Bastler) kaputte Gegenstände in Donauwörth und Nördlingen wieder in Gang. Bezahlt werden nur die Ersatzteile. Hauptziel des Projekts ist es, ein Umdenken in den Menschen zu wecken, vom wachsenden Wegwerftrend hin zur Sensibilisierung für Ressourcen. Ein weiteres Reparatur-Café in Harburg ist in Planung.

Eine Projektwoche der Leonhard-Fuchs-Grundschule und Mittelschule Wemding zum Thema „Fairtrade" überzeugte so, dass der Prozess zum „Zertifikat Fairtrade-School" angestoßen wurde. Im Mittelpunkt stehen faire Produkte, wie z.B. Kaffee im Lehrerzimmer, Bananen in der Schulobstaktion, Hefte mit blauem Engel, Pausenverkauf mit fair gehandelten Snacks und Getränken sowie der Versuch, regionales Einkaufen näher zu bringen, wozu es auch eine Wanderausstellung an der Schule gab.

Am Albrecht-Ernst-Gymnasium Oettingen wurde ein nachhaltiger Schulgarten mit Gemüse und Kräutern zur Bereicherung der Schulküche angelegt. Verwendung fand ein Hochbeet aus Altholz und ein Komposthaufen. Verzichtet wurde auf Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Das Projekt soll anderen Schulen als Vorbild dienen.

Das Projekt „Wasser – ein kostbares Gut" der Sebastian-Franck-Grundschule Donauwörth-Parkstadt wurde zum 50-jährigen Schuljubiläum gestartet, auch aufgrund des Trinkwasserproblems in der Parkstadt. Ein Musical („Wassertropfen-Weltreise") wurde einstudiert, zudem wurden eine Ausstellung von UNICEF („Wasser ist Leben") und ein Sponsorenlauf („Running for water") organisiert. Im Rahmen der ressourcenschonenden Verwendung von Wasser wird der Schulgarten nur noch mit gesammeltem Regenwasser bewässert. Plakate sollen auf der Schultoilette zum Wassersparen animieren.

Der Abschlussjahrgang der Anton-Jaumann-Realschule Wemding stellte sich die Aufgabe, eine eigene Biogas-Anlage zu bauen. Mit Unterstützung der Schule und eines Sponsors wurden ein passender Behälter und die Technik angeschafft, um so die Funktionsweise nachhaltiger Energiegewinnung kennenzulernen. Mit dieser wurde beispielsweise Nudelwasser erhitzt und ein Mittagessen zubereitet.

Private Wirtschaftsschule Donauwörth

Die Private Wirtschaftsschule Donauwörth erreichte mit ihrem verankerten Leitbild beim Thema Umwelt- und Klimaschutz eine Auszeichnung als „Umweltschule in Europa/Internationale Nachhaltigkeitsschule". In den Klassen wird ein strenges, von Lehrkräften überwachtes Heizprotokoll mit dem Ziel geführt, den Energieverbrauch zu senken. Außerdem setzten Schüler unter Anleitung eines Försters in Zusammenarbeit mit der Stadt Donauwörth Rotbuchensetzlinge. Das Wachstum soll informativ bei Wandertagen begleitet werden. Darüber hinaus wurde mit einer Bodenanalyse der Schulgarten angelegt und passend gedüngt. Bewusst wird auf Chemikalien und Giftstoffe verzichtet und der Umgang mit Regenwasser sowie die Kompostwirtschaft erlernt. Angelegt wurden zudem Nisthilfen für Vögel und Bienen, Igelunterschlupfe und ein Miniteich. Gebaut wurde auch ein „grünes Klassenzimmer" für den Unterricht im Freien. Der Naturgarten wurde vom Landratsamt zertifiziert.

Das Hauptziel des Deutschen Alpenvereins, Sektion Donauwörth, ist die Klimaneutralität bis 2030. Im Rahmen nachhaltiger Mobilität sollen Zielorte klimaschonend und möglichst wohnortnah geplant werden. Dazu gehören unter anderem Fahrgemeinschaften, ein sektionsinternes Tempolimit bei 120, ein vereinsinternes Klimabudget bei Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Planung der Ziele mit anderen Sektionen zur Auslastung des Reisebusses und perspektivisch der Umstieg auf Busse mit nachhaltigen Antrieben. Zusätzlich verfolgt der Verein die Umstellung auf Ökostrom, die Aufstellung einer CO2-Bilanz, den Einbau einer digitalen Wärmesteuerung für das Vereinsheim, die Nutzung regionaler Getränke und vegetarischer Alternativen, möglichst Fairtrade oder Recycling-Produkte.

Das Aktionsbündnis „Monheim summt!" hat bisher über 70.000 Blumenzwiebeln ausgepflanzt. Das Projekt hat das Hauptziel „Insektenschutz", dazu sollen Blühflächen geschaffen, Beete insektenfreundlich umgestaltet werden, das Nahrungsangebot für Insekten erweitert, Nisthilfen angelegt und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Erweitert wurde das Projekt durch eine Aktion mit Streuobstwiesen, die Bürger künftig nutzen können. Um einen möglichst insektenfreundlichen Garten zu entwickeln, bietet das Bündnis eine Gartenberatung an.

Das Gymnasium Donauwörth führt im Rahmen der Umwelt AG verschiedene Aktionen durch, um die Schüler für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Projekte waren unter anderem eine Handysammelaktion mit 269 Altgeräten, deren Verkaufserlös an die Missio München gespendet wurde, ein zentraler Heftverkauf aus Recyclingpapier in der Schule, das Erstellen eines Erklärvideos zum Thema Artenvielfalt und die Teilnahme an der Müllsammelaktion des AWV.

Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen wartet mit zahlreichen Beiträgen zur Sensibilisierung und Bildung der Bevölkerung in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf. Weitere Themen sind Vorträge in der VHS zu Themen wie ökologische und soziale Aspekte bei der Bekleidung, Schulung von Bauhofmitarbeitern zu Baumbepflanzung, Heckenschnitt und Mähen, Initiative zur Anschaffung von Pfandringen an Müllbehältern, Teilnahme an der Mehrweginitiative „Nachhaltiges Nordschwaben", Aktion gegen Schottergärten, Unterstützung von Projekten der AG Umweltschutz an der Grund- und Mittelschule, Organisation von Müllkippen-Sammelaktionen und Aufstellen von Kippensammelbehältern sowie Aufklärungsarbeit über die Schädlichkeit des Rauchens.

Die Stadt Oettingen hat im Sommer in Zusammenarbeit mit der Diakoneo, die auch an der Organisation des Host-Town-Programms maßgeblich beteiligt war, den Zuschlag für die Special Olympic World Games erhalten, deren Ziel es ist, Menschen mit geistiger Behinderung durch den Sport zu mehr Anerkennung, Selbstbewusstsein und letztlich zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu verhelfen und die Inklusionsbewegung voranzubringen. In Oettingen war die Delegation für Boccia und Leichtathletik aus Kambodscha zu Gast. Das bunte Programm beinhaltete auch einen Spiel-, Sport- und Gesundheitstag, der sich alle zwei Jahre wiederholen soll. Die auf der Freibadinsel gebaute Boccia-Bahn kann von der Bevölkerung genutzt werden. Während der Host-Town-Woche wurde auch ein großer inklusiver Fackellauf in der Innenstadt ausgerichtet.

Nachdem urbaner Gartenbau in Großstädten längst zum Trend geworden ist, gibt es seit 2023 auch ein solches Projekt in Donauwörth. Volkshochschule und Stadtverwaltung haben sich hier zusammengetan, um jungen Familien die Chance zu bieten, für sich zu gärtnern. Auf zehn Parzellen kann je nach Bedarf angepflanzt werden, was beliebt. Professionelle Begleitung und Beratung vom Gärtner gibt es obendrauf.

Der Verein Transition Town Donauwörth („Stadt im Wandel") steht für mehr Gerechtigkeit und Achtsamkeit im Umgang mit Menschen, Umwelt und Erde, nimmt regelmäßig an Treffen eines Nachhaltigkeitsstammtisches teil und unterstützt diesen bei seinen Aktivitäten. Themen bei Veranstaltungen mit Referenten, die sich auf Nachhaltigkeit spezialisiert haben, sind beispielsweise die Donauwörther Klimawoche, Reinigen ohne Plastik und Tipps für nachhaltige Putz- und Waschmittel sowie müllsparende Verbräuche im Haushalt.

Der Vorsitzende der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth", Oberbürgermeister Jürgen Sorré, wertete die Vergabe des Nachhaltigkeitspreises als eine „ausgezeichnete Idee, um sich für eine lebenswertere Welt einzusetzen". Dies zeige sich auch am Einreichen der Vielzahl an guten und auszeichnungswürdigen Vorschlägen.

Landrat Stefan Rößle, ebenfalls im Stiftungsvorstand vertreten, verwies auf das langjährige, vielfältige Engagement im Landkreis für mehr Nachhaltigkeit. „Wir nehmen die Aufgabe sehr ernst, denn Kommunen spielen für die Verwirklichung praktisch aller Ziele einer nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Hier leben die Menschen, die nachhaltige Entwicklung im alltäglichen Handeln aktiv umsetzen und die Veränderungen spüren", unterstrich Rößle. **DK**

GVB zu EU-Krisenmanagement- und Einlagensicherungsregeln:

Finanzstabilität und Proportionalität wahren

Im April 2023 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Überarbeitung der Regelungen zum Krisenmanagement von Banken und zur Einlagensicherung (Crisis Management & Deposit Insurance, CMDI) vor. Damit sollen die europäischen Abwicklungsvorschriften künftig nicht mehr nur für internationale Großbanken gelten, sondern auf mittlere und kleinere Banken ausgeweitet werden. Die Änderungen betreffen aber auch weitere Kernelemente wie die genossenschaftliche Institutssicherung.

Wie der Bayerische Genossenschaftsverband in einem Positionspapier darlegt, möchte die Europäische Kommission mit der CMDI-Reform das EU-Krisenmanagement ausbauen und einen einheitlichen Abwicklungsansatz für in Schieflage geratene Banken etablieren. Durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf nicht-systemrelevante Banken würden die regulatorischen Anforderungen auch für kleine Institute an die der Großbanken angeglichen. Zudem sollen effiziente nationale Absicherungsmechanismen zugunsten einer europäischen Lösung abgelöst werden.

Aus Sicht des GVB verletzt der Gesetzentwurf durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs den Proportionalitäts- und den Subsidiaritätsgrundsatz. Für die Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes bestehe kein Anlass. Nationale Sicherungs- und Insolvenzregeln seien bereits bestens geeignet, um maximalen Einlegerschutz zu garantieren.

„Regionalbanken sind im europäischen Kontext nicht systemrelevant und durch nationale Systeme abgesichert", unterstreicht der Genossenschaftsverband. „Der Kommissionsvorschlag erläutert folglich nicht, wie eine Ausweitung des Abwicklungsmechanismus auf nicht-systemrelevante Banken die Finanzstabilität erhöhen soll und Eingriffe in nationale Sicherungstöpfe rechtfertigt. Im Gegenteil kann die beabsichtigte, möglichst schnelle Abwicklung das Vertrauen in das Bankensystem beschädigen." Darüber hinaus sei im Legislativpaket eine Vereinheitlichung effizienter nationaler Instituts- und Einlagensicherungssysteme vorgesehen. Das geplante Verfahren für den präventiven Einsatz von Einlagensicherungsmitteln ist laut GVB jedoch praxisfern und der Prozess zur Kostenoptimierung würde den präventiven Mitteleinsatz faktisch unmöglich machen. Dem vorausschauenden Charakter der genossenschaftlichen Institutssicherung werde mit dem Vorschlag nicht Rechnung getragen, und das obwohl sich die Institutssicherung und das genossenschaftliche Prüfungssystem seit über 80 Jahren bestens bewährt haben. Eine Einschränkung der präventiven Maßnahmen von Institutssicherungen wäre daher der falsche Weg für die Finanzstabilität in Europa.

„Kleine und mittlere Institute leisten bereits heute finanzielle Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds sowie zur Finanzierung des Single Resolution Boards (SRB). Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, worin der Mehrwert für die Finanzstabilität liegt, wenn kleine Institute zusätzlichen, unverhältnismäßigen Kosten ausgesetzt werden", stellt der GVB fest. „Sie sollten daher gänzlich von der Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes ausgenommen werden. Auch die deutschen Instituts- und Einlagensicherungssysteme haben ihre Praxistauglichkeit bewiesen. Eine Aushebelung dieser funktionierenden Systeme muss verhindert werden, da ansonsten Fehlanreize erzeugt würden." **DK**

KRITIS – besserer Schutz für Strom, Wasser, Netze und Co.

Europäische und nationale Gesetze ziehen Sicherheitszaun um Kritische Infrastrukturen

Anschläge auf Erdgas-Pipelines, durchtrennte Kabel bei der Bahn, Spionage-Drohnen über Truppenübungsplätzen: Die Kritische Infrastruktur (KRITIS) ist verletzlich. Europäische wie nationale Gesetze und Verordnungen sollen Abhilfe schaffen und künftig etwa Energieversorger, Unternehmen der medizinischen Versorgung oder des Transports besser schützen. Mit dem geplanten KRITIS-Dachgesetz sollen auch weitere Branchen zur Bewertung von Risiken, zu Mindeststandards und zentralem Störungsmonitoring verpflichtet und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zur übergeordneten Behörde umgebaut werden.

Der Bund nimmt mit dem Dachgesetz demnächst auch die Privatwirtschaft stärker in die Pflicht. Künftig soll es mindestens elf Sektoren der Kritischen Infrastruktur geben: Energie, Verkehr, Bankwesen, Finanzmarkt-Infrastrukturen, Gesundheit, Lebensmittel, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung und Weltraum. Wer in Kürze dazu zählen könnte, sollte sich jetzt mit den Anforderungen und Möglichkeiten vertraut machen – und wird schnell feststellen: Technik und etablierte Standards für Hochsicherheitsbereiche sind längst vorhanden, das Know-how der Sicherheitsbranche ist enorm.

Videosicherheitssysteme als moderne Gefahrenabwehr

Ob Umspannwerk, Recyclinganlage oder Flughafen – die Bedrohungsszenarien sind immer individuell. Wollen zum Beispiel Energieversorger Metalldiebe von ihrem Gelände fernhalten, ist es hingegen die Aufgabe von Justizvollzugsanstalten, Straftäter festzuhalten. Videosicherheitssysteme von Securiton Deutschland lassen sich flexibel den jeweiligen Aufgaben anpassen – in Kombination mit intelligenten Videoanalysen bilden sie das Rückgrat der modernen Gefahrenabwehr. Analyse-Algorithmen sichten und bewerten die Flut an Kamerabildern. Gefährliche Situationen, Unregelmäßigkeiten und unerwünschte Ereignisse werden zuverlässig erkannt und in Echtzeit gemeldet – erst danach muss der Mensch aktiv werden.



360-Grad-Schutz für Kritische Infrastrukturen umfasst Grundstücksgrenze, Gelände und Luftraum sowie Gebäudeaußenhaut und Innenräume. Bild: Securiton Deutschland

Speziell für Kritische Infrastrukturen hat Securiton Deutschland ein eigenes Analyse-Modul entwickelt. IPS Critical Infrastructure Protection schützt die kritischen Anlagen gegen Einbruch, herumlungernde Personen und Kamerasabotage.

Die Außenbereiche besonders sensibler und schützenswerter Einrichtungen sichert das Videosicherheitssystem mit dem patentierten Zonenkonzept. Es erkennt verlässlich Übertritte und verdächtige Bewegungen. Im Ernstfall nimmt das System sogar virtuell die Verfolgung auf, und Sicherheitskräfte wissen jederzeit ganz genau, wo sich ein mutmaßlicher Täter aufhält oder in welche Richtung er sich bewegt. Das Videosicherheitssystem wird exakt auf die besonderen Projektanforderungen abgestimmt. So entsteht ein hochstabiles Frühwarnsystem zur Gefahrenerkennung. Das Bildmaterial wird für eine gewisse Zeit gespeichert und datenschutzkonform verarbeitet. Diese Form der Prävention begrenzt den Schaden, vermeidet daraus resultierende Störfälle, spart Kosten und unterstützt das Fachpersonal maßgeblich. Ergänzend können zur Bewertung der Lage auch Aufklärungsdrohnen entsandt werden, um die Alarmursache genauer zu verifizieren.

Wärmebildkameras behalten auch bei schwierigen Umgebungsbedingungen selbst nachts das Umfeld im Blick: Denn herumlungernde Personen könnten beispielsweise ein Ziel ausspähen. Werden sie direkt durch Lautsprecher angesprochen, ist der Aufenthalt in den meisten Fällen schnell und kontaktlos beendet. Zäune können darüber hinaus mit Detektionssensoren ausgestattet und überwacht werden. Alarme verarbeitet die zentrale Sicherheitsmanagement-Plattform.

Eine Schutzkuppel für KRITIS

Das Dome-Security-Konzept von Securiton Deutschland legt sich digital wie eine schützende Kuppel über die Liegenschaft. Ergänzend zur Bodensicherung kann auch eine Überwachung des bodennahen Luftraums sinnvoll sein. Die Technik kann feindliche Drohnen erkennen, abwehren oder wahlweise übernehmen und kontrolliert landen lassen. Die Detektion liefert Daten zu den Positionen von Pilot und Drohne, zu ihrer Flugbahn und Flughöhe – sogar den Modelltyp erkennt sie.

Risiken bewerten Standards festlegen

Risiken und Wahrscheinlichkeiten müssen zunächst bewertet, Schutzziele bestimmt und präventive Maßnahmen definiert werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist für jeden Anwendungsfall ratsam. Betreiber müssen ihre Investitionen sorgsam planen – in Bezug auf Planungs-, Personal- und Kapitalressourcen. Das Dachgesetz sieht wenigstens eine Bewertung von Risiken, die Definition von Mindeststandards und ein zentrales Störungsmonitoring vor. Gefahrenabwehrsysteme von Securiton Deutschland sind modular aufgebaut und können jederzeit auch erweitert werden. Der Sicherheitsexperte betreut bundesweit den gesamten Errichtungsprozess von der Beratung bis zur Wartung.

Über Securiton Deutschland

Securiton Deutschland mit Hauptsitz in Achern ist führender Systemanbieter und Anwendungsspezialist von Alarm- und Sicherheitssystemen mit einer Firmengeschichte von 45 Jahren. Die Experten sind spezialisiert auf elektronische Sicherheitslösungen „Made in Germany".

Die Lösungsvielfalt und das Applikations-Know-how an integrativen Gesamtsystemen für den Brandschutz sowie den Objekt- und Perimeterschutz zur Luft- und Bodensicherung reicht von vernetzten Brand- und Sonderbrandmeldesystemen zur Brandfrühesterkennung über intelligente Videosicherheitssysteme mit modularen Videoanalysen, hochmodernen Drohnensicherheitssystemen zur zuverlässigen Detektion und kontrollierten Übernahme, Gefahren- und Einbruchmeldesysteme, Zaundetektionslösungen und Zutrittskontrolle bis hin zu Sicherheitsmanagementsystemen. Securiton schützt Leben und Sachwerte – in allen Anwendungsumfeldern. ❐

Katastrophenschutztage in Schweinfurt

Beutlhauser liefert Know-how und Technik für den Ernstfall

Schweinfurt. Katastrophen kündigen sich in der Regel nicht an. Sie kommen unerwartet und zwingen Hilfsorganisationen, Behörden und Kommunen zum sofortigen Handeln. Wie gelingt es, die Stromversorgung für die kritische Infrastruktur aufrechtzuerhalten? Welche Maßnahmen stellen den Schutz der Bevölkerung sicher? Wie lässt sich eine kontinuierliche Versorgung mit Frischwasser gewährleisten? Fehlen im Ernstfall die Antworten auf diese drängenden Fragen, geht wertvolle Zeit verloren. „Deshalb ist Prävention im Katastrophenschutz das Mittel der Wahl", sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter des Geschäftsbereichs Baugeräte bei Beutlhauser in Schweinfurt. Er war es auch, der die ersten Katastrophenschutztage von Beutlhauser initiiert hatte.

Im Februar waren Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen in die Schweinfurter Beutlhauser-Niederlassung eingeladen, um sich einen umfassenden Überblick über das Thema zu verschaffen. „Wir möchten für den Katastrophenschutz sensibilisieren und vor allem eine einheitliche Informationsbasis schaffen, welche technischen Produkte für die Schadensabwehr benötigt werden", so Westermann.

Verpflichtung ohne exakte Vorgaben

Katastrophenschutz ist kein neues Thema. In den letzten Jahrzehnten war es allerdings in den Hintergrund gerückt. Diverse Großschadensereignisse in der jüngeren Vergangenheit, darunter insbesondere das verheerende Hochwasser im Ahrtal im Sommer 2021, sorgten schließlich dafür, dass Katastrophenschutz auf der Prioritätenliste wieder nach oben gerückt ist. „Plötzlich wurde hinterfragt, ob Hilfsorganisationen und Kommunen mit der passenden Ausrüstung ausgestattet sind", berichtete Westermann. Zwar gilt nahezu bundesweit ein System, wonach Gemeinden und Kommunen verpflichtet sind, im Katastrophenfall für Bürger Katastrophenschutz-Leuchttürme bereitstellen zu müssen. Das sind zentrale, notstromversorgte Gebäude, die Hilfesuchenden als Orientierungspunkte und Anlaufstellen bei einem Stromausfall dienen.

Das Problem: Sämtliche Vorgaben zum Katastrophenschutz werden derzeit nicht mit exakten Anforderungsprofilen an die technische Ausrüstung untermauert. Für Verantwortungsträger ist es schwierig, eine gut informierte Entscheidung zu treffen. Hier setzt Beutlhauser an: mit Know-how und der passenden Technik. „Wir wollen zeigen, was machbar ist, wenn man querdenkt und Baustellentechnologie mit Sicherheitstechnologie vereint. Die benötigten Gerätschaften liefern wir aus einer Hand."

Notstrom, Frischwasser und Notunterkünfte

In Theorie und Praxis wurden die wichtigsten Themen beleuchtet. Beispielsweise teilten Markus Ullrich, Brandinspektor beim Landratsamt Bad Kissingen, und Christian Müller, Geschäftsführer der Ingenieurgesellschaft IDEAS, in Fachvorträgen ihr Wissen zur sicheren Notstromversorgung. Die Botschaft: Ein Stromgenerator allein tut es nicht. Um Sach- und Personenschäden durch Überspannung zu vermeiden, ist die Ermittlung des richtigen Aggregats mithilfe von Messtechnik essenziell.

Das breite Portfolio an Stromerzeugern und Pumpen, die bei einer Katastrophe wie einem Hochwasser benötigt werden, präsentierte ein Team von Atlas Copco – in Fachvorträgen, aber auch bei Live-Vorführungen. Zur Ausstellung zählte zudem ein Lagercontainer mit 20 Fuß, in dem sich ein Edelstahlfrischwassertank befand. „In den Behälter kann man frisches Wasser einlaufen lassen und den Container dann ins Katastrophengebiet fahren. Über eine spezielle Filter- und Regeltechnik lässt sich vor Ort die Frischwasserversorgung sicherstellen", erklärte Alexander Westermann.

Container kommen auch zum Einsatz, wenn kurzfristig Notunterkünfte, Sanitär- und Sanitätscontainer oder weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt werden. „In Ahrweiler haben wir in nur sechs Wochen sogar eine ganze Schule aus Containern aufgebaut."

Proaktive Vorbereitung ermöglicht

Darüber hinaus präsentierte Beutlhauser in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern viele weitere Gerätschaften, die im Katastrophenschutz eine tragende Rolle spielen – von Rescue-Sägen über diverse Leuchtmittel und Trockentechnik bis hin zu mobilen Schutzwänden aus Kunststoff, die als Hochwasserschutz, Löschbecken oder zur Wasserleitführung verwendet werden können. „Wir können Katastrophen nicht abwehren. Aber wir können die entsprechende Technik liefern, damit Feuerwehren, Gemeinden, Kommunen und grundsätzlich öffentliche Einrichtungen fortlaufend an der Grundversorgung teilnehmen können", stellte Alexander Westermann den Auftrag von Beutlhauser heraus. In Kombination mit dem gelieferten Hintergrundwissen ist bei den Besuchern nun der Grundstein gelegt, um für den Ernstfall gut gerüstet zu sein. ❐



Zentraler Bestandteil der Katastrophenschutztage von Beutlhauser in Schweinfurt war eine Live-Vorführung mit verschiedenen Gerätschaften. Sie zeigte beispielsweise, wie es bei einem Stromausfall in der Nacht möglich ist, dass die Lichtquellen weiter zur Verfügung stehen. Bild: Beutlhauser

Sicher feiern in Bayern

Mehr Sicherheit für Mädchen und Frauen auf Veranstaltungen

Großveranstaltungen, Festivals, Sportevents, Volksfeste und Konzerte werden jährlich in Bayern von Millionen Menschen besucht, auch von vielen Frauen. Obwohl es verbindliche Sicherheitskonzepte für solche Veranstaltungen gibt, erleben viele Frauen dort Belästigungen und Übergriffe bis hin zu Straftaten. Die vorhandenen Sicherheitskonzepte enthalten keine verpflichtenden Regelungen und Maßnahmen für die Sicherheit von Frauen.

Konsum von Alkohol und Drogen ist kein Freibrief für übergriffiges Verhalten. Die Zahl der Übergriffe, zum Beispiel auf dem Oktoberfest, ist erschreckend hoch, wie die Aktion „Sichere Wiesn" (https://sicherewiesn.de/wordpress/jahreskurzbericht) belegt. Entsprechend hoch ist die Dunkelziffer bei Gewaltdelikten gegen Frauen auf solchen Veranstaltungen. Viele der größeren Veranstaltungen treffen bislang keine Vorkehrungen zur Sicherheit von Frauen.

Bayerischer Landesfrauenrat fordert:

- **Aufklärung und Prävention:** Durchführung von Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit den Veranstaltern, um mehr Bewusstsein für das Problem zu schaffen (Plakat-Aktionen im öffentlichen Raum, Hinweise auf Hilfsangebote und Notrufnummern in Sanitäreinrichtungen und im öffentlichen Raum, „Postkarten" zum Mitnehmen in Schulen, Lokalen, Clubs, etc.).
- **Sicherheitskonzepte:** Erarbeitung eines verbindlichen modularen Sicherheitskonzeptes für verschiedene Veranstaltungstypen in Anlehnung an die Konzepte der ‚Sichere Wiesn', wie z.B. Einsatz von geschultem Fachpersonal / Awareness-Teams, Einrichtung von Sicherheitsbereichen für Frauen (Safe Spaces), Zusammenarbeit mit der Polizei; Aufklärung, Nachsorge, etc.), App „SafeNow".
- **Schulung von Personal:** Verpflichtung der Betreiber von Veranstaltungen (Diskos, Clubs, Konzerte, etc.), ihr Personal (Service- und Sicherheitspersonal) speziell für die Gefahren und die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen zu sensibilisieren und für sofortige, erste Interventionen zu schulen.
- **Großveranstaltungen:** Verbindliche Verpflichtung der Organisatoren von Großveranstaltungen, das erarbeitete Sicherheitskonzept umzusetzen und die entsprechende Infrastruktur für die speziellen Sicherheitsvorkehrungen für Frauen auf allen Großveranstaltungen bereitzustellen.

Der Bayerische Landesfrauenrat fordert alle politischen Akteure auf, die geforderten Maßnahmen ernsthaft zu prüfen und zügig umzusetzen, um die Sicherheit von Mädchen und Frauen auf Veranstaltungen zu verbessern, zum Beispiel in Form einer Verfahrensanweisung der Bayerischen Staatsregierung zur Sicherheit von Mädchen und Frauen bei Großveranstaltungen. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding. Bei uns leben rund 3.300 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Am 01.05.2002 habe ich mein Amt zum Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding angetreten. Dieses Amt habe ich anfangs 12 Jahre ehrenamtlich ausgeführt, seit 2014 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ich war vorher 25 Jahre lang Sozialversicherungsfachangestellter bei der AOK Bayern. Seit der hauptberuflichen BGM-Tätigkeit übe ich meinen ursprünglichen Beruf nicht mehr aus.

Ewald Seifert

Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich wollte, dass in bestimmten Bereichen (Schuldenabbau, Bauplätze für junge Familien, Ansiedlungen) etwas vorwärts geht und zeigen, dass es tatsächlich auch geht, wenn man es richtig anpackt.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich habe mich nicht speziell darauf vorbereitet. Vor meinem Amtsantritt war ich bereits sechs Jahre im Gemeinderat und im Kreistag tätig. Ich habe daher die Probleme schon gekannt, die auf mich zukamen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Gemeinde hatte keine finanziellen Spielräume. Es gab keine Ansiedlungsflächen für Betriebe und somit dementsprechend auch nur sehr geringe Gewerbesteuereinnahmen. Außerdem wanderten sehr viele junge Oberschneidinger ab, weil in ihrer Heimatgemeinde keine Bauplätze zu erwerben waren.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Grundsätzlich sicher die gleichen, wie in allen Gemeinden. Besonders Sorgen macht mir die zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger vom politischen Geschehen. Das betrifft uns ja nicht nur in Berlin, sondern auch in den Gemeinden.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Ich versuche immer wieder unserer Bürgerschaft klarzumachen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, die es gibt, dass sie aber nicht kostenlos zu haben ist. Der Preis dafür ist regelmäßiges Interesse.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Wenn Ihr etwas für Eure Gemeinde tun wollt, nur zu. Es macht Spaß, etwas zu bewegen. Aber achtet immer auf Eure Unabhängigkeit. Politik sollte nie zum „Job" werden.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Wir informieren breit gefächert auf allen Kanälen. Wir verfügen über eine Gemeinde-App, haben eine Homepage und Social-Media-Kanäle. Es gibt dreimal jährlich ein Gemeindeblatt, mindestens einmal jährlich eine Bürgerversammlung, Informationsvideos über Gemeinderatssitzungen und Berichte in der aktuellen Tagespresse. Derzeit sind wir gerade dabei ein Mitarbeiterinformationssystem einzuführen, um Informationen schnellstmöglich transportieren zu können. Außerdem nehme ich mir oft und gerne auch Zeit für ein persönliches Gespräch.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Schwer zu sagen. Wir sollten sie auf alle Fälle nutzen, um Informationen an die Frau oder an den Mann zu bringen. Die Digitalisierung führt auch dazu, dass sich viele nach zwei/drei Klicks im Internet bereits als Experte fühlen. Das macht allerdings vieles nicht wirklich einfacher.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Leben und leben lassen.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als anständiger Mensch auf den man sich jederzeit verlassen konnte. ❐

Bezirk Niederbayern:

Neue Kriseninterventions-Station am Bezirksklinikum Mainkofen

Bezirkstagspräsident zeigt sich bei Besuch beeindruckt

Mainkofen. Das Bezirksklinikum Mainkofen betreibt seit Anfang Januar 2024 eine eigene Kriseninterventions-Station. Auf der Station B6/O werden Patienten in einer akuten psychischen oder psychosozialen Krise behandelt. Dazu gehören auch ersterkrankte Patienten mit langsamer Progression der Symptome sowie „erfahrene" Patienten, die die Warnsignale einer neuen Krankheitsphase erkennen. Ziel ist es, die Betroffenen frühzeitig zu stabilisieren und Strategien zu vermitteln, damit sie wieder mehr Kontrolle und Selbstwirksamkeit erleben können.

Im Februar, vier Wochen nach Eröffnung, hat Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich die Station besucht und eine Führung sowie Einblicke und erste Erfahrungen durch Ärzte, Psychologen und Pflegende erhalten. Dabei zeigte sich Dr. Heinrich beeindruckt von dem Angebot: „Man merkt, wie leidenschaftlich und tatkräftig die Belegschaft hier ihr neues Aufgabenspektrum anpackt. Das begrüße ich sehr, denn die neue Kriseninterventionsstation erfüllt eine unerlässliche Aufgabe: Menschen in psychischen Ausnahmesituationen schnell, unbürokratisch und kompetent zu helfen. Mit diesem Angebot beweist der Bezirk Niederbayern, dass er sich für eine moderne und leistungsfähige Gesundheitsversorgung in Niederbayern einsetzt."

Die Station verfügt über insgesamt 18 Betten. Die Dauer des Aufenthalts ist auf der Station B6/O grundsätzlich für alle Patienten auf zehn Tage begrenzt. Während dieser Zeit wird durch ein multiprofessionelles Team im Rahmen eines hochfrequenten Therapieprogramms intensiv an der Stabilisierung der Patienten gearbeitet. Der Wochenplan umfasst unterschiedliche ärztliche, pflegerische, psychologische und sozialpädagogische Angebote. Dazu gehören unter anderem tägliche Einzelgespräche mit Ärzten, Psychologen und Bezugspflege sowie zahlreiche Gruppenangebote. Darüber hinaus gibt es ergänzende Therapieangebote wie tägliche Bewegungstherapie (Nordic Walking), tiergestützte Therapie oder selbstverständlich auch Kunst- und Musiktherapie.



Nach dem Besuch auf der Krisen-Interventions-Station (v.li.): Agnes Kolbeck, Pflegedirektorin; Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Elisabeth Keil, Stationsleitung; Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst, Sandra Agler, stv. Stationsleitung; Xenia Kreuzer, Psychologin; Matthias Kaiser, Bereichsleitung (hinten); Dr. Sabine von Kovatsits, Oberärztin; Prof. Dr. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor; Uwe Böttcher, Krankenhausdirektor. Bild: Huber, Bezirk Niederbayern

Gemeinsame Definition von realistischen Zielen

Die Patienten erarbeiten noch am Aufnahmetag gemeinsam mit dem Bezugstherapeuten und/oder mit der Bezugspflege einen individuellen Therapieplan. Bei der gemeinsamen Definition von Zielen für den stationären Aufenthalt wird darauf geachtet, dass diese innerhalb eines Zeitraums von zehn Tagen realistisch zu erreichen oder zumindest bedeutsam anzubahnen sind. Dabei werden bis zu drei konkreten Zielen für den Aufenthalt definiert.

Im Rahmen des Entlassmanagements erfolgt eine detaillierte Überprüfung des Erreichungsgrades der definierten Therapieziele sowie eine umfassende Vorbereitung auf zukünftige Krisen. Zudem wird den Patienten ein individueller Krisenplan sowie ein zuvor angebahntes engmaschiges ambulantes Unterstützungs-Setting an die Hand gegeben.

Einen Monat nach Eröffnung der neuen Station fällt das Fazit insgesamt positiv aus. „Das Angebot wird bisher sehr gut angenommen, auch wenn wir noch nicht voll ausgelastet waren. Wir bekommen viele positive Rückmeldungen von den Patienten, wobei das dichte und abwechslungsreise Therapieangebot besonders gut bewertet wird", sagt Prof. Dr. med. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor des Bezirksklinikums.

„Neben dem Therapiekonzept ist auch eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit vorgeschalteten und nachgeschalteten Behörden, Einrichtungen, Zuweisern und Nachbehandlern unerlässlich. Dieses Netzwerk bauen wir stetig aus und davon profitieren nun unsere Patienten", ergänzt Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst.

Eigene Ressourcen bewusstmachen

„Wir haben in den ersten Wochen unter anderem junge Patienten mit Panikstörungen oder ohne Antrieb und fehlenden Lebensmut auf der Station gehabt. Dank unseres engagierten multiprofessionellen Teams und der engmaschigen Betreuung mit einem umfassenden Therapiekonzept konnten wir den Patienten eigene Ressourcen bewusstmachen und so für eine Verbesserung und Stabilisierung ihres Zustands sorgen", erklärt Oberärztin Dr. Sabine von Kovatsits. **- ca -**

Aktion Zukunft+ und VKB schließen Kooperationsvereinbarung

Versicherer wird zweiter Kooperationspartner des Klimaschutz Crowdfundings der Landkreise München und Ebersberg

Die Versicherungskammer Bayern schließt sich der Aktion Zukunft+ an und unterstützt das Klimaschutz-Crowdfunding ab sofort als Kooperationspartner. Damit gestaltet das Unternehmen den Klimaschutz in der Region aktiv mit. Auch die eigenen Emissionen wird das Unternehmen künftig über die Aktion Zukunft+ ausgleichen. Landrat Christoph Göbel, Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer, und Dr. Markus Juppe, Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, unterzeichneten Anfang März die Kooperationsvereinbarung.

Vor rund zehn Monaten startete der Landkreis München die Aktion Zukunft+ mit dem Ziel, Klimaschutzprojekte vor Ort im Landkreis München und weltweit gemeinschaftlich zu finanzieren. Nun bekommt die Crowdfunding-Aktion für den Klimaschutz, die im Januar 2024 auch auf den Landkreis Ebersberg ausgeweitet wurde, weitere Unterstützung. Mit der Versicherungskammer Bayern schließt sich ein weiteres namhaftes Unternehmen der Aktion Zukunft+ an.

Landrat Christoph Göbel empfing den neuen Kooperationspartner im Landratsamt München am Mariahilfplatz und überreichte dem Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Frank Walthes, und dem Bereichsleiter Konzernentwicklung, Dr. Markus Juppe, ein aus Moos gestaltetes „Plus"-Zeichen als Symbol der künftigen Zusammenarbeit.

Spende für lokales Humusaufbauprojekt

Die Vertreter des größten öffentlichen Versicherers überreichten dem Landrat im Gegenzug eine symbolische Startspende in Höhe von 1.000 Euro, mit der das Humusaufbauprojekt in den Landkreisen München und Ebersberg gefördert werden soll. Über dieses Projekt soll auf einer Gesamtfläche von 50 Hektar Kleegras anstelle von Mais angebaut werden. Das fördert den Humusaufbau und erhöht die CO2-Bindung im Boden aufgrund der Wurzelprozesse der Leguminosen. Durch die Spendeneinnahmen erhalten die Landwirte eine Entschädigungssumme und fördern den Klimaschutz und die Bodenqualität.

Knapp die Hälfte des Spendenbetrags fließt zudem in ein Klimaschutzprojekt in Indien. Das Projekt ermöglicht den Ausbau erneuerbarer Windenergie und ersetzt somit die Notwendigkeit von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Ab 2025 wird das Unternehmen dann seine jährlichen Restemissionen mithilfe des Erwerbs von Zukunft+ Zertifikaten ausgleichen. Erstmalig wird dies im ersten Quartal 2025 rückwirkend für das Jahr 2024 erfolgen. Bei der Ermittlung der Höhe der auszugleichenden Emissionen wird der Versicherer von der Projektpartnerin Energieagentur Ebersberg-München beraten.

Der CO2-Ausgleich ist Teil einer umfangreichen Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer. Der Konzern hat im Jahr 2022 seine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Ein Fokus liegt dabei auf der Vermeidung und Reduktion von CO2-Emissionen in allen drei Scopes des Greenhouse Gas Protocols, also sowohl von direkten als auch von indirekten Emissionen. Dies wird durch entsprechende wirksame Maßnahmen im Betrieb umgesetzt.

Informationen zur Aktion Zukunft+

Künftig wird in allen Geschäftsstellen der Versicherungskammer Bayern Informationsmaterial zur Aktion Zukunft+ und zum Erwerb der Zukunft+ Zertifikate zu finden sein. Kundinnen und Kunden des Unternehmens können sich vor Ort oder im Online-Auftritt und den verschiedenen Kommunikationskanälen näher über das Förderprogramm informieren.



Die VKB ist neuer Kooperationspartner der Aktion Zukunft+. Anfang März unterzeichneten Landrat Christoph Göbel, Prof. Frank Walthes (r.), Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, und Dr. Markus Juppe (l.), Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, die Kooperationsvereinbarung. Bild: LRA München

„Ich freue mich sehr, dass mit der Versicherungskammer Bayern nun ein weiteres namhaftes Wirtschaftsunternehmen mit unserer Aktion Zukunft+ kooperiert. Wir haben mit dem Zukunft+ Zertifikat ein attraktives und wirksames Instrument geschaffen, mit dem wir sowohl lokale Klimaschutzprojekte hier vor Ort in unserer Region fördern als auch weltweit durch die Stilllegung von CO2 Zertifikaten am freiwilligen Markt etwas zum Klimaschutz beitragen. Der Landkreis München ist – wie die gesamte Metropolregion München – eine prosperierende Wirtschaftsregion. Davon profitieren wir, aber es bringt auch Pflichten mit sich. Wir brauchen Unternehmen und weitere Partner, die ebenfalls bereit sind, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und dem Klimawandel mehr als nur ein Signal entgegenzusetzen", so Landrat Christoph Göbel.

Prof. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, betont: „Das Angebot der Aktion Zukunft+ ergänzt unsere Aktivitäten und Vorhaben in idealer Weise. Dies besonders vor dem Hintergrund, als hier für konkrete Projekte in unserer Region Verantwortung übernommen wird". ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Oberbürgermeister Andreas Starke enthüllen den Gedenkstein am Schillerplatz. Bild:Stadtarchiv Bamberg, Melina S. Knobloch

„Orte der Demokratie“:

Landtagspräsidentin hebt Bambergs historische Bedeutung hervor

Eine Ausstellung des Bayerischen Landtags im Stadtarchiv würdigt Bamberg als zentralen Ort für die demokratische Verfassung

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat die Wanderausstellung „Orte der Demokratie in Bayern“ im Stadtarchiv Bamberg eröffnet. Die Ausstellung des Bayerischen Landtags beleuchtet insgesamt 13 ausgewählte Orte im ganzen Freistaat und würdigt ihre wichtigen Beiträge zur Entwicklung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Aigner unterstrich in ihrer Rede die besondere Rolle der Stadt: „In Bamberg steht die Wiege der bayerischen Demokratie, denn die erste demokratische Verfassung wurde hier aus der Taufe gehoben. Im Spiegelsaal der Bamberger Harmonie fanden 1919 die Beratungen des Landtags und die Abstimmung über die erste wirklich demokratische Verfassung Bayerns statt. Bamberg ist daher nicht nur ein Ort der Demokratie – Bamberg ist eine Keimzelle der Demokratie!“

Einen Bogen zur aktuellen Lage schlug Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp in seiner Rede bei der Ausstellungseröffnung. „Demokratie muss nicht nur gelebt werden, sie muss auch verteidigt werden. Deshalb freue ich mich sehr, dass so viele Menschen in unserem Land – auch hier in Bamberg – seit Monaten ein klares Zeichen setzen und für unsere Demokratie eintreten“, betonte Glüsenkamp vor den geladenen Gästen aus dem Landtag und dem Bamberger Stadtrat. Er dankte auch Stadtarchivleiter Horst Gehringer für die Organisation und sprach die Hoffnung aus, dass die Ausstellung auch Anlass ist, um darüber nachzudenken, „was eine Demokratie ausmacht und wie Demokraten untereinander umgehen sollten“.

Sichtbare Demokratiegeschichte

Oberbürgermeister Andreas Starke hatte vor der Eröffnung der Ausstellung gemeinsam mit der Landtagspräsidentin das Gedenkobjekt am Schillerplatz enthüllt, mit dem der Landtag wichtige Orte sichtbar machen will, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde. Die Stele mit dem goldenen Würfel am Schillerplatz, angelehnt an den Verfassungswürfel und die Verfassung von 1818, erinnert zusammen mit der Gedenktafel am Harmonie-Gebäude an das Jahr 1919, als in den Harmonie-Sälen die erste demokratische Verfassung des Freistaats Bayern erarbeitet und verabschiedet wurde. „Zum ersten Mal in seiner Geschichte erhielt Bayern eine parlamentarisch demokratische Verfassung, die von einem aus allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landtag beschlossen wurde“, so OB Starke. Erstmals betraten hier auch acht Frauen als Abgeordnete den Plenarsaal und konnten so an der demokratischen Willensbildung in der Harmonie teilhaben. Die Harmonie-Säle stellten den Rahmen für die zahlreichen Sitzungen des Landtags während seiner Anwesenheit in Bamberg dar.

Schon lange bevor Bayern ein Freistaat wurde, begann vielerorts ein Ringen um politische Teilhabe und Selbstbestimmung. Von Bauernaufständen im frühen 16. Jahrhundert über die großen Revolutionen bis hin zu zivilgesellschaftlichem Engagement der jüngeren Vergangenheit – in ganz Bayern gab es über die Jahrhunderte hinweg bedeutende Entwicklungsschritte unserer Demokratie.

Die Aussstellung des Bayerischen Landtags lädt ein zur gedanklichen Reise an die historischen Schauplätze, fragt aber auch nach der heutigen Bedeutung der Orte. Zahlreiche Bilder, Quellentexte und nicht zuletzt das Darstellungselement mit Graphic Novel lassen diesen Streifzug lebendig werden: Zeitlich und räumlich weit auseinanderliegende Ereignisse sind in einer gemeinsamen Erzählung verbunden. Ergänzt durch historische Exponate werden zentrale Ereignisse und Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte aus allen Teilen Bayerns greifbar – eine Reise auf den Spuren unseres Weges zum Freistaat. Die Ausstellung ist bis zum 14. Juni 2024 während der Öffnungszeiten des Stadtarchivs zu sehen. Ausstellungsführungen sind nach Terminvereinbarung (stadtarchiv@stadt.bamberg.de) möglich. ❐

Interkommunaler Ausschuss:

Vertiefung der Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Würzburg

Die Verzahnung zwischen Stadt und Landkreis Würzburg nimmt Fahrt auf. Im letzten Interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. (IKA) informierten Jacek Braminski (Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters) und Michael Dröse (Leiter der Stabsstelle des Landrats) über die bereits Ende 2023 beschlossene Erarbeitung einer Zukunftsstrategie, die neue Felder der Kooperation zwischen Stadt und Landkreis ausleuchten wird. Der offen angelegte Prozess hat bereits mit einer Bestandsaufnahme begonnen. Die „Bildungsregion“, die Öko-Modellregion und die „Smarte Region“ sind aktuell die bekanntesten Erfolgsbeispiele interkommunaler Zusammenarbeit; unter dem Label „stadt.land.wü“ könnten aber noch viele weitere Partnerschaften entstehen. Oberbürgermeister Christian Schuchardt: „Wir können uns auf zwei spannende Jahre freuen. So strukturiert haben wir unsere Zusammenarbeit, die über die Jahre immer intensiver geworden ist, noch nie bilanziert und neujustiert.“

In einem ersten IKA-Workshop im vergangenen Jahr wurden über 80 Kooperationsideen in den Handlungsfeldern „Umwelt- und Naturschutz“, „Kultur, Schule und Sport“, „Wirtschaft und Wettbewerb“, „Bau und Infrastruktur“ und „Jugend, Familie und Soziales“ zusammengetragen.

Schon diese Bandbreite zeigt: Die Analyse ist denkbar weit gefasst, „Grenzüberschreitungen“ zwischen Stadt und Landkreis sind ausdrücklich erwünscht. Nun gilt es, Struktur in diese Ideensammlung zu bringen.

Datengrundlage mit Controllingsystem

Für die weitere Analyse wird eine noch größere Datengrundlage mit Controllingsystem etabliert. Dies kann im Verwaltungsalltag nicht eben nebenbei geschehen, auch wenn bereits im Dezember im Rathaus und Landratsamt ein Strategieteam an den Start ging.

Durch eine erfolgreiche Fördermittelbeantragung beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie stehen Mittel für ein externes Beratungsbüro oder auch zahlreiche Bürgerbeteiligungsformate bereit. 90 Prozent der Gesamtkosten von rund 170.000 Euro kommen aus dem Fördertopf für Regionalentwicklung.

Pilotcharakter hat überzeugt

Landrat Thomas Eberth: „Dieser innovative Ansatz für eine interkommunale Zusammenarbeit mit Pilotcharakter hat auch das zuständige Staatsministerium überzeugt. Auch andere Regionen blicken bereits seit Jahren auf die Zusammenarbeit unserer Gebietskörperschaften und werden unseren Prozess sicher genau ansehen, welche Synergien sinnvoll sind und welche praktische Umsetzung sich jeweils anbietet.“

Ziel: konkrete und priorisierte Handlungsempfehlungen

Das Beratungsbüro soll den Prozess baldmöglichst begleiten, am Ende sollen konkrete und priorisierte Handlungsempfehlungen beschlossen werden. Im weiteren Verlauf gilt es, möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden: in der Politik, in den Verwaltungen, aber natürlich primär auch in der Bürgerschaft.

Die größten Potentiale für eine Vertiefung der Zusammenarbeit werden vor allen Dingen dort gesehen, wo die Bürgerinnen und Bürger einen großen praktischen Nutzen haben. Bürgerbeteiligungsformate sind fester Bestandteil des Strategieprozesses und sind in der ganzen Region geplant. Wenn beispielsweise der Weg zum Wertstoffhof kürzer wird, weil man künftig alle Standorte in dieser Region nutzen kann. Oder der Behördengang nicht nur am Wohnort, sondern auch dort erledigt werden kann, wo der Arbeitsort liegt. ❐

GZ PINOS WELT



Es ist ja klar, dass aus Sicht einer Katze die Menschen manchmal sehr sonderbare Verhaltensweisen an den Tag legen. Ich denke da heute zum Beispiel an das Verhältnis zum Nachwuchs. Arterhaltung und Fortpflanzung ist ja im Tierreich die Triebfeder des Lebens schlechthin. Dabei gilt: Für den Wurf wird gesorgt, bis er auf eigenen Pfoten stehen kann und dann Tschüss.

Bei den Menschen habe ich das bisher immer etwas anders beobachtet. Da endet die Fürsorge nicht, wenn die Jungen auf eigenen Füßen stehen. Man besucht sie weiterhin, fragt am Telefon nach dem Befinden, macht teilweise aufwändige Geschenke zu allen möglichen Anlässen, feiert mit ihnen und betreut sogar deren Nachwuchs, wenn die Jugend mal ausgehen will. Doch diese rührende Sorge ist auf die eigenen Nachkommen beschränkt. Sobald es abstrakt um die Zukunft oder das Wohlergehen der jüngeren Generationen als solche geht, kümmert sich die Gesellschaft kein bisschen mehr.

> Der Jugend eine Lobby!

Beispiel BAföG-Reform. Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten soll sicherstellen, dass junge Menschen sich unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern die Zeit für eine hochwertige Ausbildung nehmen können. OK, eine gute Ausbildung ist wichtig für einen selbst, aber die heutigen Schüler und Studenten halten später einmal als Techniker, Ingenieure oder Ärzte die Gesellschaft am Laufen. Seit Jahren ist unbestritten, dass die BAföG-Sätze zum Leben – vor allem in teuren Städten – viel zu gering sind. Werden sie also demnächst erhöht, sagen wir um 12 Prozent wie das Bürgergeld? Nein. Zwar bekommen zukünftig Studienanfänger ein Startgeld von 1.000 Euro, aber das mutet eher wie eine Maßnahme an, die dafür sorgen soll, dass ein paar Millionen Steuergelder sinnlos unters Volk gebracht werden. Was will man schon mit einem Tausender anfangen? Das reicht nicht mal für die Kaution für eine Bude. Fakt ist: Das Bürgergeld für Transferempfänger, also Leute, die keinen Beitrag für das Gemeinwesen leisten, steigt um 12 Prozent, der BAföG-Satz für diejenigen, die eine gute Ausbildung wollen, bleibt gleich. Generationengerecht?

Stichwort Generationenkapital: In Zukunft macht der Bund Schulden, die er dann auf dem Kapitalmarkt, zum Beispiel in Aktien, investiert und will mit den Erträgen die gesetzliche Rentenversicherung bezuschussen, damit sie zukünftig Renten in einer Höhe auszahlen kann, die angesichts der sprunghaften Zunahme der Rentenberechtigten gegenüber der sinkenden Zahl der aktiv im Erwerbsleben Stehenden utopisch hoch sind. Pferdefuß: Die Rendite aus der Aktienanlage muss zunächst mal so hoch sein, dass die Zinszahlungen abgedeckt werden. Gelingt das nicht, müssen die künftigen Steuerzahler, also die Jungen von heute, die Zinslast tragen. Sie müssten aber auch die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung tragen, hätte man das Generationenkapital nicht eingeführt. Sie sind also in jedem Fall die Gelackmeierten, weil nicht an den Leistungen für die Älteren gespart wird, sondern die Jungen belastet werden.

*Nun soll jeder und jede im Alter gut und sorgenfrei leben, gar keine Frage. Aber warum hilft man den Leuten nicht, selbst für das Alter vorzusorgen? Hört man Vertreter*innen (sic!) der Jusos oder Grünen Jugend zu, so sind Kapitaleigner Gottseibeiuns und Beelzebub in einem. Dabei könnte im Laufe eines Berufslebens angesammeltes Kapital (also richtig verdientes Geld, nicht vom Staat gepumptes) einen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter bieten. Kapital anzusammeln ist aber schwer, da die Erträge bei uns mit 25 Prozent besteuert und nur 1.000 Euro pro Jahr steuerfrei gestellt werden. Als die Sozialdemokraten noch einem Aufstiegsversprechung anhingen, haben sie in den 70er Jahren den Gedanken der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand propagiert. Etwa durch vermögenswirksame Leistungen vom Arbeitgeber, die steuerlich begünstigt oder mit staatlichen Prämien dauerhaft zur Vermögensbildung angelegt werden konnten. Wissen Sie, wieviel vermögenswirksame Leistungen ein Beamter bekommt? 6,65 Euro im Monat, also 79,80 Euro pro Jahr, was 3.192 Euro nach 40 Dienstjahren ergibt. Generationengerecht?*

Irgendwie haben die jungen Leute bei uns keine Lobby. Gilt der Satz von Salvador Dalí noch: „Das größte Übel der heutigen Jugend besteht darin, dass man nicht mehr dazugehört?“

Ihr Pino

Bayerische Wahlergebnisse

Bei der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in **Thurmansbang** (Landkreis Freyung-Grafenau) siegte **Stefan Wagner (CSU)** mit 65,3 Prozent der Stimmen. Damit tritt er die Nachfolge von Martin Behringer an, der seit November 2023 für die Freien Wähler im Landtag sitzt. Fritz Kamm (UBL) erhielt 34,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,2 Prozent.

Max Boneberger ist mit 95,7 Prozent der Stimmen zum neuen Rathauschef von **Altusried** (Landkreis Oberallgäu) gewählt worden. Der von **CSU und Freien Wählern** unterstützte 41-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Boneberger folgt auf Joachim Konrad, der für die CSU in den bayerischen Landtag gewählt worden war. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Ohne Gegenkandidaten wurde in **Untergriesbach** (Landkreis Passau) Bürgermeister **Hermann Duschl (Christliche Wählergemeinschaft CWG)** mit 95,4 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Duschl geht damit in seine vierte und letzte Wahlperiode. Wahlbeteiligung: 32,9 Prozent.

Hans Steinfelder wird neuer Rathauschef von **Weitramsdorf** (Landkreis Coburg). Mit nur fünf Stimmen setzte sich der **CSU**-Bewerber in der Stichwahl denkbar knapp gegen 2. Bürgermeister Dominic Juck (SPD) durch. Wahlbeteiligung: 55,6 Prozent.

Michael Lorenz (CSU) wird künftig die Geschicke von **Inzell** (Landkreis Traunstein) leiten. Für den langjährigen 2. und 3. Bürgermeister votierten 91 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Er war der einzige Kandidat. Wahlbeteiligung: 39,3 Prozent.

Äußerst knappes Rennen

Edwin Klostermeier (SPD) bleibt Bürgermeister der Gemeinde **Putzbrunn** (Landkreis München). In einem äußerst engen Rennen behielt der Amtsinhaber mit 52,8 Prozent der Stimmen gegen seinen einzigen Herausforderer Tobias Stokloßa (CSU), der 47,2 Prozent auf sich vereinte, die Oberhand. Wahlbeteiligung: 53,6 Prozent.

Stefan Sommer (CSU) ist der neue Rathauschef in **Waltenhofen** (Landkreis Oberallgäu). Mit 53,2 Prozent der Stimmen besiegte der langjährige Gemeinderat und 2. Bürgermeister Amtsinhaber Eckhard Harscher (Wir für Waltenhofen), der sein Amt seit 2006 innehatte und 46,8 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 56,1 Prozent.

Abwahl auch in **Lenting** (Landkreis Eichstätt): **Christian Conradt (CSU)** lag mit 82,7 Prozent deutlich vor Amtsinhaber Christian Tauer (SPD), der auf 17,3 Prozent der abgegebenen Stimmen kam und sein Amt nach zwölf Jahren abgeben muss. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,1 Prozent. **DK**

Stadt Stein:

Ehemaliges Trafohaus wird zum Artenschutzturm

Das ehemalige Trafohaus im Steiner Ortsteil Oberbüchlein lag seit Jahren brach. Nun wurde es erfolgreich zu einem Artenschutzturm umgebaut und Verantwortliche – darunter auch der Erste Bürgermeister von Stein, Kurt Krömer – trafen sich vor Ort, um das Ergebnis zu begutachten.

Hintergrund: Nachdem das Trafohaus seine Funktion verloren hatte, plante der Netzbetreiber den Rückbau und Abriss. Wolfgang Schaffrien, der Leiter des städtischen Bauamtes, erkannte das Potenzial für den Artenschutz und die Stadt Stein erwarb das Gebäude. Die Elektrik wurde im Zuge dessen entfernt. Bei einer Ortseinsicht im Jahr 2022 mit Vertretern von Bauamt, Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Fürth und vom Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V. wurde schließlich das vorhandene Aufwertungspotenzial festgestellt.

Umsetzung: Der Landschaftspflegeverband Mittelfranken plante die Realisierung des Artenschutzturms und beantragte Fördermittel. Die Maßnahme wird zu 90 Prozent vom Freistaat Bayern (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) gefördert, die Stadt Stein trägt 10 Prozent der Kosten. Die langfristige Betreuung der Kästen ist durch den LBV – Kreisgruppe Fürth geplant. Die Nistmöglichkeiten wurden rechtzeitig zur beginnenden Vogelbrutsaison 2024 vom städtischen Bauhof angebracht.

Erfolgte Aufwertungen an der Außenfassade: Mauerseglerkästen, Spaltenquartiere für Fledermäuse und Nistmöglichkeiten für Mehlschwalben, Stare und Sperlinge wurden geschaffen.

Aufwertungen im Turminneren: Ein Schleiereulen-Kasten mit eigenem Einflugloch wurde an der Ostseite angebracht, ebenso wie Spaltenquartiere für Fledermäuse in Deckennähe. Das Glasbausteinfenster an der Südseite wurde als Einflugmöglichkeit für Fledermäuse geöffnet, verdunkelt und als taubensicheres Einflugfenster gestaltet. Um Wartungs- und Kontrollarbeiten an den Kästen durchführen zu können, wurde eine weitere Ebene eingebaut.

Gemeinsame Kräfte für die Natur

Die Realisierung des Artenschutzturms ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Stein, insbesondere dem Bauhof, der Unteren Naturschutzbehörde, dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken und dem Landesbund für Vogelschutz. Schon bald wird sich zeigen, wie gut der neue Artenschutzturm angenommen wird. ❐



Vertreter des Landschaftspflegeverbandes, des LBV und städtische Mitarbeiter freuen sich mit Ersten Bürgermeister Kurt Krömer (Mitte) über die gelungene Umsetzung. Bild: Stadt Stein

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7/2024, die am 28. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen**
- **Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark**
- **Fachliteratur, Kommunale Rechtsfragen**

Stadt Bamberg:

Wichtiger Beitrag für Bildungsgerechtigkeit

vhs-Förderverein spendet der KulturTafel 4000 Euro

Studien belegen es immer wieder: Kinder von Eltern, die ein geringes Einkommen besitzen oder anderweitig aus sozial schwachen Schichten kommen, haben signifikant schlechtere Chancen auf einen positiven Bildungserfolg. Einen wichtigen Beitrag für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in der Domstadt leistet der Förderverein der Volkshochschule Bamberg Stadt. Er spendete der KulturTafel Bamberg des Diakonischen Werks Bamberg-Forchheim vhs-Gutscheine im Wert von 4.000 Euro, die alle erfolgreich vermittelt werden konnten.

„Nicht die Herkunft und der Geldbeutel einer Person sollten über ihre Zukunft entscheiden, sondern ihr Wunsch nach individueller Weiterbildung“, betonte Vorsitzende Ulrike Siebenhaar bei der Spendenübergabe. Die Gäste der KulturTafel, die sich für vhs-Angebote interessieren, konnten sich dank der Gutscheine kostenlos für Sprach- oder PC-Kurse, für Angebote der Gesundheitsbildung oder auch kreative und kulturelle Angebote anmelden.

Fred Schäfer, Leiter Soziale Dienste bei der Diakonie: „Mir ist bayernweit keine gleichartige Unterstützung einer KulturTafel bekannt, wie sie der Förderverein der Volkshochschule hier in Bamberg leistet“, bedankte er sich. „Danke, dass Sie seit Jahren ein zuverlässiger Partner für uns als Träger sind“, würdigte er das herausragende Engagement des vhs-Fördervereins.

250 Personen in fünf Jahren

„Seit 2020 haben wir der KulturTafel Gutscheine im Wert von insgesamt 10.000 Euro zur Verfügung gestellt“, rechnete die stellvertretende Vorsitzende Marion Zachert die finanzielle Unterstützung für Bildungsgerechtigkeit zusammen. In den Jahren zuvor hatte die Volkshochschule der KulturTafel bereits freie Plätze in ausgewählten Kursen für ihre Gäste angeboten, erinnerte vhs-Leiterin Dr. Anna Scherbaum. Fast 250 Menschen hätten dieses Angebot binnen fünf Jahren genutzt. Das Engagement des städtischen Bildungs- und Kulturzentrums für soziale und kulturelle Teilhabe erklärt Dr. Scherbaum so: „Wir wollen Bildung für alle anbieten und mit unseren Teilnehmenden die ganze Gesellschaft abbilden.“ Sie verwies zudem auf zahlreiche kostenlose Bildungsangebote im Programm – zu Themen wie Verbraucherschutz, Energiesparen, Mediennutzung, politische Bildung, interreligiöse Verständigung, Geschichte und Kultur.

„Für nur 25 oder 100 Euro Mitgliedsbeitrag können Privatpersonen bzw. Firmen die Bildungsarbeit der Volkshochschule im Förderverein unterstützen“, sagte Schriftführerin Andrea Grodel. Mehr Mitglieder sowie Spenden bedeuteten einen größeren finanziellen Spielraum für neue Unterstützung. Eine Beitrittserklärung gibt es auf www.vhs-bamberg.de/foerderverein. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. März 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 7

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

MP Söder beim KPV-Landesvorstand:

Argumente für eine Politik der Vernunft

Ehre, wem Ehre gebührt: Als Veranstaltung der besonderen Art dürfte die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München in bester Erinnerung bleiben: Den 60. Geburtstag des Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) am 16. März nahmen nicht nur die zahlreich erschienen Delegierten zum Anlass, sich bei ihrem Chef zu bedanken; auch Parteivorsitzender und Ministerpräsident Dr. Markus Söder ließ es sich nicht nehmen, seinen langjährigen Wegbegleiter und dessen wertvolle Arbeit für die kommunale Gemeinschaft zu würdigen. Sie sei Ausdruck einer „großen Leidenschaft für Politik", hob Söder hervor.

Weniger Positives hatte der Parteichef in seinem anschließenden Impulsvortrag zu berichten. Die wirtschaftliche Situation hierzulande sei alles andere als rosig. Unter den führenden Industrienationen im G7-Raum sei Deutschland das einzige Land, das zurückfalle. Weniger Neuaufträge und steigende Unsicherheit lösten Zurückhaltung bei den großen Unternehmen aus. Auch könne von einer Stärkung des Mittelstands keine Rede sein.

Ampel: Subventionsgelenkte Staatswirtschaft

„Die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung ist eine rein subventionsgelenkte Staatswirtschaft", machte Bayerns Ministerpräsident deutlich und warf in diesem Zusammenhang die Frage nach „Instrumentarien der Wirtschaftsförderung" auf. Vom nunmehr verabschiedeten Wachstumschancengesetz erwartet er indes keinen Wachstumsschub. Dieses Gesetz werde keine ernsthafte große Verbesserung mit sich bringen, mutmaßte Söder.

Eine große Herausforderung bleibt auch das Thema Migration. „Wir gehen hier nicht von zurückgehenden Zahlen aus", erklärte der Ministerpräsident. Die Kommunen befänden sich an der Schwelle zur Überforderung. Auf Bundesebene werde viel zu wenig getan. Die aktuelle Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten von Ländern und Kommunen entspreche nicht annähernd dem Bedarf vor Ort. Bayern allein investiere im Doppelhaushalt 2024/25 5,2 Mrd. Euro in Asyl und Zuwanderung.



V.l.: Carmen Pepiuk, Dr. Markus Söder, Stefan Rößle, Eva Weber, Josef Mederer und Hannelore Langwieser. ❐

Grundlegender Wandel

Es brauche einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Dazu zählten eine klare Integrationsgrenze und ein dauerhafter, konsequenterer Grenzschutz mit möglichen Zurückweisungen an den deutschen Grenzen auch dann, wenn Migranten an der Grenze ein Asylgesuch äußerten. Als sinnvoll erachtet Söder zudem eine Änderung des Asylgrundrechts. In der aktuel-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Offener Brief der Krankenhausgesellschaften:

Scharfe Kritik an Lauterbach

Die 16 Krankenhausgesellschaften der Länder haben Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in einem offenen Brief scharf kritisiert. In dem Schreiben werfen sie ihm vor, die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) mit der Argumentation der AfD gleichzusetzen. „Diese Entgleisung" sei der „Tiefpunkt" einer „andauernden Diffamierung der Deutschen Krankenhausgesellschaft und ihrer hochrangigen Vertreter". Auslöser ist die noch unveröffentlichte Plakatkampagne „Alarmstufe Rot" der DKG, mit der vor dem „kalten Strukturwandel" in der Krankenhauslandschaft und einem prognostizierten Krankenhaussterben gewarnt werden soll.

In ihrem Brief fordern die Unterzeichner, darunter Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Lauterbach nun auf, sich von seinem „unsäglichen Vergleich und dem Vorwurf der Hetze" zu distanzieren und mit der DKG und ihren Mitgliedsverbänden in einen „konstruktiven Dialog" einzutreten. „Ihr Versuch, durch die Gleichsetzung der Argumentation der Deutschen Krankenhausgesellschaft mit der einer in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei Ihren inhaltlichen Kritiker bei der Krankenhausreform mundtot zu machen und zu diskreditieren, ist ein Schaden für das demokratische Miteinander in Deutschland", urteilen die Verfasser.

Lobbyistenvorwurf

Seit Beginn seiner Amtszeit habe Lauterbach jedes Angebot für eine aktive Mitwirkung an der geplanten Krankenhausreform ausgeschlagen, heißt es

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunales Benefiz-Schafkopfrennen für den guten Zweck

„A Herz hat a jeder" hieß es beim 1. Kommunalen Benefiz-Schafkopfrennen am vergangenen Samstag im Schlossgut Odelzhausen, das die Bayerische GemeindeZeitung auf Initiative des Dachauer Landrats Stefan Löwl mit veranstaltete. Schirmherren waren Landräte-Präsident Thomas Karmasin, der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und Gastgeber Löwl. Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Die kompletten Einnahmen in Höhe von 2.300 Euro gehen 1 : 1 in Hilfsprojekte. Die Hälfte des Geldes erhält das heilpädagogische Kinderheim „Die Wiege" – www.die-wiege.info. Der Rest fließt in gemeinnützige Projekte, die die ersten drei Gewinner benennen. Sieger wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röhrmoos, Arthur Stein. Unser Bild zeigt v.l.: Günther Meilhaus (2. Platz); Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags; Theresa von Hassel (GZ, beste Dame); Sieger Arthur Stein; Dachaus Landrat Stefan Löwl; Anne-Marie von Hassel (GZ); Josef Märkl (3. Platz, Gemeinderat Bergkirchen) und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: LRA Dachau

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

ORH-Jahresbericht 2024:

Tiefe Spuren im Staatshaushalt

Die aktuelle Haushaltspolitik der Staatsregierung gibt dem Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH) Anlass zur Kritik. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Milliarden-Entnahmen aus der Rücklage sowie eine unzureichende Rückzahlung von Corona-Schulden. Insgesamt bestätigt der ORH-Jahresbericht dem Freistaat für das Haushaltsjahr 2022 erneut eine solide Haushaltsführung und damit eine verantwortungsvolle Aufgabenbewältigung in Krisenzeiten.

Die bereinigten Einnahmen stiegen 2022 um 3,6 auf 74,3 Mrd. Euro (+ 5,0 Prozent). Grund hierfür waren insbesondere die höheren Steuereinnahmen. Die bereinigten Ausgaben gingen um 0,4 auf 71,5 Mrd. Euro (- 0,6 Prozent) zurück. Dies war überwiegend auf die geringeren Ausgaben beim Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuführen.

Corona-Schulden ein Dorn im Auge

Vor allem die geplante Änderung der Tilgungsregelung beim Abbau der Corona-Schulden ist dem ORH ein Dorn im Auge. Der Haushaltsgesetzgeber hatte 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie entschieden, die für den Sonderfonds Corona-Pandemie neu aufgenommenen Schulden ab 2024 in 20 gleichbleibenden Jahresraten zurückzuführen. In dem nun dem Landtag zur Beratung vorliegenden Entwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 sind 770,9 Mio. Euro weniger zur Tilgung eingeplant als ursprünglich vorgesehen. „Aus Sicht des ORH sollten die haushaltsgesetzlichen Vorgaben zur Tilgung der coronabedingten Kredite aus den Jahren 2020 bis 2023 beibehalten und diese Schulden ab dem Jahr 2024 entsprechend abgebaut werden. Die Veranschlagung der fehlenden 770,9 Mio. Euro in einer Rücklage ‚Konjunkturvorsorge' ist im Ergebnis zu unverbindlich", erklärte Präsidentin Heidrun Piwernetz.

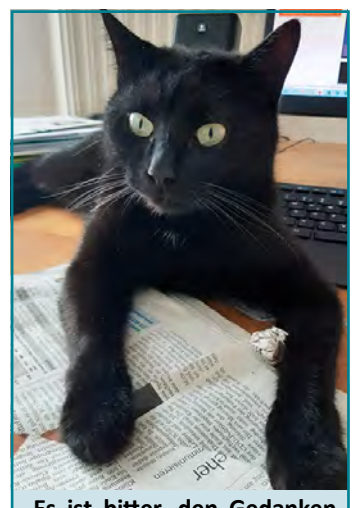
Verbesserungspotenziale

Verbesserungspotenzial sehen die Kassenprüfer auch bei der Einnahmenerzielung: So haben sie etwa bei der Besteuerung professioneller Social-Media-Akteure (sog. Influencer) erhebliche Ermittlungs- und Vollzugsdefizite festgestellt. Den Finanzämtern fehlten oft wichtige Daten zur Besteuerung von Influencern. Die Steuerverwaltung sollte alle Ermittlungsmöglichkeiten wie z. B. Auskunftsersuchen an Social-Media-Plattformen ausschöpfen.

Steuerausfallrisiko bei Kryptowährungen

Massive Defizite stellt der Bayerische Oberste Rechnungshof auch bei der Besteuerung von Gewinnen aus dem Handel mit Kryptowährungen fest und schätzt das Steuerausfallrisiko für Bayern vorsichtig auf jährlich 150 Mio. Euro. Jedes Jahr würden Kryptowährungen im Wert von mehreren Mrd. Euro in Deutschland gehandelt. Nur ein minimaler Anteil der daraus entstandenen Gewinne werde

(Fortsetzung auf Seite 2)



„Es ist bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr ganz weit hinten im Bewusstsein abzulegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen", sagt Pino, „aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden." S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern bleibt sicheres Bundesland 2
13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern 2
KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen 3
GZ-Kolumne Eva Weber:
Vesperkirche: Alle an einem Tisch! 3
Aigner: Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag 3
Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen . . 4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . 5 - 9
Kommunale Energiethemen 10
Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 11 - 12
Kommunaltechnik • Wald • Stadtgrün 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Trotz Anstieg der Kriminalitätsbelastung:

Bayern bleibt sicheres Bundesland

Licht und Schatten hielten sich bei der Vorstellung der bayerischen Kriminalstatistik 2023 die Waage. Einerseits, so Innenminister Joachim Herrmann, sei die Kriminalitätsbelastung im Freistaat im vergangenen Jahr mit 4.361 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt) im Vergleich zu 2022 um 2,4 Prozent gestiegen. Andererseits sei es der Bayerischen Polizei gelungen, mit 65,2 Prozent mehr Straftaten polizeilich aufzuklären.

„Mit dem Anstieg der Kriminalität werden wir uns nicht abfinden, auch wenn das ein bundesweiter Trend ist, für den besonders Ausländer und Zuwanderer verantwortlich sind", betonte der Minister. „Wir haben das Landeskriminalamt und unsere Polizeipräsidien beauftragt, die Kriminalitätsentwicklungen genauestens zu analysieren, um gegebenenfalls Einsatzkonzepte und Polizeipräsenz anzupassen."

Mehr Diebstahlsdelikte

Herrmann zufolge ist der Anstieg der Gesamtkriminalität insbesondere auf den Bereich der Diebstahlsdelikte zurückzuführen (152.495 Fälle, +10,5 Prozent). Die Diebstähle machen 23,4 Prozent aller im Freistaat registrierten Straftaten aus. Einen erheblichen Anstieg gab es im Bereich der Ladendiebstähle (42.449 Fälle, +19,5 Prozent). Beim Wohnungseinbruchdiebstahl relativiert sich der enorme Rückgang während der Corona-Jahre jedoch wieder (3.436 Fälle, +20,8 Prozent). Die Zahl der Wohnungseinbrüche war im vergangenen Jahr aber immer noch deutlich unter dem Niveau vom Vor-Corona-Jahr 2019 (4.342 Fälle).

40 Prozent Nichtdeutsche

Mit Blick auf die Zusammensetzung der Tatverdächtigen erklärte Herrmann, dass 2023 von den insgesamt 266.390 Tatverdächtigen 39,6 Prozent Nichtdeutsche waren (2022: 36,5 Prozent). Auch Zuwanderer (Asylbewerber, Geduldete, Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtlinge, international/national Schutzberechtigte, Asylberechtigte und Personen mit dem Status ‚unerlaubt') hätten eine größere Rolle gespielt. Insgesamt wurden vergangenes Jahr 32.037 tatverdächtige Zuwanderer registriert (+20,5 Prozent). Die Zahl der tatverdächtigen Deutschen sei hingegen leicht um 1,1 Prozent zurückgegangen.

Insgesamt 6.943 Straftaten wurden in Asylbewerberunterkünften begangen (+21,9 Prozent). „Die Zahl der Straftaten in Asylunterkünften liegt aber noch deutlich unter dem Allzeithoch aus dem Jahr 2016 mit 12.300 Delikten", berichtete Herrmann. Die meisten Straftaten in Asylbewerberunterkünften waren 2023 Rohheitsdelikte (3.839 Fälle), Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt (601 Fälle) sowie Rauschgiftdelikte (563).

Rohheits-, Vermögens- und Fälschungsdelikte

Außerhalb der Unterkünfte hat die Polizei Zuwanderer als Tatverdächtige häufig bei Rohheitsdelikten (8.833 Fälle), Vermögens- und Fälschungsdelikten (9.798 Fälle) sowie Ladendiebstahl (8.611 Fälle) registriert. Bei der Gewaltkriminalität stieg 2023 die Zahl der Fälle mit Zuwanderern als Tatverdächtige um 12,3 Prozent auf 3.517. Rund ein Viertel der erfassten Fälle von Gewaltkriminalität mit einem Zuwanderer als Tatverdächtigen ereigneten sich in Asylbewerberunterkünften. 49,9 Prozent der Opfer waren selbst Zuwanderer.

Großstädte über dem Landesdurchschnitt

Auffällig ist laut Herrmann, dass der Anstieg der Kriminalität in allen bayerischen Großstädten über dem Landesdurchschnitt liegt. Fast alle Großstädte im Freistaat weisen teils erhebliche Verschlechterungen der Häufigkeitszahl (Delikte je 100.000 Einwohner) auf.

Die höchsten Steigerungen weisen Fürth (+17,6 Prozent), Aschaffenburg (+16 Prozent), Regensburg (+12,5 Prozent) und Würzburg (+11,5) auf, niedrigere Augsburg (+2,8 Prozent), Nürnberg (+2,9 Prozent), Ingolstadt (+3,8 Prozent), Erlangen (+6,0 Prozent), Landshut (+6,6 Prozent) und München (+9,6).

Trotz der Steigerungsrate ist Fürth gemessen an der Häufigkeitszahl mit 4.684 Straftaten je 100.000 Einwohner noch die sicherste bayerische Großstadt, gefolgt von Erlangen (5.498) und München (5.934). Die höchste Kriminalitätsbelastung verzeichnen Regensburg (8.895), Bamberg (8.137), Würzburg (8.015) und Nürnberg (7.611).

Von den Polizeipräsidiumsbereichen melden Oberfranken (-6,2 Prozent auf 4.168 Straftaten je 100.000 Einwohner), Schwaben Süd/West (-1,6 Prozent auf 3.486), Niederbayern (-0,9 Prozent auf 3.345) und Oberbayern Nord (-0,5 Prozent auf 3.494) eine rückläufige Kriminalitätsbelastung, anders als die anderen Präsidiumsbereiche.

Belastung durch unkontrollierte Zuwanderung

„Die Kriminalstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung auch negativ auf die Sicherheitslage auswirkt", machte Herrmann deutlich. „Besonders wichtig ist, nach Verbüßen der Strafe diejenigen Ausländer möglichst unverzüglich außer Landes zu bringen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind." Leider habe die Bundesregierung trotz vollmundiger Ankündigungen noch keine spürbaren Verbesserungen bei Rückführungen erreicht.

„Zudem brauchen wir endlich einen grundlegenden Kurswechsel in der Asylpolitik und vor allem eine wirksame Eindämmung der illegalen Migration", forderte der Minister. „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an den Grenzen Deutschlands zurückzuweisen." Darüber hinaus sei ein deutlich besserer Schutz der EU-Außengrenzen überfällig. „Bis dahin müssen unsere Binnengrenzen effektiv kontrolliert werden, eine wichtige Aufgabe von Bundespolizei und Bayerischer Grenzpolizei", erklärte Herrmann. Die erheblich ausgebaute Bayerische Grenzpolizei sorge in Bayern für ein deutliches Sicherheitsplus. Bis 2028 werde sie auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. „Wir werden nicht nur illegale Migration und Schleuser, sondern die gesamte grenzüberschreitende Kriminalität intensiver bekämpfen", kündigte der Minister an.

Als einen weiteren Schwerpunkt der Polizeiarbeit 2024 definierte Herrmann die konsequente Bekämpfung des Wohnungseinbruchs und vor allem von professionellen internationalen Einbrecherbanden: „Unsere intensiven Schleierfahndungskontrollen sind hier eine wirksame Fahndungsmaßnahme." Überdies werde die Polizei verstärkt in Wohngebieten unterwegs sein. „Auch bei der Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum setzen wir einen klaren Schwerpunkt", informierte der Innenminister. Dazu zählten mehr Polizeipräsenz, an geeigneten Örtlichkeiten auch mit Polizeireitern und Fahrradstreifen, und der verstärkte Einsatz von Videoüberwachungssystemen an Kriminalitätsbrennpunkten.

Hochmoderne Ausstattung und kontinuierliche Personalverstärkung

Neben einer hochmodernen Ausstattung und innovativen Technik gehöre zur weiteren Verstärkung der bayerischen Polizei ganz besonders die kontinuierliche Personalverstärkung. „Wir haben die Bayerische Polizei von 2008 bis 2023 mit insgesamt 8.000 zusätzlichen Stellen verstärkt, das ist deutschlandweit einmalig", unterstrich Herrmann. Der Stellenbestand soll bis 2028 um weitere 2.000 Stellen auf dann insgesamt rund 47.000 Polizeistellen ausgebaut werden.

Mit Blick auf das „Bürokratie-Ungetüm" Cannabis-Legalisierung verwies Herrmann darauf, dass die Länder die zusätzlichen Aufgaben und Aufwände werden ausbaden müssen. „Die Polizei wird nicht nur mit zusätzlichen Aufgaben wie der Überwachung von Konsumverboten belastet sein. Sie wird sich auch nach wie vor um die Bekämpfung des Schwarzmarktes und des illegalen Umgangs kümmern müssen. Ich versichere Ihnen: Wir werden die neuen Cannabis-Regelungen so streng wie möglich kontrollieren!" **DK**

13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern

Brückenbau zwischen Menschen und Traditionen

Seit 2003 stellt die UNESCO immaterielle kulturelle Ausdrucksformen in den Fokus der Öffentlichkeit. Bis heute sind 180 Staaten dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes beigetreten. Neben dem bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes gibt es in Bayern ein eigenes Landesverzeichnis, das nunmehr um 13 neue Kulturformen erweitert wird und damit insgesamt 82 Eintragungen enthält.

Neu in das bayerische Landesverzeichnis aufgenommen werden der Chinesenfasching Dietfurt, die vier Knabenchöre Bayerns in Regensburg, Augsburg, Bad Windsbach und Bad Tölz, die Fahnenstickerei, der Gelübdefeiertag St. Sebastian in Grafenwöhr, das Goldschlägerhandwerk in Schwabach, die Kreuther Leonhardifahrt, die Kronacher Schwedenprozession, das Kunigundenfest in Lauf an der Pegnitz, der Memminger Fischertag, der Schwäbischwerder Kindertag zu Donauwörth, die „Schweinfurter Schlachtschlüssel", die Studioglasbewegung Frauenau, sowie das Treideln auf dem Ludwig-Donau-Main-Kanal. „Bayerns kulturelle Vielfalt ist einzigartig – hier verschmelzen Tradition und Moderne harmonisch zu einer optimalen Einheit. Die bewusste Pflege und Wertschätzung dieser besonderen Kultur in unserer Heimat fördert das Verständnis und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gemeinschaft. Durch den Erhalt und die Weitergabe unseres Immateriellen Kulturerbes schaffen wir einen Rahmen für sozialen Austausch, geben Stabilität in herausfordernden Zeiten und bauen Brücken zwischen Menschen und Traditionen", betonte Heimatminister Albert Füracker.

Die neuen Einträge im Bayerischen Landesverzeichnis zeigten, wie sich unzählige Menschen für ihre lebendige Tradition und ihre Heimat einsetzen. „Ihnen gebührt höchster Respekt und außerordentlicher Dank für ihren Einsatz für unsere Heimat Bayern!", stellte Füracker fest. **DK**

Tiefe Spuren im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

jedoch gegenüber dem Finanzamt erklärt.

Nachholbedarf bestehe zudem bei der Digitalisierung der Verwaltung, zumal die Staatsregierung sich das Ziel gesetzt habe, die Volldigitalisierung im Jahr 2025 zu erreichen. So habe sich die Transparenz im Zuwendungswesen seit Jahrzehnten nicht wesentlich verbessert. Eine valide Übersicht zum eingesetzten Mittelvolumen bei Förderungen existiere nicht, obwohl sich nach Kenntnis des ORH die Zahl der Förderprogramme in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt hat.

Als nicht mehr zeitgemäß und zu bürokratisch wird das derzeitige papierbasierte Verfahren bei der steuerlichen Behandlung des Spendenabzugs beurteilt. Der ORH empfiehlt, die digitale Übermittlung von Zuwendungsbestätigungen schnellstmöglich umzusetzen.

Kosten je Impfung bis 317 Euro

Stichwort Kostenerstattung für Corona-Impfzentren: Während der Corona-Krise wurden überall kommunale Impfzentren aufgebaut – die Kosten beliefen sich für Bayern bis Februar 2023 auf insgesamt 1,4 Mrd. Euro. „Die Kosten je Impfung bewegten sich bei den vom ORH geprüften Impfzentren in einer Spanne von 39 bis 317 Euro", heißt es im Bericht. Man verkenne nicht die Sondersituation während der Pandemie, betont der ORH, kritisiert aber: „Durch das Fehlen einer begleitenden Kostenkontrolle wurden jedoch wesentliche Potenziale zur Kostenreduktion nicht hinreichend genutzt."

Rückforderung unberechtigter Zahlungen

170 Mio. Euro flossen im Jahr 2020 an die Universitätsklinika und das Deutsche Herzzentrum für coronabedingte Erlösausfälle, Mehrkosten und Investitionen aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Für Zahlungen in Höhe von 27,6 Mio. Euro fehlte es laut ORH aber an den nötigen Voraussetzungen oder diese wurden nicht nachgewiesen. Die Zahlungen sollten deshalb überprüft und unberechtigte Zahlungen gegebenenfalls zurückgefordert werden.

In der Corona-Pandemie hatte der Freistaat auch Hilfsprogramme für Kunst und Kultur aufgelegt. Fast 100 Mio. Euro allein an Landesmitteln gingen an Kultur-Spielstätten und -Veranstalter, Kinos, soloselbstständige Künstler und andere. Aufstellung und Steuerung der Programme sowie die nachträglichen Prüfungen weisen aus Sicht des ORH jedoch erhebliche Mängel auf. Eine Erfolgskontrolle habe nicht oder nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Die Maßnahmen sollten deshalb „im Hinblick auf künftige Krisensituationen evaluiert werden".

Haushaltsmittel möglichst effizient einsetzen

Stichwort Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer: Bayern unterstützte die Schulaufwandsträger bei der IT-Ausstattung mit einem Förderprogramm aus Landesmitteln, dem Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer. Die Förderung erfolgte unabhängig von der vorhandenen Ausstattung, deren Bestand regelmäßig an allen Schulen erhoben wird. Der ORH empfiehlt, künftig bei Förderprogrammen stärker auf ohnehin vorhandene Daten zurückzugreifen, um die Haushaltsmittel möglichst effizient einzusetzen.

Der Freistaat fördert den Bau, die Sanierung und den Betrieb von Krankenhäusern. Allerdings wurden bei der Prüfung der Verwendungsnachweise für Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von einer Milliarde Euro „erhebliche Defizite" festgestellt. Dadurch seien überhöhte Förderzahlungen und finanzielle Nachteile für den Freistaat in Kauf genommen worden.

Mangelhaftes Kostencontrolling

Bei der Verwaltung staatlicher Immobilien fehlt es nach Auffassung der Kassenprüfer nach wie vor an einem ressortübergreifenden und objektbezogenen Kostencontrolling. „Angesichts jährlicher Ausgaben für Bewirtschaftung und Instandhaltung von über einer Milliarde Euro sieht der ORH Einsparpotenziale in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr", heißt es im neuen Jahresbericht.

„Der Freistaat steht auch in Krisenzeiten für eine vorausschauende, verlässliche und solide Finanzpolitik, an der wir auch in Zukunft weiter festhalten werden", hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der ORH-Veröffentlichung hervor. Erst kürzlich sei Bayerns Finanz- und Haushaltspolitik von den beiden renommierten Ratingagenturen Moody's sowie Standard & Poor's jeweils mit einem Spitzenrating bewertet worden. Dennoch sei das Bayerische Finanzministerium stets darauf bedacht, Verwaltungshandeln in seinem Ressortbereich zu überprüfen bzw. zu optimieren, erläuterte der Minister. Die im Bericht enthaltenen Anmerkungen und Empfehlungen des ORH, unter anderem zur Besteuerung von Kryptowährungen und Influencern, würden daher ausführlich geprüft.

Füracker zufolge setzt sich die Steuerverwaltung bereits intensiv für die Sensibilisierung der Beschäftigten durch die Sondereinheit Zentrale Steueraufsicht sowie für die verbesserte steuerliche Erfassung durch die Bereitstellung spezifischer Formblätter ein. Daneben soll künftig im Rahmen von Betriebsprüfungen von Unternehmen, die mit Influencern als Werbepartner kooperieren, umfangreiches Kontrollmaterial für die Besteuerung von Influencern gewonnen werden. Die Besteuerung von Kryptowährungen sei ein aktuelles, wichtiges und länderübergreifendes Thema, dem sich auch die bayerische Finanzverwaltung angenommen hat. So sei den Finanzämtern u.a. bereits ein Analysetool zur Auswertung von Transaktionen auf der Blockchain zur Verfügung gestellt worden. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Friedberger
Gemeinde Buchhofen
am 28.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster
Gemeinde Loiching
am 8.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Tempel
Gemeinde Breitenbrunn
am 3.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Bauer
Stadt Grafing
am 1.4.

Bürgermeisterin
Regina Bruckmann
Markt Lonnerstadt
am 2.4.

Bürgermeister Thomas Kraußer
Gemeinde Leinburg
am 4.4.

Bürgermeister Stefan Breuer
Markt Oberkotzau
am 7.4.

Bürgermeister Thomas Loderer
Gemeinde Ottobrunn
am 10.4.

Bürgermeister Jakob Frank
Stadt Teuschnitz
am 13.4.

Bürgermeister Robert Putz
Gemeinde Schönau
am 16.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Berktold
Gemeinde Seeg
am 30.3.

Landrat Thomas Eichinger
Landkreis Landsberg a. Lech
am 17.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wehner
Gemeinde Sondheim/Rhön
am 16.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Siegfried Walch
Landkreis Traunstein
am 8.4.

Bürgermeister Daniel Paul
Gemeinde Weiding
am 14.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neue „Statistik kommunal 2023" für Bayern veröffentlicht

Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur bis auf Gemeindeebene verfügbar

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat die neue Ausgabe des jährlich erscheinenden Journals „Statistik kommunal 2023" für Bayern fertiggestellt.

Darin finden sich fundierte Regionalprofile für alle kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte, Landkreise und Regierungsbezirke sowie den Freistaat insgesamt. Jeweils 2 200 ausgewählte statistische Eckdaten beschreiben die Regionaleinheiten hinsichtlich Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen.

Link zu den PDF-Dateien:
www.statistik.bayern.de/produkte/statistik_kommunal ❐



V.l.: Constanze von Hassel, Vigdis Nipperdey, Lioba Schneider, Jasmin Ghubbar Mohamed und Hannelore Langwieser. ❐

KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Netzwerke nutzen, Strukturen verändern

Was wäre die Kommunalpolitik ohne starke Frauen? Bereits zum zweiten Mal organisierte die KPV am Weltfrauentag in München einen Kongress für die CSU-Kommunalpolitikerinnen. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und lockerem Austausch gab es Impulsvorträge und Diskussionen mit prominenten Gästen darüber, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können. Die Zielsetzung ist klar: Der Frauenanteil bei den nächsten Kommunalwahlen 2026 muss gesteigert werden.

Laut Carmen Pepiuk, stellvertretende KPV-Landesvorsitzende und KPV-Frauenbeauftragte, sowie Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz, sind in Bayern 10 Prozent der Bürgermeisterinnen weiblich. Von den knapp 2.000 Rathauschefs sind folglich nur 204 Frauen. Dieses „bemerkenswerte Ungleichgewicht" zeige, dass es noch Raum für Veränderungen gibt.

Vor Ort die Situation lebens- und liebenswert gestalten

Nach Pepiuks Erfahrung gibt es keine schönere Aufgabe, als vor Ort die Situation lebens- und liebenswerter zu gestalten – gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgern und Unternehmen Projekte zu finden, zu entwickeln und umzusetzen. Es erfülle sie mit Freude, Stolz, Dankbarkeit und Demut, ein abgeschlossenes Projekt präsentieren zu dürfen. Positive Erlebnisse wie diese gelte es zu vermitteln.

Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing und Sprecherin der parteiübergreifenden „ARGE Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetags, betonte: „Mehr Frauen für das spannende Feld der Kommunalpolitik zu gewinnen und damit unsere Dörfer und Städte zu gestalten – das ist und bleibt eine ganz große Aufgabe." In ihrer Funktion als ARGE-Leiterin gemeinsam mit der Bürgermeisterkollegin Susanne Hoyer aus Langenbach (Landkreis Freising) werden hauptsächlich die genannten 10 Prozent bayerischen Rathauschefinnen vernetzt.

Das Bürgermeisteramt ist kein Nebenjob

Alte wies darauf hin, dass viele Bürger hohe Ansprüche an die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit des Bürgermeisters hätten, so dass diese mitnichten eine 40 Stunden-Woche absolvierten. Das Bürgermeisteramt sei kein Nebenjob. „Problematisch ist, dass die Arbeitszeiten nicht wirklich geregelt sind und die Work/Life-Balance oftmals zu wünschen übriglässt. Hinzu kommt die häufig nicht vorhandene Wertschätzung unserer Arbeit in der Kommunalpolitik", machte das Gemeindeoberhaupt deutlich.

Warum also sollte sich nun jemand entscheiden, ein kommunales Mandat anzustreben? „Weil wir gestalten können, weil wir unser unmittelbares Lebensumfeld mitprägen können, weil wir gutes Geld verdienen, Verantwortung tragen dürfen, Chefin einer Verwaltung sind und es auch einfach Spaß macht. Und weil das ein Job ist, der davon lebt, Menschen zu helfen, täglich interessante Begegnungen zu haben und immer unter den unterschiedlichsten Leuten sein zu dürfen", erklärte Alte. Frauen müssten sich mehr trauen, besser unterstützt werden, die „gläserne Decke" und die vorhandenen männlichen Netzwerke durchdringen. Darüber hinaus dürfe der Aspekt der familiären Unterstützung nicht vernachlässigt werden.

„Vieles ist in Bewegung und erfordert Flexibilität, eine Eigenschaft, die besonders Frauen mitbringen", stellte Alte klar. Aus ihrer Sicht müssen sie an dem Thema Einstiegshürden und Versorgung stetig weiterarbeiten, damit dieser Job attraktiver wird und künftig auch bleibt. „Einmal Bürgermeisterin, immer Bürgermeisterin" gelte heute nicht mehr. Laut Bayerischem Gemeindetag steigt die Zahl der Rathauschefs, die bereits nach einer Amtsperiode wieder aufhören oder abgewählt werden.

Risiko Mandat auf Zeit

Ein Bürgermeisteramt sei zwar ein Mandat auf Zeit, aber nach sechs Jahren – aus welchem Grund auch immer – aufhören zu müssen, sei kein Spaß, weder beim beruflichen Wiedereinstieg in den alten Job, noch bei der finanziellen Vorsorge. Erst nach zehn Jahren greife der volle Versorgungsanspruch. „Als qualifizierte Frau (und als Mann) sich auf diesen Weg zu begeben, ist ein Risiko, das nicht jede eingehen will und finanziell auch nicht kann. Daran müssen wir in den kommenden Jahren weiterarbeiten", so Anzings Gemeindechefin.

Gesamtgesellschaftlich gelte es, die Wertschätzung für Mandatsträger wiederherzustellen und das Miteinander zu stärken. Der Umgangston sei rauer geworden, „auch eine Corona-Folge und eine Folge der Digitalisierung". „Beleidigungen, sexistische Anspielungen, Verleumdungen usw. gehören für einige von leider uns zum Alltag", hob Alte hervor und ergänzte: „Als kleine, aber feine Truppe, sind wir Bürgermeisterinnen keine Randgruppe, sondern die beste Option für die Zukunft unserer Städte und Dörfer. Es ist an uns, selbstbewusst und gut über diesen Traumjob, diese Aufgabe und die Gestaltungsmöglichkeiten zu sprechen. Es ist an uns, jüngeren Frauen zu erklären, warum es wichtig ist, sich für sein Lebensumfeld einzusetzen und für die Menschen, mit denen wir täglich zusammen sind."

Unter dem Motto „Frauen mit – in – für Europa" leitete GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel eine Podiumsdiskussion mit Jasmin Ghubbar (Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin Vertrieb in der DSV-Gruppe), Hannelore Langwieser (Vizebürgermeisterin von Mainburg, ehem. stellvertretende Landrätin im Kreis Kelheim, Stadt-, Kreis- und Bezirksrätin), Vigdis Nipperdey (Gemeinderätin in Icking, Bezirksvorsitzende Oberbayern Arbeitskreis Hochschule und Kultur der CSU sowie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Außenpolitik München) sowie Lioba Schneider, mehrfache Mutter und ehrenamtlich engagiert im Kinderhospiz und bei den Maltesern.

Plädoyer für Europa

Ein Plädoyer für die Europäische Union hielt zunächst Vigdis Nipperdey. In der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter werde anhand politischer Ziele und Maßnahmen dargelegt, wie bis 2025 messbare Fortschritte auf dem Weg zu einem Europa der Gleichstellung erzielt werden können. So soll eine Europäische Union geschaffen werden, in der Frauen und Männer, Mädchen und Jungen in all ihrer Vielfalt ihr Leben frei gestalten können, die gleichen Chancen haben, gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben und diese führen können. Nipperdey zufolge sind durchaus Entwicklungen zu beobachten, die in die Zukunft weisen. In Führungspositionen zu gelangen, gehe allerdings auch immer wieder einher mit lange währenden, teils stagnierenden Prozessen, und auch Rückschlägen. „Wir müssen einfach weiterkämpfen und uns als Frauen in der EU durchsetzen. Eine EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen reicht nicht. Wir müssen auf allen Etagen weiterkämpfen", unterstrich Nipperdey.

Diskussion um die Quote

Hannelore Langwieser definiert sich in der Politik nicht als Frau. Sie sei stets strikt gegen eine Quote gewesen, weil es genauso schlechte und unqualifizierte Frauen wie Männer gebe. „Uns hat die Quote immer mehr geschadet als genützt", betonte Langwieser. „Ob Frau oder Mann: Wir sollten darüber gar nicht so viel reden. Wenn jemand qualifiziert ist, soll er den Job haben. Letztlich seien es doch die zu wenigen Netzwerke, die Frauen daran hindern, voranzukommen. „Wir sollten viel ehrlicher miteinander umgehen und offensiv bekunden, den Job zu wollen. Immer jammern und von Benachteiligung sprechen, bringt uns nicht weiter. Das muss man allerdings lernen", bekannte die Kommunalpolitikerin.

Wie Jasmin Ghubbar darlegte, gebe es in der S-Finanzgruppe ein starkes Frauennetzwerk, das bundesweit agiere und sich häufig fachlich austausche. „Das gibt uns viel Unterstützung und Stabilität untereinander." Geschlossenheit spiele ebenso eine große Rolle. Vor allem habe man sich der Nachwuchsförderung verschrieben.

Etappenziele im Netzwerk

Das Netzwerk definiere klare Etappenziele bis zur Präsidialebene, die nun auch in die Geschäftsstrategie verankert würden. Ziel des Fünf-Jahres-Plans sei es, Frauen in Vorstandspositionen zu bringen, u. a. durch die Installierung eines offiziellen Stellvertreters. Voraussetzung dafür sei bereits eine Quote in den Gremienbesetzungen. „Im Grunde muss alles messbar sein, auch im Sinne der zu erreichenden SDG-Sustainable Development Goals, deshalb ist eine wie auch immer genannte Quote durchaus eine gerechtfertigte Messgröße", erläuterte Ghubbar. Darüber hinaus stünden Lobbyarbeit und Mentoringprogramme über alle Regionalverbände hinweg im Fokus. „Wir müssen Teil des Systems sein", forderte Ghubbar. Wir verfügen zwar nicht über große Budgets, punkten aber mit viel Eigenengagement und Integration in andere Projekte."

Vollzeitmütter sind notwendig

Ganz andere Schwerpunkte setzt Lioba Schneider, repräsentiert sie doch ein sehr traditionelles, aber auch außergewöhnliches Familienbild. Der Mann verdient das Geld, sie kümmert sich um sieben Kinder. Nach ihrer Beobachtung ist es für eine Frau in Deutschland sehr schwierig, nach der Kinderzeit wieder in den Beruf einzusteigen. „In der Kinderbetreuung müsste viel mehr passieren, damit eine Frau guten Gewissens ihre Kraft woanders investiert." Vorreiter bei den Eingliederungsmaßnahmen sei Frankreich: Das Land verfüge über eine qualitativ hochwertige Betreuung, die es ermögliche, die Kinder mit einem sehr viel besseren Gefühl abzugeben. Grundsätzlich sei für ihren Lebensentwurf in der heutigen Gesellschaft zu wenig Platz, monierte Schneider. „Wir Vollzeitmütter sind notwendig, werden aber definitiv nicht wahrgenommen."

GZ **KOLUMNE**
Eva Weber



Liebe Leserinnen und Leser,

im März hatte in Augsburg die Vesperkirche ihre Türen geöffnet. Während ähnliche Projekte in anderen Städten schon seit vielen Jahren zum jährlichen Veranstaltungskalender gehören, ist es die erste ihrer Art in Augsburg – und die erste ökumenische Vesperkirche in Bayern. Wo, wenn nicht in Augsburg, in der Stadt des Religionsfriedens und der Parität, passt das besser.

Idee der Vesperkirche ist es, die Menschen an einen Tisch zu holen, einen Wohlfühlort zu schaffen, an dem alle Menschen aus Augsburg willkommen sind und sie eingeladen sind, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeden Tag gibt es für einen symbolischen Euro ein Mittagessen, es gibt Kaffee und Kuchen und Angebote wie Haarschnitte, medizinische und soziale Beratung, kulturelle Beiträge und natürlich Gottesdienste.

Alle an einem Tisch!

Dass Orte wie die Vesperkirche in unserer Gesellschaft bitter nötig sind, habe ich bei meinen Besuchen in der Vesperkirche erlebt. An den Tischen im Kirchenschiff wird sichtbar, wieviel materielle Armut, vor allem aber auch wie viel Vereinsamung in einer Großstadt wie Augsburg an der Tagesordnung ist. Aus dem ganzen Stadtgebiet kommen die Augsburgerinnen und Augsburger nach St. Paul – natürlich für ein warmes Essen für kleines Geld, aber auch, um mal rauszukommen, um mal unter Menschen zu sein und um neue Menschen kennenzulernen.

Die soziale Unwucht – sowohl materiell als auch emotional – in unseren Städten ist nichts Neues. Gerade während und nach der Corona-Pandemie konnte man überall spüren, dass das Miteinander einer Stadtgesellschaft mehr erfordert als früher. Wunschbäume an Weihnachten in Seniorenheimen, städtische Mittagstische in den Stadtteilen oder Rikschafahrten der Malteser für Seniorinnen und Senioren sind nur drei Beispiele, die sich in den letzten Jahren hier in Augsburg etabliert haben, neben all den Angeboten vom Mehrgenerationentreff bis hin zum Familienstützpunkt, die seit vielen Jahren Teil der städtischen Infrastruktur sind. Sie zeigen, dass der Bedarf für Aktivitäten gegen Einsamkeit und für den kleinen Geldbeutel groß ist.

Eine Stadtverwaltung kann das alleine nicht stemmen. Umso schöner ist es, wenn aus der Stadtgesellschaft heraus Initiativen wie die Vesperkirche entstehen, die von Ehrenamtlichen getragen werden, die mit Feuereifer dieses Projekt zum Fliegen gebracht haben. Es sind nur zwei Wochen im Jahr, aber wer weiß, was aus diesen zwei Wochen heraus sich alles entwickeln kann.

Ihre Eva Weber
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag

Landtagspräsidentin Ilse Aigner will bei parlamentarischen Sitzungen zunächst einen Ordnungsruf, bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen ein Ordnungsgeld von bis zu 2.000 Euro und als letztes Mittel den Ausschluss von der Sitzung einführen. Zudem wird die Präsidentin eine jährlich wiederkehrende, längerfristige Umfrage zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Bayern in Auftrag geben. „Unsere parlamentarische Demokratie ist wehrhaft, sie lässt sich nicht verächtlich machen und sie lässt sich von niemandem auf der Nase herumtanzen", so Aigner.

Die Fraktionen von CSU, Freien Wählern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD brachten dazu einen gemeinsamen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes ein.

Der Ton in der politischen Debatte hat sich verschärft, in der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Vielzahl an Rügen ausgesprochen. Deshalb hatte sich Landtagspräsidentin Aigner im Vorfeld für ein dreistufiges Verfahren im neuen Abgeordnetengesetz stark gemacht. Im ersten Schritt wird ein Ordnungsruf erteilt, dann bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen das Ordnungsgeld und als letztes Mittel der Ausschluss von der Sitzung angeordnet. Die Rüge wird damit abgeschafft und durch die neuen Stufen ersetzt.

Ergänzend brachten sich Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im EU-Parlament und stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, Kerstin Stuber, Direktorin Bayerischer Gemeindetag, sowie die digital zugeschalteten Martin Huber, Generalsekretär der CSU, und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner in die Diskussion ein.

„Es geht um 50 Prozent der Bevölkerung, aber um etwas zu ändern, brauchen wir die 100 Prozent. Zentrale Voraussetzung für eine zukunftsfähige und faire Gesellschaft ist die Gleichstellung/Gleichberechtigung von Frauen und Männern", resümierte Moderatorin Constanze von Hassel. Frauen sollten fordern, was ihnen zusteht. „Dies ist sehr schwierig, aber hier können wir alle helfen. Es liegt an uns, Frauen stärker sichtbar zu machen. Denn starke weibliche Vorbilder helfen Mädchen und Frauen, eigene Talente zu entdecken, ihren eigenen Fähigkeiten zu vertrauen, selbstbewusst ihre Chancen zu ergreifen, sich mutig dem Wettbewerb zu stellen, sich Ziele zu stecken und zu verwirklichen. Und zum Beispiel auch, den Mann oder Partner stärker in die Pflicht zu nehmen und die Familienarbeit gleichberechtigt aufzuteilen." **DK**

Zudem plant die Landtagspräsidentin, mit einer jährlich wiederkehrenden, längerfristigen Umfrage die Zufriedenheit mit der Demokratie im Freistaat zu erheben. Mit einem „Demokratiespiegel Bayern" möchte Aigner untersuchen lassen, wie gefestigt die Demokratie in Bayern ist. Das Ziel: „Eine Erhebung unter allen in Bayern wohnhaften Wählerinnen und Wählern, die in die Tiefe geht und nicht die klassische Sonntagsfrage stellt oder parteipolitische Zustimmungs- oder Ablehnungswerte erfasst", so Aigner. „Denn es gibt verschiedene Kräfte … die versuchen, unsere Demokratie zu schwächen. Ich möchte herausfinden, ob diesen Kräften das gelingt oder ob unsere Demokratie stark bleibt." Der erste „Demokratiespiegel Bayern" soll nach der Sommerpause präsentiert werden. ❐



Beim Geburtstagsempfang in der CSU-Landesleitung feierten KPV-Landesvorstand- und Hauptausschuss ihren Vorsitzenden. ❐

GZ-Herausgeber Stefan Rößle zum 60. Geburtstag:

Grandioses Engagement einer starken Führungspersönlichkeit

Bei einer Feierstunde in der Aula des Donauwörther Gymnasiums, an der über 200 Gäste aus Politik, Kirchen, Wirtschaft und der Landkreisverwaltung teilnahmen, würdigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in seiner Laudatio Rößles Verdienste um den Landkreis, die Kommunalpolitik und den Dienst an seinen Mitbürgern. Landrat Rößle stehe für eine erfolgreiche und bürgernahe Kommunalpolitik, seine Expertise und seine Erfahrung seien über die Grenzen Schwabens und des Freistaats hinaus gefragt. „Mit unglaublich großem Engagement und großer Hingabe machst Du Dich für die Umsetzung Deiner kommunalpolitischen Ziele stark", unterstrich der Kommunalminister.

Herrmann blickte auf die politische Karriere des Jubilars zurück, die ihn über die Polizeilaufbahn zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oberndorf am Lech (1996-2002) und schließlich zum Landrat von Donau-Ries (seit 2002) führte. Nicht zu vergessen Rößles langjährige Mitgliedschaft im CSU-Parteivorstand. Der Minister lobte das große und leidenschaftliche Engagement des Donau-Rieser Kreischefs: „Du bist nun seit über zwanzig Jahren nicht nur ein Landrat, sondern eine visionäre Führungskraft, die den Landkreis bedeutend weiterentwickelt hat. Du kümmerst dich um die Anliegen des Einzelnen, aber auch um die großen Fragen, die die Welt beschäftigen. Dies miteinander zu verbinden ist deine große Fähigkeit."

Wichtige Bausteine für die Zukunft

Herrmann nannte diverse zentrale Anliegen, für die sich „der vielseitig begabte und dynamische Geist" einsetze: von Investitionen in die Bildung über große Erfolge in der Pflege und Gesundheit bis hin zur Gründung gemeinsamer Kommunalunternehmen und den öffentlichen Personennahverkehr. Stefan Rößle habe wichtige Bausteine für die Zukunft des Landkreises gelegt, wie etwa den Bau eines neuen Technologietransferzentrums im Jahr 2018 in Donauwörth oder dank seines persönlichen Einsatzes das Projekt „Nationaler Geopark Ries" mit der Auszeichnung zum „UNESCO Global Geopark Ries", dem ersten in Bayern. Einer der großen Verdienste des Jubilars sei auch, dass der Landkreis Donau-Ries seit 2017 schuldenfrei ist. „In Deinem Landkreis kannst Du mit Stolz sagen: Der Nachwuchs erbt hier Chancen, keine Schulden!"

Herzensprojekt „1.000 Schulen für unsere Welt"

Zum Abschluss wendete sich Herrmann dem Herzensprojekt des Landrats, „1.000 Schulen für unsere Welt", zu. „Mittlerweile konnten hier über 240 Schulen möglich gemacht werden. So werden die Spenden zu Ehren deines Geburtstages eine Schule in Liberia ermöglichen. Das ist beeindruckend. Wir lösen die Probleme Afrikas nicht, indem wir neue Mauern errichten. Wir lösen die Probleme, indem wir Perspektiven vor Ort schaffen. Die Bildung der jungen Generation ist hier ein entscheidender Schlüssel. Vielen Dank für dieses grandiose Engagement." **DK**

Bayerischer Landkreistag und Städtetag:

Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen

Angesichts der dramatischen Lage der Krankenhäuser und der nicht vorhandenen Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft des Bundes haben sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gewandt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, erklärte, dass Länder und Bund sich so verstritten hätten, dass nichts weiterginge. Diese Blockade führe derzeit deutschlandweit zu monatlich 500 Mio. Euro Erlösausfall. Die Reform würde erst 2027 greifen. Die Krankenhausplanung müsse vorher diskutiert werden. Die Landkreise würden ansonsten Monate und Jahre verlieren, die sich in Millionendefiziten ausdrücken.

„Wir können in Bayern nicht abwarten bis der Bund alles in trockenen Tüchern hat", so Karmasin. „Wir beklagen zu Recht, dass Berlin die Planungshoheit der Länder aushöhlt. Eben diese Planungshoheit müssen wir aber auch nutzen. Wir Landkreise sind reformfähig und reformwillig. Wir brauchen aber die Moderation durch den Staat, der die ganze Kliniklandschaft des Freistaates im Blick hat. Wir brauchen die Krankenhausplanung des Freistaates, damit wir wissen, welche Krankenhäuser gebraucht werden. Dabei geht es nicht darum, dass der Freistaat die Aufgabe übernimmt, Häuser für uns zu schließen. Bayernweit muss Bedarfsgerechtigkeit hergestellt werden. Wir brauchen Kriterien, nach denen wir diese bemessen können. Die Krankenhausplanung muss neu aufgestellt werden", forderte der Fürstenfeldbrucker Landrat.

„Die Existenz vieler Krankenhäuser ist akut bedroht, weil die Defizite nicht mehr ausgeglichen werden können. Seit 2019 mussten viele kreisfreie Städte hohe Summen aufbringen, um das Eigenkapital ihrer Kliniken zu stärken. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Krankenhäuser weiter verschärft. Viele kreisfreie Städte sind kaum mehr in der Lage, weiterhin die Defizite ihres Krankenhauses finanziell zu tragen. Bei den Landkreisen wirken sich die Mehrbelastungen massiv auf die Kreisumlagen aus: Als Folge entstehen enorme Löcher auch in den Haushalten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden", hob der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, hervor.

Pannermayr zufolge ist die gefährliche finanzielle Schieflage nicht nur strukturell bedingt, sondern auch Folge der Inflation sowie höherer Kosten für Medikamente, medizinisches Material, Gerätschaften und steigender Energiepreise – dies alles kann über die Fallpauschalen nicht ausreichend refinanziert werden. Hinzu kommt die Frage des Personals. Wegen des Personalmangels müssen teilweise Stationen schließen, so dass weniger Patienten aufgenommen werden können.

„Die traurige Realität zeigt: Kommunen sind zu Ausfallbürgen geworden, die Defizite ausgleichen. Das darf nicht sein. Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Der Freistaat muss seiner Verantwortung für die Krankenhausplanung gerecht werden. Wenn nicht sofort gehandelt wird, werden einige Kliniken die Ergebnisse der geplanten Krankenhaus-Reform nicht mehr erleben", prognostizierte der Städtetagschef. **DK**

Argumente für eine ...

(Fortsetzung von Seite 1)
len Situation seien weniger Zuzugsanreize und nicht mehr das Gebot der Stunde.

Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Schleusern und Schleppern

„Wir sagen Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Geldtransfers ins Ausland und an Schleuser und Schlepper", fuhr Söder fort. Deshalb sei die Bezahlkarte nun in den vier Pilotkommunen Fürstenfeldbruck, Traunstein, Günzburg und Straubing eingeführt worden. Der bayernweite Rollout folge im zweiten Quartal.

Mit der Bezahlkarte können alle Waren des täglichen Gebrauchs wie Essen, Kleidung, Hygieneartikel und Kommunikation bezahlt werden. Bargeld gibt es nur noch als kleines Taschengeld bis 50 Euro pro Monat. Überweisungen, Online-Shopping und Glücksspiel sind komplett gesperrt. Zudem ist die Karte örtlich auf die jeweiligen Landkreise begrenzt. „Nun muss der Bund eine verlässliche Rechtsgrundlage schaffen", erklärte Söder. Eine Ausschreibung sei jedoch frühestens Ende Juni, Anfang Juli vorgesehen.

Fetter Skandal beim Transformationsfonds für Krankenhäuser

Sorge bereitet zudem die äußerst angespannte wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser in Deutschland. „Zahlreiche Standorte werden sich in Zukunft wohl nicht mehr tragen", befürchtete Söder. Gesundheitsminister Karl Lauterbach sei verantwortlich für eine „völlige Kaputtstrukturierung" und sein angekündigter Transformationsfonds in Höhe von 50 Mrd. Euro ein „fetter Skandal". Die Bundesregierung plane, ihren Anteil von 25 Mrd. Euro auf die Beitragszahler abzuwälzen. Die Länder sollen dagegen zusätzlich zur bisherigen Investitionskostenförderung ebenfalls 25 Mrd. Euro tragen, ohne bislang dazu überhaupt gefragt worden zu sein. Sinnvoll wäre aus Sicht des Ministerpräsidenten ein Inflationsausgleichsprogramm.

Wir stehen vor einem harten, kalten Entzug

Neben einer dringend benötigten Soforthilfe erwarte man von der Bundesregierung, dass sie den Ländern ausreichende Ausnahmemöglichkeiten bei der Einstufung der Leistungsgruppen einräumt. Nur so könne man den unterschiedlichen Bedürfnissen in den Ballungsräumen und auf dem Land gerecht werden.

„Wir stehen vor einem harten, kalten Entzug", unterstrich Söder. Für Landkreise bestehe eine Sondersituation, wie er am Beispiel Weilheim-Schongau erläuterte. Bei einem vom Aktionsbündnis „Pro Krankenhaus Schongau" initiierten Bürgerentscheid hatten sich über 67 Prozent der Teilnehmer gegen ein geplantes Zentralklinikum ausgesprochen. Die beiden vom Landkreis getragenen Häuser sollten nach dem Willen der Verantwortlichen geschlossen und zu einem neuen Krankenhaus fusioniert werden. Die weiteren Planungen für eine Zusammenlegung müssen nun für ein Jahr ruhen.

„Wir brauchen verlässliche Strukturen in unserem Land. Deshalb gilt es auf Bundesebene maximal zu klagen, zu streiten und zu kämpfen", forderte der Ministerpräsident und plädierte deshalb für ein „massives Krankenhaus-Bündnis mit allen Playern".

Neben dem immensen Fachkräftemangel im Bereich der Ganztagsbetreuung ging Söder schließlich noch auf das Thema Bürokratieabbau ein. Dafür sollen weniger Verwaltungsvorschriften und vor allem der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung sorgen. Er kündigte an, einen Prozess aufzusetzen, um die Verwaltung schlanker zu machen. Angesichts zunehmend knapper Kassen plant der Ministerpräsident nun einen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Zwar will er an den angekündigten zusätzlichen Stellen bei Polizei, Justiz und Lehrern festhalten, jedoch sei es möglich, in anderen Bereichen der Verwaltung langfristig auch wieder Stellen einzusparen. Bis 2035 könnten dies insgesamt bis zu 5.000 Stellen sein. **DK**

Scharfe Kritik an ...

(Fortsetzung von Seite 1)
in dem Schriftstück. „Stattdessen mussten wir uns wiederholt Ihren Lobbyistenvorwurf gefallen lassen, obwohl Sie wissen, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft der vom Gesetzgeber bestimmte Selbstverwaltungsträger für die deutschen Krankenhäuser und damit für die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist, und damit legitimer und vom Gesetz bevollmächtigter Vertreter der deutschen Krankenhäuser gegenüber der Politik." Die „mit angeblichen Fakten geführte Qualitätsdebatte" ziele darauf ab, die deutsche Krankenhauslandschaft in gute und schlechte Krankenhäuser zu spalten und die Bevölkerung mit Blick auf die Versorgungsqualität in ihrer Heimatregion zu verunsichern.

Insolvenzen und Krankenhausschließungen

Die Krankenhausversorgung in Deutschland steht mitten in einem kalten Strukturwandel. Neben den bekannten Insolvenzen und Krankenhausschließungen sind praktisch alle Krankenhausträger aktuell gezwungen, harte Kostensenkungsmaßnahmen durchzuführen, die unweigerlich auch zu einer Beeinträchtigung der Patientenversorgung führen werden. Auf diese Zusammenhänge und Ihre Verantwortung als zuständiger Minister hinzuweisen ist keine „Hetze", sondern notwendiger Ausdruck unserer tiefen Sorge um die Patientenversorgung in Deutschland. Ihre Botschaften von der Entökonomisierung, Entbürokratisierung und der Existenzsicherung bedarfsnotwendiger Krankenhäuser sind ohne Substanz. Kein Vorschlag von Ihnen erreicht diese Ziele, wie unsere Auswirkungsanalysen zu Ihren Reformansätzen zeigen.

Sie haben die Gelegenheit verpasst, als Ergänzung zum Transparenzgesetz eine Anpassung der Landesbasisfallwerte vorzunehmen und damit den kalten Strukturwandel abzumildern und dies auch ohne jede negative Konsequenz für die Beitragszahler. Die Lösung dafür steht im Koalitionsvertrag, nämlich der erhöhte Steuerzuschuss zum Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen. Sie aber unternehmen nichts in diese Richtung. Damit tragen Sie als Minister die Verantwortung für die aus dem kalten Strukturwandel resultierenden Beeinträchtigungen der Patientenversorgung in Deutschland.

Erste Schritte zu künftigen Strukturveränderungen in der bayerischen Krankenhauslandschaft im Zuge des medizinisch-pflegerischen Fortschritts und des Fachkräftemangels, die während der Corona-Pandemie zurückgestellt werden mussten, sieht Roland Engehausen, Geschäftsführer der BKG, im veröffentlichten fortgeschriebenen Bayerischen Krankenhausplan 2024. „Die Krankenhäuser in Bayern haben im letzten Jahr bereits spürbar damit begonnen, sich auf erforderliche Veränderungsprozesse einzustellen. Erste Anpassungen wurden bereits umgesetzt und sind im neuen Krankenhausplan sichtbar. Es erfolgte eine Anpassung auf neue Leistungsanforderungen etwa durch den Ausbau von Kapazitäten in der insbesondere teilstationären psychosomatischen Versorgung. In anderen Leistungsbereichen, wie der stationären Allgemeinchirurgie, gab es erste stationäre Kapazitätsrückgänge, auch weil ambulante Operationen verstärkt möglich sind. Ein Trend zu höherer Spezialisierung ist erkennbar."

Enormer Kostendruck

„Wir bewerten es positiv, dass sich die Krankenhäuser bereits auf den Weg zu einem bedarfsgerechten Strukturwandel machen und nicht auf die Krankenhausreform des Bundes warten, die ins Stocken geraten ist. Besorgniserregend ist aber, dass es bereits im letzten Jahr auch Fachabteilungs- bzw. Standortschließungen gab, die in erster Linie auf den enormen Kostendruck der Kliniken zurückzuführen sind", erläutert BKG-Vorsitzende Tamara Bischof. „Die aktuelle finanzielle Schieflage der Krankenhäuser seit 2022 führt nicht nur dazu, dass im letzten Jahr etwa 8 von 10 Krankenhäusern mit Defiziten zu kämpfen haben, sondern führt auch zu einem kalten Strukturwandel aufgrund von Rekorddefiziten."

Mit Blick auf dieses Jahr geht die BKG von größeren Veränderungen in der Krankenhauslandschaft aus. Diese Veränderungen ließen sich oftmals nicht aufhalten. Die Krankenhausreform soll nach aktuellem Stand ab 2025 in mehreren Schritten eingeführt werden und erst ab 2027 vollständig wirken. Neben dem erforderlichen Strukturwandel bezüglich des Fortschritts in der Medizin, digitaler Möglichkeiten wie Telemedizin sowie dem demographischen Wandel befürchtet die BKG allerdings, dass in den nächsten Monaten Leistungskürzungen aus Kostendruck dominieren werden.

„Während die Krankenhäuser einerseits richtigerweise hohe Tarifsteigerungen in 2024 zu finanzieren haben, läuft zeitgleich der bisherige Hilfsfonds zum Ausgleich inflationsbedingter Kostensteigerungen am 30. April völlig ersatzlos aus. Die bedrohliche Defizitsituation wird sich unter dem Strich in diesem Jahr sogar nochmals verschärfen, wodurch Einschnitte in der Versorgung kaum zu verhindern sind", erläutert Engehausen und fordert den Bund auf: „Wir benötigen eine Regelung für 2024, die sich in den Bilanzen der Krankenhäuser positiv abbildet. Mit vorgezogenen Auszahlungen bestehender Ansprüche und vagen Absichtserklärungen der Bundespolitik kann keine Insolvenz verhindert werden."

Hoffnung setzt die BKG auf die geplanten Möglichkeiten der Umwandlung von bisherigen Krankenhäusern in sogenannte ambulant-stationäre Versorgungseinrichtungen, die der Bund mit der Abkürzung „Level 1i" in seiner Reform beschreibt. Dafür würden sich aus Sicht der BKG mehrere Standorte in Bayern eignen, sofern die integrierte Notfallversorgung verlässlich geklärt ist.

Um einen transparenten Einblick in die Veränderungen der bayerischen Krankenhausversorgung zu ermöglichen, arbeitet die BKG derzeit an einer interaktiven Karte, in der Veränderungen künftig transparent abgebildet werden. Laut Tamara Bischof ist im Laufe des zweiten Quartals eine Veröffentlichung der Landkarte zum Krankenhausstrukturwandel in Bayern auf der Homepage der BKG geplant, die auch in den kommenden Jahren die Entwicklungen jeweils aktuell abbilden soll. **DK**

Spitzengespräch „Digitales Bayern 2025“:

Freistaat und Kommunen schließen Digitalpakt

Der Staat muss dringend moderner und digitaler werden. Dazu haben Freistaat, Landkreise und Kommunen einen Digitalpakt geschlossen. Ziel ist es, die Prozesse zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern zu beschleunigen und einfacher zu gestalten. Laut Ministerpräsident Dr. Markus Söder sollen rund 200 Verwaltungsleistungen, wie das Beantragen eines Personalausweises, digitalisiert werden. Dazu kündigte er bei einer Pressekonferenz eine Kommission an.

Söder zufolge erwarten alle Bürger zu Recht mehr digitale Dienstleistungen. Dazu sollen einheitliche IT-Standards geschaffen, Doppelstrukturen aufgelöst, mehr KI eingebunden und ein digitales Behördensiegel eingeführt werden. Bayern investiere zusätzlich 15,5 Mio. Euro zur Vereinheitlichung von Online-Dienstleistungen.

Dickicht staatliche Digitalisierung

Zwar steht der Freistaat laut Söder im Bundesvergleich sehr gut da, jedoch reiche dies nicht. „Wir haben in Bayern die stärkste Breitbandversorgung, die beste Schuldigitalisierung mit 80.000 digitalen Klassenzimmern und 900.000 Geräten und viele Online-Dienstleistungen der Kommunen. Aber es braucht dringend noch mehr Veränderung“, mahnte der Ministerpräsident an. „Wir müssen bei der staatlichen Digitalisierung neu durchstarten und eine klare Linie ins Dickicht bringen. Das Spitzengespräch war dazu heute ein sehr guter partnerschaftlicher Auftakt.“

„Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Services besser vernetzen, umfangreiche Erfahrungen bündeln und so effizienter und noch bürgerfreundlicher werden“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Besonders wichtig sei dabei das Ziel einer digitalen Dividende: Digitalisierung müsse dazu führen, Kapazitäten für neue Herausforderungen im Dienst am Bürger zu schaffen. „Dazu müssen wir gemeinsame Kompetenzen ausbauen und Parallelstrukturen weiter abbauen“, so Füracker.

Turbo für innovative Verwaltung

Digitalminister Dr. Fabian Mehring sprach von einem bundesweit einzigartigen Schulterschluss zwischen kommunaler Familie und Staatsregierung“. Man sei entschlossen, gemeinsam einen Turbo für eine echte innovative Verwaltung und für ein modernes Bayern zu zünden. Die Botschaft laute: „Wir bringen Bayern an die Spitze der digitalen Transformation.“ In diesen bewegten Zeiten sei dies nicht weniger als ein Dienst an der Demokratie, machte Mehring deutlich. Wichtig sei die positive Identifizierung des Bürgers mit dem Staat. Einen modernen Staat auf den Weg zu bringen, sei aber auch ein „knallharter Standortfaktor“. Mehring: „Der Sound der Zukunft spielt im Digitalen. Die Vision ist klar: Bayern soll Europas Heimat für High-Tech sein.“

Für die bayerischen Landkreise sind die geplante zentrale Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit und die Fachstellenbeteiligung von besonderer Bedeutung. Nach den Worten von Verbandspräsident Thomas Karmasin werde der reine digitale Datenaustausch damit der Vergangenheit angehören und durch eine durchgängig digitale Zusammenarbeit ersetzt. Damit solle auch das Nebeneinander von verschiedenen, gegebenenfalls nicht miteinander kompatiblen „Insellösungen“, beendet werden.

Beitrag des Bayerischen Innovationsrings

„Die stärkere Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame und dauerhafte Aufgabe wird unsere Verwaltungen effizienter, schneller und smarter machen. Dabei ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz für die künftige Handlungsfähigkeit der Landratsämter unverzichtbar“, unterstrich Karmasin. „Der Bayerische Innovationsring wird sich hier aktiv mit einem eigenen Projekt zur KI einbringen. Die getroffenen Vereinbarungen sind wichtig für eine zukunftsfähige und smarte Verwaltung im Dienste unserer Bürger.“

„Wir Städte sind erfreut, unsere Expertise einbringen zu dürfen“, erklärte Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny als Vertreter des Bayerischen Städtetags. Das Miteinander sei der Schlüssel zum Erfolg. „Wie wir die Daten künftig gemeinsam verwalten und nutzen, um mit der KI Mehrwerte für die Bürger und die Wirtschaft zu schaffen“, sei von enormer Wichtigkeit.

Endliche Ressourcen

Auch für die Behörden stehe das Thema Digitalisierung ganz oben auf der Agenda, seien doch die Ressourcen sowohl monetär als auch personell endlich. „Bereits heute haben wir große Probleme, entsprechende IT-Fachkräfte zu akquirieren“, erläuterte Cerny, weshalb auch hier Standardisierung und Vereinheitlichung unverzichtbar seien.

„Wir werden diesen Prozess mit großem Engagement begleiten“, unterstrich Cerny. „Der Zeitplan ist eng, aber die Bereiche Digitalisierung und Künstliche Intelligenz haben eine derart große Dynamik, dass wir hier mit großem Tempo voranschreiten müssen.“ **DK**



Über die Ergebnisse des Spitzengesprächs „Digitales Bayern 25“ informierten im Münchner Prinz-Carl-Palais (v.l.): Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Digitalminister Dr. Fabian Mehring sowie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.
Bild: Bayerischer Landkreistag

100.000 mal Daumen hoch für die digitale Verwaltung

Dank der Betriebs- und Management-Plattform für Online-Dienste FRED kann die AKDB genau nachverfolgen, wie viel einzelne digitale Anträge genutzt werden und sogar Feedback von Nutzenden einsehen. Die Zahlen sprechen Klartext: 4,7 von 5 Sternen bekommen die Online-Dienste im Durchschnitt.

Über 100.000 positive Bewertungen verzeichnet die AKDB seit Mitte 2023 von Nutzern ihrer E-Government-Dienste. Auf einer Skala von eins bis fünf Sternen betrug die durchschnittliche Bewertung der Bürger 4,7. Neben der Sternebewertung gibt es die Möglichkeit, ein Freitextfeld zu nutzen, wo Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge hinterlassen werden können. „Die Kommentare reichen vom Dank bis hin zu sehr präzisen Hinweisen und Verbesserungsmöglichkeiten“, so Volker Müller, Produktgruppenleiter Digital Factory bei der AKDB.

Nicht verwunderlich, dass die Nutzungszahlen der Online-Dienste im Bürgerservice-Portal kontinuierlich gestiegen sind: Seit Anfang 2023 verzeichnete die AKDB etwa 2 Millionen erfolgreiche Transaktionen. Inzwischen sind fast alle der gut 100 verfügbaren Online-Dienste, die die AKDB anbietet, mit einer Feedbackmöglichkeit ausgestattet. Selbst dann, wenn die Bürger einen Antrag abbrechen. Derzeit registriert die AKDB-eigene Betriebs- und Management-Plattform FRED ca. 70.000 Anträge pro Monat. Sie werden übersichtlich und tagesaktuell in einem Dashboard visualisiert. FRED steht für Framework for E-Government Deployment und ist eine Lösung, um standardisierte Online-Dienste an Kommunalverwaltungen auszuspielen.

Feedback-Funktion

Die Feedback-Funktion ist kein Selbstzweck: Sie wird genutzt, um Online-Dienste und Antragsstrecken nutzerfreundlicher zu gestalten oder Bugs zu beseitigen. „Durch das Feedback können die Bürger sich selbst am stetigen Verbesserungsprozess beteiligen“, so Müller. Das Feedback wird auch den Kommunen zur Verfügung gestellt, die die Online-Dienste bereitstellen. Seit Jahren berät sich die AKDB mit der Fakultät für Informatik und Wirtschaftsinformatik an der FH Würzburg. Die Spezialisten mit E-Commerce-Erfahrung entwickeln Wireframes und Antragsoberflächen, die den neuesten Erkenntnissen des UX/UI-Designs folgen. ❐

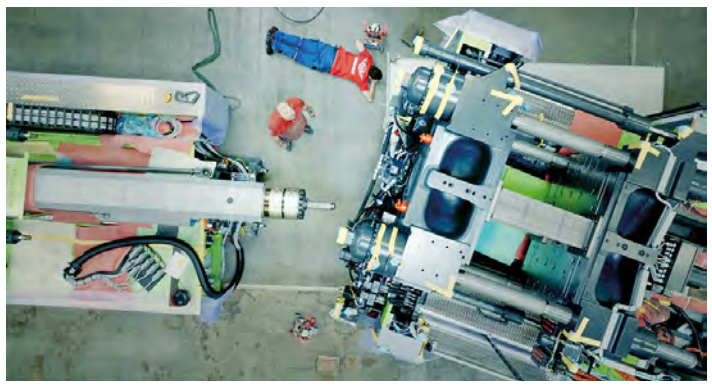


Massive Kapazitätsausweitung bei Langmatz

Beschleunigter Breitbandausbau sorgt für anhaltenden Nachfrageschub

Der Ausbau schneller Glasfasernetze hat sich in Deutschland erheblich beschleunigt. Laut Marktanalyse des Branchenverbands VATM[1] haben Telekommunikationsunternehmen im Jahr 2023 die Rekordsumme von 13,6 Mrd. Euro in den Glasfaser- und 5G-Ausbau investiert. Diese Dynamik hat bei Langmatz, Hersteller hochwertiger Infrastrukturkomponenten für FTTX-Glasfasernetze, einen enormen Nachfrageschub ausgelöst. Darauf hat der Systemspezialist jetzt mit einer massiven Ausweitung seiner Produktionskapazität reagiert.

„Um angesichts des beschleunigten Ausbaus der Breitbandnetze der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, haben wir unsere Fertigungsstraßen in Rekordzeit optimiert, damit wir unseren Kunden gleichbleibende Qualität schneller liefern können“, erläutert Leonhard Reitzner, neben Ludwig Fischer und Dieter Mitterer einer der Geschäftsführer von Langmatz und maßgeblich für den Bereich Produktion zuständig. Mit den durchgeführten Kapazitätserweiterungen geht ein enormer Leistungszuwachs einher, der sämtliche Produktionsaspekte betrifft: von Spritzgussmaschinen bis hin zu Logistikverbesserungen und Robotersystemen. Die nahtlose Integration der Neuerungen optimiert Produktivität, Effizienz, Qualität und Präzision entlang des gesamten Fertigungsprozesses.



Aus der Vogelperspektive fast wie moderne Kunst: Die Integration einer neuen Spritzgussmaschine im Langmatz Werk in Oberau ist Maßarbeit. Bild: Langmatz

Kundenzufriedenheit im Mittelpunkt

Das Investitionsvolumen der in jüngster Zeit durchgeführten strukturellen Maßnahmen beträgt rund sechs Mio. Euro. Ziel der weitreichenden Investitionen ist es, den Systemspezialisten ständig weiterzuentwickeln, Prozesse permanent zu optimieren und dadurch Lieferzeiten stetig verkürzen zu können. „Dank unserer hohen Fertigungstiefe und strategischer Lieferantenpartnerschaften sind wir für die Zukunft bestens aufgestellt“, betont Leonhard Reitzner. Dabei haben er und seine beiden Kollegen in der Geschäftsführung bei allen Maßnahmen in erster Linie die Zufriedenheit der Kunden im Blick: „Unsere Verlässlichkeit bildet die Grundlage für das Vertrauen unserer Kunden, ihre Projekte mit Zuversicht voranzutragen.“

Komplettlösungen für den Glasfaserausbau

Für den Ausbau zukunftssicherer FTTX-Glasfaser- und FTTA-5G-Netze bietet das in Garmisch-Partenkirchen ansässige Unternehmen ein durchgängiges Portfolio mit aufeinander abgestimmten Komponenten – vom Central Office bis zum Customer Premise. Dazu gehören Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler, Kabelschächte aus Kunststoff, oberirdische Glasfaser-Netzverteiler, unterirdische Verteileinrichtungen, Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte. Das international tätige Unternehmen ist einer der führenden Infrastrukturanbieter für Breitbandnetze, Energieverteilung und Verkehrstechnik in Europa.

Weitere Infos

Video-Link: „Mit Vollgas mehr Kapazität“: https://www.youtube.com/watch?v=aQMs6Z-09G8o&t=4s

[1] DIALOG CONSULT / VATM – 25. TK-Marktanalyse Deutschland 2023 (vom 29.11.2023) ❐

M-net:

Zuverlässiger Schutz vor Gefahren aus dem Netz

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und der finnische Cyber-Security-Spezialist F-Secure bündeln weiterhin ihre Kräfte für mehr Sicherheit im digitalen Leben der Verbraucher. Im Rahmen der Partnerschaft stellt M-net sein neues Sicherheitspaket vor, das auf der branchenführenden F-Secure Total Security-Lösung basiert und ab sofort erweiterte Funktionen für Identitätsschutz (Monitoring) sowie zum Schutz der Privatsphäre (VPN, Tracking-Schutz) bietet. Das M-net Sicherheitspaket ist für alle Kundinnen und Kunden als Zusatzoption zum Internetvertrag verfügbar. M-net ist der erste Internetanbieter in Deutschland, bei dem das erneuerte Sicherheitspaket von F-Secure erhältlich ist.

Die Digitalisierung und somit auch das Internet spielen eine immer größere Rolle in unserem Alltag. Wir nutzen es für die Kommunikation, zum Arbeiten, zum Online-Shopping und für Unterhaltung. Doch mit dem Komfort des Internets kommen auch Risiken: Hacker, Betrüger und andere Kriminelle versuchen, Daten zu stehlen, Identitäten zu missbrauchen und sich finanziell auf Kosten anderer zu bereichern. Sicherheit, Privatsphäre und Identitätsschutz im Internet sind daher keine Selbstverständlichkeit. Wer sich sicher in der digitalen Welt bewegen will, muss Sorge dafür tragen, dass die eigenen Daten und die eigene Identität geschützt sind.

Vollständige Überarbeitung

„Für M-net haben der Schutz, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit digitaler Informationen oberste Priorität“, erklärt Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Privatkundengeschäfts bei M-net. „Daher gibt es bereits seit 2007 das bewährte und laufend aktualisierte M-net Sicherheitspaket, das die Daten unserer Kundinnen und Kunden bei der Internetnutzung wirksam und aktiv schützt. Im Rahmen unserer Partnerschaft mit dem führenden IT-Security-Spezialisten F-Secure wurde das Paket nun vollständig überarbeitet und weiter verbessert. Das Ergebnis ist eine speziell auf die M-net Produkte ausgelegte State-of-the-Art Sicherheitslösung zum Rundumschutz des digitalen Lebens.“

Umfassender Schutz zum kleinen Preis

Das neue M-net Sicherheitspaket umfasst zahlreiche bewährte Funktionalitäten wie die zuverlässige Absicherung vor Viren, Trojanern und Spyware oder den Browser- und Banking-Schutz, der schädliche Webseiten blockiert. Auch der Familienmanager, der Kinder vor gefährlichen und anstößigen Inhalten schützt, und der M-net Passwortmanager, der Kennwörter vor unbefugtem Zugriff bewahrt, sind weiterhin enthalten. Erweiterte Funktionen enthält das Sicherheitspaket ab sofort beim Schutz der Privatsphäre, beispielsweise in den Bereichen WLAN-Sicherung und virtueller Standort (VPN), sowie beim Identitätsschutz, etwa durch eine Online-Identitätsüberwachung und die Hilfe bei Identitätsdiebstahl. Alle Funktionalitäten lassen sich nun auch in einer einzigen App verwalten.

Das M-net Sicherheitspaket steht sowohl neuen als auch bestehenden Kundinnen und Kunden zur Verfügung. Bei Abschluss eines M-net Internet-Tarifs kann das Sicherheitspaket in der Basic-Version für ein Endgerät ganz einfach kostenfrei hinzugebucht werden. Bei Bedarf lässt es sich erweitern: Das Sicherheitspaket S für bis zu drei Endgeräte ist für nur 4 Euro pro Monat erhältlich. Für bis zu sechs Geräte (Sicherheitspaket M) kostet es nur 6 Euro monatlich. Sicherheit für bis zu 15 Endgeräte gibt es mit dem Sicherheitspaket L für nur 10 Euro im Monat. Alle Ausführungen des Sicherheitspakets sind jederzeit zum Ende des nächsten Monats kündbar.

F-Secure: Cyber Security made in Finland

Das in Finnland ansässige Unternehmen F-Secure ist seit mehr als 30 Jahren führend in der Cybersicherheitsbranche. Mit einem starken Fokus auf Forschung und Entwicklung und einem leidenschaftlichen Engagement für Sicherheit und Datenschutz setzt F-Secure weltweit den Standard für zuverlässigen und effektiven Verbraucher-Cyberschutz. Mit seinen preisgekrönten Produkten für Endverbraucher und rund 200 Service-Provider-Partnern schützt das Unternehmen rund 30 Millionen Menschen weltweit.

Optimale Kombination

„Ein Gefühl der Sicherheit im Internet ist das Wichtigste, was wir unseren Kunden bieten können“, betont Timo Laaksonen, Präsident und CEO von F-Secure. „Durch die Verbindung unserer langjährigen Expertise im Bereich Cybersicherheit mit der leistungsstarken Glasfaserinfrastruktur von M-net schaffen wir eine optimale Kombination aus erstklassiger Sicherheitslösung und zuverlässiger Konnektivität. Gemeinsam setzen wir Maßstäbe für den Schutz vor Cyberbedrohungen und bieten Kundinnen und Kunden eine umfassende Lösung, die ihnen die Gewissheit gibt, dass ihre Daten und ihre Privatsphäre geschützt sind, egal wo sie sich befinden.“

„F-Secure macht jeden digitalen Moment sicherer, für jeden. Wir bieten brillant einfache, reibungslose Sicherheitserlebnisse, die den Millionen von Menschen, die wir schützen, und unseren über 200 Service-Provider-Partnern das Leben leichter machen. Seit mehr als 30 Jahren sind wir führend in der Cybersicherheitsbranche, inspiriert von einem Pioniergeist, der aus der Überzeugung erwächst, dass man gemeinsam mehr erreichen kann.“ ❐



Füracker zum Onlinezugangsgesetz 2.0:

Bund muss nachbessern

Der Bundestag hat eine Neuauflage des Onlinezugangsgesetzes beschlossen. Das OZG 2.0 gibt Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Organisationen das Recht, digitale Verwaltungsleistungen des Bundes vom Jahr 2028 an beim Verwaltungsgericht einzuklagen. Bayern unterstützt die Bemühungen des Bundes, Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung zu erreichen. Um die Digitalisierung schnell und zielführend voranzutreiben, seien jedoch umfangreiche Änderungen am Gesetz notwendig, forderte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Im engeren Sinn bezieht sich das OZG 2.0 nur auf Bundesverwaltungen wie die Bundesanstalt für Arbeit oder das Amt für Ausbildungsförderung (Bafög). Gleichwohl soll es auch auf die Bundesländer und Kommunen ausstrahlen. Das Gesetz sieht vor, dass Bund und Länder in einem gemeinsamen Gremium in den kommenden zwei Jahren Standards entwickeln, die für alle Beteiligten verbindlich sind. Damit soll auch verhindert werden, dass in den Verwaltungen mehrfach Programme geschrieben werden, um dasselbe Problem zu lösen.

Nach dem Willen der Ampel-Koalition soll auch die Infrastruktur für ein digitales Bürgerkonto nicht mehrfach angeboten werden, sondern sich auf das zentrale Bundeskonto (Bund-ID) konzentrieren. Bislang bieten auch einzelne Bundesländer digitale Bürgerkonten an.

Ein vereinfachtes Log-in, das sich den Gepflogenheiten beim Online-Banking annähert, soll zu mehr Akzeptanz der Bund-ID beitragen. Bislang müssen Anwender sich bei jeder Einwahl mit dem elektronischen Personalausweis („ePerso”) identifizieren. Künftig soll dies nur beim ersten Mal notwendig sein. Danach reicht auch eine Bestätigung durch biometrische Merkmale aus, etwa FaceID beim iPhone. Darüber hinaus wird mit dem OZG 2.0 auch das Schriftformerfordernis in der Verwaltung abgeschafft.

Vergebene Chance

„Mit ihrer Fixierung auf den elektronischen Personalausweis im Onlinezugangsgesetz 2.0 vergibt die Bundesregierung eine wichtige Chance: Die Nutzung der ELSTER-Konten auch für nicht steuerliche Zwecke kann einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung leisten“, hob Füracker hervor. Mit inzwischen über 20 Millionen Nutzerkonten biete ELSTER ein hervorragendes Beispiel dafür, wie umfassend komfortable digitale Angebote von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen anerkannt und nachgefragt werden. Statt auf der jahrzehntelangen Erfahrung der Steuerverwaltung mit Online-Authentifizierung aufzubauen, wolle die Ampelregierung den bislang erfolglosen und nutzerunfreundlichen elektronischen Personalausweis durchsetzen.

Nachbesserungsbedarf bestehe auch deshalb, weil wichtige Belange der Länder und Kommunen weiter unberücksichtigt bleiben, fuhr der Minister fort. Der Bund dürfe sich insbesondere seiner finanziellen Verantwortung im Digitalisierungsbereich nicht entziehen, weshalb sich der Freistaat für die dringend nötige Überarbeitung des Gesetzes durch den Vermittlungsausschuss einsetze.

Füracker zufolge muss Deutschlands Ziel eine Spitzenposition im Bereich der digitalen Verwaltung sein. Hier sei noch viel zu tun. „Alle Akteure sind dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen bei der Digitalisierung des Staates zügig und in der Sache zu verstärken. Vollmundige Zielankündigungen, schnelle Schlagzeilen und öffentlichkeitswirksame Scheindebatten sind bei diesem wichtigen Thema deplatziert.“

Stellungnahme Bitkom

Der Digitalverband Bitkom begrüßt das „überfällige OZG-Änderungsgesetz“. Laut Präsident Dr. Ralf Wintergerst nimmt die Koalition damit „wichtige Weichenstellungen für eine wirklich digitale Verwaltung“ vor. Dazu zählten etwa durchgehend digitale Verwaltungsprozesse zumindest auf Bundesebene, aber auch zentral bereitgestellte und gemeinsam genutzte Basiskomponenten und eine verpflichtende Durchsetzung von Standards und offenen Schnittstellen. Künftig könne der Bund dafür sorgen, dass das digitale Rad auf kommunaler Ebene nicht immer wieder neu erfunden wird.

„Wir müssen uns von alleinstehenden Insellösungen verabschieden. Nötig sind gleichzeitig mehr Mittel für Investitionen in eine moderne IT-Infrastruktur. Nachdem im Zuge der Haushaltsplanung 2024 Einsparungen vorgenommen wurden, brauchen wir an dieser Stelle im Laufe des Jahres eine Kehrtwende. Digitalisierung gibt es nicht zum Nulltarif, aber sie lohnt sich“, stellte Wintergerst fest.

Bund, Länder und Kommunen sind gefragt

Mit dem OZG-Änderungsgesetz sei die gesetzliche Grundlage für eine digitale Verwaltung geschaffen, jetzt müssten Bund, Länder und Kommunen die Umsetzung gemeinsam vorantreiben. Dazu gehöre zum Beispiel, dass Best Practices wo immer möglich kopiert werden und Verwaltungsleistungen, die einen hohen Standardisierungsgrad aufweisen, den Kommunen vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

An dieser Bereitschaft zur Kooperation hänge der Erfolg der Gesetzesnovelle, denn sie hat aus Sicht des Bitkom-Präsidenten in der vorliegenden Form eine Schwäche: „Der Umsetzungsdruck auf Seiten der Verwaltung wird nicht ausreichend erhöht.“ Es sei zwar ein Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorgesehen, doch dieser bleibe zahnlos, weil zu viele Ausnahmemöglichkeiten eröffnet werden. Außerdem sollten Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, die erneute Angabe von Daten zu verweigern, wenn diese Daten bereits bei einer öffentlichen Stelle vorliegen. Dies sei bislang nicht vorgesehen, erläuterte Wintergerst. **DK**

Stadt Abensberg und LEONET unterzeichnen Kooperationsvertrag

Großflächiger Ausbau mit Glasfaser-Internetanschlüssen

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET wird in der Stadt Abensberg großflächig ein Glasfasernetz errichten. Hierfür haben Vertreter der Stadt Abensberg nach entsprechenden Beschlüssen mit Vertretern der LEONET einen Kooperationsvertrag zum Glasfaserausbau unterzeichnet. Insgesamt können knapp 4.200 Gebäude mit rund 6.400 Haushalten und Gewerbebetrieben von dem Vorhaben direkt profitieren.

LEONET hatte sich im Rahmen eines offiziellen Markterkundungsverfahrens (Gigabit 2.0) beworben und den Zuschlag erhalten. Der erste Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, der Stadtrat sowie die Stadtverwaltung begrüßen das Vorhaben außerordentlich und haben LEONET die volle Unterstützung zugesagt.

Das niederbayerische Glasfaserunternehmen wird das Infrastrukturprojekt komplett eigenwirtschaftlich finanzieren; ohne Unterstützung öffentlicher Steuergelder. Die Stadt Abensberg profitiert dadurch in mehrerlei Hinsicht. So kann die Projektrealisierung schneller erfolgen als bei zeitlich langwierigen Förderprojekten. Darüber hinaus wird der kommunale Finanzhaushalt nicht belastet, denn bei öffentlich geförderten Glasfaserausbauprojekten trägt neben dem Bund auch die Kommune einen Teil der finanziellen Unterstützung. „Wir sind von LEONET und der Projektlösung zur Glasfasererschließung unserer Stadt absolut überzeugt“, erklärt der erste Bürgermeister Dr. Resch. „Die digitale Standortattraktivität von Abensberg wird damit für die nächsten Generationen gesichert. Und das, ohne dass wir unseren Stadthaushalt auch nur mit einem Euro belasten müssten.“



V.l.: Martin Naber, Geschäftsführer der LEONET und Dr. Bernhard Resch, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg. ❐

Ausbaukonzept überzeugt

Neben dem Kernbereich der Stadt wird LEONET auch die Stadtteile Sand- und Holzharlanden, Arnhofen, Pullach, Offenstetten sowie Ober-/Unter-/Mitterhörlbach mit der hochmodernen Glasfasertechnologie erschließen. Damit wird sichergestellt, dass gerade auch die Stadtteile, wo die verfügbaren Internetgeschwindigkeiten tendenziell noch schlechter als im Kerngebiet der Stadt sind, über zukunftsfähige Anschlüsse werden verfügen können. Die realisierten Glasfaser-Internetanschlüsse werden standardmäßig im Download 1.000 Mbit/s leisten können.

„Wir freuen uns sehr, dass die Stadt unser Vorhaben voll unterstützt“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Im Rahmen unserer äußerst konstruktiven Gespräche hat die Verantwortlichen neben unserer langjährigen Erfahrung vor allem unser Ausbaukonzept überzeugt.“ Dieses sieht gegenüber einem Projektentwurf eines Mitbewerbers ein deutlich größeres Gebiet vor. „Würden wir dem nachträglich eingereichten Projektentwurf des Mitbewerbers von LEONET den Vorzug geben, hätte dies zur Folge, dass bis zu einem Viertel weniger Haushalte der gesamten Kommune von dem Zukunftsprojekt eines digitalen Hausanschlusses profitieren würden“, erläutert Stadtkämmerer Andreas Poschenrieder. „Unser Anspruch und unser Ziel für die Stadt lautet aber ganz klar: Wir wollen einen direkten Zugang zum Glasfaser-Internet für alle Abensberger Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbebetriebe im gesamten Stadtgebiet und den Ortsteilen sicherstellen“, bringt Bürgermeister Dr. Resch zum Ausdruck.

Umfassende Infokampagne

Im März startet LEONET eine umfassende Informationskampagne für die örtliche Bevölkerung. Auf insgesamt fünf Veranstaltungen wird den Bürgern das Projektvorhaben im Detail erläutert und auf jegliche Fragestellungen individuell eingegangen. Im Rahmen dessen werden auch die geringfügigen Baumaßnahmen erläutert, die direkt am Haus zur Einführung der Glasfaser vorgenommen werden müssen. Der Glasfaser Hausanschluss ist für Eigentümer gratis, die einen Telefonie- und Internetvertrag unterzeichnen. Die ausschließliche Ausstattung der Immobilie mit einem zukunftsfähigen Glasfaser-Anschluss kostet 499 Euro. Im Sinne des sogenannten Open Access Prinzips steht das Glasfasernetz der LEONET auch allen anderen interessierten Internetdienstanbietern für deren digitale Angebote offen. ❐

Lücken im Glasfaser- und 5G-Netz schließen

vbw-Tagung in München zur digitalen Infrastruktur im Freistaat

Mit den Perspektiven des Ausbaus der digitalen Netze in Bayern befasste sich in München ein Kongress der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Aktualisierte vbw-Studien zeigen, dass der Bedarf der Unternehmen nach leistungsfähigen Netzen und höheren Bandbreiten ansteigt und der Ausbau mit den steigenden Ansprüchen nur schwer Schritt halten kann. Viele Unternehmen erlebten noch Beeinträchtigungen durch Netzlücken. Im bundesweiten Vergleich sei der Freistaat jedoch überdurchschnittlich gut mit schnellen Breitbandanschlüssen versorgt.

Laut der Untersuchung „Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern“ bieten mittlerweile rund 90 Prozent der kabelgebundenen Anschlüsse in den digitalen Netzen ihren Nutzern eine solide Grundversorgung. Auch der Ausbau von Gigabit-Anbindungen kommt gut voran. Allerdings bleibt trotz hoher Zuwachsraten viel zu tun. Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichen bislang nur ein knappes Viertel der Haushalte und ein gutes Viertel der Unternehmen außerhalb von Gewerbegebieten.

Auch im Bereich des Mobilfunknetzes gibt es deutliche Fortschritte. Nach Zahlen des Bundes sind die Gewerbegebiete mittlerweile fast flächendeckend mit 5G versorgt. „Hier werden die Förderprogramme des Freistaates Bayern und des Bundes für Mobilfunkmasten weiter für Verbesserung sorgen. Mit ihnen können Netzlücken in wirtschaftlich nicht abdeckbaren Regionen nach und nach geschlossen werden“, so die vbw.

Deutliche Netzschwächen

Allerdings lohne ein genauerer Blick auf die Mobilfunknetze, die durch steigende Nachfrage immer stärker herausgefordert werden. „In unserer Studie stellten wir Netzschwächen und erhebliche Unterschiede zwischen lokalen Angeboten verschiedener Netzbetreiber auch in vermeintlich gut versorgten Gewerbegebieten fest. Staatliche Förderung stößt hier an beihilferechtlich bedingte Grenzen. Falls diese nicht aufgelöst werden, kommt es für diese Netzschwächen vor allem auf die marktgetriebene Weiterentwicklung der Netze an“, heißt es.

Das Update der vbw-Studie „Breitbandbedarf der bayerischen Wirtschaft – leitungsgebunden und mobil“ zeigt das weitere Voranschreiten der digitalen Transformation in den Unternehmen und damit auch die wachsenden Anforderungen an die Netze. Um diesen gerecht zu werden, sind aus Sicht der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft gezielte politische Impulse für den Ausbau der Glasfaser- und 5G-Netze unverzichtbar.

Verlässliche Förderung bleibe für die Netzentwicklung speziell in ländlichen Regionen ein bestimmender Faktor. Hier müsse der Bund haushaltspolitische Kontinuität sicherstellen. Bei der Mobilfunkförderung gehe es zudem darum, bei der EU marktttaugliche Bedingungen durchzusetzen, um auch seitens des Freistaates weiter fördern zu können. Zudem müsse der Bund Ausbauauflagen bei der Frequenzvergabe auf langfristige Investitionen ausrichten.

Genehmigungsverfahren vereinfachen

Um beim Ausbautempo zuzulegen, seien auch Genehmigungsverfahren deutlich zu vereinfachen. Bayern habe auf diesem Feld im Ländervergleich am meisten getan, etwa mit Genehmigungsfiktionen oder verringerten Anforderungen bei Abstandsflächen. Eine weitere Verbesserung würden Rahmenzustimmungen durch Wegebaulastträger versprechen. Bei einem mehrere Straßen übergreifenden Ausbau würden so deutlich weniger Einzelverfahren anfallen. Auch sollten noch mehr unterschiedliche Einzelschritte in Genehmigungsverfahren digital gebündelt werden.


Finanz-und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel. Bild: vbw

Der Handlungsbedarf ist also eindeutig, und die passenden Instrumente sind bekannt. Beim Münchener Kongress waren sich alle Teilnehmer einig, dass Glasfaser schnell ausgerollt und Bayern mit verlässlichem 5G-Mobilfunk abgedeckt werden muss.

Wie Martin Schöffel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, erläuterte, „unterstützt kein anderes Bundesland so kraftvoll beim Breitbandausbau wie der Freistaat Bayern. Obwohl eigentlich der Bund zuständig ist, haben wir seit 2014 massiv mit rund 2,4 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert – auf freiwilliger Basis.“

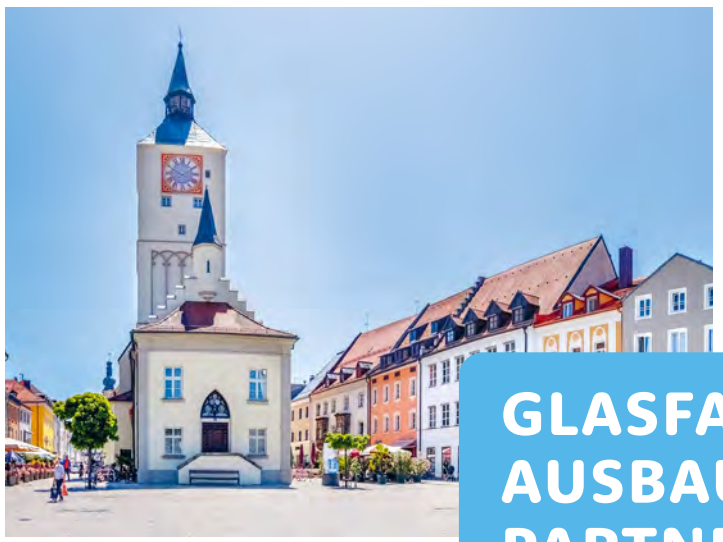
Die aktuellen Studien der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft bestätigten, dass sich dieses starke Engagement auszahle. Trotz der im Bundesvergleich mit weitem Abstand größten Fläche seien heute schon über 90 Prozent aller bayerischen Standorte mit 100 Mbit/s schnellem Internet und rund 68 Prozent gigabitfähig versorgt. Über 90.000 Kilometer Glasfaserleitungen wurden und werden dank der bayerischen Förderung verlegt.

„Angesichts der weiter steigenden Bedarfe werden wir uns auch künftig entschlossen einbringen, um bestmögliche Standortbedingungen zu schaffen. Der Freistaat kann den Weg in die digitale Zukunft aber nicht im Alleingang stemmen - der Bund muss seiner finanziellen Verantwortung deutlich gerechter werden und endlich im erforderlichen Umfang Gelder bereitstellen“, machte der Staatssekretär deutlich. Auch Wirtschaft und Bürger als Anschlussnutzer könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten: „Erst wenn die verfügbaren Bandbreiten auch tatsächlich gebucht werden, setzt dies ein starkes Signal an die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen und den Bund als originär zuständigen Fördergeber.“

Elementarer Standortfaktor

Nach Angaben von vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „ist die digitale Infrastruktur ein elementarer Standortfaktor für den Freistaat. Homeoffice und Videokonferenzen sind für neun von zehn Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund in Bayern heute betrieblicher Alltag. Das Interesse an datenintensiven Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Fernwartung, Extended Reality oder Cloud-Anwendungen wächst stetig. Ohne schnelle Netze sind diese Anwendungen kaum nutzbar. Deshalb müssen wir noch bestehende Lücken im Glasfaser- und im 5G-Mobilfunknetz schließen.“

Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichten bislang 24,4 Prozent der Haushalte und 28,4 Prozent der Unternehmen, in Gewerbegebieten seien es 39,9 Prozent. Brossardt zufolge zeigt das Breitbandförderprogramm des Freistaats seine Wirkung. Allerdings sei nach wie vor ein regionales Gefälle zu beobachten: In Städten haben 37 Prozent der Anschlüsse Glasfaser, außerhalb unter 14 Prozent. Nach den derzeitigen Ausbauplänen werde sich der bayernweite Durchschnitt in den nächsten Jahren auf knapp 50 Prozent erhöhen. Bis zu flächendeckender Glasfaserversorgung sei es aber noch ein weiter Weg. **DK**



LEONET

GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

LEONET, Ihr starker Partner aus Bayern, bringt über 14 Jahre Erfahrung im Glasfaserausbau im Freistaat mit. Wir bieten gigabitfähiges Internet als Schlüsselelement für eine zukunftssichere Infrastruktur. Unser ganzheitlicher Ansatz betrachtet Kommunen flächendeckend und kombiniert dabei privatwirtschaftlichen und geförderten Ausbau.

Als Mitglied des „Pakts Digitale Infrastruktur“ der Bayerischen Staatsregierung sind wir mit umfassenden Finanzmitteln für den Glasfaserausbau ausgestattet. Aktuell expandieren wir über unsere Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – und investieren in immer mehr Kommunen Bayerns. Die Zukunft? Vielleicht schon bald bei Ihnen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN DER INFRAFIBRE

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Gelöscht wird nur höchst selten

Städte mit Social Media-Aktivitäten bestätigen angeblichen Trend zum Hass nicht

An Menschen, die gern auf Achse sind und es lieben, schöne Städte zu entdecken, richtet sich der Nördlinger Instagram-Account. Idyllische Bilder locken in die Große Kreisstadt. „Social Media ist für uns wichtig", sagt Daniel Wizinger, der in Nördlingen für Tourismus zuständig ist.

In Zeiten, in denen kaum mehr persönliche Briefe mit der Post geschickt und Bankgeschäfte immer häufiger online erledigt werden, kommen zumindest größere Städte nicht mehr an Social Media vorbei. So erreicht man Touristen. Und so erreicht man viele Bürger. Letztere schätzen die neue Art und Weise, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Und zwar vor allem wegen der Möglichkeit, zu kommentieren. Hass und Hetze, angeblich auf bedenkliche Weise im Aufwind, kommen auf kommunalen Plattformen nach wie vor extrem selten vor.

Was interessiert die Bürger?

Bürger interessiert, um ein Beispiel zu nennen, ob die Stadt neue E-Ladesäulen in Betrieb nimmt. Das erfährt man auch aus der Tageszeitung. Doch eine Zeitung hat, nicht zuletzt, weil gespart werden muss, längst nicht mehr jeder. Sich einen Facebook-Account zuzulegen, kostet nichts. Zudem bietet die Plattform die Möglichkeit, der Stadt zurückzumelden, was man von dem, was sie tut, hält. Bleiben wir beim Beispiel der E-Ladesäulen. Dass neue Ladesäulen in Betrieb genommen werden, wird sicherlich begrüßt. Doch wahrscheinlich teilen Bürger auch prompt mit, wo solche Säulen noch fehlen. Oder sie kritisieren die Standortwahl.

Überall, wo Städte Informationen über Social Media anbieten, findet sich rasch eine Community, die den Content goutiert, kommentiert und manchmal auch schimpft. Je nach Plattform, sind die Communitys unterschiedlich. Der Facebook-Account der Stadt Nördlingen hat aktuell um die 7.750 Follower. Etwas mehr als 7.400 sind es auf Instagram. „Die Follower-Zahl sagt allerdings nichts über die Reichweite, die, je nach Content, stark schwankt", betont Daniel Wizinger.

Mancher von ihm eingestellte Inhalt wird gerade mal von 5.000 Interessierten angeklickt. Dann wieder gibt es Beiträge, die für eine Menge Leute attraktiv sind. Sie erreichen zehntausende User.

Social Media-Auftritte sind mit allem Drum und Dran ganz schön aufwändig. Ist es doch nicht damit getan, den Content zu kreieren. Jedenfalls dann nicht, wenn die Fans und Follower auf Instagram, Facebook, TikTok, YouTube oder X kommentieren dürfen. Da stellt sich von vornherein die Frage: Will eine Kommune das?

Und, wenn ja, wie geht man mit allzu rüdem Vokabular, mit polemischen Äußerungen, Beleidigungen, implizierten Drohungen oder gar noch Schlimmerem um? Glaubt man den Medien, gibt es immer mehr Unbeherrschte, die beim leisesten Ärgernis gleich rotsehen. Menschen, die im politischen Leben stehen, beklagen zunehmende Gewalt.

„Kritik ist nichts Schlechtes"

Wizinger kann nicht bestätigen, dass Hass und Hetze eine neue Qualität erreicht hätten. „Selbst Polemik hatten wir kaum gehabt", sagt er. Die Mehrheit der Follower findet gut, was er verbreitet: „Zu politischen Themen äußern wir uns nicht." Natürlich werde manchmal Kritik geübt: „Was ja nichts Schlechtes ist." Daniel Wizinger ist nicht der Ansicht, dass alle dem, was er einstellt, ohne Wenn und Aber zustimmen müssten. Bisher, sagt er, sei alles Kritische „gut aushaltbar" gewesen.

Doch was, wenn der Fall eintritt, dass eine Kritik zu harsch ist? Nun, das wird man sehen. „Ich halte es auf jeden Fall für wichtig, dass man jede Meinung öffentlich kundtun kann", unterstreicht der Medienfachmann. Kommentare einfach zu löschen, findet er falsch: „Wir haben das auch noch nie gemacht." Selbst harte Kritik bleibt stehen: „Die Bevölkerung soll ruhig sehen, mit welchen Problemen man als Stadt zu kämpfen hat."

Das fortwährende Aufpassen auf den Inhalt der Kommentare kann ganz schön anstrengend sein, meint Stephan Rockinger, der die Regensburger Online-Kommunikation leitet. Auf dem Kanal der Oberbürgermeisterin wurde zum Beispiel über deren Teilnahme an einer Demo gegen Rechts berichtet. Die daraufhin eingetrudelten Kommentare zu moderieren, sei schwierig gewesen. Alles Mögliche sei behauptet worden. Einige Kommentare mit harscher Kritik an den Demos frappierten Rockinger und seine Crew von der Online-Kommunikation: „Es wurde zum Beispiel behauptet, dass es bezahlte Teilnehmer bei der Demo gegeben hätte."

Öfter mal Halbwahrheiten

Gerade die Tatsache, dass es sich bei dem, was zum Teil von Kommentatoren unter den Social Media-Posts der Stadt geäußert wird, „nur" um Unterstellungen und Halbwahrheiten, nicht aber um Strafbares handelt, stelle eine Herausforderung dar. „Teilweise blenden wir Beiträge aus", gibt der Regensburger zu. Dies komme allerdings nicht allzu oft vor: „Wir lassen wirklich viel laufen." Überhaupt habe man sich bewusst dagegen entschieden, die Kommentarfunktion auszuschalten.

Nachdem Regensburg deutlich größer ist als Nördlingen, hat die oberpfälzische Stadt auch viel mehr Follower. Dem Instagram-Kanal, der 671 Beiträge umfasst, folgen 27.500 Nutzer. Sie werden vor allem mit historischen Bildern über Regensburger Schmuckstücke erfreut, so Rockinger: „Wir öffnen unser Bildarchiv und zeigen die Schönheit der Stadt." 14.800 Follower hat der Facebook-Auftritt. Fast 2.250 Internetnutzer folgen Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer auf deren Facebook-Account.

Die Bürger diskutieren gern

Laut Stephan Rockinger ist spürbar, dass die Bürger sehr gerne diskutieren. Und dass sie dies liebend gern über Social Media nicht nur untereinander, sondern auch mit der Stadtverwaltung tun würden. Doch das sei nicht möglich. Denn das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Team kann den Bürgern ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen in der Verwaltung nicht einfach antworten. Als es Kritik an der Demo gegen Rechts hagelte, appellierte das Team allerdings an die User: „Wir empfehlen Fakten zu überprüfen und sich auf evidenzbasierte Diskussionen und Quellen zu konzentrieren."

Als es vor über zehn Jahren losging mit Social Media, überlegte sich das Regensburger Online-Team genau, was man transportieren wollte. „Wir haben uns bewusst für Informationen und Service entschieden", meint Rockinger. Über Facebook bekommen die Bürger zum Beispiel mit, wenn sich Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen ändern.

Direkter Draht ins Rathaus

Wie kann man unterschiedliche Zielgruppen möglichst gut und breit aufgestellt erreichen? Diese Frage stand am Beginn der Social Media-Aktivitäten der Stadt Bamberg. Man entschied sich schließlich für Facebook, Instagram und YouTube. Über diese Kanäle werden, so Pressesprecherin Anna Lienhardt, „zuverlässige Informationen" aus der Stadtverwaltung vermittelt. Umgekehrt sollen die Bürger einen direkten Draht ins Rathaus haben.

In Bamberg existiert ein Social-Media-Leitfaden. Der sieht verschiedene Formate vor. Dazu gehört ein digitaler Wochenrückblick mit dem Oberbürgermeister, die „Bürgerfrage des Monats" sowie „Erklär-Reels", zum Beispiel zum Winterdienst.

Das Interesse an den Social Media-Auftritten wächst laut der Pressesprecherin: „2020 hatten wir circa 4.100 Follower auf Instagram, mittlerweile sind es 12.200." Alleine im Januar kamen 213 neue Follower hinzu. Die Follower-Zahl auf Facebook wuchs ebenfalls. Aktuell liegt sie bei fast 13.000. Über 550 Interessierte abonnierten den Bamberger YouTube-Kanal.

Die Kommentare unter den Beiträgen werden „im Blick behalten": „Gerade bei sensiblen Inhalten." Gelöscht würden nur Kommentare, die beleidigend seien oder zu Straftaten aufriefen: „Als Plattform einer öffentlichen Verwaltung legen wir großen Wert auf einen offenen Meinungsaustausch." Ein Hinweis auf eine „Demo zu zwei Jahre Ukraine Krieg" wurde zum Beispiel kommentiert: „Nein der Krieg dauert schon fast 10 Jahre." Die Löschung menschverachtender Beiträge wird angekündigt. In den vergangenen fünf Jahren wurden acht Kommentare gelöscht.

Rede und Gegenrede

Social-Media ist heute ein „unverzichtbarer Pfeiler der Öffentlichkeitsarbeit", sagt auch Michael Klarner, Pressesprecher von Ingolstadt. Seit 2009 ist Ingolstadt auf Facebook, seit 2013 auf Instagram aktiv. Zusammengenommen gibt es rund 70.000 Follower. Kommentare werden laut Klarner unverzüglich bearbeitet und „wo nötig sachlich beantwortet": „Kritische Rückmeldungen sind kein Shitstorm, sondern die Darstellung von Rede und Gegenrede." Mehrere Kommentare gab es zum Beispiel zum Auftakt der Bauerndemos. Etwa: „Großes Lob an alle Bauern. Genau so wird demonstriert und nicht wie diese Klimakleber…" Kommentare, die gegen die Netiquette verstoßen, also sexistisch, homophob oder strafrechtlich relevant sind, würden anmoderiert gelöscht. Dies geschehe „mit konsequentem Augenmaß".

In der Gemeinde Neufahrn bei Freising ist Gabriele Ostertag-Hill seit März 2020 für Social Media verantwortlich. „Über unsere Homepage versuchen wir weiterhin, allgemeine Informationen zu verbreiten", sagt sie. Viele Bürger hätten zwar Zugang zum Internet: „Aber nicht jeder nutzt Facebook oder Instagram." In Neufahrn werden beide Plattformen sowie YouTube bespielt: „TikTok möchte unser Bürgermeister aufgrund des negativen Images nicht."

Die Inhalte, die Ostertag-Hill einstellt, ähneln sich zu 80 Prozent. Extrem selten seien Kommentare beleidigend: „Löschungen kann ich an einer Hand abzählen." Viele Bürger kommentieren wohlwollend. So lautet ein Kommentar zur Feier anlässlich des Volkstrauertags: „Die (…) richtigen Lehren aus den zwei Weltkriegen sowie den kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart wurden durch die (…) Feier eindrucksvoll dokumentiert." **Pat Christ**



Die LNI freut sich über den Start des größten bayerischen kommunalen Glasfasernetzausbaus im Landkreis Regensburg und Teilen des Landkreises Neumarkt: (v.l.) Sebastian Prechtl (Projektleiter), René Meyer (Geschäftsführer der Laber-Naab Infrastruktur GmbH), Tanja Schweiger (Landrätin Landkreis Regensburg und stellv. Aufsichtsratsvorsitzende der LNI), Josef Bauer (Bürgermeister der Stadt Parsberg und Aufsichtsratsvorsitzender der LNI), Sabine Spangler (Projektleiterin). Bild Steffanie Bentner

Weitere 47,4 Millionen Euro für Gigabit-Internetausbau

Größtes bayerisches kommunales Glasfasernetz kann starten

Regensburg (RL). Im Februar 2024 wurden weitere 47,4 Mio. Euro an Fördermitteln aus Berlin für den interkommunalen Glasfaserausbau in den beiden Landkreisen Regensburg und Neumarkt bewilligt. Somit kann nun mit der Planung von insgesamt 33.000 förderfähigen Hausanschlüssen und 310 Mio. Euro Gesamtinvestitionsvolumen in drei Clustern begonnen werden. Der Freistaat Bayern wird darüber hinaus noch Fördermittel zur Kofinanzierung beitragen und die Kommunen stellen zusätzlich jeweils einen Eigenanteil zur Verfügung.

„Ich freue mich sehr, dass der Bund die bisher unterversorgten Adressen in Kommunen in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt beim Breitbandausbau mit weiteren 47,4 Millionen Euro kräftig unterstützt. Schnelles und verlässliches Internet ist die Grundlage für Home-Office, Freizeitvergnügen, aber auch für digitale Verwaltungsleistungen. Außerdem leisten wir damit einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Die erfolgreiche Arbeit der Laber-Naab-Infrastruktur GmbH zeigt auch, wie wirkungsvoll ein Schulterschluss auf kommunaler Ebene sein kann", sagt Bundestagsabgeordneter Stefan Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

Dank an die Gesellschafterkommunen

Die LNI bedankt sich bei Ihren Gesellschafterkommunen, die sich innerhalb einer Solidargemeinschaft zum Ziel gesetzt haben, den flächendeckenden Glasfaserausbau in kommunaler Hand voranzutreiben. Weiterhin gilt der Dank dem Projektträger PricewaterhouseCoopers (PWC) und auch dem Freistaat Bayern und allen Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene, die sich in den vergangenen Wochen für die Genehmigung und Bereitstellung von Fördermitteln eingesetzt haben. „Der Bund fördert den Breitbandausbau auf Rekordniveau mit drei Milliarden Euro im Jahr – so viel wie noch nie, trotz angespannter Haushaltslage. Das ist richtig, denn die Digitalisierung ist ein Standortfaktor für Unternehmen aber mittlerweile auch für Abläufe an Schulen oder Krankenhäusern unerlässlich. Wir fördern außerdem zielgerichtet den ländlichen Raum, was uns als SPD besonders wichtig ist mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse", freut sich Dr. Carolin Wagner, SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Regensburg.

Ausschreibung für Bauleistungen

René Meyer, Geschäftsführer der LNI, bestätigt: „Endlich wurden die nötigen Bescheide für alle Kommunen bewilligt. Die harte Arbeit hat sich gelohnt und kann bald die ersten Früchte tragen, wenn der Bau startet." Mit den Förderbescheiden im Gepäck geht die LNI zusammen mit den Fachplanern nunmehr auf die Suche nach Bauunternehmen, die die geplante Infrastruktur großflächig ab 2024 verwirklichen können. Die Telekom Deutschland GmbH wird als Pächter der LNI-Infrastruktur im kommunalen Eigentum, die Glasfaseranschlüsse peu à peu in Betrieb nehmen.

Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg ergänzt: „Als Landkreis haben wir den Breitbandausbau seit vielen Jahren finanziell und personell massiv unterstützt und koordiniert. Die Mühen haben sich gelohnt. Unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen bekommen nun flächendeckend ein zukunftsfähiges Glasfasernetz. Garantiert wird dies durch interkommunalen Zusammenhalt und unter Beteiligung professioneller Partner." ❐

IT-Sicherheit Grundlage für Digitalisierung

Schöffel und Kirchner beim LSI: Länderübergreifende Zusammenarbeit und eigene Kompetenzen bei IT-Sicherheit essenziell

Im IT-Sicherheitsumfeld ist sowohl die enge Zusammenarbeit der Länder aber auch der Aufbau und die Pflege eigener Kompetenzen von zentraler Bedeutung. Bayern hat die Herausforderungen durch Cybergefahren früh erkannt und als erstes Bundesland bereits vor über sechs Jahren eine eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit errichtet.

„Um unser Behördennetz bestmöglich zu schützen, analysiert das Landesamt täglich ca. 2 Milliarden Datensätze auf mögliche Angriffe und kann damit rund 1,2 Milliarden potentiell schädliche Internetaufrufe pro Monat verhindern. Um Deutschlands staatliche IT-Systeme flächendeckend zu schützen, teilen wir unseren reichhaltigen Erfahrungsschatz stets gerne im föderalen Verbund. Auch künftig müssen wir die IT-Sicherheit in Deutschland kontinuierlich weiter stärken", betont Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel, anlässlich eines Besuchs am Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) gemeinsam mit dem Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Sandro Kirchner.

Bayern ist gut aufgestellt

Innenstaatssekretär Kirchner hob hervor, dass die Cyberbedrohungen immer größer werden, nicht nur für Bürger und Unternehmen, sondern auch für kritische Infrastrukturen und Kommunen. „Das LSI ist deshalb ein zentraler sowie unverzichtbarer Baustein in unserer Cybersicherheitsarchitektur." Laut Kirchner ist Bayern bei der Cybersicherheit insgesamt sehr gut aufgestellt. Um entschlossen und wirkungsvoll auf aktuelle Bedrohungen reagieren zu können, hat Bayern hochspezialisierte Einheiten unter anderem bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen. Bereits seit 2021 sind beispielsweise polizeiliche IT-Spezialisten in den ‚Cybercrime-Quick Reaction-Teams' rund um die Uhr einsatzbereit, um eine schnellstmögliche Beweissicherung und Gefahrenabwehr bei Cyberangriffen zu gewährleisten. Die engie Vernetzung und der schnelle Austausch aller mit Cybersicherheitsaufgaben betrauten Behörden und Einrichtungen wird nach Kirchners Worten in der ‚Cyberabwehr Bayern' gewährleistet. Durch die Beteiligung am Nationalen Cyber-Abwehrzentrum wird dort auch die wichtige Scharnierfunktion für den Informationsaustausch mit dem Bund abgebildet.

„Dank unserem schlagkräftig aufgestellten Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nimmt der Freistaat bis heute eine Vorreiterrolle in puncto Cybersicherheit ein. Einem Großteil der Verdachtsfälle kann dabei automatisiert, z.B. unter Einsatz von Methoden der künstlichen Intelligenz, entgegengewirkt werden", betont der Leiter des LSI Bernd Geisler beim gemeinsamen Rundgang durch das Lagezentrum und das IT-Sicherheitslabor des LSI.

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schützt Bayerns staatliche IT-Systeme sowie das Bayerische Behördennetz und den Bayernserver. Daneben steht die Behörde Kommunen und öffentlichen Unternehmen als Betreiber kritischer Infrastrukturen, wie Krankenhäusern und Wasserversorgern, als spezialisierter und individueller Berater bei allen Themen in Fragen der IT-Sicherheit zur Seite.
https://www.lsi.bayern.de/ ❐

Fiberdays 24 in Wiesbaden:

Glasfaserbranche weiter auf Kurs

Das zentrale Treffen der deutschen Glasfaserbranche, die fiberdays 24 in Wiesbaden, bot eine Reihe spannender Inhalte und Plattformen für den Austausch auf kommunalpolitischer Ebene. Die vom Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) präsentierte zweitägige Veranstaltung hat sich nun auch zu einem wichtigen Anlaufpunkt für die kommunale Politik und Verwaltung entwickelt.

Rund 7.600 Fachbesucher informierten sich bei den 220 nationalen und internationalen Ausstellern über neueste Produkte, Innovationen und Dienstleistungen rund um die zukunftssichere und energieeffiziente Glasfaser. Währenddessen diskutierten die Führungskräfte der Telekommunikationsbranche mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft kontrovers und konstruktiv aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze für einen zügigen flächendeckenden Glasfaserausbau.

In ihrer Keynote lobte Daniela Kluckert, MdB, Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, die hohe Dynamik im Glasfaserausbau und beleuchtete die Rolle der Bundesregierung: „Durch die Bündelung unseres Know-hows in unserer Gigabitstrategie, im Gigabit-Grundbuch und dem Gigabitbüro des Bundes haben wir eine starke Schnittstelle zu allen Akteuren geschaffen, um den flächendeckenden Ausbau ehrgeizig zusammen voranzutreiben."

Gigabit-Campus und Kommunaler Marktplatz

Stärker als in den vergangenen Jahren standen auch regionale und kommunale Themen im Zentrum des Kongressprogramms. So tauschten sich Kommunen auf dem „Gigabit-Campus der Länder und des Bundes" mit den Digitalvertretungen aus elf Bundesländern und dem Gigabitbüro des Bundes aus. Laut Sven Butler, Leiter des Gigabitbüros, war der Gigabit-Campus erneut ein Erfolg: „Der intensive Austausch über den Breitband- und Mobilfunkausbau mit Vertretern der Länder prägte die beiden Messetage. Wir freuen uns darauf, diese Möglichkeit auch im nächsten Jahr in Frankfurt am Main anzubieten."

Ein weiterer Magnet für Verantwortliche in Gemeinden und Kreisen war der 2023 neu eingeführte Kommunale Marktplatz. Thorsten Fellmann, Geschäftsführer der GVG Glasfaser, mit der Marke teranet Goldsponsor der fiberdays24: „Die fiberdays sind schon seit Jahren Deutschlands führende Messe rund um die zukunftssichere Glasfaser. Die GVG Glasfaser setzt schon seit ihrer Gründung 2014 ausschließlich auf reine Glasfaser (FTTH) und hat sich mit ihrer bundesweiten Marke teranet daher auch in diesem Jahr mit voller Überzeugung als Goldsponsor engagiert. Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit dem BREKO den Kommunalen Marktplatz ins Leben gerufen zu haben, der sich mittlerweile als einer der wichtigsten Anlaufpunkte für kommunale Vertreter auf den fiberdays etabliert hat."

Fachkräftemangel, Zinswende, Baukostensteigerungen und Konsumzurückhaltung: Telekommunikationsbranche und Politik benannten die aktuellen Herausforderungen für den Glasfaserausbau klar und berieten konkrete Lösungen. „Die Glasfaserbranche steht sehr robust da. Unsere Stärke ist, dass der Glasfaserausbau in Deutschland auf viele Schultern verteilt ist", erklärte BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. „Natürlich haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten erschwert. Aber unsere Marktanalysen zeigen, dass weiter investiert wird und die Glasfaser ausbauenden Unternehmen – allein 250 im BREKO – werden in der Lage sein, sich den geänderten Bedingungen anzupassen."

Um Glasfaserinvestitionen auch in Zukunft attraktiv zu halten, stellte Albers konkrete Forderungen an die Politik: „Die Branche braucht keinen Masterplan 2030, sondern Maßnahmen, die sofort wirken: Die Bundesregierung muss den strategischen Doppelausbau der Telekom stoppen, die Bundesnetzagentur ein marktgerechtes Konzept für die Kupfer-Glasfaser-Migration vorlegen und Bund und Länder müssen endlich die überbordende Gigabitförderung so dosieren, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau nicht kannibalisiert wird."

„Die Herausforderungen im Glasfaserausbau haben in den zwei Jahren seit der viel zitierten ‚Zeitenwende' stark zugenommen," bestätigte Norbert Westfal, Präsident des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) und Sprecher der Geschäftsführung der EWE TEL. Damit die Branche auch über die nächsten Jahre an der Kapazitätsgrenze ausbauen kann, sei jetzt ein klares Signal aus der Politik erforderlich: „Im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz müssen Mobilfunk- und Glasfaserausbau als ‚im überragenden öffentlichen Interesse' definiert werden, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Außerdem brauchen die Glasfaseranbieter ohne eigenes Mobilfunknetz fairen Zugang zu 5G-Vorleistungen. Nur eine wirksame Diensteanbieterverpflichtung kann fairen Wettbewerb gewährleisten, indem wir attraktive Bündeltarife aus Festnetz und Mobilfunk anbieten und so mit den Mobilfunknetzbetreibern auf Augenhöhe konkurrieren können", hob Westfal hervor.

Hebelwirkung der Digitalisierung

Wie relevant diese Forderungen sind, unterstrich Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er betonte die Hebelwirkung einer erfolgreichen Digitalisierung: „Die Digitalisierung ist eine wichtige Chance für Unternehmen, um ihre Produktivität zu steigern und um sich besser im globalen Wettbewerb zu behaupten. Eine schnellere und umfassendere Digitalisierung wird auch in Zeiten des Fachkräftemangels zunehmend dringender." Dem schloss sich Oliver Gürtler, Leiter des Mittelstandsgeschäfts bei Microsoft Deutschland, an. Zudem verwies er auf die große Bedeutung der Künstlichen Intelligenz auch für die Glasfaserbranche.

Die Impulse waren der Auftakt für ein umfangreiches Kongressprogramm mit sechs Podiumsdiskussionen und zahlreichen Vorträgen, Workshops und Seminaren. Darin thematisieren Führungskräfte namhafter Telekommunikationsunternehmen und Entscheider aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik aktuelle Fragen rund um den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Zu den Themen zählten unter anderem Nachhaltigkeitsaspekte im Glasfaserausbau, Open Access, Investitionen, strategische Themen, technische Innovationen, sowie die europäische Regulierung. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune:
Handlungsbedarf durch E-Rechnungspflicht für Unternehmen

Für Städte und Gemeinden ist die E-Rechnung nichts Neues, schließlich ist sie im sogenannten Business-to-Government-Bereich (B2G) bereits seit Jahren obligatorisch. Doch bald müssen auch etliche kommunale Betriebe ihre Rechnungsprozesse umstellen, die dafür bisher keine Notwendigkeit gesehen haben. Grund dafür ist die Verpflichtung zur obligatorischen E-Rechnung für inländische Umsätze zwischen Unternehmen, die grundsätzlich ab 2025 gilt. Sofern kommunale Unternehmen durch die Regelung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) als umsatzsteuerliche Unternehmen (§ 2 Abs. 1 UStG) einzuordnen sind und im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung umsatzsteuerpflichtige Lieferungen und Leistungen erbringen, gelten die neuen Regelungen der elektronischen Rechnungsstellung auch für sie. Die E-Rechnungsvorschriften knüpfen somit an die Unternehmereigenschaft im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG an, greifen jedoch nicht im hoheitlichen Bereich von kommunalen Betrieben.

Ab dem 01.01.2025 müssen Unternehmen ihre Rechnungen also grundsätzlich als elektronische Rechnungen in einem Format ausstellen und übermitteln, das der europäischen Norm EN16931 entspricht. Für betroffene Kommunen und kommunale Betriebe, die bereits die XRechnung im Eingangsprozess eingeführt haben, besteht nun auf Ausgangsseite ebenfalls Handlungsbedarf, auch wenn hier Synergieeffekte genutzt werden können. Neben der XRechnung ist auch das etablierte Format ZUGFeRD ab der Version 2.0.1 zulässig. Es bietet den Vorteil, dass es auch privaten Endkunden zugestellt werden kann, da es neben dem obligatorischen Datensatz auch über eine Sichtkomponente in Form einer PDF-Datei verfügt. So ist keine spezielle Software nötig, um ZUGFeRD-Rechnungen lesen zu können. Ausgereifte Lösungen, um Rechnungen gemäß diesen Standards zu erstellen und zu empfangen, existieren bereits und sind seit Jahren etabliert. Das gilt beispielsweise für alle rechnungsschreibenden Programme der DATEV.

Übergangsfristen bis Ende 2027

Während der Empfang von E-Rechnungen ohne Ausnahme direkt ab 2025 gewährleistet werden muss, sieht der Gesetzgeber für Ausgangsrechnungen großzügige Übergangsfristen bis Ende 2027 vor. Dennoch empfiehlt es sich, den Umstellungsprozess möglichst bald anzugehen. Die Übergangsphase bietet die Möglichkeit, sich mit den elektronischen Rechnungsformaten und den damit einhergehenden elektronischen Rechnungsprozessen vertraut zu machen und sich frühzeitig rechtssicher aufzustellen.

go.datev.de/e-rechnung ❐

Ergoldsbach:

KI warnt bei Unwetter und Hochwasser

In der niederbayerischen Marktgemeinde Ergoldsbach hat ein Pilotprojekt begonnen, bei dem Sensordaten zu Niederschlag, Pegelständen und anderen Echtzeitdaten gesammelt und KI-gestützt ausgewertet werden. Ziel dieses Projekts ist es, Hochwassergefahren frühzeitig zu erkennen und entsprechende Warnungen auszugeben.

In der Vergangenheit war Ergoldsbach bereits von Hochwasser betroffen, und aufgrund des fortschreitenden Klimawandels werden Extremwetterereignisse voraussichtlich jedes Jahr wahrscheinlicher. Das KI-Warnsystem in Ergoldsbach nutzt Daten 35 örtlicher Wetter- und Pegelsensoren im Gemeindegebiet, um Extremwettersituationen besser vorhersagen zu können. Diese Sensoren messen Parameter wie Niederschlagsmenge, Feuchtigkeit, Temperatur, Windrichtung und die Pegelstände an Gewässern. Zusätzlich fließen meteorologische Daten des Deutschen Wetterdienstes in das System ein und werden in Echtzeit ausgewertet. Die Künstliche Intelligenz prognostiziert die Entwicklung, beispielsweise die Pegelstände in den nächsten zwei Stunden, um eine drohende Hochwassergefahr für bestimmte Ortsteile zu erkennen.

Dieses Projekt ist eines von zehn Vorhaben, das im Rahmen des vom bayerischen Digitalministeriums ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital!" gefördert wird. Ergoldsbach erhält dafür eine Förderung in Höhe von 432.000 Euro. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend auch anderen Kommunen als Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stehen.

„Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern für die Menschen da. In Ergoldsbach nutzen wir innovative Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, um die Bevölkerung besser zu schützen und die Kommunen resilienter gegen Extremwetter zu machen. Wir setzen auf kluge Prävention mit Hilfe von Innovation. Im modernen Bayern wird KI damit vom Science-Fiction-Schreckgespenst aus der Zukunft zum Lebensretter in der Gegenwart", betonte Digitalminister Dr. Fabian Mehring bei einem Besuch des Vorzeigeprojekts. **DK**

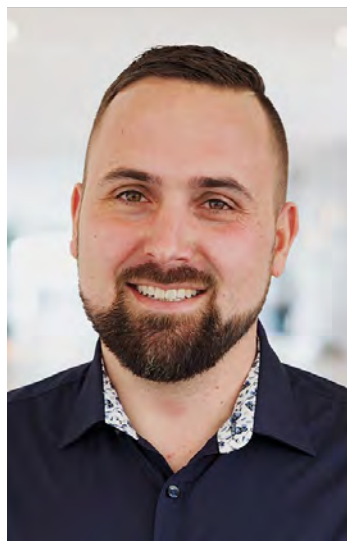


Bayerns Energiewende:

Gemeinden im Fokus

Daniel Ziehr, Leiter des bayerischen VSB-Regionalbüros, beleuchtet im Gespräch, wie Bayerns ambitionierte Klimaziele durch die Zusammenarbeit mit Gemeinden und den Einsatz innovativer Strategien erreicht werden können. Akzeptanz und maßgeschneiderte Beteiligungsmodelle legen seiner Meinung nach den Grundstein für eine erfolgreiche und nachhaltige Energiezukunft des Freistaates.

Könnten Sie uns zunächst einen Überblick über die aktuellen regionalen Klimaziele in Bayern geben und wie sich diese auf Gemeinden und Kommunen auswirken?
Daniel Ziehr: Bayern hat sich im Bereich der erneuerbaren Energien klare Ziele gesetzt. Bis Ende 2027 sollen in jeder Planungsregion 1,1 Prozent und bis Ende 2032 bayernweit 1,8 Prozent als Windenergieflächen ausgewiesen werden. Dies stellt eine große Chance für die Kommunen dar, selbstbestimmt zu handeln, indem sie geeignete Flächen an die regionalen Planungsverbände melden. Die Kommunen haben damit jetzt die Chance, selbstbestimmt den Ausbau erneuerbarer Energien mitzugestalten.
Wie können Kommunen und Gemeinden von Erneuerbaren Energien-Projekten profitieren?
Ziehr: Die Chance, von erneuerbaren Energieprojekten zu profitieren, sollte genutzt werden! Durch die Entwicklung maßgeschneiderter Beteiligungsstrategien können Kommunen und Gemeinden nicht nur finanzielle Vorteile realisieren, sondern auch lokale Wertschöpfung generieren. Darüber hinaus wird die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien zunehmend zu einem entscheidenden Standortvorteil. In einer Zeit, in der das Bewusstsein und die Nachfrage für Nachhaltigkeit steigen, sind Standorte mit Zugang zu erneuerbaren Energiequellen für potenzielle Neuansiedlungen attraktiver. Das macht Gemeinden, die auf erneuerbare Energien setzen, für Unternehmen besonders attraktiv.
Inwieweit ist es wichtig, dass die Entwicklung und Umsetzung von Erneuerbaren Energien-Projekten auf kommunaler Ebene von der Akzeptanz der Bevölkerung begleitet wird und wie sieht dies in der Praxis aus?



Daniel Ziehr, Leiter des VSB-Regionalbüros in Bayern Bild: VSB

Ziehr: Wir bei VSB sind davon überzeugt, dass Akzeptanz in der Bevölkerung ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Erneuerbaren Energien-Projekten ist. Bei VSB wird dieses Prinzip aktiv umgesetzt, indem Gemeinden und Bürger von Anfang an in die Planung einbezogen werden. Wir setzen auf eine breit angelegte frühzeitige Informationskampagne sowie auf umfassende Beteiligungsmöglichkeiten wie die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgersparmodellen oder die Zusammenarbeit mit Stadtwerken und anderen lokalen Akteuren. Die Maßnahmen werden immer individuell auf den Standort und die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde abgestimmt.
Welche konkreten Schritte unternimmt VSB, um sicherzustellen, dass die Erneuerbaren Energien-Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden können?
Ziehr: VSB verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung in der Projektentwicklung und Betriebsführung von erneuerbaren Energieanlagen, über 700 Projekte haben wir erfolgreich geplant und umgesetzt. Auch individuelle Energielösungen gehören zu unserer Kernkompetenz. Bei all unseren Projekten legen wir großen Wert auf eine professionelle und nachhaltige Planung sowie eine zuverlässige Betriebsführung. Damit stellen wir sicher, dass unsere Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden.
Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen VSB und den kommunalen Entscheidungsträgern, um eine nachhaltige Energieversorgung auf regionaler Ebene sicherzustellen?
Ziehr: Die Zusammenarbeit mit kommunalen Entscheidungsträgern gestaltet sich als ein partnerschaftlicher Prozess, in dem Transparenz, Kommunikation und gemeinsame Zielsetzungen im Vordergrund stehen. VSB arbeitet eng mit Gemeinden und Landkreisen zusammen, um nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, sondern auch lokale Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen.
Wie sehen Sie die Zukunft der erneuerbaren Energien in Bayern und welche langfristigen Pläne hat VSB, um die Gemeinden weiterhin auf ihrem Weg zur Energiewende zu unterstützen?
Ziehr: In Bayern sehen wir ein großes Potenzial für erneuerbare Energien: Als VSB-Regionalbüro in Bayern engagieren wir uns aktiv dafür, die Kommunen auf ihrem Weg zur Energiewende bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren im Freistaat voranzutreiben und zusammen mit regionalen Akteuren zu gestalten. Dafür setzen wir weiterhin auf maßgeschneiderte Beteiligungskonzepte, um die lokale Wertschöpfung zu stärken und die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Wir freuen uns darauf, mit den Kommunen und Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Eine gute Gelegenheit hierfür bietet sich am 23. April beim Bayerischen EnergieForum. Lassen Sie uns gemeinsam dem bayerischen Wind wieder Flügel verleihen!



Grüne Zukunft: Gemeinden sind der Motor der bayerischen Energiewende. Bild: VSB

Kontakt:

VSB Neue Energien Deutschland GmbH , Regionalbüro Regensburg, Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg |0941 298375 122 | bayern@vsb.energy ❐

Bad Berneck setzt auf Photovoltaik

Die Stadt Bad Berneck im Fichtelgebirge liegt im Landkreis Bayreuth und ist bekannt als Luftkurort und Heilbad. Wie alle Kommunen möchte auch Bad Berneck einen Beitrag zur Energiewende leisten, vor allem aber die Energiekosten für die Abwasseranlage senken. Wie hat die Stadt diese Aufgabe angepackt, ohne die Verwaltung zusätzlich zu belasten und ohne den Haushalt zu überfordern?

Die Stadt hatte zunächst mit dem eigenen Bauamt eine Liste aller städtischen Gebäude zusammengestellt, auf denen grundsätzlich eine Aufdach-PV-Anlage technisch machbar und sinnvoll erscheint. Für die weitere Bearbeitung und Auswahl eines wirtschaftlich sinnvollen Projektes aus dieser Liste hat sich die Stadt für eine enge Zusammenarbeit mit einem kommunalen Dienstleister, nämlich der KFB Leasfinanz GmbH aus Reuth bei Erbendorf entschieden. Die KFB ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen in der zweiten Generation und steht für „Kommunales Für Bayern“. Die KFB Leasfinanz GmbH ist ein Spezialist für kommunales Leasing und hat eine Lizenz hierfür von der BaFin. Bei PV-Anlagen übernimmt die KFB die Konzeptionierung, die Angebotseinholung bei den Bau- und Installationsfirmen und abschließend die langfristige Finanzierung.

Entscheidung für Mietkauf

Erster Bürgermeister Jürgen Zinnert erklärt die Details: „Wir haben der KFB die Aufgabenstellung genannt, mögliche Lieferfirmen vorgeschlagen und die KFB zum Verhandeln der Preise ins Rennen geschickt. Die KFB hat uns dann – unter Beachtung eines fairen Wettbewerbs – die erhaltenen Angebote zum Vergleich vorgestellt. Nach den – von der KFB durchgeführten – Bieterverhandlungen kam der Vergabevorschlag für den Stadtrat unter voller Transparenz zustande. Und nicht nur das, die KFB hat in der Folge unsere regionale Sparkasse und unsere Genossenschaftsbank in die Finanzierung miteinbezogen und die jeweiligen Konditionen angefragt. So konnte die KFB für die jeweils anstehende Objektfinanzierung mehrere Finanzierungsvorschläge mit unterschiedlichen Laufzeiten unterbreiten.“ Nach der Beratung im Stadtrat durfte die Stadt Berneck auch bei der Refinanzierung der Objekte durch die KFB Leasfinanz GmbH mitbestimmen. Die Entscheidung fiel zugunsten eines Mietkaufs. Die Vorteile des Mietkaufs fasst Robert Rüger, Geschäftsführer KFB kurz zusammen. „Beim Mietkauf werden die Gesamtkosten der Investition über eine vertragliche Laufzeit verteilt und durch fest definierte Mieten bezahlt. Sie erwerben unmittelbar wirtschaftliches Eigentum. Diese Form der Finanzierung kann sinnvoll sein, wenn Sie beispielsweise Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen, welche an den Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums geknüpft sind.

Bei der Größenordnung des Investments war bei der Stadt eine Rechtsaufsichtgenehmigung nach Art 72 BayGO (kreditähnliche Rechtsgeschäfte) nicht erforderlich. Dennoch sind die monatlichen Mietkaufraten geschätzten Erträge im Eigenverbrauch als durchlaufende Posten in den Haushalt aufzunehmen. Somit war eine direkte Kreditaufnahme für die Stadt Bad Berneck nicht erforderlich; ein weiterer Vorteil, weil nur die jährlichen Finanzierungsraten in den Haushalt eingestellt werden mussten. Dieser Punkt erleichterte die jeweils haushaltsrechtlichen Entscheidungen sehr.



Bürgermeister Jürgen Zinnert. Bild: Stadt Bad Berneck

Die Anlage ist komplett als Eigenverbrauchsanlage ausgelegt. Brandschutzauflagen wurden bei der Anlagenauslegung ebenso berücksichtigt wie die außerordentlich hohen Schneelasten im Fichtelgebirge. Die Kläranlage hat einen jährlichen Gesamtenergieverbrauch von 180.000 kWh. Auch mit den über 200 Modulen von jeweils 420 Watt (peak) auf der Dachfläche kann der Gesamtenergiebedarf der Kläranlage naturgegeben nicht vollständig abgedeckt werden, jedoch kann der Jahresverbrauch um 70 bis 90.000 kWh reduziert werden. Bei einem angenommenen Strompreis von 0,25 Euro pro kWh ergibt das jährliche Einsparungen von etwa 22.000 Euro. Einschließlich aller Kosten, das heißt Baukosten, Prüfungskosten einschließlich der Finanzierungskosten wird sich die Anlage damit nach weniger als 10 Jahren amortisiert haben.

Erster Bürgermeister Zinnert fasst zusammen: „So können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir in der Zusammenarbeit mit der KFB bei der Energiewende unseren Anteil als Stadt leisten und auch die Energiekosten bei der Abwasseranlage senken. Ja, die KFB hat uns bei der Konzeptionierung und Realisierung sehr geholfen. Die langfristige Finanzierung schont unseren Haushalt und lässt Luft für andere dringende Maßnahmen bei unseren kommunalen Pflichtaufgaben. Bei allen Projekten wäre zu überlegen, einen privatrechtlichen Dienstleister wie die KFB einzuschalten. Das gibt doch auch der Art. 61 der BayGO so vor: Aufgaben sollen in geeigneten Fällen daraufhin untersucht werden, ob sie durch private Dritte ebenso gut erledigt werden können.“ ❐

Die kommunale Wärmewende:

31. C.A.R.M.E.N.-Forum in Straubing

Die Wärmeplanung stellt Kommunen vielerorts vor die gleiche Frage: Wie lassen sich sinnvolle Konzepte erarbeiten und in die Tat umsetzen? Diese Fragestellung erörtert C.A.R.M.E.N. e.V. am 15. April 2024 in Straubing.

Die Besucherinnen und Besucher erwarten hilfreiche Impulse und Hintergrundinformationen rund um die Umsetzung der Wärmewende im kommunalen Umfeld und Vernetzungsmöglichkeiten mit den Wegbereitern und Akteuren der kommunalen Wärmewende!

Staatsminister Hubert Aiwanger eröffnet das Programm des 31. C.A.R.M.E.N.-Forums. Rund um den Titel „Kommunale Wärmewende – Rahmenbedingungen, Umsetzung und Best Practice“ werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Expertenbeiträge geboten, die einen Mehrwert für die Umsetzung der kommunalen Wärmewende vor Ort darstellen. Eine Podiumsdiskussion rundet die Veranstaltung ab. ❐

Weitere Informationen

Veranstaltung: https://t1p.de/4ed2u, **Programm:** https://t1p.de/32so0 und **Anmeldung:** https://t1p.de/3f6k9



EU-Verpackungsverordnung:

Kreislaufwirtschaft fördern

Die EU-Ratspräsidentschaft und die Vertreter des Europäischen Parlaments haben eine vorläufige politische Einigung über einen Vorschlag für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle erzielt. Ziel ist es, die steigende Menge der in der EU anfallenden Verpackungsabfälle zu bekämpfen und gleichzeitig den EU-Binnenmarkt für Verpackungen zu harmonisieren und die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) äußerte sich zum gefundenen Kompromiss positiv. „Der historische Höchststand bei Verpackungsabfällen kann nur durch eine stringente Abfallvermeidung und der Förderung von Wiederverwendung und Recycling verringert werden“, erklärte Vizepräsident Patrick Hasenkamp. Die Ziele zur Rezyklierbarkeit bis 2030 wären aus seiner Sicht voraussichtlich unerfüllbar, sollte der Gesetzgebungsprozess nicht noch in dieser EU-Legislaturperiode abgeschlossen werden können.

Deutliche Zunahme der Abfallmenge

Laut der Europäischen Kommission hat die Menge der Verpackungsabfälle in der EU in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 20 Prozent zugenommen und wird bis 2030 um weitere 19 Prozent ansteigen, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Bei Verpackungsabfällen aus Kunststoff ist bis 2030 mit einer Zunahme von 46 Prozent zu rechnen. „Diese Erhebungen zeigen: Wir benötigen zwingend eine stringente Lösung für den Ressourcenschutz und die Abfallvermeidung, um den Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft baldmöglichst zu gewährleisten. Hierfür setzen sich die kommunalen Unternehmen unermüdlich ein. Dafür brauchen wir auch die EU-Verpackungsverordnung“, unterstrich Hasenkamp.

In der vorläufigen Einigung werden die Planziele für 2030 und 2040 für den Mindestanteil an recyceltem Material in Kunststoffverpackungen beibehalten. Die Gesetzgebungsorgane einigten sich darauf, kompostierbare Kunststoffverpackungen und Verpackungen, deren Kunststoffanteil weniger als 5 Prozent des Gesamtgewichts der Verpackung ausmacht, von diesen Zielen auszunehmen. Die Kommission muss die Umsetzung der Ziele für 2030 überprüfen und die Machbarkeit der Ziele für 2040 bewerten.

Die neuen Vorschriften sollen unnötige Verpackungen reduzieren, indem ein maximaler Leerraumanteil von 50 Prozent bei Sammel-, Transport- und E-Commerce-Verpackungen festgelegt wird und die Hersteller und Importeure verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass Gewicht und Volumen der Verpackungen minimiert werden, mit Ausnahme von geschützten Verpackungsdesigns (vorausgesetzt, dieser Schutz war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bereits in Kraft).

Der Text legt neue verbindliche Wiederverwendungsziele für 2030 und Richtziele für 2040 fest. Die Zielvorgaben variieren je nach Art der von den Unternehmen verwendeten Verpackungen: alkoholische und alkoholfreie Getränke (mit Ausnahme von Wein und aromatisierten Weinen, Milch und anderen leicht verderblichen Getränken), Transport- und Verkaufsverpackungen (mit Ausnahme von Verpackungen für gefährliche Güter oder Großgeräte und flexiblen Verpackungen, die in direktem Kontakt mit Lebensmitteln stehen) sowie Sammelverpackungen. Auch Kartonverpackungen sind generell von diesen Anforderungen ausgenommen.

Kunden dürfen eigene Behälter mitbringen

Take-away-Betriebe wurden verpflichtet, ihren Kunden die Möglichkeit zu bieten, ihre eigenen Behälter mit kalten oder warmen Getränken oder Fertiggerichten ohne Aufpreis mitzubringen. Außerdem müssen bis 2030 10 Prozent der Produkte in Verpackungen angeboten werden, die für die Wiederverwendung geeignet sind.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten bis 2029 die getrennte Sammlung von mindestens 90 Prozent der Einwegplastikflaschen und metallischen Getränkeverpackungen pro Jahr sicherstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sie Pfandsysteme (DRS) für diese Verpackungsformate einrichten.

Die Gesetzgebungspartner einigten sich zudem darauf, die Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zur Einführung eines DRS auszunehmen, wenn sie im Jahr 2026 eine Getrenntsammlungsquote von über 80 Prozent erreichen und einen Umsetzungsplan mit einer Strategie zur Erreichung des übergeordneten Ziels von 90 Prozent Getrenntsammlung vorlegen.

Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate

Mit den neuen Vorschriften werden Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate eingeführt, darunter Einweg-Plastikverpackungen für Obst und Gemüse, für Lebensmittel und Getränke, Gewürze und Soßen im HORECA-Sektor, für kleine Kosmetik- und Toilettenartikel, die im Beherbergungsgewerbe verwendet werden (z. B. Shampoo- oder Bodylotion-Flaschen), und für sehr leichte Plastiktüten (z. B. solche, die auf Märkten für lose Lebensmittel angeboten werden).

Auch der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE) bezeichnete die vorläufige Einigung zur EU-Verpackungsverordnung als richtiges und wichtiges Votum: „Wir sind sehr erleichtert. Die EU-weit geltenden neuen Regeln für Verpackungen sind dringend notwendig, um die hochwertige ressourcen- und klimaschonende Kreislaufführung von Verpackungsabfällen weiterzuentwickeln. Genau dies ist wichtig“, erklärte Hauptgeschäftsführer Andreas Bruckschen in Berlin. **DK**



Gemeinsam erfolgreich: Beim LPV ziehen Politik, Stadt Würzburg und Naturschützer an einem Strang. Bild: LPV, Stephanie Möltner

20 Jahre Landschaftspflegeverband:

Gemeinsame Pflegeaktion im Dürrbachtal

Der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. (LPV) hatte anlässlich seines 20-jährigen Bestehens zu einer gemeinsamen Mitmachaktion von Mitgliedern und der BUND Naturschutz Ortsgruppe Dürrbachtal geladen.

Die Veranstaltung, die noch vor Beginn der Vogelbrutzeit stattfand, war ein großer Erfolg. Politiker, Beschäftigte der Stadt Würzburg und engagierte Naturschützer arbeiteten Hand in Hand, um gemeinsam eine völlig zugewachsene Trockenmauer wieder in einen attraktiven Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten zu verwandeln. Durch die zahlreichen helfenden Hände war die circa 30 Meter lange Trockenmauer in kurzer Zeit von beschattenden Gehölzen und Gestrüpp befreit.

„Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Schutz und die Förderung unserer Kulturlandschaft einer gemeinsamen Verantwortung unterliegen, die nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgreich bewältigt werden kann. Nach unserem beherzten Eingreifen finden gefährdete Schlingnattern oder Zauneidechsen wieder wertvollen Lebensraum im Dürrbachtal“, freut sich der 1. Vorsitzende des LPV, Bürgermeister Martin Heilig, und betont damit die Wichtigkeit des Artenschutzes.

Unter dem Motto „Wir lieben Landschaft“ ist der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. seit 2004 tätig. Ein wesentliches Merkmal aller Landschaftspflegeverbände ist die Drittelparität der Vorstandschaft. Sie setzt sich aus Vertretern der Landnutzer, des Naturschutzes und der Kommunalpolitik zusammen. Dadurch wird der Interessensausgleich zwischen den Gruppen sichergestellt, was die Erfolgsgeschichte des LPV seit über 20 Jahren prägt. ❐



IFAT Munich vom 13. bis 17. Mai 2024:

Rund 50 internationale Start-ups präsentieren ihre Innovationen

Green Stage: Aktionsfläche für Vorträge, Networking und Diskussionen

Die IFAT Munich präsentiert sich erneut als Startrampe für innovative Jungunternehmen der Umwelttechnologiebranche. Zwischen dem 13. und 17. Mai 2024 stellen sie sich der internationalen Fachwelt unter anderem in der Start-up Area, auf der Green Stage und bei speziellen Führungen vor.

„Während sich in anderen Wirtschaftsbereichen das Gründungsgeschehen abgekühlt hat, ist die Dynamik der Start-up-Szene in der Umwelttechnologiebranche ungebrochen hoch", freut sich Stefan Rummel. Der Geschäftsführer der Messe München führt dies hauptsächlich auf die langfristige, existentielle Bedeutung der bearbeiteten Themenfelder zurück. „Die Lösung der globalen Umweltprobleme – wie der Klimawandel und seine Folgen, verschmutzte Meere und Wassermangel oder wachsende Abfallberge und schwindende natürliche Ressourcen – gehört zu den großen Menschheitsaufgaben und bietet einen geradezu unbegrenzten Raum für innovative Ideen und neue Geschäftsmodelle", ist sich Rummel sicher.

Folgerichtig erhalten Jungunternehmen auf der IFAT Munich 2024 erneut ein breites Forum. So weist die Weltleitmesse für Umwelttechnologie zwischen 13. und 17. Mai dieses Jahres in Halle C4 wieder eine Start-up Area aus. In dem gesonderten Ausstellungsbereich stellen sich rund 50 Nachwuchsfirmen aus über 15 Nationen vor. Dazu gehört beispielsweise das norwegische Unternehmen Renasys, das mit einer neuartigen mechanischen Filtration die Abwasseraufbereitung revolutionieren will. „Unser Verfahren bietet beispiellos hohe Durchflussraten für Filtrationsstufen von 40 bis 5 Mikrometer", erläutert Christopher Sveen, Mit-Gründer und Geschäftsführer bei Renasys, und fährt fort: „Damit erreichen wir nicht nur eine überragende Effizienz bei der Partikelentfernung, sondern leisten auch Pionierarbeit bei der Rückgewinnung von Ressourcen, zum Beispiel von organischen Stoffen aus kommunalen Abwässern oder von Mineralien aus dem Bergbau." Sein Ziel ist es, auf der IFAT Munich weitere langfristige Partnerschaften zu schmieden, um gemeinsam einige der weltweit dringendsten ökologischen Herausforderungen anzugehen.

Die IFAT Munich 2024 markiert ferner den Markteinstieg von Solar Materials. Das Magdeburger Start-up hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit seiner patentierten Technologie Solarmodule vollständig zu recyceln. „Dabei werden nicht, wie bisher branchenüblich, nur Glas, Aluminium und Kupfer zurückgewonnen, sondern auch der kritische Rohstoff Silizium und das Edelmetall Silber", beschreibt Mit-Gründer Dr.-Ing. Jan-Philipp Mai. Nach seinen Worten sinken durch diese Wertschöpfung die Recyclinggebühren für Kunden wie Solarparkbetreiber und Modulhersteller. Aktuell verfügt das Unternehmen über eine jährliche Recyclingkapazität von bis zu 150.000 Modulen, die bereits im Jahr 2025 auf 500.000 Module ausgebaut werden soll.

Der „weltweit effizienteste und vertrauenswürdigste Marktplatz für Sekundärmetalle" zu werden ist derweil der Plan des im Jahr 2022 in Köln gegründeten Jungunternehmens Metycle. Die digitale Plattform ermöglicht Verkäufern und Käufern den Handel mit allen Arten von Metallen und Mischmetallen. Metycle managt dabei die gesamte Handelskette, so dass Schrotthändler und Metallsammler nicht selbst in Kontakt mit Recyclingunternehmen und Schmelzhütten treten. Die jeweiligen Parteien des Geschäfts können die Lieferkette in Echtzeit online verfolgen.

Täglich Führungen zu ausgewählten Start-ups

Neben dem Besuch der Aussteller der Start-up Area „auf eigene Faust" kann sich das Fachpublikum der IFAT Munich 2024 auch geführten Touren anschließen. An den Nachmittagen von Montag bis Donnerstag werden dabei unter sachkundiger Leitung ausgewählte Unternehmen des Sonderbereichs aufgesucht.

Als weiteres Informations- und Networkingangebot ist in die Start-up Area unter dem Namen „Green Stage" eine Aktionsfläche für Ausstellervorträge, Präsentationen von Verbänden und Partnerinstitutionen sowie wissenschaftlich orientierte Diskussionsrunden integriert. An den Vormittagen der vier ersten Messetage stehen hier jeweils rund zweistündige Vortrags- und Diskussionsblöcke zu für die Gründerszene besonders relevanten Themen auf dem Programm. So werden am Beispiel der automatisierten Demontage das Ende der linearen Wirtschaft und die Chancen von Industrie-Kollaborationen beleuchtet, während anhand des Bausektors aktuelle Ansätze für eine optimierte Kreislaufwirtschaft präsentiert und diskutiert werden. Weitere Schwerpunkte sind die technischen Umsetzungsmöglichkeiten aus der Bioökonomie sowie die Zusammenarbeit von Start-ups mit dem öffentlichen Sektor.

„Mit der Start-up Area erleichtern wir Jungunternehmen den Marktzugang und bieten einen ‚Verdichtungsraum der Gründerszene' an, aber selbstverständlich finden sich auch unter den sonstigen Ausstellern unserer 18 Hallen und des Freigeländes viele weitere spannende Newcomer", betont Philipp Eisenmann, Exhibition Director der IFAT Munich.

Erstmalig und direkt als Hauptaussteller in Halle B5, Stand 124 dabei ist WeSort.AI. Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren entwickelte sich das im Jahr 2021 gegründete Würzburger Unternehmen von einer vielversprechenden Idee zu einem beachteten Akteur in der Recyclingbranche. Spezialisiert auf die granulare Analyse und Sortierung von Abfallobjekten mittels Künstlicher Intelligenz (KI) und Objekterkennung, revolutioniert WeSort.AI die Abfallwirtschaft. „Mit unserer Lösung erschließen wir neue Fraktionen und erreichen bislang unerreichte Reinheiten", erklärt Co-Founder Nathanael Laier und fährt fort: „Ein Highlight unserer Technologie, das Produkt ‚BatterySort', leistet einen wesentlichen Beitrag zur Brandprävention in Sortieranlagen. Wir werden dieses auf der IFAT Munich auch auf der Green Stage in einem Vortrag vorstellen." Die Technologie ist bereits erfolgreich bei verschiedenen Recyclern in Deutschland im Einsatz, im Jahr 2024 werden weitere KI-Analyse- und Sortiermaschinen installiert.

Welche hervorragenden Entwicklungen ehemalige Nachwuchsfirmen nehmen können, zeigt das Beispiel von Greyparrot. Das britische Unternehmen präsentierte schon bei der letzten IFAT Munich im Jahr 2022 – damals noch als Teil der Start-up Area – sein innovatives System, das mittels KI und maschinellem Lernen den Abfallsortierungsprozess optimiert. Auch in diesem Jahr ist Greyparrot wieder in München dabei, diesmal jedoch als „regulärer" Aussteller in Halle B4, Stand 137.

Fortschritt durch Zusammenarbeit

„In den vergangenen zwei Jahren ist es bei uns auf vielen Feldern massiv vorangegangen – von der Erweiterung unserer Abfallerkennungsbibliothek auf mehr als 70 Kategorien über die Installation von über 100 Greyparrot-Analyzers in 14 Ländern bis hin zu unserer kürzlich angekündigten strategischen Partnerschaft mit Bollegraaf, dem weltweit größten Hersteller von Recyclinganlagen", berichtet Mikela Druckman. Und die CEO von Greyparrot blickt weiter nach vorne: „Fortschritte bei der Bewältigung der globalen Abfall- und Ressourcenkrise können nur erzielt werden, wenn wir zusammenarbeiten. Wir freuen uns daher erneut auf die IFAT Munich, um herauszufinden, wie unser System die internationalen Hauptakteure des Recyclingsektors noch weitgreifender unterstützen kann." ❐

Leuchtende Turnschuhe und brennende Recyclinganlagen

Schwerpunkt Elektroaltgeräte: Aktuelle Herausforderungen bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024"

Dass der Akku des Smartphones in Brand geraten kann, ist vermutlich allgemein bekannt – welche Probleme lithiumhaltige Batterien in der Entsorgung darstellen, wird klar, wenn Container in Wertstoffhöfen oder Abfallbehandlungsanlagen brennen. „Das Risiko von Bränden ist mittlerweile so hoch, dass es immer schwieriger wird, Versicherungen für Recyclinghöfe abzuschließen," erklärt Jürgen Beckmann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU). Rund 1.400 Feuerschäden in Wertstoffhöfen und Recyclingbetrieben jeweils mit einer Schadenssumme von mindestens 200.000 Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren gemeldet. Eine Vielzahl an rechtzeitig gelöschten Entstehungsbränden ist hierbei gar nicht erfasst.

Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024" am LfU in Augsburg die aktuellen Herausforderungen bei der Entsorgung speziell von Elektroaltgeräten. Neben der Brandgefahr durch Lithium-Batterien ging es auch um die Frage, wie mit kleinsten elektrischen Bauteilen umzugehen ist.

Bei falscher Handhabung oder Entsorgung im Restmüll kann eine Lithium-Batterie für Nutzer und Entsorger gefährlich werden: Es sind Brände für die gesamte Sammel- und Entsorgungsphase dokumentiert, sowohl im Haushalt, am Wertstoffhof, in Müllfahrzeugen als auch in Recyclinganlagen. Hat sich ein Brand durch Lithium-Ionen- Akkus erst einmal entwickelt, ist dieser nur schwer wieder zu löschen.

Immer mehr Elektrogeräte werden auf den Markt gebracht: Waren es deutschlandweit im Jahr 2016 noch etwa 2 Millionen Tonnen Elektrogeräte, so stieg die Zahl im Jahr 2022 auf bereits rund 3 Millionen Tonnen – ein Anstieg um 50 Prozent. Derzeit liegen Produkte wie Möbel oder Sofas mit elektronischen Zusatzfunktionen, „smarte" Sportbekleidung und Turnschuhe mit Leuchtsohle stark im Trend. Da sie eine fest integrierte elektrische Funktion aufweisen, zählen auch diese Produkte zu den Elektro- und Elektronikgeräten, die am Ende der Nutzungsphase in vorgesehenen Sammel- und Rücknahmestellen abgegeben werden müssen.

„Wirksame Lösungen kommen im Kollektiv", betonte Werner Bauer von der ia GmbH-Wissensmanagement und Ingenieurleistungen bei der Diskussion über Lösungsansätze für die Branche. Die Entsorgung und das Recycling von Elektrogeräten müssen bereits bei der Entwicklung und im Design neuer Produkte mitgedacht werden, z.B. durch eine modulare Bauweise von Produkten, bei der die elektrischen Einheiten einfach durch die Nutzer entfernt werden können. Auch die erweiterte Herstellerverantwortung durch Rücknahme- und Entsorgungspflichten müsse angegangen werden.

In der Diskussion wurden auch Forderungen nach einem Verbot bestimmter Einwegprodukte laut. Die von Bayern initiierte Bundesratsinitiative zum Verbot von Einweg E-Zigaretten fand viel Zuspruch. „Es geht um praxisgerechte und für die Verbraucherinnen und Verbraucher alltagstaugliche Lösungen", fasste der Vizepräsident des LfU, Dr. Richard Fackler, das Ziel im Umgang mit Elektroaltgeräten zusammen. ❐

Umweltminister Glauber:

Dauerhafte Erfolgsprojekte

Ehrung für BUND Naturschutz Kreisgruppe Günzburg, Energiewende Oberland – Bürgerstiftung für erneuerbare Energien und Energieeinsparung, Naturpark Ammergauer Alpen e.V. und die Umweltstation Dingolfing-Landau: Die vier Einrichtungen wurden von Umweltminister Thorsten Glauber für ihre Umweltbildungsangebote ausgezeichnet. Sie zählen damit zu den aktuell rund 150 Trägern des Qualitätssiegels „Umweltbildung.Bayern".

Umweltbildung

„Umweltbildung lebt vom Mitmachen. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir den Umwelt- und Klimaschutz fest in der Gesellschaft verankern", betonte Glauber. „Mehr als 30.000 Veranstaltungen werden von den Qualitätssiegelträgern jedes Jahr in Bayern angeboten. Damit erreichen wir mit unseren Bildungsangeboten mehr als eine Million Menschen. Mit dem Qualitätssiegel wollen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern weiter stärken und zum Mitmachen motivieren. Unsere Partner füllen die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern mit Leben und machen aus Projekten Herzensangelegenheiten."

Seit 2006 verleiht das Umweltministerium das Qualitätssiegel gemeinsam mit dem Kernteam „Umweltbildung.Bayern" an Einrichtungen, Selbstständige sowie Netzwerke, die hochwertige (Umwelt-)Bildungsangebote im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) anbieten. Mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen tragen die Partner insbesondere Umwelt- und Klimaschutzthemen in die breite Öffentlichkeit. Die Auszeichnung erfolgt befristet für drei Jahre und kann verlängert werden. Das Umweltministerium stellt jährlich insgesamt rund 3,8 Millionen Euro für die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern bereit.

Wie das Umweltministerium weiter mitteilte, wird der Moorschutz in Bayern weiter gestärkt. Rund acht Millionen Euro fließen in den kommenden fünf Jahren in drei neue große Moorprojekte in Schwaben. Die neuen Projekte liegen im Gundelfinger- und Leipheimer Moos in den Landkreisen Dillingen an der Donau und Günzburg, im Dattenhauser Ried im Landkreis Dillingen an der Donau sowie im Gennachhauser Moor mit den Korbseemooren im Landkreis Ostallgäu. Sie werden durch das Bayerische Umweltministerium und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Moorschutz und Landesgartenschauen

Bayern verfügt insgesamt über rund 220.000 Hektar Moorflächen. Der Freistaat will diese kostbaren Lebensräume noch besser schützen. Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, bis 2040 insgesamt 55.000 Hektar wiederzuvernässen.

Nach Angaben von Umweltminister Glauber baut der Freistaat zudem die finanzielle Unterstützung für Landesgartenschauen deutlich aus und fördert die Kommunen künftig zusätzlich auch bei der Durchführung einer Gartenschau. „Landesgartenschauen schaffen Chancen für die Kommunen. Sie bieten Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ermöglichen grüne Oasen in den Kommunen und fördern Naherholung und Naturerlebnisse vor Ort. Durch eine deutliche Erweiterung des staatlichen Förderangebots sollen die Landesgartenschauen auch in Zukunft ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben können", erklärte Glauber.

Künftig werden auch die Ausgaben der Kommunen für die Durchführung einer Landesgartenschau mit bis zu einer Million Euro gefördert. Außerdem wächst die Investitionsförderung auf bis zu sechs Millionen Euro an. Damit ist die Förderung einer Landesgartenschau durch den Freistaat mit bis zu sieben Millionen Euro möglich.

Derzeit erhalten Kommunen, die eine Landesgartenschau durch führen, Zuwendungen für Investitionen zur Schaffung von Grün- und Erholungsstrukturen. Förderfähig sind unter anderem dauerhafte Pflanzbereiche, Ruhezonen, Teichanlagen oder das Wegesystem. Die höchstmögliche staatliche Förderung dafür liegt derzeit bei fünf Millionen Euro. Diese Fördersumme wird um eine Million Euro angehoben. Hinzu kommt künftig eine weitere Million zur Förderung der Durchführungskosten, beispielsweise für Personal.

Das Umweltministerium hat seit 1980 Gartenschauen mit insgesamt knapp 80 Millionen Euro gefördert. Dadurch wurden bislang über 530 Hektar dauerhafte Grün- und Erholungsflächen in Bayern geschaffen. Über 25 Millionen Gäste haben die Gartenschauen bisher besucht. Die nächste Landesgartenschau findet in diesem Jahr in Kirchheim bei München statt, im Jahr 2025 ist Furth im Wald Ausrichter. Für das Jahr 2026 wird nach der Absage der Stadt Tittmoning nach einer Ersatzlösung gesucht. **DK**

Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura:

Gemeinsam für die Artenvielfalt

Am 3. März fand der Welttag des Artenschutzes statt, der von den Vereinten Nationen als Aktionstag zum Schutz bedrohter Wildtier- und Pflanzenarten ausgerufen wurde. Ein Anlass für die Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura, verschiedene Interessierte aus der Region in die Gemeindebücherei Oberhaid einzuladen, um über wirksame Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt zu informieren und Akteure zu vernetzen.

Die Landwirtschaft gestaltet, pflegt und erhält unsere Kulturlandschaften, unterstützt damit die Biodiversität und setzt mit Leidenschaft und in hoher Eigeninitiative Strategien zur Förderung der Artenvielfalt um, die weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen.

Sehr erfreulich war die rege Teilnahme von 25 Interessierten aus unterschiedlichen Bereichen. So waren neben biologisch und konventionell wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten und einer Biodiversitätsbeauftragten einer Kommune auch Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, dem örtlichen Bauhof, der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), des Gemeindeverbundes ILE-Jura-Scheßlitz und der Obst- und Gartenbauvereine anwesend.

Referentin Aline Stieglitz von der Bioland-Naturschutzberatung führte anhand ihrer praktischen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ein Bündel an Möglichkeiten vor, wie sowohl im Ackerbau und Grünland als auch an der Hofstelle Rückzugsräume und Wandermöglichkeiten für Insekten und Wildtiere geschaffen werden können, und das zum Teil mit kleinen und schnell umsetzbaren Maßnahmen als Kleinstbiotop. Besonders interessant war für die Teilnehmer die Erkenntnis, dass nur 10 Prozent der Ackerunkräuter Schaden verursachen. Die nicht störenden 90 Prozent könnten erhalten werden und bilden ein wichtiges Angebot an Nahrung für Wildbienen und andere Insekten, die für Bestäubung und als „Vogelfutter" enorm wichtig sind. Ein großes Problem für bodenbrütende Vögel sind im Frühsommer nicht angeleinte Hunde in der Flur.

Für mehr Teilhabe an Bildungsprojekten

Schon während des Vortragsteils sammelten die Anwesenden Umsetzungsideen. Beispielsweise wie ein etwas späterer Schnitt von Wiesen und Kleegras zum Schutz von Feldlerchen, veränderter Heckenschnitt durch Kommunen und Wegegemeinschaften, einfache Stein- und Sandhaufen und Totholzaufschüttungen. Ebenso wünschen sich die Akteure der Landwirtschaft eine zunehmende Teilhabe an Bildungsprojekten, um auch den Sinn und Wert einer erfolgreichen Maßnahme zu kommunizieren: Manche Vorhaben, wie der Radikalschnitt einer Hecke scheint im ersten Zug falsch, fördert aber die Neubildung einer Hecke und die Lichtausnutzung und wird in der Regel nur auf jährlich wechselnden kleinen Teilstücken umgesetzt. Aus einigen Gesprächen nach dem Vortrag könnten noch konkrete Projektideen entstehen. ❐

Mehr Stadtbegrünung gegen Hitze und Entsiegelung

Bürgerdelegierte überreichen ihre Empfehlungen zur Klimavorsorge an Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder

Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundesregierung ein entschlossenes Handeln gegen die Folgen des Klimawandels. Das ist das zentrale Ergebnis der fünf regionalen Dialogveranstaltungen zur Klimaanpassung, die der Staatssekretärin Christiane Rohleder im Bundesumweltministerium übergeben wurden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern mehr innerstädtisches Grün gegen die Hitze und die Entsiegelung von Flächen, damit das Regenwasser wieder in den Boden gelangen kann. Außerdem möchten sie, dass die Entnahme von Grundwasser zum Schutz der Ressourcen klar geregelt wird und sie vor Wetterextremen geschützt arbeiten, lernen und wirtschaften können, damit Leistungsfähigkeit und Gesundheit erhalten bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere ÖPNV und Bahn, müsse auch bei Extremwetterereignissen und Hitze zuverlässig funktionieren.

Umweltstaatsekretärin Christiane Rohleder: „Die Klimakrise wird in Deutschland immer stärker spürbar. Das belegen die in den letzten Jahren zunehmenden Wetterextreme wie Dürren, Hitzewellen und Starkregen. Wie sich in Zukunft Klimafolgen mindern und Lebensqualität erhalten lässt, zeigen uns Bürgerinnen und Bürger mit ihren Zukunftsbildern und machen konkrete Vorschläge für die Politik. Die Ergebnisse helfen bei der weiteren Entwicklung der neuen Klimaanpassungsstrategie, in der wir die Perspektiven und Vorschläge aus der Bevölkerung berücksichtigen."

Gemeinschaftliches Engagement

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes: „Die fünf Dialoge haben bestätigt, dass die Menschen sich von den Folgen des Klimawandels betroffen fühlen und zu Lösungen beitragen wollen. So legen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger Wert darauf, dass Menschen im Klimawandel gesund bleiben und sich und andere besser schützen können. Dafür wollen sie beispielsweise gekühlte öffentliche Räume bei Hitze, aber auch eine bessere Aufklärung über Risiken. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem grünen, lebendigen Wohnumfeld und klimaangepassten Gebäuden ist ebenfalls die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Engagement erkennbar. Das ist eine große Chance, um Klimaanpassung auch vor Ort umzusetzen."

Thema Klimaanpassung bekannter machen

Die Bürgerinnen und Bürger fordern beim Thema Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen auch, dass die Entnahme von Grundwasser klar geregelt und die Energieversorgung dezentralisiert wird, um die Versorgung sicherzustellen. Der Zugang zu klimaangepassten öffentlichen Räumen müsse für alle und gerade die besonders von Hitze betroffenen Bevölkerungsgruppen ohne lange Wege ermöglicht werden. Insgesamt wünschen sie sich, dass das Thema Klimaanpassung in der Bevölkerung bekannter wird und notwendige Maßnahmen besser akzeptiert werden. Deswegen sollten Bildung, Kommunikation und Beteiligung dazu verstärkt werden.

Hintergrund

Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes trafen sich im Herbst letzten Jahres zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in fünf Dialogveranstaltungen in den unterschiedlich vom Klimawandel betroffenen Regionen Ostseeküste in Wismar, Mittelelbe in Dessau-Roßlau, Rhein-Ruhr in Duisburg, Rhein-Main in Worms und Bayerischer Wald in Zwiesel. Jeweils zwei Tage lang erarbeiteten insgesamt 331 Personen Ideen und Empfehlungen dazu, wie sich die Zukunft im Klimawandel lebenswert gestalten lässt. Bürgerdelegierte aus den verschiedenen Regionen haben heute die Empfehlungen dem Bundesumweltministerium übergeben.

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Die Bundesregierung entwickelt derzeit die Deutsche Anpassungsstrategie aus dem Jahr 2008 weiter und will bis Ende 2024 eine neue, vorsorgende Anpassungsstrategie an den Klimawandel vorlegen. Diese Strategie ist im neuen Klimaanpassungsgesetz verankert, das im November 2023 vom Bundestag verabschiedet wurde. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Fachwelt werden in die Arbeiten zur neuen Klimaanpassungsstrategie der Bundesregierung einfließen.

Weitere Informationen:

- Empfehlungsbroschüre: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/empfehlungen-von-buergerinnen-buergern-fuer-die
- Dialog Klimaanpassung (BMUV): https://www.bmuv.de/buergerservice/beteiligung/ueberblick-beteiligung/dialog-klimaanpassung-leben-im-klimawandel
- Dialog Klimaanpassung (UBA): https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-bundesebene/dialog-klimaanpassung#undefined ❐

„Unser Wald braucht einen Kurswechsel in Brüssel"

Österreich und Bayern sehen in der derzeitigen EU-Umweltpolitik eine Gefahr für den Erhalt zukunftsfähiger Wälder und einer lebenswerten Heimat. Mit der „Salzburger Erklärung" appellieren der österreichische Forstwirtschaftsminister Nobert Totschnig und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber an die EU, einen sofortigen Kurswechsel zu vollziehen: „Wir fordern eine europäische Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit den Glauben an die Europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Nur mit den Waldbesitzern, und nicht gegen sie, sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft."

Bundesminister Totschnig würdigte die Charta als einen wichtigen Schulterschluss zwischen Bayern und Österreich: „Die wachsende Bürokratie aufgrund des Green Deals und die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen sind nur einige Beispiele, die unsere Waldbäuerinnen und -bauern beschäftigen. Deshalb tragen wir Verantwortung für unsere Regionen, unseren Wald und künftige Generationen, denn nur durch die Selbstbestimmung über die Waldbewirtschaftung können wir dieser gerecht werden."

Gegen Bevormundung

Forstministerin Kaniber zufolge ist die Charta ein klares Zeichen gegen Bevormundung und Misstrauen seitens der EU: „Wir erwarten, dass unsere Waldbesitzer in Brüssel mit am Tisch sitzen. Wir brauchen eine praxisnahe EU-Politik, die den Waldbesitzern dabei hilft, ihre Wälder an den Klimawandel anzupassen, anstatt immer wieder neue Bürokratiemonster zu erschaffen."

Wald und Waldbewirtschaftung haben in Österreich wie in Bayern einen besonders hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Mit über vier Mio. Hektar in Österreich und 2,6 Mio. Hektar in Bayern sind beide Länder ausgesprochen waldreich. Gerade im ländlichen Raum ist die Waldbewirtschaftung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sichert allein in Österreich und Bayern entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz insgesamt 480.000 Arbeitsplätze bei einer Wertschöpfung von mehr als 44 Mrd. Euro jährlich. Seit Generationen leisten Waldbesitzerfamilien mit der Pflege ihrer Wälder einen unverzichtbaren Dienst für die gesamte Gesellschaft. Denn nur bewirtschaftete, stabile Wälder liefern nachhaltig den klimafreundlichen Rohstoff Holz, reinigen die Luft, filtern Trinkwasser, bewahren die Artenvielfalt und schützen vor Lawinen, Muren, Steinschlägen und Hochwasser. ❐



V.l.: Der Einladung von David und Hermann Lindner folgten der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Karl Josef Schubert, der Südtiroler Gemeindenverbandschef Andreas Schatzer, Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden für den Bayerischen Gemeindetag und Keynote-Speaker Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB. Bild: Lindner Traktoren

Kommunalforum Alpenraum:

„KI in den Gemeinden muss es der Bevölkerung leichter machen"

Künstliche Intelligenz ist keine Zukunftsvision, sondern im Alltag vieler Gemeinden schon präsent: Das war ein Fazit des Kommunalforums Alpenraum, das im Innovationszentrum des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner in Kundl über die Bühne ging.

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter und -vertreterinnen aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI. Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen. Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!" David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Traktoren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

Ethik und Datenschutz im Fokus

In der abschließenden Talkrunde diskutierten Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bayerischer Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Raggl (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor. KI würde bereits heute in vielen Bereichen eingesetzt: Bei Übersetzungen, im Rechnungswesen, aber auch bei der Raumplanung. Der Tenor: KI muss dazu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden. „Am Ende wird die natürliche Intelligenz weiter wichtiger bleiben als die künstliche", brachte es Karl-Josef Schubert auf den Punkt.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische Gemeinde-Zeitung und Bauhof-online. Alle Infos auf www.kommunal-forum-alpenraum.eu und auf LinkedIn. ❐



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l. Andreas Meier (Neustadt an der Waldnaab), Willibald Gailler (Neumarkt), Regierungspräsident Walter Jonas, Polizeipräsident Thomas Schöniger, Vizepräsident Robert Fuchs, Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach), Franz Löffler (Cham), Tanja Schweiger (Regensburg), Thomas Ebeling (Schwandorf), Andrea Degl (Bayerischer Landkreistag) und Roland Grillmeier (Tischenreuth). Bild: Joachim Gebhardt

Zuwanderung beherrscht die Oberpfälzer Landrätetagung

Landkreis-Quoten bei rund 90 Prozent

Regensburg. Die Flüchtlingsproblematik beherrscht nach wie vor die politische Diskussion – das wurde deutlich bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte, die sich in Brennberg im Landkreis Regensburg bei Gastgeberin Tanja Schweiger trafen. Die sieben Kommunalpolitiker unter Vorsitz des Amberg-Sulzbacher Landrats Richard Reisinger tauschten sich auch mit Regierungspräsident Walter Jonas aus.

Jonas brachte denn auch die ersten Zahlen ins Spiel: In der Oberpfalz lägen die Städte über der angestrebten Quote, die Landkreise auch schon bei rund 90 Prozent. Etwa 80 Prozent der Ankerzentrum-Einrichtungen seien mit Flüchtlingen belegt, nach weiteren Unterkünften werde mit Hochdruck gesucht. Allerdings betrage der Anteil der sogenannten „Fehlbeleger" knapp 38 Prozent – wären diese in anderen Wohnungen untergebracht, würde sich die Lage merklich entspannen. Da aber Wohnungen allerorten fehlen, würde sich das Unterbringungsproblem nur in den Verantwortungsbereich der Gemeinden verlagern.

Mehr zentrale Einrichtungen wären Franz Löffler (Landkreis Cham) zufolge der effizientere Weg. Bis dahin sei die Anwendung des sogenannten „Königsteiner Schlüssels" zur Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Landkreise notwendig. In ihm sei festgelegt, dass damit alle Gemeinden in die Unterbringung einbezogen werden.

Nach wie vor gebe es Gemeinden mit 2.000 Einwohnern, die keine Flüchtlinge aufgenommen hätten, andere seien dafür überbeansprucht. Tanja Schweiger (Regensburg) schloss die Beschlagnahme kommunaler Turnhallen, von Gemeinden, die bislang keine Flüchtlinge beherbergen, nicht länger aus, Thomas Ebeling (Schwandorf) sah flexible Lösungen lieber als feste Quoten. Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach) sprach sich ebenfalls für zentrale Unterbringungsstellen aus, damit die Quoten leichter erfüllt werden können und eine effizientere Versorgungslogistik gewährleistetet sei.

Jonas appellierte, die Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge besser zu nutzen, die teils auch in der Unterkunft vorhanden seien. Willibald Gailler (Neumarkt) bestätigte, dies für seinen Landkreis bereits zu tun. Andreas Meier (Neustadt/Waldnaab) sah dabei ein Problem: Durch den Datenschutz stehe man sich selber im Weg. Das bestätigte Tanja Schweiger, die auf die Tatsche hinwies, dass sogar erst der Bundestag darüber entscheiden müsse, ob Ausländeramt und Sozialämter ihre Daten austauschen dürften. Bezüglich der Zuwanderungsperspektive geht der Regierungspräsident davon aus, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Zugänge wie im vergangenen Jahr bewegen werde.

Bürokratieabbau

Das zweite Thema: Bürokratieabbau. Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, berichtete aus diesem Gremium, dass sie bis dato 330 Vorschläge aus den Landkreisen zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen erhalten habe. Zeitnah werde man der Staatskanzlei diese Liste vorlegen mit der Bitte um Bearbeitung. Vorgeschlagen wurde unter anderem eine digitale Informationsplattform, in der alle vorhandenen Fördermöglichkeiten zusammengefasst seien. Auch die Digitalisierung sei eine Kernforderung des Landkreistages, ebenso eine Lösung, die verhindere, dass der kalte Strukturwandel bei den Krankenhäusern so weitergehe.

Über die Stärkung der Vertrauensleute für Schwerbehinderte referierte Andrea Wagner, Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, zusammen mit Bezirksvertrauensperson Dr. Christoph Vatter. Einstellung, Beratung, Betreuung, Förderung, Hilfe, das alles seien die Aufgaben der Vertrauensleute auch bei den Landkreisverwaltungen. Sie seien zwar nicht im Personalrat vertreten, aber als eigene Interessenvertretung handlungsfähig und sollten in alle Entscheidungen, Schwerbehinderte betreffend, einbezogen werden.

Die Sicherheitslage schilderten am Ende der Oberpfälzer Polizeipräsident Thomas Schöniger und Vizepräsident Robert Fuchs. Auch hier nahmen die Asylbewerber breiten Raum ein – komme es doch speziell in Regensburg und anderen Städten vermehrt zu bandenähnlichen Gruppierungen bestimmter Nationalitäten, die immer mehr Straftaten verübten und denen ein Gefängnisaufenthalt wenig ausmache. Trotzdem liege die Aufklärungsquote im Präsidium bei fast 70 Prozent, ein Beweis, dass man in der Oberpfalz noch sicher leben könne. ❐



V.l. Franz Schonlau, Bayerngrund, Sorya Lippert, 2. Bürgermeisterin Schweinfurt, Franz-Josef Sauer, 1. Bürgermeister Arnstein, Berthold Stahl, Sparkassw Schweinfurt-Haßberge, Roland Reichert, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayerngrund und Bereichsleiter Sparkassen & Finanzinstitutionen der BayernLB. Bild: Bayerngrund

Bayerngrund:

Eröffnung in Schweinfurt

Im März hat der Geschäftsführer der Bayerngrund GmbH, Franz Schonlau, die neue Geschäftsstelle der Bayerngrund im Rahmen einer Feier und im Kreis von zahlreichen Vertretern unterfränkischer Kommunen, unterfränkischer Sparkassen und vielen Mitarbeitern offiziell eröffnet.

Roland Reichert (Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerngrund) hob in seinem Grußwort die außergewöhnlich große Nachfrage gerade auch unterfränkischer Kommunen hervor, Bayerngrund mit ihren unterschiedlichen Dienstleistungen bei den kommunalen Infrastrukturprojekten vertrauensvoll einzubinden. Mehr als 50 Prozent aller bayerischen Kommunen haben bisher Bayerngrund-Dienstleistungen bei den unterschiedlichsten Projekten genutzt. Mit der Neueinstellung von 10 erfahrenen und kompetenten Projektleitern in den vergangenen 12 Monaten wurde Bayerngrund der stetig wachsenden Nachfrage gerecht. Bayerngrund steht jetzt in Franken „auf zwei Beinen" und ist noch besser erreichbar und auch noch schneller „vor Ort". Die künftig expandierende Geschäftsstelle in Schweinfurt und die etablierte Geschäftsstelle in Nürnberg bilden ein starkes, verantwortungsvolles Team für ihre fränkischen kommunalen Kunden.

Die zweite Bürgermeisterin der Stadt Schweinfurt, Sorya Lippert, unterstrich die Bedeutung des Standortes auch für ihre Heimatstadt. Viele Aufgaben warten in Schweinfurt und der unmittelbaren Region auf eine nachhaltige Realisierung in einer Zeit des Umbruchs. Die Bayerngrund, das „Bauamt auf Zeit" ganz nah am fränkischen Kunden, sei genau jetzt der richtige Schritt. Berthold Stahl, Vorstand der Sparkasse Schweinfurt-Haßberge, verwies im Namen aller unterfränkischen Sparkassen auf das langjährige und erfolgreiche Zusammenwirken mit Bayerngrund zum Vorteil der fränkischen Kommunen. Die räumliche Nähe wird diese Zusammenarbeit noch weiter befeuern. Mit Franz-Josef Sauer, Bürgermeister der Stadt Arnstein und Vertragspartner bei einer Wohnbaugebietsentwicklung, sprach der Vertreter der unterfränkischen Gemeinden ein eindringliches Schlusswort an alle Festgäste: „Die ländliche Region ist wichtiger denn je. Sie sichert u.a. unsere Ernährung, ist der Standort für regenerative Energiegewinnung und stellt bezahlbaren Wohnraum. Damit die Infrastruktur des ländlichen Raums mit ihren Aufgaben mitwachsen kann, braucht es verlässliche und leistungsfähige Partner wie die Sparkassen und die Bayerngrund, die mit ihrer Kompetenz auf Augenhöhe die Kommunen bei der Lösung der schwierigen Herausforderungen partnerschaftlich begleiten." ❐

GZ ZU GAST BEI ...



© Thomas Scheuplein

Kathrin Alte

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Schon in jungen Jahren war ich im Gemeinderat und im Kreistag in meiner früheren Heimat in Oberfranken tätig. Die Politik begleitet mich eigentlich schon immer, sowohl ehrenamtlich als auch beruflich. Den Anstoß als Bürgermeisterin in Anzing anzutreten, gab dann aber Ilse Aigner: Sie ermutigte mich, zu kandidieren und selbst die Dinge zu gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich hatte ja schon einiges an kommunalpolitscher Erfahrung sammeln dürfen, deshalb war es mir wichtiger, weniger auf Schulungen zu gehen, sondern mich ehrenamtlich in Anzing einzubringen, reinzuhören, was wirklich gebraucht wird im Dorf und gemeinsam mit einem großartigen Team Ideen für Anzing zu entwickeln.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich musste wie alle Bürgermeister 2020 mitten im Lockdown anfangen mit der Arbeit. Das war zu Beginn eine gute Schule und hat uns in der Verwaltung gleich für die nächsten Herausforderungen wie die Flüchtlingsunterbringen mit Beginn des Ukraine-Kriegs vorbereitet. Gleichzeitig stand eine Haushaltskonsolidierung an und es musste unsere „Offene Ganztagsschule" für 130 Kinder und ein neuer Kindergarten noch umgesetzt werden. Das hat jetzt den Vorteil, dass der Gemeinderat und die Eltern dem ab 2026 geforderten Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung sehr gelassen entgegensehen können.

Ich hatte und habe sehr großes Glück, dass ich eine hervorragende und hoch motivierte Verwaltung habe. Wir konnten das alles managen und gleichzeitig haben wir die notwendige Digitalisierung schnellstmöglich umgesetzt. So konnten wir während der Pandemie gut arbeiten und für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Auch unsere Gemeindefinanzen sind heute stabil. Ich bin wirklich froh und dankbar darüber, was wir in den vergangenen vier Jahren geschafft haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell planen wir gemeinsam mit der Wohnbaugesellschaft des Landkreises Ebersberg 24 bezahlbare Wohnungen, die mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (Komm-WFP) umgesetzt werden. Ganz bewusst bauen wir kleine Wohnungen für Auszubildende, Berufsanfänger und die Mitarbeiter unserer Einrichtungen wie Kindergärten, Offene Ganztagsschule und Pflegeheim. Auch die Belebung des Ortskerns ist uns im Gemeinderat sehr wichtig: Wir sanieren ein gemeindeeigenes Gebäude mit Unterstützung der Städtebauförderung und schaffen so neue Räume für unsere Musikschule mitten im Dorf. Endlich können wir auch unsere 60 Jahre alte Grundschule renovieren: Für 450.000 Euro bauen wir jetzt im Sommer neue sanitäre Anlagen ein und investieren in die Barrierefreiheit. Wichtig ist mir auch die kommunale Energiewende. Auf den Liegenschaften der Gemeinde werden derzeit PV-Anlagen installiert. Und in diesem Jahr geht es mit großen Schritten weiter mit der Digitalisierung der Verwaltung für mehr Bürgerservice in Anzing.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Finanzlage bleibt das große Thema, auch bei uns ist der Landkreis unter großem Druck und steigender Aufgabenlast. Hier sitzen wir alle in einem Boot und brauchen, um finanziell handlungsfähig zu bleiben, nicht nur kreative Vorschläge, sondern Unterstützung von Bund und Land. Wo künftig Flüchtlinge untergebracht werden sollen – und vor allem wer sich um die Menschen kümmert – bleibt für uns alle eine Kernfrage. In Anzing stehen in den kommenden Jahren zahlreiche Großprojekte an: Unsere Schulturnhalle muss saniert werden, ein neuer Bauhof mit Wertstoffhof steht an und wir müssen auch eine renovierungsbedürftige Sportgaststätte auf einen guten Weg bringen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bürgermeisterin sein zu dürfen, ist ein großes Privileg und eine erfüllende, wenn auch ab und an anstrengende Tätigkeit. Am besten ist, wenn man das mit gesundem Menschenverstand, einer Prise Humor und der Einstellung, sich nicht verbiegen zu lassen, angeht.

Für Frauen im Bürgermeisteramt gibt es da noch einige besondere Herausforderungen. In der ARGE „Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetags, deren Sprecherinnen die Kollegin Susanne Hoyer und ich sind, unterstützen wir uns hier gegenseitig und bilden ein starkes Netzwerk. Das kann ich insbesondere den Kolleginnen und allen, die Bürgermeisterin werden möchten, ans Herz legen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Anzing ist im besten Sinne ein Dorf und wir haben eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft mit vielen Ehrenamtlichen. Als Bürgermeisterin kann und will ich da mittendrin sein und höre rein, was den Leuten unter den Nägeln brennt. Alle nötigen Kommunikationstools, die den Informationsfluss und den Austausch fördern (Social Media, Gemeindeblatt, Bürgerversammlung online übertragen usw.), nutzen wir im Rathaus auch dafür.

Wir haben darüber hinaus eine gute und konstruktive Diskussionskultur im Gemeinderat und in der Verwaltung. Das war bei meinen Vorgängern schon so. Das heißt auch eine umfassende Vorbereitung mit digitalen Fraktionssprecherrunden, wöchentlichen Bürgermeisterbesprechungen. Das ist mir wichtig mit Blick auf die Ehrenamtlichen: Bessere Information und Vorbereitung trägt dazu bei, dass der Gemeinderat schneller zu Entscheidungen kommt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses sind in diesem Prozess nicht nur gute Rat- und Ideengeber für mich, sondern auch für den Gemeinderat.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ergänzt und verbessert heute schon den Service für die Bürgerinnen und Bürger und unterstützt die Arbeit der Gemeinderäte. Das ist nicht die Zukunft, sondern gelebte Realität und übrigens für viele Bürger im Alltag und Beruf eine Selbstverständlichkeit. Dass Behörden und Verwaltung da so langsam sind, verstehen viele nicht. Dazu gehört meiner Meinung auch, dass z.B. hybride Gemeinderatssitzungen zum Standardprogramm werden. In Anzing wollen wir das bis zur Kommunalwahl 2026 umsetzen: Wir wollen im Gemeinderat auch künftig Berufstätige oder junge Eltern dabei haben, die sich bei Bedarf online reinschalten können und dann auch mitentscheiden können. Da geht es nicht darum, die Präsenzsitzung abzuschaffen, sondern ein Angebot vorzuhalten, das, wenn es beruflich oder familiär nötig ist, die Gemeinderatsarbeit erleichtert.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Keep your eyes on the stars and your feet on the ground." (Theodore Roosevelt) ❐

Bezirk Niederbayern:

Mediziner warnen vor zu viel Digitalisierung im Unterricht

Bezirkstagspräsident: „Müssen technologischen Wandel mit Augenmaß vorantreiben"

Rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zwischen zehn und 17 Jahren zeigt eine problematische Nutzung von digitalen Medien, wie Zahlen einer Untersuchung der DAK zusammen mit der Uniklinik Hamburg-Eppendorf zeigen. Hochgerechnet sind das 1,3 Mio. Kinder und Jugendliche und damit rund dreimal so viel wie vor der Pandemie. Suchtkriterien erfüllen sechs Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Heißt: Sie vernachlässigen Aktivitäten, setzen den Konsum trotz Leidensdruck und negativer Konsequenzen fort, erleben Kontrollverlust. Obwohl die absoluten Zahlen im Vergleich zu 2022 etwas rückläufig sind und die Mediennutzungszeit in der Freizeit insgesamt leicht stagniert, alarmieren die Suchtzahlen und die damit verbundenen Konsequenzen den Bezirk Niederbayern als Träger psychiatrischer Einrichtungen in der Region.

Dr. Tanja Hochegger ist Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Landshut. Sie sagt: „Wir wissen, dass unsere Patienten, die Medien exzessiv nutzen, andere Probleme wie soziale Isolation, Depressionen, Ängstlichkeit, Selbstwertdefizite oder auch ADHS damit kompensieren wollen. Wir wissen auch, dass das Belohnungssystem bedient wird, etwa durch viele ‚Likes'. Für die Entwicklung einer Abhängigkeit ist allerdings nicht die Expositionsdauer entscheidend, sondern die persönliche Vulnerabilität. In jedem Fall ist die Behandlung digitaler Abhängigkeiten für alle Beteiligten, auch für die Kinder- und Jugendpsychiatrie eine große Herausforderung.

Deshalb sei es wichtig, schon in jungen Jahren ein „normales Medienverhalten" zu vermitteln. „Zielführender als ein Verzicht auf digitale Medien ist eine altersentsprechende Nutzung verbunden mit guter Aufklärung und Präventionsarbeit", so Hochegger. Dem Alter und Entwicklungsstand entsprechend brauche es ein qualitatives Heranführen zur Medienkompetenz. „Hier spielen natürlich die Eltern, aber auch Schule und Politik eine entscheidende Rolle. Der alleinige Verzicht auf Medien im Schulalltag ohne attraktive Alternativen und Blick auf das Verhalten außerhalb der Schule wird keine Option sein. Die Etablierung von Medienklassen ohne klares Konzept muss ebenso kritisch betrachtet werden." Eine gute Nachricht sei, dass erste Präventionsmaßnahmen bereits Wirkung zeigten.

Prof. Dr. Matthias Keller, Chefarzt der Kinderklinik Dritter Orden in Passau und enger Kooperationspartner des Bezirkskrankenhauses Passau, sagt: „Gerade in jungen Jahren erlernen wir Grundfähigkeiten, die für unsere spätere Entwicklung unverzichtbar sind. Bücher und Stifte sind dabei wichtige Werkzeuge im Lernerwerb. Gut gemeint ist allerdings nicht immer gleich gut gemacht. Klar ist, dass wir Kinder an den Umgang mit digitalen Medien strukturiert heranführen müssen. Aber bei der Vermittlung von Grundfertigkeiten und Wissen zu früh und zu stark auf Laptops und Tablets zu setzen, wäre verkehrt. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fehler machen, die wir später bereuen."

Die Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche auf spätere Herausforderungen vorbereitet und mit Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen „ausgestattet" würden, habe langfristige Konsequenzen für das einzelne Kind, aber auch für die Resilienz und Innovationskraft der Gesellschaft im Gesamten, so Keller weiter. Laptops und Tablets seien nicht geeignet, um Kindern und Jugendlichen den Umgang mit den sozialen, gesellschaftlichen, fachlichen und intellektuellen Fragestellungen der Zukunft zu vermitteln. „Ich appelliere dafür, die Digitalisierung als Mittel des Lernerwerbs und der Wissensvermittlung insbesondere an den Grundschulen und frühen Jahrgangsstufen mit Bedacht voranzutreiben."

Die Jüngsten nicht überfordern

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Die Behandlungszahlen in unserer Kinder- und Jugendpsychiatrie sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. In dieser Lage dürfen wir die Jüngsten unserer Gesellschaft nicht überfordern. Digitalisierung ist wichtig und inzwischen integraler Bestandteil unseres Alltags, der technologische Wandel sollte allerdings mit Augenmaß vorangetrieben werden. Die Politik muss dabei auf die Expertise unserer Medizinerinnen und Mediziner hören. Wir müssen die Warnungen vor einer Überforderung der Kinder- und Jugendlichen ernst nehmen – und, wie etwa in Schweden und Dänemark geschehen, unseren Kurs wenn nötig korrigieren." Dass Fachleute wie Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer vom Universitätsklinikum Ulm bei einer Fachveranstaltung des Bezirks Niederbayern im vergangenen Jahr zu größter Vorsicht beim Einsatz digitalen Medien in Grundschulen aufgerufen haben, müsse Gehör finden und zu politischen Konsequenzen führen.

Beim bayerischen Philologenverband rückte das Thema der Frühdigitalisierung nach einer Umfrage unter seinen Mitgliedern ebenfalls in den Fokus. Denn: Eine große Mehrheit der befragten Lehrkräfte sprach sich laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Verbandes gegen zu viel Digitalisierung im Unterricht aus – gerade in den unteren Jahrgangsstufen. **- kh -**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Ein Gespenst geht um in Europa. Nein, es ist diesmal nicht der Kommunismus, den ja, siehe China oder Nordkorea, nicht mal mehr die Kommunisten ernst nehmen. Nein, das derzeitige Gespenst heißt Krieg.

In einem unserer Nachbarländer, der Ukraine, tobt der Krieg aktuell so brutal und unmenschlich wie sinnlos. Die Menschen leiden. Ihnen wird ihre Zukunft zwischen rauchenden Trümmern und verwüsteten Landschaften genommen. Die Infrastruktur wird zerstört, die zivile Wirtschaft ruiniert und die Natur in einem Maße nachhaltig geschädigt, dass sich eigentlich ganze Heerscharen von Aktivisten von den Baumhäusern in Grünheide, wo sie gegen den Bau von Elektroautos demonstrieren, schwingen und schnurstracks zum Roten Platz in Moskau begeben müssten, wenn sie es mit ihrer Sorge um die Umwelt redlich meinen würden. Viel Spaß beim Ankleben dort.

Präventiv der Gefahr des Krieges begegnen

Im Nahen Osten herrscht Krieg in Gaza. Mag er nach dem Terrorüberfall auf Israel auch rechtlich wie moralisch gerechtfertigt sein, die Bilder der Opfer kommen jeden Abend zu uns via Fernsehen oder Social Media – die Binnenflüchtlinge in Gaza und die Geiseln der Hamas. Free them all!

Nicht zuletzt erinnert der Überfall des Islamischen Staats in Moskau daran, dass es noch einen permanenten Krieg auf der Welt gibt, der ohne Vorwarnung, gnadenlos und sinnlos Opfer fordert – der globale Terror im Namen einer Religion.

Das hinterlässt natürlich auch in unserer Gesellschaft Spuren. Die Bereitschaft der Ukraine mit Geld und Waffen zu helfen ist weiterhin überraschend hoch in einem Land, dem so wie keinem anderen der Frieden zur zweiten Natur wurde, nach den schrecklichen Kriegen im vergangenen Jahrhundert. Der Kanzler und sein Fraktionsvorsitzender versuchen ja derzeit, aus parteitaktischen Gründen die Friedensglocke zu läuten und verweigern Waffenlieferungen oder wollen den Krieg „einfrieren", was ja gegenwärtig nur die Kapitulation der Ukraine bedeuten kann. Aber anders als bei den Irakkriegen oder der Bombardierung Libyens ist keine Erleichterung in der Bevölkerung zu spüren, dass Deutschland sich aus allem raushält.

Die Forderung nach einem Einfrieren des Kriegs unterstützen nur die Parteien am ganz rechten und am ganz linken Rand des politischen Spektrums. Die windigen Ausflüchte des Kanzlers zu Taurus-Lieferungen sind schon so gründlich von Experten, Presse und Politik auseinandergenommen worden, dass der SPD-Parteivorsitzende und sein Generalsekretär sich nur noch in Befehle zum Debattenende flüchten. Als ob in einer Demokratie Kritik an „Das-gilt-Scholz" Majestätsbeleidigung wäre.

Da kann der Bundesverteidigungsminister noch so sehr darauf dringen, dass Deutschland bald kriegstüchtig wird, da kann der Bundesgesundheitsminister fordern, die Krankenhäuser besser auf Konfliktfälle vorzubereiten, da kann die Bundesbildungsministerin die Sensibilisierung von Schulen für Kriege anmahnen (der Thüringer Ministerpräsident und sein Kultusminister gehören der vielfach umbenannten SED an, vielleicht haben die ja noch einen alten DDR-Lehrplan zur Wehrkunde an der Hand) – solange die Bundesregierung nach Moskau nichts anderes als das Signal aussendet „Wir haben Angst vor euch und deshalb kuschen wir", wird es weder für Deutschland noch für das demokratische Europa Sicherheit durch Abschreckung geben.

In diesen Ostertagen beklagen wir den Tod Jesu und feiern seine Auferstehung, die der Menschheit Erlösung brachte und ein Fanal für den Frieden sein sollte. Da ist es bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr wie in den letzten gut 30 Jahren ganz weit hinten im Bewusstsein abzulegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen. Aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden: In der Unterstützung der Ukraine, in der Solidarität mit Israel, in der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terror, vor allem aber in einer konsequenten Aufrüstung Deutschlands und Europas.

Auch wenn es alles andere als erbaulich ist, wir müssen uns an den Satz des römischen Militärschriftstellers Vegetius erinnern: „Wer (den) Frieden wünscht, bereitet (den) Krieg vor."

Ihr Pino

Sudetendeutsche Landsmannschaft:

Märzgedenken in Donauwörth

Ca. 100 Besucher waren zum Märzgedenken in die Donauwörther Promenade gekommen. Der Sohn des verstorbenen Obmannes Erwin Hofmann, Martin Hofmann, begrüßte die Gäste. Zusammen mit Wolfgang Fackler (MdL) und dem Interimsvorsitzenden der Donauwörther Sudetendeutschen, Kurt Aue aus Augsburg (gleichzeitig Obmann des Kreisverbands Augsburger Land und Mitglied des Landesvorstandes Bayern) hatte Hofmann zu der Feier geladen.

Wolfgang Fackler erinnerte an die schrecklichen Ereignisse am 4. März 1919, als ein friedlicher Aufstand der Sudetendeutschen in mehreren, damals tschechoslowakischen, Städten gleichzeitig mit militärischer Gewalt von der tschechischen Armee blutig niedergeschlagen wurde. Es gab 54 Tote.

Blick nach vorn

Der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorre lobte die Aufbauarbeit der Sudetendeutschen nach dem Krieg und sprach dafür den Dank aus. Das Mitglied der Sudetendeutschen im Landesvorstand Bayerns, Kurt Aue, der aus Augsburg angereist war, ging auch kurz auf die Ereignisse im März 1919 ein. In seinem Grußwort blickte er nach vorne und gab zu verstehen, das man in Donauwörth die Ortsgruppe der Sudetendeutschen und den Kreisverband wieder neu beleben werde. Er habe Gespräche mit dem Donauwörther Vorstand der Egerländer Gmoi, Peter Krebs, geführt, so dass man eine Fusion mit den „Egerländern" anstrebe. Aue bat alle Mitglieder der Sudetendeutschen und der Egerländer Gmoi weitere Verhandlungen aufzunehmen.

Sudetendeutscher Tag

Abschließend lud Aue alle Anwesenden zum Besuch des Sudetendeutschen Tages an Pfingsten in Augsburg ein. Mit den Klängen der Donauwörther Stadtkapelle unter der Stabsführung von Josef Basting endete die feierliche Kundgebung. ❐



V.l. vor dem Gedenkstein der Sudetendeutschen in der Donauwörther Promenade: Landesvorstandsmitglied Kurt Aue, MdL Wolfgang Fackler, Oberbürgermeister Jürgen Sorré und Martin Hofmann. Bild: oH

Mehr denn je für Heimatpflege und Erinnerung

„Bayern bleibt bundesweit führend bei der Förderung der Belange der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler". So kommentiert Dr. Petra Loibl, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, dass auf Initiative der Regierungsfraktionen auch heuer wieder umfassende zusätzliche Mittel für diesen Bereich bereitgestellt werden. Das sei, so die Beauftragte, eine hervorragende Gemeinschaftsleistung, besonders aber auch der Verdienst von Josef Zellmeier, MdL, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Landtag, mit dem gemeinsam es gelungen sei, die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler mehr denn je zu berücksichtigen. „Gerade in einer Zeit, in der die Betroffenen Gegenwind aus Berlin spüren, ist das ein wichtiges Zeichen. Schließlich sind die Aussiedler und Vertriebenen die besten Brückenbauer ins östliche Europa", so Dr. Loibl.

Gefördert werden nicht weniger als zwölf Projekte und Initiativen für die Vertriebenen und Aussiedler in Bayern sowie die Heimatverbliebenen mit einer Gesamtsumme von 1.237.000 Euro. Für ein neues „Haus der Heimat" in Landshut werden allein 700.000 Euro zur Verfügung gestellt, und auch das Kulturwerk der Siebenbürger Sachsen erhält im Jahr des dreifachen Gedenkens an 800 Jahre Beginn der Siedlungstätigkeit Deutscher in Siebenbürgen, 80 Jahre Deportation und Vertreibung eines Teils der Bevölkerung und 75 Jahre des Bestehens von Landes- und Bundesverband 100.000 Euro. Eine Förderung in gleicher Höhe fließt an die Karpatendeutschen unter anderem für die nachhaltige Zukunftssicherung der von ihnen herausgegebenen Zeitung „Karpatenpost". Ferner wird auch die institutionelle Förderung für das Kulturwerk Schlesien in Würzburg um 20.000 Euro erhöht.

Unterstützung für vielfältige Projekte

Mit fünfstelligen Summen unterstützt werden der BdV Bayern (50.000 Euro), das Egerland-Museum in Marktredwitz (40.000 Euro), das am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung der Universität Regensburg angesiedelte Forschungsprojekt „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945-2020" (50.000 Euro), eine Ausstellung zur Geschichte und Gegenwart wolgadeutscher Auswanderer in Argentinien (30.000 Euro), ein Musikworkshop für schlesische und fränkische Jugendchöre (12.000 Euro), die Sammlung karpatendeutschen Liedguts und ein Onlineportal zur besseren Erfassung, Pflege und Zugänglichkeit karpatendeutschen Kulturerbes (35.000 Euro), die Teilnahme einer Oppelner Damenfußballmannschaft an der „Europeada 2024" im deutsch-dänischen Grenzgebiet (20.000 Euro) und die Wiederherstellung des Wappenbaums in Neugablonz (80.000 Euro).

Beeindruckt zeigt sich die Beauftragte vor allem vor der Vielfältigkeit der Projekte und Initiativen, die verschiedenste Aspekte des kulturellen Lebens der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler betreffen. „Mit dieser Förderung", ist sich Dr. Loibl sicher, „setzen wir gewaltige Potentiale frei und können sehr viel bewegen. Deshalb war es so wichtig, dass wir hier nicht an der falschen Stelle gespart, sondern gezielt Initiativen bezuschusst haben, die sich der Kulturpflege, Erinnerung und Verständigung der Völker verpflichtet fühlen". ❐

Landkreis München:

Gemeinsames Bildungsverständnis

Bildung beschränkt sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche. Sie ist ein lebenslanger Prozess, der sich von der Geburt bis ins hohe Rentenalter erstreckt. Im Landkreis München gestaltet eine Vielzahl von Akteuren die Bildungslandschaft. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter aus den Gemeinden und Städten, dem Landratsamt sowie Mitarbeitende aus den Volkshochschulen kamen Ende Februar auf Einladung des Bildungsbüros im Landratsamt zum ersten kommunalen Bildungsdialog zusammen, um sich auf den Weg zu einem gemeinsamen Bildungsverständnis zu machen.

Im Fokus der Diskussion standen dabei die kommunale Verantwortung von Bildung, die Verankerung von Bildungsthemen in kommunalen Gremien und die Arbeit an einem Bildungsleitbild. Seit dem vergangenen Jahr koordiniert das Bildungsbüro im Landratsamt im Rahmen des ESF+ Förderprogramms „Bildungskommunen“ die aktive Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München. Uwe Hacker, Leiter des Referats Kinder, Jugend und Familie, in dem das Bildungsbüro verortet ist, eröffnete die Veranstaltung mit der in eine Frage verpackten Erkenntnis, dass Bildung sich darin ausdrücke, immer wieder neue Fragen zu stellen, und damit ein lebenslanger Prozess sei. Eine erfolgreiche kommunale Bildungslandschaft erfordere ein gemeinsames Verständnis aller Bildungsakteure. Es sei eine überaus komplexe Aufgabe, die nur kooperativ mit allen Bildungsakteuren bewältigt werden kann, so Hacker weiter.

Grundlage: Gemeinsames Bildungsverständnis

Elternhaus und Schule sind maßgeblich für den Bildungserfolg von Kindern verantwortlich. Aber auch das Angebot vor Ort hat entscheidenden Einfluss auf die persönliche und berufliche Entwicklung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters. Die Kommunen beeinflussen dabei die Rahmenbedingungen für Bildungsanbieter und Lernende in hohem Maße und tragen somit auch Verantwortung im Sinne der Bildungsgerechtigkeit.

„Uns war es wichtig, mit den verschiedenen kommunalen Akteuren über unser Verständnis von Bildung zu diskutieren und darüber, wie wir die komplexe Bildungslandschaft im Landkreis in Zukunft so gestalten können, dass bedarfsgerechte Angebote für alle entstehen. Bildung hört eben nicht nach der Schule auf. Um Bildungsgerechtigkeit über alle Lebensphasen zu fördern und so auch Lebensumstände zu verbessern, müssen die verschiedensten Akteure an einem Strang ziehen“, so Jessica Schmid, die fachliche Leiterin des Bildungsbüros.

Einig war man sich, dass ein erfolgreiches Bildungsmanagement nur dann gelingen kann, wenn Schnittstellen in der Bildungslandschaft identifiziert und Doppelstrukturen vermieden werden. Insbesondere im Bereich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, einem Schwerpunktthema der Veranstaltung, wurde deutlich, dass die konkreten Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar sind, um ein kommunales Leitbild für die Bildung im Landkreis München zu entwickeln.

„Mit dem Bildungsdialog haben wir einen ersten Schritt getan, einen Diskurs über die künftige Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München anzuregen. Viele weitere müssen aber noch folgen. Neben den kommunalen Akteuren werden in den nächsten Schritten auch Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie staatliche Akteure einbezogen“, so Patrick Siskov, Bildungsmanager des Landkreises München, zum Abschluss der Veranstaltung.

Das ESF+ Förderprogramm „Bildungskommune“

Der kommunale Bildungsdialog ist ein Baustein innerhalb des Bundes Förderprogramms „Bildungskommune“ des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF+). Weitere sind die Schaffung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, die Entwicklung eines ganzheitlichen Leitbilds und einer Bildungsstrategie, die Etablierung einer analog-digital vernetzen Bildungslandschaft, der Aufbau eines kommunalen digitalen Bildungsportals sowie die zielgerichtete Vertiefung von Bildungsthemen über eine thematische Schwerpunktsetzung. Im Landkreis München sind dies die Themen Fachkräftesicherung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beraten wird das kommunale Bildungsmanagement im Landkreis München durch die Regionale Entwicklungsagentur für Kommunales Bildungsmanagement Bayern (kurz: REAB). Ziel der regionalen Entwicklungsagenturen ist es unter anderem, beim Ausbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements zu unterstützen und Kommunen in Fragen der Bildungssteuerung individuell zu begleiten. ❐

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8/2024, die am 18. April 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Kindergärten**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum Bayerischen Energie- und WasserkraftForum am 23.4.2024 in Gunzenhausen sowie eine Beilage KFB LEASFINANZ GMBH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Bamberg:

Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit

Ein aktueller Bericht zeigt erstmals gebündelt das vorhandene Engagement der Landkreisverwaltung für Nachhaltigkeit in der Region

„Der Landkreis Bamberg leistet mit seinem vielfältigen Engagement in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit einen klaren Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030.“ Dieses Fazit wird in einem Bericht gezogen, der Ende vergangenen Jahres im Auftrag der „SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ für das Landratsamt Bamberg erstellt wurde.

Unter Beteiligung vieler Fachbereiche wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, um aufzuzeigen, in welchem Umfang die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bereits durch die tägliche Arbeit der Verwaltung berücksichtigt und bearbeitet werden. „Wirtschaftlich prosperierende Jahre und ein entsprechender politischer Wille haben dem Landkreis ermöglicht, in der Breite der Verwaltung umfangreiche freiwillige Leistungen und tragfähige Konzepte im Bereich Nachhaltigkeit zu entwickeln“, so das Autorenteam.

Umfassender Blick

In zehn Handlungsfeldern, von der „Nachhaltigen Verwaltung“ über „Lebenslanges Lernen und Kultur“ bis zu „Wohnen und nachhaltige Quartiere“ bietet der Bericht erstmals in dieser Breite einen umfassenden Überblick über Projekte und Maßnahmen, die von der Landkreisverwaltung ausgehen. Bürgerinnen und Bürger, aber auch Wirtschaftsunternehmen, Politik oder Wissenschaft erhalten damit die Möglichkeit, mit ihrem Engagement an vorhandene Strukturen anzuknüpfen. Dies ist wichtig, da gerade in Zeiten knapper Personal- und Geldressourcen gute Ideen nicht bei Null starten müssen, sondern die Synergien sinnvoll genutzt werden sollten.

Landrat Johann Kalb begrüßt den Bericht als Basis für Information und Partizipation ausdrücklich und ruft alle Akteure auf, die Verwaltung des Landkreises als Partner für eine nachhaltige Entwicklung der Region zu verstehen: „Das Landratsamt ist ein Dienstleister für die Anliegen der Bevölkerung und der Unternehmen. Für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Landkreises Bamberg als einer florierenden und lebenswerten Region ist der Schulterschluss zwischen allen Menschen, Einrichtungen und Unternehmen eine Voraussetzung.“ Für ihn sei die nun vorliegende Bestandsaufnahme der Ausgangspunkt für die strategisch ausgerichtete, nachhaltige Weiterentwicklung des gesamten Landkreises. Dabei sollen weitere konkrete Ziele und Maßnahmen möglichst verbindlich aufgeführt und regelmäßig überprüft werden. Ein Förderantrag zur Gewinnung der dafür notwendigen Expertise wurde durch das Bildungsbüro des Landkreises bereits gestellt.

Interessierte können den Bericht zur Bestandsaufnahme unter www.bildungsregion-bamberg.de/angebote/nachhaltiger-landkreis-bamberg herunterladen. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin
Dienstag, 23. April 2024, 10:00 - 16:30 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-energieforum.de

Veranstalter
Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
gemeinsam mit
Bayerischer Gemeindetag

So erreichen Sie das Bayerische Energie- & WasserkraftForum

Unter www.bayerisches-energieforum.de → Veranstaltung 2024 → Veranstaltungsort können Sie direkt Ihre Route planen.
→ ÖPNV: Der Bahnhof Gunzenhausen liegt etwa 1,4 km entfernt. Eine Busverbindung ist vorhanden.
→ PKW: Zahlreiche kostenfreie Parkmöglichkeiten stehen vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag
- Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen: 15,- €
- Wirtschaftsvertreter: 110,- €
- Abonnenten der BGZ: 70,- €

pro Person, zzgl. USt.
Die Rechnungsstellung erfolgt nach Anmeldung.

Verköstigung
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung
Bayerische GemeindeZeitung
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-energieforum.de /besucheranmeldung

Unsere Partner und Aussteller

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Landeshauptstadt München Referat für Klima- und Umweltschutz
VBEW Energie. Wasser. Leben.
uniper
GVB Genossenschaftsverband Bayern
schwaben netz
WIRTSCHAFTSRAT RECHT
ALPE PIPE SYSTEMS
Bayerische Energietage Energiewende Hier. Jetzt!
bayerische energie agenturen
egis eg
Erdwärme Grünwald
LfL Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
terahash
RIWA
ROMOLD Wenn's um Schächte geht!
SONNTAG Wirtschaftsprüfung. Steuer. Recht.
UNTERSTÜTZER TEAM ENERGIEWENDE BAYERN
Verbund
VSB
Bayern Grund
bayernwerk netz
Corwese
ENIANO
RIETZLER GRUPPE
ENERPIPE
energie schwaben
juwi
LfA Förderbank Bayern
SENERTEC energie.anders.leben
SWM Stadtwerke München
MAGELLAN Geografisches Informationssystem
BAYERISCHER GEMEINDETAG
GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de
TV BAYERN LIVE

BAYERISCHE GemeindeZeitung
BAYERISCHER GEMEINDETAG

BAYERISCHES ENERGIE- & WASSERKRAFT FORUM

Dienstag, 23. April 2024
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-energieforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht. Weitere Vorträge folgen. Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-energieforum.de.

Das WPG in Bayern: Erste Schritte hin zur Kommunalen Wärmeplanung
Fabian Schatz |
Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Wärmeversorgung 2045
Gunnar Braun | VKU Landesgruppe Bayern, Verband Kommunaler Unternehmen e.V.

Die kommunale Wärmeplanung der Stadt München – ein Praxisbeispiel
Birgit Schott & Clemens Hecker |
Landeshauptstadt München

N.N.
n.n. | ENIANO GmbH

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und Einführung eines Energie-Management-System
Reinhard Kofler | RIWA GmbH

N.N.
Juliane Hauskrecht | con|energy consult gmbh

Wettlauf um die Milliarden – Wer sollte wann was tun?
Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Grundlagen und Förderungen im Bereich Wasserstoff
Thomas Eichenseher | Landesagentur für Energie und Klima (LENK)

Eine Strommarktanalyse – Erlöse aus EE-Anlagen und die finanzielle Beteiligung der Kommune
Martin Strobl | Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)

Kommunale Wärmeplanung – Lösungen von energie schwaben
Dr. Sylke Schlenker-Wambach | energie schwaben gmbh

Energiedorf Bundorf – Energiewende ganzheitlich gedacht: Strom – Wärme – E-Mobilität
Pascal Lang | EGIS eG

H2vorOrt – die Transformationsplanung der deutschen Gasverteilnetze und die Ausgestaltung in Bayerisch-Schwaben
René Schoof | schwaben netz gmbh

Kommune und Genossenschaft – so funktionierts
Max Riedl | Genossenschaftsverband Bayern e.V.

100 Jahre Walchenseekraftwerk
Dr. Klaus Engels | Uniper Kraftwerke GmbH

Stahlrohre für Wasserkraftwerke
Alois Kluibenschädl | ALPE PIPE SYSTEMS GmbH & Co KG

Ladesäuleninfrastruktur (AT)
Karl Weber | Romold GmbH

Neuerungen aus dem Energie-Atlas Bayern
Clemens Borkenhagen & Martina Reinwald |
Ökoenergie-Institut Bayern im Bayerischen Landesamt für Umwelt (ÖIB)

Energiewende und flexible Wasserkraft
Dipl.-Ing. Herfried Harreiter |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

Der Wasserkraftbetreiber vom physikalisch-technischen Hintergrund zur Umsetzung wesentlicher Zukunftsthemen
Dipl-Ing. Georg Loy |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

N.N.
n.n. | naturstrom AG

Bitcoin als ESG-Technologie & Energie-Infrastruktur: ökonomische und ökologische Chancen für den Standort Deutschland
Kristian Kläger | terahash.energy GmbH

Wärmenetze im ländlichen Raum erfolgreich umsetzen
Karina Schröder | Enerpipe GmbH

Mit Strom durch den Winter – ein Erfahrungsbericht
Detlef Fischer | Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW e.V.

Geothermie in Bayern – So gelingt's!
Andreas Lederle | Erdwärme Grünwald

N.N.
Dr. Thomas Reif | Sonntag & Partner Partnerschaftsgesellschaft mbB

Wärme und Daten im Einklang – Wie Kommunen mit klimafreundlichen Wärmenetzen und High-Speed Internet zugleich versorgt werden können
Jürgen Schuster | Corwese GmbH
Felix Schwahn | GP JOULE THINK GmbH & Co. KG

Mit KWK die Anforderungen des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes erfüllen
Hagen Fuhl | SenerTec Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH

Stand: 01.03.2024 | Änderungen vorbehalten

Anmeldung

Bitte melden Sie sich direkt an:
www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung
oder per eMail an **veranstaltungen@gemeindezeitung.de**
oder scannen Sie diesen **QR-Code** mit Ihrem Handy:

Achtung:
Das Vortragsprogramm findet in vier Räumen parallel statt und die Ausstellung ist groß.

Bringen Sie sich Verstärkung mit!

Abonnement BGZ

Sie haben noch kein **Abo** der Bayerischen Gemeindezeitung?
Das können Sie ändern:
news@gemeindezeitung.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
  - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
  - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

PV-Anlagen für Kommunen

Hat Ihre Kommune **nicht ausreichend finanzielle und personelle Kapazitäten**, um eine eigene PV-Anlage zu realisieren, dann hilft Ihnen die KFB Ihr Ziel zu erreichen durch operative Leistungen und eine haushaltsneutrale Finanzierung.

Das Mietkaufkonzept der KFB ist die Lösung

Die Strompreiserhöhungen im Jahr 2023 haben gezeigt, dass die Selbstversorgung bei Strom von großem Vorteil ist und Ihrer Kommune Kosten spart.

KFB

KOMMUNALES FÜR BAYERN

SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

GRÜNER STROM in der HAND DER KOMMUNE



Vorteile beim Mietkauf

- Das **Eigentum** geht sofort von der **KFB auf die Kommune über**.
- Die Kommune **generiert die Einnahmen** aus der Stromgewinnung und zahlt daraus die Mietkaufrate.

KOMMUNALES FÜR BAYERN

Vorteile im MIETKAUF mit der KFB

- Die Projektorganisation und die Projektfinanzierung liegt bei der **KFB**.
- Die Finanzierung findet **„haushaltsneutral“** statt.
- Die Kommune hat keine **personellen Belastungen** bei der Projektentwicklung bis zur betriebsfertigen Übergabe.
- In einem bestimmten finanziellen Rahmen unterfällt der kommunale Mietkauf **nicht der rechtsaufsichtlichen Genehmigung**; es genügt der Beschluss der Kommune.

Fordern Sie noch heute ein freibleibendes Angebot an

SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

KFB LEASFINANZ GMBH

Wilhelm-Zeitler-Straße 14
92717 Reuth bei Erbendorf
Telefon: 09682 1837-0

www.kfb-reuth.de

info@kfb-reuth.de

Verantwortlich für den Inhalt: Robert Rüger STOAWOLDdesign.de (März 2024)

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. April 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 8

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen


Seite 10

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayern-Agenda zur Europawahl 2024:

Kernversprechen für Europa

Einstimmig hat der CSU-Parteivorstand die Bayern-Agenda für die Europawahl am 9. Juni 2024 beschlossen. „Unsere Bayern-Agenda für Europa enthält viele bayerische Schmankerl zur Europawahl. Wir sind die Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Wir bieten Bayern pur", machte Parteichef und Ministerpräsident Dr. Markus Söder deutlich.

Manfred Weber, CSU-Spitzenkandidat zur Europawahl, konstatierte: „Die CSU ist eine Garantie für Stabilität. Die Ampel hat keine Vorstellung von Zukunft, die radikale Rechte legt die Axt an Sicherheit und Wohlstand." Mehr denn je müsse die Europäische Union bei ihren großen Kernaufgaben handlungsfähig sein, gleichzeitig aber beherzigen, sich nicht im bürokratischen Klein-Klein zu verlieren. Aus diesem Grundsatz heraus wolle die CSU die EU in den kommenden Jahren entlang einer Reihe von Kernversprechen gestalten.

EU-Kommissar für Verteidigung

Um Frieden zu sichern, will die CSU einen EU-Kommissar für Verteidigung einführen, die Ukraine weiter in ihrem Verteidigungskampf unterstützen, die bayerische Rüstungsindustrie stärken und einen gemeinsamen europäischen Raketenabwehrschirm aufbauen. Abgelehnt wird dagegen ein EU-Beitritt der Türkei.

Keine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme

Mit Blick auf die Migrationspolitik gibt es ein klares Bekenntnis zur Arbeitsmigration, jedoch ein „Nein" zur Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme. „Wir schützen unsere Grenzen mit der Bayerischen Grenzpolizei und reduzieren Zuzugsanreize mit einer bayerischen Bezahlkarte. Für eine nachhaltige Lösung der Migrationskrise brauchen wir – neben einer Kehrtwende der Bundesregierung – ein entschlossenes Handeln der EU", heißt es weiter.

Daneben soll Frontex zu einer echten europäischen EU-Grenz- und Küstenschutzeinheit mit 30.000 Kräften ausgebaut und damit effektiver Außengrenzschutz garantiert werden. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Zudem müssten Asylverfahren an der EU-Außengrenze sowie unter dem Schutz der Europäischen Union auch in sicheren Drittstaaten außerhalb Europas durchgeführt werden und Schutzberechtigten im Anschluss vor Ort Schutz bieten.

Fehlanreize vermeiden

Um Fehlanreize zu vermeiden, sei es sinnvoll, Sozialleistungen für Asylbewerber und Schutzberechtigte in der EU zu vereinheitlichen sowie Migrationsabkommen über die Verringerung und Rücknahme von Migranten in Kooperation mit Nachbarländ-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

15. Bayerisches EnergieForum und 10. Bayerisches WasserkraftForum:

Von kommunaler Wärmeplanung über Wasserkraft bis Bitcoin

23.4.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen

Das Bayerische Energie- und WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung und des Bayerischen Gemeindetags ist seit 2008 die Kommunikationsplattform aller mit Energiethemen betrauten Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen und Behörden. Diesjähriger Schwerpunkt ist aus aktuellem Anlass die „Kommunale Wärmeplanung".

Erste Hinweise, wie die Umsetzung der Planungspflicht in Bayern organisiert werden soll, stellt Direktor Stefan Graf, Fachreferent beim Bayerischen Gemeindetag, gemeinsam mit dem zuständigen Ansprechpartner im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Fabian Schatz, vor. Daneben werden Praxisbeispiele präsentiert und digitale Lösungen vorgestellt. In vier Sälen finden gleichzeitig interessante Vorträge auch z.B. zu den Themen Ladesäuleninfrastruktur, Wärmenetze, genossenschaftliche Modelle, Wasserstoff und Wasserkraft statt.

Neben dem persönlichen Austausch und konkreten praktischen Beispielen liefert das Forum neue Denkanstöße, die im Idealfall zu Problemlösungen führen. So wird bspw. „Bitcoin" als ökonomische und ökologische Chance für den Standort Deutschland vorgestellt. Das „Mining" von Bitcoin, also der Erzeugungsprozess neuer Coins, geht mit einem hohen Energieverbrauch einher.

Bereits seit 2008 veranstaltet die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische EnergieForum und seit 2013 das Bayerische WasserkraftForum als Informationsplattform für kommunale Entscheidungsträger. Dieses Jahr ist der Bayerische Gemeindetag, der als kommunaler Spitzenverband die Interessen aller 2.031 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern vertritt, als Mitveranstalter an Bord.

Informationen: https://www.bayerisches-energieforum.de/programm-2024
Anmeldung: https://www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung
Fachmesse und Aussteller: https://www.bayerisches-energieforum.de/partner-aussteller-2024 ❐

DStGB zu Bundeswehr und Zeitenwende:

Herausforderungen für die Standortkommunen

Der Arbeitskreis Garnisonen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert vom Bund und Ländern eine bundesweite Verbesserung der Infrastruktur von Bundeswehrstandorten. In dem vom Arbeitskreis beschlossenen Positionspapier wird insbesondere der teils schlechte Zustand vieler Unterkünfte der Soldatinnen und Soldaten kritisiert. Daneben wird eine bessere Anbindung der Standorte an den Bus- und Bahnverkehr gefordert.

„Die veränderten Schwerpunkte der Bundeswehr erfordern insgesamt eine schnelle Verbesserung der Arbeitssituation an den Standorten. Um die hohe Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufrechterhalten zu können, benötigt die Bundeswehr insbesondere eine bessere militärische Infrastruktur in allen Bundesländern", heißt es in dem Papier.

Kommunen fordern mehr Unterstützung

Die Kommunen forderten hier insbesondere mehr Unterstützung durch die Länder bei Bauvorhaben in den Kasernen. Wie die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl, in ihren Berichten immer wieder festgestellt habe, führe der Zustand von Unterkünften, Sanitäreinrichtungen und Wirtschaftsgebäuden bei vielen Soldatinnen und Soldaten nicht nur zu Frustration, sondern zuweilen auch zu einem Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit.

Qualität der Arbeitsplätze ...

Aus Sicht des DStGB muss der Bund mit den Ländern eine Lösung finden, wie Bundeswehrstandorte im gesamten Bundesgebiet zeitnah auf ein vergleichbares bauliches Niveau gehoben werden können. Dies gelte nicht nur aus sicherheitspolitischen Interessen. Vielmehr bestimme die Qualität des Arbeitsplatzes ebenfalls die Arbeitssituation der Truppe und damit auch die Bereitschaft zu dienen. Es sei inakzeptabel, dass es von der Situation in den Landesbauverwaltungen abhängt, ob gute Ausbildungsbedingungen am jeweiligen Standort geschaffen werden. „Aufgrund der absehbaren Personalknappheit und im Interesse gegenseitiger Unterstützung zur Stärkung der Bundeswehr sollten die Länder die Amtshilfe der Landesbauverwaltungen stärken. Denn es gibt Bundesländer, die vorbildlich zeitnah Projekte an Bundeswehrstandorten umsetzen."

... und der Infrastruktur

Neben einer verbesserten verkehrlichen Anbindung der Standorte muss nach Auffassung des Verbandes die kommunale Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut werden. Erforderlich sei eine Zeitenwende bei der Infrastruktur der Standortgemeinden. Dazu müssten finanzielle bzw. rechtliche Anreize für den bedarfsgerechten Ausbau erfolgen. Beispielsweise sollte der Rechts- und Finanzierungsrahmen von Bund und Ländern für Infrastrukturprojekte in Kommunen im Umfeld von Bundeswehrstandorten gezielt erleichtert bzw. verbessert werden. Dies betreffe im Einzelnen die finanzielle Förderung zum Ausbau von Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie deren Unterhaltung, die Energie-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Strukturwandel jetzt gestalten

BKG-Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2024

Seit Monaten dreht die Bundespolitik „Schleifen" bei der großen Krankenhausreform. „Damit verlieren wir wertvolle Zeit und Klarheit, wohin die Reise genau gehen soll. Zeit, die wir aber nicht mehr haben. Und es wird Vertrauen verloren", mahnte Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), bei der Vorstellung des diesjährigen Bayerischen Krankenhaustrends im Münchner Presseclub unter dem Motto „Klarheit schaffen. Schaden begrenzen. Strukturwandel gestalten. Menschen mitnehmen." Aktuell stünden die „immensen Defizite und großen Sorgen unserer Krankenhäuser in Bayern mit über 210.000 Beschäftigten" im Fokus.

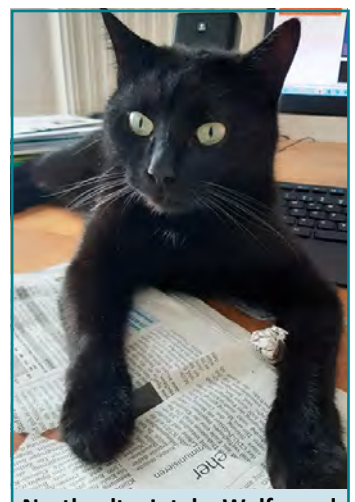
„Es ist für uns unverständlich, warum der Bund die Zusammenarbeit mit den Ländern Ende letzten Jahres eingestellt hat. Diese politische Taktik geht nun zulasten der Kliniken", fuhr Bischof fort. Aus Sicht der BKG wäre es dringend nötig, dass sich Bund und Länder auf eine gemeinsame Gesetzesgrundlage für die Krankenhausreform einigen, damit die Krankenhäuser Planungssicherheit haben. Die BKG bedauerte, dass der Bund jetzt zunächst nur einen Rahmen der Reform im Alleingang durchsetzen will. Erst 2025 sollen Struktur- und Personalvorgaben für Leistungsgruppen gemeinsam mit den Ländern mittels einer Rechtsverordnung geregelt werden.

Rote Zahlen in 7 von 10 Kliniken

Die Auswertung des aktuellen Bayerischen Krankenhaustrends hat ergeben: Im Jahr 2022 waren 6 von 10 Krankenhäusern im Freistaat defizitär und die Jahresabschlüsse für 2023 lassen 7 von 10 Kliniken mit roten Zahlen erscheinen. Für das laufende Jahr 2024 erwarten die Krankenhausverantwortlichen, dass 8 von 10 Kliniken in der Verlustzone landen werden und eine neue bundesweite Rekordzahl von Klinikinsolvenzen. Die größten Sorgen bereiten das Betriebskostendefizit (87,8 Prozent), die Bürokratie (83,5 Prozent), der Fachkräftemangel (71,3 Prozent), mangelnde Investitionsmittel (63,5 Prozent) und das Schlechtreden der Kliniken durch die Politik (50,4 Prozent).

Der Anteil der Kliniken mit Betriebskostendefiziten wurde in der Prognose der letztjährigen Umfrage sogar noch höher erwartet. „Die Nachbesserungen beim Hilfsfonds des Bundes und die zusätzliche Unterstützung des Freistaates hat das Schlimmste kurzfristig verhindert, doch jetzt stehen wir wieder leer da, weil diese Hilfen auslaufen und eine Gesetzesreform mit einer fairen Anpassung der Erlöse weiter auf sich warten lässt", stellte Landrätin Bischof fest und ergänzte: „Während frei-gemeinnützige und privat getragene Kliniken ihre Reserven derzeit komplett aufbrauchen, erleben wir auch in der Kommunalpolitik, dass die

(Fortsetzung auf Seite 4)



Northvolt, Intel, Wolfspeed und ZF: Unser Rathauskater Pino bescheinigt Deutschland schwere Subventionitis. Seiner Meinung nach läuft etwas schief, wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten. Subventionen seien nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Auserwählte. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Neues aus dem bayerischen Kabinett 2
EU-Parlament: Neues Migrations- und Asylpaket 2
Integrationspreis: Frauen im Fokus 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik 3
Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg? . . .3
Statistik Kommunalfinanzen 2023: Hohe Defizite 5
Kommunale Finanzthemen 5
Kommunale Energiethemen . . . . . 6 - 11
Kommunale Bauthemen . . . . . 12 - 15
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 16 - 20

Neues aus dem bayerischen Kabinett

Der bayerische Ministerrat hat in München den von Gesundheitsministerin Judith Gerlach erlassenen Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die Vorschriften der Cannabis-Legalisierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Freistaat Bayern wird das Cannabis-Gesetz restriktiv anwenden und greift nun mit einem Bußgeldkatalog durch.

Für Verstöße gegen das neue Cannabis-Gesetz, wie etwa Kiffen in Gegenwart von Kindern oder Jugendlichen, drohen 1.000 Euro Bußgeld. 500 Euro sind für das Kiffen in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr, in Schulen und deren Sichtweite oder auf Kinderspielplätzen und in deren Sichtweite vorgesehen. Gleiches gilt für Kinder- und Jugendeinrichtungen und öffentlich zugängliche Sportstätten. Wer in militärischen Bereichen der Bundeswehr Cannabis konsumiert, muss mit einem Bußgeld von 300 Euro rechnen. Und wer mehr als die zulässige Höchstmenge von 25 Gramm Cannabis besitzt oder mit sich führt, wird mit einem Bußgeld zwischen 500 und 1.000 Euro bedacht.

Drohende Bußgelder

Teuer wird es auch für Verstöße im Zusammenhang mit künftigen Cannabis-Anbauvereinigungen: Für das unerlaubte Werben oder Sponsoring, für eine unzureichend gesicherte Lagerung von Cannabis und viele weitere Verstöße drohen Bußgelder von mehreren hundert Euro. Für einige Verstöße sind sogar Bußgelder von bis zu 30.000 Euro möglich, etwa für den unerlaubten Versand oder die Lieferung von Cannabis-Stecklingen.

Grundsätzlich gelten alle genannten Summen laut Bußgeldkatalog für einen „vorsätzlichen Erstverstoß“. Im Wiederholungsfall können die Bußgelder verdoppelt, bei Fahrlässigkeit halbiert werden. Aber auch je nach Einzelfall können die Behörden von den Regelsätzen nach oben oder auch nach unten abweichen.

Landarztquote gegen Ärztemangel

Themenwechsel. Mit einer Erweiterung der sog. Landarztquote will der Freistaat den sich in einigen Landesteilen verschärfenden Mangel an Kinder- und Jugendärzten abfedern. Das Kabinett beschloss die Übernahme der seit 2020 geltenden Regelung für Landärzte für Weiterbildungen zum Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin. Damit sollen künftig auch Hochschulabsolventen ohne Einser-Abitur studieren können, sofern sie sich verpflichten, im Anschluss als Kinder- und Jugendarzt im ländlichen Raum zu arbeiten.

Gesetzesänderung

Wann die Regelung greift, war zunächst offen. Der Ministerrat beauftragte das zuständige Gesundheitsministerium, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vorzulegen. Bislang war dies im Rahmen der Landarztquote nur bei einer Verpflichtung zur Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt für Innere Medizin möglich.

Bayern hatte als eines der ersten Bundesländer 2020 die Landarztquote eingeführt. Damit bekommen junge Menschen, die als Hausarzt arbeiten wollen, eine zusätzliche Chance für einen Medizinstudienplatz. Im Gegenzug verpflichten sich die angehenden Ärzte, nach dem Studium und einer fachärztlichen Weiterbildung in den Fachrichtungen Allgemeinmedizin oder Innere Medizin mindestens zehn Jahre lang als Hausarzt zu arbeiten – und zwar in einer Region, die hausärztlich unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist.

Vorabquote für Medizinstudienplätze

Bis zum Wintersemester 2023/2024 haben sich insgesamt 447 Studenten für ein Studium im Rahmen der Landarztquote entschieden. Derzeit stehen 5,8 Prozent der Vorabquote für Medizinstudienplätze für die Landarztquote zur Verfügung sowie zusätzlich 1 Prozent für die Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Aufnahme von Kinder- und Jugendärzten soll innerhalb der bestehenden Vorabquote von 5,8 Prozent erfolgen. Damit würde sich die Quote künftig auf Fachärzte für Allgemeinmedizin, Innere Medizin sowie für Kinder- und Jugendmedizin aufteilen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Seibold
Gemeinde Höttingen
am 18.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Volker Schmiechen
Gemeinde Untersteinach
am 19.4.

Bürgermeister Jörg Nowy
Markt Essing
am 21.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stephan Antwerpen
Stadt Altötting
am 19.4.

Bürgermeister
Franz Degele
Gemeinde Bad Kohlgrub
am 24.04.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dipl.-Ing. (FH) Claus Meyer
Stadt Betzenstein
am 21.4.

Bürgermeister Hans Schmalhofer
Stadt Plattling
am 26.4.

Bürgermeister Gerald Rost
Gemeinde Gottfrieding
am 1.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Bauer
Gemeinde Höchstädt i. F.
am 22.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Miriam Steiner
Gemeinde Syrgenstein
am 18.04.

Bürgermeister Michael Schwing
Gemeinde Röllbach
am 28.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Europäisches Parlament nimmt neues Migrations- und Asylpaket endgültig an

- **Schnellere Prüfung von Asylanträgen, darunter an den EU-Grenzen, und wirksamere Rückführung**
- **Verbesserte Identifizierung bei der Ankunft und verpflichtende Sicherheits- und Gesundheitskontrollen sowie Prüfungen der Schutzbedürftigkeit für Menschen, die irregulär in die EU einreisen**
- **Mitgliedstaaten können wählen, ob sie Verantwortung für Asylbewerber übernehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung bieten**
- **Bessere Bewältigung von Krisensituationen und neue Regelung für die freiwillige Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittstaaten**

Das Europäische Parlament hat in Brüssel zehn Gesetzestexte zur Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik angenommen, auf die sich Parlament und Rat im Dezember geeinigt hatten.

Solidarität und Verantwortung

Zur Unterstützung von EU-Ländern, die unter Migrationsdruck stehen, werden andere Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten, indem sie Asylsuchende oder Personen, die internationalen Schutz genießen, in ihr Hoheitsgebiet umsiedeln lassen, finanzielle Beiträge leisten oder operative bzw. technische Unterstützung bieten.

Darüber hinaus werden die sogenannten Dublin-Vorschriften überarbeitet – also die Kriterien, nach denen bestimmt wird, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständig ist.

Das Europäische Parlament nahm die von Berichterstatter Tomas Tobé (EVP, Schweden) vorgelegte Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement mit 322 zu 266 Stimmen bei 31 Enthaltungen an.

Bewältigung von Krisensituationen

Die Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt sieht einen Mechanismus für die Reaktion auf einen plötzlichen Anstieg des Migrantenzustroms vor. Dadurch sollen Solidarität sowie die Unterstützung jener Mitgliedstaaten sichergestellt werden, die mit einer außergewöhnlich hohen Zahl an Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten konfrontiert sind.

Die neuen Regeln behandeln auch die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten, die von Drittstaaten oder feindseligen nichtstaatlichen Akteuren gezielt eingesetzt werden, um die EU zu destabilisieren.

Die Europaabgeordneten nahmen den von Berichterstatter Juan Fernando López Aguilar (S&D, Spanien) vorgelegten Text mit 301 zu 272 Stimmen bei 46 Enthaltungen an.

Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den EU-Grenzen

Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise in die EU nicht erfüllen, werden vor der Einreise in einem bis zu sieben Tage andauernden Verfahren überprüft. Dabei werden sie identifiziert, ihre biometrischen Daten werden erfasst und sie werden Gesundheits- und Sicherheitskontrollen unterzogen. Die Mitgliedstaaten müssen unabhängige Kontrollmechanismen einrichten, um sicherzustellen, dass die Grundrechte geachtet werden.

Der von Berichterstatterin Birgit Sippel (S&D, Deutschland) vorgelegte Text wurde mit 366 zu 229 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Außerdem billigten die Abgeordneten neue Regeln für das zentralisierte System für Informationen zu Verurteilungen (ECRIS-TCN) mit 414 zu 182 Stimmen bei 29 Enthaltungen.

Schnellere Asylverfahren

Für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes wird EU-weit ein neues, gemeinsames Verfahren eingeführt. Die Bearbeitung von Asylanträgen an den Grenzen der EU muss in Zukunft schneller erfolgen. Auch sollen die Fristen für unbegründete oder unzulässige Anträge künftig kürzer sein.

Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Fabienne Keller (Renew, Frankreich) vorgelegten Text mit 301 zu 269 Stimmen bei 51 Enthaltungen an. Das Abstimmungsergebnis für das Rückführungsverfahren an der Grenze war 329 zu 253 Stimmen bei 40 Enthaltungen.

Eurodac-Verordnung

Die Daten von Personen, die irregulär in die EU kommen – darunter Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von Menschen ab sechs Jahren –, werden in der überarbeiteten Eurodac-Datenbank gespeichert. Die Behörden sind künftig auch in der Lage, zu erfassen, ob jemand ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte oder gewalttätig bzw. bewaffnet war.

Der von Berichterstatter Jorge Buxadé Villalba (EKR, Spanien) vorgelegte Text wurde mit 404 zu 202 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Anerkennungsverordnung

Mit Blick auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus sowie auf die Rechte jener, die ein Anrecht auf Schutz haben, sprach sich das Parlament für neue einheitliche Normen für alle Mitgliedstaaten aus.

Die Mitgliedstaaten sollen die Lage im jeweiligen Herkunftsland auf der Grundlage von Informationen der EU-Asylagentur bewerten und die Flüchtlingseigenschaft regelmäßig überprüfen. Schutzsuchende müssen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bleiben, der für ihren Antrag zuständig ist bzw. in dem Schutz gewährt wurde.

Der Text wurde von Berichterstatter Matjaž Nemec (S&D, Slowenien) vorgelegt und mit 340 zu 249 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

Aufnahme von Asylsuchenden

Die Mitgliedstaaten müssen in Zukunft sicherstellen, dass für die Aufnahme von Asylsuchenden gleichwertige Normen gelten. Das betrifft unter anderem Unterkunft, Schulbildung und Gesundheitsversorgung.

Registrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber können künftig spätestens sechs Monate nach Antragstellung eine Arbeit aufnehmen. Neue Regeln für Inhaftierung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit sollen außerdem Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, davon abhalten, sich innerhalb der EU zu bewegen.

Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Sophia in `t Veld (Renew, Niederlande) vorgelegten Text mit 398 zu 162 Stimmen bei 60 Enthaltungen an.

Sicherer und legaler Weg nach Europa

Nach einem neuen Rahmen für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen können Mitgliedstaaten anbieten, von den Vereinten Nationen anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten aufzunehmen und ihnen damit die legale, organisierte und sichere Einreise in die EU zu ermöglichen. Der von Berichterstatterin Malin Björk (Die Linke, Schweden) vorgelegte Text wurde mit 452 zu 154 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

Nächste Schritte

Als Nächstes muss der Rat das Paket förmlich billigen. Danach treten die neuen Vorschriften in Kraft, sobald sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Es wird erwartet, dass die Verordnungen in zwei Jahren zur Anwendung kommen. Was die Richtlinie über Aufnahmebedingungen betrifft, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um die Änderungen in ihr nationales Recht einzuführen. ❐

20 Jahre EU Osterweiterung:

Nach der Osterweiterung ist vor der Osterweiterung ...

... lautet das Thema einer Jubiläumsveranstaltung des Ost-WestWirtschaftsForums Bayern und der Ukrainische Freie Universität der Ukraine – UFU, https://ufu-muenchen.de – in München am 6. Mai um 14.00 Uhr.

Die Osterweiterung hat Europa wiedervereinigt und den Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Einwohnern zu einem globalen Schwergewicht weiterentwickelt. 20 Jahre später sollen Erfahrungen ausgetauscht werden mit damaligen Beitrittsländern, den heutigen Beitrittskandidaten und dem Freistaat Bayern, der von einer Randlage ins Zentrum der Europäischen Union wanderte.

„Wir richten den Blick nicht nur zurück, sondern auch nach vorne, um in der Europawoche Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat mehr als deutlich gemacht, dass die Europäische Union geographisch und institutionell stärker werden muss, um Europäische Werte zu sichern, den Binnenmarkt auszubauen und eine globale Rolle zu spielen“, heißt es in der Einladung.

Keynote-Sprecher ist Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments. In einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde werden Erfahrungen von Beitrittsländern und die Erwartungen von Beitrittskandidaten erörtert. Präsident Eberhard Sinner, Staatsminister a. D., wird zum Ende der Veranstaltung ein Fazit ziehen.

Programm:https://www.owwf.bayern/media/Termine/240506_EU/owwf_240506_DE_EU_Prog.pdf
Anmeldung: https://www.owwf.bayern/termine/060524EU/
Adresse: UFU, Am Münchner Tor 1, 80805 München. ❐

Bayerischer Integrationspreis 2024:

Frauen im Fokus

Die vom Gehörlosenverband München und Umland e.V. organisierte Initiative „Gehörlos, weiblich, neu in München“ erhält den diesjährigen Bayerischen Integrationspreis. Weitere Preisträger sind das Internationale Frauen- und Mädchenzentrum e.V. Nürnberg, IN VIA Bayern e.V., Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit, sowie das Freiwilligen-Zentrum Augsburg gGmbH.

Unter dem diesjährigen Motto „Integration – Frauen im Fokus“ wurden vier Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben. Der Bayerische Integrationsbeauftragte Karl Straub, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner werden die Preise in Kürze im Bayerischen Landtag überreichen. Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 11.000 Euro dotiert.

Peerberatung

In dem seit August 2022 bestehenden Siegerprojekt „Gehörlos, weiblich, neu in München – ein Projekt zur Information und Stärkung tauber geflüchteter Frauen“ werden Vorträge und Workshops für gehörlose deutsche und ukrainische Frauen angeboten und Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind viele gehörlose Frauen aus der Ukraine nach München geflüchtet. Im Sinne einer Peerberatung sollen sie in die Gehörlosengemeinschaft in München und Umland integriert werden. Dies geschieht durch Vorträge in Deutscher und Ukrainischer Gebärdensprache, zum Beispiel zu den Themen Gesundheit und Arbeitsleben, sowie durch einen monatlichen Austausch zur Situation in den beiden Ländern. Darüber hinaus gibt es einen Telegram-Kanal für die gehörlosen ukrainischen Geflüchteten, um die Nutzerinnen regelmäßig mit aktuellen Informationen zu versorgen.

Selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander

Das mit dem 2. Preis bedachte Internationale Frauen- und Mädchenzentrum in Nürnberg ist seit über vier Jahrzenten fester Bestandteil im Stadtgebiet Gostenhof und stellt für Frauen, Kinder und Jugendliche zahlreiche Angebote in den Bereichen Bildung, Beratung und Freizeit bereit. Dazu zählen etwa Integrations- und Konversationskurse, Computerkurse oder Bewerbungsunterstützung sowie ein offener Nachmittag zum Austausch. Das Zentrum versteht sich als Ort, an dem im täglichen Umgang selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander gelebt wird. Die vielfältigen Angebote bieten den Frauen und Mädchen die Möglichkeit, in einem sicheren Rahmen ihren Entfaltungsspielraum auszuprobieren und diesen in ihrem Umfeld zu erweitern. Im Mittelpunkt der Zentrumsarbeit steht die Emanzipation der Frauen und Mädchen. Traditionelle Rollenbilder sollen durchbrochen und bisher versteckte Ressourcen zur Selbstbestimmung sowie Handlungsfähigkeit aktiviert werden.

Mentorinnen

Mit dem seit Anfang 2023 bestehenden und mit dem 3. Preis ausgezeichneten Projekt „MumM! – Mentorinnen unterstützen motivierte Migrantinnen!“ (Ingolstadt/München) möchte IN VIA Bayern durch Berufsmentoring die Arbeitsmarktintegration von gut qualifizierten Migrantinnen verbessern. Sie erhalten Unterstützung auf der Suche nach einer Stelle, die ihren Qualifikationen entspricht. Das Projekt besteht aus einer Workshop-Phase (zehn

(Fortsetzung nächste Seite)

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2024:

Für ein Bayern in Vielfalt und Klasse

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 100 Mio. Euro eingeplant, 30 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr. CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek, der Vorsitzende der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag Florian Streibl, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier sowie der haushaltspolitische Sprecher der FW-Fraktion Bernhard Pohl erläuterten die Schwerpunkte.

Mit gut 29 Mio. Euro wird der ländliche Raum besonders unterstützt. Davon fließen rund 6,4 Mio. Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Durch die hohe Nachfrage der Gemeinden, von Kleinstunternehmern und privaten Bauherren nach Maßnahmen der Dorferneuerung konnten nicht alle Projekte zeitnah gefördert werden. Vor allem die attraktive Initiative „Innen statt Außen“ kommt sehr gut an.

Bus on Demand

Im Bereich Wohnen, Bau und Verkehr erhält das Kloster Michelfeld für Sanierung und Umbau 1,2 Mio. Euro. Der Betrieb eines autonomen Busses on Demand in der Marktgemeinde Birnbach wird mit 585.000 Euro gefördert, das Dorfgemeinschaftshaus Kirchheim mit 450.000 Euro.

Im Bereich Umwelt stellen die Regierungsfraktionen dem Zentrum Umwelt und Kultur in Benediktbeuern 1 Mio. Euro zur Verfügung. 250.000 Euro werden für einen Energiewende-Chatbot, der allen Bürgern und Amtsträgern fundiert Fragen rund um das Thema Energie beantwortet, aufgewendet, sowie weitere 500.000 Euro für die Digitalisierung der Förderprogramme des Naturschutzes. 400.000 Euro fließen in ein Pilotprojekt zur letalen Vergrämung von Saatkrähen, um landwirtschaftliche und urbane Schäden zu verhindern.

Für ein Lese-Förderprogramm für schwache Schüler der Sekundarstufe werden im Sektor Bildung 1 Mio. Euro in die Hand genommen, darüber hinaus 250.000 Euro zur Schwimmförderung an Grundschulen. 250.000 Euro fließen auch in die Sprachstandserhebung vor der Einschulung. Fast 10 Mio. Euro investieren CSU und FW in das Thema „Sicherheit und Rettungsdienst“. Knapp 2,2 Mio. Euro stehen für die Digitalisierung der bayerischen Polizei bereit. Mit knapp 1 Mio. Euro wird die Ausbildung von mehr Notfallsanitätern unterstützt.

2 Mio. Euro zur Erforschung von Long Covid

Insgesamt 20 Mio. Euro gehen in den Wissenschaftsbereich. Davon fließen allein 2 Mio. Euro in den Ausbau des bayerischen Netzwerks zur Erforschung von Long Covid und dem chronischen Fatigue-Syndrom. Ein Notfallkonzept in Reaktion auf Cyberangriffe an bayerischen Universitäten wird mit 1,1 Mio. Euro bedacht, das Bayerische Phagentherapiezentrum mit 700.000 Euro und die Einrichtung des Studiengangs Architektur an der TH Landshut mit 500.000 Euro.

Im Sektor Wirtschaft wird das Fraunhofer-Institut UMSICHT mit seinen Forschungsprojekten „Senkung der CO2-Emissionen der bayerischen Gasversorgung“ sowie „Hochqualitative CO2-reduzierte Rezyklate für die bayerische Automobilindustrie“ mit insgesamt 1 Mio. Euro. unterstützt. Die Gründerinnen von Digital-Startups erhalten über 220.000 Euro.

In den Kunst- und Kulturbereich fließen insgesamt 17 Mio. Euro. Darin sind zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz, für Museen und Kulturveranstaltungen enthalten. Für die Förderung von Sing- und Musikschulen werden 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, 700.000 Euro gehen an Bibliotheken, das Schulmuseum Ichenhausen darf sich auf 500.000 Euro freuen und das Deutsche Musikfest in Ulm und Neu-Ulm erhält 320.000 Euro.

Rescue-Teams für Kindernotfälle

12 Mio. Euro zusätzliche Mittel investieren die Regierungsfraktionen in die Bereiche Gesundheit und Soziales. Rescue-Teams für Kindernotfälle bekommen 1 Mio. Euro, Auszeithöfe für erlebnisorientierte Angebote für Senioren, Demenzkranke und pflegende Angehörige 300.000 Euro. Mit diesem Betrag werden auch die Bahnhofsmissionen unterstützt. Zur Förderung des demokratischen und ehrenamtlichen Engagements junger Menschen gehen 3,6 Mio. Euro an die Jugendarbeit.

Seismographen der Lebenswirklichkeit

Wie CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek darlegte, „bilden wir mit über 300 Initiativen die Vielfalt unseres Landes ab. Mit vielen kleinen Projekten sind unsere Abgeordneten Seismographen der Lebenswirklichkeit in unserem Freistaat. Wir kümmern uns um konkrete Anliegen und zeigen Lösungswege auf. Dieser Teamgeist innerhalb der Fraktion steht für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft. Kleine Projekte können in der Region eine große Wirkung entfalten – ob bei der Dorferneuerung, im Tourismus oder bei den Rettungsdiensten. Wir sorgen dafür, dass Bayern ein lebenswertes und sicheres Land bleibt.“

„Mit den Initiativen unserer Regierungsfraktionen setzen wir wichtige Akzente für den Haushalt 2024 und stärken die Kernbereiche unserer Regierungsarbeit“, erklärte FW-Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. „Wir stellen sicher, dass die Menschen im ganzen Freistaat von unserer vernünftigen Haushaltsführung profitieren. Neben den Ballungsgebieten gilt unser Augenmerk maßgeblich den ländlichen Regionen mit wichtigen Landwirtschafts- und Umweltprojekten. Wir stärken damit die grüne Lunge Bayerns und bewahren ein wichtiges Stück Heimat.“ Die Fraktionsinitiativen werden aktuell im Haushaltsausschuss beraten. Die finale Abstimmung über den Doppelhaushalt 2024/2025 ist ab dem 4. Juni 2024 geplant. **DK**

Frauen im ...

(Fortsetzung von Seite 2)

eintägige Workshops), in der es um Arbeitskultur, interkulturelle Kommunikation, Bewerbungs- und Vorstellungsgesprächstraining oder um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ging, und einer im September 2023 gestarteten Mentoring-Phase, in der jede Teilnehmerin eine Mentorin an die Seite bekommt, die zu ihren beruflichen Bedürfnissen passt. Die Mentorin hilft mit „Insider“-Wissen, Tipps und schließlich mit dem Start eines ersten beruflichen Netzwerks.

Frauen stärken

Ein ebenfalls 3. Preis wird dem 2019 ins Leben gerufenen Augsburger Projekt „Frauen stärken – Frauenpower“ zuteil. Sehr oft vergessen Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die in ihren Heimatländern beruflich aktiv waren, ihre Kompetenzen und fühlen sich hilflos. Probleme bereiten ihnen zudem Sprachbarrieren und ungeschriebene Verhaltensregeln. Mit dem Projekt, das aus einem Workshop mit zehn Modulen besteht, soll das Selbstbewusstsein der Frauen gestärkt werden.

Der Workshop findet zweimal jährlich mit wöchentlichen Veranstaltungen statt. Mit Übungen und Interaktionen finden Frauen wieder zu ihren Kompetenzen zurück, erweitern ihre Sprachkenntnisse und spüren ihre Selbstwirksamkeit. Ziel ist es, die Frauen zu motivieren und sie durch ein Hilfenetzwerk bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Bisher haben über 70 Frauen an dem Programm teilgenommen, die sich dann teilweise wieder ehrenamtlich am Projekt beteiligten. Auf Wunsch werden die Frauen von Mentorinnen begleitet. Darüber hinaus findet alle zwei Wochen ein offener Frauen-Stammtisch statt. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

aus kommunalpolitischer Perspektive sind die Europäische Union und ihre Institutionen oftmals wenig greifbar und scheinbar weit weg von den konkreten Beschlüssen vor Ort. Aber die Entscheidungen auf europäischer Ebene haben unmittelbare und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Kommunalpolitik wird somit nicht nur vor Ort, sondern auch in Brüssel und Straßburg gemacht.

So wird die EU von Kommunalpolitikern gerne als unnötiges Bürokratiemonster wahrgenommen, das den kommunalen Alltag für unsere Mandatsträger eher erschwert als erleichtert. Diese Wahrnehmung ist auch nicht so einfach von der Hand zu weisen. So bedenke man nur das komplexe EU-Vergaberecht, die neue Kommunalabwasserrichtlinie und zahlreiche EU-Verordnungen, die direkten Einfluss auf die Politik vor Ort haben und teilweise für Mehrarbeit in den kommunalen Verwaltungen sorgen.

Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik

Aus kommunalpolitischer Perspektive dürfen wir uns aber nicht per se gegen die EU stellen, sondern müssen proaktiv Einfluss auf die Entscheider in Brüssel und Straßburg nehmen. Wir müssen die EU als Partner der Kommunalpolitik verstehen und gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, dem Europabüro der bayerischen Kommunen und unseren bayerischen Mitgliedern des Europaparlaments uns für die Durchsetzung der kommunalpolitischen Interessen einsetzen.

Nicht jede Entscheidung der EU-Intuitionen ist eine gute, aber ohne die Europäische Union wären Frieden, Sicherheit und Wohlstand massiv gefährdet und die kommunale Arbeit vor Ort würde durch eine Abstinenz der EU keinesfalls erleichtert, sondern massiv erschwert werden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Zukunft im Zusammenspiel von EU und bayerischer Kommunalpolitik!

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Wahlkampfhilfe im Ländle:

Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg?

Bürgermeistermacher, also professionelle Wahlkampfhelfer, sind keine Seltenheit. Julian Brandstetter erklärt in seiner Bachelorarbeit, welchen Einfluss sie auf den Wahlerfolg haben.

Ludwigsburg. Jährlich finden in Baden-Württemberg circa 140 Bürgermeisterwahlen statt, bei denen Kandidierende um den Einzug in das Bürgermeisteramt streiten. Kandidaturen sind in Baden-Württemberg Einzelbewerbungen, was bedeutet, dass die Organisation des Wahlkampfes alleine den Kandidierenden obliegt. Hierfür müssen nicht nur finanzielle Ressourcen mobilisiert werden, auch Wissen und Erfahrung in der Durchführung eines Wahlkampfes sind von grundlegender Bedeutung.

Es warten etliche Herausforderungen auf die Kandidierenden, schließlich sind die Erwartungen der Wählerschaft an die Gestaltung von Wahlkampagnen größer geworden. Vielen fehlt aber das für einen qualitativ hochwertigen Wahlkampf notwendige Know-how. Einige Unternehmer erkannten dies und machten sich als sogenannte Bürgermeistermacher selbstständig.

Solche Wahlkampfmanager begleiten gegen Entgelt Bewerbende durch den gesamten Wahlkampf. Die Bewerbenden versprechen sich von dieser Form der professionellen Wahlkampfhilfe entscheidende Impulse und Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Aus diesem Grund wurden alle Bürgermeister/innen, die zwischen dem 15.06.2018 und dem 14.06.2020 gewählt wurden, zu einer Umfrage über ihren Wahlkampf eingeladen. Insgesamt 75 Bürgermeister/innen nahmen an dieser Umfrage teil.

Professionelle Unterstützung bei Wahlen längst üblich

Die Umfrage unter neugewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern verdeutlichte, dass professionelle Unterstützung längst auf Ebene der Bürgermeisterwahlen angekommen ist. Die professionelle Unterstützung definiert sich hierbei allerdings nicht dadurch, dass sich die Unterstützenden als Bürgermeistermacher bezeichnen. Auch Fotografen, Web-Designer und andere Dienstleister sind in diesem Kontext zu nennen.

Über 80 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mindestens eine solcher Hilfen in Anspruch nahmen. Insbesondere bei der Erstellung von Werbemitteln scheint eine rege Nachfrage zu existieren.

Kandidierende, die ihre Wahlkämpfe in unserem Nachbarbundesland ohne fremde Hilfen bestritten, finden sich fast ausnahmslos in kleineren Gemeinden. Mit steigender Gemeindegröße scheint die Hinzuziehung solcher Unterstützungen somit an Bedeutung zu gewinnen.

Bessere Chancen für ein positives Ergebnis

Bürgermeistermacher, die die Kandidierenden mit verschiedenen Dienstleistungen durch den kompletten Wahlkampf begleiten, werden ebenfalls gelegentlich engagiert. Fast jeder fünfte neugewählte Bürgermeister, beziehungsweise jede fünfte neugewählte Bürgermeisterin, engagierte einen Bürgermeistermacher, wenn auch anzunehmen ist, dass eine gewisse Dunkelziffer existiert, da die Wahlkampfberatung auf kommunaler Ebene einen eher negativen Ruf innehat.

Sofern Bürgermeistermacher zum Einsatz kommen, können sie die Chancen auf einen Wahlsieg ihrer Klient/innen tatsächlich erhöhen. Für Bürgermeisterwahlen existieren verschiedene Erfolgsfaktoren.

Persönlichkeit und Sozialprofil

Neben dem Sozialprofil und der Persönlichkeit der Kandidierenden, beeinflussen die Organisation und Kommunikation sowie der Orts- und Wahlkontext die Siegchancen. Das Sozialprofil und die Persönlichkeit sind dabei von besonderer Bedeutung. Kandidierende, die beispielsweise keine Verwaltungserfahrung vorweisen können, oder bereits in einem Alter sind, das keine zweite Amtsperiode erlauben würde, haben jedoch auch mit einem Bürgermeistermacher nur geringe Chancen auf einen Wahlsieg. Stimmen diese persönlichen Voraussetzungen aber mit den Erwartungen der Wählenden überein, kann ein Bürgermeistermacher in der Organisation und Kommunikation hingegen entscheidende Impulse setzen.

Coaching für Sprache und Habitus

Durch Coaching in Sprache und Habitus kann das gesamte öffentliche Auftreten von Kandidierenden verbessert werden. In diesem Zusammenhang muss aber festgehalten werden, dass die befragten Bürgermeister/innen mit Wahlkampfberater aufgrund ihres Sozialprofils ohnehin gute Voraussetzungen auf den Wahlsieg hatten. Ob die Arbeit der Bürgermeistermacher in diesen Fällen ausschlaggebend für den Wahlsieg war, kann somit zumindest partiell in Frage gestellt werden. ❐

Zum Autor:

Im Februar 2021 schloss Julian Brandstetter den Bachelorstudiengang Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg erfolgreich ab. Bereits zu Beginn seines Studiums entwickelte er großes Interesse an kommunalpolitischen Prozessen. Deshalb war für ihn früh klar, dass er seine Bachelorarbeit über Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg schreiben möchte. So entstand die Idee einer Arbeit über professionelle Wahlkampfhilfe, die von Rafael Bauschke und dem Bürgermeister von Immenstaad am Bodensee, Johannes Henne, betreut wurde. Julian Brandstetter ist wohnhaft in Friedrichshafen und hat ebenfalls bei der Stadt Friedrichshafen zum 01.03.2021 seine Stelle angetreten.
Dies ist nur eine Kurzzusammenfassung der Bachelorarbeit. Kontakt bei Rückfragen: brandstetter.julian@gmail.com.

Quelle/Autor: Julian Brandstetter

Bayern sucht weitere „Genussorte“

Ministerin Michaela Kaniber startet neuen Wettbewerb

Bayern ist ein Genussland. Hier lässt es sich überall genießen, hier gibt es landauf landab ganz besondere regionale Spezialitäten. Wie viele bekannte und auch nicht so bekannte kulinarische Spezialitäten es in Bayern gibt, konnte man schon beim ersten Wettbewerb im Jahr 2018 erahnen. Zum 100-jährigen Jubiläum des Freistaats wurden erfolgreich 100 Genussorte in Bayern gesucht und gefunden. Nun hat Ernährungsministerin Michaela Kaniber dazu einen neuen landesweiten Wettbewerb gestartet. „Der Wettbewerb soll Verbrauchern deutlich machen, welchen kulinarischen Reichtum der Freistaat zu bieten hat“, sagte die Ministerin.

Gesucht werden im Rahmen des Wettbewerbs Orte mit einer eigenständigen kulinarischen Tradition, die den facettenreichen, heimischen Genuss für Einheimische und Gäste erlebbar machen. Bewerben können sich Gemeinden oder Städte, in denen mindestens drei Akteure aus verschiedenen Bereichen in einem regionalen Zusammenschluss genussbringend zusammenwirken. Zu diesen Zusammenschlüssen können unter anderem privatwirtschaftliche Unternehmen, kommunale Träger, Erzeuger und Gastronomen gehören. In diesem Jahr werden bis zu 50 neue Genussorte ausgezeichnet.
Infos sowie die Teilnahmebedingungen: www.100genussorte.bayern/wettbewerb. ❐

Landkreistag verwahrt sich gegen Vereinnahmung durch den Bundesgesundheitsminister

In der Ärztezeitung wird Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit dem Satz wiedergegeben: „Er betonte, dass die kommunalen Spitzenverbände keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen hätten." Dagegen verwahrt sich der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, der persönlich am Gespräch des Ministers mit den kommunalen Spitzenverbänden teilgenommen hat.

Sager: „Wir haben mit dem Bundesgesundheitsminister gesprochen. Nach wie vor haben wir große Bedenken gegen die geplante Krankenhausreform. Nun gibt die Ärztezeitung Minister Lauterbach mit der Aussage wieder, die kommunalen Spitzenverbände hätten keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen. Richtig ist das Gegenteil: Seit vielen Monaten werden wir nicht müde, die möglichen negativen Folgen für die Gesundheitsversorgung vor Ort darzustellen und anzuprangern. Uns dergestalt zu vereinnahmen und unsere Zustimmung zu unterstellen, macht uns fassungslos. Wir haben große Sorgen vor allem mit Blick auf die Erreichbarkeiten der Kliniken in der Fläche und die unter Umständen gravierenden Veränderungen der Patientenströme."

Folge dürfe nicht sein, viele Standorte in ihrer Existenz zu bedrohen. „Es geht an dieser Stelle um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Insofern ist es ein offener Affront gegen die Belange des ländlichen Raumes und der Fläche, wenn die erheblich unterschiedliche Betroffenheit von städtischem und ländlichem Raum übergangen wird. Ein Kliniksterben in der Fläche muss unbedingt verhindert werden." ❐

Strukturwandel jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Grenzen möglicher Defizitausgleiche überschritten werden."

Wie dramatisch die Situation ist, macht aus BKG-Sicht ein Vergleich deutlich: „Wie bei einem Deich durch ständiges Hochwasser irgendwann ein Bruch droht, ist jetzt ohne Lösung der finanziellen Notlage in der stationären Versorgung ein struktureller Kollaps unmittelbar zu befürchten", unterstrich Bischof.

Regionalkonzepte und Fusionen

In Bayern nehmen die Krankenhausträger daher den Strukturwandel zunehmend selbst in die Hand. „Der jetzige Veränderungsprozess ist bereits viel dynamischer als in den letzten Jahrzehnten. Regionalkonzepte werden entwickelt, Fusionen angestrebt, digitale Vernetzungen ausbaut und bisherige Krankenhausstrukturen verstärkt ambulant umgewandelt sowie teilweise Leistungsangebote konzentriert", erläuterte der 2. BKG-Vorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Marktredwitz, Oliver Weigel.

Beispiel Klinikum Fichtelgebirge

Bezogen auf das Beispiel Klinikum Fichtelgebirge und die beiden Standorte in Selb und Marktredwitz mit insgesamt 380 Betten erklärte Weigel: „Im Landkreis Fichtelgebirge arbeiten wir an unserem Projekt Freiraum, um die ambulante wie stationäre Versorgung der Menschen neu zu gestalten. Dabei haben wir die Menschen vor Ort in unsere Entscheidungen frühzeitig mit eingebunden, was unbedingt erforderlich ist."

Im Jahr 2023 habe der Verwaltungsrat richtungsweisende Klausurtagungen und Sitzungen abgehalten und anhand eines zuvor beauftragten Gutachtens mit Rückendeckung durch eine breite Zustimmung im Kreistag sich für die stationäre Leistungserbringung in Marktredwitz und den Ausbau der ambulanten Leistungserbringung am Standort Selb entschieden. „In Betriebsversammlungen und Teamgesprächen wurden dann bis Jahresende alle Krankenhausbeschäftigten über die geplanten Schritte informiert und ihnen ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Alle Entscheidungen und Maßnahmen wurden von uns darüber hinaus mit einer breiten Pressearbeit verbunden", stellte Weigel fest.

Stand heute wurden Teile der Mitarbeiter aus Selb in Marktredwitz bereits integriert (Umzug Orthopädie/Unfallchirurgie sowie Teile Innere Medizin) und die OP-Kapazitäten auf stationäre Eingriffe optimiert. Zudem wird die Notaufnahme umgebaut und erweitert. Am Standort Selb wurde inzwischen der Wegfall von 115 stationären Betten eingeleitet und die orthopädisch/unfallchirurgische Versorgung zum 31.03.2024 eingestellt. Die Schließung der Notaufnahme ist für das Ende des 2. Quartals 2024 vorgesehen. Darüber hinaus wird ein ambulanter Medizincampus mit den beiden Fachbereichen Allgemeinmedizin (Hausarzt) und Gynäkologie aufgebaut. Die Ansiedlung weiterer Fachärzte ist möglich und gewünscht. Geplant ist zudem eine Kooperation mit einer chirurgischen Gemeinschaftspraxis, die eine Filialpraxis im Bereich der ehemaligen Notaufnahme in Selb betreibt.

Problem hohe Betriebskostendefizite

„Die von uns bisher umgesetzten Maßnahmen, d. h. die Zentralisierung medizinischer Leistungen, sind aus meiner Sicht nicht nur ökonomisch, sondern auch medizinisch sinnvoll. Problem für uns sind jedoch nach wie vor die hohen Betriebskostendefizite und die Frage der Finanzierung des Transformationsprozesses", betonte der Oberbürgermeister.

Gestützt auf bisher gewonnene Erfahrungen formulierte er folgende Ziele des Strukturwandels der Kliniken in Bayern aus Sicht der BKG: „Erstens gilt es, die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum im Rahmen der Möglichkeiten durch einen durchdachten Strukturwandel zu sichern. Zweitens ist die Vernetzung der Krankenhäuser auszubauen, wie etwa mit dem gemeinsamen Patientenportal ‚mein.krankenhaus.bayern', an dem über 100 Kliniken in Bayern teilnehmen, und das Anfang Mai an den Start gehen wird. Außerdem ist auch die Vernetzung in der gestuften Versorgung weiter auszubauen, wie beispielsweise mit den Schlaganfallnetzwerken, stationären Versorgungsverbünden und einer besseren Zusammenarbeit von ambulanten Arztpraxen, Rettungsdienst und Kliniken. Drittens ist die Innovation und Spitzenmedizin weiter zu fördern, wie es der Freistaat derzeit mit der High Care-Agenda für die Universitätsmedizin plant. Viertens geht es darum, Ressourcen mit Blick auf den Fachkräftemangel zu schonen, was bedeutet, dass die Krankenhäuser ihr jeweiliges Leistungsspektrum noch gezielter abstimmen. Fünftens müssen wir auch prüfen, wo und wie Kosten zu senken sind, möglichst ohne negative Auswirkungen auf die Menschen vor Ort, also die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten."

Dazu benötigten die Kliniken aber einen verlässlichen und fördernden gesetzlichen Rahmen und zumindest die faire Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt, was heute in der Regel nicht der Fall sei, führte Weigel aus.

Finanzierungsgrundlage muss fair sein

Aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft ist die Voraussetzung für einen guten Strukturwandel weiterhin eine faire Finanzierungsgrundlage. Dazu forderte Geschäftsführer Roland Engehausen: „Die Inflationslücke von 4 Prozent je Behandlungsfall ist jetzt zu lösen, wie es der Bundesrat gefordert hat, um den Strukturwandel aus Sicht der Patientinnen und Patienten gut gestalten zu können" und ergänzte eine zweite konkrete Forderung aus den Umfrageergebnissen: „Wenn wir nicht umgehend unsere Mitarbeitenden von Bürokratie befreien, wird das künftige Fachkräfteproblem nicht lösbar sein."

Leider sieht der Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes nach Einschätzung der BKG sogar deutlich höhere Bürokratieaufwände vor und die praktischen Wirkungen der komplexen Regelungen bleiben unklar. Es gelte, die Auswirkungen des Reform-Entwurfes im Sinne einer radikalen Vereinfachung grundlegend zu überprüfen. **DK**

Kernversprechen für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
dern wie beispielsweise Tunesien, Marokko oder der Türkei zu schließen.

Bayern profitiert als sechstgrößte Volkswirtschaft der EU und als exportorientiertes Land enorm vom freien Handel und einer starken EU. Über 50 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU. Vor diesem Hintergrund will die CSU den Industriestandort Europa, Deutschland und Bayern durch ein klares Bekenntnis und Entlastungen für Branchen wie die Automobilindustrie, Grundstoffindustrie, Luftfahrt, energieintensive Unternehmen sowie auch Mittelstand und Handwerk technologieoffen stärken. Auch liegt das Augenmerk auf einem wettbewerbsfähigen Europäischen Datenraum. Wieder abgeschafft werden soll das EU-Verbrennerverbot.

Um den Mittelstand von Bürokratie zu entlasten, brauche es nach dem „Green Deal" nun einen echten „Economic Deal". „Deshalb wollen wir den EU-Mittelstandsbeauftragten mit einem Veto-Recht ausstatten, Bürokratie konsequent abbauen, die Taxonomie und den Green-Deal kritisch überprüfen und die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen anheben."

Damit Europa einen Sicherheitsgaranten für seine Bürger darstellt, sei eine bessere Zusammenarbeit von Europol ebenso geboten wie eine europaweite Ächtung von Drogen wie Cannabis, das Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Mittel zum Schutz von Kindern sowie eine bessere Bekämpfung von Extremismus aller Art.

Für ein Europa, das Innovationen fördert, sollen Zukunftstechnologien gefördert, ein souveräner Zugang zum Weltraum für Europa geschaffen, sowie Bayern als Leitregion für technologischen Fortschritt entwickelt und zum Nummer-1-Standort für Start-ups gemacht werden. Mit Blick auf den Gesundheitsschutz „wollen wir eine europäische Gesundheitsinnovationsunion."

Leitprinzip Subsidiarität

Um die Energieversorgung zu sichern, soll Bayern zum Wasserstoffdrehkreuz Europas entwickelt werden. Alle Erneuerbaren Energien seien gleichwertig zu fördern und auch die Kernenergie müsse weiter genutzt und erforscht werden. Ein europäisches Heizgesetz wird abgelehnt.

Darüber hinaus bekennt sich die CSU zu einem Europa, das keine Schulden macht: „Wir wollen eine strikte Durchsetzung der EU-Schuldenregeln, keine europäische Schuldenunion und Bargeld als Zahlungsmittel erhalten. Die EU-Kommission und den EU-Beamtenapparat gilt es zu verkleinern."

Thematisiert wird auch die Wertschätzung der Landwirtschaft: „Wir wollen Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven für unsere Landwirte. Überzogene Vorgaben und Bürokratie wie Flächenstilllegungen lehnen wir ab." Durch eine klare Herkunftskennzeichnung soll die regionale Lebensmittelerzeugung gefördert werden.

Stichwort Umwelt: „Wir wollen die europäischen Klimaziele durch Innovation und Anreize erreichen, nicht durch Verbote", heißt es weiter. „Wir setzen auf Emissionshandel, Speicherung und Abscheidung von CO2 und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Bei wichtigen Elementen der Daseinsvorsorge, wie etwa der Wasserversorgung, gilt ‚Kommunal vor Kommerz'."

„Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen", lautet das letzte Kernversprechen. „Subsidiarität bleibt unser Leitprinzip. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen in Formaten wie der EU-Donauraum-Strategie, der EU-Alpenraumstrategie, der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der internationalen Bodenseekonferenz oder den Europaregionen und Euroregios ausbauen und die Partnerschaften Bayerns zum westlichen Balkan und nach Skandinavien weiterentwickeln. Die langfristig gewachsenen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich wollen wir pflegen und aufrechterhalten."

Europäische Innovationsregionen

Außerdem schwebt der CSU eine Neubelebung der „Motoren für Europa" vor, in dem die bayerische Zusammenarbeit insbesondere mit weiteren Erfolgsregionen Europas wie der Lombardei, Venetien, Île-de-France, Südschweden sowie den Großräumen Warschau und Prag forciert und gleichzeitig die bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen mit Mitgliedstaaten aus der EU und darüber hinaus strategisch ausgebaut werden. Auch soll eine EU-Innovationsunion unter dem Motto „Stärken stärken" die regionale Zusammenarbeit von europäischen Innovationsregionen bei Zukunftstechnologien stärker fördern. Durch enge Beziehungen wie etwa zu Tschechien soll der Freistaat als Motor der fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas, insbesondere mit Blick auf die Infrastrukturanbindung, fungieren. **DK**

Herausforderungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
erzeugung und Verteilung zur Erhöhung einer autarken Energieversorgung und Steigerung der örtlichen und regionalen Wertschöpfung, sowie Investitionen zur Verbesserung der örtlichen und regionalen Freizeitgestaltung wie etwa die Förderung von Sportplätzen und Schwimmbädern sowie kulturellen Angeboten.

Trotz aller Widrigkeiten in den vergangenen Jahren sei die Bundeswehr immer wieder an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen und über sich hinausgewachsen, betont der DStGB. Die Soldatinnen und Soldaten hätten nicht nur ihre Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung wahrgenommen; auch habe die Truppe unter schwierigsten Bedingungen deutsche Staatsangehörige aus Konfliktgebieten ausgeflogen oder den Kommunen in Deutschland bei Krisen zur Seite gestanden wie etwa bei Hochwassern, Waldbränden oder der Pandemie-Bekämpfung.

Resilienz gegen Schadensereignisse

Um die Resilienz gegen Schadensereignisse wie Dürre, Flut und Brände zu stärken, sollte es in größerem Umfang auch gemeinsame Übungen von zivilen und militärischen Kräften geben. Die neue Sicherheitslage in Europa und der Welt begrenzten die Möglichkeiten der Bundeswehr, eine Reservefunktion im Bevölkerungsschutz wahrzunehmen. Mit Blick auf die knappen Ressourcen der Truppe, die für die Bündnis-/ Landesverteidigung existenziell sind, dürfe die Amtshilfe der Bundeswehr nur subsidiär beim Einsatz von Mitteln gegen Katastrophen erfolgen. „Es ist daher unbedingt erforderlich, dass der Bevölkerungsschutz in den Kommunen vor Ort weiter gestärkt wird. Hierzu muss ein eigenes Sondervermögen gebildet werden."

Viele Gemeinden nutzten bereits die Möglichkeiten, ihre Solidarität und Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen: sei es die Idee der Gelben Schleifen, bei der diese etwa an Rathäusern als Symbol der Verbundenheit sichtbar platziert werden, oder eine Patenschaft zwischen einer Kommune und einem Truppenteil. Gemeinsame Veranstaltungen, aber auch Diskussionsformate seien bereits heute in vielen Kommunen feste Termine, um einander kennenzulernen und zu verstehen. Aber auch das Arbeiten an gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa Kooperationen bei Kindertagesstätten, habe in der Vergangenheit die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort gestärkt. Kommunen und Bundeswehr seien aufgefordert, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen, um den Zusammenhalt von Bundeswehr und Gesellschaft stärker zu fördern. Dazu zähle beispielsweise, dass der Tag der Bundeswehr künftig in mindestens einer Kommune je Bundesland durchgeführt wird, erklärt der DStGB-Arbeitskreis.

Auch der Freistaat Bayern setzt sich für eine starke Bundeswehr ein. Erst vor kurzem billigte der Ministerrat den Entwurf für ein Bayerisches „Bundeswehr-Gesetz", das erste Gesetz eines deutschen Bundeslandes zur Stärkung der Streitkräfte und der Landes- und Bündnisverteidigung.

Der Gesetzentwurf enthält Änderungen in zahlreichen Bereichen des Landesrechts, um die Bundeswehr bei der Bewältigung der neuen Hauptaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu unterstützen. Laut Staatsregierung „zeigt der Krieg in der Ukraine, wie wichtig etwa modernste Flugabwehrsysteme und das Beherrschen disruptiver Technologien für den Schutz unserer Bevölkerung sind. Der Transfer von Know-how und die Ausbildung von Fachkräften durch die Hochschulen sind elementar dafür, dass sich unsere Demokratie gegen Bedrohungen von außen verteidigen kann."

Deshalb wolle der Freistaat die Forschung zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung fördern, zum Beispiel im Bereich KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen. Dafür sei es essenziell, dass die Hochschulen mit den Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Der Gesetzentwurf sieht deshalb ein Kooperationsgebot für die Hochschulen vor und, wenn es aus Gründen der nationalen Sicherheit erforderlich ist, auch eine Kooperationspflicht. Zugleich wird klarstellt, dass es an Bayerns Hochschulen auch künftig keine Zivilklauseln geben wird, die Forschung zu militärischen Zwecken zu verbieten.

Da die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft gehöre, müsse sie auch im schulischen Bereich unter bestimmten Rahmenbedingungen sichtbar sein. Im Bereich der politischen Bildung sollen alle staatlichen Schulen mit den Jugendoffizieren sowie den „Blaulichtorganisationen" zusammenarbeiten. Zudem sollen sie bei Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung ihre Ausbildungs-, Berufs- und Dienstmöglichkeiten vorstellen dürfen. Denn eine starke Bundeswehr benötige Nachwuchs. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht seien Möglichkeiten der Information über Einsatzmöglichkeiten unverzichtbarer Baustein für die Personalgewinnung der Bundeswehr.

Schlüsselfaktor Infrastruktur

Ein weiterer Schlüsselfaktor für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und auch für künftige Standortentscheidungen sei die militärische Infrastruktur. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sei diese Notwendigkeit freilich immer weiter in den Hintergrund des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Künftig solle Verteidigung bei der Landesplanung wieder „mitgedacht" und stärker berücksichtigt werden. Dies sei eine strukturelle Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr die nötigen Einrichtungen für die Landes- und Bündnisverteidigung vorhalten und auch ihre „Drehscheibenfunktion" im Herzen des europäischen Kontinents für die NATO erfüllen kann.

Die militärische Infrastruktur in Deutschland erfordert Milliarden-Investitionen für moderne Kasernen, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten. Es gibt bundesweit einen Investitionsstau, der nur schwer aufzulösen ist. Mit Maßnahmen zur Beschleunigung des militärischen Bauens sei der Freistaat bereits Vorreiter. Der Gesetzentwurf sieht nun zusätzlich den Abbau bürokratischer Hürden für das militärische Bauen vor. Bauvorhaben der Bundeswehr auf Militärgelände sollten verfahrensfrei gestellt, und die Bundeswehr von örtlichen Bauvorschriften der Standortgemeinden freigestellt werden. „Diese Entbürokratisierung und Deregulierung ermöglicht Wiederholungsplanungen und fördert serielles Bauen, was Kosten senken und Bauvorhaben beschleunigen wird. Außerdem werden so die Bauaufsichtsbehörden entlastet." **DK**

Statistik Kommunalfinanzen 2023:

Hohe Defizite

Inflation, Wachstumsschwäche und zunehmende Aufgaben lassen die Defizite der Kommunalhaushalte weiterwachsen. Der finanzielle Druck auf die Kommunen ist erheblich. Damit bestätigt die nun vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kassenstatistik den Negativ-Trend für die kommunalen Finanzen.

Laut Destatis ist der kommunale Finanzierungssaldo um mehr als 9 Mrd. Euro abgestürzt, von einem geringen Überschuss von 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf ein Defizit von 6,8 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Einen vergleichbaren Einbruch gab es zuletzt im Zuge der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008.

Das Ergebnis setzt sich aus kommunalen Kern- und Extrahaushalten zusammen: Das Defizit der Kernhaushalte belief sich im Jahr 2023 auf 6,2 Mrd. Euro, nach einem Überschuss von 2,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Extrahaushalte verzeichneten im Jahr 2023 ein Defizit von 0,7 Mrd. Euro. Im Vorjahr hatte sich ein Überschuss von 0,5 Mrd. Euro ergeben.

Ausgaben steigen um 12 %

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im vergangenen Jahr im Vergleich zum Jahr 2022 sehr stark um 12,0 Prozent bzw. 39,2 Mrd. Euro auf 364,9 Mrd. Euro. Treiber der Ausgabenseite waren vor allem die Sozialausgaben. Sie stiegen um 11,7 Prozent auf 76,0 Mrd. Euro. Hauptgrund für den Anstieg waren die zum 1. Januar 2023 erhöhten Regelsätze für das Bürgergeld nach SGB II und für die Sozialhilfe nach SGB XII. „Aber auch die Berechtigung von Schutzsuchenden aus der Ukraine zum Bezug von Bürgergeld trug dazu bei, wenngleich im Gegenzug die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2023 mit 3,7 Mrd. Euro um 7,9 Prozent niedriger ausfielen als im Vorjahr“, heißt es in dem Bericht.

Die kommunalen Leistungen nach SGB II entfielen zum größten Teil auf Unterkunft und Heizung und waren in der Folge auch erheblich vom Anstieg der Energiepreise betroffen. Die Leistungen lagen im Jahr 2023 mit +14,7 Prozent deutlich höher als im Vorjahr und betrugen 14,8 Mrd. Euro. Im Gegenzug nahm die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 19,0 Prozent auf 9,4 Mrd. Euro zu.

Auch die übrigen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben stiegen 2023 beträchtlich: Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB IX erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent auf 19,9 Mrd. Euro, die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII um 12,5 Prozent auf 18,7 Mrd. Euro und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII um 15,2 Prozent auf 15,7 Mrd. Euro.

Teure Personalkosten

Neben den Ausgaben für Sozialleistungen wuchsen auch andere bedeutsame Ausgabearten kräftig: In den Kernhaushalten stiegen die Personalausgaben um 7,4 Prozent auf 80,9 Mrd. Euro, was vor allem auf den Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist, insbesondere auf die Sonderzahlung zum Inflationsausgleich im Juni 2023. Die laufenden Sachaufwendungen stiegen um 8,2 Prozent und die Sachinvestitionen um 12,3 Prozent, was auch auf die allgemeine Teuerung zurückzuführen ist. Der sprunghafte Anstieg der Zinsausgaben der Kernhaushalte um 37,4 Prozent im Jahr 2023 ist laut Destatis mit der „Refinanzierung und Neuaufnahme von Verbindlichkeiten zu höheren Zinssätzen als in den Vorjahren“ zu erklären.

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kern- und Extrahaushalte waren im Jahr 2023 mit 358,1 Mrd. Euro zwar um 9,0 Prozent oder 29,7 Mrd. Euro höher als im Vorjahr, sie konnten damit aber den Anstieg auf der Ausgabenseite nicht ausgleichen.

Die Einnahmen aus Steuern (netto) waren mit 130,3 Mrd. Euro im Jahr 2023 um 7,3 Prozent höher als im Jahr 2022. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) nahmen dabei stärker als erwartet um 7,3 Prozent zu. Während die Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den besonders hohen Einnahmen im Vorjahr um 26,9 Prozent zurückgingen, stiegen sie in den übrigen Ländern um durchschnittlich 9,5 Prozent.

Die von den Ländern an die kommunalen Kern- und Extrahaushalte gezahlten Zuweisungen für Investitionen wuchsen im Jahr 2023 kräftig um 15,6 Prozent und damit nahezu im gleichen Umfang wie die von den Kommunen verausgabten Sachinvestitionen (+15,7 Prozent). Dagegen blieb der Anstieg der Schlüsselzuweisungen der Länder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Haushalte (+6,1 Prozent) ebenso wie das Wachstum der von den Ländern gezahlten Zuweisungen für laufende Zwecke und Kostenerstattungen (+6,2 Prozent) hinter dem allgemeinen Anstieg der Ausgaben zurück.

Deutschlandticket

„Wegen der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden etwa 370 kommunale ÖPNV-Unternehmen und -verbände ab dem 2. Quartal 2023 erstmals als Extrahaushalte in die vierteljährliche Kassenstatistik einbezogen“, so das Statistische Bundesamt. „Diese Neuaufnahmen beeinträchtigen den Vorjahresvergleich insbesondere bei den Personalausgaben, den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der zusammengefassten Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte.“

Weg vom Förderwirrwar

„Die Zeiten ausgeglichener Haushalte sind für die Kommunen vorbei. Inflationsbedingte dramatische Ausgabensteigerungen und gering wachsende Einnahmen bilden eine unheilvolle Allianz“, kommentierte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert. „Wenn Bund und Länder die Finanzausstattung der Kommunen nicht nachhaltig verbessern, werden hohe Defizite auch in den kommenden Jahren unvermeidbar sein. Die Kommunen werden dann nicht ausreichend investieren können.“

Deshalb sei es geboten, grundsätzlich an die Finanzausstattung heranzugehen, fuhr Göppert fort. „Wir müssen weg vom Förderwirrwarr, insbesondere für die zentralen Transformationsaufgaben, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Es ist klüger, stattdessen grundsätzlich den Steueranteil der Städte und Gemeinden zu erhöhen, zum Beispiel an der Umsatzsteuer. Es ist wichtig, dass die Städte wieder mehr investieren können.“ **DK**

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Bayern fordert im Bundesrat weitreichenderen Bürokratieabbau

Geplantes Bürokratieentlastungsgesetz des Bundes greift zu kurz
Entlastung muss bei allen spürbar ankommen

„Deutschland braucht dringend Entlastungen auf vielen Ebenen – und insbesondere auch bei der Bürokratie! Auch wenn der Bund dies mittlerweile erkannt hat, steuert er mit seinem geplanten Bürokratieentlastungsgesetz nicht ausreichend gegen – der Gesetzentwurf der Ampelregierung greift zu kurz! Bayern setzt sich deshalb im Bundesrat für einen weitreichenderen und substanziellen Abbau von Bürokratie in unserem Land ein: Der Freistaat fordert so unter anderem die einheitliche Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf sechs Jahre – damit vereinheitlichen und vereinfachen wir die Aufbewahrung enorm und schaffen Sicherheit sowie klare Vorgaben für die Unternehmen in puncto Aufbewahrungsfristen,“ so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum diesbezüglichen Antrag Bayerns im Finanzausschuss des Bundesrates zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz in Berlin.

„Bürokratieabbau muss bei allen ankommen. Viele unserer im Vereinsleben engagierten Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach Vereinfachungen für ihren Alltag. Mit einem eigenen Antrag im Finanzausschuss des Bundesrats fordern wir daher die Rückkehr zu den leicht handhabbaren Freistellungsaufträgen für die Konten und Mannschaftskassen vieler Vereine! Wertvolles Engagement darf nicht an unnötiger Bürokratie bei den Bankkonten scheitern!“, betont Füracker.

Durch das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz der Bundesregierung sollen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung von überflüssiger Bürokratie entlastet werden.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre vor. Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Jahresabschlüsse, Lageberichte und viele weitere Unterlagen müssen jedoch weiterhin zehn Jahre aufbewahrt werden. Aufgrund der Belegfunktion dieser Unterlagen für die Buchführung ist davon auszugehen, dass sich Unternehmen aus Vorsichtsgründen verpflichtet sehen, auch die Buchungsbelege weiterhin zehn Jahre aufzubewahren. Die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist stellt somit nur auf dem Papier eine Entlastung für die Wirtschaft dar. Bayern setzt sich im Finanzausschuss des Bundesrates deshalb für eine einheitliche Aufbewahrungsfrist auf sechs Jahre für alle Unterlagen ein.

Nicht steuerbefreiten Körperschaften wie Sparclubs, Kegelclubs oder Mannschaftskassen steht ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 1.000 Euro zu, wenn sie Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielen. Bis 2022 konnten diese Körperschaften ihrem Kreditinstitut einen zeitlich unbefristeten Freistellungsauftrag erteilen, um einen Steuerabzug zu verhindern. Das aktuell geltende Verfahren sieht nur noch eine zeitlich befristete Nichtveranlagungsbescheinigung vor. Diese ist mit deutlich mehr bürokratischen und wiederkehrenden Aufwand für die Körperschaften als auch Finanzämter verbunden. Bayern fordert daher eine Rückkehr zur alten Rechtslage, um diese nicht steuerbefreiten Körperschaften von unnötiger Bürokratie dauerhaft zu entlasten. ❐

Kein neuer Verwaltungsmoloch bei der Kindergrundsicherung

Nachdrücklich abgelehnt wird vom Deutschen Landkreistag die Schaffung eines neuen Verwaltungsmolchs zur Organisation der künftigen eigenständigen Kindergrundsicherung.

„Wir haben von Anfang an den immensen Behördenaufbau kritisiert, zu Recht hinterfragen die Parlamentarier die erforderlichen 5.000 zusätzlichen Staatsbediensteten. Denn die ganze Operation bringt bedürftigen Familien keinen Mehrwert. Sie würde sie sogar durch den Aufbau neuer Bürokratie zusätzlich belasten.“

Ein vernünftiger Gesetzgeber könne dieses Projekt nicht weiterverfolgen, so Sager weiter. Der ursprüngliche Zeitplan habe vorgesehen, dass die Reform bis Januar 2024 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wird und dann bis Ende Februar der Bundesrat zustimmt. „Bislang haben die Ampelfraktionen aber keine Lösung für das Hauptproblem finden können: die Kindergrundsicherung so zu gestalten, dass sie tatsächlich Erleichterungen für Familien bringt. Das ist aber genau der Knackpunkt: Es wird für die bedürftigen Familien nicht einfacher, für sie würden künftig mehrere Behörden zuständig sein. Das ist der grundlegende Konstruktionsfehler. Und auch für die Verwaltung wird es komplizierter. Der Regierungsentwurf veranschlagt 5.000 neue Stellen, ohne dass an anderer Stelle – bei den Jobcentern oder bei den Kommunen – Personal eingespart werden könnte.“

Derzeit wird daher der Alternativvorschlag des DLT diskutiert, den Zusatzbetrag der Kindergrundsicherung für Kinder aus Bürgergeld-Familien über die Jobcenter abzuwickeln. ❐

Neue Führung und Vision für die Bayerische Verwaltungsschule:

Hans-Christian Witthauer übernimmt das Ruder

In einem feierlichen Akt haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (MdL) und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags am 2. April 2024 Hans-Christian Witthauer als neuen Vorstand der BVS ins Amt eingeführt.

Mit dem Antritt von Hans-Christian Witthauer als neuem Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) beginnt ein neues Kapitel in der über 100-jährigen Geschichte der größten Aus- und Fortbildungsstätte für die Verwaltung in Deutschland. Witthauer folgt auf Monika Weinl, unter deren Leitung die BVS seit 2018 ihre Position als führendes Institut in diesem Bereich weiter ausbauen konnte.

„Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung“

In seiner Antrittsrede skizzierte Witthauer die Leitlinien seiner Vision für die Zukunft der BVS und betonte die Bedeutung der Schule für die bayerische Verwaltung. Er hob hervor, dass die BVS eine zentrale Rolle dabei spielen müsse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf die Herausforderungen einer digitalisierten Welt vorzubereiten. „Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung. Dies bietet uns die Chance, bürokratische Hürden abzubauen und den Bürgerservice zu verbessern“, sagte Witthauer. Gleichzeitig warnte er davor, den menschlichen Kontakt aus den Augen zu verlieren. Moderne Verwaltung bedeute, digitale Lösungen zu nutzen, um den menschlichen Kontakt zu unterstützen und zu verbessern.

Witthauer, der verantwortungsvolle Posten bei der Bundeswehr, der Bundesagentur für Arbeit und deren Führungsakademie inne hatte und zuletzt als Vizepräsident und CTO für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) tätig war, betonte die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung als roten Faden seines beruflichen Lebens. „Aus- und Fortbildung waren immer der Schlüssel zu Erfolg und Innovation.“

Unter seiner Führung soll die BVS ihre Angebotspalette kontinuierlich anpassen und erweitern, um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden. Die Schule vermittelt nicht nur fachliche Kompetenz, sondern fördert auch die Fähigkeit, kreativ zu denken und innovative Lösungen zu entwickeln. Witthauer kündigte an, die digitalen Lehrangebote auszubauen und dabei moderne Bildungselemente zu integrieren. „Wir haben bereits erste Schritte in Richtung der Digitalisierung der Lehre unternommen, aber es bleibt noch viel zu tun“, erklärte er.

Die BVS unterhält nicht nur in Bayern, sondern auch international Kooperationen und ist für ihre Kompetenz weltweit bekannt. Witthauer betonte die Wichtigkeit dieser Partnerschaften und dankte den knapp 1.300 nebenamtlichen Lehrbeauftragten für ihr Engagement. „Ihre Arbeit ist



V.l.: Innenminister Joachim Herrmann, Hans-Christian Witthauer und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Bild: BVS

essentiell für den Erfolg unserer Lernenden und somit für die Zukunft der Verwaltung in Bayern“, sagte er. Dies sei nur möglich, weil die Dienstherren ihre engagierten Mitarbeitenden für die Lehre freistellten. „Ohne diese Freistellung, die auch insbesondere vom Innenministerium und Amtschef Dr. Erwin Lohner gefordert und empfohlen wird, können wir unsere dringend benötigen Nachwuchskräfte nicht ausbilden“, appellierte Witthauer an die rund 100 anwesenden Gäste des Festakts. „Sie profitieren davon, denn Ihre Mitarbeitenden sind auf dem aktuellsten Stand, präsentieren Ihre Behörde als Arbeitgeber und werden von unseren Fachreferenten und Pädagogen geschult und unterstützt“, betonte Witthauer weiter.

Seinem Apell schlossen sich auch der bayerische Innenminister und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags an.

Hochqualifizierte und zukunftsorientierte Fachkräfte

Mit Hans-Christian Witthauer an der Spitze setzt die Bayerische Verwaltungsschule ihren Weg fort, die Verwaltung in Bayern und darüber hinaus mit hochqualifizierten und zukunftsorientierten Fachkräften zu versorgen. Seine Vision für die BVS stellt sicher, dass die Schule auch in einer sich schnell wandelnden Welt weiterhin eine führende Rolle einnehmen wird. ❐

KKW-Kommunenbefragung 2023:

Kernergebnisse zur Kommunalen Wärmeplanung

Zum Jahreswechsel ist das Gesetz zur Kommunalen Wärmeplanung in Kraft getreten. Einige Kommunen haben bereits begonnen, ihre Pläne zu entwerfen, andere haben schon konkrete Schritte unternommen. Mit der Auswertung seiner zweiten Befragung zur KWP liefert das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) der Deutschen Energie-Agentur (dena) einen aktuellen Überblick darüber, was bei der Kommunalen Wärmeplanung zu beachten ist und wo Nachbesserungsbedarf besteht.

Zu den zentralen Erkenntnissen zählt zunächst, dass die Umsetzung der Wärmewende viele Hürden aufweist: Finanzierung, Fachkräfte, Bürokratie, Datenbeschaffung sind zentrale Punkte. Sie alle finden sich in den Antworten der Kommunen wieder. Überraschend ist laut KKW, „dass je nach Planungsfortschritt die Beteiligung der Akteure, die Bürgerbeteiligung oder die Kommunikation als häufigste oder zweithäufigste Herausforderung genannt werden. Hier zeigt sich, dass die Wärmeplanung ein Multi-Akteurs-Prozess ist. Bürgerinnen und Bürger verfolgen die Planungen ihrer Kommune, nicht zuletzt, weil sie durch das Gebäudeenergiegesetz in absehbarer Zeit selbst dazu verpflichtet sind, ihre Gebäude klimaneutral zu beheizen".

Die meisten Teilnehmer, die bereits mit der Wärmeplanung begonnen haben, beauftragen externe Dienstleister, um die Aufgaben der Wärmeplanung zu erfüllen. Die Kosten variieren stark - zwischen 0,84 Euro bis 6,32 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Diese Kosten sind umso höher, je weniger Einwohner es in der betreffenden Gemeinde gibt. Für kleinere Kommunen ist es aus Sicht des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende deshalb fachlich wie finanziell sinnvoll, die Wärmeplanung gemeinsam mit anderen Kommunen durchzuführen und einen interkommunalen Wärmeplan zu erstellen. Diese Zusammenarbeit ermögliche es auch, personelle Ressourcen zu bündeln und den Austausch sowie die Zusammenarbeit in der Region von Anfang an zu fördern.

Planungsprozesse schreiten voran

Trotz der Vielzahl an Herausforderungen gibt es auch positive Erkenntnisse. So zeigt ein grober Vergleich der aktuellen Befragungsergebnisse mit den Antworten aus 2022, dass die Teilnehmer ihren Wissensstand zur kommunalen Wärmeplanung 2023 deutlich besser einschätzten. Dies lässt darauf schließen, dass die Planungsprozesse in den Kommunen voranschreiten und sich entwickeln.

Weniger überraschend ist, dass die Mehrheit der Kommunen angibt, die Wärmeplanung über das Klimaschutzmanagement zu koordinieren und die nötigen Planungs- und Prozessschritte als Dienstleistungen auszuschreiben. Ebenfalls bestätigt wurde die bisherige Einschätzung, dass einheitliche Vorlagen, wie beispielsweise für Ausschreibungsunterlagen und Hilfestellungen zur Datenbeschaffung, den Planungsprozess in den Kommunen unterstützen können.

Speziell für Bayern lässt sich festhalten, dass sich die Mehrheit der teilnehmenden Kommunen in der Vorbereitung der Kommunalen Wärmeplanung befindet. Die meisten Durchführenden durchlaufen die Phase der Bestandsanalyse. Noch nicht begonnen haben Kommunen im Freistaat vor allem aufgrund des unklaren rechtlichen Rahmens.

In der Verwaltung übernimmt in der Regel der Bereich Klimaschutz die Koordination der KWP. Die Mehrheit der Befragten in Bayern vergibt die KWP allerdings überwiegend oder komplett fremd. Auch im Freistaat ist eine Korrelation zwischen der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der Kommune und den Gesamtkosten der KWP ersichtlich. Die Kosten sind verhältnismäßig niedriger, je größer die Bevölkerung einer Kommune ist. Insgesamt entstehen so für Gemeinden mit einer niedrigeren Einwohnerzahl (10.000 bis unter 20.000) verhältnismäßig höhere Kosten.

Wissensstand zur KWP

Unter den Befragten in Bayern arbeitet nur eine Landgemeinde bei der KWP als interkommunaler Zusammenschluss. Fast die Hälfte der Befragten in Bayern schätzt ihren Wissensstand zur KWP im mittleren Bereich ein. Mehr Befragte geben an, dass sie einen (eher) geringen Wissensstand haben (33 Prozent), als solche, die ihn als (eher) hoch einschätzen (22 Prozent).

Keinen oder nur unzureichenden Zugang haben die befragten Kommunen bei Themen wie Daten für den Wärmeplan sowie bei allgemeinen Informationen zur Wärmeplanung. Das größte Interesse besteht an Informations- und Beratungsformaten, die spezielle Informationen für bestimmte Kommunentypen enthalten. **DK**

Grünes Gas für alle Fälle:

Mit erneuerbaren Energien in die Zukunft

Als erster Versorger in Deutschland bietet energie schwaben schon jetzt grünes Gas für alle Anforderungen des GEG bis zur klimaneutralen Energieversorgung 2045 an.

Die Tarife, die alle Anforderungen der GEG-Novelle (Gebäudeenergiegesetz) erfüllen, sind ab sofort online über einen Preisrechner buchbar. Vier Produkte stehen zur Auswahl: Mein BioGas 15, Mein BioGas 30, Mein BioGas 65 und Mein BioGas 100. energie schwaben liefert in diesen Tarifen jeweils einen Anteil von 15, 30 oder 65 Prozent beziehungsweise zu 100 Prozent Biogas.

Biogas und Wasserstoff für klimaneutrale Zukunft

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, erklärt: „Ohne Gas wird die Energiewende nicht gelingen. Wir setzen uns dafür ein, dass klimaneutrale Gase Erdgas zunehmend ersetzen. Daran arbeiten wir. In Zukunft wird das vor allem Wasserstoff sein, aber auch Biogas bietet gerade in unserer Region viele Chancen und hat das Potenzial, schon jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen zu leisten."

Ziel der Gesetzesnovelle ist es, den Anteil von erneuerbaren Energien in der Wärmeversorgung von Gebäuden zu erhöhen. Damit die Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2045 in Deutschland klappt, gibt das GEG vor, dass ab 2024 neu eingebaute Gasheizungen bis 2045 schrittweise auf Biogas oder Wasserstoff umgestellt werden. Gasheizungen, die vor 2024 eingebaut wurden, können bis 2045 unverändert mit Erdgas weiterbetrieben werden.

Bereits heute in die Energiezukunft starten? Natürlich ist es auch möglich, den eigenen CO2-Fußabdruck schon heute zu verkleinern und die Biogastarife unabhängig von gesetzlich verpflichtenden Zeitpunkten zu buchen.

Mit energie schwaben auf der sicheren Seite

So oder so: energie schwaben stellt alle im Rahmen des neuen GEG benötigten grünen Gas-Produkte zur Verfügung.

Zukünftig können die Gasnetze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Wärme und sogar Strom in Privathaushalten zu erzeugen. ❐

BERR eG und naturstrom feiern 10-jährige Zusammenarbeit

Andrea Bayer und Sonja Frisch empfingen kürzlich den Vorstandsvorsitzenden der BERR, Joachim Scherrer, und seinen Kollegen Justin Schlecht im neuen naturstrom-Büro in der Ludwig-Eckert-Straße in Regensburg. Gefeiert wurde nicht nur die Eröffnung des 14. naturstrom-Standorts, sondern auch die 10-jährige Kooperation der beiden Energiewende-Vorreiter. Diese nahm mit einem besonderen Projekt ihren Anfang.

2014 hat die BERR in enger Zusammenarbeit mit naturstrom die zukunftstaugliche Mieterstrom-Versorgung für das gemeinschaftliche Wohnprojekt „Haus mit Zukunft" der NaBau eG in Regensburg mitgestaltet. Den Strom einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach können die Bewohnerinnen und Bewohner direkt nutzen, ohne Umwege über das öffentliche Netz. Dadurch entfallen die Netzentgelte und Abgaben an den Netzbetreiber.

Auf diese Weise haben noch vor der offiziellen Einführung des Konzepts „Mieterstrom" BERR und naturstrom das erste Mieterstromprojekt Bayerns aus der Taufe gehoben. In den folgenden Jahren wurde das erfolgreiche Modell noch bei sechs weiteren Wohngebäuden in Stadt und Landkreis Regensburg sowie in Landshut verwirklicht.

Beide Partner sind überzeugt: Energiewende passiert vor Ort

Für Andrea Bayer ist es eine Herzensangelegenheit, mit regionalen Erzeugungsanlagen eine enkeltaugliche Zukunft zu schaffen. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Es gehört zur naturstrom-Überzeugung, dass Bürgerinnen und Bürger von Anfang an eingebunden werden. So werden Anlagen wie zum Beispiel Solarparks nicht an externe Betreiber verkauft, sondern generieren im Betrieb mit lokalen Partnern Gewinne vor Ort. Der Öko-Energieversorger legt von Anfang an größten Wert auf Information, Transparenz und Teilhabe.

Zusammenarbeit mit der BERR als klarer Wegweiser nach Regensburg

Für Andrea Bayer steht fest: „Die Wertschöpfung beim Ausbau der Erneuerbaren muss in der Region, also bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen bleiben." Dafür steht naturstrom als Pionier der Energiewende seit 25 Jahren.

Joachim Scherrer zeigte sich sichtlich gerührt, als er einen Geburtstagskuchen überreicht bekam. Für die BERR und naturstrom ist die Zielrichtung für die nächsten 10 Jahre klar. Die Energiewende in der Region Regensburg wird mit gemeinschaftlichen Wind- und Photovoltaik-Projekten gemeistert! ❐



V.l.: Jan Dühring, Daniel Mölk, Michael Müller. Bild: Eavor

CO2-freie und heimische Naturwärme für Geretsried

Im März ist der Wärmeliefervertrag zwischen der Isar Loisach Naturwärme GmbH (ILN), einer Tochter der Stadtwerke Geretsried, und der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH feierlich im Rathaus in Geretsried unterzeichnet worden, nachdem der Vertrag zuvor durch den Verwaltungsrat der Stadtwerke Geretsried und den Rat der Stadt Geretsried genehmigt wurde.

Der Erste Bürgermeister Michael Müller betonte die Bedeutung dieses Vertrages für die Bürgerinnen und Bürger von Geretsried: „Die Nutzung der Geothermie ist für unsere Region und Bayern ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende, regional kann sie uns zuverlässig mit klimafreundlicher Wärme versorgen. Es wird zunächst sicher nicht jeder Geretsrieder Haushalt an das Fernwärmenetz anschließen können. Das Rückgrat bilden große Liegenschaften wie Schulen, Unternehmen und große Wohnviertel."

Der Vertrag sieht die Lieferung von bis zu 81.200 MWh/a Wärme an die Isar Loisach Naturwärme GmbH vor. Jan Dühring, Vorstand der Stadtwerke und Geschäftsführer der Isar Loisach Naturwärme GmbH: „Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die Nutzung der Geothermie ist für unsere neue Gesellschaft, unsere Stadtwerke und die Stadt als Ganzes eine Herausforderung, der wir uns gerne und mit viel Energie stellen werden." Das Fernwärmenetz der ILN wird, je nach Bohrfortschritt ab 2025/2026, in sechs Ausbaustufen errichtet und vom Gewerbegebiet in Gelting bis nach Geretsried-Stein reichen.

Daniel Mölk, Geschäftsführer der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH: „Dieser Vertrag stellt einen weiteren Meilenstein in einem sehr wichgen Projekt für Geretsried uns seine Bürger dar. Wir schreiben mit diesem Projekt ein neues Kapitel in der Energiewende. Wir zeigen hier, wie mit der Eavor-LoopTM Technologie eine echter Gamechanger für den Wärmesektor Realität wird. Geretsried wird damit zum Vorbild für Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität."

Die ILN arbeitet auf Hochtouren an einer Webseite als Informationsplattform, um in wenigen Wochen zu vielen Fragen rund um das Thema „Fernwärme in Geretsried" zu informieren. Um keine wichtigen Informationen und Entwicklungen zu verpassen, besteht unter www.naturwaerme-geretsried.de bereits jetzt die Möglichkeit, sich für den Newsletter der ILN zum Fernwärmeausbau zu registrieren. ❐



Bericht des Bundesrechnungshofs zum Stand der Energiewende:

Umsteuern dringend erforderlich

Harsche Kritik an der Bundesregierung und deren Arbeit am „Generationenprojekt Energiewende“ hat der Bundesrechnungshof geübt. In einem kürzlich veröffentlichten Sonderbericht weisen die Kassenprüfer darauf hin, dass Deutschland zwar sehr ambitionierte Ziele verfolge, das Vorhaben jedoch nicht auf Kurs sei und die Regierung ihren Zielen hinterherhinke. Nötig sei daher eine umgehende Reaktion, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten. Nach Ansicht von BRH-Präsident Kay Scheller „hätte ein Scheitern gravierende Folgen, denn der Erfolg der Energiewende ist zentral für ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Erreichen der Klimaschutzziele“.

Die vorgesehene Transformation ziele auf eine grundlegende Umstellung der Energieversorgung in Deutschland, auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz ab. Doch aktuell sehen die Haushaltsexperten die sichere Versorgung mit zudem vergleichsweise teurem Strom gefährdet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) müsse die erneuerbaren Energien entsprechend den gesetzlich festgelegten Zielpfaden ausbauen. Allerdings ist laut BRH absehbar, dass die Ausbauziele nicht erreicht werden: „So konnte die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Jahr 2023 lediglich 50 Prozent des Zielvolumens für Windenergieanlagen an Land vergeben: statt 12,84 GW nur 6,38 GW. Um den Zielpfad zu erreichen, müsste sie im Jahr 2024 nunmehr 16,46 GW vergeben. Das ist nicht realistisch.“

Rückstand beim Netzausbau: 7 Jahre und 6.000 km

Die Stromerzeugung durch Photovoltaik und Windanlagen unterliege Schwankungen, so dass es zu Versorgungslücken kommen könne. Deshalb sei der Zubau ausreichender gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten bis zum Jahr 2030 von zentraler Bedeutung. Diesen müsse das BMWK gewährleisten. „Mit der Kraftwerksstrategie 2026 wird ihm das aber nicht gelingen, denn die darin vorgesehenen 10 GW H2-ready-Gaskraftwerke werden nicht ausreichen. Auch die Ausgestaltung eines zusätzlich geplanten Kapazitätsmechanismus für weitere Leistung ist noch offen. So ist nicht sichergestellt, dass die erforderlichen Backup-Kapazitäten rechtzeitig verfügbar sind“, unterstreicht der Rechnungshof. Zudem sei ein erheblicher Ausbau der Stromnetze nötig. „Der Netzausbau liegt erheblich hinter der Planung zurück. Der Rückstand beträgt mittlerweile sieben Jahre und 6.000 Kilometer.“

Wirklichkeitsfremde Bundesnetzagentur

Gleichzeitig werden die Annahmen der Bundesregierung beim Monitoring der Versorgungssicherheit als „wirklichkeitsfremd“ bewertet. In ihrem Monitoringbericht für die Jahre 2025 bis 2031 betrachte die Bundesnetzagentur lediglich ein „Best-Case“-Szenario, wonach die Ausbauziele sicher erreicht werden. Alternative Szenarien würden nicht miteinbezogen, obwohl der Ausbau weder bei den erneuerbaren Energien noch den Stromnetzen auf Kurs sei. „Das Szenario ist sehr unwahrscheinlich. Es weicht von den tatsächlichen Entwicklungen erheblich ab“, betonte Präsident Scheller. „So nimmt das BMWK hin, dass Gefahren für die sichere Versorgung mit Strom nicht rechtzeitig sichtbar und Handlungsbedarfe zu spät erkannt werden. Der Zweck des Monitorings als Frühwarnsystem zur Identifizierung solcher Handlungsbedarfe wird faktisch ausgehebelt.“

Hohe Strompreise stellten ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz der Energiewende dar. Die Preise für Strom seien hierzulande kontinuierlich gestiegen und zählten zu den höchsten in der EU.

Weitere Preissteigerungen seien absehbar. Bis 2045 fielen allein für den Ausbau der Stromnetze massive Investitionskosten von mehr als 460 Mrd. Euro an. Das BMWK berücksichtige diese Systemkosten bisher nicht bei seiner Darstellung der Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien. Um den sehr hohen Strompreisen entgegenzuwirken, habe die Bundesregierung diese wiederholt mit staatlichen Mitteln punktuell bezuschusst. „Dadurch entsteht ein falsches Bild der tatsächlichen Kosten der Transformation“, macht Scheller deutlich.

Aus seiner Sicht muss die Bundesregierung die Systemkosten der Energiewende klar benennen. Darüber hinaus sollte sie endlich bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht. Die von ihr geregelten Strompreisbestandteile muss sie konsequent auf ihre energiepolitischen Ziele ausrichten.

Relativierung des BDEW

Nach Auffassung von Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sei die Kritik in einzelnen Punkten zwar berechtigt, jedoch schieße der Bundesrechnungshof mit seiner Generalkritik über das Ziel hinaus. Es seien sehr wohl Energiewende-Fortschritte sichtbar: „Die Bedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich haben sich deutlich verbessert. Im vergangenen Jahr hatten Erneuerbare Energien erstmals einen Anteil von über 50 Prozent an der Stromversorgung Deutschlands. Auch beim Stromnetzausbau gibt es erkennbare Fortschritte. Es ist klar, dass es weitere Vereinfachungen bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren geben muss. Dies fordert die Energiebranche mit Nachdruck ein. Dazu gehört auch, die Unternehmen endlich von Bürokratie zu entlasten. Der BDEW hat hierzu eine Reihe sehr konkreter Vorschläge gemacht.“

Eine „Versorgungslücke“ im Stromsystem, wie sie der Bundesrechnungshof befürchtet, sehe der BDEW nicht, betonte Andreae. „Die Bundesregierung muss aber jetzt Tempo machen, um den Zubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke zu ermöglichen. Denn das ist eine von mehreren zentralen Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bundesregierung ihr Ziel eines vorgezogenen Kohleausstiegs erreicht. Die Gefahr bei einem verzögerten Ausbau von wasserstofffähigen Kraftwerken liegt nicht in einer Gefährdung der sicheren Stromversorgung, sondern in einer Gefährdung des vorgezogenen Kohleausstiegs. Ohne Zubau wird dies nicht möglich sein.“

Rolle der KWK bedenken

„Aus unserer Sicht muss die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) im Hinblick auf die Kraftwerksplanung und gesicherte Erzeugungskapazitäten bedacht werden – gerade auch deshalb, weil 10 Gigawatt gesicherte Leistung tatsächlich zu wenig sind“, fuhr Andreae fort. Die KWK leiste neben der Stromerzeugung ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit wärmeseitig – und darüber hinaus auch zur Absicherung der Wärmewende. Mit einer Weiterentwicklung des KWK-Gesetzes über das Jahr 2026 hinaus und hin zu klimaneutralen Brennstoffen wie Wasserstoff könne die Kraft-Wärme-Kopplung die Kraftwerksstrategie zum Aufbau von steuerbarer Erzeugungskapazität und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bereich Strom und Wärme flankieren. **DK**

Ein Jahr Atomausstieg:

Noch viele Aufgaben für nukleare Entsorgung

Am 15. April 2024 jährte sich Deutschlands Atomausstieg zum ersten Mal. Mit der Abschaltung der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 ist ein Jahr zuvor die kommerzielle Nutzung der Kernenergie beendet worden.

Dazu erklärt der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn: „Der Atomausstieg hat dafür gesorgt, dass keine weiteren hochradioaktiven Abfälle mehr produziert werden. Voraussichtlich 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle bleiben nach der jahrzehntelangen Nutzung der Kernenergie zurück. Mit dieser festen Größenangabe kann – und muss – jetzt ein tiefengeologisches Endlager gesucht werden.“

Anders als viele andere Staaten hat Deutschland einen gesetzlich geregelten, wissenschaftsbasierten und transparenten Suchprozess festgelegt und durch einen Fonds, in den die Atomkraftwerksbetreiber einzahlen mussten, finanziell abgesichert. Dieser vertrauensbildende Prozess ist gefährdet, wenn der Atomausstieg und wider besseren Wissens die weltweit anerkannte Notwendigkeit der geologischen Tiefenlagerung infrage gestellt werden.

„Deutschland ist durch den Atomausstieg sicherer geworden. Gleichzeitig zeigt die geringe Zahl der bereits vollständig zurückgebauten Reaktoren, wie aufwändig dieser Rückbau, die Zwischenlagerung und Endlagerung sind. Nukleare Sicherheit muss also noch für viele Jahrzehnte gewährleistet werden und bleibt eine Daueraufgabe“, so BASE-Präsident Kühn.

Der Ausstieg aus der Atomenergie resultiert aus einem Bundestagsbeschluss von 2011. Dieser Bundestagsbeschluss – kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima – fußte auf einer breiten, parteiübergreifenden Mehrheit. Gleichzeitig ermöglichte der Ausstieg erstmals eine sowohl von Atomkraftbefürwortern wie -gegnern gemeinsam getragene Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Mammutprojekt

„Die Endlagersuche ist ein Mammutprojekt, das nur gelingen kann, wenn die Breite der Gesellschaft dafür eintritt. Behauptungen über andere und angeblich einfachere Optionen haben keine fachliche Basis und lenken davon ab, dass weiterhin ein Endlager in tiefen geologischen Schichten die einzige Entsorgungsmöglichkeit für die gefährlichen Stoffe ist“, so Kühn.

Die Lagerung in tiefen und stabilen Formationen wird sowohl in Deutschland wie auch von fast allen anderen Staaten mit derartigen Abfällen als einzige langzeitsichere Alternative zum Umgang mit hochradioaktiven Hinterlassenschaften gesehen. Auch neue oder vermeintlich neue Reaktortechnologien erfordern derartige langzeitsichere Endlager. ❐

Energiewende im Staatswald:

Regionale Bietergemeinschaft gewinnt Windkraftausschreibung

Fünf neue Windenergieanlagen in Oberbayern

Der Ausbau der Windenergie im bayerischen Staatswald schreitet zügig voran: Eine regionale Bietergemeinschaft wird im oberbayerischen Landkreis Fürstenfeldbruck (Gemeinde Moorenweis) bis zu fünf neue Windenergieanlagen errichten. Das ist das Ergebnis des kürzlich abgeschlossenen Auswahlverfahrens der Bayerischen Staatsforsten (BaySF). Der Standortsicherungsvertrag liegt bereits vor.

Das Auswahlverfahren wurde gestartet, nachdem die Standortgemeinde durch Gemeinderatsbeschluss grünes Licht für die Planungen gegeben hatte. Für die BaySF waren dabei die Wünsche und Vorgaben der Gemeinden entscheidend für die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens.

Die Sieger: MSE Solar GmbH und EnValue GmbH

Nun steht der Gewinner des Auswahlverfahrens fest – durchgesetzt und die Vorgaben der Gemeinden am besten umsetzen wird eine Bietergemeinschaft: Die MSE Solar GmbH aus München wird zusammen mit der EnValue GmbH aus dem bayerischen Hofkirchen und dem Ingenieurbüro Windplan Bosse GmbH aus Berlin die Anlagen errichten. Diese Bietergemeinschaft konnte sich schon im Auswahlverfahren im benachbarten Kottgeisering durchsetzen.

Enge Zusammenarbeit mit Kommunen und lokalen Akteuren

Fred Garside, Projekt-Manager der MSE Solar: „Wir freuen uns, erneut einen Zuschlag im Auswahlverfahren der BaySF erhalten zu haben und nun für den neuen Windpark in der Gemeinde Moorenweis gemeinsam mit dem benachbarten Windpark in der Gemeinde Kottgeisering die Planung anzugehen. Unsere Bietergemeinschaft sieht mit großer Vorfreude der weiteren Projektentwicklung entgegen. Um unserer Philosophie einer engen Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und lokalen Akteuren gerecht zu werden, haben wir bereits Kontakt mit beiden Standortgemeinden aufgenommen. Dies bildet aus unserer Sicht das Rückgrat für eine effiziente und kommunalfreundliche Umsetzung unseres Vorhabens. Wir sind fest entschlossen, den Genehmigungsprozess mit der gleichen Sorgfalt und dem gleichen Engagement zu durchlaufen und die Öffentlichkeit kontinuierlich über den Fortschritt zu informieren, wie es sich in vergangenen Projekten bewährt hat.“

Auf den Flächen der BaySF wurden bisher bereits 101 Windenergieanlagen realisiert. Derzeit sind aktuell 30 Standortsicherungsverträge für bis zu 150 neue Windenergieanlagen abgeschlossen. Mit diesem abgeschlossenen Auswahlverfahren werden es 31 Standortsicherungsverträge für bis zu 155 neue Anlagen sein.

Aktuell laufen zudem Auswahlverfahren im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech (Gemeinde Denklingen) für bis zu sechs neue Windenergieanlagen sowie im mittelfränkischen Landkreis Ansbach (Gemeinde Dombühl) für eine Anlage.

Weitere Informationen: www.baysf.de/windenergie ❐



WIR FÖRDERN
ENERGIESCHAFFEN
UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz sowie weitere kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 -10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

GSWT-Technologie setzt neue Maßstäbe

Die multifunktionale Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher-Technologie hat die luft- und klimatechnische Branche revolutioniert, indem sie neue Maßstäbe in Bezug auf Effizienz, Betriebssicherheit und Bauweise gesetzt hat. Im Vergleich zu herkömmlichen WRG-Systemen bietet die GSWT-Technologie eine Vielzahl von Vorteilen, was zu erheblichen Energieeinsparungen und Kostensenkungen führt.

Die Funktionsweise der GSWT-Technologie basiert auf dem bewährten Prinzip des Gegenstroms. Dabei strömen beide Medien, Luft und Wasser, entgegengesetzt zueinander durch den Wärmeüberträger. Dies ermöglicht einen beidseitigen Temperatur-Austauschgrad von 90 Prozent.

Der GSWT besteht aus einer Vielzahl von Wärmeüberträgern, die schichtweise übereinandergestapelt werden. Zwischen den Schichten sorgt eine Trennlage für eine zwangsgeführte Luftströmung im Gegenstromprinzip. Jede Schicht ist nur wenige cm hoch und erhält separate Absperrventile. Eine defekte Schicht kann im laufenden Betrieb aus dem Übertragungsprozess ausgekoppelt werden. Bei einem GSWT mit 20 Schichten würde bei Ausfall einer Schicht 95 Prozent der Wärmeübertragungsfläche erhalten bleiben und weiterhin einen hohen Temperaturaustauschgrad gewährleisten. Dies erhöht die Verfügbarkeit und die Zuverlässigkeit der Anlage und bietet eine unvergleichlich hohe Betriebssicherheit.

Zudem weist er kleine Strömungskanäle auf, die seitlich durch die Lamellen und in der Höhe durch die Trennlagen begrenzt sind. Diese tragen zur sehr guten und einfachen Reinigungsfähigkeit des Wärmeübertragers bei.

Die GSWT-Technologie zeichnet sich durch ihre hohe Rückwärmezahl und Effizienz aus. Für ein hocheffizientes GSWT-System werden zwei GSWT zu einem Kreislaufverbundsystem kombiniert und erzielen Rückwärmzahlen von bis zu 80 Prozent, d.h. 80 Prozent der Abluftwärme (Differenz Abluft zu Außenluft) wird zurückgewonnen. Diese hohen Rückwärmezahlen in Verbindung mit hoher Redundanz erlauben eine multifunktionale Nutzung, wodurch die Effizienz weiter gesteigert wird.

Das Kreislaufverbundsystem

Das Kreislaufverbundsystem (KVS) auf GSWT-Basis verbessert die Effizienz von luft- und klimatechnischen Anlagen durch eine intelligente Kreislaufverbundregelung. Dieses System ermöglicht eine präzise Steuerung und Optimierung der Energieverteilung in Gebäuden, indem es verschiedene Komponenten wie Lüftungs-, Heizungs- und Klimaanlagen miteinander verbindet und synchronisiert. Durch die Integration von Sensoren und intelligenten Regelungsalgorithmen kann das KVS den Energieverbrauch reduzieren und den Komfort für die Nutzer erhöhen.

Mit Einsatz der GSWT-Technologie wird im KVS gleichzeitig die Betriebssicherheit verbessert und ermöglicht Substitutionen in anderen Gewerken. Insgesamt bietet das Kreislaufverbundsystem eine Lösung zur Effizienzsteigerung und Optimierung von TGA-Anlagen in verschiedenen Anwendungsbereichen.

Ein weiterer entscheidender Vorteil der Kreislaufverbundsysteme ist ihre Fähigkeit zur keim- und schadstofffreien Wärmeübertragung. Im Gegensatz zu anderen Wärmerückgewinnungssystemen wie Rotationswärmetauscher und Plattenwärmetauscher können auch bei belasteter Fortluft oder erhöhten Hygieneanforderungen hohe Rückgewinnungsleistungen erzielt werden. Zudem ermöglicht sie den Einsatz einer indirekt adiabatischen Kühlung, ohne Feuchtigkeit oder Keime zu übertragen.

Betriebssicherheit

Die hohe Betriebssicherheit der GSWT gewährleistet im Winter eine ausfallsichere Wärmerückgewinnungsleistung, sodass die eingesparte Wärmeleistung bei der Auslegung der noch vorzuhaltenden Heizleistung berücksichtigt und die Heiztechnik um bis zu 80 Prozent kleiner ausgelegt werden kann.

Da das GSWT-System im Sommer auch zur Kälterückgewinnung eingesetzt werden kann, wird somit auch Kälteleistung eingespart. Durch die eingesparte Kälteleistung in Kombination mit adiabatischer Vorkühlung fällt die Kältetechnik sowie die zugehörige Rückkühltechnik deutlich kleiner aus.

Die GSWT-Technologie bietet somit die Möglichkeit zur Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung. Durch ihren redundanten und betriebssicheren Aufbau können Leistungen angepasst und reduziert werden, was zu erheblichen Einsparungen bei den Investitionen führt. Die Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung ermöglicht auch eine effizientere Nutzung von Ressourcen.

Multifunktionale Nutzung

Die GSWT-Technologie verbindet hohe Rückwärmezahlen mit hoher Redundanz und bilden damit die Grundvoraussetzungen für eine multifunktionale Nutzung. Es existiert eine beeindruckende Palette von integrierten Funktionen. Neben der Wärmerückgewinnung können auch Funktionen wie Kälterückgewinnung, indirekt adiabatische Verdunstungskühlung, Nacherwärmung, Nachkühlung, Abwärmenutzung, Solarwärmenutzung, Kältemaschinen-Rückkühlung, Freie Kühlung und viele andere integriert werden.

Alle Funktionen werden zusammen mit einer Schalteinheit in einer Elektro-Hydraulischen-Baugruppe komplett anschlussfertig installiert. Die integrierte Steuerung übernimmt die komplette Regelung der GSWT-Technologie und kann in jede übergeordnete MSR-Technik eingebunden werden. Auch die Elektro-Hydraulische-Baugruppe wird betriebssicher aufgebaut und beinhaltet eine Not-Handbedienebene, sodass alle Funktionen auch bei Ausfall der Regeleinheit verfügbar bleiben.

In Bezug auf die Wärme-/Kälterückgewinnung eines gesamten Betriebsjahres bietet die GSWT-Technologie eine beeindruckende Effizienz. Mit integrierter Nacherwärmung und Nachkühlung können Effizienzwerte von bis zu 1:30 erreicht werden. Zusätzliche Funktionen wie freie Kühlung, Entfeuchtungskälterückgewinnung und Rückkühlung der Kältemaschine können die Effizienz sogar auf bis zu 1:100 steigern.

Der GSWT übernimmt somit auch die Funktion eines Erhitzers, Kühlers, Rückkühlers, etc. Zusätzliche luftseitige Wärmetauscher oder Rückkühlaggregate sind nicht erforderlich, was den Platz- und Strombedarf der Anlagentechnik erheblich reduziert und die GSWT-Technologie besonders attraktiv für die Sanierung von Bestandsanlagen macht.

Retrofit: Sanierung von Bestandsanlagen

Die Anwendung der GSWT-Technologie bei der Sanierung von Bestandsanlagen bietet eine Reihe von Vorteilen, insbesondere in Bezug auf die Modernisierung bestehender Lüftungssysteme. Oftmals sind diese Systeme veraltet und entsprechen nicht mehr den aktuellen energetischen Anforderungen. Durch die Integration der GSWT-Technologie können diese Systeme effizienter gestaltet und der Energieverbrauch reduziert werden.

Eine der größten Herausforderungen bei der Sanierung von Bestandsanlagen ist häufig der begrenzte Platz in den vorhandenen Lüftungszentralen oder Bereichen, die schwer zugänglich sind. Die modulare Bauweise und die Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher ermöglichen jedoch eine flexible Installation, selbst unter beengten Verhältnissen. Dies minimiert die Notwendigkeit von aufwändigen baulichen Maßnahmen wie Wanddurchbrüchen und erleichtert den Einbau in bestehende Systeme.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit, fast jede Luftleistung an die spezifischen Gegebenheiten des Gebäudes anzupassen. Dies ermöglicht eine maßgeschneiderte Lösung für jede Situation, unabhängig von der Größe oder Komplexität des Projekts. Darüber hinaus kann die GSWT-Technologie auch in historischen Gebäuden eingesetzt werden, ohne die Fassaden öffnen zu müssen, was den Erhalt des architektonischen Erbes unterstützt.

Insgesamt ist die Anwendung der GSWT-Technologie bei der Sanierung von Bestandsanlagen eine zukunftsweisende Lösung, um bestehende Lüftungssysteme zu modernisieren, den Energieverbrauch zu reduzieren und gleichzeitig den Komfort und die Effizienz zu verbessern.

Fazit: Die Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher-Technologie (GSWT) steht mit für den Fortschritt in der Luft- und Klimatechnik, indem sie eine hohe Effizienz und multifunktionale Einsatzmöglichkeiten bietet. ❐





V.l.: Cetin Yasasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung der Stadtwerke), Miriam Seidl (Geschäftsleiterin Stadt Kelheim), Thomas Winkler (Projektleiter Planung der Gammel Engineering GmbH), Kelheims Bürgermeister Christian Schweiger, Sabine Melbig (Geschäftsführerin Stadtwerke Kelheim) und Felix Ipfelkofer (Projektleiter der Stadtwerke) vor dem 20 Meter hohen Pufferspeicher am Biomasseheizkraftwerk. Bild: Stadtwerke Kelheim/C. Holzer

Stadtwerke Kelheim:

Investition in die Zukunft

Eine klimaneutrale Wärmeversorgung spielt bei der Erreichung der Klimaziele eine wesentliche Rolle. Um die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern, haben die Stadtwerke Kelheim ihr Biomasseheizkraftwerk nun um einen Pufferspeicher ergänzt.

Der Energieversorger investiert bereits seit Jahren in seine Netzinfrastruktur und ermöglicht durch die Erweiterung mittels Speichers eine effizientere Wärmeversorgung seiner Verbraucher mit erneuerbaren Energien. Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim, betont: „Neben der gestiegenen Nachfrage unserer Kunden nach Versorgung durch Fernwärme spielt für uns auch das Thema Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. Wir müssen verantwortungsvoll mit den natürlichen, uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen. Das ist in unserem Unternehmensleitbild fest verankert."

Präzisionsarbeit

Bereits vor Wochen wurden im Kesselhaus des Heizkraftwerkes alle notwendigen Anbindungen für den Speicher vorbereitet. Ende Februar war es dann so weit und der rund 20 Meter hohe Pufferspeicher wurde mithilfe von Autokranen aufgestellt.

Gespannt verfolgten Sabine Melbig, Felix Ipfelkofer (verantwortlicher Projektleiter der Stadtwerke) und Cetin Yasasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung Stadtwerke) die Präzisionsarbeit, mit der der Speicher exakt auf das dafür erstellte Fundament gesetzt und an die Leitungen zum Kraftwerk angeschlossen wurde. Auch Thomas Winkler von der Gammel Engineering GmbH aus Abensberg war als zuständiger Projektleiter der Planung mit vor Ort.

Einsparung von ca. 62 Tonnen CO2 pro Jahr im Pufferspeicher

Als Bestandteil des Heizkraftwerkes dient der Pufferspeicher dazu, zeitliche Differenzen zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch von Wärme auszugleichen. Das ermöglicht eine gewisse Glättung der tageszeitlichen Spitzenlasten, vor allem in den Morgenstunden. Der fossile Anteil wird gesenkt und der Deckungsanteil der Biomasse erhöht. Dadurch können große Mengen an CO2 eingespart werden.

Mit einem wärmetechnisch nutzbaren Volumen von 200.000 Litern Heizwasser ergibt sich im Pufferspeicher der Stadtwerke Kelheim so eine Einsparung von ca. 62 Tonnen CO2 pro Jahr - für eine klimafreundliche und wirtschaftliche Zukunft Kelheims. Darüber freut sich insbesondere Bürgermeister Christian Schweiger, der gemeinsam mit Miriam Seidl, Geschäftsleiterin der Stadt Kelheim, den Pufferspeicher besichtigte.

Mit Fernwärmenetz werden ca. 73 Gebäude versorgt

2011 ging das Biomasseheizkraftwerk der Stadtwerke Kelheim in Betrieb. Aus naturbelassenen regionalen Holzhackschnitzeln wird Biowärme und -strom erzeugt. Der Kessel hat eine Feuerungswärmeleistung von 3.800 kW (Biomasse). Die Leistung der ORC-Turbine liegt bei 600 kW (elektrisch). Mit diesem Fernwärmenetz versorgen die Stadtwerke Kelheim ca. 73 Gebäude über eine Trassenlänge von rund 10 Kilometern. ❐

Konzern Versicherungskammer:

Versicherer der Regionen, Finanzierer der Regionen

Die Zusammenarbeit der Versicherungskammer mit kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in Bayern hat Tradition. Vor über 100 Jahren wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung und damit eine bis heute anhaltend gute Geschäftsbeziehung ins Leben gerufen. Unterbelichtet bleibt dabei gerne, dass die Versicherungskammer längst nicht mehr nur „Versicherer der Regionen" ist, sondern – besonders im Kontext der Energiewende – immer stärker als „Finanzierer der Regionen" und Partner der Kommunen in Erscheinung tritt. Die Rede ist hierbei von Infrastrukturprojekten.

Infrastrukturinvestitionen auf hohem Niveau

„Die Versicherungskammer setzte bei den Kapitalanlagen frühzeitig auf die Assetklasse Infrastruktur und ist seit mehr als zehn Jahren ein Branchen-Vorreiter. Das gilt auch für Engagements im Kontext der Klima- und Wärmewende in Kommunen. Als langfristiger Investor liegt der Fokus unter anderem auf Themen wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und Daseinsvorsorge", erläutert Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur bei der Versicherungskammer.

Schweier hat die Infrastrukturinvestitionen im Konzern wesentlich mit aufgebaut. Das Engagement in Infrastrukturanlagen liegt im Haus auf hohem Niveau. Es handelt sich um rund 5 Mrd. Euro europaweit, davon über 1,5 Mrd. Euro im sozialen und kommunalen Bereich allein in Deutschland. Das verdeutlicht die gesellschaftliche Verantwortung der Versicherungskammer. Hierzu zählen beispielweise soziale Wohnbaugesellschaften mit dem Gemeinwohlauftrag, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sowie die adäquate Versorgung der Bevölkerung über Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindertagesstätten zu gewährleisten. „Davon profitiert nicht nur die Bevölkerung, dies ist auch für die Kommunen nicht unwesentlich," unterstreicht Schweier. Denn auf diese Weise werde privates Kapital mittelbar mobilisiert, die Investitionslücke im infrastrukturellen Bereich reduziert und die Kassen der Kommunen entlastet.



Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur Versicherungskammer. Bild: dpn

Öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie perfekt umgesetzt

Ein Beispiel: Die Versicherungskammer hat 2023 mit „Ferngas" einen Gasnetzbetreiber in Bayern und Thüringen erworben. Die Ferngas ist für rund ein Viertel des bayerischen Gasdurchlaufs verantwortlich und zählt eine erhebliche Zahl kommunaler Stadtwerke zu ihren Kunden.

Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung

Derzeit geht es vordringlich um den Wasserstoffhochlauf. Hierfür werden intensive Gespräche etwa mit Politik, Wirtschaft und Banken geführt. Mit einer derartigen Investition werden öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer perfekt umgesetzt: durch nennenswerte Beiträge sowohl zur Versorgungssicherheit als auch zur Dekarbonisierung in Deutschland. Gleichwohl ist festzustellen: Die Zugänge für institutionelle Investoren zu Infrastruktur sind noch nicht so, wie sie sich im Kontext des Investitionsbedarfs darstellen müssten. Hier steht die Politik in der Pflicht. Entsprechende Weichenstellungen sind überfällig.

„Wir: Partner der Energiewende"

Die Anstrengungen des Konzerns mit Blick auf die Energiewende setzen an unterschiedlichen Stellen den Hebel an: Etwa durch die neue Initiative der Versicherungskammer, „Wir: Partner der Energiewende", eine Kooperation mit der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Versicherungskammer sieht sich seit jeher als strategischer Partner für die vermittelnden Sparkassen, da sie sehr langfristige Finanzierungen übernehmen kann. Außerdem geht es um Beratung und Wissenstransfer, etwa wenn einer Sparkasse die Finanzierung eines Windparks angetragen wird. Hier gilt es einmal mehr, Synergien zu heben.

Bei der Initiative geht es u.a. um um Investitionen in regionale Infrastrukturprojekte, dabei auch um die Finanzierung kommunaler Projekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Sparkasse. Der Investitionsbedarf ist immens, zum Beispiel bei regenerativen Energien, kommunaler Wärmeplanung, aber ebenso Krankenhäusern oder bezahlbarem Wohnraum. Hier kann eine bewährte Partnerschaft einmal mehr optimal kooperieren, auch im Dienste der Kommunen.

Das Verhältnis zwischen den Kommunen und der Versicherungskammer ist von Vertrauen geprägt, das stetig gewachsen ist. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen in Stadt und Land sowie ihre regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer seit jeher aus. Die Energiewende durch entsprechende Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen voranzutreiben ist ihr ein ureigenes Anliegen. ❒

Bundesverband Geothermie:

Projekte für nachhaltige Energiezukunft

Nach Mitteilung des Bundesverbandes Geothermie haben die Stadtwerke München im Münchner Klimarat ihren Transformationsplan zur Dekarbonisierung der Landeshauptstadt vorgestellt. Seit 2012 wird an der „Fernwärmevision" gearbeitet. Ziel ist, bis spätestens 2040 den Ausbau von klimaneutralen Wärmenetzen abgeschlossen zu haben.

Gelingen soll dies vor allem mithilfe der Tiefengeothermie. Nach den Anlagen in Riem (2004), in Freiham und Sauerlach errichten die SWM auf dem Gelände des Michaelibads die größte innerstädtische Geothermieanlage in Kontinentaleuropa. Auch auf dem Gelände des früheren Virginia-Depots im Münchner Norden ist ein weiteres Geothermie-Vorhaben geplant. Zudem sollen in der Innenstadt Anlagen entstehen.

Umfangreiches Portfolio

Darüber hinaus machen die SWM ihre bestehenden Geothermie-Standorte durch zusätzliche Bohrungen leistungsfähiger. Ergänzend wollen die SWM u. a. auch in kommunalen Kooperationen mit Partnern Geothermiepotenziale in der Region München erschließen. Neben der Versorgung angrenzender Gemeinden soll die Wärme über Trassen auch in das Münchner Fernwärmeverbundnetz eingebunden werden.

Insgesamt werden laut SWM nach derzeitigem Stand zehn Geothermievorhaben mit mehr als 50 neuen Tiefbohrungen geplant. Ergänzt wird das Portfolio durch Großwärmepumpen, sofern möglich direkt am Standort der Geothermieanlage, die zusätzliche Wärme aus dem Rücklauf gewinnen und für die Fernwärme nutzbar machen können.

Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH haben nun einen entscheidenden Schritt für die Dekarbonisierung des Wärmebedarfs in Neu-Ulm und Senden gemacht. Partner ist die Eavor GmbH.

Neu-Ulm und Senden

Im ersten Schritt wird die Nutzung der Tiefengeothermie in Neu-Ulm und Senden geologisch und technisch untersucht. Die Erkundungsphase des Projekts läuft seit Januar 2024 und erstreckt sich zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren. Dabei wird zunächst nicht gebohrt, sondern es werden vorwiegend Messmethoden an der Oberfläche zum Einsatz gebracht. Neben umweltrelevanten Untersuchungen finden auch geologische Untersuchungen statt. Hierbei wird eine 2D-Seismik-Kampagne im Herbst/Winter 2024 durchgeführt. Ziel ist es, innerhalb des mit Fernwärme versorgten Gebietes in Neu-Ulm und Senden die Potenziale der Erdwärmenutzung zu untersuchen.

Neu-Ulm will bereits im Jahr 2040 klimaneutral sein. Dafür ist es nötig, jetzt auch den Wärmesektor anzugehen. Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger unterstützt das Projekt: „Das Bestreben, den sicheren Einsatz von Tiefengeothermie in unserer Region zu prüfen, markiert einen bedeutsamen Schritt in Richtung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energiezukunft für Neu-Ulm. Mit der Wärmetransformationsplanung zeigen wir unser Engagement für innovative und sichere Energietechnologien. Insbesondere schätzen wir, dass die SWU dabei den Umwelt- und Sicherheitsaspekten oberste Priorität einräumt. Dieses Projekt stärkt unsere Position als Vorreiter in der regionalen Energiewende und trägt dazu bei, die Energieversorgung unserer Stadt nachhaltig zu gestalten."

Dachau-Nord

Laut Bundesverband Geothermie hat das Bayerische Wirtschaftsministerium den Stadtwerken Dachau die Genehmigung erteilt, Erdwärmebohrungen durchzuführen. Die Genehmigung gilt für das Gebiet „Dachau-Nord". Hier dürfen die Stadtwerke bis 2.500 Meter tiefe Bohrungen durchführen, um nach heißen Tiefenwasser zu suchen.

Vorher werden allerdings noch die Daten aus vorherigen Probebohrungen und Studien aus dem Gebiet analysiert. Außerdem arbeitet Dachau mit seinen Nachbarkommunen Haimhausen, Röhrmoos und Hebertshausen, an einem Konzept, wie Geothermie gemeinsam für die Fernwärmeversorgung zu nutzen. **DK**



Marian Rappl. Bild: VBEW



Florian Mattner. Bild: VBEW

VBEW-Geschäftsführung künftig als Doppelspitze

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW wird ab dem 1. Juli 2024 von einer neuen hauptamtlichen Doppelspitze geführt. Marian Rappl und Florian Mattner teilen sich zukünftig die Aufgaben in der VBEW-Geschäftsführung im Verband und seiner Dienstleistungsgesellschaft. Damit ist ein nahtloser Übergang nach dem Ausscheiden des langjährigen Hauptgeschäftsführers Detlef Fischer zum 30. Juni 2024 gewährleistet.

„Diese strategische Entscheidung markiert einen bedeutenden Schritt in der Weiterentwicklung des Verbandes. Wir danken Detlef Fischer für seine ausgezeichnete Arbeit in den vergangenen 22 Jahren für den VBEW", betonte Klaus Steiner, Vorsitzender des Vorstands des VBEW.

Marian Rappl wird als neuer Hauptgeschäftsführer federführend u.a. die strategische Ausrichtung, die Interessenvertretung und die Kommunikation des Verbandes verantworten. Mit seiner langjährigen Erfahrung in Verbänden und Unternehmen, auch in der Energie- und Wasserwirtschaft, bringt er exzellente Fähigkeiten als Verbandsmanager mit.

Florian Mattner soll ihm 2025 aus der aktuellen Geschäfts- in die Hauptgeschäftsführung folgen und wird zusätzlich zu seinen bisherigen Tätigkeiten in der Gremienarbeit und der Verbandsorganisation von Detlef Fischer die Geschäftsführung der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH übernehmen. Diese hat sich in den letzten Jahren zum größten beruflichen Fortbilder in der Energie- und Wasserwirtschaft in Bayern entwickelt.

„Der VBEW ist damit gut aufgestellt, um mit seinen Mitgliedsunternehmen die bevorstehenden Herausforderungen in der Energie- und Wasserwirtschaft zu meistern und die Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten", so VBEW-Vorstandsvorsitzender Steiner. ❒



Renexpo Interhydro:

Zentrum der europäischen Wasserkraft

Zwei Tage lang stand das Messezentrum Salzburg wieder im Zeichen der Wasserkraft. Die Fachmesse Renexpo Interhydro war am 21. und 22. März Branchentreffpunkt für Europas führende Unternehmen im Bereich der Hydroenergie. Ein Ausstellerplus von 15 Prozent und rund 1.200 Fachbesucher zeigen Aktualität und Relevanz der nachhaltigen Energieproduktion durch Wasserkraft.

Schauplatz für Innovation, Information und Aktion

Die internationale Ausstellerschaft umfasste die komplette Bandbreite, die der Wirtschaftssektor Wasserkraft zu bieten hat. Von Planung, über Produktion bis hin zur Dienstleistung - vom Großkonzern zum Kleinstbetrieb: Spezialisierung und Expertise im jeweiligen Fachgebiet ist allen eins. Die Besucher profitierten von einem zentralisierten Branchenauftritt für innovative Technologien, Branchenneuheiten und qualitatives Networking. Umrahmt wurden die beiden Messetage von einem versierten Vortrags- und Bühnenprogramm. Zahlreiche Hydro-Profis gaben in ausgewählten Themenbereichen ihr Fachwissen zum Besten und fanden sich auf der Bühne zu Talk- und Diskussionsrunden ein.

Schwerpunkt auf Austausch und Dialog

Über zehn verschiedene Fachvorträge bot die Messeagenda 2024. Die Inhalte reichten von breiter aufgestellten Themenstellungen wie „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung“ hin zu spezifischen Lösungsansätzen für ausgewählte Szenarien und Herausforderungen, zum Beispiel „Systemauslegung zur Schwarzstartfähigkeit eines Trinkwasserkraftwerkes“ und „Wenn sonst nichts mehr hilft - Lösungsmöglichkeiten für „überschüssigen“ Strom“.

Energietalk

Zu Beginn erwartete die Besucher der Energietalk „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung“ unter österreichisch-bayerischer Beteiligung aus Wirtschaft und Politik mit Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG), Florian Streibl (Bayerischer Landtag) und Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl (LEE Bayern). Einig war man sich über die gute, grenzübergreifende Zusammenarbeit der beiden Länder, sowie die wichtige Rolle des Themas „gesellschaftliche Akzeptanz“ für das Vorantreiben erneuerbarer Energieformen. Dies impliziere auch das Bewusstsein über notwendige Ausbaumaßnahmen, vor allem im ländlichen Raum.



Energietalk im Messezentrum Salzburg mit v.l.: Moderatorin und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, MdL Florian Streibl, Hermann Steinmaßl (LEE Bayern), Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG). Bild:JK

Dr. Gerhard Löffler sprach sich dafür aus, dass die Zieldiskussionen im Bereich des Klimawandels aufzulösen seien und zur Tat geschritten werden müsse. Man weiß was zu tun sei, hätte die erforderliche Kompetenz und auch die technischen Voraussetzungen seien vorhanden. Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl betonte, dass im Hinblick auf Investoren frühzeitige Behördenentscheidungen über Realisierbarkeit, Durchführungs- und Planungssicherheit essenziell seien. Der Vorstand der Salzburg AG, Herwig Struber, MSc, appelliert, dass zentrale und dezentrale Versorgungsformen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern ein Miteinander gepflegt werden müsse.

Wasserstrom als neuer Gamechanger

100 Prozent Erneuerbare Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, präsentierte auf der Fachmesse gemeinsam mit Heinrich Strößenreuther (Umwelt- und Energie-Experte und Co-Autor der Studie) und Dr. Roland Steinhoff (Vorstand Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke) erstmalig Studienergebnisse von #Wasserkraft 2030. Diese hebt vor allem die Vorteile des nachhaltigen Energieträgers, wie: die CO2-freie, verlässliche Produktion, wichtige Unterstützungsfunktion in den solar- und windschwachen Wintermonaten, sowie ihren Beitrag zum Katastrophenschutz (Schutz gegen Hochwasser und Dürre) und die regionale Wertschöpfung, hervor. Die detailliierten Studienergebnisse stehen zum kostenlosen Download bereit: https://energywatchgroup.org/wp/wp-content/uploads/2024/03/Wasserkraft-Studie.pdf

Expert Event „Rivermanagement & Ecology“

Zeitgleich zur Messe fand in Kooperation mit vgbe energy e.V. und VÖU eine Konferenz zum Thema Flussbewirtschaftung und -ökologie statt. Führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure trafen aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Mit rund 60 Teilnehmern konnte auch hier ein Erfolg verbucht werden.

Aussteller loben Besucherqualität

Über alle Fachbereiche verteilt berichteten die Aussteller von einem versierten Messepublikum, vielversprechenden Gesprächen und wichtigen Kontakten zur gewünschten Zielgruppe.

Die nächste Renexpo Interhydro findet am 27. und 28. März 2025 statt. ❐

BDW begrüßt neue Studie zur Wasserkraft

Studie der Energy Watch Group beziffert Potenzial von 7,1 Gigawatt für Wasserkraft in Deutschland

Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V. (BDW) hat die Ergebnisse der Wasserkraft-Studie der Energy Watch Group ausdrücklich begrüßt. BDW-Geschäftsführer Dr. Helge Beyer unterstrich: „Wir begrüßen die Ergebnisse der Studie ausdrücklich und sehen uns in der positiven Einschätzung der Wasserkraft bestätigt. Das genannte Potenzial von 7,1 Gigawatt klimaneutraler und regenerativer Energie entspricht einer Leistung von rund 20 Kohlekraftwerken. Mit diesen Zahlen ist eine Neubewertung der Wasserkraft in Deutschland notwendig und besonders auch wegen des vorrangigen öffentlichen Interesses an erneuerbaren Energien zu erwarten.“

Schlüsseltechnologie für die Energiewende

Im Hinblick auf Kriterien zur Gewässerökologie unterstrich Beyer: „Maßnahmen zum Fischschutz und zur Fischwegigkeit sorgen längst für gewässerökologische Verträglichkeit der Wasserkraft. Darüber hinaus leisten Wehre teils seit Jahrhunderten einen wichtigen Beitrag zum Wasserrückhalt, Grund- und Trinkwasserschutz sowie zum Hochwasserschutz.“ Weiter betonte er: „Wasserkraft ist eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende, ihre Potenziale müssen genutzt werden!“ Die Energy Watch Group (energywatchgroup.org) mit Sitz in Berlin hat auf der Renexpo Interhydro in Salzburg die Studie „Wasserstrom - der neue Gamechanger für Klimavorsorge, Heimatenergien und Naturstrom“ vorgestellt. Darin wird die mittelfristig durch Repowering, Modernisierung und Reaktivierung von Wasserkraftwerken zusätzlich realisierbare Leistung auf 7,1 Gigawatt mit einer jährlichen Energieerzeugung von 28 Terawattstunden geschätzt. Gleichzeitig wird eine Neubewertung des positiven ökologischen Beitrags der Wasserkraft zur Gewässerökologie sowie auf Flora und Fauna angemahnt. ❐



Die Gründer des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ (v.l.): Armin Holderried (Stv. Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Helmut Bucher (Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Klaus Förster (1. Bürgermeister Stadt Bobingen), Rudolf Schneider (Vorsitzender Abwasserzweckverband Lechfeld), Robert Irmler (1. Bürgermeister Gemeinde Hiltenfingen), Christian Schlegel (Vorsitzender Abwasserverband Gennach-Kirchweihtal), Roland Peter (3. Bürgermeister Stadt Mindelheim), Robert Pöschl (1. Bürgermeister Stadt Buchloe), Bernhard Kugelmann (2. Bürgermeister Gemeinde Mittelneufnach), Christian Kähler (Vorsitzender Verwaltungsgemeinschaft Türkheim). Bild: Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU

Die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU stellt sich vor

Vor kurzem stellten zwei Initiatoren das gemeinsame Kommunalunternehmen zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm vor, die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU. Verwaltungsratsvorsitzender des gKU ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl, der die interkommunale Zusammenarbeit und den Weitblick des Gemeinschaftsprojektes hervorhob: „Die Kommunen können stolz sein, dieses Projekt in unserer Region angestoßen zu haben. Es geht dabei um zentrale Zukunftsthemen: Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Davon profitieren wir alle.“

Bei einer Pressekonferenz berichteten die Initiatoren, wie es zur Idee und Entwicklung des gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm kam.

Am Anfang stand der Wunsch der Kommunen nach mehr Unabhängigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Klärschlammentsorgung. Daraus entwickelte sich ein Projekt mit vielen weiteren Vorteilen, wie die Beteiligten berichteten.

Verwaltungsratsvorsitzender des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl. Er betonte: „Es ist uns gelungen, für die Region ein zukunftsweisendes Projekt anzustoßen und mehrere Herausforderungen in einem Zug anzugehen. Wir sorgen für langfristige Entsorgungs- und Planungssicherheit beim Klärschlamm, gewinnen den knappen Rohstoff Phosphor wieder und sorgen für negative CO2-Emissionen.“ Die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit würden Bürger schon aus vielen Bereichen kennen, wie etwa Kliniken oder Kläranlagen, so Pöschl. Für kleinere Städte und Gemeinden sei dies eine hervorragende Möglichkeit, um Aufgaben gemeinsam anzupacken – auch beim Thema Klärschlamm-Verwertung.

Projektentwicklung durch engagierte Experten

Die Naturenergie Buchloe GmbH engagiert sich schon lange für nachhaltige Lösungen in der Kommunalpolitik, wie Projektleiter Klärschlamm-Upcycling Richard Dauberschmidt ausführte. Das Unternehmen entwickelte das Projekt der Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm für die Kommunen der Region. Schon die bewährte Idee der Genossenschaften zeige, dass man Probleme gemeinsam besser lösen könne, so Dauberschmidt. Der Experte für Entsorgung und Recycling treibt das Projekt seit Januar 2024 bei der Naturenergie Buchloe GmbH voran. Er führte aus: „Aus etlichen Branchen weiß ich: Kreislaufwirtschaft funktioniert sehr gut, wenn man sich entschlossen dafür einsetzt. So kann Abfall wieder zu einem Wertstoff werden. Es ist überfällig, dies nun auch mit Klärschlamm umzusetzen.“

Klärschlamm wird zu Humus

Nach der ersten Verwaltungsratssitzung erfolgt nun der Aufbau des gemeinsamen Kommunalunternehmens und der geplanten Anlage zur Trocknung und Verkohlung von Klärschlamm. Es gibt bereits einige Anlagen in Deutschland, in denen dies erfolgreich geschieht – beispielsweise im sächsischen Niederfrohna oder im hessischen Lorsbach. Mit der Kommunalen Energieverwertung Schwaben gKU können die zusammengeschlossenen Kommunen der Region um die Stadt Buchloe bald ebenfalls von diesem Verfahren profitieren. ❐

Bayernwerk startete Bau für längstes Hochspannungskabel

Start frei für den Bau des Hochspannungs-Erdkabels vom Umspannwerk Kleinschwabhausen zum Netzknoten in Oberbachern nördlich von München: Über den Bauablauf informierte der Netzbetreiber Bayernwerk Eigentümer und Pächter. Die Regierung von Oberbayern hat das Projekt genehmigt.

Der 18 Kilometer lange Neubau ist das bisher längste Erdkabel des Bayernwerks. Der Netzausbau soll zukünftig helfen, dass überschüssiger grüner Strom aus der Region besser verteilt werden kann. In die neue Stromleitung investiert das Bayernwerk rund 39 Millionen Euro.

„Mit der Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern tragen wir einen wichtigen Beitrag zur überregionalen Energieversorgung bei“, berichtet Bauprojektleiter Bernd Igelbüscher von der Bayernwerk Netz GmbH. „Die Region erzeugt seit Jahren mehr grünen Strom als direkt vor Ort verbraucht wird. Mit der Erdkabelleitung kann diese Energie nun dorthin verteilt werden, wo sie gebraucht wird.“

Das Erdkabel verläuft durch den Landkreis Dachau bis zum Umspannwerk Oberbachern. Dabei führt die Leitung vom Umspannwerk Kleinschwabhausen durch das Glonntal, entlang der S-Bahnlinie und weiter nach Süden. Südlich von Stetten endet das Kabel als regionale Verbindung im Umspannwerk Oberbachern.

Verlegung größtenteils in offener Bauweise

Am 15. April begann eine Arbeitsgemeinschaft aus den beiden Tiefbaufirmen Pfaffinger Bau SE aus Passau und W. Markgraf GmbH & Co. KG aus Bayreuth mit dem Aushub der Gräben für das Erdkabel.

Seit Anfang April werden bereits Wege und Bauflächen vorbereitet, um zum Baufeld zu gelangen. Den Kabelbau wickelt die Firma Omexom Hochspannung GmbH aus Bernau ab. Die Baufirmen starten jeweils gleichzeitig am Nord- und Südende der Trasse und arbeiten sich im Verlauf der kommenden Monate auf die Streckenmitte zu.

Der Großteil des Erdkabels wird in offener Bauweise verlegt. Hierbei heben die Bauunternehmen einen circa 1,75 Meter tiefen Kabelgraben aus und lagern den Aushub daneben ab. Danach werden Leerrohre verlegt, in die später die Stromkabel eingezogen werden, nachdem die Grube wieder mit dem Aushub gefüllt wurde.

Die 110-kV-Stromleitung quert mehrere Staats- oder Kreisstraßen und Gewässer wie beispielsweise den Rothbach auf einer Länge von 230 Metern. Um den Verkehr und die Gewässer nicht zu beeinträchtigen, werden in diesen Bereichen sogenannte Spülbohrungen umgesetzt. Ein spezielles Spülbohrgerät bohrt zunächst einen unterirdischen Kanal und bringt im Rückzug die Leerrohre für die Kabel ein.

Gesicherte Energieversorgung in Oberbayern

Die Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern stellt einen wichtigen Baustein für die Energiewende in Oberbayern dar. Gerade in der nördlichen Region von München steigt der Energiebedarf durch Unternehmen und Privathaushalte bei der Transformation hin zur E-Mobilität und nachhaltiger Wärmeversorgung stetig an. Hier sichert regional überschüssiger Strom aus erneuerbarer Energie, der über die Erdkabelleitung verteilt werden kann, die Energieversorgung. Die neue Leitung erhöht aber auch die Netzstabilität und -qualität direkt vor Ort – davon profitieren die Anwohner im Landkreis Dachau und den umliegenden Landkreisen.

Seit Beginn der Planungen informiert das Bayernwerk kontinuierlich Eigentümer und Bewirtschafter entlang der Trasse über das Projekt. Zum anstehenden Baubeginn fand im Gasthof Lachner in Stetten ein Informationsabend statt. Im Verlauf des Abends stellten sich Ansprechpartner aus der Bauleitung sowie verschiedene Partnerunternehmen vor und standen für Fragen zur Verfügung. ❐

Bayerisches Chemiedreieck:

Modernisierung und Ausbau der Strominfrastruktur

Kommunikationsauftakt in Altötting: TenneT, Bayernwerk und Unternehmen aus dem Chemiedreieck informieren Politikerinnen und Politiker der Region

TenneT und das Bayernwerk haben in Altötting den erforderlichen Ausbau des Stromnetzes vorgestellt, der eine entscheidende Rolle für die Industrietransformation der energieintensiven Unternehmen im Bayerischen Chemiedreieck spielt. Die Netzausbaupläne basieren auf detaillierten Strombedarfsprognosen der Wacker Chemie AG, OMV Deutschland GmbH und des Chemieparks GENDORF. Auf dem Weg hin zur Klimaneutralität werden die Firmen künftig an ihren Standorten im Chemiedreieck deutlich mehr elektrische Energie benötigen.

Das Bayerische Chemiedreieck steht vor wegweisenden Veränderungen. Um die Energiewende voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, setzen die energieintensiven Unternehmen des Chemiedreiecks auf die Transformation ihrer Industrieprozesse.

Transformation der Industrieprozesse

Im Fokus steht dabei die Elektrifizierung. Auf dieser Basis haben die Unternehmen ihren Strombedarf für die kommenden Jahrzehnte berechnet: Sie gehen davon aus, dass ihr Bedarf bis 2050 beim 2,5-fachen des heutigen Strombezugs liegt, nämlich bei einer Leistung von rund zwei Gigawatt. Das macht eine umfassende Modernisierung und den Ausbau der Netzinfrastruktur in den Landkreisen Rottal-Inn und Altötting erforderlich. Für die regional und international bedeutenden Chemieunternehmen ist dieser Ausbau von entscheidender Bedeutung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern.

Dr. Bernhard Langhammer, Sprecher der Initiative ChemDelta Bavaria, unterstreicht die Notwendigkeit des Netzausbaus für die Unternehmen in der Region: „Bereits jetzt verbraucht das Chemiedreieck mehr als fünf Terawattstunden Strom pro Jahr. Das ist rund ein Prozent des gesamtdeutschen Strombedarfs. In Zukunft wird dieser Wert noch deutlich ansteigen, schließlich gilt es, mit nachhaltig erzeugtem Strom den Sprung zur Klimaneutralität zu schaffen – etwa, indem wir unseren zwingend benötigten Prozessdampf mit strombetriebenen Wärmepumpen anstelle von Gaskraftwerken erzeugen. Die dafür notwendigen Strommengen können nicht nur in der Region erzeugt werden, sie müssen im Wesentlichen von außen herangeführt werden. Deswegen ist ein deutlicher Ausbau der Netzinfrastruktur für uns von essenzieller Bedeutung. Der Bau der zweiten 380-kV-Leitung muss schnellstmöglich und ohne Verzögerungen erfolgen."

TenneT wird mit dem Bau einer neuen 380-Kilovolt-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn und je einem neuen Umspannwerk in Burghausen und Simbach sowie einer neuen Schaltanlage im Suchraum Zeilarn die Versorgung der ansässigen energieintensiven Industrieunternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger mit nachhaltig erzeugtem Strom sichern.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Tim Meyerjürgens, COO von TenneT, betont die Bedeutung des Übertragungsnetzes: „Der Ausbau des Höchstspannungsnetzes im Bayerischen Chemiedreieck ist ein wesentlicher Schritt, um die Region zukunftsfähig zu machen und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Die geplanten Maßnahmen legen den Grundstein für die Transformation der ansässigen Unternehmen und somit für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Darüber hinaus trägt der Netzausbau dazu bei, die Strompreise zu stabilisieren, indem er die Übertragungskapazität erhöht und somit die Notwendigkeit von Eingriffen ins Netz reduziert. Dies wird langfristig dazu beitragen, die hohen Kosten für die Engpassbewirtschaftung zu senken."

Mit Blick auf die weiteren Planungen betont Meyerjürgens daher: „Uns ist es wichtig, die Öffentlichkeit von Anfang an mit einzubeziehen, denn der Netzausbau in Bayern ist für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung von morgen alternativlos. Gleichzeitig sind wir auf die Unterstützung vor Ort angewiesen, damit wir gemeinsam mit allen Beteiligten den Netzausbau konsequent vorantreiben und rasch in die Realisierung bekommen."

Mehr lokal erzeugter Ökostrom im Netz

Das Bayernwerk beginnt bereits in diesem Jahr mit Netzbau-Maßnahmen in der Region, um erste Leistungserhöhungen für seine Industriekunden bereitzustellen. „Es liegt uns am Herzen, dass wir unseren Kunden möglichst schnell eine klimaneutrale Energieversorgung mit grünem Strom ermöglichen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Unternehmen, aber auch der ganzen Region. Denn vom Ausbau des Hochspannungsnetzes profitieren nicht nur die Industrieunternehmen. Wir werden in einem hochmodernen Netz auch mehr lokal erzeugten Ökostrom im Netz aufnehmen und verteilen können. Wir planen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes in der Region die umfassende Erneuerung und den massiven Ausbau des Netzes", sagt Robert Pflügl, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH.

Eingriffe in die Natur so gering wie möglich

Die Planungen des Verteilnetzbetreibers setzen dafür überwiegend auf die Modernisierung und Verstärkung vorhandener Leitungen, so dass die Eingriffe in die Natur und den Lebensraum der Menschen durch den Netzausbau so gering wie möglich bleiben.

In diesem Zusammenhang lobt Erwin Schneider, Landrat von Altötting, die Informationspolitik der Unternehmen und sichert seine Unterstützung zu: „Wir befinden uns derzeit zweifelsohne in einem Transformationsprozess, der unser gesamtes Wirtschaftsleben erfasst. Der Ausbau des Stromnetzes ist daher ein zentraler Baustein, den hohen Energiebedarf der chemischen Industrie auch in Zukunft zu decken. Daher freuen wir uns, dass die zentralen Akteure heute gemeinsam den Start für die zukunftssichere Stromversorgung des Chemiedreiecks vereinbart haben."

Geplante Maßnahmen für die klimaneutrale Zukunft des Chemiedreiecks

Am 1. März 2024 bestätigte die Bundesnetzagentur den Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023) der vier Übertragungsnetzbetreiber und damit auch die Notwendigkeit des Projekts P474. Das Projekt sieht eine neue 380-KV-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn vor, zwei neue Umspannwerke in Burghausen und Simbach sowie eine Schaltanlage im Raum Zeilarn. Die Bestätigung durch die Bundesnetzagentur ermöglicht TenneT nun den Beginn der Planung eines Trassenkorridors.

Im ersten Schritt werden zeitnah Flächen für die Umspannwerke und die Schaltanlage gesucht, die als Knotenpunkte der Netzplanung maßgeblich für die weitere Planung sind. Das gesamte Neubauprojekt begleitet TenneT mit umfassenden Dialog- und Informationsmaßnahmen , um alle Beteiligten kontinuierlich über die aktuellen Planungen zu informieren. Die Inbetriebnahme ist vor 2035 geplant.

Das Bayernwerk plant, vorhandene Hochspannungsleitungen in der Region zu erneuern und zu verstärken: Das Umspannwerk Bruck bei Gendorf soll erweitert werden und eine direkte Anbindung an den Netzknoten Pirach bei Burgkirchen an der Alz erhalten. Dafür will das Bayernwerk die Leitung zwischen Pirach und Bruck ertüchtigen. Auch die beiden Hochspannungsleitungen, die zwischen Pirach und dem Wacker-Standort in Burghausen verlaufen, sollen erneuert werden.

Kapazitäten werden erweitert

Das neue Umspannwerk bei Burghausen, ein Knotenpunkt von Übertragungs- und Verteilnetz, will der Verteilnetzbetreiber mit neuen Hochspannungsleitungen Richtung Simbach und zu den Standorten von Wacker und OMV anbinden. An den Standorten der beiden Unternehmen sind zudem zwei neue Umspannwerke geplant. Noch in diesem Jahr erweitert das Bayernwerk die Kapazitäten der Freileitung zwischen Simbach und Burghausen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Leitungen Töging-Pirach und Töging-Neuötting zu modernisieren. Im Herbst dieses Jahres beginnen die Bauarbeiten an der Leitung Töging-Neuötting. Voraussichtlich 2025 will das Bayernwerk mit der Modernisierung der Freileitung Töging-Pirach beginnen. ❐

Bayerischer Energiebeirat:

Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral"

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des Bayerischen Energiebeirats unter dem Vorsitz von Staatsminister Hubert Aiwanger wurden die Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral" vorgestellt. Die Studie zur „szenarienbasierten Analyse von Wegen in ein treibhausgasneutrales Bayern", erstellt von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE), soll als Grundlage für die Entwicklung eines Energieplans für Bayern im Jahr 2040 dienen.

Durch die Nutzung unterschiedlicher Technologiepfade soll das bayerische Klimaziel erreicht werden. Analysiert wurden die Vor- und Nachteile entlang des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Dabei wurden nicht nur die Herausforderungen und Chancen in den Sektoren Industrie, Verkehr, Gebäude und Energiewirtschaft betrachtet, sondern auch die Auswirkungen der Transformation auf die Strom- und Gasnetze.

Kernaussagen

Die „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral" enthält folgende Kernaussagen:

- Die Transformation reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Im Jahr 2019 stammten 77 Prozent des Primärenergiebedarfes aus Importen (vor allem Mineralöl, Erdgas und Uran). Dieser Wert soll bis 2040 mit einem hohen Anteil Erneuerbarer Energien sowie der Elektrifizierung auf 22 Prozent sinken.
- Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss deutlich verstärkt werden. Zuviel Zubau von PV- und Windenergieanlagen gibt es dabei nicht. In Zahlen bedeutet dies im Mix-Pfad bis 2040 einen Zubau von 51 GW an PV-Freiflächenanlagen, 27 GW an PV-Aufdachanlagen und 12 GW an Windenergieanlagen.
- Die Elektrifizierung ist ein Kernelement der Transformation. Sie wird ergänzt durch die Nutzung von Wasserstoff, Bioenergie, grüner Fernwärme und synthetischen Energieträgern. Trotz starker Effizienzverbesserungen führt die Elektrifizierung und die Produktion von Wasserstoff zu einem Anstieg des Stromverbrauchs. Ein weiterer Bedarf kann hinzukommen, wenn auch für den internationalen Flugverkehr Kerosin, Naphtha und Methanol in Bayern synthetisch hergestellt werden.
- Bayern kann sich nicht zu jeder Stunde im Jahr selbst versorgen. Die wichtigste Flexibilitätsoption ist das Strom-Übertragungsnetz. Dies ermöglicht den Stromaustausch innerhalb Bayerns und mit den angrenzenden Regionen. Bis 2040 müssten in einem bestimmten Szenario jede Woche ca. 7 Kilometer Übertragungsnetz zugebaut oder verstärkt werden.
- Die Investitionen in die Energiewende zahlen sich aus. Gegenüber der Transformation im aktuellen Tempo könnten zwischen 2024 und 2040 ca. 100 Mrd. Euro eingespart werden, da deutlich weniger kostspielige synthetische Brennstoffe importiert werden müssen.

Staatsminister Hubert Aiwanger kündigte an, dass das Energieministerium bis Jahresende 2024 den Energieplan Bayern 2040 entwickelt: „Beim nötigen Umbau unserer Energiesysteme müssen wir realistisch und konsequent vorgehen. Wir müssen die Menschen überzeugen, den gezielten Ausbau der Erneuerbaren Energien, Speicher etc. mitzutragen.

Und es braucht eine starke, erfolgreiche Wirtschaft, um die Herausforderungen zu stemmen. Wenn die Energiewende zu einem Verlust an wirtschaftlicher Kraft und zu einer Deindustrialisierung führt, haben wir nichts gewonnen. Ohne Unterstützung durch politische und gesellschaftliche Mehrheiten werden wir langfristig nicht erfolgreich sein."

Politik muss die Menschen einbinden

Die Energiepolitik der Ampel in Berlin habe gezeigt, dass es nicht funktioniert, Energiepläne über die Köpfe der Menschen hinweg ideologisch durchzudrücken, unterstrich Aiwanger. „Verantwortungsvolle Politik plant eine Energiewende nicht vom Reißbrett weg, sondern bindet die Menschen ein. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz wird es nicht funktionieren."

Der Bayerische Energiebeirat, ein Gremium bestehend aus rund 80 Vertretern der bayerischen Wirtschaft, den Spitzen- und Fachverbänden und weiterer für die Energiewende gesellschaftlich relevanter Institutionen wurde als Nachfolgeformat des Energiegipfels 2018/2019 ins Leben gerufen. Aufgabe des Beirates ist die Beratung des Energieministers zu Fragen rund um das Thema Energie. Der Beirat soll die hierfür relevanten fachlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte einbringen und erörtern. **DK**



Wertvolle Infrastrukturleistung für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft

Bayerische Vermessungsverwaltung stellt Geobasisdaten als OpenData zur Verfügung

Die Gemeinden und Landkreise Bayerns nutzen seit vielen Jahren die Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV). Anwendungsbereiche sind z. B. Bauleitplanungen, die Kontrolle und Pflege öffentlicher Einrichtungen (Bauwerke, Gewässer, Grünanlagen usw.), die Einrichtung und Wartung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie für kommunale Planungen. Über die bestehenden Rahmenvereinbarungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der BVV erhalten die Landkreise und Gemeinden regelmäßig aktuelle Daten der BVV. Darüber hinaus stellt die BVV seit 1. Januar 2023 eine große Auswahl an Geobasisdaten kostenfrei für alle Interessierten zur Verfügung. Mit diesem neuen OpenData-Angebot der BVV wird es für die Gemeinden und Landkreise jetzt noch einfacher eine Vielzahl von Geobasisdaten abzurufen.

Die meisten der als OpenData angebotenen Geobasisdaten können im Zuge der Umsetzung des Datennutzungsgesetzes unter https://geodaten.bayern.de/opengeodata/ jederzeit unkompliziert heruntergeladen werden. Die Nutzerinnen und Nutzer können sich damit unabhängig von Lieferterminen zu jeder Zeit mit den aktuellsten Daten versorgen. Das OpenData-Portal enthält die Daten in einer hohen Qualität und wird kontinuierlich ausgebaut.

Aktualisierungen und Produktverbesserungen

Zudem werden die Datensätze regelmäßig aktualisiert, so dass auch Produktverbesserungen zeitnah weitergegeben werden können. Die kostenfreie Bereitstellung eröffnet den Nutzerinnen und Nutzern neue Möglichkeiten der Verfügbarkeit und Verarbeitung von Geodaten sowie bei der Entwicklung von Produkten oder neuen Geschäftsmodellen. Ergänzt wird das OpenData-Portal durch einen umfangreichen FAQ-Bereich mit hilfreichen Informationen zum bestehenden Angebot, Anleitungen zur erweiterten Aufbereitung der Daten sowie mit einem Newsletter.

Vielfältige Geobasisdaten

Das Angebot an Geobasisdaten als OpenData ist vielschichtig und umfangreich. Zur Produktpalette gehören Daten der Landesvermessung wie z. B. das Digitale Landschaftsmodell (ATKIS® Basis-DLM), das Digitale Geländemodell oder topographische Karten. Darüber hinaus werden auch einige Daten des Liegenschaftskatasters wie die Parzellarkarte (Grenzdarstellung in Rasterformat ohne Flurstücksnummer und Abmarkungsart) sowie das 3D-Gebäudemodell (LoD2) zur Verfügung gestellt.

Die Daten können vielfältig verwendet werden, z. B. für Solardach-Analysen, für Sichtbarkeitsanalysen neu geplanter Bauwerke, für dreidimensionale Ansichten als Grundlage politischer Entscheidungen, für historische Betrachtungen und vieles mehr. Möglich ist sowohl der Bezug von Einzeldaten (Kacheln) für kleine Gebiete als auch der Massendownload von großen Gebietseinheiten wie z.B. Landkreisen oder auch von Datensätzen für ganz Bayern.

Digitales Geländemodell

2023 wurden rund 32 Millionen Dateien heruntergeladen. Am häufigsten nachgefragt wird das Digitale Geländemodell mit einer Bodenauflösung von 1 m (DGM 1).



Zusätzlich kann ein Großteil der OpenData-Produkte über Services genutzt werden. Für die Geodaten aus dem OpenData-Portal gelten umfangreiche Nutzungsrechte. Die Daten dürfen bearbeitet, geteilt, veröffentlicht und auch kommerziell genutzt werden.

Urheber- und Rechteangaben beachten

Die Lizenzbedingungen sind bei jedem einzelnen Produkt angegeben. Sie können schnell und unkompliziert eingesehen werden. Beachtet werden muss bei der Verwendung der Daten lediglich, dass angemessene Urheber- und Rechteangaben erfolgen, ein Link zur Lizenz eingefügt und ein entsprechender Hinweis angebracht wird, falls Änderungen vorgenommen werden. Für sensible Daten wie Flurstücksgrenzen ist das Recht zur Veränderung jedoch ausgeschlossen.

Kommunaler Nutzen

Das OpenData-Angebot ist natürlich auch für kommunale Betriebe, Zweckverbände sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen und Dienstleister der Landkreise und Gemeinden von großem Nutzen. ❒

Richtungsweisend für Bayern:

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Energieminister Hubert Aiwanger eröffnet die Kampagne

Energieminister Hubert Aiwanger hat die bayernweite Kampagne „Richtungsweisend für Bayern - Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ mit der dazugehörigen Infotour auf der Fertighaus- und Energiemesse in Straubing eröffnet.

Organisiert und umgesetzt wird die Tour von der Landesagentur für Energie- und Klimaschutz (LENK). Aiwanger erklärte: „Mit der Kampagne liefern wir den Menschen vor Ort technologieoffen und vorurteilsfrei Informationen über neue Arten zum Heizen und Dämmen. Damit zeigen wir ihnen sinnvolle und effiziente Möglichkeiten zum Einsparen von Energie und Kosten für ihre jeweilige Situation auf. Und wir fördern damit auch den Klimaschutz. Denn rund die Hälfte des Endenergieverbrauchs sowie knapp 30 Prozent aller energiebedingten CO2-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich.“

Im Rahmen der Eröffnung stellte die LENK ein mobiles Modellhaus vor. Dieses zeigt, wie richtungsweisende Heizungstechnologie funktioniert. „Auf anschauliche Weise können sich die Besucher am Modellhaus selbst überzeugen, wie sie ihren Geldbeutel und das Klima schonen, Wärme sparen und gleichzeitig den Wohnkomfort erhöhen können. Für mich zeigt das Haus daher gute Möglichkeiten, wie die Energiewende in der Praxis umsetzbar ist“, sagte der Minister. Das Modellhaus wird von März bis Oktober dieses Jahres in 16 bayerischen Städten erlebbar sein. Es behandelt die Themen Heizen und Dämmen.

Die Wärmewende-Aktion ist Teil einer Informationskampagne der LENK. Sie richtet sich vor allem an Bürgerinnen und Bürgern, die eine Baumaßnahme planen. Auf der Tour gibt die LENK Orientierung und hilft Interessierten, die jeweils individuell richtigen Entscheidungen zu treffen bzw. relevante Informationsangebote zu nutzen. Neben den Heizkosten werden auch die künftige Lebensqualität und die Wohngesundheit in Wohnräumen berücksichtigt.

Informationen zu Technologien und Tour-Terminen:
www.richtungsweisend.bayern und https://zukunftskompass-waerme.bayern/ ❒.

Baukultur muss Balance zwischen Herkunft und Zukunft finden

Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich spricht bei BDA-Architekturpreisverleihung „regioNO“

Landshut. Die bestehende Baukultur wertschätzen und dabei Ressourcen schonen, sich zugleich aber Neuem nicht verschließen. Mit dieser Botschaft wandte sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich in seiner Rede an Preisträger und Besucher der diesjährigen Verleihung des BDA-Regionalpreises Niederbayern-Oberpfalz „regiNO“ in Landshut. „Denn Baukultur hat in der heutigen Zeit viel mit Klimawandel und somit auch mit dem Erhalt der Schöpfung zu tun.“ Architektur könne das Alte bewahren, aber auch neue Wege beschreiten. „Die Balance zwischen Herkunft und Zukunft ist der Königsweg“, so Dr. Heinrich.

Bereits zum siebten Mal verleiht der BDA, der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, seinen Regionalpreis Niederbayern-Oberpfalz „regiNO“ an verdiente Bauherren und Architekten.

Dialog fördern

Durch das Herausstellen bemerkenswerter zeitgenössischer Architektur und guten Städtebaus in der Region wolle man den Dialog aller am Baugeschehen Beteiligten und Interessierten fördern, heißt es von Vereinsseite. Heuer würdigte die internationale Jury aus Fachleuten in Niederbayern die Neue Ortsmitte Baierbach und die Staatliche Dombauhütte Passau mit der Auszeichnung. Eine Anerkennung erhielt das Holzblockhaus „Gastgeb“ in Landshut. Lobend erwähnt wurde der Neubau an der Stadtmauer an der Landshuter Isarpromenade und das Pfarrheim in Bad Abbach. Der Preis wird in dreijährigem Turnus verliehen.


Bezirkstagspräsident. Dr. Olaf Heinrich. Bild: Peter Litvai

Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich: „Baukultur hat in der heutigen Zeit viel mit ressourcenschonendem Umgang, Klimawandel und somit auch mit dem Erhalt der Schöpfung zu tun. Das Denken in Kreisläufen bekommt in der Baukultur immer mehr Bedeutung.“ Es sei wichtig, die „graue Energie unserer Häuser“ zu berücksichtigen. „Jeder Ziegel, der schon einmal produziert wurde, muss nicht noch einmal hergestellt werden. Die Wertschätzung für das Material, aus dem wir Neues schaffen, führt automatisch zu einem sparsameren Denken, das gut für uns selbst, vor allem aber für unsere Umwelt ist.“

Denkmalpreis des Bezirks

Dann verwies Dr. Heinrich auf den Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern, der seit 2002 verliehen wird. „Mit unserem Denkmalpreis wollen auch wir einen Beitrag dazu leisten, dass Bauherren den Wert von bestehenden Gebäuden wahrnehmen und damit möglichst viele denkmalgeschützte Objekte in Niederbayern erhalten werden können.“ Doch auch bei neuen Projekten gelte: „Es macht Sinn, sich etwas von den früheren Generationen abzuschauen. Denn man sollte nicht nach aktueller Mode bauen, sondern in dem Bewusstsein, dass die Gebäude für Generationen bestehen bleiben.“

Es sei eines der zentralen Themen moderner Architektur, Umweltaspekte und Ästhetik miteinander zu verknüpfen. Dr. Heinrich weiter: „Es ist jedes Mal aufs Neue spannend, welche Bauten daraus in Niederbayern und der Oberpfalz entstanden sind. Solche Vorzeigeprojekte sind eine wichtige Orientierung für öffentliche Auftraggeber, denn sie sind es, die durch ihre eigenen Bauvorhaben auch eine Vorreiterrolle in der Region einnehmen können.“ Letztlich prägten alle Gebäude das Gesicht ihrer Heimat und „tragen dazu bei, dass in Niederbayern traditionelle Baukultur bewahrt, modern interpretiert und zum Wohle unserer Umwelt weiterentwickelt wird.“ **- kh**

Nachhaltig bauen, Kosten senken

Bayerns Bauminister Bernreiter berät mit Bund, Wissenschaft und Praxis in Berlin

„Nachhaltiges Bauen und Kostensenkungen – Ein Spannungsverhältnis?“ – Unter diesem Motto hat Bayerns Bauminister Christian Bernreiter Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis zu einem Parlamentarischen Abend in die Bayerische Vertretung in Berlin geladen. „Wir haben uns ambitionierte Klimaziele gegeben, die uns auch im Bauwesen vor Herausforderungen stellen“, so Minister Bernreiter. „Nachhaltigkeit muss sich für Bauherren lohnen! Mir ist es daher wichtig, deutschlandweit mit politischen Entscheidern, Experten und Vertretern der Bauwirtschaft im Austausch zu sein. Wir brauchen neue Ansätze für ökologische, kostengünstige und energieeffiziente Bauweisen, neue Technologien und die richtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit der Initiative „Sustainable Bavaria“ setzen wir gemeinsam mit den Bayerischen Bauverbänden auf Digitalisierung und ökologische Transformation der Bauwirtschaft.“

An der Veranstaltung nahmen insgesamt rund 150 Personen aus der Bundes- und Landespolitik, der Forschung und Praxis teil. Diskussionsteilnehmer waren neben Bayerns Bauminister Bernreiter der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, MdB Sören Bartol, der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken, Prof. Elisabeth Endres von der Technischen Universität Braunschweig und Prof. Dr. Matthias Ottmann von der Technischen Universität München.

Laut Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen wolle die aktuelle Regierung bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Das BMWSB habe hierfür mit dem Wärmeplanungsgesetz und gemeinsam mit dem BMWK mit dem Gebäudeenergiegesetz „zwei wichtige Leitplanken in dieser Legislaturperiode umgesetzt“. Die im März dieses Jahres veröffentlichten Emissionsschätzungen für den Gebäudebereich zeigten, dass die Energiewende im Gebäudesektor deutlich an Fahrt aufgenommen hat. „Mein Haus setzt sich sowohl für die Begrenzung der Umweltwirkungen von Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus als auch eine Begrenzung der Baukosten etwa durch serielles Bauen und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ein.“ Wenn die Umweltwirkung von Gebäuden über deren gesamten Lebenszyklus optimiert werden kann, so der Staatssekretär, wirke sich das auch auf die Wirtschaftlichkeit der dafür nötigen Investitionen positiv aus.

Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken sprach über das von der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau initiierte Bündnis ‚Sustainable Bavaria‘. Dabei ginge es gleichermaßen um die Erreichung der Klimaziele und der Ziele des UN-Sendai-Abkommens 2030 zur Katastrophenvorsorge. Hier habe die Baubranche in Bayern gemeinsam unter dem Dach von ‚Sustainable Bavaria‘ einen sehr konkreten Maßnahmenkatalog entwickelt.

Prof. Elisabeth Endres und Prof. Dr. Matthias Ottmann brachten die Perspektive der akademischen Forschung in die Diskussion ein und betonten die Bedeutung interdisziplinärer Zusammenarbeit für die Entwicklung zukunftsfähiger Baukonzepte. Die Kosten nachhaltigen Bauens zahlen sich demnach in den meisten Fällen bei einer Betrachtung über des gesamten Lebenszyklus des Gebäudes aus. Die Investitionen in nachhaltiges Bauen müssen sich für die Bauherren kurz- und mittelfristig durch Einsparungen, etwa geringere Energiekosten, lohnen. Bayerische Pilotprojekte im Rahmen von „Sustainable Bavaria“ sind etwa der „Gebäudetyp-e“ und der Einsatz von Recycling-Baustoffen im Hoch- und Straßenbau. Minister Bernreiter wiederum betonte, dass eine nachhaltige und zukunftsfähige Bauwirtschaft nur im Austausch zwischen der Politik und den verschiedenen Akteuren des Bauwesens gestaltet werden könne. ❒.



Wohnungsbau im freien Fall

Verbändebündnis fordert beim Wohnungsbau-Tag in Berlin „Ad-hoc-Förderung des Staates“

Die Situation ist dramatisch: Der Wohnungsbau steckt tief in der Krise. Aktuell fehlten bereits mehr als 800.000 Wohnungen, hoben Vertreter der Baubranche beim Wohnungsbau-Tag in Berlin hervor. Düster ist auch die Prognose zweier aktueller Studien, die auf dem Branchen-Gipfel vorgestellt wurden: Das Wegbrechen des Wohnungsneubaus werde der Volkswirtschaft in diesem Jahr Milliarden-Verluste und dem Staat erhebliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen bescheren. Dies sei sozialer Sprengstoff und lasse politische Unzufriedenheit wachsen.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Bündnis Wohnungsbau, in dem sich Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit dem Mieterbund, der IG Bau sowie mit der Mauerstein-Industrie und dem Baustoff-Fachhandel zusammengeschlossen haben. Aus deren Sicht hält aber vor allem fehlender Wohnraum auch dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland zunehmend davon ab, nach Deutschland zu kommen. Dies sei eine fatale Entwicklung.

Verbändebündnis plädiert für sofortige Sonderförderung

Vor diesem Hintergrund fordert das Verbändebündnis die Bundes- und Landespolitik zu einer sofortigen Sonderförderung des Wohnungsneubaus auf. Konkret würden jährlich 23 Milliarden Euro an Subventionen benötigt: 15 Milliarden Euro für 100.000 neue Sozialwohnungen und zusätzlich 8 Milliarden Euro für den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen. Dies geht aus Berechnungen von Wissenschaftlern des Bauforschungsinstituts ARGE (Kiel) in ihrer Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Es sei dringend notwendig, dieses Geld als „Ad-hoc-Förderung des Staates für den Wohnungsneubau“ bereitzustellen. Außerdem müsse deutlich einfacher gebaut werden. Keine überzogenen Standards und deutlich mehr Förderung – nur so schaffe Deutschland den Weg aus der Wohnungsbau-Krise.

Zu viele Vorschriften

Bauministerin Klara Geywitz lehnte dies umgehend ab: Mit einer Dauersubvention in allen Bereichen werde es nicht gehen, erklärte die Politikerin. Stattdessen brauche es einen Markt, „wo es sich trägt, in den frei finanzierten Wohnungsbau zu investieren“. Deshalb setze die Bundesregierung vor allem auf eine Absenkung der Baustandards. Viele Vorschriften seien nicht nötig, um ein gutes und sicheres Haus zu bauen. Für das schleppende Tempo beim Bürokratieabbau verwies die SPD-Ministerin auf das in vielen Fällen zuständige Justizministerium von Marco Buschmann.

Höhere Zinsen würgen Bauprojekte ab

Nach den Worten von Wirtschaftsminister Robert Habeck ist die dramatisch schlechte Lage am Bau zwar Realität, „die politische Hintergrundmusik“ sei aber, „dass das im Grunde so geplant war“. Die Europäische Zentralbank (EZB) habe im Kampf gegen die Inflation die Zinsen stark erhöht, was zahlreiche Bauprojekte abgewürgt habe. Der Sinn höherer Zinsen sei, dass sich die Wirtschaft abkühlt, erläuterte Habeck, machte aber auch darauf aufmerksam., dass es nun wieder bergauf gehe. Die Inflation sei stark zurückgegangen und auch die Zinsen würden in absehbarer Zeit wieder sinken. „Wir müssen noch ein bisschen durchhalten, und das ist die ehrliche Antwort, die ehrliche Analyse“, stellte der Minister fest.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange kritisierte dies scharf: „Durchhalteparolen und Schönrederei müssen endlich enden. Anders als die Regierung behauptet, ist die Talsohle beim Wohnungsbau noch lange nicht durchschritten.“

Erstmals untersuchten Wissenschaftler gezielt und damit isoliert vom restlichen Bausektor die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaus. Das Beratungsunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Econ) ermittelte dabei für die Wohnungsbaubranche eine Bruttowertschöpfung von insgesamt rund 537 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Der Wohnungsbau stecke damit quer durch alle Wirtschaftsbereiche hinter jedem siebten Euro der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland. Außerdem habe jeder siebte Arbeitsplatz mit dem Wohnungsbau zu tun: Hier sei es im vergangenen Jahr um die Jobs von knapp 6,6 Millionen Menschen gegangen – 2,3 Millionen davon mit einem Arbeitsplatz direkt in der Wohnungsbaubranche. Auch finanzpolitisch hat der Wohnungsbau Gewicht: Hinter ihm steckten im vergangenen Jahr Steuereinnahmen von 141 Milliarden Euro – immerhin 17 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Deutschland.

Wohnungsbau ist Binnenkonjunktur-Motor

Außerdem zieht die Studie einen volkswirtschaftlichen Vergleich zwischen der Automobilbranche als „Zugpferd der deutschen Wirtschaft“ und dem Wohnungsbau. Im Fokus dabei: die Bruttowertschöpfung und die Arbeitsplätze. Das Fazit der Wissenschaftler: Beide Branchen leisten einen ähnlich großen Beitrag zur deutschen Wirtschaft. „Volkswirtschaftlich sind beide – Auto- und Wohnungsbau – auf Augenhöhe. Wobei der Wohnungsbau Binnenkonjunktur-Motor ist: Er produziert in Deutschland und für die Menschen im Land“, so das Verbändebündnis Wohnungsbau. Jetzt komme es darauf an, dass auch die Politik den „Konjunkturmotor Wohnungsbau“ als starkes Zugpferd für die Wirtschaft wiederentdecke.

Rückläufige Investitionen

Die Branche konfrontierte dazu Spitzenpolitiker auf dem Wohnungsbau-Tag mit der provokanten Frage: „Wann wird Deutschland – neben der Auto-Nation – endlich auch wieder eine Wohn-Nation?“ Die Zeichen dafür stehen aktuell allerdings schlecht: Schon drei Jahre in Folge sind die Gesamtinvestitionen in den Wohnungsbau rückläufig. Doch jetzt erwartet das DIW in diesem Jahr beim Wohnungsbauvolumen sogar einen deutlichen nominalen Rückgang von 5,4 Prozent. Allein für den Staat würde das gegenüber dem Vorjahr ein dickes Minus von fast 5 Milliarden Euro bei den Steuereinnahmen bedeuten. Eine Entwicklung, vor der Wirtschaftswissenschaftler warnen.

DIW-Studienleiter Prof. Martin Gornig sieht im Wohnungsbau sogar eine „Achillesferse der deutschen Wirtschaft“, die deutlich angeschlagen sei: „Der Wohnungsbau ist ein wichtiger Enabler für die Wirtschaft, ein ‚Möglichmacher von Beschäftigung‘. Fachkräfte werden gerade in den Ballungsräumen dringend gebraucht. Sie wollen kommen. Aber sie werden nicht kommen, wenn sie keine Wohnung finden, die sie sich leisten können.“ Dazu das Fazit der Branche auf dem Wohnungsbau-Tag: „Es gibt kein Wachstum der Gesamtwirtschaft ohne Wachstum im Wohnungsbau. Passiert jetzt nichts, dann erlebt Deutschland einen Bumerangeffekt der Wohnungsbau-Krise, der die gesamte Wirtschaft empfindlich treffen wird.“

Wohnungsnot eskaliert

Die Wohnungsnot sei wirtschaftlich, aber auch sozial längst ein „politischer Risikofaktor“. Jeder dritte Mieterhaushalt und damit über 7 Millionen Haushalte bundesweit sind nach Angaben des Bündnisses mit ihren Wohnkosten überlastet: Sie seien gezwungen, mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen auszugeben. Jeder sechste Mieterhaushalt (3,1 Millionen Haushalte) zahle über 40 Prozent allein für die Kaltmiete. Die Hälfte davon müsse sogar 50 Prozent oder mehr vom Einkommen fürs Wohnen aufbringen.

Aktuell leben rund 9,3 Millionen Menschen in Deutschland in überbelegten Wohnungen – und damit 11 Prozent der Bevölkerung. Das geht aus der ARGE-Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Besonders betroffen seien armutsgefährdete Menschen. Von ihnen lebe mehr als jeder Fünfte auf zu engem Raum. „Durch die Krise im Wohnungsbau eskaliert die Wohnungsnot. Gelingt es nicht, die Krise abzuwenden, folgt den wohnungsbaupolitischen Defiziten ein sozialpolitisches Versagen“, warnt das Bündnis.

„Es ist einfach fatal, dass die Bevölkerung in den relevanten Regionen deutlich schneller wächst als die Anzahl der Wohnungen. Und außerdem ist es – auch schon mit Blick auf die Altersvorsorge – verhängnisvoll, dass sich immer weniger Menschen einen Neubau als Wohneigentum leisten können. Die Folge liegt auf der Hand: Wer sich früher seine eigenen vier Wände anschaffen konnte, drängt heute auf den ohnehin überstrapazierten Mietwohnungsmarkt“, erläuterte ARGE-Studienleiter Prof. Dietmar Walberg.

Kostentreiber auf dem Prüfstand

Neben einer deutlich höheren Förderung für den Wohnungsneubau rief er vor allem auch dazu auf, dass „alle und allen voran der Staat kräftig an den Stellschrauben bei den baulichen Standards drehen“. Zahlreiche Normen, Vorgaben und Auflagen seien „schlichtweg überzogen“, betonte Walberg. Alles, was die Kosten beim Neubau unnötig nach oben treibe, gehöre auf den Prüfstand. „Vieles wird mit High-End-Standards gebaut, weil es sonst keine Förderung gibt, anderes, weil es ökologisch oder mit Blick auf den Wohnkomfort vermeintlich ein Optimum bietet. Hier brauchen wir ein neues Augenmaß für das, was wirklich Sinn macht und auch noch bezahlbar ist“, machte der Institutsleiter deutlich.

Seit 2000 hätten sich die Baukosten im Wohnungsbau pro Quadratmeter um ein 2,5-Faches höher. Preistreiber sei dabei vor allem die Technik in den Gebäuden – von der Heizung über die Lüftung bis zur Sanitär- und Elektrotechnik. Einen enormen Preis-Push habe der Wohnungsbau seit 2020 erlebt: Seitdem gab es einen Anstieg der Baukosten von mehr als 42 Prozent, erklärten die Wissenschaftler der ARGE.

„Unsere Unternehmen sind unter den aktuellen Rahmenbedingungen gezwungen, den Neubau einzustellen, denn er ist nicht mehr bezahlbar – weder für die Bauherren noch für die künftigen Mieter“, stellte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, fest. „Während der Neubau massiv einbricht, bleibt die Wohnungsnachfrage vor allem mit Blick auf die starke Zuwanderung auf einem hohen Niveau. Die dramatische Lage auf den Wohnungsmärkten wird sich in den kommenden Jahren also weiter zuspitzen.“

Ruf nach Zinsprogramm

Ein wirksames Maßnahmenpaket statt Stückwerk von zu zaghaften Lösungen sei deshalb dringend notwendig, so Gedaschko. „Um der anhaltenden Krise im Wohnungsbau endlich entgegenzuwirken, brauchen wir an erster Stelle ein breit angelegtes Zinsprogramm für den bezahlbaren Wohnungsbau. Ein Zinssatz von einem Prozent könnte die Bautätigkeit enorm ankurbeln. Die daraus entstehenden Steuereinnahmen für den Staat gleichen die Kosten der Zinssubvention wiederum aus. In Kombination mit der günstigeren seriellen und modularen Bauweise können Wohnungsunternehmen dann auch bezahlbare Mieten von 12 Euro pro Quadratmeter garantieren – statt der derzeit notwendigen mindestens 18 Euro pro Quadratmeter, die sich kaum jemand noch leisten kann.“ **DK**

Richtfest für Holz-Hybrid-Mietshaus in Fürth

Richtfest für ein deutschlandweit einzigartiges Projekt: Auf der Fürther Hardhöhe realisiert die Wohnungsbaugesellschaft WBG das erste achtgeschossige Holz-Hybrid-Mehrfamilienhaus mit Mietwohnraum in Deutschland.

Das Mietshaus wurde mit tragenden Massivholzwänden aus Nadelschnittholz errichtet. Diese innovative Holz-Hybrid-Bauweise ermöglicht nicht nur eine umweltfreundliche Konstruktion, sondern schafft auch zusätzlichen Wohnraum. Die einzigen vergleichbaren Gebäude in Deutschland befinden sich in Heilbronn und Berlin (Gewerbe) sowie in Hamburg (Eigentumswohnungen), wobei bei diesen Projekten das Erdgeschoss vollständig in Stahlbetonbauweise ausgeführt wurde.

Zuschüsse in Form von „Wohnungspakt Bayern“

Im Oktober 2022 stellte die WBG Fürth das erste serielle Holz-Hybrid-Haus in Fürth auf der Hardhöhe fertig. Im Jahr darauf erfolgte der Baubeginn für zwei weitere Mehrfamilienhäuser in Fürth-Stadeln. Aufgrund positiver Erfahrungen stellt sich die WBG Fürth nun einer neuen Herausforderung.

Für die Maßnahme wurden Zuschüsse des Freistaates Bayern in Form des Programms „Wohnungspakt Bayern“ in Anspruch genommen. Hier erhalten Investoren einen Zuschuss. Das Objekt wird mit einer Belegungsbindung von mindestens 40 Jahren festgeschrieben, so dass die Wohnungen nur an einen bestimmten Personenkreis vermietet werden können. Die Mieter erhalten zudem einen Mietzuschuss in Form der Einkommensorientierten Förderung „EOF“.

Neben der Grundförderung hat die WBG Fürth einen weiteren Nachhaltigkeitszuschuss erhalten, da über die ohnehin bestehenden kommunalen Vorgaben hinaus weitere Nachhaltigkeitsaspekte wie Auslegung der Haustechnik auf regenerative Energie und Errichtung einer Photovoltaikanlage mit Mieterstrommodell erfüllt werden. Zudem werden alle Dächer inklusive Nebengebäude begrünt. Auch bleibt der vorhandene Baumbestand größtenteils erhalten.

Hoher Vorfertigungsgrad

Durch die Kombination von Holz und Beton wird die Verwendung von Stahlbeton minimiert. Außerdem wird im Bauprozess bis zu 70 Prozent der CO2-Emission im Vergleich zu herkömmlicher Massivbauweise in Stahlbeton eingespart.

Insgesamt wird mit einer Bauzeit von 13 Monaten gerechnet. Möglich wird dies durch den hohen Vorfertigungsgrad. Die Fertigstellung soll im Oktober 2024 erfolgen. Die Projektkosten belaufen sich auf ca. 6,3 Millionen Euro. Seit März können sich potenzielle Mieter auf die Wohnungen bewerben. **DK**



Weltwassertag:

Klimabaumpflanzung zur Stärkung der Schwammstadt

Schirmherren sind Christian Bernreiter, Bayerischer Bauminister und Thorsten Glauber, Bayerischer Umweltminister

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter sowie Dr. Andreas Rimböck, Franz Damm und Michael Kordon von der Verbändekooperation „Wassersensibles Planen und Bauen" haben nahe der U-Bahnstation Oberwiesenfeld in München als Ersatz für einen abgestorbenen Baum einen sehr robusten Japanischen Schnurbaum gepflanzt. Die Pflanzung soll auf die Notwendigkeit der Stärkung der blau-grünen Infrastruktur zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Angesichts zunehmender Hitzephasen und Starkregen haben die Beteiligten auf die Vorteile von Schwammstädten (www.schwammstadt.bayern) hingewiesen. Diese Baumpflanzung leistet hierzu einen konkreten Beitrag.

Für eine klimagerechte und zukunftsfähige Siedlungsentwicklung spielt der richtige Umgang mit Wasser eine immense Rolle. In Schwammstädten kann Wasser aufgenommen, zurückgehalten, gespeichert und wieder abgegeben werden. Damit können einerseits Überflutungen reduziert werden. Andererseits kann die Vegetation in Trockenperioden mit dem notwendigen Wasser versorgt werden. Die Begrünung leistet zudem einen wichtigen Beitrag zu Beschattung, Kühlung, Erholung und Biodiversität.

Anlässlich der Baumpflanzung sagte Bauminister und Schirmherr Christian Bernreiter, MdL: „Jeder Baum zählt, deshalb freue ich mich über die Aktion! Hoch verdichtete Bereiche wie Innenstädte und Ortskerne sind vom Klimawandel besonders betroffen. Schwammstädte sind da eine gute Lösung, um Wasser zu speichern und die Luft zu kühlen. Deshalb unterstützt der Freistaat die Kommunen bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen, beispielsweise mit unserer neuen Förderinitiative der Städtebauförderung 'Klima wandel(t) Innenstadt'." Per Videobotschaft unterstützte auch Umweltminister Thorsten Glauber, MdL, ebenso Schirmherr der Aktion: „Wir müssen unsere Städte zum Flaggschiff im Kampf gegen die Wasserknappheit machen. Das Zukunftskonzept heißt Schwammstadt. Wir brauchen grüne und blaue Infrastruktur für Wasserrückhalt und als natürliche Klimaanlage."

Verbändekooperation

Die Initiative „Wassersensibles Planen und Bauen" wird von mehreren Verbänden getragen, die sich für lebenswerte Siedlungen einsetzen. Dr. Andreas Rimböck, stv. Vorsitzender des DWA Landesverbands Bayern begrüßt die Verbändekooperation: „Klimaanpassung geht nur gemeinsam! Daher haben wir gemeinsam diesen wichtigen Schwammstadtbaustein gepflanzt. Schwammstädte sind nämlich wahre Multitalente: sie schaffen Dürre- und Überflutungsvorsorge, gute Luft und Kühlung, Erholungsraum für Mensch und Lebensraum für Natur – also langfristig lebenswerte Siedlungen. Und: klug geplant kann man auch noch Flächen sparen, indem man sie mehrfach nutzt, z.B. für Sport und Wasserrückhalt!"

Für Franz Damm, Vizepräsident Bayerische Architektenkammer sind Klimaanpassung und Schwammstadt Themen, die in dichten Städten genauso wie in ländlichen Regionen wichtig sind, um Lebensqualität zu erhalten und zu schaffen: „Als Landschaftsarchitekt weiß ich, dass man früh mit der Vorsorge beginnen muss, denn Bäume als Baustein der Klimaanpassung brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten."

Michael Kordon, Vizepräsident Bayerische Ingenieurekammer Bau, hofft, dass das Schwammstadtprinzip im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben wird: „Der neu gepflanzte Baum am Oberwiesenfeld ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer besseren blau-grünen Infrastruktur in unseren Städten. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau setzt sich seit Jahren mit Nachdruck für diesen Schritt und für weitere bauliche Maßnahmen ein, die die Folgen des Klimawandels abfedern. Jeder Baum, jede Pflanze zählt. Doch damit die heutige Maßnahme kein Tropfen auf den heißen Stein wird, müssen wir uns mit voller Kraft dafür einsetzen, in allen Regionen konsequent Richtung Schwammstadt zu gehen."

Dr. Jürgen Büllesbach, Geschäftsführer der OPES Immobilien Gruppe: „Wir haben die Fläche für die Pflanzung sehr gern zur Verfügung gestellt und sehen im Konzept der Schwammstadt einen wichtigen Beitrag zur klimagerechten Stadt. So werden wir auch im neuen Quartier an der Moosacher Straße auf bisher versiegelten ehemaligen Industrieflächen einen öffentlichen Park anlegen."

Pflanzung eines Japanischen Schnurbaums

Am städtisch geprägten Pflanzstandort wird als Ersatz für einen abgestorbenen Baum ein Japanischer Schnurbaum gepflanzt. Diese Baumart gilt als Stadtbaum als besonders geeignet. Hierzu wurden auch im Projekt „Stadtbaum 21+" der Bayerischen Landesanstalt für Wein- und Gartenbau Freilandversuche durchgeführt. Er hat zusätzlich einen hohen Nektarwert und ist für Bienen sehr wertvoll. Gerade in den ersten Jahren nach der Pflanzung ist eine intensive Betreuung und Pflege, vor allem Bewässerung, nötig. Der Grundstückseigentümer wird das sicherstellen.

Bundes- und Landesförderung

- Seit Februar 2024 gewährt die KfW im Programm 444 „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen" bis zu 90 Prozent Zuschüsse an Kommunen für naturnahe Gestaltung von Grünflächen oder eben auch Pflanzung von Stadtbäumen: https://t1p.de/s80gk
- Förderung des StMB: https://t1p.de/j5lto

Schwammstadt in Bayern

Beispiele für sehr aktive Kommunen, die Schwammstadtelemente realisieren:

- Die Schwammstadt Pfaffenhofen, BR-Beitrag: https://www.youtube.com/watch?v=wsTp6odRFb0
- Neu-Ulm schützt sich vor Starkregen und Hitze, BR-Beitrag: https://t1p.de/jxirw
- Weitere Beispiele finden sich im „Leitfaden wassersensible Siedlungsentwicklung", der hier bestellt werden kann: https://t1p.de/3z93t ❐



Klimabaumaktion: Bauminister Christian Bernreiter (4.v.l.) und Stiftungspartner. Bild: DWA

DVGW auf der IFAT 2024:

Innovative Strategien und Lösungen zu Trinkwasser und Wasserstoff

Als Partner der IFAT, der Weltleitmesse für Umwelttechnologien, präsentiert der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) vom 13. bis 17. Mai in München einem internationalen Fachpublikum sein Know-how zu Trinkwasser und Wasserstoff. Ziel ist, die Herausforderungen für die Energie- und Wasserversorgung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit auf der einen sowie Klimawandel und Energiewende auf der anderen Seite transparent zu machen. Innovative Formate im Vortragsprogramm und auf den beiden Messeständen des DVGW zeigen technologiebasierte Lösungswege für nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften mit der Ressource Wasser sowie dem Zukunftsenergieträger Wasserstoff auf.

„Die nachhaltige Ausrichtung unserer Versorgung mit Energie und Wasser unter der dringlichen Maßgabe des Klimaschutzes ist eine gewaltige Aufgabe. Innovative und zukunftsgerichtete Technologien sind ein Schlüsselfaktor, um die damit verbundenen enormen Herausforderungen zu meistern. Die IFAT 2024 bietet eine herausgehobene Plattform für den internationalen Wissensaustausch. Hiervon gehen wichtige Impulse und neue Ansätze für die Umsetzung in die betriebliche Praxis aus", erläutert Dr. Wolf Merkel, Vorstand des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW).

Der DVGW ist seit 2018 ideeller Träger der IFAT und beteiligt sich aktiv an der Ausgestaltung des Rahmenprogramms. Dieses Jahr bringt er seine Expertise zur Zukunftssicherung der Wasser- und Energieversorgung verstärkt in die „Spotlight Area Digitalisierung in der Wasserwirtschaft" und in die „H2 Spotlight Area" ein. Diese und weitere Highlights erleben Besucher des DVGW auf der IFAT 2024:

Spotlight Areas

Hier erfahren Besucher praxisnah die visionäre Welt der Energie- und Wasserversorgung von morgen. So wird zum Beispiel anschaulich demonstriert, wie aus in der kommunalen Kreislaufwirtschaft anfallenden Stoffen Wasserstoff gewonnen und zur Betankung von kommunalen Fahrzeugen oder, über die Gasnetze verteilt, für die Wärmeversorgung genutzt werden kann (Spotlight Area H2 in Halle A4).

In einer weiteren Spotlight-Area direkt hinter dem DVGW-Messestand können Besucher durch Augmented Reality in eine projektierte Anlage zur Wasserversorgung visuell eintauchen und die Anwendung digitaler Techniken erleben.

Lösungstouren

In Impulsvorträgen erfahren Besucher alles rund um spezifische Aufgabenstellungen der Wasserwirtschaft – im Anschluss werden die Lösungsanbieter in der Ausstellung aufgesucht. Geplante Themen sind zum Beispiel Technologien zur Zustandsbewertung von erdüberdeckten Rohrleitungen oder der Schutz kritischer Infrastrukturen in der Trinkwasserversorgung.

TechLIFT

Im Focus des TechLIFTS stehen die in der neuen Trinkwasserverordnung erstmals mit einem Grenzwert versehenen toxikologisch relevanten PFAS. Im Rahmen von TechLIFT werden neue Ansätze zur Aufbereitung PFAS-haltiger Wässer präsentiert und mit Experten erörtert.

Tag der resilienten Kommunen

Konzepte und Maßnahmen, wie sich Kommunen und kommunale Unternehmen in Zukunft am besten aufstellen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern, werden im Rahmen des von DVGW, DWA, VKU sowie kommunalen Spitzenverbänden ausgerichteten „Tag der resilienten Kommunen" diskutiert.

Abgerundet wird der DVGW-Auftritt durch weitere Aktivitäten zum Beispiel aus den Aktionsfeldern „Nachwuchsförderung" oder „Wasserforschung". ❐

Baupreise für Neubau von Wohngebäuden steigen

Wie die Expertinnen und Experten für die Bauleistungspreise im Bayerischen Landesamt für Statistik mitteilen, steigt der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden im Februar 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent.

Gemessen am Jahr 2022, als Steigerungsraten von über 17 Prozent ermittelt wurden, hat die Preisentwicklung beim Wohnbau somit auffallend an Dynamik verloren.

Die Preissteigerungsraten gehen wegen der schwachen Konjunktur im Wohnbau bereits seit Anfang 2023 stetig zurück. Für Rohbauarbeiten ermitteln die Statistiker derzeit sogar um 0,4 Prozent fallende Preise im Vorjahresvergleich, während bei den Ausbauarbeiten weiterhin ein Preisanstieg von 3,3 Prozent verzeichnet wird.

Die stärksten Rückgänge beobachten die Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik bei Betonarbeiten sowie Zimmer- und Holzbauarbeiten, die jeweils um 2,9 Prozent niedriger sind. Bei den Ausbauarbeiten erhöhen sich die Preise gegenüber Februar 2023 um 3,3 Prozent. ❐





V.l.: CTIP-Geschäftsführer Peter Keller, Landrat Johann Kalb, Bürgermeister der Stadt Hallstadt Thomas Söder und Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke Christian Metzger beim Richtfest. Bild: Landratsamt Bamberg / Förtsch

Cleantech Innovation Park:

Richtfest für das Innovationszentrum

Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen können sich ab September in Hallstadt vernetzen

„Das ist ein großartiger Tag für unseren Landkreis: Hier entsteht eine Drehscheibe für digitale Transformation, für ressourceneffiziente Produktion, für künstliche Intelligenz. Ein Treffpunkt für den Austausch von Wissen und Ideen", umriss Landrat Johann Kalb beim Richtfest für das Innovationszentrum die Bedeutung des Cleantech Innovation Parks (CTIP), den Landkreis, Stadt Hallstadt und Michelin als Gesellschafter auf dem Areal des früheren Michelin-Werkes errichten.

Unternehmen, Hochschulen und Institute sollen dort ab September auf insgesamt 6.000 Quadratmetern in vier Produktionshallen Verbund- und Kooperationsprojekte umsetzen. Der Landrat dankte insbesondere der Stadt Hallstadt mit Bürgermeister Thomas Söder, Christian Metzger, dem Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA und CTIP-Geschäftsführer Peter Keller: Wir machen hier gemeinsam und mit Unterstützung des Freistaates Bayern aus einer Krise eine Chance für unsere Region, die stark von der Autozuliefererindustrie geprägt ist."

„Ich baue darauf, dass wir im September 2024 die ersten Räume beziehen werden", steckte Geschäftsführer Peter Keller das ehrgeizige Ziel ab. Bürgermeister Söder ergänzte außerdem: „Wir brennen darauf, dass diese wichtige Forschungseinrichtung für die Zukunft unserer Region bald fertiggestellt wird."

„Das ist ein besonderer Moment für mich: Wenn man weiß, was hier noch vor wenigen Jahren gestanden hat, dann schwingt Wehmut mit. Wenn man nun sieht, was wir hier daraus jetzt gemeinsam entstehen lassen, dann dürfen wir durchaus auch stolz sein: eine echte Chance für die Region", so Christian Metzger, ehemaliger Standortleiter von Michelin Hallstadt.

Den Richtspruch sprach Thorsten Balzer, Projektleiter der Wiehag Timber Construction GmbH, die das Dachtragwerk in Holzbauweise errichtete.

Schlüssel und Motor für die Transformation

Der CTIP ist Schlüssel und Motor für die Transformation der regionalen Automobilzulieferer. Allein in der Region Bamberg gibt es mehr als 20.000 Beschäftige im Bereich Automotive; in der Europäischen Metropolregion Nürnberg sind es 100.000. Veranschlagt ist das Projekt, in einer ersten Stufe, mit einem Volumen von ca. 38 Millionen Euro. Der Freistaat stellt Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro in Aussicht.

Im Innovationszentrum sollen neue Produkte und Prozesse im Bereich Cleantech, Ressourceneffizienz, KI und Digitalisierung entwickelt werden. Außerdem entsteht ein separates Prüfstandsgebäude für den Test neuer Prozesse mit Wasserstoff oder E-Fuels und die praktische Ausbildung im Bereich der Wasserstofftechnologie (H2-Akademie). Das Kreativ-Forum wird ein Ort für Kommunikation und Netzwerkbildung. Für dieses Gebäude verkündete Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen des letzten Cleantech Innovation Summit den vorzeitigen Maßnahmenbeginn in Höhe von 10 Millionen Euro. ❐

Urbanes Wohnen in grüner Oase

123 neue Wohnungen für Metropolregion München

Arbeiten in der Stadt, Wohnen auf dem Land. Was lange Zeit als Standard galt, bricht die moderne Stadtplanung zunehmend auf. Gemäß dem Konzept einer „Stadt der kurzen Wege" entsteht aktuell im Münchner Vorort Haar mit dem AVES QUARTIER ein moderner Wohn- und Geschäftskomplex. Hier liegt alles, was man braucht, bequem und nah beieinander: Wohnhäuser und Bürogebäude, Einkaufszentren, Restaurants und öffentliche Verkehrsmittel sowie Grünflächen und soziale Einrichtungen. In den nächsten Monaten will das Haarer Familienunternehmen KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH den Neubau fertigstellen. Das auf Bau und Immobilien spezialisierte Planungs- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE ist hier für die Projektsteuerung zuständig.

Schon von Weitem wird der Blick auf den neuen Gebäudekomplex des AVES QUARTIER gelenkt: Mit der architektonisch gestalteten Fassade des Wohnturms, die einen aufsteigenden Vogelschwarm nachempfindet, bekommt das AVES QUARTIER ein ganz besonderes Wahrzeichen, das gleichzeitig auch die Verbindung zwischen dem Quartiersnamen AVES – vom lateinischen Vögel – mit der Architektur herstellt.

Große Auswahl an verschiedenen Wohnungen

Mit 131 Wohn- und Gewerbeeinheiten bietet das AVES QUARTIER eine große Auswahl von Wohnungen, darunter 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen mit Flächen von etwa 33 bis 155 Quadratmetern. Alle Gebäude verfügen über Aufzüge, um einen barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Zusätzlich befinden sich im Hochhaus Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und großräumige Büroflächen im 1. Obergeschoss. Die hufeisenförmige Struktur umschließt einen begrünten Innenhof, der von der belebten Münchener Straße abgewandt ist und dadurch eine ruhige Umgebung bietet.

Qualität und Nachhaltigkeit auch bei Mietwohnungen

„Langlebigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit sind unsere Leitprinzipien, um eine langfristige Werterhaltung zu gewährleisten", sagt Andreas Fischer, Projektleiter der KM-WOHNBAU. Eine Besonderheit: „Unser Wohnungsangebot besteht zu 60 Prozent aus Mietobjekten mit 16 Wohnungen im Haarer Modell, die wir im Bestand behalten. Das trägt dazu bei, den angespannten lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten", so Fischer weiter. Alle Wohnungen bieten ausgewähltes Echtholzparkett, Fußbodenheizung und dreifach verglaste Fenster, um den Energieverbrauch zu minimieren. Für eine umweltfreundliche Wärmeversorgung sorgt eine sogenannte Grundwasserpumpe. Die Pumpe nutzt die konstante Temperatur des Grundwassers und bietet eine zuverlässige Wärmequelle. Ihre Nutzung führt zu geringeren Betriebskosten, reduziert den CO2-Ausstoß und trägt zur Schonung natürlicher Ressourcen bei. Für Drees & Sommer-Projektleiter Andreas Feil hat das Vorbildcharakter.



Das AVES QUARTIER zeichnet sich durch seine Nutzungsmischung aus: Neben Eigentums- und Mietwohnungen gibt es hier auch Laden- und Büroflächen, die das Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner sinnvoll erweitern. Bild: KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH

Bauabteilung auf Zeit: Alle Rädchen greifen ineinander

Gemeinsam mit seinem Team ist Andreas Feil für die Projektsteuerung des neuen Quartiers verantwortlich. „Vereinfacht gesagt, sind wir eine Art Bauabteilung auf Zeit", erklärt Feil. „Neben organisatorischen Aufgaben kümmern wir uns um die Einhaltung von Terminen, Kosten und Qualitätsstandards. Dabei ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten ein wichtiger Erfolgsfaktor – vom Bauherrn über die Planer bis zu den ausführenden Firmen." Beim AVES QUARTIER habe dies sehr gut funktioniert. Wenn die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen, profitieren sie von einem durchmischten Quartier. In unmittelbarer Nähe befinden sich alle Geschäfte des täglichen Bedarfs sowie Ärztehaus und Kinderbetreuung. Für Andreas Fischer macht noch etwas anderes den Standort attraktiv: „Durch die gute Bus- und Bahnanbindung ist die Münchner Innenstadt innerhalb von 20 Minuten zu erreichen. Auch Flughafen und Messe sind gut angebunden – ebenso wie die Naherholungsgebiete in den Bergen." ❐

Doppelter Förderaufruf zur Holzbauinitiative:

Laubholz im Holzbau und Sanieren mit Holz

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) startete zwei Förderaufrufe zur Holzbauinitiative der Bundesregierung. Mit den Aufrufen sollen Forschungs-, Entwicklungs- und Modellprojekte zum verstärkten Laubholz-Einsatz im konstruktiven Holzbau und das Sanieren und Modernisieren mit Holz und weiteren nachwachsenden Rohstoffen auf den Weg gebracht werden. Die Fördermittel wird das BMEL aus dem Programm „Nachhaltige erneuerbare Ressourcen" bereitstellen.

Der Förderaufruf „Steigerung des Einsatzes von Laubholz im konstruktiven Holzbau" basiert auf den Ergebnissen der Studie „Laubholzproduktmärkte" und auf entsprechenden Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen der Charta für Holz 2.0.

Marktaugliche Produkte

Einen Schwerpunkt legt der Projektaufruf auf die innovative Laubholznutzung im Bauwesen, speziell auf die Entwicklung konkurrenzfähiger Nutzungsoptionen und marktauglicher Produkte für den konstruktiven Holzbau. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Projekten zur Kommunikation und Information, vornehmlich auf der Entwicklung praktikabler Strategien zum Wissenstransfer im Bereich Bauen mit Laubholz. Außerdem können Projekte zur Information relevanter Zielgruppen aus der Holzbaubranche, der öffentlichen Hand und gewerblicher Nutzer von Produkten aus Laubholz gefördert werden.

Zirkuläre Einsatzstrategien

Zum Förderaufruf „Sanieren und modernisieren mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen" sollen Projekte eingereicht werden, denen zirkuläre Einsatzstrategien recyclingfähiger Produkte zugrunde liegen und die anwenderfreundlich und wirtschaftlich umsetzbar sind.

Förderschwerpunkte

Zu den Förderschwerpunkten gehört zum einen das serielle Sanieren, Modernisieren und Aufstocken im vorhandenen Gebäudebestand. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Materialentwicklung und Optimierung – beispielsweise in der Entwicklung neuartiger Lösungen durch die Kombination von Holz mit weiteren natürlichen Materialien.

Kommunikation

Zum dritten können Projekte zur Kommunikation und Information gefördert werden, etwa solche zur Datenerfassung und Bewertung von Baustoffen und Bauwerken in einem digitalen Gebäude-Ressourcenpass oder zur Ausarbeitung von Informationsmedien für typische Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten.

Der Aufruf ist befristet bis zum 31. Juli 2024. Hier ist er vollständig abrufbar: https://www.fnr.de/index.php?id=10815#n15911 . ❐



Smarte Region Würzburg:

Erste Erfolge in der Umsetzung

Die Smarte Region Würzburg, ein gemeinsames Projekt von Stadt und Landkreis, kann bedeutende Fortschritte in der Umsetzung verzeichnen. Das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen geförderte Projekt zielt darauf ab, durch eine intelligente Kombination aus analogen und digitalen Maßnahmen den Zusammenhalt in der Region zu stärken und die Bewältigung von Krisensituationen zu erleichtern.

Nach einer erfolgreichen Strategiephase und ersten Umsetzungserfolgen wurde das gesamte Maßnahmenpaket dem Interkommunalen Ausschuss „stadt.land.wü." präsentiert. Der Stand der Entwicklungen wurde ausführlich vorgestellt, und es wurden Empfehlungen zur Anpassung der weiteren Projektplanungen gegeben. Angesichts des knappen Zeithorizonts bis Ende 2026 wurden Vorschläge zur Kürzung von Einzelbereichen in den Maßnahmen unterbreitet. Dennoch konnte das Projekt bereits einige Erfolge verbuchen.

Klaus Walther, Fachbereichsleiter Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg, betont: „Im Laufe dieses Jahres werden die Maßnahmen auch für die Bevölkerung der Region sichtbarer. Wir werden zum Beispiel im Dürrbachtal einen Treffpunkt für die Menschen einrichten mit einem Angebot an Informationen, Veranstaltungen und Workshops. Hierfür wird ein Heimatmanager vor Ort sein. Zusätzlich wird er auch mobil in der Region unterwegs sein und die Menschen mit einem Angebot an Sprechstunden und Kursen mit Digitalfokus aufsuchen."

Weitere Angebote

Zusätzlich wird der Heldenhelfer in 2024 umgesetzt, eine Vernetzungsplattform für Vereine und Institutionen. Erste Pilotvereine werden in der zweiten Jahreshälfte die Möglichkeit haben sich mit einem Forum und mit einem digitalen Büro vertraut zu machen und diese zu testen. Bereits nutzbar ist die Webseite gesund-studieren-wuerzburg.de, die aus einem von der AOK geförderten Projekt der Würzburger Hochschulen entstanden ist und nun von der Smarten Region weiterentwickelt wird. Hier werden Informationen für gesundheitsförderliche Angebote zusammengestellt und für unterschiedliche Zielgruppen aufbereitet, in einem ersten Schritt für Studierende.

Digitale Innovationen

Ein wesentlicher Fokus der Smarten Region Würzburg liegt auf digitalen Innovationen. In den vergangenen sechs Monaten wurden grundlegende IT-Entwicklungen vorangetrieben, um einen intuitiven und unkomplizierten Umgang mit der geplanten Software sicherzustellen. Der sogenannte Smart City Hub nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, indem er als neue technische Basis neben den bestehenden IT-Strukturen in Stadt und Landkreis fungiert. Diese Plattform soll den Datenaustausch und die Kommunikation zwischen Kommunalverwaltungen, Vereinen, Institutionen der Region sowie den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern und fördern.

Um diese Fortschritte hautnah zu präsentieren, fand eine weitere Veranstaltung statt, bei der Stadträtinnen und Stadträte, Kreistagsmitglieder und Verwaltungsangestellte aus dem Bereich der Digitalisierung einen Einblick in die bereits erreichten und für die Zukunft geplanten Entwicklungen erhielten.

Die Smarte Region Würzburg hat sich das Ziel gesetzt, die Lebensqualität der Menschen durch innovative digitale und analoge Lösungen zu steigern. Die ersten Erfolge zeugen von einer vielversprechenden Entwicklung auf dem Weg zu einer modernen und vernetzten Region. ❐

Markt Teisnach:

Offenes Ohr bei Krisen und Problemen

Jugendsozialarbeiterin unterstützt Schülerinnen und Schüler der Grund- und Mittelschule Teisnach

Für die Grund- und Mittelschule Teisnach war es ein langer Weg hin zum Angebot der „Jugendsozialarbeit an Schulen" (JaS), ein mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördertes Projekt. Begonnen hatte der Weg bereits 2008. Seit Herbst letzten Jahres unterstützt nun Sozialpädagogin Melissa Dötsch die Schülerinnen und Schüler bei Kummer und Sorgen, hilft bei Problemen im Alltag, in den Familien oder in der Schule. Darüber hinaus hat Dötsch auch ein offenes Ohr für ratsuchende Eltern oder Lehrkräfte. Ziel der Fachkraft ist es, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Lösungswege zu entwickeln. Häufig ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern notwendig, da familiäre, erzieherische oder schulische Schwierigkeiten nur auf diesem Weg verbessert werden können.

„Die Arbeit von Frau Dötsch stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen unseren Schülern und deren Eltern, der Schule und dem Jugendamt dar", freut sich Schulleiter Markus Lemberger über die Hilfe. Denn die Schulfamilie stoße in der Bewältigung der Problemlagen ihrer Schülerinnen und Schüler immer wieder an die eigenen Grenzen. Umso mehr sei man dankbar für das vom Landkreis Regen und dem Schulverband der Mittelschule Teisnach finanzierte Angebot, so der Schulleiter.

Schnell unkompliziert helfen

„Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein Angebot der Jugendhilfe, niedrigschwellig angelegt, direkt an der Schule verortet", erklärt Dirk Opitz als zuständige Gruppenleitung im Jugendamt am Landratsamt Regen den Ansatz dieser Unterstützung. „Die Fachkräfte können den Schülerinnen und Schülern schnell und oftmals auch recht unkompliziert helfen. JaS soll außerdem dazu beitragen, soziale Benachteiligungen auszugleichen", erläutert Opitz. ❐



Seit Herbst letzten Jahres gibt es nun auch an der Grund- und Mittelschule Teisnach Jugendsozialarbeit. Das erste Zwischenfazit, das (v.l.) Schulleiter Markus Lemberger, JaS-Fachkraft Melissa Dötsch und Dirk Opitz vom Kreisjugendamt zogen, fiel äußerst positiv aus.

Bild: Horst Blüml, Grund- und Mittelschule Teisnach

Bayerns staatliche Museen ziehen Bilanz

Blume: „Mehr als 3,6 Millionen Gäste in den staatlichen Museen und Sammlungen"

Die staatlichen Museen im Freistaat konnten im vergangenen Jahr wieder deutlich mehr Gäste begrüßen. „Insgesamt haben mehr als 3,6 Millionen Menschen den staatlichen Museen und Sammlungen sowie dem Haus der Bayerischen Geschichte im Jahr 2023 einen Besuch abgestattet. Das zeigt: Unsere Museen und Sammlungen sind wahre Besucherlieblinge. Die Besucherzahl in den staatlichen Häusern ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als eine halbe Million gestiegen. Dieser Positivtrend kommt nicht von ungefähr: Die Museen in Bayern sind den Herausforderungen der vergangenen Jahre mit Kreativität, Innovation und Leidenschaft begegnet. Durch wegweisende Konzepte, digitale Errungenschaften und kreative Ausstellungsformate nehmen unsere staatlichen Museen ihre Gäste auf faszinierende Reisen durch die Geschichte, Kunst und Wissenschaft mit. So viel Mühe wird belohnt! Herzlichen Dank an die Menschen, die unsere Museumslandschaft mit Expertise und Ideenreichtum so großartig machen", fasst Kunstminister Markus Blume die aktuelle Bilanz der Besucherzahlen der staatlichen Museen und Sammlungen in Bayern erfreut zusammen.

Besonders beliebt waren die Alte Pinakothek, die Pinakothek der Moderne sowie die Staatlichen Antikensammlungen und Glyptothek. Große Besucherzuströme konnten ferner das Museum für die Sammlung Brandhorst, das Museum Fünf Kontinente, das Bayerische Nationalmuseum und das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst verzeichnen. Letzteres stellt einen neuen Rekord auf: Nie hat es im 2013 neu eröffneten Haus mehr Besucherinnen und Besucher geben als im letzten Jahr. Der positive Trend ist nicht nur in Kunstmuseen und großen Häusern spürbar. Aufwind bekommen auch kleine Museen wie das Deutsche Theatermuseum und naturwissenschaftlich ausgerichtete Sammlungen wie der Botanische Garten München Nymphenburg oder das Museum Mensch und Natur.

Außerhalb Münchens konnten sich insbesondere das Staatliche Textil- und Industriemuseum (tim) in Augsburg sowie das Porzellanikon in Selb über einen Besucherzuwachs freuen. Ein besonderes Highlight feierte man zudem im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg: Dort wurde kurz vor Weihnachten 2023 die Schallmauer von einer Million Besucherinnen und Besuchern durchbrochen – und das nach nur viereinhalb Jahren seines Bestehens.

Highlights 2024

- 2024 hat die bayerische Museumslandschaft zahlreiche neue Highlights zu bieten. Ein Höhepunkt: Die Wiedereröffnung der Archäologischen Staatssammlung im April in München. Besucherinnen und Besucher erwartet auf über 2.000 Quadratmetern eine spannende Zeitreise durch 120.000 Jahre bayerische Siedlungsgeschichte.
- Das Neue Museum Nürnberg verfügt über eine der größten öffentlichen Sammlungen von Gerhard Richter. Im Programms kultur.digital.vermittlung wird das Werkkonvolut nun auf völlig andere Art erschlossen: Über das persönliche Smartphone ist ein Multimedia-Guide abrufbar, der abwechslungsreiche Informationen zu den gezeigten Bildern für Alt und Jung liefert.
- Erstmals bietet die Neue Sammlung in der Pinakothek der Moderne ein Vermittlungsangebot für Menschen mit Hör- und Seheinschränkungen, Sprachverständnisschwierigkeiten und kognitiver Einschränkung. Taststationen oder Videos in deutscher Gebärdensprache vermitteln damit einem breiten Publikum die Vielfältigkeit der Sammlung und Designideen.
- Das Haus der Bayerischen Geschichte eröffnet im April die Bayernausstellung „Ois anders! Großbaustellen in Bayern" und für das erste Juni-Wochenende wird mit dem „Fest der Demokratie" wieder ein buntes Programmangebot für die ganze Familie geplant. Ferner ist es mit der Bayerischen Landesausstellung 2024 wieder auf Tour: Vom 7. Mai bis 3. November kann man im Diözesanmuseum auf dem Domberg in Freising die Landesausstellung „Tassilo, Korbinian und der Bär. Bayern im frühen Mittelalter" erleben.

Ausstellungstipps für das Frühjahr

Die staatlichen Kunstsammlungsbestände in Bayern gehören zu den bedeutendsten in ganz Europa. Auch die naturwissenschaftlichen Museen und Sammlungen bieten eine große Bandbreite an interessanten Themen. Museumsliebhaber in ganz Bayern können sich über besondere Ausstellungs-Highlights freuen:

- Besucherinnen und Besucher des Bayerischen Nationalmuseums können in der Studioausstellung „Goldene Passion – Georg Petel und das Rätsel seiner Kreuzigungsgruppe" ein spannendes Rätsel im Werk des berühmten Augsburger Barockbildhauer Georg Petel nachvollziehen. Mit computertomographischen Aufnahmen werden die Herstellungstechniken der Bronzen des „deutschen Michelangelo" visualisiert.
- Das Museum fünf Kontinente in München zeigt noch bis Anfang Mai die Fotoausstellung „Witches in Exile": Am Beispiel der abgeschiedenen Northern Region im Norden Ghanas widmet sich diese Ausstellung dem Glauben an Hexerei, der vornehmlich Frauen zu Sündenböcken werden lässt.
- Besonders für Familien bietet sich auch ein Besuch des Glasmuseums in Frauenau an: Das Museum nimmt Besucherinnen und Besucher mit auf eine Reise durch die Kulturgeschichte des Glases, von den Anfängen im Zweistromland bis heute. Kinder können sich schon auf der Website https://glasmuseum-frauenau.de mit dem Museumsgeist Durandl anfreunden, der ihnen dort auf spielerische Art den Werkstoff Glas und das Handwerk näher bringt und die Lust auf einen Besuch des Museums weckt.
- Das Museum Mensch und Natur in München zeigt aktuell seine neue Sonderausstellung „Skelette – Choreografen der Bewegung", die sich Tierskeletten und den Knochen als Wunderwerken der Natur aus verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen nähert.

Überblick

Einen guten Überblick über alle Museen in Bayern gibt die Website https://museen-in-bayern.de. Rund 1.300 Museen und Ausstellungshäuser geben dort einen Überblick über ihr Angebot – und lassen schnell ganz neue „Lieblingsmuseen" entdecken. ❐

Stadt Würzburg:

Vorsicht auch bei privaten Chats

Workshop im Jugendzentrum vermittelte Medienkompetenz

Zum ersten Mal gab es im städtischen Jugendzentrum Zoom in der Lindleinsmühle einen Workshop für Jugendliche zum Thema „Strafbares Verhalten bei der Smartphone-Nutzung".

Initiiert wurde die Veranstaltung von Jonas Rilke, Sozialarbeiter im JUZ: „Unsere Jugendlichen machten mir in Gesprächen klar, dass sie sich sehr unsicher sind bezüglich der strafrechtlichen Relevanz ihres Smartphone-Nutzungsverhalten. Welche Bilder und Memes darf ich weiterleiten? Was kann passieren, wenn ich in einem Chat über andere falsche Sachen erzähle? Solche Fragen beschäftigen unsere Jugendlichen sehr." Gemeinsam mit Kilian Schick (Fachbereich Jugend und Familie, Jugendzentren und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz), Florian Leis (Stadtjugendring) und dem Jugendbeamten Tobias Hofmann (Polizeiinspektion Würzburg Stadt) wurde der Workshop organisiert. Tobias Hofmann: „Wir freuen uns als Polizei, wenn wir von der Offenen Jugendarbeit in Würzburg in unterschiedliche Projekte eingebunden werden, seien es Sportturniere, Anti-Gewalt-Workshops oder solche Medienkompetenzprojekte – das Kennenlernen auf Augenhöhe kann die Präventionsarbeit der Polizei nur fördern und im besten Fall sogar zukünftige Straftaten verhindern."

Im Workshop selbst ging es für die etwa 20 interessierten Jugendlichen um praxisnahe Fragen und Beispiele. Vielen war vorher gar nicht bewusst, dass ein vermeintlich privater Chat auch Grund für eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Nötigung oder übler Nachrede sein kann. „Ich denke, alle konnten etwas mitnehmen. Am Ende geht es darum, unsere Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, verantwortungsvoll mit den digitalen Medien umgehen zu können", so das Resümee von Florian Leis. Geplant sind weitere Workshops in anderen Jugendzentren, denn das Thema Medienkompetenz bleibt (nicht nur) für Jugendliche höchst relevant. ❐

Heldinnen und Helden" erobern eine Stadt in Oberbayern

Lokschuppen präsentiert seit Anfang März neue Ausstellung in Rosenheim

Wer ist Superheld oder Superheldin: der starke Herakles, Batman und Catwoman, Nelson Mandela, Marie Curie oder eher ein Alltagsheld oder eine Alltagsheldin bei der Polizei, der Feuerwehr oder im Pflegeheim? Das Ausstellungszentrum Lokschuppen in Rosenheim geht auf eine ungewöhnliche Spurensuche. Die Ausstellung „Heldinnen und Helden" eröffnet für die Besucherinnen und Besucher neue Dimensionen. Sie gehen auf eine sehr persönliche Heldenreise voller Erinnerungen, erleben das Heldentum anhand unterschiedlichster Fußabdrücke und Spuren, die ihre Vorbilder hinterlassen haben. Die Veranstalter präsentieren sehenswerte Zeugnisse des Heldentums aus aller Welt. Angefangen vom lebensgroßen „Batmobil" aus dem Film von Tim Burton und die 3,40 Meter hohe Statue des „Herakles Farnese" über den Spielerpass von Fritz Walter und die Boxhandschuhe von Muhammad Ali bis hin zu Originalbriefen aus dem ersten Harry Potter Film. Unter den 351 Exponaten sind 192 Originale. „Heldinnen und Helden" ist eine Ausstellung der Veranstaltungs + Kongress GmbH Rosenheim (VKR). Sie läuft bis zum 15. 12. 2024.

Rund 145.000 Besucher werden erwartet. „Wir haben 2,4 Mio. Euro investiert", so VKR-Geschäftsführer Florian Englert. „Unser Ziel ist es, diese Ausgaben zu 90 Prozent durch unsere Gäste zu refinanzieren. Das ist ein Spitzenwert für einen Kulturbetrieb."

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien Florian Herrmann bezeichnete „Heldinnen & Helden" als großartige Ausstellung: „Die Geschichten und Taten, die hinter den hier präsentierten ‚Heroes' stehen, zeigen uns: Es braucht immer Mut, Willenskraft und Herz, um das Beste aus sich herauszuholen, um ein kleiner oder großer Held zu sein. Unser Leben und unsere Gesellschaft wären um vieles ärmer, ohne diese besonderen Menschen, die den Unterschied ausmachen. Gerade in unsicheren Zeiten braucht es den Willen, etwas zu gestalten und Vorbild zu sein."

„Heldinnen und Helden" bietet weit mehr als einzigartige Exponate in Vitrinen. „Wir zeigen anhand unserer Beispiele, was jemanden zum Helden oder zur Heldin macht", erläutert die Leiterin des Ausstellungszentrums Lokschuppen Jennifer Morscheiser.

#heROs2024

Erstmals erobert eine Lokschuppen-Ausstellung eine ganze Stadt. Die Veranstaltenden haben zusammen mit unterschiedlichsten Kulturschaffenden, städtischen und freien Trägern, mit Vereinen und Gruppen unter dem Hashtag #heROs2024 ein Rahmenprogramm mit 60 Events organisiert. ❐



Sie freuten sich über einen gelungenen Workshop: (v.l.) Anika Rothenpieler (Kompetenzzentrum für Ernährung), Franziska Baum und Susanne Dobelke (Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Oberfranken, AELF Bayreuth-Münchberg), Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (Stadt Bayreuth), Anna Bialas, Kitaleiterin Christiane Wolf (Kita Heinersreuth), Kitaleiterin Marianne Schmidt (Kita „Fantaisie" Donndorf) und Kirstin Köhler (Klimaschutzmanagement Stadt Bayreuth) sowie (vorne v.l.) Carola Kiene (Klimaschutzmanagement Landkreis Bayreuth) und Florian Mädler (Ansprechpartner Kita Saas). Bild: Stadt Bayreuth

Stadt Bayreuth:

Lebensmittel essen, nicht wegwerfen

Workshop des Kooperationsprojekts „Kitas retten Lebensmittel" im Rathaus Bayreuth erarbeitet Lösungen gegen Verschwendung

Lebensmittel retten und dabei noch Kosten sparen: Bei einem Workshop zogen die Einrichtungen, die an dem im Oktober 2023 gestarteten Kooperationsprojekt „Kitas retten Lebensmittel" teilnehmen, eine erste Bilanz. Mit den Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis, dem Kompetenzzentrum für Ernährung und dem federführenden Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Bayreuth-Münchberg diskutierten sie Herausforderungen und Lösungen.

Bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen nehmen Kindertagesstätten eine Schlüsselrolle ein, denn die durchschnittliche Abfallquote beträgt Studien zufolge 19 Prozent. Das heißt, Kitas haben enormes Potenzial Lebensmittabfälle einzusparen. Die Ursachen für die Verschwendung sind unterschiedlich. Um Lösungsstrategien zu finden, sollten daher Abläufe, Versorgungstrukturen und Mahlzeiten der einzelnen Einrichtungen betrachtet werden. Neben dem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln bringt die Reduktion von Lebensmittelabfällen viele Vorteile mit sich: Es können sowohl Kosten für Einkauf und Entsorgung als auch Arbeitszeit, Strom und Wasser gespart werden. Gerade in Zeiten knapper Personalkapazitäten sowie steigender Preise sind dies wichtige Aspekte.

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis nehmen teil

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis Bayreuth haben sich dem Thema angenommen, Lebensmittelabfälle erfasst und Einsparmaßnahmen teilweise sogar schon abgeschlossen. Mit dabei sind die evangelischen Kitas Heinersreuth und Saas, „Sonnenschein" in Bindlach und „Fantaisie" in Donndorf sowie das Kinderzentrum „Bergzwerg" in Bindlach. Genannte Kitas werden zumeist von einem Caterer beliefert, um den Kindern ein warmes Mittagessen anbieten zu können. Gerade wenn Catering-Unternehmen mehrere Kitas beliefern, gestaltet es sich häufig schwierig, individuelle Bedürfnisse umzusetzen. Eine gute, zeitlich abgestimmte Kommunikation mit dem Caterer birgt dabei großes Potenzial, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen.

Auch personelle Engpässe gehören in beinahe jeder Einrichtung zum Alltag. Es fehlt mitunter die Zeit, Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung im Team abzustimmen und umzusetzen. Großen Raum nahmen auch Hygieneauflagen und Haftungsansprüche ein.

Trotzdem zeigte die Veranstaltung, dass etliche Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. So wurden Kommunikationsformate von Elternabenden über die Mitarbeit der Kinder erprobt und Gespräche mit Caterern und Trägern geführt – und das mit Erfolg. Dadurch konnte nicht nur ein Teil der Lebensmittelabfälle in Form von Teller- und Ausgaberesten eingespart werden. Außerdem wurden die beteiligten Personen sensibilisiert und einbezogen, was das Projekt nicht nur auf Organisationsebene zum Gemeinschaftsprojekt macht.

„Vorreiter in der Kitalandschaft"

„Die beteiligten Kitas heben sich schon jetzt als Vorreiter in der Kitalandschaft hervor", bestätigt Susanne Dobelke, Leiterin des Sachgebiets Gemeinschaftsverpflegung und der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Oberfranken. Sie zeigen, welche Schlüsselrolle soziale Einrichtungen in der Reduzierung von Lebensmittelabfällen haben.

Dass der Prozess zu weniger Lebensmittelverschwendung noch Zeit braucht, wurde im Projekt-Verlauf deutlich. So konnten die Kitas diverse Maßnahmen ausmachen, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Deswegen wird es eine dritte Erfassungsrunde geben, in der die weitere Entwicklung analysiert werden soll. Am 6. Juni werden die Ergebnisse im Rahmen einer öffentlichen Infoveranstaltung präsentiert. ❐

Zukunftsfähigkeit und Klimaschutz unter einem Hut

Qualitätssicherung beim Planen und Bauen Thema des Zukunftsrats-Forums-Lichtenfels.

50 oberfränkische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie 20 Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Ländliche Entwicklung Oberfranken (ALE) kamen Anfang März im Stadtschloss Lichtenfels zum Zukunftsrats-Forum zusammen.

Im Rahmen moderierter Gruppenarbeiten tauschten sie sich lebhaft über Lösungen für zukunftsfähiges und nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen im ländlichen Raum aus. Dabei standen unter anderem die Themen Finanzierung, Selbstverständnis der einzelnen Akteure im ländlichen Raum und Bildung auf dem Programm. „Es hat sich gezeigt, dass den Teilnehmenden vor allem am Herzen liegt, konkrete Beispiele für nachhaltiges Bauen zu zeigen. Zudem wurden die Finanzierung anstehender Projekte sowie der bürokratische Aufwand konstruktiv diskutiert", so Amtsleiter Lothar Winkler.

Der Zukunftsrat bestand aus 14 zufällig ausgewählten Personen aus Kommunen und Abteilungen des ALE. Sie hatten sich im Vorfeld an zwei Seminartagen intensiv damit auseinandergesetzt, welche Schritte konkreten notwendig sind, um qualitativ hochwertiges und zugleich nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen in der Ländlichen Entwicklung zu gewährleisten. Dabei nahmen sie finanzielle und personelle Herausforderungen in den Blick und entwickelten gemeinsam konstruktive und innovative Lösungen. Zukunftsräte und -foren gibt es in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken.

Hintergrund des Beteiligungsprojekts sind die Regierungserklärung „Klimaland Bayern" und das Bayerische Klimaschutzgesetz, demnach in Bayern bis 2030 im Vergleich zu 1990 65 Prozent CO2-Ausstoß eingespart werden soll. Bis 2040 soll der Freistaat klimaneutral werden. Dies sowie weitere Aspekte wie Baukultur, regionale Identität, Anforderungen an Flächensparen und Ressourcenschutz müssen auch beim Planen und (Um-) Bauen in der Ländlichen Entwicklung mitgedacht werden.

Die Ergebnisse der bayerischen Zukunftsrats-Foren werden Ende April mit einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe diskutiert. Ziel ist es, die Ergebnisse zu sichten, zu priorisieren und nächste Schritte anzudenken. ❐

Nachhilfelehrer per App

Raiffeisenbank im Oberland bietet kostenlose Online-Lernunterstützung für mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Raiffeisenbank im Oberland startet ab sofort ein neues Angebot für junge Kunden: Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren bzw. der Klassenstufen 5 bis 13, die ein Jugendgirokonto besitzen oder neu eröffnen, erhalten auf Wunsch kostenlos ein Jahr lang Online-Lernunterstützung und Nachhilfeunterricht im Wert von 1.788 Euro. Möglich macht dies eine Kooperation mit dem führenden digitalen Bildungsanbieter ubiMaster aus Baierbrunn.

Die Raiffeisenbank im Oberland will mit dem ungewöhnlichen Angebot einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten. „Wir sind eine der ersten Banken im Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken, die die Kooperation mit ubiMaster in die Tat umsetzen und ihren Kunden diese Möglichkeit anbieten", sagt Manfred Klaar, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank im Oberland. Er betont die Bedeutung von Bildung für den beruflichen und gesellschaftlichen Werdegang. „Eine solide Schulbildung ist eine der wesentlichen Grundlagen für den Wohlstand unserer Region", so Klaar. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildungsangeboten sei essenziell, um jedem die Chance zu geben, seine Talente und Visionen zu entwickeln. Fehlende Bildung erhöhe das Risiko von Armut und könne den Zugang zum Arbeitsmarkt gefährden. Die Raiffeisenbank im Oberland engagiere sich daher aktiv für Aktivitäten, die zu wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe befähigen. „Mit diesem Angebot bieten wir effektive Lernunterstützung und damit einen echten Mehrwert für unsere jungen Kundinnen und Kunden", erklärt Manfred Klaar. „Und das Ganze zeitgemäß, digital und ohne Stress für Eltern und Schüler, Nachhilfelehrer zu suchen und Termine abzustimmen."

1:1-Beratung

Und so einfach funktioniert's: Die jungen Kundinnen und Kunden der Raiffeisenbank im Oberland erhalten für ein Jahr einen kostenlosen unbegrenzten Zugang zur ubiMaster-App. Nach Installation der App auf Smartphone oder Tablet und Eingabe des Zugangscodes kann es direkt losgehen: Nach Formulierung einer Frage durch die Schülerin/den Schüler steht innerhalb weniger Minuten eine Lehrkraft per Video- oder Textchat für eine 1:1-Beratung zur Verfügung und hilft bei der Beantwortung der gestellten Frage. Die Lernunterstützung, Hausaufgaben- und Nachhilfe steht für die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Physik und Chemie zur Verfügung. Zusätzlich enthält die App Übungsaufgaben im Quizformat, um Lerninhalte zu vertiefen. Die Leistungen sind online sieben Tage die Woche verfügbar, montags bis freitags von 14 bis 19 Uhr und samstags sowie sonntags von 10 bis 16 Uhr. Die Plattform ubiMaster wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Mehr zum Thema unter: www.oberlandbank.de/ubimaster ❐

Region Oberland:

Fortschreibung des Regionalplans

Teilfortschreibung Windkraft

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung über die weitere Vorgehensweise zur Fortschreibung Windkraft beraten.

Die Sitzung des Planungsausschusses wurde für alle Verbandsmitglieder, d.h. für alle 94 Kommunen der Region, per Videokonferenz übertragen. Mitglieder des Planungsverbands der Region Oberland sind die Landkreise Bad Tölz Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau sowie ihre 94 Kommunen. Verbandsvorsitzender ist Landrat Josef Niedermaier. Die Geschäftsführerin des Planungsverbandes ist Frau Sabine Holzinger, die Geschäftsstelle des Planungsverbandes hat ihren Sitz im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen.

Hintergrund

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung im Oktober 2022 die Teilfortschreibung des Regionalplans Windkraft beschlossen. Gemäß des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) müssen alle Regionen in Bayern 1,1 Prozent der Regionsfläche bis zum 31.12.2027 als Vorranggebiete für Windenergie festlegen. In einem weiteren Schritt muss Bayern 1,8 Prozent der Landesfläche bis zum 31.12.2032 als Windenergiegebiete nachweisen. Inwieweit diese 1,8 Prozent der bayerischen Landesfläche regional ausdifferenziert auf die Planungsregionen in Bayern aufgeteilt werden, ist derzeit noch nicht bekannt.

In der Sitzung des Planungsausschusses im Juli 2023 wurden vorläufige Suchräume vorgestellt, die für eine Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie geeignet sein könnten. Diese vorläufigen Suchräume wurden ermittelt, indem Flächen ausgeschieden wurden, die nicht für die Windenergienutzung geeignet sind (z.B. ausreichende Abstände zu Siedlungen, schutzwürdige Naturräume, Bereiche mit zu geringen Windgeschwindigkeiten etc.). Im Anschluss wurden die vorläufigen Suchräume hinsichtlich weiterer Fachbelange untersucht und auf dieser Grundlage weiter eingegrenzt.

In der Sitzung im März 2024 hat der Planungsverband über den aktuellen Stand der Windkraft-Fortschreibung informiert:

Der Planungsverband hat die in der Sitzung vom Juli 2023 vorgestellten Suchräume für Vorranggebiete für Windenergieanlagen weiter untersucht. Die ursprüngliche Suchraumkulisse wurde hierbei nochmals reduziert, z. B. aufgrund militärischer Einschränkungen und zugunsten des Artenschutzes. Es ist mit weiteren Konflikten mit verschiedenen Belangen zu rechnen, die zu einer weiteren Verkleinerung der Suchräume führen können. Diese konfliktträchtigen Suchräume können aber zum aktuellen Zeitpunkt nicht von vornherein ausgeschlossen werden, da noch keine abschließende Klärung möglich ist.

Innerhalb dieser Suchräume wird nun weiter geprüft und abgewogen, in welchen dieser Flächen grundsätzlich Vorranggebiete ausgewiesen werden könnten. Hierbei wirken die Gemeinden, Städte und Landkreise mit.

Den Bedürfnissen gerecht

Im nächsten Schritt werden ab April 2024 informelle Vorgespräche mit den Kommunen geführt. Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, das den örtlichen Bedürfnissen entspricht. Sobald ein Entwurf mit der Darstellung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen fertiggestellt ist und der Planungsausschuss darüber beraten hat, wird dieser zur Einsicht ausgelegt. Alle betroffenen Kommunen, Behörden und die Öffentlichkeit erhalten dann die Möglichkeit, ihre Belange in den Planungsprozess einzubringen. ❐





Landesverband Frauenlisten e.V. zu Besuch bei Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Bild: Landesverband Frauenlisten

Landesverband Frauenlisten Bayern e.V.:

Vom Land in die Stadt

Sternfahrt zu Ilse Aigner

Eine München Premiere: Mitte März besuchten 13 der insgesamt 27 bayerischen Frauenlisten auf Einladung von Ilse Aigner den Landtag.

Rund 65 politisch engagierte Frauen und Mandatsträgerinnen aus ländlichen Kommunen kamen aus allen Richtungen und Regierungsbezirken im Maximilianeum zusammen. Dazu hatte sich die Landtagspräsidentin die Zeit genommen, die Damen im Plenarsaal zu begrüßen und Fragen zu beantworten.

Themenvielfalt

Themen wie der raue Umgangston und die mangelnde Diskussionskultur innerhalb politischer Gremien wurden angeschnitten, das Genderverbot, aber auch soziale Probleme, wie z.B. die steigende Zahl von obdachlosen Frauen wurden thematisiert.

Unterstützung für Frauen

Die Vorsitzende des Landesverbandes der Frauenlisten Bayern e.V., Andrea Hinterwaldner, wünschte sich mehr Förderung vom Land – speziell für parteilose Frauen.

Alle Anwesenden waren sich einig: Für demokratische, nachhaltige Entscheidungen müssen mehr Frauen vor allem in den ländlichen Gebieten politisch aktiv werden.

„Frauen, traut Euch!“

Ilse Aigner ließ die Zuhörerinnen über Ihre persönlichen Erfahrungen mit dem niedrigen Frauenanteil in der Politik von Beginn ihrer Karriere bis heute teilhaben. Aus dem Plenum erhielt sie Lob für Ihre Arbeit in der Sitzungsleitung und besonders aktuell in der Verwaltung des Landtags.

„Frauen, traut Euch! Seid selbstbewusster!“ mit diesem Appell verabschiedete sich Landtagspräsidentin Ilse Aigner von den Teilnehmerinnen der Sternfahrt. ❐

Landkreise Dillingen und Günzburg:

„Gesundheitsversorgung überregional betrachten“

Die medizinische Landschaft unterliegt aktuell gravierenden Veränderungen. Vor allem der zunehmende Mangel an qualifiziertem Fachpersonal, sowohl in der Pflege wie im ärztlichen Bereich stellt dabei viele Patientinnen und Patienten vor große Herausforderungen. Aufgrund der fortschreitenden demographischen Entwicklung gestalten sich die Suche nach Arztterminen aber auch die Suche eines Allgemein- oder Facharztes immer schwieriger. Gleichzeitig verstärkt die zu erwartende Krankenhausstrukturreform den Druck auf das Gesundheitssystem, da eine Vielzahl von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich verlagert werden soll. Zudem werden durch neue personelle Mindeststandards im Bereich der Kliniken auch weiter Veränderungen auf den Kliniksektor zukommen. Aber auch die fortschreitende Digitalisierung wird sich intensiv auf die Art der medizinischen Diagnostik und damit auch auf Strukturen der medizinischen Versorgung auswirken. Gleichzeitig haben sich auch die Kreiskliniken der beiden Landkreise Dillingen und Günzburg bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, ihre Strukturen neu aufzustellen.

Um diesen Prozess aktiv zu gestalten und nicht nur von den demographischen, wirtschaftlichen und vor allem gesetzgeberischen Vorgaben getrieben zu werden, wollen die Landkreise Dillingen und Günzburg ihre Gesundheitsversorgung gemeinsam betrachten und eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für viele künftige Weichenstellungen schaffen.

Machbarkeitsstudie

Das haben die beiden Landräte Markus Müller und Dr. Hans Reichhart sowie die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen und Günzburg-Krumbach nach intensiven Beratungen mit den verantwortlichen Gremien beschlossen. In Rücksprache mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium als Planungsbehörde soll nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Ziel ist, die Möglichkeiten strategischer Kooperationen zur wohnortnahen Patientenversorgung der Bevölkerung zu analysieren und zu bewerten. Dabei wird die gesamte Versorgungsregion Nord- und Mittelschwaben betrachtet. Die Landkreise Dillingen und Günzburg gehen somit einen innovativen, von Planungsbehörde und Landkreistag vorgeschlagenen Weg, Medizinversorgung ganzheitlich und überregional zu denken. „Wir stehen wie viele Kommunen vor großen Herausforderungen im Gesundheitswesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Dillingen können wir diesen Herausforderungen gestärkt begegnen und so die wohnortnahe Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Die Machbarkeitsstudie ist dabei ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung“, erläutert der Günzburger Landrat Reichhart. „Uns vereint die Zielsetzung, gerade die Grund- und Notfallversorgung in den Landkreisen bezogen auf die vorhandenen Krankenhausstandorte und der beiden Medizinkonzepte gut und finanzierbar für die Menschen neu auszurichten“, betont der Dillinger Landrat Müller.

Zudem müsse der Blick der Gesundheitsversorgung auch über die Landkreisgrenzen hinaus geweitet werden. „Wir sind offen für die Betrachtung weiterer Versorgungsgebiete“, sind sich Reichert und Müller ebenso einig.

„Wenn es um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geht, müssen wir generationenübergreifend und über Landkreis-Grenzen hinweg denken. Schließlich stehen alle Regionen vor ähnlichen Herausforderungen. Deshalb sind neben den klinikinternen Entscheidungen auch ambulante Versorgungskonzepte, aber auch Allianzen sehr wertvoll, damit wir heute und morgen eine bestmögliche medizinische Versorgung sicherstellen können. Hier sind wir zusammen mit allen Beteiligten schon auf einem wirklich guten Weg“, erläutert Robert Wieland, Vorstand der Kreiskliniken Günzburg-Krumbach.

Nie dagewesene Veränderung

Sonja Greschner, Geschäftsführerin der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen, sieht die Zukunft in einem landkreisübergreifenden Ansatz: „Die medizinische Landschaft steht vor einer nie dagewesenen Veränderung und daher gilt es, gemeinsam zu denken und gemeinsam zu agieren: Über Landkreise, Krankenhäuser und Sektoren hinweg. Wir werden daher die medizinische Versorgungssituation in der Region betrachten – unser Ziel ist es, eine starke Versorgung auf- und auszubauen, die die medizinische Versorgungsqualität on top setzt. Wir setzen darauf, aus einer gemeinsamen Stärke heraus uns für die Zukunft aufzustellen.“

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll zunächst die ambulante, die stationäre und die Notfallversorgung landkreisübergreifend analysiert werden. Daraus soll eine sektorenübergreifende, abgestufte und nachhaltige Medizinstrategie für die Bevölkerung und alle Beteiligten im Gesundheitswesen vor Ort entwickelt werden. Erste Ergebnisse sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Beide Landkreise machen sich also frühzeitig auf den Weg zu übergreifenden und abgestimmten wohnortnahen Versorgungskonzepten für die Gesundheit der Bürger.

Die Gesundheitsversorgung ist damit nach der Zusammenarbeit im Tourismus ein weiterer Bereich, bei dem die Landkreise Günzburg und Dillingen ihre Kräfte bündeln. ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Dr. Alexander Legler

Landrat Landkreis Aschaffenburg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich habe das Privileg und die Freude, als Landrat des Landkreises Aschaffenburg, dem nordwestlichsten Eingangstor zum Freistaat mit seinen rund 177.000 Einwohnerinnen und Einwohnern arbeiten zu dürfen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Hauptamtlicher Arbeitsbeginn war der 1. Mai 2020.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Jurastudium in Würzburg und Poitiers (F) sowie den sich daran anschließenden Referendariatsstationen in Aschaffenburg, Brüssel und Ingolstadt habe ich zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet, zuletzt als Fachanwalt für Verwaltungsrecht und durfte von September 2011 bis April 2020 als hauptamtlicher Bürgermeister meiner Heimatstadt Alzenau deren Entwicklung mit gestalten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Erkenntnis, tatsächlich, zeitnah und unmittelbar etwas bewegen und eigene Ideen umsetzen zu können und dabei in der Regel auch unmittelbar Rückmeldung zu Ideen und getroffenen Entscheidungen zu erhalten. Vor allem begeistert mich nach wie vor die Vielfalt der mit der Kommunalpolitik verbundenen Begegnungen sowie all der Aufgaben und Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung von Lebensqualität für das eigene Umfeld.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

In jedem Fall auch für Arbeit als Landrat zugute kamen mir meine Erfahrungen als Stadtrat von Alzenau, in den ich 2002 gewählt wurde, als zunächst Zweiter Bürgermeister ab 2008 und anschließend seit 2011 als Erster Bürgermeister sowie seit 2008 auch als Mitglied des Aschaffenburger Kreistags.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Nahezu ausschließlich in der Bewältigung der Corona-Pandemie mit all ihren damit verbundenen und seinerzeit nahezu täglich neuen Herausforderungen.

Abgesehen davon galt es, den weiteren Ausbau der lange schon begonnenen Digitalisierung unserer Schulen voranzutreiben, den Anbau unseres Landratsamtes abzuschließen sowie die Fortführung der Optimierung unseres ÖPNV zu begleiten.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

In Stichworte und Schwerpunkte gefasst sind das derer fünf: Flüchtlinge, Klinikum, Finanzen sowie Biosphärenregion und Energiewerk.

Die Zuweisungen an Geflüchteten halten auch bei uns ungebrochen an mit der Folge einer weiterhin massiven Überlastung der Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen unserer Rathäuser und im Landratsamt. Unterkünfte bleiben Mangelware; eine adäquate Betreuung und Integration ist nahezu weiter unmöglich und die Akzeptanz vor Ort sinkt, nach meinem Empfinden, deutlich.

Unser gemeinsam mit der Stadt Aschaffenburg getragenes Klinikum kämpft mit einem Defizit von rund 40 Millionen Euro, das wir zur Hälfte mit der Stadt Aschaffenburg zu tragen haben, davon abgesehen bringen wir fortlaufend strukturelle Veränderungen unseres Hauses voran und seitens des Bundes werden wir mangels Problembewusstsein der Ampel für die Nöte der Kliniken und dem Ausbleiben einer klugen Reform weiter alleine gelassen.

Klinik-Defizit, Personalkostensteigerungen, inflationsbedingte Mehrkosten sowie massive Kostensteigerungen bei der Realisierung von Vorhaben führen mehr und mehr zu knappen Kassen unserer Gemeinden und damit auch des Landkreises, so dass auch wir mehr und mehr zum Verwalten verdammt sind, statt aktiv gestalten zu können mit der Folge, dass vor allem ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik nicht an Attraktivität gewinnt und die Unzufriedenheit vor Ort gegenüber kommunalen Mandatsträgern auch angesichts unumgänglicher Gebührenerhöhungen, für die es sehr oft an Verständnis fehlt, zumindest nicht weniger wird.

Im Sinne der Nachhaltigkeit, gerade mit Blick auf künftige Generationen sowie zur Steigerung der Attraktivität unserer Region haben wir uns gemeinsam mit den Landkreisen Miltenberg und Main-Spessart sowie der Stadt Aschaffenburg auf den Weg gemacht, UNESCO-Biosphärenregion zu werden, was uns jedenfalls dann gelingen wird, wenn unsere Gemeinden in den Landkreisen diesen Pfad mitgehen wollen. Derzeit finden Informationsveranstaltungen und Abfragen in den Gemeinden statt, nachdem die für eine Bewerbung als Grundvoraussetzung erforderliche Machbarkeitsstudie die grundsätzliche Machbarkeit unserer Region als Biosphäre mit all ihren Vorzügen, unter anderem auch gegenüber einem Naturpark, der wir als Landschaftsraum Spessart bereits sind, oder in Bezug auf einen Nationalpark mit seinen deutlich restriktiveren Vorgaben, bejaht hat.

Schließlich werden wir den von uns eingeschlagenen Weg zum Klimaneutralen Landkreis weiter vorangehen und unser gemeinsam mit den Gemeinden gegründetes Energiewerk mit Leben erfüllen und die anstehenden Windkraft- und PV-Vorhaben realisieren mit dem Ziel, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt und sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv daran beteiligen können.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Eine Daueraufgabe bleibt die Sicherung unseres Klinikums Aschaffenburg-Alzenau als kommunales Haus mit seinem umfassenden Leistungsspektrum als Haus der Maximalversorgung inklusive aller damit verbundenen finanziellen und personellen Herausforderungen.

Auf Dauer beschäftigen wird uns auch die Bewältigung der massiven Flüchtlingszahlen vor Ort mit allen sich daraus ergebenden Folgeaufgaben.

Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin unserer Vorreiterrolle bei der Digitalisierung unserer Schulen gerecht bleiben, den ÖPNV und unser Radwegenetz weiter ausbauen, unser Energiewerk mit Projekten füllen sowie dem sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel auch in den Verwaltungen Herr werden und uns ebenso erfolgreich den demographischen Veränderungen stellen mit dem Ziel, auch weiterhin eine bestmögliche Pflege und medizinische Versorgung in unserem Landkreis sicherzustellen, insbesondere auch in den ländlich geprägten Regionen des Landkreises.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Einen Rat habe ich nicht im Angebot, weder einen wichtigen noch sonst einen, eher einen Strauß an Empfehlungen, die mir bislang nicht geschadet haben, so z. B.: geht nicht, gibt´s nicht, nicht unterkriegen und ärgern lassen, sowie sich nicht grämen darüber, was sich im Nachhinein nicht mehr ändern lässt!

Vor allem aber: offen bleiben für die Menschen, auf sie zugehen, zuhören, sie rechtzeitig in Vorhaben einbinden sowie kritikfähig und in der Lage bleiben, sich immer wieder selbst zu hinterfragen und die eigene Meinung zu korrigieren!

In jedem Fall braucht es ein selbstbewusstes Umfeld auf Augenhöhe und damit couragierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jederzeit kritisch loyal sind, keine Scheu haben, Entscheidungen zu treffen, auch neue Wege einzuschlagen und insbesondere dem Chef mit einer klaren Meinung entgegentreten, erst recht, wenn sie nicht der Meinung des Chefs entspricht!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Frühzeitig mit Vorschlägen und Ideen, aber auch mit Herausforderungen und Problemstellungen in den Austausch gehen, das Gespräch suchen und sich Rückmeldungen einholen und bei Bedarf nach tragbaren Lösungen bzw. gangbaren Kompromissen suchen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir werden schon allein aufgrund des sich auch in unseren Verwaltungen abzeichnenden massiven Personalmangels nicht umhin kommen, mehr und mehr Prozesse zu digitalisieren, nicht nur im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, um sich Wege ins Amt zu ersparen, Fragen ohne unmittelbare Vorsprache beantwortet zu bekommen sowie zu jeder Zeit Anträge stellen zu können, sondern auch dann, wenn es darum geht, Verfahren z.B. zur Bescheidserstellung standardisiert und damit immer auch zügig und weiterhin zur Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger abarbeiten zu können..

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nicht wirklich. Aber bislang gut gefahren bin ich mit der Einstellung: Aufgeben gilt nicht! Nicht ärgern lassen von nichts und niemandem (Anmerkung: gelingt meistens 😉) und dem Grundsatz: Bevor ich mich aufrege, ist es mir lieber egal (Anmerkung: gelingt ebenfalls meistens 🙂)!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Bis sich diese Frage praktisch – und wenn überhaupt – eines Tages stellt, bleibt hoffentlich noch viel Zeit, schließlich bin ich mit 46 Jahren noch jung 😉, habe noch viel vor und eine Menge an Ideen.

Sollte diese Frage aber dann doch irgendwann einmal zur Beantwortung anstehen, dann gerne als jemand, von dem die Menschen überzeugt sind, er hat ihnen zugehört, sie ernst genommen, war ihnen aufrichtig und authentisch gegenüber und hat ihnen im Rahmen seiner Möglichkeiten geholfen und dabei zugleich mitgewirkt daran, entsprechend dem Motto unserer unvergessenen Barbara Stamm unsere Welt ein kleines Stück weit besser gemacht zu haben! ❐

Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern:

Gestaltung der Energiewende läuft auf Hochtouren

„Die niederbayerischen Landkreise, Städte und Gemeinden zeigen, wie Energiewende funktioniert", betonte Präsident Rainer Haselbeck bei einer Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern in Ergolding. Hundert Landräte und Bürgermeister nutzten den gemeinsamen Austausch und setzten somit ein starkes Zeichen, den Weg der nachhaltigen Energiezukunft gemeinsam zu gehen.

Dass Niederbayern in Sachen erneuerbare Energien bayern- und bundesweit Spitzenreiter ist, sei das Verdienst der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger, die den Wandel vor Ort engagiert gestalten und voranbringen, betonte Haselbeck. An die 90 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs Niederbayerns werde rechnerisch schon heute mit regenerativen Energien erzeugt. Um das Ziel „saubere, sichere und vor allem bezahlbare Energie" zu erreichen, sei es erforderlich, „unser Know-how und unsere Stärken" zu bündeln. „Diese Jahrhunderaufgabe kann nur im engen Schulterschluss mit den Kommunen, den Bürgern und Unternehmen gestemmt werden", unterstrich der Regierungspräsident.

Nachbarschaftlicher Zusammenschluss

Einen Überblick zum kürzlich in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz (WPG) und dem Umsetzungsstand in Bayern gab Wirtschaftsreferent Florian Gleich vom Bayerischen Städtetag. Er verwies darauf, dass in der zweiten Jahreshälfte zum WPG noch eine Ausführungsverordnung erlassen werden solle. Zu erwarten sei dabei, dass die Städte und Gemeinden als planungsverantwortliche Stellen für die Wärmeplanung festgelegt werden. Nach dem Konnexitätsprinzip erfordere dies aber auch einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die Kommunen. Die kommunalen Spitzenverbände stünden hier in enger Abstimmung mit den betroffenen Ministerien. Exemplarisch für den noch anstehenden Regelungsbedarf sei der Anschluss- und Nutzungszwang bei Wärmenetzen, der durchgesetzt werden müsse, um finanzielle Risiken bei kommunalen Wärmeversorgungsprojekten zu begrenzen. Gleich empfahl, sich bei der Wärmeplanung möglichst mit benachbarten Kommunen zusammenzuschließen, um Wärmepotenziale gemeinsam zu nutzen und kosteneffizient zu arbeiten.

Beispiel Markt Bad Abbach

Eine Vorreiterrolle im Bereich der kommunalen Wärmeplanung nimmt in Niederbayern der Markt Bad Abbach ein: Dort läuft seit vergangenem Jahr ein Pilotprojekt des Bayernwerks, in dem konkrete Maßnahmen zur Umgestaltung der Wärmeerzeugung im Kurort an der Donau entwickelt werden sollen. Laut Erstem Bürgermeister Dr. Benedikt Grünewald ist es das Ziel aller Beteiligten, nach einer notwendigen und sehr gründlichen Bestandsanalyse zu konkreten Umsetzungsplänen zu kommen, die wirtschaftlich und technisch sinnvolle Energielösungen für Bad Abbach aufzeigen. Wie der Rathauschef erläuterte, müsse man stets die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten, wofür auf Jahrzehnte verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich seien. Wichtig sei es vor allem, rechtzeitig die Großverbraucher in der Gemeinde mit ins Boot zu holen.

Schlüssel für Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung

Die kommunale Planungshoheit als starkes Steuerungselement hob Dr. Christian Hofer vom Bayerischen Landkreistag hervor. Eine frühzeitige und gezielte Sicherung und Steuerung von Entwicklungsflächen für erneuerbare Energien könne der Schlüssel für mehr Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung in der Energiewende sein. Um komplexe Aufgaben zu lösen und gemeinsam von der Energiewende zu profitieren, sei ein Zusammenschluss von Kommunen in Form von Regionalwerken empfehlenswert.

Wie Ludwig Friedl von der Energieagentur Regensburg darlegte, sei nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch deren Speicherung zunehmend bedeutsam. Funktionierende Speichertechnologien seien bereits verfügbar und würden bei künftig geplanten Vorhaben noch an Wichtigkeit gewinnen. Auch Friedl wies darauf hin, dass eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung die Akzeptanz für etwaige Projekte vor Ort erhöhen könne. Dabei gelte es vor allem, Vorurteile abzubauen. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Der Bürgermeister erzählt derzeit gerne eine Geschichte, in der es um einen Brief eines Jugendlichen an Bundeswirtschaftsminister Habeck geht. Jener junge Mann schildert eine Geschäftsidee. Er verteile morgens vor der Schule in seiner Nachbarschaft die aktuellen Tageszeitungen und sonntags in einem etwas größerem Umfeld Sonntagszeitungen. Da immer mehr Sonntagszeitungen jetzt bereits am Samstag erschienen und überhaupt die Nachfrage nach Zeitungen zurückgehe, wolle er seinen Kunden in Zukunft anbieten, mit der Zeitung auch Semmeln, Brez'n oder anderes Frühstücksgebäck zu liefern. Auch eine Expansion habe er als langfristig denkender Jungunternehmer im Auge: Backwaren für Nichtzeitungsleser, weil diese Zielgruppe stetig wächst. Das alles wolle er nicht mit seinem alten Mofa erledigen, sondern per Fahrrad. Damit dieses umsetzbar sei, hätte er gern einen Bundeszuschuss zum Kauf eines solchen als Transformationshilfe. Ein ausreichend robustes wie leichtgängiges Rad sei schon für 1.200 Euro zu haben. Seine Eigenleistung läge entsprechend dem jüngsten Kassensturz bei 300 Euro, 150 gäben seine Eltern dazu, so dass der Bund nur noch 750 Euro Zuschuss für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität und für die Förderung eines in guter deutscher Tradition völlig analogen Start-ups beisteuern müsse.

Deutschland hat schwere Subventionitis

Gut, diese Geschichte dürfte eher in die Kategorie „wenn nicht wahr, so gut erfunden" gehören, aber sie kommt beim Erzählen immer gut an und die Kernbotschaft versteht jeder (Zeitungsleser): Deutschland hat schwere Subventionitis.

So erhält der schwedische Konzern Northvolt für den Bau einer Batteriefabrik im Land zwischen den kalten Meeren 902 Millionen Staatsknete, obwohl der auf einem Auftragsbestand von 50 Milliarden Euro sitzt. In Magdeburg will der Weltkonzern Intel 30 Milliarden Euro in eine Chipfabrik investieren, wovon 9,9 Milliarden aus öffentlichen Kassen kommen sollen. Also machen die Subventionen weiiiiit unter einem Drittel der Investitionssumme aus. Eine kleinere Investition in Sachen Chips planen Wolfspeed und ZF im kleinen Saarland. Zwar beläuft sich die Investitionssumme auf nur 2,7 Milliarden Euro, die Konzerne haben aber schon klar bekundet, dass der Löwenanteil aus staatlichen Zuwendungen bestehen muss oder es isch over.

Zudem fügt sich Termin an Termin, bei dem der Bundeswirtschaftsminister mit maximaler PR-Show Förderbescheide an Stahlunternehmen und andere energieintensive Produzenten übergibt, mit denen die Umstellung auf klimaneutrale Energien, vorzugsweise grünen Wasserstoff, gefördert werden soll.

Wundert es da, wenn so Fake-Geschichten wie die vom geplanten Semmelexpress die Runde machen? Klar, es gibt einen großen Investitionsfonds in Amerika und China subventioniert seine staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, als ob Geld Konfetti wäre (was der Renminbi auch bald werden könnte). Aber ist es wirklich klug, auf dieses Karussell aufzuspringen und nach dem Gießkannenprinzip oder auf Zuruf Steuergelder unter die Leute zu bringen? Wäre nicht zuerst eine Grundsanierung der Standortbedingungen sinnvoller?

Wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten, dann läuft etwas schief. Wenn man sich den Luxus eines Hochsteuerlandes erlaubt, das Unternehmensgewinne mit mehr als 30 Prozent besteuert und auch noch den Solidaritätszuschlag am verfassungsrechtlich bedenklichen Leben erhält, dann sind doch Subventionen nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Auserwählte. Der Rest, kleine Handwerker und Mittelständler, müssen sich krummlegen, damit der Kanzler, der Wirtschaftsminister und die Ministerpräsidentin in einer saarländischen Industrieruine funkelnde Siliziumscheiben in die Kameras halten können.

Was sind dagegen die Bauchaufschwünge, die Gemeinden machen müssen, wollen sie mal die Ansiedlung eines Betriebes durch ein verbilligtes Grundstück fördern. Dann wird immer schnell die Gleichheitskeule geschwungen. Aber im Großen erinnert sich niemand an den Satz des ehemaligen britischen Premiers Harold Macmillan: „Staatliche Planwirtschaft ist wie ein prachtvoller Baum mit weit ausladender Krone. In seinem Schatten wächst nichts."

Ihr Pino

Landkreis München:

Erfolgreicher Start für das Klimaanpassungskonzept

Landkreis und Kommunen arbeiten gemeinsam an Lösungen für eine klimaresiliente Zukunft

Klimaanpassung ist deutschlandweit bereits in vielen Kommunen eine Erfolgsgeschichte. Investitionen in Klimaanpassung sind Investitionen in eine lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, eine widerstandsfähige Wirtschaft, die Gesundheit, Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Auch der Landkreis München hat sich zusammen mit 27 beteiligten Kommunen dazu entschlossen, bis Ende 2025 ein Klimafolgenanpassungskonzept zu erstellen. Dieses soll die Grundlage für eine umfassende und effektive Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels schaffen. Mitte März fiel im Festsaal des Landratsamts der Startschuss für das Projekt.

Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene. Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, soll in den kommenden Jahren ein Klimaanpassungskonzept für den Landkreis erarbeitet werden, mithilfe dessen gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden können. Im Rahmen des Konzepts werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt werden. Basierend auf den identifizierten Vulnerabilitäten werden maßgeschneiderte Anpassungsstrategien entwickelt, um den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen zu machen. Mit der Klimaanpassung gehen zusätzliche Vorteile einher: Neben der Minderung von Risiken und Schäden kann sie zu einer Verbesserung der Lebensqualität insbesondere für zukünftige Generationen, zur Schonung und Erhaltung natürlicher Ressourcen sowie zu wirtschaftlichen Chancen führen.

Auftaktveranstaltung Mitte März

Mitte März fand nun der Auftakt zum „Integrierten Klimaanpassungskonzept für den Landkreis München und seine kreisangehörigen Kommunen" im Landratsamt München statt. Eingeladen waren neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern insbesondere die Klima- und Umweltreferenten der Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertreter externer Organisationen. Rund eineinhalb Stunden dauerte die Veranstaltung, die aus zwei Vorträgen und einem interaktiven Teil bestand. Luisa Ehmke, Klimaanpassungsmanagerin im Landratsamt München, gab einen Überblick über den Ablauf der Konzepterstellung, die Zielsetzungen sowie die geplante Akteursbeteiligung. Im Anschluss stellten Vertreterinnen der beiden begleitenden Fachbüros die Bedeutung der interkommunalen Klimaanpassung sowie erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu den Klimaveränderungen im Landkreis München vor.

Danach hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, Erkenntnisse zu schildern und in den Austausch mit den anderen kreisangehörigen Kommunen zu treten. Dabei wurden bereits erste Betroffenheiten in den Kommunen identifiziert und diskutiert.

Hitzeinseln

Aus den letzten Jahren sind Ereignisse wie Hochwasser, Hagel, hohe Schneelasten und Hangrutsche im Landkreis bekannt, aber auch Infrastrukturen, wie Kläranlagen und Energieversorgung sind betroffen. Ergebnisse wie die Bildung von Hitzeinseln, die eigentlich in jeder Kommune lokalisiert werden können, regten gerade die Vertreterinnen und Vertreter aus benachbarten Kommunen zu Gesprächen an.

Die direkte Einbindung der Teilnehmer aus den beteiligten Kommunen, dem Landratsamt sowie von externen Organisationen aus dem Landkreis ist ein wesentlicher Baustein, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten sind. Dies wird im Rahmen des zweijährigen Projektes mithilfe mehrerer Workshops fortgeführt.

Online-Befragung

In den kommenden Wochen wird es zudem eine Online-Befragung der Beteiligten geben, um konkret und im Detail Erfahrungen mit den Folgen des Klimawandels und Betroffenheiten zu erfassen und bewerten zu können. Im Anschluss bilden Workshops mit Expertinnen und Experten aus den Kommunen und aus dem Landratsamt die Basis für die Betroffenheitsanalyse und die Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen für die beteiligten Kommunen und das Landratsamt.

Auswirkungen des Klimawandels spürbar

Landrat Christoph Göbel betonte am Rande der Veranstaltung die Bedeutung des neuen Projekts: „Der Landkreis München setzt sich seit vielen Jahren intensiv und auch sehr innovativ mit dem Thema Klimaschutz auseinander. Das zeigen nicht zuletzt Projekte wie unsere Aktion Zukunft+. Mit dem Klimaanpassungskonzept gehen wir nun einen Schritt weiter und nehmen neben dem Schutz unseres Klimas auch die Folgen des fortschreitenden Klimawandels in den Blick. So sind wir in der Lage, konkrete Perspektiven und Lösungen zu entwickeln, um uns bestmöglich an veränderte klimatische Bedingungen anzupassen."

Dass die Notwendigkeit besteht, sich mit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu beschäftigen, zeigt ein Blick auf die harten Fakten: 2024 lag die Durchschnittstemperatur im Landkreis München im Februar zwischen sechs und acht Grad Celsius, während der Normalwert innerhalb der letzten dreißig Jahre nur knapp über dem Gefrierpunkt lag. Auch die Prognosedaten des Deutschen Wetterdienstes deuten darauf hin: Ohne Klimaanpassung und -schutz könnte es im Landkreis München bis zum Ende des Jahrhunderts eine Erwärmung um vier Grad Celsius geben.

Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen, Evakuierungspläne

Steigende Temperaturen können besonders bei vulnerablen Gruppen, wie Kindern und Senioren, zu Gesundheitsproblemen wie Hitzeschlag, Dehydrierung und Atemwegserkrankungen führen. Das Klimaanpassungskonzept setzt genau hier an: Es kann die öffentliche Gesundheit schützen, indem es beispielsweise Kühlpunkte einrichtet, körperliche Aktivität in kühleren Stunden fördert und die Luftqualität verbessert. Überregional können im Rahmen des Klimaanpassungskonzepts Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen und Evakuierungspläne entwickelt werden, um die Häufigkeit extremer Wetterereignisse wie Stürme, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen einzudämmen und somit der Erwärmung der Erdatmosphäre und der Ozeane entgegenzuwirken. ❐

Landkreis Dachau:

Schafkopfspielen für den guten Zweck

„Was wir brauchen, ist ein Kinderarzt und die Sicherung der Refinanzierung unseres Neubauprojekts“

2.300 Euro wurden Ende März beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier im Schlossgut Odelzhausen insgesamt erspielt. Sie gehen komplett an Hilfsprojekte. Den Löwenanteil davon erhält auf Beschluss der drei Schirmherren – Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Initiator Stefan Löwl, Landrat im Landkreis Dachau – das heilpädagogische Kinderheim „die wiege“ in Odelzhausen. Gemeinsam mit Bezirksrätin Stephanie Burgmaier und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel übergab Löwl nunmehr 1.150 Euro an wiege-Heimleiter Thilo Wimmer. „Wir können die Spende, die 1:1 an die Kinder und Jugendlichen geht, gut gebrauchen! Während Corona haben viele Therapiemöglichkeiten gelitten, die wir jetzt wieder aufnehmen. Zwei unserer Kinder besuchen z.B. gerade einen Schwimmkurs, was uns sehr stolz macht. Auch für gemeinsame Ausflüge und andere Aktivitäten kommt uns die Hilfe sehr gelegen“, so Wimmer.

Zielsetzung der „wiege“ ist die individuelle, bedarfsgerechte und ganzheitliche Förderung, Bildung und Erziehung, Pflege und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Landrat Löwl ist sich sicher, dass das Geld hier sinnvoll verwendet wird: „Man kann nur immer wieder dankbar sein, dass es solche Einrichtungen wie „die wiege“ gibt, die sich um die Schwächsten in unserer Gesellschaft kümmern.“

Im Jahr 1966 unter bescheidenen Bedingungen als privates Säuglingsheim von Elisabeth Barth gegründet, bietet das Haus heute in fünf Wohngruppen – verteilt auf fünf Gebäude – Platz für 35 Kinder und Jugendliche mit schweren, oft multiplen Behinderungen. Ein 90-köpfiges engagiertes und hochmotiviertes Team stellt eine liebevolle Rund-um-Versorgung nach modernsten medizinischen, therapeutischen und pädagogischen Standards sicher.

Trotz eines spürbaren Fach- und Hilfskräftemangels in der Heilerziehungspflege, Pflege und Pädagogik ist „die wiege“ bald 60 Jahre nach ihrer Gründung für die Zukunft personell gut aufgestellt. Ein Blick in die Historie der Einrichtung auf der Internetseite www.die-wiege.info verrät, dass oft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine lange Beschäftigungszeit zurückblicken; viele Jubiläen sind aufgelistet. „Hier arbeitet man gerne, jeder schätzt das familiäre Umfeld. Einen Fachkräftemangel haben wir nicht“, sagt Wimmer. Schwieriger ist die Suche nach einem Kinderarzt oder einer Kinderärztin, die auch ins Haus kommen: „Wenn hier jemand weiterhelfen kann, möge er oder sie sich bitte melden!“

Geschäftsführer und Enkel der Gründerin des Kinderheims Philipp Barth ergänzt, dass für die mittelfristige Sicherung des Heims dringend barrierefreier Wohnraum für die Kinder und Jugendlichen geschaffen werden muss. Bereits seit 2017 versucht Familie Barth die Refinanzierung des Kinderheim-Neubaus zu sichern. Mit dem Neubau der Einrichtung können auch weitere dringend erforderliche Heimplätze in Bayern geschaffen werden. Ein sehr gut geeignetes Grundstück in Odelzhausen dafür ist vorhanden und die Baupläne sind von der Regierung von Oberbayern und dem Gemeinderat bereits bewilligt. Zur Sicherung der Refinanzierung einer neuen Einrichtung bittet „die wiege“ um Mithilfe von Politik und Wirtschaft.



Begeisterte Mitspieler beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier v.l.: Oberbürgermeister Dieter Reiter, Landeshauptstadt München, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau, Landrätepräsident Thomas Karmasin, Landrat im Landkreis Fürstenfeldbruck sowie Landrat Stefan Frey, Landkreis Starnberg. Bild: LRA Starnberg

Mit dem Bezirk Oberbayern besteht eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung, die laufenden Kosten werden aus dem Sozialhilfefonds des Bezirks bestritten. „Die wiege ist die einzige private Einrichtung in Bayern, die Heimplätze im Kinder- und Jugendbereich anbieten kann. Außerdem ist sie eine von nur vier Einrichtungen in Bayern, die auch Kinder unter drei Jahren aufnehmen darf“, Bezirksrätin Stephanie Burgmaier betont die Wichtigkeit dieses Hauses.

Sieger des Schafkopfrennens wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röhrmoos, Arthur Stein. Den zweiten Platz machte Günther Meilhaus. Dritter wurde Josef Märkl, Gemeinderat Bergkirchen. Der Rest des Preisgeldes fließt in gemeinnützige Einrichtungen, die von den drei Gewinnern benannt wurden (Dachauer Tafel, Krieger- und Soldatenverein Odelzhausen und die Schützengesellschaft Pachara 1885 Unterbachern e.V.).

Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Wichtig: Eine Neuauflage ist geplant! **CH**



V.l. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Heimleiter Thilo Wimmer, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau und Bezirksrätin Stephanie Burgmaier, Bezirk Oberbayern. Bild: LRA Dachau

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9/2024, die am 3. Mai 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 18. April 2024 75. Jahrgang Nr. 8/2024



Transporter und Kehrmaschine sind perfekt aufeinander abgestimmt.

Mit dem Unitrac ganzjährig einen Schritt voraus

Gemeinden in ganz Europa schätzen die vielseitigen und leicht zu bedienenden Unitracs von Lindner. Einer der großen Vorteile: Die stufenlosen und wendigen Transporter punkten 365 Tage im Jahr bei den unterschiedlichsten Einsätzen.

Die Bandbreite reicht vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine bis zum anspruchsvollen Winterdienst mit Streuer, Schneepflug und Schneefräse. Spitzenmodell im Transporterbereich ist der stufenlose Unitrac 122 LDrive. Zum Einsatz kommt ein Perkins-Syncro-Turbodiesel-Motor mit 4-Zylindern, der Stufe 5 erfüllt. Profis stehen 122 PS (90kW) zur Verfügung. Das Drehmoment beträgt 500 Nm bei 1.500 U/min. Ein weiteres Highlight ist das Lindner-ZF-Stufenlosgetriebe. Der Unitrac 122 LDrive fährt stufenlos bis 50 km/h, alle Einstellungen erfolgen über die LDrive-Armlehne. Die Mehr-Kreis-Hydraulik hat eine Verstellpumpe, die bis zu 88 l/min liefert.

Für Fahrkomfort steht das Hochleistungsfahrwerk mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung mit Niveauregelung. Optional gibt es die 4-Rad-Lenkung, die den Unitrac sehr wendig macht. Durchblick bei Nebel oder in der Nacht gewährleistet der Voll-LED-Hauptscheinwerfer inklusive LED-Tagfahrlicht und zusätzlichen LED-Scheinwerfern oben. Bis zu 6.000 kg Nutzlast und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung: vom Schneepflug bis zum 3-Seiten-Kipper mit Kran.

SONDERDRUCK LINDNER

Lintrac mit Noremat: Gut gepflegter Straßenrand

Lindner und das französische Unternehmen Noremat haben eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen und Wegenetzen im Programm. Der Lintrac mit Noremat ist der Spezialist für die professionelle Pflege von Straßenrändern.

Die wendigen und kompakten Modelle sind für professionelle Dienstleister maßgeschneidert. Ein Highlight ist die eigens konstruierte Fahrerkabine. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Armauflage im Traktor. Diese ist so ergonomisch gestaltet, dass der Fahrer auch bei sehr langen Einsätzen optimale Arbeitsbedingungen vorfindet. Erhältlich sind zusätzlich Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

Sie wollen den Lintrac mit Noremat in Action auf der Großglockner Hochalpenstraße in Österreich sehen? Dann gleich QR-Code scannen und sich im Video von den Vorteilen im Praxiseinsatz überzeugen!

Der stufenlose Lintrac 100 mit Noremat punktet mit seiner kompakten Kabine. Der Motor der Stufe 5 bringt 117 PS auf die Straße. Außerdem gibt es auch den mit 136 PS stärksten Lindner-Traktor, den stufenlosen Lintrac 130, als Spezialmodell mit Noremat. Damit können auch größere Anbaugeräte problemlos verwendet werden. Fahrer haben über das Dachfenster freien Blick auf den Astabschneider: Das ist ideal beim Mähen von Alleen.

Lindner auf der IFAT

Von 13. bis 17. Mai 2024 bekommen die Besucher der IFAT beim Lindner-Stand (C5.315/414) aus erster Hand alle Informationen zum Kommunalprogramm des österreichischen Fahrzeugherstellers. Die stufenlosen und wendigen Traktoren und Transporter von Lindner punkten ganzjährig bei den unterschiedlichsten Einsätzen: vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine und dem Böschungsmäher bis zum Winterdienst mit Streuer und Schneepflug. Spitzenmodell bei den Transportern ist der Unitrac 122 LDrive, den Lindner auf der IFAT mit der speziell abgestimmten Trilety-Kehrmaschine zeigt. Alle Infos gibt es darüber hinaus zum Lintrac mit Noremat, dem Spezialisten für die professionelle Pflege von Straßenrändern.

Der Lintrac mit Noremat erfüllt die hohen Anforderungen von Kommunalprofis.





Der Unitrac spielt seine Stärken auch dort aus, wo wenig Platz ist.

Jetzt QR-Code scannen und sich im Video vom Lintrac und Unitrac im Solarpark überzeugen:

Wendig im bayerischen Solarpark

Lindner hat die maßgeschneiderten Traktoren und Transporter für Einsatzprofis in den bayerischen Kommunen im Programm. Lintrac- und Unitrac punkten aber nicht nur beim Transport, dem Winterdienst oder mit der Kehrmaschine, sondern auch bei sehr beengten Platzverhältnissen wie im Solarpark Schornhof der Anumar GmbH in Bayern. Dort wird auf mehr als 200 Hektar umweltfreundliche Sonnenenergie produziert. „Durch die Solarmodule, die auf Pfosten angebracht wurden, ist es für uns teilweise schwierig, den Park in den engen Reihenabständen zu pflegen. Hinzu kommt, dass der Solarpark auf Moorgrund errichtet wurde und wir uns an vorgegebene Mähzeiten halten müssen.

Ihre Ansprechpartner in Bayern



Gebietsverkaufsleiter Bayern

Manfred Entner

Tel. +43 (0) 5338 74 20-605

manfred.entner@lindner-traktoren.at



Gebietsverkaufsleiter Schwaben

Martin Radlingmaier

Tel. +43 (0) 5338 74 20-181

martin.radlingmaier@lindner-traktoren.at

Wir benötigen also ein Gerät, das auf großer Fläche, in den Reihen zwischen den Modulen und auf Moorgrund effektiv arbeitet. Der Unitrac von Lindner erfüllt alle diese Anforderungen“, erläutert Johannes Kögl, Leiter Betrieb bei Anumar.



Smarte Transporter

TracLink unterstützt Unitrac-Fahrer bei der Bedienung aller Anbaugeräte und sorgt immer für die optimale Abstimmung von Fahrzeug und Gerät. Außerdem erstellt es eine automatische Einsatzdokumentation, z.B. ein Streuprotokoll. So kann bequem nachverfolgt werden, welches Gerät wie lange im Einsatz war und wie viel Material verwendet wurde. Die Daten werden automatisch im TracLink-Portal gespeichert. Neben Lindner-Fahrzeugen kann der gesamte Fuhrpark mit dem System ausgerüstet werden.

Kommunalforum Alpenraum: „KI muss es Menschen leichter machen“

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich beim Kommunalforum Alpenraum 2024 grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI.

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen.

Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!“ David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Traktoren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

In einer Talkrunde tauschten sich Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bayerischer Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Raggl (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor aus. KI müsse dazu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen, so der Tenor. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden.



Blickten in die KI-Zukunft der Gemeinden (v.l.): Lindner-Geschäftsführer David Lindner, Hermann Lindner, Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bürgermeister Berchtesgaden und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags) und AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer.



Zahlreiche Gemeindevertreter aus dem Alpenraum informierten sich darüber, wie Künstliche Intelligenz ihren Arbeitsalltag verändern wird.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische GemeindeZeitung und Bauhof-online.

Alle Infos auf www.kommunalforum-alpenraum.eu und auf LinkedIn.

Familienunternehmen seit vier Generationen

Vor mehr als 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner in Kundl jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Bayern bis nach Kanada. Lindner beschäftigt 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Geschäftsführer sind David, Christoph und Stefan Lindner.

Lindner im Internet: lindner-traktoren.at

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Bilder: Lindner
Gestaltung: Britta Eriskat
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck, Bamberg
Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de